



Datenreport 2006

in Zusammenarbeit mit **WZB** und **ZUMA**



Bundeszentrale für politische Bildung

Schriftenreihe Band 544

Statistisches Bundesamt (Hrsg.)

In Zusammenarbeit mit dem
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)
und dem Zentrum für Umfragen,
Methoden und Analysen, Mannheim (ZUMA)

Datenreport 2006

Zahlen und Fakten über die
Bundesrepublik Deutschland

Bonn 2006

Copyright dieser Ausgabe

Bundeszentrale für politische Bildung

Redaktion: Gernot Dallinger

Produktion: Heinz Synal

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung
der Bundeszentrale für politische Bildung dar.

Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autoren die Verantwortung.

Satzherstellung: Satzbetrieb Schäper GmbH, Bonn

Technische Bearbeitung der Grafiken: Werbeagentur Rechl, Wanfried-Aue

Umschlaggestaltung: Michael Rechl, Umschlagfoto: Paavo Blåfield, Kassel

Druck und Bindung: Werbedruck GmbH Horst Schreckhase, Spangenberg

ISBN 3-89331-675-2 · ISSN 0435-7604

Bestellnummer des Statistischen Bundesamtes: 1010400-06900-1

Der Datenreport kann auch über den Vertriebspartner des

Statistischen Bundesamtes bezogen werden:

SFG Servicecenter Fachverlage

Part of the Elsevier Group

Telefon: +49 (0) 70 71/93 53 50

Telefax: +49 (0) 70 71/93 53 35

destatis@s-f-g.com

www.destatis.de/shop

Inhalt

Vorwort	15

Teil I: Gesellschaft, Wirtschaft, Staat im Spiegel der Statistik

Ansprechpartner zu Teil I	19

1	Bevölkerung	23
1.1	Die Bevölkerung im Spiegel der Statistik	23
1.2	Bevölkerungsentwicklung	24
1.3	Die räumliche Bevölkerungsverteilung	27
1.4	Altersaufbau	30
1.5	Geburten und Sterbefälle	32
1.6	Haushalts- und Lebensformen	33
1.7	Eheschließungen, Scheidungen	39
1.8	Ausländische Bevölkerung	41
1.9	Wanderungen	46

2	Bildung	50
2.1	Einführung	50
2.2	Kindergärten	52
2.3	Allgemein bildende und berufliche Schulen	52
2.4	Betriebliche Berufsausbildung	59
2.5	Hochschulen	64
2.6	Weiterbildung	74
2.7	Bildungsniveau der Bevölkerung	76
2.8	Bildungsfinanzen	79

3	Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit	85
3.1	Im Blickpunkt: Erwerbstätige und Erwerbslose	85
3.2	Erwerbstätigkeit als Unterhaltsquelle	87

3.3	Beteiligung am Erwerbsleben	88
3.4	Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen	91
3.5	Berufe und Tätigkeitsmerkmale	92
3.6	Stellung im Beruf	93
3.7	Registrierte Arbeitslose und offene Stellen	96
3.8	Arbeitsplatzverlust, Kurzarbeit und Arbeitsmarktpolitik	100
3.9	Von Arbeitslosigkeit besonders betroffene Personengruppen	101
3.10	Unterstützungsleistungen der Arbeitslosen	104
3.11	Regionale Arbeitslosigkeit	105
3.12	Erwerbslosigkeit im internationalen Vergleich	106
4	Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte	109
4.1	Zielsetzung der Statistik über Einnahmen und Ausgaben	109
4.2	Von den Einnahmen zu den Ausgaben der privaten Haushalte	109
4.3	Einnahmen der privaten Haushalte	110
4.4	Ausgaben der privaten Haushalte	114
4.5	Zusammensetzung der privaten Konsumausgaben	117
4.6	Ausstattung der Haushalte mit Gebrauchsgütern	124
4.7	Verbraucherinsolvenzen	130
5	Wohnen	133
5.1	Altersstruktur des Wohnungsbestandes	133
5.2	Eigentümerquote	134
5.3	Größe der Wohnungen	135
5.4	Beheizung der Wohnungen	136
5.5	Mieten	137
5.6	Wohnsituation der Haushalte	139
5.7	Wohnungsbautätigkeit	143
6	Freizeit und Kultur	148
6.1	Arbeitszeit und Urlaubstage	148
6.2	Ausgaben für Freizeit und Kultur	149
6.3	Unterhaltung und Kultur	150
6.4	Sport und Musizieren	154
7	Gesellschaftliche Mitwirkung	156
7.1	Einführung	156
7.2	Teilnahme am politischen Leben	156
7.3	Engagement in Berufsverbänden	166
7.4	Teilnahme am religiösen Leben	172
7.5	Stiftungen als Ausdruck bürgerschaftlichen Engagements	176

8	Gesundheit	179
8.1	Gesundheitszustand der Bevölkerung	179
8.2	Medizinische Versorgung	184
8.3	Schwangerschaftsabbrüche	188
8.4	Schwerbehinderte Menschen	189
8.5	Ausgaben für Gesundheit	191
9	Soziale Sicherung	195
9.1	Entwicklung des Systems der sozialen Sicherung	195
9.2	Das Sozialbudget	195
9.3	Die Bestandteile des Sozialbudgets	197
9.4	Gesetzliche Rentenversicherung	198
9.5	Gesetzliche Krankenversicherung	200
9.6	Soziale Pflegeversicherung	201
9.7	Arbeitsförderung	203
9.8	Kindergeld/Familienleistungsausgleich	204
9.9	Erziehungsgeld und Elternzeit	206
9.10	Sozialhilfe, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung und Leistungen an Asylbewerber	207
9.11	Jugendhilfe	214
10	Justiz	217
10.1	Grundsätze der Rechtsprechung	217
10.2	Gerichte	217
10.3	Straffälligkeit	221
11	Öffentliche Haushalte	226
11.1	Vorbemerkung	226
11.2	Ausgaben der öffentlichen Haushalte	227
11.3	Einnahmen der öffentlichen Haushalte	230
11.4	Länderfinanzausgleich	234
11.5	Schulden der öffentlichen Haushalte	236
11.6	Personal der öffentlichen Haushalte	237
12	Gesamtwirtschaft im Überblick	241
12.1	Einführung in die gesamtwirtschaftliche Darstellung	241
12.2	Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts	243
12.3	Entstehung des Bruttoinlandsprodukts	245
12.4	Verwendung des Bruttoinlandsprodukts	248
12.5	Verteilung des Volkseinkommens	250
12.6	Außenwirtschaft	252

13	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	261
13.1	Bedeutung der Agrarwirtschaft	261
13.2	Bodennutzung	262
13.3	Landwirtschaftliche Betriebe	263
13.4	Rechtsformen und Arbeitskräfte in der Landwirtschaft	265
13.5	Pflanzliche Produktion	267
13.6	Tierische Produktion	270
13.7	Forstwirtschaft	274
13.8	Ökologischer Landbau	275
14	Produzierendes Gewerbe	278
14.1	Bedeutung des Produzierenden Gewerbes	278
14.2	Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	278
14.3	Baugewerbe	284
14.4	Energie- und Wasserversorgung	287
14.5	Handwerk	288
15	Dienstleistungsbereich	291
15.1	Bedeutung des Dienstleistungsbereichs	291
15.2	Handel	292
15.3	Tourismus, Gastgewerbe	298
15.4	Banken	306
15.5	Versicherungen	310
15.6	Verschiedene private und gewerbliche Dienstleistungen (Wirtschaftsabschnitt I und K)	312
15.7	Weitere Dienstleistungsbereiche (Wirtschaftsabschnitte M bis O)	323
16	Preise, Verdienste und Arbeitskosten	326
16.1	Preisindizes – Mittel der Preisbeobachtung	326
16.2	Verbraucherpreisindex	326
16.3	Preisindex für Bauwerke, Kaufwerte für Bauland	332
16.4	Verdienste	334
16.5	Arbeitskosten	344
17	Verkehr	350
17.1	Verkehr im Spannungsfeld von Wachstum und Umwelt	350
17.2	Verkehrsinfrastruktur	351

17.3	Fahrzeugbestände	355
17.4	Verkehrsleistungen	360
17.5	Verkehrsunfälle	366
18	Energie und Rohstoffe	370
18.1	Wie wird die Energieversorgung gesichert?	370
18.2	Messung des Energieverbrauchs	370
18.3	Primärenergieverbrauch im Ländervergleich	372
18.4	Rohstoffgewinnung	374
18.5	Energieträger	374
18.6	Energieverbraucher	377
18.7	Energiepreise	378
19	Umwelt	381
19.1	Umweltökonomische Trends	381
19.2	Umweltbelastungen	387
19.3	Umweltzustand	399
19.4	Umweltschutz	407
20	Deutschland und die Europäische Union	414
20.1	Einführung	414
20.2	Entstehung, Entwicklung und Ziele der Europäischen Union	414
20.3	Konvergenz und Europäische Wirtschafts- und Währungsunion	415
20.4	Die Finanzierung der Europäischen Union	418
20.5	Bevölkerung und Arbeitsmarkt	419
20.6	Gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Europäischen Union	423
20.7	Die außenwirtschaftlichen Beziehungen der Europäischen Union	426
20.8	Die Lebensverhältnisse in der Europäischen Union	429

Teil II: Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden im vereinten Deutschland

Die Autoren 434

A Einleitung

1 Objektive Lebensbedingungen und subjektives
Wohlbefinden im vereinten Deutschland:
Konzepte und Daten der Sozialberichterstattung 435

B Subjektives Wohlbefinden

2 Zufriedenheit in Lebensbereichen 441

2.1 Zufriedenheit in einzelnen Lebensbereichen 441

2.2 Zufriedenheit in einzelnen Bevölkerungsgruppen 445

2.3 Entwicklung der Zufriedenheit in ausgewählten Lebensbereichen
im vereinigten Deutschland 448

2.4 Zusammenfassung 451

3 Wertorientierungen, Ansprüche und Erwartungen 453

3.1 Wichtigkeit verschiedener Dinge im Leben 453

3.2 Ansprüche an den Lebensstandard und ihre Erfüllung 457

3.3 Zukunftserwartungen 458

3.4 Zusammenfassung 462

C Lebensbedingungen und ihre Bewertung

4 Gesundheit 463

4.1 Einschätzungen des Gesundheitszustandes
und der Gesundheitszufriedenheit 463

4.2	Inanspruchnahme von ambulanten Gesundheitsleistungen	466
4.3	Stationäre Inanspruchnahme – Krankenhausaufenthalte	468
4.4	Fehlzeiten	469
4.5	Private Krankenzusatzversicherungen	472
4.6	Zusammenfassung	472
5	Bildung	473
5.1	Chancenungleichheit vor Eintritt in die Schule	473
5.2	Chancenungleichheit in der Schule	476
5.3	Chancenungleichheit in der Berufsausbildung	479
5.4	Fazit	481
6	Situation und Erwartungen auf dem Arbeitsmarkt	482
6.1	Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt	482
6.2	Erwerbsorientierung von Müttern	485
6.3	Nichterwerbstätige und Erwerbsaufnahme	486
6.4	Bereitschaft zur Teilzeitarbeit	487
6.5	Erwerbstätige und ihre Erwartungen auf dem Arbeitsmarkt	488
6.6	Ausblick	489
7	Wohnverhältnisse und Wohnkosten	492
7.1	Wohneigentum	493
7.2	Wohnsituation	494
7.3	Wohnraumversorgung	496
7.4	Wohnungsmieten	498
7.5	Mietbelastung und Wohngeldbezug	499
7.6	Wohnumfeld	500
7.7	Wohnzufriedenheit	502
7.8	Zusammenfassung	504
8	Familie und Lebensformen	506
8.1	Lebens- und Familienformen	506
8.2	Heiratsalter und Ehedauer	508
8.3	Stellenwert von Ehe und Familie	512
8.4	Familie, Partnerschaft und subjektives Wohlbefinden	514
9	Einstellungen zur Rolle der Frau	516
9.1	Die Einstellungen zur Rollenverteilung zwischen Mann und Frau und zu den Konsequenzen der Frauenerwerbstätigkeit im Zeitvergleich	516

9.2	Traditionelle Arbeitsteilung	519
9.3	Stellenwert der Berufstätigkeit der Frau	520
9.4	Konsequenzen der Erwerbstätigkeit der Frau für die Kinder	521
9.5	Zusammenfassung	522
10	Freizeitaktivitäten und Mediennutzung	524
10.1	Mediennutzung	524
10.2	Sport, Hobbys und Geselligkeit	528
10.3	Ausgehen	531
10.4	Fazit	533
11	Öffentliche Sicherheit und Kriminalitätsbedrohung	534
11.1	Wahrnehmung der Kriminalität im Zeitverlauf	535
11.2	Unterschiedliche Erfahrungen und Einschätzungen der öffentlichen Sicherheit in der Bevölkerung	536
11.3	Kriminalitätsfurcht und Kriminalitätsbetroffenheit im europäischen Vergleich	537
11.4	Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit	539
11.5	Zusammenfassung	541
12	Lebenssituation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen	542
12.1	Bildung und Erwerbsstatus	542
12.2	Lebens- und Wohnformen	545
12.3	Freizeitaktivitäten	548
12.4	Subjektives Wohlbefinden und Sorgen	549
12.5	Zusammenfassung	551
13	Lebenssituation von Älteren	553
13.1	Familien- und Haushaltssituation	553
13.2	Lebensstandard und Mobilität	555
13.3	Gesundheitszustand und Inanspruchnahme von medizinischen Leistungen	557
13.4	Subjektives Wohlbefinden	560
13.5	Zusammenfassung	564
14	Zuwanderer und Ausländer in Deutschland	565
14.1	Lebensbedingungen im Vergleich	565
14.2	Bildung und Ausbildung	567
14.3	Erwerbstätigkeit und Einkommen	568

14.4	Soziale Integration	571
14.5	Fazit	572
15	Lebensbedingungen im regionalen Vergleich	573
15.1	Bevölkerungsdichte und Siedlungsstruktur	574
15.2	Bevölkerungsentwicklung	577
15.3	Wirtschaftskraft und Beschäftigung	579
15.4	Lebensstandard	583

D Sozialstruktur

16	Soziale Schichtung und soziale Lagen	585
16.1	Soziale Lagen in Deutschland	585
16.2	Klassenlagen	591
16.3	Subjektive Schichtzugehörigkeit	593
17	Soziale Mobilität	597
17.1	Besetzung von Berufspositionen nach sozialer Herkunft	597
17.2	Vererbung von Berufspositionen nach sozialer Herkunft	600
17.3	Ausmaß von sozialen Auf- und Abstiegen	602
17.4	Chancengleichheit in der Gesellschaft	604
17.5	Zusammenfassung	606
18	Einkommen – Verteilung, Angleichung, Armut und Dynamik	607
18.1	Daten und Methoden	607
18.2	Einkommensentwicklung und Verteilung	608
18.3	Einkommenschichtung und relative Armut	610
18.4	Einkommen und Armut in regionaler Differenzierung	612
18.5	Armut in verschiedenen Bevölkerungsgruppen	616
18.6	Dynamik von Einkommen und Armut	620
19	Einstellungen zu sozialer Ungleichheit	625
19.1	Einstellungen zur sozialen Ungleichheit in Ost und West	625
19.2	Einstellungen zur Ungleichheit nach Bevölkerungsgruppen	627
19.3	Entwicklung der Einstellungen zur Ungleichheit	631
19.4	Zusammenfassung	632

E Gesellschaftspolitik

20	Politische Integration und politisches Engagement	635
20.1	Politisches Interesse und politische Partizipation	635
20.2	Bindung an Interessengruppen und politische Parteien	639
20.3	Zusammenfassung	643
21	Demokratie und Sozialstaat	644
21.1	Akzeptanz der Staatsform der Bundesrepublik Deutschland	644
21.2	Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland	645
21.3	Einstellung zum Sozialismus	646
21.4	Einstellungen zur Demokratie in verschiedenen Bevölkerungsgruppen	646
21.5	Rolle des Staates in der Sozialpolitik	648
21.6	Kürzung oder Ausweitung von Sozialleistungen	649
21.7	Bewertung sozialpolitischer Ergebnisse	651

F Deutschland und Europa

22	Lebensbedingungen und Wohlbefinden in Europa	654
22.1	Lebensstandard und Wohnen	654
22.2	Arbeitsmarktlage und Arbeitsbedingungen	656
22.3	Öffentliche Bereiche	658
22.4	Aspekte des sozialen Zusammenhalts	659
22.5	Subjektives Wohlbefinden	661
22.6	Zusammenfassung	663

	Stichwortverzeichnis	667

Vorwort

Statistik spannt den Bogen über menschliches Leben vom durchschnittlichen Geburtsgewicht über Heiratsquoten bis hin zur durchschnittlichen Lebenserwartung. Keine Schule wird gebaut, kein Dialysezentrum eröffnet und kein neues Marktsegment erobert, ohne dass statistische Ergebnisse herangezogen werden.

Ohne quantitative Informationen kommen Gesellschaft und Wirtschaft nicht aus. Statistische Daten ersetzen nicht den politischen Diskurs und geben auch keine Lösungen vor. Aber sie können Diskussionen auslösen, für die wiederum zusätzliches Zahlenmaterial, weitere Erklärungen und tiefere Analysen notwendig werden. Damit schafft die amtliche Statistik eine wichtige Voraussetzung für eine lebendige Demokratie. Sie steht der Bevölkerung, den gesellschaftlichen Gruppierungen, Interessenverbänden, Entscheidungsträgern und wissenschaftlichen Institutionen mit ihrem Datenangebot zur Verfügung. Statistiker und Statistikerinnen stehen in der besonderen Verantwortung: Sie müssen das Vertrauen der Auskunftgebenden wahren und zugleich die Informationen professionell aufbereiten und leicht zugänglich machen.

Der Datenreport liegt nun in elfter Auflage seit 1986 vor und gibt wieder über fast alle Bereiche unseres Lebens Auskunft: von der viel beachteten Bevölkerungsentwicklung, den Veränderungen im Bildungsbereich und in den sozialen Sicherungssystemen, über gesellschaftliche Partizipation und makroökonomische Betrachtungen bis hin zu Eckdaten über den Gesundheitszustand der Bevölkerung und die Wohn-, Einkommens- und Lebenssituationen in den Haushalten Deutschlands.

Das Besondere am Datenreport ist sein Charakter als Gemeinschaftsprodukt von amtlicher Statistik und wissenschaftlicher Sozialforschung. Diese Kooperation ermöglicht eine umfassende Darstellung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation. Der Datenreport ist damit zu einem wesentlichen Teil deutscher Sozialberichterstattung geworden.

An dieser Stelle möchten wir den über hundert Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, den externen Fachleuten, Autorinnen und Autoren sowie den beteiligten Institutionen danken, die an der Produktion dieser Auflage des Datenreports mitgewirkt haben. Bei der Erarbeitung der Neuauflage war uns die Aktualität der Ergebnisse ein zentrales Anliegen.

Sollten Sie, liebe Leserin und lieber Leser, an bestimmten Ergebnissen aus der amtlichen Statistik besonders interessiert sein, können Sie unter www.destatis.de nachsehen, ob nach Redaktionsschluss neuere Daten vorgelegt worden sind. Im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie ausführliche Qualitätsberichte zu einzelnen Statistiken, methodische Hinweise und weitere detaillierte Erläuterungen. Zusätzliche thematische Auswertungen und Ergebnisse sind unter www.destatis.de/shop überwiegend kostenlos zum Herunterladen oder als Printversion verfügbar. Hier können Sie auch den vorliegenden Datenreport in elektronischer Form ganz oder kapitelweise kostenlos abrufen.

Der Präsident
der Bundeszentrale für politische Bildung
Thomas Krüger

Der Präsident
des Statistischen Bundesamtes
Johann Hahlen

Teil I:

Gesellschaft, Wirtschaft, Staat im Spiegel der Statistik

Die Texte stammen von zahlreichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus den Fachabteilungen des Statistischen Bundesamtes. Sabine Allafi, Renate Koenig und Heidrun Stirner führten die redaktionelle Bearbeitung durch.

Zeichenerklärung

In den Tabellen von Teil I wurden folgende Zeichen verwendet:

- = nichts vorhanden
- . = Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- ... = Angaben fallen später an
- × Nachweis ist nicht sinnvoll bzw. Fragestellung trifft nicht zu
- / keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
- () Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist

Umrechnung von DM in Euro

Die in DM für die Zeit vor dem 1. Januar 2002 ermittelten Werte wurden im Teil I einheitlich mit dem konstanten Faktor 1 EUR = 1,95583 DM umgerechnet.

Ansprechpartner zu Teil I

Allgemeine Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie im Internet unter **<http://www.destatis.de>** oder von:

Statistisches Bundesamt
Informationsservice
65180 Wiesbaden

Telefon: +49 (0) 611 / 75 24 05

Telefax: +49 (0) 611 75 33 30

www.destatis.de/kontakt

*Nähere Informationen zu unserem Gesamtangebot, zu Downloads und Bestellmöglichkeiten erhalten Sie unter **www.destatis.de/shop***

Ansprechpartner/-innen zu einzelnen Fachgebieten des **Teil I** finden Sie in der nachfolgenden Übersicht. Bei den aufgeführten Personen handelt es sich jedoch nicht immer um die Autoren, sondern häufig auch um Infostellen für einzelne Fachgebiete. Falls Sie zu einem Thema keinen Ansprechpartner/-in finden, können Sie direkt Kontakt mit der Redaktion (Telefon: +49 (0) 611 75 - 27 33 und - 23 82, E-Mail: datenreport@destatis.de) oder unserem Informationsservice aufnehmen.

Sachgebiet/Thema	Name	Rufnummer 06 11-75- oder 0 1888-6 44-	E-Mail
Bevölkerung			
Bevölkerungsfortschreibung,			fortschreibung@destatis.de
Wanderungen	Dr. Claire Grobecker	3178	wanderungen@destatis.de
Gebietsstand	Elle Krack-Roberg	2046	gemeindeverzeichnis@destatis.de
Ausländerstatistiken, Einbürgerungs-			
statistik, Spätaussiedler, Asylsuchende	Dr. Gunter Brückner	4365	migration@destatis.de
Geburten, Sterbefälle, Eheschließungen			
und -scheidungen, Bevölkerungs-	Info-Team Natürliche		naturliche-bevoelkerungs
vorausberechnungen	Bevölkerungsbewegung	2395	bewegung@destatis.de
Haushalte und Familien	Mikrozensus-Info-Team	8955	mikrozensus@destatis.de
Bildung und Kultur	Udo Kleinegees	2857	udo.kleinegees@destatis.de
Erwerbstätigkeit/Arbeitslosigkeit			
	Margrit Thiele	2673	margrit.thiele@destatis.de
	Mikrozensus-Info-Team	8955	mikrozensus@destatis.de

Sachgebiet/Thema	Name	Rufnummer 06 11-75- oder 0 18 88-6 44-	E-Mail
Einnahmen, Ausgaben und Ausstattung der privaten Haushalte¹			
Monatliche Haushaltsnettoeinkommen (aus dem Mikrozensus)	Mikrozensus-Info-Team	8955	mikrozensus@destatis.de
Haushaltsnettoeinkommen (aus den VGR)	Norbert Schwarz	2218	norbert.schwarz@destatis.de
Einnahmen, Ausgaben und Ausstattung (aus der EVS und den laufenden Wirtschaftsrechnungen)	Infodienst Wirtschaftsrechnungen	8880	private-haushalte@destatis.de
Bautätigkeit und Wohnen			
Wohnen	Dorothee Ginter	2628	wohnsituation@destatis.de
Bautätigkeit	Kerstin Kortmann	4740	bautaetigkeit@destatis.de
Wahlen	Karl Weichs	2945	karl.weichs@destatis.de
Gesundheit	Infodienst für Gesundheitsdaten	8951	gesundheitsstatistiken@destatis.de
Sozialleistungen	Sozialleistungen-Info-Team	8956	sozialleistungen@destatis.de
Rechtspflege	Stefan Alter	4199	rechtspflegestatistik@destatis.de
Öffentliche Haushalte			
Finanzen	Klaus-Dieter Kleinjung	4173	klaus-dieter.kleinjung@destatis.de
Steuern	Klaus-Jürgen Hammer	2380	klaus-juergen.hammer@destatis.de
Personal	Reinhard Windgätter	4111	reinhard.windgaetter@destatis.de
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	VGR-Info-Team	2626	vgr-bip-auskunft@destatis.de
Außenhandel	Infodienst Außenh.	2481	info-aussenhandel@destatis.de
Landwirtschaft	Info-Service Agrar	8666	agrar@destatis.de
Produzierendes Gewerbe			
Bergbau und Verarbeit. Gewerbe			
Monatsbericht (z.B. Betriebe, Beschäftigte, Umsätze)	Ulrich Prautsch	2807	ulrich.prautsch@destatis.de
Index (Produktion, Auftragseingang, Umsatz)	Dr. Christine Bald-Herbel	2192	christine.bald@destatis.de
Strukturdaten (z.B. Unternehmensgröße, Investitionen)	Rolf Loidl	2075	rolf.loidl@destatis.de
Baugewerbe	Melitta Schulz	2829	melitta.schulz@destatis.de

1 Abkürzungen: EVS = Einkommens- und Verbrauchsstichproben. – VGR = volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen.

Sachgebiet/Thema	Name	Rufnummer 06 11-75- oder 0 18 88-6 44-	E-Mail
Energie- und Wasserversorgung	Jörg Kaiser	2307	joerg.kaiser@destatis.de
Handwerk	Michael Ziebach	2811	michael.ziebach@destatis.de
Handel (Groß- und Einzelhandel)	Michael Wollgramm	2423	binnenhandel@destatis.de
Tourismus und Gastgewerbe	Info-Service-Tourismus	4851	tourismus@destatis.de
Banken und Versicherungen	Wilfried Brust	2570	wilfried.brust@destatis.de
Dienstleistungen	Karl-Heinz Pesch	8563	dienstleistungen@destatis.de
Preise			
Preise (allgemeine Info)	Andreas Martin	2629	andreas.martin@destatis.de
Einzelhandels- und Verbraucherpreise	Info-Service-Preise	4777 oder 3777	verbraucherpreisindex@destatis.de
Ein- und Ausführpreise, Großhandelsverkaufspreise	Marion Knauer	2302	aussenhandelspreise@destatis.de
Baupreise und Kaufwerte für Bauland	INFO-Service	2440	baupreisstatistik@destatis.de bodenmarkt@destatis.de
Löhne und Gehälter, Arbeitskosten			
Löhne und Gehälter	Alfred Höpfl	2198	alfred.hoepl@destatis.de
Handwerk, Tarifföhne und -gehälter	Jörg Decker	2442	joerg.decker@destatis.de
Arbeitskosten	Ralf Drossard	4236	ralf.drossard@destatis.de
Verkehr	Raimund Götz	2424	verkehr@destatis.de
Energieverbrauch	Jörg Kaiser	2307	joerg.kaiser@destatis.de
Umwelt			
Material- und Energieflüsse	Helmut Mayer	2784	helmut.mayer@destatis.de
Maßnahmen des Umweltschutzes	Ursula Lauber	2737	ursula.lauber@destatis.de
Auslandsdaten			
weltweit	Info-Service-Ausland	8473	auslandsinfo@destatis.de
EU-Mitgliedstaaten u. Beitrittsländer	EDS Europäischer Datenservice	9427	eds@destatis.de www.eds-destatis.de

1 Bevölkerung

1.1 Die Bevölkerung im Spiegel der Statistik

Daten über Struktur und Entwicklung der Bevölkerung gehören zum grundlegenden Informationsbedarf für fast alle Bereiche von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Politik benötigt sie, weil viele Entscheidungen – etwa im Bildungs- und Gesundheitswesen – nur auf der Grundlage exakter bevölkerungsstatistischer Angaben getroffen werden können. Für das wirtschaftliche Geschehen sind demographische Gegebenheiten von Bedeutung, weil sie Informationen über die Menschen als Arbeitskräfte, Einkommensbezieher und Konsumenten liefern.

Hinter den Zahlen über die Bevölkerungsentwicklung verbergen sich aber auch Wertungen und Lebenseinstellungen, die ihrerseits wieder Rückwirkungen auf die Bevölkerungsstruktur haben. So spiegelt sich z. B. in der Zahl der Eheschließungen und -scheidungen, der Geburtenentwicklung und der Familiengröße die Einstellung der Gesellschaft zur Familie und zu Kindern wider. Der Altersaufbau hat direkte Auswir-

Tab 1: Bevölkerung am 31. 12. 2004 nach ausgewählten Altersgruppen

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt		Weiblich	
	1 000	%	1 000	%
<i>Deutschland</i>				
Unter 15	11 925	14,5	5 808	13,8
15–40	26 650	32,3	13 045	31,0
40–65	28 559	34,6	14 200	33,7
65 und älter	15 367	18,6	9 095	21,6
Insgesamt	82 501	100	42 147	100
<i>Früheres Bundesgebiet¹</i>				
Unter 15	10 078	15,3	4 908	14,6
15–40	21 128	32,2	10 419	31,0
40–65	22 379	34,1	11 130	33,2
65 und älter	12 095	18,4	7 112	21,2
Insgesamt	65 680	100	33 569	100
<i>Neue Länder²</i>				
Unter 15	1 847	11,0	899	10,5
15–40	5 522	32,8	2 626	30,6
40–65	6 180	36,7	3 070	35,8
65 und älter	3 271	19,5	1 983	21,2
Insgesamt	16 821	100	8 578	100

1 Ohne Angaben für Berlin-West.

2 Einschl. der Angaben für Berlin.

kungen auf die Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten der Bevölkerung und beeinflusst daher unmittelbar ihre Lebensweise.

Aufgrund dieser vielfältigen Wechselwirkungen und des weit reichenden Bedarfs an demographischen Daten ist es nicht verwunderlich, dass die Bevölkerungsstatistik zu den traditionsreichsten Arbeitsgebieten der amtlichen Statistik gehört. Auf den Ergebnissen der Volkszählung aufbauend, führen die statistischen Ämter die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes durch. Für die Bevölkerungsfortschreibung werden die Aufzeichnungen der Standesämter über Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle herangezogen. Über die Wanderungsbewegungen, d.h. die Zu- und Fortzüge, geben die Unterlagen der Einwohnermeldeämter Auskunft. Die Bevölkerungsdaten der Fortschreibung werden ergänzt durch die Ergebnisse des jährlichen Mikrozensus, der eine Auswahl von 1 % der Bevölkerung erfasst und durch Hochrechnung verlässliche Aussagen über die Gesamtheit ermöglicht. Für die ehemalige DDR liegen in der Bevölkerungsstatistik im Wesentlichen den bundesdeutschen vergleichbare Angaben vor.

Seit 2001 werden grundsätzlich in der amtlichen Statistik über die Bevölkerung nur noch Daten für Berlin insgesamt nachgewiesen, sodass bei Bevölkerungsangaben für das frühere Bundesgebiet und für die neuen Länder, soweit noch ein getrennter Nachweis erfolgt, Berlin bei den neuen Ländern enthalten ist.

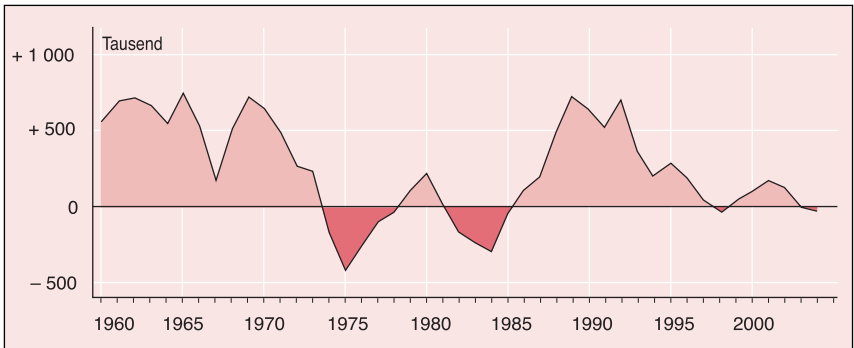
1.2 Bevölkerungsentwicklung

Ende 2004 hatte Deutschland 82,5 Mill. Einwohner und damit knapp 13,2 Mill. mehr als 1950. In West- und Ostdeutschland hat sich die Bevölkerungszahl seit 1950 jedoch sehr unterschiedlich entwickelt. Im früheren Bundesgebiet stieg sie zwischen 1950 und 1973 von 51,0 Mill. auf 62,1 Mill. Gleichzeitig ging sie in der ehemaligen DDR von 18,4 Mill. auf 17 Mill. zurück. Die Bevölkerungszahl stabilisierte sich danach zwischen 61 und 62 Mill. im Westen und zwischen 16 und 17 Mill. im Osten. Seit dem November 1990 stieg sie im Westen wieder an und ging im Osten erneut zurück.

Die Zunahme der Bevölkerungszahl des früheren Bundesgebiets nach dem Zweiten Weltkrieg hat zunächst im Wesentlichen auf der Aufnahme von Vertriebenen aus den Ostgebieten des ehemaligen Deutschen Reichs und den deutschen Siedlungsgebieten im Ausland beruht. 1950 betrug die Zahl der Vertriebenen im früheren Bundesgebiet rund 8 Mill.; das entsprach einem Anteil an der Bevölkerung von 16 %. Zwischen 1950 und 1961 war der Bevölkerungszuwachs dann hauptsächlich auf die Zuwanderung aus der ehemaligen DDR zurückzuführen. So fanden von 1950 bis zum Mauerbau am 13. August 1961 etwa 2,6 Mill. Menschen aus Ostdeutschland als Übersiedlerinnen und Übersiedler im früheren Bundesgebiet Aufnahme.

Seit Mitte der 1960er-Jahre wird die Bevölkerungsentwicklung im früheren Bundesgebiet bzw. – ab November 1990 – in Deutschland entscheidend durch Zu- und Fortzüge von Ausländerinnen und Ausländern beeinflusst. Zwischen 1960 und 2004 sind insgesamt 27,9 Mill. ausländische Staatsangehörige in das frühere Bundesgebiet bzw.

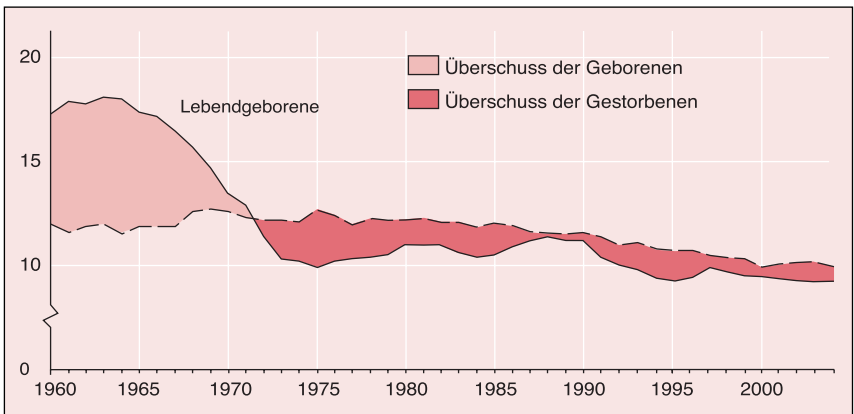
Abb. 1: Jährliche Bevölkerungszunahme bzw. -abnahme in Deutschland



nach Deutschland zugezogen, während 20,5 Mill. es wieder verlassen haben. Die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland erhöhte sich in diesem Zeitraum von knapp 690 000 auf knapp 7,3 Mill. Diese Zunahme ist zum größten Teil auf die so genannten Zuwanderungsüberschüsse sowie zum Teil auf einen Geburtenüberschuss ausländischer Staatsangehöriger in Deutschland zurückzuführen.

Zwischen 1960 und 2004 fanden auch rund 4,4 Mill. Aussiedlerinnen und Aussiedler bzw. Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler in der Bundesrepublik Aufnahme. Im Jahr 1990 wurde mit rund 397 000 Personen die mit Abstand höchste Aussiedlerzahl registriert. In den Jahren 1991 bis 1997 bewegte sich die Zahl zwischen knapp 231 000 (1992) und 134 000 (1997). In den Folgejahren war sie weiter rückläufig. In den Jahren 2000 bis 2004 kamen erstmals seit der Wende jeweils weniger als 100 000 Spätaus-

Abb. 2: Lebendgeborene und Gestorbene in Deutschland seit 1960
je 1000 Einwohner



Tab. 2: Bevölkerungsentwicklung seit 1950
in Tausend

Jahr ¹	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ²	Neue Länder und Berlin-Ost ³
1950	69 346	50 958	18 388
1960	73 147	55 958	17 188
1970	78 069	61 001	17 068
1980	78 397	61 658	16 740
1990	79 753	63 726	16 028
2000	82 260	67 140	15 120
2001	82 440	65 323	17 118
2002	82 537	65 527	17 009
2003	82 532	65 619	16 913
2004	82 501	65 680	16 821

1 Ergebnisse jeweils am 31.12.

2 Ab 2001 ohne Berlin-West.

3 Ab 2001 einschl. Berlin.

siedlerinnen und Spätaussiedler nach Deutschland, 2004 waren es nur noch rund 59 000. Insgesamt sind von 1950 bis 2004 etwa 4,4 Mill. Deutsche aus den Ostgebieten des ehemaligen Deutschen Reichs sowie aus Ost- und Südosteuropa im früheren Bundesgebiet bzw. in Deutschland aufgenommen worden. Von ihnen kamen knapp 2,3 Mill. aus der ehemaligen Sowjetunion, 1,4 Mill. aus Polen und weitere 430 000 aus Rumänien.

Tab. 3: Zuzug von Ausländer/-innen sowie Aussiedler/-innen
bzw. Spätaussiedler/-innen 1950 bis 2004¹

Zeitraum bzw. Jahr	Insgesamt	Ausländer/-innen zusammen	Aussiedler/-innen bzw. Spätaussiedler/-innen			
			zusammen	darunter:		
				Sowjetunion ²	Polen	Rumänien
1950–1959	999 357	561 135	438 222	13 580	292 183	3 454
1960–1969	5 754 077	5 532 561	2 215 16	8 571	1 106 18	16 294
1970–1979	6 575 227	6 219 361	3 558 66	56 585	202 712	71 417
1980–1989	5 806 115	4 822 028	984 087	176 565	632 803	151 161
1990–1999	10 164 260	8 135 084	2 029 176	1 630 041	204 069	186 340
2000	744 864	649 249	95 615	94 558	484	547
2001	783 743	685 259	98 484	97 434	623	380
2002	749 757	658 341	91 416	90 587	553	256
2003	674 649	601 759	72 885	72 289	444	137
2004	661 275	602 182	59 093	58 728	278	76

1 Früheres Bundesgebiet; ab 1. 11. 1990 Deutschland. Einschl. nichtdeutsche Angehörige von Aussiedlern bzw. Spätaussiedlern (ab 1993).

2 Bzw. Nachfolgestaaten.

Quellen: Bevölkerungsfortschreibung, Wanderungsstatistik und Bundesverwaltungsamt Köln (Aussiedler).

Im Gebiet der ehemaligen DDR ist die Bevölkerungszahl nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ebenfalls als Folge der Aufnahme von Vertriebenen zunächst angestiegen, und zwar bis auf rund 19 Mill. im Jahr 1948. Die Zahl der Vertriebenen in der ehemaligen DDR – dort als »Neubürger« oder »Umsiedler« bezeichnet – betrug 1950 etwa 4,1 Mill., was einem Anteil an der Bevölkerung von 22 % entsprach. Nach 1948 ging die Einwohnerzahl der ehemaligen DDR bis zum Mauerbau 1961 Jahr für Jahr zurück, hauptsächlich als Folge der starken Abwanderung in das frühere Bundesgebiet. 1961 lag sie bei 17,1 Mill. Durch die hermetische Abriegelung konnte der Bevölkerungsrückgang nur vorübergehend gestoppt werden. 1973 sank die Einwohnerzahl – auch bedingt durch die Geburtenrückgänge in den 1970er-Jahren – unter die 17-Millionen-Grenze. Die Massenflucht im Jahr 1989 beschleunigte den Bevölkerungsrückgang und Ende 1990 hatte die ehemalige DDR nur noch 16,0 Mill. Einwohner. Bis Ende 2000 verringerte sich die Einwohnerzahl in den neuen Ländern und Berlin-Ost um weitere 909 000 Personen auf 15,1 Mill. In letzter Zeit ist aber der Bevölkerungsrückgang geringer als in den ersten Jahren nach der Wende.

1.3 Die räumliche Bevölkerungsverteilung

Der Bevölkerungszahl entsprechend veränderte sich auch die Bevölkerungsdichte, d. h. die Zahl der Einwohner je Quadratkilometer, in beiden Teilen Deutschlands. Im früheren Bundesgebiet stieg sie im Zeitraum 1950 bis 1974 von 201 auf 250 an, ging im Zeitraum 1985/86 auf 245 zurück und lag 2000 bei 274. In den neuen Ländern und Berlin-Ost verringerte sich dieser Wert zwischen 1950 und 2000 von 171 auf 140 Einwohner je Quadratkilometer.

Im Jahr 2004 lag für Deutschland insgesamt die Einwohnerdichte bei 231 Einwohnern je Quadratkilometer. Am dichtesten besiedelt sind die Stadtstaaten (Berlin: 3799, Hamburg: 2297, Bremen: 1641 Einwohner je Quadratkilometer). Die geringste Besiedlung je Quadratkilometer weisen die Länder Mecklenburg-Vorpommern (74), Brandenburg (87), Sachsen-Anhalt (122), Thüringen (146) und Niedersachsen (168 Einwohner je Quadratkilometer) auf.

Mit rund 357 046 Quadratkilometern lag Deutschland 2004 im europäischen Vergleich in der Flächenausdehnung an siebter Stelle und in Bezug auf die Bevölkerungsdichte – nach den Niederlanden (483), Belgien (342) sowie dem Vereinigten Königreich (246) – an vierter Stelle (ohne die flächenmäßig kleinen Länder Malta, Monaco, San Marino und Vatikanstadt). Island mit durchschnittlich 3, Norwegen mit 15, Finnland mit 17 und auch die Russische Föderation mit 8 Einwohnern je Quadratkilometer sind im Vergleich dazu sehr dünn besiedelt.

Ende 2004 gab es in Deutschland 12 429 politisch selbstständige Gemeinden, und zwar 8 500 im früheren Bundesgebiet und 3 929 in den neuen Bundesländern. Aus der Verteilung der Einwohner auf Gemeindegrößenklassen ergibt sich, dass 2004 nur 6,7 % der Bevölkerung Deutschlands in Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwoh-

Tab. 4: Bundesländer nach Fläche und Einwohnern am 31. 12. 2004

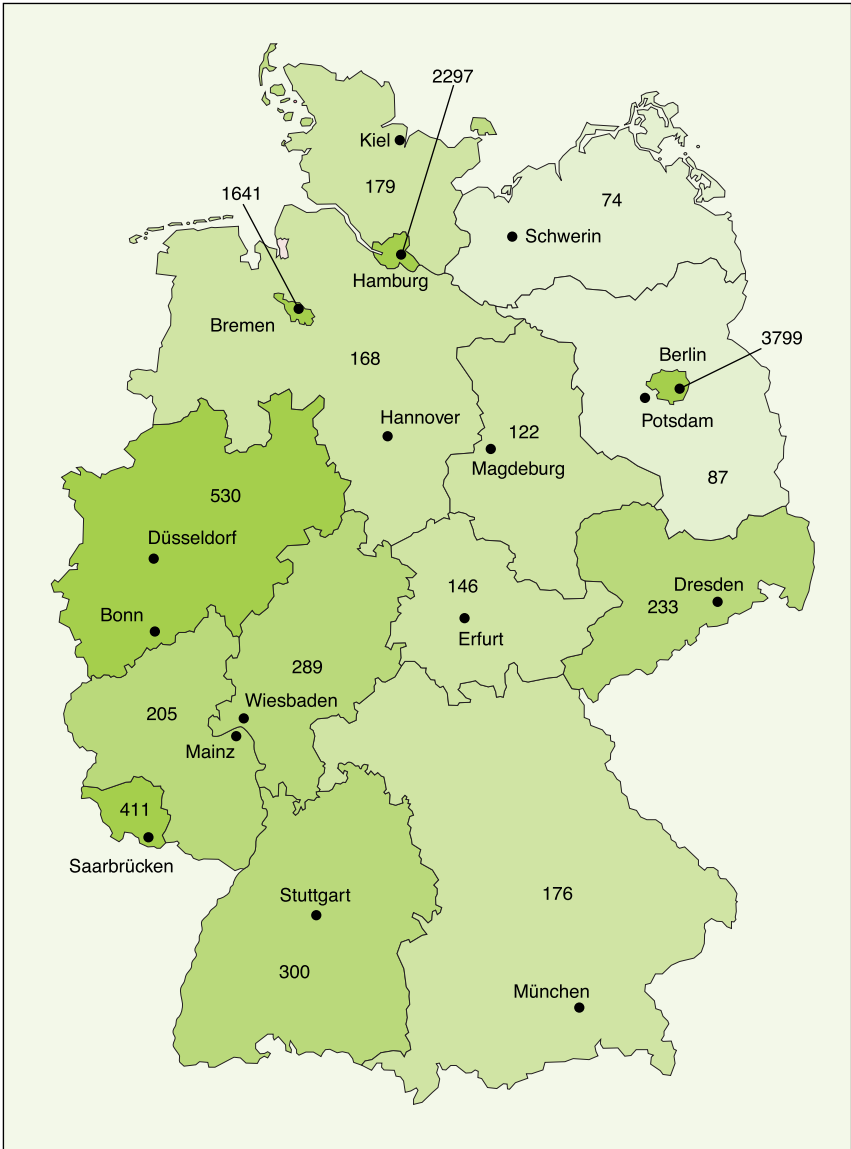
Bundesland	Regierungssitz	Fläche	Einwohner	
		1 000 km ²	1 000	je km ²
Baden-Württemberg	Stuttgart	35,8	10 717	300
Bayern	München	70,5	12 444	176
Berlin	Berlin	0,9	3 388	3 799
Brandenburg	Potsdam	29,5	2 568	87
Bremen	Bremen	0,4	663	1 641
Hamburg	Hamburg	0,8	1 735	2 297
Hessen	Wiesbaden	21,1	6 098	289
Mecklenburg-Vorpommern	Schwerin	23,2	1 720	74
Niedersachsen	Hannover	47,6	8 001	168
Nordrhein-Westfalen	Düsseldorf	34,1	18 075	530
Rheinland-Pfalz	Mainz	19,9	4 061	205
Saarland	Saarbrücken	2,6	1 056	411
Sachsen	Dresden	18,4	4 296	233
Sachsen-Anhalt	Magdeburg	20,4	2 494	122
Schleswig-Holstein	Kiel	15,8	2 829	179
Thüringen	Erfurt	16,2	2 355	146
Deutschland	Berlin	357,0	82 501	231

nern, 35,3 % in Gemeinden mit 2 000 bis 20 000 Einwohnern und 27,3 % in Gemeinden mit 20 000 bis 100 000 Einwohnern lebten. Auf die Großstädte (Gemeinden mit 100 000 oder mehr Einwohnern) entfielen 30,7 % der Bevölkerung.

Tab. 5: Einwohnerzahlen und Bevölkerungsdichten
in ausgewählten Großstädten am 31. 12. 2004

Rang- folge	Stadt	Einwohner in 1 000	Stadt	Einwohner pro km ²
1	Berlin	3 388	München	4 024
2	Hamburg	1 735	Berlin	3 799
3	München	1 249	Herne	3 342
4	Köln	970	Stuttgart	2 848
5	Frankfurt a. M.	647	Oberhausen	2 847
6	Stuttgart	591	Essen	2 795
7	Dortmund	589	Bochum	2 669
8	Essen	588	Offenbach a. M.	2 662
9	Düsseldorf	573	Nürnberg	2 658
10	Bremen	546	Düsseldorf	2 639
11	Hannover	516	Frankfurt a. M.	2 605
12	Duisburg	504	Gelsenkirchen	2 576
13	Leipzig	498	Hannover	2 529
14	Nürnberg	495	Köln	2 393
15	Dresden	487	Hamburg	2 297

Abb. 3: Bevölkerungsdichte in den Ländern und Stadtstaaten
am 31. 12. 2004
Einwohner je km²

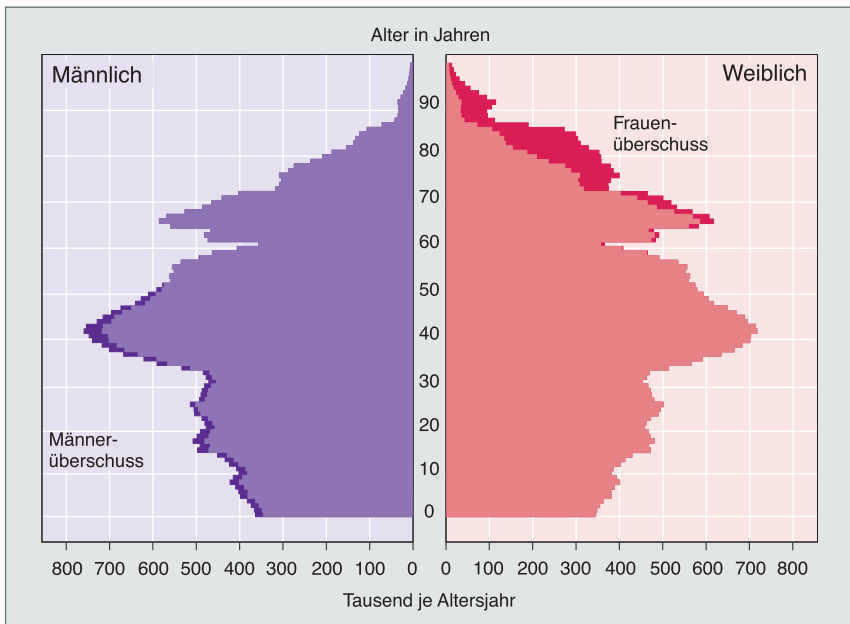


1.4 Altersaufbau

Die Entwicklung der Zahl der Geburten und Sterbefälle wirkt sich unmittelbar auf den Altersaufbau der Gesellschaft aus. Während die Stärke der einzelnen Altersjahrgänge die Zahl der Geburten und Sterbefälle in bestimmten Zeiträumen beeinflusst, wirken sich Veränderungen von Geburtenhäufigkeit oder Sterblichkeit wiederum auf die zahlenmäßige Besetzung der jeweiligen Jahrgänge aus. Langfristig führen solche Veränderungen u. a. zu einer Verschiebung der Anteile der einzelnen Altersgruppen an der gesamten Bevölkerung, so der Gruppe der Kinder und Jugendlichen, derjenigen im erwerbsfähigen Alter und jener im Rentenalter, die derzeit immer größer wird. Somit ändern sich auch die Quoten zwischen dem Teil der Bevölkerung, der sich aktiv am Erwerbsleben beteiligt, und jenem Teil, der entsprechend dem Generationenvertrag von den Erwerbstätigen unterhalten werden muss.

Um den Altersaufbau der Bevölkerung zu veranschaulichen, wird in der Statistik eine graphische Darstellungsform verwendet, die noch immer als Alterspyramide beschrieben wird, auch wenn sie – für Deutschland betrachtet – längst keine Pyramidenform mehr hat. So gleicht ihr Bild heute eher einer »zerzausten Wettertanne«, wie der Bevölkerungsstatistiker Flaskämper die Abbildung treffend beschrieben hat. In dieser Darstellung treten die Wandlungen des Bevölkerungsaufbaus deutlich zutage. Ende

Abb. 4: Altersaufbau der Bevölkerung Deutschlands am 31. 12. 2004



Tab. 6: Entwicklung der Altersstruktur der Bevölkerung Deutschlands seit 1955

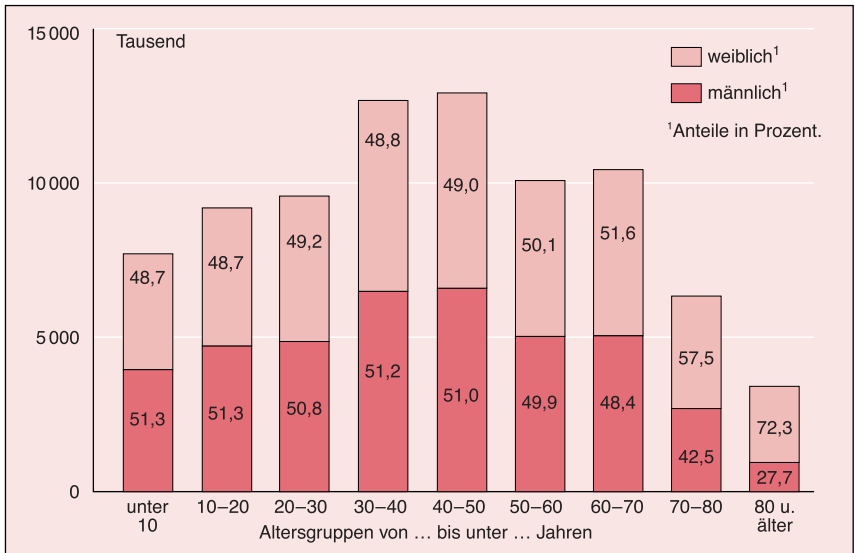
Jahres- ende	Bevölke- rung	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren				Jugend- quotient ¹	Alten- quotient ²
		bis unter 20	20–60	60–80	80 und mehr		
	1 000	%					
1955	71 350	29,8	54,3	14,5	1,3	55,0	29,2
1965	76 336	29,2	52,0	17,0	1,8	56,1	36,3
1975	78 465	28,8	50,8	18,2	2,2	56,6	40,1
1985	77 661	23,6	56,4	16,7	3,3	41,8	35,4
1995	81 817	21,5	57,4	17,0	4,0	37,5	36,6
2000	82 260	21,1	55,3	19,8	3,8	38,3	42,7
2004	82 501	20,3	54,8	20,6	4,3	37,0	45,5

1 Altersgruppe der bis 19-Jährigen bezogen auf die Altersgruppe der 20- bis 59-Jährigen.

2 Altersgruppe der 60-Jährigen und Älteren bezogen auf die Altersgruppe der 20- bis 59-Jährigen.

2004 betrug in Deutschland der Anteil der sog. Nachwachsenden (unter 20-Jährige) 20,3 %. Auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (20 bis unter 60 Jahre) entfielen 54,8 %, der Seniorenanteil (60-Jährige und Ältere) betrug 24,9 %. Rund 4 % der Bevölkerung waren hochbetagt (80 Jahre oder älter). Der Jugendquotient (Zahl der unter 20-Jährigen bezogen auf die Zahl der 20- bis unter 60-Jährigen) lag bei 37, während der Altenquotient (Zahl der 60-Jährigen und Älteren bezogen auf die Zahl der 20- bis

Abb. 5: Bevölkerung Deutschlands am 31. 12. 2004
nach Altersgruppen und Geschlecht



unter 60-Jährigen) knapp 46 betrug. Vor ca. fünfzig Jahren, Anfang 1955, hatte das Verhältnis von Jugend- zu Altenquotient noch 55 : 29 betragen.

In Deutschland werden etwas mehr Jungen als Mädchen geboren. Im Durchschnitt kommen auf 100 neugeborene Mädchen 105 Jungen. Wegen des erhöhten »Sterberisikos« der männlichen Bevölkerung nimmt dieses zahlenmäßige »Übergewicht« jedoch mit zunehmendem Lebensalter ab. Während also bis zum Alter von 50 Jahren in der heutigen Bevölkerung der Männeranteil überwiegt, geht die Geschlechterrelation in der Altersgruppe der 50- bis unter 60-Jährigen vom ungefähren Gleichgewicht in einen Frauenüberschuss über. Von den 60- bis unter 70-jährigen Personen sind fast 52 % weiblichen Geschlechts. In den obersten Altersgruppen beträgt der Frauenanteil bei den 70- bis unter 80-Jährigen 58 % und bei den 80-jährigen oder älteren Personen sogar fast 72 %. Maßgebend für den geringeren Anteil der Männer in den höchsten Altersgruppen sind neben der höheren Lebenserwartung der Frauen heute noch die starken Männerverluste durch den Zweiten Weltkrieg. Auch wirken sich auf das Geschlechterverhältnis der Bevölkerung Wanderungen aus, an denen Männer im Allgemeinen stärker beteiligt sind als Frauen.

1.5 Geburten und Sterbefälle

In Deutschland werden seit 1972 jedes Jahr weniger Kinder geboren als Menschen sterben. Im Jahr 2004 wurden 113 000 mehr Sterbefälle als Lebendgeborene gezählt. Maßgeblich für diese Entwicklung war die höhere Zahl der Sterbefälle bei der deutschen Bevölkerung. Die ausländische Bevölkerung dagegen verzeichnete – vor allem wegen des höheren Anteils jüngerer Menschen – mehr Geburten als Sterbefälle.

Die Zahl der Lebendgeborenen hatte in Deutschland 1964 mit 1,36 Mill. ihren höchsten Stand erreicht. Sie ging dann bis 1975 auf 782 000 zurück, nahm anschließend bis 1980 auf 866 000 wieder zu, fiel in den 1980er-Jahren zunächst erneut und stieg dann wieder auf 906 000 im Jahr 1990 an. Nach einem erneuten Rückgang und zeitweisem Anstieg, was vor allem auf die Entwicklung in den neuen Ländern und Berlin-Ost zurückzuführen war, geht die Anzahl der Geburten seit 1998 wieder zurück.

Außerhalb einer Ehe werden in Deutschland 28 % der Kinder geboren. Dieser Anteil ist geringer als der Durchschnitt in der Europäischen Union von etwa 32 %. So wird in Schweden über die Hälfte der Kinder von Müttern geboren, die nicht verheiratet sind; in Dänemark, Finnland und dem Vereinigten Königreich sind es etwa vier Zehntel.

Mit der im Jahr 2004 in Deutschland im rechnerischen Durchschnitt ermittelten Kinderzahl von 1,36 Kindern je Frau wird die zur Erhaltung der Bevölkerungszahl auf längere Sicht erforderliche Zahl von 2,1 Kindern je Frau deutlich unterschritten. Gleichzeitig nimmt die durchschnittliche Lebenserwartung in Deutschland weiter zu. Sie beträgt heute für einen neugeborenen Jungen 75,9 Jahre und für ein gerade zur Welt gekommenes Mädchen 81,6 Jahre. Dies entspricht gegenüber dem Stand von Mitte der 1980er-Jahre einer Zunahme von etwa 4,4 Jahren bei den Jungen und 3,5 Jahren

Tab. 7: Lebendgeborene und Gestorbene in Deutschland 1950 bis 2004
in Tausend

Jahr	Lebendgeborene		Gestorbene		Überschuss der Geborenen (+) bzw. der Gestorbenen (-)	
	Anzahl	je 1000 Einwohner	Anzahl	je 1000 Einwohner	Anzahl	je 1000 Einwohner
<i>Deutschland</i>						
1950	1 117	16,3	748	10,9	+ 368	+ 5,4
1960	1 262	17,3	877	12,0	+ 385	+ 5,3
1970	1 048	13,5	976	12,6	+ 72	+ 0,9
1980	866	11,0	952	12,1	- 87	- 1,1
1990	906	11,4	921	11,6	- 16	- 0,2
2000	767	9,3	839	10,2	- 72	- 0,9
2001	734	8,9	828	10,1	- 94	- 1,1
2002	719	8,7	842	10,2	- 122	- 1,5
2003	707	8,6	854	10,3	- 147	- 1,8
2004	706	8,5	818	9,9	- 112	- 1,4
<i>Früheres Bundesgebiet</i>						
1950	813	16,3	529	10,6	+ 284	+ 5,7
1960	969	17,4	643	11,6	+ 326	+ 5,9
1970	811	13,4	735	12,1	+ 76	+ 1,3
1980	621	10,1	714	11,6	- 93	- 1,5
1990	727	11,5	713	11,3	+ 14	+ 0,2
2000	656	9,8	678	10,1	- 23	- 0,3
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>						
1950	304	16,5	220	11,9	+ 84	+ 4,6
1960	293	16,9	234	13,5	+ 59	+ 3,4
1970	237	13,9	241	14,1	- 4	- 0,2
1980	245	14,6	238	14,2	+ 7	+ 0,4
1990	178	11,1	208	12,9	- 30	- 1,8
2000	111	7,3	160	10,5	- 49	- 3,2

bei den Mädchen. Für einen 60-jährigen Mann ergibt sich heute eine rechnerische weitere Lebensdauer von im Durchschnitt 20,0 Jahren und für eine Frau dieses Alters von 24,1 Jahren.

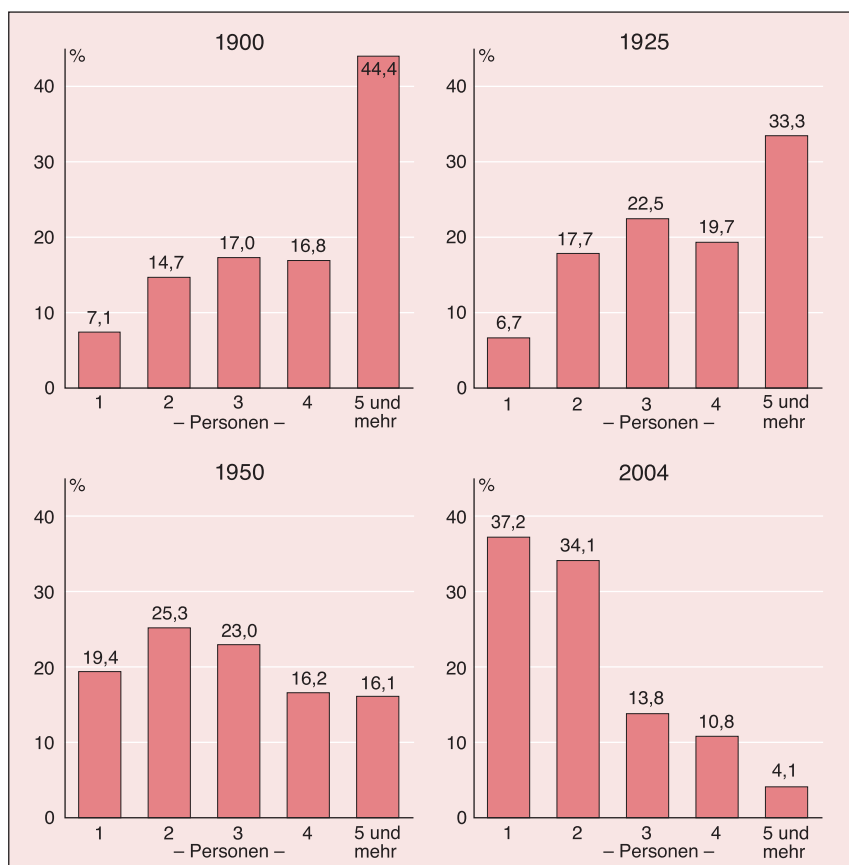
1.6 Haushalts- und Lebensformen

Die Angaben zu Haushalts- und Lebensformen sind Ergebnisse des Mikrozensus. Sie basieren auf dem so genannten Lebensformenkonzept, daher sind die Definitionen, Abgrenzungen und Ergebnisse nur bedingt mit in der Vergangenheit veröffentlichten Angaben auf der Grundlage des so genannten traditionellen Familienkonzepts vergleichbar.

Im März 2004 gab es in Deutschland mehr als 39,1 Mill. Haushalte, und zwar gut 31,9 Mill. Haushalte im früheren Bundesgebiet und 7,2 Mill. Haushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost. In nur 4 % der Haushalte in Deutschland lebten fünf oder mehr Personen. Der Anteil der Zweipersonenhaushalte betrug im März 2004 34 % und der Anteil der Einpersonenhaushalte 37 %. Damit lag die durchschnittliche Haushaltsgröße bei 2,12 Personen; in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost lebten durchschnittlich 2,05 und im früheren Bundesgebiet 2,13 Personen in einem Haushalt zusammen.

Vor gut hundert Jahren, im Jahr 1900, hatte die durchschnittliche Haushaltsgröße im ehemaligen Reichsgebiet rund 4,5 Personen betragen. Damals war der Anteil der

Abb. 6: Haushaltsgrößen
in Prozent der Haushalte



Haushalte mit fünf und mehr Personen elfmal so hoch (44 %) gewesen, der Anteil der Zweipersonenhaushalte war mit 15 % nur knapp halb so groß wie heute. Eine Person allein wirtschaftete im Jahr 1900 nur in 7 % der Haushalte.

Als Ursache für die abnehmende Haushaltsgröße wird u. a. der Wandel von der Agrar- zur Industrie- und weiter zur Dienstleistungsgesellschaft angesehen. Damit in Zusammenhang steht die Zunahme der städtischen Haushalte, die im Durchschnitt kleiner sind als die Haushalte in ländlichen Gemeinden. So waren im März 2004 mit 49 % insbesondere die Einpersonenhaushalte in den Großstädten (500 000 Einwohner und mehr) zahlreich vertreten. Damit führte im Jahr 2004 gut jeder vierte Großstadtbewohner (26 %) einen Einpersonenhaushalt, während dies in Gemeinden mit weniger als 100 000 Einwohnern nur auf etwa jeden siebten Einwohner (14 %) zutraf.

Neben der Frage der Struktur und Entwicklung der Haushalte ist auch die Frage des Familienverbandes – vor allem im Hinblick auf Kinder – von großem öffentlichem und politischem Interesse. 2004 lebten in Deutschland in 51 % der Mehrpersonenhaushalte Kinder (ohne Altersbegrenzung). In wiederum der Hälfte (51 %) der knapp 12,5 Mill. Haushalte mit Kindern lebte ein Kind, in knapp zwei Fünfteln (37 %) dieser Haushalte wurden zwei und in gut einem Achtel (12 %) wurden drei und mehr Kinder versorgt.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost war im März 2004 der Anteil der Haushalte mit einem Kind (61 %) deutlich höher als im früheren Bundesgebiet (48 %). Die Anteile der Haushalte mit zwei Kindern wiesen mit 38 % im früheren Bundesgebiet und mit 32 % in den neuen Ländern und Berlin-Ost vergleichsweise geringe Ost-West-Unterschiede auf, während Haushalte mit drei oder mehr Kindern im Westen doppelt so häufig anzutreffen waren wie im Osten (14 % gegenüber 7 %).

Die Zahl der allein erziehenden Elternteile mit Kindern hat sich gegenüber 1996 um 266 000 auf insgesamt 2,5 Mill. erhöht (+ 12 %). Allein Erziehende sind dabei im engen Sinn definiert, d. h. als Elternteile, die ohne Ehe- oder Lebenspartner bzw. -partnerin gemeinsam mit ihren minder- oder volljährigen Kindern in einem Haushalt leben. In mehr als der Hälfte der Fälle (55 %) war das Alleinerziehen auf die Scheidung oder Trennung der Eltern zurückzuführen, während in 23 % der Fälle der Grund für das Alleinerziehen der Tod des Partners war. 22 % der allein Erziehenden waren niemals verheiratet. Der Anteil der allein Erziehenden an allen Eltern-Kind-Gemeinschaften (Ehepaare mit Kindern, Lebensgemeinschaften mit Kindern und allein Erziehende mit Kindern) betrug damit im Westen ein knappes Fünftel (19 %), im Osten sogar fast ein Viertel (24 %).

Das Zusammenleben als nichteheliche Lebensgemeinschaft, ob als voreheliche Form, die meist von jungen Erwachsenen als »Ehe auf Probe« verstanden wird, als nacheheliche Form, die von nicht mehr ledigen Personen eingegangen wird, oder als dauerhafte »Alternative« zur Ehe, stößt heute auf breite gesellschaftliche Akzeptanz. Im Jahr 2004 gab es nach Ergebnissen des Mikrozensus in Deutschland rund 2,4 Mill. nichteheliche Lebensgemeinschaften, 1,9 Mill. im früheren Bundesgebiet und 584 000 in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Damit hat sich die Zahl der nichtehelichen Lebens-

gemeinschaften in Deutschland seit 1996 um rund ein Drittel (34 %) erhöht. 1996 wurden deutschlandweit erst rund 1,8 Mill. solcher Partnerschaften gezählt.

Nur bei gut jeder vierten nichtehelichen Lebensgemeinschaft (26 %) lebten 2004 im früheren Bundesgebiet Kinder, während dies in den neuen Ländern und Berlin-Ost bei fast der Hälfte (49 %) dieser Lebensgemeinschaften der Fall war. Überwiegend handelte es sich dabei um die Kinder der Partnerin. So lebten im März 2004 in Deutschland in rund zwei Dritteln dieser Lebensgemeinschaften mit Kindern (66 %) ausschließlich Kinder der Frau, in 29 % waren es nur Kinder des Mannes. Lediglich bei 5 % aller nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern handelte es sich um gemeinsame Kinder oder um »zusammengesetzte Familien« von zwei Partnern mit jeweils eigenen Kindern.

Neben den Angaben zu nichtehelichen (verschiedengeschlechtlichen) Lebensgemeinschaften stellt der Mikrozensus seit dem Berichtsjahr 1996 auch Ergebnisse zu gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften zur Verfügung. Als gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften gelten dabei Paare gleichen Geschlechts, die gemeinsam in einem Haushalt wohnen und wirtschaften und sich selbst – im Rahmen einer freiwilligen Angabe – als Lebensgemeinschaft einstufen. Aufgrund der geringen Fallzahlen, der Freiwilligkeit der Auskünfte und der Sensibilität des Themas sollten diese Ergebnisse vorsichtig interpretiert werden. Dennoch dürften sie eine untere Grenze für die Verbreitung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften in Deutschland darstellen. Danach zählte der Mikrozensus im März 2004 rund 56 000 gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften in Deutschland. Eine Obergrenze für ihre Verbreitung bestimmt das Statistische Bundesamt mittels eines Schätzverfahrens, das auch Personengemeinschaften einbezieht, die sich selbst nicht ausdrücklich als gleichgeschlechtliches Paar einstufen. Danach gab es 2004 schätzungsweise 160 000 gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften in Deutschland. Der tatsächliche Wert bewegt sich vermutlich zwischen diesen beiden genannten Werten.

Obwohl immer mehr Menschen als allein Erziehende oder in Lebensgemeinschaften leben, ist das Zusammenleben als Ehepaar nach wie vor weit verbreitet. Im März 2004 wurden insgesamt 19,1 Mill. Ehepaare mit oder ohne ledige Kinder im Haushalt gezählt, wobei – erstmalig seit April 2001 – der Anteil der Ehepaare ohne Kinder im Haushalt mit 52 % überwog. In den neuen Ländern und Berlin-Ost hatte sich dieser Anteil seit 1991 um dreizehn Prozentpunkte auf 56 % im März 2004 erhöht, im früheren Bundesgebiet stieg er im gleichen Zeitraum um acht Prozentpunkte auf 51 %. Damit dominierte in Ostdeutschland der Anteil der Ehepaare ohne Kinder den Anteil an Ehepaaren mit Kindern im Haushalt bereits seit 1999. Zurückzuführen ist der deutliche Rückgang an Ehepaaren mit Kindern im Osten u. a. auf die starken Einbrüche in der Geburtenhäufigkeit nach der Wiedervereinigung.

Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung kommt den Lebensformen, in denen Kinder aufwachsen und versorgt werden, zunehmendes Interesse zu, etwa der Betrachtung von Eltern-Kind-Gemeinschaften nach der Staatsangehörigkeit der Eltern(-teile). Im März 2004 waren in Deutschland bei 84 % der rund 9,2 Mill. Ehepaare mit Kindern (ohne Altersbegrenzung) beide Ehegatten Deutsche, bei 9 % der Ehe-

Tab. 8: Mehrpersonenhaushalte 2004 nach Haushaltsgröße und Zahl der Kinder im Haushalt¹

Haushalte mit ... Personen	Insgesamt	Davon				
		ohne Kinder	mit Kind(ern) ²			
			zusammen	1	2	3 und mehr
	1 000	% von Spalte »insgesamt«				
Deutschland						
2	13 335	11 727	1 608	100	X	X
3	5 413	244	5 169	88,4	11,6	X
4	4 218	32	4 186	3,3	93,6	3,1
5 und mehr	1 590	X	1 585	1,6	8,1	90,3
insgesamt	24 556	12 007	12 549	50,6	37,0	12,4
Früheres Bundesgebiet						
2	10 743	9 517	1 226	100	X	X
3	4 251	201	4 050	88,2	11,8	X
4	3 560	29	3 531	3,1	93,8	3,1
5 und mehr	1 433	X	1 429	1,6	7,7	90,6
Zusammen	19 987	9 751	10 236	48,2	38,1	13,7
Neue Länder und Berlin-Ost						
2	2 592	2 210	382	100	X	X
3	1 161	43	1 118	89,3	10,7	X
4	658	X	655	4,4	92,5	3,1
5 und mehr	157	X	157	X	11,5	86,6
zusammen	4 569	2 257	2 312	61,1	32,1	6,8

1 Ergebnisse des Mikrozensus. Bevölkerung in Privathaushalten.

2 Ledige Kinder ohne Altersbegrenzung.

paare mit Kindern hatten beide Ehegatten eine ausländische Staatsangehörigkeit. Die übrigen rund 7 % der Ehepaare setzten sich aus Partnern zusammen, von denen jeweils einer die deutsche und einer eine ausländische Staatsangehörigkeit besaß.

Tab. 9: Nichteheliche Lebensgemeinschaften im März 2004¹

Gebiet	Insgesamt	Ohne Kinder		Mit Kind(ern) ²	
	1 000	1 000	% ³	1 000	% ³
Deutschland	2 445	1 677	68,6	769	31,5
Früheres Bundesgebiet	1 862	1 378	74,0	484	26,0
Neue Länder und Berlin-Ost	584	299	51,2	285	48,8

1 Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung (Lebensformenkonzept).

2 Ledige Kind(er) ohne Altersbegrenzung.

3 Anteil an Spalte »Insgesamt«.

Deutsch-deutsche Paare waren im März 2004 bei den rund 773 000 (nichtehelichen und gleichgeschlechtlichen) Lebensgemeinschaften mit Kindern noch häufiger vertreten (91 %) als bei den Ehepaaren mit Kindern (84 %). Während der Anteil unverheirateter deutsch-ausländischer Paare mit Kindern mit 7 % etwas höher lag als bei den deutsch-ausländischen Ehepaaren mit Kindern (6 %), waren ausländisch-ausländische Lebensgemeinschaften mit Kindern eher selten (2 %). Dagegen besaßen 8 % der rund 2,5 Mill. allein Erziehenden einen ausländischen Pass.

Deutliche Unterschiede bestehen – je nach Staatsangehörigkeit – bei den Eltern-Kind-Gemeinschaften hinsichtlich der durchschnittlichen Zahl der Kinder (ohne Alters-

Tab. 10: Ehepaare mit Kindern, Eltern-Kind-Gemeinschaften in Deutschland im März 2004 nach Staatsangehörigkeit und Lebensform der Eltern(-teile) sowie Zahl der Kinder¹

Staatsangehörigkeit und Lebensform der Eltern(-teile)	Ins-gesamt	Davon mit Kind(ern)			Kinder je Eltern-Kind-Gemeinschaft
		1	2	3 und mehr	
		1 000			Anzahl
Deutsch-deutsche Ehepaare	7 809	3 562	3 236	1 011	1,71
Ausländisch-ausländische Ehepaare	845	302	326	217	2,03
Deutsch-ausländische Ehepaare	594	277	228	89	1,74
Deutsch-deutsche Lebensgemeinschaften ²	706	460	195	51	1,46
Ausländisch-ausländische Lebensgemeinschaften ²	16	9	5	X	2,38
Deutsch-ausländische Lebensgemeinschaften ²	51	33	13	5	1,02
Deutsche allein Erziehende	2 292	1 586	562	144	1,39
Ausländische allein Erziehende	210	124	59	27	1,60

1 Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung (Lebensformenkonzept). – Im Haushalt der Eltern(teile) lebende ledige Kinder ohne Altersbegrenzung.

2 Nichteheliche und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften.

begrenzung), wobei die ausländischen Eltern-Kind-Gemeinschaften durchweg kinderreicher sind. So betrug im März 2004 bei ausländisch-ausländischen Ehepaaren die Kinderzahl durchschnittlich 2,03 Kinder, bei ausländisch-ausländischen Lebensgemeinschaften 2,38 und bei ausländischen allein Erziehenden 1,60 Kinder. Diese lag bei den deutsch-deutschen Ehepaaren im Durchschnitt bei 1,71 Kindern, bei deutsch-deutschen Lebensgemeinschaften betrug sie 1,46 und bei deutschen allein Erziehenden durchschnittlich 1,39 Kinder. Der Grund für die höheren Kinderzahlen wird bei ausländischen Eltern-Kind-Gemeinschaften u. a. in der jüngeren Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung und der höheren Geburtenrate ausländischer Frauen gesehen.

Neben den vielfältigen Formen des Zusammenlebens – sei es mit oder ohne Kinder – setzt sich in Deutschland immer stärker das Alleinleben durch. Insgesamt wohnten und wirtschafteten im März 2004 rund 17 % der Bevölkerung für sich allein, 1991 waren es noch 14 % gewesen. Besonders unter der älteren Generation ist das Alleinleben weit verbreitet. So waren von den rund 14 Mill. allein Lebenden im März 2004 knapp zwei Fünftel (38 %) im Seniorenalter (65 Jahre und mehr), gut ein Fünftel (22 %) gehörte sogar der Altersgruppe von 75 Jahren und mehr an. Dennoch ist der Anteil der allein Lebenden an der älteren Bevölkerung seit 1991 zurückgegangen. Er lag bei den Senioren im März 2004 mit 38 % fünf Prozentpunkte unter dem Anteil vom April 1991. Gestiegen ist dafür der Alleinlebendenanteil an der jüngeren Bevölkerung: Lebten 1991 insgesamt 15 % der 20- bis unter 35-Jährigen allein, so waren es im März 2004 bereits 22 %.

1.7 Eheschließungen, Scheidungen

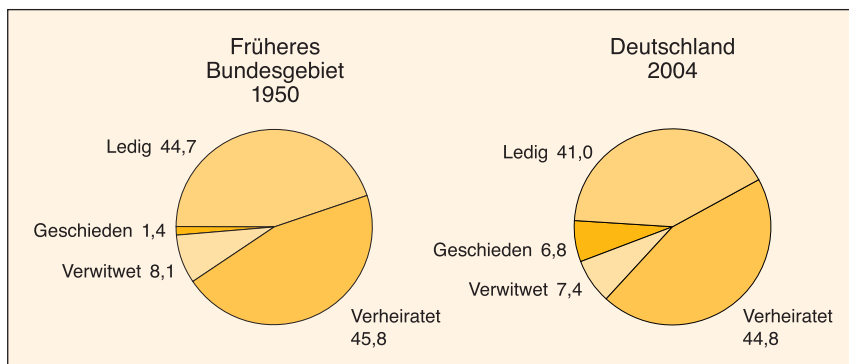
In Deutschland schlossen im Jahr 2004 insgesamt 396 000 Paare die Ehe. Damit ist die Zahl der Heiraten gegenüber 2003 leicht angestiegen. In den 1990er-Jahren war es nur 1999 – mit dem besonderen Heiratsdatum 9. September 1999 – zu einem Anstieg der Zahl der standesamtlichen Trauungen gekommen. Eine unter 500 000 liegende Zahl von Eheschließungen hatte es bereits von Ende der 1970er- bis Mitte der 1980er-Jahre gegeben. Der nachfolgende Anstieg war auf den veränderten Altersaufbau, d.h. dass es vorübergehend mehr Menschen im typischen Heiratsalter gab, zurückzuführen und nicht auf eine Änderung des allgemeinen Heiratsverhaltens. Mehr als 600 000 Eheschließungen im Jahr waren zuletzt 1967 gezählt worden.

Unter den 396 000 vor einem deutschen Standesamt geschlossenen Ehen des Jahres 2004 waren bei 331 000 beide Ehepartner Deutsche. 33 000 deutsche Männer schlossen mit einer ausländischen Frau die Ehe und 23 000 deutsche Frauen heirateten einen ausländischen Mann. Bei 9 000 Eheschließungen hatten beide Partner eine ausländische Staatsangehörigkeit.

Mit der Eheschließung warten junge Menschen immer länger. Dies lässt sich daran ablesen, dass seit Mitte der 1970er-Jahre in Deutschland das durchschnittliche Heiratsalter lediger ständig gestiegen ist. So waren im Jahr 2004 ledige Männer bei der Hochzeit im Durchschnitt 32 Jahre alt. Für die Frauen, die zum ersten Mal heirateten, ergab sich ein Durchschnittsalter von 29 Jahren. Bei insgesamt 61 % der Hochzeiten waren beide Partner zuvor ledig. 15 % der Ehen wurden zwischen einem geschiedenen Mann und einer geschiedenen Frau geschlossen.

Eine Ehelösung findet durch den Tod eines Ehepartners oder durch Scheidung statt, wobei der erstgenannte Fall bei weitem überwiegt. Allerdings hat der Anteil der Scheidungen an den Ehelösungen erheblich zugenommen. Im Jahr 2004 belief sich ihre Zahl auf 214 000. Damit kamen auf 10 000 bestehende Ehen etwa 115 Ehescheidungen. Berücksichtigt man die Ehedauer der geschiedenen Ehen, so wäre bei einem Anhalten

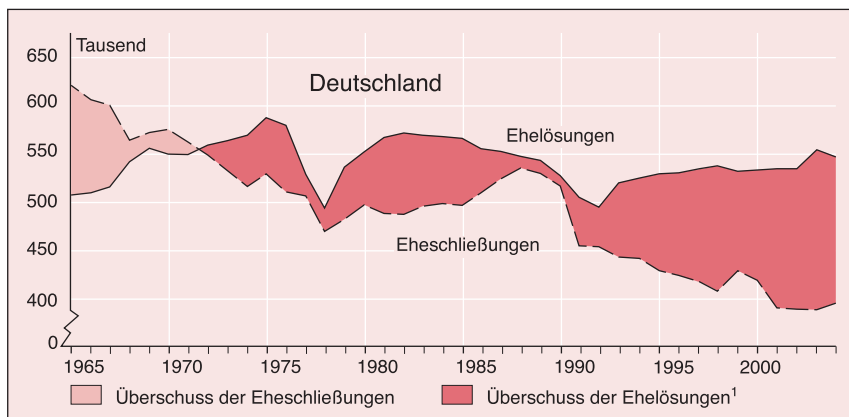
Abb. 7: Familienstand der Bevölkerung
in Prozent



der derzeitigen Scheidungshäufigkeit damit zu rechnen, dass etwa 42 % der Ehen im Laufe der Zeit wieder geschieden würden.

Mit der deutschen Vereinigung am 3. Oktober 1990 ist auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost das bundesdeutsche Scheidungsrecht in Kraft getreten. Dies hatte, ähnlich wie die Reform des Scheidungsrechts 1977 in den alten Bundesländern, zunächst einen starken Rückgang der Zahl der Scheidungen zur Folge: 1990 wurden in den neuen Ländern und Berlin-Ost etwa ein Drittel weniger Ehen geschieden als 1989, und 1991 waren es im Vergleich zu 1989 ein Fünftel weniger. Von 1993 bis 1998 ist die Zahl der Ehescheidungen im Osten Deutschlands wieder deutlich angestiegen

Abb. 8: Eheschließung und Ehelösungen 1965 bis 2004



1 Durch Tod, Scheidung, Aufhebung oder Nichtigkeit der Ehe.

Tab. 11: Eheschließungen und Ehescheidungen in Deutschland 1950 bis 2004

Jahr	Eheschließungen		Ehescheidungen	
	insgesamt 1 000	je 1 000 Einwohner	insgesamt 1 000	je 1 000 Einwohner
1950	750	11,0	135	2,0
1960	689	9,5	73	1,0
1970	575	7,4	104	1,3
1980	497	6,3	141	1,8
1990	516	6,5	155	2,0
2000	419	5,1	194	2,4
2004	396	4,8	214	2,6

und schwankt seitdem auf etwa gleich bleibendem Niveau. Derzeit liegt sie bei etwa 30 000 Scheidungen pro Jahr.

Von einer Scheidung sind häufig nicht nur die Ehepartner, sondern auch deren minderjährige Kinder betroffen. 107 000 und damit die Hälfte der 214 000 geschiedenen Ehepaare hatten Kinder unter 18 Jahren. Insgesamt erlebten 169 000 minderjährige Kinder im Jahr 2004 die Scheidung ihrer Eltern. Bei 34 % der Kinder handelte es sich um das einzige minderjährige Kind des geschiedenen Paares.

Weitere Informationen zum Thema Ehe und Familie siehe Teil II, Kap. 8.

1.8 Ausländische Bevölkerung

1.8.1 Stand und Entwicklung

Ende 2004 lebten in Deutschland knapp 7,3 Mill. Menschen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit. Gegenüber 1991 hat sich diese Zahl um rund 1,2 Mill. erhöht. Der Anteil an der Bevölkerung stieg im gleichen Zeitraum von 7,6 auf 8,8 %.

Für die Veränderung der Zahl ausländischer Staatsangehöriger und der Struktur dieser Bevölkerungsgruppe ist zum weitaus größten Teil die Entwicklung im früheren Bundesgebiet maßgebend. Hier hatte der 1950 einsetzende wirtschaftliche Aufschwung zu einem ständig wachsenden Bedarf an Arbeitskräften geführt, der bis zum Bau der Mauer am 13. August 1961 hauptsächlich durch die Aufnahme von Deutschen aus der ehemaligen DDR und Berlin-Ost gedeckt werden konnte. Ab diesem Zeitpunkt kam dann der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine immer größere Bedeutung zu. Dementsprechend erhöhte sich die Zahl der im früheren Bundesgebiet lebenden Ausländerinnen und Ausländer von knapp 690 000 im Jahr 1961 (1,2 % der Bevölkerung) auf 2,4 Mill. im Jahr 1970 (4,3 % der Bevölkerung). Nach einem vorübergehenden Rückgang zwischen 1974 und 1978 aufgrund des Anwerbestopps stieg die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland als Folge

der Familienzusammenführung sowie der verstärkten Einreise von Asylsuchenden 1982 auf knapp 4,7 Mill., 1983 ging sie erstmals seit 1978 wieder zurück. Die starke Abwanderung als Folge des Rückkehrhilfegesetzes führte 1984 zu einer weiteren Abnahme. Nach dem Auslaufen dieses Gesetzes stieg die Zahl der Menschen mit ausländischem Pass im Jahr 1985 wieder. Ende 1999 betrug sie – auch bedingt durch die bis Mitte 1993 hohen Zahlen von Asylsuchenden sowie durch die Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlingen aus Bosnien und Herzegowina – 7,3 Mill. (8,9 % der Bevölkerung). Im Zeitraum von 1970 bis 1999 nahm die Zahl der ausländischen Bürgerinnen und Bürger im früheren Bundesgebiet somit um knapp 4,9 Mill. Personen zu.

Die meisten ausländischen Staatsangehörigen kamen in das frühere Bundesgebiet, um hier Arbeit zu finden. Sie waren größtenteils im erwerbsfähigen Alter und überwiegend männlichen Geschlechts. Im Laufe der Zeit nahm der Anteil der Ausländerinnen hauptsächlich aufgrund der Familienzusammenführungen von 31 % im Jahr 1961 auf rund 47 % im Jahr 2000 zu. Die Zahl ausländischer Kinder stieg ebenfalls an.

Tab. 12: Ausländische Bevölkerung in Deutschland am 31. 12. 2004
nach Altersgruppen¹

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt		Männlich		Weiblich	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%
unter 15	1 073,4	14,5	549,7	14,5	523,7	15,0
15–40	3 495,7	48,0	1 791,2	47,3	1 704,6	48,7
40–65	2 226,4	30,5	1 184,6	31,3	1 041,8	29,8
65 und älter	492,5	6,8	261,0	6,9	231,4	6,6
Insgesamt	7 288,0	100	3 786,5	100	3 501,7	100

¹ Auswertung der Bevölkerungsfortschreibung.

Tab. 13: Entwicklung der ausländischen Bevölkerung in Deutschland seit 1961

Zeitpunkt	Anzahl in 1 000	Anteil an der Bevölkerung in %
<i>Früheres Bundesgebiet</i>		
06. 06. 1961	686,2	1,2
27. 05. 1970	2 438,6	4,3
25. 05. 1987	4 145,6	6,8
31. 12. 1989	4 845,9	7,7
30. 09. 1990	5 241,8	8,2
<i>Deutschland</i>		
31. 12. 1991	5 882,3	7,3
31. 12. 1995	7 173,9	8,8
31. 12. 1999 ¹	7 336,1	8,9
31. 12. 2000 ¹	7 267,6	8,8
31. 12. 2004 ¹	7 288,0	8,8

¹ Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung.

Auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost leben und arbeiten ausländische Staatsangehörige. Eine vom Umfang her mit den Verhältnissen im früheren Bundesgebiet vergleichbare Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hat es dort allerdings nicht gegeben.

Ende 1989 lebten in der ehemaligen DDR rund 191 200 Ausländerinnen und Ausländer (1,2 % der Bevölkerung), deren Zahl sich bis Ende 1991 auf rund 110 500 verringerte. Dieser Rückgang hing offensichtlich damit zusammen, dass ausländische Staatsangehörige in den Jahren 1990 und 1991 nach Auslaufen ihrer Arbeitsverträge bzw. der von der ehemaligen DDR getroffenen Arbeitskräftevereinbarungen in ihre Heimat zurückkehrten. Seit 1992 steigt die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer in den neuen Ländern ohne Berlin – auch als Folge der Aufnahme von Asylsuchenden – Jahr für Jahr leicht; Ende 2004 betrug sie 320 059 (2,4 % der Bevölkerung).

1.8.2 Aufenthaltsdauer

Von den Ausländerinnen und Ausländern, die sich Ende 2004 nicht nur vorübergehend in Deutschland aufhielten, waren 34 % bereits 20 Jahre oder länger hier ansässig. Bei rund 39 % betrug die Aufenthaltsdauer in Deutschland weniger als zehn Jahre. Etwa 25 % lebten seit weniger als sechs Jahren in Deutschland. Für 2003 ergibt sich eine durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Deutschland von rund 16,1 Jahren, 1992 lag sie noch bei 12,0 Jahren. Der Anstieg der durchschnittlichen Verweildauer bedeutet, dass trotz der starken Wanderungsbewegungen in den letzten Jahren die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer mit einer erst kürzeren Verweildauer stärker abgenommen hat als die Zahl derjenigen, die bereits seit längerer Zeit in Deutschland leben.

1.8.3 Geburtenentwicklung

2004 wurden in Deutschland 36 000 Kinder mit einer ausländischen Staatsbürgerschaft geboren, die weitaus meisten von ihnen in den alten Bundesländern. Weitere 37 000 Kinder ausländischer Eltern besaßen entsprechend dem seit Jahresbeginn 2000 geltenden Staatsangehörigkeitsrecht die deutsche Staatsangehörigkeit. 1999 waren – nach dem bis dahin geltenden Recht – 95 000 ausländische Kinder in Deutschland zur Welt gekommen. In den alten Bundesländern wurde 1974 mit 108 000 die bisher höchste Zahl ausländischer Kinder geboren. Bis Mitte der 1980er-Jahre halbierte sich diese Zahl (mit einem zwischenzeitlichen Anstieg 1980 und 1981). Danach stieg sie (mit Ausnahme der Jahre 1994 und 1995) wieder, fällt aber seit 1998 erneut.

Ein Grund für diese Veränderung war die Entwicklung der Zahl der ausländischen Bevölkerung, die sowohl Mitte der 1970er- als auch Mitte der 1980er-Jahre zeitweise zurückgegangen war. Auch hatten bis Ende 1974 Kinder aus deutsch-ausländischen Ehen nur dann bei der Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten, wenn der Vater Deutscher war. Seit 1975 haben Kinder deutscher Mütter, die mit einem Aus-

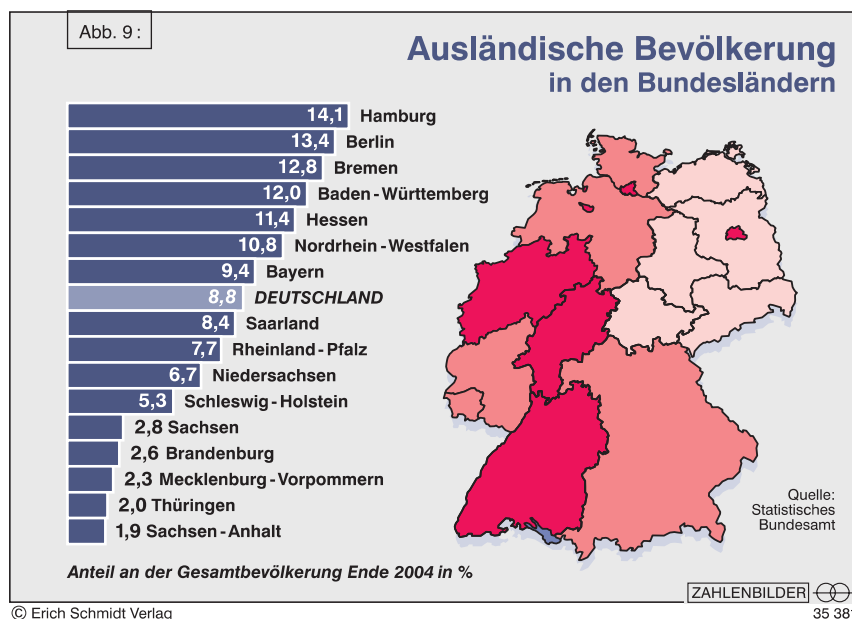
länder verheiratet sind, ebenfalls die deutsche Staatsangehörigkeit. Ab 1. Januar 2000 erhalten in Deutschland zur Welt gekommene Kinder automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn sich zumindest ein Elternteil seit mindestens acht Jahren rechtmäßig in Deutschland aufhält.

1.8.4 Regionale Verteilung

In welchen Regionen des früheren Bundesgebiets ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihren Wohnsitz nehmen, hängt im Wesentlichen von den örtlichen Wirtschaftsstrukturen und den Erwerbsmöglichkeiten ab.

So liegt der Bevölkerungsanteil der ausländischen Bürgerinnen und Bürger in den industriellen Ballungsgebieten wesentlich über dem Bundesdurchschnitt, in wirtschaftsschwachen Räumen dagegen erheblich darunter.

Der Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung der einzelnen Bundesländer ist recht unterschiedlich. Ende 2004 waren in den Stadtstaaten Hamburg (14,1 %) und Berlin (13,4 %) die Ausländeranteile an der Gesamtbevölkerung am größten. Bei den Flächenstaaten war der Anteil der ausländischen Bevölkerung in Baden-Württemberg (12,0 %), Hessen (11,4 %) und Nordrhein-Westfalen (10,8 %) am höchsten, am niedrigsten war er in Thüringen (2,0 %) und Sachsen-Anhalt (1,9 %).



1.8.5 Asylsuchende und -berechtigte

Zwischen Ende der 1980er-Jahre und Mitte 1993 reisten verstärkt Menschen als Asylsuchende in das frühere Bundesgebiet bzw. nach Deutschland ein. Im früheren Bundesgebiet waren es 1980 fast 108 000; danach ging die Zahl auf etwa 20 000 im Jahr 1983 zurück, stieg dann aber – vom Jahr 1987 abgesehen – Jahr für Jahr an. Mit rund 438 000 erreichte die Zahl der Asylsuchenden in Deutschland 1992 ihren bisher höchsten Stand. Durch die Mitte 1993 erfolgte Änderung von Artikel 16 und Einführung von Artikel 16a des Grundgesetzes sowie die hiervon ausgehenden asylverfahrensrecht-

Tab. 14: Asylsuchende und Asylberechtigte ab 1975¹

Jahr	Asylsuchende	Asylberechtigte	Anerkennungs- quote ²
	Anzahl		
1975	9 627	2 928	22,2
1980	107 818	12 783	12,0
1985	73 832	11 224	29,2
1990	193 063	6 518	4,4
1991	256 112	11 597	6,9
1992	438 191	9 189	4,2
1993	322 599	16 396	3,2
1994 ³	127 210	25 578	7,3
1996	116 367	14 389	7,4
1997	104 353	8 443	4,9
1998	98 644	5 883	4,0
1999	95 113	4 114	3,0
2000	78 564	3 128	3,0
2001	88 287	5 716	5,3
2002	71 127	2 379	1,8
2003	50 563	1 534	1,6
2004	35 607	960	1,5

1 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet; ab 1991 Deutschland.

2 Die Anerkennungsquote bezieht sich auf die im jeweiligen Berichtsjahr getroffenen Entscheidungen.

3 Ab Berichtsjahr 1994 werden nur noch Erstanträge erfasst.

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg.

lichen Neuregelungen sank die Zahl der Asylsuchenden 1993 auf knapp 323 000 – ein Rückgang, der sich in den folgenden Jahren fortsetzte. Im Jahr 2001 wurde zwar ein leichter Anstieg verzeichnet, seit 2002 ist wieder ein deutlicher Rückgang registriert worden: Im Jahr 2004 stellten nur noch 35 600 ausländische Staatsangehörige und damit fast 15 000 Menschen weniger als 2003 einen Antrag auf politisches Asyl in Deutschland.

Der Anteil der als Asylberechtigte anerkannten Asylsuchenden unterliegt immer wieder Schwankungen. Er sank im Zeitraum von 1985 bis 1993 – das Jahr 1991 aus-

genommen – von 29 auf etwa 3 % und stieg dann auf 9 % (1995). 2001 wurde nach einem Rückgang auf 3 % (1999/2000) nochmals ein Anstieg der Anerkennungsquote auf 5,3 % verzeichnet. Seitdem ist wieder ein Rückgang zu beobachten: Im Jahr 2004 lag die Anerkennungsquote mit 1,5 % auf dem bislang niedrigsten Niveau.

Weitere Informationen zum Thema ausländische Bevölkerung siehe Teil II, Kap. 14.

1.9 Wanderungen

Bei der Beobachtung und Analyse der Veränderung der Einwohnerzahl kommt der räumlichen Bevölkerungsbewegung und damit den Wanderungen neben der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Geburten und Sterbefälle) eine zentrale Bedeutung zu. Bei den Wanderungen wird unterschieden zwischen Wohnsitzwechseln innerhalb Deutschlands (Binnenwanderung) und solchen über die Grenzen Deutschlands (Außenwanderung). Die Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet und der ehemaligen DDR wurden bis zum 3. Oktober 1990 in der Außenwanderungsstatistik erfasst, seitdem handelt es sich um Binnenwanderungsfälle.

1.9.1 Binnenwanderung

Im Jahr 2004 haben 3,7 Mill. Personen ihren Wohnsitz innerhalb Deutschlands gewechselt. Bezieht man diese Zahl auf 1 000 Einwohner, erhält man die so genannte

Tab. 15: Wanderungen über die Gemeinde-, Kreis- und Landesgrenzen seit 1970

Jahr	Wanderungen über die					
	Gemeindegrenzen		Kreisgrenzen		Landesgrenzen	
	Anzahl in 1 000	je 1 000 Einwohner ¹	Anzahl in 1 000	je 1 000 Einwohner ¹	Anzahl in 1 000	je 1 000 Einwohner ¹
<i>Früheres Bundesgebiet</i>						
1970	3 662	59,8	2 942	48,1	1 118	18,5
1980	3 024	49,2	2 304	37,5	820	13,4
1985	2 572	42,1	1 850	30,3	640	10,5
1990	2 970	47,4	2 185	34,9	841	13,4
<i>Deutschland</i>						
1991	3 402	42,8	2 494	31,4	1 127	14,2
1995	3 951	48,5	2 722	33,4	1 069	13,1
2000	3 892	47,4	2 700	32,8	1 137	13,8
2004	3 737	45,3	2 595	31,5	1 095	13,3

¹ Jeweils am 31. Dezember des Vorjahres.

Mobilitätsziffer. Sie gibt Aufschluss über die Häufigkeit, mit der Einwohner eines Gebiets ihren Wohnsitz wechseln. 2004 betrug die Mobilitätsziffer rund 45, d. h. fast jeder 20. Einwohner ist in jenem Jahr innerhalb Deutschlands von einer Gemeinde in eine andere umgezogen.

Die räumliche Mobilität der Bevölkerung entwickelte sich seit 1970 sehr unterschiedlich. Im Zeitraum 1970 bis 1980 verringerten sich die Wanderungen über die Gemeindegrenzen im früheren Bundesgebiet von 3,7 Mill. auf rund 3 Mill. Die Mobilitätsziffer sank im gleichen Zeitraum von 60 auf 49. Dieser Rückgang dürfte auch eine Folge der Gebietsreform in den alten Bundesländern gewesen sein; im Zuge dieser Reform wurden Nahwanderungsfälle durch Eingemeindungen häufig zu Ortsumzügen und konnten sich deshalb in der Mobilitätsziffer nicht auswirken. Bis Ende der 1980er-

Tab. 16: Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern und Berlin-Ost seit 1950

Jahr	Zuzüge aus den neuen Ländern und Berlin-Ost	Fortzüge nach den neuen Ländern und Berlin-Ost	Wanderungssaldo gegenüber den neuen Ländern und Berlin-Ost
1950	302 808	39 986	+ 262 822
1960	247 751	25 429	+ 222 322
1970	20 664	2 082	+ 18 582
1980	15 774	1 560	+ 14 214
1989	388 396	5 135	+ 383 261
1990	395 343	36 217	+ 359 126
1991	249 743	80 287	+ 169 456
2000	204 283	135 517	+ 68 766
2001 ¹	230 202	138 748	+ 91 454
2002 ¹	216 165	139 412	+ 76 753
2003 ¹	195 216	137 517	+ 57 699
2004 ¹	185 878	133 349	+ 52 529

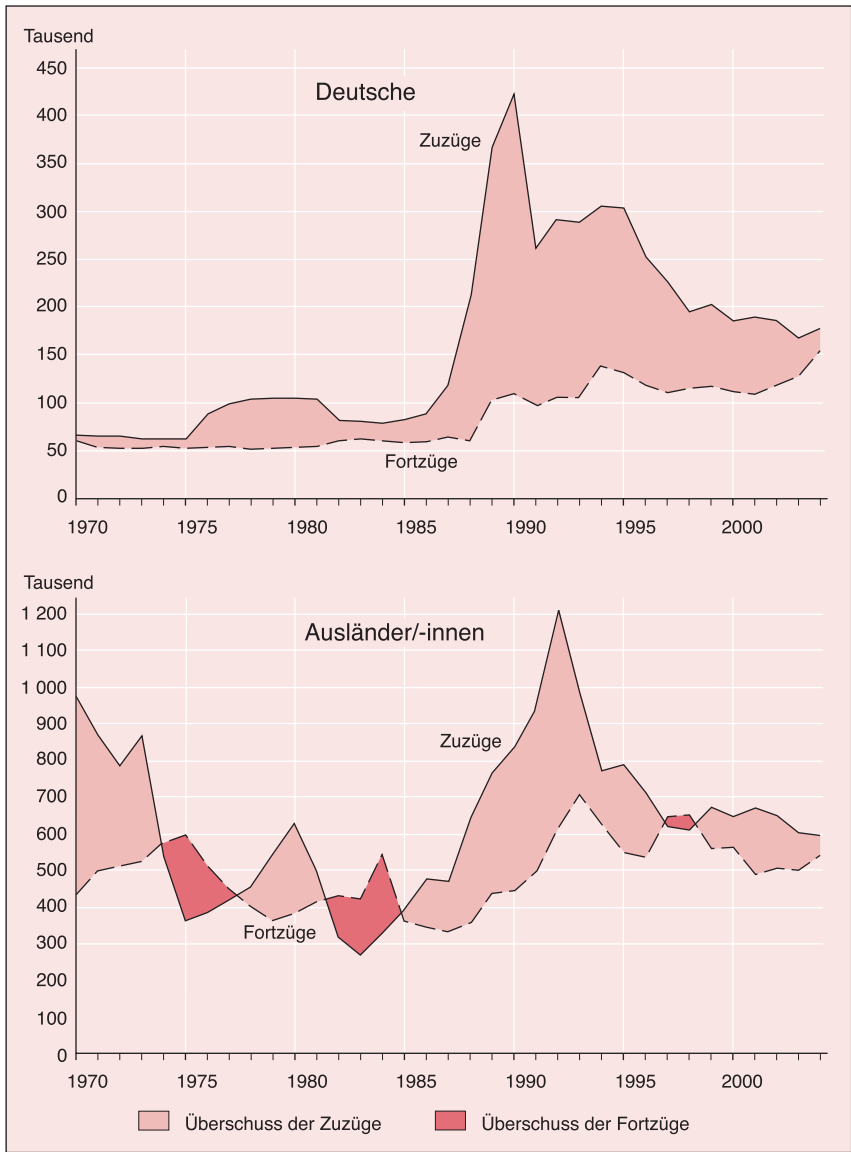
1 Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin-West), neue Länder einschl. Berlin.

Jahre war die Zahl der Wanderungen über die Gemeindegrenzen weiterhin rückläufig. Mit der Wiedervereinigung stieg sie sprunghaft wieder an.

Die Entwicklung der Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet sowie den neuen Ländern und Berlin-Ost war Anfang der 1990er-Jahre gegenläufig, die Zuzüge aus den neuen Ländern und Berlin-Ost verringerten sich, während die Zuzüge in die neuen Bundesländer und Berlin-Ost zunahmen, sodass die Ost-West-Wanderungsbilanz 1996 und 1997 nahezu ausgeglichen war. Seit 1998 ist eine Umkehr des bisherigen Trends erkennbar.

2004 verlegten fast 186 000 Menschen ihren Wohnsitz von den neuen Ländern einschließlich Berlin in eines der alten Bundesländer und rund 133 000 wählten den umgekehrten Weg. Daraus ergab sich für die neuen Länder einschl. Berlin ein Abwanderungsüberschuss von rund 53 000 Personen.

Abb. 10: Wanderungen von Deutschen und ausländischen Staatsangehörigen über die Auslandsgrenzen Deutschlands seit 1970¹



¹ Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet; ab 1991 Deutschland.

1.9.2 Außenwanderung

Deutsche

Aus den Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet (ab Berichtsjahr 1991: Deutschland) und dem Ausland ergab sich für die deutsche Bevölkerung – im Gegensatz zu der ausländischen Bevölkerung – in den beiden letzten Jahrzehnten Jahr für Jahr ein Zuwanderungsüberschuss. Die Höhe dieses Überschusses wurde hauptsächlich vom Ausmaß der Zuwanderung, insbesondere von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern aus osteuropäischen Ländern, bestimmt.

Ausländerinnen und Ausländer

Die in den beiden vergangenen Jahrzehnten im früheren Bundesgebiet bzw. ab 1991 in Deutschland verzeichneten Außenwanderungssalden von ausländischen Staatsangehörigen resultieren aus einem relativ hohen Wanderungsvolumen. Dabei hat der Saldo mehrfach das Vorzeichen gewechselt, was phasenweise geschah. Anders als noch in den 1960er-Jahren spiegelt die Entwicklung der Zu- und Fortzüge ausländischer Staatsangehöriger über die Bundesgrenzen nicht mehr den Konjunkturverlauf in der Bundesrepublik Deutschland wider. Vielmehr wird das Wanderungsverhalten der Ausländerinnen und Ausländer seit Mitte der 1970er-Jahre von konjunkturunabhängigen Faktoren beeinflusst, wie dem Familiennachzug oder der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Situation in den Herkunftsländern. Die Einreise zum Zweck der Asylsuche, die auch bei ungünstiger Arbeitsmarktlage im Bundesgebiet bis zum Sommer 1993 ein wichtiges Motiv war, ist hierfür ein augenfälliges Beispiel.

Auf den Umfang der Zu- und Abwanderung ausländischer Staatsangehöriger wirken sich auch die Maßnahmen der Bundesregierung zur Steuerung der Wanderungsströme aus. Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang der 1973 erlassene Anwerbestopp, das Rückkehrhilfegesetz von 1983 sowie asylrechtliche Maßnahmen.

Im Jahr 1992 hatte die Zuwanderung ausländischer Staatsangehöriger mit 1,21 Mill. ihren bisher höchsten Stand erreicht. Danach war die Tendenz erst rückläufig, seit 1997 schwankt die Zuwanderung zwischen 600 000 bis 700 000 Zuzügen pro Jahr. Die Abwanderung von Ausländerinnen und Ausländern erreichte 1993 mit 711 000 ihren höchsten Stand. Danach war die Tendenz bis 2003 rückläufig mit einem vorübergehenden Anstieg in den Jahren 1997 und 1998 durch die Rückkehr von bosnischen Bürgerkriegsflüchtlingen, 2004 nahm die Abwanderung wieder deutlich zu.

2 Bildung

2.1 Einführung

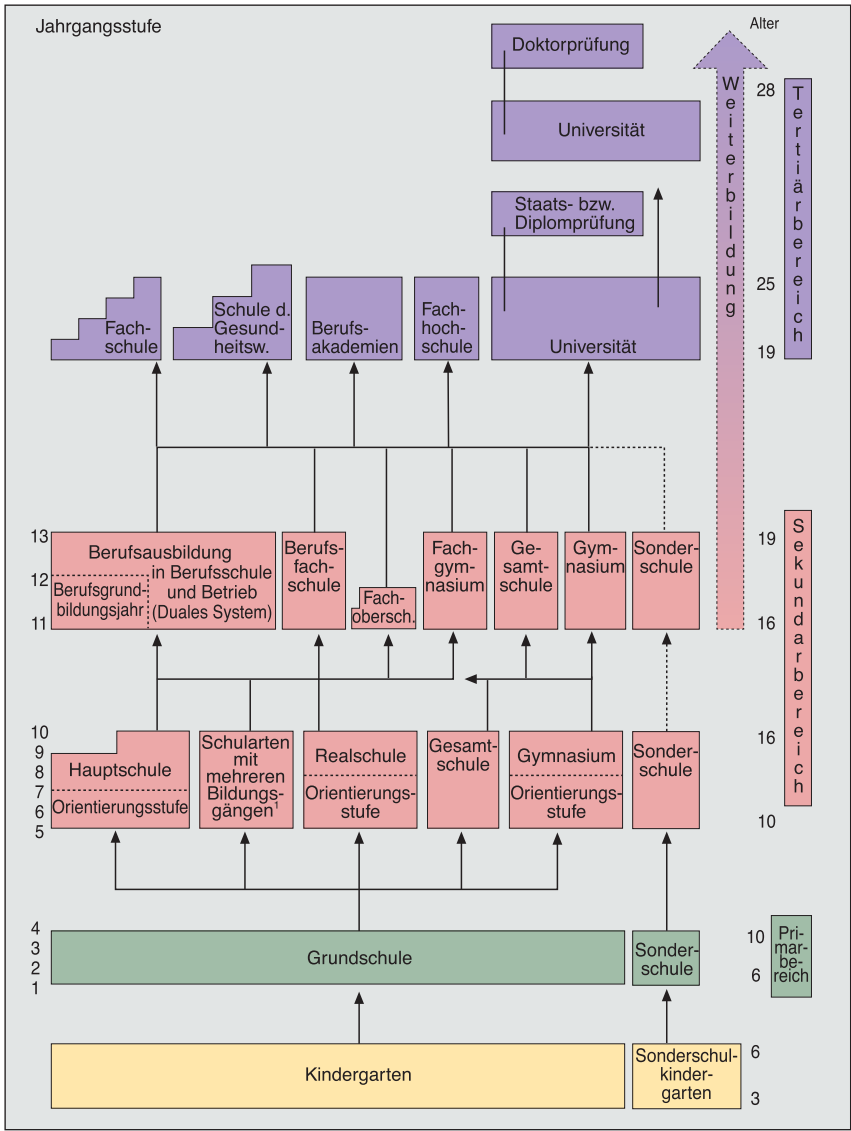
Die Bildungspolitik in Deutschland steht auch im dritten Jahrtausend im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Die Ergebnisse der IGLU-Studie (Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung), insbesondere aber der PISA-Studie (Programme for International Student Assessment), die den deutschen Schülern und Schülerinnen ein im internationalen Vergleich weit unterdurchschnittliches Leistungsniveau bescheinigte, wurden und werden breit diskutiert. Was sind die Ursachen für das schlechte Abschneiden und welche Konsequenzen sollten daraus gezogen werden? Daneben bewegt zurzeit vor allem der deutlich spürbare Lehrstellenmangel und damit auch die Zukunft des dualen Systems die betroffenen jungen Menschen, Eltern, Lehrkräfte, Ausbilder und Ausbilderinnen, aber auch Politik und Wissenschaft. Die finanzielle und personelle Ausstattung der Hochschulen angesichts steigender Studierendenzahlen, das Für und Wider von Studiengebühren sowie die Einführung von Bachelor- und Master-Studiengängen im Hinblick auf vergleichbare Abschlüsse in dem für 2010 angestrebten »Europäischen Hochschulraum« sind weitere Themen, die vor dem Hintergrund der Diskussion um Einsparungen in den öffentlichen Haushalten in jüngster Zeit erörtert werden. Zur Versachlichung der Diskussion und zur Problemlösung in der Bildungspolitik ist es notwendig, fundiertes statistisches Material bereitzustellen.

Die amtlichen Daten zur Bildung vermitteln in erster Linie Erkenntnisse über Schüler und Schülerinnen, Auszubildende und Studierende sowie über die eingesetzten Lehrkräfte. Abb. 1 zeigt Bereiche, für die statistisches Material zur Verfügung steht.

Darüber hinaus geben die Statistiken aber auch Einblick in die Rahmenbedingungen des Bildungsbereichs, die sich in den vergangenen Jahren grundlegend geändert haben. Entscheidende Einflüsse gehen dabei von der demographischen Entwicklung aus. Der Altersaufbau der Bevölkerung ist geprägt durch die geburtenstarken Jahrgänge der 1960er-Jahre mit zum Teil deutlich mehr als 1 Mill. Neugeborenen pro Jahr, die geburtenschwachen Jahrgänge mit durchschnittlich etwa 830 000 Neugeborenen von 1974 bis 1989 und etwa 800 000 Neugeborenen je Jahr in den 1990er-Jahren. Seit 1998 sind in Deutschland jährlich ständig weniger Geburten registriert worden. 2004 sank die Geburtenzahl zwar auch, aber nur in sehr geringem Ausmaß. Ein drastischer Geburtenrückgang war Anfang der 1990er-Jahre in den neuen Ländern und Berlin-Ost zu verzeichnen. Inzwischen gibt es dort wieder deutlich mehr Neugeborene.

Zeitversetzt ergeben sich hierdurch unterschiedliche Jahrgangsstärken bei Schülern und Schülerinnen, Auszubildenden und Studierenden. Die Bevölkerungsentwicklung ist allerdings nicht der einzige Einflussfaktor des Bildungsangebots und der Bildungs-

Abb. 1: Das Bildungssystem in Deutschland



1 Einschl. Bildungsgangübergreifende Klassen, Mittelschulen, Sekundarschulen und Erweiterte Realschulen, Kombinierte Klassen an Sekundarschulen, Regelschulen, Regionale Schulen und Duale Oberschulen.

nachfrage. Die individuellen Bildungsentscheidungen der Menschen und die Maßnahmen, die zur Umsetzung bildungspolitischer Ziele getroffen werden, sind hier ebenfalls von großer Bedeutung.

2.2 Kindergärten

In Kindergärten werden Kinder ab drei Jahren bis zum Schuleintritt erzieherisch betreut. Seit dem 1. August 1996 hat in der Regel jedes drei- bis sechsjährige Kind einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz. Um diesen Anspruch erfüllen zu können, ist das Angebot an Kindergartenplätzen in den vergangenen Jahren deutlich vergrößert worden. Nach den Ergebnissen des Mikrozensus besuchten im März 2004 70 % der Dreijährigen, 84 % der Vierjährigen, 85 % der Fünfjährigen und 37 % der sechs Jahre alten Kinder einen Kindergarten. In Deutschland standen 2002 in den 33 703 Kindergärten und kindergartenähnlichen Einrichtungen insgesamt 2,51 Mill. Kindergartenplätze zur Verfügung. Damit kamen im Jahr 2002 105 Kindergartenplätze auf 100 Drei- bis Sechsjährige. Theoretisch ist also eine Vollversorgung mit Kindergartenplätzen erreicht. Bezieht man die Kindergartenplätze auf die drei- bis sechseinhalbjährigen Kinder (da ja die Kinder nach ihrem sechsten Geburtstag bis zu ihrer Einschulung im Kindergarten verbleiben), liegt die Platz-Kind-Relation bei 90. Aktuellere Daten über Kindertageneinrichtungen und -plätze werden 2006 erhoben. Erste Ergebnisse sind ab 2007 zu erwarten.

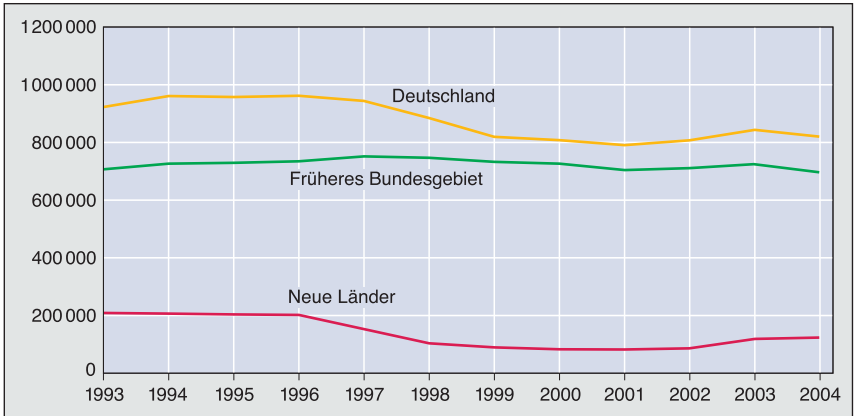
2.3 Allgemein bildende und berufliche Schulen

Das Grundgesetz weist den Ländern im Rahmen der föderalistischen Staatsordnung die Gesetzgebungskompetenz für das Schulwesen zu, die sie als Teil ihrer Kulturhoheit ausüben. Bei der Reform ihres Schulwesens orientierten sich die neuen Länder weitgehend an den Regelungen im früheren Bundesgebiet.

2.3.1 Schulbesuch

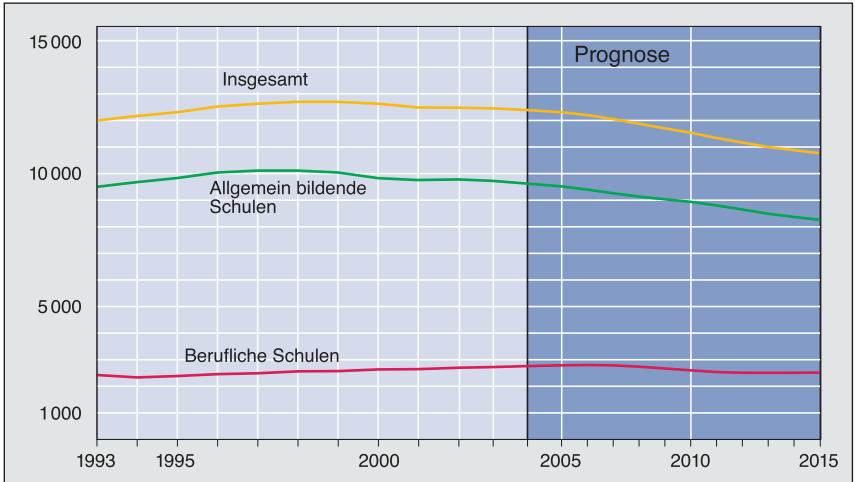
In der überwiegenden Zahl der Länder beginnt die Schulpflicht für die Kinder, die bis zum 30. Juni das sechste Lebensjahr vollendet haben, d.h. für etwa die Hälfte der 6-Jährigen. In den vergangenen Jahren wurde verstärkt die Möglichkeit geschaffen, Kinder vorzeitig einzuschulen. Die Dauer der Schulpflicht beträgt zwölf Jahre, davon in der Regel neun Vollzeit Schuljahre und drei Teilzeitschuljahre. Die Anzahl der Kinder, die jährlich eingeschult werden, wird außer durch die Geburtenentwicklung auch durch Wanderungsbewegungen in der Bevölkerung (z. B. durch den Zu- oder Wegzug ausländischer Kinder) beeinflusst. Im Jahr 2004 begannen 820 700 ABC-Schützen ihre Schullaufbahn, und zwar in der Regel in der Grundschule ihres Wohnbezirks. Von der Möglichkeit der vorzeitigen Einschulung ihrer Kinder machten im Jahr 2004 rund 5,3 %

Abb. 2: Einschulungen



(74 300) der Eltern Gebrauch, verspätet eingeschult wurden etwa 5,7 % (46 400) der Kinder. Schulpflichtige, aber noch nicht schulreife Kinder können in Schulkindergärten, noch nicht schulpflichtige (aber schulreife) Kinder in Vorklassen auf die Einschulung vorbereitet werden. Im Jahr 2004 besuchten in Deutschland rund 48 000 Kinder diese Einrichtungen. Die höchsten Einschulungszahlen gab es im Bundesgebiet mit

Abb. 3: Schülerinnen und Schüler an allgemein bildenden und beruflichen Schulen¹



1 Ohne Schulen des Gesundheitswesens.

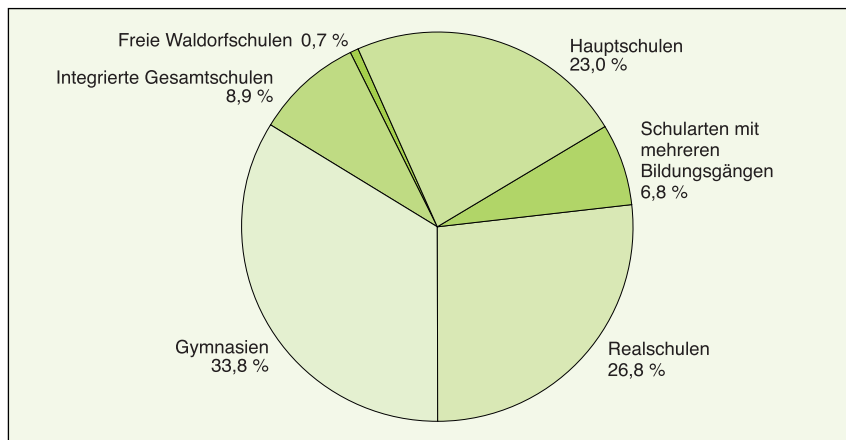
rund 953 600 im Jahr 1996, im Jahr 2004 lagen die Zahlen um 13,9 % darunter. Insbesondere in den neuen Ländern ist die Anzahl der Schulanfänger, bedingt durch den starken Geburtenrückgang zu Beginn der 1990er-Jahre, um mehr als die Hälfte gesunken.

Die Einschulungszahlen wirken sich entsprechend zeitversetzt auf die Schülerzahlen in allen Bildungsbereichen aus. Abb. 3 zeigt, dass die Anzahl der Schüler in allgemein bildenden Schulen seit 1997 kontinuierlich sinkt. Bei den beruflichen Schulen, die im Anschluss besucht werden, wird (laut Prognose der Kultusministerkonferenz) erst ab 2007 mit einem leichten Rückgang gerechnet. 2004 besuchten rund 3,1 Mill. Schülerinnen und Schüler in Deutschland eine Grundschule.

Die sich daran anschließenden Schuljahre fünf und sechs der allgemein bildenden Schulen dienen der Förderung und Orientierung aller Kinder im Hinblick auf ihre weitere Schullaufbahn. Welche der weiterführenden Schulen nach dem Besuch der Grundschule in Betracht kommen – Hauptschule, Schularten mit mehreren Bildungsgängen (mit den Bildungszielen Hauptschul- oder Realschulabschluss), Realschule, Gymnasium, Gesamtschule, Freie Waldorfschule oder eine schulartunabhängige Orientierungsstufe (die den weiteren schulischen Werdegang noch offen lässt) – richtet sich nach der Empfehlung der Grundschule, dem Wunsch der Eltern sowie den schulischen Leistungen des Kindes.

Nach dem Ende der Orientierungsphase, d.h. im 7. Schuljahr, wurden im Jahr 2004 etwa ein Drittel der Schüler und Schülerinnen im Gymnasium, ein knappes Viertel in Hauptschulen und ein weiteres Viertel in Realschulen unterrichtet. Rund jeder sechste Schüler besuchte eine Schule, die die Entscheidung im Hinblick auf das anzustrebende Bildungsziel noch offen lässt (Schularten mit mehreren Bildungsgängen bzw. integrierte Gesamt- und Freie Waldorfschulen). An der Verteilung auf die weiter-

Abb. 4: Schülerinnen und Schüler der 7. Klassenstufe im Schuljahr 2004/2005



Tab. 1: Schülerinnen und Schüler an allgemein bildenden Schulen nach Schularten

Schulart	1994	1996	1998	2000	2002	2004
	in 1000					
Vorklassen und Schulkindergärten	86	82	69	64	55	48
Grundschulen	3559	3691	3602	3353	3144	3150
Orientierungsstufe	375	379	410	404	351	111 ¹
Hauptschulen	1113	1122	1098	1104	1111	1084
Schularten mit mehreren Bildungsgängen	359	377	386	429	438	379
Realschulen	1141	1203	1248	1263	1283	1351
Gymnasien	2149	2182	2223	2257	2297	2404
Integrierte Gesamtschulen	489	527	548	549	547	538
Freie Waldorfschulen	61	64	67	70	72	75
Sonderschulen	383	399	410	420	429	424
Abendschulen und Kollegs	44	45	46	46	52	60
Insgesamt ²	9760	10070	10108	9960	9780	9625

1 Wegfall der Schulart in Sachsen-Anhalt und Niedersachsen sowie auslaufende Schulart in Bremen.

2 Abweichungen in der Summe wegen Rundung der Einzelergebnisse möglich.

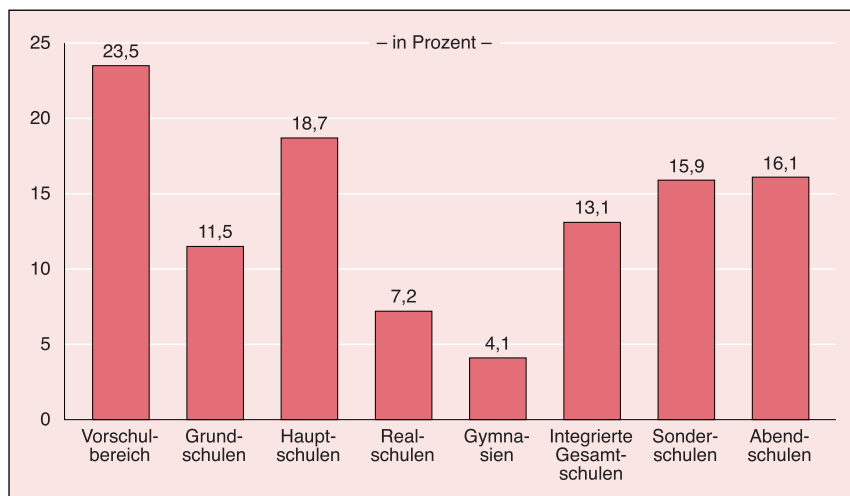
führenden Schulen hat sich in den vergangenen zehn Jahren wenig geändert, lediglich bei Hauptschulen ist ein leichter Rückgang von 1,2 Prozentpunkten zu verzeichnen. Im Schuljahr 2004/2005 lernten in den Hauptschulen 1,1 Mill., in Realschulen 1,4 Mill. und in Gymnasien 2,4 Mill. Schülerinnen und Schüler. Daneben besuchten über 110800 Schülerinnen und Schüler die schulartunabhängige Orientierungsstufe bzw. 379500 junge Leute Schularten mit mehreren Bildungsgängen. Rund 613200 Schülerinnen und Schüler wurden in integrierten Gesamtschulen (einschl. freier Waldorfschulen) unterrichtet, in denen die Bildungsgänge von Hauptschule, Realschule und Gymnasium in unterschiedlicher organisatorischer und inhaltlicher Ausgestaltung zusammengefasst sind.

Neben den bereits genannten Schularten gibt es die Sonderschulen. Diese sind Einrichtungen zur Förderung und Betreuung körperlich, geistig oder seelisch benachteiligter oder sozial gefährdeter Kinder, die nicht oder nicht mit ausreichendem Erfolg in anderen Schulen unterrichtet werden können. Im Jahr 2004 besuchten 423800 Kinder eine Sonderschule, rund 4,4 % der insgesamt etwa 9,6 Mill. Schülerinnen und Schüler an allgemein bildenden Schulen. Die Hälfte von ihnen (50,3 %) wurde in Klassen mit dem Förderschwerpunkt »Lernen« unterrichtet. Schüler mit sonderpädagogischer Förderung werden zum Teil auch außerhalb von Sonderschulen in den übrigen allgemein bildenden Schulen (insbesondere in Grundschulen) pädagogisch gefördert, dies traf im Jahr 2004 für jeden achten Schüler mit sonderpädagogischer Förderung zu.

Nach Beendigung der allgemeinen Schulpflicht besteht die Möglichkeit, Schulabschlüsse an Abendschulen und Kollegs nachzuholen. Im Jahre 2004 nutzten rund 60 200 Erwachsene dieses Bildungsangebot.

Rund jeder zehnte Schüler allgemein bildender Schulen besaß im Jahr 2004 einen ausländischen Pass. Vor zehn Jahren galt dies noch für jeden elften Schüler. In den einzelnen Schularten war der Ausländeranteil sehr unterschiedlich. Die Spanne reichte von 4,1 % in Gymnasien und 7,2 % in Realschulen über 13,1 % in Integrierten Gesamtschulen sowie 15,9 % in Sonderschulen bis zu 18,7 % in Hauptschulen. Den niedrigsten Anteil ausländischer Schülerinnen und Schüler hatte Thüringen (1,3 %), den höchsten Hamburg (18,6 %). Von den ausländischen Schülerinnen und Schülern hatten rund vier Fünftel die Staatsangehörigkeit eines europäischen Landes. Unter

Abb. 5: Ausländeranteile im Schuljahr 2004/05 nach Schularten



allen Herkunftsländern waren Schüler aus der Türkei mit 43,3 %, den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens (10,5 %), Italien (6,7 %) und Griechenland (3,5 %) am stärksten vertreten.

Von allen Jugendlichen, die im Jahr 2004 eine allgemein bildende Schule verließen, blieb ungefähr jeder zwölfte ohne Abschluss. Je ein Viertel der Absolventen erwarb den Hauptschulabschluss oder die Hochschul- bzw. Fachhochschulreife. Die übrigen (42,6 %) erhielten einen Realschulabschluss. In den vergangenen Jahren hat sich diese Struktur kaum verändert.

Betrachtet man die Gruppe der ausländischen Schulabgänger, so zeigt sich, dass 18,1 % von ihnen die allgemein bildenden Schulen ohne Abschluss verließen gegenüber 7,4 % der deutschen. 10,2 % der ausländischen Jugendlichen erwarben

die Hochschul- bzw. Fachhochschulreife, bei den deutschen waren es immerhin 25,4 %.

Die im Zuge der Bildungsreform in den 1970er-Jahren geschaffene Möglichkeit, auch an beruflichen Schulen allgemein bildende Abschlüsse zu erwerben, wird in hohem Maße genutzt. Mehr als die Hälfte der Absolventen ohne Hauptschulabschluss holt diesen an beruflichen Schulen nach. Neben den 238 100 Abiturienten aus allgemein bildenden Schulen (mit Fachhochschul- bzw. Hochschulreife) erreichten im Jahr 2004 noch 148 800 Jugendliche diesen Abschluss an beruflichen Schulen. Der größte Teil der Jugendlichen beginnt nach dem Verlassen der allgemein bildenden Schulen eine Berufsausbildung im dualen System von Berufsschule und Betrieb. Die

Tab. 2: Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen nach Schularten

Schulart	1994	1996	1998	2000	2002	2004
	in 1 000					
Berufsschulen ¹	1 564	1 625	1 683	1 797	1 733	1 672
Berufsvorbereitungsjahr	52	65	67	73	79	81
Berufsgrundbildungsjahr	98	40	41	41	43	48
Berufsaufbauschulen	5	3	2	1	1	1
Berufsfachschulen	302 ⁴	341 ⁴	383	415	452	542
Berufsvorbereitung	187 ⁵	204 ⁵	201	212	228	274
Berufliche Ausbildung	115 ⁵	137 ⁵	182	204	224	267
Fachoberschulen	78	82	84	96	106	122
Fachgymnasien	86	90	93	98	109	117
Kollegschulen	80	81	89	0	–	–
Berufsober-/Technische						
Oberschulen	4	4	8	10	12	18
Fachschulen ²	167	159	150	150	163	163
Insgesamt ³	2 435 ⁴	2 490 ⁴	2 601	2 682	2 700	2 763

1 Ab 1996 einschl. Berufsgrundbildungsjahr in kooperativer Form.

2 Einschl. Fachakademien/Berufsakademien.

3 Abweichungen in der Summe wegen Rundung der Einzelergebnisse

4 Korrigierte Daten.

5 Geschätzte Daten.

Berufsschule im dualen System ergänzt hier die gleichzeitige praktische Ausbildung im Betrieb. Daneben wird die Berufsschule im dualen System zum Teil auch von Jugendlichen unter 18 Jahren besucht, die keinen Ausbildungsvertrag haben, aber noch der dreijährigen Teilzeitschulpflicht unterliegen und keine andere berufliche Schule besuchen (2004 rund 88 000). Insgesamt wurden im Jahre 2004 in Deutschland ungefähr 1,7 Mill. Jugendliche in dieser Schulart unterrichtet.

Diese Zahl lag im Jahr 2004 um ca. 61 000 niedriger als im Jahr 2002, vor allem aufgrund eines verminderten Angebots an Ausbildungsplätzen. Dagegen wurden die übrigen beruflichen Schulen (ohne Schulen der beruflichen Weiterbildung) von mehr Schülerinnen und Schülern besucht als im Vorjahr. Viele Jugendliche versu-

chen, durch den Besuch berufsvorbereitender Schulen – wie z. B. Berufsvorbereitungsjahr, Berufsgrundbildungsjahr oder Berufsfachschulen und/oder das Erreichen höherer allgemein bildender Schulabschlüsse (z. B. auch in Fachoberschulen oder Fachgymnasien) – ihre Chancen auf einen Ausbildungsplatz im folgenden Jahr zu verbessern. Eine Alternative zur Ausbildung im dualen System ist auch eine rein schulische Berufsausbildung (in Berufsfachschulen bzw. Schulen des Gesundheitswesens) oder ein Studium (sofern der entsprechende Abschluss hierfür erreicht wurde). In Berufsfachschulen, im Berufsvorbereitungs- und Berufsgrundbildungsjahr befanden sich im Schuljahr 2004/2005 insgesamt 403 000 Schülerinnen und Schüler in berufsvorbereitenden Ausbildungsgängen (ohne Lehrgänge des Arbeitsamtes, die meist nicht von Schulen durchgeführt werden), 239 100 strebten in Fachoberschulen und Fachgymnasien die Fachhochschul- bzw. Hochschulreife an. Rund 267 500 Schüler erlernten in Berufsfachschulen einen Beruf, vor allem Technische/r Assistent/in für Informatik, kaufmännische/r Assistent/Wirtschaftsassistent/in, Sozialassistent/in, Kinderpfleger/in, Altenpfleger/in sowie Gesundheitsdienstberufe unterhalb der akademischen Ebene, soweit diese nicht in Schulen des Gesundheitswesens ausgebildet werden. Die Fachschulen (einschl. Fachakademien) werden in der Regel nach einer bereits erworbenen Berufsausbildung und praktischer Berufserfahrung besucht und vermitteln eine weitergehende fachliche Ausbildung im Beruf. Im Jahre 2004 gab es 162 800 Fachschülerinnen und Fachschüler. In den Schulen des Gesundheitswesens wurden im Jahr 2004 rund 119 700 Jugendliche zu Gesundheits- und (Kinder-)Krankenpfleger/in oder für andere nichtakademische Gesundheitsdienstberufe ausgebildet. Da für diese Schulen nicht alle Merkmale erhoben werden können, ist diese Schulart in den Tabellen nicht berücksichtigt.

Frauen erreichten 2004, wie schon in den vergangenen zehn Jahren, deutlich bessere Abschlüsse an allgemein bildenden Schulen als ihre männlichen Mitschüler: So verließen nur 6,1 % von ihnen, aber 10,5 % der männlichen Absolventen die allgemein bildenden Schulen ohne Abschluss. 27,7 % der weiblichen Absolventen erreichten die Hochschulzugangsberechtigung gegenüber 20,7 % der männlichen. Bei der Berufswahl jedoch finden sich die Frauen weitgehend in den klassischen Frauenberufen wieder. Einen hohen Frauenanteil haben die Ausbildungsgänge zur Altenpfleger/in und alle Gesundheitsdienstberufe sowie kaufmännische Berufe. Dagegen war von den Schülern im stark besetzten Ausbildungsgang Technische/r Assistent/in für Informatik in Berufsfachschulen lediglich jede elfte (9,3 %) weiblich.

2.3.2 Lehrkräfte

2003 unterrichteten in Deutschland 609 000 Lehrkräfte (umgerechnete Vollzeitlehrereinheiten) an allgemein bildenden Schulen und 114 700 an beruflichen Schulen. Die Qualität der schulischen Ausbildung wird unter anderem durch die Schüler-Lehrer-Relation beeinflusst, die anzeigt, wie intensiv sich eine Lehrkraft mit einzelnen Schülern beschäftigen kann. Diese Betreuungsrelation hat sich an allgemein bildenden Schulen nach einer kontinuierlichen Verschlechterung ab 1998 wieder leicht verbessert, mit 16,0 Schülern bzw. Schülerinnen je Lehrer allerdings noch nicht den Stand

von 1994 mit 15,9 wieder erreicht. Bei beruflichen Schulen mit Vollzeitunterricht lag diese Relation bei 13,8 und denjenigen mit Teilzeitunterricht (insbesondere Berufsschulen) bei 37,0. Seit Mitte der 1990er-Jahre ist das Durchschnittsalter der Lehrkräfte von 45,9 Jahren auf 47,6 gestiegen. Mehr als jede fünfte Lehrkraft war älter als 55 Jahre, allerdings auch jede achte jünger als 35 Jahre. Von den hauptberuflichen Lehrkräften der allgemein bildenden Schulen im Jahr 2004 waren rund zwei Drittel Frauen, in Grundschulen lag ihr Anteil sogar bei mehr als vier Fünftel.

Tab. 3: Schüler-Lehrer-Relation an allgemein bildenden und beruflichen Schulen

Schulart	1994	1996	1998	2000	2002	2003
Allgemein bildende Schulen	15,9	16,3	16,5	16,3	16,0	16,0
Vorklassen und Schulkindergärten	14,3	14,4	13,2	12,8	11,6	11,6
Grundschulen	20,7	21,2	21,4	20,6	19,9	20,1
Orientierungsstufe	16,4	17,0	17,1	17,3	16,7	16,5
Hauptschulen	14,6	14,9	14,9	15,0	14,9	14,7
Schularten mit mehreren Bildungsgängen	14,6	15,5	15,8	15,3	14,0	13,6
Realschulen	17,3	17,9	18,3	18,6	19,0	19,1
Gymnasien	14,7	15,0	15,5	15,8	15,9	15,9
Integrierte Gesamtschulen	13,3	13,7	14,0	14,0	14,0	14,3
Freie Waldorfschulen	14,1	14,4	14,7	14,8	14,7	14,4
Sonderschulen	6,7	6,8	6,9	6,9	6,8	6,7
Abendschulen und Kollegs	12,4	13,2	14,5	15,1	16,0	16,5
Berufliche Schulen ¹	23,2	23,4	24,2	24,5	23,9	23,8
in Vollzeitform	11,9	12,2	12,8	13,0	13,4	13,8
in Teilzeitform	36,3	36,5	37,8	37,8	36,9	37,0
Insgesamt	16,9	17,3	17,6	17,5	17,2	17,2

¹ Ohne Schulen des Gesundheitswesens.

Quelle: KMK, Dokumentations-Nr. 174.

2.4 Betriebliche Berufsausbildung

Die Berufsausbildung vollzieht sich in Deutschland vor allem durch das unmittelbare Lernen am Arbeitsplatz oder in den Ausbildungsstätten. Sie wird ergänzt durch die Vermittlung fachtheoretischer Ausbildungsinhalte beim Besuch der Berufsschulen. Für die Unternehmen dient die Ausbildung von Jugendlichen auch der Sicherstellung des eigenen Fachkräftenachwuchses. In Zeiten konjunktureller Schwierigkeiten und einem Abbau der Beschäftigtenzahlen tritt dieses Ziel jedoch in den Hintergrund, und die Ausbildungsbereitschaft geht zurück.

2.4.1 Lehrstellen-Bilanz

Im Jahr 2004 stieg die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze um 2,4 %. Es stieg aber auch die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen. Den 14 000 offenen Ausbildungsplätzen standen rund 45 000 Bewerberinnen und Bewerber gegenüber, so dass ein Nachfrageüberhang von 31 000 entstand. Zusätzlich bestehen noch große regionale Unterschiede. Insbesondere in den neuen Ländern stellt sich das Verhältnis der Bewerberzahl zur Zahl der freien Stellen deutlich schlechter dar, obwohl hier in rund jedem dritten Fall die Berufsausbildung gefördert wird. Aber auch in den alten Bundesländern fehlen etwa 17 000 Ausbildungsplätze. In den neuen Bundesländern dagegen stehen 845 offenen Stellen etwa 15 000 Bewerber gegenüber. Damit ist es für junge Leute im Osten schwerer als im Westen, ihren Wunschberuf zu erlernen.

Die Berufswahlmöglichkeiten sind unter diesen Bedingungen für die Bewerberinnen und Bewerber stark eingeschränkt. Die Chancen der Jugendlichen hängen neben der regionalen Wirtschaftsentwicklung auch von individuellen Qualifikationen, u. a. auch von den erreichten Schulabschlüssen, ab. Von den 572 000 Jugendlichen, die 2004 einen neuen Ausbildungsvertrag abgeschlossen haben, besaß jeder siebte (15 %) die Hochschul- oder Fachhochschulreife, 45,6 % verfügten über einen Realschul- oder gleichwertigen Abschluss, rund ein Drittel blieb mit dem erreichten Abschluss darunter. Ungefähr jeder siebte Ausbildungsanfänger (13,4 %) hatte vor Abschluss eines Ausbildungsvertrages eine berufliche Schule (Berufsvorbereitungsjahr, schulisches Berufsgrundbildungsjahr, Berufsfachschule) besucht, sei es um seine Chancen auf einen Ausbildungsplatz durch einen höherwertigen Schulabschluss zu verbessern oder um die Zeit bis zur nächsten Bewerberrunde im folgenden Jahr zu überbrücken. In den vergangenen zehn Jahren hat insbesondere der Anteil der Ausbildungsanfänger mit Realschulabschluss zugenommen (4,0 Prozentpunkte), zu Lasten der

Tab. 4: Angebot und Nachfrage von Ausbildungsplätzen sowie neu abgeschlossene Ausbildungsverträge

Jahr	Ausbildungsplätze		Angebots-/ Nachfrageüber- hang (-)	Neu abgeschlossene Ausbildungs- verträge
	Angebot	Nachfrage		
	in 1000			
1995	617	598	19	579
1996	609	613	- 4	579
1997	613	635	- 22	598
1998	636	648	- 12	612
1999	654	660	- 6	636
2000	647	645	2	623
2001	639	635	4	610
2002	590	596	- 6	568
2003	572	593	- 20	564
2004	586	618	- 31	572

Auszubildenden mit niedrigeren Schulabschlüssen (–4,3 Prozentpunkte). Dagegen ist der Anteil von Abiturientinnen und Abiturienten in der beruflichen Ausbildung nach einem Höhenflug bis zum Jahr 1998 (16,4 %) auf einen Wert von 15 % gefallen.

2.4.2 Verteilung auf Ausbildungsberufe

Bei der Wahl der Ausbildungsberufe lassen sich deutliche Schwerpunkte erkennen. Im Jahr 2004 waren 38,3 % aller Ausbildungsplätze männlicher und 52,9 % aller Ausbildungsplätze weiblicher Auszubildender auf nur 10 von insgesamt 348 anerkannten Ausbildungsberufen konzentriert. Allerdings finden viele Jugendliche im Beruf ihrer Wahl keinen Ausbildungsplatz und müssen deshalb auf andere Ausbildungsgänge ausweichen oder Arbeitslosigkeit in Kauf nehmen. Bei den jungen Männern rangiert der Beruf des Kraftfahrzeugmechatronikers in der Beliebtheitsskala eindeutig an erster Stelle: Jeder zwölfte Auszubildende ergriff ihn 2004. Ein großer Teil der jungen Frauen entschied sich für die Berufe Bürokauffrau und Arzthelferin (jeweils jede 14.) oder jede 16. Auszubildende für Kauffrau im Einzelhandel. Die Berufswahl erfolgte auch 2004 noch weitgehend geschlechtsspezifisch. So waren in den Ausbildungsgängen der neuen IT-Berufe Frauen mit einem Anteil von nur 10,8 % unterrepräsentiert. Dagegen scheinen die neuen Medienberufe für sie besonders interessant zu sein, hier betrug ihr Anteil 50,3 %. Insgesamt waren 40,1 % der Auszubildenden weiblich. Dieser Anteil war in den vergangenen zehn Jahren weitgehend konstant. Frauen erlernen neben den Berufen im dualen System häufig auch Berufe im Sozial- und Gesundheitswesen, wie z. B. Krankenschwester oder Altenpflegerin, deren Ausbildung meistens rein schulisch erfolgt.

2.4.3 Ausländische Auszubildende

Von 1 564 000 Jugendlichen, die sich 2004 in einer Berufsausbildung befanden, hatten 72 000 einen ausländischen Pass. Ihr Anteil an den Auszubildenden ist seit Mitte der 1990er-Jahre parallel mit der Verschlechterung auf dem Ausbildungsstellenmarkt von 7,7 % auf 4,6 % gesunken. Im Vergleich zum Ausländeranteil an den Absolventen allgemein bildender Schulen im Jahr 2004 von 8,6 % sind Ausländerinnen und Ausländer im dualen System unterrepräsentiert. So besaßen im Jahr 2004 rund 37,5 %

Tab. 5: Auszubildende, ausländische Auszubildende und Ausländeranteil

Jahr	Auszubildende insgesamt in 1000	Ausländische Auszubildende		Jahr	Auszubildende insgesamt in 1000	Ausländische Auszubildende	
		Anzahl in 1000	Anteil in %			Anzahl in 1000	Anteil in %
1995	1579	121	7,7	2000	1702	97	5,7
1996	1592	116	7,3	2001	1685	92	5,5
1997	1622	110	6,8	2002	1622	85	5,3
1998	1658	104	6,3	2003	1582	79	5,0
1999	1698	101	5,9	2004	1564	72	4,6

Abb. 6: Auszubildende in den zehn am stärksten besetzten Berufen
1994 und 2004

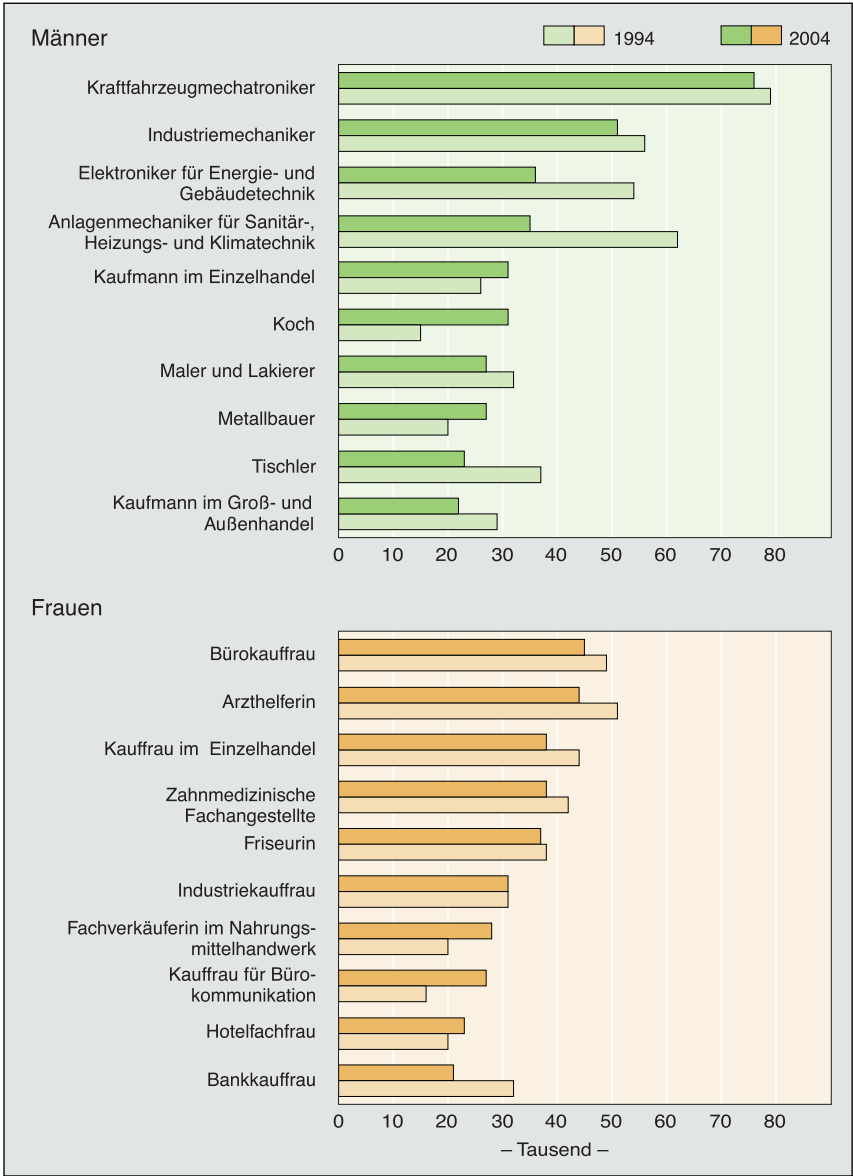
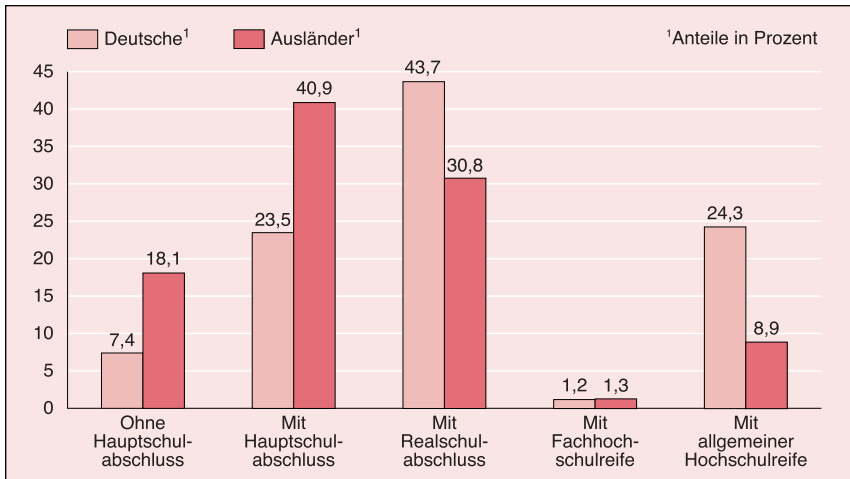
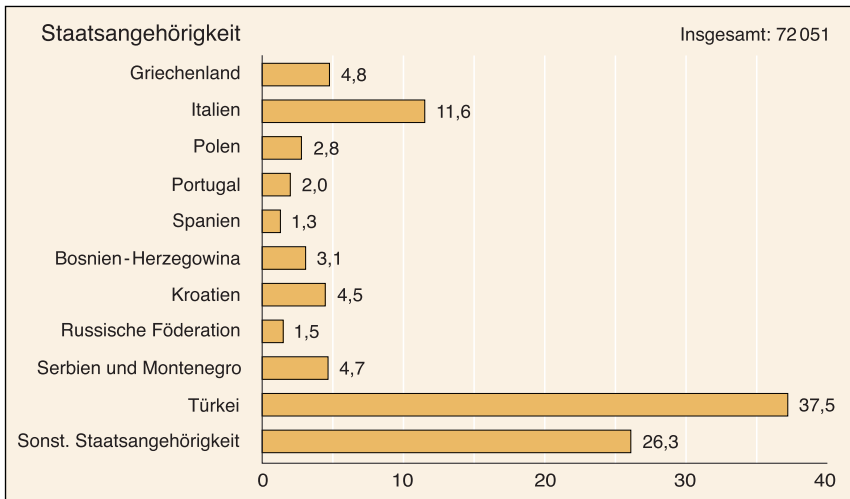


Abb. 7: Deutsche und ausländische Absolventinnen und Absolventen nach Abschlussarten 2004



der ausländischen Auszubildenden einen türkischen Pass, 12,3 % die Staatsangehörigkeit eines der Nachfolgestaaten des früheren Jugoslawiens, 11,6 % die italienische und 4,8 % die griechische. Seit 1995 ist der Anteil der türkischen Auszubil-

Abb. 8: Ausländische Auszubildende nach Nationalitäten 2004 in Prozent



denden um 4,8 Prozentpunkte und derjenigen aus dem ehemaligen Jugoslawien um 6,3 Prozentpunkte gesunken, dagegen erhöhte sich der Anteil italienischer Auszubildender um 2,8 Prozentpunkte.

2.4.4 Abschlussprüfungen

Im Jahr 2004 haben 493 000 Jugendliche ihre Ausbildung im dualen System mit einer bestandenen Abschlussprüfung erfolgreich beendet. Von den Teilnehmern und Teilnehmerinnen an Abschlussprüfungen haben letztendlich (mit Wiederholung) rund 85,7 % diese Prüfungen bestanden. Nicht alle Ausbildungsanfänger erreichen die Abschlussprüfung. Etwa ein Viertel von ihnen löst den Ausbildungsvertrag vor Erreichen der Abschlussprüfung auf. Ein großer Teil dieser Jugendlichen beginnt allerdings daran anschließend erneut eine Ausbildung im dualen System. Zu den Abschlussprüfungen können auch Personen ohne Ausbildungsvertrag als »Externe« zugelassen werden, wenn sie die entsprechenden Kenntnisse und Fertigkeiten durch mehrjährige Tätigkeit in dem jeweiligen Ausbildungsberuf erworben haben. Im Jahr 2004 gab es 29 300 externe Prüfungsteilnehmerinnen und -teilnehmer (5,1 % aller Prüflinge), und von ihnen absolvierten 71,2 % ihre Prüfung erfolgreich. Außerdem nahmen 2004 ungefähr 101 000 Erwachsene nach Erweiterung ihrer beruflichen Kenntnisse erfolgreich an einer Fortbildungsprüfung teil, darunter 23 200 an Meisterprüfungen im Handwerk.

Tab. 6: Neu abgeschlossene und vorzeitig gelöste Ausbildungsverträge sowie bestandene Abschlussprüfungen

Jahr	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	Vorzeitig gelöste Ausbildungsverträge	Bestandene Abschlussprüfungen	Jahr	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	Vorzeitig gelöste Ausbildungsverträge	Bestandene Abschlussprüfungen
	in 1000				in 1000		
1995	579	138	503	2000	623	156	503
1996	579	130	488	2001	610	156	514
1997	598	127	483	2002	568	151	513
1998	612	135	487	2003	564	133	504
1999	636	145	491	2004	572	127	493

2.5 Hochschulen

Der Hochschulbereich ist der Teil des Bildungssystems, in dem eine akademische Ausbildung vermittelt wird. Die Hochschulen sind von besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung und die Stellung Deutschlands im internationalen Wettbewerb, da sie wissenschaftlichen Nachwuchs qualifizieren und mit ihren Forschungsergebnissen die Grundlagen für Innovationen schaffen. Im Wintersemester 2004/2005 gab es in Deutschland insgesamt 372 staatlich anerkannte Hochschulen,

darunter 175 Universitäten (einschl. Theologische und Pädagogische Hochschulen sowie Kunsthochschulen) und 197 Fachhochschulen (einschl. Verwaltungsfachhochschulen).

Im Juni 1999 unterzeichneten die Wissenschaftsminister und -ministerinnen aus 29 europäischen Ländern die so genannte »Bologna-Erklärung« zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Hochschulraums. Als wichtigstes Ziel dieses Reformprozesses gilt Einführung des zweistufigen Studiensystems mit den neuen Abschlüssen Bachelor und Master, die die herkömmlichen Abschlüsse an Universitäten und Fachhochschulen bis 2010 (bis auf wenige Ausnahmen) ablösen sollen. Durch die internationale Vereinheitlichung der Studienabschlüsse nach angelsächsischem Vorbild sollen Studierende und Absolventen innerhalb Europas mobiler werden und die Attraktivität der Hochschulen über die europäischen Grenzen hinaus gesteigert werden. In der Studentenstatistik werden Daten zu Bachelor- und Masterstudiengängen seit dem Wintersemester 1999/2000 veröffentlicht.

2.5.1 Studierende, Studienanfänger und Hochschulabsolventen

Seit Mitte der 1960er-Jahre, als die Hochschulen angesichts eines im internationalen Vergleich drohenden Bildungsrückstands der deutschen Bevölkerung breiteren Schichten geöffnet wurden, sind die Studierendenzahlen in Deutschland drei Jahrzehnte lang kontinuierlich angestiegen. Sie erreichten 1994 mit 1,87 Mill. einen zwischenzeitlichen Höchststand. In den nachfolgenden Jahren ging die Zahl der an den Hochschulen für ein Studium Eingeschriebenen stetig zurück, bevor im Jahr 2000 eine erneute Trendwende einsetzte und die Studierendenzahlen im Wintersemester 2003/2004 mit 2,03 Millionen einen neuen Rekordwert erreichten. Im Wintersemester 2004/2005 sank die Zahl der Studierenden auf 1,96 Millionen, das waren 3 % weniger als im Wintersemester zuvor. Diese Entwicklung ist hauptsächlich auf rückläufige Studierendenzahlen in Hessen und Nordrhein-Westfalen zurückzuführen. Beide Bundesländer hatten im Jahr 2004 Gebührenregelungen eingeführt, die einen starken Rückgang der Langzeit- und Zweitstudierenden zur Folge hatten. Von den insgesamt 1,96 Millionen Studierenden waren 8 % (155 000) in einem Bachelor- oder Masterstudiengang eingeschrieben.

Die Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger ging seit dem Studienjahr 1994 zunächst zurück. Zwischen 1996 und 2003 stieg sie wieder deutlich an und erreichte im Studienjahr 2003 mit rund 377 000 einen neuen Höchststand. In 2004 sank die Zahl der Erstimmatrikulierten wieder auf 359 000. Im Studienjahr 2004 erfolgten rund 12 % der Ersteinschreibungen in einem Bachelorstudiengang. Eine eindeutige Umorientierung in Richtung Bachelorstudium ist demnach fünf Jahre nach Einführung des zweistufigen Studiensystems noch nicht festzustellen. Die Studienanfänger bevorzugen nach wie vor »traditionelle« Diplom- und Magisterstudiengänge an Universitäten (49 %) und das Fachhochschuldiplom (27 %). Weitere 10 % streben andere Studienabschlüsse (z. B. Lehramt) an. Rund 2 % der Studienanfänger schrieben sich in Masterstudiengänge ein. Dabei handelt es sich in der Regel um ausländische Studierende, die nach Deutschland kommen, um ein Masterstudium aufzunehmen.

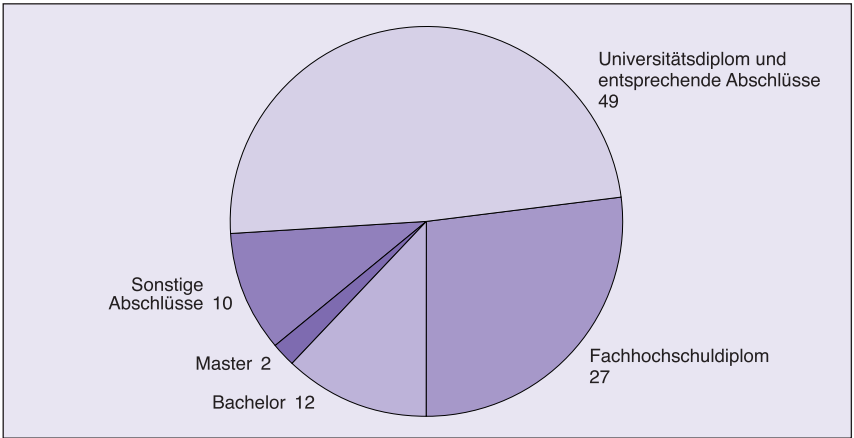
Tab. 7: Studierende und Studienanfänger/-innen

Jahr ¹	Studierende					
	insgesamt		davon an			
			Universitäten		Fachhochschulen	
	St	1. HS	St	1. HS	St	1. HS
	in 1000					
1994	1872	266	1424	182	444	84
1995	1858	261	1409	180	444	81
1996	1838	267	1396	187	439	80
1997	1824	267	1387	186	436	81
1998	1801	272	1365	187	436	85
1999	1774	291	1331	200	440	91
2000	1799	315	1341	216	458	98
2001	1869	345	1382	237	486	108
2002	1939	359	1423	244	516	115
2003	2019	377	1468	256	552	121
2004	1963	359	1403	240	560	119

1 Studierende (St) im Wintersemester, Studienanfänger/-innen im 1. Hochschulsemester (1. HS) im Studienjahr (Sommer- und nachfolgendes Wintersemester).

Die Wahl eines Studienfaches wird von unterschiedlichen Faktoren, z.B. von den persönlichen Interessen der Studienanfänger und -anfängerinnen, vom Studienangebot der Hochschulen oder von Zulassungsbeschränkungen (z.B. Numerus-clausus-Regelungen), beeinflusst. Eine wichtige Rolle bei der Wahl des Studiengangs spielen auch die zum Zeitpunkt der Einschreibung wahrgenommenen und in Zukunft erwarteten

Abb. 9: Studienanfänger (1. Hochschulsemester) 2004
nach angestrebtem Abschluss in Prozent

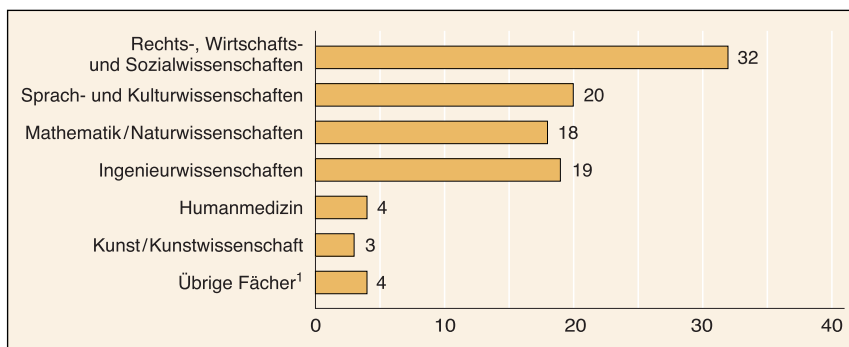


teten Chancen, die ein Studienabschluss auf dem Arbeitsmarkt bietet. In den vergangenen zehn Jahren zeigten sich bei der Fächerwahl der Studienanfänger deutliche Interessenverschiebungen. Die meisten Erstsemester (32 %) schrieben sich 2004 in der Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ein. Diese Fächergruppe hat seit 1994 etwas an Bedeutung verloren (–3 Prozentpunkte). Das Gewicht der Sprach- und Kulturwissenschaften (20 %) hat sich innerhalb der vergangenen zehn Jahre dagegen kaum verändert. Erstmals seit 1998 schrieben sich im Jahr 2004 wieder mehr Studienanfänger in den Ingenieurwissenschaften ein (19 %) als in der Fächergruppe Mathematik/Naturwissenschaften (18 %). Der Anteil der Studienanfänger in den Ingenieurwissenschaften hat sich damit ausgehend von 20 % im Jahr 1994 wieder stabilisiert, nachdem er zwischen 1996 und 2002 auf 17 % gesunken war. Insgesamt gesehen ist das Interesse der Studienanfänger an den Naturwissenschaften in den vergangenen zehn Jahren allerdings deutlich angewachsen. Im Jahr 1994 hatte der Anteil der Erstimmatrikulierten in der Fächergruppe Mathematik/Naturwissenschaften noch bei 13 % gelegen.

Im Jahr 2004 war fast die Hälfte (49 %) derjenigen, die ein Studium aufnahmen, Frauen. Die Frauenanteile variieren allerdings je nach fachlicher Ausrichtung des Studiums. In den Fächergruppen Sprach- und Kulturwissenschaften (73 %) und Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften (66 %) waren die Studienanfängerinnen deutlich in der Mehrheit. In den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften stellte sich das Geschlechterverhältnis mit einem Frauenanteil von 51 % nahezu ausgeglichen dar. In den Fächergruppen Mathematik und Naturwissenschaften (40 %) und Ingenieurwissenschaften (21 %) waren hingegen Studienanfängerinnen deutlich unterrepräsentiert.

Die Zahl der bestandenen Prüfungen an Hochschulen ist zwischen 1994 und 1997 von 219 000 um 7 % auf 237 000 gestiegen. In den Folgejahren sank die Zahl der Absol-

Abb. 10: Studienanfänger (1. Hochschulsemester) 2004 nach Fächergruppen in Prozent



1 Sport; Veterinärmedizin; Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften, Kunst/Kunstwissenschaft; sonstige Fächer und ungeklärt.

Tab. 8: Bestandene Prüfungen an Hochschulen

Prüfungs- jahr	Ins- gesamt	Darunter					
		Diplom und ent- sprechende Abschluss- prüfungen	Promo- tionen	Lehramts- prüfungen	Fachhoch- schulab- schluss	Bachelor- abschluss	Master- abschluss
		in 1000					
1994	219	102	22	24	71	.	.
1995	230	106	22	27	75	.	.
1996	237	111	23	28	75	.	.
1997	237	109	24	28	76	.	.
1998	228	103	25	28	71	.	.
1999	222	99	25	28	70	.	.
2000	214	95	26	27	66	.	.
2001	208	91	25	25	66	0	1
2002	209	92	24	24	66	1	2
2003	218	95	23	22	72	2	3
2004	231	98	23	23	76	6	6

venten und erreichte in 2001 mit 208 000 einen Tiefpunkt. Ab 2002 stieg sie wieder an und lag 2004 bei 231 000. Fast die Hälfte (49 %) der im Jahr 2004 bestandenen Hochschulabschlüsse wurden von Frauen erworben (siehe auch 2.5.3).

Von den Absolventinnen und Absolventen des Jahres 2004 erwarben 42 % (98 000) ein Universitätsdiplom oder einen gleichwertigen Abschluss gefolgt von 33 % (76 000) Fachhochschuldiplomanden. Rund 23 000 (10 %) erlangten einen Dokortitel und weitere 10 % (23 000) legten eine Lehramtsprüfung ab. Die neuen Studienabschlüsse Bachelor und Master werden seit dem Prüfungsjahr 2000 statistisch erfasst. Diese spielen aufgrund des kurzen Zeitraums seit ihrer Einführung allerdings noch eine untergeordnete Rolle. Jeweils rund 6 000 Absolventen erwarben 2004 einen Bachelor- bzw. einen Masterabschluss, das waren zusammen 5 % aller Absolventen.

Hochschulabsolventinnen und -absolventen, die 2004 ihr Erststudium erfolgreich abgeschlossen haben, waren durchschnittlich 28 Jahre alt. Die Studiendauer ist abhängig von der Art des erworbenen akademischen Grades. Der mittlere Wert (Median) für die Fachstudiendauer der Erstabsolventen, die ein Universitätsdiplom oder einen entsprechenden Abschluss erwarben, lag im Prüfungsjahr 2004 bei rund elf Semestern. Das heißt, die Hälfte dieser Absolventen schloss ihr Studium in weniger als elf Semestern ab. Angehende Lehrerinnen und Lehrer brauchten im Mittel zehn Semester bis zum 1. Staatsexamen. Die mittlere Fachstudiendauer der Erstabsolventen, die ein Fachhochschuldiplom erwarben, lag bei rund acht Semestern; bei Bachelorabsolventen, deren Abschluss in der Wertigkeit dem »klassischen« Fachhochschuldiplom entspricht, war diese mit 6 Semestern deutlich kürzer.

Das Masterstudium baut in der Regel auf ein vorangegangenes Studium (in der Regel auf das Bachelorstudium) auf, gilt aber als eigenständiger Studiengang. Masterstudierende werden deshalb zu Beginn der Masterphase wieder in das erste Fachsemester

eingestuft. Die mittlere Studiendauer bei Masterabsolventen ist daher mit vier Semestern deutlich kürzer als in den herkömmlichen Studiengängen. Bei den Ergebnissen zur Studiendauer muss berücksichtigt werden, dass die Absolventenzahlen in Bachelor- und Masterstudiengängen aufgrund des kurzen Zeitraums seit der Einführung noch relativ gering sind. Daher kann es zu einer Unterschätzung der Studiendauer kommen, weil davon auszugehen ist, dass die Absolventinnen und Absolventen der ersten Prüfungsjahrgänge ihr Studium überdurchschnittlich schnell abgeschlossen haben.

2.5.2 Personelle und finanzielle Ressourcen

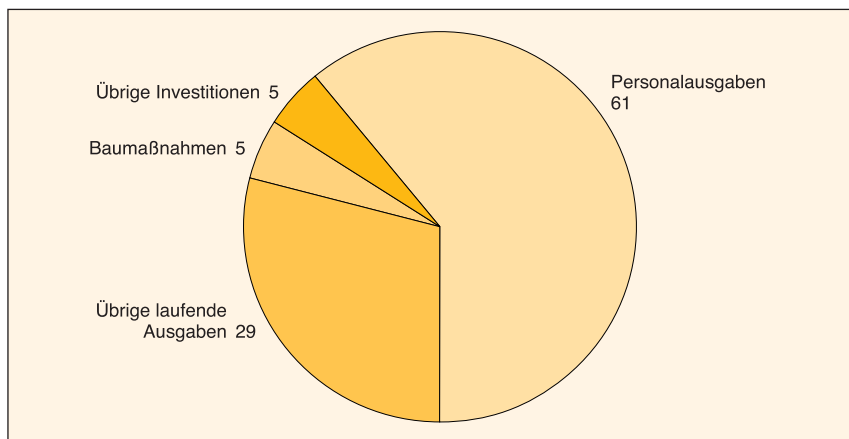
Ende 2004 war rund eine halbe Million Menschen (499 000) an deutschen Hochschulen beschäftigt, von ihnen zählten 236 000 (47 %) zum wissenschaftlichen und künstlerischen Personal. Mehr als die Hälfte der Beschäftigten war in der Hochschulverwaltung oder in technischen und sonstigen Bereichen tätig. 70 % des wissenschaftlichen Personals waren hauptberuflich beschäftigt. Das hauptberufliche wissenschaftliche Personal setzt sich zusammen aus Professoren, wissenschaftlichen oder künstlerischen Mitarbeitern, Dozenten und Assistenten sowie Lehrkräften für besondere Aufgaben. Lehrbeauftragte, wissenschaftliche Hilfskräfte und Gastprofessoren gehören zum nebenberuflichen wissenschaftlichen Personal.

Im Vergleich zu 1994 hat die Zahl der Beschäftigten an den Hochschulen in Deutschland um insgesamt 5 % zugenommen. Der Zuwachs erfolgte zugunsten des wissenschaftlichen Personals, das in den vergangenen zehn Jahren um insgesamt 14 % (28 000) aufgestockt wurde, während die Anzahl des Verwaltungspersonals nahezu konstant blieb. Dieser Zuwachs ist allerdings ausschließlich auf die steigende Zahl von teilzeitbeschäftigten Lehrkräften zurückzuführen (+33 %), die Zahl Vollbeschäftigten ging dagegen um 1 % zurück. In der Gruppe des hauptberuflichen wissenschaftlichen

Tab. 9: Hochschulpersonal

Jahr	Insgesamt	Wissenschaftliches und künstlerisches Personal		Verwaltungs-, technisches und sonstiges Personal
		Zusammen	darunter: Professoren/Professorinnen	
	in 1 000			
1994	473	208	37	265
1995	483	213	38	270
1996	482	215	38	268
1997	481	214	38	267
1998	484	216	38	267
1999	489	219	38	270
2000	489	219	39	269
2001	494	225	38	269
2002	501	232	38	270
2003	505	237	38	268
2004	499	236	38	263

Abb. 11: Ausgaben der Hochschulen 2003 nach Arten in Prozent



Personals waren deutliche Zuwächse in der Gruppe der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter zu verzeichnen, während sich die Professorenzahl seit 1994 nur geringfügig erhöht hat. Der Zuwachs in der Gruppe des nebenberuflichen wissenschaftlichen Personals ist vor allem auf die wachsende Zahl von Lehrbeauftragten zurückzuführen, die seit 1994 um mehr als ein Viertel (+28 %) zugenommen hat.

Die deutschen Hochschulen gaben in 2003 insgesamt 30,6 Mrd. Euro aus. Damit haben sich die Ausgaben gegenüber dem Vorjahr um knapp 1 % erhöht; im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Studierenden um 4 %.

Mit 14,1 Mrd. Euro wurde der Großteil der Mittel innerhalb der Fächergruppe Humanmedizin ausgegeben, mit deutlichem Abstand gefolgt von den Fächergruppen Mathematik/Naturwissenschaften (3,4 Mrd. Euro) und Ingenieurwissenschaften (2,7 Mrd. Euro). Für Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften wurden insgesamt 1,7 Mrd. Euro und für Sprach- und Kulturwissenschaften 1,5 Mrd. Euro aufgewandt. Demgegenüber entfielen auf die Fächergruppe Kunst/Kunstwissenschaft lediglich 514 Mill. Euro, auf Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften 418 Mill. Euro. Schließlich folgen die Veterinärmedizin mit 179 Mill. Euro und Sport mit 136 Mill. Euro. Die Ausgaben für Einrichtungen wie Hochschulverwaltung, Hochschulbibliotheken, Rechenzentren und zentrale Versorgungseinrichtungen (ohne zentrale Einrichtungen der Hochschulkliniken) lagen 2003 bei 5,9 Mrd. Euro.

2.5.3 Frauen auf der akademischen Karriereleiter

Die Verwirklichung von Chancengleichheit von Männern und Frauen in Wissenschaft und Forschung ist ein wichtiges Thema in der deutschen Bildungspolitik. Auf den ersten Blick scheinen die Barrieren für den Zugang junger Frauen zur akademischen

Ausbildung abgebaut: Fast die Hälfte der Studierenden im ersten Hochschulsemester (49 %) und der Hochschulabsolventen (49 %) in 2004 war weiblich. Auch der Frauenanteil auf weiterführenden Qualifikationsstufen ist in den vergangenen Jahren gestiegen, allerdings nimmt er mit steigendem Qualifikationsniveau und Status der einzelnen Positionen auf der akademischen Karriereleiter kontinuierlich ab. Während im Jahr 2004 immerhin bereits 39 % der Dokortitel von Frauen erworben wurden, lag die Frauenquote bei den Habilitationen erst bei 23 %.

51 % der im Jahr 2004 an deutschen Hochschulen Beschäftigten waren weiblich (256 000), was in etwa dem Frauenanteil an der Gesamtbevölkerung entspricht. In beruflichen Positionen im Bereich Forschung und Lehre sind Frauen allerdings immer noch unterrepräsentiert: Ihr Anteil lag in der Gruppe des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals bei 34 % und in der Gruppe der hauptberuflich Beschäftigten bei 29 %. Unter der Professorenschaft ist der Frauenanteil in den vergangenen zehn Jahren angestiegen und erreichte 2004 mit 14 % einen Höchstwert. Am niedrigsten war er mit 9 % in der höchsten Besoldungsstufe der Professoren (C4): Nicht einmal jede zehnte C4-Stelle war mit einer Frau besetzt.

Bei der Interpretation der Daten ist zu beachten, dass sich selbst ein starker Anstieg des Frauenanteils bei den Hochschulabsolventen zunächst nicht direkt auf den Anteil bei den Habilitationen oder Professuren auswirkt, da der Erwerb von akademischen Abschlüssen sehr zeitintensiv ist. So liegen zwischen dem Zeitpunkt der Ersteinschreibung und der Erstberufung zum Professor in Deutschland etwa 20 Jahre. Mit den steigenden Frauenanteilen bei Jungakademikern und dem zunehmenden Ersatzbedarf an Hochschullehrern dürften sich die Karrierechancen von Frauen an deutschen Hochschulen weiter erhöhen. Dabei ist jedoch absehbar, dass sich die Nach-

Tab. 10: Frauenanteile in verschiedenen Stadien der akademischen Laufbahn

Jahr	Studien- anfänger	Studie- rende	Absol- venten	Promo- tionen	Hoch- schul- personal insgesamt	Haupt- berufl. wissen- schaftl. und künst- lerisches Personal	Profes- soren	C4-Profes- soren
	in %							
1994	45,1	40,8	40,6	31,2	48,5	21,9	7,5	4,3
1995	47,8	41,7	40,7	31,5	49,1	22,6	8,2	4,8
1996	47,9	42,6	40,7	31,1	49,2	23,0	8,5	5,1
1997	48,6	43,6	41,3	32,1	50,2	23,5	9,0	5,5
1998	48,5	44,5	42,2	33,1	50,4	24,2	9,5	5,9
1999	49,3	45,3	43,5	33,4	50,5	24,8	9,8	6,3
2000	49,2	46,1	44,8	34,3	50,8	25,6	10,5	7,1
2001	49,4	46,7	46,0	35,3	51,2	27,0	11,2	7,7
2002	50,6	47,4	46,9	36,4	51,2	27,7	11,9	8,0
2003	48,2	47,4	48,4	37,9	51,3	28,6	12,8	8,6
2004	48,8	47,7	48,7	39,0	51,2	29,2	13,6	9,2

frage nach promovierten und habilitierten Akademikern bis 2015 und darüber hinaus stärker auf die Fächergruppen Natur- und Ingenieurwissenschaften konzentrieren wird, die bislang die niedrigsten Frauenanteile in der Gruppe des wissenschaftlichen Nachwuchses aufweisen.

2.5.4 Ausländische Studierende

Im Wintersemester 2004/2005 waren an deutschen Hochschulen 246 000 Studierende mit ausländischer Nationalität immatrikuliert. Der Ausländeranteil an der Gesamtzahl

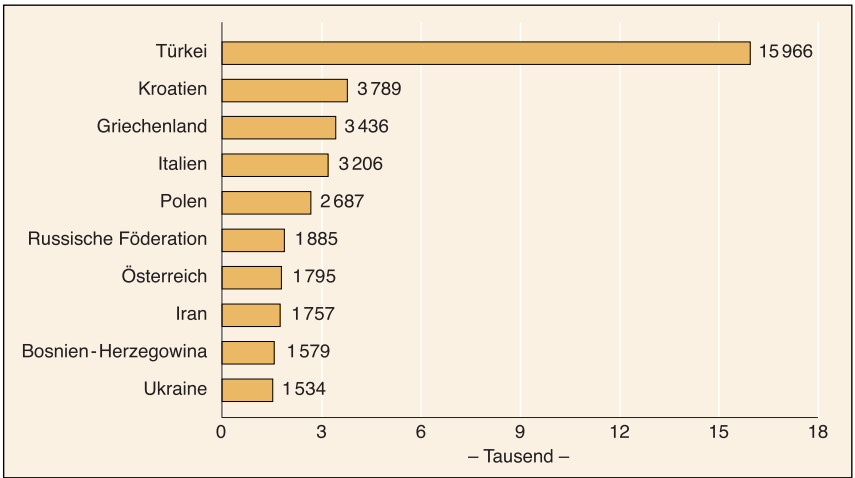
Tab. 11: Ausländische Studierende an deutschen Hochschulen

Wintersemester	Studierende insgesamt	Darunter ausländische Studierende		
		insgesamt	davon	
			Bildungs- inländer	Bildungs- ausländer
	in 1 000			
1994/95	1 868	141	49	93
1995/96	1 853	146	48	98
1996/97	1 835	152	52	100
1997/98	1 823	158	55	104
1998/99	1 801	166	57	109
1999/00	1 770	175	62	113
2000/01	1 799	187	61	126
2001/02	1 868	206	63	143
2002/03	1 939	227	64	163
2003/04	2 019	246	66	180
2004/05	1 963	246	60	187
Anteil an den Studierenden insgesamt in %				
1994/95	100	7,6	2,6	5,0
1995/96	100	7,9	2,6	5,3
1996/97	100	8,3	2,8	5,5
1997/98	100	8,7	3,0	5,7
1998/99	100	9,2	3,2	6,0
1999/00	100	9,9	3,5	6,4
2000/01	100	10,4	3,4	7,0
2001/02	100	11,0	3,4	7,6
2002/03	100	11,7	3,3	8,4
2003/04	100	12,2	3,3	8,9
2004/05	100	12,5	3,0	9,5

der Studierenden hat sich seit dem Wintersemester 1994/1995 von 8 % auf 13 % erhöht und damit einen neuen Höchstwert erreicht.

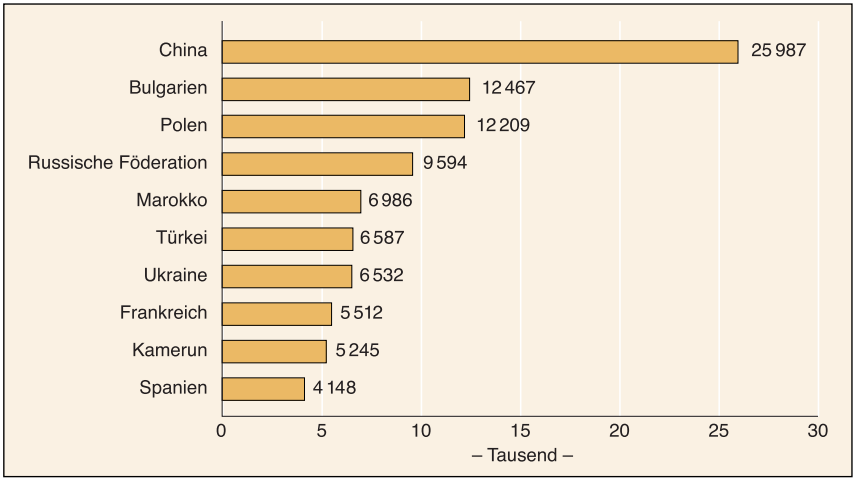
Von den insgesamt 246 000 Studierenden mit ausländischer Nationalität sind 24 % (60 000) Bildungsinländer, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im deutschen Bildungssystem erworben haben. Hier handelt es sich meist um Kinder von Zuwan-

Abb. 12: Herkunftsländer ausländischer Studierender (Bildungsinländer)
im WS 2004/2005



derern, die teilweise bereits in der zweiten oder dritten Generation in Deutschland leben und die Staatsangehörigkeit ihres Herkunftslandes behalten haben, sowie Kriegsflüchtlinge und Asylsuchende. Die mit Abstand größte Gruppe unter den Bil-

Abb. 13: Herkunftsländer ausländischer Studierender (Bildungsausländer)
im WS 2004/2005



dungsinländern bilden Studierende mit türkischer Staatsangehörigkeit (16 000) gefolgt von Studierenden kroatischer (4 000) und griechischer Herkunft (3 000).

Bei den Bildungsausländern handelt es sich um die Gruppe der ausländischen Studierenden, die grenzüberschreitend mobil sind und ihre Hochschulzugangsberechtigung *außerhalb* Deutschlands erworben haben. Ihre Zahl hat sich in den vergangenen zehn Jahren von 93 000 auf 187 000 mehr als verdoppelt. Der Anteil der Bildungsausländer an der Gesamtzahl der Studierenden ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich von 5 % auf 10 % gewachsen. Der Anteil der Bildungsausländer an der Gesamtzahl der Studierenden ist in den vergangenen Jahren wesentlich stärker angestiegen als der Anteil der Bildungsinländer. Die meisten ausländischen Nachwuchsakademiker kamen im Wintersemester 2004/2005 aus China (26 000) gefolgt von Bulgarien und Polen mit jeweils rund 12 000 Studierenden. Auch die Zahl der Studierenden aus anderen ost-, mitteleuropäischen und baltischen Staaten, die seit 2004 neue EU-Mitglieder oder Beitrittskandidaten sind (z. B. Tschechien, Ungarn, Rumänien), ist in den vergangenen fünf Jahren stetig angewachsen, während die Zahl der Studierenden aus den westeuropäischen EU-15-Ländern stagniert.

2.6 Weiterbildung

Breite Bevölkerungsschichten haben die Notwendigkeit des »Lebenslangen Lernens« erkannt. In einer Zeit raschen technologischen Wandels müssen viele Erwerbstätige damit rechnen, dass sie ihren ursprünglich erlernten Beruf nicht ein Leben lang ausüben können. Immer häufiger nehmen deshalb Beschäftigte an Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen teil.

Eine seit 1979 in dreijährigem Abstand im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung durchgeführte repräsentative Umfrage bei 19- bis 64-jährigen Bürgerinnen und Bürgern bestätigt diese Tendenz. Danach lag die Teilnahme an Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen im Jahr 2003 bei 41 %. Hochgerechnet sind dies 20,4 Mill. Personen, die sich – teils mehrfach – weitergebildet haben. Die Teilnahmequote ist gegenüber 2000 um 4,9 Prozentpunkte gefallen, wobei der Rückgang der Teilnahmequoten vor allem in den neuen Bundesländern erfolgte (38 % im Jahr 2003 vs. 43 % im Jahr 2000). Dagegen hat sie sich in den alten Bundesländern kaum verändert (42 % im Jahr 2003 vs. 43 % im Jahr 2000). An allgemeinen Weiterbildungsveranstaltungen haben sich 2003 hochgerechnet rund 12,7 Mill. Personen beteiligt, gegenüber 13,3 Mill. im Jahre 2000. Im früheren Bundesgebiet lag die Teilnahmequote mit 27 % höher als in den neuen Ländern (21 %). An beruflicher Weiterbildung haben hochgerechnet rund 13 Mill. Personen teilgenommen. Die Beteiligung lag sowohl im früheren Bundesgebiet als auch in den neuen Ländern (26 %) niedriger als drei Jahre zuvor. Auffällig ist der Rückgang um 5 Prozentpunkte in den neuen Ländern, während im früheren Bundesgebiet die Quote nur um 2 Punkte gesunken ist. Hochqualifizierte Männer und Frauen bemühen sich verstärkt um ihre Weiterbildung (62 % der Hoch-

schulabsolventinnen und -absolventen nahmen im Jahr 2003 an entsprechenden Maßnahmen teil). Dagegen wenden Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung weniger Zeit für ihr Fortkommen auf; nur 23 % besuchten 2003 entsprechende Veranstaltungen.

Informationen zur beruflichen Weiterbildung in Unternehmen liefert die »Zweite Europäische Erhebung zur beruflichen Weiterbildung« (CVTS2). Im Jahr 1999 boten 67 % der Unternehmen ihren Beschäftigten Lehrveranstaltungen (Lehrgänge oder Kurse), also die klassische Form der beruflichen Weiterbildung, an. 36 % aller Beschäftigten der Unternehmen mit entsprechendem Angebot nahmen an solchen Lehrveranstaltungen teil. Die Teilnahmequote der Frauen lag mit 33 % unter derjenigen der Männer (38 %). Je Teilnehmer ergaben sich im Durchschnitt 27 Weiterbildungsstunden im Jahr, wobei Männer mit 28,5 Stunden etwas länger teilnahmen als Frauen (24,7 Stunden). Eine weitere Erhebung (CVTS3) wird im Jahr 2006 durchgeführt. Erste Ergebnisse sind ab 2007 zu erwarten.

Tab. 12: Teilnahme an allgemeiner Weiterbildung nach ausgewählten Themengebieten 2003¹ in Prozent

Themengebiete	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Fragen der Gesundheit und der gesundheitsgerechten Lebensführung	4	4	3
Versicherungs-, Renten-, Steuer- und sonstige Rechtsfragen	2	2	3
Kindererziehung/Hilfe für die Schule	2	2	1
Persönliche/familiäre Probleme	1	1	0
Sprachkenntnisse	5	5	4
Praktische Kenntnisse	2	2	2
Wissen über Naturwissenschaften und Technik	1	1	1
Kenntnisse und Anregungen für aktive Freizeitgestaltung	2	2	1
Wissen auf Gebieten wie Kunst, Literatur, Religion, Geschichte oder Länderkunde	2	2	1
Umweltschutz/Ökologie	1	1	1
Kenntnisse für die Ausübung von Sportarten	2	2	1
Rechte und Pflichten des Staatsbürgers, Wissen über Politik, auch europabezogen	1	2	0
Computer, EDV, Internet	5	5	5
Sonstige Themenbereiche	1	1	1
Teilnahmequote insgesamt ²	26	27	21

1 Weiterbildungsteilnahme = Teilnahme in den letzten zwölf Monaten vor der Befragung. In % der Bevölkerung im Alter von 19 bis 64 Jahren.

2 Teilnahme an mindestens einer Maßnahme.

Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung. (Hrsg.): Berichtssystem Weiterbildung IX, Bonn 2005.

Tab. 13: Teilnahme an beruflicher Weiterbildung nach Maßnahmearten 2003¹
in Prozent

Maßnahmeart	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Lehrgänge/Kurse zur Umschulung auf einen anderen Beruf	1	1	1
Lehrgänge/Kurse für den beruflichen Aufstieg (z.B. zum Meister, Techniker, Betriebswirt)	2	2	3
Besondere Lehrgänge/Kurse im Betrieb zur Einarbeitung in eine neue Arbeit	5	5	5
Lehrgänge/Kurse zur Anpassung an neue Aufgaben im Beruf	10	10	11
Sonstige Lehrgänge/Kurse im Beruf	9	9	9
Teilnahmequote insgesamt ²	26	26	26

1 Weiterbildungsteilnahme = Teilnahme in den letzten zwölf Monaten vor der Befragung. In % der Bevölkerung im Alter von 19 bis 64 Jahren.

2 Teilnahme an mindestens einer Maßnahme.

Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung. (Hrsg.): Berichtssystem Weiterbildung IX, Bonn 2005.

Die Volkshochschulen als bedeutender Träger der allgemeinen und politischen Weiterbildung verzeichneten im Jahr 2004 rund 6,7 Mill. Teilnehmer und Teilnehmerinnen an Lehrgängen, Kursen und Arbeitsgemeinschaften, 2,2 Mill. Personen besuchten Einzelveranstaltungen; dabei sind Mehrfachzählungen durch Belegung mehrerer Veranstaltungen enthalten. Zum beliebtesten Volkshochschulangebot gehören die Sprachkurse, die 2004 von 28 % aller Teilnehmenden belegt wurden. Etwa 100 000 Personen besuchten Lehrgänge, um einen Schulabschluss nachzuholen.

An einem Gaststudium nahmen im Wintersemester 2004/2005 fast 39 000 Menschen teil. Etwa die Hälfte von ihnen waren Frauen. Die beliebtesten Fächergruppen der Gasthörer und Gasthörerinnen sind Sprach- und Kulturwissenschaften sowie Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Die Gaststudierenden des Wintersemesters 2004/2005 waren durchschnittlich 51,2 Jahre alt; 47 % von ihnen waren 60 Jahre und älter.

2.7 Bildungsniveau der Bevölkerung

Die Qualifikation der Bevölkerung ist von großer gesamtwirtschaftlicher Bedeutung, da neben der Ausstattung mit Bodenschätzen und Produktionsanlagen vor allem die Qualität der menschlichen Arbeitskraft (»Humankapital«) das Leistungsvermögen einer Volkswirtschaft bestimmt. Für die einzelne Person stellt die Ausbildung einen entscheidenden Schritt zur Selbstentfaltung und Entwicklung der Persönlichkeit dar.

Aktuelle Angaben über den Bildungsstand der Gesamtbevölkerung werden aus dem jährlich durchgeführten Mikrozensus gewonnen. Bei der im März 2004 durchgeführten Erhebung hatten von allen Befragten über 15 Jahre, die Angaben zur allgemeinen Schulausbildung gemacht haben, 41 % einen so genannten »höherwertigen« Bildungsabschluss. 19 % besaßen einen Realschulabschluss; 22 % die Fachhochschul- oder Hochschulreife. In der Gruppe der 20- bis unter 30-Jährigen konnten bereits gut 68 % einen solchen Abschluss nachweisen (31 % Realschulabschluss, 37 % Fachhochschul-/Hochschulreife). Von den Altersjahrgängen ab 60 hatten dagegen lediglich 12 % eine Realschule und 12 % ein Gymnasium erfolgreich absolviert.

Von den Befragten, die Angaben zu ihrem beruflichen Bildungsabschluss gemacht haben, gaben im Jahr 2004 51 % eine Lehre als beruflichen Ausbildungsabschluss an. Fast 2 % besaßen einen Fachschulabschluss in der ehemaligen DDR, knapp 6 %

Tab. 14: Allgemein bildender Schulabschluss der Bevölkerung im März 2004

Alter von ... bis ... Jahren	Insgesamt	Darunter mit Angaben zur allgemeinen Schulausbildung ¹							
		zusammen	noch in schulischer Aus- bildung	mit allgemeinem Schulabschluss					ohne allgemeinen Schulab- schluss
				Haupt- (Volks-) schul- abschluss	Abschluss der Polytech- nischen Oberschule	Real- schul- oder gleich- wertiger Abschluss	Fachhoch- schul- oder Hochschul- reife	ohne Angabe zur Art des Ab- schlusses	
in 1000									
15–19	4695	4567	2828	602	22	771	140	38	167
20–29	9163	8811	132	2088	202	2736	3272	107	273
30–39	11923	11474	/	3235	1373	2874	3550	102	336
40–49	12877	12372	/	4332	1785	2615	3185	116	339
50–59	10351	9649	/	4716	1058	1512	1983	119	262
60 und älter	21659	19525	/	13975	261	2329	2291	192	478
Insgesamt	70668	66397	2966	28946	4701	12837	14419	674	1854
Früheres Bundesgebiet	57482	53740	2366	25151	454	11501	11994	578	1695
Neue Länder und Berlin-Ost	13186	12657	600	3795	4247	1336	2425	96	159
in % ²									
15–19	.	100	61,9	13,2	0,5	16,9	3,1	0,8	3,7
20–29	.	100	1,5	23,7	2,3	31,1	37,1	1,2	3,1
30–39	.	100	/	28,2	12,0	25,0	30,9	0,9	2,9
40–49	.	100	/	35,0	14,4	21,1	25,7	0,9	2,7
50–59	.	100	/	48,9	11,0	15,7	20,6	1,2	2,7
60 und älter	.	100	/	71,6	1,3	11,9	11,7	1,0	2,4
Insgesamt	.	100	4,5	43,6	7,1	19,3	21,7	1,0	2,8
Früheres Bundesgebiet	.	100	4,4	46,8	0,8	21,4	22,3	1,1	3,2
Neue Länder und Berlin-Ost	.	100	4,7	30,0	33,6	10,6	19,2	0,8	1,3

1 Beantwortung für Personen im Alter von 15 Jahren und mehr freiwillig.

2 Anteil an allen Personen in der jeweiligen Altersgruppe, die Angaben zur allgemeinen Schulausbildung gemacht haben.

einen Fachschulabschluss, 12 % einen Fachhochschul- oder Hochschulabschluss und 28 % (noch) keinen beruflichen Abschluss. Von den 30- bis unter 40-Jährigen hatten immerhin gut 18 % ein Fachhochschul- oder Hochschulstudium erfolgreich abgeschlossen; unter den 60-Jährigen und Älteren befanden sich dagegen nur rund 9 % Akademiker.

Tab. 15: Beruflicher Bildungsabschluss der Bevölkerung im März 2004

Alter von ... bis ... Jahren	Insgesamt	Darunter mit Angaben zum beruflichen Bildungsabschluss ¹							
		zu- sammen	mit beruflichem Bildungsabschluss						ohne beruf- lichen Bildungs- abschluss
			Lehr-/ Anlern- ausbil- dung	Fach- schulab- schluss	Fach- schulab- schluss in der ehem. DDR	Fach- hoch- schulab- schluss	Hoch- schul- abschluss	Ohne Angabe zur Art des Ab- schlusses	
in 1000									
15–19	4695	4319	139	/	/	–	–	–	–
20–29	9163	8684	4200	356	7	253	354	134	3375
30–39	11923	11349	6448	903	155	759	1221	204	1659
40–49	12877	12221	7015	1027	252	785	1224	213	1705
50–59	10351	9481	5383	693	204	563	926	164	1550
60 und älter	21659	19132	9738	1097	349	665	999	242	6044
Insgesamt	70668	65185	32921	4078	971	3025	4724	968	18498
Früheres Bundesgebiet	57482	52672	26132	3274	125	2426	3846	832	16037
Neue Länder und Berlin- Ost	13186	12513	6788	805	847	599	878	135	2461
in % ²									
15–19	–	100	3,2	/	/	–	–	–	–
20–29	–	100	48,4	4,1	0,1	2,9	4,1	1,5	38,9
30–39	–	100	56,8	8,0	1,4	6,7	10,8	1,8	14,6
40–49	–	100	57,4	8,4	2,1	6,4	10,0	1,7	14,0
50–59	–	100	56,8	7,3	2,2	5,9	9,8	1,7	16,3
60 und älter	–	100	50,9	5,7	1,8	3,5	5,2	1,3	31,6
Insgesamt	–	100	50,5	6,3	1,5	4,6	7,2	1,5	28,4
Früheres Bundesgebiet	–	100	49,6	6,2	0,2	4,6	7,3	1,6	30,4
Neue Länder und Berlin- Ost	–	100	54,2	6,4	6,8	4,8	7,0	1,1	19,7

1 Beantwortung für Personen im Alter von 51 Jahren und mehr freiwillig.

2 Anteil an allen Personen in der jeweiligen Altersgruppe, die Angaben zum beruflichen Bildungsabschluss gemacht haben.

Heute werden die Angebote des allgemeinen Bildungssystems von Frauen und Männern gleichberechtigt wahrgenommen, so dass bei der jüngeren Generation bezüglich des Bildungsgrades kaum noch geschlechtsspezifische Unterschiede festzustellen sind. In der Altersgruppe der 20- bis unter 30-Jährigen hatten 33 % der Männer und 38 % der Frauen die Fachhochschul- oder Hochschulreife. Demgegen-

über besaßen im Jahr 2002 von den Personen ab 60 knapp 15 % der männlichen, aber nur 6 % der weiblichen Bevölkerung das Abitur.

Bei einem Vergleich der allgemeinen Schulabschlüsse der deutschen und der ausländischen Bevölkerung fällt Folgendes auf: Während die in Deutschland lebenden Ausländer und Ausländerinnen nur zu 14 % einen Realschulabschluss besitzen (für die Deutschen liegt der entsprechende Wert bei 20 %), liegen sie mit einem Anteil von 22 % bei der Fachhochschul- und Hochschulreife über dem Wert für die deutsche Bevölkerung (20 %). Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang der hohe Anteil der Ausländerinnen mit Fachhochschul- oder Hochschulreife (23 % gegenüber 17 % bei den deutschen Frauen). 13 % der ausländischen Bevölkerung besitzen jedoch überhaupt keinen allgemeinen Schulabschluss (bei den Deutschen sind es gut 1 %). Mehr als die Hälfte der Ausländer und Ausländerinnen in Deutschland hat auch keinen beruflichen Bildungsabschluss (53 % gegenüber 26 % der Deutschen). Einen Lehrabschluss können fast 54 % der Deutschen, aber nur 31 % der ausländischen Bürger und Bürgerinnen vorweisen. Bei den Hochschul- und Fachhochschulabschlüssen sind die Anteile nahezu identisch.

2.8 Bildungsfinanzen

Im Folgenden werden zunächst Angaben zu den Bildungsausgaben (Bildungsbudget) dargestellt. Diese werden überwiegend den Rechnungsabschlüssen der Gebietskörperschaften sowie den sonstigen zum finanzstatistischen Berichtskreis gehörenden Institutionen entnommen. Die Daten zum Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) und zum Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) werden als Auszug aus den Eingabedaten und Rechenergebnissen zur Leistungsrechnung bereitgestellt. Die Vergleichbarkeit beider Datenquellen ist grundsätzlich nicht gegeben.

2.8.1 Bildungsausgaben

In einer hoch technologisierten Volkswirtschaft im globalen Wettbewerb ist Bildung ein zentraler Produktionsfaktor für die Unternehmen. Für jede Bürgerin und jeden Bürger bedeutet eine fundierte Ausbildung erst die Voraussetzung für das immer wichtiger werdende so genannte »Lebenslange Lernen«. Daher werden in Deutschland pro Jahr beträchtliche Summen in die Aus- und Weiterbildung investiert. Das Bildungsbudget stellt die Höhe dieser Ausgaben und die Herkunft der Mittel dar. Die nachstehende Tab. 16 zeigt die Höhe der Ausgaben ausgewählter Bildungsleistungen und deren Anteil am Bruttoinlandsprodukt. Danach wurden im Jahre 2003 in Deutschland 134,9 Mrd. Euro für Bildung ausgegeben. Davon entfielen rund 90 % auf die Kern-Bildungsleistungen wie Unterricht, der Rest auf die Unterstützung der Lebenshaltung von Schülerinnen und Schülern sowie Studierenden (Bildungsförderung). Mit rund 53 % stellen die Ausgaben von öffentlichen Vorschulen (Kindergärten, Vorklassen, Schulkindergärten), Schulen und Hochschulen den mit Abstand größten Posten im

Tab. 16: Bildungsausgaben¹ der gesamten Volkswirtschaft – Bildungsbudget

Bildungsleistungen	Bildungs- ausgaben		Anteile am Brutto- inlandsprodukt	
	2002	2003 ²	2002	2003 ²
	Mrd. EUR		in %	
Ausgaben für den Bildungsprozess	121,0	121,5	5,7	5,7
Öffentliche Vorschulen, Schulen, Hochschulen	70,5	71,1	3,3	3,3
Private Vorschulen, Schulen, Hochschulen	10,8	11,3	0,5	0,5
Betriebliche Ausbildung im Rahmen der dualen Bildung	13,8	13,6	0,7	0,6
Betriebliche Weiterbildung der Unternehmen, privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, Gebietskörperschaften	10,0	10,0	0,5	0,5
Sonstige Bildungseinrichtungen	11,2	10,9	0,5	0,5
Ausgaben von Schülern und Studierenden für Nachhilfe, Lernmittel u. dgl.	4,6	4,6	0,2	0,2
Ausgaben für die Förderung von Bildungsteilnehmern	14,5	13,4	0,7	0,6
Bildungsförderung durch Gebietskörperschaften	5,5	5,6	0,3	0,3
Förderung von Bildungsteilnehmern durch die Bundesanstalt für Arbeit	5,5	4,3	0,3	0,2
Kindergeld für kindergeldberechtigte Bildungsteilnehmer ab 19 Jahren	3,4	3,4	0,2	0,2
Insgesamt	135,5	134,9	6,4	6,3

1 Personalausgaben, laufender Sachaufwand, Investitionsausgaben (Weitergehende methodische Erläuterungen unter www.destatis.de, Rubrik Bildung und Kultur).

2 Vorläufige Angaben.

Gesamtbudget für Bildung dar. Auf private Vorschulen, Schulen und Hochschulen entfielen rund 8 %. Die Ausbildung in Betrieben im Rahmen des Dualen Systems schlug mit rund 10 % zu Buche. Für die betriebliche Weiterbildung der Unternehmen, privaten Organisationen ohne Erwerbszweck und Gebietskörperschaften wurden rund 7 % aufgewendet. Die Bildungsausgaben der übrigen Bildungseinrichtungen und der privaten Haushalte machten 12 % des Gesamtbudgets aus.

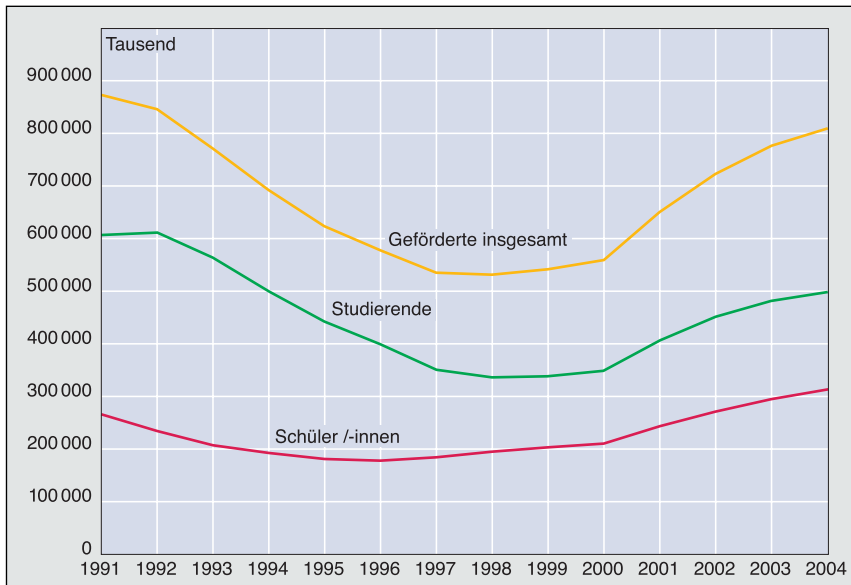
Setzt man die im Budget nachgewiesenen gesamten Bildungsausgaben ins Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (der Summe der insgesamt erbrachten Wirtschaftsleistung), so beträgt dieser Anteil 6,3 %. Aufgegliedert nach Mittelgebern wandte der Staat im Jahr 2002 für Bildung 103,0 Mrd. Euro auf. Davon kamen 17,2 Mrd. Euro vom Bund, 65,0 Mrd. Euro von den Ländern und 20,8 Mrd. Euro von den Gemeinden. Ferner beteiligten sich die privaten Haushalte, die Unternehmen sowie die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck mit 32,5 Mrd. Euro an der Finanzierung der Bildungsausgaben. Die Ausgaben der Bildungsbereiche müssen jedoch in Bezug zur Anzahl der Bildungsteilnehmer gesetzt werden, für die letztlich die Bildungsanstrengungen unternommen werden.

Die vorstehende Tabelle zeigt beispielhaft die Höhe der Ausgaben für öffentliche allgemein bildende und berufliche Schulen in Bezug zur Anzahl der Schüler für das Jahr 2002. Die Ausgaben je Schüler schwanken stark nach Schularten. Die allgemein bildenden Schulen sind mit 4900 Euro teurer als die beruflichen Schulen (3300). Innerhalb der allgemein bildenden Schulen liegen Grundschulen mit 3900 Euro je Schüler unter dem Durchschnitt und Sonderschulen mit 11500 Euro darüber. Für die hohen Pro-Kopf-Ausgaben der Sonderschulen ist u. a. das günstige Betreuungsverhältnis Schüler je Lehrer ausschlaggebend. Die verhältnismäßig niedrigen Aufwendungen von 2100 Euro je Schüler bei den Berufsschulen im Dualen System sind auf den Teilzeitunterricht zurückzuführen.

2.8.2 Ausbildungsförderung

Die Ausbildungsförderung soll zusammen mit anderen direkten Leistungen (z. B. Kindergeld, Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz) sowie den ausbildungsbezogenen indirekten steuerlichen Entlastungen dazu dienen, die unterschiedlichen Belastungen der Familien auszugleichen. Durch diese Förderung sollen junge Menschen aus Familien mit geringem Einkommen Zugang zu einer Ausbildung nach ihrer Neigung, Eignung und Leistung erhalten. Die Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) ist seit Anfang der 1980er-Jahre mehrfach verändert worden – zuletzt durch das 21. BAföGÄndG vom 2. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3127).

Abb. 14: Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)



Zurzeit wird Ausbildungsförderung für den Besuch von weiterführenden allgemein bildenden Schulen und Berufsfachschulen ab Klasse 10 und von Fach- und Fachoberschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht voraussetzt, nur an auswärts untergebrachte Schüler geleistet. Schüler-BAföG gibt es ferner für den Besuch von Abendschulen, Kollegs, Berufsaufbauschulen oder Fach- und Fachoberschulklassen, die eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzen. Außerdem werden Schüler in Berufsfachschul- und Fachschulklassen gefördert, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht voraussetzt, sofern sie in einem mindestens zweijährigen Bildungsgang einen berufsqualifizierenden Abschluss (z. B. als staatlich geprüfte/r Techniker/in) vermitteln.

Studierenden-BAföG wird für den Besuch von Höheren Fachschulen, Akademien und Hochschulen gewährt; es wird je zur Hälfte als Zuschuss bzw. unverzinsliches Darlehen geleistet. In bestimmten Fällen wurde seit August 1996 anstelle von Zuschuss und unverzinslichen Darlehen ein verzinsliches Darlehen gewährt, so z. B. nach Überschreiten der Förderungshöchstdauer. Im Schulbereich wird die Ausbildungsförderung dagegen vollständig als Zuschuss gewährt. Die Ausbildungsförderung nach dem BAföG wurde ab dem 1. Januar 1991 auch in den neuen Ländern geleistet. Wegen der niedrigeren Lebenshaltungskosten galten dort zunächst niedrigere Bedarfssätze. Seit dem 1. April 2001 gelten für den Besuch von Ausbildungsstätten in den Neuen Ländern

Tab. 17: Ausbildungsförderung an Schulen und Hochschulen
nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)

Jahr	Geförderte in 1 000	Finanzaufwand Mill. EUR	Durchschnittlicher Förderungsbetrag pro Person EUR je Monat
<i>Schülerinnen und Schüler</i>			
2000	127	368	241
2001	143	493	288
2002	163	592	302
2003	179	651	303
2004	192	698	303
<i>Studierende</i>			
2000	232	907	326
2001	265	1 162	365
2002	304	1 351	371
2003	326	1 446	370
2004	340	1 514	371
<i>Insgesamt</i>			
2000	359	1 275	296
2001	408	1 655	338
2002	467	1 942	347
2003	505	2 097	346
2004	532	2 212	347

sowie Berlin-Ost die gleichen Bedarfssätze wie im früheren Bundesgebiet. Nachdem die Zahl der Geförderten bis einschließlich 1998 zurückgegangen war, setzte im Jahr 1999 eine Trendwende ein, und ihre Anzahl nahm wieder zu. 810 000 Schüler und Schülerinnen sowie Studierende erhielten im Jahr 2004 Leistungen nach dem BAföG. Da sich die Förderung jedoch zum Teil nicht über ein ganzes Jahr erstreckte, wurden im Durchschnitt je Monat nur 532 000 Personen unterstützt.

Von den durchschnittlich 192 000 geförderten Schülerinnen und Schülern besuchten fast 110 000 eine Berufsfachschule (einschl. aller Formen der beruflichen Grundbildung) und gut 23 000 eine Fachschule. Unter den durchschnittlich 340 000 geförderten Studierenden waren fast 224 000 an Universitäten (einschl. Pädagogischer und Theologischer Hochschulen sowie Gesamthochschulen) und 108 000 an Fachhochschulen eingeschrieben. 2,21 Mrd. Euro wurden für die Ausbildungsförderung nach dem BAföG im Jahr 2004 ausgegeben, 698 Mill. Euro für die Schüler- und 1,51 Mrd. Euro für die Studierendenförderung. Im Durchschnitt erhielt ein geförderter Schüler bzw. eine geförderte Schülerin 303 Euro je Monat, ein geförderter Student bzw. eine geförderte Studentin 371 Euro. Die durchschnittliche Zahl der Geförderten lag 2004 um 14 % – bei den Studierenden um 12 % – höher als 2002. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich der Finanzaufwand um 14 %.

2.8.3 Aufstiegsfortbildungsförderung

Die Aufstiegsförderung soll Nachwuchskräften helfen, ihre Weiterbildung für einen Fortbildungsabschluss zu finanzieren, der einen beruflichen Aufstieg ermöglicht. Die Förderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) wurde zum 1. Januar 1996 eingeführt. Zum 1. Januar 2002 trat eine Reform des AFBG – u. a. mit verbesserten Leistungen für die Geförderten – in Kraft. Das AFBG (auch »Meister-BAföG« genannt) gewährt erstmals allen Fachkräften einen gesetzlich verankerten Rechtsanspruch auf staatliche Unterstützung für alle Formen der beruflichen Aufstiegsfortbildung. Der angestrebte Abschluss muss über dem Niveau einer Facharbeiter-, Gesellen-, Gehilfenprüfung oder eines Berufsfachschulabschlusses liegen. Damit erstreckt sich die Förderung auf alle Bildungsmaßnahmen im Bereich der gewerblichen Wirtschaft, der freien Berufe, der Hauswirtschaft und der Landwirtschaft, die gezielt auf anerkannte Prüfungen nach der Handwerksordnung, dem Berufsbildungsgesetz, dem Recht des Bundes und der Länder oder sonstigen Regelungen auf eine berufliche Qualifikation vorbereiten. Hierzu gehören nach der Reform auch Fortbildungen in den Gesundheits- und Pflegeberufen sowie an staatlich anerkannten Ergänzungsschulen. Eine Maßnahme in Vollzeitform muss mindestens 400 Unterrichtsstunden umfassen und darf in der Regel eine Dauer von 24 Monaten nicht überschreiten. Bei Teilzeitform beträgt die maximale Dauer in der Regel bis zu 48 Monaten. Die Leistungen für alle Teilnehmer und Teilnehmerinnen bestehen aus einem so genannten Maßnahmebeitrag (für Lehrgangs- und Prüfungsgebühren), der erstmals ab 1. Januar 2002 in Höhe von 33 % als Zuschuss und im Übrigen (bis 2001 vollständig) als Darlehen gewährt wird. Der Höchstbetrag des Maßnahmebeitrages liegt bei 10 226 Euro. Geförderte in Vollzeitform können darüber hinaus monatliche Zuschüsse

und Darlehen für den Lebensunterhalt sowie für die Kinderbetreuung einen weiteren Zuschuss erhalten. Die von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) gewährten Darlehen sind längstens vier Jahre zins- und tilgungsfrei und anschließend zu marktüblichen Konditionen zurückzuzahlen.

Zwei Jahre nach Einführung der Reform zum AFBG (1. Januar 2002) gab es 2004 rund 133 000 Geförderte, gegenüber dem Vorjahr ist das ein Anstieg von 9,2 %. Die Förderung wurde überwiegend von männlichen Fachkräften genutzt (69 % aller Geförderten); 31 % der Geförderten waren Frauen. Der finanzielle Aufwand betrug 2004 insgesamt 379 Mill. Euro, davon wurden 257 Mill. Euro als Darlehen bewilligt und 121 Mill. Euro als Zuschuss gewährt. Rund 50 400 (38 %) der Geförderten nahmen an einer Vollzeitfortbildung teil, davon 26 % Frauen und 74 % Männer. Auf die Teilzeitfortbildung entfielen 83 000 Geförderte, davon 34 % Frauen und 66 % Männer. 15 % der Geförderten bildeten sich in Maßnahmen mit einer Dauer von bis zu einem Jahr, 55 % bis zu zwei Jahren und 87 % bis zu drei Jahren fort. Weitere 13 % besuchen Kurse, die länger als drei Jahre dauern. Die Geförderten waren überwiegend zwischen 20 und 35 Jahren alt. Am stärksten vertreten war die Gruppe der 25- bis unter 30-Jährigen (34 %), gefolgt von den 20- bis unter 25-Jährigen (28 %) und den 30- bis unter 35-Jährigen (17 %).

Tab. 18: Aufstiegsförderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)

Jahr	Geförderte	Finanzieller Aufwand		
		ins- gesamt	davon	
			Darlehen	Zuschuss
		1 000 EUR		
2000	51 999	170 455	146 635	23 820
2001	56 051	182 903	155 945	26 958
2002	87 659	298 772	202 700	96 071
2003	121 820	387 786	259 814	127 972
2004	133 018	378 563	257 135	121 427

3 Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit

3.1 Im Blickpunkt: Erwerbstätige und Erwerbslose

Arbeits- und Erwerbslosigkeit sind keine abstrakten Größen, sondern sie greifen entscheidend in das Leben der Betroffenen ein. Die damit einhergehenden Einkommensverluste zwingen meist zum Konsumverzicht, was letztlich eine Einschränkung der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben für die ganze Familie bedeuten kann. Freizeitaktivitäten wie Kinobesuche, Klassenfahrten der Kinder etc. können nicht mehr problemlos oder nur noch selten bezahlt werden. Eine auf den Arbeitsmarkt bezogene Perspektivlosigkeit kann zu persönlichen Sinnkrisen führen.

Für diejenigen, die Arbeit haben, ist ihre Erwerbstätigkeit oft mehr als nur die »Sicherung des Lebensunterhalts«. Die Erwerbstätigkeit nimmt im menschlichen Leben einen zentralen Platz ein; sie dient auch der persönlichen Selbstentfaltung. Wer etwa am Arbeitsplatz ausreichend Entscheidungs- und Gestaltungsspielräume hat, gestaltet oft sein persönliches Umfeld aktiver als jene, denen es anders geht.

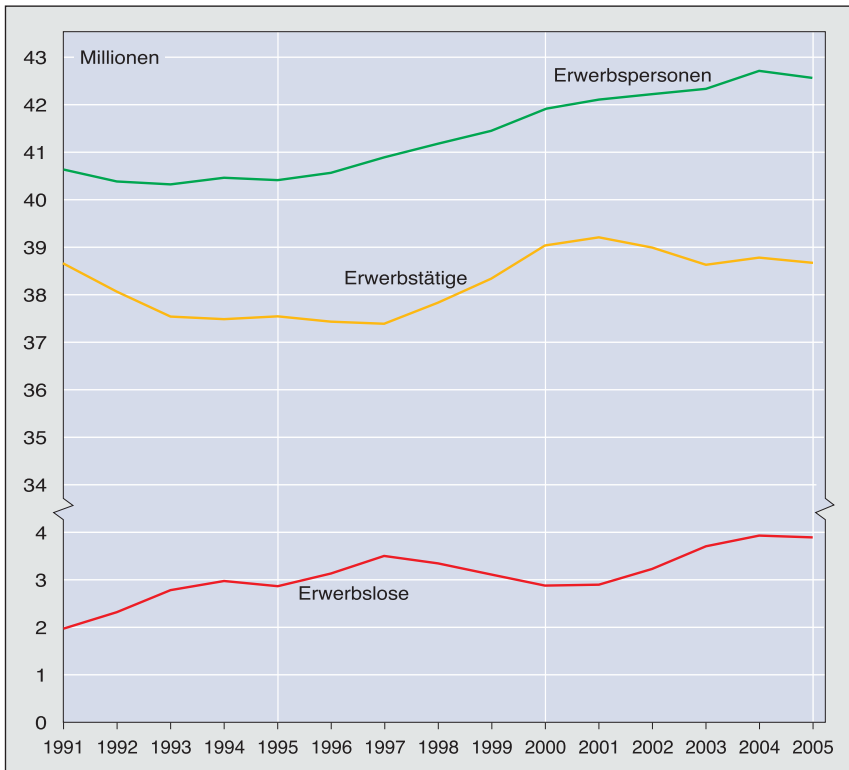
Um die jeweilige Situation am Arbeitsmarkt analysieren zu können, aber auch um beispielsweise Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeits- und Erwerbslosigkeit auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen, sind aktuelle sowie nach verschiedenen Merkmalen gegliederte statistische Angaben wesentliche Voraussetzungen. Das Zahlenmaterial über den Arbeitsmarkt stammt aus unterschiedlichen Quellen. Für die Statistiken der Bundesagentur für Arbeit und die Beschäftigtenstatistik der Sozialversicherungsträger werden vorhandene Verwaltungsunterlagen ausgewertet, auf Umfrageergebnissen basieren die Erhebungen der statistischen Ämter wie der Mikrozensus, die Telefonerhebung »Arbeitsmarkt in Deutschland« und die Arbeitskräftestichprobe der Europäischen Union.

Tab. 1: Eckdaten zu Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit
Ergebnisse der ILO-Arbeitsmarktstatistik

Jahr	Erwerbstätige	Erwerbslose	Erwerbslosenquote ¹
	1 000	1 000	In %
1991	38 664	1 972	4,9
1995	37 546	2 867	7,1
2000	39 038	2 880	6,9
2001	39 209	2 900	6,9
2002	38 994	3 229	7,6
2003	38 632	3 703	8,7
2004	38 782	3 931	9,2
2005	38 672	3 893	9,1

1 Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen.

Abb. 1: Entwicklung von Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit seit 1991



Einhergehend mit den jeweils angewandten Methoden geht man dabei zum Teil von unterschiedlichen Begriffsabgrenzungen aus. Diese müssen beachtet werden, damit bei der Interpretation der Zahlen keine Missverständnisse auftreten, da nicht immer einheitlich zwischen Erwerbspersonen und Erwerbstätigen sowie Erwerbslosen und Arbeitslosen unterschieden wird. Die Erwerbspersonen umfassen aus statistischer Sicht sowohl die Erwerbstätigen als auch die Erwerbslosen: $\text{Erwerbspersonen} = \text{Erwerbstätige} + \text{Erwerbslose}$.

Erwerbstätig ist nach international einheitlicher Definition der International Labour Organization (ILO) jede Person im erwerbsfähigen Alter (ab 15 Jahren), die im Berichtszeitraum gegen Entgelt oder im Rahmen einer selbstständigen Tätigkeit gearbeitet hat, unabhängig davon, in welchem Umfang. Auch wer sich in einem Beschäftigungsverhältnis befindet, das er im Berichtszeitraum vorübergehend nicht ausgeübt hat, und wer mithelfend in einem Familienbetrieb tätig war, gilt als erwerbstätig. Als erwerbslos gilt im Sinne der durch die Europäische Union (EU) konkretisierten ILO-Abgrenzung

jede Person im Alter von 15 bis 74 Jahren, die in diesem Zeitraum nicht erwerbstätig war und in den letzten vier Wochen vor der Befragung aktiv eine Tätigkeit gesucht hat. Auf den zeitlichen Umfang der gesuchten Tätigkeit kommt es dabei nicht an. Eine neue Erwerbstätigkeit muss innerhalb von zwei Wochen aufgenommen werden können. Die Einstufung einer Person als erwerbslos ist unabhängig davon, ob eine Agentur für Arbeit oder ein kommunaler Träger in die Suchbemühungen eingeschaltet wurde oder nicht. Als Arbeitslose gelten hingegen nur diejenigen Personen, die nach sozialgesetzlichen Vorgaben amtlich als solche gemeldet sind (vgl. 3.7 bis 3.11).

Nach Ergebnissen der ILO-Arbeitsmarktstatistik des Statistischen Bundesamtes gab es im Durchschnitt des Jahres 2005 in Deutschland rund 42,6 Millionen Erwerbspersonen, darunter 38,7 Millionen Erwerbstätige. Im Vergleich zu 1991 zeigte sich bei einer Steigerung der Erwerbspersonenzahl um etwa 1,9 Millionen eine leichte Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen um 8000 Personen und eine entsprechend deutliche Zunahme bei den Erwerbslosen um gut 1,9 Millionen.

Innerhalb dieses Gesamtrahmens liefert der Mikrozensus (vgl. 3.2 bis 3.6) für eine Berichtswoche (bis 2004) tiefer gehende Strukturinformationen, allerdings auf niedrigerem Niveau. Dabei führt nicht zuletzt der Bezug auf eine eng abgegrenzte Berichtswoche im Frühjahr des Jahres insbesondere zu einer Untererfassung marginaler, stundenweise an bestimmten Tagen, im regelmäßigen oder unregelmäßigen Wochenrhythmus ausgeübten Beschäftigungen. Dazu zählen unter anderem die so genannten geringfügig entlohnerten Beschäftigungen (Minijobs). Dies ist bei der Interpretation der nachfolgenden Strukturdaten des Mikrozensus zu berücksichtigen.

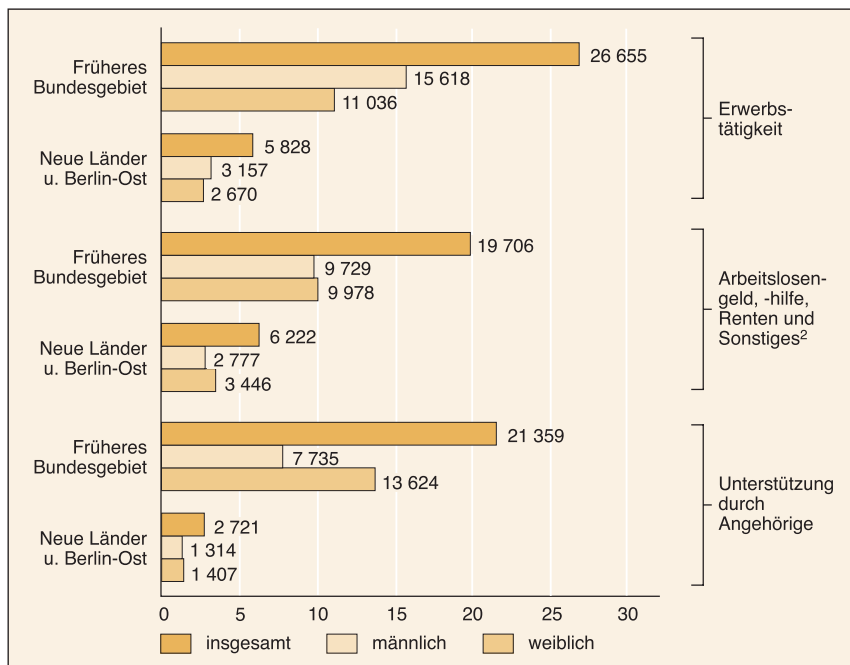
3.2 Erwerbstätigkeit als Unterhaltsquelle

Bestritten im April 1991 noch 44,5 % der Menschen in Deutschland ihren Lebensunterhalt aus eigener Erwerbstätigkeit, so waren es im März 2004 insgesamt 39,4 %. Dies ist nicht nur eine Folge der höheren Arbeitslosigkeit – von Arbeitslosengeld oder -hilfe lebten im April 1991 nur 2,2 % der Bevölkerung, während dieser Anteil bis zum Jahr 2004 auf 4,6 % anstieg –, sondern auch der Verschiebung der Altersstruktur. Denn der Anteil derjenigen, die Renten oder Pensionen beziehen, ist in Deutschland von 18,7 % im April 1991 auf 23,1 % im März 2004 gestiegen. Hingegen sank der Anteil jener, die ihren Unterhalt aus der Unterstützung durch Angehörige bezogen, von 31,4 % im April 1991 auf 29,2 % im März 2004. Auf sonstige Einkommensquellen wie eigenes Vermögen, Vermietung, Zinsen, Altenteil, Sozialhilfe, Leistungen aus einer Pflegeversicherung oder beispielsweise BAföG konnten im April 1991 rund 3,2 % der Bevölkerung in Deutschland zurückgreifen, im März 2004 waren es 3,7 %.

Insgesamt war für 39,4 % der Bevölkerung in den elf alten Bundesländern und auch für 39,5 % in den neuen Ländern und Berlin-Ost im März 2004 die eigene Erwerbstätigkeit die wichtigste Unterhaltsquelle. Während im früheren Bundesgebiet 31,5 % der Bürgerinnen und Bürger ganz oder zum Teil durch Angehörige (Eltern, Ehepart-

ner, Kinder usw.) versorgt wurden, waren es in den neuen Ländern und Berlin-Ost nur 18,4 %. Dagegen lebten hier 32,2 % überwiegend von Renten, Pensionen und Erträgen aus Vermögen, sonstigen Unterstützungen und Sozialhilfe – in den alten Ländern waren es 25,6 %. Aus Arbeitslosengeld oder -hilfe bestritten 3,5 % der Bevölkerung im früheren Bundesgebiet ihren Lebensunterhalt, in den neuen Ländern und Berlin-Ost waren es 9,9 %.

Abb. 2: Bevölkerung nach überwiegendem Lebensunterhalt im März 2004¹
in Tausend



1 Ergebnisse des Mikrozensus.

2 Rente, Pension; Eigenes Vermögen, Vermietung, Zinsen, Altenteil, Sozialhilfe, Leistungen aus einer Pflegeversicherung; Sonstige Unterstützung (z. B. BAföG, Vorruhestandsgeld, Stipendium).

3.3 Beteiligung am Erwerbsleben

Längere Ausbildungszeiten und das frühere Ausscheiden aus dem Erwerbsleben machen sich auch an gesunkenen Erwerbsquoten bemerkbar. Im März 2004 lag der Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung (Erwerbsquote) in Deutschland mit 48,5 % um 0,8 Prozentpunkte niedriger als 1991 (49,3 %).

Tab. 2: Erwerbsquoten in Deutschland

Anteil der Erwerbspersonen¹ an 100 Männern bzw. Frauen

Jahr	Männer	Frauen	Verheiratete Frauen	Insgesamt
1991	59,2	40,1	51,2	49,3
1993	57,8	40,0	51,1	48,7
1995	56,8	40,0	51,1	48,2
1997	56,6	40,6	51,8	48,4
1998	56,5	40,7	51,9	48,4
1999	56,4	41,3	52,4	48,7
2000	55,8	41,3	52,0	48,4
2001	55,7	41,7	52,5	48,6
2002	55,4	42,0	52,5	48,5
2003	55,3	42,4	52,8	48,7
2004	55,1	42,3	52,2	48,5

1 Erwerbspersonen = Erwerbstätige und Erwerbslose gemäß ILO-Konzept.

Die rückläufige Erwerbsquote in der Gesamtbevölkerung geht einher mit einer stärkeren Beteiligung der Frauen am Erwerbsleben. Ihre Erwerbsquote stieg seit 1991 um 2,2 Prozentpunkte auf 42,3 % im März 2004. Von den verheirateten Frauen waren 2004 52,2 % erwerbstätig oder erwerbslos, 1991 waren es 51,2 %.

Bezogen auf die 15- bis unter 65-jährigen Männer lag die Erwerbsquote im März 2004 in Deutschland bei 79,3 %, für die Frauen gleichen Alters bei 65,2 %.

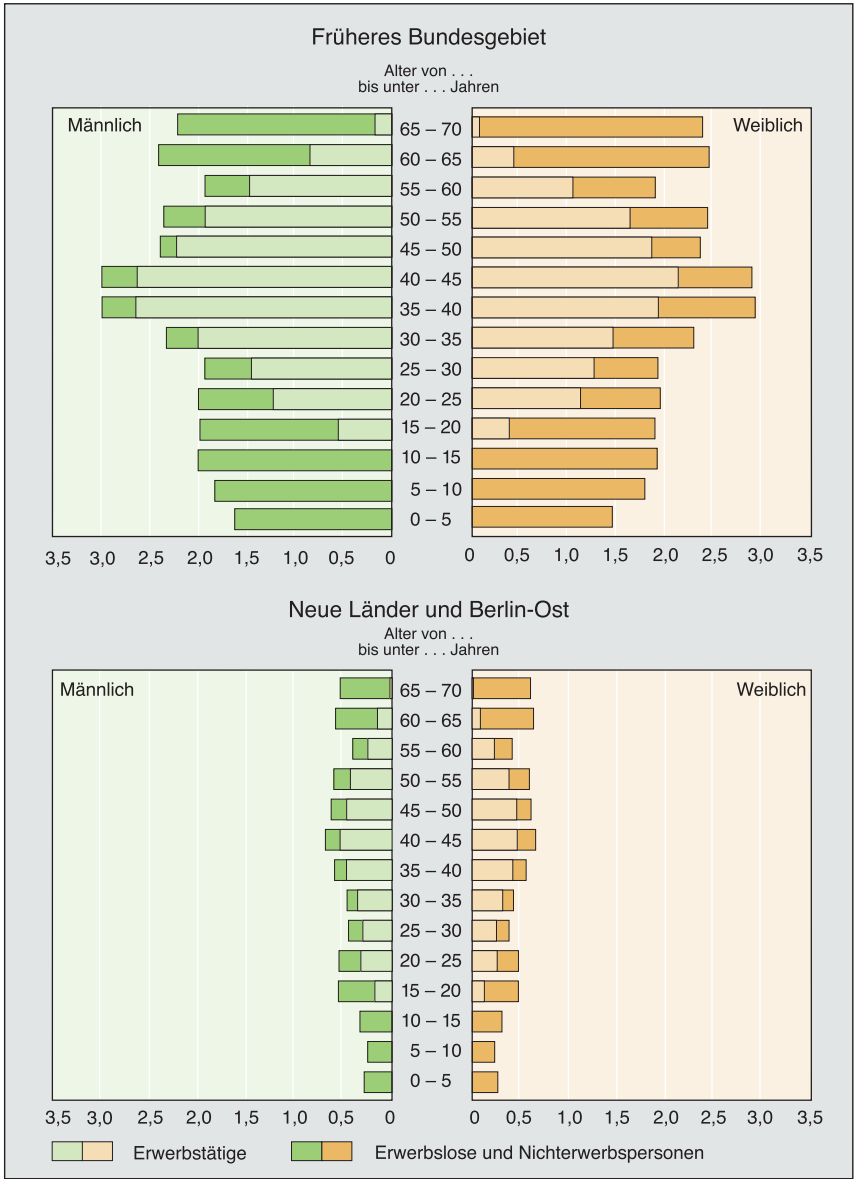
Der Anteil der Erwerbspersonen unter den Frauen ist in den neuen Ländern und Berlin-Ost deutlich höher als im früheren Bundesgebiet. Besonders groß sind die Unterschiede bei den verheirateten Frauen (60,6 % in den neuen Ländern; 50,5 % im

Tab. 3: Frauenerwerbsquoten¹ nach Altersgruppen

Alter von ... bis unter ... Jahre	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
	1991	2004	1991	2004	1991	2004
15-20	36,1	25,0	33,8	24,4	44,6	27,1
20-25	74,0	64,8	72,0	64,3	83,2	66,6
25-30	73,5	73,3	69,1	72,1	92,5	79,4
30-35	70,8	76,8	64,9	74,4	93,7	89,5
35-40	73,8	79,1	67,6	76,7	95,8	92,0
40-45	74,1	82,3	69,5	79,7	94,8	93,7
45-50	71,6	81,9	66,1	79,3	93,9	92,4
50-55	64,1	76,4	57,6	73,5	89,0	88,5
55-60	41,2	61,7	43,0	58,4	34,6	78,3
60-65	10,4	19,7	11,9	20,5	4,6	16,6
65-70	3,3	4,1	3,7	4,6	1,2	2,2

1 Anteil der weiblichen Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose gemäß ILO-Konzept) an der weiblichen Bevölkerung je Altersgruppe.

Abb. 3: Bevölkerung nach Alter und Beteiligung am Erwerbsleben
 Ergebnisse des Mikrozensus März 2004 in Mill.



früheren Bundesgebiet). Die Erwerbsbeteiligung der Männer im Osten (57,0 %) ist hingegen kaum höher als im Westen (54,7 %). Bezieht man auch das Alter der Frauen ein, zeigt sich eine deutliche Zunahme der Erwerbsbeteiligung der 25- bis 54-Jährigen im früheren Bundesgebiet. In den neuen Ländern und Berlin-Ost erreicht die Frauenerwerbsquote bei den 25- bis 49-Jährigen einen Wert von 90,3 %, selbst bei den 50- bis 54-Jährigen liegt sie noch bei 88,5 %.

3.4 Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen

Wendet man die traditionelle Aufgliederung der Wirtschaftsbereiche in primären (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei), sekundären (Produzierendes Gewerbe) und tertiären Sektor (Dienstleistungen) auf die wirtschaftliche Zugehörigkeit der Erwerbstätigen an, werden tief greifende Wandlungen im Zeitablauf offenkundig. Änderungen in den Produktions- und Fertigungsverfahren, zunehmende Automatisierung und Rationalisierung sowie die veränderte Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen haben zu einer erheblichen Umverteilung der Erwerbstätigen geführt.

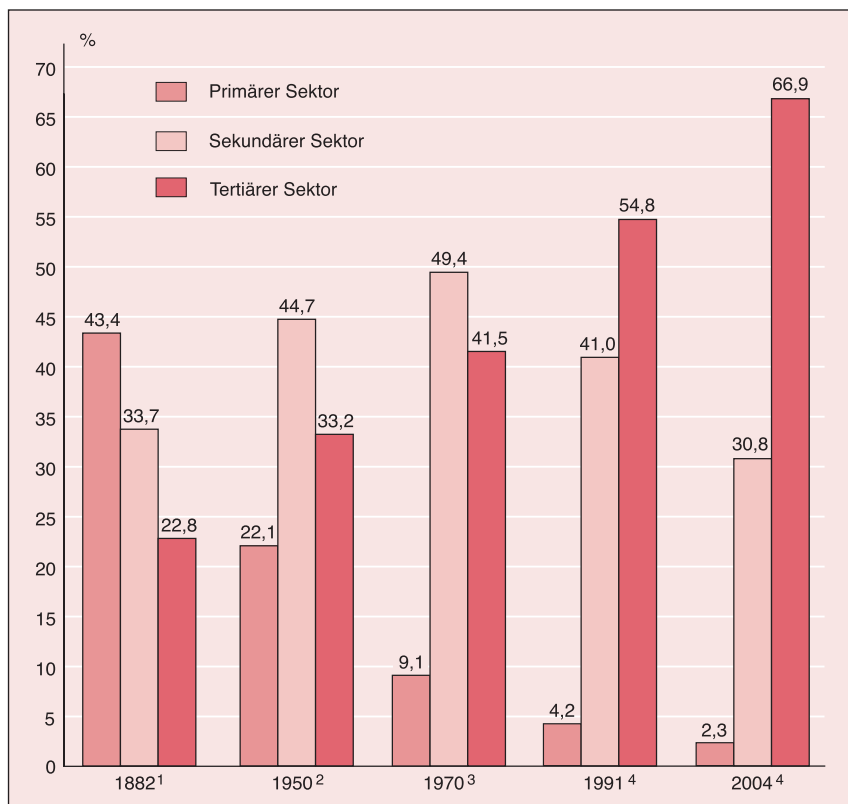
Am auffälligsten ist die Schrumpfung des primären Sektors: Vor 125 Jahren war dort mit über 8 Mill. Menschen der größte Teil der Erwerbspersonen beschäftigt. Arbeitete 1882 im damaligen Reichsgebiet nahezu jeder zweite Erwerbstätige im primären Sektor, galt dies im Jahr 2004 in Deutschland nur etwa für jeden 43., im früheren Bundesgebiet sogar nur noch für jeden 45. Erwerbstätigen. So arbeiteten im Jahr 2004 in Deutschland nur noch 832 000 Menschen in der Landwirtschaft, und zwar 649 000 im früheren Bundesgebiet und 183 000 in den neuen Ländern. Mit der Abnahme der Erwerbstätigenzahlen im Agrarbereich ging zunächst eine deutliche Zunahme im Produzierenden Gewerbe einher. Nachdem das Produzierende Gewerbe im früheren Bundesgebiet in den 1960er- und 1970er-Jahren die meisten Arbeitsplätze bot (fast 50 %), ist jedoch der Beschäftigtenanteil hier mittlerweile auf rund 31 % im Jahr 2004 gesunken. In den neuen Ländern und Berlin-Ost lag er mit 28 % noch darunter. Im tertiären Sektor, dem Dienstleistungsgewerbe, arbeiten heutzutage in Deutschland rund 67 % aller Erwerbstätigen.

Tab. 4: Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen¹
(Ergebnisse des Mikrozensus) in Tausend

Wirtschaftsbereiche	Früheres Bundesgebiet					Neue Länder und Berlin-Ost	
	1960	1970	1980	1991	2004	1991	2004
Primärer Sektor	3541	2402	1437	1045	649	530	183
Sekundärer Sektor	12807	13005	12174	12065	9236	3285	1750
Tertiärer Sektor	9846	10937	13263	16574	19553	3947	4288
Insgesamt	26194	26344	26874	29684	29438	7761	6221

¹ In den Abgrenzungen gibt es kleinere Abweichungen, da es Veränderungen bei den zugrunde liegenden Klassifikationen der Wirtschaftszweige im Zeitablauf gab.

Abb. 4: Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen im Vergleich



1 Ergebnisse der Berufszählung im Reichsgebiet – Erwerbspersonen.

2 Ergebnisse der Berufszählung im früheren Bundesgebiet.

3 Ergebnisse des Mikrozensus April 1970 im früheren Bundesgebiet.

4 Ergebnisse des Mikrozensus April 1991 und März 2004 in Deutschland.

3.5 Berufe und Tätigkeitsmerkmale

Der Wandel der Wirtschaftsstrukturen, neue Produktions- und Fertigungsverfahren sowie veränderte wirtschaftliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen haben viele Berufe bzw. Berufsbereiche verändert. In den Dienstleistungsberufen waren im Jahr 2004 in Deutschland 66,3 % aller Erwerbstätigen beschäftigt, über die Hälfte (57,5 %) waren Frauen. Vergleicht man die Erwerbstätigenzahlen innerhalb der Dienstleistungsberufe in den Jahren 1995 und 2004, so ist der stärkste Zuwachs (80,8 Pro-

zentpunkte) bei den Altenpflegerinnen und Altenpflegern zu verzeichnen, gefolgt von den Gebäudereinigerinnen/Gebäudereinigern und Raumpflegerinnen/Raumpfleger (39,4 Prozentpunkte) sowie den Lager-, Transportarbeitern und -arbeiterinnen (31,5 Prozentpunkte). Der am zweitstärksten besetzte Berufsbereich waren die Fertigungsberufe, in denen nahezu jeder vierte Erwerbstätige (22,8 %) seinem Broterwerb nachging. Relativ unbedeutend in Bezug auf die Zahl der Erwerbstätigen sind die Berufe in der Land-, Tier-, Forstwirtschaft und im Gartenbau mit einem Anteil von knapp 3 %. In technischen Berufen waren im März 2004 rund 7 % der Erwerbstätigen beschäftigt.

Tab. 5: Erwerbstätige in Deutschland nach Berufsbereichen 2004¹

Berufsbereich ²	insgesamt 1 000	Darunter weiblich %
Berufe in der Land-, Tier-, Forstwirtschaft und im Gartenbau	895	34,4
Bergleute, Mineralgewinner	64	/
Fertigungsberufe	8 147	18,2
Technische Berufe	2 321	16,3
Dienstleistungsberufe	23 640	57,5
Sonstige Arbeitskräfte	592	36,6
Insgesamt	35 659	44,8

1 Ergebnisse des Mikrozensus, März 2004.

2 Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1992.

3.6 Stellung im Beruf

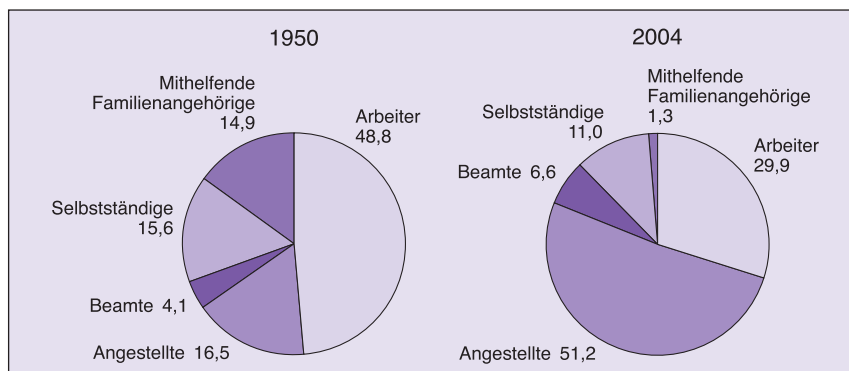
Die traditionelle Einteilung der Erwerbstätigen nach der Stellung im Beruf (Selbstständige, mithelfende Familienangehörige, Beamte, Angestellte und Arbeiter) spiegelt heutzutage nur noch in sehr eingeschränktem Maße auch die soziale Struktur der Erwerbstätigen wider. Jede einzelne Gruppe – insbesondere die der Angestellten – bietet mittlerweile eine breite Palette hierarchischer Einstufungsmöglichkeiten. Die historisch gewachsene Einteilung nach der Stellung im Beruf bringt jedoch gesellschaftliche Veränderungen zum Ausdruck und ist darüber hinaus weiterhin für das rechtliche Beschäftigungsverhältnis (z. B. Zugehörigkeit zur Rentenversicherung) von Bedeutung.

Im März 2004 standen 87,8 % aller Erwerbstätigen im früheren Bundesgebiet und 89,5 % in den neuen Ländern und Berlin-Ost in einem abhängigen Arbeitsverhältnis, d. h. sie waren als Arbeiter, Angestellte (einschl. Auszubildende) oder Beamte tätig. Die Angestellten hatten mit 51,3 bzw. 47,1 % den größten Anteil, gefolgt von den Arbeitern mit 29,9 bzw. 37,5 %. Selbstständige waren mit 11,0 % im früheren Bundesgebiet und mit 10,0 % in den neuen Ländern und Berlin-Ost, Beamte mit 6,6 % in den alten und mit 5,0 % in den neuen Bundesländern vertreten. Auf die unbezahl-

ten, zumeist in der Landwirtschaft tätigen mithelfenden Familienangehörigen entfiel ein Anteil von 1,3 bzw. 0,5 %.

Die Struktur der Erwerbstätigen nach der Stellung im Beruf hat sich in den vergangenen fünf Jahrzehnten erheblich verändert. Der Anteil der Selbstständigen einschließlich mithelfender Familienangehöriger an den Erwerbstätigen war von 1957 bis Ende der 1980er-Jahre gravierend zurückgegangen. Erst seit Anfang der 1990er-Jahre gewinnt diese Erwerbstätigengruppe – insbesondere durch die wachsende Zahl der Selbstständigen ohne abhängig Beschäftigte – wieder an Bedeutung. Demgegenüber hat sich der Anteil der Angestellten bis ins Jahr 2004 durchgängig um fast das Dreifache erhöht. Diese unterschiedlichen Entwicklungen sind im Zusammenhang mit dem bereits erwähnten sektoralen Wandel zu sehen. So stehen dem expandierenden Dienstleistungssektor mit seinem hohen Anteil an Angestellten schrumpfende Branchen wie die Landwirtschaft gegenüber, die sich durch einen hohen Anteil an Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen auszeichnet.

Abb. 5: Erwerbstätige nach Stellung im Beruf im früheren Bundesgebiet¹ in %



¹ Ergebnisse des Mikrozensus.

Im früheren Bundesgebiet wie in den neuen Ländern und Berlin-Ost weist der Anteil der Selbstständigen, der mithelfenden Familienangehörigen und der abhängig Erwerbstätigen für Männer und Frauen typische Unterschiede auf. Unter den erwerbstätigen Männern im früheren Bundesgebiet war 2004 der Anteil Selbstständiger (14,1 %) etwa doppelt so hoch wie unter den Frauen (7,0 %). Von den Beamten waren 7,6 % Männer und 5,3 % Frauen. In den neuen Bundesländern waren im März 2004 12,9 % aller männlichen Erwerbstätigen selbstständig und 6,7 % aller weiblichen. Der Anteil der Beamten lag bei 6,2 %, der Beamtinnen bei 3,6 %. Weibliche Erwerbstätige übten überwiegend Angestelltenberufe aus (früheres Bundesgebiet: 64,5 %; neue Länder und Berlin-Ost: 65,3 %). Von den erwerbstätigen Männern in den neuen Ländern war der größte Teil (49,6 %) als Arbeiter tätig. Eine Angestelltenposition hatten dagegen nur 31,1 %. Im früheren Bundesgebiet wa-

Tab. 6: Erwerbstätige in Deutschland nach Stellung im Beruf 2004¹

Stellung im Beruf	Männer in %	Frauen in %
Selbstständige	13,9	7,0
Mithelfende Familienangehörige	0,5	1,9
Beamte	7,3	5,0
Angestellte ²	39,1	64,6
Arbeiter ³	39,2	21,5

1 Ergebnisse des Mikrozensus, März 2004.

2 Einschl. Auszubildende in anerkannten kaufmännischen und technischen Ausbildungsberufen.

3 Einschl. Auszubildende in anerkannten gewerblichen Ausbildungsberufen.

ren die Männer dagegen zu 40,7 % als Angestellte und zu 37,1 % als Arbeiter beschäftigt. Die berufliche Stellung hängt eng mit dem Ausbildungsstand der Erwerbstätigen zusammen. So sind Personen mit Fach-, Fachhoch- oder Hochschulabschluss unter den Selbstständigen und Beamten wesentlich häufiger vertreten als in den übrigen Berufsgruppen. Eine Lehre bzw. eine Anlernausbildung dominiert dagegen bei den Arbeiterinnen und Arbeitern.

Tab. 7: Erwerbstätige in Deutschland nach Stellung im Beruf und Ausbildungsabschluss 2004¹

Stellung im Beruf	Ins- gesamt	Darunter mit Angabe eines beruflichen Abschlusses		
		Zu- sammen	davon	
			Berufliches Praktikum ² , Lehrausbildung ³	Meister-/Techniker- ausbildung, Fach- schulabschluss ⁴ , Verwaltungsfach- hochschulabschluss, Fachhochschul-/ Hochschulabschluss/ Promotion ⁵
	1 000		%	
Selbstständige	3 852	3 204	46,7	53,3
Mithelfende Familienangehörige	402	260	79,1	20,9
Beamte	2 242	1 975	33,9	66,1
Angestellte ⁶	18 016	14 875	63,2	36,8
Arbeiter ⁷	11 147	7 297	92,4	7,6
Insgesamt	35 659	27 611	67,0	33,0

1 Ergebnisse des Mikrozensus, März 2004.

2 Einschl. Anlernausbildung.

3 Einschl. Berufsvorbereitungsjahr, berufsqualifizierender Abschluss an Berufsfach-/Kollegschulen, Abschluss einer einjährigen Schule des Gesundheitswesens.

4 Einschl. Abschluss der Fachschule in der ehemaligen DDR, Abschluss einer 2- oder 3-jährigen Schule des Gesundheitswesens, Abschluss einer Fachakademie oder einer Berufsakademie.

5 Auch Ingenieurschulabschluss; Wissenschaftliche Hochschule, auch Kunsthochschule.

6 Einschl. Auszubildende in anerkannten kaufmännischen und technischen Ausbildungsberufen.

7 Einschl. Auszubildende in anerkannten gewerblichen Ausbildungsberufen.

3.7 Registrierte Arbeitslose und offene Stellen

In den Abschnitten 3.7 bis 3.11 werden Ergebnisse für die nationale Arbeitsmarktbeobachtung aus der Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) dargestellt. Beim langfristigen Vergleich dieser Ergebnisse ist zu beachten, dass die Aussagekraft aufgrund folgender verwaltungsrechtlicher Maßnahmen und Reformen eingeschränkt ist: Wegen der vielfachen Gebietsstandsänderungen seit 1997 im Land Berlin konnte eine Gliederung in Berlin-West und Berlin-Ost nicht mehr vorgenommen werden. Daher werden in den Statistiken der BA ab Januar 2003 die beiden Teilgebiete Deutschlands bei der Darstellung von Ergebnissen neu abgegrenzt und als Westdeutschland (früheres Bundesgebiet ohne Berlin) und Ostdeutschland (neue Länder und Berlin) bezeichnet. In dieser Regionalabgrenzung stehen Daten ab dem Berichtsjahr 1991 zur Verfügung.

Seit Januar 2004 bereitet die Bundesagentur für Arbeit ihre in den Geschäftsprozessen anfallenden Daten der Arbeitslosen, Leistungsempfänger, gemeldeten Stellen etc. mit einer neuen Informationstechnologie auf. Infolge verbesserter Abfragemöglichkeiten und konzeptioneller Änderungen kam es teilweise zu deutlichen Datenrevisionen, aus denen sich Abweichungen zu früher veröffentlichten Daten ergeben.

Zum 1. Januar 2005 haben sich mit der Einführung des Sozialgesetzbuches II (SGB II) in Deutschland die Grundlagen der Arbeitsmarktstatistik geändert: Nach der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe sind die Agenturen nur noch für einen Teil der Arbeitslosen zuständig. Als Träger der neuen Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II treten mit den Arbeitsgemeinschaften von Arbeitsagenturen, Kommunen und den zugelassenen kommunalen Trägern weitere Akteure auf den Arbeitsmarkt. Zur Sicherung der Vergleichbarkeit und Qualität der Statistik führt die Bundesagentur für Arbeit (BA) die bisherige Arbeitsmarktstatistik unter Einbeziehung der Grundsicherung für Arbeitsuchende weiter. Die Definition der Arbeitslosigkeit aus dem SGB III wurde beibehalten.

Der Erhebungsstichtag der Statistiken der BA wurde ab 2005 vom Monatsende auf die Monatsmitte vorgezogen. Damit kann in der Regel schon am Ende des Berichtsmontats über den Arbeitsmarkt berichtet werden, und die Daten passen besser zu den Monatsdurchschnittswerten der ILO-Erwerbsstatistik. Allerdings ist der Vergleich mit dem Jahr 2004 wegen der unterschiedlichen Stichtage etwas verzerrt.

Eine weitere Einschränkung der Arbeitslosenzahlen im Zeitvergleich resultiert daraus, dass ab September 2005 die Summe aus der Anzahl der arbeitslosen Männer und Frauen nicht mehr die Zahl der Arbeitslosen insgesamt ergibt. Der Grund hierfür ist, dass die kommunalen Träger der neuen Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II auch Fälle »ohne Angabe des Geschlechts« melden, sodass sich die Zahl der Arbeitslosen insgesamt aus »Männern«, »Frauen« und »Ohne-Angabe-Fällen« zusammensetzt.

Arbeitslosigkeit ist nicht nur für die Betroffenen ein schwer wiegendes persönliches Problem, sondern auch eine große Herausforderung für die ganze Gesellschaft. Zum

einen müssen die registrierten Arbeitslosen gravierende finanzielle Einbußen hinnehmen; zum anderen stellen sie für den Staat einen Kostenfaktor dar, während sie mit dem Einsatz ihrer Arbeitskraft zur gesamtwirtschaftlichen Leistung beitragen könnten.

Vollbeschäftigung ist allerdings nicht mit völliger Ausschaltung von Arbeitslosigkeit gleichzusetzen, denn saisonale Arbeitslosigkeit (z. B. Winterarbeitslosigkeit im Baugewerbe) und vorübergehende Beschäftigungslosigkeit bei einem Arbeitsplatzwechsel lassen sich nie ganz vermeiden. Daher wird üblicherweise so lange von einem Zustand der Vollbeschäftigung gesprochen, wie die Zahl der Arbeitslosen die Zahl der offenen Stellen nicht übersteigt.

Zu Beginn der 1960er-Jahre war nach diesem Verständnis im früheren Bundesgebiet Vollbeschäftigung erreicht. Es herrschte sogar ein Mangel an Arbeitskräften, der nur durch die Anwerbung von Ausländern und Ausländerinnen gemildert werden konnte. Seit 1974 liegt die jahresdurchschnittliche Zahl der registrierten Arbeitslosen aber erheblich über der Zahl offener Stellen. Mit Ausnahmen in den Jahren 1978 bis 1980 überschreitet die Arbeitslosenzahl seit 1975 die 1-Million-Grenze. Im Jahr 1983 waren erstmals sogar mehr als 2 Mill. Menschen als arbeitslos registriert. Lediglich in den Jahren 1990 bis 1992 lag die Arbeitslosenzahl im Zuge der positiven Impulse durch die Wiedervereinigung noch einmal unter der »2-Millionen-Marke«. Mit 2,87 Mill. Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 1997 erreichte die Arbeitslosenzahl in Westdeutschland einen vorläufigen Höchststand. Die Arbeitslosenquote, d. h. die Zahl der Arbeitslosen an den abhängig zivilen Erwerbspersonen, betrug dabei 10,8 %.

1998 trat eine leichte Besserung auf dem Arbeitsmarkt im Westen Deutschlands ein, die sich bis zum Jahr 2001 fortsetzte. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen sank in diesem Zeitraum auf 2,32 Mill., die Arbeitslosenquote ermäßigte sich auf 8,0 %. Verglichen mit den etwas günstigeren Verhältnissen im Jahr 2001 nahm die Arbeitslosigkeit dann wieder zu. Ein neuerlicher deutlicher Anstieg der Zahl der registrierten Arbeitslosen im Jahr 2005 ist allerdings im Wesentlichen durch statistische Effekte der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe (»Hartz-IV-Effekt«) geprägt. Im Jahresdurchschnitt 2005 waren 3,25 Mill. Personen arbeitslos gemeldet; 464 000 mehr als ein Jahr zuvor. Von diesen können ca. 350 000 mit dem so genannten Hartz-IV-Effekt erklärt werden. Die Arbeitslosenquote stieg auf 11 % an, die Zahl offener Stellen betrug im Durchschnitt des Jahres 325 000, und damit rund 86 000 mehr als im Jahr 2004.

Seit den 1970er-Jahren verfestigt sich der Trend, dass mit jedem weiteren Konjunkturinbruch der Sockel der Arbeitslosigkeit deutlich wächst, ohne jedoch nach Eintreten wirtschaftlicher Besserung auf das vorherige Niveau zurückzugehen.

Die hohe Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern und Berlin-Ost rührte hauptsächlich von der Anpassung der Wirtschaftsstruktur her, wodurch zunächst mehr Arbeitskräfte freigesetzt als neu eingestellt wurden. So waren im zweiten Halbjahr 1990 in Ostdeutschland durchschnittlich rund 640 000 Menschen als arbeitslos registriert, was einer Quote von 6,6 % entspricht. Demgegenüber waren nur etwa 31 400 offene Stel-

len gemeldet. Im Jahresdurchschnitt 1991 hatte sich die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland bereits auf 10,2 % erhöht. Bis zum Jahr 1994 stieg die Arbeitslosenquote hier kontinuierlich an und erreichte im Jahresdurchschnitt 1994 einen Wert von 15,7 %. Nach einer kurzen Besserung im Jahr 1995 – die Arbeitslosenquote ging auf 14,8 % zurück – stieg die Arbeitslosigkeit im Jahr 1996 wieder an und bewegt sich seit 1997 im Jahresdurchschnitt auf einem relativ konstanten und hohen Niveau. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen in Ostdeutschland beträgt seitdem im Jahresdurchschnitt zwischen 1,50 und 1,62 Mill. Personen, die Arbeitslosenquote beläuft sich auf Werte zwischen 18,5 % und 20,1 %, zuletzt im Jahr 2005 betrug die Quote durch den Hartz-IV-Effekt 20,6 % (bei 1,61 Mill. Arbeitslosen).

Tab. 8: Registrierte Arbeitslose, offene Stellen und Arbeitslosenquoten in Westdeutschland 1950 bis 2005¹

Jahresdurchschnitt	Registrierte Arbeitslose	Offene Stellen	Arbeitslosen- quoten ² %
	1 000		
1950 ³	1 868,5	118,5	11,0
1960 ³	270,7	465,1	1,3
1970	148,8	794,8	0,7
1980	888,9	308,3	3,8
1990	1 883,1	313,6	7,2
1991	1 596,5	324,8	6,2
1993	2 149,5	236,0	8,0
1994	2 426,3	226,8	9,0
1995	2 427,1	260,3	9,1
1996	2 646,4	265,7	9,9
1997	2 870,0	277,7	10,8
1998	2 751,5	336,4	10,3
1999	2 604,7	381,4	9,6
2000	2 381,0	448,6	8,4
2001	2 320,5	436,3	8,0
2002	2 498,4	377,8	8,5
2003	2 753,2	291,9	9,3
2004	2 782,8	239,0	9,4
2005	3 246,5	324,8	11,0

1 1950, 1960, 1970, 1980 und 1990 Ergebnisse für das frühere Bundesgebiet, einschl. Berlin-West; ab 1991 ohne Berlin-West.

2 Bezogen auf abhängige zivile Erwerbspersonen.

3 Ohne Angaben für das Saarland.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Seit dem Jahr 1993 hat die Arbeitslosenquote für Deutschland im Jahresdurchschnitt allerdings einen zweistelligen Wert nicht mehr unterschritten. Die bisherigen Höchststände in den Jahren 1997 und 1998 von 12,7 bzw. 12,3 % wurden durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ab 2005 noch übertroffen. So lag die Arbeitslosenquote in Deutschland im Jahresdurchschnitt 2005 bei 13 %. Die Zahl der

als arbeitslos registrierten Personen schwankt seit 1992 zwischen knapp 3 Mill. und gut 4 Mill. Der bisherige Höchststand im Durchschnitt des Jahres 1997 (4,38 Mill.) wurde ebenfalls durch den Hartz-IV-Effekt im Jahr 2005 übertroffen. Jahresdurchschnittlich wurden rund 4,86 Mill. registrierte Arbeitslose gezählt.

Sowohl bei den Arbeitslosenzahlen als auch bei den Zahlen für offene Stellen handelt es sich ausschließlich um Personen, die sich beim Arbeitsamt gemeldet haben bzw. um unbesetzte Arbeitsplätze, die beim Arbeitsamt gemeldet sind. Bei der Bewertung dieser Zahlen sollte jedoch berücksichtigt werden, dass es Arbeitsuchende gibt, die den Weg zum Arbeitsamt scheuen bzw. sich keine Vorteile davon erhoffen, wenn sie

Tab. 9: Registrierte Arbeitslose, offene Stellen und Arbeitslosenquoten in Deutschland 1991 bis 2005

Jahres- durch- schnitt	Registrierte Arbeitslose			Offene Stellen	Arbeitslosenquote ¹		
	insgesamt	Männer	Frauen		ins- gesamt	Männer	Frauen
	1 000				%		
1991	2602,2	1280,6	1321,6	362,8	7,3	6,4	8,5
1992	2978,6	1411,9	1566,7	356,2	8,5	7,1	10,2
1993	3419,1	1691,6	1727,6	279,5	9,8	8,6	11,3
1994	3698,1	1863,1	1835,0	284,8	10,6	9,5	12,0
1995	3611,9	1850,6	1761,3	321,3	10,4	9,6	11,4
1996	3965,1	2111,5	1853,5	327,3	11,5	11,0	12,1
1997	4384,5	2342,4	2042,1	337,1	12,7	12,2	13,3
1998	4280,6	2273,4	2007,3	421,6	12,3	11,9	12,8
1999	4100,5	2160,5	1940,0	456,3	11,7	11,3	12,2
2000	3889,7	2053,4	1836,3	515,4	10,7	10,5	10,9
2001	3852,6	2063,9	1788,7	507,1	10,3	10,4	10,2
2002	4061,3	2239,9	1821,4	452,0	10,8	11,3	10,3
2003	4376,8	2446,2	1930,6	354,8	11,6	12,4	10,8
2004	4381,3	2448,7	1932,6	285,6	11,7	12,5	10,8
2005	4860,7	2605,8 ²	2254,9 ²	413,1	13,0	13,4	12,7

¹ Bezogen auf abhängige zivile Erwerbspersonen.

² Eigenberechnungen des Statistischen Bundesamtes. Die »Ohne-Angabe-Fälle« beim Geschlecht wurden proportional auf die Männer und Frauen verteilt.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

sich dort melden (sie werden als »Stille Reserve« bezeichnet). Zur Stillen Reserve im weiteren Sinn zählen insbesondere auch diejenigen Personen, die an von den Arbeitsämtern geförderten Vollzeit-Maßnahmen zur Weiterbildung und Umschulung – hierzu gehören auch Deutschsprachkurse – teilnehmen, sowie ältere Bezieher von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe, soweit sie der Arbeitsvermittlung nicht mehr zur Verfügung stehen. Ähnliches gilt aber auch für die Zahl der offenen Stellen. Hier wird ein großer Teil, der auf über 60 % des gesamten Stellenangebotes geschätzt wird, ohne Einschaltung des Arbeitsamtes vergeben und taucht ebenfalls nie in der Statistik auf.

3.8 Arbeitsplatzverlust, Kurzarbeit und Arbeitsmarktpolitik

Von Januar bis Dezember 2005 meldeten sich in Westdeutschland 5,38 Mill. Menschen bei den Arbeitsagenturen arbeitslos, deutlich weniger als ein Jahr zuvor (– 194 000 Personen). Andererseits konnten im Jahr 2004 mit 5,47 Mill. aber auch mehr Personen (+ 5,2 %) ihre Arbeitslosigkeit beenden als 2005.

In Ostdeutschland meldeten sich im selben Zeitraum rund 2,39 Mill. Männer und Frauen arbeitslos, das sind 10 % weniger als ein Jahr zuvor. Von den 2,39 Mill. neu arbeitslos gemeldeten Personen waren knapp zwei Drittel (1,55 Mill. oder 64,7 %) zuvor beschäftigt oder in betrieblicher Ausbildung. Im Jahr 2004 betrug dieser Anteil 67,4 %. Auch meldeten sich im Laufe des Jahres 2005 insgesamt 841 000 Personen arbeitslos, die vorher nicht erwerbstätig waren. Ein Jahr zuvor lag diese Zahl bei 864 000. Im Laufe des Jahres 2005 beendeten im Osten 2,5 Mill. Personen ihre Arbeitslosigkeit, das waren 4,4 % weniger als 2004.

Im Jahr 2005 hat sich die abgeschlossene Verweildauer in Arbeitslosigkeit erhöht. Personen, die ihre Arbeitslosigkeit im Jahresverlauf 2005 beendeten, waren durchschnittlich 39,6 Wochen arbeitslos, im Vergleich zu 38,4 Wochen im Vorjahr. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass die Berechnung für 2005 verzerrt ist. Zum einen wurden im Rahmen der Umstellung auf Hartz IV viele Menschen neu als arbeitslos registriert, die es vorher »real« schon waren, aber als solche nicht erfasst wurden. Zum anderen wurde im Zuge der Erfassung der neuen Arbeitslosen häufig der Arbeitslosenstatus nach einer genaueren Prüfung wieder verneint. Beide Einflüsse haben die abgeschlossene Dauer etwas verkürzt.

Als Mittel, um in konjunkturellen Schwächephasen Kündigungen zu vermeiden, gehen die Unternehmen oftmals zunächst auf Kurzarbeit über. Die höchsten Kurzarbeiterzahlen waren im Zeitraum der letzten 30 Jahre um das Jahr 1975 (Jahresdurchschnitt 1975: 773 000), im Zeitraum 1981 bis 1984 (Jahresdurchschnitt 1983: 675 000) sowie 1993 zu verzeichnen. Im Jahr 1993 belief sich die Zahl der Kurzarbeiter in Deutschland auf 948 000. Dieser Stand reduzierte sich aber in den Folgejahren erheblich (1995: 199 000) und schwankt seitdem im Jahresdurchschnitt zwischen 86 000 und 280 000. Im Jahr 2005 waren rund 119 000 Personen von Kurzarbeit betroffen.

Für Ostdeutschland stehen Ergebnisse zur Kurzarbeit ab Berichtsmonat Oktober 1990 zur Verfügung. In der Folge des vorübergehend ausgedehnten Einsatzes arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen erreichte die Zahl der aus betrieblichen Gründen verkürzt arbeitenden Personen im Jahresdurchschnitt 1991 mit 1,62 Mill. einen Höhepunkt. Mit Auslaufen der besonderen Kurzarbeiterregelungen Ende 1991 ging ihre Zahl wieder stark zurück. Im Jahresdurchschnitt 2005 arbeiteten im Osten Deutschlands knapp 24 000 Menschen kurz, 18,8 % weniger als ein Jahr zuvor. In Westdeutschland waren im Jahr 2005 insgesamt 95 000 Personen von Kurzarbeit betroffen, 21,9 % weniger als im Jahr 2004.

Im Hinblick auf die Entlastung des Arbeitsmarktes kommt den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit – insbesondere in Ostdeutschland – nach wie vor besondere Bedeutung zu, da ihnen auch kurzfristig gesamtwirtschaftlich ent-

lastende Wirkung zugeschrieben wird. Neben dem Kurzarbeitergeld umfassen die traditionellen Instrumente der Arbeitsmarktpolitik vor allem die Förderung der beruflichen Weiterbildung, Beschäftigung schaffende Maßnahmen, die berufliche Rehabilitation und spezielle Trainingsmaßnahmen zur Verbesserung der Eingliederungschancen schwer vermittelbarer Arbeitsloser. Hinzu kommen seit April 1997 neue Fördermaßnahmen, mit deren Hilfe Arbeitslose in reguläre Beschäftigung gebracht werden sollen. Hierbei handelt es sich zumeist um Leistungen, die an Arbeitgeber gezahlt werden, wie etwa Eingliederungszuschüsse, Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose, Einstellungszuschüsse bei Neugründungen, Sonderprogramme und so genannte Strukturanpassungsmaßnahmen.

Ohne den Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente wäre die Arbeitslosigkeit noch stärker gestiegen. Insgesamt hat die Zahl der Teilnehmer in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, denen kurzfristig gesamtwirtschaftliche Entlastung zugeschrieben wird, um rund 70 000 auf 1,24 Mill. zugenommen. Rückläufige Teilnehmerzahlen in den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sowie bei beruflicher Qualifizierung wurden durch Zunahmen bei den Existenzgründungszuschüssen (Ich-AGs) und den Einsatz der neuen Arbeitsangelegenheiten (Ein-Euro-Jobs) ausgeglichen. Der jahresdurchschnittliche Anstieg verteilt sich etwa zu gleichen Teilen auf Westdeutschland (+ 40 000 auf 790 000) und Ostdeutschland (+ 30 000 auf 450 000).

3.9 Von Arbeitslosigkeit besonders betroffene Personengruppen

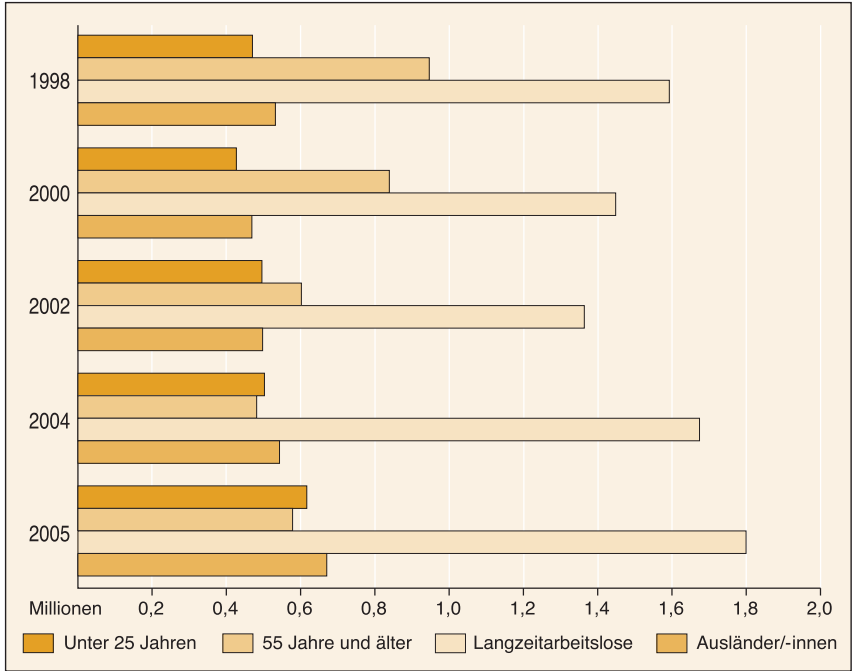
Registrierte Arbeitslosigkeit betrifft nicht alle Gruppen der Bevölkerung in gleichem Umfang. Unterschiedliche Personengruppen sind auch in unterschiedlichem Maße von Arbeitslosigkeit betroffen. So ist z.B. die Arbeitslosenquote für Männer höher als die für Frauen. Ausländische Erwerbspersonen und Personen im Alter von 50 und mehr Jahren sind vergleichsweise stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Deutsche und jüngere Personen.

Insbesondere Jugendarbeitslosigkeit stellt ein schwer wiegendes Problem für den Arbeitsmarkt dar, denn dahinter verbirgt sich ein gesamtgesellschaftliches Problem. Mit Arbeitslosigkeit im jugendlichen Alter werden auch die Weichen für die spätere Entwicklung im Erwerbsleben gestellt. Zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit stehen seit 1999 verschiedene Fördermaßnahmen zur Verfügung. Wie letzte Ergebnisse für das Jahr 2005 zeigen, wurden deutschlandweit durchschnittlich 79 500 junge Leute gefördert, 3,5 % weniger als im Jahr 2002.

Für Jugendliche unter 20 Jahren hat sich unter dem Einfluss der Förderprogramme die Situation seit 1999 leicht gebessert. Sowohl im Osten als auch im Westen gingen zwischen 1998 und 2005 die jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenquoten für diesen Personenkreis kontinuierlich zurück, wenngleich die Arbeitslosenquoten der unter 20-Jährigen im Osten seit 1999 erheblich höher (zwischen 2,9 und 4,8 Prozentpunkte)

über den entsprechenden Quoten in Westdeutschland liegen (1999: Deutschland 8,5 %, Ost 10,6 %, West 7,7 %; 2005: Deutschland 7,2 %, Ost 10,6 %, West 6,3 %). Allerdings haben sich die Arbeitslosenquoten für diesen Personenkreis im Jahr 2005 wieder erheblich gegenüber dem Vorjahr erhöht, was teilweise auch den »Hartz-IV-Effekt« zugeschrieben werden kann. Für junge Menschen im Alter von 20 bis unter 25 Jahren stellt sich die Situation in Ost und West jeweils noch erheblich schlechter dar (1999: Deutschland 11,4 %, Ost 18,9 %, West 9,3 %; 2005: Deutschland 15,0 %,

Abb. 6: Von Arbeitslosigkeit besonders betroffene Personenkreise
 Registrierte Arbeitslose der Bundesagentur für Arbeit.



Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Ost 23,4 %, West 12,7 %). Anders als bei den Jugendlichen unter 20 Jahren sind für Jüngere im Alter von 20 bis unter 25 Jahren die Arbeitslosenquoten gegenüber dem Jahr 1999 enorm angestiegen. Im Jahr 2005 lag die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote der 20- bis unter 25-Jährigen in beiden Teilgebieten Deutschlands über der Arbeitslosenquote insgesamt.

Grundsätzlich haben ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wegen der längeren Betriebszugehörigkeit und des damit verbundenen Kündigungsschutzes ein ver-

gleichsweise geringeres Risiko, arbeitslos zu werden. Sind sie aber einmal arbeitslos, ist es für sie häufig sehr viel schwerer als für Jüngere, eine neue Beschäftigung zu finden. Im Jahresdurchschnitt 2005 gab es in Deutschland 580 400 registrierte Arbeitslose, die 55 Jahre oder älter waren. Gegenüber dem Vorjahr hat sich diese Zahl um 20,1 % erhöht. Der Anteil der 55-Jährigen oder älteren an allen Arbeitslosen betrug im Jahresdurchschnitt 2005 bundesweit 11,9 %.

In diesem Zusammenhang ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Messung der Arbeitslosigkeit älterer Menschen durch die Regelungen der §§ 428 Sozialgesetzbuch (SGB) III und 252 Abs. 8 SGB IV teilweise eingeschränkt ist. Ältere Arbeitslose, die das 58. Lebensjahr vollendet haben, können danach auch dann Lohnersatzleistungen beziehen, wenn sie der Arbeitsvermittlung nicht mehr voll zur Verfügung stehen und somit nicht als Arbeitslose gezählt werden. Während diese Regelung – zum Teil aus demographischen Gründen – zwischen 1998 und 2000 seltener in Anspruch genommen wurde, ist seit dem Jahr 2001 hier wieder eine Zunahme zu verzeichnen. Die Zahl dieser Leistungsempfänger lag im Jahresdurchschnitt 2004 bei 395 000.

Frauen sind zuletzt etwas weniger von Arbeitslosigkeit betroffen gewesen als Männer. Während in Deutschland die jahresdurchschnittliche Zahl arbeitslos registrierter Männer von 1999 auf 2005 um 20,6 % zunahm, erhöhte sich im gleichen Zeitraum die Zahl arbeitsloser Frauen und Mädchen um 16,7 %. Die Zuwächse bei den Männern in Ostdeutschland (+ 20,3 %) fielen dabei etwas geringer aus als bei den Männern in Westdeutschland (+ 20,8 %). Die Zahl der arbeitslosen Frauen in Ostdeutschland verringerte sich sogar im Beobachtungszeitraum um 3,3 %, während die Arbeitslosigkeit der Frauen in Westdeutschland um 29,5 % zunahm. Im Jahresdurchschnitt 2005 lag die Arbeitslosenquote der Frauen in Deutschland, gemessen an allen abhängigen Erwerbspersonen, bei 12,7 %, die der Männer bei 13,4 %. Im Westen wie auch im Osten unterschritt die Arbeitslosenquote der Frauen die jeweiligen Quoten der Männer (Westdeutschland: Männer 11,3 %, Frauen 10,7 %; Ostdeutschland: Männer 21,4 %, Frauen 19,8 %).

Als besonders schwierig erweist sich die Arbeitsmarktlage noch immer für Erwerbspersonen mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Zwischen 1960 und 1970 waren Ausländerinnen und Ausländer – um den bestehenden Arbeitskräftemangel zu beheben – als »Gastarbeiter« angeworben worden, heute sehen sich Migrantinnen und Migranten mit besonderen Problemen auf dem Arbeitsmarkt konfrontiert. Nachdem die Zahl registrierter Arbeitsloser mit ausländischem Pass ab dem Jahresdurchschnitt 1998 im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr bis zum Jahr 2001 regelmäßig rückläufig war, ist sie in den Jahren ab 2002 gegenüber dem jeweiligen Vorjahr wieder leicht und kontinuierlich gestiegen. Nach wie vor ist das Risiko, arbeitslos zu werden, für Ausländerinnen und Ausländer doppelt so groß wie für Deutsche. Die hohe Arbeitslosigkeit von Ausländern beruht zum Teil noch auf einer geringeren sprachlichen und beruflichen Qualifikation; diese vermindert Einstellungschancen und vergrößert bei schwacher Konjunktur das Risiko, den Arbeitsplatz zu verlieren. Im Jahr 2005 wurden 672 900 arbeitslose Ausländerinnen und Ausländer gezählt. Die Arbeitslosenquote unter der ausländischen Bevölkerung betrug 25,5 %. Allein in Westdeutsch-

land waren 582 200 Ausländerinnen und Ausländer arbeitslos gemeldet, sie stellten damit 17,9 % aller Arbeitslosen. Im Osten Deutschlands spielt die Arbeitslosigkeit von Ausländern eine geringere Rolle. Hier waren 90 700 Ausländerinnen und Ausländer im Jahresdurchschnitt 2005 arbeitslos gemeldet, was einem Anteil von 5,6 % der Arbeitslosen in Ostdeutschland entspricht.

Geringere Beschäftigungschancen als Gesunde haben zudem Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen. Schwerbehindert und deshalb besonders schwer zu vermitteln waren im Jahresdurchschnitt 2005 in Deutschland 191 200 Personen und somit wie im Vorjahr 3,9 % aller registrierten Arbeitslosen. In Westdeutschland waren im Jahr 2005 4,4 % (2004: 4,7 %) der Arbeitslosen schwerbehindert, in Ostdeutschland betrug dieser Anteil nur 3,0 % (2004: 2,8 %). Als Trend erkennbar ist, dass der Anteil Schwerbehinderter an allen Arbeitslosen in Deutschland geringfügig abnimmt.

Zu den Langzeitarbeitslosen werden diejenigen gezählt, die bereits ein Jahr oder länger arbeitslos sind. Ihre Zahl hat sich im Jahresverlauf 2005 wieder erhöht, und zwar jahresdurchschnittlich um 7,5 % auf 1,81 Mill. Ihr Anteil an allen Arbeitslosen ist allerdings leicht gesunken von 38,4 % auf 37,2 %. Besonders stark war die Zunahme bei den Männern (+ 8,6 % auf 976 000). Der Anteil der Langzeitarbeitslosen stieg dort von 36,7 % auf 37,5 %. Bei Frauen fiel die Zunahme etwas geringer aus (+ 6,3 % auf 830 800). Ihr Langzeitarbeitslosen-Anteil sank von 40,5 % auf 36,8 %. Nach wie vor sind Frauen häufiger langzeitarbeitslos als Männer. In Ostdeutschland sind – relativ gesehen – deutlich mehr Arbeitslose von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen als im Westen. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen beläuft sich dort auf 43 %, im Vergleich zu 34,3 % im Westen. Besonders markant sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede: In Ostdeutschland sind 47,6 % der arbeitslosen Frauen langzeitarbeitslos, im Vergleich zu 38,9 % bei den Männern. Im Westen dagegen ist die Quote der Frauen mit 31,4 % erheblich niedriger als die der Männer (36,8 %).

3.10 Unterstützungsleistungen der Arbeitslosen

Mit der Dauer der Arbeitslosigkeit wachsen die finanziellen Sorgen der Betroffenen. Während die meisten Arbeitslosen im ersten Jahr ihrer Arbeitslosigkeit noch Arbeitslosengeld erhalten, wird die sich im Allgemeinen anschließende niedrigere Arbeitslosenhilfe bzw. ab 2005 das neue Arbeitslosengeld II nur bei nachweisbarer Bedürftigkeit gewährt. Haben Arbeitslosengeldempfänger mindestens ein Kind (im Sinne des Einkommensteuergesetzes), beträgt das Arbeitslosengeld 67 % des vorherigen Nettoeinkommens, bei Arbeitslosen ohne berücksichtigungsfähige Kinder beträgt es 60 %. Bis Ende 2004 wurde Arbeitslosen, deren Anspruch auf Arbeitslosengeld ausgelaufen war, und die die Bedürftigkeitskriterien erfüllten, Arbeitslosenhilfe gewährt; die entsprechenden Sätze lagen bei 57 % bzw. 53 %. Ab Januar 2005 wurden die Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe für Erwerbsfähige zu einer neuen Leistung – der

so genannten Grundsicherung für Arbeitsuchende – zusammengeführt (Hartz IV). Mit diesem Gesetz (Zweites Buch Sozialgesetzbuch) sollen die Eingliederungschancen der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger in ungeforderte Beschäftigung verbessert und das ineffiziente Nebeneinander von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Erwerbsfähige beseitigt werden.

Von den 4,86 Mill. Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 2005 wurden 43 % im Rechtskreis Sozialgesetzbuch (SGB) III von einer Agentur für Arbeit und 57 % im Rechtskreis SGB II von einer Arbeitsgemeinschaft oder einem zugelassenen kommunalen Träger betreut. Jahresdurchschnittlich erhielten 2005 etwa 1,74 Mill. Personen Arbeitslosengeld nach dem SGB III (ohne das Arbeitslosengeld für Weiterbildung). Das waren 110 000 oder 6 % weniger als vor einem Jahr. Von den Arbeitslosengeld-Empfängern waren 83 % als Arbeitslose registriert, die übrigen (17 %) befanden sich in vorruhestandsähnlichen Regelungen (§ 428 SGB III), waren arbeitsunfähig erkrankt oder nahmen an Trainingsmaßnahmen teil. Die neue Leistung Arbeitslosengeld II wurde an etwa 4,89 Mill. Menschen ausgezahlt. Von ihnen waren 57 % arbeitslos gemeldet. Die übrigen 2,12 Mill. erwerbsfähigen Hilfebedürftigen erhielten Arbeitslosengeld II, ohne arbeitslos zu sein. Hierzu zählen vor allem Personen, die noch die Schule besuchen, die Arbeitslosengeld II als aufstockende Hilfe ergänzend zum Lohn aus einem Beschäftigungsverhältnis bekommen, Personen, die an einer Qualifizierungsmaßnahme teilnehmen oder wegen besonderer Umstände dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen. Insgesamt erhielten im Jahr 2005 6,5 Mill. erwerbsfähige Personen Lohnersatzleistungen nach dem SGB III oder Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II. Etwa 63 % dieser Leistungsempfänger waren als arbeitslos registriert, bezogen auf alle Arbeitslosen waren das 84 %.

3.11 Regionale Arbeitslosigkeit

In Deutschland ist eine regional ungleiche Verteilung der Arbeitslosigkeit festzustellen. So sind die nördlichen Regionen stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als der Süden Deutschlands. Im Osten Deutschlands werden im Allgemeinen höhere Arbeitslosenquoten angetroffen als in Westdeutschland. Die Spannweite der Arbeitslosenquoten der für 2004 zuletzt verfügbaren Ergebnisse auf Stadt- und Landkreisebene schwankte zwischen 4,4 % im bayerischen Landkreis Eichstätt und 31,4 % im Landkreis Uecker-Randow in Mecklenburg-Vorpommern. Im Jahresdurchschnitt 2005 betrug die Arbeitslosenquote in Deutschland, gemessen an den abhängig zivilen Erwerbspersonen, 13 % (Ostdeutschland 20,6 %, Westdeutschland 11,0 %). Insbesondere durch den Hartz-IV-Effekt erhöhte sich die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt 2005 um 10,9 % (Ostdeutschland 0,9 %, Westdeutschland 16,7 %). Auch in den meisten Bundesländern stieg die Arbeitslosigkeit 2005 gegenüber dem Vorjahr deutlich an, zwischen +1,1 % in Thüringen und 25,7 % in Bremen. Lediglich in den Ländern Brandenburg (-2,9 %), Mecklenburg-Vorpommern (-1,4 %) und Sachsen-Anhalt (-1,8 %) wurden Rückgänge festgestellt.

Tab. 10: Arbeitslose und Arbeitslosenquoten nach Ländern
Jahresdurchschnitte 2004 und 2005

Bundesland	Arbeitslose		Arbeitslosenquoten ¹ in %	
	2004	2005	2004	2005
Baden-Württemberg	340 284	385 273	6,9	7,8
Bayern	449 709	504 974	7,9	8,9
Berlin	297 947	319 177	19,8	21,5
Brandenburg	251 154	243 876	20,4	19,9
Bremen	42 347	53 223	14,4	18,3
Hamburg	84 325	98 228	11,0	12,9
Hessen	250 707	296 528	9,1	10,9
Mecklenburg-Vorpommern	182 915	180 362	22,1	22,1
Niedersachsen	376 641	457 097	10,6	13,0
Nordrhein-Westfalen	898 416	2 057 642	11,2	13,2
Rheinland-Pfalz	155 111	178 514	8,6	9,8
Saarland	45 945	53 533	10,0	11,7
Sachsen	396 687	402 269	19,4	20,0
Sachsen-Anhalt	263 266	258 525	21,7	21,8
Schleswig-Holstein	137 861	161 524	11,1	13,0
Thüringen	207 725	209 941	18,1	18,6
Deutschland	4 381 040	4 860 685	11,7	13,0
Westdeutschland	2 781 346	3 246 535	9,4	11,0
Ostdeutschland	1 599 694	1 614 150	20,1	20,6

¹ Bezogen auf abhängige zivile Erwerbspersonen.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

3.12 Erwerbslosigkeit im internationalen Vergleich

Erwerbslosigkeit ist ein weltweites Problem. Ihr jeweiliges Ausmaß lässt sich jedoch über die Ländergrenzen hinweg anhand der Daten der nationalen Arbeitsverwaltungen nicht vergleichen. Selbst innerhalb der Europäischen Union (EU) ist die Sozialgesetzgebung, die zum Beispiel den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung oder deren Dauer regelt, nach wie vor sehr unterschiedlich. Die Sozialgesetzgebung wiederum beeinflusst unmittelbar die Zahl derer, die sich an die Arbeitsverwaltung wenden und dort registriert werden. Im Endeffekt sind damit die jeweiligen Zahlen der nationalen Arbeitsverwaltungen nicht direkt miteinander vergleichbar.

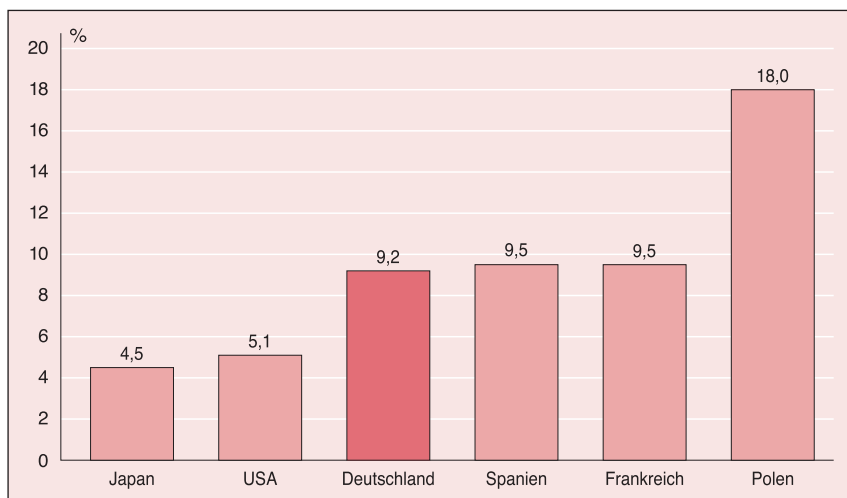
Um dennoch internationale Vergleiche der Erwerbslosigkeit zu ermöglichen, bedienen sich viele nationale statistische Ämter und insbesondere auch inter- und supranationale Institutionen des Konzepts der International Labour Organization (ILO). Nach diesem Konzept gilt eine Person im Alter von 15 bis 74 Jahren als erwerbslos, wenn sie im Berichtszeitraum nicht erwerbstätig war, aber in den letzten vier Wochen vor der Befragung aktiv nach einer Tätigkeit gesucht hat und eine neue Arbeit innerhalb

von zwei Wochen aufnehmen könnte (vgl. 3.1). Die Abgrenzung der Erwerbslosigkeit nach den ILO-Kriterien unterscheidet sich von der Definition der Zahl der registrierten Arbeitslosen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB), welche der Berichterstattung der Bundesagentur für Arbeit zu Grunde liegt. So fordert das SGB die Meldung bei einer Agentur für Arbeit oder einem kommunalen Träger sowie die Suche nach einer Beschäftigung von mindestens 15 Wochenstunden, um als arbeitslos registriert zu werden. Andererseits kann nach dem SGB trotz registrierter Arbeitslosigkeit eine Erwerbstätigkeit mit einem Umfang unter 15 Stunden als Hinzuverdienstmöglichkeit ausgeübt werden. Es gibt somit Menschen, die nach ILO-Kriterien erwerbslos sind, von der Bundesagentur für Arbeit aber nicht als arbeitslos gezählt werden. Zum anderen gelten in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit auch Personen als arbeitslos, die nach Definition der ILO-Arbeitsmarktstatistik nicht erwerbslos sind.

Erwerbslosenzahlen nach dem ILO-Konzept werden in den Staaten der Europäischen Union und vielen weiteren Staaten unabhängig von der Arbeitsverwaltung nach einheitlichen Kriterien im Rahmen regelmäßiger Bevölkerungsbefragungen ermittelt. Für das Jahr 2005 lagen zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe für die meisten Staaten noch keine Jahresdurchschnittsdaten vor. Abbildung 6 bietet daher einen Überblick zur Erwerbslosigkeit in einigen ausgewählten Ländern, der sich auf Durchschnittswerte für die zwölf Monate von November 2004 bis Oktober 2005 bezieht.

Der Blick auf die Entwicklung in den vergangenen Jahren zeigt, dass es einigen Staaten wie beispielsweise Irland, Spanien und Finnland gelungen ist, die Erwerbslosenquote deutlich zu senken. In anderen Staaten, nicht zuletzt in Deutschland, nahm der

Abb. 7: Erwerbslosenquoten in ausgewählten Ländern
Durchschnitt November 2004 bis Oktober 2005



Tab. 11: Erwerbslosenquoten im internationalen Vergleich
Jahresdurchschnitt in Prozent

Land	1996	1998	2000	2002	2003	2004
Belgien	9,5	9,3	6,9	7,3	8,0	7,9
Dänemark	6,3	4,9	4,4	4,6	5,6	5,4
Deutschland	7,7	8,1	6,9	7,6	8,7	9,2
Estland	.	9,2	12,5	9,5	10,2	9,2
Finnland	14,6	11,4	9,8	9,1	9,0	8,8
Frankreich	11,6	11,1	9,1	8,9	9,5	9,6
Griechenland	9,6	10,9	11,3	10,3	9,7	10,5
Irland	11,7	7,5	4,3	4,3	4,6	4,5
Italien	11,2	11,3	10,1	8,6	8,4	8,0
Lettland	.	14,3	13,7	12,6	10,4	9,8
Litauen	.	13,2	16,4	13,5	12,7	10,9
Luxemburg	2,9	2,7	2,3	2,8	3,7	4,8
Malta	.	.	6,7	7,7	8,0	7,7
Niederlande	6,0	3,8	2,8	2,8	3,7	4,6
Österreich	4,3	4,5	3,6	4,2	4,3	4,8
Polen	.	10,2	16,4	19,8	19,2	18,8
Portugal	7,3	5,2	4,1	5,0	6,3	6,0
Schweden	9,6	8,2	5,6	4,9	5,6	6,3
Slowakei	.	12,7	18,7	18,7	17,5	18,2
Slowenien	6,9	7,4	6,6	6,1	6,5	6,0
Spanien	18,2	15,3	11,4	11,5	11,5	11,0
Tschechische Republik	.	6,4	8,7	7,3	7,8	8,3
Ungarn	9,6	8,4	6,3	5,6	5,8	6,0
Vereinigtes Königreich	7,9	6,1	5,4	5,1	4,9	4,7
Zypern	.	.	5,2	3,9	4,5	5,2
Europäische Union (EU-25)	.	9,4	8,6	8,8	9,0	9,0
Europäische Union (EU-15)	10,1	9,3	7,6	7,6	8,0	8,1
Japan	3,4	4,1	4,7	5,4	5,3	4,7
USA	5,4	4,5	4,0	5,8	6,0	5,5

Quelle: Statistisches Bundesamt, Eurostat und andere nationale statistische Ämter.

Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen zu. Mit einer Erwerbslosenquote von 9,2 % lag Deutschland im Jahr 2004 knapp über dem Durchschnitt der 25 EU-Staaten von 9,0 %. Besonders große Probleme mit dem Ausmaß der Erwerbslosigkeit haben innerhalb der EU Polen und die Slowakei.

Weitere Informationen zum Thema Arbeitsmarkt siehe Teil II, Kap. 6.

4 Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte

4.1 Zielsetzung der Statistik über Einnahmen und Ausgaben

Im Mittelpunkt dieses Kapitels stehen bei den Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), die im fünfjährigen Turnus, zuletzt 2003, durchgeführt wurde. Bei den Einnahmen der Haushalte wurde außerdem auf Daten des Mikrozensus und auf Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zurückgegriffen. Die Daten zur Ausstattung mit Gebrauchsgütern 2005 entstammen den jährlich durchgeführten Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR). Um Entwicklungen im Zeitablauf darstellen zu können, wurde bei den Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte auch auf die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 zurückgegriffen.

Die Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte konzentrieren sich vor allem auf die Frage, wie viel Geld die Haushalte zur Verfügung haben, ausgeben und sparen. Hierfür werden Aufzeichnungen der Haushalte aus unterschiedlichen sozialen Schichten genutzt, die für die Statistik freiwillig über ihre Einnahmen und Ausgaben Buch führen. Die anfallenden Daten, die für die Wirtschafts- und Sozialpolitik und für verbraucherpolitische Zwecke unentbehrlich sind, ermöglichen eine repräsentative Beurteilung der Einkommenssituation und der Konsumgewohnheiten der Bevölkerung und liefern zugleich Informationen über deren Lebensstandard.

Laut einer Studie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gelten bis zu 3 Mill. Haushalte als überschuldet. Die Einführung der neuen Insolvenzordnung im Rahmen der Neuerungen im Insolvenzrecht vom 1. Januar 1999 eröffnet privaten Schuldnern durch Inanspruchnahme eines Insolvenzverfahrens die Möglichkeit, von ihren Restschulden befreit zu werden. Informationen hierzu bietet der Abschnitt »Verbraucherinsolvenzen« (vgl. 4.7). Die Insolvenzstatistiken beruhen auf den Auskünften der Insolvenzgerichte.

4.2 Von den Einnahmen zu den Ausgaben der privaten Haushalte

Die Zusammenhänge zwischen Einkommen, Verbrauch und Vermögensbildung verdeutlicht das Schema, das den Wirtschaftsrechnungen zugrunde liegt. Es geht von den Erwerbs- und Vermögenseinkommen aus, berücksichtigt die Transferleistungen

des Staates (z.B. Renten, Kindergeld) sowie die Einnahmen aus nichtöffentlichen Übertragungen (z.B. Werks- und Betriebsrenten), zieht davon die öffentlichen Abgaben (Steuern und Sozialversicherungsbeiträge) ab und führt so zu den ausgabefähigen Einkommen. Aus ihnen ergibt sich nach Abzug der Ausgaben für den Privaten Konsum und der »übrigen Ausgaben« die Ersparnis der Haushalte.

Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit
+ Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (Einnahmen aus Vermietung, Zinsen, Dividenden)
+ Einnahmen aus öffentlichen Einkommensübertragungen (öffentliche Renten, Kindergeld u.Ä.)
+ Einnahmen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen (Werks-, Betriebsrenten) und Untervermietung
= <i>Haushaltsbruttoeinkommen</i>
- Einkommensteuer und Solidaritätszuschlag
- Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung
= <i>Haushaltsnettoeinkommen</i>
+ Sonstige Einnahmen (z.B. Einnahmen aus dem Verkauf gebrauchter Waren)
= <i>Ausgabefähige Einkommen bzw. Einnahmen</i>
- Private Konsumausgaben
- Übrige Ausgaben (z.B. Kraftfahrzeugsteuern, freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung)
= <i>Ersparnis</i>

4.3 Einnahmen der privaten Haushalte

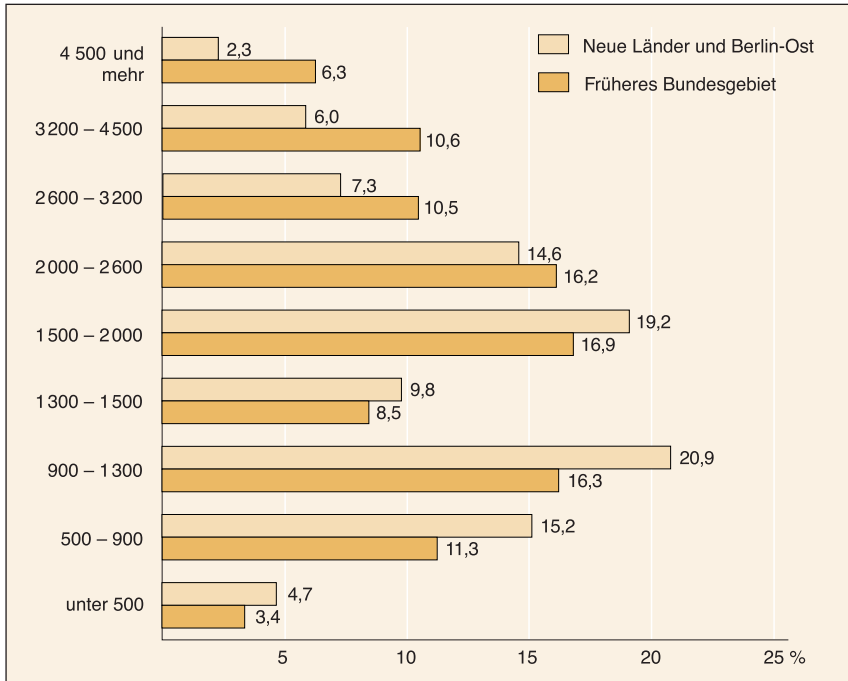
4.3.1 Verteilung des Haushaltseinkommens

Jeder Haushalt weiß ungefähr, wie viel Geld ihm monatlich zur Verfügung steht. Im Mikrozensus wird nach dem persönlichen Nettoeinkommen im Monat je Haushaltsmitglied gefragt. Dabei stufen sich die Haushalte in vorgegebene Einkommensgrößenklassen ein. Erfahrungsgemäß neigen sie zu einer Unterschätzung ihrer Einkünfte, sodass sich für die Analyse weniger die absolute Höhe, als die Struktur der Einkommen eignet.

Nach den Mikrozensusergebnissen hatten im März 2004 in Deutschland knapp 25,9 % aller Haushalte, die entsprechende Angaben zum Einkommen machten, zwischen 900 und 1500 Euro zur Verfügung. 33,3 % standen netto monatlich 1500 bis 2600 Euro zur Verfügung. In der Einkommensklasse von 2600 bis 4500 Euro befanden sich 19,7 % der Haushalte, während 5,5 % über 4500 Euro hatten. Am anderen Ende der Skala mussten 15,6 % der Haushalte mit weniger als 900 Euro auskommen, wobei einem Anteil von 3,6 % der Haushalte nach eigenen Angaben weniger als 500 Euro zur Verfügung standen.

Wie aus Abb. 1 ersichtlich, ist die Einkommensverteilung zwischen den alten und neuen Bundesländern noch unterschiedlich. Während im früheren Bundesgebiet 60,6 % der Haushalte monatlich über 1500 Euro zur Verfügung hatten, waren es in den neuen Ländern und Berlin-Ost erst 49,5 %.

Abb. 1: Einkommensverteilung im März 2004¹
monatliches Haushalts-Nettoeinkommen in EUR



¹ Ergebnisse des Mikrozensus. Ohne Selbstständige in der Landwirtschaft und ohne Haushalte, die keine Angaben zum Einkommen machten.

Die Haushalte mit den geringsten Einkommen waren überwiegend Einpersonenhaushalte. Die oberen Einkommensklassen waren dagegen fast ausschließlich mit Mehrpersonenhaushalten besetzt, in denen häufig mehrere Haushaltsmitglieder zum Einkommen beitrugen.

4.3.2 Soziale Stellung und Höhe des Haushaltseinkommens

Differenziert man nach der sozialen Stellung der Bezugsperson des jeweiligen Haushalts, so verfügten die Haushalte von Beamtinnen und Beamten in Deutschland –

gemessen am Nettoeinkommen – gemäß ihren Angaben zum Mikrozensus 2004 zu 66,2 % über ein monatliches Nettoeinkommen von 2600 Euro oder mehr. Bei den Haushalten von Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen waren es 50,7 %. Von den Angestelltenhaushalten hatten etwa 39,3 % ein Einkommen dieser Größenordnung und von den Arbeiterhaushalten rund 22,5 %. Dagegen verfügten nur 12,3 % der Nichterwerbspersonenhaushalte über ein Nettoeinkommen von 2600 Euro und mehr.

Tab. 1: Haushaltsnettoeinkommen nach sozialer Stellung im März 2004¹
Haushalte in Prozent

Stellung im Beruf der Haushaltsbezugsperson	Monatliches Haushaltsnettoeinkommen ... EUR			
	unter 900	900– 1500	1500– 2600	2600 und mehr
<i>Deutschland</i>				
Selbstständige u. mithelfende Familienangehörige	8,7	14,0	26,4	50,7
Beamte/Beamtinnen	1,4	4,9	27,3	66,2
Angestellte	6,3	20,5	33,8	39,3
Arbeiter/Arbeiterinnen	8,6	23,3	45,6	22,5
Nichterwerbspersonen	21,7	34,3	31,7	12,3
Insgesamt	15,6	25,9	33,3	25,2
<i>Früheres Bundesgebiet</i>				
Selbstständige u. mithelfende Familienangehörige	8,3	12,9	25,3	53,5
Beamte/Beamtinnen	1,3	4,5	27,0	67,3
Angestellte	5,8	20,0	33,7	40,6
Arbeiter/Arbeiterinnen	7,6	22,4	46,2	23,8
Nichterwerbspersonen	21,5	33,1	31,2	14,2
Insgesamt	14,6	24,8	33,1	27,4
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>				
Selbstständige u. mithelfende Familienangehörige	11,3	19,7	31,9	37,3
Beamte/Beamtinnen	3,0	7,8	30,7	58,4
Angestellte	9,3	23,6	35,0	32,3
Arbeiter/Arbeiterinnen	12,5	26,9	43,1	17,5
Nichterwerbspersonen	22,3	39,5	33,7	4,5
Insgesamt	19,9	30,6	33,8	15,7

¹ Ergebnisse des Mikrozensus.

Im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) werden die Durchschnittseinkommen privater Haushalte berechnet, indem die in den VGR ermittelten Einkommensgrößen auf sozioökonomische Haushaltsgruppen aufgeteilt werden. Im Jahr 2002 hatten die privaten Haushalte in Deutschland im Durchschnitt ein Nettoeinkommen von 32 100 Euro. Gegenüber 1991 (25 700 Euro) flossen 25 % mehr Ein-

kommen in die Haushaltskassen. Das Nettoeinkommen je Haushaltsmitglied erhöhte sich um 32 %. Pro Kopf standen damit im Jahr 2002 durchschnittlich 15 000 Euro für Konsum und Sparen zur Verfügung (1991: 11 300 Euro).

Real, d.h. nach Abzug der Preissteigerungen für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, stand den Haushalten im Jahr 2002 im Durchschnitt etwas weniger Geld zur Verfügung als 1991 (– 1 %). Je Haushaltsmitglied hat sich das reale Durchschnittseinkommen zwischen 1991 und dem Jahr 2002 um gut 5 % erhöht.

Zwischen den Haushaltsgruppen zeigen sich deutliche Unterschiede. Selbstständigenhaushalte erzielten mit einem durchschnittlichen Nettoeinkommen von 88 400 Euro im Jahr 2002 (1991: 71 900 Euro) die höchsten Durchschnittseinkommen. Je Haushaltsmitglied waren dies 32 900 Euro. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Selbstständige in der Regel ihre Altersvorsorge aus ihrem Nettoeinkommen bestreiten müssen und es sich um eine sehr heterogene Gruppe von Einkommensbezieherinnen und -bezieher handelt: Von Kleingewerbetreibenden, selbstständigen Landwirten bis hin zu freiberuflich tätigen Ärzten, Anwälten, Architekten und anderen Selbstständigen. Arbeitnehmerhaushalte kamen im Jahr 2002 auf durchschnittlich 34 800 Euro (je Haushaltsmitglied 14 100 Euro). Dabei lagen Beamtenhaushalte mit 41 500 Euro vor den Angestelltenhaushalten (37 000 Euro) und den Arbeiterhaushalten (30 000 Euro). Je Haushaltsmitglied stand Beamten- und Angestelltenhaushalten mit rund 16 000 Euro nahezu der gleiche Betrag zur Verfügung, Arbeiterhaushalte kamen auf 11 200 Euro.

Bei den Nichterwerbstätigenhaushalten, die sich im Vergleich zu Erwerbstätigenhaushalten häufiger nur aus einer oder zwei Personen zusammensetzen, sind deutliche Unterschiede beim Nettoeinkommen je Haushaltsmitglied festzustellen: Während Pensionärshaushalte (17 400 Euro) und Rentnerhaushalte (13 100 Euro) im Jahr 2002 teilweise sogar über dem Niveau von Erwerbstätigenhaushalten lagen, waren die Pro-Kopf-Einkommen in Haushalten von Arbeitslosengeld- bzw. Arbeitslosenhilfeempfängern (8 600 Euro) und Sozialhilfeempfängern (6 100 Euro) klar am unteren Ende der Einkommensskala.

Die hier dargestellten Nettoeinkommen der privaten Haushalte (s. Tab. 2) wurden im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen berechnet. Sie schließen die von allen Haushaltsmitgliedern tatsächlich empfangenen Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen sowie empfangene laufende Transfers, wie z.B. Rente, Pension, Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Kinder- und Erziehungsgeld ein. Die direkten Steuern und Sozialbeiträge sowie die Zinsen auf Konsumentenkredite sind abgezogen. Nicht eingeschlossen sind unterstellte Einkommen, etwa für die Nutzung eigener Wohnungen oder die Verzinsung von Lebensversicherungsrückstellungen. Erstattungen privater Krankenkassen und Beihilfezahlungen an Beamte und Pensionäre sind ebenfalls nicht im Nettoeinkommen enthalten. Die Zuordnung zu einer Haushaltsgruppe richtet sich nach dem überwiegenden Einkommen der Haupteinkommensbezieherinnen und -bezieher. Da hier Durchschnittswerte dargestellt werden, können die tatsächlichen Einkommen der einzelnen Haushalte nach oben und unten erheblich vom Durchschnitt abweichen.

Tab. 2: Netto-Jahreseinkommen im Jahr 2002 in Deutschland¹

Haushalte nach sozialer Stellung der Bezugsperson	EUR je Haushalt	EUR je Haushaltsmitglied
Privathaushalte insgesamt	32 100	15 000
Haushalte von ...		
Selbstständigen	88 400	32 900
Arbeitnehmern	34 800	14 100
Beamten	41 500	16 200
Angestellten	37 000	16 000
Arbeitern	30 000	11 200
Nichterwerbstätigen	21 300	12 200
darunter:		
Arbeitslosengeld/-hilfeempfängern	19 000	8 600
Rentnern	21 600	13 100
Pensionären	29 000	17 400
Sozialhilfeempfängern	13 900	6 100

1 Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

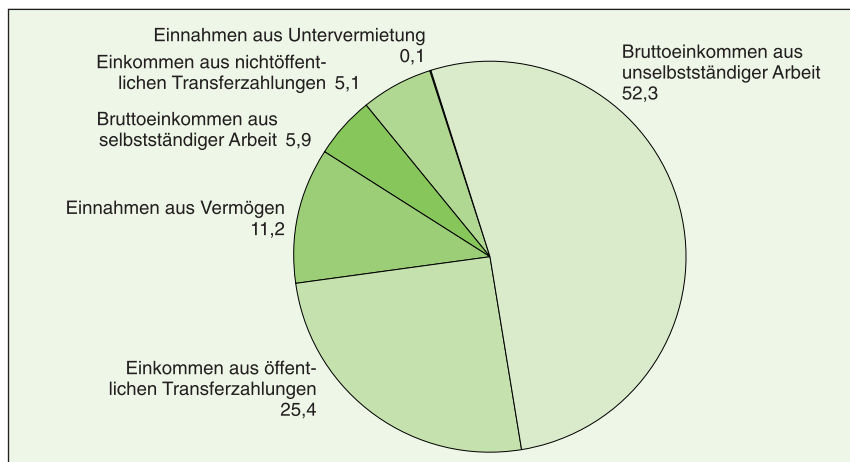
4.4 Ausgaben der privaten Haushalte

Einen Einblick in die Ausgabenstruktur der privaten Haushalte ermöglichen die Angaben aus dem Haushaltsbuch der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS). Diese im fünfjährigen Turnus erhobene Statistik fand 2003 bereits zum neunten Male statt. Im früheren Bundesgebiet wird die Erhebung seit 1962/63 durchgeführt, in den neuen Ländern und Berlin-Ost seit 1993. Bei der EVS handelt es sich um eine Stichprobe, bei der nicht alle, sondern nur etwa 0,2 % aller privaten Haushalte, d.h. jeder fünfhundertste Haushalt, befragt wird. Die folgenden Ergebnisse basieren auf den Angaben von 53 432 Haushalten zu ihren Einnahmen und Ausgaben, die jeweils auf die Grundgesamtheit von rund 38,1 Mill. Haushalten hochgerechnet wurden. In den befragten Haushalten sind alle Kategorien der sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers bzw. der Haupteinkommensbezieherin (Selbstständige, Landwirte/Landwirtinnen, Beamte/Beamtinnen, Angestellte, Arbeiter/-innen, Arbeitslose, Rentner/-innen und Pensionäre/Pensionärinnen) bis zu einer Nettoeinkommensgrenze von 18 000 Euro je Monat (bis einschl. 1998: 17 895 Euro) vertreten. Nicht erfasst werden Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

Eine erste wichtige Bezugsgröße für die Darstellung der Einkommens- und Ausgabensituation privater Haushalte ist das Haushaltsbruttoeinkommen, das sich – wie einleitend dargelegt – aus verschiedenen Einkommensquellen zusammensetzt. Das durchschnittliche monatliche Bruttoeinkommen der Privathaushalte in Deutschland belief sich 2003 auf 3 561 Euro. Mehr als die Hälfte (52,3 %) des Bruttoeinkommens bzw. 1 862 Euro stammten aus Einkünften aus unselbstständiger Tätigkeit. Rund ein Viertel (25,4 %) bzw. 906 Euro entfielen im Haushaltsdurchschnitt auf Einkommen

aus öffentlichen Transferleistungen, gefolgt von den Einnahmen aus Vermögen in Höhe von 399 Euro (11,2 %). Einkünfte aus selbstständiger Arbeit (210 Euro; 5,9 %) sowie aus nichtöffentlichen Transfers (183 Euro; 5,1 %) hatten einen wesentlich geringeren Anteil am Haushaltseinkommen. Zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern und Berlin-Ost existierten auch 2003 bei den Bruttoeinkommen noch erhebliche Unterschiede. Im Durchschnitt stand einem Haushalt im Westen ein monatliches Bruttoeinkommen von 3729 Euro zur Verfügung, im Osten dagegen lediglich 2825 Euro. Auch die Zusammensetzung der Bruttoeinkommen ist im West-Ost-Vergleich unterschiedlich. Im Westen liegt der Anteil der Einkünfte aus Vermögen am Bruttoeinkommen bei 11,7 %, im Osten dagegen nur bei 8,0 %. Dafür entfällt in den neuen Ländern ein Drittel (33,5 %) der Bruttoeinkünfte auf öffentliche Transfers gegenüber knapp einem Viertel (24,1 %) im früheren Bundesgebiet.

Abb. 2: Haushaltsbruttoeinkommen privater Haushalte 2003
nach Einkommensquellen¹ in Prozent



1 Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003.

Nach Abzug von Einkommensteuer, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag sowie der Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung und unter Zurechnung der sonstigen Einnahmen ergeben sich die ausgabenfähigen Einkommen und Einnahmen. Sie bilden die eigentliche Basis, die den Haushalten für unterschiedliche Verwendungszwecke zur Verfügung steht. 2003 betrug das ausgabenfähige Einkommen privater Haushalte in Deutschland im Durchschnitt 2885 Euro je Monat. Dabei verfügten die Haushalte im früheren Bundesgebiet über ein monatliches ausgabenfähiges Einkommen von 3013 Euro; in den neuen Ländern und Berlin-Ost lag es mit 2325 Euro bei 77,2 % des Westniveaus.

Der größte Teil der ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen wird für den Privaten Konsum, das heißt für Essen, Wohnen, Bekleidung, Reisen u.a., verwendet.

2003 gaben deutsche Haushalte für Konsumzwecke monatlich 2 177 Euro, das waren drei Viertel (75,5 %) ihres ausgabefähigen Einkommens, aus. Die Konsumaus-

Tab. 3: Einkommen und Einnahmen privater Haushalte¹ 1998 und 2003
je Haushalt und Monat in EUR

	1998			2003		
	Deutsch- land	Früheres Bundes- gebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Deutsch- land	Früheres Bundes- gebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Erfasste Haushalte (Anzahl)	69 150	49 244	12 906	58 432	42 710	10 722
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	36 780	29 954	6 826	38 110	31 018	7 092
je Haushalt und Monat in EUR						
Bruttoeinkommen aus unselbst- ständiger Arbeit	1 782	1 866	1 423	1 862	1 961	1 428
Bruttoeinkommen aus selbst- ständiger Arbeit	224	243	108	210	230	124
Einnahmen aus Vermögen	390	439	176	399	438	225
Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen	761	748	821	906	897	946
Einkommen aus nichtöffent- lichen Transferzahlungen	139	155	68	183	201	102
Einnahmen aus Unter- vermietung ²	(1)	2	(1)	2	2	(1)
Haushaltsbruttoeinkommen	3 298	3 452	2 597	3 561	3 729	2 825
abzüglich:						
Einkommen-, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag	355	385	215	370	404	221
Pflichtbeiträge zur Sozial- versicherung	328	334	307	358	368	311
Haushaltsnettoeinkommen	2 615	2 733	2 075	2 833	2 957	2 293
zuzüglich:						
Sonstige Einnahmen ³	48	53	36	51	56	32
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	2 664	2 786	2 112	2 885	3 013	2 325

1 Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben.

2 Klammerwerte sind aufgrund geringer Fallzahlen statistisch unsicher.

3 Inklusive Einnahmen aus dem Verkauf von Waren.

gaben ostdeutscher Haushalte waren mit 1 828 Euro zwar niedriger als die der Haushalte im Westen (2 257 Euro), bedingt durch das geringere ausgabefähige Einkommen lag der Prozentanteil der Konsumaufwendungen mit 78,6 % jedoch dort höher als im früheren Bundesgebiet (74,9 %).

4.5 Zusammensetzung der privaten Konsumausgaben

Wie die Ergebnisse der EVS 1998 und 2003 zeigen, hat sich die Ausgabenstruktur der alten und der neuen Bundesländer einander weiter angenähert trotz des noch unterschiedlichen Konsumniveaus. So waren im Jahr 2003 – wie auch schon 1998 – die Ausgabenanteile an den Konsumausgaben für die Deckung der Grundbedürfnisse Ernährung, Kleidung und Wohnen mit 51,0 % im Westen und 51,2 % im Osten nahezu gleich (1998: 51,7 % und 51,5 %). Kaum noch Unterschiede sind insbesondere noch bei dem größten Ausgabenbereich Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung festzustellen. Für diesen Bereich wendeten die Haushalte im Westen durchschnittlich 32,2 % und die Haushalte im Osten 31,0 % ihrer Konsumausgaben auf. 1998 war die Differenz zwischen den westlichen Bundesländern mit 32,2 % und den östlichen Bundesländern mit 29,9 % noch etwas höher.

Sowohl 1998 als auch 2003 gaben die Haushalte in den alten Bundesländern lediglich 13,7 % ihrer Konsumausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren aus, in den neuen Ländern und Berlin-Ost war dieser Anteil 2003 mit 15,2 % zwar höher, aber im Vergleich zu 1998 (15,8 %) rückläufig. Während der Anteil für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren 1998 bundesweit mit 14,0 % noch an zweiter Stelle bei den Konsumausgaben lag, wurde er 2003 mit 13,9 % von den Verkehrsausgaben (14,0 %)

Tab. 4: Konsumausgaben privater Haushalte¹ 1998 und 2003
je Haushalt und Monat in EUR

	1998			2003		
	Deutsch- land	Früheres Bundes- gebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Deutsch- land	Früheres Bundes- gebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Private Konsumausgaben	2 061	2 143	1 711	2 177	2 257	1 828
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	289	293	271	303	309	277
Bekleidung und Schuhe	118	123	99	112	116	93
Wohnen, Energie, Wohnungs- instandhaltung	657	691	511	697	726	566
Innenausstattung, Haushalts- geräte und -gegenstände	145	147	141	127	132	107
Gesundheitspflege	75	82	43	84	92	50
Verkehr	278	289	237	305	316	259
Nachrichtenübermittlung	51	53	43	68	70	62
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	247	254	216	261	265	244
Bildungswesen	11	11	8	20	21	15
Beherbergungs- und Gast- stättendienstleistungen	101	108	72	100	106	74
Andere Waren und Dienst- leistungen	89	93	70	100	104	83

¹ Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben.

auf den dritten Platz verwiesen. Regional gesehen lagen 2003 in den neuen Ländern und Berlin-Ost auch die Ausgabenanteile für Verkehr (14,2 %) bzw. Freizeit, Unterhaltung und Kultur (13,3 %) höher als im früheren Bundesgebiet (14,0 % bzw. 11,7 %). Dagegen setzten die Haushalte im früheren Bundesgebiet gegenüber den neuen Ländern und Berlin-Ost im Durchschnitt prozentual mehr für Gesundheitspflege (4,1 % gegenüber 2,7 %) sowie für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen (4,7 % gegenüber 4,0 %) ein.

Für Wohnungseinrichtung und Bekleidung sind die Ausgabenanteile 2003 gegenüber 1998 in den neuen Ländern und Berlin-Ost deutlich zurückgegangen und mit 5,8 % bzw. 5,1 % nun genauso hoch wie im früheren Bundesgebiet. Im Vergleich zu 1998 leicht gestiegen sind 2003 die Ausgabenanteile der Haushalte in Deutschland für Nachrichtenübermittlung (3,1 %), Bildungswesen (0,9 %) sowie anderen Waren und Dienstleistungen (4,6 %), wobei es nur geringe Unterschiede zwischen Ost und West gibt.

Neben diesen regionalen Unterschieden werden die Verbrauchsstrukturen auch vom jeweiligen Haushaltstyp und der Anzahl der Haushaltsmitglieder, der sozialen Stellung und dem Alter des Haupteinkommensbeziehers sowie dem jeweiligen Haushaltsnettoeinkommen bestimmt. Im Folgenden werden einige dieser Sachverhalte näher betrachtet.

Tab. 5: Konsumausgaben privater Haushalte¹ 1998 und 2003
Anteile in Prozent

	1998			2003		
	Deutsch- land	Früheres Bundes- gebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Deutsch- land	Früheres Bundes- gebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Private Konsumausgaben	100	100	100	100	100	100
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	14,0	13,7	15,8	13,9	13,7	15,2
Bekleidung und Schuhe	5,7	5,7	5,8	5,1	5,1	5,1
Wohnen, Energie, Wohnungs- instandhaltung	31,9	32,2	29,9	32,0	32,2	31,0
Innenausstattung, Haushalts- geräte und -gegenstände	7,0	6,8	8,2	5,8	5,8	5,8
Gesundheitspflege	3,6	3,8	2,5	3,9	4,1	2,7
Verkehr	13,5	13,5	13,9	14,0	14,0	14,2
Nachrichtenübermittlung	2,5	2,5	2,5	3,1	3,1	3,4
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	12,0	11,8	12,6	12,0	11,7	13,3
Bildungswesen	0,5	0,5	0,4	0,9	0,9	0,8
Beherbergungs- und Gast- stättendienstleistungen	4,9	5,0	4,2	4,6	4,7	4,0
Andere Waren und Dienst- leistungen	4,3	4,3	4,1	4,6	4,6	4,5

¹ Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben.

4.5.1 Konsumausgaben privater Haushalte nach der sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers

Während die Unterschiede im Konsumniveau der Haushalte im Vergleich nach den sozialen Stellungen der Haupteinkommensbezieherinnen und -bezieher zum Teil beträchtlich sind, ist die Konsumstruktur praktisch gleich. Mit zunehmender Höhe der Konsumausgaben nimmt der Anteil der Aufwendungen für die Grundbedürfnisse Ernährung, Bekleidung und Wohnen ab. Die Selbstständigen- und Beamtenhaushalte, die 2003 mit monatlich 2932 bzw. 3152 Euro die höchsten Konsumausgaben aufwiesen, gaben auch am meisten für die Grundbedürfnisse Ernährung, Bekleidung und Wohnen aus (1480 Euro bzw. 1429 Euro); der Anteil an ihren Gesamtausgaben betrug aber nur 50,5 % bzw. 45,3 %. Die Haushalte von Angestellten, die mit 2482 Euro die dritthöchsten Konsumausgaben aufwiesen, wendeten anteilig 49 % für die Grundbedürfnisse auf. Bei den Haushalten von Arbeitern lag der entsprechende durchschnittliche Anteil bei 52,8 % (von insgesamt 2170 Euro) und bei den Haushalten von Nichterwerbstätigen, die sich hauptsächlich aus Rentnern und Pensionären zusammensetzen, bei 52,7 % (von insgesamt 1823 Euro). Haushalte mit arbeitslosem Haupteinkommensbezieher hatten mit 1427 Euro zwar die geringsten monatlichen Konsumausgaben, dafür war der Ausgabenanteil für Ernährung, Bekleidung und Wohnen mit 59,5 % (849 Euro) am höchsten.

Die Haushalte von Selbstständigen gaben monatlich mit 945 Euro am meisten für den Bereich Wohnen aus, gefolgt von den Beamtenhaushalten mit 880 Euro. Der Wohnausgabenanteil an den gesamten Konsumausgaben betrug bei den Selbstständigen 32,2 %. Am niedrigsten war dieser Anteil bei den Beamten mit 27,9 %. Die Arbeitslosenhaushalte gaben für das Wohnen mit 531 Euro zwar am wenigsten aus, der Anteil an den gesamten Konsumausgaben war mit 37,2 % jedoch am höchsten. Der Ausgabenanteil für Bildung war bei den Selbstständigen nicht nur am höchsten (1,3 %), sie wendeten auch am meisten dafür auf (37 Euro). Am wenigsten gaben die Haushalte von Arbeitslosen mit 13 Euro und 0,9 % sowie von Nichterwerbstätigen mit 7 Euro und 0,4 % für Bildung aus.

Bei Beamtinnen und Beamten waren die finanziellen Spielräume für Ausgaben insbesondere in den Bereichen Gesundheitspflege mit 246 Euro (7,8 %) und Freizeit, Unterhaltung und Kultur mit 397 Euro (12,6 %) deutlich höher als bei allen anderen Haushalten. Zum Teil gaben Beamtenhaushalte ein Mehrfaches für diese Konsumbereiche aus als die Haushalte mit einer anderen sozialen Stellung. Besonders groß ist der Unterschied zu den Haushalten von Arbeitslosen, die z.B. mit 28 Euro nur 2,0 % ihrer Konsumausgaben für die Gesundheit aufbrachten. Allerdings ist bei den Aufwendungen der Beamten für Gesundheitspflege zu berücksichtigen, dass diese häufig privaten Krankenversicherungsstatus genießen und ihre Ausgaben für Krankenversicherungsschutz deshalb im Gegensatz etwa zu den zumeist pflichtversicherten Angestellten und Arbeitern nicht direkt durch den Arbeitgeber abgeführt, sondern durch sie selbst bezahlt werden und deshalb als Ausgaben für die Gesundheitspflege zu Buche schlagen. Zu berücksichtigen ist in diesem Zusammenhang auch, dass privat versicherte Beamtinnen und Beamte viele Zahlungen für medi-

zinische Leistungen vorstrecken müssen, die anschließend über ihre private Kasse bzw. öffentliche Beihilfen zurückerstattet werden, während derartige Leistungen bei gesetzlich krankenversicherten Arbeitern und Angestellten, Arbeitslosen wie auch Rentnern direkt von der jeweiligen Krankenkasse beglichen werden.

Tab. 6: Konsumausgaben privater Haushalte¹ 2003 nach sozialer Stellung des/der Haupteinkommensbeziehers/-bezieherin

	Selbst- ständige ²	Beamter/ Beamtin	Ange- stellte(r)	Arbei- ter(in)	Arbeits- lose(r)	Nicht- erwerbs- tätige(r)
<i>je Haushalt und Monat in EUR</i>						
Private Konsumausgaben	2 932	3 152	2 482	2 170	1 427	1 823
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	373	379	330	352	254	249
Bekleidung und Schuhe	162	170	142	109	64	82
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	945	880	743	684	531	630
Innenausstattung, Haus- haltsgeräte, und -gegenstände	163	195	155	121	67	104
Gesundheitspflege	92	246	64	44	28	107
Verkehr	438	486	392	345	160	199
Nachrichtenübermittlung	92	90	81	79	66	48
Freizeit, Unterhaltung u. Kultur	334	397	309	234	141	227
Bildungswesen	37	34	30	23	13	7
Beherbergungs- und Gast- stättendienstleistungen	138	154	123	86	45	84
Andere Waren und Dienst- leistungen	157	121	114	93	59	87
<i>je Haushalt und Monat in Prozent</i>						
Private Konsumausgaben	100	100	100	100	100	100
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	12,7	12,0	13,3	16,2	17,8	13,7
Bekleidung und Schuhe	5,5	5,4	5,7	5,0	4,5	4,5
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	32,2	27,9	29,9	31,5	37,2	34,6
Innenausstattung, Haus- haltsgeräte, und -gegenstände	5,6	6,2	6,2	5,6	4,7	5,7
Gesundheitspflege	3,1	7,8	2,6	2,0	2,0	5,9
Verkehr	14,9	15,4	15,8	15,9	11,2	10,9
Nachrichtenübermittlung	3,1	2,8	3,3	3,6	4,6	2,6
Freizeit, Unterhaltung u. Kultur	11,4	12,6	12,4	10,8	9,9	12,4
Bildungswesen	1,3	1,1	1,2	1,0	0,9	0,4
Beherbergungs- und Gast- stättendienstleistungen	4,7	4,9	5,0	4,0	3,2	4,6
Andere Waren und Dienst- leistungen	5,4	3,8	4,6	4,3	4,1	4,8

1 Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe.

2 Gewerbetreibende, freiberuflich Tätige und Landwirte.

4.5.2 Konsumausgaben privater Haushalte nach Haushaltstyp

Der Vergleich einzelner Haushaltstypen zeigt deutliche Unterschiede in Niveau und Struktur der privaten Konsumausgaben. Die höchsten monatlichen Konsumausgaben tätigten im Jahr 2003 die sonstigen Haushalte (3035 Euro) und die Haushalte von Paaren mit Kind(ern) (2854 Euro). Es folgten die Ausgaben der Paare ohne Kinder, die fast doppelt soviel (2502 Euro) ausgaben wie die allein Lebenden (1 347 Euro). Die Haushalte von allein Lebenden gaben mit 1 347 Euro am wenigsten aus, gefolgt von den allein Erziehenden mit 1 670 Euro. Berücksichtigt man, dass in einem Haushalt von allein Erziehenden mindestens zwei Personen leben, sind bei diesem Haushaltstyp die durchschnittlichen Pro-Kopf-Ausgaben am niedrigsten. Anteilig wendeten mit 56,5 % die allein Erziehenden auch das meiste Geld für Ernährung, Bekleidung und Wohnen auf. Bei den allein Lebenden betrug der Anteil dafür 53,3 % und bei den Paaren mit Kind(ern) 52,1 %. Am niedrigsten lag der Grundversorgungsanteil bei den Haushalten von Paaren ohne Kinder (49,0 %). Hinsichtlich der anteilmäßigen Zusammensetzung der Grundbedürfnisse lassen sich erhebliche Unterschiede für die einzelnen Haushaltstypen nachweisen: Während Paarhaushalte mit Kind(ern) rund 15,4 % ihres gesamten Konsums für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren ausgaben, waren es bei den allein Lebenden nur 12,4 %. Dafür hatten sie mit 36,4 % den höchsten Ausgabenanteil für Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung, gefolgt von den allein Erziehenden mit 34,4 %. Paare mit Kind(ern) hatten mit 31,0 % wie auch Paare ohne Kinder (30,6 %) einen wesentlich geringeren Wohnkostenanteil.

Allein Lebende und Paare ohne Kinder nutzten ihre vorhandenen finanziellen Spielräume insbesondere für höhere Ausgaben in den Bereichen Freizeit, Unterhaltung und Kultur (12,2 % bzw. 12,4 %) sowie Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen (4,9 % bzw. 5,2 %). Bei den allein Erziehenden lagen die Anteile der Ausgaben für Bildung mit 2,3 % (39 Euro) und die Ausgabenanteile für Nachrichtenübermittlung mit 4,6 % (77 Euro) am höchsten. Mit 498 Euro und einem Anteil von 16,4 % hatten die sonstigen Haushalte die höchsten Verkehrsausgaben.

4.5.3 Konsumausgaben privater Haushalte nach Haushaltsnettoeinkommen

Haushalte am so genannten unteren Rand der Einkommensverteilung, d.h. Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von weniger als 900 Euro, gaben im Jahr 2003 durchschnittlich 807 Euro für den Privaten Konsum aus. Die höchste Einkommensgruppe mit Haushaltsnettoeinkommen von 5000 bis unter 18000 Euro wendete dagegen im Durchschnitt 4 117 Euro und damit mehr als das Fünffache dafür auf. Mit zunehmender Einkommenshöhe ändert sich die Zusammensetzung der Konsumausgaben. Während die Gruppe der Haushalte mit Niedrigeinkommen unter 900 Euro im Jahr 2003 rund 62,8 % ihrer Gesamtausgaben für Grundbedürfnisse (allein 41,0 % für das Wohnen) aufzubringen hatte, sank dieser Anteil bei den Haushalten mit Monateinkommen zwischen 2600 und 3600 Euro auf 50,9 % und fiel bei den Einkommensbezieher der höchsten Einkommensklasse (5000 bis unter 18000 Euro) auf 45,4 %.

Tab. 7: Konsumausgaben privater Haushalte¹ 2003 nach Haushaltstyp

	Allein Lebende	Allein Erziehende ²	Paare ³			Sonstige Haushalte
			insgesamt	ohne Kinder	mit Kind(ern) ⁴	
je Haushalt und Monat in EUR						
Private Konsumausgaben	1 347	1 670	2 631	2 502	2 854	3 035
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	166	264	374	336	439	449
Bekleidung und Schuhe	62	105	138	123	163	160
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	490	575	810	766	886	905
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	69	82	164	156	176	175
Gesundheitspflege	55	39	104	121	73	110
Verkehr	148	170	385	370	411	498
Nachrichtenübermittlung	49	77	71	64	83	109
Freizeit, Unterhaltung u. Kultur	164	192	322	311	339	339
Bildungswesen	7	39	25	9	53	29
Beherbergungs- u. Gaststättendienstleistungen	66	51	124	130	113	125
Andere Waren u. Dienstleistungen	69	77	116	116	117	136
je Haushalt und Monat in Prozent						
Private Konsumausgaben	100	100	100	100	100	100
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	12,4	15,8	14,2	13,4	15,4	14,8
Bekleidung und Schuhe	4,6	6,3	5,2	4,9	5,7	5,3
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	36,4	34,4	30,8	30,6	31,0	29,8
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	5,1	4,9	6,2	6,2	6,2	5,8
Gesundheitspflege	4,1	2,3	3,9	4,8	2,6	3,6
Verkehr	11,0	10,2	14,6	14,8	14,4	16,4
Nachrichtenübermittlung	3,7	4,6	2,7	2,6	2,9	3,6
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	12,2	11,5	12,2	12,4	11,9	11,2
Bildungswesen	0,5	2,3	1,0	0,4	1,9	0,9
Beherbergungs- u. Gaststättendienstleistungen	4,9	3,1	4,7	5,2	4,0	4,1
Andere Waren u. Dienstleistungen	5,1	4,6	4,4	4,6	4,1	4,5

1 Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe.

2 Ledige(s) Kind(er) unter 18 Jahren.

3 Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften einschl. gleichgeschlechtlicher Lebenspartner-schaften.

4 Ledige(s) Kind(er) des/der Haupteinkommensbeziehers/-bezieherin oder des/der Ehepartners/-partnerin, Lebensgefährten/-gefährtin unter 18 Jahren.

Mit zunehmenden Einkommen stiegen die Ausgaben und die entsprechenden Anteile für Innenausstattung, Gesundheitspflege, Verkehr, Freizeit und Kultur, Bildungswesen sowie Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen: Die in der Statistik nachgewiesenen Höchstverdiener mit monatlichen Haushalts-Nettoeinkommen von 5 000 bis unter 18 000 Euro gaben bis zu zehn Mal mehr aus als die Niedrigverdiener

mit Haushalts-Nettoeinkommen unter 900 Euro. Besonders ausgeprägt ist der Unterschied bei den Verkehrsausgaben. Während die Haushalte der untersten Einkommenskategorie nur 68 Euro bzw 8,4 % ihres Budgets monatlich an Verkehrsausgaben hatten, war es bei der höchsten Einkommensgruppe mit 663 Euro im Monat (16,1 %) das Neunfache. Besonders ausgeprägte Ausgabenunterschiede bestehen auch bei

Tab. 8: Konsumausgaben privater Haushalte¹ 2003
nach Haushaltsnettoeinkommensklassen

	Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... EUR							
	unter 900	900– 1300	1300– 1500	1500– 2000	2000– 2600	2600– 3600	3600– 5000	5000– 18000
<i>je Haushalt und Monat in EUR</i>								
Private Konsumausgaben	807	1 099	1 334	1 580	1 983	2 473	3 061	4 117
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	140	179	209	243	300	357	404	463
Bekleidung und Schuhe	36	51	63	81	99	126	162	226
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	331	420	484	539	640	776	945	1 182
Innenausstattung, Haushalts- geräte und -gegenstände	28	53	60	79	110	145	196	277
Gesundheitspflege	18	31	35	48	62	80	124	246
Verkehr	68	94	147	188	265	367	471	663
Nachrichtenübermittlung	41	48	52	59	63	75	85	104
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	74	122	153	188	249	301	363	509
Bildungswesen	6	7	9	11	15	23	31	45
Beherbergungs- und Gast- stättendienstleistungen	29	41	61	67	88	114	145	209
Andere Waren und Dienst- leistungen	37	52	62	77	92	110	136	192
<i>je Haushalt und Monat in Prozent</i>								
Private Konsumausgaben	100	100	100	100	100	100	100	100
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	17,3	16,3	15,7	15,4	15,1	14,4	13,2	11,2
Bekleidung und Schuhe	4,5	4,6	4,7	5,1	5,0	5,1	5,3	5,5
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	41,0	38,2	36,3	34,1	32,3	31,4	30,9	28,7
Innenausstattung, Haushalts- geräte und -gegenstände	3,5	4,8	4,5	5,0	5,5	5,9	6,4	6,7
Gesundheitspflege	2,2	2,8	2,6	3,0	3,1	3,2	4,1	6,0
Verkehr	8,4	8,6	11,0	11,9	13,4	14,8	15,4	16,1
Nachrichtenübermittlung	5,1	4,4	3,9	3,7	3,2	3,0	2,8	2,5
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	9,2	11,1	11,5	11,9	12,6	12,2	11,9	12,4
Bildungswesen	0,7	0,6	0,7	0,7	0,8	0,9	1,0	1,1
Beherbergungs- und Gast- stättendienstleistungen	3,6	3,7	4,6	4,2	4,4	4,6	4,7	5,1
Andere Waren und Dienst- leistungen	4,6	4,7	4,6	4,9	4,6	4,4	4,4	4,7

1 Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe.

den Ausgaben für Gesundheitspflege. Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von unter 900 Euro gaben dafür 18 Euro im Monat (2,2 %) aus, während die Ausgaben der Haushalte mit höchstem Einkommen 246 Euro (6,0 %) und damit mehr als das Dreizehnfache betrugen. Die Ausgaben für das Bildungswesen sowie andere Waren und Dienstleistungen stiegen zwar auch mit zunehmendem Einkommen an, machen aber bei fast allen Einkommensklassen in etwa den gleichen Anteil aus.

Bei der Betrachtung nach dem Haushaltsnettoeinkommen bilden die Ausgaben für Nachrichtenübermittlung – abgesehen von den Grundversorgungsausgaben für Wohnen, Nahrung und Bekleidung – eine Ausnahme. Die Ausgaben für die Nachrichtenübermittlung steigen zwar auch mit zunehmendem Nettoeinkommen, aber prozentual gesehen sind diese mit steigendem Einkommen rückläufig. So wendeten die Haushalte mit der niedrigsten Einkommensklasse dafür anteilig 5,1 % (41 Euro) auf, während es bei der höchsten Einkommensklasse gerade mal 2,5 % (104 Euro) waren.

4.6 Ausstattung der Haushalte mit Gebrauchsgütern

Aussagen über den erreichten materiellen Lebensstandard der privaten Haushalte in Deutschland lassen sich auch aus der Verfügbarkeit langlebiger Gebrauchsgüter gewinnen. Dazu gehört z.B. die Ausstattung mit elektrischen Haushaltsgeräten, der Besitz von Kraftfahrzeugen sowie von Gütern der Unterhaltungselektronik (u.a. Videokameras/Camcorder, CD-Player, DVD-Player, Videorecorder usw.) für Zwecke der Freizeitgestaltung. Auch die Anschaffung bzw. Ausstattung von und mit Produkten der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) wie Personalcomputern, Mobiltelefonen oder Internetzugang lassen wichtige Rückschlüsse auf die Lebensverhältnisse der Haushalte zu. Aktuelle Daten über die Ausstattung der Haushalte mit derartigen Gebrauchsgütern stellen die Laufenden Wirtschaftsrechnungen zur Verfügung. Die im Folgenden verwendeten Daten stammen aus den Allgemeinen Angaben der Laufenden Wirtschaftsrechnungen 2005, in denen mit Stichtag 1. Januar 2005 bei rund 8000 Haushalten eine Abfrage über deren Ausstattung mit verschiedenen Gebrauchsgütern durchgeführt wurde. Befragt wurden dabei alle privaten Haushalte mit Ausnahme der Selbstständigen und Landwirte. Auch Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18000 Euro und mehr wurden nicht in diese Befragung einbezogen, da diese Haushalte nicht in ausreichender Zahl an der Erhebung teilnehmen, um repräsentative Ergebnisse über sie nachweisen zu können. Nicht berücksichtigt wurden außerdem Personen bzw. Haushalte in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

4.6.1 Ausstattung der Haushalte mit elektrischen Haushaltsgeräten

»Traditionelle« elektrische Haushaltsgeräte wie der Kühlschrank sind in nahezu jedem Haushalt vorhanden. Hier lag der Ausstattungsgrad Anfang 2005 bei 99 %. Hingegen besaßen nur 39 % aller Haushalte einen Wäschetrockner. Bestimmend für das

Tab. 9: Ausstattung privater Haushalte mit elektrischen Haushaltsgeräten 2005 nach Haushaltstyp¹

	Haus- halte ins- gesamt	Allein Lebende	Allein Erzie- hende ²	Paare ³			Sonstige Haus- halte
				ins- gesamt	ohne Kinder	mit Kind(ern) ⁴	
Erfasste Haushalte (Anzahl)	7 858	1 928	241	3 976	2 742	1 234	1 713
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	35 528	13 374	1 222	15 649	10 478	5 171	5 283
<i>Ausstattungsgrad⁵ je 100 Haushalte</i>							
Kühlschrank	99,1	98,6	99,7	99,4	99,5	99,2	99,3
Gefrierschrank, Gefriertruhe	72,5	54,2	64,1	84,0	83,2	85,6	86,7
Geschirrspülmaschine	59,1	35,0	65,5	73,7	68,2	84,8	75,6
Mikrowellengerät	67,0	53,3	71,0	74,0	69,6	83,0	80,0
Wäschetrockner	39,3	20,8	36,6	50,8	44,9	62,9	52,7
<i>Ausstattungsbestand⁶ je 100 Haushalte</i>							
Kühlschrank	115,3	101,7	107,4	122,5	123,4	120,6	130,3
Gefrierschrank, Gefriertruhe	83,6	56,4	66,1	100,4	100,2	100,7	107,1
Geschirrspülmaschine	59,8	35,1	65,7	74,5	69,1	85,3	77,6
Mikrowellengerät	68,7	53,7	71,0	75,7	71,5	84,3	85,0
Wäschetrockner	39,5	20,9	36,7	51,1	45,2	63,1	53,1

1 Ergebnis der Laufenden Wirtschaftsrechnungen.

2 Ledige(s) Kind(er) unter 18 Jahren.

3 Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften einschl. gleichgeschlechtlicher Lebenspartner-schaften.

4 Ledige(s) Kind(er) des/der Haupteinkommensbeziehers/-bezieherin oder des/der Ehepartners/-part-nerin, Lebensgefährten/-gefährtin unter 18 Jahren.

5 Anzahl der Haushalte, in denen entsprechende langlebige Gebrauchsgüter vorhanden sind, bezo-gen auf hochgerechnete Haushalte der jeweiligen Spalte.

6 Anzahl der in den Haushalten vorhandenen langlebigen Gebrauchsgüter, bezogen auf hochgerech-nete Haushalte der jeweiligen Spalte.

Ausmaß der Ausstattung mit elektrischen Haushaltsgeräten ist u.a. der Haushaltstyp. Insbesondere allein Lebende lagen jeweils recht deutlich unter den ermittelten Durchschnittswerten. Im Vergleich dazu nahmen allein Erziehende technische Haus-haltshilfen wesentlich stärker in Anspruch, um bestimmte Hausarbeiten zu erledigen. Hier fällt insbesondere die Ausstattung mit Geschirrspülmaschinen und Mikrowellen-geräten auf. Deren Ausstattungsgrad lag bei den allein Erziehenden mit knapp 66 % bzw. 71 % wesentlich höher als bei den allein Lebenden mit 35 % bzw. 53 %. Bei Mikrowellengeräten wiesen die allein Erziehenden sogar einen leicht höheren Aus-stattungsgrad auf als Paare ohne Kinder mit rund 70 %. Paarhaushalte mit Kindern wiesen durchgängig für alle betrachteten elektrischen Haushaltsgeräte die höchsten Ausstattungsgrade auf. Der Ausstattungsgrad mit Wäschetrocknern war bei ihnen mit rund 63 % drei Mal so hoch wie bei den allein Lebenden mit 21 %. Die Aus-stattungsgrade mit Geschirrspülmaschinen, Mikrowellen und Gefrierschränken lagen in den Paarhaushalten mit Kindern bei durchgängig über 80 % und damit deut-lich über den Durchschnittswerten für alle Haushalte. Beispielsweise besaßen 86 % der Paarhaushalte mit Kindern Gefrierschränke, verglichen mit einem Durchschnitts-

wert von 73 %. In 85 % dieser Haushalte gab es eine Geschirrspülmaschine (Bundesdurchschnitt: 59 %) und 83 % verfügten über Mikrowellengeräte (Bundesdurchschnitt: 67 %).

4.6.2 Ausstattung der Haushalte mit Unterhaltungselektronik

Im Rahmen der Laufenden Wirtschaftsrechnungen wird neben der technologischen Entwicklung im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) insbesondere die Entwicklung bei den Gütern der Unterhaltungselektronik erfasst. Im

Tab. 10: Ausstattung privater Haushalte mit Empfangs-, Aufnahme- und Wiedergabegeräten von Bild und Ton 2005¹

	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Erfasste Haushalte (Anzahl)	7 858	6 353	1 505
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	35 528	28 831	6 696
<i>Ausstattungsgrad² je 100 Haushalte</i>			
DVD-Player/-Recorder	50,1	51,0	46,4
Videorecorder	70,1	70,0	70,2
Camcorder (Videokamera)	19,4	19,1	21,0
Camcorder (Videokamera) analog	13,8	13,5	15,3
Camcorder (Videokamera) digital	6,6	6,6	6,7
Fotoapparat analog	74,9	74,2	77,9
Digitalkamera (Fotoapparat digital)	31,9	33,1	27,1
Hi-Fi-Anlage	72,1	73,3	66,9
MP3-Player	14,7	15,4	11,9
Satellitenempfangsanlage	39,0	40,1	34,6
Kabelanschluss	52,1	49,8	62,4
CD-Player/-Recorder (auch im PC)	69,6	70,1	67,7
Mini-Disc-Player/-Recorder	10,8	11,5	7,9
<i>Ausstattungsbestand³ je 100 Haushalte</i>			
DVD-Player/-Recorder	63,2	64,7	56,9
Videorecorder	84,7	84,5	85,3
Camcorder (Videokamera)	20,8	20,5	22,1
Camcorder (Videokamera) analog	14,0	13,6	15,5
Camcorder (Videokamera) digital	6,9	6,9	6,7
Fotoapparat analog	102,7	102,7	103,0
Digitalkamera (Fotoapparat digital)	36,1	37,3	30,9
Hi-Fi-Anlage	96,5	99,3	84,6
MP3-Player	18,5	19,2	15,3
Satellitenempfangsanlage	42,1	43,5	36,1
Kabelanschluss	53,7	51,5	63,3
CD-Player/-Recorder (auch im PC)	104,3	106,9	93,3
Mini-Disc-Player/-Recorder	13,4	14,2	9,6

1 Ergebnis der Laufenden Wirtschaftsrechnungen.

2 Anzahl der Haushalte, in denen entsprechende langlebige Gebrauchsgüter vorhanden sind, bezogen auf hochgerechnete Haushalte der jeweiligen Spalte.

3 Anzahl der in den Haushalten vorhandenen langlebigen Gebrauchsgüter, bezogen auf hochgerechnete Haushalte der jeweiligen Spalte.

Jahr 2005 wurde unter anderem der Besitz von CD-Playern und -Recordern, DVD-Playern, Mini-Disc-Playern und -Recordern sowie MP3-Playern erfragt, wobei z.T. zwischen analogen und digitalen Geräten differenziert wurde.

Die Ausstattung der Haushalte im früheren Bundesgebiet und in den neuen Ländern und Berlin-Ost hat sich – von wenigen Gütern abgesehen – mit Empfangs-, Aufnahme- und Wiedergabegeräten von Bild und Ton Anfang 2005 weitgehend angenähert. Rund 70 % der Haushalte besaßen Anfang 2005 CD-Player, Videorecorder und Hifi-Anlagen. Knapp 75 % der Haushalte besaßen einen analogen Fotoapparat, während digitale Fotoapparate erst in jedem dritten Haushalt (32 %) vorhanden sind. DVD-Player sind bereits in jedem zweiten Haushalt (50 %) verfügbar. Mehr als die Hälfte der Haushalte besaß Kabelanschluss (52 %), wobei hier die Ausstattung der Haushalte im Osten mit 62 % sogar höher als im Westen (50 %) war.

Geringer dagegen ist die Präsenz anderer moderner Geräte der Unterhaltungselektronik. So besaßen Anfang 2005 nur 19 % der Haushalte in Deutschland Camcorder/Videokameras. Auch die erstmals erfragten MP3-Player waren nur in 15 % der Haushalte vorzufinden. Mini-Disc-Player/-Recorder gaben nur 11 % der Haushalte als vorhandenes Ausstattungsgut an.

4.6.3 Ausstattung der Haushalte mit Personalcomputern und Gütern der Nachrichtenübermittlung

Die größte Dynamik ist in den zurückliegenden Jahren in der Haushaltsausstattung mit Informations- und Kommunikationstechnologien festzustellen. Die neuen Technologien haben sich in ostdeutschen Haushalten nahezu genauso etabliert wie in westdeutschen Haushalten. Es bestehen keine nennenswerten Unterschiede in den Ausstattungsgraden mehr. Nachdem im Jahr 2001 erst 53 % der Haushalte einen PC ihr Eigen nannten, waren es Anfang 2005 bereits 69 %. Zugang zum Internet hatten Anfang 2005 insgesamt 55 % aller Haushalte verglichen mit 27 % vier Jahre zuvor. Der Ausstattungsgrad mit Mobiltelefonen betrug 76 %. Der Ausstattungsbestand mit Handys lag sogar höher als der der Festnetztelefone. Zum Jahresbeginn 2005 kamen 127 Handys auf 100 Haushalte, verglichen mit 115 Festnetztelefonen.

Wie eine Analyse der Ausstattungen mit Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) zeigt, gibt es erhebliche Unterschiede in der Ausstattung mit moderner Informations- und Kommunikationstechnik in Abhängigkeit vom jeweiligen Alter der Haupteinkommensbezieher. So lag der Ausstattungsgrad bei PCs zu Beginn des Jahres 2005 in allen Altersklassen bis unter 55 Jahren deutlich über dem allgemeinen Durchschnitt von 69 %. Am höchsten war Anfang 2005 der Ausstattungsgrad bei den Altersgruppen der 25- bis unter 35-Jährigen und der 35- bis unter 45-Jährigen, von denen 88 % einen PC besaßen. Bei den 55- bis unter 65-Jährigen verfügten 69 % der Haushalte über einen PC, bei den 65- bis unter 70-Jährigen war es jeder zweite Haushalt und bei den 70- bis unter 80-Jährigen war es nahezu jeder dritte Haushalt (29 %).

Ähnlich ist die altersspezifische Verteilung beim Internetzugang. Auch hier lagen die Ausstattungsgrade der Haushalte mit unter 55-jährigen Haupteinkommensbeziehern

durchweg über dem Durchschnittswert von 55 %. Mit knapp drei Viertel (74 % der Haushalte) war bei den 35- bis unter 45-Jährigen der Anteil der ans Internet Ange-schlossenen am höchsten. Der fehlende Zugang zum Internet ist mit wachsendem Alter des Haupteinkommensbeziehers noch ausgeprägter als bei der Ausstattung mit PC. Bei den 55- bis unter 65-Jährigen verfügten 53 % der Haushalte über die tech-nischen Voraussetzungen, um im Internet zu surfen. Bei den 65- bis unter 70-Jähri-gen waren es noch 34 %, bei den 70- bis unter 80-Jährigen 18 %.

Die Nutzung derartiger Technologien ist neben dem Alter auch in hohem Maße von der Zugehörigkeit zu bestimmten Haushaltstypen und vom jeweiligen Nettoeinkommen der Haushalte abhängig. Eine Gegenüberstellung nach Haushaltstypen zeigt zum Bei-spiel, dass so genannte »Familienhaushalte«, d.h. Haushalte mit Kindern, deutlich besser mit PC und Internet ausgestattet sind als andere Haushaltstypen. Anfang

Tab. 11: Ausstattung privater Haushalte mit PC und Gütern
der Nachrichtenübermittlung¹ 2005

	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Erfasste Haushalte (Anzahl)	7 858	6 353	1 505
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	35 528	28 831	6 696
<i>Ausstattungsgrad² je 100 Haushalte</i>			
Personalcomputer	68,6	69,0	66,6
PC stationär	62,9	63,1	62,1
PC mobil (Notebook, Laptop, Palmtop)	17,2	17,6	15,2
Internetanschluss, -zugang	54,6	55,2	51,6
ISDN-Anschluss	23,9	26,0	14,9
Telefon	99,3	99,2	99,8
Telefon stationär (auch schnurlos)	95,9	95,8	96,3
Telefon mobil (Autotelefon, Handy)	76,4	76,7	75,3
Anrufbeantworter stationär	47,1	47,4	45,7
Telefaxgerät	18,7	19,5	15,4
Navigationssystem im Kfz	4,4	4,7	(3,1)
<i>Ausstattungsbestand³ je 100 Haushalte</i>			
Personalcomputer	98,5	100,0	92,1
PC stationär	79,3	80,3	75,4
PC mobil (Notebook, Laptop, Palmtop)	19,2	19,8	16,7
Internetanschluss, -zugang	57,2	58,0	53,4
ISDN-Anschluss	24,4	26,5	15,1
Telefon	241,3	243,6	231,4
Telefon stationär (auch schnurlos)	114,7	116,7	106,3
Telefon mobil (Autotelefon, Handy)	126,5	126,9	125,1
Anrufbeantworter stationär	48,0	48,5	46,0
Telefaxgerät	18,9	19,7	15,5
Navigationssystem im Kfz	4,6	4,9	(3,1)

1 Ergebnis der Laufenden Wirtschaftsrechnungen.

2 Anzahl der Haushalte, in denen entsprechende langlebige Gebrauchsgüter vorhanden sind, bezo-gen auf hochgerechnete Haushalte der jeweiligen Spalte.

3 Anzahl der in den Haushalten vorhandenen langlebigen Gebrauchsgüter, bezogen auf hochgerech-nete Haushalte der jeweiligen Spalte.

2005 besaßen knapp 93 % der Paare mit Kindern einen PC und knapp 81 % dieser Haushalte hatten Internetzugang. Auch bei den allein Erziehenden mit minderjährigen Kindern sind überdurchschnittlich hohe Ausstattungsgrade festzustellen: 89 % der allein Erziehenden verfügten zu Beginn des Jahres 2005 über einen eigenen Computer und rund 65 % besaßen Internetanschluss.

Bei der überdurchschnittlichen Ausstattung dieser Haushaltstypen mit IKT-Gütern spielt sicherlich eine Rolle, dass gerade Kinder im Schulalter sowohl für Ausbildungs- als auch zu Unterhaltungszwecken derartige Technologien nutzen. Hinzu kommt ferner, dass Erwachsene in diesen Haushalten lebenszyklisch in aller Regel im Erwerbsleben stehen und dort mit innovativen Geräten der IKT arbeiten, deren Vorteile sie auch im häuslichen Umfeld nicht missen möchten.

Unterdurchschnittlich waren die Ausstattungsgrade bei Paaren ohne Kinder sowie bei den allein Lebenden. Die niedrigste Ausstattung mit PC und Internet wiesen jeweils die allein lebenden Frauen auf. Nur 44 % (allein lebende Männer: 65 %) von ihnen verfügten über einen PC und nur 31 % (allein lebende Männer: 53 %) über einen Internetanschluss.

Die Abhängigkeit der PC- und Internetausstattung von den Einkommensverhältnissen der privaten Haushalte belegen abschließend noch folgende Zahlen aus den laufenden Wirtschaftsrechnungen 2005. So hatten nur rund 51 % der Haushalte mit einem Monatsnettoeinkommen von unter 1 300 Euro einen PC. Bei den Haushalten mit Einkommen zwischen 5 000 Euro und 18 000 Euro monatlich waren es dagegen 94 %. Bei Internetanschlüssen liegt der Ausstattungsanteil bei den Niedrigeinkommensbezieherinnen bei 37 %, bei den Besserverdienenden der Einkommensgruppe 5 000 bis unter 18 000 Euro sind es 86 %.

4.6.4 Ausstattung der Haushalte mit Fahrzeugen und Sportgeräten

Der Motorisierungsgrad der Haushalte hat weiter leicht zugenommen. 77 % aller Haushalte in Deutschland hatten Anfang 2005 einen oder mehrere Personenkraftwagen (früheres Bundesgebiet: knapp 78 %, neue Länder und Berlin-Ost: 74 %). Im Vergleich dazu lag der Ausstattungsgrad mit Pkw im Jahr 2001 in Deutschland noch bei 75 %.

Ähnlich hoch wie bei Pkw ist – was den Ausstattungsgrad anbelangt – auch die Verfügbarkeit von Fahrrädern in deutschen Haushalten. Anfang 2005 besaßen 80 % der Privathaushalte ein oder mehrere Fahrräder. Allerdings herrscht bei den Fahrrädern ein sehr viel höheres Maß an Mehrfachausstattungen vor als bei den Personenkraftwagen. So kamen im Bundesdurchschnitt Anfang 2005 178 Fahrräder auf 100 Haushalte. Im früheren Bundesgebiet waren es sogar 182 Fahrräder je 100 Haushalte (neue Länder und Berlin-Ost: 160 Fahrräder je 100 Haushalte).

Im Rahmen der Laufenden Wirtschaftsrechnungen wird auch die Verfügbarkeit von Hometrainern in privaten Haushalten erfasst (s. Tab. 12). Anfang 2005 waren 27,3 % aller Haushalte im Besitz derartiger Geräte. Zwischen West (27,4 %) und Ost (26,8 %) waren dabei kaum nennenswerte Ausstattungsunterschiede erkennbar.

Tab. 12: Ausstattung priv. Haushalte mit Fahrzeugen und Sportgeräten¹ 2005

	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Erfasste Haushalte (Anzahl)	7 858	6 353	1 505
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	35 528	28 831	6 696
<i>Ausstattungsgrad² je 100 Haushalte</i>			
Fahrzeuge			
Personenkraftwagen	76,8	77,5	74,1
Fabrikneu gekauft	36,0	35,5	38,4
Gebraucht gekauft	46,6	47,5	43,0
Geleast ³	2,9	3,2	(1,5)
Kraftrad	10,8	11,8	6,4
Fahrrad	79,8	81,1	74,3
Sonstige Geräte			
Sportgeräte (Hometrainer)	27,3	27,4	26,8
<i>Ausstattungsbestand⁴ je 100 Haushalte</i>			
Fahrzeuge			
Personenkraftwagen	101,5	102,4	97,7
Fabrikneu gekauft	40,3	39,8	42,5
Gebraucht gekauft	58,0	59,1	53,5
Geleast ⁴	3,2	3,6	(1,7)
Kraftrad	12,7	13,8	7,8
Fahrrad	178,1	182,4	159,7
Sonstige Geräte			
Sportgeräte (Hometrainer)	31,0	31,4	29,3

1 Ergebnis der Laufenden Wirtschaftsrechnungen.

2 Anzahl der Haushalte, in denen entsprechende langlebige Gebrauchsgüter vorhanden sind, bezogen auf hochgerechnete Haushalte der jeweiligen Spalte.

3 Auch vom Arbeitgeber oder vom eigenen Unternehmen zur Verfügung gestellt. Keine Ratenkäufe.

4 Anzahl der in den Haushalten vorhandenen langlebigen Gebrauchsgüter, bezogen auf hochgerechnete Haushalte der jeweiligen Spalte.

4.7 Verbraucherinsolvenzen

Nach einer Studie im Auftrage des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gelten in Deutschland bis zu 3 Mill. Haushalte als überschuldet, d.h. sie können mit ihrem laufenden Einkommen ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr vollständig nachkommen. Wenn Schuldnerinnen und Schuldner nach Mahnverfahren und Lohnpfändung die Gläubiger nicht zufrieden stellen können, kommt es im Allgemeinen zur Abnahme einer eidesstattlichen Versicherung durch den Gerichtsvollzieher. Im Rahmen dieser Versicherung muss der Schuldner die Vollständigkeit und Richtigkeit einer Vermögensaufstellung an Eides statt versichern. Danach wird der Schuldner in einem Verzeichnis geführt, das nach drei Jahren gelöscht wird, sofern kein Gläubiger erneut eine derartige Versicherung verlangt. Die Abgabe eidesstattlicher Versicherungen hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Zuletzt im Jahr 2003 wurden über 1 Mill. derartiger Maßnahmen ergriffen.

Die praktisch lebenslange Nachhaftung ließ viele Schuldnerinnen und Schuldner in die Schattenwirtschaft bzw. Schwarzarbeit abgleiten und ihre Fähigkeiten gingen der Volkswirtschaft verloren. Da ein Insolvenzverfahren zur Regelung der Auseinandersetzung zwischen Gläubigern und Schuldnern Privatpersonen weitgehend verschlossen blieb, hat der Gesetzgeber im Zuge der Neugestaltung des Insolvenzrechts seit 1999 die Möglichkeit geschaffen, dass auch private Schuldnerinnen und Schuldner ein Insolvenzverfahren in Anspruch nehmen können. Hilfreich für die Schuldner konnte ein derartiges Verfahren jedoch nur dann sein, wenn am Ende eine Befreiung von der Restschuld in Aussicht gestellt wird. Aber auch für die Gläubiger sollte sich ein solches Verfahren bezahlt machen, indem sie zumindest einen Teil ihrer Forderungen erstattet bekommen.

Speziell für private Schuldnerinnen und Schuldner wurde daher 1999 das so genannte Verbraucherinsolvenzverfahren eingeführt, das gegenüber dem Regelinsolvenzverfahren, das vor allem auf Unternehmen zugeschnitten ist, einen vereinfachten Ablauf aufweist. Bevor jedoch ein Verbraucherinsolvenzverfahren beantragt werden kann, muss nachgewiesen werden, dass außergerichtlich eine Einigung zwischen Gläubiger und Schuldner auf der Grundlage eines Plans erfolglos verlaufen ist. Erst wenn dies nicht gelingt, kommt ein Verbraucherinsolvenzverfahren in Betracht. Dieses sieht vor, dass Schuldnerinnen und Schuldner sechs Jahre lang ihr pfändbares Einkommen oder ähnliche Bezüge dem Gläubiger zur Verfügung stellen und ihnen am Ende eine Restschuldbefreiung gewährt wird. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass ein Verbraucherinsolvenzverfahren eröffnet wird, d.h. die Schuldner müssen in der Lage sein, die Verfahrenskosten zu bezahlen. Da diese Kosten sich anfänglich als unüberwindbares Hindernis erwiesen haben, wurde im Dezember 2001 die Insolvenzordnung erneut geändert und in diesen Fällen die Stundung der Verfahrenskosten durch die Staatskasse vorgesehen.

Als 1999 die neuen Vorschriften in Kraft traten, wurde davon zunächst nur zögerlich Gebrauch gemacht. Dies lag zum einen daran, dass zuvor erst außergerichtliche

Tab. 13: Verbraucherinsolvenzen¹

Jahr	Eröffnete Verfahren	Mangels Masse abgewiesene Verfahren	Schuldenbereinigungsplan angenommen	Verfahren insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum	Durchschnittliche Schulden je Fall
					in %	in 1000 EUR
1999	1634	1496	227	3357	x	179
2000	6886	2449	1144	10479	+ 212,2	189
2001	9070	2552	1655	13277	+ 26,7	193
2002	19857	489	1095	21441	+ 61,5	115
2003	32131	244	1234	33609	+ 56,8	92
2004	47230	252	1641	49123	+ 46,2	75
2005	66945	279	1674	68898	+ 40,3	69

1 Ohne Kleingewerbe und ohne ehemals selbstständig Tätige.

Einigungsversuche unternommen und bestätigt werden mussten, bevor ein gerichtliches Verfahren in Frage kam. Als im Jahr 2000 die Schuldnerberatungsstellen zu Insolvenzberatungsstellen aufgewertet und damit die überschuldeten Haushalte besser informiert wurden, verdreifachte sich die Zahl der Verbraucherinsolvenzen binnen Jahresfrist auf über 10 000. Auch 2001 stiegen die Verbraucherinsolvenzen um ein Viertel an. Seit 2002, mit Einführung der Möglichkeit, sich die Verfahrenskosten stunden zu lassen, benutzen immer mehr Verbraucher diese Regelung, um sich mit Hilfe eines Insolvenzverfahrens von ihren Schulden zu befreien. Als 2002 die gesetzliche Änderung erstmals wirksam wurde, machten rund 21 000 Schuldner davon Gebrauch. Bis 2005 stieg diese Zahl auf rund 69 000 und hat sich damit mehr als verdreifacht.

Die überschuldeten Haushalte weisen relativ hohe Verbindlichkeiten auf, die sich in den letzten beiden Jahren in der Größenordnung von durchschnittlich rund 70 000 Euro bewegten. Bis 2001, also vor Einführung der Stundung, waren die durchschnittlichen Verbindlichkeiten mehr als doppelt so hoch gewesen. Dies hängt in erster Linie damit zusammen, dass bis 2001 nicht trennscharf zwischen reinen Verbrauchern und Personen unterschieden wurde, die früher einmal beruflich selbstständig tätig waren und aufgrund dieser Selbstständigkeit höhere Verbindlichkeiten besaßen.

5 Wohnen

Angaben über das Wohnen und die Wohnungsversorgung werden in Deutschland in größeren Zeitabständen erhoben. Die letzte als Totalzählung durchgeführte Gebäude- und Wohnungszählung fand im früheren Bundesgebiet am 25. Mai 1987 und in den neuen Ländern und Berlin-Ost am 30. September 1995 statt. Daneben stellte die 1 %-Gebäude- und Wohnungsstichprobe vom 30. September 1993 erstmals gesamtdeutsche Ergebnisse bereit. Neueste Angaben über Wohnungen und insbesondere über die Wohnsituation der Haushalte liegen aus einer mit dem Mikrozensus des Jahres 2002 durchgeführten wohnungstatistischen Zusatzerhebung vor. Da diese Erhebung alle vier Jahre stattfindet, werden die Ergebnisse aus dem Mikrozensus 2006 im Datenreport 2008 enthalten sein.

Die Wohnverhältnisse im früheren Bundesgebiet und in den neuen Ländern einschließlich Berlin-Ost waren auch nach mehr als elf Jahren seit der Wiedervereinigung trotz gewisser Annäherungen nach wie vor unterschiedlich. Deshalb werden die Ergebnisse für beide Teilgebiete getrennt nachgewiesen, um entsprechende Vergleiche zu ermöglichen.

Unterschiede zwischen West und Ost werden schon bei sehr allgemeinen Übersichten erkennbar, etwa einem Vergleich der durchschnittlichen Wohnfläche. Im Westen verfügte im April 2002 jede in die Erhebung einbezogene Person über 42,8 Quadratmeter, im Osten nur über 36,2 Quadratmeter. In Wohngebäuden hatten die Wohnungen eine durchschnittliche Fläche von 92,5 Quadratmetern im Westen und 76,8 Quadratmetern im Osten.

Tab. 1: Wohnsituation in Deutschland 2002

Gebiet	Durchschnittliche Wohnfläche je	
	Wohnung	Person
	m ²	
Deutschland	89,6	41,6
Früheres Bundesgebiet	92,5	42,8
Neue Länder und Berlin-Ost	76,8	36,2

5.1 Altersstruktur des Wohnungsbestandes

27,9 % der Wohnungen in Deutschland stammen aus der Zeit bis 1948, 61 % entstanden zwischen 1949 und 1990 und jede neunte Wohnung wurde 1991 und später gebaut. Im Osten lag der Anteil der bis 1948 gebauten Wohnungen bei 42,6 %, während es im Westen nur knapp ein Viertel war.

Tab. 2: Wohnungen in Wohngebäuden 2002 nach dem Baujahr

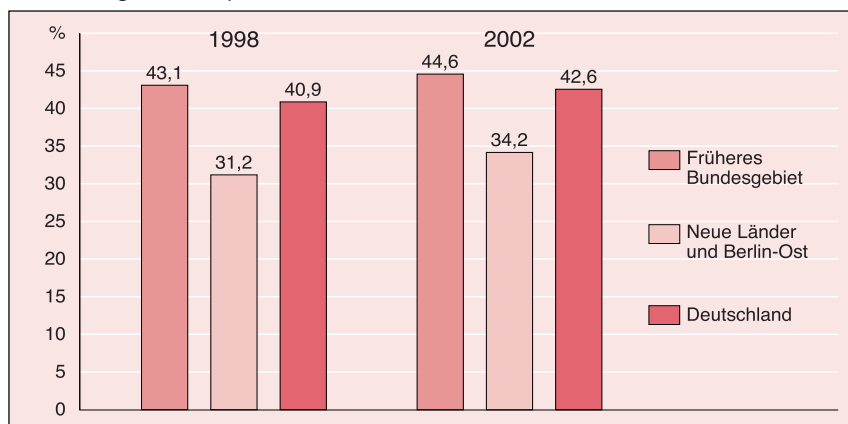
Gebiet	Wohnungen insgesamt	Davon errichtet ...					
		bis 1948		1949–1990		1991 und später	
	1 000	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Deutschland	38 259,8	10 679,4	27,9	23 329,6	61,0	4 250,9	11,1
Früheres Bundesgebiet	30 621,9	7 422,4	24,2	19 996,1	65,3	3 203,5	10,5
Neue Länder u. Berlin-Ost	7 638,0	3 256,9	42,6	3 333,5	43,6	1 047,4	13,7

Insgesamt sind die Gebäude – und damit die Wohnungen – im Osten erheblich älter als im Westen. Dies ist im Wesentlichen auf die geringere Neubautätigkeit in der ehemaligen DDR zurückzuführen. In den Jahren zwischen 1949 und 1990 wurden in den alten Bundesländern über 65 % aller Wohnungen gebaut, in den neuen nur etwa 44 %. Die starke Bautätigkeit in den neuen Ländern und Berlin-Ost zeigt den inzwischen stattfindenden Aufholprozess. So hat sich der Anteil der nach der Wiedervereinigung errichteten Wohnungen seit 1998 um 4,7 Prozentpunkte auf 13,7 % im Jahr 2002 erhöht und lag damit über dem Anteil der alten Bundesländer.

5.2 Eigentümerquote

Von den im April 2002 in Deutschland gezählten 35,1 Mill. bewohnten Wohnungen in Wohngebäuden waren 20 Mill. von Mietern sowie 15 Mill. von Eigentümern bewohnt.

Abb. 1: Eigentümerquote 1998/2002¹



¹ Eigentümerquote: Anteil der vom Eigentümer selbst bewohnten Wohnungen an allen Wohnungen in Wohngebäuden.

Von der Gesamtzahl der bewohnten Wohnungen lagen 28,6 Mill. im früheren Bundesgebiet, 15,9 Mill. waren Mietwohnungen, 12,7 Mill. Eigentumswohnungen. In den neuen Ländern und Berlin-Ost betrug die Wohnungszahl 6,5 Mill., die sich in 4,3 Mill. Mietwohnungen und 2,2 Mill. Eigentümerwohnungen aufteilte.

Die Eigentümerquote, die den Anteil der von den Eigentümern selbst bewohnten Wohnungen gemessen an allen bewohnten Wohnungen ausdrückt, lag im früheren Bundesgebiet bei 44,6 % und in den neuen Ländern und Berlin-Ost bei 34,2 %. Der Vergleich mit den Ergebnissen der Mikrozensus-Zusatzerhebung von 1998 zeigt eine stärkere Zunahme des Anteils der von den Eigentümern selbst genutzten Wohnungen im Osten gegenüber dem Westen. Dennoch lag im April 2002 die Eigentümerquote im früheren Bundesgebiet noch um über 10 Prozentpunkte höher als in den neuen Ländern und Berlin-Ost.

5.3 Größe der Wohnungen

Eigentümerwohnungen in Deutschland waren mit durchschnittlich 115,7 Quadratmetern wesentlich größer als Mietwohnungen mit durchschnittlich rund 70 Quadratmetern. 70,7 % der Mietwohnungen hatten bis 80 Quadratmeter Wohnfläche, während es bei den Eigentümerwohnungen 17,5 % waren. Dementsprechend standen in der Größenklasse ab 80 Quadratmetern Wohnfläche 29,3 % der Mietwohnungen 82,5 % der Eigentümerwohnungen gegenüber. Diese unterschiedliche Struktur ist sicher zum größten Teil durch die Einfamilienhäuser bestimmt, die meist über 100 Quadratmeter Wohnfläche haben und von ihren Eigentümern überwiegend selbst bewohnt werden.

Tab. 3: Bewohnte Wohnungen in Wohngebäuden nach der Wohnfläche 2002

Gebiet/ Art der Wohnung	ins- gesamt	Miet- und Eigentümerwohnungen				Durch- schnitt- liche Fläche je Woh- nung m²
		davon mit einer Fläche von ... bis unter ... m²				
		unter 40	40–80	80–100	100 und mehr	
	1 000	%				
Deutschland	35 127,7	4,7	43,4	17,6	34,4	89,6
Mietwohnungen	20 151,6	7,7	63,1	16,9	12,3	70,1
Eigentümerwohnungen	14 976,1	0,6	16,9	18,5	64,1	115,7
Früheres Bundesgebiet	28 589,8	4,3	40,1	18,5	37,1	92,5
Mietwohnungen	15 851,6	7,3	59,6	18,9	14,2	72,2
Eigentümerwohnungen	12 738,2	0,5	15,9	18,1	65,5	117,8
Neue Länder						
Berlin-Ost	6 537,9	6,2	57,7	13,5	22,7	76,8
Mietwohnungen	4 300,1	9,0	75,9	9,6	5,5	62,6
Eigentümerwohnungen	2 237,9	0,7	22,8	20,9	55,6	104,0

Im früheren Bundesgebiet war mehr als die Hälfte der Wohnungen größer als 80 Quadratmeter, in den neuen Ländern nur etwas mehr als ein Drittel. So war in Wohngebäuden auch die durchschnittliche Fläche einer Wohnung im Westen mit 92,5 Quadratmetern um 15,7 Quadratmeter größer als im Osten.

5.4 Beheizung der Wohnungen

Hinsichtlich der Beheizung der Wohnungen sind nach wie vor ebenfalls deutliche Unterschiede zwischen West und Ost zu erkennen. Im Westen wurden im April 2002 73,3 % der Wohnungen mit Zentralheizung beheizt, 9,5 % mit Fernheizung, 9,4 % mit Ofenheizung, 7,7 % mit Etagenheizung. Die neuen Bundesländer wiesen eine andere Rangfolge auf. Führend war dort zwar auch die Zentralheizung,

Tab. 4: Bewohnte Wohnungen in Wohngebäuden nach Heizungsart 2002

Wohnungen/ Energieart	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Wohnungen in Wohngebäuden insgesamt	35 127,7	100	28 589,8	100	6 537,9	100
Wohnungen überwiegend beheizt mit ...						
Block-/Zentralheizung	24 308,2	69,2	20 964,9	73,3	3 343,3	51,1
Fernheizung	4 804,7	13,7	2 712,4	9,5	2 092,3	32,0
Einzel- oder Mehrraumöfen	3 197,9	9,1	2 685,4	9,4	512,5	7,8
Etagenheizung	2 777,8	7,9	2 193,4	7,7	584,4	8,9
Wohnungen ohne Angabe	39,1	0,1	33,6	0,1	5,5	0,1

deren Anteil von 42,1 % in 1998 auf 51,1 % im Jahr 2002 gestiegen ist. Daneben war aber nahezu jede dritte Wohnung an ein Fernheizwerk angeschlossen. Hierbei handelt es sich überwiegend um Wohnungen, die in den Plattenbauten der Trabanten-siedlungen vieler Städte entstanden sind und generell fernbeheizt werden. Mit Einzel- oder Mehrraumöfen, die zu »DDR-Zeiten« noch vorherrschten, waren im Jahre 2002 nur noch 7,8 % der Wohnungen ausgestattet. 8,9 % hatten Etagenheizungen.

Bei den für die Beheizung von Wohnungen verwendeten Energiearten gab es zwischen West und Ost, abgesehen von der Fernwärme, deutliche Annäherungen im Vergleich zu 1998. Der Anteil an Gas ist in den neuen Bundesländern zwischen 1998 und 2002 um über ein Fünftel auf nunmehr 45,1 % angestiegen und erreichte damit fast den Wert der alten Bundesländer von 48,3 %. Heizöl hatte mit 35,6 % den zweitgrößten Anteil im Westen, danach folgte die Fernwärme mit 9,5 %, die übrigen Energiearten spielten nur eine geringe Rolle. Im Osten war nach wie vor

Tab. 5: Bewohnte Wohnungen in Wohngebäuden
nach überwiegend verwendeter Energieart 2002

Wohnungen/ Energieart	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Wohnungen in Wohn- gebäuden insgesamt	35 127,7	100	28 589,8	100	6 537,9	100
Wohnungen überwiegend beheizt mit ...						
Gas	16 750,4	47,7	13 803,6	48,3	2 946,8	45,1
Heizöl	11 177,1	31,8	10 174,8	35,6	1 002,3	15,3
Fernwärme	4 804,7	13,7	2 712,4	9,5	2 092,3	32,0
Elektrizität	1 440,4	4,1	1 316,6	4,6	123,8	1,9
Briketts, Braunkohle	451,6	1,3	137,0	0,5	314,5	4,8
Holz oder Sonstiges	347,3	1,0	309,6	1,1	37,7	0,6
Koks, Steinkohle	117,1	0,3	102,0	0,4	15,1	0,2
Wohnungen ohne Angabe	39,1	0,1	33,6	0,1	5,5	0,1

aufgrund der schon erwähnten Gegebenheiten des Plattenbaus die Fernwärme mit 32 % zweitwichtigste Energieart, gefolgt vom Heizöl mit 15,3 %. Der Anteil von Briketts bzw. Braunkohle ist seit 1998 in den neuen Bundesländern um fast 9 Prozentpunkte stark zurückgegangen und hatte 2002 nur noch einen Anteil von 4,8 %.

5.5 Mieten

Bei der Zusatzerhebung des Mikrozensus 2002 wurden auch die Mieten erfragt. Zur Bruttokaltmiete werden neben der Grundmiete die kalten Betriebskosten gerechnet, also z. B. die monatlichen Beträge für Wasser, Kanalisation und Müllabfuhr. Nicht zur Miete rechnen hier die Umlagen für Zentralheizung oder Warmwasserversorgung, Garage usw.

Über die Höhe der Mieten wird öffentlich viel diskutiert. Thema sind aber vor allem die Mieten für Wohnungen, die in den letzten Jahren neu bezogen wurden. In die in den vorliegenden Tabellen ausgewiesenen Mietbeträge gehen aber auch die Mieten für langjährig vermietete Wohnungen ein, die meist niedriger sind. Deshalb liegen die hier nachgewiesenen Durchschnittswerte im Allgemeinen unter den bei Neuvermietungen erzielten Beträgen. Die Miethöhe wird außer vom Alter der Wohnung auch von der Ausstattung und der Größe beeinflusst.

Für die Nutzung einer Wohnung waren in Deutschland im April 2002 im Durchschnitt monatlich 408 Euro aufzubringen, der Preis je Quadratmeter Wohnfläche betrug 5,93 Euro. Im früheren Bundesgebiet lag das Mietenniveau über dem Gesamtdurchschnitt für Deutschland, in den neuen Ländern war es trotz höherer Steigerungsra-

ten seit 1998 noch deutlich niedriger. So lag der durchschnittlich zu zahlende Mietbetrag hier bei nur 324 Euro monatlich, das entsprach einer Quadratmetermiete von 5,29 Euro.

Einfluss auf die Miethöhe hat zunächst die Wohnungsgröße. Für eine Kleinwohnung bis 40 Quadratmeter Wohnfläche in Deutschland wurden zwar durchschnittlich nur 232 Euro monatlich bezahlt, die Quadratmetermiete war aber mit 7,39 Euro höher als bei größeren Wohnungen. Im früheren Bundesgebiet mussten hier sogar 8,06 Euro gezahlt werden, während es in den neuen Ländern mit 5,55 Euro rund zwei Drittel dieses Betrages waren.

Tab. 6: Bewohnte Mietwohnungen in Wohngebäuden nach der Miete 2002 in EUR

Größe/Baujahr	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
	Durchschnittliche Bruttokaltmiete je					
	Wohnung	m ² Wohnfläche	Wohnung	m ² Wohnfläche	Wohnung	m ² Wohnfläche
Insgesamt	408	5,93	432	6,09	324	5,29
Größe von ... bis unter ... m ²						
unter 40	232	7,39	250	8,06	181	5,55
40– 60	311	6,14	328	6,52	274	5,33
60– 80	400	5,90	415	6,09	350	5,24
80–100	503	5,81	510	5,89	456	5,26
100–120	602	5,73	606	5,78	562	5,33
120 und mehr	771	5,48	776	5,51	701	5,12
Baujahr						
bis 1900	396	5,33	421	5,49	322	4,82
1901–1918	415	5,63	440	5,78	354	5,19
1919–1948	380	5,60	400	5,74	322	5,17
1949–1978	392	5,92	410	6,03	296	5,18
1979–1986	413	6,02	478	6,43	291	5,02
1987–1990	424	6,09	512	6,67	285	4,89
1991–2000	508	6,73	531	6,83	445	6,43
2001 und später	546	7,08	590	7,24	418	6,50

Auch das Baujahr der Wohnungen wirkt sich auf die Miete aus. Generell lässt sich sagen, dass alte Wohnungen relativ billiger sind als neue. Die bis 1900 entstandenen Wohnungen kosteten im früheren Bundesgebiet durchschnittlich 5,49 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche. Für Wohnungen, die 2001 und später errichtet wurden, mussten dagegen 7,24 Euro und damit rund 32 % mehr bezahlt werden. In den neuen Bundesländern war die Situation ähnlich. Hier lag die durchschnittliche Miete je Quadratmeter bei 4,82 Euro für ganz alte Wohnungen, die Neubauten der Altersklasse 2001 und später kosteten mit 6,50 Euro rund 35 % mehr.

5.6 Wohnsituation der Haushalte

Die Zusatzerhebung des Mikrozensus im April 2002 wies hochgerechnet 35,9 Mill. Haushalte nach, von denen 35 Mill. Hauptmieterhaushalte oder Eigentümerhaushalte waren, davon 28,5 Mill. im früheren Bundesgebiet und 6,5 Mill. in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Die übrigen 0,8 Mill. Haushalte, im Wesentlichen Einpersonenhaushalte (76,7 %), wohnten zur Untermiete.

Insgesamt waren mehr als ein Drittel (35,7 %) der Hauptmieter- und Eigentümerhaushalte in Deutschland Einpersonenhaushalte. Im früheren Bundesgebiet war der Anteil der Einpersonenhaushalte etwa gleich hoch (36 %), in den neuen Ländern etwas geringer (34,5 %). Ähnlich ist das Verhältnis bei Haushalten mit Kindern: im früheren Bundesgebiet 24,0 %, in den neuen Ländern 23,5 %. Im Vergleich zur letzten Zusatzerhebung zur Wohnsituation im Jahr 1998 ist bundesweit eine überproportionale Zunahme der Einpersonenhaushalte um 8,6 % gegenüber den Haushalten insgesamt (+3,6 %) zu verzeichnen. Weiterhin rückläufig (– 2 %) war dagegen die Zahl der Haushalte mit Kindern in diesem Zeitraum. Insbesondere bei den Haushalten mit Kindern zeigt sich zwischen Ost und West eine gegenläufige Entwicklung. Während sich die Zahl der Haushalte mit Kindern im Westen Deutschlands zwischen 1998 und 2002 leicht erhöhte (+0,9 %), ist diese im Osten stark zurückgegangen (–13,5 %).

Ein wesentliches Merkmal der Wohnsituation eines Haushalts stellt die Wohnfläche dar, die diesem zur Verfügung steht. Allein lebende Menschen im früheren Bundesgebiet verfügten 2002 durchschnittlich über 69,6 Quadratmeter Wohnfläche. 60,3 % von ihnen bewohnten zwischen 40 und 80 Quadratmeter, bei fast 30 % waren es sogar mehr als 80 Quadratmeter, etwa jeder zehnte Einpersonenhaushalt wohnte in einer Kleinwohnung bis 40 Quadratmeter Wohnfläche.

In den neuen Ländern gab es im Durchschnitt kleinere Wohnungen. Einpersonenhaushalte verfügten über durchschnittlich 57,8 Quadratmeter, Mehrpersonenhaushalte bewohnten zwischen 77,3 (2 Personen) und 117,5 Quadratmetern (5 und mehr Personen). Gegenüber dem Westen zeigte sich eine insgesamt andere Verteilung auf die Größenklassen: Diejenigen bis 80 Quadratmeter Wohnfläche waren im Osten (63,6 %) deutlich stärker besetzt als im Westen (44 %). Etwa jeder sechste Einpersonenhaushalt lebte in Wohnungen bis 40 Quadratmeter Fläche, im Westen war es nur etwa jeder zehnte. Dies ging zu Lasten der Anteile bei den Wohnungen über 80 Quadratmeter. Im Osten hatten 13,1 % der Alleinlebenden eine Wohnung dieser Größe, im Westen 29,2 %. Bei den Mehrpersonenhaushalten und auch bei denen mit Kindern zeigte sich der mit der Wohnungspolitik der ehemaligen DDR gesetzte Trend zur Wohnungsgröße von 40 bis 80 Quadratmetern. Mehr als die Hälfte (50,9 %) der Mehrpersonenhaushalte im Osten lebten in Wohnungen dieser Größenordnung, im Westen waren es nur 28,4 %.

Bei der Zusatzerhebung des Mikrozensus 2002 wurden 16,5 Mill. Hauptmieterhaushalte mit Mietangaben gezählt, davon 12,9 Mill. im früheren Bundesgebiet und 3,7 Mill. in den neuen Ländern. Auch bei den Bruttokaltmieten gab es nach wie vor Unterschiede zwischen Ost und West. In den neuen Ländern war das Mietenniveau zwi-

Tab. 7: Haushalte in Wohnungen nach der Wohnfläche 2002

Gebiet/ Haushaltsgröße	Haushalte insgesamt	Davon in Wohnungen mit einer Fläche von ... bis unter ... m ²				Durch- schnitt- liche Fläche je Wohnung m ²
		unter 40	40–80	80–100	100 u. mehr	
		%				
Deutschland						
Haushalte mit						
1 Person	12 503,4	11,6	62,1	12,9	13,5	67,5
2 Personen	12 068,0	0,8	41,9	20,6	36,7	93,2
3 Personen	5 036,7	0,2	29,1	21,3	49,3	104,8
4 Personen	3 959,9	0,1	16,6	19,2	64,1	117,9
5 und mehr Personen	1 465,0	0,1	11,3	17,3	71,3	130,6
Insgesamt	35 033,1	4,5	43,1	17,7	34,8	90,0
nachrichtlich:						
Haushalte mit Kindern ¹	8 386,5	0,3	26,8	20,3	52,5	108,7
Früheres Bundesgebiet						
Haushalte mit						
1 Person	10 264,7	10,5	60,3	14,2	15,0	69,6
2 Personen	9 760,2	0,8	36,6	21,9	40,7	96,9
3 Personen	3 933,2	0,2	25,2	22,0	52,6	108,3
4 Personen	3 285,2	0,1	14,9	18,9	66,1	120,5
5 und mehr Personen	1 301,6	0,1	10,7	17,1	72,1	132,2
Zusammen	28 544,9	4,1	39,8	18,6	37,5	93,0
nachrichtlich:						
Haushalte mit Kindern ¹	6 862,3	0,3	23,8	20,7	55,3	111,7
Neue Länder und Berlin-Ost						
Haushalte mit						
1 Person	2 238,7	16,3	70,5	6,6	6,5	57,8
2 Personen	2 307,8	0,8	64,5	15,1	19,6	77,3
3 Personen	1 103,5	0,2	43,1	19,1	37,6	92,1
4 Personen	674,7	0,1	25,3	20,3	54,3	105,7
5 und mehr Personen	163,4	0,0	16,3	18,6	65,1	117,5
Zusammen	6 488,2	6,0	57,7	13,5	22,9	77,0
nachrichtlich:						
Haushalte mit Kindern ¹	1 524,2	0,3	40,7	18,8	40,3	95,0

1 Unter 18 Jahren.

schen 1998 und 2002 zwar insgesamt im Durchschnitt (+11 %) stärker gestiegen als in den alten Bundesländern (+7,2 %), es war aber immer noch wesentlich niedriger. Im Westen wurden im Jahr 2002 durchschnittlich 432 Euro Bruttokaltmiete monatlich bezahlt, im Osten nur 324 Euro. Diese Differenz zeigt sich bei der Verteilung auf die Mietpreisklassen. Im früheren Bundesgebiet bezahlte knapp ein Viertel der Mieterhaushalte bis 300 Euro monatlich für ihre Wohnung, die Hälfte 300 bis 500 Euro und gut ein Viertel mehr als 500 Euro. Etwa die Hälfte (48,5 %) aller Mieter in den neuen Ländern zahlten bis zu 300 Euro, weitere 43,1 % zwischen 300 und 500 Euro monatlich für ihre Wohnung. Weniger als jeder zehnte Haushalt gab mehr als 500 Euro im Monat für seine Wohnung aus.

Im früheren Bundesgebiet waren Einpersonenhaushalte häufiger in der niedrigen Mietklasse anzutreffen als der Durchschnitt aller Haushalte, sie verfügten auch über vergleichsweise kleinere Wohnungen. 36,1 % von ihnen mussten weniger als 300 Euro zahlen. Das zeigte sich auch in den Durchschnittsmieten, die hier 362 Euro monatlich betrugen. In den neuen Ländern waren mehr als zwei Drittel dieser Haushaltsgruppe in der Mietklasse bis 300 Euro.

Von den Haushalten mit Kindern hatten im früheren Bundesgebiet lediglich 7,4 % monatlich weniger als 300 Euro für die Bruttokaltmiete aufzubringen. Knapp die Hälfte von ihnen zahlte zwischen 300 und 500 und etwas mehr als ein Drittel zwischen

Tab. 8: Hauptmieterhaushalte mit Mietangaben
nach Haushaltsgröße und monatlicher Miete 2002

Haushaltsgröße	Hauptmieter- haushalte mit Mietangaben insgesamt	Davon mit einer monatlichen Bruttokaltmiete von ... bis unter ... Euro				Brutto- kaltmiete je Wohnung
		unter 300	300–500	500–750	750 und mehr	
		%				
Deutschland						
Haushalte mit						
1 Person	7 462,8	42,8	45,4	10,0	1,8	343
2 Personen	5 181,6	20,5	53,4	20,6	5,5	430
3 Personen	2 089,1	12,1	51,5	28,4	8,0	478
4 Personen	1 301,1	7,4	45,8	34,8	12,0	527
5 und mehr Personen	494,0	5,1	39,4	41,2	14,3	558
Insgesamt	16 528,5	28,0	48,5	18,5	4,9	408
nachrichtlich:						
Haushalte mit Kindern ¹	3 703,5	11,0	49,1	30,5	9,4	493
Früheres Bundesgebiet						
Haushalte mit						
1 Person	5 878,9	36,1	49,7	12,0	2,2	362
2 Personen	3 896,2	13,9	54,1	25,0	7,0	459
3 Personen	1 588,1	7,8	49,4	33,0	9,8	507
4 Personen	1 068,9	5,1	42,9	38,4	13,6	549
5 und mehr Personen	439,9	4,1	37,7	42,8	15,4	570
Zusammen	12 872,0	22,2	50,0	21,8	6,0	432
nachrichtlich:						
Haushalte mit Kindern ¹	2 956,2	7,4	47,2	34,4	11,0	518
Neue Länder und Berlin-Ost						
Haushalte mit						
1 Person	1 583,9	67,8	29,2	2,7	0,3	271
2 Personen	1 285,4	40,4	51,1	7,3	1,3	342
3 Personen	501,0	25,9	57,9	13,6	2,6	387
4 Personen	232,2	17,9	59,3	18,0	4,7	423
5 und mehr Personen	54,1	13,3	53,4	28,1	5,2	461
Zusammen	3 656,5	48,5	43,1	7,1	1,3	324
nachrichtlich:						
Haushalte mit Kindern ¹	747,3	25,0	56,9	15,1	3,0	395

1 Unter 18 Jahren.

Tab. 9: Hauptmieterhaushalte mit Miet- und Einkommensangaben
nach Haushaltsgröße und Mietbelastung 2002

Haushaltsgröße	Hauptmieter- haushalte mit Miet- u. Einkommens- angaben insgesamt	Davon mit einer monatliche Mietbelastung von ... bis unter ... %							Durch- schnitt- liche Miet- belastung
		unter 15	15-20	20-25	25-30	30-35	35-40	40 und mehr	
		%							
1000									
Deutschland									
Haushalte mit									
1 Person	7 228,8	8,5	12,4	16,3	16,5	12,6	9,8	24,0	26,6
2 Personen	4 601,4	21,1	22,9	19,6	13,2	8,1	5,4	9,6	20,3
3 Personen	1 807,7	21,2	21,1	19,7	13,5	9,1	5,8	9,6	20,7
4 Personen	1 107,8	19,2	22,1	21,8	15,1	9,0	4,8	8,0	20,9
5 und mehr Personen	413,7	15,8	18,2	21,4	16,9	11,0	6,3	10,3	22,3
Insgesamt	15 159,4	14,8	17,5	18,3	15,0	10,5	7,5	16,4	22,7
nachrichtlich:									
Haushalte mit Kindern ¹	3 249,7	13,8	18,2	20,3	16,1	10,8	7,3	13,6	23,0
Früheres Bundesgebiet									
Haushalte mit									
1 Person	5 662,3	8,2	12,0	15,8	16,4	12,7	9,9	25,0	26,8
2 Personen	3 417,1	19,6	21,6	19,5	13,6	8,7	6,0	10,9	20,7
3 Personen	1 367,6	17,9	20,4	20,4	14,3	9,7	6,5	10,9	21,5
4 Personen	912,5	16,3	21,1	22,8	16,0	9,8	5,0	9,0	21,5
5 und mehr Personen	369,6	15,2	18,0	21,5	17,2	11,0	6,4	10,7	22,5
Zusammen	11 729,2	13,5	16,7	18,2	15,3	10,9	7,9	17,5	23,1
nachrichtlich:									
Haushalte mit Kindern ¹	2 587,2	12,0	17,5	20,7	16,6	11,2	7,5	14,5	23,5
Neue Länder und Berlin-Ost									
Haushalte mit									
1 Person	1 566,5	9,3	13,8	18,1	16,7	12,1	9,3	20,7	26,0
2 Personen	1 184,3	25,7	26,6	19,8	11,9	6,4	3,7	5,8	19,1
3 Personen	440,2	31,4	23,2	17,6	11,1	7,3	3,8	5,5	18,2
4 Personen	195,3	32,1	26,5	17,4	10,9	5,4	4,2	3,4	17,7
5 und mehr Personen	44,1	21,7	19,5	20,9	14,0	10,8	5,9	7,2	21,0
Zusammen	3 430,3	19,3	20,2	18,6	13,9	9,1	6,3	12,4	21,0
nachrichtlich:									
Haushalte mit Kindern ¹	662,5	20,5	21,2	18,7	14,0	9,3	6,3	9,9	20,8

1 Unter 18 Jahren.

500 und 750 Euro. Jeder neunte Haushalt mit Kindern musste über 750 Euro für die monatliche Miete aufwenden. In den neuen Bundesländern betrug für ein Viertel der Haushalte mit Kindern die Miete weniger als 300 Euro, für über 80 % bis 500 Euro. Dementsprechend lag die Durchschnittsmiete für Haushalte mit Kindern im Osten bei 395 Euro, im Westen bei 518 Euro.

Insgesamt mussten die Haushalte in Deutschland durchschnittlich 22,7 % ihres Nettoeinkommens für die Bruttokaltmiete aufwenden. Die Alleinlebenden gaben mehr als ein Viertel (26,6 %) ihres Nettoeinkommens für die Miete aus, die großen Familien

ab fünf Personen mehr als ein Fünftel (22,3 %). In den neuen Ländern und Berlin-Ost lag die durchschnittliche Mietbelastung mit 21,0 %, trotz nach wie vor geringerer Einkommen, aufgrund der günstigeren Mieten noch um 2,1 Prozentpunkte unter dem Westniveau.

Während im früheren Bundesgebiet gut ein Viertel der Haushalte mindestens 35 % ihres Einkommens für die Miete ausgaben, traf dies in den neuen Ländern lediglich auf 18,7 % zu. Umgekehrt hatten 39,5 % der Haushalte im Osten weniger als ein Fünftel ihres Nettoeinkommens für die Wohnungsmiete zu entrichten, im Westen waren es deutlich weniger (30,2 %).

Für gut ein Drittel (36 %) der Alleinlebenden im früheren Bundesgebiet betrug die Mietbelastung weniger als ein Viertel. Eine gleich hohe Mietbelastung wiesen in den neuen Ländern hingegen 41,2 % der Alleinlebenden auf. Fast 40 % der Alleinlebenden im Osten wie im Westen mussten zwischen 25 und 40 % ihres Einkommens für die Miete aufwenden. Ein Viertel der allein lebenden Hauptmieter im früheren Bundesgebiet sowie etwa ein Fünftel in den neuen Ländern zahlten sogar mindestens 40 % ihres Einkommens für die Wohnungsmiete.

Bei den Mehrpersonenhaushalten bzw. den Haushalten mit Kindern fiel die monatliche Mietbelastung im Allgemeinen niedriger aus als bei den Alleinlebenden. Das gilt insbesondere für die neuen Bundesländer. Hier wendeten 60,4 % der Haushalte mit Kindern weniger als ein Viertel ihres Einkommens für die Miete auf. Entsprechend selten waren bei ihnen Mietbelastungen von 35 % und mehr anzutreffen (16,2 %). Ähnliches, wenn auch weniger stark ausgeprägt, gilt für die Haushalte mit Kindern im früheren Bundesgebiet. Von ihnen gaben etwa die Hälfte weniger als ein Viertel ihres Einkommens für die Wohnungsmiete aus. Hohe Belastungsquoten von mindestens 35 % hatten gut ein Fünftel (22 %) der Haushalte mit Kindern.

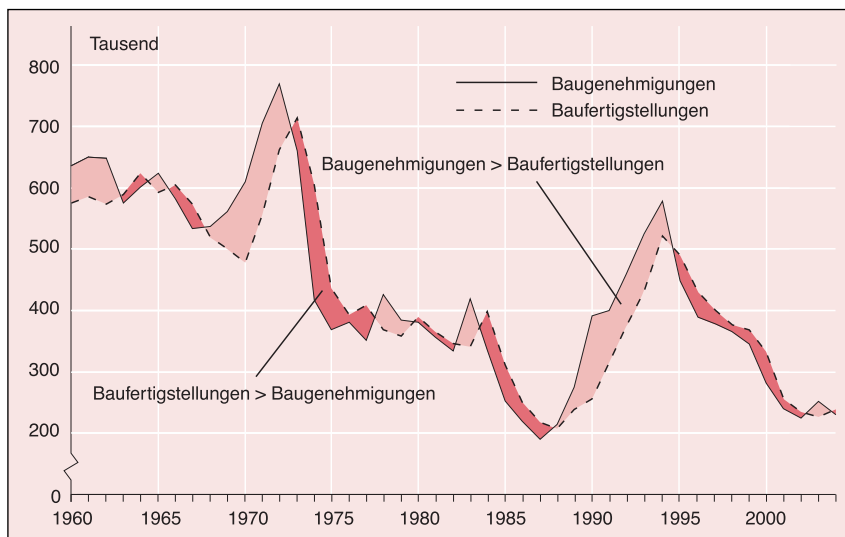
Weitere Informationen zum Thema Wohnkosten und Wohnverhältnisse siehe Teil II, Kap. 7.

5.7 Wohnungsbautätigkeit

Die Zahl der genehmigten und fertig gestellten Wohnungen im früheren Bundesgebiet in Wohn- und Nichtwohngebäuden blieb nach einer Belebung der Wohnungsbautätigkeit Anfang der 1950er-Jahre bis etwa Mitte der 1960er-Jahre relativ konstant; in dieser Zeit wurden jährlich 500 000 bis 600 000 Wohnungen fertig gestellt. 1970 bis 1972 gab es einen starken Anstieg der Wohnungsbaugenehmigungen bis auf rund 769 000 im Jahr 1972, denen mit zeitlicher Verzögerung (1972 und 1973) die Fertigstellungen folgten, wobei jedoch nicht alle genehmigten Bauvorhaben realisiert wurden (714 200 Fertigstellungen in 1973). Nach 1973 war ein starker Rückgang im Wohnungsbau zu verzeichnen, der sich bis 1984 auf einem Niveau von etwa 350 000 bis 400 000 genehmigten und fertig gestellten Einheiten pro Jahr einpendelte. Nach-

dem es 1988 mit nur 208 600 fertig gestellten Wohnungen einen Tiefpunkt im Wohnungsbau gab, konnte in den Folgejahren wieder eine Zunahme registriert werden. Die Zahl der Fertigstellungen betrug 1994 bereits wieder 505 200 Wohnungen. 1995 lag die Zahl der Fertigstellungen mit 498 500 nur geringfügig darunter. In den Folgejahren hat sich die Hochbautätigkeit weiter abgeschwächt. 1997 wurden 400 400 Wohnungen fertig gestellt und im Jahr 2000 nur noch 336 800 Wohnungen. Auch in den Jahren 2001, 2002 und 2003 war eine weitere Abschwächung festzustellen. Im Jahr 2001 wurden 267 900 Wohnungen fertig gestellt, 2002 noch 240 600 Wohnungen und 2003 226 300. Im Jahr 2004 war ein geringfügiger Anstieg auf 238 900 Wohnungen zu verzeichnen.

Abb. 2: Genehmigte und fertig gestellte Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden im früheren Bundesgebiet 1960 bis 2004



Im Gebiet der ehemaligen DDR war die Wohnungsbautätigkeit wesentlich geringer als in den alten Bundesländern. Bis Mitte der 1950er-Jahre wurden jährlich nur etwa 30 000 Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden fertig gestellt. Ende der 1950er-Jahre gab es einen Anstieg der Fertigstellungen bis auf 92 000 Wohnungen im Jahr 1961. Im Verlauf der 1960er-Jahre war ein Rückgang im Wohnungsbau auf etwa 70 000 fertig gestellte Wohnungen pro Jahr zu verzeichnen.

Ab Anfang der 1970er-Jahre stieg die Zahl der fertig gestellten Wohnungen wieder an, im Jahr 1974 wurden in der ehemaligen DDR erstmals mehr als 100 000 Wohnungen gebaut. Dieses Niveau wurde über Jahre gehalten. Ende der 1980er-Jahre gab es einen erheblichen Rückgang der Fertigstellungen bis auf 62 500 Wohnungen im Jahr

1990. Zu Beginn der 1990er-Jahre hat sich dieser Rückgang verstärkt fortgesetzt; er resultierte maßgeblich daraus, dass die bis dahin dominierenden Plattenbauten nicht mehr errichtet wurden. Die erhöhte Zahl jährlich genehmigter Wohnungen seit dem Jahr 1993 hatte auch zu höheren Fertigstellungszahlen geführt; 1994 wurden 67 700 Wohnungen fertig gestellt, im Jahr 1995 waren es bereits 104 200 Wohnungen. Nach 143 400 fertig gestellten Wohnungen 1996 kam es im Jahr 1997 nochmals zu einer starken Zunahme. Mit 177 800 Wohnungen ist der Spitzenwert aller bisherigen Fertigstellungen erreicht worden. Dieser Spitzenwert konnte jedoch in den Folgejahren nicht gehalten werden. Im Jahr 1998 sank die Zahl der fertig gestellten Wohnungen in den neuen Ländern und Berlin-Ost auf 128 400, im Jahr 2000 wurden nur

Tab. 10: Fertig gestellte sowie im sozialen Wohnungsbau geförderte (bewilligte) Wohnungen

Jahr	Wohnungen		Jahr	Wohnungen	
	fertig gestellt	gefördert		fertig gestellt	gefördert
Früheres Bundesgebiet					
1950	371 900	319 400	1990	256 500	90 700
1955	568 400	341 400	1995	498 500	91 800
1960	574 400	326 700	2000	336 800	35 100
1970	478 100	165 100	2001	267 900	34 200
1975	436 800	154 000	2002	240 600	31 300 ¹
1980	388 900	97 200	2003	226 300	37 600 ¹
1985	312 100	69 000	2004	238 300	32 300 ¹
Neue Länder und Berlin-Ost					
1950	31 000	–	1990	62 500	–
1955	32 800	–	1995	104 200	51 500
1960	80 500	–	2000	86 300	9 300
1970	76 100	–	2001	58 300	4 200
1975	107 300	–	2002	49 000	3 200 ¹
1980	111 900	–	2003	41 800	6 900 ¹
1985	115 700	–	2004	39 700	4 500 ¹

1 Gebietsstandsänderung: Früheres Bundesgebiet/Neue Länder und Berlin.

noch 86 300 Wohnungen fertig gestellt. Dieser Rückgang setzte sich weiter fort. Im Jahr 2001 wurden in den neuen Ländern und Berlin-Ost 58 300 Wohnungen fertig gestellt; 2002 waren es nur noch 49 000 Wohnungen. Auch in den Jahren 2003 und 2004 hielt der Rückgang weiter an; es wurden 41 800 Wohnungen in 2003 und 39 700 Wohnungen in 2004 fertig gestellt.

Im marktwirtschaftlichen System ist die Wohnungswirtschaft grundsätzlich von staatlichen Weisungen unabhängig. In der Bundesrepublik Deutschland wurden jedoch zur Förderung der Wohnungsbautätigkeit vielfältige Hilfen geschaffen. Sie reichen von Steuerermäßigungen für Bauherren über die Begünstigung des Bausparens (z. B.

durch Zahlung von Wohnungsbauprämien) bis zum so genannten sozialen Wohnungsbau, bei dem der Bau von Wohnungen mit öffentlichen finanziellen Zuwendungen (Darlehen, Zuschüsse usw.) direkt unterstützt wird. Damit verbunden sind Mietpreis- bzw. Belastungsbegrenzungen sowie die Koppelung an bestimmte Einkommenshöchstgrenzen der Wohnungsinhaber. Von den fertig gestellten Neubauwohnungen in deutschen Wohngebäuden befanden sich 1993 rund 29 % in Einfamilienhäusern, 14 % in Zweifamilienhäusern und in Gebäuden mit drei und mehr Wohnungen waren es 57 %. Im Jahr 2004 waren von den fertig gestellten Neubauwohnungen in deutschen Wohngebäuden rund 58 % Einfamilienhäuser, 14 % Zweifamilienhäuser und 28 % Mehrfamilienhäuser.

Damit hat sich gegenüber 1993 eine Verschiebung weg von den Mehrfamilienhäusern hin zu den Einfamilienhäusern ergeben. Ein- und Zweifamilienhäuser werden im Wesentlichen von privaten Bauherren errichtet. Mehrfamilienhäuser werden dagegen vor allem von Wohnungsunternehmen gebaut.

Für die Entwicklung der Wohnungsbautätigkeit sind neben dem Zinsniveau und der Entwicklung der Grundstückspreise die Baukosten von besonderer Bedeutung. Um

Tab. 11: Fertig gestellte Neubauwohnungen in Deutschland (Wohngebäude)
in %

Jahr	Gebäude mit 1 Wohnung	Gebäude mit 2 Wohnungen	Gebäude mit 3 oder mehr Wohnungen
1993	29	14	57
1997	30	13	57
2000	48	15	37
2002	54	15	31
2004	58	14	28

im Jahr 2004 einen Quadratmeter Wohnfläche im früheren Bundesgebiet zu errichten, mussten 1 268 Euro aufgewendet werden, 2002 waren es 1 269 Euro, 2000 waren es 1 254 Euro, 1997 hingegen noch 1 283 Euro, 1970 waren es 355 Euro, 1960 nur 197 Euro. Diese Beträge umfassen nur die reinen Baukosten, nicht dagegen die Grundstückskosten u. Ä. (zu den Bau- und Grundstückskosten siehe 16.3). Je Wohnung waren 1997 durchschnittlich 129 100 Euro aufzubringen, wobei sich hinter dieser Zahl eine Bandbreite von 179 600 Euro für ein Einfamilienhaus bis 88 800 Euro für eine Wohnung in einem Mehrfamilienhaus verbirgt. Im Jahr 2000 haben sich die Kosten je Wohnung im früheren Bundesgebiet auf 141 300 Euro erhöht, wobei jedoch die Kosten pro Quadratmeter Wohnfläche auf 1 254 Euro zurückgingen. Für das Jahr 2002 lagen die durchschnittlichen Kosten bei 148 700 Euro und im Jahr 2004 bei 149 400 Euro. In den neuen Bundesländern haben sich die Baukosten sehr stark dem Niveau des früheren Bundesgebiets angenähert. 1997 beliefen sie sich auf 1 198 Euro je Quadratmeter Wohnfläche bzw. 103 100 Euro je Wohnung. Für das Jahr 2000 beliefen sich die Werte auf 1 123 Euro bzw. 114 900 Euro, für das Jahr 2002 auf 1 091 Euro bzw. 116 600 Euro und für das Jahr 2004 auf 1 072 Euro bzw. 119 200 Euro.

Tab. 12: Kosten¹ von neu errichteten Wohnbauten
in EUR

Jahr	Kosten je m ² Wohnfläche	Kosten je Wohnung	Jahr	Kosten je m ² Wohnfläche	Kosten je Wohnung
<i>Früheres Bundesgebiet</i>					
1960	197	14 200	1995	1 287	115 400
1970	355	30 000	1996	1 305	125 100
1980	833	82 200	1997	1 283	129 100
1990	1 049	97 700	1998	1 265	134 200
1991	1 101	99 000	2000	1 254	141 300
1992	1 164	103 100	2001	1 260	143 800
1993	1 215	106 600	2002	1 269	148 700
1994	1 249	110 400	2003	1 272	151 800
1999	1 258	137 600	2004	1 268	149 400
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>					
1991	965	90 900	1998	1 163	108 500
1992	1 075	98 300	1999	1 132	112 900
1993	1 154	99 100	2000	1 123	114 900
1994	1 216	103 100	2001	1 091	113 800
1995	1 254	101 200	2002	1 091	116 600
1996	1 225	99 900	2003	1 082	118 500
1997	1 198	103 100	2004	1 072	119 200

1 Reine Baukosten, keine Grundstückskosten u. Ä.

6 Freizeit und Kultur

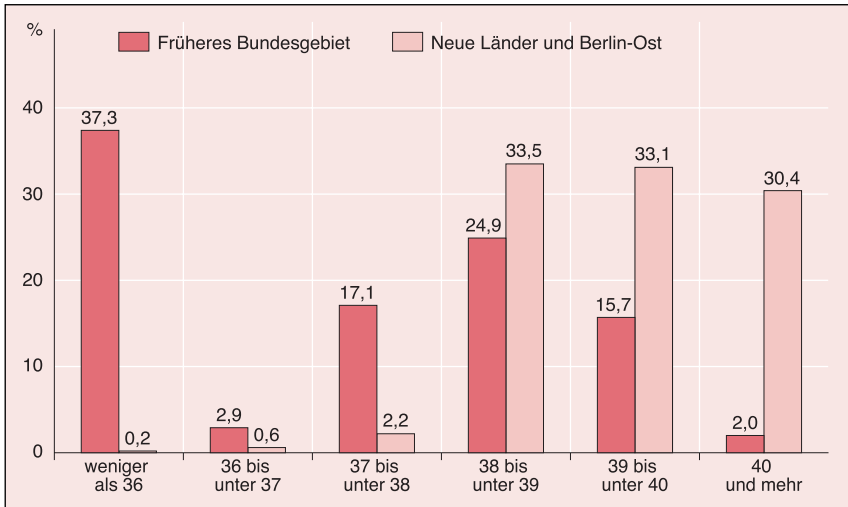
6.1 Arbeitszeit und Urlaubstage

Die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit ist in den vergangenen 20 Jahren ständig zurückgegangen. Wurden von Erwerbstätigen im früheren Bundesgebiet 1975 durchschnittlich 40 Wochenstunden geleistet, waren es 2002 nur noch rund 36,5 Stunden. 2005 ist die durchschnittliche Arbeitszeit wieder auf 38,2 Arbeitswochenstunden gestiegen.

Die Arbeitszeiten lagen in den neuen Bundesländern höher als im früheren Bundesgebiet. Dennoch gab es in den neuen Bundesländern in den letzten Jahren eine Entwicklung bei den Arbeitszeiten: 2002 arbeiteten noch 44,6 % der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den neuen Bundesländern 40 Stunden und mehr, 2005 waren es noch 30,4 % der Arbeitnehmer. Zwischen 39 und 40 Stunden arbeiteten 2002 noch 19,4 % der Arbeitnehmer in den neuen Bundesländern, 2005 waren es 33,1 %.

Bei der Arbeitszeit unter 36 Arbeitswochenstunden sehen die Ergebnisse anders aus: 37,3 % aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den alten Bundesländern arbeiten tarifvertraglich weniger als 36 Stunden, in den neuen Bundesländern nur 0,2 %.

Abb. 1: Dauer der tarifvertraglichen Arbeitswoche in Stunden
Von je 100 Arbeitnehmern haben 2005 eine Arbeitszeit von



Nach dem Bundesurlaubsgesetz steht heute allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ein Mindesturlaub von 24 Werktagen (4 Wochen) zu. In den Tarifverträgen sind jedoch zumeist längere Zeiten vereinbart. Die Tarifabschlüsse zu Beginn der 1980er-Jahre brachten vielen Erwerbstätigen zusätzliche Urlaubstage ein. Der Anteil der tariflich bezahlten Arbeitnehmer mit 6 oder mehr Wochen Urlaubsanspruch nahm im früheren Bundesgebiet von 25 % im Jahr 1981 auf 80 % im Jahr 1998 zu. Im früheren Bundesgebiet sank nach 1998 die Zahl der Arbeitnehmer mit 6 oder mehr Wochen Urlaub im Jahr 2004 erstmals auf 77 %.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost ist die durchschnittliche tarifvertragliche Urlaubsdauer von 26 Arbeitstagen (1991) auf 29 Arbeitstage im Jahr 1996 gestiegen. Der Anteil der Arbeitnehmer mit 6 oder mehr Wochen Urlaub liegt in den neuen Bundesländern im Jahr 2004 stabil bei 56 %. In den neuen Ländern und Berlin-Ost ist die tariflich vereinbarte Urlaubsdauer zwischen 5 und 6 Wochen mit 42 % doppelt so hoch wie im früheren Bundesgebiet mit 21 %, auch wenn sich der Unterschied seit dem Jahr 2000 etwas verringert hat.

Tab. 1: Tariflich vereinbarte Urlaubsdauer

Wochen	Von Tarifverträgen erfasste Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in %			
	Früheres Bundesgebiet		Neue Länder u. Berlin-Ost	
	2000	2004	2000	2004
3 bis unter 4	–	–	–	–
4 bis unter 5	1	2	1	2
5 bis unter 6	19	21	44	42
6 oder mehr	80	77	55	56

6.2 Ausgaben für Freizeit und Kultur

Entsprechend den Ergebnissen der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR) 2003 belief sich der Anteil der monatlichen Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur an den Konsumausgaben der privaten Haushalte in Deutschland im Durchschnitt auf rund 11 % (218 Euro).

Nähere Informationen über die Konsumausgaben der privaten Haushalte siehe Teil I, Kap. 4, Abschnitt 4.5.

Auch die öffentlichen Haushalte wenden erhebliche Beträge für den Freizeitbereich auf. So erhöhten sich die Ausgaben für Sport und Erholung zwischen den Jahren 1970 und 2003 von 1,1 Mrd. Euro (im früheren Bundesgebiet) auf 5,7 Mrd. Euro (in Gesamtdeutschland). 2003 sind dies 0,6 % der gesamten Ausgaben der öffentlichen Haushalte.

Von den 5,7 Mrd. Euro für Sport und Erholung wurden 1,6 Mrd. Euro für Park- und Gartenanlagen verwendet, 1,2 Mrd. Euro für Badeanstalten, 1,7 Mrd. Euro für Sportstätten und 1,0 Mrd. Euro für die Förderung des Sports.

Außerdem gab die öffentliche Hand 2003 rund 8,4 Mrd. Euro für den kulturellen Bereich aus. Mit 3,6 Mrd. Euro entfiel davon knapp die Hälfte auf Theater und Musik, weitere 1,3 Mrd. Euro wurden für Museen, Sammlungen und Ausstellungen aufgewendet und 0,5 Mrd. Euro für Denkmalschutz und Denkmalpflege.

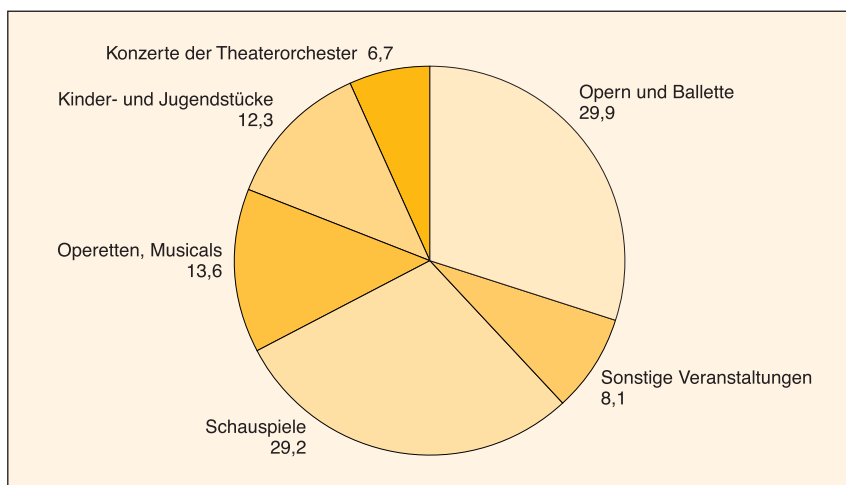
6.3 Unterhaltung und Kultur

Im Freizeitangebot wird häufig zwischen Kultur und Unterhaltung unterschieden. Die Trennung dieser beiden Aspekte zu konkretisieren, ist jedoch kaum möglich, weil kulturelle Einrichtungen – zu denen neben Theatern und Museen u.a. auch Hörfunk und Fernsehen gezählt werden – auch zur Unterhaltung beitragen. Es stellt sich die Frage, inwieweit die Massenkommunikationsmittel bereits die traditionellen Kulturinstitutionen verdrängt haben.

6.3.1 Theater

In der Spielzeit 2003/2004 gab es in 122 Gemeinden in Deutschland 149 Theaterunternehmen mit 744 Spielstätten und 260 000 Plätzen. Bezogen auf die Bevölkerungszahl

Abb. 2: Verteilung der Theaterbesuche an öffentlichen Theatern 2003/2004 in Prozent



dieser Gemeinden entspricht das einem Platzangebot von 10 je 1 000 Einwohner. Die insgesamt rund 64 000 Aufführungen verzeichneten rund 19 Mill. Besucherinnen und Besucher (einschl. Besuchen, die nicht nach Sparten gliederbar sind), also durchschnittlich rund 304 je Veranstaltung.

Mit rund 5,8 Mill. Zuschauerinnen und Zuschauern lagen Opern und Ballette bei den Besucherzahlen an der Spitze. Es folgten Schauspiele mit 5,7 Mill., Operetten und Musicals mit 2,6 Mill. Besuchern. Kinder- und Jugendstücke sahen sich 2,4 Mill. Personen an. Für die Konzerte der Theaterorchester interessierten sich 1,3 Mill. Besucherinnen und Besucher.

Die öffentlichen Theater erhalten zur Deckung ihrer laufenden Kosten seit jeher Zuschüsse – insbesondere von Ländern und Städten. Der Anteil der Ausgaben, den sie aus eigenen Einnahmen, also im Wesentlichen aus dem Kartenverkauf, finanzieren können, wird immer geringer. Machten die eigenen Betriebseinnahmen 1969/70 noch 26 % aus, betrug das Einspielergebnis 2003/2004 in Deutschland nur noch 18 %. In der Spielzeit 2002/2003 lag der Zuschuss je Besucher im Durchschnitt bei 96 Euro.

Die fast 47 000 Veranstaltungen der 217 Privattheater (Spielstätten) in Deutschland hatten 2003/2004 rund 11,8 Mill. Besucherinnen und Besucher.

6.3.2 Kino

Die höchsten Besucherzahlen hatten die Filmtheater im früheren Bundesgebiet in den Jahren 1954 bis 1958 mit jährlich mehr als 700 Mill.; das waren rechnerisch 14 bis 15 Besuche je Einwohner im Jahr. In der ehemaligen DDR wurden 1957 rund 320 Mill. Filmbesucherinnen und -besucher gezählt. In den darauf folgenden Jahren ging der Kinobesuch zurück. 2005 wurden von den Kinos in Deutschland 127 Mill. Besucherinnen und Besucher registriert; das waren zwei Filmbesuche je Einwohner im Jahr. Die Zahl der ortsfesten Leinwände (Filmtheater) in Deutschland betrug 2005 insgesamt 4 687. Sie verfügten über durchschnittlich 186 Sitzplätze.

6.3.3 Museen

Einen bedeutenden Faktor im kulturellen Leben stellen die 4 878 Museen und ähnliche Einrichtungen unterschiedlicher Fachgebiete und Trägerschaften in Deutschland dar. Sie zählten 2004 insgesamt rund 103 Mill. Besuche. Den größten Zuspruch fanden 2004 die Kunstmuseen mit rund 19,1 Mill. Besuchen sowie die Volks- und Heimatkundemuseen mit 17,1 Mill. Besuchen (s. Tab. 2).

6.3.4 Fernsehen und Hörfunk

Es gibt kaum noch einen Haushalt in Deutschland, der nicht über Hörfunk- und Fernsehgeräte verfügt. Zum Jahresende 2004 waren im Bundesgebiet nach Angaben der Gebühreneinzugszentrale (GEZ) der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten rund 42 Mill. private Hörfunk- und Fernsehempfänger angemeldet.

Tab. 2: Museumsarten und Zahl der Besuche 2004

Museen	Anzahl	Besuche in 1000
Volks- und Heimatkundemuseen	2201	17126
Kunstmuseen	494	19088
Schloss- und Burgmuseen	231	12924
Naturkundliche Museen	248	7927
Naturwissenschaftliche und technische Museen	570	14930
Historische und archäologische Museen	334	14949
Kulturgeschichtliche Spezialmuseen	711	10230
Sonstige museale Einrichtungen	89	6061
Insgesamt	4878	103235

Insgesamt waren die öffentlich-rechtlichen Landesrundfunkanstalten 2004 mit rund 515000 Stunden auf Sendung. In den Hörfunkprogrammen nahmen 2004 Musiksendungen mit rund 55 % der Sendezeit den breitesten Raum ein. Information und Service strahlten die Landesrundfunkanstalten zu rund 29 % aus; 7 % der Zeit widmeten die Rundfunkanstalten den Kultur- und Bildungsprogrammen und 8 % der Sendezeit entfielen auf die Unterhaltung. Der Werbefunk nahm etwa 1 % der Sendestunden in Anspruch.

Abb. 3: Öffentlich-rechtlicher Hörfunk 2004 nach Programmbereichen
in Prozent der Sendestunden

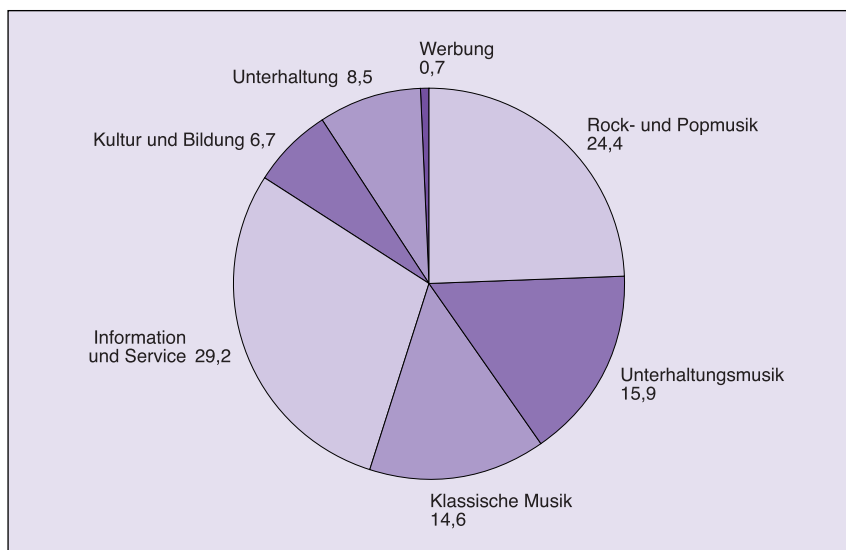
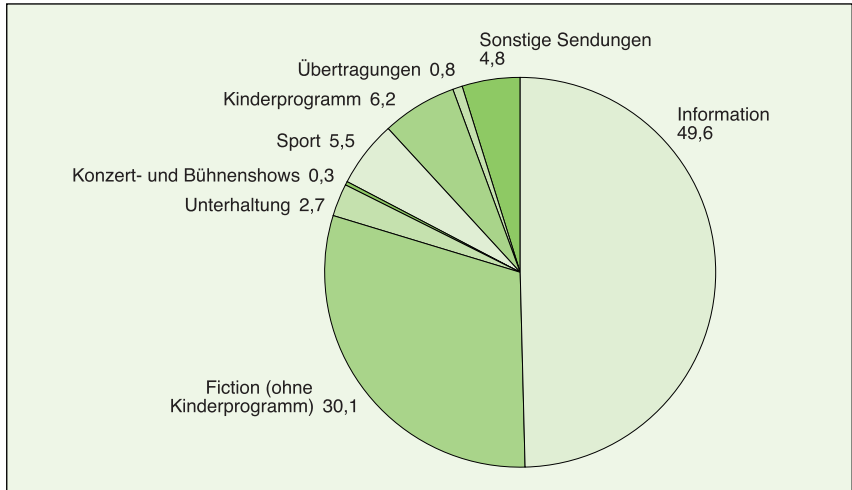


Abb. 4: Zweites Deutsches Fernsehen 2005 nach Programmbereichen
in Prozent der Sendestunden



Für das Fernsehen (vgl. Abb. 4) liefert das ZDF eine Aufgliederung nach einzelnen Programmbereichen (Kategorien). Im Jahr 2005 überwog Information mit 50 % der Sendezeit, gefolgt von Fiktion (rund 30 %) sowie Sport und Kinderprogramm (jeweils 6 %).

6.3.5 Bücher und Bibliotheken

Trotz veränderter Informationsmöglichkeiten, die aus der zunehmenden Verbreitung der elektronischen Medien resultieren, haben Bücher ihre Bedeutung als Quelle des Wissens und der Unterhaltung nicht eingebüßt. Hiervon zeugen insgesamt 78082 Buchtitel, die im Jahr 2005 als Erstauflage ermittelt wurden, darunter 6333 Taschenbücher und 6132 Übersetzungen ins Deutsche.

Tab. 3: Buchproduktion 2005

Ausgewählte Sachgruppen ¹	Erstauflage	Anteil in %
Sozialwissenschaften	15 807	22
Technik, Medizin, angewandte Wissenschaften	11 973	16
Künste und Unterhaltung	9 673	13
Literatur	24 443	33
Belletristik	11 187	15

1 Einschl. Mehrfachzählungen.

Nach Sachgruppen gegliedert, entfiel im Jahr 2005 der größte Teil der Erstauflagen auf Literatur (33 %) und Sozialwissenschaften (22 %). Es folgten Technik, Medizin, angewandte Wissenschaften (16 %), Belletristik (15 %) sowie Künste und Unterhaltung (13 %).

Der Zugang zur Literatur wird durch die Einrichtungen des Bibliothekswesens erleichtert. 2004 gab es in Deutschland 9025 öffentliche Bibliotheken mit einem Bestand von rund 126 Mill. Medieneinheiten (insbesondere Bücher und Zeitschriften, aber auch Schallplatten, Kassetten, CDs, Spiele u.a.). Es wurden rund 346 Mill. Entleihungen an 9,1 Mill. Bibliotheksbenutzerinnen und -benutzer registriert. Die 1118 wissenschaftlichen Bibliotheken in Deutschland verfügten 2004 über 244 Mill. Bände und Dissertationen. Auf 3,1 Mill. Bibliotheksbenutzerinnen und -benutzer entfielen dabei knapp 81,9 Mill. Entleihungen.

6.4 Sport und Musizieren

Mit Sport und Musik verbringen die Menschen in Deutschland einen großen Teil ihrer Freizeit – wenn auch überwiegend nur passiv. Über die Zahl der Besucherinnen und Besucher von Sportveranstaltungen im Bundesgebiet gibt es keine gesicherten Ergebnisse, und auch über den Umfang des Fernsehpublikums, das auf diese Weise wichtige Sportereignisse miterlebt, lassen sich keine genauen Angaben machen. Zahlen über aktiv Sport Treibende liegen nur insoweit vor, als sie in Sportvereinen organisiert sind.

Die Sportvereine verdanken der Fitness-Welle und dem gestiegenen Gesundheitsbewusstsein wachsenden Zulauf. Die Mitgliederzahl des Deutschen Sportbundes betrug 2005 ca. 23,6 Mill., die Anzahl der Vereine lag bei rund 89870.

Für den Vereinssport begeistern sich mehr Männer als Frauen. Von den Mitgliedern des Deutschen Sportbundes im Jahr 2005 waren rund 60 % männlich. Groß ist das Interesse der Jugendlichen an den Sportvereinen. So sind von den Mitgliedern 24 % jünger als 15 Jahre und 42 % unter 26 Jahren.

Gemessen an den Mitgliederzahlen rangiert der Fußball unter den Sportarten mit Abstand an der Spitze der Beliebtheitskala (s. Tab. 4). Mit rund 6,3 Mill. Mitgliedern stellen die Fußballvereine 27 % aller Beitragszahler des deutschen Sportbundes. Der Frauenanteil in Fußballvereinen liegt bei 13,7 %. Die Turnvereine haben mit 5,1 Mill. Mitgliedern neben den Fußballvereinen die größten Mitgliederzahlen. Turnen gehört neben dem Tanzsport und Reiten zu den wenigen Sportarten, bei denen Frauen in den Vereinen zahlenmäßig dominieren. Unter den übrigen Sportverbänden übersteigt nur noch die Mitgliedschaft in Tennis- und Schützenvereinen die Millionengrenze. Etwa 361000 sportlich Aktive sind in den Bereichen Behinderten- und Gehörlosensport des Deutschen Sportbundes organisiert.

Einige Angaben über das aktive Musikleben in Deutschland liefert der Deutsche Chorverband. Er hatte im Jahr 2005 1,7 Mill. Mitglieder, davon allerdings nur 669000

Tab. 4: Die zehn mitgliedstärksten Sportverbände in Deutschland 2004

Spitzenverband	Mitglieder in 1 000	Spitzenverband	Mitglieder in 1 000
Fußball	6 303	Handball	834
Turnen	5 135	Reiten	765
Tennis	1 710	Sportfischer	674
Schützen	1 514	Tischtennis	651
Leichtathletik	900	Skisport	651

aktive und rund 1 Mill. fördernde. Insgesamt gab es 2005 einschließlich der Kinder- und Jugendchöre 22 701 Chöre, darunter 8 531 reine Männer- und 2 192 reine Frauenchöre.

Informationen zum Thema Reiseverhalten der Deutschen siehe Teil I, Kap. 15, Abschnitt 15.3.2.

7 Gesellschaftliche Mitwirkung

7.1 Einführung

Um seinem Anspruch gerecht zu werden, ist ein demokratisches Staatswesen auf die aktive Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Inwieweit die Menschen ihre durch die Verfassung garantierten Rechte wirklich nutzen und Politik, Wirtschaft oder Kultur mitgestalten – darüber kann die amtliche Statistik wegen der meist sehr komplexen Zusammenhänge nur Anhaltspunkte liefern. So vermittelt z.B. die Wahlstatistik Informationen über die Wahlbeteiligung und die Parteipräferenz sowie das Wahlverhalten verschiedener Bevölkerungsgruppen. Auskunft über den Organisationsgrad der abhängig Beschäftigten gibt die Statistik der Gewerkschaftsmitglieder, während die Zahlen über die Teilnahme an Gottesdiensten das kirchliche Engagement dokumentieren. Um dieses Bild zu vervollständigen, sind hier Daten aus verschiedenen zusätzlichen Quellen zusammengestellt.

7.2 Teilnahme am politischen Leben

7.2.1 Wahlen

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland bekennt sich zur Volkssouveränität. Er besagt, dass alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht und von ihm in Wahlen und Abstimmungen ausgeübt wird. Für die Lebendigkeit der Demokratie ist es von entscheidender Bedeutung, in welchem Maße die Bürgerinnen und Bürger von ihren in der Verfassung garantierten Rechten Gebrauch machen und damit Einfluss auf die politische Willensbildung nehmen. Die Ausübung des Wahlrechts, mit der über die Zusammensetzung der demokratischen Vertretungen in Gemeinde, Land und Bund entschieden wird, spielt dabei die zentrale Rolle. Da in der Bundesrepublik Deutschland keine Wahlpflicht besteht, wird die Wahlbeteiligung – unter gewissen Einschränkungen – auch als Gradmesser für das politische Engagement der Menschen herangezogen. Sie weist deutliche Unterschiede auf, je nach dem ob es sich um Bundestags-, Landtags-, Kommunalwahlen oder Wahlen zum Europäischen Parlament handelt.

Mit dem Beitritt der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990 wurde das bisherige Wahlgebiet um die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie Berlin-Ost erweitert. Für die Westberliner Bevölkerung – deren Interessen zuvor 22 vom Berliner Abgeordnetenhaus gewählte Abgeordnete im Deutschen Bundestag vertraten – wurden die Voraussetzungen für eine direkte Teilnahme an der Wahl zum Deutschen Bundestag

geschaffen. Obwohl erstmals alle Deutschen gemeinsam ihre Abgeordneten wählen konnten, gab es bei der Wahl zum 12. Deutschen Bundestag am 2. Dezember 1990 die bis dahin niedrigste Wahlbeteiligung (77,8 %) nach 1949 (78,5 %). Noch niedriger und damit am geringsten von allen Bundestagswahlen war die Wahlbeteiligung bei der 16. Bundestagswahl am 18. September 2005 mit 77,7 %. Damit lag die Wahlbeteiligung um 1,4 Prozentpunkte unter der von 2002 (79,1 %) und um 4,5 Prozentpunkte unter der von 1998 (82,2 %). Über dem Durchschnitt lag die Wahlbeteiligung in acht Ländern, und zwar in Niedersachsen und im Saarland mit jeweils 79,4 %, in Schleswig-Holstein mit 79,1 %, in Baden-Württemberg, Hessen und in Rheinland-Pfalz mit jeweils 78,7 %, in Nordrhein-Westfalen mit 78,3 % und in Bayern mit 77,9 %. In den übrigen Ländern betrug sie zwischen 71,0 % und 77,5 %, mit dem niedrigsten Wert in Sachsen-Anhalt. In allen neuen Ländern lag die Wahlbeteiligung unter dem Bundesdurchschnitt wie bei allen Bundestagswahlen seit der Wiedergewinnung der Deutschen Einheit im Jahre 1990 (Ausnahme: Thüringen 1998).

Tab. 1: Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen¹

Wahl	Wahlberechtigte 1 000	Wahlbeteiligung %
1949 ²	31 208	78,5
1953 ²	33 121	86,0
1957	35 401	87,8
1961	37 441	87,7
1965	38 510	86,8
1969	38 677	86,7
1972	41 446	91,1
1976	42 058	90,7
1980	43 232	88,6
1983	44 089	89,1
1987	45 328	84,3
1990	60 437	77,8
1994	60 452	79,0
1998	60 763	82,2
2002	61 433	79,1
2005	61 871	77,7

1 Bis 1987 früheres Bundesgebiet, ohne Berlin-West, ab 1990 Deutschland.

2 Ohne Saarland.

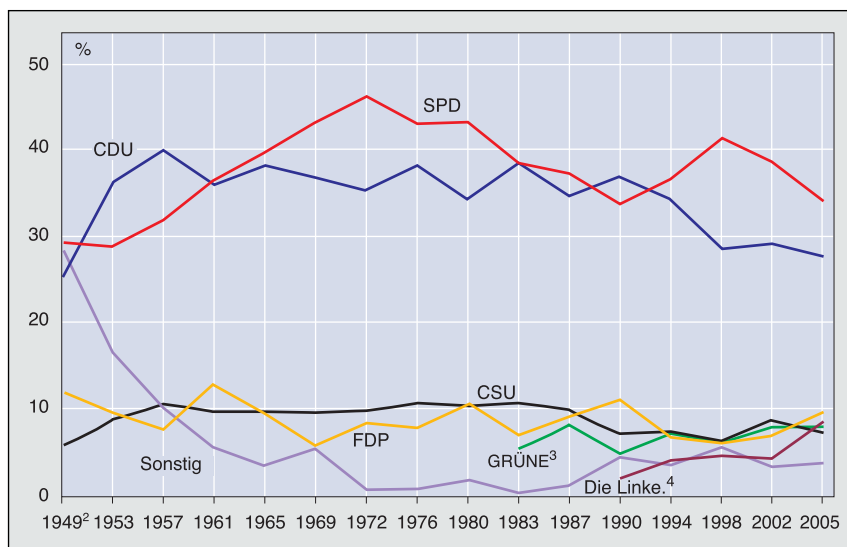
Die Wählerinnen und Wähler geben ihre Stimmen seit den 1960er-Jahren ganz überwiegend den beiden großen Parteigruppierungen SPD und CDU/CSU sowie der FDP. Die GRÜNEN haben drei Jahre nach ihrer Gründung erstmals bei den Bundestagswahlen 1983 die Fünfprozenthürde übersprungen.

Obwohl sie bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 auf Bundesebene nur Stimmenanteile von 2,4 % bzw. 1,2 % erreichten, im Wahlgebiet Ost jedoch deutlich die Fünfprozentmarke übersprangen, zogen die PDS (seit der Namensänderung durch Parteibeschluss vom 17. Juli 2005: Die Linke.) und die Listenvereinigung Bünd-

nis 90/Grüne ins Parlament ein. Grund dafür war eine für die erste gesamtdeutsche Wahl getroffene Sonderregelung: Die Sperrklausel von fünf Prozent war getrennt auf die neuen Bundesländer sowie Berlin-Ost und auf den bis zum 3. Oktober 1990 geltenden Gebietsstand der Bundesrepublik Deutschland anzuwenden. 1994 kam die PDS aufgrund von vier Direktmandaten in den Bundestag, ihr Zweitstimmenanteil lag bei 4,4 %. 1998 erreichte sie neben vier Direktmandaten auch einen Zweitstimmenanteil von 5,1 %. 2002 gewann die PDS lediglich zwei Wahlkreismandate und hatte einen Zweitstimmenanteil von 4,0 %. 2005 errang Die Linke. (früher PDS) drei Direktmandate und erzielte einen Zweitstimmenanteil von 8,7 %.

Von besonderem politischen und soziologischen Interesse ist die Frage, ob es geschlechts- und altersspezifische Unterschiede im Wahlverhalten gibt. Um diese Zusammenhänge zu erheben, wurden von 1953 bis 1990 (seit 1957 unter Beteiligung aller Länder) unter Wahrung des Wahlgeheimnisses regelmäßig repräsentative Sondererhebungen zu den Bundestagswahlen durchgeführt. Nachdem der Gesetzgeber diese Erhebungen für die Bundestagswahlen 1994 und 1998 ausgesetzt hatte, wurde auf Grund des im Jahre 1999 in Kraft getretenen Wahlstatistikgesetzes, das unter anderem detaillierte Vorschriften zum Schutz des Wahlgeheimnisses enthält, auch bei der Bundestagswahl 2005 wieder eine repräsentative Wahlstatistik durchgeführt. Diese

Abb. 1: Stimmanteile der Parteien bei den Bundestagswahlen¹



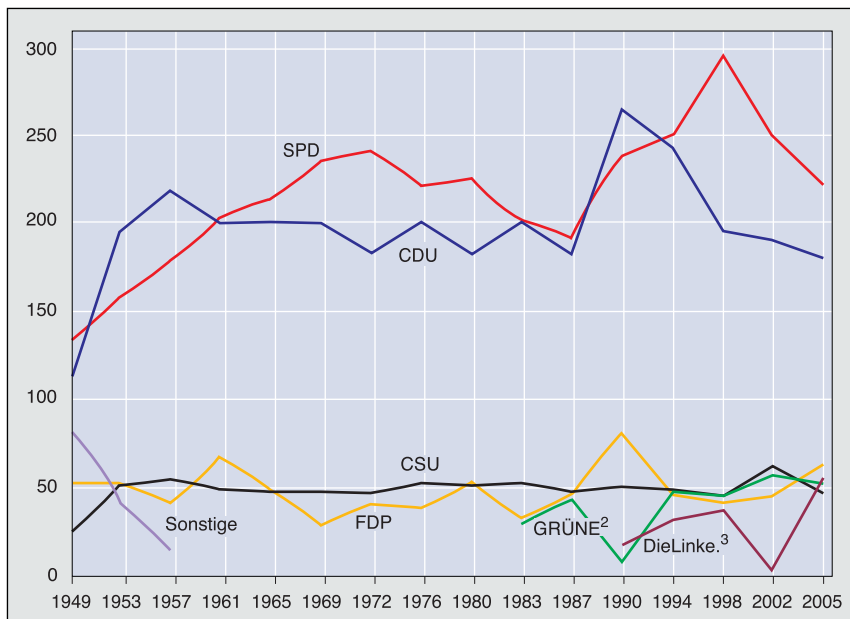
1 Seit 1953 Zweitstimmen, bis 1987 früheres Bundesgebiet, ab 1990 Deutschland.

2 Ohne Saarland.

3 Bis 1987: GRÜNE; 1990: Bündnis 90/Grüne (nur neue Bundesländer); 1994: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

4 Bis zur Namensänderung durch Parteitagbeschluss vom 17. Juli 2005: PDS.

Abb. 2: Sitzverteilung im Deutschen Bundestag¹



1 Bis 1987: früheres Bundesgebiet einschl. der Abgeordneten von Berlin-West, ab 1990 Deutschland.

2 Bis 1987: GRÜNE; 1990: Bündnis 90/Grüne (nur neue Bundesländer); 1994: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

3 Bis zur Namensänderung durch Parteitagebeschluss vom 17. Juli 2005: PDS.

Erhebung umfasste 2 541 Urnenwahlbezirke, die für die Statistik der Stimmabgabe um 326 Briefwahlbezirke ergänzt wurde. Die Einbeziehung von Briefwahlbezirken erfolgte bei der Bundestagswahl 2002 zum ersten Mal, um vor dem Hintergrund des seit der Bundestagswahl 1990 deutlich angestiegenen Briefwähleranteils die Genauigkeit des Gesamtergebnisses sicherzustellen.

Aus diesen Untersuchungen geht hervor, dass die Wahlbeteiligung der Frauen bei Bundestagswahlen insgesamt hinter derjenigen der Männer zurückbleibt: In den Jahren 1953 und 1957 lag sie um 3,1 bzw. 3,3 Prozentpunkte niedriger; bei den folgenden Wahlen verringerte sich der Unterschied bis auf 0,8 Prozentpunkte bei der Bundestagswahl 1976. In den darauffolgenden Wahlen vergrößerte sich der Unterschied jedoch wieder (1990: 1,3 Prozentpunkte). Bei der Bundestagswahl 2002 betrug die Differenz zwischen der Wahlbeteiligung der Frauen und Männer 0,5 Prozentpunkte, bei der Bundestagswahl 2005 sank sie auf 0,4 Prozentpunkte (Frauen: 78,1 %, Männer: 78,5 %). In den neuen Ländern und Berlin-Ost lag die Wahlbeteiligung der Frauen insgesamt sogar um 0,5 % über der Beteiligung der Männer – 2002: 0,7 %. Betrachtet man die einzelnen Altersgruppen in den neuen Ländern und Berlin-Ost, so zeigt sich,

dass die Frauen in allen Altersgruppen zwischen 21 bis 59 Jahren eine größere Wahlbeteiligung verzeichneten (zwischen 2,4 und 5,9 Prozentpunkten) – 2002: zwischen 1,6 und 5,4 Prozentpunkten. Bei den 18- bis 20-Jährigen war die Wahlbeteiligung der Frauen hingegen 0,3 – 2002: 0,1 – Prozentpunkte, bei den 60- bis 69-Jährigen – ebenso wie 2002 – 0,6 Prozentpunkte und bei den 70-Jährigen und Äl-

Tab. 2: Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2005
nach Geschlecht und Alter

Alter in Jahren	Wahlberechtigte			Wahlbeteiligung ¹		
	Insgesamt 1000	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
		%				
Deutschland						
unter 21	2385,4	51,3	48,7	70,0	70,3	69,6
21–24	3439,3	50,8	49,2	66,5	66,1	66,9
25–29	4110,0	50,7	49,3	70,1	69,0	71,2
30–34	4103,7	50,7	49,3	74,5	73,1	75,9
35–39	5830,3	50,9	49,1	78,4	77,0	79,9
40–44	6515,2	50,8	49,2	79,7	78,8	80,6
45–49	5842,6	50,4	49,6	80,2	79,1	81,3
50–59	9597,1	49,7	50,3	82,5	81,9	83,1
60–69	9660,3	47,8	52,2	85,0	85,5	84,6
70 und mehr	10386,7	37,4	62,6	76,7	82,7	73,1
Insgesamt	61870,7	47,9	52,1	78,3	78,5	78,1
Früheres Bundesgebiet und Berlin-West						
unter 21	1847,6	51,1	48,9	70,7	71,1	70,3
21–24	2701,4	50,0	50,0	67,5	67,3	67,6
25–29	3290,3	49,9	50,1	70,9	70,1	71,7
30–34	3378,6	50,3	49,7	75,1	74,0	76,1
35–39	4844,1	50,8	49,2	78,9	77,7	80,1
40–44	5285,4	50,7	49,3	80,2	79,6	80,8
45–49	4692,7	50,4	49,6	80,8	79,9	81,7
50–59	7634,5	49,7	50,3	83,2	82,7	83,6
60–69	7663,6	47,9	52,1	86,1	86,6	85,6
70 und mehr	8366,4	37,7	62,3	78,2	83,9	74,8
Insgesamt	49704,6	47,8	52,2	79,2	79,5	78,8
Neue Länder und Berlin-Ost						
unter 21	537,9	52,0	48,0	67,5	67,7	67,4
21–24	738,0	53,4	46,6	63,0	61,8	64,4
25–29	819,7	54,0	46,0	66,8	65,0	69,0
30–34	725,1	53,0	47,0	71,7	68,9	74,8
35–39	986,2	51,3	48,7	76,1	73,5	78,8
40–44	1229,8	51,1	48,9	77,5	75,4	79,7
45–49	1149,8	50,6	49,4	77,7	75,7	79,7
50–59	1962,6	49,8	50,2	79,8	78,6	81,0
60–69	1996,7	47,3	52,7	81,0	81,3	80,7
70 und mehr	2020,3	36,1	63,9	70,1	77,3	66,0
Insgesamt	12166,1	48,2	51,8	74,7	74,5	75,0

1 Anteil der Wähler mit Stimm- und Wahrscheinvermerk im Wählerverzeichnis an den Wahlberechtigten.

teren 11,3 – 2002: 11,2 – Prozentpunkte niedriger als bei den Männern der gleichen Altersgruppe.

Die Ergebnisse der repräsentativen Bundestagswahlstatistik zeigen, dass die altersspezifischen Abweichungen stärker ausgeprägt waren als die geschlechtsspezifischen. Die niedrigste Wahlbeteiligung, und zwar sowohl bei Männern als auch bei Frauen, wurde seit 1953 bei den jungen Wählerinnen und Wählern festgestellt. Ab dem 21. Lebensjahr nahm die Wahlbeteiligung bis zum Alter von 69 Jahren zu; danach ging sie wieder zurück, lag aber bei den Bundestagswahlen 1990, 2002 und 2005 noch höher als in der Altersgruppe der 30- bis 34-Jährigen.

Auf Grund der Bevölkerungsstruktur der Bundesrepublik Deutschland (vgl. Kap. 1) haben die Frauen einen besonderen Einfluss auf das Wahlergebnis. Bei der Bundestagswahl 2005 wurden 51,9 % – 2002: 52,0 % – der gültigen Stimmen von Frauen und 48,1 % – 2002: 48,0 % – von Männern abgegeben. Wie 2002 konnten SPD, CDU, CSU und GRÜNE mehr Frauen- als Männerstimmen auf sich vereinigen, bei der FDP, der Partei Die Linke. (früher PDS) und bei den nicht im Parlament vertretenen Parteien überwog dagegen der Anteil der männlichen Wähler. Im Vergleich zu den Ergebnissen der Bundestagswahl 1953 sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede allerdings geringer geworden. Damals zeigten die Wählerinnen eine deutliche Vorliebe für CDU und CSU.

Untersucht man die Wählerschaft der Parteien nach ihrem Alter, so ergeben sich ebenfalls Unterschiede. Aus der Analyse der Bundestagswahlergebnisse 2005 geht ähnlich wie 2002 hervor, dass die SPD ihr Potenzial bei jeder Altersgruppe gleichmäßig ausgeschöpft hat. Die Altersgruppen waren in der Wählerschaft der SPD in etwa so verteilt, wie es der Verteilung der Altersgruppen in der Gruppe aller Wahlberechtigten entsprach. Die Unionsparteien dagegen rekrutierten ihre Wählerschaft überproportional aus den Kreisen älterer Wählerinnen und Wähler (40,8 % – 2002: 39,3 % – bei den mindestens 60-Jährigen). In der Wählerschaft der GRÜNEN dominierten die mittleren Altersgruppen (28,8 % der 35- bis 44-Jährigen und 27,8 % der 44- bis 59-Jährigen – 2002: 30,5 % in der Altersgruppe der 35- bis 44-Jährigen). In der Wählerschaft der FDP – verglichen mit den Wahlberechtigten – waren junge Wähler überdurchschnittlich vertreten. Die Linke. hatte bei den über 45-Jährigen einen überdurchschnittlich hohen Anteil.

In der Zusammensetzung des Parlaments sind Frauen noch immer deutlich unterrepräsentiert. So ist die Zahl der weiblichen Abgeordneten im Deutschen Bundestag trotz steigender Tendenz weiterhin gering. Obwohl mehr als die Hälfte aller Wahlberechtigten Frauen sind, stellten sie im 12. Deutschen Bundestag nur 20,4 % der Abgeordneten, im 13. Deutschen Bundestag 26,3 %, im 14. Deutschen Bundestag 30,8 % und im 15. Deutschen Bundestag 32,2 %. Im 16. Deutschen Bundestag sind unter den 614 Abgeordneten 195 Frauen, das sind 31,8 %. Mit einer Mehrheit weiblicher Abgeordneter (56,9 %) erreichten die GRÜNEN den höchsten Frauenanteil, gefolgt von Die Linke. (48,1 %), SPD (36,0 %), FDP (24,6 %), CDU (21,1 %) und CSU (15,2 %). Am 22. November 2005 wurde nach sieben Bundeskanzlern mit Dr. Angela Merkel (CDU) zum ersten Mal eine Frau zur Bundeskanzlerin gewählt.

Tab. 3: Wählerschaft der Parteien bei der Bundestagswahl 2005
nach dem Alter

Partei	Von 100 gültigen Zweitstimmen für die jeweilige Partei wurden abgegeben von Wähler/-innen im Alter von ... Jahren				
	18-24	25-34	35-44	45-59	60 und mehr
<i>Deutschland</i>					
SPD	8,8	11,8	20,3	26,2	32,9
CDU	6,0	10,2	17,8	24,6	41,5
CSU	6,9	11,9	18,6	24,4	38,2
GRÜNE	11,0	16,5	28,8	27,8	16,0
FDP	9,3	16,4	20,6	24,1	29,6
Die Linke. ¹	7,3	10,5	20,4	33,3	28,6
Sonstige	14,3	17,9	24,7	23,5	19,6
dar.: NPD	20,2	19,9	22,9	21,6	15,4
REP	12,3	18,8	26,9	25,0	17,0
Insgesamt	8,2	12,3	20,4	26,0	33,1
<i>Früheres Bundesgebiet und Berlin-West</i>					
SPD	8,6	11,9	20,9	26,5	32,1
CDU	5,8	10,1	17,7	24,1	42,4
CSU	6,9	11,9	18,6	24,4	38,2
GRÜNE	10,7	16,3	29,3	28,5	15,2
FDP	8,7	16,1	20,4	23,9	30,9
Die Linke. ¹	7,5	11,8	22,4	34,9	23,3
Sonstige	13,4	18,0	25,2	22,7	20,8
dar.: NPD	20,2	19,4	22,0	20,3	18,1
REP	12,0	18,8	27,1	24,5	17,6
Insgesamt	8,0	12,4	20,7	25,8	33,1
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>					
SPD	10,0	11,2	17,0	24,5	37,2
CDU	6,7	10,9	18,5	26,9	37,0
CSU	–	–	–	–	–
GRÜNE	12,6	18,0	24,5	22,9	22,0
FDP	12,3	17,6	21,9	25,7	22,5
Die Linke. ¹	7,2	9,4	18,6	31,8	33,0
Sonstige	16,7	17,6	23,4	25,7	16,6
dar.: NPD	20,3	20,6	24,2	23,5	11,5
REP	15,1	18,4	25,3	28,6	12,7
Insgesamt	9,1	11,9	18,9	27,0	32,9

1 Bis zur Namensänderung durch Parteitagebeschluss vom 17. Juli 2005: PDS.

Das Durchschnittsalter der Mitglieder des Parlaments lag zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 2005 bei 49,3 Jahren. Die Linke. hatte 2005 sowohl die ältesten männlichen Abgeordneten (Durchschnittsalter: 51,9 Jahren) als auch mit durchschnittlich 44,7 Jahren auch die jüngsten Parlamentarierinnen von allen im Bundestag vertretenen Parteien.

Die Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen liegt im Vergleich zu Bundestagswahlen niedriger. Außerdem sind die Unterschiede von Bundesland zu Bundesland stärker.

ker ausgeprägt. Die höchste Wahlbeteiligung bei den jeweils letzten Landtagswahlen wurde in Mecklenburg-Vorpommern mit 70,6 % erreicht; besonders niedrig war sie mit 44,4 % bei der Wahl 2006 in Sachsen-Anhalt.

Allein regiert die CDU in Hamburg, Hessen, im Saarland und in Thüringen, die CSU in Bayern und die SPD in Rheinland-Pfalz. In Baden-Württemberg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen regiert die CDU gemeinsam mit der FDP. Große Koalitionen regieren in Brandenburg, Bremen, Schleswig-Holstein, in Sachsen und Sachsen-Anhalt. In Mecklenburg-Vorpommern ist die SPD zum zweiten Mal mit Die Linke. (früher PDS) eine Koalition eingegangen; diese beiden Parteien regieren auch in Berlin.

Seit 1979 wählen die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union (EU) in fünfjährigem Abstand die Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Im Juni 2004 wurden 732 Abgeordnete (erstmalig auch in den zum 1. Mai 2004 beigetretenen Länder Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern) gewählt. Wie viele Abgeordnete ein Land vertreten, ergibt sich aus Artikel 190 Abs. 2 des EG-Vertrags. Deutschland stehen danach weiterhin 99 Mandate zu. Die Fraktionen des Europäischen Parlaments setzen sich nicht nach der Staatsangehörigkeit, sondern nach politischen Richtungen zusammen.

Tab. 4: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe bei den letzten Landtagswahlen in Prozent

Land	Wahl	Wahlbeteiligung	Stimmabgabe				
			CDU/ CSU ¹	SPD	FDP	GRÜNE	Die Linke. ²
Baden-Württemberg	2006	53,4	44,2	25,2	10,7	11,7	–
Bayern ³	2003	57,1	60,7	19,6	2,6	7,7	–
Berlin ⁴	2001	68,1	23,8	29,7	9,9	9,1	22,6
Brandenburg ⁴	2004 ⁵	56,4	19,4	31,9	3,3	3,6 ⁶	28,0
Bremen	2003	61,3	29,8	42,3	4,2	12,8	1,7
Hamburg	2004	68,7	47,2	30,5	2,8	12,3 ⁷	–
Hessen ⁴	2003	64,6	48,8	29,1	7,9	10,1	–
Mecklenburg-Vorpommern ⁴	2002	70,6	31,4	40,6	4,7	2,6	16,4
Niedersachsen ⁴	2003	67,0	48,3	33,4	8,1	7,6	0,5
Nordrhein-Westfalen	2005	63,0	44,8	37,1	6,2	6,2	0,9
Rheinland-Pfalz ⁴	2006	58,2	32,8	45,6	8,0	4,6	–
Saarland	2004	55,5	47,5	30,8	5,2	5,6	2,3
Sachsen ⁴	2004 ⁸	59,6	41,1	9,8	5,9	5,1	23,6
Sachsen-Anhalt ⁴	2006	44,4	36,2	21,4	6,7	3,6	24,1
Schleswig-Holstein ⁴	2005 ⁹	66,5	40,2	38,7	6,6	6,2	0,8
Thüringen ⁴	2004	53,8	43,0	14,5	3,6	4,5	26,1

1 CSU nur in Bayern.

2 Bis zur Namensänderung durch Parteibeschluss vom 17. Juli 2005: PDS.

3 Gesamtstimmen = Erst- und Zweitstimmen.

4 Zweitstimmen.

5 Die DVU erzielte 6,1 % der Stimmen.

6 GRÜNE/B 90.

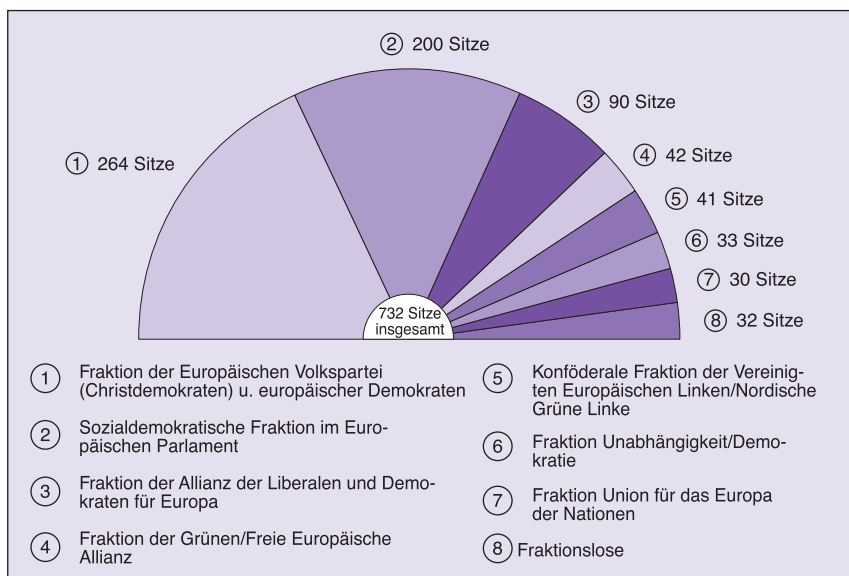
7 GRÜNE/GAL.

8 Die NPD erzielte 9,2 % der Stimmen.

9 Der SSW erzielte 3,6 % der Stimmen.

Insgesamt gingen im Juni 2004 rund 160 Mill. Menschen in der EU zur Wahl. Die Wahlbeteiligung ist bei den Wahlen zum Europäischen Parlament in der Bundesrepublik – wie übrigens auch in den anderen Mitgliedstaaten – wesentlich niedriger als bei nationalen Wahlen. Von den 61,7 Mill. bundesdeutschen Wahlberechtigten machten am 13. Juni 2004 nur 43 % von ihrem Stimmrecht Gebrauch. Dies war ein Rückgang der Wahlbeteiligung um 2,2 Prozentpunkte gegenüber 1999. Wenn man von Belgien, Luxemburg und Griechenland absieht (in diesen Ländern besteht Wahlpflicht), war die Wahlbeteiligung in Malta mit 82,4 %, in Italien mit 73,1 % (1999: 70,8 %) und in Zypern mit 71,2 % am höchsten, während sie in Estland mit 26,8 %, in Polen mit 20,9 % und in der Slowakei mit 17 % am niedrigsten lag. In 10 der übrigen 24 EU-Staaten war die

Abb. 3: Sitzverteilung im Europäischen Parlament nach Fraktionen
Stand: Februar 2006



Wahlbeteiligung höher als in Deutschland. Der stärkste Rückgang der Wahlbeteiligung betrug 17,9 Prozentpunkte und wurde in Spanien registriert. Zusammenfassend ist festzustellen, dass lediglich in fünf EU-Staaten die Wahlbeteiligung gegenüber 1999 zwischen 1,7 und 14,8 Prozentpunkten gestiegen, in allen anderen EU-Staaten jedoch zwischen 0,2 und 17,9 Prozentpunkten gesunken ist.

Von den auf die Bundesrepublik Deutschland entfallenden 99 Sitzen erhielt die CDU 40 (1999: 43), die SPD 23 (1999: 33), die CSU 9 (1999: 10) die GRÜNEN 13 (1999: 7), Die Linke. – früher PDS – 7 (1999: 6) und die FDP 7 Sitze (erstmal seit 1989 wieder vertreten).

7.2.2 Mitgliedschaft in Parteien

Die Parteien spielen in der Bundesrepublik Deutschland eine wichtige Rolle. Nach dem Grundgesetz haben sie die Aufgabe, an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken. Ihre Gründung ist frei, ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen.

Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhängerschaft darauf ausgerichtet sind, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig und können vom Bundesverfassungsgericht verboten werden. Von dieser Möglichkeit wurde bisher zweimal Gebrauch gemacht: 1952 wurde die Sozialistische Reichspartei – eine extreme Rechtspartei – verboten, 1956 wurde die KPD für verfassungswidrig erklärt und aufgelöst.

Die politische Landschaft in der Bundesrepublik Deutschland war seit ihrer Gründung vor allem von vier Parteien geprägt: Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU), Christlich-Soziale Union (CSU) in Bayern und Freie Demokratische Partei (FDP).

Zu Beginn der 1980er-Jahre gelang den GRÜNEN in einer Reihe von Landesparlamenten und von 1983 bis 1990 auch im Bundestag das Eindringen in die bis dahin relativ fest gefügte Parteienlandschaft. Bei der Bundestagswahl 2005 erzielten die GRÜNEN einen Anteil von 8,1 % an den Zweitstimmen. Seit der ersten gesamtdeutschen Wahl 1990 ist auch Die Linke. (früher PDS) im Deutschen Bundestag vertreten. Nur 1998 und 2005 erreichte sie einen Zweitstimmenanteil von über 5 %. 1990, 1994 und 2002 kam sie aufgrund von Sonderregelungen bzw. Direktmandaten in den Bundestag. Schon immer kandidierten bei Bundestagswahlen auch kleinere Parteien. Bei der ersten Bundestagswahl 1949 konnten diese zusammen 27,8 % der Stimmen auf sich vereinen, danach sind ihre Stimmenanteile stark zurückgegangen. Zu ihrer relativen Bedeutungslosigkeit auf Bundes- und Landesebene hat nicht zuletzt die Fünfprozentklausel beigetragen.

In der Bundesrepublik Deutschland haben gegenwärtig rund 1,6 Mill. Männer und Frauen das Mitgliedsbuch einer Partei. Das entspricht einem Anteil von etwas weniger als 2,7 % der Bevölkerung im wahlberechtigten Alter. Die Partei mit der größten Mitgliedschaft ist die SPD. Bei ihrer Wiedergründung nach dem Zweiten Weltkrieg knüpfte sie an ihre bis ins 19. Jahrhundert zurückreichende Tradition als Arbeiterpartei an. Mit der Verabschiedung des Godesberger Programms 1959 vollzog sie die Öffnung zur Volkspartei. Ihre Mitgliederzahl betrug 1946 rund 711 000. Ende 2002 besaßen 693 894 Bürgerinnen und Bürger das Mitgliedsbuch dieser Partei, die 1976 mit 1 022 000 Mitgliedern ihren bisher höchsten Stand erreicht hatte. Der Anteil der Frauen in der SPD erhöhte sich von 15 % im Jahr der Wiedergründung auf 29,7 % Ende 2002.

Im Unterschied zur katholischen Zentrums Partei der Weimarer Zeit wenden sich die nach dem Ende der Herrschaft des Nationalsozialismus neu gegründeten Unionsparteien – CDU und CSU – an Wählerinnen und Wähler beider christlicher Konfessionen. Sie betrachten ihre Gründung als Antwort auf die verhängnisvolle Zerrissenheit der Demokraten in der Weimarer Republik. Die CDU besitzt keinen bayerischen Landes-

verband, während die CSU nur in Bayern vertreten ist. Im Bundestag bilden beide Parteien eine gemeinsame Fraktion. Die Mitgliederzahl der CDU belief sich im Dezember 2002 auf 594 391, von ihnen waren 25,1 % Frauen. Die CSU, deren Mitgliederzahl im Jahr 1946 bei 69 000 lag, hatte Ende 2002 insgesamt 177 667 Mitglieder, darunter 17,7 % weibliche Mitglieder.

Die ebenfalls nach dem Krieg neu gegründete FDP will als liberale Partei besonders die Freiheit jedes Einzelnen in allen Lebensbereichen stärken. Das liberale Manifest von 1985 geht von einem umfassenden Freiheitsbegriff aus. Die FDP will eine Versöhnung von moderner Marktwirtschaft und einer offenen und veränderungsbereiten gesellschaftlichen Kultur. Ende 2002 hatte die FDP 66 560 Parteimitglieder. 23,6 % der FDP-Mitglieder sind Frauen.

Seit Mitte der 1970er-Jahre hat sich eine zunehmende Zahl von Bürgerinnen und Bürgern außerhalb der etablierten Parteien in »Bürgerinitiativen« engagiert. Sie richten sich vielfach gegen politische Maßnahmen von lokaler oder regionaler Bedeutung, die als umweltschädigend betrachtet werden, so z.B. gegen Kernkraftwerke, Autobahnausbau, Müllverbrennungsanlagen u.Ä. Aus dieser Bewegung sind auch die »grünen« Parteien mit ihren über den Umweltschutz hinausgehenden politischen Programmen hervorgegangen. Die GRÜNEN hatten sich vor der Europawahl 1979 bundesweit als »Sonstige Politische Vereinigung (SPV) DIE GRÜNEN« zusammengeschlossen, ehe sie sich 1980 als Partei auf Bundesebene konstituierten. Im Mai 1993 haben sich die GRÜNEN und das BÜNDNIS 90, ein 1991 entstandener Zusammenschluss der Bürgerbewegung gegen die SED-Regierung in der ehemaligen DDR, zu der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE) zusammengeschlossen. Ihre Mitgliederzahl lag Ende 2002 bei 43 881, 37,2 % der Mitglieder waren Frauen.

Die Linke. (früher PDS), die als Nachfolgepartei der SED in den neuen Ländern und Berlin-Ost anzusehen ist, hatte Ende 2002 insgesamt 70 805 Parteimitglieder. Der Frauenanteil lag bei 45,8 %. Bei der letzten Bundestagswahl hatte Die Linke. (früher PDS) bundesweit einen Zweitstimmenanteil von 8,7 %, in den neuen Ländern und Berlin-Ost von 25,3 %. Bei den letzten Landtagswahlen in den neuen Ländern lag der Anteil der Partei Die Linke. (früher PDS) mit Ausnahme der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern (16,4 %) meist deutlich über 20 %.

7.3 Engagement in Berufsverbänden

7.3.1 Das Recht auf Vereinigungsfreiheit¹

Mit der Freiheit der Meinungsäußerung eng verbunden ist das verfassungsmäßig verbürgte Grundrecht der Vereinigungsfreiheit. Alle Deutschen haben danach das Recht, sich in Vereinen und Gesellschaften zusammenzuschließen. Ausdrücklich gewährleis-

¹ Dieser Abschnitt und Abschnitt 7.3.2 Gewerkschaften sowie 7.3.3 Arbeitgeberverbände wurden verfasst von Prof. Dr. Josef Schmid und Dr. Raphael Menez, Tübingen.

tet ist auch für jedermann und alle Berufe das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden.

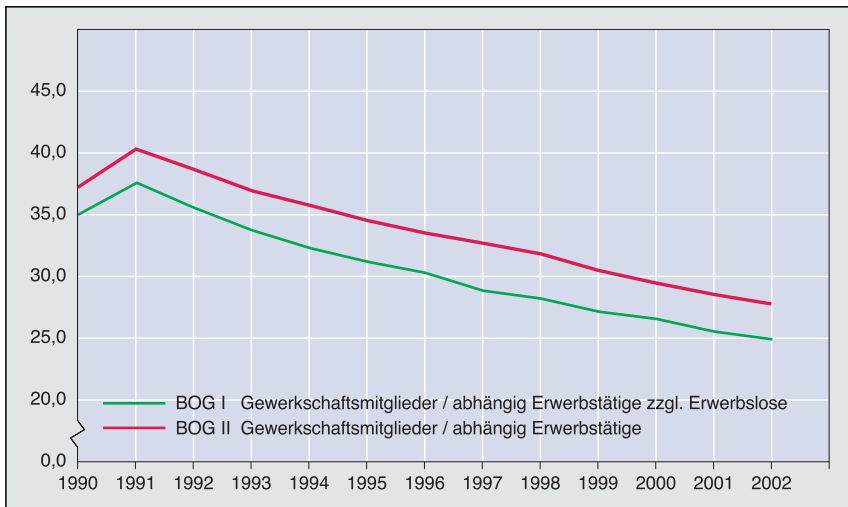
Diese Koalitionsfreiheit hat zur Gründung einer Vielzahl von Wirtschaftsorganisationen und Berufsverbänden geführt. Diese Ausdifferenzierung findet heute ihren Höhepunkt in Form von über 5000 Verbänden in Deutschland, von denen rund 1900 Spitzenverbände mit bundespolitischen Interessen in der so genannten Lobbyliste des Deutschen Bundestages registriert sind (Stand: 20.03.2006).

Von besonderer Bedeutung sind die großen Arbeitnehmer- und Arbeitgebervereinigungen, die so genannten Tarifpartner, die im Rahmen der verfassungsmäßig garantierten Tarifautonomie Verträge über Arbeitsentgelte und -bedingungen abschließen. Ihre Verhandlungsergebnisse beeinflussen sowohl das Wirtschaftsgeschehen insgesamt als auch die Lebensverhältnisse und die Einkommenssituation der Erwerbstätigen.

7.3.2 Gewerkschaften

Gewerkschaften sind formal organisierte, freiwillige Zusammenschlüsse von abhängig Beschäftigten mit dem Ziel, deren ökonomische und soziale Lage zu sichern und zu verbessern. Sie agieren auf der betrieblichen, der branchenspezifischen und der gesamtwirtschaftlichen Ebene sowie in Bezug auf das politische System. Durch ihre starke Stellung im Rahmen der Tarifautonomie haben die Gewerkschaften nicht nur eine ökonomische Funktion des Aushandelns von Löhnen und Gehältern, sondern

Abb. 4: Organisationsgrad der deutschen Gewerkschaften (DGB, DBB, OGB)



Quelle: Schroeder/Weßels 2003.

auch eine normsetzende Funktion bei der Gestaltung der Arbeitsbeziehungen. Ferner nehmen sie als Vertreter der Beitragszahler eine wichtige Rolle in der Selbstverwaltung der Sozialversicherungen wahr.

Die Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland haben die in der Weimarer Zeit vorherrschende Zersplitterung in Einzel- und Richtungsgewerkschaften überwunden, es gibt daher nur wenige, aber mitgliederstarke Gewerkschaftsorganisationen. Die größte ist der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) mit rund 7 Mill. Mitgliedern, er setzt sich zur Zeit aus acht Einzelgewerkschaften zusammen. Die im DGB

Tab. 5: Mitglieder in den DGB Gewerkschaften
Stand: 31.12.2004, in Tausend

	IG Bau	IG BCE	GEW	IG Metall	NGG	Gew. der Polizei	TRANS-NET	ver.di	DGB-Gesamt
Arbeiter	243	601	0	1 303	172	8	62	575	2 963
Angest.	23	170	86	269	53	20	36	1 073	1 729
Beamte	1	0	114	0	0	150	34	121	420
Jugendl.	45	58	11	199	15	33	13	126	499
Männlich	361	623	80	1 981	135	141	214	1 239	4 775
Weiblich	64	147	174	444	90	37	56	1 226	2 238
Insgesamt	425	771	255	2 425	225	178	270	2 465	7 013
Anteil an DGB-Mitgl.	6,1 %	11 %	3,6 %	34,6 %	3,2 %	2,5 %	3,9 %	35,1 %	100 %

Quelle: Deutscher Gewerkschaftsbund, www.dgb.de.

organisierten Gewerkschaften sind Zentralverbände, die nach dem Prinzip der Industriegewerkschaft aufgebaut sind, d.h. in ihnen sind Arbeiter und Angestellte eines Industriezweiges unabhängig von ihrem Beruf zusammengeschlossen. Politisch-weltanschaulich können die DGB-Gewerkschaften als Einheitsgewerkschaften verstanden werden. Das bedeutet, dass sie prinzipiell parteipolitisch unabhängig agieren und versuchen, alle Beschäftigten – unabhängig von deren politischer und weltanschaulicher Überzeugung – zu organisieren.

Die Tarifverträge werden nicht vom DGB, sondern von den Einzelgewerkschaften abgeschlossen. Die größten Einzelgewerkschaften waren im Jahr 2004 die Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di mit ca. 2,5 Mill. Mitgliedern sowie die IG Metall mit rund 2,4 Mill. Mitgliedern.

Neben den Gewerkschaften des DGB sind der Deutsche Beamtenbund (DBB) mit rund 1,25 Mill. Mitgliedern und der Christliche Gewerkschaftsbund (CGB), in dem gut 300 000 Männer und Frauen organisiert sind, zu nennen. Aufgrund der geringen Mitgliederzahlen ist dem CGM, der christlichen Metallarbeitergewerkschaft, per Gerichtsurteil jedoch der Status als Gewerkschaft entzogen worden.

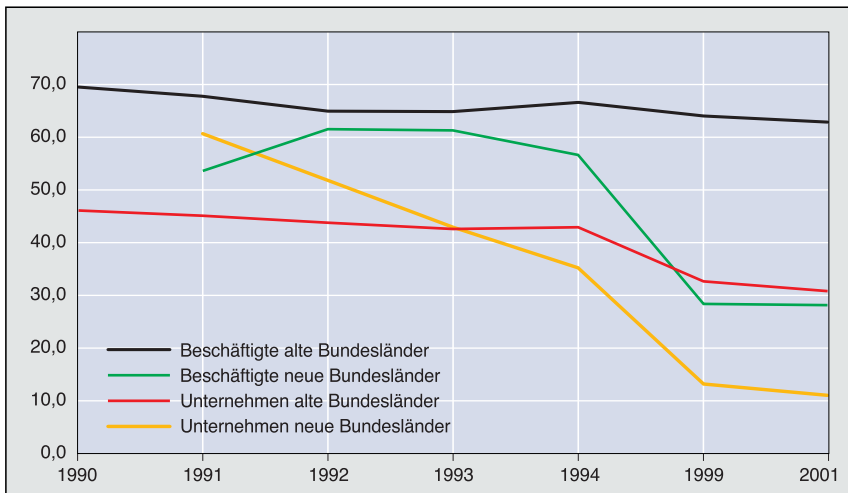
Die Organisationsmacht einer Gewerkschaft beruht auf hohen Mitgliederzahlen und der Fähigkeit, ihre Mitglieder mobilisieren zu können. Hohe Mitgliederzahlen verweisen auf den Anspruch zur legitimen Repräsentation der Arbeitnehmerinteressen, wäh-

rend ein hohes Mobilisierungspotential die Reichweite gewerkschaftlichen Störpotentials absteckt. Angesichts des rapiden und weitreichenden sozialen und ökonomischen Wandels haben die Gewerkschaften in den vergangenen Jahren erheblich an Mitgliedern eingebüßt, was zugleich den Organisationsgrad der DGB-Gewerkschaften (gemessen als Anteil der gewerkschaftlich Organisierten an allen Arbeitnehmern) auf ca. 20 % reduziert hat. Darüber hinaus weisen sie bei den Frauen und den Jugendlichen deutliche Rekrutierungs- und Repräsentationsdefizite auf.

7.3.3 Arbeitgeberverbände

Die vielfältigen Interessen der Unternehmen in Deutschland werden über drei Säulen abgedeckt: Die erste Säule besteht in einer Pflichtmitgliedschaft bei einer örtlichen Industrie- und Handelskammer (daneben existiert noch eine Reihe weiterer Kammern, zu nennen sind hier vor allem die Handwerks- und Landwirtschaftskammern), welche die regionalen wirtschaftlichen Interessen der Unternehmen vertritt und zugleich hoheitliche Aufgaben wahrnimmt. Wirtschafts- und Fachverbände als zweite Säule vertreten die wirtschaftspolitischen Interessen der Unternehmen gegenüber der Politik und anderen gesellschaftlichen Gruppen. Der BDI als Bundesverband der Deutschen Industrie zählt hier zu den einflussreichsten Vereinigungen.

Abb. 5: Organisationsgrad von Betrieben¹ und Beschäftigten² im Arbeitgeberverband Gesamtmetall



1 Organisationsgrad von Betrieben = Zahl der Mitgliedsunternehmen (Gesamtmetall)/Zahl der Unternehmen im Organisationsbereich.

2 Organisationsgrad von Beschäftigten = Zahl der Arbeitnehmer in den Mitgliedsunternehmen (Gesamtmetall)/Arbeitnehmer im gesamten Organisationsbereich.

Quelle: Schroeder/Weßels 2003.

Arbeitgeberverbände als dritte Säule sind die unternehmerische Antwort auf die Koalitionsbildungen der Arbeitnehmer. In Deutschland sind sie – als Gegenorganisation und Tarifpartner der Gewerkschaften – in der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) zusammengeschlossen. Diese hat die Aufgabe, die gemeinschaftlichen sozialpolitischen und tarifpolitischen Interessen der privaten Arbeitgeber wahrzunehmen. Die BDA umfasst 54 Bundesfachspitzenverbände, die auf der Bundesebene die regionalen Arbeitgeberverbände eines Wirtschaftszweiges organisieren, sowie 14 überfachliche Landesverbände, in denen die Arbeitgeberverbände des jeweiligen Bundeslandes organisiert sind.

Die BDA schließt – wie der DGB auch – als Dachorganisation keine Flächentarifverträge ab. Als Tarifpartner der Einzelgewerkschaften fungieren die regionalen Arbeitgeberverbände eines Wirtschaftszweiges. Nach Schätzungen hat die BDA einen Organisationsgrad von ca. 80 % (Anteil der Beschäftigten in den Mitgliedsunternehmen an den Beschäftigten im gesamten Organisationsbereich). Insgesamt sind in der BDA mehr als 1000 Arbeitgeberverbände unmittelbar oder über ihre Mitgliederverbände angeschlossen.

Gesamtmetall als größter Mitgliedsverband in der BDA kommt auf einen Organisationsgrad von 62,3 % (Stand: 2001, Westdeutschland). Betrachtet man hingegen den Organisationsgrad der Unternehmen (Anteil der Mitgliedsunternehmen an der Zahl der Unternehmen im Organisationsbereich), so fällt auf, dass nur noch 30,7 % (2001, Westdeutschland) der Unternehmen Mitglied bei Gesamtmetall sind (1990: 46,2 %, Westdeutschland). Diese Entwicklung, die als Verbandsflucht bezeichnet wird, verweist darauf, dass immer mehr Unternehmen die Anbindung an einen Flächentarifvertrag lösen und Löhne und Arbeitsbedingungen unabhängig von dieser Norm umsetzen wollen. Vor allem bei kleinen und bei mittelständischen Unternehmen ist die Tarifbindung schwach ausgeprägt, und auch Unternehmen in Ostdeutschland haben eine geringere Anbindung an Branchentarifverträge (21 %, Stand 2003) als westdeutsche Unternehmen (43 %, Stand 2003). Um der Verbandsflucht entgegenzuwirken, haben alle 14 Mitgliedsverbände von Gesamtmetall mittlerweile so genannte OT-Verbände (Verbände Ohne Tarifbindung) eingerichtet. Der Dachverband Gesamtmetall organisiert ca. 2000 Firmen mit 200000 Beschäftigten in den OT-Verbänden und ca. 5000 Firmen mit 2 Mill. Beschäftigten in den Tarifträgerverbänden (Stand 31.01.2005).

7.3.4 Mitbestimmung¹

Unter »Mitbestimmung« versteht man die Einflussnahme von Arbeitnehmern und ihren Vertretern auf Entscheidungen der Arbeitgeber. Damit soll der Unterlegenheit der Arbeitnehmer als individueller Vertragspartei entgegengewirkt werden. Das Bundesverfassungsgericht spricht diesbezüglich von der Notwendigkeit des Ausgleichs »gestörter Vertragsparität«. Zu diesem Zweck stehen die gesetzlichen Möglichkeiten der Mitbestimmung als System der Selbsthilfe neben dem Tarifvertrag (siehe Ziff. 7.3.1).

1 Dieser Abschnitt wurde verfasst von Prof. Dr. Michael Kittner.

Mitbestimmung als Mitentscheidung kann entweder dort ansetzen, wo die Folgen der Arbeitgeberentscheidungen für Arbeitnehmer konkret werden, oder auf der Ebene der Entscheidungsfindung. Danach werden die zwei großen Teilsysteme der Mitbestimmung unterschieden:

- Mitbestimmung auf Unternehmensebene soll die unternehmerischen Entscheidungen beeinflussen, deren Umsetzung Auswirkungen auf die Arbeitnehmer hat.
- Betriebliche Mitbestimmung setzt an operativen Entscheidungen des Arbeitgebers für die konkreten Arbeitsverhältnisse an.

Mitbestimmung auf Unternehmensebene setzt an den Strukturen von Kapitalgesellschaften an, in deren Rechtsform jedenfalls größere Unternehmen betrieben werden (vor allem Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung). Sie wird vornehmlich durch Beteiligung von Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat neben den Vertretern der Anteilseigner verwirklicht. Das führt zu einer entsprechenden Beteiligung an den Schlüsselfunktionen eines Aufsichtsrats für ein Unternehmen: Bestellung und Überwachung des Vorstandes bzw. der Geschäftsführung, Beteiligung an wichtigen Entscheidungen (z.B. Investitionen und Fusionen und Aufstellung des Jahresabschlusses). Der Umfang der Arbeitnehmerbeteiligung ist unterschiedlich:

- In Montanunternehmen (Kohle und Stahl) mit über 1 000 Beschäftigten ist sie paritätisch und ermöglicht einen gleichgewichtigen Einfluss neben den Anteilseignervertretern.
- In sonstigen Unternehmen über 2 000 Beschäftigten sind zwar (unter Einschluss eines Vertreters der leitenden Angestellten) ebenfalls gleichviel Arbeitnehmer- wie Anteilseignervertreter; die Anteilseigner haben jedoch ein Übergewicht bei der Bestellung des Aufsichtsratsvorsitzenden und dieser hat ein doppeltes Stimmrecht.
- In Unternehmen zwischen 500 und 2 000 Beschäftigten stellen die Arbeitnehmer ein Drittel der Aufsichtsratsmitglieder.

In Unternehmen der Montanindustrie und großen Gesellschaften über 2 000 Arbeitnehmern muss dem Vorstand bzw. der Geschäftsführung ein Arbeitsdirektor angehören.

Die *betriebliche Mitbestimmung* erfolgt auf der Rechtsgrundlage des Betriebsverfassungsgesetzes in der Privatwirtschaft durch Betriebsräte, und im Öffentlichen Dienst aufgrund der Personalvertretungsgesetze des Bundes und der Länder durch die Personalräte.

Betriebsräte können in Betrieben ab fünf Arbeitnehmern gebildet werden. Sie werden alle vier Jahre durch die Belegschaft gewählt. Die Mitglieder des Betriebsrats werden zur Durchführung dieser Tätigkeit unter Fortzahlung des Arbeitsentgelts von der Arbeit freigestellt und genießen einen besonderen Kündigungsschutz. Die Kosten der Betriebsrattätigkeit trägt der Arbeitgeber.

Arbeitgeber und Betriebsrat haben zum Wohle der Arbeitnehmer und des Betriebes unter Einbeziehung der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände vertrauensvoll zusammenzuarbeiten. Ausgehend hiervon enthält das BetrVG ein breites Spektrum von

Beteiligungsrechten in wirtschaftlichen, personellen und sozialen Angelegenheiten. Diese Beteiligungsrechte reichen von der reinen Information und Konsultation bis zur echten Mitbestimmung, bei der im Streitfall entweder eine Einigungsstelle oder das Arbeitsgericht entscheidet. Die Kommunikation mit der Belegschaft wird durch Sprechstunden mit dem Betriebsrat und durch Betriebsversammlungen gewährleistet.

Für Unternehmen, die in mehreren Ländern der EU tätig sind, gibt es die Institution des Europäischen Betriebsrats, der allerdings keine echten Mitbestimmungs-, sondern nur Informationsrechte besitzt.

7.3.5 Arbeitskämpfe

Wenn sich bei Tarifverhandlungen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite nicht einigen können und auch die Schlichtungsbemühungen eines unparteiischen Dritten scheitern, stellt sich die Frage des Arbeitskampfes. Falls sich bei einer Urabstimmung unter den beteiligten Gewerkschaftsmitgliedern eine Dreiviertelmehrheit für Streikmaßnahmen ausspricht, wird der Ausstand erklärt. Die Arbeitgeber können mit dem Kampfmittel der Aussperrung operieren, die eine vorübergehende Weigerung darstellt, alle oder einen Teil der Belegschaft zu beschäftigen und Lohn bzw. Gehalt zu zahlen.

In der Bundesrepublik Deutschland wird im Vergleich zu anderen Ländern wenig gestreikt. Seit 1975 waren die heftigsten Arbeitskämpfe 1978 mit 4,3 Mill., 1984 mit 5,6 Mill. ausgefallenen Arbeitstagen und 1992 mit 1,5 Mill. zu verzeichnen. Von 1993 bis 2004 lag die Zahl der verlorenen Arbeitstage weit darunter.

Auf die meisten Streiks reagieren die Arbeitgeber mit Aussperrungen, durch die teilweise noch weitere Arbeitnehmer in den Arbeitskampf einbezogen werden. Im Jahr 2004 gingen nur rund 51 000 Arbeitstage durch Arbeitskämpfe verloren.

7.4 Teilnahme am religiösen Leben

7.4.1 Kirche und Staat

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es keine Staatskirche. Bereits in der Weimarer Reichsverfassung von 1919 wurde das Verhältnis zwischen Staat und Religionsgemeinschaften in umfassender Weise geregelt, ein Teil der Weimarer Kirchenartikel ist als Bestandteil des Grundgesetzes übernommen worden. Die aus den Grundrechtsgarantien folgende Freiheit der Vereinigung zu Religionsgemeinschaften ist gewährleistet, jede Religionsgemeinschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig. Dennoch bestehen auch heute noch enge Bindungen zwischen Kirche und Staat, und die Kirchen genießen weitgehende Rechte, so z.B. das Recht, Steuern von ihren Mitgliedern zu erheben oder auf die Besetzung theologischer Lehrstühle an staatlichen Universitäten Einfluss zu nehmen.

7.4.2 Religionszugehörigkeit

Die Bevölkerung in Deutschland gehört überwiegend einer der beiden christlichen Volkskirchen an, und zwar je zu knapp einem Drittel der katholischen und der evangelischen Konfession. Eine Minderheit von 2,5 % (rund 2 Mill.)¹ bekennt sich zu anderen christlichen Gemeinschaften, z.B. zu einer orthodoxen Kirche oder zu einer evangelischen Freikirche. Ein weiteres gutes Drittel (34,5 %) der Bevölkerung gehört keiner oder einer anderen Glaubensgemeinschaft an.

Der Anteil der Katholiken ist im Süden und Westen Deutschlands überdurchschnittlich hoch, insbesondere im Saarland, in Bayern, in Rheinland-Pfalz und in Nordrhein-Westfalen. Im Norden überwiegt dagegen die evangelische Bevölkerung.

2004 gehörten in Deutschland knapp 106 000 Menschen einer jüdischen Gemeinde an. Vor der Verfolgung durch die Nationalsozialisten waren im Deutschen Reich 1933 etwa 503 000 Juden ansässig. Die größten jüdischen Gemeinden befinden sich in Berlin und Frankfurt am Main.

Durch den Zuzug von Ausländerinnen und Ausländern haben Religionsgemeinschaften an Bedeutung gewonnen, die früher in Deutschland kaum vertreten waren, so z.B. der Islam, der im Jahr 2005 in der Bundesrepublik Deutschland schätzungsweise 3,2 Mill.² Anhängerinnen und Anhänger hatte.

7.4.3 Katholische Kirche³

Ende 2004 lebten rund 26 Mill. Katholikinnen und Katholiken in Deutschland. Ihr Anteil an der Bevölkerung betrug damit rund 32 % und ist seit 1950 nahezu gleich groß geblieben. Der Zuzug von Menschen katholischen Glaubens – meist ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit ihren Familienangehörigen – hat die zu Beginn der 1970er-Jahre steigende Zahl von Kirchnaustritten (1970: 69 000) kompensieren können. 2004 lag die Zahl der Kirchnaustritte in Deutschland bei 101 252.

Die katholische Kirche in Deutschland ist in sieben Erzbistümer und 20 Bistümer gegliedert. Die Zahl der Pfarreien und sonstiger Seelsorgestellen betrug 12 885 (2004). In der Pfarrseelsorge waren 2004 rund 8 900 Weltpriester und Ordenspriester tätig; ein Pfarrseelsorger betreut im Durchschnitt 2 900 Gläubige. Wegen Priestermangels können jedoch nicht alle Kirchengemeinden mit einem Priester besetzt werden.

Die Grundstrukturen des kirchlichen Lebens zeigt Tab. 6. Die Teilnahme an den sonntäglichen Eucharistiefeiern ging im früheren Bundesgebiet zwischen 1960 und 1989 um 5,8 Mill. Besucherinnen und Besucher oder um fast 49 % zurück. 2004 besuchten rund 3,9 Mill. Menschen den Sonntagsgottesdienst, dies sind durchschnitt-

1 *Quelle:* Religionswissenschaftlicher Medien- und Informationsdienst e.V. (REMID).

2 *Quelle:* Zentralinstitut Islam-Archiv Deutschland e.V.

3 Angaben: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz – Referat Statistik, Bonn.

Tab. 6: Katholische Kirche¹

Jahr	Mitglieder	Taufen	Trauungen	Kirchliche Bestattungen	Teilnehmer am sonntägl. Gottesdienst
	1 000				
1960	24 710	473	214	262	11 895
1970	27 190	370	164	296	10 159
1980	26 720	258	125	288	7 769
1989	26 746	282	113	281	6 092
1990	28 252	300	116	298	6 190
2000	26 817	233	65	269	4 421
2001	26 656	223	54	265	4 248
2002	26 466	213	54	267	4 031
2003	26 165	206	51	274	3 981
2004	25 986	201	49	257	3 849

1 Angaben 1960–1989 früheres Bundesgebiet.

lich 14,8 % aller Katholiken in Deutschland. An Feiertagen oder an den Hochfesten der Kirche ist die Teilnahme an den Eucharistiefeiern höher.

Der starke Rückgang bei den kirchlichen Trauungen und Taufen gegenüber 1960 muss im Zusammenhang mit der starken Abnahme der standesamtlichen Eheschließungen und der geringeren Geburtenzahlen gesehen werden (vgl. Kap. 1). Gleichwohl ist die Bereitschaft zur katholischen Eheschließung und insbesondere zur katholischen Taufe nach wie vor weit verbreitet. Nahezu alle verstorbenen Katholikinnen und Katholiken werden auch heute noch kirchlich beerdigt.

7.4.4 Evangelische Kirche¹

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) umfasste Ende 2004 25,6 Mill. Mitglieder. Dies entspricht einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von 31,1 % bzw. 34,1 % an der deutschen Bevölkerung. Bei der Volkszählung im Jahre 1950 lagen diese Anteile noch bei jeweils rund 51 %.

In den 23 Gliedkirchen der EKD waren Ende 2004 insgesamt 22 300 Theologinnen und Theologen im aktiven Dienst tätig. Im Gemeindedienst in Deutschland standen 14 700 Pfarrerinnen und Pfarrer. Auf einen Gemeindepfarrer entfielen damit im Durchschnitt rund 1 700 Kirchenmitglieder, im Jahre 1964 waren es noch durchschnittlich knapp 2 500.

Im Jahre 2004 kamen in den Gliedkirchen der EKD auf 100 lebend geborene Kinder mit einem oder zwei evangelischen Elternteilen 78 evangelische Kindertaufen (1963: 77). Hierbei ist zu berücksichtigen, dass ein Vergleich von Taufen und Geburten durch die so genannten »Spättaufen«, d.h. Taufen von Kindern im Alter von ein bis dreizehn

1 Angaben: Evangelische Kirche in Deutschland – Referat Statistik, Hannover. Ohne evangelische Freikirchen.

Jahren, beeinträchtigt wird. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der evangelischen Kindertaufen erreichte 2004 EKD-weit 33,6 %. Die Anzahl der Trauungen ging auch bei der evangelischen Kirche zurück. Während sich in den westlichen Gliedkirchen der EKD im Jahr 1963 von 100 Paaren mit einem oder zwei evangelischen Partnern 62 Paare nach vollzogener standesamtlicher Eheschließung evangelisch trauen ließen, waren es 2004 im EKD-Durchschnitt 31 Paare. In Deutschland wurden 2004 86,2 % aller evangelischen Verstorbenen von einem evangelischen Pfarrer bzw. einer evangelischen Pfarrerin zur letzten Ruhe geleitet.

Im Jahre 2004 wurden in Deutschland im Durchschnitt von zwei Zählsonntagen (Invokavit und 1. Advent mit der Wertung zwei zu eins) 1,0 Mill. Gottesdienstbesucher gezählt, das waren 3,9 % der evangelischen Kirchenmitglieder. 9,2 Mill. Menschen (35,8 % der EKD-Kirchenmitglieder) besuchten 2004 die Christvespern und Metten

Tab. 7: Evangelische Kirche¹

Jahr	Mitglieder	Taufen (ohne Erwachsenen-taufen)	Trauungen	Kirchliche Bestattungen	Abendmahls-gäste
	1 000				
1963	28 796	476	204	330	7 727
1970	28 378	346	156	369	6 813
1980	26 104	222	94	347	9 056
1989	25 132	252	101	321	9 569
1990	25 156	257	104	327	9 391
2000	26 614	230	70	331	10 722
2001	26 454	224	59	323	10 587
2002	26 211	213	59	323	10 595
2003	25 836	205	56	327	10 687
2004	25 630	204	55	309	10 899

1 Angaben 1963–1990 früheres Bundesgebiet.

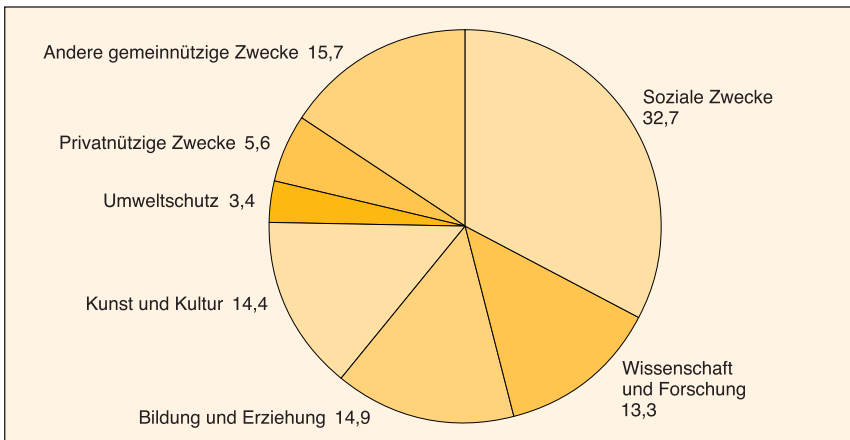
am Heiligen Abend. Die Beteiligung am Abendmahl nahm von 1972 bis 1985 bedeutend zu. Ab dem Jahr 1995 ging die Zahl der Abendmahlsgäste in den westlichen Gliedkirchen etwas zurück, stieg aber in den östlichen Gliedkirchen. Insgesamt wurden 2004 in Deutschland rund 10,9 Mill. Abendmahlsgäste gezählt.

Stärker als die katholische Kirche ist die evangelische Kirche von Kirchnaustritten betroffen. Sie erreichten im früheren Bundesgebiet 1970 und 1974 Höhepunkte, waren bis 1979 rückläufig und bewegten sich dann auf einem verhältnismäßig hohen Niveau. Nach der kirchlichen Wiedervereinigung (Beitritt der östlichen Gliedkirchen zur EKD) war in Deutschland 1992 zunächst ein Anstieg der Kirchnaustritte von 321 000 (1991) auf 361 000 zu verzeichnen. Im Laufe der folgenden Jahre hat sich die Zahl der Kirchnaustritte bis 2004 mehr als halbiert (142 000). Kompensiert werden die Kirchnaustritte zum Teil von Aufnahmen in die evangelische Kirche. Von 1974 bis 2004 stiegen die Aufnahmen in den westlichen Gliedkirchen von 17 000 bis auf 53 000 (EKD insgesamt 2004: 62 000).

7.5 Stiftungen als Ausdruck bürgerschaftlichen Engagements¹

Für das Wohlergehen der Menschen einer Gesellschaft sind nicht nur staatliche Einrichtungen, sondern auch das private Engagement der Bürgerinnen und Bürger wichtig. Im Zuge der immer knapper werdenden Mittel öffentlicher Haushalte wird die ergänzende Funktion von Stiftungen in Zukunft eine stärkere Bedeutung erlangen. Die Tätigkeit von Stiftungen reicht dabei von Sozialleistungen an Bedürftige bis zur Förderung kultureller und wissenschaftlicher Einrichtungen. Gleichzeitig sind Stiftungen »Motoren gesellschaftlichen Wandels«, die unabhängig von externen politi-

Abb. 6: Verteilung der Stiftungszweckhauptgruppen im Stiftungsbestand 2005 gewichtet¹, in Prozent



¹ Rechtsfähige Stiftungen des bürgerlichen Rechts. – Die Nennungen von mehreren Zwecken innerhalb einer Hauptgruppe führt zur einmaligen Zählung in dieser Hauptgruppe; Nennung von mehreren Zwecken, die in verschiedene Hauptgruppen liegen, führt zu gleichverteilten Anteilen.

Quelle: Bundesverband Deutscher Stiftungen.

schen Vorgaben dort Aktivitäten entfalten, wo aus ihrer Sicht Handlungsbedarf besteht. Während in den 1980er-Jahren durchschnittlich 150 rechtsfähige Stiftungen des bürgerlichen Rechts pro Jahr gegründet wurden, waren es im Jahr 2004 852 neue Stiftungen und 2005 880 Neugründungen.

Stiftungen können von Privatpersonen, dem Staat, Unternehmen oder von Vereinen gegründet werden. Der Grundtypus aller Stiftungen ist die rechtsfähige Stiftung des Privatrechts (§§ 80–88 BGB). Die rechtsfähige Stiftung ist eine eigenständige juristische Person. Im Gegensatz zu anderen Körperschaften wie den Gesellschaften und

1 Dieser Abschnitt wurde vom Bundesverband Deutscher Stiftungen zur Verfügung gestellt.

Tab. 8: Die größten Stiftungen privaten Rechts 2004¹
Ausgaben und Vermögen in 1000 EUR

Name	Ausgaben	Vermögen
VolkswagenStiftung	91 164	2 183 436
Robert Bosch Stiftung GmbH	61 333	5 112 022
Bertelsmann Stiftung	57 500	766 000
Alexander von Humboldt-Stiftung	52 344	15 713
Landesstiftung Baden-Württemberg gGmbH	52 010	2 737 142
Deutsche Bundesstiftung Umwelt	44 517	1 725 031
Deutsche Stiftung Denkmalschutz	43 754	17 770
Studienstiftung des deutschen Volkes e.V.	36 346	.
Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung	30 565	583 192
ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius	25 202	699 171
Umweltstiftung WWF-Deutschland	23 116	9 138
Gemeinnützige Hertie-Stiftung	20 246	780 159
Stiftung Deutsche Behindertenhilfe	18 319	89 100
Software AG-Stiftung	17 400	650 000
Fritz Thyssen Stiftung	15 591	235 206

1 Ohne Trägerstiftungen und parteinahe Stiftungen.

Quelle: Datenbank Deutscher Stiftungen (2005), Bundesverband Deutscher Stiftungen.

den Vereinen haben Stiftungen weder Gesellschafter noch Mitglieder. Leitlinie des Stiftungshandelns stellt der vom Stifter in Stiftungsgeschäft und Satzung formulierte Wille dar. Das im Stiftungsgeschäft festgelegte Vermögen ist anzulegen und darf in

Tab. 9: Die größten Stiftungen des öffentlichen Rechts
nach Gesamtausgaben 2004 in 1000 EUR

Name	Ausgaben
Stiftung Preußischer Kulturbesitz	274 015
Stiftung Deutsches Krebsforschungszentrum (DKFZ)	124 357
Spitalstiftung Konstanz	113 191
Stiftung Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung	104 892
Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin	67 000
Stiftung Juliusstift Würzburg	63 779
Stiftung Orthopädische Universitätsklinik Heidelberg	61 081
Stiftung Fachhochschule Osnabrück	50 916
Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg	45 461
GeoForschungsZentrum Potsdam	44 885
Spital- und Spendfonds	39 425
Stiftung Weimarer Klassik und Kunstsammlungen	34 485
Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung Gatersleben – Leibniz-Institut	32 358
Vereinigte Wohltätigkeitsstiftungen Nördlingen	31 834
Stiftung St. Vincenzstift Aulhausen (Sonderpädagogisches Zentrum) und Rettungsanstalt zum Heiligen Joseph (Jugendhilfeeinrichtung Marienhausen)	30 500

Quelle: Datenbank Deutscher Stiftungen (2005), Bundesverband Deutscher Stiftungen.

seiner Substanz nicht verringert werden. Das Ziel der Stiftung besteht darin, den vom Stifter festgelegten Zweck auf Dauer zu verwirklichen. Rechtsfähige Stiftungen müssen durch die zuständigen Behörden anerkannt werden und unterliegen der staatlichen Aufsicht. Von der rechtsfähigen Stiftung unterscheidet man die rechtlich unselbstständige Stiftung. In diesem Fall überträgt der Stifter die Vermögenswerte einer natürlichen oder juristischen Person als Treuhänder zur Verwirklichung des vorgegebenen Stiftungszweckes. Diese auch treuhänderisch genannte Stiftung unterliegt keiner direkten staatlichen Stiftungsaufsicht, wohl aber der Kontrolle durch die Finanzämter. Die folgenden Erhebungen beziehen sich auf die rechtsfähigen Stiftungen, da die Daten vieler nichtrechtsfähiger Stiftungen dem Bundesverband Deutscher Stiftungen nicht vorliegen. Der Bundesverband dokumentiert die ihm bekannten rechtsfähigen und nichtrechtsfähigen Stiftungen in seiner Datenbank Deutscher Stiftungen. In den meisten Bundesländern werden öffentliche Stiftungsregister für die dort beaufsichtigten Stiftungen geführt, wobei meist das Freiwilligkeitsprinzip bei der Veröffentlichung der Daten besteht. Es existieren dabei Unterschiede, welche Daten publiziert werden. Ein bundesweites Stiftungsregister besteht bisher nicht.

Von den Stiftungen des privaten Rechts ist die Stiftung öffentlichen Rechts zu unterscheiden, die der Staat durch Gesetz oder Verwaltungsakt errichtet. Darüber hinaus existieren kommunale und kirchliche Stiftungen, die sich durch besondere Zweckbestimmung auszeichnen.

Die Interessen der gemeinnützigen Stiftungen gegenüber Öffentlichkeit, Politik und Verwaltung vertritt der Bundesverband Deutscher Stiftungen als deren Dachverband. Nach den Statistiken des Bundesverbandes stieg die Zahl der selbstständigen Stiftungen bürgerlichen Rechts im Jahr 2005 auf 13 490.

Im Gegensatz zu den oben aufgeführten großen Stiftungen handelt es sich bei den meisten Stiftungen um relativ kleine Einrichtungen mit häufig weniger als 1 Million Euro Vermögen und einem hohen Anteil an ehrenamtlichen Mitarbeitern.

Die Schwerpunkte der Stiftungstätigkeit liegen nach Auswertung des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen im Jahr 2005 auf der Förderung sozialer Zwecke, Bildung und Erziehung, Kunst und Kultur sowie Wissenschaft und Forschung. Weiterhin engagieren sich Stiftungen in den Bereichen Umweltschutz und anderen gemeinnützigen Zwecken. Einen kleinen Bereich nehmen die privatrechtlichen Zwecke ein.

Weitere Informationen zum Thema Gesellschaftliche Beteiligung siehe Teil II, Kap. 20.

8 Gesundheit

8.1 Gesundheitszustand der Bevölkerung

Ein zunehmendes Gesundheitsbewusstsein in der Bevölkerung, Fragen der Finanzierbarkeit von Gesundheitsleistungen und das Auftreten neuer Krankheiten haben das Gesundheitswesen in den letzten Jahren zunehmend in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. Mit dem öffentlichen Interesse steigt auch der Bedarf an aufeinander abgestimmte statistische Informationen zum Gesundheitssystem.

Das Informationssystem der Gesundheitsberichterstattung des Bundes (GBE) bietet ein breites Angebot an Daten aus dem Gesundheitsbereich. Alle relevanten Informationen werden in einer gemeinsamen Datenbank zusammengeführt und sind unter www.gbe-bund.de recherchierbar. Die Daten können z.T. individuell zusammengestellt und zur Weiterverarbeitung heruntergeladen werden. Aussagekräftige Kennziffern, erläuternde Texte und Grafiken runden das Angebot ab. Die Pflege und Weiterentwicklung des Systems erfolgt durch das Statistische Bundesamt in Zusammenarbeit mit dem Robert Koch-Institut, Berlin.

Aus der amtlichen Statistik lassen sich allgemeine Feststellungen zum Krankheitsgeschehen und Gesundheitszustand und damit über ein wichtiges Stück Lebensqualität treffen. Die Diagnosedaten der Krankenhauspatienten geben einen zuverlässigen Überblick über die Ursachen für stationäre Behandlungen in Deutschland.

Angaben über den Gesundheitszustand der Menschen in Deutschland liefern u.a. die Mikrozensus-Erhebungen. Im Jahr 2003 wurde eine Auswahl von 0,5 % der Bevölkerung zum Gesundheitszustand, dem Rauchverhalten und den Körpermaßen befragt. 2005 waren diese Fragen erneut Bestandteil der Mikrozensus-Erhebung, die Ergebnisse lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

8.1.1 Krankheit und Unfallverletzung

In der Mikrozensus-Stichprobe wurde gebeten, Angaben zu machen, ob man sich am Befragungstag oder in den vier Wochen davor in seinem Gesundheitszustand so beeinträchtigt fühlte, dass man die übliche Beschäftigung (Berufstätigkeit, Hausarbeit, Schulbesuch usw.) nicht voll ausführen konnte. Die Ergebnisse einer so angelegten Befragung sind von subjektiven Vorstellungen nicht frei: Ob die Befragten krank sind oder nicht, hängt weitgehend von ihrer persönlichen Einschätzung ab. Allerdings sind es subjektive Einschätzungen und nicht lediglich objektive Kriterien, die einen »Zustand eines vollkommenen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens« beschreiben.

Im Mai 2003 bezeichneten sich 7,4 Mill. Personen als krank und 0,5 Mill. Personen als unfallverletzt, d.h. insgesamt 7,9 Mill. Personen oder rund 11,2 % der Bevölkerung

Tab. 1: Kranke und unfallverletzte Personen in Deutschland im Mai 2003

	Personen mit Angaben über ihre Ge- sundheit	darunter			
		Kranke		Unfallverletzte	
		1 000	in % der Personen mit Angaben	1 000	in % der Personen mit Angaben
Insgesamt	70 671	7 882	11,2	497	0,7
männlich	34 544	3 665	10,6	285	0,8
weiblich	36 127	4 217	11,7	213	0,7

litten unter einer gesundheitlichen Beeinträchtigung. Bei den Frauen war der Anteil der kranken und unfallverletzten Personen mit 11,7 % höher als bei den Männern (10,6 %). Die Gruppe der Frauen war hauptsächlich wegen des höheren Anteils älterer Personen etwas stärker von Krankheit betroffen als die der Männer. Bei den Unfallverletzungen lag der Anteil der Männer mit 0,8 % höher als der Anteil der Frauen (0,7 %).

Krankheiten bzw. Unfallverletzungen wurden für Erwerbstätige in geringerem Maße als für die Gesamtbevölkerung festgestellt. Dies ist größtenteils damit zu erklären, dass die Berufstätigkeit vorwiegend vor dem 65. Lebensjahr beendet wird. Möglicherweise schätzen sich Erwerbstätige – im Vergleich zum Durchschnitt der Bevölkerung – auch seltener als krank ein. Von 31,0 Mill. Erwerbstätigen mit Angaben zur Gesundheit hatten sich 1,3 Mill. Männer und 1,1 Mill. Frauen als krank bzw. unfallverletzt bezeichnet, was einem Anteil von 7,7 % entspricht (bei der Gesamtbevölkerung betrug der Anteil 11,2 %).

Bei den ca. 500 000 Unfallverletzten ergaben sich geschlechtsspezifische Unfallschwerpunkte. Arbeits- und Wegeunfälle waren bei Männern mit 32,6 %, Haushaltsunfälle bei Frauen mit 33,9 % häufigste Unfallursachen. An zweiter Stelle folgten Freizeitunfälle bei den Männern (27,9 %) und bei den Frauen (23,7 %).

8.1.2 Rauchverhalten

Im Rahmen der Mikrozensus-Befragung vom Mai 2003 gaben 27,4 % der Bevölkerung in Deutschland im Alter von 15 Jahren und mehr an, zu rauchen. Von den gegenwärtigen Nichtraucherinnen und Nichtrauchern hatte jede bzw. jeder Vierte früher zur Zigarette oder zu sonstigen Tabakwaren gegriffen. 53,9 % der Antwortenden hatte noch nie geraucht. Am häufigsten wurde in der Altersklasse der 15- bis un-

Tab. 2: Rauchgewohnheiten der Bevölkerung 2003
15 Jahre und älter, in Prozent

Rauchgewohnheiten	Insgesamt	männlich	weiblich
Gegenwärtige Raucher/-innen	27,4	33,2	22,1
davon: regelmäßig	24,3	29,8	19,1
gelegentlich	3,2	3,4	3,0
Nichtraucher/-innen	72,6	66,8	77,9

ter 40-Jährigen geraucht (35,8 %), in den höheren Altersklassen zunehmend weniger. Bei den Befragten im Alter von 65 Jahren und mehr waren es nur noch 9,6 %. Von jenen, die regelmäßig Zigaretten konsumierten, rauchten etwa 16,3 % mehr als 20 Zigaretten täglich.

8.1.3 Körpermaße

Von Interesse ist bei den Körpermaßen das Verhältnis von Körpergröße und Körpergewicht, um zu ermitteln, ob Unter-, Normal- oder Übergewicht vorliegt. Es wird im sog. Body-Mass-Index (BMI) ausgedrückt. Dieser Index wird errechnet, indem man das Körpergewicht (in Kilogramm) durch die Körpergröße (in Metern, quadriert) teilt. Geschlecht und Alter bleiben unberücksichtigt. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) stuft Erwachsene mit einem Body-Mass-Index über 25 als übergewichtig ein, mit einem Wert von über 30 als stark übergewichtig. Danach hatten im Mai 2003 36,3 % der Erwachsenen (ab 18 Jahren) Übergewicht (BMI 25 bis unter 30); stark übergewichtig waren 12,9 % (BMI 30 und mehr).

Diese Körpermaße können als Indikator für den Gesundheitszustand der Bevölkerung herangezogen werden. Für die erwachsenen Bundesbürger ergab der Mikrozensus vom Mai 2003 folgendes Bild:

Übergewicht steigt mit zunehmendem Alter und erreicht bei Männern im Alter von 65 bis unter 70 Jahren den höchsten Wert (73,7 %). In der Altersklasse von 70 bis unter 75 Jahren waren 61,7 % der Frauen übergewichtig. In den noch höheren Altersklassen nimmt der Anteil von Übergewichtigen bzw. stark Übergewichtigen wieder ab.

Männer (57,7 %) sind häufiger übergewichtig als Frauen (41,2 %). Dies gilt für alle Altersklassen. Starkes Übergewicht haben 13,6 % der Männer und 12,3 % der Frauen.

Untergewicht (Body-Mass-Index kleiner als 18,5) wurde bei 2,3 % der erwachsenen Bevölkerung (3,6 % Frauen, 0,9 % Männer) ermittelt. Besonders häufig tritt Untergewicht bei den 18- bis unter 20-jährigen Frauen auf (12,7 %).

8.1.4 Diagnosen der Krankenhauspatienten

Im Jahr 2004 wurden 17,3 Mill. Patientinnen und Patienten in den Krankenhäusern vollstationär behandelt (einschl. Stundenfälle). Die durchschnittliche Verweildauer betrug 8,6 Tage und lag damit um 0,4 Tage niedriger als noch im Jahr 2003.

Von den 17,3 Mill. Patientinnen und Patienten wurden 2,7 Mill. aufgrund von Krankheiten des Kreislaufsystems behandelt. An zweiter Stelle lagen bös- und gutartige Neubildungen mit 1,9 Mill. Patientinnen und Patienten, gefolgt von 1,7 Mill. Krankenhausbehandlungen wegen Krankheiten des Verdauungssystems.

Ohne die gesunden Neugeborenen (444 000) war die häufigste Hauptdiagnose bei den männlichen Patienten psychische und Verhaltensstörungen durch Alkohol (ICD-Pos. F10) mit 218 000 Fällen, die durchschnittlich 9,4 Tage im Krankenhaus lagen. An zweiter Stelle lag Angina pectoris (ICD-Pos. I20) mit 198 000 Fällen und einer durchschnittlichen Verweildauer von 5,4 Tagen. Die meisten Frauen – 159 000 – wa-

ren aufgrund einer bösartigen Neubildungen der Brustdrüse (Mamma) in stationärer Krankenhausbehandlung (ICD-Pos. C50). Die durchschnittliche Verweildauer betrug hier 7,2 Tage. An zweiter Stelle folgte das Gallensteinleiden (Cholelithiasis, ICD-Pos. K80) mit 146000 Fällen und einer durchschnittlichen Verweildauer von 7,4 Tagen.

8.1.5 Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten

Im Jahr 2004 wurden der gesetzlichen Unfallversicherung insgesamt 1,3 Mill. Arbeits- und Wegeunfälle angezeigt. Rund 85 % der angezeigten Fälle waren Arbeitsunfälle.

Tab. 3: Arbeits- und Wegeunfälle

Jahr	Angezeigte Arbeits- und Wegeunfälle in 1 000				
	Insgesamt	Arbeitsunfälle	darunter mit Todesfolge	Wegeunfälle	darunter mit Todesfolge
1992	2 332	2 069	1,8	262	0,9
1995	2 083	1 814	1,6	269	0,9
2000	1 749	1 514	1,2	235	0,8
2001	1 630	1 396	1,1	234	0,8
2002	1 530	1 307	1,1	223	0,7
2003	1 346	1 143	1,0	203	0,7
2004	1 280	1 089	0,9	191	0,6

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2005), Unfall- und Berufskrankheitengeschehen in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 2004.

Tab. 4: Berufskrankheiten 1980 bis 2004¹

Berufskrankheiten	Nachweis	1980	1990	2000	2003	2004
1 Chemische Einwirkungen	Verdachtsanzeigen	1 874	2 796	2 637	2 353	2 565
	neue Rentenfälle	88	140	212	253	199
2 Physikalische Einwirkungen	Verdachtsanzeigen	20 263	15 200	34 293	25 101	23 601
	neue Rentenfälle	3 321	1 483	1 478	1 273	1 186
3 Infektionserreger, Parasiten sowie Tropenkrankheiten	Verdachtsanzeigen	3 879	3 197	3 449	3 197	4 516
	neue Rentenfälle	899	229	235	228	226
4 Erkrankungen der Atemwege, der Lunge, des Rippenfells und des Bauchfells	Verdachtsanzeigen	6 518	13 393	17 832	15 413	14 866
	neue Rentenfälle	1 491	1 823	3 032	3 155	3 232
5 Hautkrankheiten	Verdachtsanzeigen	12 058	20 702	20 984	16 730	16 230
	neue Rentenfälle	429	760	491	332	319
6 Sonstige Krankheiten	Verdachtsanzeigen	522	2 452	2 338	2 062	2 034
	neue Rentenfälle	7	17	23	20	20
Fälle nach DDR-BeKV-Recht	Verdachtsanzeigen			9		
	neue Rentenfälle			99	46	35
Zusammen	Verdachtsanzeigen	45 114	57 740	81 542	64 856	63 812
	neue Rentenfälle	6 285	4 452	5 570	5 307	5 217

1 Bis 1990 früheres Bundesgebiet; ab 1991 Deutschland.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2005), Unfall- und Berufskrankheitengeschehen in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 2004.

Insgesamt war etwa jeder 35. Erwerbstätige von einem Arbeitsunfall betroffen. 949 Arbeitsunfälle endeten tödlich.

2004 wurden 63 812 Berufskrankheiten angezeigt (Verdachtsfälle). Die Zahl der anerkannten Berufskrankheiten betrug 17 413. Im Jahr 2004 wurden 5 217 Berufskrankheitenrenten neu gewährt (s. Tab. 4).

So genannte physikalische Einwirkungen wurden mit 23 601 Verdachtsanzeigen am häufigsten als Ursache angezeigt. 34,6 % dieser Fälle gingen auf bandscheibenbedingte Erkrankungen zurück, bei 45,9 % war eine Lärmschwerhörigkeit der Grund der Anzeige. Eine Berufskrankheitenrente aufgrund physikalischer Einwirkungen wurde 2004 in 1 186 Fällen bewilligt.

An zweiter Stelle der angezeigten Fälle rangierten Hautkrankheiten (16 230 Fälle). Am dritthäufigsten wurden Erkrankungen der Atemwege, der Lungen, des Rippenfells und des Bauchfells angezeigt (14 866 Fälle).

8.1.6 Todesursachen

Die Todesursachenstatistik ist die elementare Grundlage zur Ermittlung wichtiger Gesundheitsindikatoren. Zu diesem Zweck werden die Todesursachen aller Gestorbenen in der amtlichen Todesursachenstatistik erfasst und fließen in die Todesursachenstatistik des Bundes und der Länder ein. In den letzten Jahrzehnten zeichnet sich eine Schwerpunktverlagerung auf einzelne Todesursachen ab. Während der Anteil der Sterbefälle an infektiösen und parasitären Krankheiten in Deutschland seit den 1950er-Jahren stark zurückgegangen ist (von 5,7 % im Jahr 1951 auf 1,4 % im Jahr 2004), haben die Krankheiten des Kreislaufsystems und die Bösartigen Neubildungen als Todesursache an Bedeutung zugenommen.

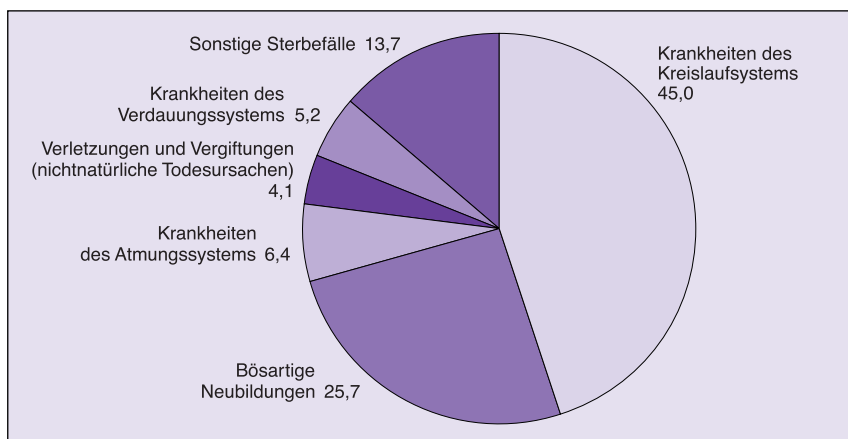
Nahezu die Hälfte von insgesamt 818 271 Todesfällen war, wie Abbildung 1 zeigt, im Jahr 2004 auf Krankheiten des Kreislaufsystems zurückzuführen (45,0 %), wovon etwa jeder sechste Kreislauftote einem Herzinfarkt erlag. Neben den Krankheiten des Kreislaufsystems bilden die Bösartigen Neubildungen mit einem Anteil von 26 % die zweitgrößte Gruppe der Todesfälle. In der Gruppe der Bösartigen Neubildungen der Verdauungsorgane sind die meisten Todesfälle bei Frauen und Männern insgesamt zu verzeichnen. Geschlechtsspezifisch betrachtet ist jedoch der Lungen- und Bronchialkrebs bei den Männern und die Bösartige Neubildung der Brustdrüse (Mammakarzinom) bei Frauen die häufigste Todesursache bei den Krebserkrankungen.

4,1 % aller Sterbefälle wurden 2004 durch Verletzungen und Vergiftungen verursacht. Bezogen auf je 100 000 Einwohner der Gesamtbevölkerung starben damit ca. 40 Personen auf nichtnatürliche Weise. Die größte Gruppe bilden hier die Personen, die ihr Leben durch einen Suizid beendet haben. Bei einem geschlechtsspezifischen Vergleich ist festzustellen, dass bezogen auf die jeweilige Bevölkerungsgruppe je 100 000 Einwohner fast drei Mal so viele Männer (20) wie Frauen (7) freiwillig aus dem Leben geschieden sind. Verkehrsunfälle sowie Unfälle durch Stürze bilden mit 7,4 bzw. 9,6 Personen je 100 000 Einwohner die zweit- bzw. dritthäufigste Todesursache in der Kategorie der nichtnatürlichen Todesfälle. 16 318 Sterbefälle waren auf

Alkoholkonsum bzw. -missbrauch zurückzuführen. Den weitaus größten Anteil an den alkoholbedingten Sterbefällen hat hier die Alkoholische Leberzirrhose mit 9 524 Sterbefällen. Bei 3 980 Todesfällen wurde als Todesursache ein alkoholbedingtes Abhängigkeitssyndrom festgestellt.

Ein besonders wichtiges Indiz für den erreichten medizinischen Standard ist die Säuglings- und Müttersterblichkeit. Die Säuglingssterblichkeit ist in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgegangen. 2004 starben noch 4 Säuglinge je 1 000 Lebendgeborene gegenüber 34 im Jahre 1960. Während es im Jahr 1960 noch 1 030 Mütter waren, die an Komplikationen der Schwangerschaft bei der Entbindung und im Wochenbett verstorben sind, starben im Jahr 2004 noch 37 Mütter.

Abb. 1: Todesursachen 2004 in Prozent der Todesfälle



8.2 Medizinische Versorgung

8.2.1 Berufstätige Ärztinnen und Ärzte

Für die Behandlung der Krankheiten ist eine quantitativ ausreichende und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung besonders bedeutsam. Die medizinische Versorgung hat sich in den vergangenen Jahren ständig verbessert. Die Zahl der Ärztinnen und Ärzte ist, wie Tabelle 5 zeigt, im Vergleich zu 1970 um insgesamt 141 % gestiegen. Rein rechnerisch entfielen im Jahr 2004 auf jede berufstätige Ärztin und jeden berufstätigen Arzt 269 Einwohner gegenüber 615 im Jahr 1970. Die Anzahl der Zahnärztinnen und Zahnärzte hat sich seit 1970 um rund 69 % erhöht. Im Jahr 1970 hatten sie pro Kopf noch durchschnittlich 2 027 Einwohner zu betreuen, 2004 waren es nur noch 1 269 Einwohner.

Tab. 5: Ärztedichte

Jahr	Ärztinnen/Ärzte		Zahnärztinnen/Zahnärzte	
	Anzahl	Einwohner je Ärztin/Arzt	Anzahl	Einwohner je Zahnärztin/Zahnarzt
1970	126 909	615	38 524	2 027
1980	173 325	452	42 949	1 825
1985	198 845	391	48 610	1 598
1991	244 238	329	54 972	1 460
1995	273 880	299	60 616	1 350
1996	279 335	294	61 404	1 336
1997	282 737	290	62 024	1 323
1998	287 032	286	62 277	1 317
1999	291 171	282	62 564	1 313
2000	294 676	279	63 202	1 300
2001	297 893	277	63 854	1 291
2002	301 060	274	64 484	1 280
2003	304 117	271	64 609	1 277
2004	306 435	269	64 997	1 269

Quelle: Bundesärztekammer, Bundeszahnärztekammer.

Tab. 6: Berufstätige Ärztinnen und Ärzte am 31.12.2004
nach Fachgebiet und Geschlecht

Fachgebiet	Insgesamt		Männlich	Weiblich
	Anzahl	%	Anzahl	
Insgesamt	306 435	100,0	187 967	118 468
Ärztinnen/Ärzte mit Fachgebiet	211 521	69,0	141 870	69 651
Allgemeinmedizin	39 980	13,0	24 959	15 021
Anästhesiologie	16 473	5,4	9 914	6 559
Arbeitsmedizin	2 665	0,9	1 566	1 099
Augenheilkunde	6 472	2,1	3 809	2 663
Chirurgische Gebiete	19 096	6,2	16 423	2 673
Frauenheilkunde und Geburtshilfe	15 490	5,0	8 150	7 340
Hals-Nasen-Ohrenheilkunde	5 467	1,8	3 847	1 620
Haut- und Geschlechtskrankheiten	4 915	1,6	2 629	2 286
Innere Medizin	38 599	12,6	28 561	10 038
Kinderheilkunde	11 419	3,7	5 788	5 631
Nervenheilkunde	4 444	1,5	2 882	1 562
Neurologie	3 260	1,1	2 264	996
Orthopädie	8 091	2,6	7 180	911
Pathologische Gebiete	1 394	0,5	1 041	353
Psychiatrie, Psychiatrie und Psychotherapie	6 378	2,1	3 531	2 847
Radiologische Gebiete	7 091	2,3	4 951	2 140
Urologie	4 762	1,6	4 325	437
Sonstige Fachgebiete	15 525	5,1	10 050	5 475
Praktische Ärztinnen/Ärzte	7 552	2,5	3 565	3 987
Ärztinnen/Ärzte ohne Fachgebiet ¹	87 362	28,5	42 532	44 830

¹ Die Ausbildungsphase »Arzt im Praktikum« (AiP) wurde zum 1. Oktober 2004 abgeschafft. Die bei der Bundesärztekammer am 31.12.2004 noch registrierten Ärztinnen und Ärzte im Praktikum (2 532) werden daher zu den Ärztinnen/Ärzten ohne Fachgebiet gezählt.

Quelle: Bundesärztekammer.

Von den 306 435 berufstätigen Ärztinnen und Ärzten arbeiteten 2004 jeweils rund 13 % in den Fachgebieten Allgemeinmedizin und Innere Medizin. In den chirurgischen Gebieten waren rund 6 % von ihnen tätig. Der Anteil der Ärztinnen und Ärzte betrug in den Gebieten Frauenheilkunde und Geburtshilfe sowie der Anästhesiologie jeweils 5 %. Knapp 4 % arbeiteten in der Kinderheilkunde. Ärztinnen und Ärzte ohne Fachgebiet hatten einen Anteil von 28 %.

Der Anteil der Ärztinnen lag 2004 bei insgesamt 39 %. Allerdings gibt es ganz erhebliche Unterschiede in den einzelnen Fachgebieten. So waren unterdurchschnittlich wenige Ärztinnen in den chirurgischen Gebieten, in der Orthopädie und in der Urologie beschäftigt. Lediglich auf rund 9 % belief sich der Anteil der Frauen, die auf dem Gebiet der Urologie tätig waren. Hingegen betrug der Anteil der Ärztinnen in der Frauenheilkunde und Geburtshilfe etwa 47 % und in der Kinderheilkunde sogar rund 49 %.

Rund 43 % aller berufstätigen Ärztinnen und Ärzte übten 2004 ihren Beruf in freier Praxis aus, 48 % arbeiteten in einem Krankenhaus. Hauptberuflich bei Behörden, öffentlich-rechtlichen Körperschaften, als angestellte Ärzte und Praxisassistenten oder in einer sonstigen ärztlichen Tätigkeit waren 9 % beschäftigt.

8.2.2 Stationäre Versorgung

Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

Ende 2004 standen in Deutschland 3 458 Einrichtungen mit insgesamt 708 000 Betten zur stationären Versorgung von 18,7 Mill. Patientinnen und Patienten zur Verfügung, davon 2 166 Krankenhäuser mit 531 000 Betten und 1 294 Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen mit 176 000 Betten. Die durchschnittliche Verweildauer der 16,8 Mill. Krankenhauspatientinnen und -patienten lag bei 8,7 Tagen, die der 1,9 Mill. Patientinnen und Patienten in Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen bei 25,1 Tagen. Seit dem Jahr 2003 ist die Zahl der vollstationär behandelten Patientinnen und Patienten leicht rückläufig. 2004 ging die Fallzahl gegenüber dem Vorjahr um weitere 0,5 Mill. (-2,6 %) zurück.

Während die Fallzahlen nach wie vor ein Indiz für die Zunahme des Anteils älterer Menschen an der Bevölkerung mit entsprechend erhöhter Krankheitsanfälligkeit sind, lässt sich die Verkürzung der durchschnittlichen Verweildauer mit dem medizinischen Fortschritt einerseits und den Maßnahmen zur Kostendämpfung im Gesundheitsbereich andererseits erklären.

Personal in Krankenhäusern und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

Rund 1,19 Mill. Personen zählten im Jahr 2004 zum Personal der Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen. Es setzte sich zusammen aus dem ärztlichen Personal (140 000) mit hauptamtlichen Ärzten und Ärztinnen sowie Zahnärzten und Zahnärztinnen und dem nichtärztlichen Personal, dem Personal der Ausbildungsstätten (7 000), den Schülern und Schülerinnen sowie Auszubildenden (74 000) mit insgesamt 1,05 Mill. Beschäftigten. 38 % des hauptamtlichen ärztlichen Personals waren weiblich. Teilzeitbeschäftigung wurde von lediglich knapp 13 % der hauptamtlichen Ärzte und Ärztinnen ausgeübt. Der Anteil der teilzeitbeschäftigten

Tab. 7: Stationäre Einrichtungen, Betten, behandelte Patientinnen/Patienten und durchschnittliche Verweildauer

Jahr	Krankenhäuser				Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen			
	Einrich- tungen	Betten	Stationär behandelte Patienten	Verweil- dauer	Einrich- tungen	Betten	Stationär behandelte Patienten	Verweil- dauer
	Anzahl	1 000	Mill.	Tage	Anzahl	1 000	Mill.	Tage
1991	2 411	666	14,6	14,0	1 181	144	1,5	31,0
1992	2 381	647	15,0	13,2	1 209	150	1,6	31,0
1993	2 354	629	15,2	12,5	1 245	156	1,6	30,9
1994	2 337	618	15,5	11,9	1 329	173	1,8	31,2
1995	2 325	609	15,9	11,4	1 373	182	1,9	31,0
1996	2 269	594	16,2	10,8	1 404	190	1,9	30,2
1997	2 258	580	16,4	10,4	1 387	189	1,6	27,3
1998	2 263	572	16,8	10,1	1 395	191	1,7	26,4
1999	2 252	565	17,1	9,9	1 398	190	1,9	26,0
2000	2 242	560	17,3	9,7	1 393	190	2,0	25,8
2001	2 240	553	17,3	9,4	1 388	189	2,1	25,5
2002	2 221	547	17,4	9,2	1 343	185	2,0	25,5
2003	2 197	542	17,3	8,9	1 316	180	1,9	25,9
2004	2 166	531	16,8	8,7	1 294	176	1,9	25,1

hauptamtlichen Ärztinnen war mit 25 % viermal höher als der Anteil der teilzeitbeschäftigten hauptamtlichen Ärzte mit 5 %.

Von den insgesamt 971 000 Personen im nichtärztlichen Dienst arbeiteten 40 % (389 000) Teilzeit. Der Anteil der Frauen an den Beschäftigten insgesamt betrug 80 %, der Anteil an den Teilzeitbeschäftigten 93 %.

Personalintensivster Bereich war mit 422 000 Beschäftigten der Pflegedienst, gefolgt vom medizinisch-technischen Dienst mit 185 000, dem Funktionsdienst mit 109 000, dem Wirtschafts- und Versorgungsdienst mit 86 000 und dem Verwaltungsdienst mit 81 000 Beschäftigten.

Tab. 8: Ärztliches Personal in Krankenhäusern und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen 2004

Funktionale Stellung	Krankenhäuser			Vorsorge- und Rehabilitations- einrichtungen		
	Beschäftigte insgesamt	davon		Beschäftigte insgesamt	davon	
		männlich	weiblich		männlich	weiblich
Hauptamtliche Ärzte/Ärztinnen	129 615	81 006	48 609	8 896	4 932	3 964
dar. Teilzeitbeschäftigte	15 998	4 011	11 987	1 664	534	1 130
davon						
Leitende Ärzte/Ärztinnen	12 197	11 302	895	1 643	1 350	293
Oberärzte/-ärztinnen	26 063	20 276	5 787	1 944	1 290	654
Assistenzärzte/-ärztinnen	91 355	49 428	41 927	5 309	2 292	3 017
Zahnärzte/-ärztinnen	1 358	840	518	1	.	1
Insgesamt	130 973	.	.	8 897	.	.

Tab. 9: Nichtärztliches Personal in Krankenhäusern
und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen 2004

Personalgruppe/ Berufsbezeichnung	Beschäftigte insgesamt	davon		darunter Teilzeitbeschäftigte		
		männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
Pflegedienst (Pflegebereich)	422 005	55 962	366 043	181 544	10 621	170 923
Medizinisch-technischer Dienst	184 593	27 938	156 655	76 314	4 779	71 535
Funktionsdienst	108 674	21 883	86 791	42 233	2 699	39 534
Klinisches Hauspersonal	29 542	802	28 740	17 135	153	16 982
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	86 003	22 342	63 661	34 385	2 516	31 869
Technischer Dienst	23 957	22 541	1 416	2 297	1 764	533
Verwaltungsdienst	80 805	22 873	57 932	28 427	2 698	25 729
Sonderdienste	6 504	1 837	4 667	2 603	480	2 123
Sonstiges Personal	29 354	19 685	9 669	3 719	1 020	2 699
Insgesamt	971 437	195 863	775 574	388 657	26 730	361 927

8.3 Schwangerschaftsabbrüche

Die Bundesstatistik über Schwangerschaftsabbrüche ermöglicht Feststellungen über Anzahl und Art der Abbrüche von Schwangerschaften und gibt Hinweise auf ausgewählte Lebensumstände wie Alter, Familienstand und Kinderzahl der betroffenen Frauen.

Für das Berichtsjahr 2005 wurden in Deutschland 124 023 Schwangerschaftsabbrüche an das Statistische Bundesamt gemeldet. 43,7 % der Frauen waren zum Zeitpunkt des Eingriffs verheiratet, 50,9 % ledig. In 5,8 % aller Fälle handelt es sich um Minderjährige. 40,6 % der Frauen hatten zum Zeitpunkt des Schwangerschaftsabbruchs noch keine Kinder geboren. Jeweils ein Viertel aller betroffenen Frauen hatte bislang eine bzw. zwei Lebendgeburten. In 26,5 % der Fälle hatte die Schwangere ein Kind und in 32,4 % aller Fälle mehrere Kinder in ihrem Haushalt zu versorgen.

Tab. 10: Schwangerschaftsabbrüche 2000 bis 2005
nach Dauer der abgebrochenen Schwangerschaft

Schwangerschaftsdauer von ... bis ... unter Wochen	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Insgesamt	134 609	134 964	130 387	128 030	129 650	124 023
unter 6	15 478	15 626	15 189	14 649	15 372	15 302
6– 8	46 492	47 474	46 224	44 414	45 134	42 156
8–10	46 773	46 245	44 096	43 500	43 439	41 719
10–13	23 769	23 538	22 829	23 206	23 500	22 626
13–17	849	883	840	972	989	1 099
17–20	632	633	592	631	600	557
20–23	462	388	429	441	416	393
23 und mehr	154	177	188	217	200	171

Als rechtliche Begründung für den Schwangerschaftsabbruch wird mit 97,4 % die Beratungsregelung angegeben, in 2,6 % der Fälle wurde er durch eine medizinische bzw. kriminologische Indikation begründet. Häufigste Abbruchmethode ist mit 79,1 % die Vakuumaspiration (Absaugmethode). 8,2 % der Abbrüche wurden mit dem Ende 1999 eingeführten Mittel Mifegyne® durchgeführt; damit ist die Bedeutung von Mifegyne® weiter gestiegen. Überwiegend wurden die Schwangerschaftsabbrüche in gynäkologischen Praxen vorgenommen (77,8 %). 5,0 % aller Frauen ließen den Eingriff in einer Einrichtung außerhalb des Bundeslandes, in dem sie wohnten, vornehmen.

Die Quote der Schwangerschaftsabbrüche je 10 000 Frauen im gebärfähigen Alter, d.h. die Anzahl der Schwangerschaftsabbrüche je 10 000 Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren, lag 2005 mit 74 niedriger als 2000. Bezogen auf je 10 000 Frauen der Altersgruppe der 15- bis unter 20-Jährigen wurde 2000 bei 66 und im Jahr 2005 bei 68 jungen Frauen ein Schwangerschaftsabbruch vorgenommen.

In diesem Zeitrahmen wurden gleichbleibend rund 97 % der Abbrüche nach der Beratungsregelung in den ersten zwölf Schwangerschaftswochen durchgeführt. Der Anteil der Schwangerschaftsabbrüche der unter 18-Jährigen an der Gesamtzahl ist in diesem Zeitraum von 4,7 auf 5,8 % angestiegen.

Von 2000 bis 2005 hat der Anteil der Frauen, die zum Eingriffszeitpunkt verheiratet waren, von 49,1 % auf 43,7 % abgenommen.

Tab. 11: Zeitliche Entwicklung der Anzahl der Schwangerschaftsabbrüche 2000 bis 2005

Schwangerschaftsabbrüche	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Anzahl	134 609	134 964	130 387	128 030	129 650	124 023
je 10 000 Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren	80	80	78	76	78	74

8.4 Schwerbehinderte Menschen

Im Unterschied zu einer akuten Krankheit oder einer Unfallschädigung mit kurzer Heilungsdauer ist eine Behinderung eine Beeinträchtigung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für längere Zeit, möglicherweise für das ganze Leben.

In der Statistik werden seit 1985 nur noch schwerbehinderte Menschen erfasst – zuvor wurden auch Personen mit leichter Behinderung berücksichtigt. Als schwerbehindert gelten Personen, denen ein Grad der Behinderung von 50 oder mehr zuerkannt wurde. Am 31. Dezember 2003 waren bei den Versorgungsämtern 6,6 Mill. amtlich anerkannte schwerbehinderte Menschen mit gültigem Ausweis registriert, das entsprach einem Anteil von 8 % der Bevölkerung. Über die Hälfte dieses Personenkreises (52,5 %) waren Männer.

Tab. 12: Schwerbehinderte Menschen am 31.12.2003

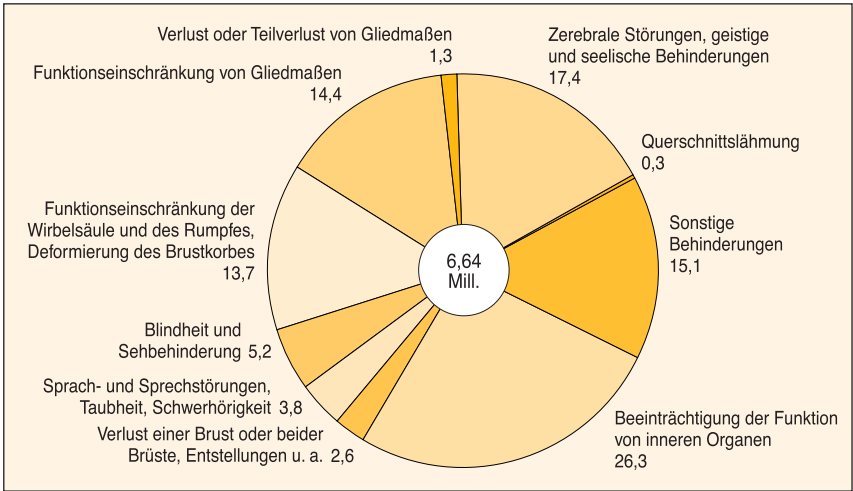
Schwerbehinderte	Insgesamt 1000	Im Alter von ... Jahren			
		unter 25	25–54	55–64	65 u. mehr
		%			
Insgesamt	6639	4,1	22,0	22,4	51,6
Männer	3485	4,5	22,5	24,9	48,1
Frauen	3154	3,6	21,3	19,5	55,5

Die Gliederung der Behinderten nach Altersgruppen zeigt eine starke Alterslastigkeit. Behinderung kommt bei Personen im fortgeschrittenen Alter naturgemäß häufiger vor als bei jüngeren Menschen. Knapp drei Viertel (74,0 %) der schwer behinderten Menschen waren 55 Jahre oder älter, der Anteil der unter 25-jährigen war mit 4,1 % relativ gering.

Die weitaus meisten Behinderungen – nämlich 83,5 % der Fälle – waren krankheitsbedingt. Weitere 1,8 % der schwer behinderten Menschen hatten dauernde Schäden im Krieg, im Wehr- oder Zivildienst erlitten und in 4,7 % der Fälle war die Behinderung angeboren. Bei 2,5 % wurde das Leiden durch einen Unfall oder eine Berufskrankheit verursacht.

Wie Abbildung 2 zeigt, ist die häufigste Behinderungsart die Beeinträchtigung der inneren Organe bzw. Organsysteme mit einem Anteil von 26,3 %. Darunter befanden sich allein 667 923 Herz- und Kreislaufkranke, das sind 10,1 % aller schwerbehinderten Menschen. Am zweithäufigsten waren bei den körperlichen Behinderungen

Abb. 2: Schwerbehinderte Menschen 2003
Anteile in Prozent



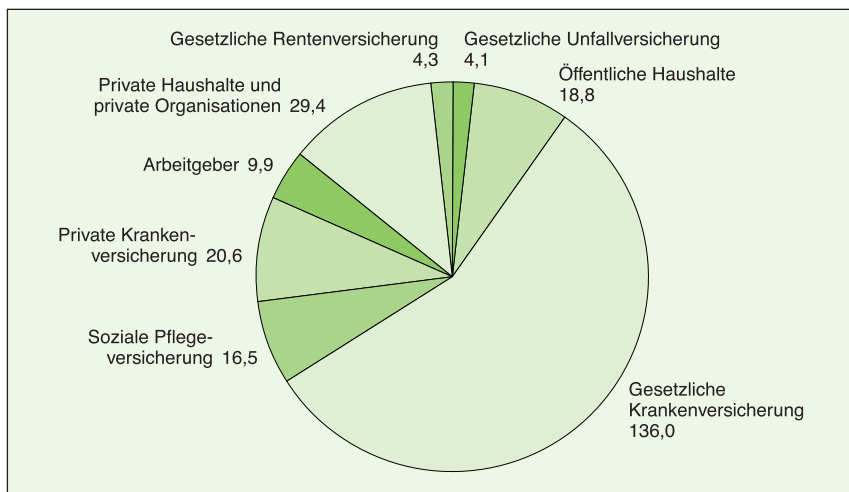
die Fälle mit einer Funktionseinschränkung der Gliedmaßen (14,4 %). Bei 13,7 % der schwerbehinderten Menschen waren Wirbelsäule und Rumpf in ihrer Funktion eingeschränkt. In 5,2 % der Fälle lag Blindheit oder Sehbehinderung vor. Auf zerebrale Störungen sowie geistige Behinderungen und seelische Behinderungen entfielen zusammen 17,4 %.

8.5 Ausgaben für Gesundheit

Die Ausgaben für Gesundheit fassen die finanziellen Aufwendungen einer Gesellschaft für den Erhalt und die Wiederherstellung der Gesundheit ihrer Mitglieder zusammen. Die Gesundheitsausgabenrechnung liefert als Zeitreihe für die Jahre 1992 bis 2003 differenzierte Informationen zu den Trägern der Ausgaben sowie der Verwendung der Mittel nach Leistungen und Leistung erbringenden Einrichtungen.

In Deutschland wurden im Jahr 2003 insgesamt 239,7 Mrd. Euro für Gesundheitsleistungen ausgegeben. Im Zeitraum von 1992 bis 2002 sind die Gesundheitsausgaben nominal (in jeweiligen Preisen) von 163,2 Mrd. Euro um insgesamt 76,6 Mrd. Euro angestiegen, das entspricht einer Steigerung von 47,0 %. Die Folgekosten der Wiedervereinigung waren ausschlaggebend für den hohen Stand der Ausgaben im Jahr 1992 und die nachfolgenden stärkeren Ausgabenanstiege bis zum Jahr 1996. Danach haben sich die Zuwächse spürbar abgeschwächt und betrugen seit 1997 jährlich jeweils zwischen 2 und 4 %. Von 2002 bis 2003 sind die Gesundheitsausgaben um 2,0 % bzw. 4,7 Mrd. Euro angestiegen.

Abb. 3: Gesundheitsausgaben 2003 nach Ausgabenträgern in Mrd. Euro



Tab. 13: Gesundheitsausgaben 2003
nach Leistungsarten und Einrichtungen

	Mrd. EUR	%
<i>Leistungsarten</i>		
Prävention/Gesundheitsschutz	11,1	4,6
Ärztliche Leistungen	62,3	26,0
Pflegerische und therapeutische Leistungen	54,7	22,8
Ausgleich krankheitsbedingter Folgen	4,8	2,0
Unterkunft und Verpflegung	15,0	6,3
Waren	64,1	26,7
davon: Arzneimittel	37,5	15,6
Hilfsmittel	12,7	5,3
Zahnersatz	6,2	2,6
Sonstiger medizinischer Bedarf	7,7	3,2
Transporte	4,0	1,7
Verwaltungsleistungen	13,2	5,5
Forschung	2,5	1,0
Ausbildung	1,9	0,8
Investitionen	6,2	2,6
<i>Einrichtungen</i>		
Gesundheitsschutz	4,5	1,9
Ambulante Einrichtungen	111,9	46,7
dar.: Arztpraxen	32,5	13,6
Zahnarztpraxen	15,1	6,3
Apotheken	33,0	13,8
Stationäre und teilstationäre Gesundheitsversorgung	91,0	38,0
Krankenhäuser	64,7	27,0
stationäre und teilstationäre Pflege	17,2	7,2
Rettungsdienste	2,5	1,0
Verwaltung	14,2	5,9
Sonstige Einrichtungen und private Haushalte	9,1	3,8
Ausland	0,4	0,2
Investitionen	6,2	2,6
<i>Gesundheitsausgaben</i>	239,7	100

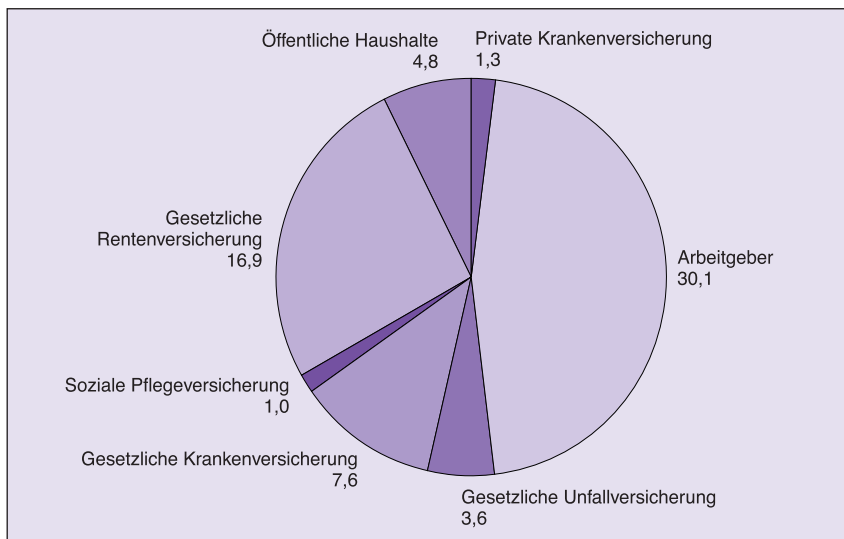
Die Gesundheitsausgaben stiegen von 1992 bis 2002 nominal (in jeweiligen Preisen) – außer zwischen 1996 und 1998 sowie 1999/2000 – stärker als das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Im Jahr 2003 lag der Anteil der Gesundheitsausgaben am BIP in Deutschland bei 11,3 %. Zwischen 1992 und 1996 ist er um einen Prozentpunkt angestiegen und lag seither auf etwa gleich bleibendem Niveau. Der Wert der produzierten Gesundheitsgüter und -dienstleistungen hat sich damit im Gleichschritt mit dem Wert aller produzierten Waren und Dienstleistungen entwickelt.

Die gesetzliche Krankenversicherung, die traditionell der größte Ausgabenträger ist, wendete im Jahr 2003 136,0 Mrd. Euro für Gesundheitsausgaben auf. Das sind rund 57 % der gesamten Gesundheitsausgaben. Zwischen 1992 und 2003 sind die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung um 37,1 Mrd. Euro gestiegen. Das entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Steigerungsrate von 2,9 %. Die Ausgaben

der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck haben sich in diesem Zeitraum um 12,0 Mrd. Euro bzw. durchschnittlich 4,9 % jährlich erhöht. Ebenfalls gestiegen sind die Gesundheitsausgaben der privaten Krankenversicherung (8,7 Mrd. Euro; + 5,1 % jährlich).

Arzneimittel (inkl. Verbandmittel), Hilfsmittel, Zahnersatz sowie sonstiger medizinischer Bedarf werden als »Waren« bezeichnet. Die Ausgaben für Waren lagen im Jahr 2003 mit 64,1 Mrd. Euro bzw. einem Anteil von 27 % knapp vor den Ausgaben für ärztliche Leistungen (62,3 Mrd. Euro bzw. 26 %).

Abb. 4: Einkommensleistungen 2003 nach Ausgabenträgern
in Mrd. Euro



Für Leistungen der ambulanten Einrichtungen wurden im Jahr 2003 insgesamt 111,9 Mrd. Euro ausgegeben, das entspricht einem Anteil von 47 % an den gesamten Gesundheitsausgaben. Hierzu gehören Arztpraxen, Zahnarztpraxen, Apotheken usw.

91,0 Mrd. Euro bzw. 38 % wurden für die stationären und teilstationären Einrichtungen, zu denen unter anderem Krankenhäuser (64,7 Mrd. Euro) und stationäre Pflegeheime (17,2 Mrd. Euro) zählen, aufgewendet. Von 1992 bis 2003 haben sich die Ausgaben für ambulante und stationäre sowie teilstationäre Einrichtungen um 36,1 bzw. 28,2 Mrd. Euro erhöht.

Transferzahlungen wie Krankengelder, vorzeitige Renten bei Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit sowie Entgeltfortzahlungen werden als Einkommensleistungen bezeichnet und nicht zu den Gesundheitsausgaben gezählt. Im Jahr 2003 wurden in Deutschland

insgesamt 65,3 Mrd. Euro als Einkommensleistungen gezahlt. Dies waren 5,5 Mrd. Euro mehr als noch 1992, was einer Steigerung um insgesamt 9,2 % entspricht.

Zur Finanzierung der Gesundheitsausgaben und Einkommensleistungen tragen die öffentlichen Haushalte, die Arbeitgeber sowie die privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck in unterschiedlichem Maße bei: Im Jahr 2003 wendeten die privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck mit insgesamt 147,2 Mrd. Euro (48 %) am meisten hierfür auf. Insgesamt 116,0 Mrd. Euro bzw. 38 % der Gesamtausgaben finanzierten die öffentlichen und privaten Arbeitgeber. 14 % der Ausgaben des Gesundheitswesens wurden von den öffentlichen Haushalten gezahlt, das entspricht 41,8 Mrd. Euro.

9 Soziale Sicherung

9.1 Entwicklung des Systems der sozialen Sicherung

Die Sozialgesetzgebung in Deutschland hat das Ziel, allen Bürgerinnen und Bürgern ein menschenwürdiges Dasein zu sichern. Hierzu gehören das Schaffen von gleichen Voraussetzungen für die freie Entfaltung der Persönlichkeit, insbesondere auch für junge Menschen, sowie der Schutz und die Förderung der Familie. Des Weiteren soll allen ermöglicht werden, den Lebensunterhalt durch eine frei gewählte Tätigkeit zu erwerben, und besondere Belastungen des Lebens sollen abgewendet oder ausgeglichen werden.

Ein hoher Anteil der Ausgaben der öffentlichen Haushalte (einschl. der Sozialversicherungsträger und der Bundesagentur für Arbeit) fließt daher heute in die soziale Sicherung. Seit einigen Jahren wird jedoch – auch angesichts von Finanzierungsproblemen – eine rege Debatte über notwendige Reformen geführt. Aktuelle Beispiele hierfür sind die zum 1. Januar 2005 beschlossene Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, die Diskussionen um die Ausgestaltung der Altersvorsorge und die Finanzierung der Krankenversicherung.

9.2 Das Sozialbudget

Einen Überblick über das System der sozialen Sicherung bietet das Sozialbudget der Bundesregierung. Hier werden jährlich die verschiedenen Leistungen des Sicherungssystems zusammengestellt. Außerdem ist die Höhe der jeweiligen Finanzierung durch öffentliche Zuweisungen sowie durch die Beiträge der Versicherten und der Arbeitgeber ablesbar.

Um eine Vergleichbarkeit der einzelnen Bereiche untereinander und mit den umfassenderen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu ermöglichen, mussten für die Darstellung im Sozialbudget die Leistungen bereinigt werden. So werden in dieser Darstellung beispielsweise die Sozialleistungen insgesamt um die Selbstbeteiligung der Leistungsempfängerinnen und -empfänger und um die Beiträge des Staates zur Kranken-, Pflege-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung für Empfänger/-innen sozialer Leistungen bereinigt. Durch diese und andere Bereinigungen weichen die Leistungsangaben, z. B. zur Rentenversicherung, von der in den Kapiteln 9.4 bis 9.11 dargestellten Höhe der Ausgaben ab. Die Leistungen des Sozialbudgets insgesamt beliefen sich 2003 für Deutschland auf rund 733 Mrd. Euro. Die Sozialleistungsquote, das Verhältnis dieser Sozialleistungen zum Bruttoinlandsprodukt, betrug 2003 für Deutschland 32,6 %.

Tab. 1: Leistungen des Sozialbudgets 2003

Institution	Leistungen insgesamt %		Finanzierung durch		
			Beiträge der		Zuweisungen aus öffent- lichen Mitteln
			Versicherten	Arbeitgeber	
	Mrd. EUR	%	Mill. EUR		
Sozialbudget insgesamt ¹	732,8	100	221 519	237 734	272 738
Allgemeine Systeme	483,8	66,0	213 651	158 457	104 310
Rentenversicherung	238,5	32,5	84 651	72 909	78 780
Private Altersvorsorge	–	–	640	–	–
Krankenversicherung	143,3	19,6	92 033	45 354	1 275
Pflegeversicherung	17,4	2,4	10 874	5 781	–
Unfallversicherung	11,3	1,5	1 405	9 092	496
Arbeitsförderung	73,3	10,0	24 048	25 321	23 759
Sondersysteme	5,8	0,8	5 443	477	2 556
Alterssicherung der Landwirte	3,3	0,5	768	–	2 556
Versorgungswerke	2,5	0,3	4 675	477	–
Leistungssysteme des öffentl. Dienstes	52,7	7,2	229	21 802	27 209
Pensionen	35,8	4,9	229	12 191	21 460
Familienzuschläge	7,0	1,0	–	–	5 675
Beihilfen	9,9	1,4	–	9 611	74
Leistungssysteme der Arbeitgeber	52,6	7,2	2 196	56 998	688
Entgeltfortzahlung	25,0	3,4	–	25 043	–
Betriebliche Altersversorgung	16,1	2,2	1 590	23 790	–
Zusatzversorgung	8,7	1,2	606	6 905	593
Sonst. Arbeitgeberleistungen	2,7	0,4	–	1 260	95
Entschädigungssysteme	5,6	0,8	–	–	5 676
Soziale Entschädigung	4,5	0,6	–	–	4 575
Lastenausgleich	0,1	0,0	–	–	93
Wiedergutmachung	1,0	0,1	–	–	863
Sonst. Entschädigungen	0,1	0,0	–	–	145
Förder- und Fürsorgesysteme	57,3	7,8	–	–	57 267
Sozialhilfe ²	28,0	3,8	–	–	27 970
Jugendhilfe	17,9	2,4	–	–	17 914
Kindergeld	0,1	0,0	–	–	134
Erziehungsgeld	3,5	0,5	–	–	3 481
Ausbildungsförderung	1,7	0,2	–	–	1 667
Wohngeld	5,2	0,7	–	–	5 209
Förderung der Vermögens- bildung	1,0	0,1	–	–	892
Indirekte Leistungen	75,0	10,2	–	–	75 032
Steuerliche Maßnahmen (ohne FLA)	39,0	5,3	–	–	38 952
Familienleistungsausgleich (FLA)	36,1	4,9	–	–	36 080
Nachrichtlich ³ :					
Früheres Bundesgebiet	567,1	77,4	158 130	208 225	223 483
Neue Länder und Berlin-Ost	127,3	17,4	24 932	29 510	49 255

1 Einschl. Beiträge des Staates. – 2 Einschl. Leistungen an Asylbewerber.

3 Ohne Beiträge des Staates.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

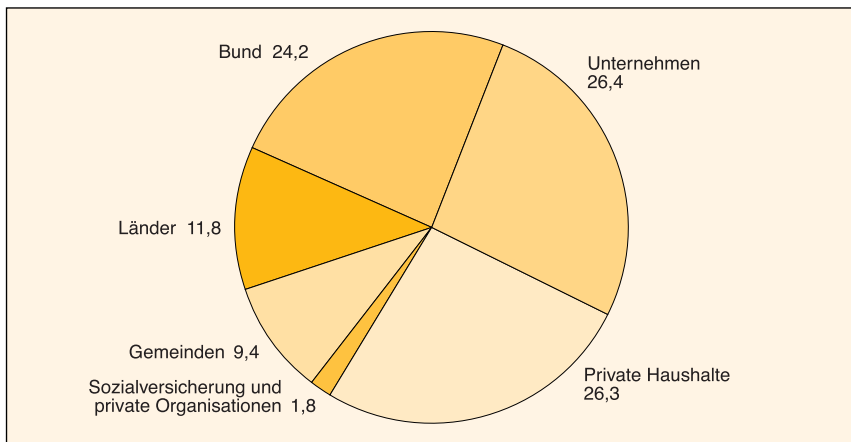
Wer finanziert das soziale Netz? Drei große Beitragszahler sind auszumachen: Der Staat (Bund, Länder und Gemeinden), die Arbeitgeber und die privaten Haushalte.

9.3 Die Bestandteile des Sozialbudgets

Mit 66,0 % hatte 2003 das so genannte »Allgemeine System« der sozialen Sicherung, das die Sozialversicherungen umfasst, den größten Anteil am Sozialbudget. Die »indirekten Leistungen« waren der zweitgrößte Posten des Sozialbudgets (10,2 %). Hierzu gehören insbesondere sozialpolitisch motivierte Steuererleichterungen wie das Splitting-Verfahren für Ehegatten und der Familienleistungsausgleich. Die »Förder- und Fürsorgesysteme« bildeten mit einem Anteil von 7,8 % den drittgrößten Block im Sozialbudget. In diesem Leistungsbereich sind Sozialhilfe, Jugendhilfe, Kinder- und Erziehungsgeld, Ausbildungsförderung, Wohngeld und Vermögensbildung zusammengefasst.

Durch »Leistungssysteme der Arbeitgeber« wurden insgesamt 52,6 Mrd. Euro aufgewendet. Hierzu zählen die Entgeltfortzahlungen im Krankheitsfall, die betriebliche Altersversorgung und die Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst sowie sonstige Arbeitgeberleistungen (z. B. Bereitstellung von Betriebswohnungen). Die »Leistungssysteme des öffentlichen Dienstes« hatten 2003 mit 52,7 Mrd. Euro einen Anteil von 7,2 % am Sozialbudget. Wie bei den »Allgemeinen Systemen« steht auch hier die Altersversorgung, und zwar die des öffentlichen Dienstes, im Vordergrund. Die Be-

Abb. 1: Finanzierung des Sozialbudgets 2003
nach Quellen in Prozent



Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit.

deutung der »Entschädigungssysteme« verliert mit zunehmendem Abstand von den Ereignissen in der Zeit des Nationalsozialismus 1933 bis 1945 an Gewicht. Durch finanzielle Entschädigungen für die Opfer der Gewaltherrschaft, des Krieges und der Kriegsfolgen versucht der Staat, einen materiellen Beitrag zur Wiedergutmachung zu leisten. 2003 wurden 5,6 Mrd. Euro für Entschädigungen verschiedener Art ausgeben.

Die so genannten »Sondersysteme«, d. h. die Alterssicherung der Landwirte (2003: 3,3 Mrd. Euro) und die Versorgungswerke für freiberuflich Tätige (2003: 2,5 Mrd. Euro), umfassten zusammen 0,8 % des Sozialbudgets. Sie dienen in erster Linie der Altersversorgung dieser Berufsgruppen.

9.4 Gesetzliche Rentenversicherung

Die Alters- und Hinterbliebenensicherung wird in der Bundesrepublik Deutschland von folgenden Institutionen geleistet: gesetzliche Rentenversicherung, Pensionen im öffentlichen Dienst, Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst, Altershilfe für Landwirte, Versorgungswerke (z. B. für Landwirte), Zusatzversicherung für einzelne Berufe sowie vertragliche und freiwillige Arbeitgeberleistungen.

Wichtigster und umfassendster Bereich ist die gesetzliche Rentenversicherung. 2003 lagen ihre Leistungen bei 239 Mrd. Euro, das sind 32,5 % des Sozialbudgets. Im Jahr 2000 gab es rund 43,2 Mill. Versicherte in den drei Zweigen der Rentenversicherung (Rentenversicherung der Arbeiter, der Angestellten, knappschaftliche Rentenversicherung).

Von den Mitte 2003 gezahlten 23,7 Mill. Renten waren 76 % Versichertenrenten, 24 % gingen an die Hinterbliebenen der Versicherten (Hinterbliebenenrente). Von den Gesamtausgaben für Leistungen waren die Rentenzahlungen mit 212,4 Mrd. Euro 2003 der größte Posten. Darüber hinaus wurden 16,3 Mrd. Euro für die Krankenversicherung der Rentner aufgebracht und weitere 5,1 Mrd. Euro für Leistungen zur Teilhabe.

Die durchschnittliche monatliche Versichertenrente in der Rentenversicherung der Arbeiter lag 2003 für Männer bei 996 Euro, für Frauen bei 524 Euro. In der Angestelltenversicherung bekam ein Mann durchschnittlich 1 167 Euro, eine Frau 627 Euro. Der Unterschied in der Rentenhöhe ergibt sich unter anderem dadurch, dass die heute anspruchsberechtigten Frauen im Verlauf ihres Arbeitslebens im Durchschnitt geringere entlohnte Tätigkeiten ausübten. Außerdem haben viele Frauen – vor allem aus familiären Gründen – ihre Erwerbstätigkeit zeitweise unterbrochen oder frühzeitig beendet.

Die Renten in Deutschland sind in ihrer Höhe breit gestreut. Im Jahr 2004 waren Versichertenrenten bei Männern von 1253 Euro und mehr am häufigsten (27,3 %), bei den Versichertenrenten der Frauen war die Größenklasse von 501 Euro bis 752 Euro am häufigsten anzutreffen (31,0 %).

Tab. 2: Gesetzliche Rentenversicherung 2003

	Deutschland	Rentenversicherung der		Knappschaftliche Rentenversicherung
		Arbeiter	Angestellten	
1 000				
Rentenbestand ¹	23 740	13 328	9 415	997
Mrd. EUR				
Einnahmen ¹	248,9	118,5	115,5	14,9
Darunter Beiträge (Soll)	169,4	67,6	100,8	1,0
Ausgaben	251,6	119,6	117,1	14,9
EUR				
Durchschnittliche Versichertenrente ¹				
Frauen	524	430	627	711
Männer	996	858	1 167	1 320

1 Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Die Rentenversicherung finanziert sich seit der Rentenreform von 1957 nach dem so genannten »Umlageverfahren«. Das bedeutet, dass die Beschäftigten von heute im Rahmen des »Generationenvertrages« die Renten für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von gestern bezahlen.

Die Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern sind die wichtigste Finanzierungsquelle der gesetzlichen Rentenversicherung. Die Beitragshöhe beträgt momentan 19,5 % des Bruttolohns. Durch die Beitragseinnahmen wurden insgesamt rund 70 % der Gesamteinnahmen finanziert. Der Bund leistete Zuschüsse in Höhe von 25 %. Die übrigen Einnahmen, wie Vermögenserträge oder Erstattungen anderer Institutionen, haben einen nur geringen Anteil an der Gesamtfinanzierung.

Betrachtet man die zentrale Bedeutung der Beitragszahlungen, werden die heute diskutierten Schwierigkeiten deutlich: Nur solange das Verhältnis zwischen Beitragszahlern und Rentenempfängern konstant bleibt oder die Zahl der Beitragszahler sogar größer wird, funktioniert das Umlageverfahren ohne größere Probleme. Tritt jedoch

Tab. 3: Die Verteilung der Renten nach Betragsgruppen am 1.7.2004

Rentenbetrag in EUR/Monat von ... bis unter ...	Versichertenrenten				Renten wegen Todes	
	Männer		Frauen		Witwen-/Witwerrenten	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%
unter 50	94	1,2	81	0,8	180	3,3
50– 251	543	6,7	2 376	23,5	817	15,0
251– 501	603	7,4	2 370	23,5	1 385	25,5
501– 752	956	11,8	3 136	31,0	1 991	36,6
752– 1 002	1 665	20,5	1 502	14,9	893	16,4
1 002– 1 253	2 048	25,2	466	4,6	147	2,7
1 253 und mehr	2 216	27,3	171	1,7	23	0,4
Insgesamt	8 125	100	10 102	100	5 436	100

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

eine Entwicklung ein, in deren Folge dieses Verhältnis ungünstiger wird, d. h. im Durchschnitt immer weniger Beitragszahler für die Finanzierung einer Rente aufkommen müssen, sind geeignete Maßnahmen notwendig, durch die die Versorgung der Menschen im Alter sichergestellt werden kann.

9.5 Gesetzliche Krankenversicherung

Zur Sicherung im Bereich der Gesundheit dienen folgende Institutionen des Sozialbudgets: die gesetzliche Kranken- und die Unfallversicherung, die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall durch den Arbeitgeber, die Beihilfen im öffentlichen Dienst bei Krankheit, Mutterschaft und Tod sowie die Aufwendungen für den öffentlichen Gesundheitsdienst (Beratung und Aufklärung in gesundheitlichen Fragen, Verhütung und Bekämpfung von Krankheiten usw.).

Die gesetzliche Krankenversicherung spielt für die finanzielle Absicherung des Krankheitsrisikos eine entscheidende Rolle. Pflichtmitglieder sind die in einem Arbeiter- oder Angestelltenverhältnis Beschäftigten, deren regelmäßiger Jahresverdienst die Beitragsbemessungsgrenze nicht übersteigt, sowie Rentnerinnen und Rentner, Auszubildende, Studierende und Arbeitslose. Ferner sind die landwirtschaftlichen Unternehmer und ihre mitarbeitenden Familienangehörigen sowie einige kleinere Gruppen von Selbstständigen pflichtversichert.

Tab. 4: Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung
in Mrd. EUR

Art der Ausgaben	2002	2003
Ausgaben insgesamt	139,7	140,8
darunter:		
Behandlung durch Ärzte und Zahnärzte	30,3	31,3
Arzneimittel, Heil- und Hilfsmittel, Zahnersatz	36,3	37,4
Krankenhausbehandlung	44,9	45,3
Krankengeld	7,6	7,0
Verwaltungskosten	8,0	8,2

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit.

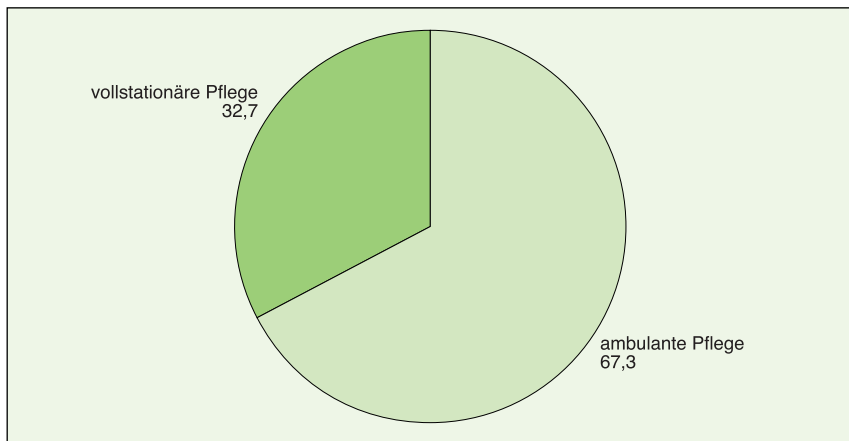
Im Jahresdurchschnitt standen 2003 insgesamt 70,0 Mill. Bürgerinnen und Bürger unter dem Schutz der gesetzlichen Krankenversicherung. Rund 29,0 Mill. waren Pflichtmitglieder, 5,1 Mill. freiwillige Mitglieder und 16,7 Mill. Rentnerinnen bzw. Rentner. 19,7 Mill. waren als Familienangehörige mitversichert.

Die Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung beliefen sich 2003 nach der Berechnung für das Sozialbudget auf rund 143 Mrd. Euro; das entspricht einem Anteil von 19,6 % am Sozialbudget. Den stärksten Kostenblock bildeten – wie Tabelle 4 zeigt – die Krankenhausbehandlungen mit rund 45,3 Mrd. Euro.

9.6 Soziale Pflegeversicherung

Seit 1995 ist das Sozialsystem mit der Pflegeversicherung um eine weitere Säule ergänzt worden. Sie soll Schutz vor den finanziellen Folgen der Pflegebedürftigkeit bieten. Ihre Leistungen sollen den Betroffenen ein möglichst selbstständiges und selbstbestimmtes Leben erlauben. Die Pflegeversicherung ist eine Pflichtversicherung – gesetzlich Versicherte sind in der Regel über ihre Krankenkasse in der zugehörigen Pflegekasse versichert, privat Versicherte bei ihrem privaten Versicherungsunternehmen. Seit April 1995 gibt es Leistungen für die häusliche (ambulante) Pflege, seit Juli 1996 auch für die stationäre Pflege in Heimen. Die Höhe der Zahlungen der gesetzlichen Pflegeversicherung richtet sich nach dem jeweiligen Hilfebedarf, der in

Abb. 2: Leistungsempfänger/-innen der sozialen Pflegeversicherung 2004 nach Leistungsarten in Prozent



Quelle: Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherung.

drei Stufen eingeteilt ist. Zudem ist entscheidend, ob ambulante, teilstationäre oder stationäre Pflege erfolgt. Für die stationäre Pflege liegen die monatlichen Leistungen der Pflegeversicherung bei bis zu 1688 Euro. In der ambulanten Pflege unterscheidet man Pflegegeld und Pflegesachleistungen. Bei Pflegesachleistungen erfolgt die Pflege durch einen Vertragspartner der Pflegekassen, z. B. durch eine Sozialstation. Mit dem Pflegegeld kann der oder die Betroffene die pflegerische Versorgung, z. B. durch Angehörige, selbst sicherstellen. Pflegegeld wird monatlich bis zu 665 Euro gewährt, Pflegesachleistungen bis zu einem Wert von 1918 Euro. Kombinationen aus Geld- und Sachleistungen sind bei ambulanter Pflege möglich.

2003 waren in der sozialen Pflegeversicherung 70 Mill. Personen versichert. Wie die in zweijährlichem Rhythmus erhobene Statistik zeigt, erhielten Leistungen aus der Pfl-

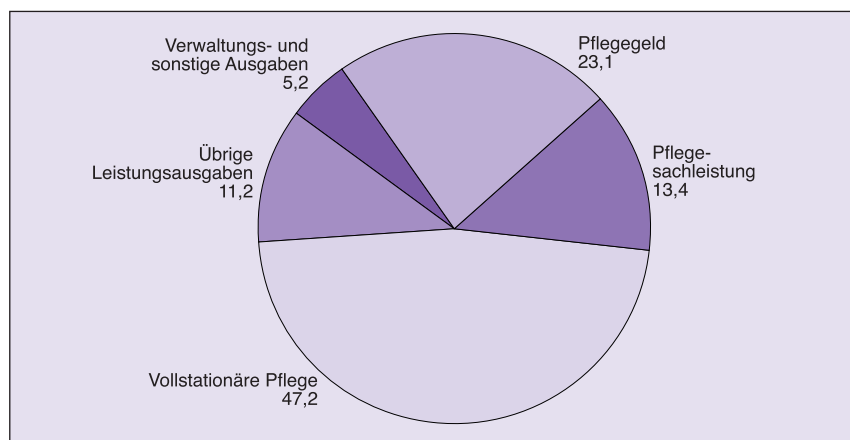
geversicherung 1,90 Mill. Pflegebedürftige. 1,28 Mill. (67,6 %) von ihnen wurden ambulant versorgt und 0,61 Mill. (32,4 %) stationär. 51,2 % der Pflegebedürftigen erhielten Leistungen der niedrigsten Leistungsstufe: der Pflegestufe I. Der Pflegestufe II waren 35,8 % zugeordnet und der Stufe III (einschl. Härtefälle) 12,9 %. Von den Ausgaben entfielen 46,7 % auf Leistungen im Bereich der vollstationären Pflege. 23,4 % wurden für Pflegegeld und 13,5 % für Pflegesachleistungen verwendet. 16,4 % entfielen auf übrige Leistungsausgaben sowie Verwaltungs- und sonstige Ausgaben.

Im Sozialbudget sind die Leistungen der Pflegeversicherung 2003 mit 17,4 Mrd. Euro verbucht. Dies entspricht einem – verglichen mit der Renten- bzw. Krankenversicherung – eher geringen Anteil von 2,4 %. Finanziert wird die Pflegeversicherung je zur Hälfte durch die Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Um den Beitrag von Arbeitgeberseite zu gewährleisten, war in den meisten Bundesländern ein gesetzlicher Feiertag im Jahr weggefallen. Bis Mitte 1996 lag der Beitrag bei einem Prozent des Bruttoarbeitsentgelts, mit der Einführung der stationären Pflegeleistungen wurde er auf 1,7 % erhöht. Die Rentnerinnen und Rentner zahlen seit dem 1. Januar 2005 den vollen Beitragssatz von 1,7 %. Zur Finanzierung der Pflegeversicherung werden keine öffentlichen Mittel zugewiesen.

9.6.1 Pflege in Pflegeheimen und ambulanten Pflegediensten

Rund die Hälfte (53 %) der gesamten Pflegebedürftigen wurde 2003 durch ambulante Pflegedienste oder Pflegeheime betreut. Bundesweit wurden in den gut 9700 Pflegeheimen rund 640 000 Pflegebedürftige versorgt. Im Schnitt wurden somit in einem

Abb. 3: Ausgaben¹ der sozialen Pflegeversicherung 2004
in Prozent



¹ Vorläufiges Ist-Ergebnis ohne Berücksichtigung der zeitlichen Rechnungsabgrenzung.

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherung.

Pflegeheim 66 Pflegebedürftige betreut. Monatlich entrichteten die Pflegebedürftigen in der höchsten Pflegeklasse im Mittel rund 2680 Euro an das Heim für Pflege und Unterbringung.

In den Heimen waren 511 000 Personen beschäftigt. Knapp die Hälfte der Beschäftigten (42 %) arbeitete in Vollzeit. Von den im Bereich Pflege und Betreuung Tätigen hatten 31 % eine Ausbildung als Altenpflegerin bzw. Altenpfleger.

Durch die 10600 ambulanten Dienste wurden im selben Jahr rund 450 000 Pflegebedürftige betreut; das sind durchschnittlich 42 Pflegebedürftige je Pflegedienst. Von den 200 900 Beschäftigten war die Mehrheit (68 %) in Teilzeitbeschäftigung tätig. Im ambulanten Bereich war »Krankenschwester/-pfleger« der wichtigste Ausbildungsberuf: 36 % des Pflegepersonals in der Grundpflege besaßen diesen Abschluss.

9.7 Arbeitsförderung

Zum Maßnahmenkatalog der Arbeitsförderung gehören neben Leistungen bei Arbeitslosigkeit (Zahlung von Arbeitslosengeld und -hilfe) und bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers (Konkursausfallgeld) auch Maßnahmen zum Erhalt und zur Schaffung von Arbeitsplätzen (Kurzarbeitergeld, Schlechtwettergeld), die Arbeitsvermittlung sowie die Förderung der beruflichen Bildung und die Gewährung von berufsfördernden Leistungen zur Rehabilitation. Somit werden über den 1927 eingeführten Versicherungsschutz bei Arbeitslosigkeit hinaus zusätzliche Akzente der Arbeitsmarktpolitik gesetzt: gezielte Förderungsmaßnahmen zur beruflichen Qualifizierung von Personen ohne Beschäftigung gewannen in den vergangenen Jahren zunehmend an Bedeutung.

Die Ausgaben für die Arbeitsförderung der Bundesagentur für Arbeit und des Bundes zusammen betrugen 2004 rund 54,5 Mrd. Euro. Ein Jahr zuvor waren es 56,9 Mrd. Euro. Im Jahr 2004 wurden von den Gesamtausgaben 29,1 Mrd. Euro für Arbeitslosengeld und 18,8 Mrd. Euro für Arbeitslosenhilfe aufgewendet. Zusammen flossen so 64,2 % der Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit in die unmittelbare Unterstützung von Arbeitslosen. Dabei erhielten im Jahresdurchschnitt 2004 rund 1,8 Mill. Menschen Arbeitslosengeld und 2,2 Mill. Arbeitslosenhilfe. Das bedeutet, dass von den 4,38 Mill. Arbeitslosen 92 % Anspruch auf Leistungen hatten, jeder Zwölfte (8 %) ging leer aus. Gründe hierfür waren, dass die Betroffenen aufgrund zu kurzer vorhergehender Beschäftigungszeit keinen Anspruch auf diese Leistungen erworben hatten, die Anspruchsfrist abgelaufen war oder keine Bedürftigkeit anerkannt wurde.

Der Umfang der Leistungen liegt beim Arbeitslosengeld für Arbeitslose mit Kindern bei 67 % des letzten Nettoeinkommens und für Arbeitslose ohne Kinder bei 60 %. Die Arbeitslosenhilfe beträgt 57 % des letzten Nettoeinkommens für Hilfeempfänger mit Kindern bzw. 53 % für Personen ohne Kinder.

Die Ausgaben der Arbeitsförderung werden überwiegend durch die Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zur Arbeitslosenversicherung finanziert. Der Beitrags-

satz liegt bei 6,5 % des Bruttoarbeitsentgelts. Hiervon tragen Beschäftigte und Arbeitgeber jeweils die Hälfte. Von Arbeitgeberseite werden außerdem Umlagen erhoben, die zur Finanzierung des Konkursausfallgeldes und der Winterbau-Umlage dienen. Darüber hinaus trägt der Bund die Arbeitslosenhilfe; er ist auch verpflichtet, Darlehen und Zuschüsse zu gewähren, wenn die Bundesagentur für Arbeit ihre Leistungen nicht aus eigenen Einnahmen und ihrer Rücklage finanzieren kann.

Tab. 5: Daten der Arbeitsförderung 2003 und 2004

	2003	2004
<i>1 000</i>		
Arbeitslose	4 376,8	4 381,0
Empfänger/-innen von Arbeitslosengeld	2 024,5	1 845,0
Empfänger/-innen von Arbeitslosenhilfe	2 027,7	2 193,9
<i>Mill. EUR</i>		
Einnahmen der Bundesagentur für Arbeit	50 635	50 315
darunter Beiträge	47 337	47 211
Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit	56 850	54 490
darunter:		
Arbeitslosengeld	29 048	29 072
Kurzarbeitergeld, Struktur Anpassungs-, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	2 961	2 248
Mittel des Bundes		
Ausgaben insgesamt	16 834	20 041
darunter:		
Arbeitslosenhilfe	16 532	18 758

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

9.8 Kindergeld/Familienleistungsausgleich

Das Kindergeld sowie der Kinder- und Betreuungsfreibetrag dienen der Steuerfreistellung des Existenzminimums für Kinder bei der Einkommensteuer und der Familienförderung. Soweit die Wirkung des Kindergeldes über die Steuerfreistellung hinausgeht, ist es ein Zuschuss zum Unterhalt der Kinder und damit ein Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit und zu mehr Chancengleichheit im Rahmen des Familienleistungsausgleichs. Ob der Bezug von Kindergeld oder der Steuerfreibetrag günstiger ist, wird bei der Veranlagung zur Einkommensteuer geprüft. Dabei wird das Kindergeld mit der Entlastung durch die Kinderfreibeträge verrechnet.

Wer Kinder hat und in Deutschland wohnt oder im Ausland wohnt, aber in Deutschland entweder unbeschränkt einkommensteuerpflichtig ist oder entsprechend behandelt wird, hat Anspruch auf Kindergeld bzw. den Kinderfreibetrag. Dies gilt ebenso für Eltern mit einer ausländischen Nationalität, wenn sie eine gültige Aufenthaltsberech-

tigung oder Aufenthaltserlaubnis besitzen. Wer im Ausland wohnt und in Deutschland nicht unbeschränkt steuerpflichtig ist, kann Kindergeld als Sozialleistung nach dem Bundeskindergeldgesetz erhalten, wenn er

- in einem Versicherungspflichtverhältnis zur Bundesagentur für Arbeit steht oder
- als Entwicklungshelfer oder Missionar tätig ist oder
- Rente nach deutschen Rechtsvorschriften bezieht, Staatsangehöriger eines Mitgliedstaates der Europäischen Union bzw. des Europäischen Wirtschaftsraumes ist und in einem der Mitgliedstaaten lebt.

Das Kindergeld wird bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres für alle Kinder gezahlt. Volljährige junge Menschen können unter bestimmten Voraussetzungen bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres weiter Kindergeld erhalten, z. B. wenn sie sich noch in

Tab. 6: Kindergeld (ohne öffentlichen Dienst)

	2003			2004		
	Ins- gesamt	Deutsche	Ausländer/ -innen	Ins- gesamt	Deutsche	Ausländer/ -innen
<i>1 000</i>						
Berechtigte ¹	9 118	8 076	1 042	9 193	8 126	1 067
Kinder insgesamt ¹	15 163	13 213	1 950	15 264	13 266	1 999
davon waren:						
1. Kind	9 032	7 996	1 036	9 119	8 058	1 062
2. Kind	4 507	3 910	597	4 526	3 913	613
3. Kind	1 194	977	218	1 189	967	223
4. und weitere Kinder	430	331	99	428	328	100
<i>Mill. EUR</i>						
Ausgezahlte Beträge ²	28 880	25 151	3 728	29 020	25 218	3 802

1 Stand: Dezember 2004.

2 Seit 1996 können Familien alternativ zwischen dem Bezug von Kindergeld oder einem Steuerfreibetrag wählen. – Ausgezahlte Beträge mit Kindergeldzuschlag für geringverdienende Familien im Laufe des Jahres.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

der Schul- oder Berufsausbildung befinden. Ohne altersmäßige Begrenzung können Kinder, die wegen körperlicher, geistiger oder seelischer Behinderung außerstande sind, sich selbst zu unterhalten, berücksichtigt werden.

9,2 Mill. Berechtigte bezogen im Jahr 2004 Kindergeld für 15,3 Mill. Kinder. Hinzu kommen die Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die das etwaige Kindergeld von ihren Arbeitgebern direkt erhalten. Von den Empfangsberechtigten (ohne öffentlichen Dienst) besaßen 8,1 Mill. die deutsche (88 %) und 1,1 Mill. (12 %) eine ausländische Staatsangehörigkeit.

Die Höhe des Kindergeldes ist gestaffelt nach der Zahl der Kinder. Von den Kindern, für die im Jahr 2004 Kindergeld gezahlt wurde, waren 60 % Erstkinder, 30 % Zweitkinder, 8 % Drittkinder und 3 % vierte und weitere Kinder. Das Geld stammt aus

Bundesmitteln. Für das Jahr 2004 wurden für das erste bis dritte Kind je 154 Euro und für jedes weitere Kind 179 Euro Kindergeld gezahlt. Der insgesamt ausgezahlte Betrag belief sich auf 29 Mrd. Euro.

9.9 Erziehungsgeld und Elternzeit

Erziehungsgeld und Elternzeit (früher: »Erziehungsurlaub«) geben Eltern die Möglichkeit, ihr Kind bzw. ihre Kinder während der ersten Lebensphase bei vollständigem oder zumindest weitgehendem Verzicht auf Erwerbstätigkeit zu betreuen. Seit Januar 1986 können Mütter und Väter Erziehungsgeld und Elternzeit/Erziehungsurlaub erhalten. Ebenso wie beim Kindergeld haben ausländische Eltern Anspruch auf Erziehungsgeld, sofern sie im Besitz einer gültigen Aufenthaltsberechtigung oder Aufenthaltserlaubnis sind. Die nachfolgend beschriebenen Regelungen gelten noch bis zum Jahresablauf 2006. Für Kinder, die ab dem 1. Januar 2007 geboren werden, gelten die Regelungen zum Elterngeld.

Das Erziehungsgeldgesetz gilt für Eltern, Personen mit Personensorgerecht und den nach dem Gesetz gleichgestellten Männern und Frauen, deren Kinder ab dem 1. Januar 2001 geboren sind oder die mit dem Ziel der Adoption in Obhut genommen wurden. Es ermöglicht den Eltern ein monatliches Erziehungsgeld in Höhe von maximal 307 Euro bei einer Laufzeit von 24 Monaten bzw. von 460 Euro bei einer kürzeren Laufzeit von bis zu höchstens einem Jahr (Budget), die Möglichkeit einer gemeinsamen Elternzeit von Mutter und Vater, die mögliche Übertragung einer restlichen Elternzeit auf die Zeit zwischen der Vollendung des dritten Lebensjahres und der Vollendung des achten Lebensjahres des Kindes, den Anspruch auf Teilzeitarbeit (bis zu 30 Wochenstunden für abhängig Beschäftigte) während der Elternzeit und die Anspruchsberechtigung nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz (ab 1. August 2001) für Lebenspartner. Einen Anspruch auf Erziehungsgeld haben auch anerkannte Asylberechtigte und Flüchtlinge sowie z. B. in Deutschland lebende Bürgerinnen und Bürger aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Union. Das ungekürzte Erziehungsgeld betrug bis Ende 2003 in den ersten sechs Lebensmonaten je Kind 307 Euro monatlich. Hierbei wird jeweils das Mutterschaftsgeld der gesetzlichen Krankenkasse angerechnet, ebenso bei der Budget-Variante. Danach werden, bis auf wenige Ausnahmen, einkommensabhängig Abzüge vorgenommen.

647031 Frauen oder Männer erhielten 2003 in den ersten sechs Lebensmonaten nach der Geburt des anspruchsbegründenden Kindes Erziehungsgeld. Von diesen bekamen 79 % das Erziehungsgeld auch noch über den sechsten Lebensmonat hinaus. 16576 Männer bezogen 2003 Erziehungsgeld. Damit erfolgten 2,6 % der Erziehungsgeldzahlungen an Männer.

Elternzeit wurde 2003 von 353418 abhängig beschäftigten Erziehungsgeldempfängern im ersten Lebensjahr des Kindes in Anspruch genommen (55 % der Erziehungsgeldberechtigten). Auch wenn Frauen und Männer in gleichem Maße Anspruch auf die Gewährung von Elternzeit haben, werden diese Leistungen bislang fast ausschließlich

Tab. 7: Empfänger/-innen von Erziehungsgeld¹
mit und ohne Elternzeit 2003

	Insgesamt	Frauen	Männer
<i>nach der Staatsangehörigkeit</i>			
Deutsche	546 610	533 763	12 847
Ausländer/-innen	100 421	96 692	3 729
Insgesamt	647 031	630 455	16 576
<i>nach der Beteiligung am Erwerbsleben</i>			
Abhängig Beschäftigte ²	362 331	355 589	6 742
ohne Teilzeitbeschäftigung	331 255	326 959	4 296
mit Teilzeitbeschäftigung	31 076	28 630	2 446
Selbstständige und mithelfende Familienangehörige	12 928	11 610	1 318
Nichterwerbstätige	271 772	263 256	8 516
<i>nach der familiären Situation</i>			
Verheiratet und zusammenlebend	467 865	455 810	12 055
In eingetragener Lebenspartnerschaft	19	19	–
Allein stehend	79 145	78 191	954
Eheähnliche Gemeinschaft	100 002	96 435	3 567
<i>nach Dauer der Elternzeit</i>			
bis zum 12. Lebensmonat	50 377	49 001	1 376
über den 12. Lebensmonat hinaus	303 041	298 828	4 213

1 Bewilligte Erstanträge.

2 Zum Zeitpunkt des Erziehungsgeldbezugs.

Quelle: Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend.

von Frauen in Anspruch genommen. Nur 7 % der Elternzeit in Anspruch nehmenden Elternteile gingen 2003 einer Teilzeitbeschäftigung nach.

9.10 Sozialhilfe, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung und Leistungen an Asylbewerber

Vorbemerkung:

Mit Einführung des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (»Hartz IV«) sowie des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII »Sozialhilfe«) zum 1. Januar 2005 ergeben sich für das Sozialhilferecht sowie für die amtliche Sozialhilfestatistik weit reichende Änderungen. Seitdem erhalten bisherige Sozialhilfeempfänger, die grundsätzlich erwerbsfähig sind, sowie deren Familienangehörige Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem neu geschaffenen SGB II. Folglich wurde der überwiegende Teil der Sozialhilfeempfänger im engeren Sinne (d.h. Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen) letztmalig zum Jahresende 2004 in der Sozialhilfestatistik erfasst.

Die statistischen Angaben über die zum 1. Januar 2005 in Kraft getretene Grundsicherung für Arbeitsuchende werden gemäß § 53 SGB II von der Bundesagentur für Arbeit zusammengestellt. Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder führen jedoch weiterhin verschiedene Erhebungen zum SGB XII »Sozialhilfe« durch, in welches das bisherige Bundessozialhilfegesetz (BSHG) zum 1. Januar 2005 überführt wurde. Die in diesem Kapitel präsentierten Sozialhilfedaten wurden nach dem bis Ende 2004 geltenden Bundessozialhilfegesetz (BSHG) erhoben. Dementsprechend, beziehen sich die folgenden allgemeinen Anmerkungen auf den seinerzeit gültigen Rechtsstand.

Die Sozialhilfe hat die Funktion, in Not geratenen Menschen ohne anderweitige Unterstützung eine der Menschenwürde entsprechende Lebensführung zu ermöglichen. Sie wird, sofern die im Bundessozialhilfegesetz (BSHG) aufgeführten Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sind, »nachrangig« zur Deckung eines individuellen Bedarfs gewährt, mit dem Ziel der Hilfe zur Selbsthilfe. »Nachrangig« bedeutet, dass die Sozialhilfe als »Netz unter dem sozialen Netz« nur dann eingreift, wenn die betroffenen Personen nicht in der Lage sind, sich aus eigener Kraft zu helfen, oder wenn die erforderliche Hilfe nicht von anderen, insbesondere Angehörigen oder von Trägern anderer Sozialleistungen, erbracht wird. Asylbewerberinnen und Asylbewerber und abgelehnte Bewerber, die zur Ausreise verpflichtet sind, sowie geduldete Ausländerinnen und Ausländer erhalten seit November 1993 anstelle der Sozialhilfe Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

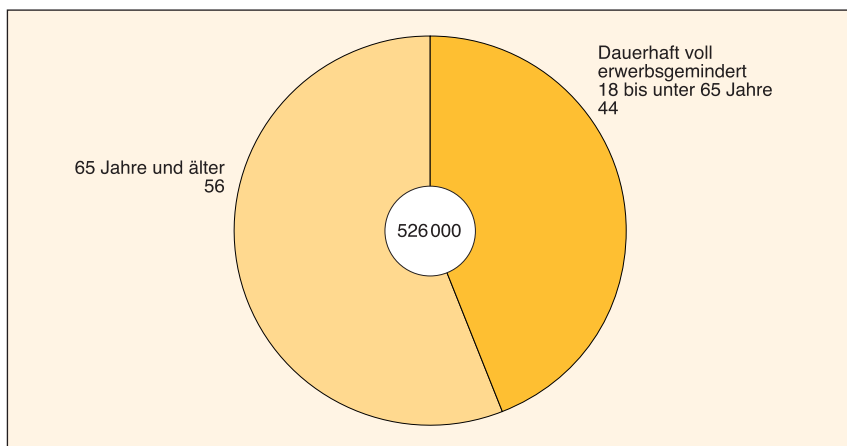
Je nach Art der vorliegenden Notlage unterscheidet man in der Sozialhilfe zwei Haupthilfearten. Personen, die ihren Bedarf an Nahrung, Kleidung, Unterkunft, Hausrat usw. nicht ausreichend decken können, haben Anspruch auf »Hilfe zum Lebensunterhalt«. In außergewöhnlichen Bedarfssituationen, bedingt durch gesundheitliche oder soziale Beeinträchtigungen, wird »Hilfe in besonderen Lebenslagen« gewährt. Als spezielle Hilfen kommen dabei u. a. die Hilfe zur Pflege, die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen oder die Hilfe bei Krankheit in Frage.

Seit In-Kraft-Treten des Bundessozialhilfegesetzes im Juni 1962 ist insbesondere die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, der so genannten »Sozialhilfe im engeren Sinne« deutlich angestiegen. Im Folgenden werden die Empfängerinnen und Empfänger von Sozialhilfe im engeren Sinne kurz »Sozialhilfeempfänger« genannt. Die zeitliche Entwicklung verlief nicht kontinuierlich: Während der 1960er-Jahre gab es im früheren Bundesgebiet bei nur unwesentlichen Veränderungen rund eine halbe Million Sozialhilfeempfänger. Mit Beginn der 1970er-Jahre setzte dann ein erster Anstieg ein, der bis 1977 andauerte. Nach einer kurzen Periode der Beruhigung folgte Anfang der 1980er-Jahre eine zweite Anstiegsphase: 1982 gab es erstmals mehr als eine Million Sozialhilfeempfänger; im Jahr 1991 wurde dann die Zwei-Millionen-Marke erreicht. Ausschlaggebend hierfür war auch die Einbeziehung der neuen Länder und von Berlin-Ost, wodurch sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger zum Jahresende 1991 zusätzlich um 217 000 Personen erhöhte. Der deutliche Rückgang der Bezieherzahl im Jahr 1994 ist auf die Einführung des Asylbewerberleistungsgesetzes zurückzu-

führen. Rund 450 000 Personen fielen aus dem Sozialhilfebezug heraus. Grundlage ihrer Ansprüche war fortin das neue Asylbewerberleistungsrecht. In den darauf folgenden Jahren stieg die Zahl der Sozialhilfebezieher dann wieder an und erreichte 1997 mit 2,89 Mill. Personen einen vorläufigen Höchststand. In den Jahren 1998 bis 2000 war ein Rückgang der Empfängerzahlen zu verzeichnen, seit dem Berichtsjahr 2001 stieg die Zahl der Sozialhilfebezieher aber wieder kontinuierlich an und erreichte zum Jahresende 2004 einen neuen Höchststand.

Ende 2004 erhielten 2,91 Mill. Menschen (+3,3 % gegenüber 2003) in 1,46 Mill. Haushalten Sozialhilfe. Die Zahl der Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger mit deutschem Pass belief sich auf 2,28 Mill., die derjenigen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit auf 635 000.

Abb. 4: Empfänger/-innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung am 31. 1. 2004
in Prozent



55 % aller Empfänger/-innen von Sozialhilfe waren Frauen. Kinder sind relativ häufig unter den Sozialhilfebeziehern anzutreffen. So waren 38 % derjenigen, die Sozialhilfe bezogen, Kinder und Jugendliche im Alter unter 18 Jahren. Die vergleichsweise hohe Inanspruchnahme der Sozialhilfe durch junge Menschen wird auch anhand der Sozialhilfequote (Zahl der Hilfebezieher je 1 000 Einwohner) deutlich. Während Ende 2004 von 1 000 Einwohnern 35 Personen Sozialhilfe bekamen, waren es bei den unter 18-Jährigen 75 je 1 000 Einwohner und damit mehr als doppelt so viele.

Unter den 1,46 Mill. Haushalten, die Sozialhilfe bezogen, waren 574 000 Ein-Personen-Haushalte; darüber hinaus gab es rund 166 000 Ehepaare mit Kindern und 98 000 Ehepaare ohne Kinder. Besonders häufig erhielten allein erziehende Frauen (360 000) Sozialhilfe.

Die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen wird im Wesentlichen in Form von Regelsätzen, ggf. Mehrbedarfszuschlägen, und durch die Übernahme der Unterkunftskosten einschließlich der Heizkosten gewährt; darüber hinaus können auch Beiträge zur Krankenversicherung, Pflegeversicherung und Alterssicherung übernommen werden. Die Summe der Bedarfspositionen für den Haushaltsvorstand und dessen Haushaltsangehörige ergibt den Bruttobedarf eines Haushalts. Zieht man hiervon das angerechnete Einkommen – in vielen Fällen handelt es sich dabei um vorrangige Sozialleistungen – ab, erhält man den tatsächlich ausbezahlten Nettoanspruch. Im Durchschnitt hatte ein Sozialhilfehaushalt 2004 einen monatlichen Bruttobedarf von 876 Euro, wovon allein rund ein Drittel auf die Kaltmiete entfiel. Unter Berücksichtigung des angerechneten Einkommens in Höhe von durchschnittlich 471 Euro wurden pro Haushalt im Schnitt 405 Euro, also knapp die Hälfte des rechnerischen Bruttobedarfs, monatlich ausgezahlt. Mit zunehmender Haushaltsgröße

Tab. 8: Empfänger/-innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am Jahresende 2004

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt	Je 1 000 Einwohner ¹	Männlich	Weiblich
unter 7	515 210	99	265 882	249 328
7–18	603 650	63	308 123	295 527
18–25	335 531	50	130 871	204 660
25–50	1 046 280	35	420 743	625 537
50–60	237 741	24	111 182	126 559
60–70	123 370	12	62 925	60 445
70 und älter	48 444	5	14 666	33 778
Insgesamt	2 910 226	35	1 314 392	1 595 834

1 Bevölkerungsstand: 31.12.2004.

wird tendenziell ein geringerer Anteil des Bruttobedarfs netto als Sozialhilfe ausgezahlt. Das liegt daran, dass größere Haushalte häufig über anrechenbare Einkommen wie Kindergeld oder Unterhaltsleistungen verfügen. So erhielten allein stehende Männer im Durchschnitt 63 % ihres Bruttobedarfs ausgezahlt, Ehepaare mit zwei Kindern dagegen 37 %.

1,52 Mill. Menschen erhielten nach vorläufigen Ergebnissen im Laufe des Jahres 2004 Hilfe in besonderen Lebenslagen. Der Anteil der deutschen Empfängerinnen und Empfänger betrug 83 %, der Frauenanteil belief sich auf 49 %. Am häufigsten wurden Leistungen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (41 % der Fälle) gewährt, gefolgt von der Hilfe bei Krankheit (39 %) sowie der Hilfe zur Pflege (22 %). Empfänger/-innen mehrerer verschiedener Hilfen werden dabei bei jeder Hilfeart gezählt.

23,0 Mrd. Euro wurden 2004 in Deutschland für Gesamtleistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz netto, d.h. abzüglich der Einnahmen der Sozialhilfeträger, ausgegeben. Das waren 1,8 % mehr als im Vorjahr. Von den Sozialhilfeausgaben entfielen 8,8 Mrd. Euro (+0,8 % gegenüber 2003) auf die Hilfe zum Lebensunterhalt,

14,2 Mrd. Euro (+2,4 %) wurden für Maßnahmen der Hilfe in besonderen Lebenslagen aufgewendet. Bei Letzteren sind insbesondere die Ausgaben für Leistungen zur Eingliederung behinderter Menschen mit 9,9 Mrd. Euro (+3,6 %) und die Leistungen im Rahmen der Hilfe zur Pflege mit 2,5 Mrd. Euro (+3,8 %) von Bedeutung.

Das stufenweise Einsetzen der gesetzlichen Pflegeversicherungsleistungen hatte zur Folge, dass die Ausgaben für die Hilfe zur Pflege in zunehmendem Maße zurückgegangen sind. Während 1995 hierfür netto 6,3 Mrd. Euro ausgegeben wurden, waren

Tab. 9: Haushalte von Empfängern/-innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am Jahresende 2004
nach Haushaltstyp und monatlichen Zahlbeträgen¹

Haushaltstyp	Insgesamt	Bruttobedarf	Darunter Bruttokaltmiete	Ange-rechnetes Einkommen	Nettoanspruch	Anteil Nettoanspruch am Bruttobedarf
		Monatlicher Durchschnitt in EUR				%
Haushalte insgesamt	1 459 811	876	302	471	405	46,3
darunter						
Ehepaare ohne Kinder	97 975	936	334	515	421	45,0
Ehepaare mit Kindern ²	1 65 594	1 437	450	898	539	37,5
mit einem Kind	65 863	1 173	391	658	515	43,9
mit 2 Kindern	54 802	1 416	447	886	530	37,4
mit 3 und mehr Kindern	44 929	1 850	540	1 264	586	31,7
Ein-Personen-Haushalte	573 656	599	246	255	344	57,4
männlich	306 878	576	232	214	363	62,9
weiblich	266 778	626	262	303	323	51,6
Allein erziehende Frauen						
mit Kindern ¹	360 111	1 144	372	659	486	42,4
mit einem Kind	199 615	956	333	507	448	46,9
mit 2 Kindern	110 876	1 262	398	758	504	39,9
mit 3 und mehr Kindern	49 620	1 642	473	1 047	596	36,3

1 Aufgrund eines Softwarefehlers wurden von einzelnen Berichtsstellen für den durchschnittlichen monatlichen Bruttobedarf sowie den durchschnittlichen monatlichen Nettoanspruch unter bestimmten Voraussetzungen teilweise geringfügig überhöhte Werte geliefert.

2 Kinder unter 18 Jahren.

es im Jahr 1996 nur noch 4,8 Mrd. Euro und im Jahr 2004 lediglich 2,5 Mrd. Euro. Die Nettoausgaben der Hilfe zur Pflege haben sich damit gegenüber 1995 um fast zwei Drittel verringert.

Am Jahresende 2004 erhielten in Deutschland rund 526 000 Personen Leistungen der bedarfsorientierten Grundsicherung. Das sind 87 000 oder 19,9 % mehr Empfänger als Ende 2003. Die bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ist eine eigenständige Sozialleistung, die – wie die Sozialhilfe – den grundlegenden Bedarf für den Lebensunterhalt sicherstellt und nach dem Grundsicherungsgesetz (GSiG) seit dem 1. Januar 2003 beantragt werden kann. Diese Sozialleistung

können bei Bedürftigkeit 18- bis 64-Jährige, wenn sie dauerhaft voll erwerbsgemindert sind, und bei Bedürftigkeit Personen ab 65 Jahren in Anspruch nehmen.

Insgesamt wandten die Kommunen und die überörtlichen Träger für Leistungen nach dem Grundsicherungsgesetz im Jahr 2004 brutto rund 2,22 Milliarden Euro auf. Netto – nach Abzug insbesondere von Erstattungen anderer Sozialleistungsträger – verblieben 2,09 Milliarden Euro. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Nettoausgaben damit um 55,2 % gestiegen.

Mögliche Ursache für den Anstieg war das fortschreitende Abarbeiten der Grundsicherungsanträge, die im ersten Jahr nach In-Kraft-Treten des Grundsicherungs-

Tab. 10: Empfänger/-innen von Hilfe in besonderen Lebenslagen nach Geschlecht und Hilfearten¹ im Laufe des Jahres 2004 (vorläufiges Ergebnis)

Hilfeart	Insgesamt	Männer		Frauen	
		Anzahl	Anteil an allen Empfänger/-innen %	Anzahl	Anteil an allen Empfänger/-innen %
Hilfe in besonderen Lebenslagen insgesamt	1 516 173	765 919	50,5	750 254	49,5
Hilfe bei Krankheit ²	597 779	302 758	50,6	295 021	49,4
Hilfe zur Pflege zusammen	327 890	102 159	31,2	225 731	68,8
Und zwar:					
ambulant	88 788	33 858	38,1	54 930	61,9
stationär	241 726	69 112	28,6	172 614	71,4
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen	628 672	376 795	59,9	251 877	40,1
Sonstige Hilfen	66 925	37 970	56,7	28 955	43,3

1 Empfänger/-innen mehrerer Hilfen werden bei jeder Hilfeart gezählt.

2 Einschl. Hilfe bei Sterilisation und zur Familienplanung, vorbeugende Hilfe, Hilfe bei Schwangerschaft und Mutterschaft.

gesetzes, also 2003, aus unterschiedlichen Gründen nicht bewilligt werden konnten, sowie die fortschreitende Umstellung von bisheriger Sozialhilfe auf die neue Sozialleistung.

Etwa 233 000 Personen oder 44 % der Empfänger waren zwischen 18 und 64 Jahren alt und erhielten Leistungen der Grundsicherung wegen ihrer dauerhaft vollen Erwerbsminderung. Damit bezogen 0,5 % der Personen dieser Altersgruppe Grundsicherungsleistungen. Diese Menschen werden auch künftig dem allgemeinen Arbeitsmarkt voraussichtlich nicht mehr zur Verfügung stehen. 293 000 Personen oder 56 % der Empfänger waren bereits im Rentenalter, das entspricht 1,9 % aller Menschen ab 65 Jahren.

Rund 309 000 oder 59 % der Hilfeempfänger waren Frauen, 217 000 Männer. Damit bezogen bundesweit 0,9 % der Frauen und 0,7 % der Männer ab 18 Jahren Grund-

sicherungsleistungen. Mit 144 000 Personen war über ein Viertel der rund 526 000 Empfänger in stationären Einrichtungen untergebracht, zum Beispiel in Pflege- oder Altenheimen; knapp drei Viertel (382 000 Personen) lebten außerhalb von solchen Einrichtungen.

Regelleistungen zur Deckung des täglichen Bedarfs nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhielten zum Jahresende 2004 insgesamt 230 000 Menschen. Von ihnen waren rund 59 % männlich und 41 % weiblich. Über die Hälfte der Leistungsempfänger (53 %) war jünger als 25 Jahre. Das Durchschnittsalter aller Hilfebezieher betrug rund 25 Jahre. In der Mehrzahl kamen die Asylsuchenden aus Serbien und Montenegro, und zwar in 28 % der Fälle. Weitere 8 % der Asylbewerber hatten die Staatsangehörigkeit der Türkei und fast 6 % die des Iraks.

Tab. 11: Ausgaben und Einnahmen nach Hilfearten

Hilfeart	Bruttoausgaben der Sozialhilfe			Nettoausgaben der Sozialhilfe (Bruttoausgaben abzüglich Einnahmen)		
	2003	2004	Veränderung 2004 zu 2003 in %	2003	2004	Veränderung 2004 zu 2003 in %
	Mill. EUR			Mill. EUR		
Hilfe zum Lebensunterhalt	9816,9	9980,7	+ 1,7	8747,0	8815,6	+ 0,8
Hilfe in besonderen Lebenslagen	15773,3	16370,4	+ 3,8	13822,3	14159,3	+ 2,4
Hilfe zur Pflege	3005,0	3141,9	+ 4,6	2420,4	2513,3	+ 3,8
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen	10929,9	11486,9	+ 5,1	9599,8	9944,2	+ 3,6
Hilfe bei Krankheit ¹	1486,9	1392,0	– 6,4	1469,6	1371,4	– 6,7
Sonstige Hilfen	351,6	349,6	– 0,5	332,6	330,4	– 0,7
Insgesamt	25590,2	26351,0	+ 3,0	22569,3	22974,9	+ 1,8

¹ Einschl. Hilfe bei Sterilisation und zur Familienplanung. – Durch In-Kraft-Treten des Gesetzes zur Modernisierung der Krankenversicherung (GMG, insb. § 264 SGB V) zum 1.1.2004 sind die Zahlen der »Hilfe bei Krankheit« nicht mit den Vorjahresergebnissen vergleichbar.

Die Bruttoausgaben für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz betrugen im Jahr 2004 in Deutschland rund 1,31 Mrd. Euro und damit 9,2 % weniger als ein Jahr zuvor. Der größte Teil dieses Betrages in Höhe von 0,97 Mrd. Euro wurde zur Deckung des täglichen Bedarfs des berechtigten Personenkreises, d.h. für Unterkunft, Kleidung und Essen ausgegeben. Für besondere Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (z. B. bei Krankheit, Schwangerschaft oder Geburt) in rund 87 000 Fällen wurden ca. 0,34 Mrd. Euro bezahlt. Nach Abzug der Einnahmen von 85,9 Mill. Euro betrugen im Jahr 2004 die Nettoausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz rund 1,22 Mrd. Euro.

Weitere Informationen zum Thema Sozialstruktur in Teil II, Kap. 16 bis 18.

9.11 Jugendhilfe

Die Jugendhilfe umfasst Maßnahmen und Einrichtungen, die die Entwicklung junger Menschen fördern und ihrer Erziehung zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Menschen dienen. Zum breiten Spektrum des Jugendhilfeangebots gehören erzieherische Hilfen und Maßnahmen der Jugendarbeit mit ihren verschiedenen Schwerpunkten, aber auch Einrichtungen wie Kindergärten, Heime für junge Menschen, Jugendzentren sowie Erziehungs- und Familienberatungsstellen.

Jugendhilfe wird zum Teil von gesellschaftlichen Gruppen und Verbänden (den so genannten »freien Trägern«) geleistet. Dabei reicht das Spektrum von zahlreichen Selbsthilfegruppen über Vereine bis hin zu den Kirchen und den bundesweit organisierten Jugend- und Wohlfahrtsverbänden. Auf der »öffentlichen« Seite werden die Aufgaben der Jugendhilfe hauptsächlich von Kreisen und kreisfreien Städten, genauer von den dort eingerichteten Jugendämtern, wahrgenommen. Im Jahr 2004 wurden von der öffentlichen Hand insgesamt 20,7 Mrd. Euro für Jugendhilfe ausgegeben. Auf die Förderung freier Träger entfielen 31,4 % dieser Mittel. Die Finanzierung erfolgte zu 89,7 % aus Mitteln von Bund, Ländern und kommunalen Gebietskörperschaften, der Rest wurde über Kosten- und Teilnehmerbeiträge sowie durch Gebühren aufgebracht.

Ambulante erzieherische Hilfen werden überwiegend als professionelle Unterstützung bei der häuslichen Erziehung des jungen Menschen gewährt, bei denen er in seiner Familie verbleibt. Daneben gibt es die Hilfen zur Erziehung außerhalb des Elternhauses, bei denen die Erziehungsaufgabe geeigneten Personen oder einer Einrichtung übertragen wird. Zu den Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe gehören auch die Beratungen in Adoptionsverfahren, Pflegschaften und Vormundschaften sowie vorläufige Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche, worauf hier jedoch nicht näher eingegangen wird.

Im Laufe des Jahres 2004 wurden rund 349 000 ambulante erzieherische Maßnahmen beendet. Die Hilfearten wurden in sehr unterschiedlichem Umfang in Anspruch genommen. Erziehungsberatungsstellen und andere Beratungsdienste wurden mit fast

Tab. 12: Ambulante erzieherische Hilfen 2004

Hilfeart	Beendete Hilfen	Am Jahresende andauernde Hilfen
Institutionelle Beratung	304 972	.
Erziehungs-/Familienberatung	272 478	.
Jugendberatung	29 713	.
Suchtberatung	2 781	.
Betreuung einzelner junger Menschen	26 082	24 840
Erziehungsbeistandschaft	11 962	13 995
Betreuungshilfe	5 334	4 420
Soziale Gruppenarbeit	8 786	6 625
Sozialpädagogische Familienhilfe	17 774	27 413
Insgesamt	327 052	.

305 000 institutionellen Beratungen (87,4 %) mit Abstand am häufigsten in Anspruch genommen. Die institutionelle Beratung soll Kindern, Jugendlichen, Eltern und anderen Erziehungsberechtigten bei der Klärung und Überwindung individueller und familienbezogener Probleme sowie bei der Lösung von Erziehungsfragen helfen.

Darüber hinaus wurden 26 000 Maßnahmen (7,5 %) verschiedener Arten erzieherischer Einzelbetreuung als Unterstützung durch Erziehungsbeistände oder Betreuungshelfer bzw. in sozialer Gruppenarbeit durchgeführt. Erziehungsbeistände oder Betreuungshelfer sollen die jungen Menschen bei der Bewältigung von Entwicklungsproblemen möglichst unter Einbeziehung des sozialen Umfelds unterstützen. Die soziale Gruppenarbeit dient der Überwindung von Entwicklungsschwierigkeiten und Verhaltensproblemen sowie dem Einüben von sozial akzeptierten Formen der Auseinandersetzung mit Gleichaltrigen.

Bei rund 17 800 Familien konnte die sozialpädagogische Familienhilfe (5,1 %) abgeschlossen werden. Leistungen dieser Hilfeart kamen mindestens 36 000 Kindern und Jugendlichen zugute – mehr jungen Menschen, als von der Einzelbetreuung erreicht

Tab. 13: Begonnene Hilfen zur Erziehung außerhalb des Elternhauses für junge Menschen 2004

Unterbringungsform	Insgesamt	Männlich	Weiblich
Insgesamt	47 182	26 945	20 237
Erziehung in einer Tagesgruppe	7 974	6 001	1 973
Vollzeitpflege in einer anderen Familie	10 617	5 317	5 300
Heimerziehung; sonstige betreute Wohnform	26 937	14 629	12 308
darunter in Heimen	22 154	12 418	9 736
Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung	1 654	998	656

wurden. Die sozialpädagogische Familienhilfe hat vor allem eine Verbesserung der Situation der Kinder und Jugendlichen in der Familie zum Ziel. Sie umfasst die Unterstützung im gesamten Familienalltag, wie z. B. die Anleitung bei der Haushaltsführung und Ausgabenplanung oder die Integration der Familie in ihr soziales Umfeld.

Hilfen zur Erziehung außerhalb des Elternhauses gehen den ambulanten Hilfeformen, bei denen der junge Mensch in seinem Elternhaus verbleibt, nach. Das bedeutet, dass nur wenn eine ambulante Hilfe nicht ausreicht, eine Fremdunterbringung außerhalb des Elternhauses erfolgen soll. Im Jahr 2004 begann für 47 200 junge Menschen eine Hilfe zur Erziehung und zur Persönlichkeitsentwicklung außerhalb des Elternhauses. 8 000 Kinder und Jugendliche wurden in Tagesgruppen untergebracht; die übrigen außerhalb des Elternhauses, die meisten von ihnen in einem Heim (22 150 bzw. 56,0 %).

Zur erzieherischen Betreuung, für Jugendarbeit, Freizeitgestaltung und Beratungen junger Menschen und ihrer Eltern standen am Jahresende 2002 (4-jährliche Erhebung) fast 79 000 Institutionen zur Verfügung. Davon waren 76 000 Einrichtungen im engeren Sinne (96 %) mit einer Kapazität von gut 3,4 Mill. verfügbaren Plätzen. Darü-

ber hinaus waren 983 Behörden, 1 711 Geschäftsstellen freier Träger und 316 Zusammenschlüsse von Trägern der Jugendhilfe in diesem Bereich tätig.

In den Jugendhilfeeinrichtungen waren 568 250 Beschäftigte tätig, die meisten von ihnen Frauen (86 %). Von den Beschäftigten arbeiteten 523 150 in Einrichtungen und 45 100 in Behörden, Geschäftsstellen und Zusammenschlüssen von Trägern. Größter Arbeitgeber im Jugendhilfesektor waren die öffentlichen Träger mit insgesamt rund 218 000 Beschäftigten, das sind 38,4 % aller in den Einrichtungen der Jugendhilfe Tätigen. Es folgten mit einem Anteil von 34,4 % die kirchlichen Träger sowie die anderen Träger der freien Jugendhilfe mit 25,6 %.

Von den 76 000 Einrichtungen überwogen mit 62 % die Kindertageseinrichtungen, zu denen 798 Krippen, 27 830 Kindergärten, 3 469 Horte und 15 182 Tageseinrichtungen mit alterseinheitlichen bzw. mit altersgemischten Gruppen zählten. Bei 62,8 % aller Kindertageseinrichtungen handelte es sich um Ganztageseinrichtungen, jedoch boten nur vier von zehn Kindergärten Ganztagsplätze an. Für die fast 2,8 Mill. Kinder von 3 bis unter 6 1/2 Jahren standen 2002 rund 2,5 Mill. Kindergartenplätze zur Verfügung. Damit bestand für neun von zehn Kindern dieses Alters die Möglichkeit eines Kindergartenbesuchs.

10 Justiz

10.1 Grundsätze der Rechtsprechung

Eine der wichtigsten Aufgaben des Rechtsstaates besteht darin, für die Umsetzung und Einhaltung des von der Volksvertretung gesetzten Rechts zu sorgen. Bei einer von der Gewaltenteilung geprägten Verfassung wie dem Grundgesetz fällt diese Aufgabe der so genannten »dritten« Gewalt, der Rechtsprechung, zu.

Zur Rechtsprechung gehört aber nicht nur das Tätigwerden der Gerichte, in denen von unabhängigen Richtern Recht gesprochen wird, sondern auch die Vollstreckung dessen, was für Recht befunden wurde, beispielsweise im Strafvollzug oder durch Gerichtsvollzieher. Im weiteren Sinn kann auch die Tätigkeit der Polizei als Teil der Rechtspflege gesehen werden, soweit diese mit der Verhinderung von Straftaten einerseits und der Ermittlung von Tatverdächtigen in Strafsachen andererseits befasst ist.

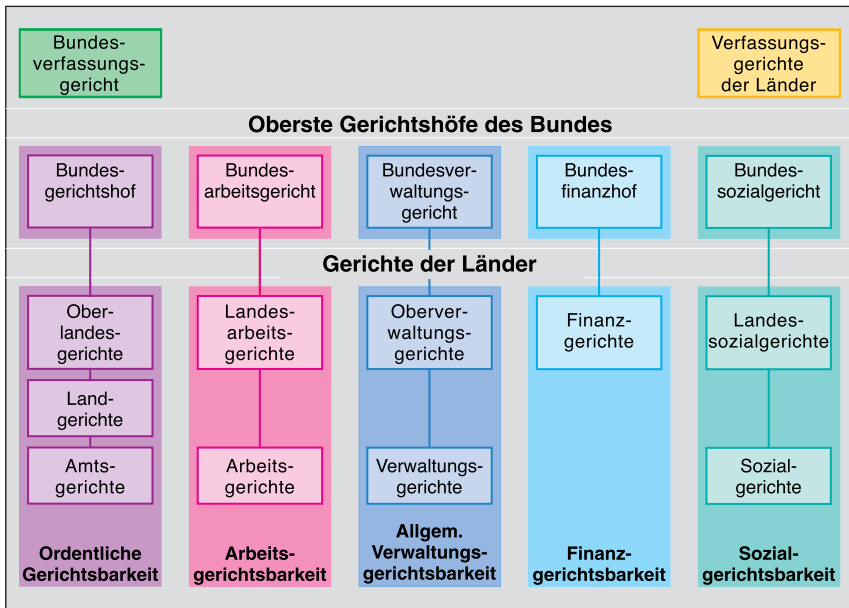
10.2 Gerichte

Die Gerichtsbarkeit umfasst zum einen die ordentlichen Gerichte, die für Zivil- und Strafsachen zuständig sind, zum anderen die besonderen Gerichte, die sich mit Arbeits-, Sozial-, Verwaltungs- bzw. Finanzrechtsfragen befassen (s. Abb. 1). Jeder dieser Zweige der Gerichtsbarkeit ist in mehrere Ebenen oder Instanzen gegliedert (bei den ordentlichen Gerichten vier: Amtsgericht – Landgericht – Oberlandesgericht – Bundesgerichtshof; bei Arbeits-, Verwaltungs- und Sozialgerichten drei und bei den Finanzgerichten zwei). Grundsätzlich besteht immer die Möglichkeit, gegen die Entscheidungen der Eingangsinstanzen Rechtsmittel einzulegen und damit diese Entscheidungen in Berufungs- oder Revisionsverfahren durch höhere

Tab. 1: Gerichte am 31.12.2004

Zivil- und Strafgerichte	828
Amtsgerichte	687
Landgerichte	116
Oberlandesgerichte	25
Arbeitsgerichte (erstinstanzliche)	123
Verwaltungsgerichte (erstinstanzliche)	53
Sozialgerichte (erstinstanzliche)	70
Finanzgerichte (erstinstanzliche)	19
Bundesgerichte	8

Abb. 1: Organe der Rechtsprechung



Quelle: Horst Pötzsch, Die Deutsche Demokratie, Bonn 2005, S. 109; gestaltet nach Erich Schmidt Zahlenbilder.

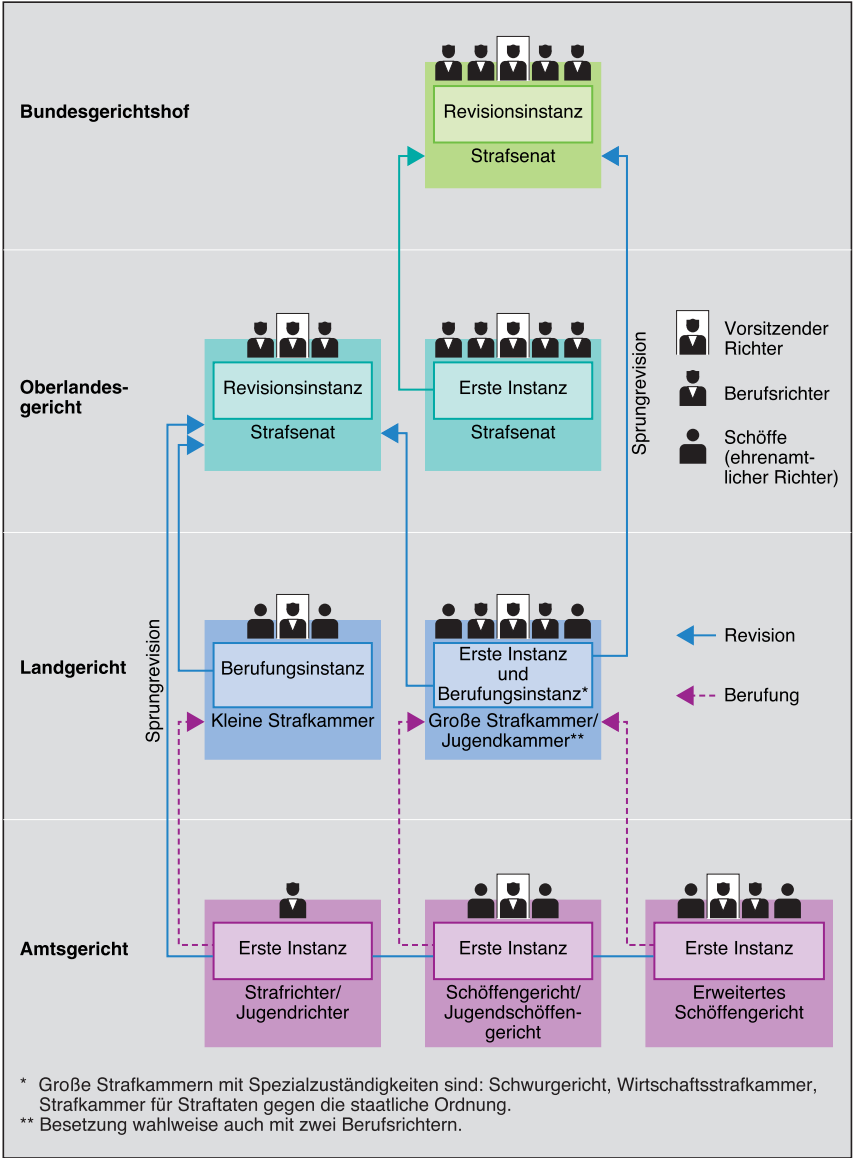
Gerichtsstanzanzen überprüfen zu lassen. Dabei richtet sich die Berufung gegen die tatsächliche, die Revision gegen die rechtliche Würdigung des Falles.

Am 31. Dezember 2004 gab es in Deutschland insgesamt 828 Gerichte, die in Zivil- und Strafsachen tätig waren. Darüber hinaus bestanden 123 (erstinstanzliche) Arbeitsgerichte und insgesamt 142 (erstinstanzliche) Verwaltungs-, Sozial- und Finanzgerichte.

Die Rechtsprechung wird grundsätzlich durch die Gerichte der Länder ausgeübt. Als letzte Instanz können in der Regel die acht Bundesgerichte (Bundesverfassungsgericht, Bundesgerichtshof, Bundesverwaltungsgericht, Bundesfinanzhof, Bundesarbeitsgericht, Bundessozialgericht, Bundespatentgericht, Bundesdisziplinargericht) anrufen werden.

Unter den Bundesgerichten hat das Bundesverfassungsgericht als »Hüter der Verfassung« einen besonderen Rang. Es ist zugleich Gericht und Verfassungsorgan. Neben der Klarstellung der verfassungsmäßigen Ordnung und der Entscheidung bei Verfassungsstreitigkeiten zwischen Staatsorganen ist es auch zur Wahrung der Grundrechte berufen. Zu seiner umfassenden Kompetenz gehört darüber hinaus auch die Prüfung, ob Bundes- und Landesrecht mit dem Grundgesetz und ob Landesrecht mit Bundesrecht vereinbar ist (Normenkontrolle). Es besteht aus zwei Senaten,

Abb. 2: Die Strafjustiz



Quelle: Horst Pötzsch, Die Deutsche Demokratie, Bonn 2005, S. 112; gestaltet nach Erich Schmidt Zahlenbilder.

die sich jeweils aus acht Richterinnen und Richtern zusammensetzen, die je zur Hälfte vom Bundestag (durch einen Wahlmännerausschuss) und vom Bundesrat gewählt werden. Ihre Amtszeit dauert zwölf Jahre; sie können nicht wieder gewählt werden.

An den so genannten ordentlichen Gerichten der Länder (Zivil-, Familien- und Strafgerichte) waren am 31. Dezember 2004 insgesamt 14 900 Richterinnen und Richter tätig. Die Zahl der Staatsanwälte und -anwältinnen betrug zu diesem Zeitpunkt 5 000. Demgegenüber gab es – bei ordentlichen und Fachgerichten zusammen – 125 000 Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte (12 000 mehr als zwei Jahre zuvor), 7 600 Anwaltsnotarinnen und -notare (jeweils Mitglieder der Rechtsanwaltskammern) sowie 1 600 (hauptberufliche) Notarinnen und Notare (jeweils zum Stichtag 1. Januar 2005).

Den in der Rechtspflege tätigen Personen lagen im Jahr 2004 allein bei ordentlichen Gerichten rund 3,40 Mill. Verfahren (ohne Bußgeldverfahren) in der ersten Instanz zur Entscheidung vor. Im selben Jahr wurden rund 1,95 Mill. Zivilverfahren, 580 000 Fa-

Tab. 2: Ausgewählte Verfahren nach Art der Gerichte¹

Gericht/Verfahren	2002	2003	2004
<i>Zivilgerichte</i> (ohne Familiengerichte) ²			
Erledigte Zivilverfahren (1. Instanz)	1 816 716	1 908 167	1 946 025
Erledigte Zivilverfahren (Rechtsmittelinstanz)	147 377	135 665	130 698 ³
<i>Familiengerichte</i> ²			
Erledigte Familienverfahren (1. Instanz)	559 592	577 146	583 121
Erledigte Familienverfahren (Rechtsmittelinstanz)	27 560	27 536	29 357
<i>Strafgerichte</i> ²			
Erledigte Strafverfahren (1. Instanz)	871 265	893 381	904 709 ³
Erledigte Strafverfahren (Rechtsmittelinstanz)	60 167	61 561	62 608 ³
<i>Verwaltungsgerichte</i> ²			
Erledigte verwaltungsrechtliche Hauptverfahren (1. Instanz)	192 189	203 070	208 018 ³
Erledigte verwaltungsrechtliche Hauptverfahren (Rechtsmittelinstanz)	24 207	24 324	22 846 ³
<i>Arbeitsgerichte</i> ²			
Erledigte arbeitsrechtliche Klagen	610 079	635 772	611 678
<i>Sozialgerichte</i> ²			
Erledigte sozialrechtliche Klagen	266 992	.	.
<i>Finanzgerichte</i> ²			
Erledigte finanzrechtliche Klagen	68 303	68 146	67 823
<i>Bundesverfassungsgericht</i> (1. und 2. Senat)			
Erledigte Verfahren	4 715	4 735	5 612
Eingereichte Verfassungsbeschwerden	4 523	5 055	5 434
Eingereichte Normenkontrollen	39	19	26

1 Die Gesamtzahl der an deutschen Gerichten erledigten Gerichtsverfahren liegt höher als die Summe der hier (für ausgewählte Verfahren) angegebenen Werte.

2 Ohne Bundesgerichte.

3 Vorläufiges Ergebnis.

miliengerichtsverfahren und 905 000 Strafverfahren in der Eingangsinstanz erledigt, dazu kamen noch rund 131 000 Zivilverfahren, 29 000 Familiengerichtsverfahren sowie 63 000 Strafverfahren in der Rechtsmittelinstanz.

10.3 Straffälligkeit

10.3.1 Tatermittlung

2004 sind bei deutschen Polizeidienststellen 6,6 Mill. Straftaten (ohne Straßenverkehrsdelikte) bekannt geworden (126 000 mehr als im Jahr 2002) davon 5,5 Mill. im früheren Bundesgebiet (einschl. Berlin-Ost). Schwer abzuschätzen ist die Dunkelziffer, d. h. die Zahl der Straftaten, die unbekannt bleiben oder nicht angezeigt werden. Wie die Polizeiliche Kriminalstatistik des Bundeskriminalamts zeigt, konnten von den gemeldeten Straftaten 54,2 % (alte Länder 53,3 %) aufgeklärt werden; in diesen Fällen wurde nach dem polizeilichen Ermittlungsergebnis zumindest ein namentlich bekannter Tatverdächtiger festgestellt. 1980 waren von 3,8 Mill. registrierten Straftaten im früheren Bundesgebiet 44,9 % aufgeklärt worden.

Wenngleich nicht alle ermittelten Straffälligen bzw. alle Opfer von Straftaten zur registrierten Bevölkerung in Deutschland gehören, ermöglicht die Umrechnung der Straftatenzahl auf je 100 000 Einwohner einen zeitlichen Vergleich, auf den eine veränderte Bevölkerungszahl keinen Einfluss hat. 1980 wurden im früheren Bundesgebiet 6 200 Straftaten je 100 000 Einwohner bekannt, 2004 wurden dort wie auch im vereinten Deutschland insgesamt rund 8 000 Straftaten je 100 000 Einwohner gezählt.

2004 sind insgesamt 3,0 Mill. Diebstahlsfälle bekannt geworden, gegenüber 2 500 Fällen von versuchtem oder vollendetem Mord oder Totschlag. Die Aufklärungsquote ist in der Regel auch von der Schwere des Verbrechens bzw. Vergehens abhängig. So wurden z. B. 2004 nur 45,0 % der Diebstähle ohne erschwerende Umstände (z. B. einfacher Ladendiebstahl), jedoch 96,5 % aller Mord- und Totschlagsfälle (einschl. Fälle von versuchtem Mord oder Totschlag) aufgeklärt.

Tab. 3: Straftaten und Aufklärungsquote¹

Jahr	Bekannt gewordene Straftaten		Aufklärungsquote in %
	insgesamt	je 100 000 Einwohner	
1980	3 815 774	6 198	44,9
1990	4 455 333	7 108	47,0
2000	6 264 723	7 625	53,2
2003	6 572 135	7 963	53,1
2004	6 633 156	8 037	54,2

¹ Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet; ab 2000 Deutschland.

Quelle: Bundeskriminalamt.

Für die im Jahr 2004 aufgeklärten Straftaten hat die Polizei insgesamt 2,4 Mill. Tatverdächtige ermittelt, darunter 1,8 Mill. Männer. 77,1 % aller Tatverdächtigen besaßen die deutsche Staatsangehörigkeit.

10.3.2 Strafverfolgung

Die Polizei ist als Hilfsorgan der Staatsanwaltschaft verpflichtet, alle ihr durch Strafanzeige oder anderweitig bekannt gewordenen Straftaten zu verfolgen und den Sachverhalt gründlich und umfassend zu ermitteln.

Nach Abschluss dieses Ermittlungsverfahrens entscheidet die Staatsanwaltschaft, ob sie Anklage erhebt, einen Strafbefehl beantragt (hier dürfen nur Geldstrafen verhängt werden), Auflagen erteilt oder das Verfahren einstellt. Wird Anklage erhoben, muss das Gericht auf der Basis des ermittelten Sachverhalts entscheiden, ob ein Hauptverfahren eröffnet wird. Dieses Strafverfahren kann zu einer Verurteilung führen, es kann aber auch mit Freispruch, mit Einstellung des Verfahrens oder damit enden, dass von einer Strafe abgesehen wird.

Erst die Erläuterung dieser Zusammenhänge macht verständlich, weshalb die Zahl der ermittelten Tatverdächtigen so viel höher liegt als die Zahl der Verurteilten. Hinzu kommt, dass eine große Zahl von Personen (im Zusammenhang mit verschiedenen Delikten) mehrfach als tatverdächtig erfasst wird, aber nur einmal im Rahmen der Strafverfolgungsstatistik erscheint. Insgesamt sind also die Angaben zu den Tatverdächtigen und die zu den Verurteilten nur bedingt vergleichbar.

Bezieht man die Straßenverkehrsdelikte ein, so wurden 2004 im früheren Bundesgebiet einschließlich Gesamt-Berlin 775 800 Personen im Rahmen eines Strafgerichtsprozesses verurteilt, und zwar 25 % wegen Vergehen im Straßenverkehr, 75 % wegen sonstiger Vergehen und Verbrechen (s. Tab. 4). Da in den neuen Ländern die Strafverfolgungsstatistik derzeit noch nicht umfassend durchgeführt wird, können leider keine Ergebnisse für Gesamtdeutschland vorgelegt werden.

Von den Personen, die nicht im Zusammenhang mit Vergehen im Straßenverkehr verurteilt wurden, haben 2004 etwa 57 % eine Straftat gegen das Vermögen (z.B. Diebstahl, Unterschlagung, Raub) begangen. Die Zahl derer, die wegen einer Straftat gegen die Person (z.B. Mord, Körperverletzung) verurteilt wurden, liegt wesentlich niedriger (2004 bei 18 % der Verurteilten).

Von je 100 000 strafmündigen Deutschen, die im früheren Bundesgebiet wohnten, wurden im Jahr 2004 insgesamt 1 122 Personen verurteilt. Diese so genannte Verurteiltenziffer, die den Anteil von verurteilten Personen an der Wohnbevölkerung angibt, ermöglicht Vergleiche bezüglich der gerichtlich registrierten Kriminalität bestimmter Bevölkerungsgruppen. Für die ausländische Bevölkerung kann eine solche Ziffer nicht berechnet werden, weil ein erheblicher Teil der statistisch erfassten ausländischen Verurteilten nicht zur Wohnbevölkerung in Deutschland gehört. Die nicht bei den Einwohnerbehörden gemeldeten ausländischen Verurteilten würden zu einer unzutreffenden Überhöhung der Verurteiltenziffern für die in Deutschland lebenden ausländischen Staatsangehörigen führen. Unterscheidet man zwischen

Tab. 4: Verurteilte nach Straftatengruppen im früheren Bundesgebiet¹
in Prozent

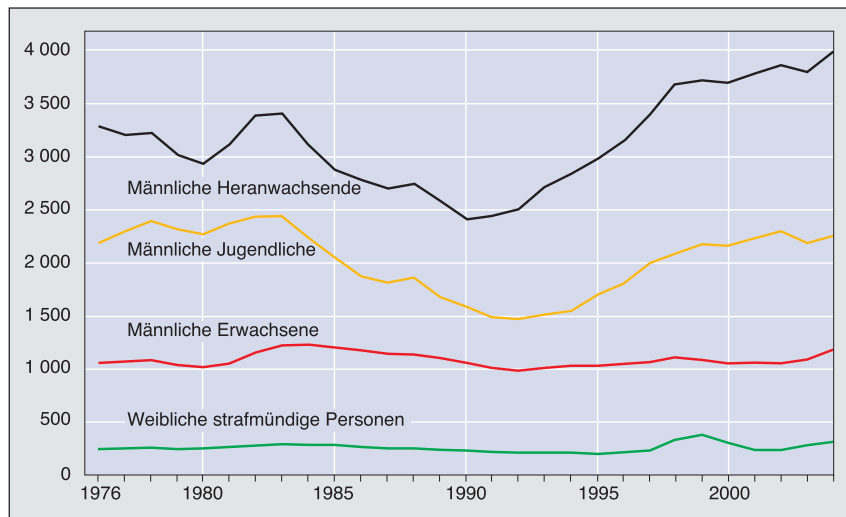
Straftatengruppe	1980	1990	2000	2003	2004
Straftaten im Straßenverkehr	45,0	37,4	28,6	26,5	25,3
Straftaten gegen die Person	8,4	8,6	11,9	13,3	13,7
Mord und Totschlag	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
gegen die sex. Selbstbestimmung	0,8	0,7	0,9	1,0	1,0
gegen die körperliche Unversehrtheit	4,5	4,7	7,1	8,2	8,5
andere gegen die Person ²	3,1	3,2	3,8	4,0	4,1
Straftaten gegen das Vermögen	32,4	38,7	41,3	42,3	43,5
Diebstahl und Unterschlagung	22,2	22,9	20,5	20,3	19,5
Betrug, Untreue, Urkundenfälschung	7,3	12,7	17,1	18,2	20,2
andere gegen das Vermögen ³	2,9	3,1	3,7	3,8	3,8
Straftaten gegen den Staat, die öffentliche Ordnung und im Amt	2,3	2,4	2,6	2,8	2,8
Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz	2,0	3,5	6,2	6,3	6,4
Übrige Verbrechen und Vergehen	9,9	9,5	9,4	8,8	8,2

1 Ab 1995 einschl. Gesamt-Berlin.

2 Straftaten gegen die persönliche Freiheit, Beleidigung usw.

3 Raub, Erpressung, Begünstigung, Hehlerei, Sachbeschädigung usw.

Abb. 3: Wegen Verbrechen und Vergehen verurteilte¹ Deutsche
im früheren Bundesgebiet²
je 1000 Einwohner der gleichen Personengruppe



1 Ohne Vergehen im Straßenverkehr.

2 Ab 1995 einschl. Gesamt-Berlin.

kriminologisch wichtigen Personengruppen, so ergibt sich ein differenziertes Bild: Männer wurden 2004 mehr als fünfmal so oft straffällig als Frauen, Heranwachsende etwa dreimal so häufig als Erwachsene. Betrachtet man die Entwicklung der Verurteilungsziffern in den vergangenen zwei Jahrzehnten, so zeigt sich insbesondere bei den männlichen Jugendlichen und Heranwachsenden eine wechselhafte Entwicklung der gerichtlich registrierten Kriminalität: Nachdem die entsprechenden Verurteilungsziffern in den 1980er-Jahren teilweise deutlich zurückgingen, sind sie seit Beginn der 1990er-Jahre wieder gestiegen.

Tab. 5: Erkannte Strafen im früheren Bundesgebiet

a) Nach Jugendstrafrecht erkannte Strafen bzw. sonstige Maßnahmen

Art der Strafe bzw. Maßnahme	1980	1990	2000 ¹	2004 ¹
<i>Jugendstrafe</i>	17 982	12 103	17 753	17 419
<i>Zuchtmittel</i> (z.B. Jugendarrest, Zahlung eines Geldbetrages, Verwarnung)	98 090	50 434	70 435	81 165
<i>Erziehungsmaßnahmen</i> (z.B. Erteilung von Weisungen zur Lebensführung)	16 577	32 802	18 897	23 844
Strafen bzw. Maßnahmen insgesamt²	132 649	95 339	107 085	122 428

1 Einschl. Gesamt-Berlin.

2 Strafen und Maßnahmen können nach Jugendstrafrecht nebeneinander angeordnet werden, so dass ihre Gesamtzahl höher ist als die Zahl der Verurteilten.

b) Nach allgemeinem Strafrecht erkannte Strafen

Art der Strafe	1980	1990	2000 ¹	2004 ¹
<i>Freiheitsstrafe</i>	104 850	102 454	125 305	129 986
davon bis einschl. 1 Jahr	91 268	85 587	97 903	99 583
mehr als 1 bis einschl. 5 Jahre	12 560	15 870	25 729	28 580
mehr als 5 bis einschl. 15 Jahre	968	941	1 566	1 707
lebenslang	54	56	107	116
<i>Strafarrest²</i>	868	292	252	84
<i>Geldstrafe</i> (allein)	494 114	512 343	513 336	540 209
Insgesamt	599 832	615 089	638 893	670 279

1 Einschl. Gesamt-Berlin.

2 Kann nur gegen Angehörige der Bundeswehr verhängt werden.

Kinder unter 14 Jahren können in Deutschland strafrechtlich nicht belangt werden. Straffällig gewordene Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren sowie unter bestimmten Voraussetzungen auch Heranwachsende werden nach Jugendstrafrecht abgeurteilt, das den Erziehungsgedanken in den Vordergrund stellt. Freiheitsentziehende Strafen werden bei Jugendlichen nur bei besonders schweren oder wiederholten Straftaten verhängt.

Von den im Rahmen eines Strafgerichtsprozesses Verurteilten wurden 2004 im früheren Bundesgebiet 105 500 Personen nach Jugendstrafrecht und 670 300 Perso-

nen nach allgemeinem Strafrecht verurteilt. Eine freiheitsentziehende Jugendstrafe wurde gegen 17 400 Personen verhängt, wobei in 62 % der Fälle die Strafen zur Bewährung ausgesetzt wurden. Demgegenüber wurden 130 000 straffällige Personen zu einer Freiheitsstrafe nach allgemeinem Strafrecht verurteilt, in 91 700 Fällen (71 %) wurde diese zur Bewährung ausgesetzt. Zu einer Geldstrafe als schwersten Strafe wurden 2004 knapp 540 200 Personen verurteilt.

10.3.3 Strafvollzug

In deutschen Justizvollzugsanstalten saßen am 30. November 2005 rund 78 700 Personen ein. Darunter waren 15 200 Untersuchungs- und 1 100 Abschiebungshäftlinge. 60 600 Strafgefangene verbüßten ihre Freiheits- bzw. Jugendstrafe. Bei 6 von 10 Einsitzenden mit Freiheitsstrafe (32 100) betrug die voraussichtliche Haftdauer mehr als ein Jahr.

5,1 % der Insassen in den Justizvollzugsanstalten am 30. November 2005 waren Frauen. Der Frauenanteil an den Strafgefangenen war mit 4,9 % noch etwas geringer.

Tab. 6: Einsitzende in deutschen Justizvollzugsanstalten am 30.11.2005

Art des Vollzugs	Insgesamt	Männer	Frauen
Strafgefangene	60 555	57 578	2 977
mit Freiheitsstrafe	54 038	51 335	2 703
mit Jugendstrafe	6 517	6 243	274
Sicherungsverwahrte	365	365	–
Untersuchungshäftlinge	15 228	14 402	826
Abschiebungshäftlinge	1 113	957	156
Sonstige Freiheitsentziehung	1 403	1 342	61

11 Öffentliche Haushalte

11.1 Vorbemerkung

In der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion kommt einer stabilen öffentlichen Haushaltswirtschaft eine ganz besondere Bedeutung zu. Die Einhaltung der jährlichen Grenzwerte für das Staatsdefizit (3 %) und den Stand der öffentlichen Schulden (60 %), jeweils gemessen am Bruttoinlandsprodukt, sind wichtige Zielgrößen des europäischen Stabilitätspakts. Sie werden auf Basis der finanzstatistischen Daten nach den international vergleichbaren Regeln des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen berechnet.

Zu den öffentlichen Haushalten gehören der Bund, seine Sondervermögen Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds »Deutsche Einheit« (ab 1990), Kreditabwicklungsfonds (1991 bis 1994), Erblastentilgungsfonds und Entschädigungsfonds (jeweils ab 1995), das Bundeseisenbahnvermögen (ab 1994) der Ausgleichsfonds »Steinkohle« (1996 bis 2000), die Versorgungsrücklage (ab 1999) sowie der Fonds »Aufbauhilfe« (ab 2003), die Finanzanteile an der Europäischen Union (EU-Anteile), die

Tab. 1: Entwicklung der Ausgaben¹ der öffentlichen Haushalte² 1975 bis 2004

Jahr ³	Ausgaben		Jahr ³	Ausgaben	
	Mill. EUR	EUR je Einwohner		Mill. EUR	EUR je Einwohner
1975	269 574	4 360	1997	961 220	11 714
1980	379 188	6 160	1997	921 798	11 233
1985	463 807	7 601	1998	932 704	11 371
1990	585 228	9 255	1999	951 294	11 589
1991	721 855	11 052	2000	960 788	11 691
1992	827 636	10 272	2001	975 465	11 848
1993	866 052	10 667	2002	992 688	12 036
1994	909 381	11 170	2003	1 003 307	12 159
1995	950 523	11 643	2004 ⁴	991 383	12 017
1996	962 546	11 755			

1 Nettoausgaben (um Zahlungen von öffentlichen Haushalten bereinigt).

2 Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Anteile, Sozialversicherung, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände, Zweckverbände, ab 1990 einschl. Fonds »Deutsche Einheit«, von 1991 bis 1994 einschl. Kreditabwicklungsfonds, ab 1995 einschl. Entschädigungsfonds und Erblastentilgungsfonds, ab 1994 einschl. Bundeseisenbahnvermögen und von 1996 bis 2000 einschl. Ausgleichsfonds »Steinkohle« ab 1999 einschl. Versorgungsrücklage und ab 2003 Fonds »Aufbauhilfe«.

3 Bis einschl. 1991 früheres Bundesgebiet (1991 mit den Vorjahren nur eingeschränkt vergleichbar, da der Bund bereits für das erweiterte Bundesgebiet zuständig war), ab 1992 Deutschland. Von 1975 bis 1997 einschl., ab 1998 ohne Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen.

4 Teilweise geschätzt.

Sozialversicherung, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände, die Zweckverbände sowie bis 1997 die Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen. Ab 1998 wurden die Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen in Anpassung an die neue Abgrenzung des Staatssektors nach dem bereits erwähnten Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen nicht mehr den öffentlichen Haushalten zugeordnet. Um die Daten des Jahres 1998 mit dem Vorjahr vergleichen zu können, wurde daher das Jahr 1997 in einigen Tabellen doppelt dargestellt – einschließlich und ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

11.2 Ausgaben der öffentlichen Haushalte

2004 beliefen sich die Ausgaben der öffentlichen Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland auf 991,4 Mrd. Euro. Je Einwohner (Stand 30. 6.) betrugen im Jahr 2004 die Ausgaben 12017 Euro.

Um Größenordnung und Entwicklung des Ausgabenvolumens der öffentlichen Haushalte abschätzen zu können, wird es häufig in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, also dem Maß für die wirtschaftliche Gesamtleistung eines Staates, gesetzt (»Staatsausgabenquote«). Die Staatsausgabenquote betrug 2004 in finanzstatistischer Abgrenzung unter Einbeziehung aller öffentlichen Haushalte 44,7 %.

Tab. 2: Staatsausgabenquote: Ausgaben¹ der öffentlichen Haushalte²
in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

Jahr ³	Staatsausgabenquote	Jahr ³	Staatsausgabenquote
1975	50,3	1997	50,2
1980	49,5	1997	48,1
1985	48,6	1998	47,5
1990	45,9	1999	47,3
1991	52,0	2000	46,6
1992	50,3	2001	46,2
1993	51,1	2002	46,3
1994	51,1	2003	46,4
1995	51,4	2004 ⁴	44,7
1996	51,3		

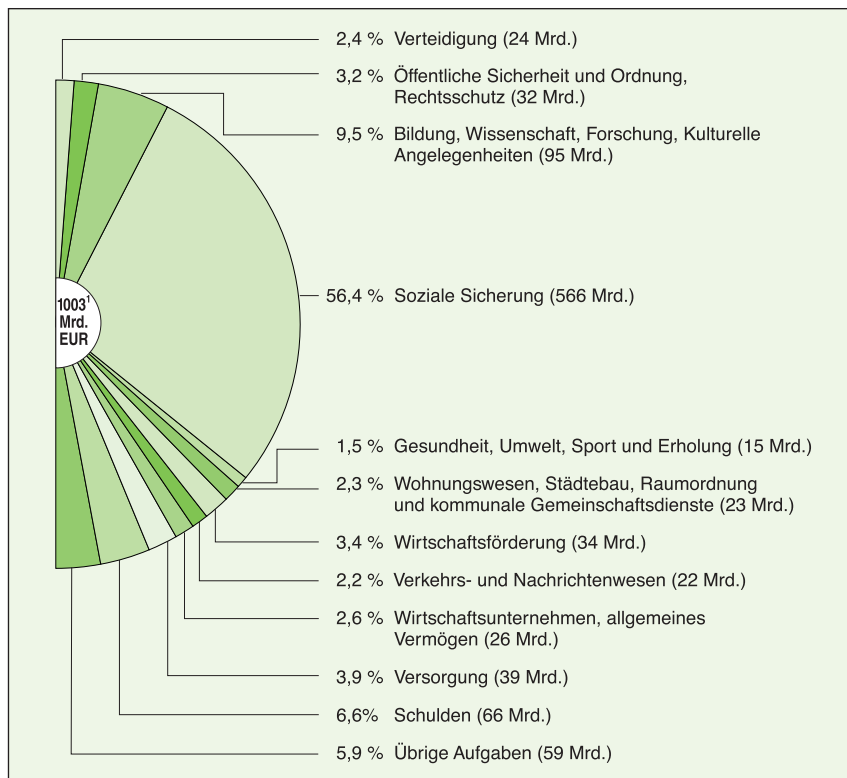
1 In finanzstatistischer Abgrenzung.

2 Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Anteile, Sozialversicherung, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände, Zweckverbände, ab 1990 einschl. Fonds »Deutsche Einheit«, von 1991 bis 1994 einschl. Kreditabwicklungsfonds, ab 1995 einschl. Entschädigungsfonds und Erblastenteilungsfonds, ab 1994 einschl. Bundeseisenbahnvermögen, von 1996 bis 2000 einschl. Ausgleichsfonds »Steinkohle«, ab 1999 einschl. Versorgungsrücklage und ab 2003 einschl. Fonds »Aufbauhilfe«.

3 Bis einschl. 1991 früheres Bundesgebiet, ab 1992 Deutschland. Von 1975 bis 1997 einschl., ab 1998 ohne Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen.

4 Teilweise geschätzt.

Abb. 1: Ausgaben¹ der öffentlichen Haushalte 2003 nach Aufgabenbereichen



¹ Nettoausgaben (um Zahlungen von öffentlichen Haushalten bereinigt). Ohne Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännische Rechnungswesen.

Bei Tab. 1 und 2 ist für die Jahre ab 1990 zu beachten, dass nach der Wiedervereinigung der Bund für das erweiterte Bundesgebiet zuständig ist und die in diesem Zusammenhang neu errichteten Sondervermögen des Bundes, Fonds »Deutsche Einheit« (Ausgaben 2004: 1,8 Mrd. Euro), der Entschädigungsfonds (Ausgaben 2004: 0,4 Mrd. Euro), der Erblastentilgungsfonds – ab 1995 Nachfolger des Kreditabwicklungsfonds – (Ausgaben 2004: 0,7 Mrd. Euro) und das Bundeseisenbahnvermögen (Ausgaben 2004: 8,0 Mrd. Euro) einbezogen sind.

Abb. 1 zeigt, wie sich das Ausgabenvolumen der öffentlichen Haushalte von 1 003,3 Mrd. Euro im Jahr 2003 auf die Aufgabenbereiche aufteilt. Der weitaus größte Ausgabenblock entfällt auf die soziale Sicherung. Im Jahre 2003 erreichten die Ausgaben hierfür einen Anteil von 56 % am gesamten Ausgabenvolumen. Rund 10 % entfielen auf Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kulturelle Angelegenheiten. Mit mehr als

Abb. 2: Nettoausgaben der öffentlichen Haushalte¹
nach Körperschaftsgruppen
in Mill. EUR

2003		2004 ²
1 003 307		991 383
1 053	Zweckverbände Gemeinden und Gemeindeverbände	1 528
101 048		99 294
217 862	Länder und Stadtstaaten	215 134
384 785	Sozialversicherung	379 018
21 374	Sondervermögen des Bundes ³	26 842
277 184	Bund	269 566

1 Ohne Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen.

2 Teilweise geschätzt.

3 Einschl. Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Anteile, Fonds »Deutsche Einheit«, Bundesbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastenteilungsfonds, Versorgungsrücklage und Fond »Aufbauhilfe«.

6 % war der Schuldendienst der drittgrößte Ausgabenblock, gefolgt von den Ausgaben für die Versorgung mit knapp 4 %.

Betrachtet man die verschiedenen Haushaltsebenen in Deutschland, so entfallen auf die Sozialversicherung und den Bund (einschl. Sondervermögen des Bundes und EU-Anteile) der größte Teil der öffentlichen Ausgaben.

Viele Dienstleistungen der öffentlichen Hand, wie z. B. Schulen, Hochschulen, Polizei und Rechtsschutz, Gesundheitswesen, Verteidigung, Bau-, Steuer- und Zollverwaltung, sind sehr personalintensiv. Hohe Anforderungen an das Dienstleistungsangebot des Staates erfordern auch entsprechendes Fachpersonal. Bei den meisten öffentlichen Haushalten fallen daher besonders die Personalausgaben ins Gewicht. In den Ländern, denen in großem Umfang die Durchführung und/oder Finanzierung personalintensiver öffentlicher Aufgaben obliegt, erreichten sie 2004 einen Anteil von 52 %, bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden 22 % und beim Bund 14 % des Ausgabenvolumens. Alle öffentlichen Haushalte zusammen wendeten 2004 einen Betrag von 185 Mrd. Euro oder fast ein Fünftel ihrer Ausgaben insgesamt für das Personal (einschl. Pensionen u. Ä.) auf.

Für Baumaßnahmen und sonstige Sachinvestitionen wurden 2004 in Deutschland öffentliche Ausgaben in Höhe von rund 35 Mrd. Euro getätigt. Rund 58 % hiervon entfielen allein auf den kommunalen Bereich. Weitere wichtige Ausgabenposten der öffentlichen Haushalte sind der laufende Sachaufwand mit etwa 219 Mrd. Euro im Jahr 2004 (z. B. Ausgaben für Heiz-, Energie- und Betriebskosten, für Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens, für Verbrauchsmittel; auch sämtliche militärischen Anschaffungen sind hierin enthalten) sowie Zuschüsse an private Haushalte (in erster Linie soziale Leistungen), an Unternehmen (Subventionen), an soziale und an sonstige Einrichtungen im In- und Ausland in Höhe von zusammen 449 Mrd. Euro.

11.3 Einnahmen der öffentlichen Haushalte

Zur Finanzierung seiner Ausgaben hat der Staat im Wesentlichen zwei Möglichkeiten: die Erhebung von Steuern und die Aufnahme von Krediten. Im Jahr 2004 standen – nach vorläufigen Ergebnissen – den öffentlichen Ausgaben von 991,4 Mrd. Euro Einnahmen aus Steuern und sonstige Einnahmen (z. B. Gebühren, Mieten, Verkaufserlöse für Beteiligungen und Sachvermögen, Zinsen) von insgesamt 926,0 Mrd. Euro gegenüber. Die Lücke zwischen Ausgaben und Einnahmen wurde im Wesentlichen durch eine Nettokreditaufnahme von rund 61,7 Mrd. Euro gedeckt.

2004 haben Bund, Länder und Gemeinden insgesamt 479 Mrd. Euro an Steuern eingenommen (Tab. 3). Allein 333 Mrd. Euro oder 69,4 % entfielen auf die Gemeinschaftsteuern, zu denen Lohnsteuer, veranlagte Einkommensteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag, Zinsabschlag, Körperschaftsteuer sowie Umsatz- und Einfuhrumsatzsteuer rechnen.

Tab. 3: Kassenmäßige Steuereinnahmen vor der Verteilung¹ 2001 bis 2004
in Mill. EUR

Steuerart	2001	2002	2003	2004
Gemeinschaftsteuern	347 169,8	341 002,4	336 906,0	332 975,6
Bundessteuern	79 276,7	83 493,7	86 616,4	84 553,9
Landessteuern	17 071,7	18 575,9	18 712,7	19 797,3
Zölle	3 191,2	2 896,2	2 877,0	3 058,8
Gemeindesteuern	34 399,2	33 447,7	34 477,3	39 109,8
Insgesamt	483 665,1	479 416,0	479 589,4	479 495,4

1 Abweichungen gegenüber den Steuereinnahmen nach der Verteilung aufgrund zeitlicher Überschneidungen sowie Bruttoausweis einzelner Gemeinschaftsteuern.

Als Maß für die Steuerbelastung der Gesamtwirtschaft wird häufig die so genannte volkswirtschaftliche Steuerquote herangezogen. Sie setzt das gesamte Steueraufkommen in Beziehung zum Bruttoinlandsprodukt. 2004 lag die Steuerquote bei 21,9 %.

Nach den Grundsätzen des Finanzwesens, wie sie im Grundgesetz festgelegt sind, lassen sich im Steuersystem der Bundesrepublik Deutschland Gemeinschafts-, Bundes-, Landes- und Gemeindesteuern unterscheiden. Hinzu kommen die Zölle, deren Aufkommen der EU zustehen.

Die zwölf aufkommensstärksten Steuern sind in Tab. 4 aufgeführt. Am ergiebigsten ist die Lohn- und Einkommensteuer. Aus der nur im Dreijahresturnus durchgeführten Lohn- und Einkommensteuerstatistik, deren Ergebnisse wegen der langen Erklärungs- und Veranlagungsfristen aus dem Jahr 2001 datieren, lassen sich wichtige Anhalts-

Tab. 4: Die zwölf ergiebigsten Steuern 2001 bis 2004
in Mill. EUR

Steuerart	Ertrag steht ... zu	2001	2002	2003	2004
Lohnsteuer ¹	B/L/G	163 879,6	166 707,5	167 466,8	158 281,6
Umsatzsteuer	B/L/G/EU	104 463,0	105 462,8	103 161,7	104 175,4
Mineralölsteuer	B	40 690,0	42 192,5	43 187,7	41 781,7
Einfuhrumsatzsteuer	B/L/EU	34 472,1	32 732,3	33 834,2	32 650,6
Gewerbesteuer	G/B/L	24 533,7	23 489,3	24 138,6	28 373,0
Tabaksteuer	B	12 071,9	13 778,0	14 093,9	13 630,0
Körperschaftssteuer	B/L	1 308,5	3 106,8	8 287,3	13 123,4
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag ²	B/L	24 564,7	16 909,1	11 954,5	12 037,6
Solidaritätszuschlag	B	11 068,6	10 403,3	10 288,1	10 108,4
Grundsteuer B	G	8 739,7	8 915,8	9 316,7	9 591,1
Versicherungssteuer	B	7 427,4	8 326,5	8 869,6	8 750,6
Kraftfahrzeugsteuer	L	8 376,1	7 591,9	7 335,6	7 739,5

B = Bund; EU = Europäische Union; G = Gemeinden; L = Länder.

1 Vor Abzug von Kindergeld.

2 Vor Abzug von Erstattungen durch das Bundesamt für Finanzen.

punkte über die Einkommensverteilung gewinnen, da alle steuerpflichtigen natürlichen Personen mit ihren (steuerlichen) Einkünften einbezogen sind. Von Nachteil ist, dass die Statistik zu einem relativ späten Zeitpunkt vorliegt, dass Lücken hinsichtlich der Einbeziehung von Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft sowie Kapitalvermögen und sonstigen Einkünften (insbesondere Renteneinkünften) bestehen und dass darüber hinaus bei den Arbeitnehmern die Sozialversicherungsbeiträge und freiwilligen Sozialleistungen der Arbeitgeber fehlen.

Für 2001 wurden rund 29,1 Mill. Steuerpflichtige mit positiven und negativen Einkünften erfasst. Zusammen veranlagte Ehegatten, ob mit ein oder zwei Einkommensbezieher, wurden dabei grundsätzlich als ein Steuerpflichtiger behandelt. Der Gesamtbetrag der Einkünfte (nach der Steuergesetzgebung errechnet aus der Summe aller Einkünfte, gegebenenfalls auch Verluste, aus selbstständiger oder nichtselbststän-

Tab. 5: Lohn- und Einkommensteuerpflichtige 2001

Steuerpflichtige	Steuerpflichtige	Gesamtbetrag der Einkünfte	Festzusetzende Einkommensteuer	Steuerbelastungsquote
	1 000	EUR je Steuerpflichtigen		%
Nichtveranlagte Lohnsteuerpflichtige ^{2,3}	1 869,2	2 580	150	5,7
Veranlagte Lohnsteuerpflichtige ²	24 214,8	35 840	6 500	18,1
Einkommensteuerpflichtige ⁴	2 748,2	33 940	7 200	21,1
Zusammen	28 832,1	33 510	6 100	18,3
Verlustfälle ⁵	277,4	- 16 740	-	-
Insgesamt	29 109,5	33 030	6 100	18,4

1 $\frac{\text{Festzusetzende Einkommensteuer}}{\text{Gesamtbetrag der Einkünfte}} \times 100$.

2 Mit Einkünften aus nichtselbstständiger Arbeit.

3 Festzusetzende Einkommensteuer = Einbehaltene Lohnsteuer.

4 Ohne Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit.

5 Mit negativem Gesamtbetrag der Einkünfte.

diger Arbeit, Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung, Gewerbebetrieb, Land- und Forstwirtschaft sowie sonstigen Einkünften) dieser Steuerpflichtigen betrug 961,4 Mrd. Euro, die festzusetzende Einkommensteuer 177,1 Mrd. Euro. Je Steuerpflichtigen waren das im Durchschnitt Einkünfte in Höhe von 33 000 Euro, von denen 18,4 % Steuern zu entrichten waren.

Rund 26 % der Steuerpflichtigen bezogen Einkünfte von weniger als 12 500 Euro. Fast 50 % hatten Einkünfte bis zu 25 000 Euro. 12 504 Steuerpflichtige und damit 0,04 % konnten als Euromillionäre bezeichnet werden. Sie hatten einen fast so hohen Anteil an den Gesamteinkünften von (3,4 %) wie die 7,6 Mill. Steuerpflichtigen mit Einkünften bis zu 12 500 Euro. Während diese Gruppe kaum mit Einkommensteuer belastet wurde (0,2 % der gesamten Einkommensteuer), errechnet sich für die Gruppe der Einkommensmillionäre ein Einkommensteueranteil von 7,5 %.

Tab. 6: Einkommensverteilung 2001
nach der Lohn- und Einkommensteuerstatistik

Gesamtbetrag der Einkünfte von ... bis unter ... EUR	Steuerpflichtige		Gesamtbetrag der Einkünfte	
	1 000	%	Mill. EUR	%
1– 2500	2446,1	8,5	1637,7	0,2
2500– 5000	1183,2	4,1	4430,7	0,5
5000– 7500	1290,5	4,5	8063,2	0,8
7500– 10000	1234,6	4,3	10785,7	1,1
10000– 12500	1175,3	4,1	13210,3	1,4
12500– 15000	1198,5	4,2	16486,6	1,7
15000– 20000	2551,6	8,8	44766,9	4,6
20000– 25000	2904,2	10,1	65477,4	6,8
25000– 30000	2874,2	10,0	78918,9	8,2
30000– 37500	3344,6	11,6	112121,3	11,6
37500– 50000	3598,4	12,5	155495,4	16,1
50000– 75000	3192,7	11,1	191705,2	19,8
75000–100000	980,5	3,4	83575,8	8,7
100000–175000	615,2	2,1	76785,0	7,9
175000–250000	121,0	0,4	24874,0	2,6
250000–500000	84,7	0,3	28292,2	2,9
500000– 1 Mill.	24,2	0,1	16340,2	1,7
1 Mill.– 2,5 Mill.	9,3	0,0	13783,6	1,4
2,5 Mill.– 5 Mill.	2,1	0,0	7097,3	0,7
5 Mill. oder mehr	1,1	0,0	12205,1	1,3
Zusammen	28832,1	100	966052,7	100
Verlustfälle ¹	277,4	–	– 4642,6	–
Insgesamt	29109,5	–	961410,1	–

1 Mit negativem Gesamtbetrag der Einkünfte.

Angaben aus der Umsatzsteuerstatistik – die Umsatzsteuer ist die Steuer mit dem zweithöchsten Aufkommen – liegen bislang für das Jahr 2003 vor. Damals erzielten 2,9 Mill. Steuerpflichtige (Voranmeldungspflichtige mit einem Jahresumsatz über 17500 Euro) Lieferungen und Leistungen von 4248 Mrd. Euro und leisteten Umsatzsteuer-Vorauszahlungen in Höhe von 105 Mrd. Euro. Von besonderer Bedeutung war der Bereich des Verarbeitenden Gewerbes ohne Baugewerbe, das 9,6 % der Steuerpflichtigen stellte, aber 36,1 % der Lieferungen und Leistungen tätigte und 12,1 % der Steuervorauszahlungen des Jahres 2003 erbrachte.

Die Gesamtheit der Steuereinnahmen wird auf die einzelnen Gebietskörperschaften so verteilt, dass sie die ihnen verfassungsmäßig zugewiesenen Aufgaben erfüllen können. Dabei legt das Grundgesetz fest, wem und – zum Teil – mit welchem Anteil die Erträge bestimmter Steuern zufließen. Für die Umsatzsteuer und die gemeindliche Beteiligung an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer wird durch zustimmungsbedürftiges Bundesgesetz geregelt, welche Teile dem Bund und den Ländern bzw. den Gemeinden zustehen. Darüber hinaus erhalten die Europäischen Gemeinschaften das Aufkommen aus den Zöllen und Anteile an der Umsatzsteuer sowie sog. Brutto-sozialprodukts-Eigenmittel aus den Steuereinnahmen des Bundes. Daneben findet

Tab. 7: Kassenmäßige Steuereinnahmen
nach der Steuerverteilung¹ 2001 bis 2004
in Mill. EUR

Einnahmen nach der Verteilung	2001	2002	2003	2004
Es verbleiben:				
dem Bund	193 766,5	192 050,5	191 942,8	186 950,0
den Ländern	178 690,5	178 552,2	177 617,8	179 887,9
Stadtstaaten ²	17 618,2	17 923,3	17 882,6	17 944,7
übr. Ländern	161 072,2	160 628,9	159 694,2	161 943,2
den Gemeinden/ Gemeindeverbänden ³	54 095,7	52 551,6	51 735,1	56 494,9
der Europäischen Union	19 731,4	18 559,8	20 925,5	19 640,4
Insgesamt	446 284,1	441 714,1	442 221,3	442 973,3

1 Abweichungen gegenüber den Steuereinnahmen vor der Verteilung aufgrund zeitlicher Überschneidungen sowie Nettostellungen einzelner Gemeinschaftsteuern.

2 Ohne gemeindlichen Bereich.

3 Einschl. gemeindlicher Bereich der Stadtstaaten.

ein Finanzausgleich zwischen finanzstarken und finanzschwachen Bundesländern statt; außerdem gibt es sog. Bundesergänzungszuweisungen für die finanzschwächsten Bundesländer.

Von den Steuereinnahmen des Jahres 2004 in Höhe von 443,0 Mrd. Euro entfielen nach der Verteilung auf den Bund 42 % und auf die Länder 41 %, der Rest auf die Gemeinden (13 %) und die EU (4 %).

11.4 Länderfinanzausgleich

In den letzten Jahren ist auch als Folge immer knapper werdender öffentlicher Mittel die Finanzverteilung zwischen Bund und Ländern und den Ländern untereinander, der sog. Länderfinanzausgleich, zu einem zentralen Thema in der finanzpolitischen Diskussion geworden.

Aufgabe des Länderfinanzausgleichs ist es, die unterschiedliche Finanzkraft der Bundesländer durch Finanzhilfen angemessen auszugleichen. Dies geschieht einmal dadurch, dass Länder mit – im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl – hohen Steuereinnahmen an Länder mit niedrigeren Einnahmen Ausgleichszahlungen leisten (horizontaler Finanzausgleich) und zum anderen durch direkte Zahlungen des Bundes an finanzschwache Länder (vertikaler Finanzausgleich). Konkret festgemacht wird dies an der zentralen Zielgröße des Länderfinanzausgleichs, der bundesdurchschnittlichen Steuerkraft je Einwohner. Unterschreiten die tatsächlichen Steuereinnahmen eines Landes je Einwohner den Bundesdurchschnitt, so ist es grundsätzlich ausgleichsberechtigt. Überschreiten sie ihn, ist das betreffende Land grundsätzlich ausgleichs-

pflichtig. Beim Ausgleich sind jedoch Sicherungen eingebaut, die eine Übernivellierung vermeiden sollen. In der Tab. 8 ist die Entwicklung des horizontalen (= Länderfinanzausgleich) wie auch des vertikalen (= Bundesergänzungszuweisungen) Finanzausgleichs für 1995 und 2004 dargestellt.

Tab. 8: Entwicklung des Länderfinanzausgleichs
und der Bundesergänzungszuweisungen 1995 und 2004¹
in Mill. EUR

Land	Finanz- ausgleich insgesamt	Länder- finanz- ausgleich	Bundes- ergänzungs- zuweisungen
1995			
Ausgleichsvolumen insg.	x	5 724	12 820
Baden-Württemberg	– 1 433	– 1 433	–
Bayern	– 1 295	– 1 295	–
Berlin	+ 4 065	+ 2 159	+ 1 907
Brandenburg	+ 1 778	+ 442	+ 1 336
Bremen	+ 1 375	+ 287	+ 1 088
Hamburg	– 60	– 60	–
Hessen	– 1 101	– 1 101	–
Mecklenburg-Vorpommern	+ 1 406	+ 394	+ 1 011
Niedersachsen	+ 837	+ 231	+ 606
Nordrhein-Westfalen	– 1 763	– 1 763	–
Rheinland-Pfalz	+ 635	+ 117	+ 518
Saarland	+ 1 131	+ 92	+ 1 039
Sachsen	+ 3 206	+ 907	+ 2 299
Sachsen-Anhalt	+ 2 045	+ 574	+ 1 470
Schleswig-Holstein	+ 128	– 72	+ 200
Thüringen	+ 1 866	+ 521	+ 1 345
2004²			
Ausgleichsvolumen insg.	x	6 752	15 041
Baden-Württemberg	– 2 148	– 2 148	–
Bayern	– 2 303	– 2 303	–
Berlin	+ 5 256	+ 2 692	+ 2 564
Brandenburg	+ 2 359	+ 527	+ 1 832
Bremen	+ 800	+ 331	+ 469
Hamburg	– 571	– 571	–
Hessen	– 1 516	– 1 516	–
Mecklenburg-Vorpommern	+ 1 766	+ 399	+ 1 367
Niedersachsen	+ 1 136	+ 444	+ 692
Nordrhein-Westfalen	– 213	– 213	–
Rheinland-Pfalz	+ 608	+ 189	+ 419
Saarland	+ 557	+ 114	+ 443
Sachsen	+ 4 098	+ 917	+ 3 181
Sachsen-Anhalt	+ 2 519	+ 525	+ 1 994
Schleswig-Holstein	+ 352	+ 103	+ 249
Thüringen	+ 2 339	+ 511	+ 1 828

1 Länderfinanzausgleich: ausgleichspflichtig (–), ausgleichsberechtigt (+); Bundesergänzungszuweisungen: Empfänger (+).

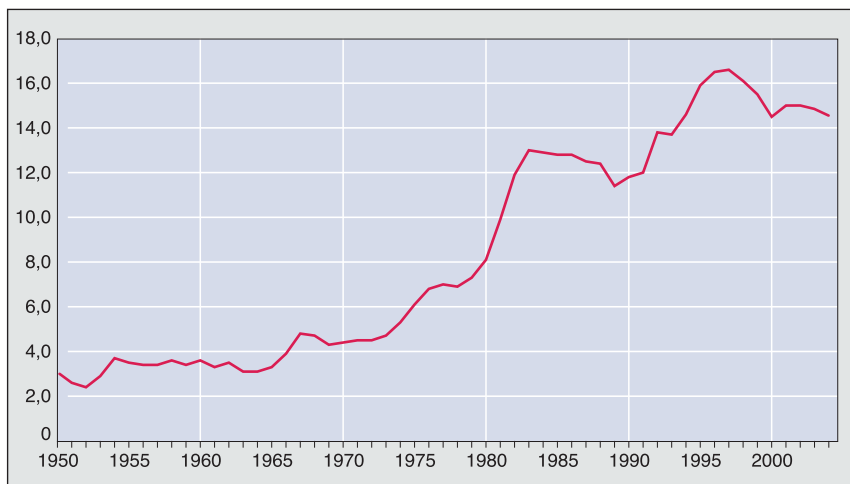
2 Vorläufiges Ergebnis.

11.5 Schulden der öffentlichen Haushalte

Soweit bei der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben die Ausgaben nicht durch Einnahmen der laufenden Periode oder durch in früheren Jahren gebildete Rücklagen gedeckt werden können, nehmen die öffentlichen Haushalte (Gebietskörperschaften einschl. Sondervermögen des Bundes) Schulden am Kreditmarkt auf. Da dies seit 1950 in allen Haushaltsjahren der Fall war, stiegen bis zum Jahresende 2004 die öffentlichen Schulden auf 1 395,0 Mrd. Euro. Davon entfallen 860,2 Mrd. Euro auf den Bund und seine Sondervermögen, 442,9 Mrd. Euro auf die Länder und 91,8 Mrd. Euro auf die Gemeinden, Gemeindeverbände und kommunalen Zweckverbände. Zu etwa zwei Dritteln sind die Schulden durch die Begebung von Wertpapieren am Kreditmarkt entstanden. Der Bund beschafft sich die benötigten Mittel fast ausschließlich auf diesem Weg, in erster Linie durch die Auflage von Anleihen, Obligationen und Schatzanweisungen. Direkte Darlehen bei inländischen Banken und Versicherungen sowie ausländischen Stellen sind dagegen die bei Ländern und Gemeinden/Gv. bevorzugte Verschuldungsform.

Zum Beginn der statistischen Aufzeichnungen im Jahr 1950 betrug der Schuldenstand der öffentlichen Haushalte 9,6 Mrd. Euro. 1970 erreichte er 62,9 Mrd. Euro, 1990 536,2 Mrd. Euro und 2000 1 198,1 Mrd. Euro. Seit 1950 waren in keinem Jahr Schuldenrückgänge zu verzeichnen. Hohe jährliche Schuldenzuwächse waren in den Jahren 1967, 1972, 1975, 1981, 1990 und 1995 zu verbuchen. Durch die Lasten der deutschen Vereinigung fiel der Anstieg 1995 mit 169,2 Mrd. Euro (20,1 %) besonders hoch aus. Diese Schulden belasten insbesondere den Bund.

Abb. 3: Anteil der Zinsausgaben aller öffentlichen Haushalte an den Steuereinnahmen in Prozent



Eine Gegenüberstellung von Zinsausgaben und Steuereinnahmen macht die zunehmende Einengung des finanziellen Spielraums der öffentlichen Haushalte durch die Verschuldung deutlich. Die Belastungen durch Zinszahlungen (Zins-/Steuerquote) stieg von gut 3 % in den 1950er-Jahren bis über 16 % in den 1990er-Jahren. Beim Bund und seinen Sondervermögen nahm die Belastung viel stärker zu, von rund 2 % in den 1950er-Jahren auf über 20 % in den 1990er-Jahren (s.o. Schulden der Wiedervereinigung). In den Ländern fiel der Anteil von über 6 % Anfang der 1950er-Jahre zunächst auf rund 3 %, um 1980 wieder die Ausgangsposition zu erreichen und sich in den Folgejahren bei 10 % zu stabilisieren. Die Zins-/Steuerquote der Gemeinden/Gv. startete bei 2 % und wies ab 1965 Werte über 10 % auf. Ihre Höchststände erreichte sie mit 16,8 % in 1975 und 18,2 % in 1982. Seit 1985 lag diese Quote immer unter 14 %.

Im Rahmen des europäischen Stabilitätspaktes ist der Anteil der öffentlichen Schulden am Bruttoinlandsprodukt ein wichtiges Kriterium für eine stabile Haushalts- und Finanzpolitik. Ein Anteil von 60 % gilt nach dem Maastricht-Vertrag als oberer Grenzwert, der nicht überschritten werden sollte. Für Deutschland lag der Anteil bis 1996 unter dem Grenzwert, von 1997 bis 2002 meistens leicht darüber, ab 2003 wurde die 63 %-Marke (2004: 66,4 %) überschritten.

Tab. 9: Kreditmarktschulden¹ der öffentlichen Haushalte 1950 bis 2004

Stichtag ²	Mill. EUR	Stichtag ²	Mill. EUR
31. 3. 1950	9574	31. 12. 1995	1009323
31. 3. 1955	21357	31. 12. 1996	1069247
31. 12. 1960	28998	31. 12. 1997	1119076
31. 12. 1965	43160	31. 12. 1998	1153413
31. 12. 1970	62927	31. 12. 1999	1183063
31. 12. 1975	129219	31. 12. 2000	1198145
31. 12. 1980	236645	31. 12. 2001	1203887
31. 12. 1985	386811	31. 12. 2002	1253195
31. 12. 1990	536223	31. 12. 2003	1325733
31. 12. 1991	595921	31. 12. 2004	1394954

1 Kreditmarktschulden im weiteren Sinne (Wertpapiersschulden, Schulden bei Banken, Sparkassen, Versicherungsunternehmen und sonstigen in- und ausländischen Stellen sowie Ausgleichsforderungen).

2 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland. Von 1950 bis 1991 einschl. Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen. Ab 1992 ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

11.6 Personal der öffentlichen Haushalte

Die öffentlichen Arbeitgeber (öffentlicher Dienst und Unternehmen mit überwiegend öffentlicher Beteiligung) beschäftigten im Jahr 2004 in Deutschland insgesamt 5,76 Mill. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (einschl. Berufs- und Zeitsoldaten, aber ohne Grundwehrdienstleistende). Davon übten 4,17 Mill. Personen eine Voll-

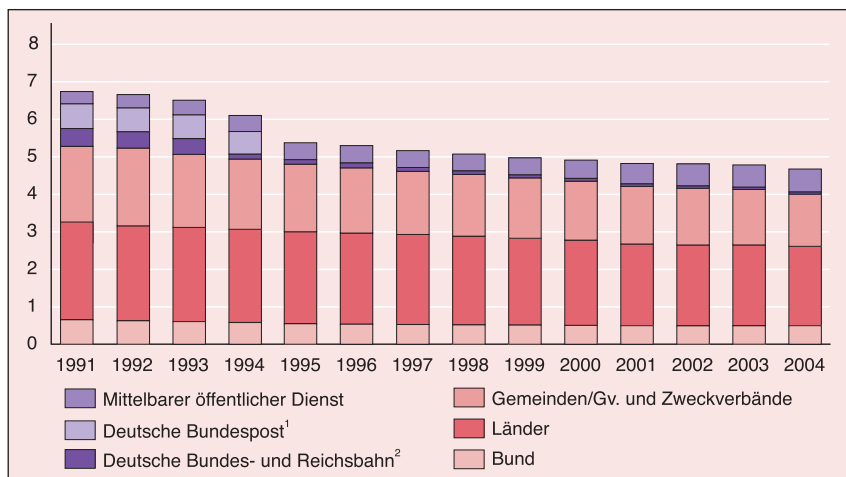
zeit- und 1,59 Mill. eine Teilzeitbeschäftigung aus. Gegenüber dem Vorjahr wurden 132 000 Vollzeitkräfte oder 3,1 % weniger beschäftigt. Die Zahl der Teilzeitkräfte hat sich dagegen um gut 19 000 oder 1,2 % erhöht.

Die Bedeutung der öffentlichen Arbeitgeber für die Erwerbstätigkeit zeigt sich, wenn die Mitarbeiterzahl der öffentlichen Hand in Beziehung zur Gesamtzahl der abhängig Erwerbstätigen gesetzt wird. Gemessen an den 34,6 Mill. abhängig Erwerbstätigen ergibt sich für den öffentlichen Sektor ein Anteil von knapp 17 % (zu den Personalausgaben vgl. Abschnitt 11.2).

Bei den Dienststellen des öffentlichen Dienstes hatten 4,67 Mill. Beschäftigte oder 81 % aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der öffentlichen Arbeitgeber einen Arbeitsplatz. Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der Beschäftigten um knapp 110 000 oder 2,3 % zurückgegangen. Der Personalarückgang war weniger drastisch als der in den 1990er-Jahren, wo die Beschäftigtenzahl von 6,7 Mill. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Jahr 1991 um 28 % auf 4,8 Mill. im Jahr 2001 sank, dies entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Veränderungsrate von 3,3 %.

Der massive Personalarückgang im öffentlichen Dienst in den 1990er-Jahren resultierte in erster Linie aus dem Zwang, die Personalausstattung der neuen Länder und der dortigen Kommunen den Verhältnissen im früheren Bundesgebiet anzupassen, und der Privatisierung der Sondervermögen Deutsche Bundesbahn/Deutsche Reichsbahn und Deutsche Bundespost. Vom Personal dieser Sondervermögen sind nun allein die Beamten der Deutschen Bundesbahn im öffentlichen Dienst verblieben. Sie werden

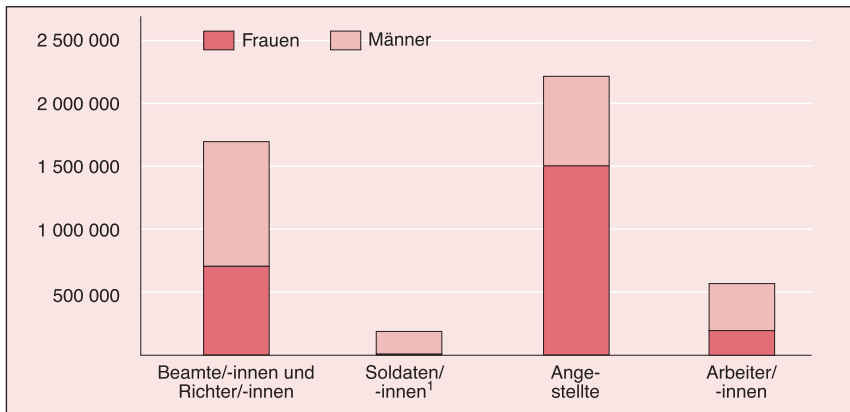
Abb. 4: Beschäftigte des öffentlichen Dienstes nach Beschäftigungsbereichen in Mill.; Stand: jeweils 30. 6.



1 Ab 1995 durch Privatisierung aus dem öffentlichen Dienst ausgeschieden.

2 Ab 1994 Bundeseisenbahnvermögen.

Abb. 5: Beschäftigte des öffentlichen Dienstes nach dem Dienstverhältnis
Stand 30. 6. 2004



1 Ohne 72 600 Grundwehrdienstleistende.

vom Bundeseisenbahnvermögen an die Deutsche Bahn AG ausgeliehen. Ursache für den Personalarückgang im Jahr 2003 waren Privatisierungen und Personaleinsparungen im kommunalen Bereich. Der größte Anteil entfiel dabei auf die Privatisierung von Krankenhäusern.

Die meisten Beschäftigten des öffentlichen Dienstes standen im Dienst der Länder. Mitte 2004 wurden 2,12 Mill. Landesbedienstete gezählt. Die Kommunen meldeten 1,39 Mill. Beschäftigte; bei den Bundesbehörden waren es 493 000, beim Bundeseisenbahnvermögen 55 000 und im mittelbaren öffentlichen Dienst (Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, Sozialversicherungsträger sowie rechtlich selbstständige Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts) 614 000. Von 100 Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes arbeiten im Durchschnitt 45 bei den Ländern, 30 bei den Kommunen, 11 bei den Bundesbehörden, 13 im Bereich des mittelbaren öffentlichen Dienstes und einer beim Bundeseisenbahnvermögen.

Von den 4,67 Mill. Beschäftigten des öffentlichen Dienstes waren 2,22 Mill. Angestellte, 1,67 Mill. Beamtinnen und Beamte (einschließlich Richterinnen und Richter), 569 000 Arbeiterinnen und Arbeiter sowie 188 000 Berufs- oder Zeitsoldaten.

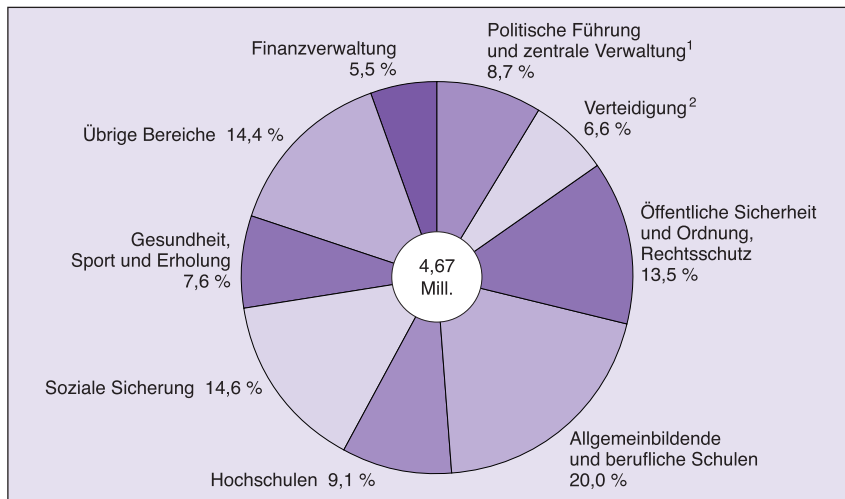
Der Bruttomonatsverdienst¹ der Vollzeitbeschäftigten des öffentlichen Dienstes betrug im Juni 2004 durchschnittlich 2 860 Euro. Die höchsten Durchschnittsbezüge erzielten Richterinnen und Richter mit 4 940 Euro; Beamtinnen und Beamte erhielten im Schnitt 3 370 Euro, Angestellte 2 920 Euro, Soldatinnen und Soldaten 2 210 Euro, Arbeiter und Arbeiterinnen 2 280 Euro und das Personal in Ausbildung 890 Euro. Der

1 Ohne Einmalzahlungen, wie z.B. Urlaubsgeld, aber mit monatlich anteilig ausbezahlter Sonderzahlung für Beamtinnen und Beamte (einschließlich Richterinnen und Richter) in einigen Bundesländern.

Bruttomonatsverdienst lag im früheren Bundesgebiet mit 2900 Euro deutlich über dem in den neuen Ländern (2660 Euro).

Von den Beschäftigten, die im Jahr 2004 in den Lohn- und Gehaltslisten des öffentlichen Dienstes geführt wurden, waren 2,42 Mill. oder knapp 52 % Frauen. Ohne den militärischen Bereich der Bundeswehr liegt der Frauenanteil bei knapp 54 %. Diese Quote liegt im früheren Bundesgebiet deutlich niedriger (knapp 52 %) als in den neuen Bundesländern (gut 63 %).

Abb. 6: Beschäftigte des öffentlichen Dienstes 2004 nach Aufgabenbereichen



1 Einschl. auswärtiger Angelegenheiten.

2 Ohne 72 600 Grundwehrdienstleistende.

Die Schwerpunkte des Personaleinsatzes des öffentlichen Dienstes liegen bei den Allgemein bildenden und beruflichen Schulen (20 %), der sozialen Sicherung (15 %), der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, Rechtsschutz (14 %), der »Politischen Führung« (9 %), den Hochschulen (9 %), dem Gesundheitswesen einschl. Sport und Erholung (8 %), der »Äußeren Sicherheit« (Verteidigung: 7 %) und der Finanzverwaltung (6 %).

12 Gesamtwirtschaft im Überblick

12.1 Einführung in die gesamtwirtschaftliche Darstellung

Aufgabe der Wirtschaftsstatistiken ist es, wirtschaftliche Vorgänge und Ergebnisse in einzelnen Bereichen und in der Volkswirtschaft insgesamt zu erfassen, aufzubereiten und die Daten der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Diese Daten dienen als Grundlage wirtschaftspolitischer und unternehmerischer Entscheidungen. Darüber hinaus werden sie von Forschungsinstituten, Hochschulen, Verbänden, internationalen Organisationen und von Unternehmen für Analyse- und Prognosezwecke genutzt.

Den umfassendsten Überblick über das wirtschaftliche Geschehen liefern die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR), die statistisches Basismaterial aus nahezu allen Bereichen zu einem geschlossenen Gesamtbild zusammenfügen und gegebenenfalls durch Schätzungen ergänzen, um statistische Lücken zu schließen.

Der Darstellung der volkswirtschaftlichen Zusammenhänge liegt der Kreislaufgedanke zugrunde. Damit das Bild überschaubar bleibt, wird in den VGR die Vielzahl der Wirtschaftseinheiten und der wirtschaftlichen Vorgänge zu Gruppen zusammengefasst. Die Gruppen sind so gebildet, dass die vielschichtigen Zusammenhänge im Wirtschaftsleben möglichst klar erkennbar werden. Die Wirtschaftseinheiten werden in erster Linie nach der Art ihres wirtschaftlichen Verhaltens gruppiert; in grober Gliederung spricht man von den Sektoren Kapitalgesellschaften, Private Haushalte, Private Organisationen ohne Erwerbszweck, Staat und übrige Welt, in feiner Gliederung von Wirtschafts- bzw. Produktionsbereichen, Haushaltsgruppen usw. Die Abgrenzung und Zusammenfassung der wirtschaftlichen Vorgänge wird so vorgenommen, dass ein möglichst aussagefähiges Bild über die

- Produktion, Verteilung und Verwendung der Güter,
- Entstehung, Verteilung, Umverteilung und Verwendung der Einkommen und die
- Vermögensbildung und ihre Finanzierung

entsteht.

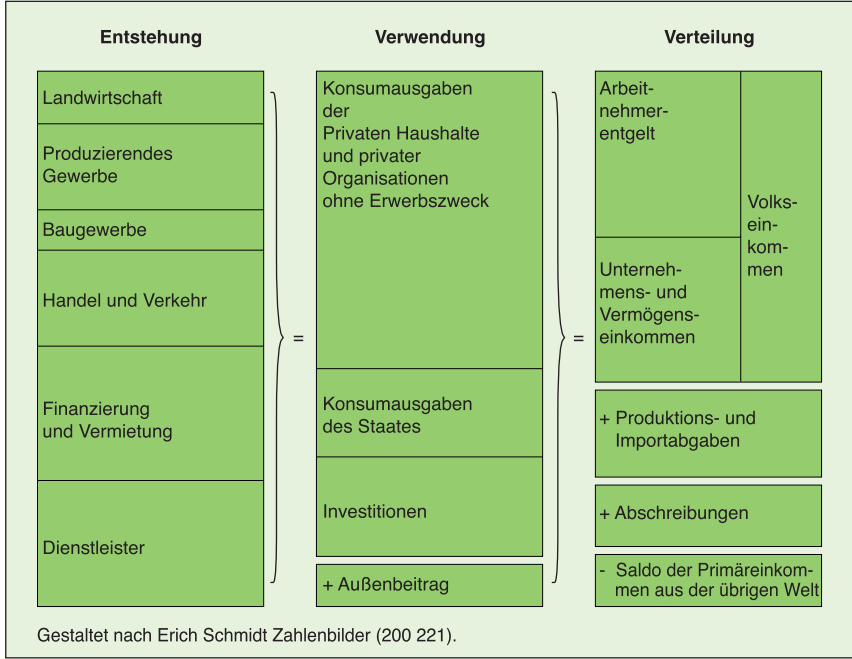
Die Ergebnisse der VGR werden in jeweiligen Preisen in Mrd. Euro und preisbereinigt als Kettenindex dargestellt. Sie beziehen sich wie das statistische Ausgangsmaterial stets auf abgelaufene Zeiträume.

Die VGR sind als ein geschlossenes Kontensystem mit doppelter Verbuchung aller Vorgänge angelegt und umfassen daneben eine Reihe ergänzender Tabellen. In den Tabellen werden die Kontenpositionen teilweise tiefer untergliedert, nach besonderen Gesichtspunkten zusammengefasst oder zum Beispiel um die preisbereinigten Angaben erweitert. Außerdem werden in den Input-Output-Tabellen die produktions- und gütermäßigen Verflechtungen in der Volkswirtschaft gezeigt.

Ziel der VGR ist die Quantifizierung der Leistung einer Volkswirtschaft als Ganzes. Diese kann aus drei Blickwinkeln heraus erfolgen:

- a) Wo ist die Leistung entstanden? Wie haben die einzelnen Wirtschaftsbereiche zum gesamtwirtschaftlichen Ergebnis beigetragen? (Entstehungsrechnung, vgl. Abschnitt 12.3)
- b) Wofür wurde das, was erarbeitet wurde, verwendet? Wurde es investiert, konsumiert oder exportiert? (Verwendungsrechnung, vgl. Abschnitt 12.4)
- c) Wie wurde das bei der Erarbeitung der gesamtwirtschaftlichen Leistung entstandene Einkommen verteilt? (Verteilungsrechnung, vgl. Abschnitt 12.5)

Abb. 1: Bruttoinlandsprodukt



Als zentrale Größen werden in der Entstehungsrechnung die Bruttowertschöpfung und das Bruttoinlandsprodukt, in der Verwendungsrechnung der Konsum, die Bruttoinvestitionen sowie der Außenbeitrag und in der Verteilungsrechnung das Bruttonationaleinkommen, das Volkseinkommen, das Arbeitnehmerentgelt sowie die Unternehmens- und Vermögenseinkommen berechnet.

Im Folgenden werden für die Jahre 1991 bis 2005 Angaben der VGR für Deutschland (Rechenstand Februar 2006) nachgewiesen.

12.2 Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts

Das Bruttoinlandsprodukt ist ein Maß für die in einem bestimmten Wirtschaftsraum, zum Beispiel Deutschland, in einem Zeitraum, beispielsweise einem Kalenderjahr, erbrachte gesamtwirtschaftliche Leistung.

Es kann prinzipiell von drei Seiten berechnet und dargestellt werden. Die folgenden Angaben in Mrd. Euro gelten für das Jahr 2005:

1. Entstehungsseite

Bruttowertschöpfung	2027,5
+ Gütersteuern abzügl. Gütersubventionen	218,0
= Bruttoinlandsprodukt	2245,5
+ Saldo der Primäreinkommen aus der übrigen Welt	3,8
= <i>Bruttonationaleinkommen (Bruttosozialprodukt)</i>	2249,3

2. Verwendungsseite

Private Konsumausgaben	1329,7
+ Konsumausgaben des Staates	417,2
+ Bruttoanlageinvestitionen	384,7
+ Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen	1,9
+ Außenbeitrag	112,0
= <i>Bruttoinlandsprodukt</i>	2245,5

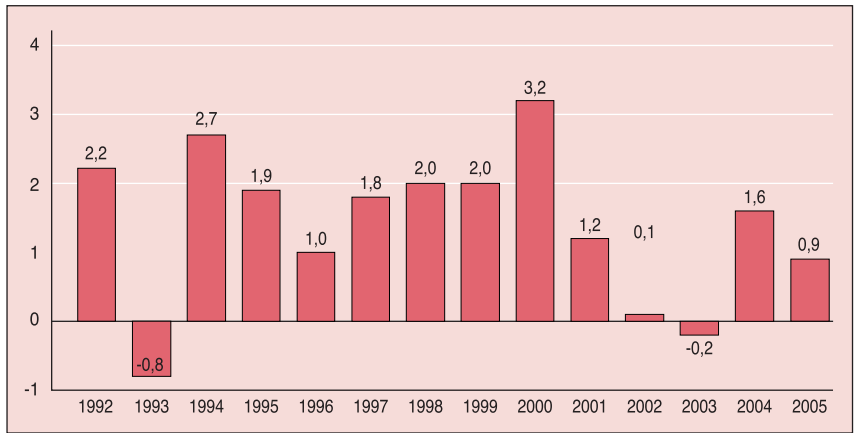
3. Verteilungsseite

Bruttonationaleinkommen (Bruttosozialprodukt)	2249,3
– Abschreibungen	327,7
= Nettonationaleinkommen	1921,6
– Produktions- und Importabgaben an den Staat abzüglich Subventionen vom Staat	237,7
= Volkseinkommen	1683,9
– Arbeitnehmerentgelt	1128,8
= <i>Unternehmens- und Vermögenseinkommen</i>	555,1

Im Jahr 2005 erreichte das deutsche Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen 2245,5 Mrd. Euro.

Die Zunahme oder Abnahme des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen wird sowohl durch die Veränderung des Volumens der gesamtwirtschaftlichen Leistung als auch durch die allgemeine Preisentwicklung beeinflusst. Bei einer preisbereinigten Rechnung wird dagegen die Preisveränderung ausgeschaltet. Diese preisbereinigten Ergebnisse werden auf der Grundlage einer jährlich wechselnden Preisbasis (Vorjahrespreisbasis) berechnet. Diese neue Methode ersetzt die früher übliche Berechnung in konstanten Preisen eines festen Preisbasisjahres (zuletzt 1995); dadurch werden immer die aktuellen Preisrelationen in der Rechnung berücksichtigt. Die jährlichen Veränderungsraten des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts können so als Maßstab der (realen) Wirtschaftsentwicklung betrachtet werden. In Deutschland hat das Bruttoinlandsprodukt zwischen 1991 und 2005 um rund 21 %

Abb. 2: Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts preisbereinigt, verkettet
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



zugenommen. Im Jahr 2005 hat sich das Bruttoinlandsprodukt gegenüber 2004 um 0,9 % erhöht.

Neben dem Bruttoinlandsprodukt ist die Pro-Kopf-Leistung als Maß für die Arbeitsproduktivität (Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen) eine wichtige Größe zur Beurteilung des wirtschaftlichen Fortschritts. Die Pro-Kopf-Leistung in jeweiligen Preisen dient in der Regel zum Vergleich der Wirtschaftsleistung verschiedener Gebiete oder Bereiche innerhalb einer Periode. Im Gegensatz dazu wird die preisbereinigte Pro-Kopf-Leistung, also die Arbeitsproduktivität, zur Messung von Produktivitätsveränderungen zwischen verschiedenen Perioden verwendet.

Die Arbeitsproduktivität 2005 war rund 20 % höher als 1991. Sie wuchs in diesem Zeitraum jährlich im Durchschnitt um 1,4 % an.

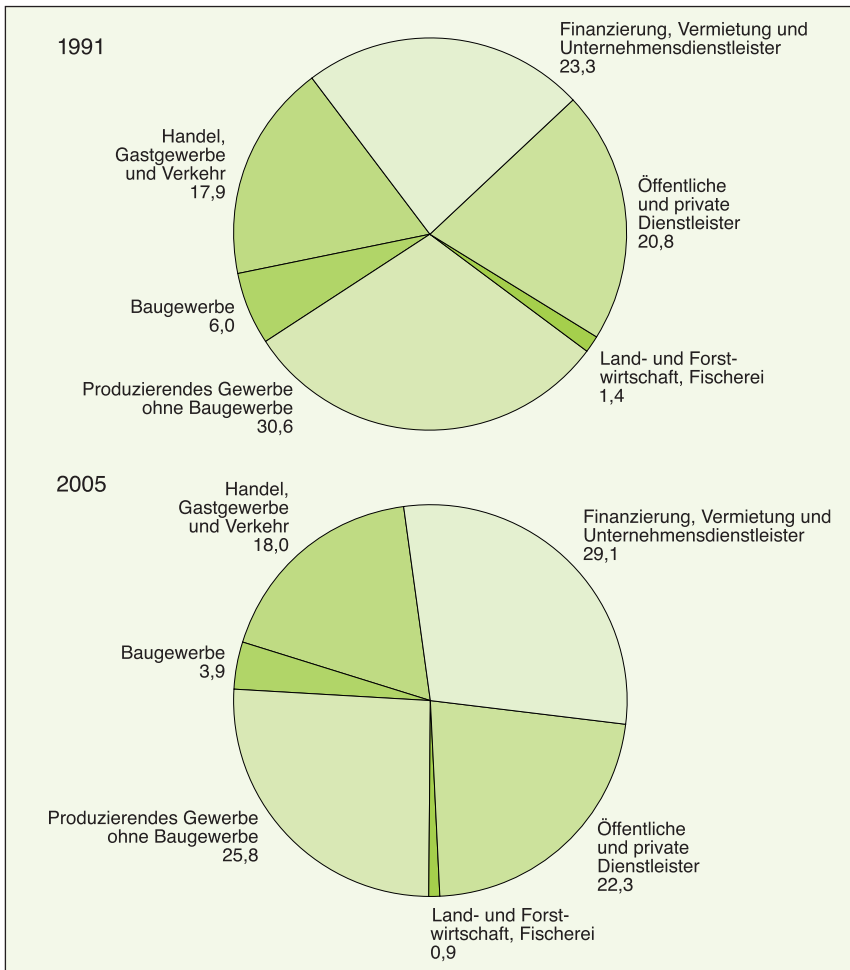
Tab. 1: Bruttoinlandsprodukt

Jahr	In jeweiligen Preisen		Preisbereinigt (2000=100)	
	Insgesamt Mrd. EUR	je Erwerbstätigen im Inland EUR	Ketten- index	je Erwerbstätigen im Inland (Arbeitsproduktivität)
1991	1 534,6	39 735	85,4	86,5
1995	1 848,5	49 160	90,5	94,3
2000	2 062,5	52 690	100,0	100,0
2001	2 113,2	53 748	101,2	100,8
2002	2 145,0	54 865	101,3	101,4
2003	2 163,4	55 870	101,1	102,2
2004	2 215,7	57 004	102,8	103,5
2005	2 245,5	57 899	103,7	104,6

12.3 Entstehung des Bruttoinlandsprodukts

Die Entstehungsseite des Bruttoinlandsprodukts wird in tiefer Gliederung berechnet und nach maximal 60 Wirtschaftsbereichen veröffentlicht. Dabei lässt sich der Beitrag der einzelnen Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt an ihrer Bruttowertschöpfung messen.

Abb. 3: Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen 1991 und 2005 in Prozent



Die Bruttowertschöpfung ist die Summe der von inländischen Wirtschaftseinheiten bzw. Wirtschaftsbereichen produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der von anderen Wirtschaftseinheiten bzw. von anderen Wirtschaftsbereichen bezogenen Vorleistungen (z.B. Rohstoffe, Vorprodukte, Handelswaren, Reparaturleistungen). Tabelle 2 zeigt die Bruttowertschöpfung nach zusammengefassten Wirt-

Tab. 2: Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen

Jahr	Ins- gesamt	Land- und Forstwirt- schaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Bau- gewerbe		Bau- gewerbe	Handel, Gast- gewerbe und Verkehr	Finanzie- rung, Ver- mietung, Unterneh- mensdienst- leister	Öffentliche und private Dienst- leister
			zusam- men	darunter Verarbei- tendes Gewerbe				
in jeweiligen Preisen in Mrd. EUR								
1991	1 392,7	19,2	426,5	383,5	83,5	249,4	324,5	289,6
1995	1 671,7	21,3	424,5	378,5	113,0	300,3	441,5	371,3
2000	1 856,2	23,5	465,3	426,0	96,2	337,3	510,9	423,0
2001	1 904,5	25,9	473,7	434,6	91,5	347,1	533,8	432,4
2002	1 935,0	22,1	472,7	432,5	88,3	352,0	553,0	447,0
2003	1 949,0	21,4	476,7	434,0	84,5	349,7	568,0	448,8
2004	2 003,2	22,1	500,2	455,5	82,7	359,9	583,6	454,7
2005	2 027,5	17,8	523,6	478,0	78,1	365,4	590,2	452,4
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
1995	4,2	6,5	2,3	2,0	0,6	4,5	5,9	5,2
2000	2,5	5,5	3,7	5,3	- 3,0	4,9	0,8	2,8
2001	2,6	10,6	1,8	2,0	- 4,9	2,9	4,5	2,2
2002	1,6	- 15,0	- 0,2	- 0,5	- 3,6	1,4	3,6	3,4
2003	0,7	- 3,0	0,8	0,3	- 4,3	- 0,7	2,7	0,4
2004	2,8	3,4	4,9	5,0	- 2,1	2,9	2,7	1,3
2005	1,2	- 19,3	4,7	4,9	- 5,6	1,5	1,1	- 0,5
preisbereinigt, verkettet (2000 = 100)								
1991	84,8	97,1	97,1	97,7	108,5	82,1	71,8	82,6
1995	89,8	88,1	90,1	89,7	115,9	87,0	85,3	91,4
2000	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
2001	101,5	103,8	101,1	101,7	94,4	102,9	103,1	100,4
2002	101,8	97,5	99,5	99,8	90,5	103,7	104,6	102,4
2003	101,7	99,5	100,5	100,9	86,4	102,3	105,2	102,1
2004	103,9	111,8	105,0	105,5	85,1	104,2	107,1	102,4
2005	105,0	106,3	107,7	108,7	81,8	105,7	108,9	101,8
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
1995	2,2	5,2	- 0,3	- 0,9	- 3,7	2,0	6,3	2,2
2000	3,7	- 0,4	6,3	6,8	- 3,3	4,6	3,7	2,0
2001	1,5	3,8	1,1	1,7	- 5,7	2,9	3,1	0,4
2002	0,3	- 6,1	- 1,6	- 1,8	- 4,1	0,7	1,5	2,0
2003	- 0,1	2,0	1,0	1,0	- 4,5	- 1,3	0,6	- 0,3
2004	2,1	12,4	4,4	4,6	- 1,6	1,9	1,8	0,4
2005	1,0	- 4,9	2,6	3,0	- 3,8	1,4	1,7	- 0,6

schaftsbereichen. Die Angaben in jeweiligen Preisen sind als absolute Beträge in Mrd. Euro ausgewiesen und zeigen den Beitrag des jeweiligen Wirtschaftsbereiches zur Bruttowertschöpfung, während preisbereinigt mit der prozentualen Veränderung der Bruttowertschöpfung die wirtschaftliche Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen im Zeitverlauf dokumentiert wird.

Abb. 3 zeigt anhand von zwei Kreisdiagrammen die Struktur der nominalen gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung in Deutschland für die Jahre 1991 und 2005. Der Anteil des Produzierenden Gewerbes ohne Baugewerbe (1991: 30,6 %; 2005: 25,8 %) ging deutlich zurück, der Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister (1991: 23,3 %; 2005: 29,1 %) hat dagegen deutlich an Bedeutung gewonnen. In den Bereichen Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (1991: 1,4 %; 2005: 0,9 %), Handel, Gastgewerbe und Verkehr (1991: 17,9 %; 2005: 18,0 %) sowie öffentliche und private Dienstleister (1991: 20,8 %; 2005: 22,3 %) traten nur kleinere Veränderungen auf.

Tab. 3: Erwerbstätige im Inland
nach zusammengefassten Wirtschaftsbereichen

Jahr	Ins- gesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Bau- gewerbe		Bau- gewerbe	Handel, Gast- gewerbe und Ver- kehr	Finanzie- rung, Ver- mietung und Unter- nehmens- dienst- leister	Öffent- liche und private Dienst- leister
			zusam- men	darunter Verarbei- tendes Gewerbe				
	1 000		in % von insgesamt					
1991	38621	3,9	29,3	27,4	7,3	24,1	9,7	25,7
1995	37601	2,9	23,9	22,5	8,6	24,7	11,8	28,0
2000	39144	2,4	21,8	20,7	7,1	25,1	14,8	28,8
2001	39316	2,4	21,7	20,7	6,6	25,1	15,2	28,9
2002	39096	2,3	21,4	20,4	6,2	25,2	15,5	29,4
2003	38722	2,3	21,0	20,0	6,0	25,1	15,8	29,8
2004	38868	2,2	20,6	19,6	5,8	25,2	16,2	29,9
2005	38783	2,2	20,3	19,3	5,5	25,1	16,5	30,3

Die genannten Umstrukturierungsprozesse der Wirtschaft in Deutschland haben auch einen Einfluss auf die Struktur der Erwerbstätigkeit und lassen sich anhand der Verteilung der Erwerbstätigen auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche weitgehend nachvollziehen. Während in Deutschland 1991 in den Abgrenzungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen noch knapp 30 % der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe arbeiteten, waren es 2005 nur noch 20 %. Umgekehrt waren 1991 nur rund 25 von 100 Erwerbstätigen bei öffentlichen und privaten Dienstleistern beschäftigt, 2005 waren es 30 (s. Tab. 3). Während der Anteil der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei deutlich zurückging (Anteil 1991: 3,9 %; 2005: 2,2 %) stieg er bei Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistern (1991: 9,7 %; 2005: 16,5 %) stark. Bei Handel, Gastgewerbe und Verkehr (1991: 24,1 %; 2005: 25,1 %) gab es keine auffällige Änderung.

12.4 Verwendung des Bruttoinlandsprodukts

Die Verwendungsrechnung als zweite Säule der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zeigt, wie die produzierten und importierten Waren und Dienstleistungen verwendet wurden. Generell können sie, nach Abzug des Vorleistungsverbrauchs, der

Tab. 4: Verwendung des Bruttoinlandsprodukts

Jahr	Bruttoinlands- produkt	Konsum- ausgaben der privaten Haus- halte	Konsum- ausgaben der privaten Organi- sationen ohne Erwerbszweck	Konsum- ausgaben des Staats	Brutto- investitionen	Außenbeitrag
<i>in jeweiligen Preisen in Mrd. EUR</i>						
1991	1 534,6	859,4	20,5	292,6	368,2	– 6,1
1995	1 848,5	1 037,6	29,6	361,8	410,8	8,7
2000	2 062,5	1 180,3	33,8	391,9	449,2	7,3
2001	2 113,2	1 224,3	34,3	400,2	411,9	42,5
2002	2 145,0	1 230,9	35,8	412,3	368,9	97,1
2003	2 163,4	1 250,0	37,6	415,5	372,8	87,6
2004	2 215,7	1 274,7	37,8	412,8	380,9	109,5
2005	2 245,5	1 292,6	37,2	417,2	386,5	112,1
<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>						<i>In Mrd. EUR</i>
1995	3,8	3,4	7,6	4,3	2,6	6,1
2000	2,5	3,3	4,5	1,2	3,9	– 10,2
2001	2,5	3,7	1,4	2,1	– 8,3	35,3
2002	1,5	0,5	4,4	3,0	– 10,4	54,6
2003	0,9	1,6	5,1	0,8	1,0	– 9,6
2004	2,4	2,0	0,5	– 0,6	2,2	21,9
2005	1,3	1,4	– 1,8	1,1	1,5	2,6
<i>preisbereinigt, verkettet (2000 = 100)</i>						
1991	85,4	84,7	71,1	84,7	90,9	X
1995	90,5	91,5	92,1	93,4	92,1	X
2000	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	X
2001	101,2	102,0	98,9	100,5	92,2	X
2002	101,3	101,4	100,8	102,0	83,6	X
2003	101,1	101,4	102,1	102,1	85,7	X
2004	102,8	102,0	102,0	100,5	88,2	X
2005	103,7	102,0	102,7	100,6	89,5	X
<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>						<i>%-Punkte¹</i>
1995	1,9	2,1	5,8	1,9	1,3	0,0
2000	3,2	2,3	3,6	1,4	2,3	1,1
2001	1,2	2,0	– 1,1	0,5	– 7,8	1,7
2002	0,1	– 0,6	1,9	1,4	– 9,3	1,9
2003	– 0,2	0,1	1,3	0,1	2,5	– 0,7
2004	1,6	0,6	– 0,1	– 1,6	2,9	1,1
2005	0,9	– 0,0	0,7	0,1	1,5	0,6

1 Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt.

inländischen Verwendung, das heißt dem Privaten Konsum, dem Konsum des Staates und den Bruttoinvestitionen zugeführt oder aber exportiert werden. Angaben zur Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts enthalten die Tab. 4 und 5.

Tab. 5 zeigt, dass in Deutschland der größte Teil (62,3 %) der inländischen Verwendung von Waren und Dienstleistungen zu den Privaten Konsumausgaben gehört. Unter Privaten Konsumausgaben wird dabei im Wesentlichen der Kauf von Waren und Dienstleistungen durch inländische private Haushalte verstanden, daneben gehören die Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck dazu.

Knapp ein Fünftel (18,1 %) der Güter der inländischen Verwendung wird investiert, erhöht also den Bestand an Anlagen (Ausrüstungen, Bauten, sonstige Anlagen) oder verändert die Vorrats- und Wertsachenbestände der Kapitalgesellschaften, des Staates sowie der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Tab. 5: Inländische Verwendung in jeweiligen Preisen

Jahr	Inländische Verwendung	Konsum- ausgaben der privaten Haus- halte	Konsum- ausgaben der privaten Organi- sationen ohne Erwerbszweck	Konsum- ausgaben des Staates	Brutto- investitionen
	Mrd. EUR	in % der inländischen Verwendung			
1991	1 540,7	55,8	1,3	19,0	23,9
1995	1 839,8	56,4	1,6	19,7	22,3
2000	2 055,3	57,4	1,6	19,1	21,9
2001	2 070,7	59,1	1,7	19,3	19,9
2002	2 047,9	60,1	1,7	20,1	18,0
2003	2 075,8	60,2	1,8	20,0	18,0
2004	2 106,2	60,5	1,8	19,6	18,1
2005	2 133,4	60,6	1,7	19,6	18,1

Die Investitionen – insbesondere Anlageinvestitionen – sind für die wirtschaftliche Entwicklung von großer Bedeutung. Sie sind eine wesentliche Voraussetzung für den wirtschaftlichen Verlauf der kommenden Jahre.

Ein weiteres Fünftel (19,6 %) der inländischen Verwendung entfällt auf die Konsumausgaben des Staates. Diese umfassen die Aufwendungen des Staates (Gebietskörperschaften, Sozialversicherung) für allgemeine Verwaltungsleistungen, Sicherheit, Bildung, Gesundheitswesen u. Ä., soweit sie der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden.

Zur Nachfrageseite des Bruttoinlandsprodukts gehört auch der Außenbeitrag (vgl. Tab. 4). Er stellt den Saldo aus Exporten und Importen von Waren und Dienstleistungen an die bzw. aus der »übrigen Welt« dar. In den ersten drei Jahren nach der Wiedervereinigung war der nominale Außenbeitrag für Deutschland negativ, d.h. nach Deutschland wurden mehr Güter eingeführt als aus Deutschland ausgeführt. Dies hat sich 1994 wieder umgekehrt und seitdem ist der Außenbeitrag in allen Jahren positiv gewesen.

12.5 Verteilung des Volkseinkommens

Das gesamte Bruttonationaleinkommen (Bruttosozialprodukt) erreichte 2005 einen Wert von 2249,3 Mrd. Euro. Das Nettonationaleinkommen lag bei 1921,6 Mrd. Euro. Das Volkseinkommen, also die Summe des von Inländern empfangenen Arbeitnehmerentgelts und der Unternehmens- und Vermögenseinkommen, betrug 1683,9 Mrd. Euro; das waren 20420 Euro je Einwohner. Das Arbeitnehmerentgelt lag bei 1128,8 Mrd. Euro bzw. 67 % des Volkseinkommens (Lohnquote); je Arbeitnehmer waren das 32894 Euro. Auf die Unternehmens- und Vermögenseinkommen entfielen 555,1 Mrd. Euro bzw. 33 % des Volkseinkommens.

Um Missverständnisse bei der Interpretation dieser Zahlen zu vermeiden, ist anzumerken, dass zu den Unternehmens- und Vermögenseinkommen neben den Unternehmenseinkommen (Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Personengesellschaften, Einzelunternehmen usw.) auch die Vermögenseinkommen aller Bevölkerungsgruppen (also zum Beispiel auch die Zinsen aus dem Sparguthaben oder die Dividenden aus dem Aktienbesitz eines Arbeitnehmers) rechnen. Außerdem ist

Tab. 6: Verteilung des Volkseinkommens

Jahr	Volkseinkommen		Arbeitnehmerentgelt			Unternehmens- und Vermögenseinkommen Mrd. EUR
	Mrd. EUR	EUR je Einwohner	Mrd. EUR	% vom Volkseinkommen	EUR je Arbeitnehmer	
1991	1 192,6	14 910	847,0	71,0	24 101	345,6
1995	1 397,2	17 110	997,0	71,4	29 500	400,2
2000	1 524,4	18 548	1 100,1	72,2	31 320	424,4
2001	1 560,9	18 956	1 120,6	71,8	31 812	440,2
2002	1 581,2	19 170	1 128,7	71,4	32 256	452,5
2003	1 600,0	19 389	1 131,1	70,7	32 729	468,9
2004	1 658,3	20 101	1 134,5	68,4	32 823	523,8
2005	1 683,9	20 420	1 128,8	67,0	32 894	555,1

Tab. 7: Arbeitnehmerentgelt, Löhne und Gehälter (Inländer)

Jahr	Arbeitnehmer- entgelt	Sozialbeiträge der Arbeit- geber	Bruttolöhne und -gehälter	Abzüge der Arbeitnehmer	Nettolöhne und -gehälter	Nachrichtlich: Bruttolöhne und -gehälter monatlich je Arbeitnehmer EUR
	Mrd. EUR					
1991	847,0	154,0	693,0	211,9	481,1	1 643
1995	997,0	191,7	805,3	276,2	529,1	1 986
2000	1 100,1	216,7	883,4	313,8	569,6	2 096
2001	1 120,6	218,6	902,0	312,0	590,0	2 134
2002	1 128,7	220,2	908,4	317,0	591,5	2 163
2003	1 131,1	223,4	907,7	320,2	587,5	2 189
2004	1 134,5	222,5	912,0	311,7	600,3	2 199
2005	1 128,8	219,9	908,9	309,4	599,5	2 207

Tab. 8: Arbeitnehmerentgelt und Bruttolöhne und -gehälter im Inland

Jahr	Alle Wirtschaftsbereiche	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe		Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister
			zusammen	darunter Verarbeitendes Gewerbe			
Arbeitnehmerentgelt Mrd. EUR							
1991	845,0	10,3	302,4	278,3	57,7	170,1	87,5
1995	997,8	9,2	312,7	288,3	77,9	202,9	119,9
2000	1 101,7	9,3	334,5	312,4	65,7	218,3	163,3
2001	1 122,2	9,0	341,1	319,3	61,6	223,1	171,4
2002	1 130,0	9,0	338,4	317,5	58,1	224,6	175,4
2003	1 132,1	8,9	336,4	315,3	55,7	224,6	178,4
2004	1 135,3	8,9	337,8	316,3	53,8	223,9	181,7
2005	1 130,1	8,6	335,5	314,1	50,6	224,0	184,3
EUR je Arbeitnehmer (Lohnkosten)							
1991	24 073	13 611	27 491	27 119	22 684	20 883	26 819
1995	29 475	18 609	36 076	35 561	26 858	25 239	31 108
2000	31 271	19 640	40 676	40 054	27 728	25 429	32 236
2001	31 761	19 609	41 446	40 793	28 166	25 824	32 719
2002	32 199	19 868	42 054	41 495	28 669	26 082	33 273
2003	32 672	19 867	42 964	42 362	29 209	26 443	33 737
2004	32 763	19 431	43 850	43 226	29 282	26 174	33 739
2005	32 824	19 393	44 367	43 716	29 153	26 368	34 052
Bruttolöhne und -gehälter Mrd. EUR							
1991	691,2	8,7	246,1	228,0	47,3	141,0	72,3
1995	805,9	7,6	251,4	232,8	63,6	164,1	98,3
2000	884,5	7,6	264,0	248,3	54,0	179,3	131,3
2001	903,2	7,4	270,2	254,8	50,7	183,5	138,5
2002	909,3	7,5	268,6	253,2	47,9	185,3	141,0
2003	908,3	7,4	267,6	252,3	45,7	184,3	142,6
2004	912,4	7,3	269,3	253,6	44,2	183,9	145,7
2005	909,8	7,1	267,9	252,3	41,6	184,3	148,2
EUR je Arbeitnehmer (Verdienst)							
1991	19 691	11 442	22 368	22 213	18 593	17 305	22 145
1995	23 807	15 343	29 011	28 717	21 925	20 414	25 510
2000	25 108	16 144	32 104	31 832	22 796	20 892	25 921
2001	25 563	16 152	32 823	32 552	23 193	21 236	26 445
2002	25 911	16 374	33 384	33 096	23 619	21 519	26 752
2003	26 214	16 333	34 180	33 897	23 941	21 693	26 959
2004	26 332	15 974	34 955	34 654	24 032	21 494	27 057
2005	26 425	15 933	35 432	35 108	23 960	21 693	27 378

zu beachten, dass das Arbeitnehmerentgelt die gesamten Sozialbeiträge (Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteile) sowie die Lohnsteuer der Arbeitnehmer einschließt.

Vom gesamten Arbeitnehmerentgelt entfielen 2005 in Deutschland 19,5 % auf die Sozialbeiträge der Arbeitgeber, nachdem es im Jahr 1991 erst 18,2 % waren.

Bei einer Betrachtung der Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte und der Bruttolöhne und -gehälter nach Wirtschaftsbereichen zeigt sich, dass die höchsten Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) im Jahr 2005 mit 44 367 Euro im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe zu verzeichnen waren, die niedrigsten in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (19 393 Euro). Beim Verdienst (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer) ergab sich ein ähnliches Bild.

Sowohl das Arbeitnehmerentgelt als auch der überwiegende Teil der Unternehmens- und Vermögenseinkommen fließen den privaten Haushalten zu. Von diesen Einkommen müssen – wie bereits erwähnt – (direkte) Steuern und Sozialbeiträge gezahlt werden, die jedoch teilweise in Form von sozialen Leistungen und anderen Transfers den Haushalten wieder zugute kommen. Erst die Einkommen, die sich nach dieser Umverteilung ergeben, stehen zur freien Verfügung der Haushalte und können von diesen für den Privaten Konsum bzw. das Sparen verwendet werden.

12.6 Außenwirtschaft

12.6.1 Außenhandel

Die deutsche Wirtschaft ist in hohem Maße exportorientiert und damit auch exportabhängig. Gleichzeitig ist Deutschland als rohstoffarmes Land aber auch auf Importe – insbesondere im Energiebereich (Erdöl, Erdgas) – angewiesen. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt betrug der Anteil der Warenausfuhren in Deutschland im Jahr 2005 35,0 % und der Anteil der Einfuhren 27,9 %. Die Bedeutung des Außenhandels für die deutsche Volkswirtschaft wird auch daran deutlich, dass Deutschland im Jahr 2003 erstmals die weltweit größte Exportnation war und damit sogar die USA überflügeln konnte. Auch in den Jahren 2004 und 2005 war Deutschland wieder »Exportweltmeister«.

Wie Tab. 9 (s. S. 255) zeigt, ist der deutsche Außenhandelsumsatz (Einfuhr + Ausfuhr) von 1960 bis 2005 um das nahezu 30-fache gestiegen. Die Ausfuhren sind im Jahr 2005 gegenüber dem Vorjahr um 7,5 % auf 786,2 Mrd. Euro, die Einfuhren im gleichen Zeitraum um 8,7 % auf 625,6 Mrd. Euro gestiegen. Dadurch erreichte der Außenhandelsüberschuss mit 160,6 Mrd. Euro ein neues Rekordergebnis.

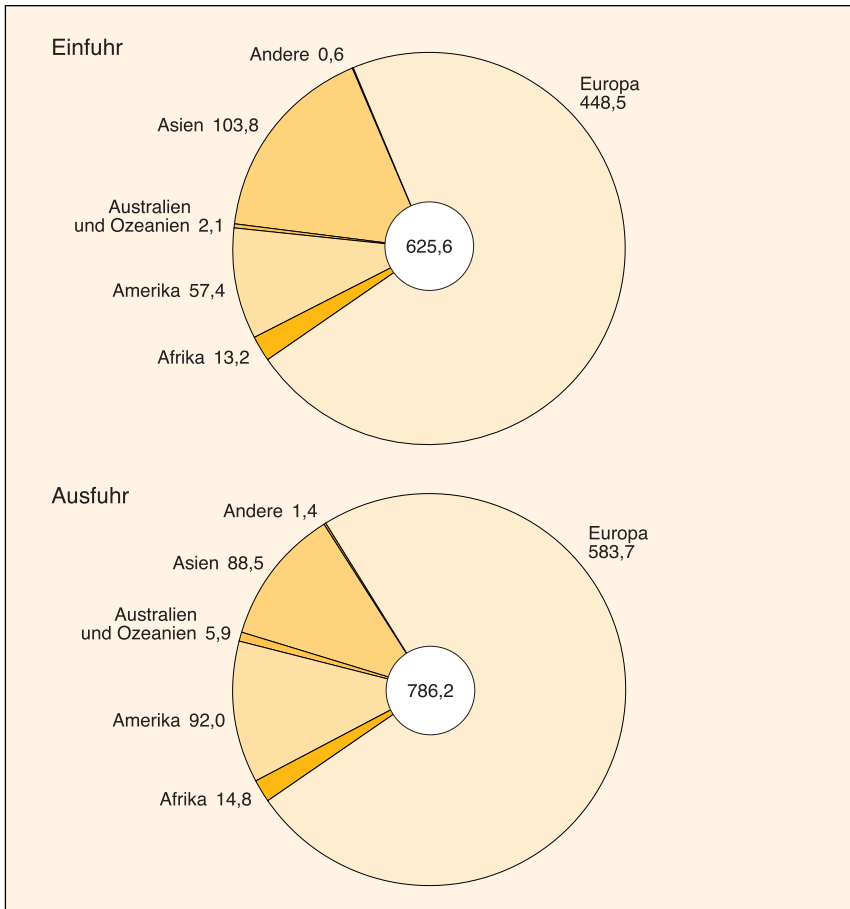
Deutschlands wichtigste Absatz- und Beschaffungsmärkte liegen in Europa, denn mehr als 73 % der deutschen Ausfuhren und Einfuhren bleiben in Europa oder stammen aus Europa.

Der Anteil der Exporte Deutschlands in die EU-Mitgliedstaaten betrug im Jahre 2005 rund 63 %, der Anteil der Importe aus den EU-Mitgliedstaaten rund 59 %.

Auf die neuen EU-Mitgliedstaaten entfiel ein Anteil von 6,9 % an den Gesamtexporten bzw. 7,2 % an den Gesamtimporten Deutschlands.

Ein weiterer wichtiger Markt für den deutschen Außenhandel ist der amerikanische Kontinent, der im Jahr 2005 rund 12 % der deutschen Ausfuhren aufnahm und 9 % der

Abb. 4: Außenhandel Deutschlands nach Erdteilen 2005¹
in Mrd. EUR



1 Vorläufige Ergebnisse.

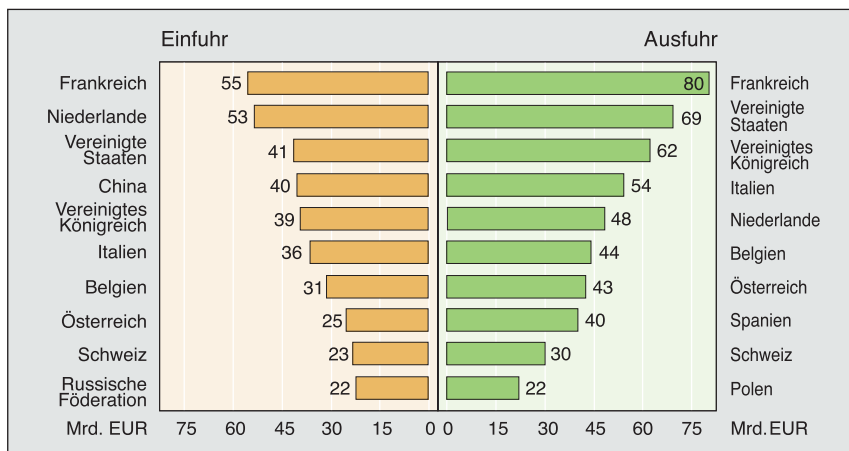
Einfuhrgüter lieferte. Wirtschaftlich dominiert wird der deutsch-amerikanische Außenhandel von dem Warenaustausch mit den USA; in die USA gingen im Jahr 2005 mehr als drei Viertel aller deutschen für Amerika bestimmten Ausfuhren, bei der Einfuhr war der Anteil fast ebenso hoch.

Während Deutschland wesentlich mehr nach Amerika liefert, als es von dort bezieht, ist es im deutschen Außenhandel mit Asien gerade umgekehrt. Auf diesem Kontinent verzeichnet Deutschland traditionell ein Handelsbilanzdefizit.

Im Jahr 2005 wuchsen die deutschen Ausfuhren nach Asien gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 6,5 % auf 88,5 Mrd. Euro und die deutschen Einfuhren aus Asien um 8,4 % auf 103,8 Mrd. Euro. Größter asiatischer Handelspartner Deutschlands ist China; von dort importierte Deutschland im Jahr 2005 Waren im Wert von 39,9 Mrd. Euro, während die deutschen Exporte nach China 21,3 Mrd. Euro erreichten. Die Importe aus China stiegen im Jahr 2005 um 21,6 % gegenüber dem Vorjahr. Die Ausfuhren erhöhten sich im gleichen Zeitraum um 1,4 %.

Vergleichsweise niedrig ist der Warenaustausch mit den übrigen Kontinenten. So erreichten die deutschen Ausfuhren nach Afrika im Jahr 2005 rund 14,8 Mrd. Euro, das sind weniger als 2 % der deutschen Exporte insgesamt. Der Anteil von Australien und Ozeanien war mit weniger als einem Prozent noch geringer.

Abb. 5: Die größten Handelspartner Deutschlands 2005¹
in Mrd. EUR



1 Vorläufige Ergebnisse.

Frankreich ist der mit Abstand wichtigste Handelspartner Deutschlands mit einem Anteil von rund 9,5 % am deutschen Außenhandelsumsatz des Jahres 2005. Auf die drei wichtigsten Handelspartner (Frankreich, die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich) entfällt zusammen fast ein Viertel des Umsatzes und fast die Hälfte (47 %) des Ausfuhrüberschusses. Über 60 % des Außenhandelsumsatzes wickelt Deutschland mit seinen zehn wichtigsten Partnerländern ab (vgl. Abb. 5). Mit den Vereinigten Staaten und China lagen lediglich zwei dieser zehn Länder außerhalb Europas.

Als Handelspartner gewinnt China immer größere Bedeutung; während China im Jahr 2003 noch an 10. Stelle aller Handelspartner Deutschlands lag, hatte es im Jahr 2005 bereits den 8. Platz der Rangfolge erreicht.

Tab. 9: Entwicklung von Wareneinfuhr und Warenausfuhr¹
in Mrd. EUR

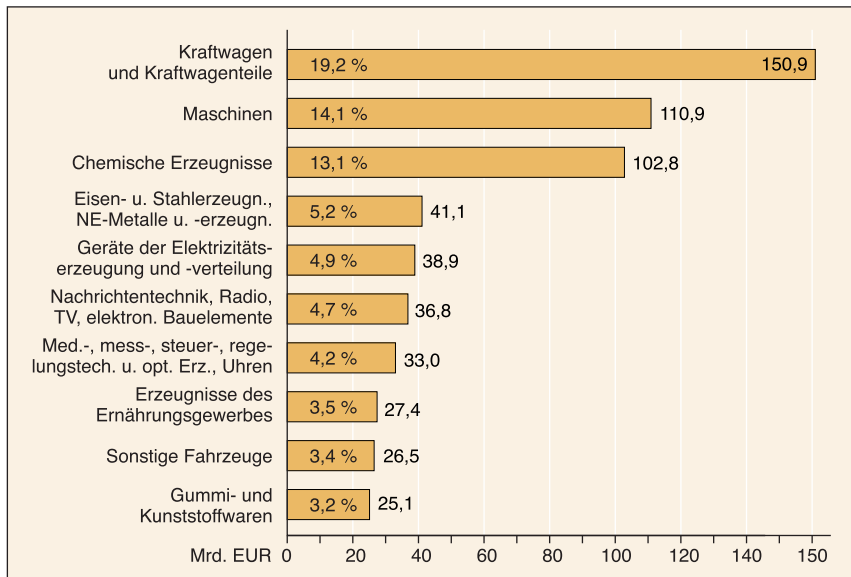
Jahr	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo ²
1960	21,8	24,5	2,7
1970	56,0	64,1	8,1
1980	174,5	179,1	4,6
1990	293,2	348,1	54,9
1995	339,6	383,2	43,6
2000	538,3	597,4	59,1
2001	542,8	638,3	95,5
2002	518,5	651,3	132,8
2003	534,5	664,5	129,9
2004	575,5	731,5	156,1
2005	625,6	786,2	160,6

1 Bis einschl. 1989 früheres Bundesgebiet, ab 1990 Deutschland.

2 Ausfuhren abzüglich Einfuhren.

Die amtliche Statistik bietet detaillierte Außenhandelsergebnisse nach mehr als 10000 Warengruppen und 230 Ländern und Gebieten. Analysiert man den deutschen Außenhandel nach Warengruppen, so zeigen sich eindeutige Schwerpunkte der deutschen

Abb. 6: Deutschlands wichtigste Exportgüter 2005¹
in Mrd. EUR bzw. in Prozent



1 Vorläufige Ergebnisse.

Exportwirtschaft. Bei der Ausfuhr lagen im Jahr 2005 – wie auch in den Vorjahren – Kraftfahrzeuge und Kfz-Teile (150,9 Mrd. Euro) an der Spitze, gefolgt von Maschinen (110,9 Mrd. Euro) und chemischen Erzeugnissen (102,8 Mrd. Euro). Auf diese drei Ausfuhrbereiche zusammen entfielen 46 % der gesamten Warenausfuhr.

Betrachtet man die Waren nach ihrem Verarbeitungsgrad, so zeigt sich, dass der Fertigwarenanteil in den vergangenen Jahrzehnten sowohl bei der Ein- wie auch der Ausfuhr die größte Bedeutung hatte, wobei der Anteil an der Ausfuhr (85 %) weit höher liegt als an der Einfuhr (67 %). Der Handel mit Rohstoffen hat in beiden

Tab. 10: Einfuhr und Ausfuhr nach Warengruppen¹
in Prozent

Wirtschaftszweig/ Warengruppe	Einfuhr ²				Ausfuhr ²			
	1960	1980	1990	2005	1960	1980	1990	2005
Ernährungswirtschaft	26,3	12,7	10,8	7,0	2,3	5,3	4,8	4,3
Gewerbliche Wirtschaft	72,7	86,0	87,8	84,6	97,4	94,0	94,8	90,4
davon:								
Rohstoffe	21,7	17,3	6,1	9,9	4,6	1,9	1,1	1,1
Halbwaren	18,9	17,6	11,3	7,3	10,4	8,7	5,3	4,6
Fertigwaren	32,2	51,2	70,5	67,5	82,4	83,4	88,4	84,8

1 Ohne Rückwaren und Ersatzlieferungen.

2 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland; seit 1993 neues Erhebungsverfahren innerhalb der EU.

Richtungen prozentual an Bedeutung verloren. Hier weist naturgemäß die Einfuhr einen höheren Anteil auf. Tab. 10 macht auch deutlich, dass die Einfuhren von Ernährungsgütern prozentual deutlich zurückgegangen sind. Diese Entwicklung ist auch Spiegelbild der allgemeinen Lebensbedingungen, wonach nicht mehr die Deckung der täglichen Grundbedürfnisse, sondern das Bestreben nach Erhöhung der eigenen Lebensqualität das Konsumverhalten bestimmt. Ausfuhrseitig blieb der Anteil der Ernährungswirtschaft relativ stabil, was unterstreicht, dass Deutschland nie ein vornehmlich landwirtschaftlich orientiertes Land war.

12.6.2 Außenhandelspreise

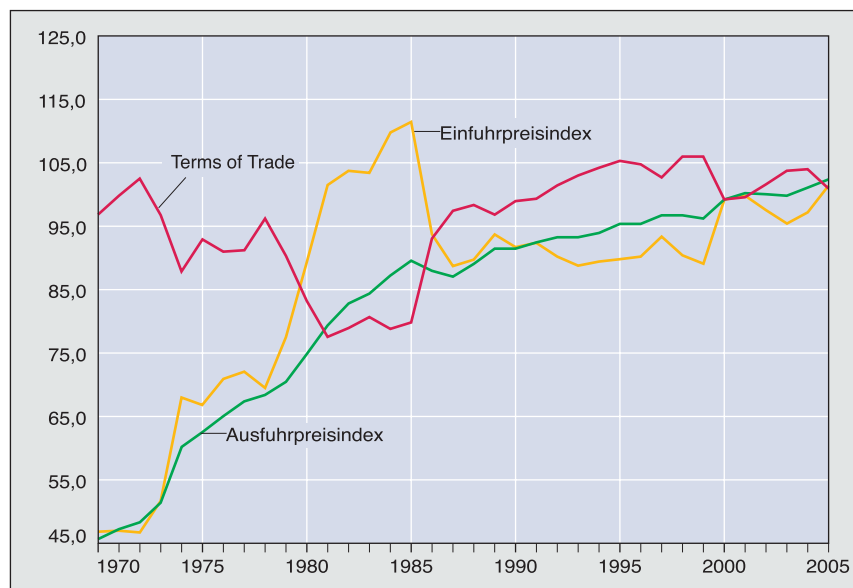
Die Indizes der Außenhandelspreise messen die Entwicklung der Preise aller Waren, die zwischen Deutschland und dem Ausland gehandelt werden. Damit stellen sie für Politik und Wirtschaft eine wertvolle Informationsquelle dar. Insbesondere dienen sie zur Abschätzung der Preiseinflüsse aus dem Ausland auf das inländische Preisniveau. Mit Hilfe der aus ihnen abgeleiteten Terms of Trade (Ausfuhrpreisindex dividiert durch Einfuhrpreisindex mal 100) kann darüber hinaus die Entwicklung der Austauschverhältnisse der deutschen Volkswirtschaft mit dem Ausland analysiert werden. Steigen beispielsweise die Ausfuhrpreise stärker als die Einfuhrpreise, bedeutet dies, dass man für eine bestimmte Menge ausgeführter Güter einen höheren Erlös erhält und dafür mehr Güter im Ausland einkaufen kann als zuvor.

Tab. 11: Index der Ein- und Ausführpreise in Deutschland¹
(2000 = 100)

Jahr	Einfuhrpreisindex	Ausfuhrpreisindex	Terms of Trade
1970	47,6	46,5	97,7
1980	90,1	75,7	84,0
1990	92,5	92,3	99,8
1991	93,2	93,3	100,1
1993	89,6	94,0	104,9
1995	90,6	96,1	106,1
1996	91,0	96,1	105,6
1997	94,2	97,5	103,5
1998	91,3	97,5	106,8
1999	90,8	97,0	106,8
2000	100,0	100,0	100,0
2001	100,6	101,0	100,4
2002	98,4	100,8	102,4
2003	96,2	100,6	104,6
2004	97,2	101,1	104,0
2005	101,4	102,4	101,0

1 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet.

Abb. 7: Index der Ein- und Ausführpreise in Deutschland¹
(2000 = 100)



1 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet.

Bei den Ausfuhrpreisen ist seit 1970 ein nahezu durchgehender Preisanstieg festzustellen, während bei den Einfuhrpreisen Preisausschläge nach beiden Seiten zu verzeichnen waren, wobei jedoch die Preissteigerungen gegenüber den Preisrückgängen langfristig überwogen. Ursache für diese Entwicklung ist im Wesentlichen die unterschiedliche Warenstruktur der Ein- und Ausfuhr der Bundesrepublik Deutschland. Bei den Importen sind Rohstoffe und auch Güter der Ernährungswirtschaft, die besonders häufig stärkeren Preisschwankungen unterliegen, von größerer Bedeutung als bei den Exporten.

12.6.3 Zahlungsbilanz

Um das Bild der außenwirtschaftlichen Verflechtungen zu vervollständigen, empfiehlt sich auch die Betrachtung der Zahlungsbilanz. Die Zahlungsbilanz gibt ein zusammengefasstes Bild der wirtschaftlichen Transaktionen zwischen In- und Ausländern. Sie gliedert sich in die Leistungsbilanz, die Bilanz der Vermögensübertragungen, die Kapitalbilanz und die Veränderung der Währungsreserven der Deutschen Bundesbank. In der Leistungsbilanz werden alle Waren- und Dienstleistungsumsätze, Erwerbs- und Vermögenseinkommen sowie die laufenden Übertragungen dargestellt, die im Berichtszeitraum stattgefunden haben. Die Vermögensübertragungen werden in einer gesonderten Position ausgewiesen. Unter den Übertragungen insgesamt sind die Gegenbuchungen zu den Güter- und Kapitalbewegungen zu finden, die unentgeltlich erfolgt sind. Kapitalbilanz und Veränderung der Währungsreserven der Deutschen Bundesbank enthalten alle Transaktionen, bei denen sich grenzüberschreitende Finanzpositionen verändern. Der Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen wird gleichfalls gesondert ausgewiesen.

Die Zahlungsbilanz ist, wie jedes geschlossene Buchhaltungssystem, stets ausgeglichen. In der hier gewählten Darstellung gilt für den rechnerischen Zusammenhang zwischen den erwähnten vier Teilen der Zahlungsbilanz folgende Gleichung:

$$\begin{aligned}
 & \text{Saldo der Leistungsbilanz} \\
 & + \text{Saldo der Vermögensübertragungen} \\
 & = \text{Saldo der Kapitalbilanz} \\
 & + \text{Veränderung der Währungsreserven der Deutschen Bundesbank} \\
 & \quad \text{zu Transaktionswerten} \\
 & + (\text{Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen})
 \end{aligned}$$

Um das Verständnis der Kapitalbilanz zu erleichtern, wurde eine Darstellung gewählt, die von der üblichen Form etwas abweicht. Dabei wurden die Vorzeichen in der Weise gesetzt, dass jede Bestandserhöhung mit einem Pluszeichen, jede Verminderung mit einem Minuszeichen erscheint.

Aus der Leistungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Tab. 12) geht hervor, dass den Außenhandelsüberschüssen Defizite beim Dienstleistungsverkehr (verursacht hauptsächlich durch die Reisefreudigkeit der Deutschen) und bei den laufenden Übertragungen (insbesondere Beiträge zum EU-Haushalt, Heimatüberweisungen der ausländischen Arbeitnehmer, private Renten, Pensionen und Unterstützungszahlungen

Tab. 12: Saldo der Leistungsbilanz/Vermögensübertragungen¹
in Mill. EUR

Jahr	Saldo der Leistungsbilanz							Vermögens- über- tragungen ³
	Insgesamt	Waren- und Dienstleistungsverkehr			Erwerbs- und Vermögens- einkommen	laufende Über- tragungen		
		zusammen	Waren- verkehr ² (fob-Werte)	Dienst- leistungs- verkehr				
1999	- 24 001	+ 11 838	+ 66 195	- 54 357	- 10 847	- 24 990	- 154	
2000	- 32 676	+ 2 955	+ 62 654	- 59 699	- 7 276	- 28 354	+ 6 823	
2001	+ 3 316	+ 40 205	+ 100 662	- 60 457	- 9 474	- 27 416	- 387	
2002	+ 48 155	+ 90 957	+ 136 532	- 45 575	- 14 742	- 28 061	- 212	
2003	+ 45 172	+ 87 640	+ 132 001	- 44 361	- 13 784	- 28 684	+ 312	
2004	+ 84 486	+ 112 791	+ 155 520	- 42 729	+ 117	- 28 423	+ 430	
2005	+ 90 365	+ 115 237	+ 158 136	- 42 899	- 3 802	- 28 676	- 1 290	

1 Nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank.

2 Spezialhandel einschl. Ergänzungen.

3 Einschl. Kauf/Verkauf von immateriellen nichtproduzierten Vermögensgütern (UMTS-Lizenzen) im Jahr 2000.

an das Ausland) gegenüberstehen. Nachdem der Saldo der Leistungsbilanz seit 1991 stets negativ war, lag er im Jahr 2001 erstmals wieder im positiven Bereich bei 3,3 Mrd. Euro. Im Berichtsjahr 2002 stieg der positive Leistungsbilanzsaldo erheblich auf 48,2 Mrd. Euro. Dies resultiert aus dem enormen Exportüberschuss im deutschen Außenhandel sowie einem Rückgang des Defizits im Dienstleistungsverkehr. Bei gleichen Verhältnissen stieg der Leistungsbilanzsaldo im Jahr 2005 auf 90,4 Mrd. Euro.

Aus der Kapitalbilanz (Tab. 13) ist ersichtlich, dass die deutschen Direktinvestitionen im Ausland im Jahr 2005 um 2,7 Mrd. Euro höher lagen als die Anlagen des Auslands in Deutschland. Im Jahr 2000 haben Ausländer 153,8 Mrd. Euro mehr in Deutschland investiert, als dies von den Deutschen im Ausland getan wurde. Maßgeblicher Grund hierfür ist die Übernahme eines deutschen Unternehmens durch einen ausländischen

Tab. 13: Saldo der Kapitalbilanz¹
in Mill. EUR

Jahr	Saldo der Kapitalbilanz					Veränderung der Währungs- reserven der Deutschen Bundesbank ²	Statistisch nicht auf- gliederbare Trans- aktionen
	Insgesamt	Direkt- investitionen	Wertpapier- anlagen	Kredit- verkehr	Sonstige Anlagen		
1999	+ 22 931	+ 49 384	+ 11 471	- 40 293	+ 2 369	- 12 535	- 34 550
2000	- 28 343	- 153 822	+ 164 910	- 41 285	+ 1 854	- 5 844	+ 8 333
2001	+ 17 826	+ 14 829	- 39 027	+ 40 686	+ 1 338	- 6 032	- 8 865
2002	+ 42 825	- 37 558	- 62 823	+ 141 604	+ 1 603	- 2 065	+ 7 184
2003	+ 46 207	- 27 397	- 64 845	+ 135 406	+ 3 043	- 445	- 279
2004	+ 112 628	+ 22 201	- 16 564	+ 103 623	+ 3 367	- 1 470	- 26 241
2005	+ 109 226	+ 2 666	+ 30 553	+ 72 050	+ 3 957	- 2 182	- 17 969

1 Nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank.

2 Zu Transaktionswerten.

Investor sowie Mittelbereitstellungen im Zusammenhang mit dem Erwerb von UMTS-Lizenzen (vgl. Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, März 2001, S. 69 ff.). Des Weiteren floss im Jahr 2000 erheblich mehr deutsches Kapital (+164,9 Mrd. Euro) in ausländische Wertpapiere als vom Ausland in deutschen Wertpapieren angelegt wurde. Auch hier wirkt sich spiegelbildlich die bereits erwähnte Großfusion aus, da der Direktinvestor die zuvor im Ausland befindlichen Aktien des deutschen Unternehmens übernommen hat. Dadurch ergibt sich rechnerisch ein geringeres Engagement des Auslands in hiesige Wertpapiere, was den starken Anstieg des positiven Wertpapier-saldos im Jahr 2000 zur Folge hat. In 2005 lag der Saldo der Wertpapieranlagen seit 2001 erstmals wieder im positiven Bereich (+30,6 Mrd. Euro). Die Kreditgewährung überstieg die Kreditaufnahme um 72,1 Mrd. Euro.

Der Saldo der Kapitalbilanz und die Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten – ergänzt um den »Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen« – entspricht dem Saldo der Leistungsbilanz zuzüglich des Saldos der Vermögensübertragungen. Den Leistungstransaktionen in Form des Waren- und Dienstleistungsverkehrs und der Übertragungen stehen entsprechende finanzielle Transaktionen gegenüber. Sofern die Überschüsse bzw. Defizite in der Leistungsbilanz nicht durch Gegenbewegungen im Kapitalverkehr ausgeglichen werden, verändern sich die Auslandsaktiva der Bundesbank (Gold, Devisen usw.) entsprechend.

13 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Die amtliche Statistik der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei gliedert sich in die überwiegend in zweijährlichen oder längerfristigen Abständen stattfindenden Betriebsstrukturerhebungen und die im Allgemeinen jährlich oder mit kürzerer Periodizität durchgeführten Erzeugungsstatistiken.

Im Folgenden werden wichtige Rahmendaten über die Produktion und Strukturen der landwirtschaftlichen Betriebe dargestellt. Dazu werden sowohl Ergebnisse für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe insgesamt als auch für Betriebe mit ökologischem Landbau betrachtet.

Die Betriebe des ökologischen Landbaus werden gesondert beschrieben, da sich diese in ihrer Struktur von den anderen landwirtschaftlichen Betrieben in Deutschland unterscheiden. Gestiegenes Verbraucherinteresse und geänderte institutionelle Rahmenbedingungen haben zu einem Zuwachs an Ökobetrieben geführt. Sie sind aber sowohl im Hinblick auf die Zahl der Betriebe als auch auf den Anteil an der landwirtschaftlich genutzten Fläche noch von geringer Bedeutung für die Landwirtschaft insgesamt.

Ebenso erfolgt eine getrennte Beschreibung der Forstwirtschaft, da die forstwirtschaftlichen Betriebe nicht Bestandteil der zweijährlich stattfindenden Betriebsstrukturerhebung sind.

13.1 Bedeutung der Agrarwirtschaft

Mit der Versorgung der Bevölkerung und der Sicherstellung der Ernährung zu angemessenen Preisen erbringt die Agrarwirtschaft eine bedeutsame Leistung. So können gut 80 % des Nahrungsbedarfs in Deutschland aus heimischer Produktion gedeckt werden. Dennoch ist der Anteil der Landwirtschaft an der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung (Bruttowertschöpfung) mit 1,1 % (2005) gering. Auch für die Beschäftigung spielt die Landwirtschaft nur eine untergeordnete Rolle. Während um die Jahrhundertwende noch gut jeder dritte und 1950 immerhin rund jeder vierte Erwerbstätige in diesem Bereich tätig war, nimmt gegenwärtig nur noch etwa jeder fünfzigste die Landwirtschaft als Haupterwerbstätigkeit wahr (nach Berechnungen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen).

Diese Zahlen machen deutlich, dass sich in der Landwirtschaft ein tief greifender Wandel vollzieht. Die gleichzeitige Integration dieses Wirtschaftsbereichs in den gemeinsamen Agrarmarkt der Europäischen Union führt zugleich dazu, dass erhebliche Haushaltsmittel der EU (2005: 53 Mrd. Euro) und der Bundesrepublik (2005: 5 Mrd. Euro) durch die Landwirtschaft gebunden sind.

Neben der Bedeutung der landwirtschaftlichen Produktion für die Ernährungssicherung mit qualitativ hochwertigen heimischen Nahrungsmitteln ist die Verantwortung der Landwirtschaft für Gesellschaft und Umwelt hervorzuheben. Dazu gehören die Erhaltung der Besiedlungsstruktur ländlicher Gebiete und die Erhaltung der über Jahrhunderte gewachsenen Kulturlandschaft durch die Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen. Von den Landwirten wird verantwortliches Handeln im ökologisch geprägten Anbau und in der artgerechten Nutztierhaltung gefordert.

So hat neben der Sicherung der Ernährung die Erhaltung und Pflege der ländlichen Räume durch die Landwirtschaft eine weitaus größere Bedeutung, als sie im Beitrag der Landwirtschaft zur Bruttowertschöpfung der Gesamtwirtschaft zum Ausdruck kommt.

Tab. 1: Eckdaten über die Land- und Forstwirtschaft, Fischerei 2005¹

Landwirtschaftlich genutzte Fläche	17,0 Mill. Hektar = 48 % der Fläche Deutschlands
Landwirtschaftliche Betriebe	395 500
Bruttowertschöpfung in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	21,8 Mrd. EUR = 1,1 % der gesamten Bruttowertschöpfung
Mit betrieblichen Arbeiten Beschäftigte in der Landwirtschaft	1,3 Mill.

1 Vorläufige Angaben.

13.2 Bodennutzung

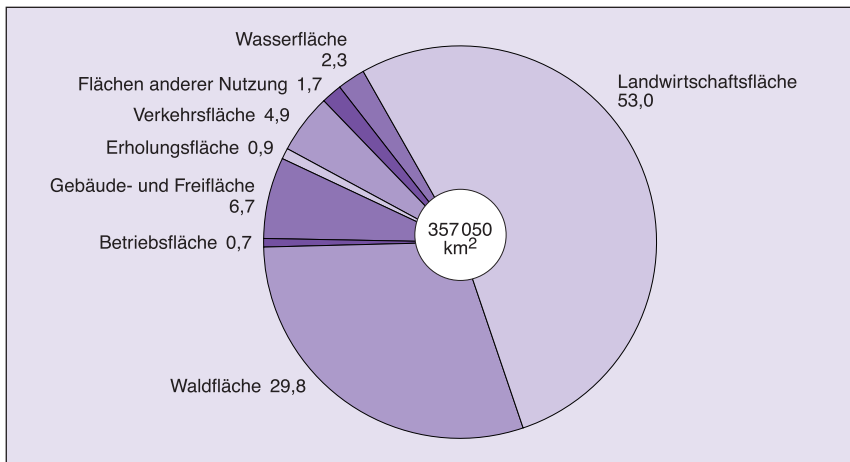
Die Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung lieferte 2005 zum vierten Mal (nach 1993) für Deutschland Angaben zur Nutzung der Bodenfläche nach einheitlichen methodischen Maßstäben für alle 16 Bundesländer.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Bodenfläche der Bundesrepublik Deutschland 357 050 Quadratkilometer beträgt. Nach wie vor beansprucht die Landwirtschaftsfläche mit 53 % den größten Anteil; er betrug im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin-Ost 51 %, in den neuen Ländern lag er mit 57 % höher. In acht Ländern wird mindestens die Hälfte der Bodenfläche landwirtschaftlich genutzt: Den höchsten Wert hat Schleswig-Holstein mit 71 %. Neben den drei Stadtstaaten haben Hessen und Rheinland-Pfalz mit jeweils knapp 43 % den geringsten Anteil.

Die Waldfläche beträgt etwa 30 % der Gesamtfläche Deutschlands. Während im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin-Ost mehr als 31 % der Fläche mit Wald bedeckt sind, sind es in den neuen Ländern 28 %. Das walddreichste Land ist Rheinland-Pfalz mit gut 41 %, gefolgt von Hessen mit 40 %. Den geringsten Anteil an Waldfläche besitzt Schleswig-Holstein mit fast 10 %.

Die Siedlungs- und Verkehrsfläche umfasst nahezu 46 000 Quadratkilometer; das sind etwa 13 %. Im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin-Ost ist der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche mit gut 14 % deutlich höher als in den neuen Ländern mit 9 %. In den Flächenländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Thüringen liegt der Anteil unter 10 %. Nordrhein-Westfalen mit knapp 22 % und das Saarland mit 20 % besitzen den relativ größten Raum für Siedlungs- und Verkehrszwecke. In den Stadtstaaten nimmt die Siedlungs- und Verkehrsfläche über die Hälfte der Bodenfläche ein; in der Bundeshauptstadt Berlin sind es über zwei Drittel.

Abb. 1: Aufteilung der Fläche nach Nutzungsarten
in Prozent



13.3 Landwirtschaftliche Betriebe

Der infolge des technischen und züchterischen Fortschritts sowie der geänderten Agrarpolitik stattfindende Strukturwandel in der deutschen Landwirtschaft wird im Rahmen der Agrarstrukturhebung am Rückgang der Betriebszahlen und damit verbunden der in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeitskräfte deutlich. So ging die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe von 1999 bis 2005 von rund 472 000 auf gut 395 000 zurück. Das betrifft vor allem kleine und mittlere Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) bis unter 75 Hektar.

Gleichzeitig führte der Strukturwandel zu Landwirtschaftsbetrieben mit einer wachsenden Flächenausstattung von durchschnittlich 36,3 Hektar LF im Jahr 1999 auf 43,1 Hektar LF im Jahr 2005. Dieser Wandel ist vor allem bei den Betrieben im früheren Bundesgebiet zu beobachten.

Tab. 2: Betriebe und durchschnittliche Betriebsgröße¹
der landwirtschaftlichen Betriebe in Hektar

Jahr	Deutschland		Früheres Bundesgebiet ²		Neue Länder ³	
	Betriebe	durchschnittliche Größe	Betriebe	durchschnittliche Größe	Betriebe	durchschnittliche Größe
1999	471 960	36,3	441 567	26,1	30 393	184,4
2001	448 936	38,1	418 241	27,5	30 695	182,4
2003	420 697	40,4	390 615	29,3	30 082	184,6
2005 ⁴	395 495	43,1	365 863	31,3	29 632	188,4

1 Landwirtschaftliche Betriebe mit 2 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) und mehr bzw. mit einer Mindestgröße an Erzeugungseinheiten. – 2 Ab 2001 einschl. Berlin-Ost. – 3 1999 einschl. Berlin-Ost. – 4 Vorläufiges Ergebnis.

Tab. 3: Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)¹
in der Landwirtschaft

Landwirtschaftliche Betriebe, Landwirtschaftlich genutzte Fläche ... bis unter ... ha	Betriebe			Landwirtschaftlich genutzte Fläche		
	1999	2003	2005 ²	1999	2003	2005 ²
	Anzahl in 1 000			1 000 ha		
Deutschland						
unter 10	191,6	165,4	149,4	831,3	712,5	648,3
10– 30	139,1	117,3	110,0	2 564,9	2 138,6	2 006,1
30– 50	62,6	54,5	51,6	2 426,8	2 127,6	2 016,3
50–100	54,3	54,9	54,2	3 738,6	3 823,2	3 790,0
100–200	16,3	19,5	20,7	2 161,3	2 586,0	2 766,3
200 und mehr	8,0	9,0	9,6	5 428,6	5 620,1	5 800,9
Insgesamt	472,0	420,7	395,5	17 151,6	17 008,0	17 028,0
Früheres Bundesgebiet ³						
unter 10	179,8	153,9	138,5	785,2	666,7	604,6
10– 30	133,6	112,0	104,6	2 467,7	2 044,0	1 910,5
30– 50	60,6	52,6	49,7	2 351,5	2 051,0	1 940,9
50–100	51,8	52,5	51,7	3 558,7	3 647,6	3 612,2
100–200	13,6	16,8	18,1	1 766,8	2 199,8	2 379,9
200 und mehr	2,0	2,8	3,2	616,0	846,8	998,3
Zusammen	441,6	390,6	365,9	11 545,9	11 455,8	11 446,4
Neue Länder ⁴						
unter 10	11,8	11,5	10,9	46,1	45,8	43,7
10– 30	5,5	5,4	5,4	97,1	94,5	95,6
30– 50	1,9	2,0	1,9	75,3	76,7	75,4
50–100	2,5	2,4	2,5	179,9	175,6	177,9
100–200	2,7	2,6	2,6	394,5	386,2	386,4
200 und mehr	6,0	6,2	6,3	4 812,7	4 773,3	4 802,5
Zusammen	30,4	30,1	29,6	5 605,6	5 552,2	5 581,5

1 Landwirtschaftliche Betriebe mit 2 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) und mehr bzw. mit einer Mindestgröße an Erzeugungseinheiten. – 2 Vorläufiges Ergebnis. – 3 Ab 2001 einschl. Berlin-Ost. – 4 1999 einschl. Berlin-Ost.

Der Umstrukturierungsprozess in den neuen Ländern fand im Wesentlichen in den Jahren nach der Vereinigung Deutschlands statt. Aus den 1989 existierenden 464 Staatsgütern (VEG), 3844 Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) und 370 weiteren genossenschaftlichen sowie zwischenbetrieblichen Einrichtungen, gingen die Nachfolgeunternehmen in Form juristischer Personen sowie Einzelunternehmen und Personengesellschaften hervor. Die Betriebsgrößenstruktur ist hier seit 1999 vergleichsweise stabil, die durchschnittliche Betriebsgröße erhöhte sich nur geringfügig auf 188,4 Hektar LF.

Frei gewordene landwirtschaftlich genutzte Flächen, z. B. infolge von Betriebsaufgaben, werden von verbleibenden Betrieben vor allem über Pachtverträge zur Flächenaufstockung genutzt. Der Anteil der Pachtflächen an der selbst bewirtschafteten LF hat sich im Zeitraum von 1999 bis 2005 kaum verändert. Der Pachtlandanteil ist in Deutschland geringfügig von 63 % im Jahr 1999 auf 62,6 % gesunken, was auf den sinkenden Pachtflächenanteil in den neuen Bundesländern von 90 auf 81,2 % zurückzuführen ist. Im früheren Bundesgebiet bewegt sich dieser Anteil im betrachteten Zeitraum fast konstant um 54 %.

13.4 Rechtsformen und Arbeitskräfte in der Landwirtschaft

13.4.1 Rechtsformen

Weiterhin wird vor allem im früheren Bundesgebiet der überwiegende Teil der landwirtschaftlichen Produktion von Betrieben in der Rechtsform Einzelunternehmen natürlicher Personen erbracht.

Die landwirtschaftlichen Betriebe Deutschlands gliederten sich 2005 nach vorläufigen Ergebnissen in 1,3 % juristische Personen und in 98,7 % natürliche Personen, wobei von den natürlichen Personen 95,2 % auf Einzelunternehmen und 4,8 % auf Personengesellschaften entfielen. In den neuen Ländern betrugen diese Anteile 11,3 % (juristische Personen) und 88,7 % (natürliche Personen) mit 87,8 % Einzelunternehmen und 12,2 % Personengesellschaften. Bei der landwirtschaftlich genutzten Fläche bewirtschafteten die natürlichen Personen 2005 einen Anteil der Fläche von 82,3 % mit einer durchschnittlichen Flächenausstattung von 35,9 Hektar LF je Betrieb. Von diesen entfielen 83,6 % mit einer durchschnittlichen Fläche von 31,6 Hektar LF auf Einzelunternehmen und 16,4 % mit einer durchschnittlichen LF von 122,6 Hektar auf Personengesellschaften.

Durch juristische Personen bewirtschaftet wurden 17,7 % der LF mit einer Betriebsgröße von durchschnittlich 567,9 Hektar. Hierbei sind deutliche Unterschiede zwischen dem früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin-Ost und den neuen Ländern festzustellen. Einzelunternehmen bewirtschafteten im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin-Ost 89,8 % der LF mit durchschnittlich 29,6 Hektar LF und in

den neuen Ländern 25,8 % der LF mit durchschnittlich 62,4 Hektar LF. Bei den Personengesellschaften sind es dort 22,3 % der LF mit durchschnittlich 386,7 Hektar LF und im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin-Ost 9,2 % der LF mit 68,3 Hektar. Die Verteilung der Rechtsformen gegenüber 1999 weist keine sehr deutlichen Veränderungen auf. Allerdings gehörten die aufgebenden Betriebe überwiegend der Rechtsform Einzelunternehmen an.

In Deutschland gab es im Jahr 2005 insgesamt 162 400 Haupterwerbsbetriebe und 203 100 Nebenerwerbsbetriebe. Die Mehrzahl der Familienbetriebe wird im Nebenerwerb geführt. Auf sie entfallen knapp 2,8 Mill. Hektar LF, durchschnittlich 14 Hektar LF je Betrieb. Nebenerwerbsbetriebe sind im früheren Bundesgebiet mit 2,5 Mill. Hektar (89,6 % der LF der im Nebenerwerb geführten Betriebe Deutschlands) ein wesentlicher Bestandteil der Agrarstruktur. In den neuen Ländern spielen sie mit 0,3 Mill. Hektar nur eine untergeordnete Rolle. Die im Haupterwerb geführten Betriebe bewirtschafteten mit durchschnittlich 54,8 Hektar LF eine rund viermal größere LF als die Nebenerwerbsbetriebe. Dabei treten jedoch große regionale Unterschiede auf. Die Spanne reicht von einer durchschnittlichen Flächenausstattung im Haupterwerb von 37,8 Hektar LF in Bayern bis zu 238 Hektar LF in Mecklenburg-Vorpommern.

13.4.2 Arbeitskräfte

Im Jahr 2005 waren rund 1,3 Mill. Arbeitskräfte in der Landwirtschaft tätig. Das bedeutet einen Rückgang in der Zahl der Beschäftigten um 32,7 % seit 1991, von dem knapp 417 100 Arbeitskräfte im früheren Bundesgebiet und 197 600 in den neuen Ländern betroffen waren.

Eine Untergliederung der Arbeitskräfte in Familienarbeitskräfte und familienfremde Arbeitskräfte verdeutlicht die unterschiedliche Beschäftigtenstruktur in der Landwirtschaft in Deutschland infolge der verschiedenen Anteile an den Rechtsformen. So überwogen 2005 im früheren Bundesgebiet nach wie vor die Familienarbeitskräfte mit rund 733 700 Personen, davon 190 600 Vollbeschäftigte (26 %). Fast jede dritte der im Betrieb beschäftigten Familienarbeitskräfte geht hier zusätzlich einer anderen Erwerbstätigkeit nach. In den neuen Ländern dominieren aufgrund einer anderen Rechtsformstruktur die familienfremden Arbeitskräfte. Von den 164 400 Arbeitskräften sind 125 500 familienfremde Arbeitskräfte, mit einem Anteil von 54,3 % Vollbeschäftigung. Jede vierte der rund 38 800 Familienarbeitskräfte in den neuen Ländern ist vollbeschäftigt. Hier gehen 39,4 % der Familienarbeitskräfte zusätzlich einer anderen Erwerbstätigkeit außerhalb der Landwirtschaft nach.

Die Zahl der nicht ständigen familienfremden Arbeitskräfte ist in Deutschland mit insgesamt 304 600 Personen gegenüber 1999 fast stabil geblieben. Von den nicht ständig Beschäftigten sind 263 100 Arbeitskräfte im früheren Bundesgebiet und 41 500 Arbeitskräfte in den neuen Ländern tätig mit einem leichten Rückgang von 4 400 im früheren Bundesgebiet und einem Anstieg von 8 600 Personen in den neuen Ländern.

Tab. 4: Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben
nach Beschäftigtenkategorien
in 1000

Beschäftigtenkategorien	1991		1999		2003		2005 ¹	
	Per- sonen	AK-E ²	Per- sonen	AK-E ²	Per- sonen	AK-E ²	Per- sonen	AK-E ²
Arbeitskräfte insgesamt	1 878,7	1 018,3	1 437,0	612,3	1 303,3	588,3	1 264,1	554,2
darunter vollbeschäftigt	667,1	.	382,5	374,8	339,9	...	325,6	...
davon: Familienarbeitskräfte	1 370,4	624,4	940,8	406,6	822,7	388,4	772,6	351,5
darunter vollbeschäftigt ständige (familienfremde) Arbeitskräfte	359,9	351,9	231,5	223,9	209,3	...	200,8	...
darunter vollbeschäftigt nicht ständig Beschäftigte (einschl. Saisonarbeitskräfte)	403,7	361,7	195,9	170,2	191,4	157,6	186,9	150,1
	307,2	.	151,0	150,9	130,6	...	124,8	...
	104,6	32,2	300,3	35,6	289,2	42,3	304,6	52,6

1 Vorläufige Angaben.

2 Eine Arbeitskräfte-Einheit (AK-E) entspricht der Arbeitsleistung einer mit betrieblichen Arbeiten vollbeschäftigten und nach ihrem Alter voll leistungsfähigen Arbeitskraft.

13.5 Pflanzliche Produktion

13.5.1 Anbauflächen

Die landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland bewirtschafteten 2005 rund 17 Mill. Hektar LF, darunter fast 12 Mill. Hektar Ackerland (70 %), 5 Mill. Hektar Dauergrünland (29 %) und rund 100 000 Hektar Rebland (1 %). Bei einem weiteren Rückgang der landwirtschaftlich genutzten Flächen in den vergangenen vier Jahren um 67 900 Hektar oder 0,4 % ist der Anteil des Ackerlandes gegenüber dem Dauergrünland leicht gestiegen. Der Rebflächenanteil ist leicht gesunken.

Auf dem Ackerland hat 2005 vor allem der Getreideanbau als eine der wichtigsten Nahrungsgrundlagen für Mensch und Tier mit 6,9 Mill. Hektar oder knapp 58 % der Fläche etwas an Bedeutung abgenommen, wobei der ertragreiche Weizen mit einer Anbaufläche von gut 3 Mill. Hektar (+10 % gegenüber 2001) inzwischen knapp 27 % der Ackerfläche einnimmt. Die zweitwichtigste Getreideart ist Gerste mit etwa 2 Mill. Hektar (–7 % gegenüber 2001). Sowohl beim Anbau von Triticale mit 482 100 Hektar (–10 % in den letzten vier Jahren) als auch von Roggen mit 555 000 Hektar (–34 %) ist ein Rückgang zu verzeichnen. Weiterhin rückläufig ist auch der Anbau von Hafer

mit 210900 Hektar und einer Abnahme von knapp 10 %. Körnermais (einschl. Corn-Cob-Mix) konnte 2005 seine Anbauflächen bei einer Zunahme um beinahe 12 % auf 443300 Hektar ausbauen. Bei Futterpflanzen haben die Anbauflächen um fast 15 % auf 1,81 Mill. Hektar zugenommen, während bei Brachflächen eine Abnahme von knapp 8 % auf 782300 Hektar zu verzeichnen ist.

Die im Ertrag stehende Rebfläche umfasste im Jahr 2005 etwa 98900 Hektar. Sie nahm gegenüber 2001 um knapp 1 % ab. 63 % dieser Fläche sind mit weißen und 37 % mit roten Rebsorten bestockt. Im Jahr 2001 betrug der Anteil der weißen Rebsorten an der Rebfläche im Ertrag noch 73 %, derjenige der roten Sorten 27 %. Damit setzt sich der langfristige Trend der Sortenverschiebung von den weißen zu den roten Sorten fort.

Tab. 5: Verteilung der Anbaufläche auf dem Ackerland
in Prozent (Ackerland = 100 %)

Fruchtart	1999	2001	2003	2005 ¹
Weizen	22,0	24,5	25,1	26,7
Wintergerste	11,6	12,5	11,2	11,4
Sommergerste	7,1	5,4	6,4	5,1
Hafer	2,3	2,0	2,2	1,8
Roggen	6,3	7,1	4,5	4,6
übrige Getreidearten	6,8	8,2	8,5	8,1
Getreide zusammen	56,1	59,6	57,8	57,6
Kartoffeln	2,6	2,4	2,4	2,3
übrige Hackfrüchte	4,3	3,9	3,9	3,7
Hackfrüchte zusammen	6,9	6,3	6,3	6,0
Grünmais/Silomais	10,2	9,6	9,9	10,6
übrige Futterpflanzen	4,3	3,8	3,5	4,5
Futterpflanzen zusammen	14,5	13,4	13,4	15,2
Sonstige Ackerfläche	22,5	20,7	22,4	21,3

1 Vorläufiges Ergebnis.

13.5.2 Ernteerträge und Erntemengen

Das Erntejahr 2005 war durch einen sehr späten Vegetationsbeginn im Frühjahr und eine sehr wechselhafte Witterung gekennzeichnet. Die Erträge und vor allem die Qualitätseigenschaften des Getreides wurden durch eine mehrwöchige Regenperiode in der Haupterntezeit erheblich beeinträchtigt. Während im Herbst 2004 noch überwiegend gute Aussaatbedingungen vorherrschten, setzte die Frühjahrsbestellung von Getreide aufgrund von nassen Böden verspätet ein.

Dennoch konnten die Landwirte 2005 eine zwar im Vergleich zur Spitzenernte 2004 geringere, aber im langfristigen Vergleich gesehen etwas überdurchschnittliche Ernte einbringen. Im Jahr 2003 war dagegen die Ernte aufgrund der extremen Trockenheit und Hitze im Sommer außerordentlich niedrig ausgefallen.

Tab. 6: Durchschnittliche Hektarerträge und Gesamterntemengen

Frucht-, Gemüse-, Obst, Wein	Hektarertrag				Erntemengen			
	1999	2001	2003	2005 ¹	1999	2001	2003	2005 ¹
Feldfrüchte:	dt je ha				1 000 t			
Winterweizen	76,4	79,2	65,5	75,2	18649,9	22565,6	18566,3	23483,9
Roggen	57,9	61,3	42,9	51,0	4323,5	5132,3	2277,4	2830,2
Wintergerste	65,9	70,9	52,7	65,6	9026,1	10441,0	6978,6	8914,4
Kartoffeln	375,0	407,8	345,2	403,8	11568,4	11502,8	9915,7	11157,6
Zuckerrüben	563,6	552,4	532,2	.	27568,8	24729,9	23715,7	.
Raps und Rübsen	35,8	36,6	28,7	37,5	4284,6	4160,1	3633,9	5049,9
Gemüse:								
Weißkohl	761,2	744,2	680,6	696,5	559,5	482,8	488,1	425,4
Kopfsalat	249,0	256,7	255,3	278,9	92,2	76,8	74,5	90,0
Frischerbsen	59,6	58,9	46,6	55,9	23,8	27,0	26,4	28,7
Obst ²								
(Marktbobstbau):	kg je Baum				1 000 t			
Äpfel	.	15,8	12,8	271,9	1036,1	922,4	818,0	847,0
Birnen	23,1	20,0	19,8	173,7	54,0	46,8	53,5	36,3
Wein:	hl je ha				1 000 hl			
Weißmost	117,1	85,9	83,7	89,8	9119,5	6240,3	5548,9	5637,3
Rotmost	135,0	105,1	85,6	100,0	3166,5	2841,1	2739,7	3609,5

1 Feldfrüchte und Wein, vorläufiges Ergebnis.

2 2005 Ertrag je Hektar.

Im Vergleich des Jahres 2005 gegenüber dem sehr guten Erntejahr 2001 nahmen die Hektarerträge bei Weizen (–5 %), Gerste (–7 %), Roggen (–17 %) und Triticale (–13 %) ab. Lediglich bei Körnermais (einschl. CCM) sowie bei Raps und Rübsen wurden 2,8 % bzw. 2,5 % höhere Erträge als 2001 erzielt. Die Rapsernte fiel 2005 mit 5,05 Mill. Tonnen gut 4 % niedriger aus als die vorjährige Rekord-ernte.

Im Jahr 2005 wurden 9,25 Mill. Hektoliter Weinmost in Deutschland geerntet. Die Weinmosternte ist damit um fast 2 % höher ausgefallen als 2001. Der Jahrgang 2005 ist durch eine gute Qualität gekennzeichnet: Von der gesamten Weinmostmenge sind knapp 77 % zur Herstellung von Qualitätswein mit Prädikat (Kabinett, Spätlese, Auslese, Beerenauslese, Trockenbeerenauslese und Eiswein) geeignet. Im Jahr 2000 waren dies nur 44 %.

Tab. 7: Qualität der Weinmosternte
Mengenanteil der Qualitätsstufen in Prozent

Qualitätsstufe	1994	1996	1998	2001	2003	2005 ¹
Tafelwein	1,6	0,4	1,1	0,4	3,3	0,1
Qualitätswein	55,6	61,9	57,4	45,4	32,5	23,2
Qualitätswein mit Prädikat	42,7	37,7	41,5	54,2	64,2	76,7

1 Vorläufiges Ergebnis.

13.6 Tierische Produktion

Die Viehhaltung besitzt für die deutsche Landwirtschaft traditionell eine große wirtschaftliche Bedeutung. In Deutschland haben insbesondere Rinder und Schweine eine bedeutende Stellung in der Nutztierhaltung. Hierbei gibt es unterschiedliche regionale Schwerpunkte. So ist die Erzeugung von Mastschweinen in einigen Regionen (z. B. in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen) ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, während in Bayern die Rinderhaltung dominiert. Dabei geht der in den landwirtschaftlichen Betrieben insgesamt beobachtete Strukturwandel auch an den Betrieben mit Viehhaltung nicht vorüber. So gab es im Mai 1999 noch rund 352 100 Betriebe mit Viehhaltung. Diese Zahl hat zum Mai 2005 um rund 20 % auf 281 000 Betriebe abgenommen: im früheren Bundesgebiet um –21 % auf 259 700 Betriebe und in den neuen Ländern um – 8 % auf 21 300 Betriebe.

Die Zahl der Betriebe mit Rindern ist in den vergangenen sechs Jahren um 23 % von 238 000 (1999) auf 183 400 im Mai 2005 zurückgegangen, wobei besonders die Zahl der Betriebe mit Milchviehhaltung mit –28 % einen noch stärkeren Rückgang erfahren haben. Auch bei den Betrieben mit Schweinehaltung war im gleichen Zeitraum eine Abnahme von rund 37 % festzustellen. So wurden im Mai 2005 in Deutschland noch 88 700 Betriebe mit Schweinehaltung gezählt.

Tab. 8: Betriebe mit Viehhaltung im Mai 1999, 2001, 2003 und 2005
in 1000

Jahr	Rinder	Schweine	Schafe
1999	238,0	141,4	34,0
2001	217,5	115,5	32,6
2003	198,1	103,4	31,4
2005	183,4	88,7	30,3

13.6.1 Viehbestände

Zurzeit werden nach den Ergebnissen der Erhebung über die Viehbestände am 3. Mai 2005 13,0 Mill. Rinder, 4,2 Mill. Milchkühe und 4,1 Mill. Kälber sowie Jungrinder bis unter einem Jahr in den landwirtschaftlichen Betrieben in Deutschland gehalten. Dabei sank die Zahl der Rinder in den vergangenen Jahren deutlich. So verringerte sich der Rinderbestand in Deutschland im Vergleich zu 1999 um 1,9 Mill. Tiere. Traditionell ist die Mutterkuhhaltung, d.h. die Haltung von Kühen ausschließlich zum Zwecke der Kälberaufzucht, gegenüber der Milchkuhhaltung von untergeordneter Bedeutung. Dementsprechend ist die Entwicklung der Milchkuhbestände für die Rindermast bedeutsam, da die Kälber, die zur Mast vorgesehen sind, vor allem aus der Milchkuhhaltung stammen. Damit hängt die Entwicklung der Rinderbestände in Deutschland im Wesentlichen von der Entwicklung der Milchkuhbestände ab. Auch bei Milchkühen ist generell eine Verringerung der Bestände festzustellen. So reduzierten die Landwirte im Vergleich zu 1999 die Zahl der Milchkühe um 11 %.

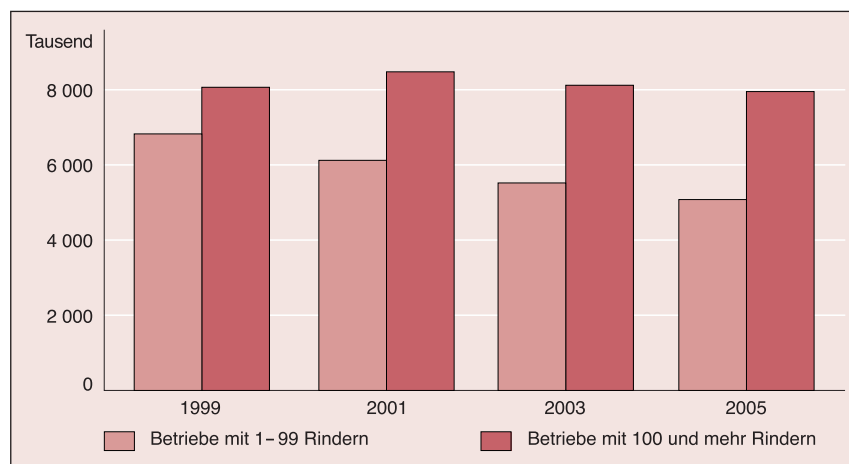
Tab. 9: Viehbestände im Mai 1999, 2001, 2003 und 2005 in Mill.

Jahr	Rinder	Schweine	Schafe
1999	14,9	26,1	2,7
2001	14,6	25,8	2,8
2003	13,6	26,3	2,7
2005	13,0	26,9	2,6

Die im Mai 2005 in Deutschland in den 183 400 landwirtschaftlichen Betrieben mit Rinderhaltung gezählten Herdengrößen sind sehr unterschiedlich. So wurden 35 % der Rinder in Betrieben mit 20 bis 99 Tieren gehalten (89 900 Betriebe). Rund 38 600 oder 21 % aller Betriebe mit Rindern hatten im Mai 2005 einen Bestand von 100 Tieren und mehr. In den Ställen dieser Betriebe standen zusammen 8 Mill. Rinder oder 61 % des gesamten Rinderbestandes. Im Mai 1999 hielten dagegen nur 17 % aller Betriebe mit Rindern (39 800 Betriebe) 100 Tiere oder mehr, aber noch 198 100 Betriebe (83 %) zwischen 20 und 99 Rinder. Auch bei den Betrieben mit Milchkuhhaltung änderte sich die Betriebsgrößenstruktur deutlich: So standen im Mai 2005 56 % der Milchkühe in Betrieben mit 50 Milchkühen und mehr, im Mai 1999 waren es lediglich 45 %. Diese Ergebnisse zeigen, dass auch in der Rinderhaltung ein deutlicher Konzentrationsprozess stattfindet.

Schweinehaltung erfolgt in der Regel hauptsächlich zur Fleischerzeugung. Dabei wird bei der Schweinehaltung im Allgemeinen zwischen zwei Produktionsrichtungen unterschieden: die Sauenhaltung bzw. Ferkelerzeugung und die Schweinemast. Die Ferkelerzeugung findet in spezialisierten Betrieben statt, die ihre Ferkel an Mastbetriebe liefern, in denen Ferkel bzw. Läufer mit einem Gewicht von 20 bis 30 Kilogramm bis zur Schlachtreife gemästet werden.

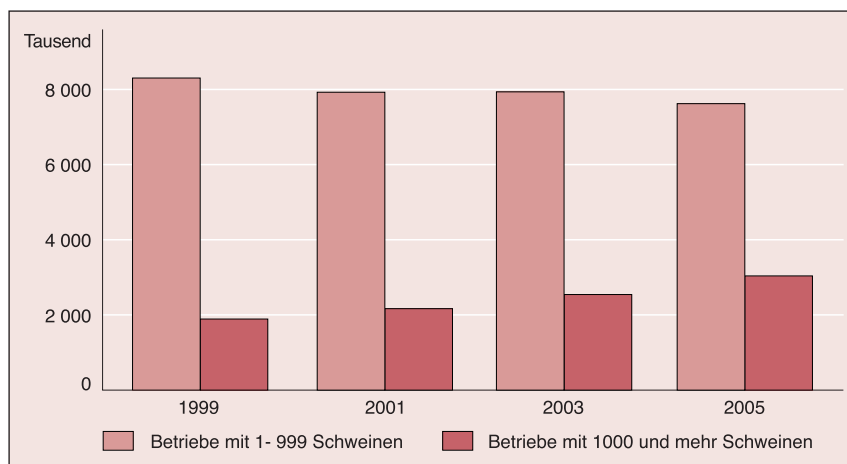
Abb. 2: Rinder in landwirtschaftlichen Betrieben in Deutschland



Bundesweit wurden im Mai 2005 26,9 Mill. Schweine in den landwirtschaftlichen Betrieben in Deutschland gehalten. Damit standen nach den Rückgängen der vergangenen Jahre so viele Schweine in den deutschen Ställen wie seit 1990 (30,8 Mill. Schweine) nicht mehr. Die Schweinebestände wurden im Vergleich zu 1999 um knapp 3 % aufgestockt, wobei vor allem die Mastschweinezahl um 5 % auf 10,7 Mill. Tiere zugenommen hat. Im Gegensatz dazu gehen die Bestände an Zuchtschweinen zurück: Im Mai 2005 wurden im Vergleich zu 1999 rund 6 % weniger Zuchtschweine (2,6 Mill. Tiere) gehalten.

Bei der Schweinehaltung vollzog sich in den letzten Jahren ein deutlicher Konzentrationsprozess der Tierbestände. Entsprechend wurden im Mai 2005 von 24 600 Betrieben mit 50 bis 999 Mastschweinen 67 % aller Mastschweine in Deutschland gehalten. Von ca. 1 800 Betrieben mit einer Bestandsgröße von 1 000 Mastschweinen und mehr wurden weitere 29 % aller Tiere in Deutschland gemästet. Im Vergleich dazu wurden 1999 noch knapp 30 000 Betriebe mit 50 bis 999 Mastschweinen erfasst.

Abb. 3: Mastschweine in landwirtschaftlichen Betrieben in Deutschland



13.6.2 Schlachtungen, Milch- und Eiererzeugung

Im Jahr 2004 wurden in Deutschland 3,7 Mill. Rinder, 45,9 Mill. Schweine, 370 000 Kälber und 910 000 Schafe gewerblich geschlachtet. Das entsprach einer Fleischerzeugung von gut 5,5 Mill. Tonnen aus gewerblichen Schlachtungen. Den Hauptanteil an der Fleischerzeugung hatte Schweinefleisch, gefolgt von Rindfleisch. Seit 1999 haben sich deutliche Veränderungen bei der Fleischproduktion ergeben. Die gewerbliche Erzeugung von Rinder- und Kalbfleisch hat seit 1999 um knapp 7 % abgenommen, die Produktion von Schweinefleisch andererseits um knapp 6 % zugenommen.

Tab. 10: Fleischerzeugung von Rindern, Schweinen und Geflügel
in 1000 Tonnen

Jahr	Rinder ¹	Schweine ¹	Geflügel ²
1999	1 280,9	4 033,4	714,5
2001	1 280,5	4 017,2	822,7
2002	1 245,9	4 059,6	856,1
2003	1 160,4	4 194,4	928,1
2004	1 195,3	4 268,5	1 016,9

1 Einschl. Abschnittsfette, ohne Innereien.

2 In Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mindestens 2000 Tieren pro Monat.

Zudem wurden im Jahr 2004 1 Mill. Tonnen Geflügelfleisch produziert. Dies waren etwa 15,5 % an der gesamten gewerblichen Fleischerzeugung. Hierunter nimmt Masthähnchenfleisch mit 548 000 Tonnen den größten Anteil ein, gefolgt von Truthühnerfleisch mit 390 000 Tonnen. Geflügelschlachtungen haben im Vergleich zum Jahr 1999 um 42,3 % zugenommen. Dies ist vor allem auf den Anstieg der Schlachtungen von Masthähnchen und Truthühnern zurückzuführen.

Neben der Geflügelfleischerzeugung ist die Erzeugung von Eiern der zweite wesentliche Aspekt der Geflügelhaltung. Die Eierzeugung wird durch die Erhebung in Unternehmen mit Hennenhaltung und mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen abgebildet. Sie dient vor allem der Beobachtung der Produktionsentwicklung und bildet eine Grundlage für die Schätzung der gesamten Produktion und der Eierbilanzen. Bis zum Jahr 2000 stieg die Eierzeugung in den befragten Betrieben auf gut 10,2 Mrd. Stück. Ab dem Jahr 2001 ist ein Rückgang der beobachteten Eierproduktion festzustellen. So lag die produzierte Menge im Jahr 2004 nur noch bei 9,2 Mrd. Stück. Mit 291 Eiern je Huhn ist allerdings die durchschnittliche Legeleistung gegenüber dem Jahr 2000 deutlich gestiegen.

Bei abnehmenden Milchkuhbeständen steigt die durchschnittliche Milchleistung je Kuh weiter an. Dies zeigt die Statistik der Milcherzeugung und -verwendung, welche die Menge der in landwirtschaftlichen Betrieben erzeugten Milch und die durchschnittliche Milchleistung je Kuh widerspiegelt. Die in Deutschland erzeugte Milchmenge bleibt durch vorgegebene Quotierungen jedoch insgesamt weitgehend konstant.

Tab. 11: Erzeugung von Kuhmilch und Herstellung von Milcherzeugnissen

Jahr	Milchproduktion		Milcherzeugnisse in 1000 t ¹				Konsummilchabsatz 1000 t ¹
	insges. 1000 t	kg je Kuh	Butter	Käse ²	Frischkäse	Kondensmilch	
1999	28 334	5 909	427	846	748	564	5 390
2001	28 191	6 213	420	1 001	764	588	5 485
2002	27 874	6 272	435	996	967	525	5 524
2003	28 533	6 537	452	1 039	777	492	5 821
2004	28 245	6 585	444	1 083	781	463	5 798

1 Quelle: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Bonn.

2 Hart-, Schnitt-, Weich-, Sauermilch- und Kochkäse.

13.7 Forstwirtschaft

Etwa 30 % (ca. 10,6 Mill. Hektar) der Fläche Deutschlands sind mit Wald bedeckt. Daran lässt sich ermesen, welche Bedeutung der Wald als Wirtschaftsfaktor, aber auch in ökologischer Hinsicht und für die Landschaftsgestaltung hat.

Die EU-Agrarpolitik fördert die Aufforstung landwirtschaftlich genutzter Flächen. Damit ist die Erreichung von Zielen hinsichtlich der Art der Landnutzung sowie der Gestaltung und Pflege der Kulturlandschaft verbunden. Die mit der Aufforstung erfolgende Bindung eines erheblichen Flächenpotenzials, das für die Nahrungs- und Futtermittelproduktion derzeit nicht benötigt wird, führt nicht nur zu einer Entlastung der Agrarmärkte, sondern sie schafft auch neue Arbeitsmöglichkeiten und wirkt sich günstig auf die Umwelt aus. Die Erweiterung der erneuerbaren Ressource Holz vollzieht sich dabei auf eine sehr umweltverträgliche Art und Weise. Darüber hinaus bietet der Wald der Bevölkerung einen Raum für Erholung und Freizeitgestaltung.

Die Waldfläche der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland umfasst rund 9,0 Mill. Hektar. Forstbetriebe bewirtschaften davon 7,6 Mill. Hektar, landwirtschaftliche Betriebe 1,5 Mill. Hektar.

Die von Forstbetrieben bewirtschafteten Waldflächen sind zu 50 % Staatswald, zu 29 % Körperschaftswald und zu 22 % Privatwald.

Nach Bundesländern gegliedert hat Bayern den mit Abstand größten Anteil am Waldbestand. Bezogen auf die Waldfläche der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe sind das knapp 22 %. Es folgen die Bundesländer Baden-Württemberg mit gut 13 %, Brandenburg mit 10 % sowie Niedersachsen mit knapp 10 %.

Der jährliche Holzeinschlag in Deutschland lag in den vergangenen Jahren zwischen 37 und 55 Mill. Kubikmetern. Etwa 53 % des gesamten Holzeinschlags von 55 Mill. entfielen im Jahr 2004 auf Nadelstammholz, knapp 7 % auf Laubstammholz und knapp 41 % auf Industrieholz und Brennholz.

Tab. 12: Betriebe mit Waldfläche 2003

Betriebsarten	Anzahl der Betriebe mit Waldfläche	Waldfläche 1 000 ha	Waldfläche je Betrieb ha
Forstbetriebe ¹	28 821	7 589,2	263,3
Staatsforsten	869	3 761,0	4 328,0
Körperschaftsforsten	8 377	2 189,8	261,4
Privatforsten	19 576	1 638,4	83,7
Landwirtschaftliche Betriebe ² mit Waldfläche	215 767	1 453,4	6,7
Betriebe mit Waldfläche insgesamt	244 588	9 042,6	37,0

¹ Forstbetriebe mit 10 ha Waldfläche und mehr.

² Landwirtschaftliche Betriebe mit 2 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) und mehr bzw. mit einer Mindestgröße an Erzeugungseinheiten.

13.8 Ökologischer Landbau

13.8.1 Bedeutung des ökologischen Landbaus

Der ökologische Landbau ist dadurch gekennzeichnet, dass beim Anbau keine chemisch-synthetischen Hilfsmittel (Dünger, Pflanzenschutz) zum Einsatz kommen und ein geschlossenes ökologisches System im Betrieb angestrebt wird. Natürliche Lebensprozesse wie Bodenfruchtbarkeit und Abwehrkräfte sollen gefördert bzw. gestärkt werden. Die vorgeschriebene Wirtschaftsweise und die Mindestnormen für Ökobetriebe wurden 1991 in der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 festgelegt. Diese Verordnung galt ausschließlich für die pflanzliche Erzeugung und wurde 1999 durch die Öko-Tierhaltungs-Verordnung um weitere Grundregeln zur Tierhaltung ergänzt. Seit der Landwirtschaftszählung 1999 werden in der amtlichen Agrarstatistik in Deutschland im zweijährlichen Turnus Daten zum ökologischen Landbau erfasst.

13.8.2 Betriebe mit ökologischem Landbau

Nach den Ergebnissen der Agrarstrukturerhebung 2005 gab es in Deutschland 13 700 ökologisch wirtschaftende Betriebe, das sind 3,5 % aller landwirtschaftlichen Betriebe. Dies entspricht einem Zuwachs von mehr als 4 100 Betrieben (+43,1 %) gegenüber der Landwirtschaftszählung 1999. Die 13 700 Betriebe bewirtschafteten rund 784 000 Hektar LF, d. h. der Umfang an ökologisch genutzter LF stieg um ca. 294 900 Hektar gegenüber 1999. Damit bewirtschaften 3,5 % der landwirtschaftlichen Betriebe einen Anteil von 4,6 % der gesamten LF. Bei der Erfassung der ökologischen Betriebe ist zu beachten, dass erst mit In-Kraft-Treten der Öko-Tierhaltungs-Verordnung 1804/1999 ab 2001 tierhaltende Ökobetriebe in der Agrarstrukturerhebung Berücksichtigung finden konnten.

Auch 2005 war, wie in den vorangegangenen Erhebungen, in den neuen Ländern der Anteil der Ökobetriebe an der Zahl der Landwirtschaftsbetriebe insgesamt doppelt so hoch wie im früheren Bundesgebiet. Dementsprechend unterscheiden sich die Anteile der Ökoflächen an der gesamten bewirtschafteten LF mit 6,2 % in den neuen Ländern und 3,8 % im früheren Bundesgebiet. Die durchschnittliche Betriebsgröße der Betriebe mit ökologischem Landbau betrug 57 Hektar LF, rund 6 Hektar mehr als 1999. Vergleicht man diese im früheren Bundesgebiet und in den neuen Ländern, so werden die bereits 1999 und 2001 festgestellten Unterschiede bei der Flächenausstattung noch deutlicher. Die Ökobetriebe in den neuen Ländern verfügten 2005 über eine durchschnittliche Betriebsgröße von 182 Hektar LF, während der Durchschnitt im früheren Bundesgebiet bei 37 Hektar LF lag. Somit war die Betriebsgröße der Ökobetriebe im früheren Bundesgebiet von 32 auf 37 Hektar LF gestiegen, während sie in den neuen Ländern von 191 auf 182 Hektar zurückging. Insgesamt verfügten die Ökobetriebe wie in den Erhebungsjahren zuvor mit durchschnittlich 43 Hektar LF weiterhin über eine höhere Flächenausstattung als die Betriebe insgesamt. Von 1999 bis 2005 verringerte sich die Zahl der Betriebe in allen Betriebsgrößenklassen bis unter 75 Hektar LF um 19,5 %, während die Zahl der Betriebe mit 75 und mehr Hektar

Tab. 13: Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche im ökologischen Landbau 1999, 2003 und 2005

Landwirtschaftlich genutzte Fläche von ...-unter ... ha	Betriebe				Landwirtschaftlich genutzte Fläche			
	1999	2003	2005 ¹	Anteil ²	1999	2003	2005 ¹	Anteil ³
	Anzahl in 1000			%	1 000 ha			%
Deutschland								
unter 10	2,4	3,3	2,9	2,0	12,5	18,4	16,1	2,5
10– 30	3,3	5,0	4,9	4,5	62,8	91,9	91,5	4,6
30– 50	1,6	2,3	2,2	4,3	63,0	87,6	86,1	4,3
50–100	1,3	2,0	2,1	3,9	91,1	142,0	145,8	3,8
100–200	0,5	0,8	1,0	4,5	69,8	105,4	129,0	4,7
200 und mehr	0,3	5,4	0,6	6,4	189,8	285,8	315,4	5,4
Insgesamt	9,6	13,9	13,7	3,5	489,1	731,2	784,0	4,6
Früheres Bundesgebiet								
unter 10	2,3	3,0	2,7	1,9	11,8	17,1	14,6	2,4
10– 30	3,1	4,6	4,5	4,3	58,3	85,1	84,0	4,4
30– 50	1,5	2,1	2,0	4,0	57,7	79,4	77,6	4,0
50–100	1,2	1,8	1,8	3,5	79,5	125,2	126,4	3,5
100–200	0,3	0,5	0,7	3,7	43,7	70,8	87,6	3,7
200 und mehr	0,1	0,1	0,1	4,4	17,7	36,7	46,7	4,7
Zusammen	8,4	12,2	11,8	3,2	268,6	414,3	43,7	3,8
Neue Länder								
unter 10	0,1	0,2	0,3	2,6	0,7	1,3	1,6	3,6
10– 30	0,2	0,4	0,4	7,4	4,6	6,8	7,6	7,9
30– 50	0,1	0,2	0,2	11,0	5,3	8,3	8,5	11,3
50–100	0,2	0,2	0,3	11,0	11,6	16,8	19,4	10,9
100–200	0,2	0,2	0,3	10,6	26,2	34,6	41,4	10,7
200 und mehr	0,3	0,4	0,5	7,4	172,1	249,1	268,8	5,6
Zusammen	1,2	1,7	1,9	6,4	220,4	316,9	347,2	6,2

1 Vorläufiges Ergebnis.

2 Anteil der Betriebe im ökologischen Landbau an allen landwirtschaftlichen Betrieben.

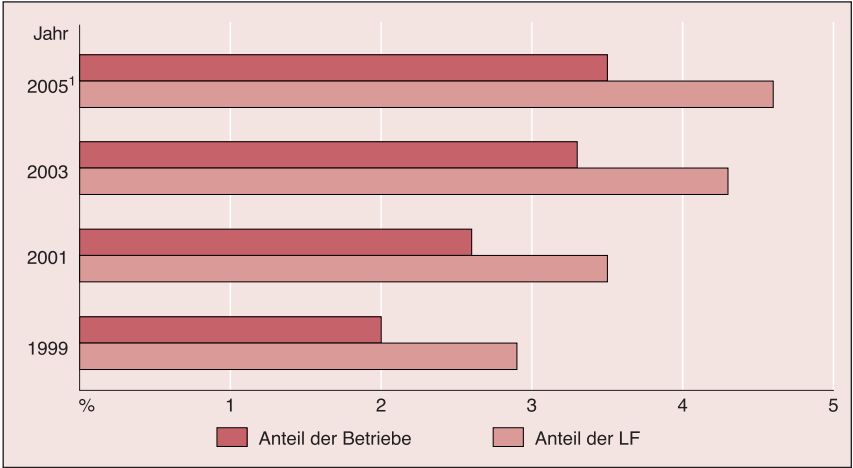
3 Anteil der LF im ökologischen Landbau an der gesamten LF.

LF seit 1999 stetig um durchschnittlich 3 % pro Jahr von 41 700 Betriebe auf 49 300 Betriebe gestiegen ist.

13.8.3 Flächennutzung im ökologischen Landbau

Der Flächenzuwachs in Öko-Betrieben zwischen 1999 und 2005 betrifft alle Hauptnutzungsarten. In besonderem Maße haben die Dauergrünlandflächen im Öko-Landbau von 229 100 auf 399 800 Hektar (+ 74,5 %) zugenommen. Aber auch die Ackerfläche wuchs um 48,4 % auf 375 100 Hektar. Die Dauerkulturen wiesen im ökologischen Landbau eine stetige Steigerung von 7 000 Hektar (1999) auf 8 900 Hektar (2005) auf. Auffällig sind die sich ändernden Anteile von Dauergrünland und Ackerland an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche der Öko-Betriebe. Überwog 1999 im ökologischen

Abb. 4: Ökologischer Landbau in Deutschland
 Anteil der Betriebe und der Fläche (LF) an der Landwirtschaft insgesamt
 in Prozent



1 Vorläufiges Ergebnis.

Landbau mit 51,7 % noch das Ackerland gegenüber dem Dauergrünland mit 46,8 %, stellen sich die Anteile im Jahr 2005 umgekehrt dar: 47,8 % Ackerland und 51,0 % Dauergrünland.

Tab. 14: Landwirtschaftlich genutzte Fläche in Betrieben mit ökologischem Landbau 1999, 2003 und 2005
 in 1 000 ha

Hauptnutzungsarten	Deutschland			Früheres Bundesgebiet			Neue Länder		
	1999	2003	2005 ¹	1999	2003	2005 ¹	1999	2003	2005 ¹
Landwirtschaftlich genutzte Flächen	489,1	731,2	784,0	268,6	414,3	436,8	220,4	316,9	347,2
Ackerland	252,8	348,8	375,1	133,6	170,2	177,8	119,3	178,6	197,3
Dauerkulturen	7,0	8,2	8,9	5,1	6,0	6,6	1,8	2,1	2,3
Dauergrünland	229,1	374,0	400,0	129,8	237,9	252,3	99,3	136,1	147,5

1 Vorläufiges Ergebnis.

14 Produzierendes Gewerbe

14.1 Bedeutung des Produzierenden Gewerbes

Das Produzierende Gewerbe ist weiterhin einer der zentralen Bereiche der Wirtschaft. Allerdings hat sich seine Bedeutung in den vergangenen Jahren gegenüber dem Dienstleistungssektor verringert. Wurde im früheren Bundesgebiet bis Anfang der 1970er-Jahre im sog. »sekundären Sektor« noch mehr als die Hälfte der gesamtwirtschaftlichen Leistung erbracht und fand dort knapp die Hälfte der Erwerbstätigen (nach Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) einen Arbeitsplatz, so nahm in den darauf folgenden Jahrzehnten der Anteil des Produzierenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung stetig ab. 2005 hatte das Produzierende Gewerbe nur noch einen Anteil von rund 30 % an der Bruttowertschöpfung und rund 26 % der Erwerbstätigen in Deutschland waren hier beschäftigt.

In der Abgrenzung der amtlichen Statistik umfasst das Produzierende Gewerbe die Industrie und das Produzierende Handwerk. Dabei werden seit der Reform der Industriestatistik in den Jahren 1975 bis 1977 im Allgemeinen nur Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr erfasst. Im Einzelnen setzt sich das Produzierende Gewerbe aus den Teilbereichen Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung sowie Baugewerbe zusammen. Unter diesen spielt das Verarbeitende Gewerbe die bedeutendste Rolle.

14.2 Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

In den nachfolgenden Ausführungen zum Verarbeitenden Gewerbe einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden werden je nach Darstellungszweck Unternehmens- oder Betriebsergebnisse nachgewiesen. In den Unternehmenserhebungen werden die rechtlich selbstständigen Einheiten erfasst. Zu einem Unternehmen können mehrere Betriebe (örtliche Einheiten, Niederlassungen, Zweigbetriebe) gehören, die rechtlich unselbstständig sind.

Die Ergebnisse für Unternehmen enthalten somit auch Angaben für ihre Betriebe außerhalb des Verarbeitenden Gewerbes, während bei den Ergebnissen für Betriebe auch die Angaben der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes von Unternehmen enthalten sind, die ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt außerhalb des Verarbeitenden Gewerbes haben. Wegen dieser Unterschiede können die Angaben für Unternehmen und Betriebe nicht übereinstimmen (siehe Abschnitt 14.2.1 und 14.2.2).

14.2.1 Unternehmensgröße

2004 waren in Deutschland in den 37 680 Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden mit 20 Beschäftigten und mehr rund 6,2 Mill. Menschen beschäftigt. Dies ergab eine durchschnittliche Unternehmensgröße von 163 Beschäftigten, im Jahr 2003 hatte dieser Wert noch bei 165 gelegen. Die höchste durchschnittliche Unternehmensgröße ist im Bereich Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (868 Beschäftigte) und die geringste im Bereich Herstellung von Metallserzeugnissen (93 Beschäftigte) festzustellen.

Tab. 1: Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr
im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau
und in der Gewinnung von Steinen und Erden

Bereich	2003			2004		
	Unternehmen Anzahl	Beschäftigte 1 000	Umsatz Mill. EUR	Unternehmen Anzahl	Beschäftigte 1 000	Umsatz Mill. EUR
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	37 714	6 231	1 378 208	37 680	6 151	1 464 297
davon:						
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	4 857	599	150 946	4 983	606	155 763
Papiergewerbe	847	144	31 312	835	142	31 875
Verlags-, Druckgewerbe, Vervielfältigung	2 587	256	39 184	2 521	252	40 598
Herst. von chemischen Erzeugnissen	1 361	479	138 833	1 377	449	143 151
Herst. von Gummi- und Kunststoffwaren	2 682	355	55 320	2 634	347	56 432
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	1 705	210	31 899	1 636	204	32 809
Metallerzeugung und -bearbeitung	907	250	60 505	910	247	69 975
Herst. von Metallserzeugnissen	6 103	570	74 157	6 156	575	80 205
Maschinenbau	5 946	969	157 291	5 967	954	167 361
Herst. von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä.	1 926	462	88 007	1 926	462	93 158
Rundfunk- u. Nachrichtentechnik	537	142	41 786	545	133	44 043
Herst. von Kraftwagen u. Kraftwagenteilen	960	855	272 402	990	859	296 707
Übrige Bereiche	7 296	940	236 566	7 200	921	252 220

Tab. 2: Umsatz und Beschäftigte der größten Unternehmen 2004¹

Die jeweils ... größten Unternehmen	Anteil am Gesamtumsatz und an allen Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden in %	
	gemessen am Umsatz	gemessen an den Beschäftigten
6	16,3	9,2
10	20,2	11,3
25	27,1	14,6
100	37,7	21,7
Insgesamt Umsatz in Mill. EUR/ Beschäftigte in 1000	1 464 297	6151

1 Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr.

Die Unternehmensgröße kann man sowohl am Umsatz als auch an den Beschäftigten messen. So erreichten zum Beispiel die zehn umsatzgrößten Unternehmen 2004 einen Anteil von 20,2 % des Gesamtumsatzes. Gemessen an den Beschäftigten konnten die zehn größten Unternehmen nur 11,3 % aller Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden auf sich vereinigen. Dies ist u.a. auch darauf zurückzuführen, dass der Umsatz je Beschäftigten mit steigender Unternehmensgröße zunimmt.

14.2.2 Betriebe, Beschäftigte, Umsatz und Exportquote

In den rund 48000 Betrieben des Wirtschaftsbereichs Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe arbeiteten im Jahresdurchschnitt 2004 insgesamt 6,0 Mill. Menschen, davon rund 89 % im früheren Bundesgebiet und rund 11 % in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Auch 2004 setzte sich der bereits seit einigen Jahrzehnten zu beobachtende Trend zum Beschäftigungsabbau – der kurzzeitig in den Jahren 2000 und 2001 gestoppt schien – weiter fort. So nahm die Zahl der tätigen Personen in Deutschland im Jahr 2004 gegenüber 2003 um 1,9 % erneut ab. Dabei war die Entwicklung im früheren Bundesgebiet (– 2,3 %) und in den neuen Ländern und Berlin-Ost (+ 1,1 %) uneinheitlich.

Unter den 23 Abteilungen des Verarbeitenden Gewerbes waren in Deutschland der Maschinenbau, die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, die Herstellung von Metallerzeugnissen, das Ernährungsgewerbe und die Chemische Industrie am bedeutendsten. In diesen Branchen waren 2004 rund 3,3 Mill. Personen tätig. Der Anteil der Branchen an den Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes war in Ost und West jedoch zum Teil recht unterschiedlich. Während z.B. in der Abteilung 15 »Ernährungsgewerbe« in den neuen Ländern und Berlin-Ost 14,3 % aller Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes einer Erwerbstätigkeit nachgingen, waren es im früheren Bundesgebiet nur 8,2 %.

In Deutschland belief sich der Gesamtumsatz des Bereichs Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe 2004 auf 1 423 Mrd. Euro (ohne Um-

satzsteuer). Gegenüber 2003 entspricht dies einer Steigerung von 5,6 %. Im früheren Bundesgebiet betrug der Umsatz 1 303 Mrd. Euro (+5,4 %) und in den neuen Ländern und Berlin-Ost 120 Mrd. Euro (+8,0 %). Die umsatzstärksten Branchen innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes waren 2004 die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (279 Mrd. Euro), der Maschinenbau (170 Mrd. Euro), die Chemische In

Tab. 3: Betriebe, Beschäftigte, Umsatz und Exportquote
im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau
und der Gewinnung von Steinen und Erden 2004

Wirtschaftsgliederung (nach WZ 2003)	Betriebe Anzahl	Beschäftigte 1 000	Umsatz insges. Mill. EUR	Exportquote %
C-D Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe	47 973	6 015	1 423 369	39,6
<i>C Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden</i>	1 345	92	11 711	7,5
10 Kohlenbergbau, Torfgewinnung	93	61	3 825	2,9
11 Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Erbringung verbundener Dienstleistungen	47	5	3 871	7,2
12 Bergbau a. Uran- und Thoriumerze	-	-	-	-
13 Erzbergbau	-	-	-	-
14 Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	1 205	26	4 016	12,2
<i>D Verarbeitendes Gewerbe</i>	46 628	5 924	1 411 657	39,9
15 Ernährungsgewerbe	5 985	523	131 772	14,0
16 Tabakverarbeitung	32	11	22 199	9,6
17 Textilgewerbe	1 044	95	13 379	39,6
18 Bekleidungsgewerbe	481	45	8 994	33,3
19 Ledergerber	210	20	3 795	30,5
20 Holzgewerbe (ohne Herstell. von Möbeln)	1 485	86	15 929	22,8
21 Papiergewerbe	999	140	31 646	37,3
22 Verlags-, Druckgewerbe, Vervielfältigung	2 840	247	40 929	9,4
23 Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung von Bruttstoffen	73	20	7 943	5,1
24 Herstellung von chemischen Erzeugnissen	1 864	445	142 126	53,2
25 Herstellung v. Gummi- u. Kunststoffwaren	3 164	353	56 901	35,6
26 Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	3 408	201	31 567	24,5
27 Metallerzeugung und -bearbeitung	1 083	249	69 089	38,7
28 Herstellung von Metallerzeugnissen	7 006	572	80 116	26,2
29 Maschinenbau	7 234	948	169 980	52,9
30 Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen	201	28	11 040	39,0
31 Herstellung von Geräten der Elektrizitäts-erzeugung, -verteilung u. Ä.	2 562	410	74 571	37,8
32 Rundfunk- u. Nachrichtentechnik	779	158	52 653	57,2
33 Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	2 389	239	38 829	53,0
34 Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	1 303	802	279 154	58,3
35 Sonstiger Fahrzeugbau	437	143	27 459	53,7
36 Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten usw.	1 788	177	26 314	25,2
37 Recycling	262	10	3 802	25,5

dustrie (142 Mrd. Euro), das Ernährungsgewerbe (132 Mrd. Euro) und die Wirtschaftsabteilung Herstellung von Metallerzeugnissen (80 Mrd. Euro). Auf diese fünf Branchen entfielen damit allein 56,9 % des gesamten Umsatzes (1 412 Mrd. Euro) im Verarbeitenden Gewerbe.

Ein großer Teil der im Verarbeitenden Gewerbe hergestellten Güter wird exportiert. Aus der Exportquote – dem Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz – lässt sich die Abhängigkeit bestimmter Branchen vom Auslandsgeschäft besonders deutlich ablesen. Im Jahr 2004 belief sich die Exportquote im gesamten Verarbeitenden Gewerbe auf 39,9 %. Dabei lag die Exportquote der Investitionsgüterproduzenten immer erheblich über dem Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes (2004 beispielsweise bei 53,7 %).

Besonders hoch war die Exportquote bei der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (58,3 %), in der Rundfunk- und Nachrichtentechnik (57,2 %), im sonstigen Fahrzeugbau (53,7 %), in der chemischen Industrie (53,2 %), in der Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik (53,0 %) und im Maschinenbau (52,9 %). Hier wurde jeweils mehr als die Hälfte des Gesamtumsatzes mit dem Ausland erzielt.

Mit 25,8 % lag die Exportquote im Verarbeitenden Gewerbe in den neuen Ländern und Berlin-Ost im Jahr 2004 auf deutlich niedrigerem Niveau als im früheren Bundesgebiet (41,2 %). Gegenüber 1995 (12,2 %) hatte sie sich jedoch bereits mehr als verdoppelt.

14.2.3 Investitionen

Von den 37 680 Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr, die 2004 im Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden tätig waren, haben 32 455 Unternehmen in Sachanlagen investiert. Die Investitionssumme in diesem Bereich belief sich auf rund 48,4 Mrd. Euro und lag damit fast auf dem Niveau des Jahres 2003. Während jedoch die Unternehmen mit weniger als 500 Beschäftigten um 8 % zulegten, verzeichneten die großen Unternehmen mit 500 Beschäftigten und mehr im Jahr 2004 einen Investitionsrückgang von knapp 5 % gegenüber dem Vorjahr.

Der größte Teil der Investitionen floss 2004 in Maschinen, in maschinelle Anlagen sowie in Betriebs- und Geschäftsausstattungen (89,1 %), der Rest in Grundstücke und Bauten.

Mit 12,2 Mrd. Euro lagen die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen in Deutschland bei der Investitionstätigkeit an der Spitze, gefolgt von der Chemischen Industrie (5,2 Mrd. Euro), dem Ernährungsgewerbe sowie der Tabakverarbeitung (4,5 Mrd. Euro), dem Maschinenbau (4,2 Mrd. Euro) und den Herstellern von Metallerzeugnissen (2,9 Mrd. Euro). Diese fünf Bereiche hatten 2004 zusammen einen Anteil von knapp 60 % am gesamten Investitionsvolumen des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden in Deutschland. Neben den genannten Bereichen nahmen 2004 noch sieben weitere Branchen Investitionen von mehr als 1 Mrd. Euro vor.

Tab. 4: Investitionen der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes,
des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden
in Mill. EUR¹

Bereich	2003	2004
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	48 607	48 351
davon:		
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	4 319	4 483
Papiergewerbe	1 862	2 166
Verlags-, Druckgewerbe, Vervielfältigung	1 050	1 188
Herst. von chemischen Erzeugnissen	6 061	5 215
Herst. von Gummi- und Kunststoffwaren	2 254	2 329
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	1 466	1 481
Metallerzeugung und -bearbeitung	2 352	2 134
Herst. von Metallerzeugnissen	2 722	2 946
Maschinenbau	4 128	4 236
Herst. von Geräten der Elektrizitäts- erzeugung, -verteilung u. Ä.	2 372	2 370
Rundfunk- u. Nachrichtentechnik	1 455	2 183
Herst. von Kraftwagen u. Kraftwagenteilen	13 085	12 206
Übrige Bereiche	5 481	5 414

1 Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr.

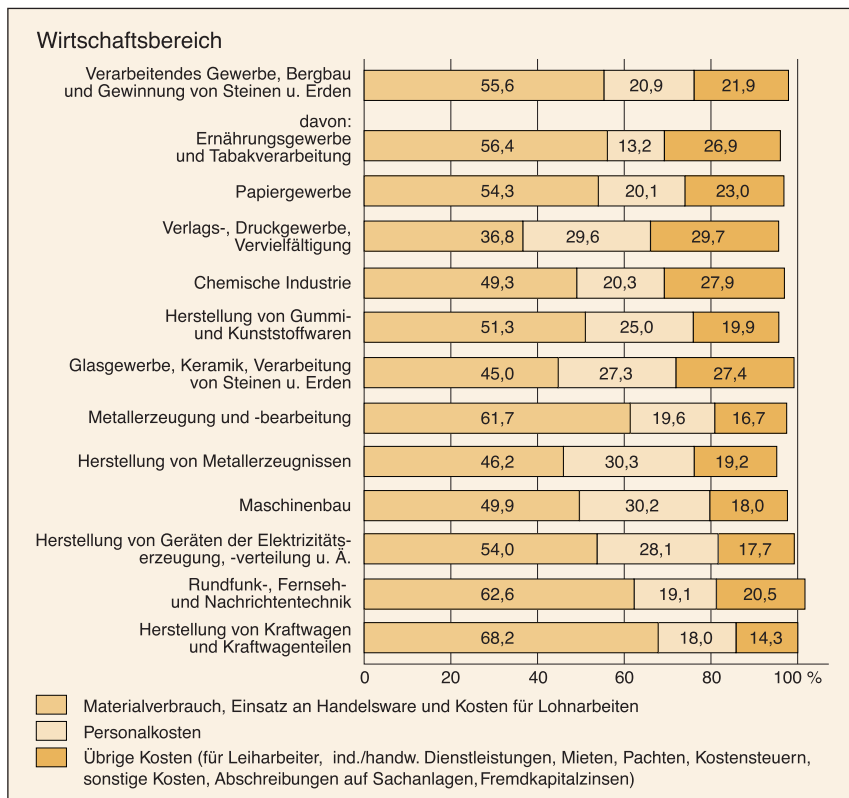
14.2.4 Kostenstruktur

Einblick in die Kostensituation und in die erzielte Wertschöpfung der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden gewähren die jährlichen Erhebungen zur Kostenstruktur.

Dabei können die einzelnen Kostenarten dem Bruttoproduktionswert, also dem gesamten Wert aller in diesem Wirtschaftsbereich erzeugten Produkte gegenübergestellt werden. Für den Materialverbrauch, den Einsatz an Handelsware und die Kosten für Lohnarbeiten (durch Subunternehmen) zusammen ergibt sich aus dieser Gegenüberstellung der weitaus größte Anteil; im Jahr 2003 lag er bei 55,6 %. Den zweitgrößten Kostenfaktor bildeten die Personalkosten mit 20,9 %. Die übrigen Kosten (z. B. Kosten für Leiharbeitnehmer, Mieten, Pachten, Kostensteuern, Abschreibungen) machten insgesamt 21,9 % des Bruttoproduktionswertes aus. Die Summe der einzelnen Kostenarten gemessen am Bruttoproduktionswert ergibt den Produktionskostenanteil. Dieser Anteil lag im Jahr 2003 bei 98,4 %. Die Restgröße von 1,6 % kann als Indikator für die Wirtschaftlichkeit angesehen werden.

Zwischen den einzelnen Wirtschaftsgruppen innerhalb des betrachteten Wirtschaftsbereichs gibt es beträchtliche Unterschiede in der Kostenstruktur. Ein relativ ungünstiges Ergebnis hatte 2003 z. B. der Wirtschaftsbereich Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik zu verzeichnen. In diesem Bereich lagen die Kosten, bei einem sehr hohen Materialkostenanteil von 62,6 %, um 2,2 % über dem Bruttoproduktionswert. Positiv sah 2003 z. B. das Ergebnis für die Wirtschaftsgruppe Verlags-, Druckgewerbe,

Abb. 1: Ausgewählte Kosten der Unternehmen¹ im Verarbeitendem Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden 2003
Anteil am Bruttoproduktionswert



1 Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr.

Vervielfältigung aus. Hier lag die Summe aller Kosten um 3,9 % unter dem Brutto-produktionswert.

14.3 Baugewerbe

Das Baugewerbe setzt sich in der Abgrenzung der amtlichen Statistik aus dem Bauhauptgewerbe und dem Ausbaugewerbe zusammen. Während das Bauhauptgewerbe überwiegend Hoch- und Tiefbauten bis zum Rohbau errichtet, erstreckt sich die Tätigkeit des Ausbaugewerbes auf die weitere Fertigstellung der Bauten bis zur Ge-

brauchsfähigkeit. Es umfasst Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation, Installation von Heizungs-, Lüftungs- und Klimaanlage, Elektroinstallation, Maler- und Lackierarbeiten und ähnliche Tätigkeiten. Das Angebot des Baugewerbes ist somit sehr vielseitig und spiegelt in seinen Veränderungen langfristige Umstrukturierungsprozesse wider.

Bis in die 1970er-Jahre war die Bauwirtschaft eine Wachstumsbranche, die ihre Impulse aus dem Wiederaufbau, dem Wirtschaftsaufschwung und dem Wohnungsbedarf der zunehmenden Bevölkerung bezog. Seither ist die Wohnungspolitik durch eine stärkere Hinwendung zu qualitativen Zielsetzungen geprägt. Die Aufmerksamkeit wandte sich mehr der Erhaltung und Erneuerung der Städte zu. Die Modernisierung des Wohnungsbestandes ist – vor allem in Krisenzeiten des Baus – ebenso bedeutsam geworden wie die Neubautätigkeit.

Wiederholt hat die Bauwirtschaft in den letzten Jahrzehnten mit Zeiten schlechter Konjunktur zu kämpfen. Nach einem kurzzeitigen Aufschwung nach der Wiedervereinigung steckt die Bauindustrie nunmehr wiederum seit Jahren in der Krise. Hier macht sich neben der allgemeinen Investitionszurückhaltung auch das Ausbleiben der öffentlichen Aufträge bemerkbar. Ein erheblicher Beschäftigungsabbau und die Zunahme der Insolvenzen sind die Folgen dieser Misere.

Ausgehend von einem verhältnismäßig niedrigen Niveau begannen Anfang der 1990er-Jahre die Insolvenzen im Baugewerbe nachhaltig zu steigen. Zwischen 1991 und 1996 vervierfachte sich in der Baubranche die Zahl der Unternehmenszusammenbrüche. Erst seit 2003 zeichnet sich bei den Zahlungsschwierigkeiten von Unternehmen in der Baubranche eine Entspannung ab. Diese rückläufige Entwicklung gilt u. a. auch für das Verarbeitende Gewerbe, Handel und das Gastgewerbe.

Tab. 5: Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen

Jahr	Unternehmen	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Häufigkeiten ¹	Darunter Baugewerbe	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Häufigkeiten ¹
1991	8 837	X	34	1 730	X	66
1992	10 920	+ 23,6	41	2 012	+ 16,3	76
1993	15 148	+ 38,7	54	2 795	+ 38,9	94
1994	18 837	+ 24,4	68	3 971	+ 42,1	133
1995	22 344	+ 18,6	81	5 542	+ 39,6	181
1996	25 530	+ 14,3	92	7 041	+ 27,0	230
1997	27 474	+ 7,6	98	7 788	+ 10,6	250
1998	27 828	+ 1,3	97	8 112	+ 4,2	255
1999	26 476	- 4,9	92	7 766	- 4,3	241
2000	28 235	+ 6,6	97	8 103	+ 4,3	251
2001	32 278	+ 14,3	111	9 026	+ 11,4	281
2002	37 579	+ 16,4	128	9 160	+ 1,5	287
2003	39 320	+ 4,6	135	8 699	- 5,0	275
2004	39 213	- 0,3	133	8 595	- 1,2	279
2005	36 843	- 6,0	125	7 829	- 8,9	254

¹ Bezogen auf 10 000 umsatzsteuerpflichtige Unternehmen.

Misst man die Insolvenzen an der Zahl der bestehenden umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen, weist die Baubranche nach wie vor die höchste Insolvenzanfälligkeit aller Wirtschaftszweige auf. Von 10000 bestehenden Unternehmen wurden 2005 insgesamt 125 Unternehmen insolvent, im Baugewerbe waren es dagegen 254.

14.3.1 Unternehmen, Beschäftigte, Umsätze

Im Jahr 2003 zählten zum Baugewerbe in Deutschland 14203 Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten; 1995 waren es noch 24738 gewesen (–43 %). Sie erzielten 2003 mit rund 750000 Arbeitskräften einen Umsatz von etwa 85 Mrd. Euro. Im Jahr 1995 erwirtschafteten noch ca. 1,5 Mill. Arbeitskräfte einen Umsatz von rund 133 Mrd. Euro. Dies bedeutet einen Umsatzrückgang in diesen acht Jahren von rund 36 % und einen Beschäftigungsabbau von rund 50 %. Der Schrumpfungsprozess hat sich in jüngster Zeit weiter fortgesetzt. Im Jahr 2004 (vorläufige Zahlen) hatte der beschriebene Berichtskreis nur noch 672000 Beschäftigte zu verzeichnen; das sind weniger als die Hälfte der Beschäftigten des Jahres 1995.

Von allen Bauunternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr hatten 2003 rund 84 % weniger als 50 tätige Personen. Nur 1,2 % der Unternehmen zählten mehr als 250 Beschäftigte, die meisten davon waren wiederum im Bauhauptgewerbe angesiedelt.

Rund 53 % der Bauunternehmen gehörten 2003 zum Bauhauptgewerbe, auf das auch der größte Teil des Umsatzes (70 %) entfiel. Von den Beschäftigten des Baugewerbes in Deutschland waren 2003 etwa 455000 im Bauhauptgewerbe und rund 289000 im Ausbaugewerbe tätig. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die kleineren Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten, die insbesondere im Ausbaugewerbe tätig sind, in diesen Angaben nicht enthalten sind.

Tab. 6: Unternehmen¹, Beschäftigte und Umsatz im Baugewerbe

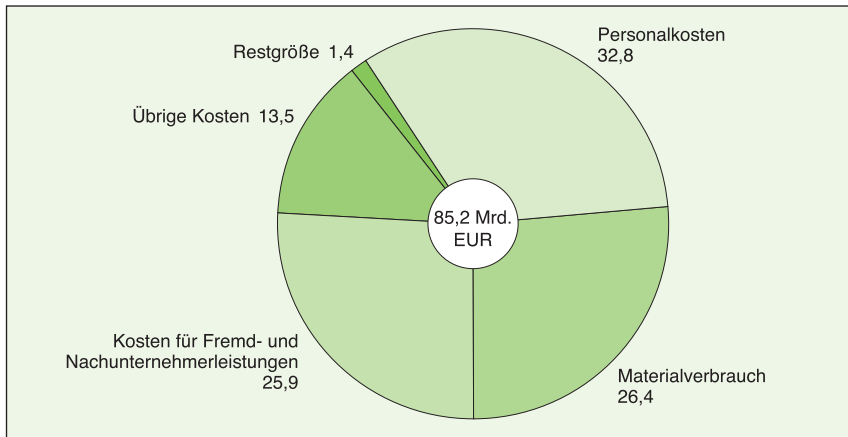
Bereich	Unternehmen Anzahl		Beschäftigte 1000		Umsatz Mill. EUR	
	1995	2003	1995	2003	1995	2003
Baugewerbe	24 738	14 203	1 486	744	132 637	85 207
Bauhauptgewerbe	14 181	7 495	999	455	96 687	59 330
Ausbaugewerbe	10 557	6 708	487	289	35 950	25 877

1 Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr.

14.3.2 Kostenstruktur

Im Baugewerbe stellen die Personalkosten den größten Kostenfaktor dar. Gemessen am Bruttoproduktionswert dieses Bereichs – dem Gesamtwert aller erzeugten Produkte – ergab sich im Jahr 2003 in Deutschland ein Anteil von 32,8 %. Je nach dem, ob die jeweiligen Tätigkeiten der einzelnen Branchen material- oder personalintensiv sind, differieren diese Anteile zum Teil erheblich. Den höchsten Personalkostenanteil wiesen 2003 mit 48,9 % die Unternehmen des Maler- und Glasergewerbes auf. Wegen

Abb. 2: Kostenstruktur der Unternehmen im Baugewerbe mit 20 Beschäftigten und mehr 2003
Anteil am Produktionswert in Prozent



der weitgehend industriellen Fertigung waren die Personalkosten im Fertigteilbau mit 28,2 % von geringerer Bedeutung. Im Allgemeinen steht einem niedrigen Personalkostenanteil ein hoher Materialkostenanteil gegenüber. Von den übrigen Kostenfaktoren spielen die Kosten für Fremd- und Nachunternehmerleistungen im Baugewerbe eine wichtige Rolle. Sie erreichten 2003 einen Anteil von 25,9 %. Insbesondere die großen Unternehmen machen von dieser Möglichkeit der Arbeitsteilung häufig Gebrauch.

14.4 Energie- und Wasserversorgung

14.4.1 Unternehmen, Beschäftigte, Umsätze

Im Bereich der Energie- und Wasserversorgung waren im Jahr 2003 in Deutschland in 3258 Unternehmen insgesamt etwa 271 000 Personen beschäftigt. Sie erzielten einen Umsatz von 171,7 Mrd. Euro. Die Energie- und Wasserversorgung ist durch eine Vielzahl von kleinen und wenige große und umsatzstarke Unternehmen geprägt. Knapp zwei Drittel der Unternehmen hatten im Jahr 2003 weniger als 20 Beschäftigte. Zum Gesamtumsatz dieses Bereichs trugen sie nur 4,5 % bei. Umgekehrt gab es 54 Unternehmen mit 1000 und mehr Beschäftigten, auf die 47 % des Umsatzes entfielen.

Innerhalb der Energie- und Wasserversorgung gehörten zur selben Zeit weniger als ein Drittel der Unternehmen zum Teilbereich »Elektrizitätsversorgung«. Ihr Anteil an den Beschäftigten betrug aber 73,3 % und am Umsatz 68,9 %. Dies zeigt, dass es in

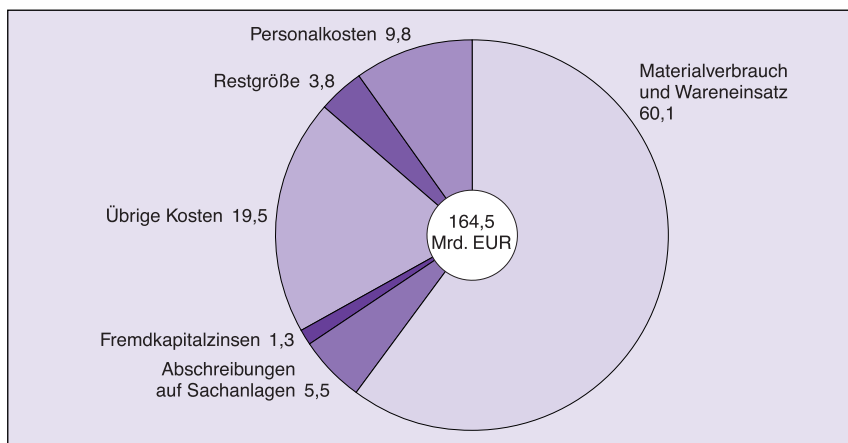
der Elektrizitätswirtschaft im Durchschnitt wesentlich größere Unternehmen gibt als in den übrigen Bereichen, d. h. der Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung.

14.4.2 Kostenstruktur

Die Energie- und Wasserversorgung gehört mit zu den kapitalintensivsten Wirtschaftsbereichen in Deutschland. Gemessen am Bruttoproduktionswert waren im Jahr 2003 die Abschreibungen auf Sachanlagen mit 5,5 % und die Fremdkapitalzinsen mit 1,3 % deutlich höher als im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe oder im Baugewerbe. Der Personalkostenanteil betrug 9,8 %, während der entsprechende Wert im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe etwa 21 % ausmachte.

Den größten Kostenblock im Bereich der Energie- und Wasserversorgung bilden mit rund 60 % der Materialverbrauch und Wareneinsatz. Das ist darauf zurückzuführen, dass in diesem Bereich außer produzierenden Unternehmen auch Einheiten tätig sind, die lediglich fremdbezogene Energie und fremdbezogenes Wasser verteilen.

Abb. 3: Kostenstruktur der Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit 20 Beschäftigten und mehr 2003
Anteil am Bruttoproduktionswert in Prozent



14.5 Handwerk

Das Handwerk umfasst eine große Vielfalt von Berufen, die auch als Gewerbebezüge bezeichnet werden. Bis zur Reform der Handwerksordnung im Jahr 1998 gab es insgesamt 127 Handwerksberufe, die in der Anlage A der Handwerksordnung aufgeführt waren; danach war ihre Zahl insbesondere durch die Zusammenlegung einer

Reihe verwandter Berufe auf 94 gesunken. Im Jahr 2004 wurde die Handwerksordnung erneut novelliert. Die Zahl der Handwerksberufe blieb unverändert, allerdings wurde der Markteintritt für 53 der 94 Gewerbezweige erleichtert. Für die Ausübung eines solchen Gewerbes ist ein Meisterbrief nicht mehr zwingend vorgeschrieben. Daher werden diese Gewerbe als zulassungsfreies Handwerk bezeichnet. Die übrigen 41 Berufe bleiben zulassungspflichtig. Die Handwerksberufe reichen vom Maurer über den Kfz-Mechaniker bis hin zum Friseur und Gebäudereiniger. Wie aus den Beispielen hervorgeht, finden sich Handwerksunternehmen, also Unternehmen, deren Inhaber einen der Handwerksberufe ausübt, nicht nur im Produzierenden Gewerbe, sondern auch in anderen Bereichen der Wirtschaft, wie im Handel und bei den Dienstleistungen. Allerdings waren 1995 rund zwei Drittel aller Handwerksunternehmen dem Produzierenden Gewerbe zuzurechnen.

Angaben über das gesamte Handwerk wurden bisher im Rahmen von Handwerkszählungen erhoben, die in unregelmäßigen Abständen durchgeführt wurden, zuletzt 1995. Darüber hinaus werden im Rahmen einer vierteljährlichen Stichprobenerhebung Daten zur Beurteilung der kurzfristigen Entwicklung im Handwerk ermittelt.

14.5.1 Unternehmen, Beschäftigte, Umsatz

Bei der Handwerkszählung vom 31. März 1995 wurden rund 563200 Handwerksunternehmen erfasst. In ihnen waren, zum Stichtag 30. September 1994, knapp 6,1 Mill. Personen tätig, darunter 1,8 Mill. Frauen. Zu den Beschäftigten zählen dabei alle in dem Unternehmen Tätigen, also nicht nur diejenigen, die handwerkliche Tätigkeiten ausüben, sondern z. B. auch Verkaufs- und Verwaltungspersonal. Der von diesen Unternehmen im Jahr 1994 erzielte Umsatz belief sich auf 409,3 Mrd. Euro (ohne Umsatzsteuer). Je Beschäftigten wurden damit in einem Handwerksunternehmen im Durchschnitt 67286 Euro umgesetzt.

Zum Vergleich: Die Gesamtzahl der Erwerbstätigen in Deutschland betrug 1994 knapp 35 Mill.; der gesamtwirtschaftliche Produktionswert aller Wirtschaftsbereiche belief sich 1994 auf 4038 Mrd. Euro.

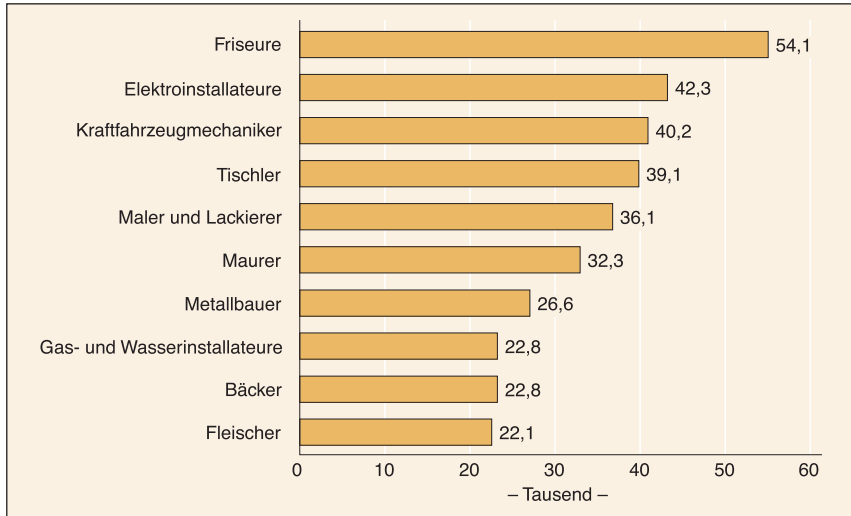
14.5.2 Die bedeutendsten Gewerbezweige

Trotz der großen Zahl von Handwerksberufen gibt es auch im Handwerk eine deutliche Konzentration auf bestimmte Gewerbe. So stellten 1995 die zehn Gewerbezweige mit den meisten Unternehmen 60 % aller Handwerksunternehmen. Spitzenreiter war das Friseurgewerbe mit 54100 Unternehmen.

14.5.3 Die Größe der Handwerksunternehmen

Das Handwerk ist einer der typischen Bereiche des deutschen Mittelstandes. Im Durchschnitt waren 1994 in einem Handwerksunternehmen 11 Personen tätig. Fast die Hälfte der Handwerksunternehmen hatte weniger als 5 Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber und unbezahlt mithelfender Familienangehöriger). Der Anteil der in diesen

Abb. 4: Die 10 bedeutendsten Gewerbebezüge nach Zahl der Unternehmen am 31. 3. 1995



Unternehmen tätigen Personen an allen Beschäftigten im Handwerk belief sich auf 10 %. Zwischen 5 und 9 Beschäftigte waren in 27 % der Handwerksunternehmen tätig; 10 und mehr Personen fanden sich in rund 26 % der Handwerksunternehmen. Das Handwerk besteht jedoch nicht nur aus kleinen und Kleinstunternehmen. Immerhin in rund 1 % der Handwerksunternehmen waren 100 und mehr Personen tätig. Insgesamt entfielen auf diese Unternehmen 23 % aller in Handwerksunternehmen Beschäftigten.

Tab. 7: Handwerksunternehmen¹ und deren Beschäftigte nach Beschäftigtengrößenklassen

Unternehmen mit ... Beschäftigten	Handwerksunternehmen		Beschäftigte insgesamt	
	1 000	Anteil in %	1 000	Anteil in %
Insgesamt	563,2	100	6 085,0	100
davon:				
1–4	262,5	47	618,8	10
5–9	154,4	27	1 019,5	17
10 und mehr	146,3	26	4 446,6	73

1 Am 31. 3. 1995 mit Beschäftigtenzahl am 30. 9. 1994.

15 Dienstleistungsbereich

15.1 Bedeutung des Dienstleistungsbereichs

Der Dienstleistungsbereich – oft auch als tertiärer Sektor bezeichnet – ist sehr vielfältig, er umfasst folgende Bereiche:

- Handel und Gastgewerbe,
- Verkehr- und Nachrichtenübermittlung,
- Kredit- und Versicherungsgewerbe,
- Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (Unternehmensdienstleister),
- Gebietskörperschaften und Sozialversicherung,
- Erziehung und Unterricht,
- Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen sowie
- Sonstige öffentliche und persönliche Dienstleistungen.

Wegen der übergreifenden Bedeutung werden allerdings einige Bereiche, wie z.B. der öffentliche Dienst oder weite Bereiche des Verkehrssektors (in funktioneller Gliederung), im Datenreport in gesonderten Kapiteln behandelt.

In der deutschen Volkswirtschaft haben sich, wie in anderen Industrienationen, seit Jahren tief greifende Strukturveränderungen vollzogen. Sie sind durch eine erhebliche Zunahme der Erwerbstätigenzahl im tertiären Sektor, der im Gegensatz zum primären und sekundären Bereich (Land- und Forstwirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Bau-gewerbe) zumeist keine materiellen Güter produziert, gekennzeichnet. Demgegen-über ist die wirtschaftliche Bedeutung traditioneller Bereiche, wie des Produzierenden Gewerbes und der Landwirtschaft, deutlich zurückgegangen.

Waren 1991 erst 59 % der Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor tätig, so hatten 2005 bereits 72 % ihren Arbeitsplatz in diesem Bereich. Auch seinen Beitrag zur Brut-towertschöpfung konnte der tertiäre Sektor von 62 % im Jahr 1991 auf knapp 70 % im Jahr 2005 erhöhen.

Auch innerhalb der Dienstleistungen haben sich in den letzten Jahren die Strukturen geändert. Während früher hauptsächlich konsumnahe Dienstleistungen wie Handel und Gastgewerbe in Anspruch genommen wurden, expandierte vor allem der Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen. Es entstanden z.B. völlig neue Dienstleis-tungs-zweige wie die Dienste der Telekommunikation, die elektronische Informations-beschaffung und -verarbeitung sowie die Logistik und das Leasing. Sie prägen die Struktur und die Entwicklung der Wirtschaft immer stärker, weil hier im Rahmen der sich vertiefenden Arbeitsteilung Leistungen für alle Wirtschaftsbereiche zur Sicherung der nationalen und internationalen Wettbewerbsfähigkeit bereitgestellt werden. Das gilt auch für die vielfältigen Dienstleistungen mit beratendem Charakter, wie z.B. die

Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung. Die Strukturveränderungen werden durch den Zuwachs an Erwerbstätigen von 3 % im Bereich der Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister im Jahr 2004 deutlich, während im gleichen Zeitraum der Bereich der konsumnahen Dienstleistungen 0,7 % seiner Erwerbstätigen verlor.

Die amtliche Statistik trägt der wachsenden Bedeutung der unternehmensnahen Dienstleistungen durch Unternehmenserhebungen in verschiedenen Dienstleistungsbereichen Rechnung. Ergebnisse aus diesen Statistiken werden in Abschnitt 15.6 dargestellt.

15.2 Handel

Der Handel nimmt in seiner Mittlerrolle zwischen Herstellern und Verbrauchern eine zentrale Stellung im volkswirtschaftlichen Kreislauf ein und leistet einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Leistung eines Landes, der Bruttowertschöpfung. Die Umsatzentwicklung im Handel gilt gemeinsam mit anderen Faktoren, wie z.B. den Auftragseingängen der Industrie oder den Produktionsindizes, als eine fundamentale Kennzahl zur Beurteilung der konjunkturellen Wirtschaftsentwicklung, wobei die Umsätze im Einzelhandel darüber hinaus als Indikator für den privaten Konsum gelten. Der Beitrag des Handels zur Bruttowertschöpfung liegt in Deutschland bei knapp 11 %. Der Anteil der deutschen Handelsunternehmen an der Wertschöpfung des Handels in der Europäischen Union beträgt rund 21 %. Jedes vierte gewerbliche Unternehmen in Deutschland ist im Handel tätig, etwa jeder bzw. jede achte Erwerbstätige in Deutschland ist in diesem Wirtschaftsbereich beschäftigt.

15.2.1 Unternehmen und Beschäftigte

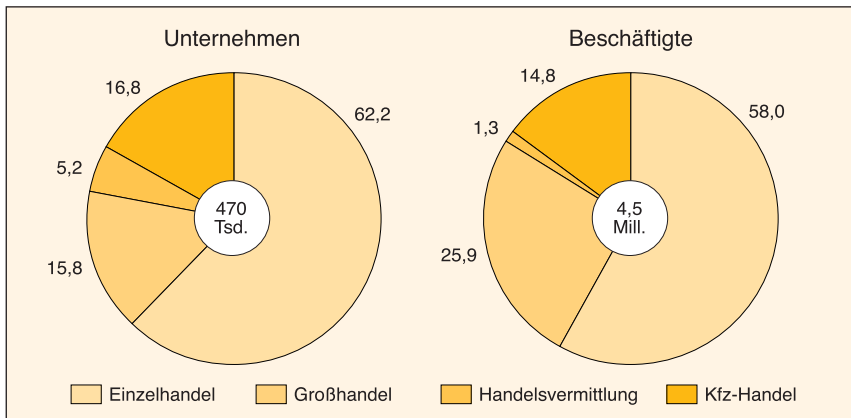
Im Jahr 2003 gab es nach den Ergebnissen der letzten vorliegenden Repräsentativerhebung im Handel, der Jahreserhebung 2003, in Deutschland rund 470 000 Handelsunternehmen mit insgesamt etwa 600 000 örtlichen Niederlassungen, in denen rund 4,5 Mill. Menschen als Voll- oder Teilzeitkräfte beschäftigt waren. Der bedeutendste Teilbereich ist der Einzelhandel mit rund 293 000 Unternehmen und 2,6 Mill. Beschäftigten, gefolgt von den Bereichen Großhandel, einschließlich Handelsvermittlung, (99 000 Unternehmen, 1,2 Mill. Beschäftigten) sowie Kraftfahrzeughandel und Tankstellen (79 000 Unternehmen, 668 000 Beschäftigten).

Die Verteilung der Waren gehört zu den wesentlichen Aufgaben des Handels (Distributionsfunktion des Handels). Typische Distributionsformen stellen der stationäre Handel mit dem Verkauf von Waren in Verkaufsräumen und Lagern, der Handel in Verkaufsständen und der Versandhandel dar. 2003 wurden Waren im Wert von ca. 316 Mrd. Euro in Verkaufsräumen umgesetzt, die 91 % des Umsatzes im Einzelhandel ausmachen. Auf den Verkauf von Waren in Lagern entfielen 9 Mrd. Euro (2,5 % des Umsatzes im Einzelhandel), während der Handel an Verkaufsständen in Deutschland

mit 1,5 Mrd. Euro nur eine untergeordnete Rolle spielte. Mit 19 Mrd. Euro verzeichnete der Versandhandel einen Anteil von 5,3 Prozent an den Umsätzen des Einzelhandels, den größten Beitrag zum Umsatz des Versandhandels (9,8 Mrd. Euro) leistete der Versandhandel ohne ausgeprägten Schwerpunkt.

Im Handel hat sich in den letzten Jahrzehnten – wie in vielen Wirtschaftsbereichen – ein tief greifender Strukturwandel vollzogen. Nach 1945 stieg die Zahl der Unternehmen, bedingt durch das allgemeine wirtschaftliche Wachstum, steigende Einkommen und die Ausdehnung der Warensortimente, zunächst stark an. Seit Anfang der 1960er-Jahre setzte infolge verstärkter Konkurrenz ein bis heute andauernder Konzentrationsprozess ein, der durch Rationalisierungsmaßnahmen, insbesondere durch die Einführung der Selbstbedienung, ausgelöst wurde. Davon war vor allem der Lebensmitteleinzelhandel betroffen. Waren 1960 noch ca. 200 000 Unternehmen im

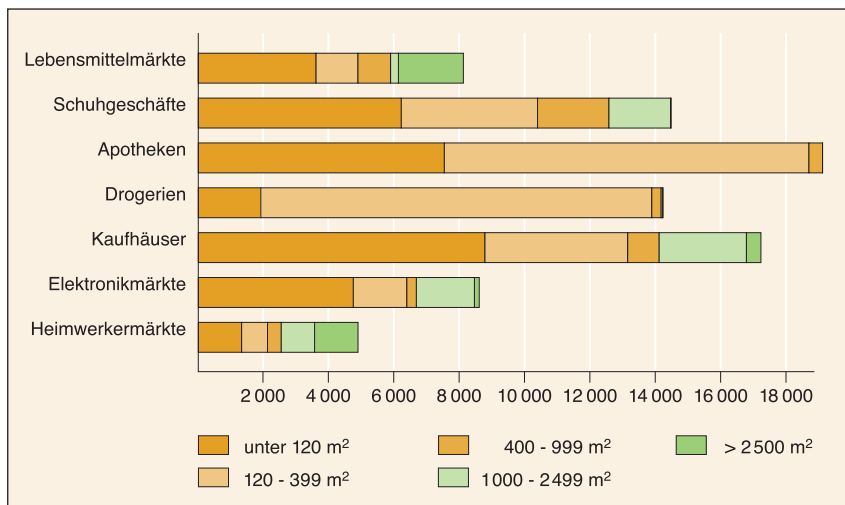
Abb. 1: Unternehmen und Beschäftigte im Handel 2003
in Prozent



früheren Bundesgebiet im Lebensmitteleinzelhandel tätig, so lag die Zahl der Unternehmen im Jahr 2003 in Deutschland nur noch bei rund 54 000. Dieser Gesamttrückgang wirkte sich auf die verschiedenen Betriebsformen im Lebensmitteleinzelhandel sehr ungleichmäßig aus: So sank seit 1996 die Zahl der Supermärkte und die der Lebensmittelfachgeschäfte um 28 % bzw. 11 %, während die Zahl der SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte im gleichen Zeitraum leicht anstieg (+ 2 %).

Trotz fortschreitender Konzentration wird der Handel in vielen Branchen noch immer durch kleine und mittelständische Unternehmen geprägt. Eine Analyse der Verkaufsflächen typischer Handelsunternehmen zeigt, dass dies insbesondere bei Apotheken und Drogerien der Fall ist. Im Gegensatz dazu gab es 2002 bei Lebensmittelmärkten, Kaufhäusern und Heimwerkermärkten eine erhebliche Anzahl von Unternehmen mit größeren Verkaufsflächen.

Abb. 2: Typische Handelsunternehmen nach Verkaufsflächengrößenklassen in 2002



Auch die Zahl der Beschäftigten je Unternehmen zeigt mittelständische Strukturen auf: Im Jahr 2003 beschäftigten 73 % der Unternehmen weniger als sechs Personen, 42 % aller Unternehmen haben sogar nur einen oder zwei Beschäftigte. Gemessen an der Zahl der Beschäftigten je Unternehmen lag die durchschnittliche Unternehmensgröße im Handel in Deutschland bei 9,6 Beschäftigten, im Großhandel bei 12,4, im Einzelhandel bei 9 Personen und im Kfz-Handel bei 8,4. Die Angaben stellen aber rein rechnerische Größen dar und geben keinen Aufschluss über Unternehmensverflechtungen oder Konzernbildungen. Insbesondere im Einzelhandel gibt es eine Reihe von Unternehmen – vorwiegend die großen Filialbetriebe – mit über 1 000 Beschäftigten, die in der Regel mit Filialen in allen Regionen Deutschlands präsent sind.

Traditionell große Bedeutung hat im Handelsbereich die Teilzeit- und Saisonarbeit, die in den letzten Jahren weiter zugenommen hat. Dies gilt vor allem für den Einzelhandel, wo heute annähernd jeder bzw. jede zweite Beschäftigte als Teilzeiterkraft tätig ist. Im Großhandel sind es dagegen nur 20,3 % der Erwerbstätigen. Durch die Einstellung von Teilzeitbeschäftigten kann das einzelne Unternehmen nicht nur jahreszeitliche Saisonschwankungen ausgleichen, sondern auch flexibler auf die unterschiedlichen Belastungen an verschiedenen Wochentagen und Tageszeiten reagieren.

Charakteristisch für den Handel ist auch schon seit langem der vergleichsweise hohe Anteil an weiblichen Beschäftigten. Mehr als die Hälfte der tätigen Personen sind Frauen, im Einzelhandel sind es sogar schon mehr als zwei Drittel. Zwischen der Frauen- und der Teilzeitquote besteht insofern ein Zusammenhang, als Teilzeitarbeitsplätze in besonderem Maße von Frauen in Anspruch genommen werden.

15.2.2 Umsätze

Im Jahr 2003 wurde im Handel ein Gesamtumsatz von rund 1 147 Mrd. Euro (ohne Umsatzsteuer) erzielt. Davon entfielen rund 633 Mrd. Euro auf den Bereich Großhandel und Handelsvermittlung, rund 346 Mrd. Euro auf den Einzelhandel und rund 168 Mrd. Euro auf den Bereich Kraftfahrzeughandel und Tankstellen. Die Gliederung der Unternehmensumsätze nach Umsatzgrößenklassen gibt Hinweise auf den Konzentrationsgrad im Handel. Rund 81 % aller Handelsunternehmen erzielten im Jahr 2003 jeweils Umsätze von weniger als 1 Mill. Euro, ihr Anteil am Gesamtumsatz aller Handelsunternehmen betrug jedoch nur 7,7 %. Demgegenüber erwirtschafteten die Großunternehmen mit einem Jahresumsatz von 50 Mill. Euro und mehr – das sind lediglich 1,3 % aller Unternehmen – gut die Hälfte des Gesamtumsatzes im Handel. Von einem hohen Konzentrationsgrad ist besonders im Einzelhandel auszugehen, in dem 61 % des Umsatzes von knapp 0,7 % der Unternehmen erwirtschaftet wurde. Der tatsächliche Konzentrationsgrad liegt vermutlich höher, da in der Handelsstatistik das rechtlich selbstständige Unternehmen und nicht der Konzern berichtspflichtig ist.

In den Jahren 2002 und 2003 ging der Einzelhandelsumsatz erstmals seit 1997 um nominal 1,6 % bzw. 0,5 % zurück. Real, also preisbereinigt, wurde 2002 1,4 % weniger und 2003 0,5 % weniger als im Vorjahr abgesetzt.

Die Gründe für den im Jahr 2003 rückläufigen Einzelhandelsumsatz liegen größtenteils in einer zunehmenden Kaufzurückhaltung sowie dem sich gleichzeitig allmählich verändernden Verbrauchsverhalten der Bevölkerung. Auf der einen Seite führten u.a. die steigende Abgaben- und Steuerlast sowie die Unsicherheit über die Entwicklung der

Abb. 3: Umsätze im Einzelhandel 1996 bis 2003
2003 = 100

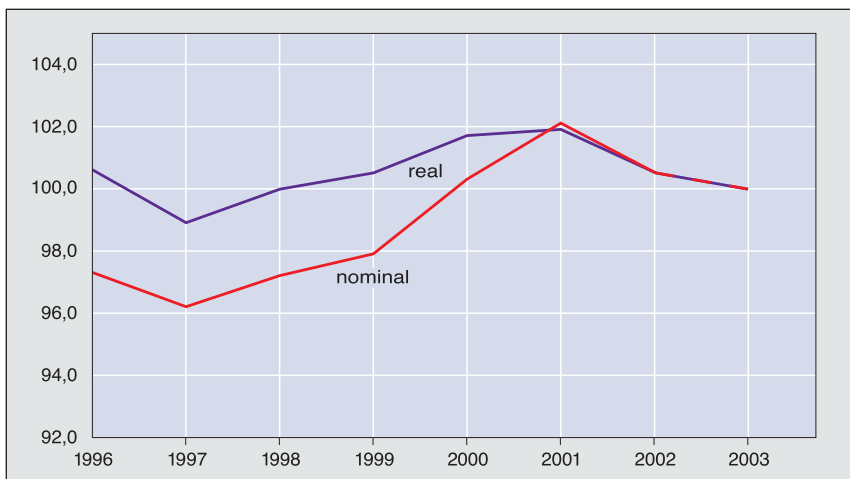
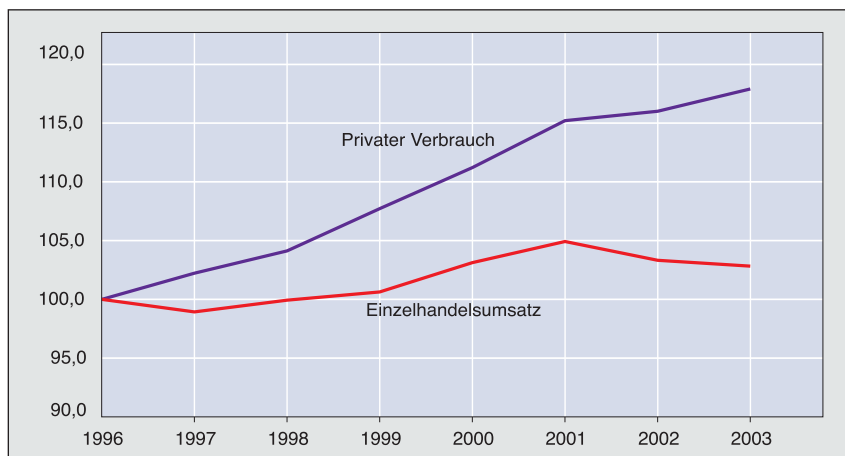


Abb. 4: Entwicklung des privaten Konsums und des Einzelhandelsumsatzes 1996 bis 2003, 1996 = 100, Angaben nominal



eigenen persönlichen Wirtschaftslage – vor dem Hintergrund der stagnierenden Konjunktur und steigender Arbeitslosigkeit – zu einer gehemmten Kaufbereitschaft seitens der Verbraucher. So sind die privaten Konsumausgaben im Jahr 2003 erneut schwächer gestiegen (+ 1,7 %) als das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte (+ 2,1 %). Auf der anderen Seite setzte sich der Trend der Abkoppelung des Einzelhandelsumsatzes vom privaten Verbrauch weiter fort. Der private Konsum erhöhte sich seit 1996 um fast 18 %, während der Einzelhandelsumsatz nur um knapp 3 % anstieg und seit 2001 rückläufig ist. So werden heute größere Teile des Einkommens als früher z.B. für Freizeitgestaltung und Reisen, aber auch für Versicherungen und Mieten ausgegeben.

Die einzelnen Branchen weisen unterschiedlich große Anteile an den Umsätzen des Einzelhandels auf: Die größte Branche – gemessen am Umsatz – war 2003 die mit Waren verschiedener Art, Hauptrichtung Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren, zu der insbesondere die Supermärkte und Verbrauchermärkte gehören. Auf diese Branche allein entfiel nach wie vor mehr als ein Drittel des Gesamt-Einzelhandelsumsatzes. Einen weiteren Umsatzschwerpunkt bildete mit 33,4 % der Sonstige Facheinzelhandel, zu dem unter anderem der Einzelhandel mit Textilien, der Einzelhandel mit elektrischen Haushaltsgeräten und Geräten der Unterhaltungselektronik und der Einzelhandel mit Bau- und Heimwerkerbedarf gehören.

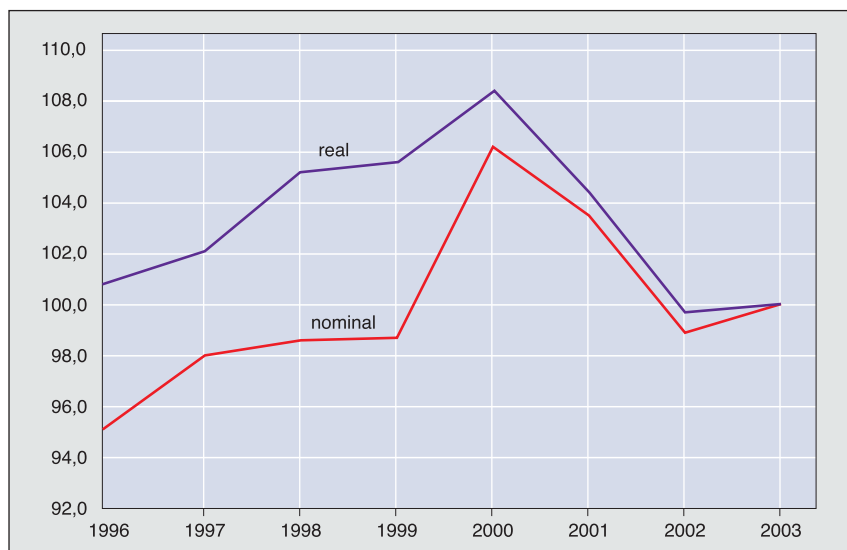
Während der Einzelhandel im Jahr 2003 Umsatzrückgänge hinzunehmen hatte, konnte der Großhandel (einschl. Handelsvermittlung) Umsatzsteigerungen verbuchen. Sein Umsatz lag im Jahr 2003 um nominal 1,1 % (real 0,3 %) höher als 2002. Im Jahr 2000 war mit einem Plus von nominal 7,5 % und real 2,7 % gegenüber 1999 der höchste Umsatzzuwachs seit 1996 verbucht worden. Zu den Kunden des Großhandels zählen

Tab. 1: Umsatzgewicht einzelner Handelsbereiche
in Prozent

Einzelhandelsbereich (EH = Einzelhandel)	Anteil am Einzelhandel insgesamt	
	2003	2002
EH mit Waren verschiedener Art (in Verkaufsräumen)	40,0	40,6
EH mit Waren verschiedener Art, Hauptrichtung Nahrungs- mittel, Getränke und Tabakwaren	34,0	35,3
Sonstiger EH mit Waren verschiedener Art	6,0	5,3
Fach-EH mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren (in Verkaufsräumen)	5,8	3,7
Apotheken; Fach-EH mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (in Verkaufsräumen)	11,9	11,7
Sonstiger Fach-EH (in Verkaufsräumen)	33,4	33,6
EH mit Antiquitäten und Gebrauchsgütern (in Verkaufsräumen)	0,2	0,1
EH (nicht in Verkaufsräumen)	8,2	9,9
Versandhandel	5,3	5,8
EH ohne Reparatur von Gebrauchsgütern	99,5	99,6

gewerbliche Abnehmer, der inländische Einzelhandel und Abnehmer im Ausland, d.h. der Großhandel hat zumindest einen Teil seines Umsatzzuwachses durch Exporte erzielt.

Abb. 5: Umsätze im Großhandel 1996 bis 2003
2003 = 100



15.3 Tourismus, Gastgewerbe

15.3.1 Wirtschaftsfaktor Tourismus

Eine ganze Reihe von Wirtschaftszweigen erbringt Leistungen für Touristen, also Personen, die sich außerhalb ihres gewöhnlichen Wohnsitzes aufhalten. Dazu zählen das Hotel- und Gaststättengewerbe, die Verkehrsträger (Straße, Eisenbahn, Luftverkehr), Reiseveranstalter und Reisebüros, der Einzelhandel, der Kultur- und Freizeitbereich sowie weitere Teile des Dienstleistungssektors. Einer Studie im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums zufolge gingen im Jahr 2004 8,9 % des Bruttoinlandsprodukts direkt und indirekt auf die Nachfrage von Touristen zurück. Rund 2,7 Mill. Menschen finden dadurch eine Beschäftigung.

Der Tourismus ist auch ein gewichtiger Faktor in der deutschen Zahlungsbilanz. Im Rahmen der Reiseverkehrsbilanz als Teil der Zahlungsbilanz werden die Ausgaben der Deutschen auf ihren Reisen im Ausland erfasst und umgekehrt die Ausgaben ausländischer Reisender in Deutschland. Traditionell ist die deutsche Reiseverkehrsbilanz in starkem Maße unausgeglichen. So gaben die Deutschen im Jahr 2005 auf ihren Reisen im Ausland 58,9 Mrd. Euro aus. Dem standen Einnahmen der deutschen Tourismuswirtschaft von ausländischen Reisenden in Höhe von 23,2 Mrd. Euro gegenüber. Daraus ergibt sich ein negativer Saldo in der deutschen Reiseverkehrsbilanz von 35,6 Mrd. Euro. Im Vergleich zum Jahr 2000 ist dieser negative Saldo jedoch deutlich gesunken, da die Einnahmen stärker stiegen als die Ausgaben.

Tab. 2: Einnahmen und Ausgaben im grenzüberschreitenden Reiseverkehr
in Mill. EUR

	2005	Veränderung 2005 gegenüber 2000 in %
Einnahmen	23 227	+ 14,8
Ausgaben	58 876	+ 2,5
Saldo	- 35 649	- 4,1

Quelle: Deutsche Bundesbank – Zahlungsbilanzstatistik, Februar 2006.

15.3.2 Reiseverhalten der Deutschen

Im Jahr 2004 haben die Deutschen 104 Mill. Reisen mit einer Dauer von fünf oder mehr Tagen unternommen. Das waren fast 5 % weniger als zwei Jahre zuvor. 37,4 Mill. Reisen fanden im Inland statt, 66,6 Mill. dagegen führten ins Ausland. Im Vergleich zu 2002 ist der Anteil der Inlandsreisen gesunken, und zwar von 38,1 auf 36,0 %. In Deutschland war Bayern mit 8,9 Mill. Reisen das mit Abstand beliebteste Zielland, gefolgt von Schleswig-Holstein (4,5 Mill.) und Mecklenburg-Vorpommern (4,3 Mill.). Im Ausland war Spanien im Jahr 2004 das beliebteste Reiseziel der Deutschen. 10,1 Mill. Reisen (mit fünf und mehr Tagen Dauer) unternahmen die Deutschen im Jahr 2004 dorthin. An zweiter Stelle in der Beliebtheitsskala lag Italien. Es war das Ziel für 9,5 Mill.

Reisen der Deutschen, gefolgt vom Nachbarland Österreich, in das die Deutschen 9,3 Mill. Mal reisten. In Länder außerhalb Europas unternahmen die Deutschen im Jahr 2004 insgesamt 7,9 Mill. Reisen, darunter 1,8 Mill. in die Vereinigten Staaten.

Das bevorzugte Verkehrsmittel der Deutschen auf Reisen ist der Pkw, der bei mehr als der Hälfte (52,8 %) aller Reisen mit fünf oder mehr Tagen Dauer das Hauptverkehrsmittel war – allerdings mit abnehmender Tendenz. Mit der steigenden Neigung zu Auslandsreisen nimmt die Bedeutung des Verkehrsmittels Flugzeug zu. 2004 wurden 28,2 % aller Reisen mit dem Flugzeug unternommen (2002: 25,5 %), weiterhin ein gutes Zehntel (10,3 %) mit dem Bus. Die Bahn war bei 7,4 % der Reisen das Hauptverkehrsmittel (2002: 7,6 %).

Tab. 3: Private Reisen mit 5 und mehr Tagen Dauer im Jahr 2004

Merkmal	Reisen in Mill.	Anteil in %
Reisen mit 5 und mehr Tagen Dauer	104,0	100
<i>nach ausgewählten Reisezielen</i>		
Deutschland, insgesamt	37,4	36,0
darunter:		
Baden-Württemberg	3,6	3,5
Bayern	8,9	8,6
Mecklenburg-Vorpommern	4,3	4,1
Niedersachsen	3,5	3,4
Nordrhein-Westfalen	2,2	2,1
Schleswig-Holstein	4,5	4,3
Ausland insgesamt	66,6	64,0
darunter:		
Frankreich	3,6	3,5
Griechenland	2,8	2,7
Italien	9,5	9,1
Österreich	9,3	8,9
Schweiz	2,1	2,0
Spanien	10,1	9,7
Türkei	4,7	4,5
Außereuropäische Länder insgesamt	7,9	7,6
darunter:		
Afrika insgesamt	2,6	2,5
Vereinigte Staaten	1,8	1,7
<i>nach dem Hauptverkehrsmittel</i>		
Pkw (eigener Wagen oder Mietwagen)	54,9	52,8
Flugzeug	29,3	28,2
Bus	10,7	10,3
Eisenbahn	7,7	7,4
<i>nach der Organisation der Reise</i>		
Selbstorganisiert	70,8	68,1
Einbeziehung von Reisebüro-, -veranstalter	33,2	31,9
darunter: Pauschalreisen	28,7	27,6

Quelle: GEOPLAN GmbH – Tourismuserhebung 2004.

Der mit Abstand wichtigste Reisemonat im Jahr 2004 war der August. In diesem Monat wurden 16,7 Mill. Reisen (16,1 % aller Reisen) unternommen. Dem folgten die Monate Juli und Oktober mit jeweils 11,4 bzw. 11,5 Mill. Reisen. Die wenigsten Reisen wurden im Januar angetreten (4,8 Mill. entsprechend 4,6 %).

Die Deutschen organisieren ihre Reisen zunehmend selbst. Bei nur noch 31,9 % aller Reisen schalteten sie ein Reisebüro oder einen Reiseveranstalter mit ein (2002: 36,7 %). 27,6 % waren reine Pauschalreisen (2002: 31,7 %).

15.3.3 Tourismusentwicklung in Deutschland

Die wichtigste Quelle zur Darstellung der Tourismusentwicklung im Inland ist die Beherbergungsstatistik, in der die Zahl der Gäste und der Übernachtungen in Beherbergungsstätten mit neun oder mehr Betten und auf Campingplätzen mit Urlaubscamping (im Unterschied zum Dauercamping) erhoben werden. Anders als bei der zuvor erwähnten Studie über das Reiseverhalten, bei der die touristische Nachfrage der Deutschen untersucht wird, werden hier die Anbieter befragt. Dabei werden sowohl ausländische Gäste als auch Reisen mit weniger als fünf Tagen mit berücksichtigt. Im Jahr 2005 konnten die deutschen Beherbergungsbetriebe (einschl. Campingplätze) 120,6 Mill.

Abb. 6: Entwicklung der Gästeübernachtungen in Beherbergungsstätten und auf Campingplätzen 1992 bis 2005
Übernachtungen in Mill., Veränderungen in Prozent

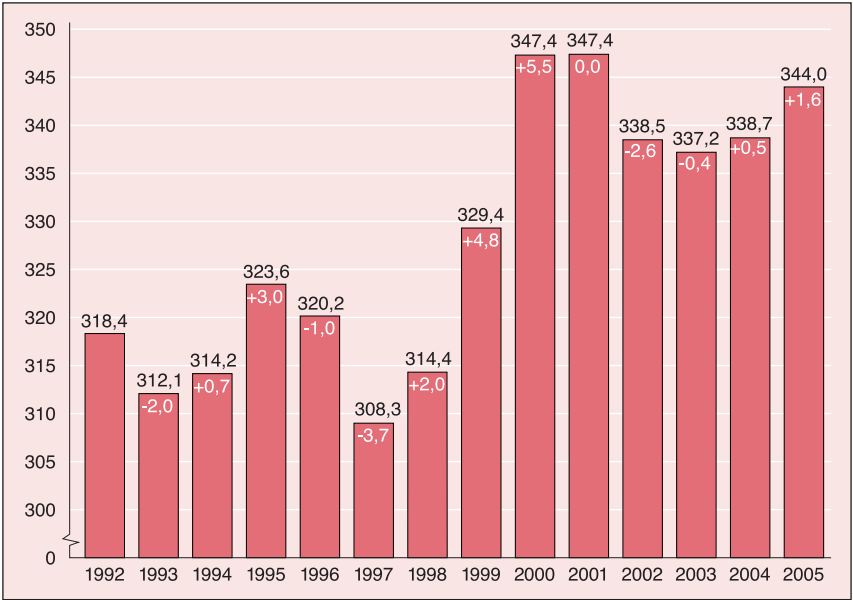
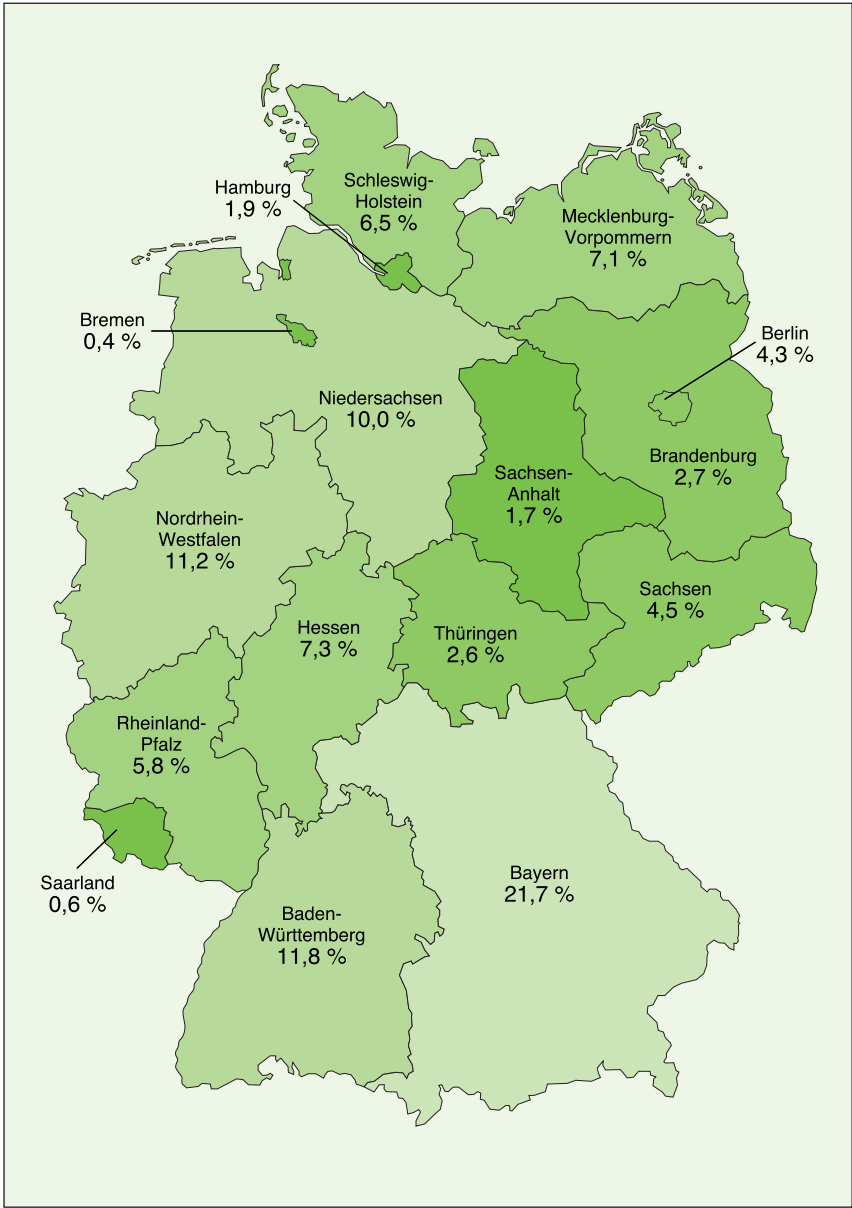


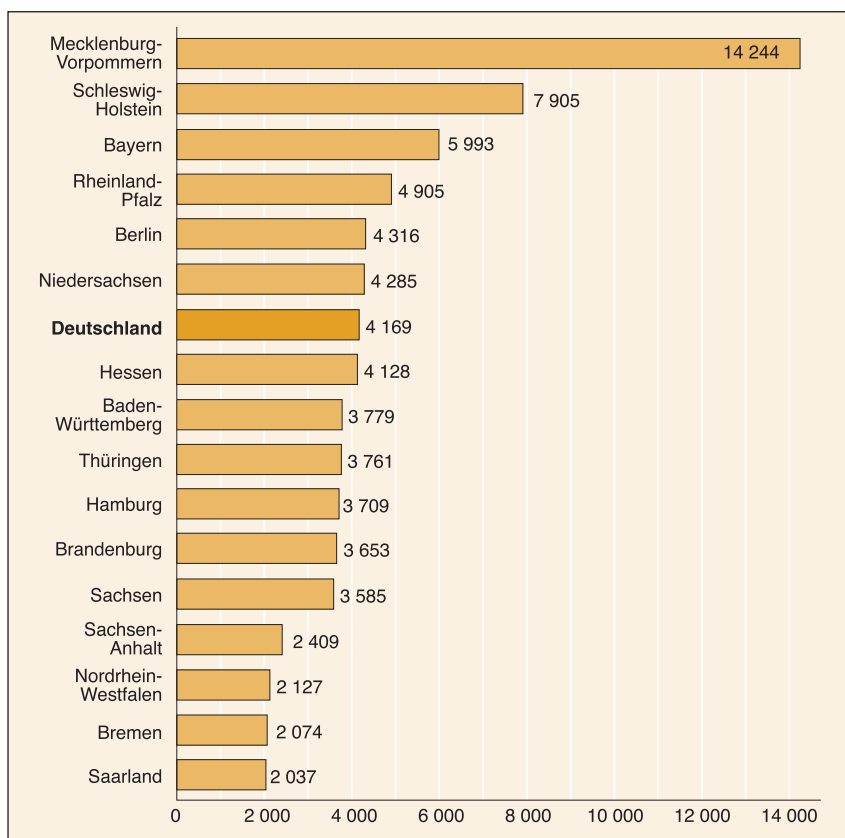
Abb. 7: Verteilung der Übernachtungen auf die Bundesländer 2005



Gäste begrüßen, die Gesamtzahl der Übernachtungen betrug 344,0 Mill. Bei den Gästen war das ein Plus von 3,6 % gegenüber dem Vorjahr. Gegenüber 1992, dem ersten Jahr, für das Ergebnisse für alle 16 Bundesländer vorliegen, betrug der Zuwachs sogar 33,6 %. Die Übernachtungen nahmen im Jahr 2005 um 1,6 % gegenüber dem Vorjahr zu, gegenüber dem Jahr 1992 stiegen sie um 8,0 %. Die durchschnittliche Zahl der Übernachtungen, die ein Gast in einem Beherbergungsbetrieb verbringt, nahm somit zwischen 1992 und 2005 kontinuierlich von 3,5 auf 2,9 ab.

Mit einem Anteil von 21,7 % entfällt gut ein Fünftel aller Übernachtungen auf Bayern. Erst mit einigem Abstand folgen dann die Bundesländer Baden-Württemberg (11,8 %), Nordrhein-Westfalen (11,2 %), Niedersachsen (10,0 %), Hessen (7,3 %), Mecklenburg-Vorpommern (7,1 %) und Schleswig-Holstein (6,5 %).

Abb. 8: Fremdenverkehrsintensität in den Bundesländern 2005
Übernachtungen je 1000 Einwohner



Das *relative* Gewicht des Tourismus für die einzelnen Bundesländer wird durch die sog. Tourismusintensität (Übernachtungen je 1 000 Einwohner) beschrieben. Hier liegt seit sieben Jahren Mecklenburg-Vorpommern auf dem ersten Rang mit einem Wert von 14 244. Auf Rang 2 mit 7 905 Übernachtungen je 1 000 Einwohner folgt Schleswig-Holstein, das noch bis zum Jahr 1998 an der Spitze der Rangliste gelegen hatte. Erst danach kommt Bayern (5 993), gefolgt von Rheinland-Pfalz (4 905), Berlin (4 316) und Niedersachsen (4 285).

58,4 % aller Übernachtungen fielen 2005 in der klassischen Hotellerie an (Hotels, Hotels garnis, Gasthöfe, Pensionen), allein auf die Hotels und Hotels garnis entfielen knapp die Hälfte (49,5 %). Dieses Segment hatte dabei die beste Konjunktur: Zwei Jahre zuvor belief sich der Anteil der Hotels und Hotels garnis auf lediglich 46,6 %. 29,2 % der Gästeübernachtungen entfielen auf die Betriebsarten des »Sonstigen Beherbergungsgewerbes«. Hier sind vor allem die Ferienhäuser und -wohnungen mit einem Anteil von 8,6 % sowie die Erholungs-, Ferien- und Schulungsheime (7,2 %) bedeutsam. Der Anteil der Vorsorge- und Rehabilitationskliniken, die für das Segment des Kurtourismus stehen, lag im Jahr 2005 bei 12,4 %.

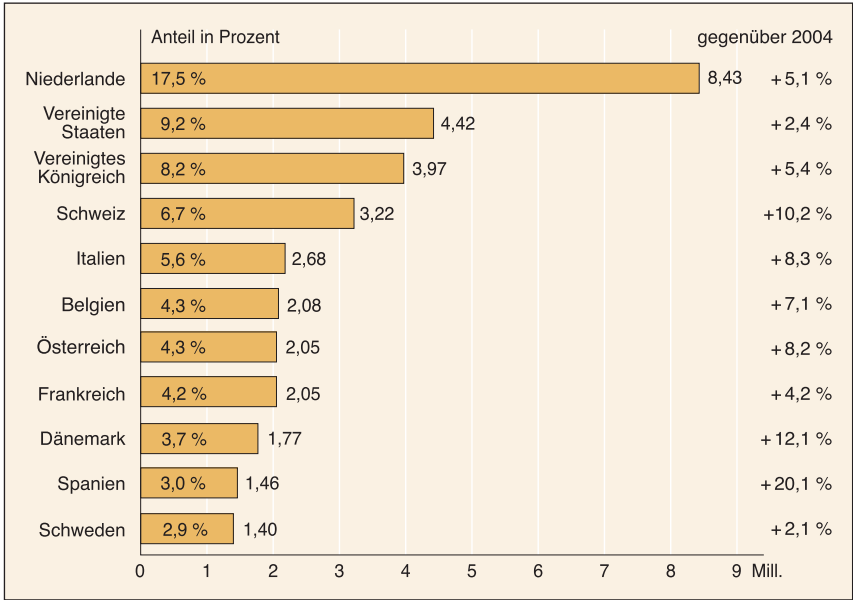
Deutschland gewinnt für ausländische Gäste in den letzten Jahren an Attraktivität. Seit 2003 haben die Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland stark zugenommen, sie erreichten im Jahr 2005 mit 48,2 Mill. ihren bisherigen Rekordwert. Von 2001 bis 2005 hat sich auch der Anteil der Übernachtungen ausländischer Gäste an der Gesamtzahl der Übernachtungen kontinuierlich von 11,7 auf 14 % erhöht.

Tab. 4: Gästeübernachtungen in Beherbergungsstätten und auf Campingplätzen nach Betriebsarten 2005

Betriebsart	Übernachtungen 1 000	Anteil	Veränderung gegenüber 2004
		%	
Insgesamt	343 981	100	+ 2,9
Hotels	131 380	38,2	+ 4,0
Hotels garnis	38 889	11,3	+ 3,1
Gasthöfe	17 883	5,2	– 0,9
Pensionen	12 614	3,7	– 2,7
<i>Hotellerie zusammen</i>	<i>200 767</i>	<i>58,4</i>	<i>+ 3,0</i>
Jugendherbergen und Hütten	14 924	4,3	+ 3,1
Campingplätze	21 725	6,3	+ 1,5
Erholungs-, Ferien- und Schulungsheime	24 749	7,2	– 1,2
Boardinghouses	525	0,2	+ 40,2
Ferienzentren	8 914	2,6	– 2,0
Ferienhäuser, -wohnungen	29 604	8,6	– 0,8
<i>Sonstiges Beherbergungsgewerbe zusammen</i>	<i>100 441</i>	<i>29,2</i>	<i>+ 0,2</i>
Hotellerie und Sonstiges			
<i>Beherbergungsgewerbe zusammen</i>	<i>301 208</i>	<i>87,6</i>	<i>+ 2,0</i>
Vorsorge- und Reha-Kliniken	42 773	12,4	– 1,7

Die größte ausländische Gästegruppe des deutschen Beherbergungsgewerbes sind nach wie vor die Niederländer, die es 2005 auf 8,43 Mill. Übernachtungen brachten. Das entsprach einem Anteil von 17,5 % an den gesamten Übernachtungen ausländischer Gäste. An zweiter Stelle folgten die Vereinigten Staaten (4,42 Mill. Übernachtungen bzw. 9,2 %) vor den Gästen aus dem Vereinigten Königreich (3,97 Mill. Übernachtungen bzw. 8,2 %).

Abb. 9: Übernachtungen von ausländischen Gästen 2005
in Mill./Anteile in Prozent und Veränderungen in Prozent¹



1 Anteil an allen Übernachtungen aus dem Ausland.

15.3.4 Gastgewerbe

Ein wesentlicher Anbieter touristischer Leistungen im Inland ist das Gastgewerbe, das sowohl die Beherbergung als auch die Bewirtung von Gästen umfasst. 44,1 % des Umsatzes im Gastgewerbe wurden 2003 von der Speisegastronomie (Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbisshallen) erbracht. Damit ist sie die umsatzstärkste Branche, gefolgt von der Hotellerie (32,7 %). Zur Hotellerie gehören Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis. Das Sonstige Gaststättengewerbe erzielte gut ein Zehntel des Gesamtumsatzes, weitere 8,7 % entfielen auf die Wirtschaftsgruppe Kantinen und Caterer, wozu auch Partyservicebetriebe und Lieferanten der Fluggesellschaften gehören.

Tab. 5: Struktur des Umsatzes im Jahr 2003 und Umsatzentwicklung
in den Wirtschaftszweigen des Gastgewerbes gegenüber 1996

Wirtschaftszweig	Anteil des Wirtschaftszweiges am nominalen Gesamtumsatz des Gastgewerbes in %	Umsatzentwicklung (nominal) 2003 gegenüber 1996 in %
Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis (»Hotellerie«)	32,7	– 0,1
Sonstiges Beherbergungsgewerbe	3,6	17,2
Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbisshallen (»Speisegastronomie«)	44,1	– 15,6
Sonstiges Gaststättengewerbe	10,9	– 20,9
Kantinen und Caterer	8,7	9,6
Gastgewerbe	100,0	– 8,1

Der Anteil des Gastgewerbes an den Umsätzen aller Unternehmen in Deutschland lag im Jahr 2003 bei rund 1,2 %. Aufgrund der hohen Personalintensität und des großen Anteils von Teilzeitbeschäftigten ist das Gewicht dieses Wirtschaftsbereichs bei der Beschäftigung mit knapp 3,1 % wesentlich größer. 2003 waren mehr als die Hälfte aller Erwerbstätigen in diesem Bereich Frauen. Ein weiteres Kennzeichen dieses Wirtschaftszweiges war auch 2003 der mit 14,6 % sehr hohe Anteil von Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen (gesamtwirtschaftlicher Durchschnitt: 7,8 %). Dies lässt sich mit der Struktur des Gastgewerbes erklären, die sehr stark durch kleinere und mittlere Unternehmen geprägt ist. So wurde im Jahr 2003 etwa die Hälfte des Umsatzes in diesem Wirtschaftszweig von Unternehmen mit einem Jahresumsatz von unter 500 000 Euro erwirtschaftet.

Die Entwicklung im Gastgewerbe verlief in den zurückliegenden Jahren ungünstiger als die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Während das Bruttoinlandsprodukt nominal von 2000 bis einschließlich 2003 anstieg, konnte das Gastgewerbe nur in 2000 und

Tab. 6: Entwicklung des Gastgewerbeumsatzes 1996 bis 2003
im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt

Jahr	Gastgewerbeumsatz ¹				Bruttoinlandsprodukt	
	nominal	real	nominal	real	nominal	real
	Messzahlen 2003 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
1996	108,8	121,4	–	–	1,5	1,0
1997	107,9	116,3	– 0,9	– 4,2	2,1	1,8
1998	106,4	115,8	– 1,4	– 0,4	2,6	2,0
1999	106,9	115,1	0,5	– 0,7	2,4	2,0
2000	108,1	115,1	1,1	0,1	2,5	3,2
2001	109,0	114,2	0,9	– 0,8	2,5	1,2
2002	103,9	105,0	– 4,6	– 8,1	1,5	0,1
2003	100,0	100,0	– 3,8	– 4,7	0,9	– 0,2

1 Umsatz ohne Umsatzsteuer.

2001 Umsatzsteigerungen verzeichnen, gefolgt von deutlichen Umsatzeinbußen in den Jahren 2002 und 2003. Im Jahr 2003 setzte das Gastgewerbe rund 44 Mrd. Euro (ohne Umsatzsteuer) um; das sind nominal 3,8 % weniger als 2002. Real wurde für das Jahr 2003 ein noch größerer Umsatzrückgang von 4,7 % ermittelt.

Von den Umsatzrückgängen im Gastgewerbe in den Jahren 2002 und 2003 sind auch die drei größten Wirtschaftszweige Speisegastronomie, Hotellerie und Sonstiges Gaststättengewerbe betroffen. Der Umsatz der Unternehmen der Hotellerie, die schwerpunktmäßig Beherbergungsleistungen anbieten, lag in den Jahren 2002 (-3,1 %) und 2003 (-4,5 %) nominal jeweils unter den Werten des entsprechenden Vorjahres. In der Speisegastronomie wurde sogar ein nominales Umsatzminus von -6,5 % (2002) und -6,3 % (2003) registriert. Der Wirtschaftszweig Kantinen und Caterer erzielte dagegen nach einem nominalen Umsatzrückgang von -3,8 % in 2002 im Jahr 2003 ein nominales Umsatzplus von 1,6 %. Beim langfristigen Vergleich konnten das Sonstige Beherbergungsgewerbe und die Kantinen und Caterer im Jahr 2003 Umsatzsteigerungen gegenüber 1996 verbuchen, während die übrigen Branchen des Gastgewerbes Umsatzeinbußen hinnehmen mussten.

15.4 Banken

Im Rahmen einer hoch entwickelten Volkswirtschaft spielt die Geld- und Kreditwirtschaft und damit das Bankensystem eine zentrale Rolle. Als Kapitalsammelstellen und Finanzierungsinstitute erfüllen die Banken wichtige gesamtwirtschaftliche Aufgaben. In Deutschland stehen die Banken – nach den Vorschriften des Gesetzes über das Kreditwesen (KWG) – unter der gemeinsamen Aufsicht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und der Deutschen Bundesbank.

Mit der Einführung des Euro als gemeinsamer Währung von zunächst elf der 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) – diese sind Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien – ging mit Wirkung vom 1. Januar 1999 die Verantwortung für eine einheitliche Geldpolitik im Euro-Währungsgebiet auf das Europäische System der Zentralbanken (ESZB) über. Zum 1. Januar 2001 trat Griechenland als zwölftes Mitglied der Eurozone bei. Das ESZB, das aus der Europäischen Zentralbank (EZB) und den nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten besteht, übernahm nunmehr die Rolle der Hüterin des Euro und trägt somit die Verantwortung für die Stabilität der neuen Währung. Durch den Übergang der geldpolitischen Kompetenzen auf die EZB war eine Anpassung der Aufgaben der teilnehmenden nationalen Zentralbanken erforderlich. Sie haben an der Erfüllung der Aufgaben des ESZB, insbesondere dem vorrangigen Ziel der Gewährleistung der Preisstabilität, mitzuwirken. Unverändert bleibt ihre Aufgabe, für die bankmäßige Abwicklung des Zahlungsverkehrs im In- und mit dem Ausland zu sorgen. Die Deutsche Bundesbank ist damit z.B. auch für den Bargeldumlauf verantwortlich.

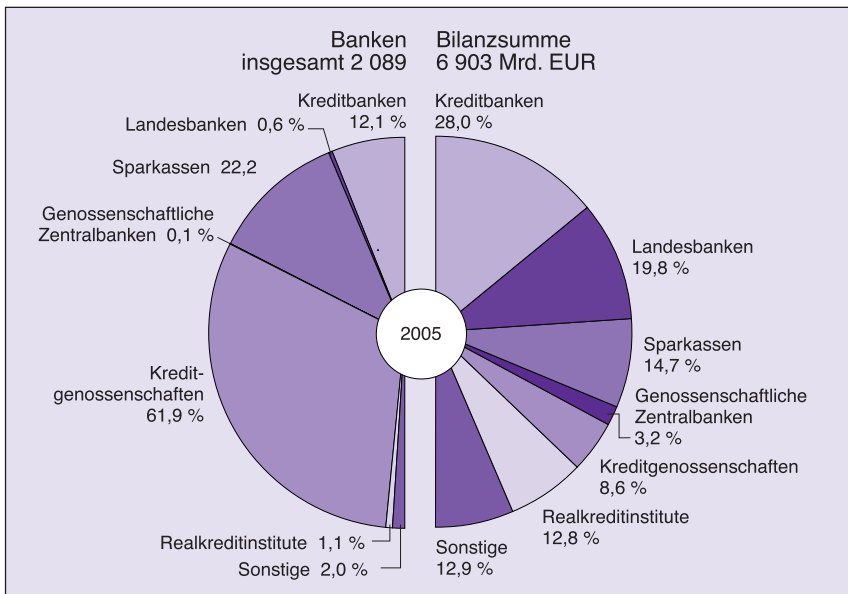
Die Statistiken des Geld- und Kreditwesens werden überwiegend von der Deutschen Bundesbank bearbeitet. Der Beginn der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU) hat zu einer Veränderung in der Darstellung von statistischen Ergebnissen der Deutschen Bundesbank ab dem Jahr 1999 geführt. Dies wirkt sich auf die Vergleichbarkeit der Ergebnisse aus.

Die Angaben über die Geschäftsentwicklung der Bausparkassen beruhen auf den Statistiken der Verbände der privaten und öffentlichen Bausparkassen. Beim Bauspargeschäft stellen die Einlagen wegen ihrer Zweckbindung (sie dürfen innerhalb bestimmter Fristen nur für den Wohnungsbau verwendet werden) eine besondere Form der Spareinlagen dar.

15.4.1 Unternehmen

Im Bankwesen Deutschlands ist seit Jahren ein Fusionsprozess im Gang. Er hat zu einer abnehmenden Zahl von Kreditinstituten geführt. Während 1973 im früheren Bundesgebiet 3 784 berichtspflichtige Kreditinstitute (Kreditinstitute mit einer bestimmten Mindestbilanzsumme) gezählt wurden, gab es 1984 nur noch 3 250. Ab 1985 wurden alle Kreditgenossenschaften in die statistische Berichtspflicht einbezogen; Ende 1985 waren 4 659 und Ende 1989 noch 4 217 Kreditinstitute im früheren Bundesgebiet berichtspflichtig. Ende 2005 belief sich die Zahl der berichtspflichtigen Kreditinstitute

Abb. 10: Banken und ihre Bilanzsummen am Jahresende 2005



einschließlich der ostdeutschen Institute auf 2089. Unter ihnen waren die Kreditgenossenschaften zahlenmäßig am stärksten vertreten. Gemessen an den Bilanzsummen sind jedoch andere Institutsgruppen, z.B. Kreditbanken, Sparkassen und Landesbanken, von weitaus größerer Bedeutung.

15.4.2 Beschäftigte und Arbeitskosten

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus im März 2004 waren rund 765 000 Erwerbstätige (2,1 % aller Erwerbstätigen) im Kreditgewerbe tätig. Die Arbeitskosten je Beschäftigten im Kreditgewerbe beliefen sich in Deutschland 2000 auf durchschnittlich 56 693 Euro, im früheren Bundesgebiet auf 57 785 Euro und in den neuen Ländern und Berlin-Ost auf 46 816 Euro. Besonders hoch sind die Personalnebenkosten im Kre-

Tab. 7: Aktiva und Passiva der Banken
in Mill. EUR

	2003	2004	2005
<i>Aktiva</i>			
Bilanzsumme	6470882	6663797	6903169
Barreserven	64136	56388	63262
Wechselbestand	4380	3492	2966
Kredite an in- und ausländische Banken	1739734	1835961	1956772
Kredite an Nichtbanken	3021230	3005935	3020110
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1027028	1141846	1209293
Sonstige Aktiva	614374	620175	650766
<i>Passiva</i>			
Bilanzsumme	6470882	6663797	6903169
Einlagen von in- und ausländischen Banken	1813555	1867048	1943192
Einlagen von inländischen und ausländischen Nichtbanken	2410120	2472382	2554049
dar.: Sicht- und Termineinlagen	1719262	1773069	1862734
Spareinlagen	600378	613015	611877
Verbriefte Verbindlichkeiten insgesamt	1496034	1555975	1616781
Eigenkapital insgesamt (gezeichnetes Kapital, Rücklagen, abzüglich ausgewiesenem Verlust)	252305	245788	260168
Sonstige Passiva	498868	522604	528979

ditgewerbe im Vergleich zu anderen Bereichen wie zum Beispiel dem Handel oder dem Produzierenden Gewerbe mit ca. 50 % der gesamten Personalausgaben. Bei den Nebenkosten handelt es sich vor allem um Sonderzahlungen, Vergütungen arbeitsfreier Tage (Urlaub, Krankheit, sonstige gesetzliche oder betrieblich bezahlte Freizeiten), Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung sowie Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung und die berufliche Bildung. Weitere Ausführungen zu den Personalkosten siehe Teil I, Kapitel 16, Abschnitt 5.

15.4.3 Geschäftstätigkeit

Bei den Banken lässt die Bilanz – als Gegenüberstellung von Forderungen und Verbindlichkeiten zu einem bestimmten Stichtag – besonders deutlich Umfang und Schwerpunkte der geschäftlichen Tätigkeit erkennen. Die Annahme von Einlagen einerseits, Kreditvergabe andererseits sind die wesentlichen Aufgaben des Bankensystems, die entsprechend im Bild der zusammengefassten Bilanz erscheinen.

Die Kredite an Nichtbanken, der bedeutendste Aktivposten in der Gesamtbilanz der Banken, wurden 2005 zu rund 74 % an inländische Unternehmen und Privatpersonen vergeben, fast 14 % gingen an öffentliche Haushalte im Inland, und 13 % der Kredite flossen an Kreditnehmer im Ausland.

Auf der Passivseite der Bilanz waren die Einlagen und aufgenommenen Kredite von inländischen Unternehmen und Privatpersonen mit etwa 85 % aller Einlagen und aufgenommenen Kredite von Nichtbanken (in Höhe von 2554 Mrd. Euro) besonders bedeutsam. Darunter hatten die Spareinlagen – bezogen auf alle Einlagen und aufgenommenen Kredite von Nichtbanken – einen Anteil von rund 24 %. Weitere rund 4 % der Einlagen und aufgenommenen Kredite von Nichtbanken stammten von inländischen öffentlichen Haushalten und rund 11 % von ausländischen Gläubigern.

Die Einlagen der Bausparkassen stellen wegen ihrer Zweckbindung (sie dürfen innerhalb bestimmter Fristen ausschließlich für Wohnungsbauzwecke verwendet werden) Spareinlagen besonderer Art dar. Ende 2004 bestanden bei den 27 Bausparkassen 33 Mill. Bausparverträge. Die Höhe der Einlagen bei ihnen betrug 114 Mrd. Euro. Gleichzeitig wurden Darlehen in Form von Hypotheken und Zwischenkrediten in Höhe von rund 100 Mrd. Euro in Anspruch genommen. Etwa 15 % der bestehenden Verträge, 13 % der Einlagen und rund 15 % der Darlehen entfielen auf die neuen Länder. Im Vergleich zu 1970 hat sich in Deutschland die Zahl der bestehenden Verträge und der Bauspareinlagenbestand mehr als verdreifacht bzw. verfünffacht, der Bestand an Baudarlehen sogar versechsfacht.

Die Ausgabe von Kapitalmarktpapieren (Aktien und festverzinsliche Wertpapiere) ist ein wesentlicher Bestandteil der Geschäftstätigkeit der Banken. Die Emission eigener festverzinslicher Wertpapiere (z.B. Pfandbriefe, Bankobligationen) dient der Beschaffung von Fremdkapital, die Ausgabe von Anleihen der öffentlichen Hand sowie von Anleihen und Aktien der Unternehmen übernehmen die Banken als Dienstleistungen für diese Stellen.

Tab. 8: Bausparkassen

	Einheit	2002	2003	2004
Verträge insgesamt	1000	32422	33009	33126
Neugeschäft im Jahr	1000	3485	4671	4035
Zugeteilte Verträge im Jahr	1000	1945	1977	1839
Bausparsumme aus zugeteilten Verträgen	Mill. EUR	33095	34334	33197
Bauspareinlagen insgesamt	Mill. EUR	101642	107746	114195
Hypotheken und Zwischenkredite insgesamt	Mill. EUR	100797	102488	100395

Im Jahr 2005 setzten die Banken festverzinsliche Wertpapiere inländischer Emittenten – vorwiegend Bankschuldverschreibungen – im Wert von rund 989 Mrd. Euro ab. Insgesamt waren Ende 2005 festverzinsliche Wertpapiere mit einem Nominalwert (Nennwert) von 2915 Mrd. Euro im Umlauf. Ende 2005 betrug der Bruttoabsatz von unter inländischer Konsortialführung begebenen DM/-Euro-Auslandsanleihen 0,6 Mrd. Euro. Im Umlauf befanden sich entsprechende Papiere mit einem Nominalwert von 134,6 Mrd. Euro.

Im Vergleich zu festverzinslichen Wertpapieren ist der Erwerb von Aktien mit größeren Risiken, aber auch mit höheren Gewinnmöglichkeiten verbunden. Entsprechend ist der Aktienmarkt in der Bundesrepublik von geringerer Bedeutung als der Rentenmarkt. 2005 waren Aktien mit einem Nominalwert von 163,1 Mrd. Euro im Umlauf. Der Wert der in diesem Jahr durch Einzahlung von Finanzmitteln abgesetzten Aktien inländischer Aktiengesellschaften betrug 2,5 Mrd. Euro (Nominalwert).

Tab. 9: Absatz und Umlauf von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien inländischer Emittenten
Nominalwert in Mill. EUR

Jahr	Festverzinsliche Wertpapiere		Aktien	
	Absatz	Umlauf ¹	Absatz ²	Umlauf ¹
2002	818 725	2 481 220	4 307	168 716
2003	958 917	2 605 775	4 482	162 131
2004	990 399	2 773 007	3 960	164 802
2005	988 911	2 914 723	2 470	163 071

1 Am Jahresende.

2 Durch Bareinzahlung und Umtausch von Wandelschuldverschreibungen.

15.5 Versicherungen

Die private Versicherungswirtschaft bietet mit einem breit gefächerten Dienstleistungsangebot materielle Absicherung gegen die verschiedenartigsten Risiken. Dadurch macht sie Verluste und Schadensfälle kalkulierbar. Dies wird für Wirtschaft und private Haushalte angesichts wachsender Gefahren und im Hinblick auf die Höhe möglicher Schäden immer wichtiger.

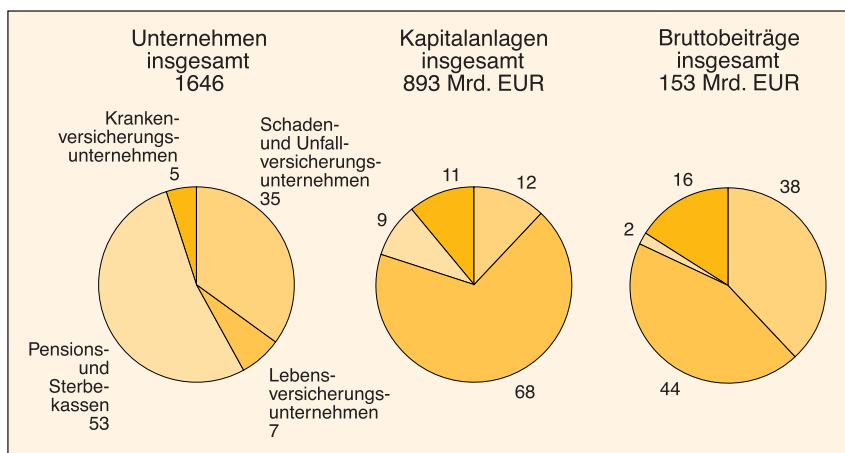
15.5.1 Unternehmen und Beschäftigte

Die Zahl der unter staatlicher Aufsicht stehenden Versicherungsunternehmen ist zwischen 1975 und 2003 von rund 5700 auf 1646 zurückgegangen. Ein Grund für die Konzentration in der Versicherungswirtschaft dürfte in den wachsenden Ansprüchen an die Leistungsfähigkeit der Unternehmen liegen.

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus vom März 2004 waren in Deutschland 333 000 Erwerbstätige (dies entspricht 0,9 % aller Erwerbstätigen) im Versicherungs-

gewerbe beschäftigt. Die Arbeitskosten des Versicherungsgewerbes beliefen sich 2000 in Deutschland auf durchschnittlich 61 292 Euro; im früheren Bundesgebiet waren es 61 515 Euro je Beschäftigten und in den neuen Ländern und Berlin-Ost 56 250 Euro. Sie lagen damit in West- und Ostdeutschland über dem Arbeitskosten-niveau des Kreditgewerbes. Näheres zu den Arbeitskosten siehe Teil I, Kapitel 16, Abschnitt 5.

Abb. 11: Versicherungsunternehmen, Bruttobeiträge, Kapitalanlagen 2003
ohne Rückversicherungsunternehmen
in Prozent



15.5.2 Geschäftstätigkeit

Der Umfang der Geschäftstätigkeit lässt sich vor allem aus den abgeschlossenen Verträgen und den Versicherungssummen ablesen. Er findet seine Entsprechung im Vermögen der Versicherungswirtschaft, die mit zu den größten Anlegern auf dem Kapitalmarkt gehört.

Das Lebensversicherungsgeschäft betrieben 2003 in Deutschland 109 Unternehmen. Gemessen an der Gesamtzahl aller Versicherungsunternehmen waren dies nur 7 %. Die Versicherungssumme aller abgeschlossenen Lebensversicherungsverträge erreichte Ende 2003 rund 2 144 Mrd. Euro. Das Beitragsaufkommen von rund 67 Mrd. Euro im Jahr 2003 entsprach einem Anteil von rund 44 % am gesamten Beitragsaufkommen aller Versicherungsunternehmen. Die Kapitalanlagen dieser Sparte erreichten 2003 einen Anteil von 68 % am entsprechenden Wert der gesamten Versicherungswirtschaft.¹

1 Ohne Rückversicherungsunternehmen.

Im Unterschied zu den Lebensversicherungen wird bei den Schaden- und Unfallversicherungen (z.B. Feuer-, Hausrat-, Haftpflichtversicherungen) sowie bei den Krankenversicherungen lediglich das aktuelle Risiko abgedeckt und nicht Kapitalvermögen gebildet wie bei den Lebensversicherungsunternehmen.

Die Zahlungen der privaten Krankenkassen für Versicherungsfälle betrugen im Jahr 2003 rund 14,7 Mrd. Euro, bei den Schaden- und Unfallversicherungen wurden 2003 37,7 Mrd. Euro für Versicherungsfälle aufgewendet. Bei den Schaden- und Unfallversicherungsunternehmen waren die Aufwendungen der Kraftfahrzeugversicherung insgesamt mit rund 47 % von besonderem Gewicht. Die Bruttobeiträge lagen 2003 bei den Krankenversicherungsunternehmen bei 25,2 Mrd. Euro. Die Beitragseinnahmen der Schaden- und Unfallversicherungsunternehmen beliefen sich 2003 auf 58,1 Mrd. Euro.

15.6 Verschiedene private und gewerbliche Dienstleistungen (Wirtschaftsabschnitt I und K)

Im Jahr 2003 waren 635 800 Unternehmen und Einrichtungen zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit in den Wirtschaftsabschnitten Verkehr und Nachrichtenübermittlung (Wirtschaftsabschnitt I) sowie im Grundstücks- und Wohnungswesen, der Vermietung beweglicher Sachen und der Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (Wirtschaftsabschnitt K) tätig. Sie erzielten mit insgesamt 5,6 Mill. Beschäftigten einen Umsatz in Höhe von 617,6 Mrd. Euro.

Der Wirtschaftsabschnitt K ist wesentlich größer als der Wirtschaftsabschnitt I. Im Wirtschaftsabschnitt K hatten 2003 rund 545 300 Unternehmen und Einrichtungen ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt, was einen Anteil von 85,8 % entsprach.

Die im Abschnitt K beschäftigten 3,8 Mill. Personen (68,0 %) erwirtschafteten einen Umsatz von 363,4 Mrd. Euro (58,8 %). Der durchschnittliche Umsatz lag hier bei 0,7 Mill. Euro je Unternehmen, die durchschnittliche Beschäftigtenzahl bei sieben.

In Wirtschaftsabschnitt I erwirtschafteten die anderen 14,2 % der Unternehmen (90 500 Unternehmen) 41,2 % des Umsatzes (254,2 Mrd. Euro) und beschäftigten 32,0 % (1,8 Mill. Personen) der in den Abschnitten I und K insgesamt tätigen Personen.

Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl betrug 20 Personen, und der durchschnittliche Umsatz 2,8 Mill. Euro je Unternehmen.

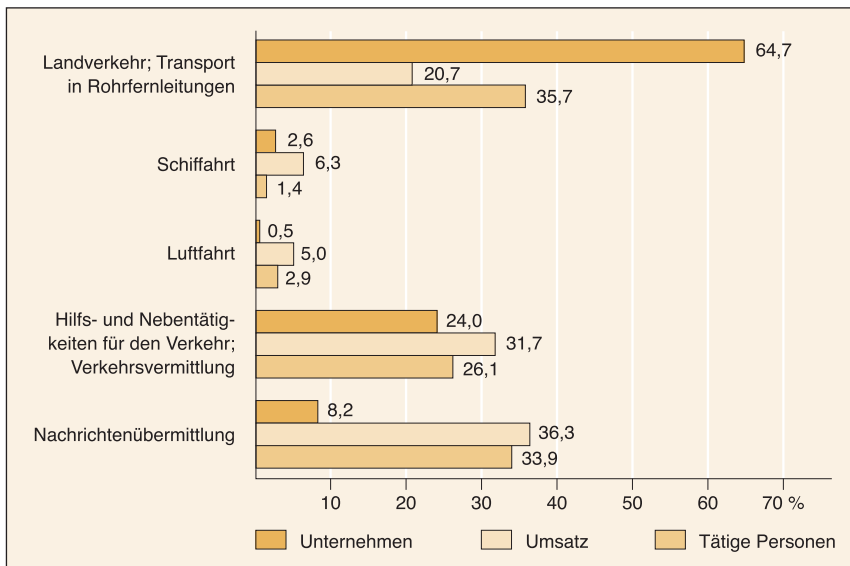
Von den Unternehmen in den Wirtschaftsabschnitten I und K wurden im Jahr 2003 mit 62,4 Mrd. Euro höhere Investitionen getätigt, als von den Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes (48,6 Mrd. Euro [einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden]). Von je 100 Euro Umsatz investierten die Unternehmen wieder rund 10 Euro, im Verarbeitenden Gewerbe waren es nur 3,5 Euro. Mehr als zwei Drittel der Gesamtinvestitionen entfielen auf den Wirtschaftsabschnitt K.

15.6.1 Wirtschaftsabschnitt I

Verkehr und Nachrichtenübermittlung

2003 waren 58 500 Unternehmen im Landverkehr einschließlich Transport in Rohrfernleitungen tätig, fast zwei Drittel der Unternehmen des Wirtschaftsabschnitts I (90 500). Von den Umsätzen im Bereich I in Höhe von 254,2 Mrd. Euro erreichten die Unternehmen der Nachrichtenübermittlung (36,3 %) und die Unternehmen, die Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr sowie die Verkehrsvermittlung durchführten (31,7 %), die höchsten Umsatzanteile. Die meisten Beschäftigten (643 000 von 1,8 Mill.) des Wirtschaftsabschnitts I arbeiteten im Landverkehr einschließlich Transport in Rohrfernleitungen sowie in der Nachrichtenübermittlung (610 700).

Abb. 12: Anteile der Abteilungen an Unternehmen, Umsatz und tätigen Personen 2003 im Wirtschaftsabschnitt I¹



1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003).

Der Wirtschaftsabschnitt I wird einerseits durch eine Reihe großer Unternehmen, wie Deutsche Bahn, Deutsche Post, Lufthansa und Telekom, repräsentiert, andererseits befinden sich in ihm auch viele kleine Familienunternehmen, zum Beispiel im Taxi-gewerbe oder in der Binnenschifffahrt. Der durchschnittliche Umsatz je Unternehmen betrug im Jahr 2003 rund 2,8 Mill. Euro, durchschnittlich waren 20 Personen je Unternehmen beschäftigt. 60 % der Unternehmen erwirtschafteten einen Jahresumsatz von weniger als 250 000 Euro; sie erzielten zusammen nur 2 % des Gesamtumsatzes in diesem Wirtschaftsabschnitt.

Verkehrsbereich

Der Bereich Verkehr umfasst Tätigkeiten der Personen- und Güterbeförderung im Linien- und Gelegenheitsverkehr auf Schienen und Straßen (auf dem Land), zu Wasser und in der Luft sowie Transporte in Rohrfernleitungen. Ferner gehören hierzu auch Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr, wie zum Beispiel der Betrieb von Bahnhöfen, Häfen und Flughäfen, Parkplätzen und Parkhäusern, Frachturnschlag und Lagerei sowie die Verkehrsvermittlung, wie zum Beispiel Reisebüros und Reiseveranstalter.

Von den 83050 Verkehrsunternehmen in Deutschland waren 58500 Unternehmen (70 %) im Landverkehr, das heißt in der Personen- und Güterbeförderung auf dem Landweg sowie beim Transport in Rohrfernleitungen, tätig. Ein Viertel (21 750 Unternehmen) hatte seinen wirtschaftlichen Schwerpunkt in den Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr oder in der Verkehrsvermittlung.

Die Unternehmen des Verkehrsbereiches erwirtschafteten im Jahr 2003 einen Umsatz in Höhe von 161,9 Mrd. Euro. Davon entfielen die größten Anteile auf den Bereich der Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr und die Verkehrsvermittlung (49,8 %) sowie den Landverkehr (32,5 %). Je Verkehrsunternehmen wurde ein Umsatz von 1,95 Mill. Euro erwirtschaftet. Die Luftverkehrsunternehmen erzielten mit durchschnittlich 30,5 Mill. Euro je Unternehmen die höchsten Umsätze.

Im Verkehrsbereich arbeiteten 2003 knapp 1,2 Mill. Personen, davon mehr als die Hälfte im Landverkehr und Transport in Rohrfernleitungen. Der Anteil der Lohn- und Gehaltsempfänger an den tätigen Personen betrug 92,6 %. Während dieser Anteil in den klassischen Verkehrszweigen wie Eisenbahn, Luftfahrt oder im städtischen Nahverkehr nahezu 100 % erreichte, lag er zum Beispiel in der Binnenschifffahrt bei 87,8 %, im Gelegenheitsflugverkehr bei 86,8 % und beim Betrieb von Taxis mit 78,5 % deutlich darunter. In den Verkehrsunternehmen arbeiteten durchschnittlich 14 Mitarbeiter je Unternehmen. Am größten waren die Unternehmen des Linienflugverkehrs mit knapp 900 und die Eisenbahnunternehmen mit rund 450 tätigen Personen je Unternehmen.

Die Investitionen im Verkehrsbereich lagen bei knapp 13,2 Mrd. Euro, damit wurden von je 100 Euro Umsatz rund 8 Euro investiert. Überdurchschnittlich hoch war die

Tab. 10: Umsatz und tätige Personen im Bereich Verkehr 2003

Wirtschaftszweig	Umsatz		Tätige Personen	
	Mrd. Euro	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
Verkehr	161,9	100,0	1 191 650	100,0
davon:				
Landverkehr; Transport in Rohrfernleitungen	52,6	32,5	643 000	54,0
Schifffahrt	15,9	9,8	26 100	2,2
Luftfahrt	12,8	7,9	51 450	4,3
Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr; Verkehrsvermittlung	80,6	49,8	471 050	39,5

Investitionsquote mit 25,6 % bei Unternehmen, die sonstige Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr ausführten, während sie bei den Unternehmen der Schifffahrt bei 4,8 % und bei Reisebüros und Reiseveranstaltern nur bei 1,0 % lag.

Nachrichtenübermittlung

Zur Abteilung Nachrichtenübermittlung zählen Tätigkeiten der Post- und Kurierdienste sowie Fernmeldedienste, das heißt die Erbringung von Telekommunikations-, Mobilfunk- und Satellitenfunkdienstleistungen. Von den 7 450 in der Nachrichtenübermittlung tätigen Unternehmen entfielen 6 600 (88,5 %) auf private Post- und Kurierdienste.

Die Unternehmen der Nachrichtenübermittlung erzielten im Jahr 2003 einen Umsatz in Höhe von 92,3 Mrd. Euro. Mit 69,3 Mrd. Euro erwirtschafteten die Fernmeldedienste drei Viertel dieses Umsatzes, beschäftigten aber nur 32 % (196 300) der in diesem Bereich insgesamt tätigen Personen. Mit 352 900 Euro lag der Umsatz je Beschäftigten sechs Mal so hoch als bei den privaten Post- und Kurierdiensten.

Tab. 11: Unternehmen, Umsatz und tätige Personen in der Abteilung Nachrichtenübermittlung 2003

Wirtschaftszweig	Unternehmen		Umsatz		Tätige Personen	
	Anzahl	Anteil in %	Mrd. EUR	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
Nachrichtenübermittlung	7 450	100,0	92,3	100,0	610 750	100,0
davon:						
Private Post- und Kurierdienste	6 600	88,5	23,0	24,9	414 450	67,9
Fernmeldedienste	850	11,5	69,3	75,1	196 300	32,1

In den Unternehmen der Nachrichtenübermittlung arbeiteten 610 700 Personen. Der Anteil der Lohn- und Gehaltsempfänger an den tätigen Personen betrug 97,9 %, darunter bei den Fernmeldediensten fast 100 %. Durchschnittlich waren 82 Mitarbeiter je Unternehmen in dieser Wirtschaftsabteilung tätig; bei den Fernmeldediensten waren es 229 Mitarbeiter je Unternehmen.

Die Investitionen in der Nachrichtenübermittlung beliefen sich auf gut 5,9 Mrd. Euro, davon entfielen 90 % auf Investitionen der Unternehmen der Fernmeldedienste. In diesem Wirtschaftszweig wurden von 100 Euro Umsatz knapp 8 Euro wieder investiert, bei den privaten Post- und Kurierdiensten waren es nur 2,50 Euro.

15.6.2 Wirtschaftsabschnitt K Überwiegend unternehmensnahe Dienstleistungen

Beim Wirtschaftsabschnitt K handelt es sich um einen sehr heterogenen Bereich, in dem sowohl Unternehmen als auch Einrichtungen zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit zusammengefasst sind, die Dienstleistungen sowohl für die Wirtschaft und

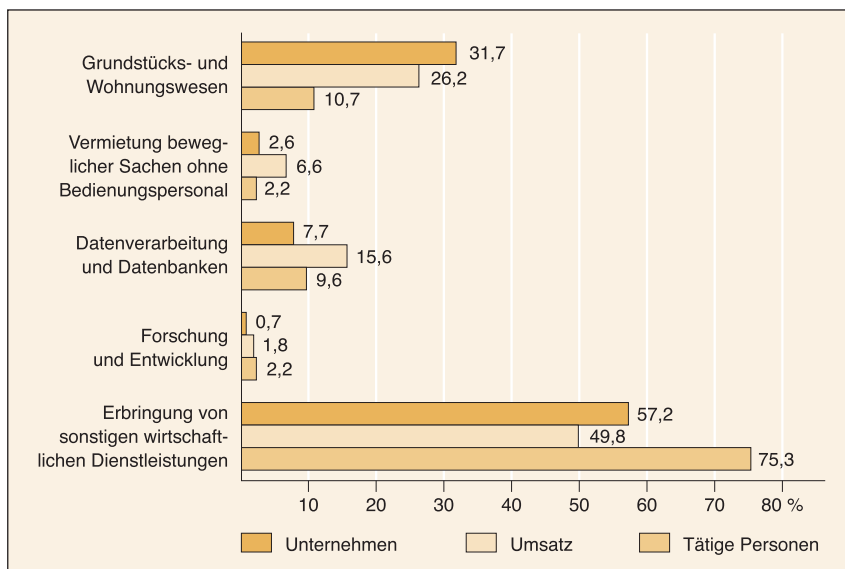
den Staat als auch für private Haushalte erbringen. Die Schwerpunkte ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit liegen in den Abteilungen

- Grundstücks- und Wohnungswesen,
- Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal,
- Datenverarbeitung und Datenbanken,
- Forschung und Entwicklung oder
- Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (Unternehmensdienstleister).

Die zuletzt genannte Tätigkeitsabteilung umfasst vor allem freiberuflich Tätige, wie zum Beispiel Rechts-, Steuer- und Unternehmensberater, Wirtschaftsprüfer, Architekten und Ingenieure. Ferner gehören zu den Unternehmensdienstleistern auch handwerksnahe Beschäftigungen, wie die Gebäudereinigung, die Schädlingsbekämpfung und das fotografische Gewerbe.

Insgesamt umfasst dieser Wirtschaftsabschnitt 545 300 Unternehmen und Einrichtungen, die im Jahr 2003 einen Umsatz von 363,4 Mrd. Euro erwirtschafteten und 3,8 Mill. Beschäftigte hatten. Rund die Hälfte dieses Umsatzes wurde von den Unternehmensdienstleistern realisiert. Sie beschäftigten rund drei Viertel der in diesem Wirtschaftsabschnitt insgesamt tätigen Personen.

Abb. 13: Anteil der Abteilungen an Unternehmen, Umsatz und tätigen Personen 2003 im Wirtschaftsabschnitt K¹



¹ Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003).

Bei den Unternehmen und Einrichtungen des Wirtschaftsabschnittes K handelt es sich überwiegend um kleine Wirtschaftseinheiten. Der durchschnittliche Umsatz je Unternehmen und Einrichtung betrug im Jahr 2003 rund 670 000 Euro, durchschnittlich waren sieben Personen je Unternehmen bzw. Einrichtung beschäftigt.

Drei Viertel der Unternehmen und Einrichtungen erwirtschafteten einen Jahresumsatz von weniger als 250 000 Euro. Diese Einheiten realisierten zusammen nur knapp 10 % des Gesamtumsatzes in diesem Wirtschaftsabschnitt.

Zur Abteilung *Grundstücks- und Wohnungswesen* zählen Unternehmen, deren Schwerpunkte ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit auf folgenden Gebieten liegen:

- Erschließung, Kauf und Verkauf von Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen,
- Vermietung und Verpachtung von eigenen Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen sowie
- Vermittlung und Verwaltung von fremden Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen.

Von den 173 100 Unternehmen in der Abteilung Grundstücks- und Wohnungswesen hatten vier Fünftel (137 050) ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt in der Vermietung und Verpachtung von eigenen Immobilien.

Tab. 12: Umsatz und tätige Personen in der Abteilung Grundstücks- und Wohnungswesen 2003

Wirtschaftszweig	Umsatz		Tätige Personen	
	Mrd. EUR	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
Grundstücks- und Wohnungswesen	95,2	100,0	409 350	100,0
davon:				
Erschließung, Kauf und Verkauf von Immobilien	18,5	19,5	37 100	9,1
Vermietung und Verpachtung von eigenen Immobilien	60,1	63,1	244 700	59,8
Vermittlung und Verwaltung von fremden Immobilien	16,5	17,4	127 550	31,2

Die Unternehmen des Grundstücks- und Wohnungswesens erwirtschafteten im Jahr 2003 einen Umsatz in Höhe von 95,2 Mrd. Euro. Davon entfielen drei Fünftel auf Unternehmen des Bereichs Vermietung und Verpachtung von eigenen Immobilien.

In den Unternehmen des Grundstücks- und Wohnungswesens arbeiteten 409 350 Personen, davon drei Fünftel in Unternehmen mit Schwerpunkt in der Vermietung und Verpachtung von eigenen Immobilien. Der Anteil der Lohn- und Gehaltsempfänger an den tätigen Personen betrug 60,4 %. Deutlich über diesem Durchschnitt lag der Anteil der Lohn- und Gehaltsempfänger bei Unternehmen, die sich mit Erschließung, Kauf und Verkauf von Immobilien (83,2 %) oder der Vermittlung und Verwaltung von fremden Immobilien (81,9 %) beschäftigten. In den Unternehmen des Grundstücks- und Wohnungswesens arbeiteten durchschnittlich nur zwei Mitarbeiter je Unternehmen.

Die Abteilung *Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal* umfasst das Operate-Leasing, bei dem es sich gewöhnlich um eine langfristige Vermietung handelt. Zu den vermieteten beweglichen Sachen zählen u.a. Kraftwagen bis 3,5 Tonnen Gesamtgewicht, andere Landfahrzeuge und -transporteinrichtungen, Schienenfahrzeuge, Wasserfahrzeuge, Luftfahrzeuge, Baumaschinen und -geräte, Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Wäsche und Arbeitsbekleidung, Sportgeräte und Fahrräder, Bücher, Videos und CDs sowie sonstige Gebrauchsgüter.

In dieser Wirtschaftsabteilung arbeiteten in Deutschland 14 300 Unternehmen, darunter 6 450 Unternehmen (45,1 %) in der Vermietung von Maschinen und Geräten. Die Unternehmen dieser Abteilung erwirtschafteten im Jahr 2003 einen Umsatz in Höhe von 23,9 Mrd. Euro. Davon entfielen die größten Anteile auf die Bereiche Vermietung

Tab. 13: Umsatz und tätige Personen in der Abteilung Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal 2003

Wirtschaftszweig	Umsatz		Tätige Personen	
	Mrd. EUR	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal	23,9	100,0	82 700	100,0
davon:				
Vermietung von Kraftwagen bis 3,5 t Gesamtgewicht	10,8	45,0	17 900	21,6
Vermietung von sonstigen Verkehrsmitteln	2,4	9,9	7 050	8,5
Vermietung von Maschinen und Geräten	7,4	31,1	27 450	33,2
Vermietung von Gebrauchsgütern, a.n.g.	3,3	14,0	30 250	36,6

von Kraftwagen bis 3,5 Tonnen Gesamtgewicht (45,0 %) sowie auf die Vermietung von Maschinen und Geräten (31,1 %). Je Vermietungsunternehmen wurde ein Umsatz von 1,67 Mill. Euro erwirtschaftet. Dabei erzielten die Unternehmen der Vermietung von Kraftwagen bis 3,5 Tonnen Gesamtgewicht mit durchschnittlich 4,5 Mill. Euro je Unternehmen die höchsten Umsätze.

In der Abteilung Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal waren 2003 knapp 82 700 Personen beschäftigt, ein Drittel von ihnen in der Vermietung von Maschinen und Geräten. Der Anteil der Lohn- und Gehaltsempfänger an den tätigen Personen betrug 82,4 %. Er schwankte zwischen 87,2 % bei der Vermietung von Kraftwagen bis 3,5 Tonnen Gesamtgewicht und 54,6 % bei der Vermietung von Luftfahrzeugen. In den Unternehmen dieser Abteilung arbeiteten durchschnittlich sechs Mitarbeiter je Unternehmen.

In der Abteilung *Datenverarbeitung und Datenbanken* werden Unternehmen der IT-Branche mit folgenden Schwerpunkten ihrer wirtschaftlichen Tätigkeiten zusammengefasst: Hardwareberatung, Softwareberatung und -entwicklung, Verlegen von Software, Ent-

wicklung und Programmierung von Internetpräsentationen, Datenverarbeitungs-, Datenerfassungs- und Bereitstellungsdienste, Datenbanken, Instandhaltung und Reparatur von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen sowie sonstige mit der Datenverarbeitung verbundene Tätigkeiten. Von den 42 150 in dieser Wirtschaftsabteilung tätigen Unternehmen waren fast zwei Drittel Softwarehäuser.

Die Unternehmen der IT-Branche erzielten im Jahr 2003 einen Umsatz in Höhe von 56,8 Mrd. Euro. Mit 35,4 Mrd. Euro erwirtschafteten die Softwarehäuser drei Fünftel dieses Umsatzes; rund ein Fünftel (12,7 Mrd. Euro) erzielten die Unternehmen der Datenverarbeitungsdienste.

Tab. 14: Umsatz und tätige Personen in der Abteilung Datenverarbeitung und Datenbanken 2003

Wirtschaftszweig	Umsatz		Tätige Personen	
	Mrd. EUR	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
Datenverarbeitung und Datenbanken	56,8	100,0	368 250	100,0
davon:				
Hardwareberatung	1,7	2,9	12 600	3,4
Softwarehäuser	35,4	62,3	232 050	63,0
Datenverarbeitungsdienste	12,7	22,4	75 400	20,5
Datenbanken	0,6	1,0	4 200	1,1
Instandhaltung und Reparatur von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	0,9	1,7	9 350	2,5
Sonstige mit der Datenverarbeitung verbundene Tätigkeiten	5,5	9,7	34 650	9,4

Analog zum Umsatz konzentrierte sich im Jahr 2003 auch die Mehrzahl der in der IT-Branche tätigen Personen auf diese beiden Wirtschaftszweige. Insgesamt waren in dieser Wirtschaftsabteilung 368 250 Personen beschäftigt. Der Anteil der Lohn- und Gehaltsempfänger an den tätigen Personen betrug 91,2 %, darunter bei Unternehmen, die Software verlegen, 98,0 %.

Die Wirtschaftsabteilung *Forschung und Entwicklung* umfasst Unternehmen mit Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit auf den Gebieten Grundlagenforschung, angewandte Forschung und experimentelle Entwicklung in den Bereichen

- Natur-, Ingenieur-, Agrarwissenschaften und Medizin,
- Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie
- Sprach-, Kultur- und Kunstwissenschaften.

Von den 3 750 Unternehmen in der Abteilung Forschung und Entwicklung hatte ein Drittel seinen wirtschaftlichen Schwerpunkt im Bereich Ingenieurwissenschaften.

Die Unternehmen der Forschung und Entwicklung erzielten im Jahr 2003 Umsätze in Höhe von 6,4 Mrd. Euro. Zugleich erhielten sie Subventionen in Höhe von 1,8 Mrd. Euro.

Tab. 15: Umsatz und tätige Personen in der Abteilung Forschung und Entwicklung 2003

Wirtschaftszweig	Umsatz		Tätige Personen	
	Mrd. EUR	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
Forschung und Entwicklung	6,4	100,0	85 250	100,0
davon:				
im Bereich Naturwissenschaften und Mathematik	1,0	15,4	17 800	20,8
im Bereich Ingenieurwissenschaften	2,9	45,8	34 400	40,3
im Bereich Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	0,2	2,7	1 850	2,2
im Bereich Medizin	1,3	20,0	14 200	16,7
im Umweltbereich	0,5	7,4	9 000	10,5
im Bereich Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	0,5	8,1	6 900	8,1
im Bereich Sprach-, Kultur und Kunstwissenschaften	0,0	0,5	1 150	1,3

In den Unternehmen der Forschung und Entwicklung arbeiteten 85250 Personen, davon zwei Fünftel im Bereich Ingenieurwissenschaften. Der Anteil der Lohn- und Gehaltsempfänger an den tätigen Personen betrug 96,5 %. In den Unternehmen der Forschung und Entwicklung arbeiteten durchschnittlich 23 Mitarbeiter je Unternehmen.

Zur Abteilung *Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen* zählen Unternehmen und Einrichtungen zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit, deren Schwerpunkte ihrer sehr heterogenen wirtschaftlichen Tätigkeiten auf folgenden Gebieten liegen:

- Rechts-, Steuer und Unternehmensberatung, Wirtschaftsprüfung, Buchführung, Markt- und Meinungsforschung, Managementtätigkeiten von Holdinggesellschaften,
- Architektur- und Ingenieurbüros,
- Technische, physikalische und chemische Untersuchung,
- Werbung,
- Personal- und Stellenvermittlung, Überlassung von Arbeitskräften,
- Wach- und Sicherheitsdienste sowie Detekteien,
- Reinigung von Gebäuden, Inventar und Verkehrsmitteln sowie
- Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt.

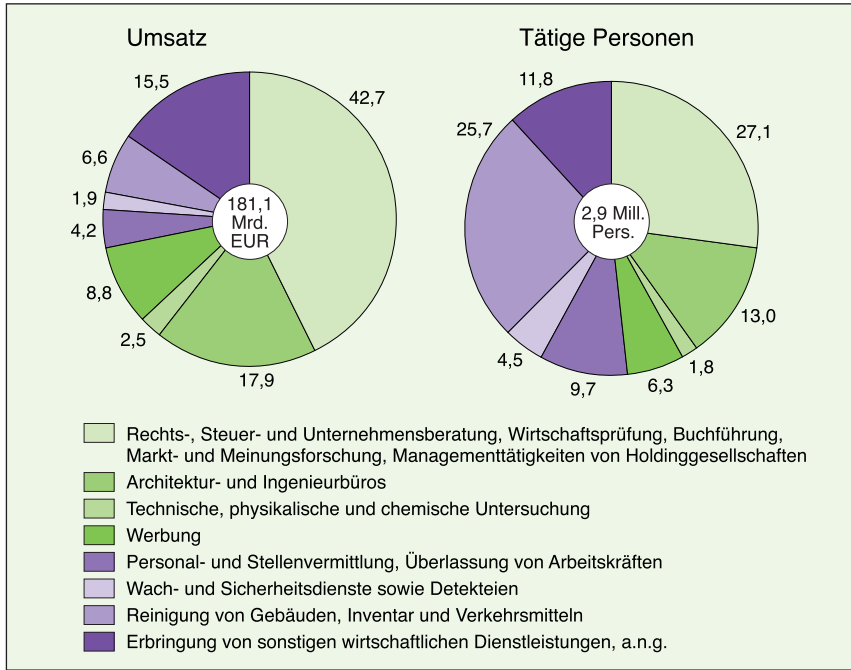
Diese vorwiegend unternehmensnahen Dienstleister realisieren ihre Tätigkeiten vorrangig für die Wirtschaft und den Staat, aber auch für private Haushalte. In dieser Wirtschaftsabteilung sind insgesamt 312050 Unternehmen und Einrichtungen tätig.

Schwerpunktmäßig arbeiten 124 350 Unternehmen und Einrichtungen auf den Gebieten Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung, Wirtschaftsprüfung, Buchführung, Markt- und Meinungsforschung, Managementtätigkeiten von Holdinggesellschaften und 83 700 Unternehmen und Einrichtungen sind Architektur- und Ingenieurbüros.

Die Unternehmensdienstleister erwirtschafteten im Jahr 2003 einen Umsatz in Höhe von 181,1 Mrd. Euro. Davon entfielen gut zwei Fünftel (77,3 Mrd. Euro) auf Unternehmen und Einrichtungen mit Beratungs- und Prüftätigkeiten. Je Unternehmen oder Einrichtung wurde ein Umsatz von 580 000 Euro erwirtschaftet. Dabei erzielten Callcenter durchschnittlich einen Umsatz von fast 2,5 Mill. Euro je Unternehmen.

Bei Unternehmensdienstleistern arbeiteten 2,9 Mill. Personen. Der Anteil der Lohn- und Gehaltsempfänger an den tätigen Personen betrug in dieser Wirtschaftsabteilung 88,5 %. Deutlich über diesem Durchschnitt lag der Anteil der Lohn- und Gehaltsempfänger mit 97,7 % bei Callcentern sowie mit 96,9 % bei Wach- und Sicherheitsdiensten und Detekteien. Bei den Unternehmensdienstleistern arbeiteten durchschnittlich neun Mitarbeiter je Unternehmen.

Abb. 14: Anteile der Wirtschaftszweige am Umsatz und den tätigen Personen in der Abteilung Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen 2003



Kostenstruktur und Investitionen im Wirtschaftsabschnitt K

Im betrachteten Wirtschaftsabschnitt K betrug der Anteil der Personal- und Sachaufwendungen zur Durchführung der wirtschaftlichen Tätigkeit gemessen am Umsatz 69,6 %. Deutlich unter diesem Durchschnitt lag das Grundstücks- und Wohnungswesen mit 49,7 %, während es im Bereich Datenverarbeitung und Datenbanken 82,1 % waren.

Eine Ausnahme bildet der Bereich Forschung und Entwicklung, in dem die Aufwendungen die erzielten Umsätze um 835 Millionen Euro übersteigen. Zum Ausgleich dafür erhielten die Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen im Jahr 2003 Subventionen in Höhe von über 1,8 Milliarden Euro.

Von den gesamten Aufwendungen im Wirtschaftsabschnitt K in Höhe von 252,8 Mrd. Euro entfielen 99,5 Mrd. Euro (39,3 %) auf Personalaufwendungen und 153,3 Mrd. Euro (60,7 %) auf Sachaufwendungen. Hinsichtlich der Verteilung der Aufwendungen gab es zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen erhebliche Unterschiede.

Tab. 16: Anteil des Personal- und Sachaufwandes im Wirtschaftsabschnitt K im Jahr 2003

Wirtschaftszweig	Personal- aufwand	Sach- aufwand
	in % der Gesamt- aufwendungen	
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	39,3	60,7
davon:		
Grundstücks- und Wohnungswesen	19,0	81,0
Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal	18,7	81,3
Datenverarbeitung und Datenbanken	42,2	57,8
Forschung und Entwicklung	52,0	48,0
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	46,1	53,9

Besonders personalkostenintensiv waren die Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen, bei denen sich Personal- und Sachaufwendungen nahezu gleich verteilen. Demgegenüber gab es Zweige wie das Grundstücks- und Wohnungswesen und die Vermietung beweglicher Sachen, bei denen der Anteil der Personalaufwendungen unter 20 % lag.

Im betrachteten Wirtschaftsbereich wurden im Jahr 2003 rund 43,3 Mrd. Euro investiert, das waren 11,9 % des Umsatzes. Während im Grundstücks- und Wohnungswesen dieser Anteil bei 20 % und im Bereich der Vermietung beweglicher Sachen sogar bei 44,8 % lag, waren es bei den Unternehmen zur Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen nur 5 %.

15.7 Weitere Dienstleistungsbereiche (Wirtschaftsabschnitte M bis O)

Über die dargestellten Wirtschaftszweige hinaus gibt es weitere Dienstleistungen, die bisher gar nicht oder nur unzureichend in der amtlichen Statistik berücksichtigt wurden. Dabei handelt es sich um die Wirtschaftsabschnitte

- M Erziehung und Unterricht,
- N Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen sowie
- O Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen.

Um diese Datenlücken zu schließen, werden in diesen Bereichen Kostenstrukturerhebungen in ausgewählten Wirtschaftszweigen durchgeführt. Dabei handelt es sich um Unternehmen und Einrichtungen, die ihre Leistungen zumeist nicht anderen Unternehmen, sondern vorwiegend Privatpersonen anbieten. Die betrachteten Branchen sind oftmals geprägt durch kleine Unternehmen, Einrichtungen und Praxen mit einer verhältnismäßig geringen Anzahl an tätigen Personen.

Beispielhaft für den Bereich der weiteren Dienstleistungen sollen im Folgenden ausgewählte Ergebnisse der Kostenstrukturstatistiken bei Fahrschulen, bei Frisörsalons, im Wellnessbereich sowie bei audiovisuellen Dienstleistungen für das Berichtsjahr 2002 vorgestellt werden.

Im Jahr 2002 waren bundesweit 11 074 Unternehmen als Fahrschulen tätig. Hiervon waren 90,4 % in der Rechtsform eines Einzelunternehmens und nur 4,6 % als Kapitalgesellschaft organisiert. Die Fahrschulen erwirtschafteten einen Umsatz von insgesamt knapp 1,3 Mrd. Euro und beschäftigten 34 400 Personen. Der durchschnittliche Umsatz je tätiger Person betrug 36 800 Euro. Bei den Fahrschulen handelt es sich immer noch um eine Männerdomäne. Nur 33,7 % der tätigen Personen waren Frauen. Die Teilzeitquote lag bei 36,2 % der Gesamtzahl der tätigen Personen. Die Fahrschulen hatten im Berichtsjahr Aufwendungen in Höhe von insgesamt rund 758 Mill. Euro, was einem Anteil von 59,9 % des bundesweit erwirtschafteten Umsatzes entspricht.

Im Frisörgewerbe waren im Jahr 2002 insgesamt 42 757 Unternehmen aktiv, bei denen 226 200 Personen beschäftigt waren. Damit arbeiteten im Durchschnitt 5,3 Personen in einem Frisörsalon. Im Gegensatz zu den Fahrschulen ist hier die Präsenz der Frauen mit einem Anteil von 88,7 % ganz erheblich. 35,7 % der tätigen Personen waren auf Teilzeitbasis beschäftigt. Die Frisöre erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 4,6 Mrd. Euro, das sind 108 700 Euro je Salon. Der Aufwand der Frisöre betrug 3,6 Mrd. Euro. Allein der Personalaufwand hatte dabei einen Anteil von 52,2 % an den Aufwendungen insgesamt, der Anteil des Personalaufwands am Umsatz entsprach 43,0 %.

Angeichts des Booms in der Wellnessbranche in den letzten Jahren wurde für das Berichtsjahr 2002 erstmalig der Bereich Bäder, Saunas, Solarien u.Ä. befragt, der auch die Fitnesszentren umfasst. Danach waren 3 683 Einrichtungen im Wellnessbereich tätig. Die Unternehmen erzielten einen Umsatz von insgesamt 844 Mill. Euro. Von den

36 400 Beschäftigten in diesem Sektor waren 86,7 % Lohn- und Gehaltsempfänger. Jedes Wellnessunternehmen beschäftigte im Schnitt 9,9 Personen. 75,8 % der Beschäftigten waren Frauen, und nur knapp ein Drittel der Beschäftigten arbeitete in Vollzeit. Der Sachaufwand der Einrichtungen war mit 458 Mill. Euro mehr als doppelt so hoch wie der Personalaufwand mit 222 Mill. Euro. Allein die zum Sachaufwand zählenden Aufwendungen für Mieten, Pachten und Leasing machten 20,3 % des Umsatzes aus.

Ein Dienstleistungssektor, der in den vergangenen zwanzig Jahren großen Aufschwung erfahren hat, ist der Bereich der audiovisuellen Dienstleistungen. Bis Mitte der 1980er-Jahre lag der Hörfunk- und Fernsehmarkt noch fest in öffentlicher Hand.

Tab. 17: Unternehmen, tätige Personen, Umsatz und Aufwendungen
in den weiteren Dienstleistungsbereichen 2002

Wirtschaftszweig	Unternehmen/ Einrichtung/ Praxis ¹	Tätige Personen	Umsatz/ Einnahmen	Aufwen- dungen
	Anzahl		Mill. EUR	
Kraftfahrtschulen	11 074	34 363	1 264,2	757,6
Praxen von Masseuren, medizinischen Bademeistern, Krankengymnasten, Hebammen und verwandten Berufen	17 388	97 680	2 905,1	1 875,4
Sonstige selbstständige Tätigkeiten im Gesundheitswesen	3 121	22 959	781,4	590,3
Audiovisuelle Dienstleistungen	2 836	42 868	10 304,1	9 995,1
Wäscherei und chemische Reinigung	5 652	61 784	1 969,7	1 636,6
Frisörgewerbe und Kosmetik- salons	52 624	244 353	5 180,2	3 999,8
Bestattungsinstitute	3 557	21 929	1 098,4	844,2
Bäder, Saunas, Solarien, Fitness- zentren u.Ä.	3 683	36 393	844,2	680,2

¹ Mit einem Mindestumsatz von 12 500 Euro für Kraftfahrtschulen und Einrichtungen des Gesundheitswesens bzw. 16 620 Euro für audiovisuelle und sonstige Dienstleistungen.

Mit der Deregulierung und dem Fall technischer Barrieren entstanden – angefangen mit RTL und Sat1 – private Unternehmen in diesem Marktsegment. Von dem hierdurch eingeleiteten Wachstum der Hörfunk- und Fernsehbranche profitierten schließlich auch eng mit diesem Markt verbundene Branchen.

Im audiovisuellen Sektor waren im Jahr 2002 insgesamt 2 836 privatrechtliche Unternehmen tätig, die einen Gesamtumsatz von rund 10,3 Mrd. Euro erzielten. Die Unternehmen beschäftigten 42 900 Personen und hatten einen Gesamtaufwand von knapp 10 Mrd. Euro, was 97 % des erwirtschafteten Umsatzes entspricht. Die vier Bereiche waren daran wie folgt beteiligt:

- Die rund 257 privaten Hörfunk- und Fernsehanstalten realisierten über die Hälfte des Umsatzes, nämlich 5,4 Mrd. Euro. Sie beschäftigten 9900 Personen, darunter waren 46 % Frauen.
- In der Film- und Videofilmherstellung erzielten 1722 Unternehmen mit 15000 Beschäftigten einen Umsatz in Höhe von 2,4 Mrd. Euro.
- Im Bereich Filmverleih und Videoprogrammanbieter erwirtschafteten 274 Unternehmen mit 1930 tätigen Personen einen Umsatz von 1,7 Mrd. Euro.
- Die 583 Unternehmen, die Filmtheater betrieben, beschäftigten 16000 Personen und vereinnahmten rund 750 Mill. Euro.

16 Preise, Verdienste und Arbeitskosten

16.1 Preisindizes – Mittel der Preisbeobachtung

Um die Preisentwicklungen auf den verschiedenen Märkten statistisch beobachten und darstellen zu können, gibt es in der Bundesrepublik Deutschland ein nahezu lückenloses System von Preisindizes. Für viele wichtige Stadien des Wirtschaftsablaufs, vom Einkauf der für die Produktion notwendigen Güter bis zum Absatz der Waren an die Endverbraucher, werden von der amtlichen Statistik laufend Preise erhoben und zu Indizes weiterverarbeitet.

So gibt es Preisindizes für landwirtschaftliche Betriebsmittel, für Erzeugerpreise gewerblicher und landwirtschaftlicher sowie forstwirtschaftlicher Produkte, für Großhandelsverkaufspreise und schließlich für Verbraucherpreise. Darüber hinaus werden Indizes der Baupreise, der Preise für Verkehrsleistungen sowie Indizes der Ein- und Ausfuhrpreise berechnet.

Alle Preisindizes haben das Ziel, die Preisentwicklung in einem bestimmten Bereich auf eine Kennziffer zu komprimieren und damit eine »Messlatte« zu liefern, an der durchschnittliche Veränderungen gegenüber einem Vergleichszeitraum quantifiziert werden können. Wie ein solcher Preisindex zustande kommt, wird im Folgenden beispielhaft und stark vereinfacht am Verbraucherpreisindex für Deutschland, dem wohl bekanntesten Indikator des Statistischen Bundesamtes, erläutert.

16.2 Verbraucherpreisindex

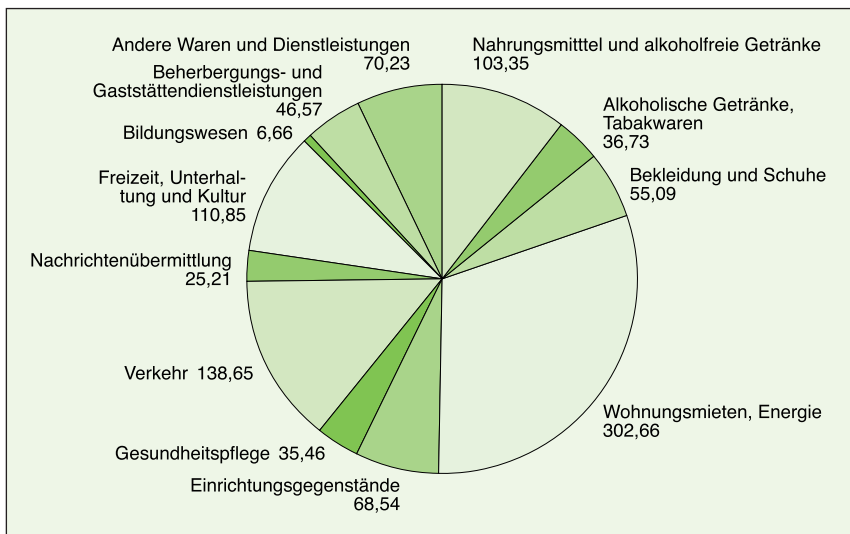
Bei der Interpretation des Verbraucherpreisindex für Deutschland kommt es in der Öffentlichkeit häufig zu Missverständnissen. Weit verbreitet ist der Irrtum, die nachgewiesene Teuerung könne unbesehen auf die Situation des eigenen Haushalts übertragen werden. Dabei wird jedoch verkannt, dass in der Statistik die einzelne Person oder der einzelne Haushalt stets nur als Teil des Ganzen Berücksichtigung findet. Für die Statistik tritt die Einzelbetrachtung gegenüber einer Gesamtbetrachtung zurück, die mit Durchschnittswerten arbeitet.

Der Verbraucherpreisindex ist ein Maßstab dafür, in welchem Maße die Gesamtheit aller privaten Haushalte in Deutschland von Preisveränderungen betroffen ist. Das Gewicht, mit dem die Preisveränderungen der einzelnen Waren und Dienstleistungen in diesen Index eingehen, wird aufgrund durchschnittlicher Verbrauchsgewohnheiten der privaten Haushalte bestimmt. Diese Verbrauchsgewohnheiten werden im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichproben und der Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen anhand von Aufzeichnungen der Haushalte in Haushaltsbüchern

ermittelt. Die früher übliche Nachweisung von Verbraucherpreisindizes für spezielle Haushaltstypen wurde eingestellt, da diese speziellen Haushaltstypen mit der Zeit immer weniger repräsentativ für die Gesamtheit der Haushalte in Deutschland wurden und sich die Ergebnisse in der Regel ohnehin nur geringfügig unterschieden haben. Auch die Preisentwicklung im früheren Bundesgebiet und in den neuen Ländern einschl. Berlin-Ost hatte sich in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre weitgehend angenähert. Auf einen getrennten Nachweis wird daher seit der Umstellung auf das Basisjahr 2000 = 100 verzichtet.

Die Berechnung des Verbraucherpreisindex basiert auf einer gezielten Auswahl von etwa 700 Waren und Dienstleistungen, die die Fülle und Vielfalt des Marktangebotes

Abb. 1: Wägungsschema für den Verbraucherpreisindex in Deutschland
2000 = 100, Angaben in Promille



möglichst gut repräsentieren sollen. Sie werden unter Auswertung der Anschreibungen in den Haushaltsbüchern und weiterer amtlicher und nichtamtlicher Quellen in den »Warenkorb« der Indexberechnung aufgenommen. Entsprechend ihrer Verbrauchsbedeutung, die sich aus dem jeweiligen Anteil am Haushaltsbudget ableitet, wird ihnen im Warenkorb ein entsprechendes »Gewicht« zugeteilt. Im so genannten Wägungsschema ist durch dieses Gewicht quantifiziert, welchen Anteil z.B. die Mietausgaben oder die Nahrungsmittel an den gesamten Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte haben. Dadurch ist gewährleistet, dass z.B. eine Preiserhöhung bei Heizöl eine stärkere Auswirkung auf die Veränderung des Preisindex hat als eine Verteuerung von Kartoffeln oder einem anderen Gut mit geringer Verbrauchsbedeutung.

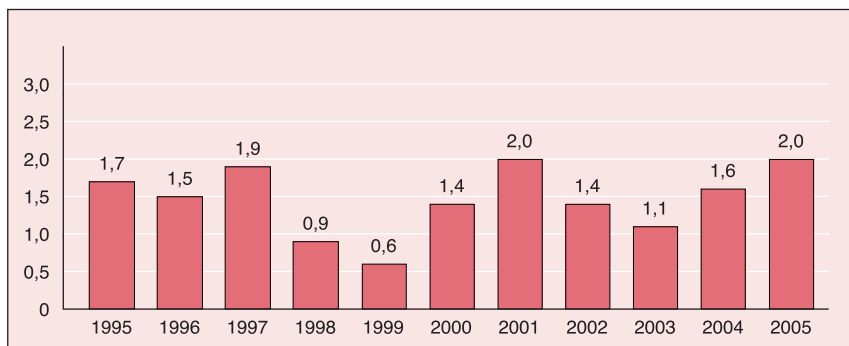
Für alle im Verbraucherpreisindex berücksichtigten Positionen verfolgen Preisbeobachter in 190 über ganz Deutschland verteilten Gemeinden im Auftrag der amtlichen Statistik laufend in den verschiedenartigsten Geschäften jede Preisveränderung.

Die einzelnen Meldungen, die in die Gesamtberechnung des Index eingehen, summieren sich monatlich zu rund 350 000 Preisreihen. Schon diese hohe Zahl macht deutlich, wie umfassend die Dokumentation der Preisentwicklung ist. In regelmäßigen Abständen wird der »Warenkorb« aktualisiert und werden die Gewichte der Indizes neu berechnet, um Änderungen der Verbrauchsgewohnheiten berücksichtigen zu können.

Das hierfür ausgewählte Jahr wird als Basisjahr bezeichnet (zurzeit 2000 = 100).

Welche Preisveränderungen sich von Jahr zu Jahr ergaben, zeigt Abb. 2. Ihr liegt der Verbraucherpreisindex zugrunde, der für Gesamtdeutschland seit 1991 ermittelt wird.

Abb. 2: Verbraucherpreisindex für Deutschland
durchschnittliche Jahresteuierungsraten in Prozent



Die aktuelle Preisentwicklung

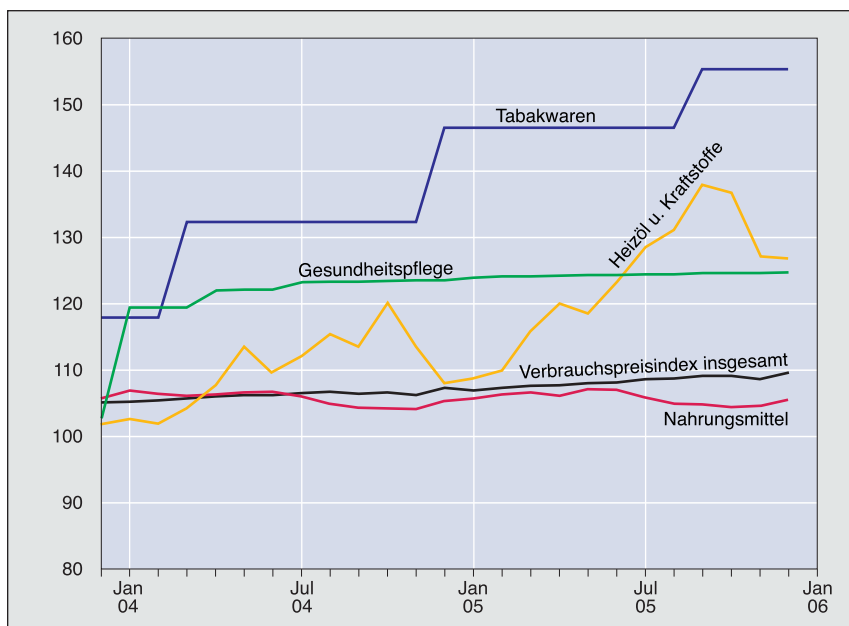
Die Hauptpreistreiber der vergangenen Jahre in Deutschland waren Gesundheitspflege, Energie und Tabakwaren. Im Jahr 2004 beschleunigten neben gestiegenen Mineralölpreisen vor allem das In-Kraft-Treten der Gesundheitsreform zum 1. Januar 2004 sowie Anhebungen der Tabaksteuer im März und im Dezember 2004 die Preisentwicklung. Insbesondere durch gestiegene Zuzahlungen zu Arzneimitteln und die Einführung der Praxisgebühr hatten sich pharmazeutische Erzeugnisse und Gesundheitsdienstleistungen überdurchschnittlich verteuert. Die Maßnahmen der Gesundheitsreform trugen 2004 somit wesentlich zur Teuerungsrate von 1,6 % bei.

Im Jahr 2005 verteuerten sich Energie und Tabakwaren besonders heftig. Sie ließen die Verbraucherpreise im Schnitt um 2,0 % ansteigen, die höchste Steigerung seit 2001. Ohne Mineralölprodukte und Tabakwaren hätte die Teuerung nur 1,2 % betragen.

Vor allem für leichtes Heizöl mussten Haushalte 2005 deutlich mehr bezahlen als 2004 (+32,0 %); Mineralölprodukte insgesamt verteuerten sich um 12,3 %. Auch die Preise für die anderen Haushaltsenergieträger erhöhten sich überdurchschnittlich. Gaspreise stiegen innerhalb eines Jahres um 10,5 % und Strompreise um 4,2 %. Besonders betroffen waren Besitzer von dieselbetriebenen Fahrzeugen. Sie mussten beim Tanken Preiserhöhungen von 13,6 % in Kauf nehmen; insgesamt wurde Tanken für die Verbraucher um 8,1 % teurer.

Auch das Rauchen ist 2005 nochmals deutlich teurer geworden: Die Tabaksteuererhöhungen von Dezember 2004 und September 2005 führten bei Zigaretten, Zigarren, Zigarillos und Feinschnitt zu Preiserhöhungen von 14,0 %.

Abb. 3: Preisentwicklung ausgewählter Güter
(Verbraucherpreisindex, 2000 = 100)



Preise für Nahrungsmittel hingegen sind im Durchschnitt im Jahr 2005 unverändert geblieben. Lediglich Bohnenkaffee verteuerte sich nennenswert um 12,7 %, das kompensierte jedoch nur teilweise die zuvor gut sechs Jahre lang gefallen Kaffeepreise. Technische Geräte sind auch 2005 wieder billiger geworden: Allen voran wurden Telefon- und Telefaxgeräte durchschnittlich um 13,8 % billiger, Informationsverarbeitungsgeräte immerhin um 10,3 %. Auch wer eine Foto- und Filmausrüstung erstehen wollte, sparte im Schnitt 8,3 % gegenüber dem Vorjahr.

Auch im vierten Jahr nach der Euro-Einführung wird noch häufig die Vermutung geäußert, der Verbraucherpreisindex weise zu geringe Preissteigerungen nach. Viele Verbraucher nehmen die Teuerung intensiver wahr, als sie von der amtlichen Statistik gemessen wird, da zum einen Preissteigerungen viel stärker empfunden werden als Preissenkungen oder unveränderte Preise und dies besonders zu Buche schlägt, wenn vor allem häufig gekaufte Produkte teurer werden, so wie dies in den Jahren 2000 und 2001 der Fall war. Zum anderen wird häufig vergessen, dass auch Ausgaben für langlebige Gebrauchsgüter das Ausgabebudget der privaten Haushalte belasten. Die Preise hierfür entwickeln sich seit Jahren unterdurchschnittlich, z. T. sogar rückläufig. Sie werden von den privaten Haushalten aber kaum wahrgenommen, weil sie nur in langen Abständen für den einzelnen Haushalt wirksam werden. Und schließlich orientiert sich die Wahrnehmung sehr vieler Verbraucher auch heute noch an einem mittleren letzten D-Mark-Preis, wenn auch in immer geringerem Maße.

Messung der Teuerung auf europäischer und internationaler Ebene

Zusätzlich zum nationalen Verbraucherpreisindex (VPI) für Deutschland berechnet und veröffentlicht das Statistische Bundesamt einen Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) für Deutschland. Die Berechnungsmethoden dieses Index sind mit den anderen Mitgliedstaaten der EU abgestimmt, er stellt den deutschen Baustein für die Berechnung von Verbraucherpreisindizes für die Europäische Union bzw. für die Eurozone dar und unterscheidet sich vom Verbraucherpreisindex für Deutschland im Wesentlichen durch die Nichteinbeziehung der Aufwendungen der privaten Haushalte für das Wohnen im eigenen Heim.

Wichtigste Zielsetzung des HVPI ist der Vergleich der Preisveränderungsraten zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU). Erforderlich ist die Berechnung des HVPI, weil sich die nationalen Verbraucherpreisindizes in vielfältiger Weise unterscheiden. Diese Unterschiede sind z. T. historisch bedingt, resultieren aber auch aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen oder abweichenden Strukturen des statistischen Systems. Auch sind die Ziele der VPI-Berechnung oft weiter gefasst als die des HVPI. Während der HVPI ausschließlich das Ziel »Inflationsmessung« verfolgt, dienen die nationalen Verbraucherpreisindizes zusätzlich als »Kompensationsmaßstab« (Wertsicherungsklauseln) sowie als »Deflator« (z. B. zur Berechnung des realen Wachstums). Auch wenn die nationalen Indizes in ihrem Umfeld durchaus ein Optimum darstellen können, führt die Verwendung unterschiedlicher Berechnungsformeln und Konzepte zu nicht immer vergleichbaren Ergebnissen. Daher wurden auf Basis einer Analyse der nationalen Praktiken gemeinsame Methoden, Konzepte und Verfahren für den HVPI verbindlich festgelegt.

Um eine optimale Vergleichbarkeit der Indizes der Mitgliedstaaten der EU zu erreichen, wird der HVPI in den nächsten Jahren noch in erheblichem Umfang weiterentwickelt. Dies macht eine Verwendung in Wertsicherungsklauseln nicht unmöglich, wirkt aber erschwerend.

Deutschland verzeichnete, gemessen am HVPI, 2005 eine Inflationsrate von 1,9 %. Die Jahresteuerraten der EU insgesamt und der Eurozone erhöhten sich leicht auf jeweils 2,2 %.

Tab. 1: Harmonisierte Verbraucherpreisindizes in Europa

Land	Jahr				
	2001	2002	2003	2004	2005
Belgien	2,4	1,6	1,5	1,9	2,5
Dänemark	2,3	2,4	2,0	0,9	1,7
Deutschland	1,9	1,3	1,0	1,8	1,9
Estland	5,6	3,6	1,4	3,0	4,1
Finnland	2,7	2,0	1,3	0,1	0,8
Frankreich	1,8	1,9	2,2	2,3	1,9
Griechenland	3,7	3,9	3,4	3,0	3,5
Irland	4,0	4,7	4,0	2,3	2,2
Italien	2,3	2,6	2,8	2,3	2,2
Lettland	2,5	2,0	2,9	6,2	6,9
Litauen	1,3	0,3	- 1,1	1,2	2,7
Luxemburg	2,4	2,1	2,5	3,2	3,8
Malta	2,5	2,6	1,9	2,7	2,5
Niederlande	5,1	3,9	2,2	1,4	1,5
Österreich	2,3	1,7	1,3	2,0	2,1
Polen	5,3	1,9	0,7	3,6	2,2
Portugal	4,4	3,7	3,3	2,5	2,1
Schweden	2,7	2,0	2,3	1,0	0,8
Slowakei	7,2	3,5	8,4	7,5	2,8
Slowenien	8,6	7,5	5,7	3,6	2,5
Spanien	2,8	3,6	3,1	3,1	3,4
Tschechische Republik	4,5	1,4	- 0,1	2,6	1,6
Ungarn	9,1	5,2	4,7	6,8	3,5
Vereinigtes Königreich	1,2	1,3	1,4	1,3	2,1
Zypern	2,0	2,8	4,0	1,9	2,0
Europäische Union¹	2,2	2,1	2,0	2,0	2,2
Eurozone	2,3	2,3	2,1	2,1	2,2
Beitrittskandidaten					
Bulgarien	7,4	5,8	2,3	6,1	5,0
Rumänien	34,5	22,5	15,3	11,9	9,1
Türkei	56,8	47,0	25,3	10,1	8,1

1 VPI der 15 EU-Mitgliedstaaten bis April 2004, der 25 EU-Mitgliedstaaten ab Mai 2004.

In den baltischen Staaten Lettland (+6,9 %) und in Estland (+4,1 %) mussten Konsumenten die höchsten Teuerungsraten hinnehmen. Besser hatten es manche skandinavische Verbraucher: Die niedrigsten Preiserhöhungen gab es in Finnland und Schweden mit je 0,8 %.

16.3 Preisindex für Bauwerke, Kaufwerte für Bauland

In der Statistik der Baupreise wird die Entwicklung der Preise für den Neubau ausgewählter Bauwerksarten des Hoch- und Tiefbaus sowie für Instandhaltungsmaßnahmen an Wohngebäuden ermittelt. Baupreisindizes werden für Wohngebäude, Bürogebäude, Gewerbliche Betriebsgebäude, Straßen, Brücken im Straßenbau sowie für Ortskanäle berechnet. Die Statistik basiert auf rund 200 Bauleistungen – vergleichbar mit dem »Warenkorb« beim Preisindex für die Lebenshaltung. Die einzelnen Bauarbeiten (z. B. die Erdarbeiten im Hochbau) setzen sich aus mehreren Bauleistungen (z. B. Baugrube ausheben, Boden abfahren ...) zusammen. Für diese rund 200 Bauleistungen werden bei baugewerblichen Unternehmen die Preise erfragt und aus den Ergebnissen wird entsprechend dem Anteil beim Neubau (Wägungsanteil) der Preisindex für die jeweiligen Bauwerke berechnet.

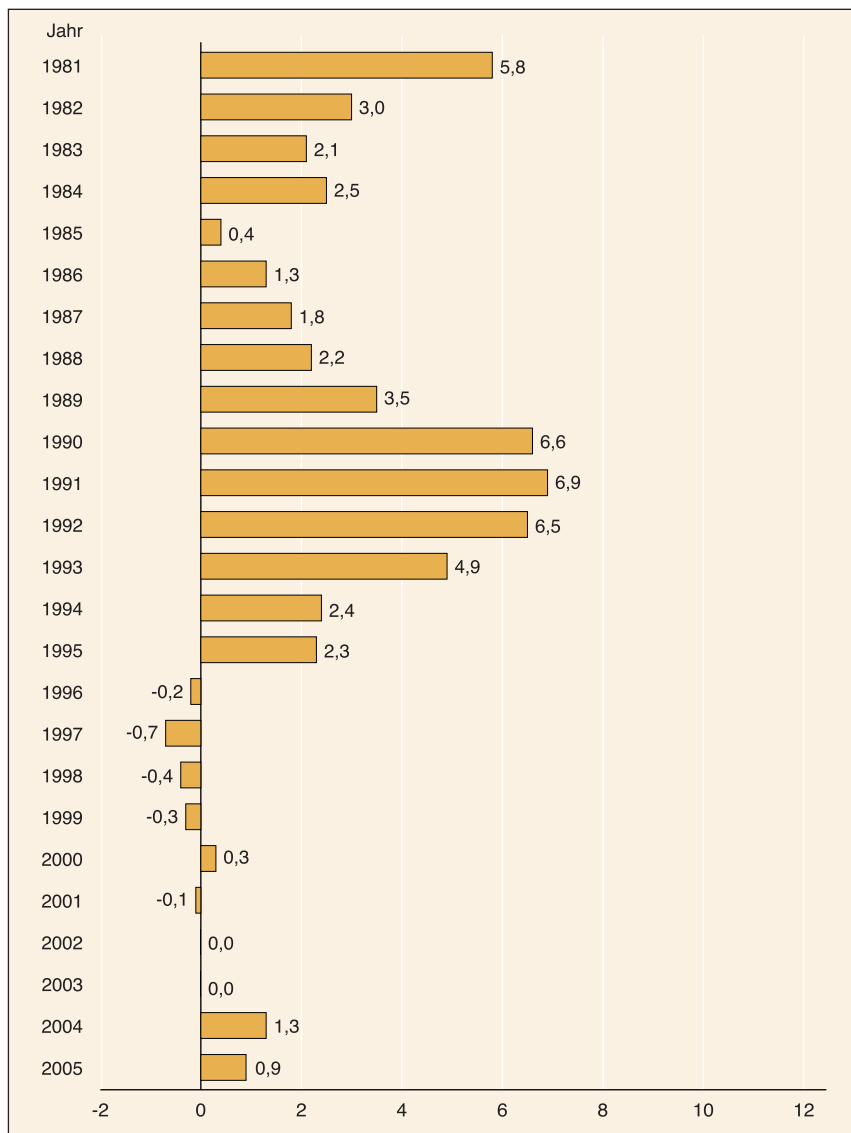
Die Preise für den Neubau von Wohngebäuden haben sich in Deutschland zwischen 1991 und 2004 um 16,9 % erhöht. Hinter diesem Durchschnittswert steht eine zunächst deutliche Zunahme der Neubaupreise nach der deutschen Vereinigung (+6,5 % von 1991 auf 1992). Der Preisanstieg wurde danach fast stetig schwächer. Ab 1996 fielen dann sogar infolge der schlechten Baukonjunktur die Baupreise, und ab 1999 blieben sie praktisch unverändert. Erst seit 2004 sind wieder im Vergleich zum Vorjahr nennenswerte Preisanstiege zu beobachten (+1,3 % von 2003 auf 2004 und +0,9 % von 2004 auf 2005).

Die Statistik der Kaufwerte für Bauland erfasst die Verkäufe von unbebauten Grundstücken mit einer Fläche ab 100 Quadratmetern. Im Jahr 2004 wurden in Deutschland rund 77 300 Verkäufe von unbebautem Bauland statistisch ausgewertet. Danach wurden 92 Quadratkilometer Bauland veräußert. Je Veräußerungsfall wechselten 1 189 Quadratmeter Bauland den Besitzer. Der durchschnittliche Kaufwert betrug 76,93 Euro pro Quadratmeter. Die Kaufwerte für Bauland variieren sehr stark nach Regio-

Tab. 2: Durchschnittlicher Kaufwert für Bauland nach Baulandarten
in EUR je m²

Jahr	Bauland insgesamt	Baureifes Land	Rohbauland	Sonstiges Bauland
1992	25,09	43,16	10,94	15,60
1995	35,93	58,02	14,68	19,51
1996	41,53	61,37	17,60	22,43
1997	44,47	64,70	18,84	21,23
1998	48,25	69,69	21,30	23,36
1999	49,60	70,65	20,51	23,42
2000	51,79	76,21	22,70	25,62
2001	50,18	75,20	19,46	25,60
2002	58,43	80,44	22,66	25,51
2003	76,90	99,89	24,13	41,04
2004	76,93	103,47	27,00	34,91

Abb. 4: Preisindex für Wohngebäude insgesamt¹
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent



¹ Neubau und Bauleistungen am Bauwerk. – Einschl. Umsatzsteuer. – Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet.

nen, Gemeindegrößen, örtlicher Lage, Baugebieten sowie Art und Größe des Grundstücks. Typisch ist, dass sich mit der steigenden Einwohnerzahl in den Städten und Gemeinden die Kaufwerte für Bauland stark erhöhen. Differenziert man nach Baugebieten, wurden die höchsten Verkaufserlöse in Geschäftsgebieten und die niedrigsten in Dorf- und Industriegebieten erzielt.

Tab. 3: Kaufwerte für baureifes Land im Jahr 2004 nach Ländern

Land	Durchschnittl. Kaufwert in EUR/m ²	Land	Durchschnittl. Kaufwert in EUR/m ²
Baden-Württemberg	175,42	Niedersachsen	66,81
Bayern	218,48	Nordrhein-Westfalen	128,24
Berlin	118,46	Rheinland-Pfalz	91,79
Brandenburg	49,35	Saarland	61,70
Bremen	117,76	Sachsen	47,47
Hamburg	.	Sachsen-Anhalt	39,34
Hessen	135,94	Schleswig-Holstein	100,41
Mecklenburg-Vorpommern	42,09	Thüringen	38,69
Deutschland			103,47

16.4 Verdienste

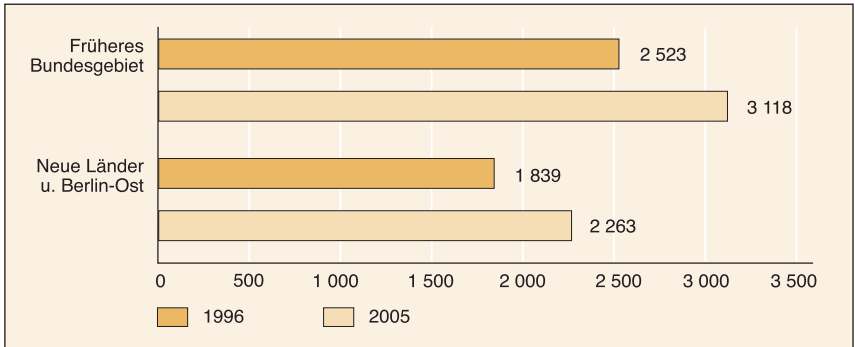
Verdienste sind Arbeitseinkommen oder Arbeitsentgelte, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für ihre Tätigkeiten regelmäßig beziehen. Verdienste sind oft der wichtigste Teil des gesamten Einkommens von Familien oder Alleinstehenden und entscheiden über den Lebensstandard und die Möglichkeiten der Sozialen Sicherung. Gesamtwirtschaftliche Angaben über Arbeitnehmerentgelt, Brutto- und Nettolöhne und -gehälter enthalten die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (siehe Teil I, Kap. 12).

16.4.1 Bruttomonatsverdienste in Deutschland

Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen verdienten 2005 im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe in Deutschland durchschnittlich 3 024 Euro brutto im Monat und damit 22,9 % mehr als 1996. Der Preisindex für die Lebenshaltung stieg in diesem Zeitraum um 13,6 %. Dabei wichen die Bruttoverdienste zwischen dem Osten und dem Westen Deutschlands, Frauen und Männern, Angestellten sowie Arbeitern und Arbeiterinnen erheblich voneinander ab.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost lag der durchschnittliche Verdienst 2005 mit 2263 Euro brutto um 27,4 % unter dem im früheren Bundesgebiet. Der Ost-West-Verdienstabstand hat sich in den Jahren von 1996 bis 2005 kaum verändert.

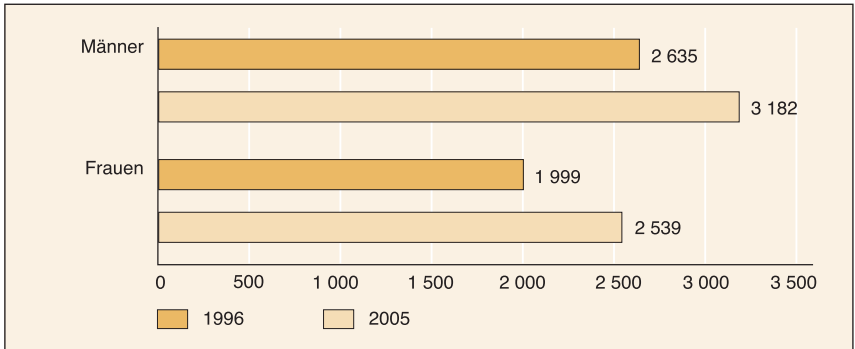
Abb 5: Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe¹ 1996 und 2005



¹ Vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen; im Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe: nur Angestellte.

Frauen verdienten im Durchschnitt weniger als ihre männlichen Kollegen. 2005 lag der Verdienst der Arbeitnehmerinnen in Deutschland um 20,2 % unter dem ihrer männlichen Kollegen. Es bestehen allerdings Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland: Mit 11,7 % war der geschlechtsspezifische Verdienstabstand in den neuen Ländern und Berlin-Ost erheblich geringer als im früheren Bundesgebiet mit 20,3 %. Gegenüber 1996 stiegen deutschlandweit die Frauenverdienste stärker als die der Männer. Aus dem geschlechtsspezifischen Verdienstabstand kann nicht geschlossen werden, dass Frauen im selben Unternehmen für die gleiche Tätigkeit

Abb. 6: Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste von Männern und Frauen im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe in Deutschland¹ 1996 und 2005



¹ Vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen; im Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe: nur Angestellte.

unterschiedlich bezahlt werden. Die Verdienstunterschiede zwischen Männern und Frauen lassen sich teilweise durch geschlechtsspezifische Unterschiede hinsichtlich der ausgeübten Tätigkeit, dem Ausbildungsniveau, der präferierten Berufe und der Wirtschaftszweige erklären (siehe hierzu auch die folgenden Abschnitte 16.4.2 bis 16.4.4).

Tab. 4: Bruttomonatsverdienste 2005

Wirtschaftsbereich/ Arbeitnehmergruppe	Insgesamt	Männer	Frauen
	EUR		
Deutschland			
Produzierendes Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe	3 024	3 182	2 539
Produzierendes Gewerbe			
Arbeitnehmer insgesamt	3 029	3 139	2 525
Arbeiter	2 542	2 630	1 952
Angestellte	3 884	4 201	3 015
Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe			
Angestellte	3 011	3 353	2 555
Früheres Bundesgebiet			
Produzierendes Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe	3 118	3 276	2 612
Produzierendes Gewerbe			
Arbeitnehmer insgesamt	3 129	3 236	2 614
Arbeiter	2 626	2 712	2 024
Angestellte	3 972	4 271	3 098
Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe			
Angestellte	3 088	3 430	2 610
Neue Länder und Berlin-Ost			
Produzierendes Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe	2 263	2 346	2 071
Produzierendes Gewerbe			
Arbeitnehmer insgesamt	2 243	2 316	2 004
Arbeiter	1 960	2 036	1 586
Angestellte	2 965	3 300	2 458
Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe			
Angestellte	2 324	2 501	2 164

Auch zwischen Arbeitern und Arbeiterinnen sowie Angestellten bestand ein erheblicher Verdienstunterschied: Angestellte im Produzierenden Gewerbe erhielten 2005 in Deutschland 52,8 % mehr als Arbeiter und Arbeiterinnen. Diese Differenz hat in den letzten Jahren zugenommen. Gegenüber 1996 stieg der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst der Angestellten um 22,1 %, der Verdienst der Arbeiter und Arbeiterinnen aber nur um 18,0 %. Im Osten war diese Entwicklung noch ausgeprägter. 2005 verdienten Angestellte 25,4 % mehr als 1996, Arbeiter und Arbeiterinnen lediglich 17,5 %.

Im Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe wird weniger verdient als im Produzierenden Gewerbe. 2005 erzielten die Angestellten dieser Dienstleistungsbereiche in Deutschland durchschnittlich 3011 Euro brutto, 873 Euro weniger als die Angestellten im Produzierenden Gewerbe.

16.4.2 Verdienste nach der ausgeübten Tätigkeit

Die Höhe des Verdienstes wird auch stark davon bestimmt, wie qualifiziert die Tätigkeiten sind, die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen an ihrem Arbeitsplatz ausüben. Um die vielfältigen Tätigkeiten zu bündeln, werden Arbeiter und Angestellte qualifikationsabhängigen Leistungsgruppen zugeordnet.

Die Einteilung der Arbeiter berücksichtigt ausschließlich die erforderlichen Kenntnisse bei der Durchführung der ausgeübten Tätigkeit. Facharbeiter und Facharbeiterinnen, die der höchsten Leistungsgruppe 1 zugeordnet sind, erreichen deutlich höhere Verdienste als Angelernte und Ungelernte: 2005 waren es in Deutschland durchschnittlich 2795 Euro brutto, 21,0 % mehr als angelernte (Leistungsgruppe 2) und 36,1 % mehr als ungelernete Kräfte (Leistungsgruppe 3).

Bei der Leistungsgruppeneinteilung bestehen erhebliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Rund sechs Zehntel der Männer, aber nur knapp 15 % der Frauen übten im Jahr 2005 Facharbeitertätigkeiten aus; umgekehrt waren über 40 % der Frauen, aber nur knapp ein Zehntel der Männer mit ungelernen Tätigkeiten beschäftigt.

Tab. 5: Bruttomonatsverdienste der Arbeiter und Arbeiterinnen im Produzierenden Gewerbe 2005 nach Leistungsgruppen

Leistungsgruppe	Verteilung der Arbeiter/-innen auf die Leistungsgruppen			Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
	%			EUR		
Deutschland						
Insgesamt	100	100	100	2542	2630	1952
1	54,9	61,0	14,6	2795	2814	2266
2	31,5	29,7	43,3	2310	2394	1925
3	13,6	9,3	42,1	2053	2176	1870
Früheres Bundesgebiet						
Insgesamt	100	100	100	2626	2712	2024
1	55,2	61,3	12,5	2885	2897	2453
2	30,5	29,0	41,3	2407	2483	2027
3	14,2	9,7	46,2	2097	2225	1906
Neue Länder und Berlin-Ost						
Insgesamt	100	100	100	1960	2036	1586
1	52,7	58,3	25,3	2155	2185	1806
2	38,0	34,9	53,2	1799	1857	1526
3	9,3	6,9	21,4	1595	1673	1472

Tab. 6: Bruttomonatsverdienste der Angestellten
im Produzierenden Gewerbe 2005 nach Leistungsgruppen

Leistungsgruppe/ Beschäftigungsart	Verteilung der Angestellten auf die Leistungsgruppen			Bruttomonatsverdienste		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
	%			EUR		
Deutschland						
Insgesamt	100	100	100	3884	4201	3015
II	39	47	18	4911	5001	4276
III	45	44	48	3482	3656	3046
IV	14	9	30	2531	2782	2336
V	1	1	3	2021	2277	1893
Früheres Bundesgebiet						
Insgesamt	100	100	100	3972	4271	3098
II	40	47	18	4993	5069	4410
III	45	44	48	3552	3711	3130
IV	14	8	30	2588	2827	2394
V	1	1	3	2049	2312	1914
Neue Länder und Berlin-Ost						
Insgesamt	100	100	100	2965	3300	2458
II	31	40	18	3832	3968	3375
III	47	47	48	2786	2991	2478
IV	20	12	32	2128	2392	1976
V	1	1	3	1749	1870	1702

Arbeiterinnen verdienen durchschnittlich 25,8 % weniger als ihre männlichen Kollegen. Innerhalb der einzelnen Leistungsgruppen lag der Verdienstabstand jedoch deutlich geringer. Hätten die Arbeiterinnen die Leistungsgruppenstruktur der Arbeiter, würde der Verdienstabstand 19,1 % ausmachen.

Die Einteilung der Angestellten in fünf Leistungsgruppen berücksichtigt zusätzlich zu den erforderlichen Kenntnissen noch die mit der Tätigkeit verknüpfte Selbstständigkeit, Verantwortung und Dispositionsbefugnis. Bei den Angestellten im Produzierenden Gewerbe zeigen sich die gleichen Strukturen wie bei den Arbeitern und Arbeiterinnen: Frauen sind bei qualifizierten Tätigkeiten unterdurchschnittlich und bei weniger qualifizierten Tätigkeiten überdurchschnittlich vertreten. Für Leistungsgruppe I, Leitende Angestellte, werden in der Laufenden Verdiensterhebung keine Daten erhoben. In Leistungsgruppe II sind 47 % der Männer, aber nur 18 % der Frauen vertreten. Sie müssen besondere Erfahrungen haben und selbstständige Leistungen in verantwortungsvollen Tätigkeiten erbringen, allerdings bei eingeschränkter Dispositionsbefugnis. Nur 1 % der Männer, aber 3 % der Frauen sind mit Aufgaben betraut, die keine Berufsausbildung erfordern (Leistungsgruppe V).

Weibliche Angestellte erzielten im Jahr 2005 ein um 28,2 % geringeres Durchschnittsgehalt als ihre männlichen Kollegen. Bei Betrachtung der Angestellten nur einer Leis-

tungsgruppe verringert sich – wie bei den Arbeitern – der Verdienstabstand beträchtlich. Hätten die weiblichen Angestellten die Leistungsgruppenstruktur ihrer Kollegen, wäre ihr Verdienst nur um 15,5 % geringer.

Der Verdienstunterschied zwischen Männern und Frauen erklärt sich somit auch daraus, dass Frauen wesentlich häufiger Tätigkeiten in niedrigeren Leistungsgruppen ausüben als Männer. In den neuen Ländern und Berlin-Ost sind die geschlechtspezifischen Unterschiede weniger stark ausgeprägt.

16.4.3 Verdienste nach Wirtschaftszweigen im Produzierenden Gewerbe

Auch zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen im Produzierenden Gewerbe bestehen große Verdienstunterschiede. Die Spanne reichte 2005 in Deutschland von 4045 Euro in der Kokerei, Mineralölverarbeitung und Herstellung von Brutstoffen bis zu 2274 Euro im Textilgewerbe. In diesen beiden Wirtschaftszweigen sind jedoch nur wenige Menschen beschäftigt.

Die Rangfolge der besser und schlechter zahlenden Wirtschaftszweige stimmt in den neuen Bundesländern und dem früheren Bundesgebiet weitgehend überein. In ihrer Bedeutung für die Beschäftigung ergeben sich jedoch große Unterschiede. Im Osten

Tab. 7a: Bruttomonatsverdienste der Arbeitnehmer
im Produzierenden Gewerbe nach Wirtschaftszweigen 2005

Wirtschaftszweig	Bruttomonats- verdienst	Anteil der Frauen an allen Arbeitnehmern
	EUR	%
<i>Deutschland</i>		
Kokerei, Mineralölverarb., H. v. Spalt- und Brutstoffen	4045	15,2
Fahrzeugbau	3484	11,0
Energie- und Wasserversorgung	3442	17,2
Chemische Industrie	3381	26,7
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -einrichtungen; Elektrotechnik usw.	3260	27,0
Maschinenbau	3213	13,0
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	3029	26,7
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	2896	5,9
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	2804	13,7
Glasgewerbe, Keramik, Verarb. von Steinen und Erden	2639	15,7
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	2640	21,6
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	2627	29,5
Hoch- und Tiefbau	2566	5,6
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten usw., Recycling	2453	24,2
Holzgewerbe	2400	11,2
Bekleidungsgewerbe	2364	70,3
Ledergewerbe	2363	47,6
Textilgewerbe	2274	37,2
Produzierendes Gewerbe insgesamt	3029	18,0

Tab. 7b: Bruttomonatsverdienste der Arbeitnehmer
im Produzierenden Gewerbe nach Wirtschaftszweigen 2005

Wirtschaftszweig	Bruttomonats- verdienst	Anteil der Frauen an allen Arbeitnehmern
	EUR	%
<i>Früheres Bundesgebiet</i>		
Kokerei, Mineralölverarb., H. v. Spalt- und Brutstoffen	4 195	14,2
Fahrzeugbau	3 550	10,8
Energie- und Wasserversorgung	3 564	14,3
Chemische Industrie	3 451	26,0
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -einrichtungen; Elektrotechnik usw.	3 357	26,0
Maschinenbau	3 279	13,0
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	3 098	25,7
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	2 972	4,0
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	2 889	13,5
Glasgewerbe, Keramik, Verarb. von Steinen und Erden	2 756	14,6
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	2 710	20,8
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	2 755	27,2
Hoch- und Tiefbau	2 705	5,3
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten usw., Recycling	2 560	23,2
Holzgewerbe	2 487	10,1
Bekleidungsgewerbe	2 420	69,2
Ledergewerbe	2 477	45,7
Textilgewerbe	2 447	32,7
Produzierendes Gewerbe insgesamt	3 129	17,3
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>		
Kokerei, Mineralölverarb., H. v. Spalt- und Brutstoffen	3 179	20,5
Fahrzeugbau	2 532	14,2
Energie- und Wasserversorgung	2 939	29,2
Chemische Industrie	2 642	34,0
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -einrichtungen; Elektrotechnik usw.	2 371	36,2
Maschinenbau	2 362	13,4
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	2 378	36,9
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	2 506	15,8
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	2 129	15,5
Glasgewerbe, Keramik, Verarb. von Steinen und Erden	2 110	20,5
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	1 929	29,5
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	1 957	41,5
Hoch- und Tiefbau	2 044	7,0
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten usw., Recycling	1 737	30,9
Holzgewerbe	1 935	16,8
Bekleidungsgewerbe	1 402	89,4
Ledergewerbe	1 312	65,1
Textilgewerbe	1 498	57,3
Produzierendes Gewerbe insgesamt	2 243	23,4

waren im Hoch- und Tiefbau rund 13,3 % aller Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen des Produzierenden Gewerbes beschäftigt, im Westen nur rund 6,1 %. Hier dominierten der Maschinen- (10,8 %) und der Fahrzeugbau (11,8 %).

In Deutschland schwankt der Anteil der Frauen an den Beschäftigten der einzelnen Wirtschaftszweige im Produzierenden Gewerbe zwischen 5,6 % im Hoch- und Tiefbau und 70,3 % im Bekleidungsgewerbe. Wirtschaftszweige mit einem niedrigen Durchschnittsverdienst haben meist einen hohen Frauenanteil. Auch hierin ist das niedrigere Verdienstniveau der Frauen begründet. In den neuen Ländern und Berlin-Ost weisen die am schlechtesten zahlenden Wirtschaftszweige ebenfalls einen überdurchschnittlichen Frauenanteil auf – er liegt sogar deutlich höher als im früheren Bundesgebiet.

16.4.4 Verdienste in verschiedenen Berufen

Auch zwischen den einzelnen Berufen bestehen erhebliche Verdienstunterschiede. Die meisten angestellten Männer und die meisten angestellten Frauen arbeiten als Bürofachkräfte. Die Männer verdienten 2004 in diesem Beruf 3509 Euro, die Frauen 25 % weniger. Am zweithäufigsten waren Männer als Geschäftsführer und Filialleiter tätig und erzielten hier den höchsten Bruttomonatsverdienst in Höhe von 6197 Euro, die Frauen verdienten in diesem Beruf 31 % weniger. Es folgten Datenverarbeitungsfachleute, Bankfachleute und sonstige Techniker.

Bei den Frauen ergibt sich eine etwas abweichende Reihenfolge. Nach den Bürofachkräften waren die weiblichen Angestellten überwiegend als Verkäuferinnen, als Bankfachleute, als Groß- und Einzelhandelskaufleute und als Sekretärinnen tätig. Die Sekretärinnen haben zum Teil sehr hohe Verdienste, die für den relativ niedrigen Verdienstabstand zwischen Männer und Frauen von 16 % in diesem Beruf verantwortlich sind. Ihren höchsten Verdienst erzielten die Frauen mit 4345 Euro als Elektroingenieurinnen, 13 % weniger als die Männer in diesem Beruf.

Manche Berufe gelten als typische Frauenberufe. Der Frauenanteil betrug zum Beispiel bei den Büroberufen 62 %. Zu diesen Büroberufen zählen Bürofachkräfte, Sekretärinnen, Buchhalterinnen, Bürohilfskräfte, Telefonistinnen und Datentypistinnen. Bei einzelnen dieser Büroberufe war der Anteil der Frauen mit 80 bis 90 % sogar noch höher. Auch im Handel waren 59 % der Verkäufer und Verkäuferinnen und 79 % der Kassierer und Kassiererinnen Frauen. In den meisten der genannten Berufe wird unterdurchschnittlich verdient. Nicht nur die Frauen, sondern auch die Männer verdienten hier schlechter als in anderen Berufen.

Bei den fünf häufigsten Arbeiterberufen sind die Verdienstunterschiede nicht so groß wie bei den Angestellten. Auch die Verdienstunterschiede zwischen Männern und Frauen sind in der Regel etwas niedriger. Am häufigsten waren die Arbeiter als Kraftfahrzeugführer tätig und erzielten 2004 einen Bruttomonatsverdienst in Höhe von 2440 Euro. Es folgten Elektroinstallateure und -monteure, Lager-, Transportarbeiter, Metallarbeiter und Maschinenschlosser. Die Frauen waren überwiegend im Versand beschäftigt. Hiermit erzielten sie einen Verdienst von 1 813 Euro. Die nächsten vier

Tab. 8: Bruttomonatsverdienste in den häufigsten Berufen 2004¹

Beruf	EUR
<i>Angestellte/Männer</i>	
Bürofachkräfte	3509
Geschäftsführer, Filialleiter und andere	6197
Datenverarbeitungsfachleute	4546
Bankfachleute	4063
Sonstige Techniker	3857
<i>Angestellte/Frauen</i>	
Bürofachkräfte	2646
Verkäuferinnen	1914
Bankfachleute	2933
Groß- u. Einzelhandelskaufleute, Einkäuferinnen	2705
Sekretärinnen	3164
<i>Arbeiter/Männer</i>	
Kraftfahrzeugführer	2440
Elektroinstallateure, -monteure	2614
Lager-, Transportarbeiter	2256
Metallarbeiter	2518
Maschinenschlosser	2828
<i>Arbeiter/Frauen</i>	
Arbeiterinnen im Versand	1813
Elektrogeräte-, Elektroteilemontiererrinnen	2080
Hilfsarbeiterinnen	1771
Kunststoffverarbeiterinnen	1857
Metallarbeiterinnen	2010

¹ Ergebnisse der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 2001 fortgeschätzt mit der Veränderungsrate des Bruttojahresverdienstes aus der laufenden Verdiensterhebung.

Ränge nach der Häufigkeit nahmen Arbeiterinnen, die Elektrogeräte oder Elektroteile montierten, Hilfsarbeiterinnen, Kunststoffverarbeiterinnen und Metallarbeiterinnen ein.

16.4.5 Verdienste im Handwerk

Mit 12,47 Euro brutto je Stunde verdienten die Handwerksgesellen in Deutschland in zehn ausgewählten Gewerbebezügen im Mai 2005 deutlich weniger als die Facharbeiter und Facharbeiterinnen im Produzierenden Gewerbe im April 2005 mit 17,10 Euro. Auch die Erhöhung der Bruttostundenverdienste der Gesellen fiel in den zehn ausgewählten Gewerben des Handwerks geringer aus: Seit Mai 1997 stiegen die Bruttostundenverdienste im Handwerk um 12,9 %, bei den Facharbeitern und Facharbeiterinnen im Produzierenden Gewerbe um 18,4 %.

Zwischen den einzelnen Gewerben bestehen große Verdienstunterschiede. Die höchsten Bruttostundenverdienste erzielten im Mai 2005 die Gas- und Wasserinstallateure mit 13,05 Euro, die niedrigsten Bäcker Gesellen mit 11,23 Euro.

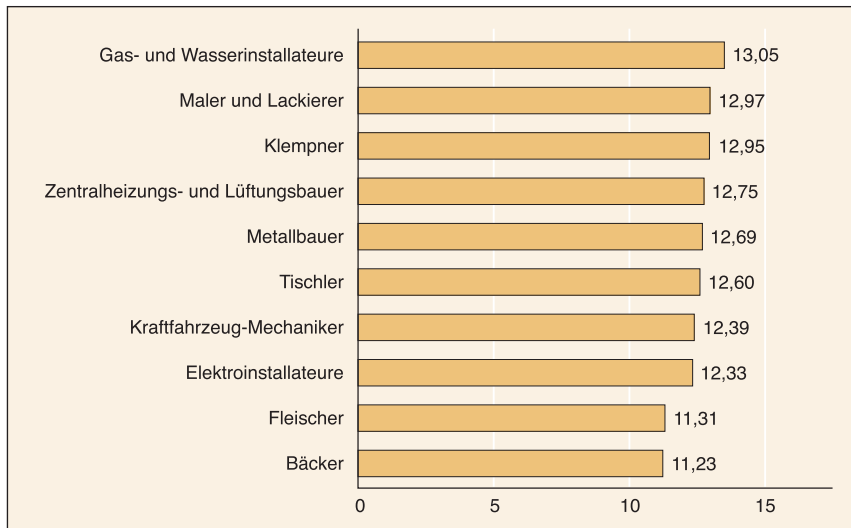
Tab. 9: Durchschnittliche Bruttostundenverdienste der Gesellen/-innen im Handwerk und der Facharbeiter/-innen im Produzierenden Gewerbe¹ in EUR

Jahr	Durchschnittliche Bruttostundenverdienste	
	der Gesellen und Gesellinnen im Handwerk	der Facharbeiter und Facharbeiterinnen in der Industrie
1997	11,05	14,44
1998	11,22	14,97
1999	11,43	15,35
2000	11,58	15,50
2001	11,84	15,86
2002	12,09	16,03
2003	12,32	16,53
2004	12,45	16,95
2005	12,47	17,10

¹ Verdiensterhebung im Handwerk: Stand Mai; Laufende Verdiensterhebung im Produzierenden Gewerbe: Stand April.

Mit durchschnittlich 9,09 Euro erzielten Handwerksgelesen in den neuen Ländern und Berlin-Ost im Mai 2005 knapp 70 % des Verdienstes im früheren Bundesgebiet (13,22 Euro), und das entspricht dem Verdienstabstand von 1997.

Abb. 7: Bruttostundenverdienste vollzeitbeschäftigter Gesellen und Gesellinnen im Handwerk in Deutschland im Mai 2005 in EUR



16.4.6 Nettoverdienste nach Haushaltstypen (Modellrechnungen)

Für den Lebensstandard der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sind Nettoverdienste von entscheidender Bedeutung. Um eine Vorstellung über die Höhe der Nettoverdienste verschiedener Arbeitnehmergruppen zu gewinnen, berechnet das Statistische Bundesamt mit Hilfe von Modellannahmen Nettoverdienste für ausgewählte Haushaltstypen (siehe Tab. 10). Hierbei werden Lohn-, Kirchensteuer, Solidaritätszuschlag sowie Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung abgezogen und das gesetzliche Kindergeld addiert. Für das frühere Bundesgebiet und die neuen Länder und Berlin-Ost werden gesonderte Werte berechnet, da bei den Verdiensten noch ein großer Abstand zwischen dem Osten und Westen Deutschlands besteht.

Der Anteil des Bruttomonatsverdienstes, über den die Haushalte frei verfügen können, schwankt erheblich. Die geringsten Abzüge entfallen auf den Haushaltstyp »Arbeiterehepaar mit zwei Kindern und Mann als Alleinverdiener« in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Vom Bruttomonatsverdienst von 2036 Euro verbleiben 91,9 % zur freien Verfügung. Die höchsten Abzüge fallen auf einen allein stehenden Angestellten im früheren Bundesgebiet. Nach den Abzügen bleiben ihm von 3538 Euro brutto noch 54,5 %.

Da die Haushalte im Westen höhere Abzüge tragen, besteht zwischen den Nettoverdiensten in Ost und West ein deutlich geringerer Unterschied als zwischen den Bruttowerten: Der Ost-West-Verdienstabstand lag 2005 bei den Nettoverdiensten zwischen 17,1 % bei einem Angestelltenehepaar ohne Kinder und 19,3 % bei einem allein stehenden Arbeiter oder einer allein stehende Arbeiterin ohne Kinder. Bei den Bruttoverdiensten lag er zwischen 25,8 % (allein stehende Angestellte ohne Kinder) und 22,4 % (Angestelltenehepaar ohne Kinder).

16.5 Arbeitskosten

Die Arbeitskosten umfassen alle Aufwendungen, die den Arbeitgebern in Zusammenhang mit der Beschäftigung von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen entstehen: Bruttolöhne und -gehälter, Sozialbeiträge der Arbeitgeber, Kosten der beruflichen Bildung, Einstellungskosten, Kosten des Arbeitgebers für die Berufskleidung und Steuern zu Lasten sowie Zuschüsse zu Gunsten der Arbeitgeber.

Höhe und Struktur der Arbeitskosten werden durch die vierjährlichen Arbeitskostenerhebungen erfasst. Die letzten verfügbaren Daten liegen für das Berichtsjahr 2000 vor. 29000 Unternehmen im Produzierenden Gewerbe sowie ausgewählten Dienstleistungsbereichen berichten über Kosten, die ihnen im Zusammenhang mit der Beschäftigung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern entstehen. Einen Großteil dieser Angaben konnten die Befragten ihren Jahresabschlüssen und aus ihrem Rechnungswesen entnehmen.

Tab. 10: Durchschnittliche Nettomonatsverdienste 2005¹
Ergebnisse von Modellrechnungen

	Einheit	Einzelperson ²	Ehepaar ³ , beide mit jeweiligem Durchschnittsverdienst ohne Kinder	Ehepaar mit 2 Kindern, Mann mit Durchschnittsverdienst ⁴ , Ehefrau nicht erwerbstätig
<i>Früheres Bundesgebiet</i> Arbeiter/-innen				
Bruttomonatsverdienst	EUR	2 626,00	4 736,00	2 712,00
– Lohn- und Kirchensteuer sowie Solidaritätszuschlag	EUR	507,23	844,51	187,66
– Renten und Arbeitslosenversicherung	EUR	341,37	615,68	352,56
– Kranken- und Pflegeversicherung	EUR	220,57	397,81	221,02
+ Kindergeld	EUR	–	–	308,00
Nettomonatsverdienst	EUR	1 556,83	2 878,00	2 258,76
Anteil des Netto- am Bruttomonatsverdienst	%	59,3	60,8	83,3
<i>Angestellte</i>				
Bruttomonatsverdienst	EUR	3 538,00	6 708,00	3 909,00
– Lohn- und Kirchensteuer sowie Solidaritätszuschlag	EUR	851,39	1 574,33	556,98
– Renten und Arbeitslosenversicherung	EUR	459,93	872,02	508,16
– Kranken- und Pflegeversicherung	EUR	297,18	531,19	287,28
+ Kindergeld	EUR	–	–	308,00
Nettomonatsverdienst	EUR	1 929,50	3 730,46	2 864,58
Anteil des Netto- am Bruttomonatsverdienst	%	54,5	55,6	73,3
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i> Arbeiter/-innen				
Bruttomonatsverdienst	EUR	1 960,00	3 622,00	2 036,00
– Lohn- und Kirchensteuer sowie Solidaritätszuschlag	EUR	286,61	483,24	44,00
– Renten und Arbeitslosenversicherung	EUR	254,80	470,85	264,68
– Kranken- und Pflegeversicherung	EUR	162,68	300,61	163,89
+ Kindergeld	EUR	–	–	308,00
Nettomonatsverdienst	EUR	1 255,91	2 367,30	1 871,43
Anteil des Netto- am Bruttomonatsverdienst	%	64,1	65,4	91,9
<i>Angestellte</i>				
Bruttomonatsverdienst	EUR	2 626,00	5 208,00	2 925,00
– Lohn- und Kirchensteuer sowie Solidaritätszuschlag	EUR	507,23	1 005,38	251,52
– Renten und Arbeitslosenversicherung	EUR	341,37	677,02	380,24
– Kranken- und Pflegeversicherung	EUR	217,95	432,25	235,46
+ Kindergeld	EUR	–	–	308,00
Nettomonatsverdienst	EUR	1 559,45	3 093,35	2 365,78
Anteil des Netto- am Bruttomonatsverdienst	%	59,4	59,4	80,9

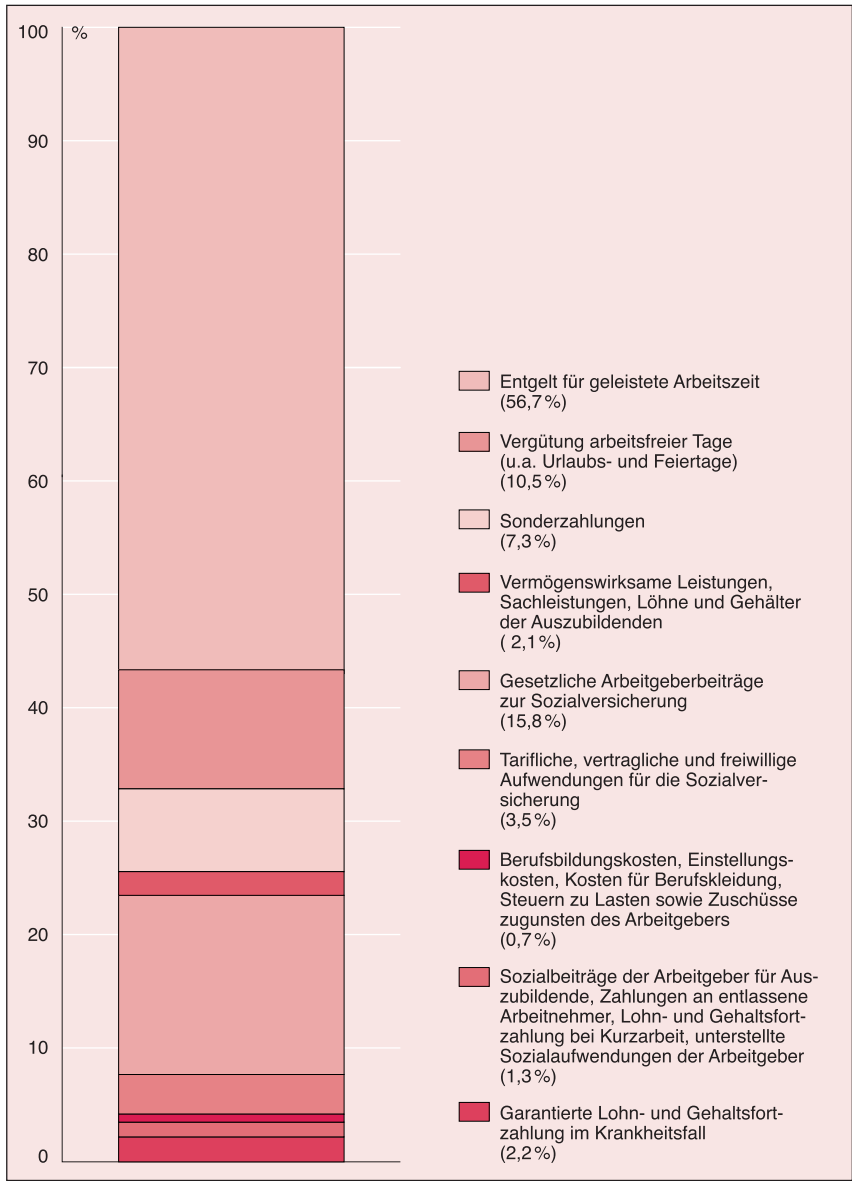
1 Nettomonatsverdienst der Arbeiter/-innen und Angestellten im Produzierenden Gewerbe; Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe.

2 Durchschnittsverdienst von Arbeiter/-innen bzw. Angestellten zusammen.

3 Jeweils ein Durchschnittsverdienst eines Arbeiters/einer Arbeiterin bzw. eines männlichen/einer weiblichen Angestellten.

4 Ohne Berücksichtigung von Steuerfreibeträgen.

Abb. 8: Struktur der Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe und in ausgewählten Dienstleistungsbereichen 2000



In Deutschland betrug im Jahr 2000 der Anteil der Bruttolöhne und -gehälter an den Arbeitskosten 77 %. Zu den Bruttolöhnen und -gehältern zählen das Entgelt für geleistete Arbeitszeit, Sonderzahlungen, Vermögenswirksame Leistungen, Vergütung für nicht gearbeitete Tage, wie Urlaubs- und Feiertage, sowie Sachleistungen, wie die private Nutzung von Firmenwagen. Die Sozialbeiträge der Arbeitgeber machten im Jahr 2000 in Deutschland 22 % der Arbeitskosten aus. Hierzu zählen alle Kosten, die die Arbeitgeber tragen, um ihren Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen eine Sozialleistung zu gewähren oder einen Anspruch auf Sozialleistungen zu sichern: die Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung, freiwillige, vertragliche sowie tariflich vereinbarte Sozialbeiträge, die garantierte Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall, Abfindungen bei Entlassungen sowie bei Nichteinhaltung der Kündigungsfrist. Die übrigen Arbeitskosten betrugen rund ein Prozent.

Die wichtigsten gesetzlichen Sozialbeiträge sind die Arbeitgeberpflichtbeiträge zu den Sozialversicherungen. Ihre Höhe wird u.a. durch die Beitragssätze bestimmt und ist von den Arbeitgebern nicht unmittelbar beeinflussbar. Zusätzlich zu den gesetzlich vorgeschriebenen Sozialleistungen erbringen die Arbeitgeber freiwillige Sozialbeiträge, vornehmlich in Form von Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung.

Die betriebliche Altersversorgung stellt eine Ergänzung der privaten Vorsorge und der gesetzlichen Rentenversicherung dar. Seit der Rentenreform vom 1. Januar 2002 haben alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen einen Rechtsanspruch auf Umwandlung von Bruttolohn (Entgeltumwandlung) in Beiträge zur betrieblichen Altersversorgung. Dabei können Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen aus fünf Alternativen der staatlich geförderten betrieblichen Altersversorgung auswählen (Direktversicherung, Direktzusage, Unterstützungskasse, Pensionskasse und Pensionsfonds).

Tabelle 11 beruht auf o. g. Arbeitskostenerhebung und zeigt, wie stark sich die Kosten der Arbeitgeber zum Sozialschutz der Arbeitnehmer in einzelnen Wirtschaftszweigen unterscheiden.

Die Höhe der Sozialbeiträge der Arbeitgeber je Arbeitnehmer (Vollzeiteinheit) wird u. a. durch die Höhe der Löhne und Gehälter beeinflusst. Der Anteil der Sozialbeiträge an den gesamten Arbeitskosten liegt zwischen 30,9 % in der Energieversorgung und 20,3 % im Einzelhandel. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen resultieren aus der Zahlung freiwilliger Sozialleistungen. Dies zeigt sich auch deutlich bei den Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung: In der Energieversorgung brachten die Arbeitgeber hierfür 6097 Euro je Arbeitnehmer (Vollzeiteinheit) auf, im Gastgewerbe hingegen nur 172 Euro.

Dienstleistungsbereiche, die durch eine hohe Anzahl Teilzeitbeschäftigter gekennzeichnet sind, weisen deutlich niedrigere Sozialbeiträge auf. Die Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung sind in diesen Wirtschaftszweigen ebenfalls deutlich geringer.

Die Entwicklung der Arbeitskosten wird durch den Arbeitskostenindex dargestellt. Dieser Index basiert auf der Größe »Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde« und

Tab. 11: Sozialbeiträge der Arbeitgeber in ausgewählten Wirtschaftszweigen 2000

Wirtschaftsbereich	Sozialbeiträge der Arbeitgeber je Arbeitnehmer (Vollzeiteinheit)		Darunter: Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung je Arbeitnehmer (Vollzeiteinheit)	Auf 1000 EUR Bruttolohn und -gehalt entfallen ... EUR Sozialbeiträge der Arbeitgeber
	EUR	% der Arbeitskosten	EUR	EUR
Energieversorgung	17805	30,9	6097	452
Kokerei, Mineralölverarb., Herst. v. Brutstoffen	16763	25,8	5172	355
Versicherungsgewerbe	14891	25,6	4698	353
Chemische Industrie	14314	25,2	4060	342
Kreditgewerbe	13446	25,2	4265	345
Fahrzeugbau	13145	24,1	3210	321
Maschinenbau	9866	21,6	1097	278
Einzelhandel	6057	20,3	283	255
Gastgewerbe	4615	20,8	172	263

gibt die vierteljährliche Entwicklung der Arbeitskosten aller Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe, Handel, Gastgewerbe, Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Kredit- und Versicherungsgewerbe sowie bei unternehmensnahen Dienstleistungen

Tab. 12: Index der Arbeitskosten für das Produzierende Gewerbe und ausgewählte Dienstleistungsbereiche¹
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

Land	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Europäische Union (EU25)	+ 4,7	+ 4,8	+ 3,8	+ 3,4	+ 3,4	+ 2,8
Eurozone	+ 3,9	+ 3,9	+ 3,5	+ 3,0	+ 2,5	+ 2,6
Deutschland	+ 3,4	+ 2,5	+ 2,2	+ 2,5	+ 1,1	+ 0,9
Belgien	+ 2,0	+ 5,0	+ 4,9	+ 1,3	+ 2,2	–
Dänemark	+ 4,2	+ 4,5	+ 3,8	+ 3,5	+ 3,3	+ 2,8
Estland	+ 9,9	+ 12,7	+ 12,6	+ 9,1	+ 6,5	+ 10,7
Finnland	+ 2,7	+ 6,7	+ 4,7	+ 3,9	+ 4,3	+ 3,7
Frankreich	+ 5,7	+ 4,8	+ 3,9	+ 2,5	+ 2,9	+ 3,2
Lettland	+ 2,8	+ 7,5	+ 7,8	+ 9,6	+ 11,3	+ 15,3
Litauen	– 4,3	+ 1,1	+ 4,2	+ 3,9	+ 4,5	+ 11,4
Niederlande	–	+ 5,8	+ 5,5	+ 4,1	+ 3,5	+ 2,0
Österreich	+ 2,0	+ 2,5	+ 3,0	+ 2,1	– 0,5	+ 4,1
Polen	+ 6,5	+ 20,1	+ 2,1	+ 3,5	+ 3,3	+ 3,9
Portugal	+ 4,6	+ 5,4	+ 5,3	+ 2,4	+ 3,3	+ 2,0
Schweden	+ 4,5	+ 5,2	+ 3,4	+ 4,9	+ 3,1	+ 3,0
Spanien	+ 4,7	+ 5,6	+ 5,3	+ 4,8	+ 4,1	+ 3,7
Ungarn	+ 15,0	+ 14,9	+ 13,6	+ 5,9	+ 8,3	+ 7,5
Vereinigtes Königreich	+ 4,3	+ 5,6	+ 4,4	+ 4,1	+ 6,5	+ 3,0

¹ Rechenstand: Berichtszeitraum 4. Quartal 2005, kalenderbereinigt.

Quelle: Eurostat, Statistisches Bundesamt.

wieder. Unter den Begriff »Geleistete Arbeitsstunden« fallen nur die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden, d.h. dass z.B. Krankheits-, Feier- und Urlaubstage nicht darin enthalten sind, während geleistete Überstunden einfließen.

Die Veränderungsraten der Arbeitskosten in Deutschland liegen in den letzten Jahren deutlich unter den vergleichbaren Werten für alle EU-Mitgliedstaaten bzw. der Eurozone.

Die längerfristige Beobachtung der Arbeitskostenentwicklung in Europa weist in eine gemeinsame Richtung: Die meisten Mitgliedstaaten verzeichneten die größten Arbeitskostensteigerungen in den Jahren 2000 und 2001. In den Jahren nach 2001 gingen die Arbeitskostensteigerungen zurück. Dennoch gibt es bezogen auf die Höhe der Veränderungsraten erhebliche Unterschiede. In den Jahren seit 2001 zählt Deutschland stets zu den Mitgliedsstaaten mit den geringsten Zunahmen der Arbeitskosten. Nur in Österreich ist im Jahr 2004 die Arbeitskostenentwicklung mit einem Rückgang von $-0,5\%$ niedriger als in Deutschland mit $+1,1\%$. Im Jahr 2005 weist Deutschland mit einem Wachstum der Arbeitskosten von $+0,9\%$ den geringsten Anstieg aller Mitgliedstaaten auf. Frankreich und das Vereinigte Königreich liegen mit einem Anstieg von $+3,2\%$ bzw. $+3,0\%$ deutlich darüber.

17 Verkehr

17.1 Verkehr im Spannungsfeld von Wachstum und Umwelt

In einer modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft wie der Bundesrepublik Deutschland ist die immense Bedeutung des Sektors Verkehr durch seinen Anteil am Bruttoinlandsprodukt von rund 3,2 % nur unzureichend beschrieben, da die funktionale Seite des Verkehrs hierbei unberücksichtigt bleibt. Zwischen Verkehr einerseits und Wirtschaft und Gesellschaft andererseits bestehen enge Wechselwirkungen. Verkehr bedeutet Mobilität von Gütern und Personen, Verkehr ermöglicht nationale und internationale Arbeitsteilung, Tourismus und Freizeitaktivitäten, Verkehr heißt aber auch Belastung, z. B. durch Unfälle, Lärm und Luftverschmutzung.

Die Entwicklung der Industriegesellschaften, das Ausmaß der internationalen Arbeitsteilung und der wirtschaftlichen Verflechtung der Volkswirtschaften, die Globalisierung der Weltwirtschaft, aber auch das Entstehen eines Tourismus- und Freizeitgewerbes wären ohne technische Innovationen im Verkehr und ohne massive Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur sicherlich nicht möglich gewesen. Die Wechselwirkungen zwischen Wirtschaftswachstum und Verkehrsentwicklung waren in der Aufbauphase der Bundesrepublik Deutschland besonders stark: Beide wiesen annähernd gleiche Wachstumsraten auf. In den 1980er-Jahren blieb die Verkehrsentwicklung hinter dem Wirtschaftswachstum zurück, verzeichnete aber weiterhin erhebliche Zuwachsraten. Seit der deutschen Vereinigung wächst der Personenverkehr in Deutschland etwas geringer als das Inlandsprodukt: Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt stieg von 1991 bis zum Jahr 2004 um rund 20 %, die Anzahl der beförderten Personen lag im Jahr 2004 um 14 % und die dabei erbrachte Beförderungsleistung um 16 % höher als 1991. Im Güterverkehr dagegen ist die Beförderungsleistung um rund 37 % und damit wesentlich stärker als das Inlandsprodukt gestiegen, die beförderte Gütermenge lag dagegen nur um rund 4 % höher als 1991, insbesondere da seit 1999 aufgrund der Schwäche der Bauwirtschaft die Transporte von Baustoffen mengenmäßig stark zurückgegangen sind.

Die über lange Zeit vorherrschende positive Grundeinstellung zum Verkehr ist im Verlauf der vergangenen Jahrzehnte durch eine kritischere Einschätzung abgelöst worden. Die negativen Auswirkungen des Verkehrs, etwa durch Flächenverbrauch für Verkehrsinfrastruktur, Energieverbrauch, Luftverschmutzung, Lärm sowie Todesopfer, Verletzte und Sachschäden durch Verkehrsunfälle, werden nicht mehr als unvermeidbar akzeptiert. Während die Erhöhung der Verkehrssicherheit bereits seit langem als äußerst wichtige Aufgabenstellung erkannt worden war, rückten seit Beginn der 1980er-Jahre auch Umweltschutz sowie Kooperation und Integration der Verkehrsträger in den Vordergrund des Interesses. Die Verkehrspolitik ist daher gefordert, im Spannungsfeld

zwischen ökonomischen, ökologischen und sozialen Anforderungen die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen und der Unternehmen zu befriedigen und gleichzeitig die unerwünschten Folgen des Verkehrs auf ein vertretbares Maß zu begrenzen. Eisenbahn, Binnenschiff und Seeschiff werden dabei als relativ umweltfreundliche Transportmittel betrachtet. Es ist daher erklärtes politisches Ziel, möglichst viel Straßen- und Luftverkehr auf Schiene und Wasserstraßen zu verlagern. Mittels einer integrierten und nachhaltigen Verkehrspolitik sollen dabei die verschiedenen Verkehrsträger und -netze miteinander verknüpft werden, um die Kapazität des gesamten Verkehrsnetzes und die spezifischen Vorteile der einzelnen Verkehrsträger besser zu nutzen.

17.2 Verkehrsinfrastruktur

Für die Wettbewerbsfähigkeit einer modernen Volkswirtschaft ist eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur von zentraler Bedeutung. Schon frühzeitig wurde in der Bundesrepublik Deutschland die öffentliche, d. h. jedermann zu gleichen Bedingungen zugängliche, Verkehrsinfrastruktur als wichtiger Standortfaktor erkannt und entsprechend finanziell gefördert. Im Vordergrund stand zunächst der Verkehrswegeausbau für den Güterverkehr. Der steigende Wohlstand breiter Bevölkerungskreise in den 1950er-Jahren (»Wirtschaftswunder«) führte bald zu einer massiven Zunahme des Pkw-Individualverkehrs. Dieser Entwicklung wurde durch einen prioritären Ausbau des Straßennetzes Rechnung getragen, der von Streckenstilllegungen im Schienenverkehr vor allem in ländlichen Gebieten begleitet war. So betrug 1990 die Streckenlänge der Eisenbahnen des öffentlichen Verkehrs auf dem Gebiet des früheren Bundesgebietes etwa 30 000 km, zu Beginn der 1950er-Jahre waren es noch mehr als 38 000 km gewesen. Die Deutsche Reichsbahn brachte in das vereinte Deutschland ein Streckennetz von etwa 14 000 km ein. Bis Ende 2003 hat sich der Gesamtumfang des Eisenbahnnetzes auf 41 500 km verringert, da trotz einer Reihe von Neubaumaßnahmen insbesondere Nebenstrecken in den neuen Ländern, auf denen die Nachfrage erheblich nachgelassen hatte, stillgelegt wurden. In das verbliebene Netz wird seit einigen Jahren allerdings wieder verstärkt investiert. So erhöhte sich der Kilometer-Anteil elektrifizierter Strecken von 38 % (1991) auf 48 % Ende 2003.

Das Straßennetz des überörtlichen Verkehrs (an Autobahnen, Bundes-, Landes- und Kreisstraßen) hat heute eine Länge von etwa 231 400 km, davon entfallen 12 000 km (ca. 5 %) auf Autobahnen. Damit verfügt Deutschland nach den USA über eines der längsten Autobahnnetze der Welt und über das längste in Europa. Im Verlauf des vergangenen Jahrzehnts hat allerdings die Diskussion über die Grenzen einer Ausweitung des Straßennetzes zur Bewältigung des Lkw-Güterverkehrs und des Pkw-Individualverkehrs aufgrund begrenzter finanzieller Mittel der öffentlichen Hand einerseits und der begrenzten Verfügbarkeit von Flächen in einem dicht besiedelten Land wie Deutschland andererseits zugenommen.

Die Straßenbaumaßnahmen wurden seit Anfang der 1980er-Jahre zunehmend auf den Erhalt der Infrastruktur, die einen hohen volkswirtschaftlichen Wert darstellt, und auf

punktueller Ausbaumaßnahmen des vorhandenen Netzes, z. B. Lückenschlüsse, den Bau von Ortsumgehungen oder von dritten Spuren auf Autobahnen, konzentriert. Der Anstieg der Straßenlängen um 2,2 % seit 1991 ist daher vor allem auf unverzichtbare Neubauten in den neuen Ländern zurückzuführen. Daneben rückte die Sanierung und Modernisierung des Schienennetzes der Eisenbahnen in den Vordergrund der Verkehrsinfrastrukturpolitik. Neben der Elektrifizierung bestehender Eisenbahnstrecken wurde der Bau eines Hochgeschwindigkeitsnetzes in Angriff genommen und hauptsächlich in den 1990er-Jahren vorangetrieben. Dieses Netz, das seit über einem Jahrzehnt insbesondere in Nord-Süd-Richtung in Betrieb ist, wurde im September 1998 um den Abschnitt Hannover–Berlin (264 km) ergänzt; die Streckenverbindung Köln–Frankfurt wurde im Jahre 2002, die Streckenverbindung Köln–Aachen 2005 in Betrieb genommen. Pünktlich zur Fußball-Weltmeisterschaft im Juni 2006 in Deutschland wurde die Neubaustrecke Nürnberg–Ingolstadt in Betrieb genommen, auf der ICE-Züge im Shuttle-Betrieb München mit Nürnberg verbinden. Das Netz ermöglicht mit InterCityExpress-Zügen Reisegeschwindigkeiten von 250 Stundenkilometern und mehr; es hat sich zwischenzeitlich zu einer ernst zu nehmenden Konkurrenz für den innerdeutschen Flugverkehr entwickelt.

Im Zuge der deutschen Einheit und der Grenzöffnungen zu Osteuropa setzte die Verkehrspolitik neue Schwerpunkte der Verkehrsinfrastrukturplanung. Dies war zum einen die Anpassung des Verkehrswegenetzes der ehemaligen DDR an die Anforderungen einer modernen Gesellschaft. Der politische und ökonomische Wandel in Osteuropa hat Deutschland weitaus stärker als früher zu einer Drehscheibe der Verkehrsströme in der Mitte Europas gemacht. Daher erhielt neben der Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur innerhalb der neuen Bundesländer auch der Neu- und Ausbau von über das Gebiet der neuen Länder verlaufenden Ost-West-Verkehrsverbindungen hohe Priorität. Seit 1991 finanziert der Bund im Schwerpunkt und mit Priorität 17 besonders wichtige Vorhaben: die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit (VDE). Dazu zählen sieben Straßenverkehrsprojekte, neun Schienenverkehrsprojekte – u. a. die

Tab. 1: Länge der innerdeutschen Verkehrswege

Art der Verkehrswege	1995	2000	2002	2004
	1 000 km			
Straßen				
Straßen des überörtlichen Verkehrs	228,6	230,7	230,8	231,4
dar. Autobahnen	11,1	11,5	11,8	12,0
Gemeindestraßen ¹	413	413	413	413
Schienenstrecken				
Eisenbahnstrecken	45,1	41,7	40,6	...
dar. elektrifiziert	18,9	19,5	19,8	...
Straßen-, Stadt- und U-Bahnstrecken	2,9	3,1	3,2	...
Bundeswasserstraßen insgesamt	7,5	7,5	7,5	7,5
Rohölleitungen	2,5	2,4	2,4	2,4

1 Stand: 1. 1. 1993.

Tab. 2: Entwicklung der Verkehrsausgaben des Bundes

Jahr ¹	Verkehrsausgaben insgesamt Mill. EUR	In % der Gesamtausgaben	Darunter	
			für Bundesfernstraßen Mill. EUR	in % der Verkehrsausgaben
1950	269	4,2	105	39,2
1960	1841	8,7	869	47,2
1970	5722	12,7	2612	45,6
1980	12416	11,2	3492	28,1
1990	13273	8,2	3438	25,9
2000	19986	8,2	5070	25,4
2001	18343	7,5	5578	30,4
2002	21027	8,4	5631	26,8
2003	20683	8,1	5572	26,9
2004	19517	7,8	5848	30,0

1 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, 1950 ohne Saarland und Berlin-West; ab 2000 Deutschland.

Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.

bereits erwähnte Strecke Hannover–Berlin – sowie der Ausbau der Wasserstraßenverbindung Hannover–Magdeburg–Berlin zu einer leistungsfähigen europäischen Wasserstraße mit dem Wasserstraßenkreuz Magdeburg als wichtigstem Teilprojekt, das im Oktober 2003 für den Schiffsverkehr freigegeben wurde. Mit den VDE sind Gesamtinvestitionen von 36 Mrd. Euro verbunden, bis Ende 2003 waren mit rund 23 Mrd. Euro 64 % davon realisiert.

Neben Straßen, Schienen und Binnenwasserstraßen zählen zur Verkehrsinfrastruktur auch Bahnhöfe, Terminals des kombinierten Verkehrs, Flughäfen, Binnenhäfen, Seehäfen und Rohrleitungen, die erst in ihrer Gesamtheit ein modernes Verkehrssystem bilden. Mit dem Main-Donau-Kanal wurde 1992 eine durchgehende »nasse« Verkehrsverbindung zwischen der Nordsee und dem Schwarzen Meer geschaffen. Im selben Jahr wurde der neue Flughafen München in Betrieb genommen, der sich schnell zu einem weiteren Drehkreuz des stark anwachsenden internationalen Luftverkehrs auf deutschem Boden entwickelt hat. 1995 sind die Start- und Landebahnen des Flughafens Stuttgart dem heutigen Standard eines internationalen Flugplatzes angepasst worden. Weiterhin wurde entschieden, den Flughafen Schönefeld am südlichen Rand von Berlin zu einem Großflughafen auszubauen, der mittelfristig auch den Flugverkehr des Flugplatzes Berlin-Tempelhof und längerfristig den des Flughafens Berlin-Tegel vollständig übernehmen soll. Daneben haben einige Flughäfen (z.B. Hahn) in den letzten Jahren eine rasante Entwicklung durch so genannte Low-Cost-Carrier genommen.

Das ursprünglich geplante Magnetschnellbahnprojekt Transrapid zwischen Hamburg und Berlin hat sich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten als nicht realisierbar erwiesen. Aufgrund der großen Bedeutung dieser Technologie für den Wirtschaftsstandort Deutschland und ihrer Vorteile gegenüber herkömmlichen Verkehrsmitteln werden weitere Streckenvorschläge im Inland näher auf ihre Realisierbarkeit untersucht: Dabei

wird die Verbindung zwischen dem Flughafen München und dem Münchener Hauptbahnhof weiter vorangetrieben, hier wurde das Planfeststellungsverfahren Anfang 2005 eingeleitet. Die Ruhrgebietstrasse zwischen Dortmund und Düsseldorf wird dagegen nicht weiter verfolgt.

Maßnahmen zur effizienten Nutzung der Gesamtinfrastruktur werden u. a. in der Förderung des Kombinierten Verkehrs, in der Initiative »from Road to Sea/Waterways« und im Einsatz der Verkehrstelematik gesehen. Beim Kombinierten Verkehr übernehmen Eisenbahnen und Binnenschiffe den Ferntransport, Lkws dagegen das Sammeln bzw. Verteilen der Güter im Nahverkehr. »From Road to Sea/Waterways« bedeutet die Verlagerung von Transporten vor allem von der Straße auf die Küsten- und Binnenschifffahrt. Kombinierte Verkehr und »from Road to Sea/Waterways« zielen auf einen veränderten Modal Split – die Gewichtung der Anteile der einzelnen Verkehrsträger am gesamten Güterverkehr – hin zu umweltfreundlicheren Verkehrsträgern. Mit Verkehrstelematik, d. h. dem Einsatz von Kommunikations-, Informations- und Leitchnologien im Verkehrsbereich, wird daneben vor allem die effiziente Auslastung sowie die Vernetzung von Verkehrswegen und -mitteln und damit auch eine Verbesserung

Tab. 3: Bundesverkehrswegeplan 2003

Verkehrszweige	Erhaltung		Ausbau- und Neubau	
	Mrd. Euro	Anteil in %	Mrd. Euro	Anteil in %
Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes	38,4	60,1	25,5	39,9
Bundesfernstraßen	37,7	48,6	39,8	51,4
Bundeswasserstraßen	6,6	88,0	0,9	12,0
Insgesamt	82,7	55,5	66,2	44,5

Quelle: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.

des Verkehrsflusses und der Verkehrssicherheit im Rahmen der bestehenden Infrastruktur angestrebt. Zu erwähnen ist hier z.B. das europäische zivile Satellitennavigationssystem Galileo, für das ein von zwei Kontrollzentren in Deutschland angesiedelt wird und dessen erster Testsatellit im Dezember 2005 gestartet wurde.

Auch die Länder, Kreise und Kommunen beteiligen sich an den Kosten für Instandhaltung und Ausbau der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur, die finanzielle Hauptlast trägt aber nach wie vor der Bund. Das Bundeskabinett hat am 2. Juli 2003 den Bundesverkehrswegeplan 2003 (BVWP) beschlossen, der als Investitionsrahmenplan und Planungsinstrument für den Zeitraum 2001 bis 2015 für die drei Verkehrsträger Schiene, Straße und Wasserstraße ein Finanzvolumen in der Größenordnung von 150 Mrd. Euro vorsieht. Der BVWP 2003 unterscheidet sich von seinem Vorgänger aus dem Jahr 1992, der ersten gesamtdeutschen Planung, insbesondere durch die Anwendung einer modernisierten Bewertungsmethodik. Neben der Bewertung nach der aktualisierten Nutzen-Kosten-Analyse wurden alle Vorhaben umwelt- und naturschutzfachlich untersucht und hinsichtlich ihrer ökologischen Risiken eingestuft. Der

BWVP 2003 sieht für die Erhaltung der Bestandsnetze knapp 83 Mrd. Euro vor. Der Anteil für die Erhaltungsinvestitionen an dem Gesamtinvestitionsvolumen steigt gegenüber dem BVWP '92 von 46 % auf nahezu 56 %. Für den Neu- und Ausbau der Schienenwege des Bundes, der Bundesfernstraßen und der Bundeswasserstraßen sind rund 66 Mrd. Euro vorgesehen. Die Investitionen zwischen alten und neuen Bundesländern verteilen sich – unter Einbeziehung einer Planungsreserve – im Verhältnis 65 % zu 35 %. Zudem wurde im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vom 11. November 2005 festgelegt, die Verkehrsinvestitionen in der laufenden Legislaturperiode um weitere 4,3 Mrd. Euro zu erhöhen.

Parallel zur nationalen Verkehrspolitik wurden auf Ebene der Europäischen Union Leitlinien für den Aufbau eines Transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-Programm) mit dem Ziel des Ausbaus einer staatenübergreifenden Verkehrsinfrastruktur erarbeitet, für das auch ergänzende Finanzmittel der EU bereitstehen. Der Schwerpunkt des Programms, das sich aus einer größeren Zahl von Einzelprojekten mit jeweils erheblichem Investitionsvolumen zusammensetzt, liegt auf Straßen- und Schienenverbindungen zwischen West- und Osteuropa, weil auf diesen Routen der stärkste Verkehrszuwachs erwartet wird. Die Realisierung des Transeuropäischen Netzes erfolgt entsprechend der Verfügbarkeit nationaler Haushaltsmittel der Mitgliedstaaten und umfasst nach Schätzungen der EU-Kommission bis zum Jahr 2020 Gesamtinvestitionen von rund 600 Mrd. Euro.

17.3 Fahrzeugbestände

Anzahl und Struktur inländischer Fahrzeugbestände sind ein wichtiger Maßstab für die Mobilität der Menschen in einer Volkswirtschaft. Angesichts des heutigen hohen Anteils von ausländischen Fahrzeugen am inländischen Verkehr lässt sich aber nur mit größeren Unsicherheiten von Änderungen inländischer Fahrzeugbestände auf entsprechende Entwicklungen des Verkehrsvolumens schließen. Hinzu kommt in der Schifffahrt und in der Luftfahrt, dass zahlreiche von inländischen Unternehmen eingesetzte Schiffe bzw. Flugzeuge nicht im Inland, sondern im Ausland registriert sind und somit nicht als inländische Fahrzeugbestände angesehen werden.

Anfang 2005 waren in Deutschland 54,5 Mill. Kraftfahrzeuge (Pkws, Lkws, Sattelschlepper, Omnibusse, Motorräder, sonstige Krafträder und andere Kfz) zugelassen. Das seit vielen Jahren zu registrierende ungebrochene Wachstum führte im Jahr 2005 somit wiederum zu einem neuen Höchststand des Kfz-Bestandes in der Bundesrepublik Deutschland (+0,8 % gegenüber dem Vorjahr). Auf 100 in Deutschland lebende Personen kommen derzeit statistisch betrachtet 66 Kraftfahrzeuge. Die größte Kfz-Gruppe bilden mit 45,4 Mill. Fahrzeugen und einem Anteil von 83 % am Kfz-Bestand die Pkws. Bereits seit dem Jahre 1996 finden – rein rechnerisch – alle Einwohner Deutschlands auf den Vordersitzen aller Pkws Platz. Mit weitem Abstand hinsichtlich der Bestände folgten den Pkws 3,8 Mill. Krafträder (7 %) und 2,6 Mill. Lastkraftwagen (5 %).

Im früheren Bundesgebiet stieg die Zahl der Lkws (einschl. Sattelzugmaschinen) zwischen 1950 und 1990 auf das Dreieinhalbfache, die Pkw-Zahl nahm in diesem Zeitraum auf mehr als das Fünffache zu. Im Jahr 1962 besaß lediglich ein Viertel der Haushalte im früheren Bundesgebiet mindestens einen Pkw, im Jahr 2004 waren es rund drei Viertel (77 %) der Haushalte.

In der ehemaligen DDR bestimmte der Trabant, von 1957 bis zum 30. April 1991 fast 3,1 Mill. mal gebaut, wesentlich das Straßenbild. Über 50 % des Pkw-Bestandes waren »Trabis«. Bis zur Maueröffnung im Jahr 1989 hatte die Pkw-Dichte hier 237 Fahrzeuge je 1 000 Einwohner (50 % des Westniveaus) betragen, somit bestand im Vergleich zum früheren Bundesgebiet ein sehr großer Nachholbedarf, der vor allem in den ersten Jahren nach dem Fall der Mauer mit äußerst hohen Wachstumsraten abgebaut wurde. Im Jahr 2004 verfügten rund 71 % der Haushalte in den neuen Bundesländern über mindestens einen eigenen Pkw.

Der Pkw-Bestand wächst weiter: Anfang 2005 lag er um 0,8 % über dem entsprechenden Vorjahreswert und um 13,7 % über dem Wert von Anfang 1995. Eine starke Bestandsausweitung erlebten in diesem Zeitraum Kraftfahrzeuge: Ihre Anzahl lag Anfang 2005 um rund 1,7 Mill. Motorräder, Roller, Leichtkrafträder etc. (+80 %) höher als Anfang 1995. Ein Ende des Pkw-Wachstums ist nicht in Sicht. Im Rahmen der im April 2001 im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen vorgelegten »Verkehrsprognose 2015« rechnen die Prognostiker damit, dass der Pkw-Bestand bis zum Jahr 2015 auf 49,8 Mill. steigen wird. Bezogen auf die Zahl der Einwohner über 18 Jahre wird erwartet, dass die Pkw-Dichte in Deutschland 713 Pkw je 1 000 Erwachsene (2005: 672) betragen wird.

Tab. 4: Kraftfahrzeugbestand
in 1 000

Jahr ¹	Zulassungspflichtige Kraftfahrzeuge				
	Insgesamt	darunter			
		Personen- kraftwagen	Kraft- räder	Kraftomni- busse, Obusse	Lastkraft- wagen
1950	2 021	540	930	15	385
1960	8 004	4 489	1 892	33	681
1970	16 783	13 941	229	47	1 028
1980	27 116	23 192	738	70	1 277
1990	35 748	30 685	1 414	70	1 389
2000	50 726	42 423	3 179	85	2 491
2001	52 487	43 772	3 410	87	2 611
2002	53 306	44 383	3 557	86	2 649
2003	53 656	44 657	3 657	86	2 619
2004	54 082	45 023	3 745	86	2 586
2005	54 520	45 376	3 828	86	2 572

1 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, 1950 ohne Saarland und Berlin-West; ab 2000 Deutschland; bis 1990 Bestand 1. 7.; ab 2000 Bestand am 1. 1.

Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt.

Tab. 5: Bestand an Schienenfahrzeugen
Anzahl

Jahr ¹	Eisenbahn-Fahrzeuge			Straßenbahn-, Stadtschnell- u. U-Bahn-Fahrzeuge	
	Lokomotiven, Triebwagen, Triebköpfe	Güter- waggons	Personen- wagen	Straßen- bahnen	Stadtbahnen- u. U-Bahnen
1950	13 700	270 000	25 100	10 200	400
1960	12 000	272 700	22 000	11 700	1 400
1970	10 500	282 500	18 200	6 600	1 600
1980	10 200	287 400	14 500	4 400	2 400
1990	8 900	206 800	11 500	2 900	3 500
2000	13 700	131 400	13 900	4 900	4 400
2001	13 300	128 400	12 900	4 700	4 500
2002	13 600	111 300	11 900	4 600	4 500
2003	14 500	107 000	12 300	4 400	4 500

1 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, 1950 ohne Saarland und Berlin-West; ab 2000 Deutschland.

Das am meisten in den Haushalten verbreitete Fahrzeug ist allerdings das Fahrrad. Im Jahr 2004 verfügten 80 % der Haushalte in Deutschland über Fahrräder. Dabei sind Haushalte mit zwei Kindern am besten mit Fahrrädern ausgestattet: Hier waren in 99 % der Haushalte Fahrräder vorhanden. Hinsichtlich des Ausstattungsbestands kamen im Bundesdurchschnitt 2004 auf 100 Haushalte 180 Fahrräder. Bei den Paaren mit zwei Kindern verfügten 100 Haushalte über 384 Fahrräder. Dies bedeutet, dass bei diesem Haushaltstyp im Durchschnitt nahezu jedes Familienmitglied ein eigenes Fahrrad besaß. Insgesamt besaßen die Haushalte rund 64 Mill. Fahrräder.

Der Fahrzeugpark im Eisenbahnverkehr des früheren Bundesgebietes ist seit den 1950er-Jahren kontinuierlich geschrumpft, wobei der Bestand an Personenwagen seit 1950 um knapp die Hälfte verringert wurde. Ein Teil der Waggons wurde aber durch Fahrzeuge mit mehr Sitzplätzen ersetzt, sodass die Sitzplatzkapazität in dieser Zeitspanne lediglich um etwa ein Drittel abgenommen hat. Auch die Zahl der im früheren Bundesgebiet eingesetzten Lokomotiven und Triebwagen sank zwischen 1950 und 1990 um rund ein Drittel. Dieser Bestandsabbau ging ebenfalls einher mit der Inbetriebnahme leistungsfähigerer Triebfahrzeuge. Seit den 1960er-Jahren vollzog sich der Übergang von der Dampflokomotive auf Lokomotiven mit Elektro- oder Dieselantrieb.

Die noch im Jahre 1960 im früheren Bundesgebiet eingesetzten 7 700 Dampflokomotiven sind aus dem heutigen normalen Zugbetrieb völlig verschwunden. In den neuen Bundesländern wurden mehrere Dutzend noch regelmäßig genutzte Dampfloks erst im Laufe der späten 1990er-Jahre ausrangiert. Seit der deutschen Einheit liegt der Bestand an Lokomotiven und Triebwagen allerdings wieder wesentlich höher, sodass 2003 zahlenmäßig die Fahrzeugzahl sogar wieder über dem Wert von 1950 lag. Güterwaggons dagegen wurden insbesondere in den vergangenen Jahren stark abgebaut. Lag ihr Bestand 1990 noch bei 206 800 Einheiten, so bedeutet die aktuelle Zahl

von 107 000 Güterwaggons einen Rückgang um fast die Hälfte, wobei insbesondere 2002 und 2003 nochmals starke Rückgänge zu verzeichnen waren.

Zahlreiche Großstädte – vor allem im früheren Bundesgebiet – schafften in den 1960er- und 1970er-Jahren ihre Straßenbahnen ab und bauten stattdessen das Straßennetz für den Individualverkehr aus oder ersetzten die Straßenbahnen durch Omnibuslinien. In den 1980er-Jahren begann dann ein Umdenkungsprozess, der zu einer Neubewertung der Rolle von Straßenbahnen und ihrer speziellen Varianten – der Stadtschnellbahnen und U-Bahnen – in den Förderprogrammen zum Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und zur Zurückdrängung des motorisierten Individualverkehrs führte. Städte mit einem noch einigermaßen intakten und flächendeckenden Straßenbahnnetz modernisierten seitdem ihre Gleise und vor allem ihren Fahrzeugpark. Die Zahl der Straßenbahnfahrzeuge hat in den vergangenen Jahren abgenommen, ein großer Teil der verbleibenden Fahrzeuge ist jedoch grundlegend modernisiert, durch größere Neufahrzeuge ersetzt oder durch Stadt- und U-Bahnen abgelöst worden. Auch hat das Angebot an Fahrzeugen in Niederflurbauweise, die ein komfortables Ein- und Aussteigen ermöglichen, stetig zugenommen: Im Jahr 2003 waren 3930 Straßen-, Stadt- und U-Bahnen und damit 44 % dieser Fahrzeuge nach dem Niederflersystem gebaut.

Der zur deutschen Flagge zählende Binnenschiffsbestand zur Güterbeförderung ist im früheren Bundesgebiet seit den 1960er-Jahren stetig verringert worden und konnte auch nach der Deutschen Einheit – also einschließlich der Binnenschiffsflotte der ehemaligen DDR – nicht mehr die Größenordnung der Nachkriegszeit erreichen. Be-

Tab. 6: Schiffsbestand
Anzahl

Jahr ¹	Binnenschiffe ²				Seeschiffe (Handelsschiffe) ³		
	Frachtschiffe		Schub- u. Schleppschiffe	Passagierschiffe ⁴	Trockenfrachter	Tanker	Passagierschiffe
	Motor-schiffe	Leichter, Kähne u. Schuten					
1950	1 958	3 477	913	494	1 595	38	104
1960	4 560	2 931	788	491	2 434	103	169
1970	5 190	1 146	448	515	2 315	131	178
1980	3 190	622	341	670	1 211	138	146
1990	2 207	516	267	628	858	94	112
2000	1 333	1 236	450	924	520	38	131
2001	1 297	1 202	443	943	450	33	122
2002	1 294	1 169	444	955	390	34	125
2003	1 298	1 160	449	962	323	35	124
2004	1 300	1 159	445	978	352	40	116

1 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, 1950 ohne Saarland und Berlin-West; ab 2000 Deutschland.

2 Ab 2000 Quelle: WSD Südwest.

3 1950–1970: Schiffe mit mehr als 17,65 BRZ (= Bruttoreaumzahl); ab 1980: Schiffe mit mehr als 100 BRZ.

4 Ab 1970 Fahrgast- und Fahrgastkabinenschiffe.

Tab. 7: Luftfahrzeugbestand des zivilen Luftverkehrs
Anzahl

Jahr ¹	Ins- gesamt ²	Flugzeuge mit einem Startgewicht				Hub- schrauber
		bis 2 t	über 2 t bis 20 t	über 20 t		
				zusam- men	darunter mit Strahl- turbinen	
1960	1 111	975	83	38	4	14
1970	3 792	3 263	288	115	100	126
1980	7 769	6 565	685	153	146	366
1990	9 158	7 702	682	306	284	468
2000	12 272	9 950	907	595	556	820
2001	12 289	9 883	930	633	583	843
2002	12 245	9 820	905	651	602	869
2003	12 075	9 747	843	681	637	804
2004	12 135	9 862	819	652	619	802

1 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, 1950 ohne Saarland und Berlin-West; ab 2000 Deutschland.

2 Nur motorisierte Luftfahrzeuge (ohne Luftschiffe), einschl. Motorsegler.

Quelle: Luftfahrt-Bundesamt.

trachtet man die Struktur dieses Schiffsbestandes näher, so zeigt sich, dass hauptsächlich veraltete, kleine und nicht flexibel einsetzbare Binnenschiffe aus dem Verkehr genommen wurden.

Die heute eingesetzten Güterschiffe sind wesentlich leistungsfähiger als früher. Sie verfügen über eine höhere Ladekapazität und Motorleistung, weisen teilweise eine größere Transportsicherheit auf (z. B. Doppelhüllen-Tankschiffe) und sind zumeist mit Radar für einen Betrieb »rund um die Uhr« ausgestattet. Die Zahl der Spezialschiffe u. a. für Containertransporte und Roll-on-roll-off-Ladungen nimmt seit Jahren stetig zu. Angestiegen ist die Zahl der Passagierschiffe. Diese dienen weitgehend Ausflugs- und Flusskreuzfahrten und sind damit vor allem zur Urlaubs- und Freizeitgestaltung von Privatpersonen bestimmt.

Wie in der Binnenschifffahrt ist auch im Seeverkehr tendenziell eine kontinuierliche Verringerung des Schiffsbestandes unter deutscher Flagge bei gleichzeitiger Modernisierung der Flotte feststellbar. Aktuell zählen 352 Trockenfrachter, 40 Tankschiffe und 116 Passagierschiffe zur deutschen Seeschiffsflotte. Im Unterschied zur Binnenschifffahrt hat zur Abnahme des Seeschiffsbestandes allerdings auch das Ausflaggen von Schiffen, d. h. die Registrierung der Schiffe in einem anderen Staat, beigetragen. Die ausgeflaggten (unter fremder Flagge fahrenden) Schiffe werden im Regelfall weiterhin unter deutschem Management bzw. deutschem wirtschaftlichen Einfluss betrieben.

Die Fahrzeugbestandsentwicklung in der Luftfahrt ist in den vergangenen Jahrzehnten ähnlich dynamisch wie im Straßenverkehr verlaufen und hat sich seit Mitte der 1990er-Jahre bei rund 12 000 Luftfahrzeugen stabilisiert. Bis 1997 war eine überdurchschnittliche Zunahme derjenigen Fahrzeugtypen zu beobachten, die ausschließlich

oder überwiegend privat, d.h. zur aktiven Freizeitgestaltung, genutzt werden. Es handelt sich dabei vor allem um kleine ein- und zweimotorige Flugzeuge sowie um Motorsegler. Seit 1998 geht deren Bestand allerdings tendenziell zurück, auch wenn im Jahr 2004 ein Anstieg insbesondere der Motorsegler zu verzeichnen war, sodass der Bestand im Jahr 2004 bei 9862 Einheiten lag. Die nächst größere Klasse der Flugzeuge (bis 20 Tonnen Startgewicht) wird hauptsächlich für Geschäftsflüge eingesetzt; bei dieser Größenklasse kam es seit Vorliegen gesamtdeutscher Zahlen erstmals 1997 zu einem nennenswerten Bestandsrückgang gegenüber dem Vorjahr, bis zum Jahr 2002 lag ihre Anzahl mit Schwankungen um 900 Einheiten, in den Jahren 2003 und 2004 kam es jedoch jeweils zu stärkeren Rückgängen. Flugzeuge der höchsten Gewichtsklasse, die heute nahezu ausnahmslos über Turbinenantrieb verfügen, werden von der gewerblichen Luftfahrt zur Beförderung von Personen, Fracht und Post eingesetzt. Hier waren in den vergangenen Jahren in der Regel (Ausnahme 2004) substantielle Wachstumsraten zu verzeichnen: So war der Bestand 2004 um 113 % höher als im Jahr 1990. Im Bereich des Arbeitsflugs – hierzu zählen neben dem Einsatz von Luftfahrzeugen im Hochbau oder in der Landwirtschaft auch Verkehrsüberwachungs- und Rettungsflüge – hat sich der Hubschrauber als dominierendes Fluggerät durchgesetzt.

17.4 Verkehrsleistungen

Im Personenverkehr bestimmen die Anzahl der Fahrten der Fahrgäste (beförderte Personen) sowie die Beförderungsleistung die Verkehrsleistungen. Die Maßeinheit für die Beförderungsleistung sind dabei Personenkilometer, d.h. das Produkt aus der Zahl der Fahrten der Fahrgäste und der zurückgelegten Entfernung. Im Güterverkehr wird die Menge der beförderten Güter in Tonnen (t) und die Beförderungsleistung in Tonnenkilometern (tkm) gemessen. Zur Verdeutlichung seien folgende Beispiele angeführt: Fahren in einem Pkw drei Personen über eine Entfernung von 20 km zwischen den Orten A und B, so werden drei beförderte Personen und eine Beförderungsleistung von 60 Pkm nachgewiesen; werden in einem Lkw 15 Tonnen über eine Entfernung von 200 km transportiert, so ergibt das eine Beförderungsmenge von 15 Tonnen und eine Beförderungsleistung von 3000 tkm.

17.4.1 Beförderungen im Personenverkehr

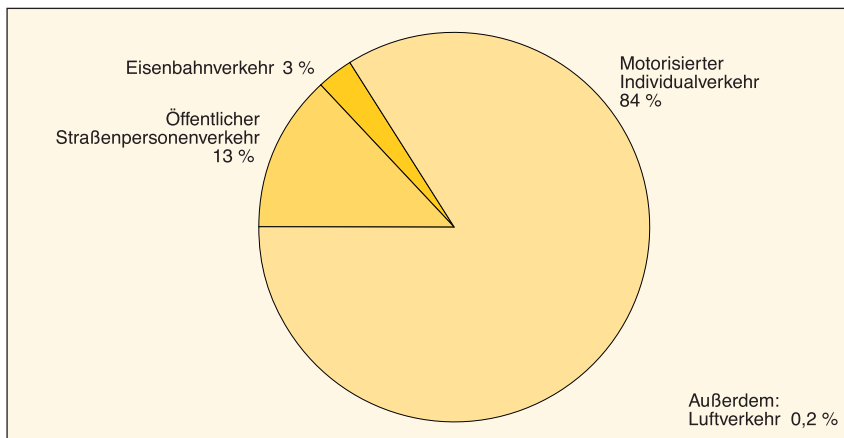
Der Pkw ist das beherrschende Verkehrsmittel im Personenverkehr in Deutschland. Im früheren Bundesgebiet wurden bereits ab Mitte der 1950er-Jahre mehr Fahrten mit dem eigenen Pkw als mit öffentlichen Verkehrsmitteln unternommen, im Jahr 1990 waren es 84 % aller Fahrten.

Auch die Deutsche Einheit bewirkte keine Trendumkehr im Personenverkehr. In den neuen Bundesländern, in denen zu DDR-Zeiten kein mit dem Westen vergleichbares Wachstum des Pkw-Individualverkehrs zugelassen worden war, musste der öffent-

liche Personenverkehr vor allem bis 1993 massive Rückgänge hinnehmen, während Fahrten mit dem Pkw parallel dazu in kürzester Zeit stark zunahmen. Insgesamt entfiel im Jahr 2004 in Deutschland auf Fahrten mit dem Pkw mit 84 % ein genauso hoher Anteil am gesamten motorisierten Personenverkehr wie im früheren Bundesgebiet kurz vor der Deutschen Einheit.

Im Jahr 2004 wurde der motorisierte Individualverkehr mit Pkw und Motorrädern von Fahrern und Mitfahrern knapp 58 Mrd. mal genutzt. Durchschnittlich unternahm jeder Inländer hier somit 707 Fahrten pro Jahr bzw. knapp 2 Fahrten pro Tag. Im Zehn-Jahres-Vergleich ist die Nutzung des motorisierten Individualverkehrs seit 1994 um 8,6 % angestiegen, nicht zuletzt aufgrund der immer noch steigenden Motorisierung der privaten Haushalte. Auch die verhaltene Konjunkturentwicklung und steigende

Abb. 1: Personenverkehr der Verkehrszweige 2004
Beförderte Personen



Kraftstoffpreise in den letzten Jahren konnten die generell steigende Tendenz allenfalls verlangsamen, sodass im Jahr 2004 der höchste Wert seit der deutschen Einheit registriert wurde.

Den öffentlichen Personenverkehr mit Bussen und Bahnen nahmen in Deutschland im Jahr 2004 die Fahrgäste 10,4 Mrd. mal in Anspruch. Durchschnittlich wurden somit je Einwohner rund 125 Fahrten unternommen. Dabei fuhren sie im Nahverkehr durchschnittlich 9 Kilometer und im Fernverkehr 318 Kilometer weit. Die Beförderungsleistung – als Produkt aus den beförderten Personen und der Fahrtweite – lag damit bei 155 Mrd. Personenkilometern. Mit den Unternehmen des öffentlichen Linien-Nahverkehrs fuhren im Jahr 2004 rund 10,2 Mrd. Fahrgäste (Anteil an der Gesamtzahl der Fahrgäste: 97,9 %). Da Fahrgäste bei einer Fahrt auch zwischen den unterschiedlichen Verkehrsmitteln eines Unternehmens umsteigen können, benutzten sie dabei

2,0 Mrd. mal die Eisenbahn, 3,4 Mrd. mal die Straßenbahn (einschl. Stadt-, U-Bahnen, Hochbahnen) und 5,4 Mrd. mal den Bus. 124 Millionen Fahrgäste reisten im Linien-Fernverkehr mit Eisenbahnen und Omnibussen (Anteil: 1,2 %), davon 115 Mill. mal mit der Eisenbahn und 8 Mill. mal mit Linienbussen. Im Reiseverkehr mit Omnibussen fuhren 95 Mill. beziehungsweise 0,9 % der Fahrgäste. Im Luftverkehr konnte im Jahr 2004 der bis zum Jahr 2000 zu beobachtende Aufwärtstrend wieder aufgenommen werden. Nach den durch die Konjunkturentwicklung und Terroranschläge verursachten Einbrüchen in den Jahren 2001 und 2002 wurde im Jahr 2004 mit 135,8 Mill. Passagieren auf deutschen Flughäfen ein Zuwachs gegenüber dem Vorjahr von 9,4 % beim Fluggastaufkommen registriert. Insgesamt war damit 2004 für alle Verkehrsträger ein Jahr mit Zunahmen bei den Fahrgästen.

Gemäß dem im Juli 2003 vom Bundeskabinett verabschiedeten Bundesverkehrswegeplan 2003 wird insgesamt damit gerechnet, dass der Personenverkehr weiter wachsen wird. Dabei wird die Dominanz des Pkw-Individualverkehrs weiter anhalten, auch wenn bei öffentlichen Verkehrsmitteln mit höheren Wachstumsraten gerechnet wird. Im Rahmen des so genannten Integrationsszenarios, das extreme Annahmen vermeidet und mit dem die unterschiedlichen Anforderungen an die Verkehrspolitik soweit wie möglich in Übereinstimmung gebracht werden, wird prognostiziert, dass die in Personenkilometern (Pkm) gemessene Verkehrsleistung im motorisierten Personenverkehr zwischen 1997 und 2015 um 20 % auf 1 130 Mrd. Pkm steigen wird.

Für die einzelnen Verkehrsträger werden für den genannten Zeitraum folgende Wachstumsraten erwartet:

– Pkw (einschl. motorisierte Zweiräder)	+ 16 %
– Omnibusse, Straßen-, Stadt- und U-Bahnen	+ 4 %
– Eisenbahn	+ 32 %
– Luftverkehr	+ 103 %.

Hinsichtlich des Modal Split, d.h. des Anteils der einzelnen Verkehrsträger an den gesamten Personenverkehrsleistungen des motorisierten Verkehrs, bedeutet dies für das Jahr 2015 einen Rückgang des Anteils des Pkw auf 77,3 %, einen Anstieg des Eisenbahnverkehrsanteils auf 8,7 % und des Luftverkehrsanteils auf 6,5 %, während der Anteil des öffentlichen Straßenpersonenverkehrs auf 7,6 % sinken wird. Zurückzuführen sind die geschilderten Wachstumsraten des Personenverkehrs insbesondere auf überproportional wachsende Urlaubs- (+38 %) und Privatfahrten (+27 %) in Kombination mit ebenfalls deutlich überproportional wachsendem grenzüberschreitendem Personenverkehr.

Für den nicht-motorisierten Personenverkehr, d.h. den Fußgänger- und den Fahrradverkehr, geht die Verkehrsprognose für 2015 von einem Wachstum des Fahrradverkehrs, aber von Rückgängen bei den zu Fuß zurückgelegten Wegen aus. Erwartet wird, dass im Jahr 2015 zu Fuß 29,5 Mrd. Pkm und per Fahrrad 24,8 Mrd. Pkm, zusammen also im nicht-motorisierten Verkehr 54,3 Mrd. Pkm zurückgelegt werden (1997: 53,0 Mrd. Pkm). Gegenüber 1997 bedeutet dies einen Anstieg des Fahrradverkehrs um 6,0 %, aber eine Abnahme des Fußgängerverkehrs um 0,3 %.

Tab. 8: Personenverkehr der Verkehrszweige

Jahr ¹	Beförderte Personen und Beförderungsleistung						
	Motorisierter Individualverkehr ²		Öffentlicher Straßenpersonenverkehr ³		Eisenbahnverkehr ⁴		Luftverkehr
	Mill.	Mrd. Pkm ⁵	Mill.	Mrd. Pkm	Mill.	Mrd. Pkm ⁵	Mill.
1950	4 300	30,7	4 367	25,0	1 470	31,9	0,4
1960	15 300	161,7	6 418	48,5	1 400	40,9	4,9
1970	23 120	350,6	6 170	58,4	1 053	39,2	21,3
1980	34 209	477,4	6 730	73,9	1 167	41,0	35,9
1990	38 600	601,8	5 878	65,0	1 172	44,6	62,6
2000	55 430	849,6	7 865	77,3	2 000	75,4	120,4
2001	56 500	872,0	7 946	77,0	2 003	75,8	117,8
2002	57 203	888,7	7 981	75,7	1 973	71,4	114,0
2003	56 980	885,8	8 111	75,8	2 024	71,3	120,8
2004	58 335	907,0	8 962	82,1	2 090	72,9	135,8

1 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, 1950 ohne Saarland und Berlin-West; ab 2000 Deutschland.

2 Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.

3 2000 bis 2003 Unternehmensfahrten der Straßenbahn- und der größeren Omnibusunternehmen, 2004 Verkehrsmittelfahrten aller Unternehmen.

4 Bis 1980 ohne S-Bahnverkehr in Berlin-West.

5 Personenkilometer im Inland.

17.4.2 Beförderungen im Güterverkehr

Vor mehr als hundert Jahren – im Jahr 1896 – wurde der erste speziell für Güterbeförderungen konstruierte Lastkraftwagen zugelassen. Lkws verdrängten binnen kurzer Zeit die bis dahin vorherrschenden Pferdefuhrwerke. Heute dominiert der Lkw im Fernverkehr und ist im Nahverkehr nahezu konkurrenzlos.

In der Vergangenheit wurde der Lkw-Einsatz durch zahlreiche Reglementierungen quantitativ begrenzt. Insbesondere Anfang der 1990er-Jahre kam es jedoch zu wichtigen Liberalisierungsmaßnahmen, allerdings bestanden noch bis zum In-Kraft-Treten des neuen Güterkraftverkehrsgesetzes im Jahr 1998 Einschränkungen in Form von Kontingenten, Konzessionen und der Nahzonenregelung. Es ist sicherlich nicht zuletzt auf diese administrativen Reglementierungen zurückzuführen, dass bis Anfang der 1980er-Jahre im früheren Bundesgebiet mehr Güter mit der Bahn als im Lkw-Fernverkehr transportiert wurden. In den folgenden Jahren wurde der Marktanteil der Lkws am gesamten Güterfernverkehr stetig ausgebaut, während der Bahnanteil deutlich schrumpfte. Das Binnenschiff als weiterer direkter Konkurrent von Lkw und Eisenbahn im Güterfernverkehr konnte sein Frachtvolumen bis heute in etwa halten, sein Marktanteil ging jedoch ebenfalls zurück.

In der ehemaligen DDR waren Güterbeförderungen per Lkw mengenmäßig noch wesentlich stärker als im früheren Bundesgebiet zugunsten von Eisenbahntransporten beschränkt worden. Die politische Wende brachte ebenso wie im Personenverkehr auch im Güterverkehr den Durchbruch des Straßenfahrzeugs zum dominierenden Verkehrsmittel. Die Eisenbahn musste dagegen insbesondere in den ersten Jahren

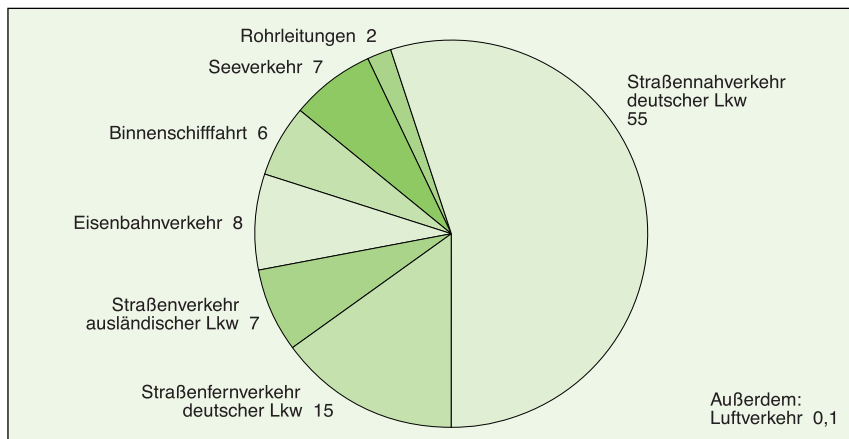
nach der deutschen Einheit massive Rückgänge ihrer bisherigen Transportmengen hinnehmen, die neben der erfolgreichen Konkurrenz des Lkw aber auch auf Produktionseinschränkungen oder -stilllegungen in wichtigen Gewerbebranchen mit für den Bahntransport geeigneten Gütern, insbesondere des Braunkohlebergbaus und der Mineralölindustrie, sowie auf das veraltete und schlecht gewartete Schienennetz zurückzuführen waren.

Im Jahr 2004 wurden in Deutschland rund 3,9 Mrd. Tonnen Güter per Lkw, Eisenbahn, Schiff, Flugzeug und in Rohrleitungen transportiert; dabei wurde eine Beförderungsleistung von 547 Mrd. Tonnenkilometern erbracht.

Lkws beförderten im Jahr 2004 auf deutschen Straßen 3,0 Mrd. Tonnen Güter, gefolgt von den Eisenbahnen mit 310 Mill. Tonnen, dem Seeverkehr mit 270 Mill. Tonnen und der Binnenschifffahrt mit 240 Mill. Tonnen. Das Jahr 2004 war für alle genannten Verkehrsträger ein Jahr des Wachstums, besonders stark in der Binnenschifffahrt, die 7,2 % an Tonnage hinzu gewann, nachdem allerdings 2003 aufgrund lang anhaltender Trockenheit und des damit verbundenen Niedrigwassers ein sehr schlechtes Jahr für die Binnenschifffahrt gewesen war. Am geringsten wuchs im Jahr 2004 der Straßengüterverkehr mit 1,2 %. Dabei musste der Nahverkehr eine Abnahme der Tonnage verkraften, da aufgrund der Schwäche der Bauwirtschaft weniger der gewichtsmäßig bedeutenden, aber in der Regel über geringere Entfernung transportierten »Steine und Erden« transportiert wurden. Der Fernverkehr inländischer und ausländischer Lkws ist dagegen weiter stark angestiegen.

Der Anteil der einzelnen Verkehrsträger am gesamten Güterverkehr – der Modal Split – hatte sich von 1991 bis 1999 zugunsten der Straße verschoben. Der Anteil der Straße an der Beförderungsmenge lag 1991 bei 76,9 %, im Jahr 1999 dagegen bei

Abb. 2: Güterverkehr der Verkehrszweige 2004
Beförderte Gütermengen in Prozent



Tab. 9: Güterverkehr der Verkehrszweige

Jahr ¹	Eisenbahnverkehr		Binnenschifffahrt		See- verkehr	Luft- verkehr
	Mill. t	Mrd. tkm ²	Mill. t	Mrd. tkm ²	Mill. t	Mill. t
1950	208,8	34,9	71,9	16,7	25,7	0,0
1960	317,1	53,1	172,0	40,4	77,2	0,1
1970	378,0	71,5	240,0	48,8	131,9	0,4
1980	350,1	64,9	241,0	51,4	154,0	0,7
1990	303,7	61,8	231,6	54,8	143,5	1,3
2000	299,2	77,5	242,2	66,5	238,3	2,2
2001	291,1	76,2	236,1	64,8	242,2	2,1
2002	289,2	76,3	231,7	64,2	242,5	2,2
2003	303,8	79,8	220,0	58,2	251,3	2,3
2004	310,3	86,4	235,9	63,7	268,2	2,7

1 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, 1950 ohne Saarland und Berlin-West; ab 2002 Deutschland.

2 Tonnenkilometer im Inland.

80,5 %. Seitdem ist der Anteil der Straße rückläufig und beträgt aktuell wieder – wie bereits 1991 – 76,9 %. Zurückzuführen ist die zuletzt genannte Entwicklung auf den starken Rückgang der Transporte von Baustoffen, die die Entwicklung der Beförderungsmenge im Straßengüterverkehr entscheidend mitbestimmen. Der Anteil der Eisenbahn sank von 10,9 % (1991) auf 7,9 % (2004). Die Binnenschifffahrt konnte ihren Anteil mit aktuell 6,0 % in etwa halten. Der Seeverkehr konnte seine Marktanteile ausbauen und erbringt derzeit 6,8 % der Beförderungsmenge, der Anteil des Transports von Rohöl in Rohrleitungen lag seit 1991 in den meisten Jahren relativ konstant zwischen 2,1 und 2,2 %, aktuell beträgt er 2,4 %. Im Luftverkehr werden 0,1 % der gesamten Beförderungsmenge transportiert.

Bei den Beförderungsleistungen zeigt sich eine eindeutige Entwicklung des Modal Split zugunsten der Straße. Während der Straßengüterverkehr seit 1991 bis auf eine Wachstumspause im Jahr 1993 ungebrochen gewachsen ist, mussten seine wichtigen Konkurrenten Eisenbahn und Binnenschiff seit der deutschen Einheit in manchen Jahren Rückgänge hinnehmen. Die Beförderungsleistung aller Verkehrsträger ist von 1991 bis 2004 um 37 % gestiegen, die tonnenkilometrische Leistung des Straßengüterverkehrs lag dagegen um knapp 55 % höher als 1991. Die Straße konnte damit ihren Anteil an der gesamten Beförderungsleistung von 61,8 % (1991) auf 69,6 % im Jahr 2004 erhöhen, vor allem zu Lasten der Eisenbahn, deren Anteil von 20,7 % auf 15,8 % sank. Seit einigen Jahren kann die Eisenbahn, die ihren geringsten Modal-Split-Anteil mit 14,6 % im Jahr 1999 hatte, allerdings ihre relative Position zwar langsam, aber stetig wieder verbessern. Die Binnenschifffahrt konnte sich insgesamt etwas besser behaupten. Ihr Anteil an der insgesamt erbrachten Beförderungsleistung sank weniger deutlich von 14,1 % (1991) auf 11,6 % im Jahr 2004.

Der Güterverkehr wird aller Voraussicht nach weiter stark wachsen. Gemäß dem bereits erwähnten Bundesverkehrswegeplan 2003 wird erwartet, dass die Beförderungsleistung im Fernverkehr auf der Straße, mit der Eisenbahn und dem Bin-

nenschiff zwischen 1997 und 2015 von im Jahre 1997 rund 371 Mrd. tkm um insgesamt 64 % auf 608 Mrd. tkm steigen wird, unabhängig davon, welches der drei angenommenen Szenarien (Laisser-faire, Integration, Überforderung) eintreten wird. Zu beeinflussen durch die Politik ist nach Auffassung der Prognostiker lediglich die Verteilung dieser Beförderungsleistung auf die drei genannten Verkehrsträger, nicht dagegen die absolute Zunahme. Im Integrationsszenario ergeben sich bei Beseitigung der für die Bahn bestehenden oder absehbaren Kapazitätsengpässe folgende Wachstumsprognosen für die Beförderungsleistung im Fernverkehr:

- Lkw (Fernverkehr) + 58 %
- Eisenbahn + 103 %
- Binnenschiff + 39 %

Für den Straßengüternahverkehr wird daneben bis 2015 ein Wachstum von 26 % auf 84 Mrd. tkm erwartet.

Tab. 10: Straßengüterverkehr

Jahr	Deutsche Lkw				Ausländische Lkw	
	Fernverkehr ¹		Nahverkehr ¹		Mill. t Mrd. tkm	
	Mill. t	Mrd. tkm	Mill. t	Mrd. tkm		
1991	583,0	130,9	2 185,0	65,1	150,7	49,7
1995	628,8	145,4	2 536,5	71,8	181,7	62,5
1996	630,4	147,9	2 377,9	68,2	181,0	64,6
1997	659,8	156,7	2 315,2	66,5	221,0	78,6
1998	442,6	153,7	2 517,7	77,0	236,6	85,3
1999	507,9	168,6	2 663,2	80,9	254,0	92,3
2000	519,7	171,5	2 474,1	79,1	250,5	95,7
2001	541,9	179,0	2 328,2	77,3	245,4	96,7
2002	541,5	179,6	2 163,7	72,1	255,4	102,7
2003	560,5	182,3	2 167,7	73,5	265,0	107,0
2004	584,8	192,2	2 165,2	74,5	279,0	113,5

¹ Bis einschl. 1997 Nahverkehr: Beförderungen innerhalb eines Umkreises von 75 Kilometern Luftlinie um den Ortsmittelpunkt des Standorts des Fahrzeugs. Ab 1998 Beförderungen im Nah- und Regionalbereich, d. h. Beförderungen bis 150 km Fahrtstrecke: Fernverkehr jeweils übriger Verkehr. Beförderungsmenge und -leistung im Inland.

Quellen: Bundesamt für Güterverkehr, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Kraftfahrt-Bundesamt, BVU Beratergruppe Verkehr + Umwelt.

17.5 Verkehrsunfälle

Eine negative Folge des Verkehrs ist die hohe Zahl an Verkehrsopfern, die jährlich verletzt oder getötet werden. So starben im Jahr 2004 im Luftverkehr 23 Passagiere und Besatzungsmitglieder, im Eisenbahnverkehr wurden im Jahr 2003 insgesamt 173 Personen getötet.

71 Bundesdurchschnitt

Legend:

- unter 40
- 40 bis unter 60
- 60 bis unter 80
- 80 bis unter 100
- 100 und mehr

State values (from top-left to bottom-right):

- Berlin: 11
- Hamburg: 28
- Bremen: 21
- Schleswig-Holstein: 75
- Mecklenburg-Vorpommern: 119
- Lübeck: 109
- Brandenburg: 103
- Berlin (highlighted): 11
- Thüringen: 93
- Sachsen: 109
- Sachsen-Anhalt: 103
- Bayern: 74
- Niedersachsen: 96
- Hessen: 70
- Nordrhein-Westfalen: 48
- Rheinland-Pfalz: 72
- Saarland (highlighted): 72
- Baden-Württemberg: 65
- Bayern (highlighted): 90

Mit Abstand die meisten Getöteten und Verletzten wurden allerdings bei Straßenverkehrsunfällen registriert: Im Jahr 2004 wurden bei rund 339 000 Unfällen mit Personenschaden (–4,3 % gegenüber dem Vorjahr) 5842 Menschen getötet (–11,7 %) und mehr als 440 000 verletzt (–4,8 %). Im Durchschnitt des Jahres 2004 starben bei Unfällen in Deutschland pro Tag 16 Personen im Straßenverkehr, weitere 1 206 wurden verletzt. Die Zahl der Verkehrstoten war seit Einführung der Statistik im Jahre 1953 noch nie so niedrig wie 2004. Im Jahr 1972 lag sie mit fast 21 000 Verkehrstoten im Bereich des heutigen Bundesgebietes mehr als dreieinhalb mal so hoch. Zum Rückgang der tödlichen Unfälle haben viele Faktoren beigetragen: Neben der Gurtpflicht und Helmpflicht, verbesserter Fahrzeugtechnik, der weitgehenden Trennung geschützter und ungeschützter Verkehrsteilnehmer und anderen Verbesserungen im Straßenbau hat sicher auch ein verändertes Fahrverhalten eine Rolle gespielt. Auch für das Jahr 2005 wird sich ein weiterer Rückgang bei der Zahl der Verkehrstoten zeigen. Erfreulich ist, dass in den neuen Ländern bei der Zahl der Verkehrstoten ein weiterer Rückgang ermittelt werden konnte und sich damit der seit 1992 anhaltende positive Trend fortsetzte. Im Vergleich zu 2003 sank die Zahl der Verkehrstoten im Jahr 2004 in Mecklenburg-Vorpommern um 28 %, in Thüringen um 23 %, in Brandenburg um 15 %, in Sachsen-Anhalt um 14 % und in Sachsen um 9 %.

Bezogen auf die Einwohnerzahlen wurden die meisten Verkehrsteilnehmer in den letzten Jahren allerdings – trotz eines absoluten Rückgangs – immer noch in Mecklenburg-Vorpommern getötet. Je 1 Mill. Einwohner kamen 2004 hier 119 Personen ums Leben und damit wesentlich mehr als im Bundesdurchschnitt (71). Weit über dem Durchschnitt lagen auch die Werte in Brandenburg mit 109 und Sachsen-Anhalt mit 103, weit darunter in den Stadtstaaten Hamburg (28), Berlin (21) und Bremen (11). Die positive Entwicklung in den neuen Ländern zeigt sich sehr eindrücklich, wenn man die aktuellen Werte mit den Höchstwerten von 1991 vergleicht. Damals gab es in Mecklenburg-Vorpommern 327, in Brandenburg 363 und in Sachsen-Anhalt 245 Verkehrstote je 1 Mill. Einwohner.

55 % der Verkehrstoten kamen im Jahr 2004 als Pkw-Insassen zu Schaden. 17 % der Getöteten waren Motorrad-, Mofa- und Mopedbenutzer, 14 % Fußgänger, 8 % Fahrradbenutzer und 5 % kamen als übrige Verkehrsteilnehmer ums Leben. Dabei war im Vergleich zu 2003 bei allen Gruppen mit Ausnahme der Fußgänger (+3,2 %) eine Abnahme der Zahl der Getöteten festzustellen, besonders stark bei den Fahrradbenutzern (–22,9 %). Besonders unfallgefährdet sind die jungen Pkw-Insassen im Alter zwischen 18 und 24 Jahren. 22 % der Verkehrstoten sind aus dieser Altersgruppe, obwohl ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung nur 8,2 % beträgt. Auch ältere Menschen über 65 Jahren zählen mit einem Anteil von 21 % an den Verkehrstoten häufig zu den Opfern. Die Zahl der getöteten Kinder unter 15 Jahren erreichte im Jahr 2004 den niedrigsten Stand seit Einführung der Statistik im Jahr 1953. Trotzdem starben noch 153 Kinder (–26,4 % gegenüber 2003).

Nach wie vor ereignen sich die meisten Unfälle mit Personenschaden innerhalb von Ortschaften (66 %). Aufgrund der Verkehrsdichte und des größeren Anteils ungeschützter Verkehrsteilnehmer ist die Gefährdung auf innerörtlichen Straßen beson-

Tab. 11: Straßenverkehrsunfälle Anzahl

Jahr	Unfälle mit Personenschaden	Getötete ¹	Schwerverletzte	Leichtverletzte
1955	...	14041	392891	
1960	...	16477	502316	
1970	414362	21332	578032	
1980	412672	15050	540916	
1990	389350	11046	510931	
2000	382949	7503	102416	401658
2001	375345	6977	95040	399735
2002	362054	6842	88382	388031
2003	354534	6613	85577	376593
2004	339310	5842	80801	359325

1 Bis 1970 im Gebiet der ehemaligen DDR innerhalb von 72 Stunden an den Unfallfolgen Gestorbene, ab 1980 innerhalb von 30 Tagen Gestorbene.

ders hoch. Auf die innerhalb der Ortschaften niedrigeren Fahrgeschwindigkeiten ist es jedoch zurückzuführen, dass hier nur 25 % der Getöteten registriert wurden. Auf den Außerortsstraßen (ohne Autobahnen) ereigneten sich 28 % der Personenschadensunfälle, aber fast zwei Drittel (63 %) der Verkehrsoffer kamen hier ums Leben. Auf den Autobahnen wurden 6,3 % aller Unfälle mit Personenschaden und 12 % der Getöteten gezählt.

Als Hauptunfallursachen werden seit Jahren die »nicht angepasste Geschwindigkeit« und die »Missachtung der Vorfahrt« festgestellt. Insbesondere bei schweren Unfällen spielt auch »Alkoholeinfluss« eine bedeutende Rolle. Einige Unfallursachen zeigen eine deutliche Alters- oder Geschlechtsabhängigkeit. So werden »nicht angepasste Geschwindigkeit«, »Abstandsfehler« oder »Fehler beim Überholen« überdurchschnittlich häufig jüngeren Fahrern vorgeworfen, während »Abbiegefehler« oder »Vorfahrtsmissachtung« mit steigendem Alter deutlich zunehmen. Frauen verursachen weniger häufig als Männer Unfälle durch »nicht angepasste Geschwindigkeit«, durch »Überholfehler« oder durch »Alkoholeinfluss«. Sie missachten jedoch öfter die Vorfahrt oder machen Fehler beim Abbiegen.

Tab. 12: Straßenverkehrsunfälle 2004 in Deutschland
und die dabei Getöteten nach der Ortslage

Ort des Unfalls	Unfälle mit Personenschaden	Getötete insgesamt	Darunter Kinder unter 15 Jahren
Innerhalb von Ortschaften	223314	1484	51
Außerhalb von Ortschaften (ohne Autobahnen)	94538	3664	84
Auf Autobahnen	21458	694	18
Insgesamt	339310	5842	153

18 Energie und Rohstoffe

18.1 Wie wird die Energieversorgung gesichert?

Die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft hängt u. a. von einem kontinuierlichen und gesicherten Energieeinsatz ab. Die hohen Energiepreise der letzten Jahre, bedingt durch die weltweit gestiegene Nachfrage, oder auch Ereignisse wie der Gasstreit im letzten Winter zwischen Russland und der Ukraine, lassen die Frage nach der zukünftigen Versorgungssicherheit aufkommen.

Die Gewinnung der Energieträger, ihre Aufbereitung, ihr Transport, die Umwandlung in Endenergie für den Verbrauch und ihre Vermarktung obliegen der Energiewirtschaft. Der Energieverbrauch wird mit Hilfe der so genannten Primärenergie gedeckt, die in der Natur vorkommt bzw. durch technische Prozesse und »Know-how« vom Menschen nutzbar gemacht wird. Grundlage unserer Energieversorgung bilden nach wie vor die fossilen Primärenergieträger Kohle, Erdöl und Erdgas. Aber auch die erneuerbaren Energieträger haben in den letzten 20 Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen. In Verbindung mit den angestrebten Klimazielen, und um die Abhängigkeit von Importen zu reduzieren, soll ihr Einsatz in den kommenden Jahren noch wesentlich gesteigert werden. Zu den erneuerbaren Energien zählen Wind, Sonne, Wasserkraft, Gezeitenenergie, Geothermie und Biomasse.

Ein Teil der Energiedaten in den nachfolgenden Ausführungen für Deutschland wurde uns freundlicherweise vom DIW Berlin und der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e. V. zur Verfügung gestellt bzw. deren Veröffentlichungen entnommen.

18.2 Messung des Energieverbrauchs

Zur Messung des Energieverbrauchs lassen sich im Wesentlichen zwei Größen heranziehen: Zum einen der Primärenergieverbrauch, zum anderen der Endenergieverbrauch.

Der Primärenergieverbrauch kann von der Entstehungsseite her als Summe aus

- der Gewinnung von Energieträgern im Inland,
- den Bestandsveränderungen sowie
- dem Außenhandelsaldo abzüglich der Hochseebunkerungen

und andererseits von der Verwendungsseite her als Summe aus

- dem Endenergieverbrauch,
- dem Nichtenergetischen Verbrauch sowie dem
- Saldo in der Umwandlungsbilanz

berechnet werden.

Der Primärenergieverbrauch bildet den Verbrauch von Energieträgern vor der Umwandlung ab; über 90 % der hier erfassten Energieträger befinden sich im Rohzustand und werden erst durch Umwandlungsprozesse in einen für Verbrauchszwecke nutzbaren Zustand überführt.

Im Endenergieverbrauch werden der Verbrauch sowohl von Primärenergieträgern als auch von Sekundärenergieträgern, d.h. Energieträgern, die Produkte eines Umwandlungsprozesses sind, bei den Endabnehmern (Industrie, Verkehr, private Haushalte sowie Handel, Gewerbe, öffentliche Einrichtungen und Dienstleistungen) erfasst. Der Einsatz von Energieträgern für nichtenergetische Zwecke (z.B. zur Herstellung von Kunststoffen) sowie zur Stromerzeugung in der Industrie wird hier nicht berücksichtigt.

Eine Unterscheidung beider Größen ist vor allem deshalb notwendig, weil die Primärenergieträger im Rohzustand meist nicht unmittelbar für Verbrauchszwecke nutzbar sind und daher eine Umwandlung durchgeführt werden muss, bei der Energieverluste entstehen. Beispielsweise muss man, um ein Auto zu betreiben, Rohöl in Benzin oder Dieseltreibstoff umwandeln. Der Anteil des Endenergieverbrauchs am Primärenergieverbrauch beträgt etwa zwei Drittel.

Das vereinfachte Schema der Energiebilanz verdeutlicht die Zusammenhänge:

Primärenergieverbrauch

- Eigenverbrauch im Energiesektor
 - Fackel- und Leitungsverluste
 - Nichtenergetischer Verbrauch
- = *Endenergieverbrauch*.

Tab. 1: Entwicklung des Energieverbrauchs
in Petajoule¹

Jahr ²	Primärenergieverbrauch	Endenergieverbrauch	Jahr	Primärenergieverbrauch	Endenergieverbrauch
1950	3971	2541	1995 ³	14 269	9322
1960	6199	4270	1996 ³	14 746	9687
1970	9870	6751	1997 ³	14 614	9535
1980	11 436	7 529	1998 ³	14 521	9459
1989	11 219	7 223	1999 ³	14 324	9301
1990 ³	14 916	9 488	2000 ³	14 401	9234
1991 ³	14 611	9 366	2001 ³	14 679	9455
1992 ³	14 319	9 127	2002 ³	14 414	9228
1993 ³	14 310	9 233	2003 ^{3,4}	14 457	9266
1994 ³	14 184	9 110	2004 ^{3,4}	14 408	9237

1 1 Petajoule = 10¹⁵ Joule.

2 Bis einschl. 1989 früheres Bundesgebiet, ab 1990 Deutschland.

3 Auf der Basis des Wirkungsgradansatzes berechnet.

4 Vorläufige Angaben.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V. bzw. DIW Berlin.

Seit 1950 hat sich im früheren Bundesgebiet sowohl der Primär- als auch der Endenergieverbrauch mehr als verdreifacht. Zwischen 1950 und 1973, dem Jahr der ersten Ölpreiskrise, stieg der Energieverbrauch im früheren Bundesgebiet kontinuierlich an. Die jährlichen Zuwachsraten (bezogen auf den Primärenergieverbrauch) lagen im Durchschnitt bei 4,5 %. Seither ist die Aufwärtsentwicklung mehrmals unterbrochen worden. Als Folge der ersten Ölpreiskrise ging der Energieverbrauch im früheren Bundesgebiet von 1973 bis 1975 um rund 4,2 % pro Jahr zurück, um dann bis 1979 jährlich um rund 4,1 % zu wachsen. Die zweite Ölpreiskrise führte zu einem erneuten Rückgang (rund 4 % jährlich), der bis 1982 anhielt und an den sich eine erneute Phase moderaten Wachstums des Verbrauchs um etwa 1,1 % im Jahr bis Anfang der 1990er-Jahre anschloss.

Seit 1990, dem Jahr der Wiedervereinigung, ist in Deutschland der Primärenergieverbrauch von 14 916 Petajoule auf 14 184 Petajoule (1994) gesunken. Stark reduziert hat sich der Energieverbrauch in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Dort wurden in den Jahren 1990 bis 1992 mit rund 1100 Petajoule ein Drittel des Verbrauchs eingespart.

Ab dem Jahr 2000 wurde die Entwicklung des Energieverbrauchs in Deutschland hauptsächlich durch die Witterung (z. B. der relativ kalte Winter im Jahr 2001) und die schwache konjunkturelle Entwicklung beeinflusst. Im Jahr 2004 lag der Primärenergieverbrauch bei 14 408 Petajoule.

18.3 Primärenergieverbrauch im Ländervergleich

In den Industrieländern bestimmen die kommerziellen Energieträger (Kohle, Mineralöl, Gas, Kernenergie und Wasserkraft) das Bild. Hauptenergiequelle der Dritten Welt ist dagegen eine Kombination kommerzieller und nichtkommerzieller Brennstoffe: Brennholz und Holzkohle, tierische und pflanzliche Abfallprodukte. Rund drei Milliarden Menschen – etwa die Hälfte der Weltbevölkerung – sind auf diese Energieträger angewiesen.

2004 betrug der kommerzielle Weltprimärenergieverbrauch 10,224 Mrd. t RÖE (die Tonne Rohöleinheit ist eine theoretische Berechnungseinheit). Die beiden Hauptverbraucher waren die Vereinigten Staaten (22,8 %) und China (13,6 %). Den höchsten Pro-Kopf-Verbrauch wiesen die Vereinigten Arabischen Emirate auf (16,81 t RÖE/Einw.), gefolgt von Singapur (10,45 t RÖE/Einw.) und Kanada (9,69 t RÖE/Einw.). Der durchschnittliche Pro-Kopf-Verbrauch in den Ländern Afrikas lag hingegen bei nur 0,36 t RÖE/Einw.

Verfügbarkeit und Preisniveau der Energieträger prägen auch deren Bedeutung, d. h. ihren Beitrag zum gesamten Energieverbrauch. Dies wird beispielsweise deutlich an den relativ hohen Anteilen der Energie aus Wasserkraft in Norwegen, aber auch in Brasilien, der Schweiz, Schweden und Kanada, oder der großen Bedeutung von Kohle in Südafrika, China und Polen.

Tab. 2: Primärenergieverbrauch im internationalen Vergleich 2004

Land	Je Einwohner in t RÖE ¹	Anteile der Energieträger in %				
		Kohle	Mineralöl	Gas	Kern- energie	Wasser- kraft
<i>Europa</i> ²	3,39	18,0	39,4	24,2	12,0	6,4
Deutschland	4,00	25,9	37,4	23,4	11,4	1,8
Belgien + Luxemburg	6,46	8,7	54,2	20,9	15,5	0,7
Frankreich	4,35	4,8	35,8	15,3	38,6	5,6
Italien	3,16	9,3	48,7	35,9	–	6,0
Niederlande	5,85	9,5	48,5	41,0	0,9	0,0
Norwegen	8,57	1,5	24,6	10,5	–	63,3
Österreich	4,04	10,6	41,5	25,8	–	22,1
Polen	2,40	62,9	23,2	13,0	–	0,9
Russische Föderation	4,70	15,8	19,2	54,1	4,8	6,0
Schweden	5,38	5,0	31,6	1,4	35,7	26,2
Schweiz	4,05	0,3	41,4	9,3	21,0	27,6
Spanien	3,41	14,5	53,3	16,9	9,8	5,4
Türkei	1,20	27,0	37,5	23,3	–	12,2
Vereinigtes Königreich	3,79	16,8	35,6	38,9	8,0	0,7
<i>Afrika</i>	0,36	32,9	39,8	19,8	1,1	6,3
Südafrika	2,74	76,4	20,1	–	2,7	0,6
<i>Amerika</i>	2,35	19,1	41,1	24,9	6,6	8,4
Brasilien	1,04	6,1	44,9	9,1	1,4	38,6
Kanada	9,69	9,9	32,4	26,2	6,7	24,8
Mexiko	1,38	6,2	58,6	29,8	1,4	3,9
Vereinigte Staaten	7,85	24,2	40,2	25,0	8,1	2,6
<i>Asien</i> ³	0,98	41,2	36,4	14,9	3,2	4,2
China ⁴	1,07	69,0	22,3	2,5	0,8	5,4
Taiwan	4,31	37,6	42,4	9,3	9,1	1,5
Indien	0,35	54,5	31,7	7,7	1,0	5,1
Indonesien	0,49	20,3	49,9	27,6	–	2,3
Japan	4,03	23,5	46,9	12,6	12,6	4,4
Korea, Republik	4,53	24,4	48,3	13,1	13,6	0,6
Philippinen	0,31	20,0	63,2	8,8	–	7,6
Saudi-Arabien	5,51	–	58,0	42,0	–	–
Singapur	10,45	–	84,5	15,5	–	–
Ver. Arab. Emirate	16,81	–	30,4	69,4	–	–
<i>Australien und Ozeanien</i> ⁵	.	.	.	.	.	.
Australien	5,98	45,7	32,6	18,6	–	3,2

1 1 t RÖE = 1 Tonne Rohöleinheit = 41 860 kJ Hu/kg (unterer Heizwert/kg).

2 Ohne Angaben für die europäischen Staaten der ehemaligen Sowjetunion und die Staaten des ehemaligen Jugoslawiens.

3 Ohne Angaben für die asiatischen Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Einschl. der Angaben für Australien und Ozeanien.

4 Ohne Angaben für Hongkong und Taiwan.

5 Die Angaben für Australien und Ozeanien sind bei Asien einbezogen.

Quelle: BP-Statistical Review of World Energy, BP, London.

18.4 Rohstoffgewinnung

Deutschland verfügt nur über sehr geringe Rohstoffvorkommen. Ausnahmen bilden lediglich die Vorkommen von Salz, Steinkohle und Braunkohle. Da der Anteil der Inlandsenergie am gesamten Energieverbrauch nur bei ca. 26 % liegt, ist Deutschland auf die Einfuhr von Energieträgern angewiesen.

Braunkohle ist mit einem Anteil von knapp 44 % an der Inlandsenergie der bedeutendste heimische Energieträger. So wurden im Jahr 2004 in Deutschland rund 181,9 Mill. Tonnen Braunkohle gefördert, davon rund 44 % in den Revieren der neuen Länder. Während die Förderung der Braunkohle in Deutschland gegenüber 2000 gestiegen ist, war die Förderung der Steinkohle – die nur in den westdeutschen Revieren abgebaut wird – rückläufig. Die Förderung von Steinkohle reduzierte sich bis zum Jahr 2004 auf 25,9 Mill. Tonnen. Mit einem Anteil von knapp 21 % an der Inlandsgewinnung nimmt sie den zweiten Platz bei den einheimischen Energieträgern ein. Von der verbrauchten Steinkohle wird über die Hälfte aus dem Ausland importiert. Die inländische Verwendung von Braunkohle stammt nahezu vollständig aus der heimischen Förderung. Von der gesamten deutschen Braunkohleförderung wurden 2004 rund 92 % zur Stromerzeugung eingesetzt. An die Kraftwerke der allgemeinen Stromversorgung wurden z. B. 2004 rund 167 Mill. Tonnen Braunkohle angeliefert. Die inländische Förderung von Erdöl und Erdgas bleibt wegen mangelnder Vorkommen noch erheblich weiter hinter dem Bedarf zurück.

Tab. 3: Förderung wichtiger Rohstoffe

Jahr	Braunkohle		Steinkohle		Erdöl		Erdgas	
	Mill. t	PJ ¹	Mill. t	PJ ¹	Mill. t	PJ ¹	Mrd. m ³ ²	PJ ¹
1995	192,8	1 709	53,6	1 595	3,0	126	19,1	670
1996	187,2	1 658	48,2	1 434	2,8	121	20,7	727
1997	177,2	1 571	46,8	1 391	2,8	120	20,4	716
1998	166,0	1 483	41,6	1 234	2,9	123	19,9	699
1999	161,3	1 451	39,5	1 194	2,7	116	21,2	744
2000	167,7	1 526	33,6	1 012	3,1	131	20,1	706
2001	175,4	1 612	27,4	825	3,3	140	20,3	713
2002	181,8	1 653	26,4	790	3,6	152	20,3	712
2003	179,1	1 639	25,9	777	3,7	161	21,1	741
2004	181,9	1 658	25,9	783	3,4	147	19,5	685

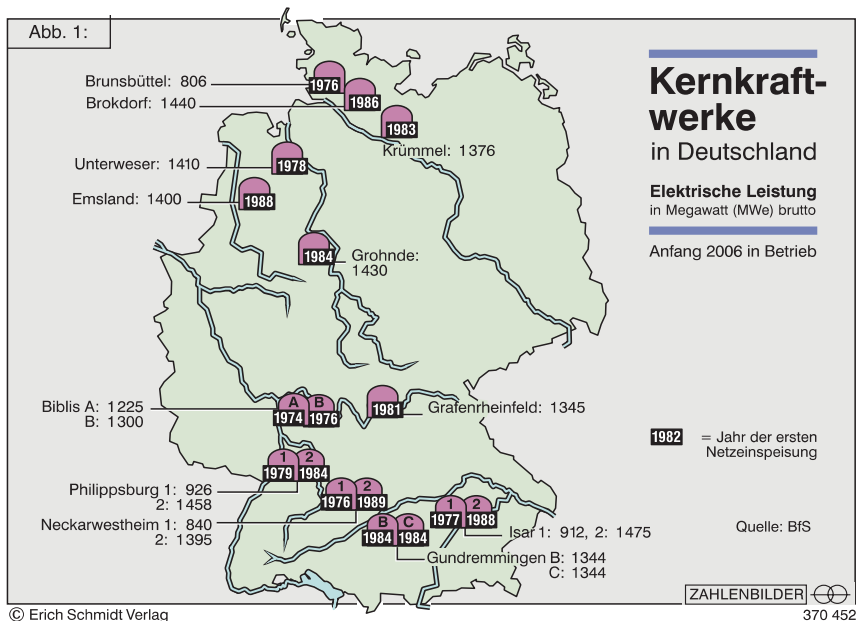
1 PJ = Petajoule = 10¹⁵ Joule.

2 Heizwert = 35 169 kJ/m³.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V. bzw. DIW Berlin.

18.5 Energieträger

Der in den 1950er- und 1960er-Jahren stark gestiegene Energiebedarf wurde überwiegend durch den Import von Mineralöl gedeckt, das sich seinerzeit gegenüber den heimischen Energieträgern Braunkohle und Steinkohle als kostengünstiger erwies.



Bei mengenmäßig etwa gleich bleibendem Einsatz von Kohle stieg der Mineralölverbrauch von 1950 bis 1980 fast auf das Dreißigfache. Hierdurch hat sich die Bedeutung der einzelnen Energieträger für die Energieversorgung des früheren Bundes-

Tab. 4: Primärenergieverbrauch nach Energieträgern
in Petajoule (PJ) bzw. Prozent

Jahr ¹	Steinkohle		Braunkohle		Mineralöl		Naturgase		Kernenergie		Sonstige	
	PJ	%	PJ	%	PJ	%	PJ	%	PJ	%	PJ	%
1950	2893	72,8	607	15,2	185	4,7	3	0,1	–	–	284	7,2
1960	3760	60,7	856	13,8	1301	21,0	32	0,5	–	–	249	4,0
1970	2839	28,8	896	9,1	5242	53,1	543	5,5	61	0,6	289	2,9
1980	2259	19,8	1149	10,0	5443	47,6	1887	16,5	420	3,7	278	2,4
1990 ²	2306	15,5	3201	21,5	5238	35,1	2316	15,5	1668	11,2	187	1,2
1995 ²	2060	14,4	1734	12,2	5689	39,9	2826	19,8	1682	11,8	278	1,9
2000 ²	2021	14,0	1550	10,8	5499	38,2	3015	20,9	1851	12,9	465	3,2
2001 ²	1949	13,3	1633	11,1	5577	38,0	3180	21,7	1868	12,7	472	3,2
2002 ²	1912	13,3	1664	11,5	5381	37,3	3180	22,1	1798	12,5	479	3,3
2003 ^{2,3}	2013	13,9	1639	11,3	5280	36,5	3263	22,6	1802	12,5	460	3,2
2004 ^{2,3}	1940	13,5	1647	11,4	5214	36,2	3280	22,8	1823	12,7	504	3,4

1 Ab 1990 Deutschland, vorher früheres Bundesgebiet.

2 Auf Basis des Wirkungsgradansatzes berechnet.

3 Vorläufige Angaben.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e. V. bzw. DIW Berlin.

Tab. 5: Anteil¹ der Kernenergie in der Europäischen Union
an der Stromerzeugung 2004

Land	%	Land	%
Niederlande	3,9	Slowenien	35,8
Vereinigtes Königreich	19,1	Schweden	49,6
Spanien	22,7	Belgien	56,0
Finnland	26,5	Slowakei	56,1
Deutschland	27,1 ²	Frankreich	78,3
Tschechische Republik	31,2	Litauen	79,4 ³
Ungarn	35,4		

1 Quelle: Electricity Information, IEA Paris.

2 Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V. bzw. DIW Berlin.

3 2003.

gebietes erheblich verändert. 1950 hatte die Kohle noch einen Anteil von 88 %, 1980 nur noch von knapp 30 % an der gesamten Energieerzeugung, während auf Mineralöl fast die Hälfte entfiel.

Allerdings haben die starken Ölpreiserhöhungen und die Furcht vor wachsender Abhängigkeit von den Öllieferanten Ende der 1970er- und zu Beginn der 1980er-Jahre eine Rückbesinnung auf die heimischen Energiequellen bewirkt. Außerdem wurde mehr Gas verwendet und der Ausbau der Kernenergie forciert.

In der Bundesrepublik Deutschland hatte das Mineralöl 2004 einen Anteil von 36,2 %, die Kohle von 24,9 %, Gas von 22,8 % und die Kernenergie von 12,7 % am Primärenergieverbrauch. Nach wie vor gering ist der Anteil der Wasser- und Windkraft am Primärenergieverbrauch mit 1,1 %.

Tab. 6: Endenergieverbrauch nach Energieträgern
in Petajoule (PJ) bzw. Prozent

Jahr ¹	Feste Brennstoffe		Kraftstoffe		Heizöl		Gas		Strom		Fernwärme	
	PJ	%	PJ	%	PJ	%	PJ	%	PJ	%	PJ	%
1950	2041	80,3	112	4,4	16	0,6	235	9,3	122	4,8	12	0,5
1960	2398	56,2	475	11,1	547	12,8	471	11,0	340	8,0	34	0,8
1970	1356	20,1	1197	17,8	2586	38,4	759	11,3	718	10,6	127	1,9
1980	796	10,6	1736	23,1	2283	30,3	1432	19,0	1115	14,8	163	2,2
1990	1610	17,1	2525	26,6	1447	15,2	1870	19,7	1653	17,4	383	4,0
1995	760	8,1	2695	28,9	1593	17,1	2260	24,3	1648	17,7	366	3,9
2000	728	7,9	2803	30,4	1249	13,5	2410	26,1	1779	19,2	265	2,9
2001	731	7,7	2736	28,9	1424	15,1	2519	26,7	1778	18,8	267	2,8
2002	716	7,7	2706	29,3	1270	13,8	2464	26,7	1801	19,5	271	3,0
2003 ²	730	7,8	2620	28,3	1237	13,3	2547	27,5	1802	19,6	330	3,5
2004 ²	753	8,0	2657	28,7	1134	12,3	2544	27,6	1819	19,8	330	3,6

1 Ab 1990 Deutschland, vorher früheres Bundesgebiet.

2 Vorläufige Angaben.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V. bzw. DIW Berlin.

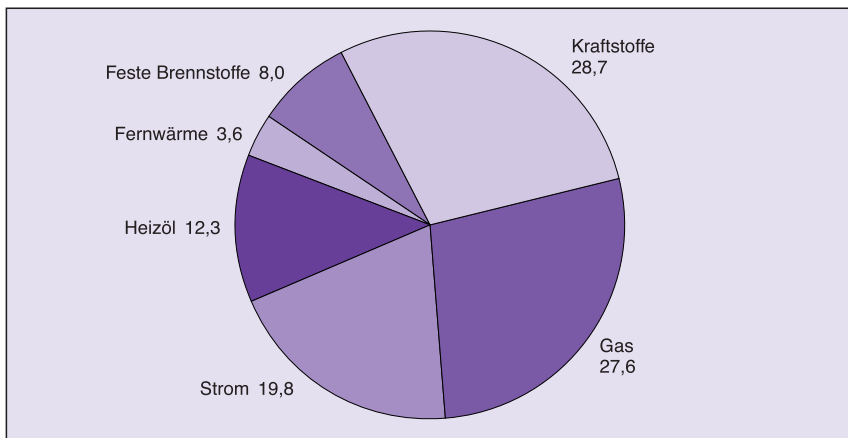
In den neuen Ländern und Berlin-Ost wird seit 1991 keine Atomenergie mehr erzeugt. Die Kernenergie blieb 2004 mit 27,1 % der wichtigste Energieträger für die Stromerzeugung, gefolgt von der Braunkohle (25,7 %) und Steinkohle (22,9 %). Der Anteil von Erdgas lag bei 10,0 % und von Heizöl bei 1,6 %. Die Windkraft trug rund 4 % zur Stromerzeugung bei. Wichtigste erneuerbare Energie bei der Stromerzeugung blieb die Wasserkraft mit einem Anteil an der Stromerzeugung von 4,5 %. Innerhalb der EU hat in Litauen und in Frankreich die Atomenergie mit fast 80 % den höchsten Anteil an der Stromerzeugung. Aber auch in Belgien und der Slowakei (mit jeweils rund 56 %) sowie in Schweden (50 %) stand die Atomenergie 2004 bei der Stromerzeugung an erster Stelle. 2006 waren in Deutschland 17 Kernkraftwerke in Betrieb.

Bei den Endabnehmern wirkt sich bei längerfristiger Beobachtung die geänderte Bedeutung der Energieträger in nachlassendem Heizölverbrauch, aber einer wachsenden Nachfrage nach Gas, Strom und Kraftstoff aus.

18.6 Energieverbraucher

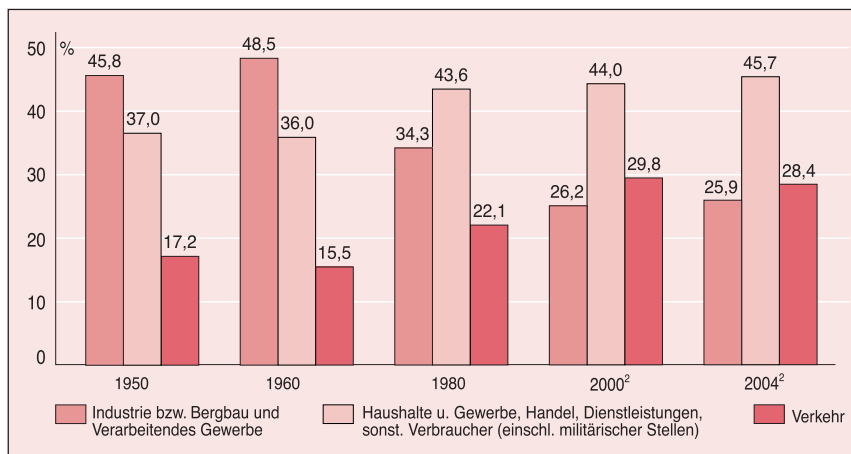
Der Energiebedarf für die drei Verbrauchergruppen Industrie, Verkehr, Haushalte (einschl. Kleinverbraucher) entwickelte sich in der Vergangenheit unterschiedlich. Während im früheren Bundesgebiet 1950 noch die Industrie mit einem Anteil von rund 46 % Hauptabnehmer von Endenergie war und die Haushalte und Kleinverbraucher nur mit 37 % am Endverbrauch partizipierten, hat sich das Verhältnis mittlerweile umgekehrt.

Abb. 2: Anteil der Energiearten am Endenergieverbrauch 2004 in Prozent



Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V. bzw. DIW Berlin.

Abb. 3: Verbrauch an Endenergie¹ nach Verbrauchergruppen



1 Bis 1980 früheres Bundesgebiet, 2000 und 2004 Deutschland.

2 Vorläufige Angaben.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V. bzw. DIW Berlin.

Bei einem Endenergieverbrauch von 9237 Petajoule im Jahr 2004 entfielen 45,7 % auf Haushalte und den Sektor Gewerbe, Handel, Dienstleistungen und sonstige Verbraucher (einschl. Militär). Der Anteil der Industrie lag bei 25,9 % und der Anteil des Verkehrs bei 28,4 %. Die Ursachen für diese Entwicklung liegen insbesondere in der zunehmenden Ausstattung der privaten Haushalte mit elektrischen Haushaltsgeräten, in gestiegenen Verkehrsleistungen und im relativ sparsameren Einsatz im Rahmen der Industrieproduktion.

18.7 Energiepreise

Kaum ein anderer Teilbereich im Preisindex für die Lebenshaltung hat ähnlich starke Preisschwankungen aufzuweisen wie die Warengruppe »Energie«. In dieser Entwicklung kommen die Preisschübe auf den internationalen Rohölmärkten und ihre Folgewirkungen zum Ausdruck. Der Durchschnittswert je eingeführter Tonne Rohöl ist von 31 Euro im Jahre 1970 auf 318 Euro im Jahre 1985 gestiegen, also auf mehr als das Zehnfache. Danach war aber ein umgekehrter Trend fallender Preise feststellbar, deren vorläufiger Tiefstand 1995 mit 95 Euro pro Tonne erreicht wurde. Nach einem kurzen Anstieg in den Jahren 1996 und 1997 fiel 1998 der Preis noch weiter auf 87 Euro je Tonne. In den folgenden Jahren stieg der Durchschnittswert für Rohöl bis zum Jahr 2000 auf 227 Euro je Tonne an. In den Jahren 2002 und 2003 blieben die Preise relativ konstant mit 190 bzw. 191 Euro je Tonne. Nach einem Anstieg im

Tab. 7: Einfuhr von rohem Erdöl nach Wert und Menge¹

Jahr	Mill. EUR	1 000 t	EUR je t	Jahr	Mill. EUR	1 000 t	EUR je t
1970	3036	98786	31	1996	12263	102990	119
1975	10082	88414	114	1997	12668	99096	128
1980	22583	96876	233	1998	9390	107892	87
1985	20410	64193	318	1999	12574	103572	121
1990	10326	72400	143	2000	23793	105008	227
1991	11618	89951	129	2001	21356	104627	204
1992	11231	97309	115	2002	19854	104353	190
1993	10630	99446	107	2003	21336	111333	191
1994	10556	106844	99	2004	24991	112610	222
1995	9542	100328	95	2005	34722	113013	307

¹ Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

Jahr 2004 auf 222 Euro je Tonne, mussten im Jahr 2005 bereits im Durchschnitt 307 Euro je Tonne Rohöl gezahlt werden.

Preisunterschiede bei den einzelnen Förderländern haben neben anderen Ursachen (z.B. neue Funde) zu einer Änderung der Rangfolge der Lieferanten geführt. 1976 stammten über 90 % der bundesdeutschen Ölimporte aus OPEC-Staaten, 1990 noch 52 % und 2005 nur noch ca. 21 %. Demgegenüber erhöhte sich im gleichen Zeitraum der Anteil des Nordseeöls von rund 1 % auf 35 %. Die wichtigsten Länder, aus denen die Bundesrepublik Deutschland Mineralöl bezog, waren 2005 die Russische Föderation, das Vereinigte Königreich, Norwegen, Libyen und Kasachstan.

In den letzten Jahrzehnten hat der Anteil von Erdgas am Energieverbrauch einen immer größeren Anteil gewonnen. Der Erdgasverbrauch wurde im Jahr 2005 zu ca. 15 % aus deutscher Produktion und zu 85 % aus Importen gedeckt.

Tab. 8: Einfuhr von rohem Erdöl aus den wichtigsten Förderländern

Ursprungsland	2004		2005	
	1 000 t	EUR je t	1 000 t	EUR je t
Russische Föderation	35288	199	37048	279
Vereinigtes Königreich	19350	237	19316	322
Norwegen	20745	234	16846	329
Libyen	11723	237	11572	330
Kasachstan	7806	237	6760	326
Algerien	2563	261	4530	337
Saudi Arabien	4145	198	4062	278
Syrien	3938	203	3007	278
Dänemark	2361	247	2909	311
Nigeria	1020	242	1774	373
Venezuela	871	168	1203	243
Aserbaidschan	694	225	890	304
Niederlande	705	241	713	322

Tab. 9: Einfuhr von Erdgas

Jahr	1 000 t	Mill. EUR	EUR je t
1999	63 657	5 321	84
2000	64 259	9 490	148
2001	63 438	12 383	195
2002	74 355	12 372	166
2003	84 484	14 853	176
2004	77 411	13 134	170
2005	76 138	17 015	223

19 Umwelt

19.1 Umweltökonomische Trends

Die Schädigung und die Schutzwürdigkeit der natürlichen Umwelt haben in den vergangenen Jahren im Bewusstsein der Allgemeinheit, in der Medienlandschaft und in den Parteiprogrammen wesentlich an Bedeutung gewonnen. Persönlich erlebte Umweltbelastungen wie Lärm, Luft- und Wasserverschmutzung führten in weiten Bevölkerungskreisen zu einem geschärften Bewusstsein für die Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen. Zunehmend wird deutlich, dass Umwelt- und Wirtschaftspolitik aufeinander abgestimmt werden müssen, dass Management und Umweltschutz ihre langfristigen Ziele nur in Zusammenarbeit und nicht über Konfrontation erreichen können. Spätestens seit der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro ist das Schlagwort *sustainability* oder nachhaltige, zukunftsfähige Entwicklung allgemein bekannt. Dahinter verbirgt sich die ökonomische Grundregel, dass ein Kapitalstock, aus dem Einkommen erzielt wird, im alten Zustand (intakt) gehalten werden muss, und zwar – das ist das entscheidend Neue an diesem Ziel – auch und gerade über die zeitlichen Grenzen der Gegenwart hinaus. Das Naturvermögen soll an unsere Kinder möglichst in dem Zustand und Wert übergeben werden, wie wir es von unseren Eltern erhalten haben – Verantwortung für die Zukunft als neues Prinzip. Auf dem Weg zur Nachhaltigkeit sind Maßnahmen von Interesse und Bedeutung, die die Effizienz des Einsatzes natürlicher Ressourcen verbessern, die einen Strukturwandel zu umweltschonenderen wirtschaftlichen Tätigkeiten fördern und die auch im Verhalten der Konsumenten die Inanspruchnahme von Umweltgütern auf das erforderliche Mindestmaß reduzieren.

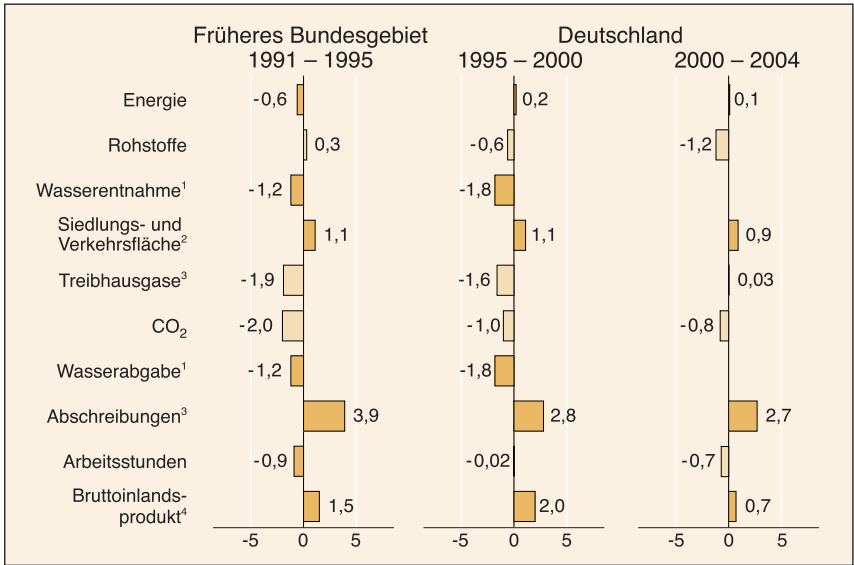
Eine längerfristige Betrachtung der Entwicklung der Einsatzmenge natürlicher Faktoren unter diesem Aspekt zeigt, dass deren Nutzung im Zeitraum von 1960 bis 1980 gestiegen, in den 1980er- und 1990er-Jahren aber – mit Ausnahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche – wieder zurückgegangen ist. Für den Zeitraum 2000 bis 2004 ist die Veränderung je nach Umweltfaktor unterschiedlich und für den Betrachtungszeitraum 1991 bis 2004 lassen sich keine völlig einheitlichen Trends erkennen.

Einheitliche Trends lassen sich für den Betrachtungszeitraum lediglich bezüglich des Wachstums der Siedlungs- und Verkehrsfläche sowie für die rückläufige Wasserentnahme aus der Natur beobachten. Für CO₂- und die Treibhausgase wurden in den 1990er-Jahren zwar erhebliche Reduktionen erzielt, dieser Rückgang setzte sich jedoch zwischen 2000 und 2004 nicht weiter fort. Der Energieverbrauch stagnierte – über den gesamten Betrachtungszeitraum gesehen. Anfang der 1990er-Jahre wurden noch erhebliche Einsparungen von 0,6 % jährlich erzielt, in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre stieg der Energieverbrauch dagegen wieder leicht an, und zwischen 2000 und 2004 blieb der Energieverbrauch nahezu konstant. Die Rohstoffentnahme

(einschließlich Importe) wurde im gesamten Betrachtungszeitraum reduziert. Anfang der 1990er-Jahre war diese wiedervereinigungsbedingt – durch den Bauboom in den neuen Ländern – noch angestiegen. In der zweiten Hälfte des Jahrzehnts und noch stärker zwischen 2000 und 2004 wurde die Rohstoffentnahme dagegen substantiell verringert. Die Inanspruchnahme von Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke stieg zwar im Betrachtungszeitraum durchschnittlich um 1,0 % pro Jahr, allerdings mit zuletzt leicht rückläufiger Tendenz.

Sowohl bei der Wasserentnahme aus der Natur als auch bei der mengenmäßigen Wasserabgabe ist in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre mit 1,8 % jährlich ein deutlich höherer Rückgang als in der ersten Hälfte (–1,2 %) zu verzeichnen. In den 1980er-Jahren wiesen beide noch einen leichten Zuwachs (+0,3 %) auf. Insgesamt ging somit bei den meisten der betrachteten Produktionsfaktoren der mengenmäßige Einsatz, der das Ausmaß der Belastungen der Umwelt aufzeigt, in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre zurück, und zwar in teilweise deutlich stärkerem Ausmaß als in den 1980er-Jahren im früheren Bundesgebiet. Lediglich der Flächenverbrauch weist nach wie vor relativ stabile Zuwachsraten auf hohem Niveau aus.

Abb. 1: Einsatz von Umweltressourcen für wirtschaftliche Zwecke
Mengen- bzw. Volumenentwicklung 1991–2004
Durchschnittliche jährliche Veränderung in Prozent



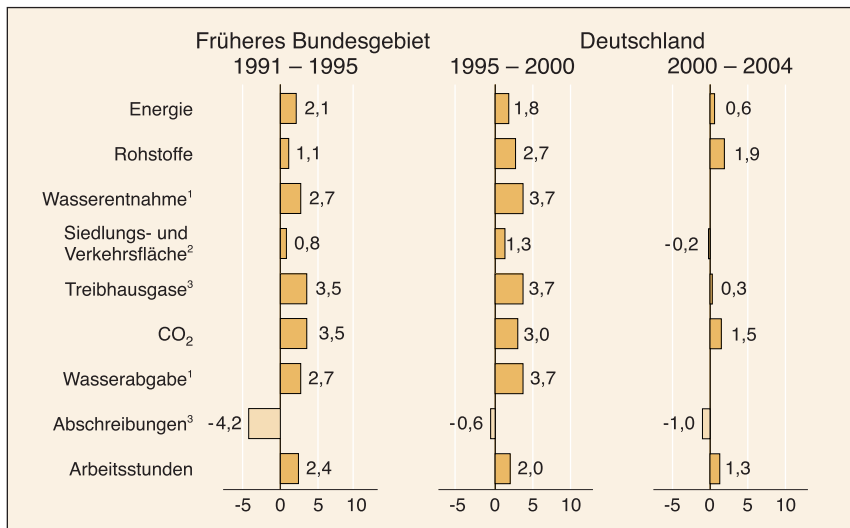
1 Veränderungen 2001 gegenüber 1991.

2 Veränderungen 2004 gegenüber 1993.

3 Veränderungen 2003 gegenüber 1991.

4 Preisbereinigt.

Abb. 2: Einsatz von Umweltressourcen für wirtschaftliche Zwecke Produktivität (Bruttoinlandsprodukt je Einheit Umweltressource) 1991–2004
Durchschnittliche jährliche Veränderung in Prozent



1 Veränderungen 2001 gegenüber 1991.

2 Veränderungen 2004 gegenüber 1993.

3 Veränderungen 2003 gegenüber 1991.

Vor dem Hintergrund einer solchen Betrachtungsweise sind die Entnahme von Ressourcen aus der Natur und ihre Verarbeitung sowie die Nutzung der daraus hergestellten Produkte und die Beseitigung der entstehenden Reststoffe mit Belastungen von Mensch und Umwelt verbunden. Das Ausmaß der Belastung hängt somit auch von der Menge der in Anspruch genommenen Ressourcen ab und nicht nur von der Art und Weise der Ressourcennutzung. Eine Einschätzung der Frage, wie effizient mit den einzelnen Einsatzfaktoren für die Produktion umgegangen wird, liefert das Verhältnis von gesamtwirtschaftlicher Leistung – gemessen am Bruttoinlandsprodukt – zu den verschiedenen Einsatzgrößen (so genannte Produktivitäten). Ihre Entwicklung über längere Zeiträume kann darüber Auskunft geben, wie sich das Verhältnis dieser Faktoren u.a. durch technischen Fortschritt verändert.

Die Effizienz bei der Nutzung der natürlichen Einsatzfaktoren – gemessen als Produktivität, d.h. als wirtschaftliche Leistung (reales Bruttoinlandsprodukt) je Einheit eines Einsatzfaktors – erhöhte sich für alle betrachteten Faktoren in den 1990er-Jahren und – mit Ausnahme der Produktivität bezüglich der Siedlungs- und Verkehrsfläche – auch zwischen 2000 und 2004.

Allerdings entwickelte sich die Produktivität in den drei Teilzeiträumen in jeweils unterschiedlichem Ausmaß. Während für den Energieverbrauch und die CO₂- und Treib-

hausgase eine Abschwächung im Zeitablauf beobachtet werden kann, zeigt sich bezüglich der Wasser- und Rohstoffentnahme ein hoher Effizienzgewinn in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre im Vergleich zur ersten Hälfte des Jahrzehnts. Dieser Effizienzgewinn schwächt sich für die Rohstoffe in den Jahren 2000 bis 2004 etwas ab, liegt jedoch immer noch über den Werten der ersten Hälfte der 1990er-Jahre.

Ein Vergleich der Produktivitätsentwicklung mit der Entwicklung der absoluten Einsatzmengen der Umweltfaktoren zeigt, dass die Ressourcenproduktivität durchweg stärker gestiegen ist, als die reine Einsparung bzw. verminderte Inanspruchnahme des Umweltfaktors. Einzige Ausnahme bildet die Siedlungs- und Verkehrsfläche deren Produktivität im Zeitraum 2000–2004 mit –0,2 % pro Jahr rückläufig war. Die Produktivitätssteigerungen weisen also auf eine Entkoppelung der Nutzung von Umweltfaktoren und der wirtschaftlichen Entwicklung hin. Für alle natürlichen Einsatzfaktoren mit Ausnahme des Energieverbrauchs und der Siedlungs- und Verkehrsfläche lag der Fortschritt der Produktivität in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre über den Steigerungen der Arbeitsproduktivität von 2,0 %. Im Zeitraum von 2000 bis 2004 weisen dagegen nur der CO₂-Indikator und die Rohstoffentnahme eine höhere Produktivitätssteigerung als die – der auf 1,3 % gesunkenen – Arbeitsproduktivität auf.

Zu diesen Themenbereichen hat die Bundesregierung umweltbezogene Indikatoren der Nachhaltigkeitsstrategie entwickelt, um nachhaltiges Wirtschaften zu fördern. Dabei sind die Indikatoren in den meisten Fällen mit quantitativen Zielwerten versehen, so dass die tatsächliche Entwicklung im Lichte der gesellschaftlich festgelegten Zielvorgaben betrachtet werden kann.

Umweltrelevante Nachhaltigkeitsindikatoren

Zu den umweltbezogenen Nachhaltigkeitsindikatoren, die im Frühjahr 2002 von der Bundesregierung festgelegt wurden, gehören:

- Rohstoff- und Energieproduktivität
- Treibhausgasemissionen (Treibhausgasemissionen insgesamt und CO₂-Emissionen)
- Anteil der erneuerbaren Energie am gesamten Energieverbrauch
- Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche
- Entwicklung des Bestandes bestimmter Tierarten
- Transportintensität und Anteil der Bahn am Transportaufkommen
- Anteil des Biolandbaus und Stickstoffüberschuss
- Luftschadstoffe

Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, 2002.

Die Indikatoren Rohstoffproduktivität, Energieproduktivität, Treibhausgasemissionen insgesamt, CO₂-Emissionen, Inanspruchnahme von Siedlungs- und Verkehrsfläche sowie Emissionen von Luftschadstoffen können durch einen einheitlichen Gesamtrechnungsdatensatz unterlegt werden, der sowohl den Wirtschaftsprozess selbst als

auch die damit zusammenhängenden Umwelteinwirkungen integriert abbildet. Dieser Datenhintergrund eröffnet zum Beispiel die Möglichkeit, die anhand der Indikatoren gemessenen Umwelteinwirkungen im Zusammenhang mit den verursachenden wirtschaftlichen Aktivitäten zu analysieren. Eine solche Analyse von Ursache-Wirkungsbeziehungen ist zumeist eine notwendige Grundlage zur Formulierung von Maßnahmen zur Erreichung einer nachhaltigen Entwicklung.

Bei den Luftschadstoffen – zu diesen werden Schwefeldioxid (SO_2), Stickstoffoxide (NO_x), flüchtige organische Verbindungen ohne Methan (NMVOC) und Ammoniak (NH_3) gezählt – soll nach der Zielvorgabe in der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung eine Reduzierung des Ausstoßes um 70 % zwischen 1990 und 2010 erreicht werden. Bis 2003 verringerten sich die Emissionen bereits um mehr als die Hälfte (–54 %), das entspricht einer mittleren jährlichen Abnahme um 4,1 Prozentpunkte. Besonders stark war der Rückgang bei Schwefeldioxid (SO_2) mit 88 % (–4,7 Mill. Tonnen). Der Ausstoß von NMVOC verminderte sich um 58 % (–2,1 Mill. Tonnen), der Stickoxidausstoß ging um rund 50 % (–1,4 Mill. Tonnen) zurück, und die Emissionen von NH_3 sanken um 18 % (–135 Tsd. Tonnen). Hauptverantwortlich für diese Entwicklungen waren vor allem die Bereiche »Elektrizität« und »Kokerei, Mineralölverarbeitung« durch drastische Reduktionen bei SO_2 , die Landwirtschaft, die durch eine Verminderung der tierischen Produktion nahezu alleine den NH_3 -Emissionsrückgang ermöglichte, sowie die privaten Haushalte bei den NMVOC. In den verbleibenden Jahren bis zum Zieljahr 2010 müsste sich der jährliche Rückgang der Luftschadstoffe rechnerisch nur noch auf 2,3 % belaufen, damit der vorgegebene Zielwert der Nachhaltigkeitsstrategie erreicht wird, d.h. auch bei sich deutlich abschwächendem Reduktionstempo kann der Zielwert erreicht werden.

Ähnlich fällt der Ist-Soll-Vergleich beim Ausstoß von Treibhausgasen aus. Hier hat sich die Bundesregierung im Rahmen des Kyoto-Protokolls und der daran anschließenden EU-internen Lastenverteilung verpflichtet, die Emissionen für Deutschland bis zum Jahre 2010 (2008–2012), gemessen an dem Basiswert von 1990, um insgesamt 21 % zu vermindern. Bis 2003 betrug die durchschnittlich jährliche Reduktion etwa 1,4 %. Um die Zielvorgabe zu erreichen, müsste der Ausstoß zukünftig bis zum Zieljahr 2010 noch um 0,4 % jährlich zurückgehen, also um deutlich weniger als in der Vergangenheit. Allerdings konnten im Zeitraum 2000 bis 2003 keine weitere Minderung der Treibhausgas erzielt werden. An der Reduktion der drei wichtigsten Treibhausgase bis 2001 waren die »Elektrizität« mit 4,8 Mill. Tonnen jährlicher Senkung, der Bereich »Kokereien, Mineralölverarbeitung« mit 2,6 Mill. Tonnen pro Jahr und der Bereich »chemische Erzeugnisse« mit jährlich 1,9 Mill. Tonnen maßgeblich beteiligt. Zusammen mit den privaten Haushalten (–1,0 Mill. Tonnen) verursachten diese Bereiche im Jahr 2001 rund 62 % der gesamten Emissionen.

Für das wichtigste Treibhausgas, nämlich Kohlendioxid hat die Bundesregierung allerdings im Vergleich zu dem Ziel für Treibhausgase insgesamt ein weitaus ehrgeizigeres nationales Ziel formuliert, das eine Reduzierung des Ausstoßes zwischen 1990 und 2005 um 25 % vorsieht. Die bisherige durchschnittliche Reduktion zwischen 1990 und 2001 belief sich auf 13,1 Mill. Tonnen pro Jahr. Damit das Ziel noch erreicht

werden kann, müsste sich der Emissionsrückgang in den verbleibenden Jahren deutlich auf jährlich 27,5 Mill. Tonnen beschleunigen.

Zum Energie- und Rohstoffverbrauch hat die Bundesregierung kein absolutes mengenmäßiges Minderungsziel gesetzt, sondern fordert eine Verbesserung der jeweiligen Umweltproduktivität. Die Energieproduktivität – das bedeutet das Verhältnis von realem Bruttoinlandsprodukt zum Primärenergieverbrauch im Inland – soll sich zwischen 1990 und 2020 verdoppeln. Bis zum Jahr 2004 ist sie um jährlich 2 %, d.h. um 27 % gegenüber 1990 gestiegen. Diese Zunahme ist das Resultat einer gestiegenen wirtschaftlichen Leistung bei einem gleichzeitigen leichten Rückgang des gesamtwirtschaftlichen Energieverbrauchs. Zwar erhöhte sich der direkte Energieverbrauch der privaten Haushalte zwischen 1991 und 2003 um rund 2,3 %, aber bei der Produktion war ein Rückgang von 3,7 % zu verzeichnen. Insgesamt ergab sich daraus eine Senkung des Energieverbrauchs von 2,1 % zwischen 1991 und 2003. Deutliche Beiträge zur Reduktion des Energieeinsatzes bei der Produktion lieferten der Bereich »chemische Erzeugnisse« (–6,7 Petajoule [PJ]) sowie der Bereich »Elektrizität« (–13,6 PJ). Zur Erreichung des angestrebten Zieles der Verdopplung der Energieproduktivität wäre bis zum Jahr 2020 bei einer unterstellten gleichbleibenden Entwicklung rechnerisch ein weiterer prozentualer Anstieg um 4,5 % jährlich erforderlich. Dies ist weit mehr als der zuletzt im Zeitraum 2000 bis 2004 beobachtbare Anstieg der Energieproduktivität von 0,8 % jährlich.

Auch für die Rohstoffproduktivität – das Verhältnis von realem Bruttoinlandsprodukt zur inländischen Entnahme abiotischer Rohstoffe zuzüglich Import von abiotischen Gütern – wird in der Nachhaltigkeitsstrategie, diesmal für den Zeitraum 1994 bis 2020,

Tab. 1: Einsatz von Umweltressourcen für wirtschaftliche Zwecke

	Maß- einheit	Deutschland			
		1991	1995	2000	2004 ⁸
Primärenergieverbrauch	Petajoule	14 611	14 269	14 404	14 483
Rohstoffentnahme und Import ¹	Mill. t	1 435	1 455	1 409	1 343
Wasserentnahme aus der Natur ²	Mill. m ³	51 245	48 831	44 929	–
Siedlungs- und Verkehrsfläche	km ²	40 305 ³	42 052 ⁴	43 459	45 090
Treibhausgase	Mill. t CO ₂ - Äquivalent	1 191	1 103	1 017	1 018 ⁶
dar.: Kohlendioxid (CO ₂)	Mill. t	977	902	860	834
Abschreibungen ⁵	Mrd. EUR	230	268	308	334 ⁶
Arbeitsstunden	Mrd. Std.	60	58	58	56
Bruttoinlandsprodukt ⁷	Mrd. EUR	1 535	1 848	2 063	2 216

1 Nur verwertete Entnahme.

2 Einschl. Fremd- und Regenwasser.

3 1993.

4 1997.

5 In Preisen von 2000.

6 2003.

7 In jeweiligen Preisen.

8 Zum Teil geschätzt.

eine Verdoppelung angestrebt. Die Rohstoffproduktivität ist von 1994 bis 2002 durchschnittlich um 42,8 Euro je Tonne pro Jahr gestiegen. Diese Rohstoffproduktivitätssteigerung entstand – analog zur Verbesserung der Energieproduktivität – durch einen rückläufigen Materialverbrauch bei gleichzeitig gestiegenem Bruttoinlandsprodukt. Der Rückgang des Rohstoffeinsatzes um durchschnittlich 28,6 Mill. Tonnen pro Jahr war insbesondere geprägt durch eine deutliche Verminderung der Entnahme von »Mineralien, Steinen und Erden« um durchschnittlich 22,4 Mill. Tonnen pro Jahr als Folge einer erheblich abgeschwächten Bautätigkeit in den letzten Jahren. Damit der Sollwert erreicht werden kann, müsste sich der jahresdurchschnittliche Produktivitätsanstieg von 2,9 % für den Zeitraum 1994 bis 2004 auf 4,4 % jährlich beschleunigen, d.h. das bisherige Entwicklungstempo reicht nicht aus, um das angestrebte Ziel zu erreichen.

Zusammengefasst lässt sich Folgendes feststellen:

- Mit Ausnahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche entwickeln sich die genannten umweltbezogenen Nachhaltigkeitsindikatoren trendmäßig in die angestrebte Richtung.
- Die Zielvorgaben der Bundesregierung bezüglich der beiden Indikatoren Luftschadstoffe und Treibhausgasausstoß können bei Beibehaltung des bisherigen durchschnittlichen Entwicklungstempos erreicht werden.
- Bei den Indikatoren Kohlendioxidemissionen, Energieproduktivität und Rohstoffproduktivität ist dagegen eine erhebliche Beschleunigung der bisherigen Entwicklung erforderlich, um das gesetzte Soll zu erfüllen.

Die hier dargestellten Ergebnisse zeigen, inwieweit die Veränderungen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen zu Belastungen von Natur und Umwelt beitragen. Im Folgenden wird auf ausgewählte umweltrelevante Themen, wie Luftbelastung und Abfallentsorgung, näher eingegangen.

19.2 Umweltbelastungen

19.2.1 Flächennutzung

Die Umweltrelevanz des Themas Flächennutzung hängt zusammen mit der begrenzten Ressource Boden und der Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsflächen (SuV). Der zunehmende SuV-Anteil an der Bodenfläche im Verhältnis zum Anteil der land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen sowie die zunehmende Landschaftszerschneidung durch Verkehrsstrassen sind mit negativen Umweltauswirkungen verbunden. Zu nennen sind hier beispielsweise Konflikte zwischen Verkehrswachstum und Erholungsnutzung, der Lebensraumverlust und die Barrierewirkung für wildlebende Tierarten und die Ausbreitung von Schadstoffen.

Die Bodenfläche Deutschlands wurde im Jahr 2004 (Stichtag 31.12.) wie folgt genutzt: Für Landwirtschaftszwecke wurde mit 53,0 % der größte Flächenanteil in Anspruch

genommen, gefolgt von der Waldfläche mit 29,8 %. Für Siedlungs- und Verkehrszwecke wurden 12,8 % der Fläche benötigt. Von Wasserflächen waren 2,3 % und von sonstigen Flächen (Militärisches Übungsgelände, Abbauland u.a.) 2,1 % der Bodenfläche bedeckt.

Die Beobachtung und Steuerung der Entwicklung der Flächeninanspruchnahme für Siedlung- und Verkehrszwecke spielt eine wichtige Rolle in der bereits erwähnten Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung. Als Indikator dient die durchschnittliche tägliche Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche. Betrachtet man die letzten Erhebungszyklen, so stieg diese Größe von 120 ha/Tag (Durchschnitt von 1993–1996) auf 129 ha/Tag (1997–2000) an und ging dann wieder auf 115 ha/Tag (2001–2004) zurück. Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie ist eine Reduktion des täglichen Zuwachses der Siedlungs- und Verkehrsfläche auf 30 ha/Tag im Jahr 2020.

Die Entwicklung der SuV in der letzten Erhebungsperiode weist also in die angestrebte Richtung. Beeinflusst sein dürfte sie insbesondere durch den deutlichen Einbruch bei den Bauinvestitionen ab dem Jahr 2001. In Anbetracht dieses zu vermutenden Zusammenhangs kann gegenwärtig noch nicht von einer deutlichen Trendumkehr bei der Inanspruchnahme von Fläche für Siedlungs- und Verkehrszwecke gesprochen werden. Dies insbesondere insofern, als die Betrachtung der jährlichen SuV-Entwicklung (die allerdings gegenwärtig von externen Effekten überlagert ist) für das Jahr 2004 wieder einen Anstieg des täglichen SuV-Zuwachses ausweist.

Die SuV setzt sich aus folgenden Nutzungsarten zusammen (Anteile 2004): Gebäude- und Freifläche (Flächen mit Gebäuden und unbebaute Flächen, die Zwecken der Gebäude untergeordnet sind) 52,5 %, Betriebsfläche (ohne Abbauland) 1,7 %, Verkehrsfläche 38,2 %, Erholungsfläche 6,9 % und Friedhöfe 0,8 %. Die nähere Betrachtung dieser Kategorien zeigt, dass »Siedlungs- und Verkehrsfläche« und »versiegelte Fläche« nicht gleichgesetzt werden können, da in die SuV auch unbebaute und nicht versiegelte Flächen eingehen.

Angaben zum Versiegelungsgrad der SuV lassen sich aus der amtlichen Flächenstatistik nicht ableiten. Auf aktuellen Studien beruhende Schätzungen ergeben einen Versiegelungsgrad der Siedlungs- und Verkehrsfläche von 35 bis 63 % (s. Bundestagsdrucksache 15/4472).

Zur Erreichung des Ziels, die SuV-Zunahme auf maximal 30 ha/Tag im Jahr 2020 zu reduzieren, sieht die Bundesregierung in erster Linie die Länder und Kommunen gefordert, die im Rahmen ihrer Raumordnungs- und Bauleitplanung Festlegungen über die Flächenwidmung treffen. Zur nachhaltigen Entwicklung der Siedlungsstruktur wird einerseits ein quantitativer Ansatz verfolgt; in diesem Zusammenhang spielen Stichworte wie flächensparendes Bauen, kompakte Stadt, Bündelung von Infrastruktur, Bereitstellung von Ausgleichsflächen und Entsiegelung von nicht mehr genutzten Flächen eine Rolle. Andererseits setzt man auf die Berücksichtigung des qualitativen Aspekts bei der Bereitstellung von Flächen. So kann beispielsweise die Verbesserung des Wohnumfeldes in Innenstädten die Bereitschaft der Bevölkerung steigern, das Wohnen in der Stadt wieder als attraktive Alternative zum Haus im Grünen anzuerkennen. Gleichzeitig ist es von Bedeutung, das Landschaftsbild und den Erho-

Tab. 2: Bodenfläche nach Nutzungsarten
in Quadratkilometern

Nutzungsart	1992	1996	2000	2004
Gebäude- und Freifläche	20 733	21 937	23 081	23 938
Betriebsfläche ohne Abbauland	550	620	732	754
Erholungsfläche	2 255	2 374	2 659	3 131
Verkehrsfläche	16 441	16 786	17 118	17 446
darunter:				
Straße, Weg, Platz	14 815	15 005	15 264	15 583
Landwirtschaftsfläche	195 112	193 075	191 028	189 324
Waldfläche	104 536	104 908	105 314	106 488
Wasserfläche	7 837	7 940	8 085	8 279
Flächen anderer Nutzung	7 630	7 497	7 219	5 925
darunter:				
Friedhof	327	335	350	352
Unland	2 452	.	2 666	2 702
Bodenfläche insgesamt	356 970	357 030	357 031	357 050
Nachrichtlich:				
Siedlungs- und Verkehrsfläche	40 305	42 052	43 939	45 621

lungswert des Freiraums im Umfeld der Stadtregionen zu verbessern. In ländlichen Regionen ist die Erhaltung von unzerschnittenen landschaftlichen Freiräumen von besonderer Bedeutung.

19.2.2 Luftbelastung

Eine andere Fragestellung, die die Wechselwirkungen zwischen Wirtschaft und Umwelt in den Vordergrund stellt, ist die nach den Gründen für bestimmte Umweltbelastungen. Dabei reicht es nicht aus, allein die technischen Quellen umweltrelevanter Faktoren zu kennen und statistisch zu unterscheiden. Vielmehr stellen sich folgende Kernfragen:

- Im Zusammenhang mit welchem Gut bzw. welcher Dienstleistung fallen Umweltbelastungen – sozusagen zwangsläufig – als ungewolltes Ergebnis an? Was sind mithin die externen Effekte der Produktion?
- Welchen Stufen der Weiterverarbeitung dienen die Güter und Dienstleistungen und die mit ihnen verbundenen produktionsbedingten Belastungen?
- Wie teilt sich die Gesamtmenge an Umweltbelastungen auf, wenn man sie jeweils den letzten Verwendungszwecken zuweist? Wie hoch sind die Umweltbelastungen durch den privaten Verbrauch?

Alle drei Fragen stehen gleichwertig nebeneinander. Sie verdeutlichen, dass es in einem volkswirtschaftlichen System nicht sinnvoll ist, nach *einem* Verantwortlichen zu suchen. Wie das Bruttoinlandsprodukt als wirtschaftliche Leistung folgt auch die Belastung der Umwelt einem Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage, von Produktion und Verwendung.

Der Energieverbrauch und die damit ausgelösten CO₂-Emissionen können, in Analogie zur Darstellung der Einkommens- und Wertschöpfungsgrößen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, sowohl von der Entstehungs- als auch von der Verwendungsseite her betrachtet werden. Denn CO₂-Emissionen entstehen einerseits bei der Herstellung der Güter, zum Teil auch direkt bei den Konsumaktivitäten der privaten Haushalte (beispielsweise Raumheizung oder Individualverkehr), andererseits werden sie aber durch die Endnachfrage nach Gütern ausgelöst. Die Verwendungsseite bei den CO₂-Emissionen setzt sich – wie in Abbildung 3 dargestellt – zusammen aus den Komponenten Export (339,6 Mill. Tonnen) sowie der inländischen Verwendung (820,5 Mill. Tonnen). Letztere umfasst als wesentliche Positionen die Emissionen durch den Güterkonsum der privaten Haushalte (604,6 Mill. Tonnen), durch den Güterkonsum des Staates (69,9 Mill. Tonnen) sowie durch die Anlageinvestitionen (136,6 Mill. Tonnen). Die Aufkommenseite zeigt die direkten Emissionen. un-

Das Diagramm zeigt die Aufkommen- und Verwendungskette des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und der Bruttoverwendung (BV) in Deutschland im Jahr 1997. Die Y-Achse stellt die Werte in Milliarden Tonnen dar, mit Markierungen von 0 bis 1200.

Aufkommen (Produktion): Das Aufkommen setzt sich aus dem direkten Anteil (Produktion) und dem indirekten Anteil (Import) zusammen.

Kategorie	Wert (Mill. Tonnen)
Produktion (direkt)	651,2
Import (indirekt)	305,2
Gesamt Aufkommen	1 149

Verwendung (Verbrauch): Die Verwendung gliedert sich in die inländische Verwendung und die Exporte.

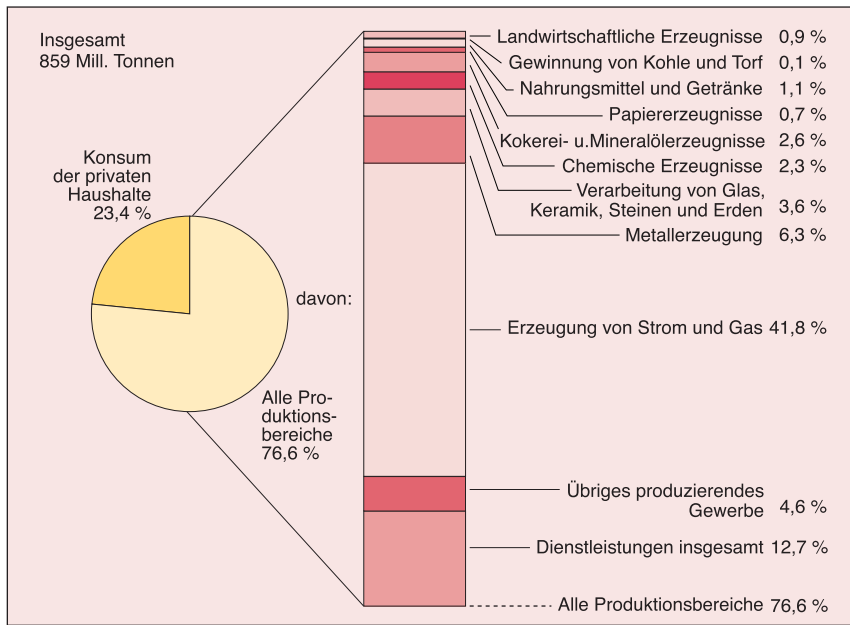
Kategorie	Wert (Mill. Tonnen)
Inländische Verwendung	820,5
Export	339,6
Gesamt Verwendung	1 160,1

Detaillierte Aufschlüsselung der inländischen Verwendung:

Kategorie	Wert (Mill. Tonnen)
Konsum der privaten Haushalte	203,7
Konsum des Staates	69,9
Konsum privater Organisationen	5,0
Konsum der privaten Haushalte (zusätzlich)	604,6
Vorratsveränderungen	3,7
Anlageinvestitionen	136,6

Die Summe der detaillierten Verwendungskategorien (203,7 + 69,9 + 5,0 + 604,6 + 3,7 + 136,6) ergibt 1 160,1 Mill. Tonnen, was dem Gesamtverbrauch entspricht.

Abb. 4: Direkte CO₂-Emissionen nach wirtschaftlichen Aktivitäten 2003



terteilt nach den Aktivitäten Produktion und Konsum der privaten Haushalte, sowie Emissionen, die bei der Herstellung der importierten Güter in der übrigen Welt (indirekte Emissionen) entstanden sind. Der durch wirtschaftliche Aktivitäten bedingte direkte Ausstoß von Kohlendioxid in Deutschland belief sich 2000 auf 854,9 Mill. Tonnen. Davon wurden 651,2 Mill. Tonnen (76,2 %) bei der Produktion von Waren und Dienstleistungen abgegeben und 203,7 Mill. Tonnen (23,8 %) entstanden direkt durch die Konsumaktivitäten der privaten Haushalte.

Bei den Produktionsbereichen, in denen die Treibhausgase unmittelbar entstanden sind, ergibt sich folgendes Bild (s. Abb. 4).

Die Verteilung der Emissionen nach den Produktionsbereichen zeigt deutliche Schwerpunkte. 76,6 % der gesamten direkten Emissionen 2003 wurden durch die Produktion von Waren und Dienstleistungen verursacht und 23,4 % durch den Konsum der privaten Haushalte. Darunter entfielen 63,9 % der gesamten Emissionen auf das Produzierende Gewerbe. 41,8 % stammten aus dem Produktionsbereich »Erzeugung von Strom und Gas«. Bei den CO₂-Emissionen dieses Produktionsbereichs handelt es sich vor allem um Emissionen bei der Stromerzeugung. Der Bereich »Metallerzeugung« folgt von der Größenordnung her mit 6,3 %, »Glas, Keramik, Verarbeitung von Steinen u. Erden« brachte 3,6 % aller Emissionen auf und auf »Chemische Erzeugnisse« entfielen 2,3 %. Der Anteil des Bereichs »Kokerei- und Mineralöler-

zeugnisse« belief sich auf 2,6 %. Zu berücksichtigen ist dabei, dass die rund 360 Mill. Tonnen CO₂-Emissionen des Produktionsbereichs »Erzeugung von Strom und Gas« aus seiner primären Funktion resultieren, fossile Energieträger in Strom umzuwandeln und an die anderen Produktionsbereiche zu liefern. Die Dienstleistungsbereiche zusammen hatten einen Anteil von 12,7 %.

Die Ozonschicht der Stratosphäre schützt die Erde vor vermehrter ultravioletter Strahlung der Sonne. Ohne schützende Ozonschicht würde die erhöhte ultraviolette Strahlung erhebliche negative Folgen auf das menschliche, tierische und pflanzliche Leben ausüben. Seit Anfang der 1980er-Jahre häufen sich die Meldungen über den Abbau des stratosphärischen Ozons in etwa 20 bis 30 Kilometer Höhe. Durch das In-Kraft-Treten des Montrealer Protokolls über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen, hat sich der Abbau der Ozonschicht verlangsamt. Nach Schätzungen von Atmosphären-Chemikern wird sich die Reduktion der Ozonschicht in den nächsten Jahren mit sinkender Geschwindigkeit fortsetzen, so dass frühestens mit einer Erholung der Ozonschicht in der oberen Stratosphäre in 10 Jahren zu rechnen sein wird.

Im Berichtsjahr 2003 wurden insgesamt 38 742 Tonnen ozonschichtschädigende und klimawirksame Stoffe verwendet. Bei den eingesetzten Stoffen handelt es sich überwiegend um Ausgangsstoffe für sonstige Mittel (29 719 Tonnen), die zur Herstellung anderer chemischer Erzeugnisse bestimmt sind und in der Produktion vollständig vernichtet oder umgewandelt werden. Rechnet man die Ausgangsstoffe von der Gesamtmenge ab, verbleiben 9 023 Tonnen potenziell emissionsrelevante Stoffe. Die Hauptmenge dieser Stoffe befindet sich überwiegend in geschlossenen Systemen, wie etwa in Kälte- oder Klimaanlage. Sie werden aber auch als Treibmittel für Aerosolerzeugnisse und bei der Verschäumung von Kunst- und Schaumstoffe sowie als Lösch- und Lösemittel eingesetzt.

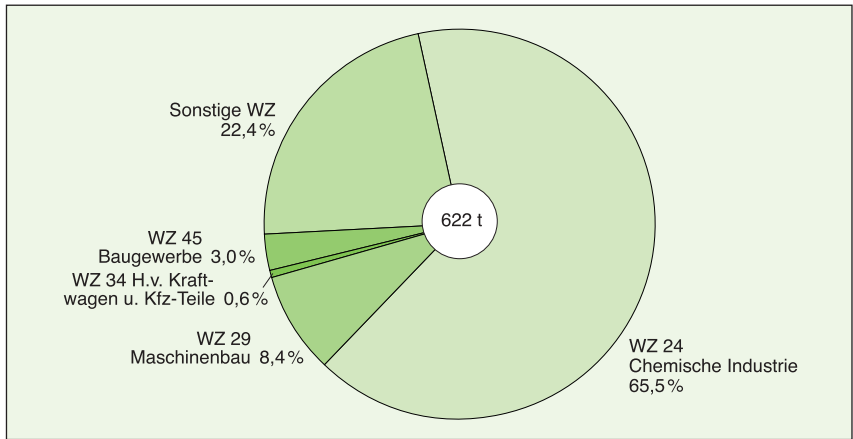
Die ozonschichtschädigende Wirkung wird mit Hilfe des Ozonabbaupotenzials ODP (Ozon Depletion Potential) ausgedrückt. Umgerechnet in ODP-gewichtete Tonnen

Tab. 3: Verwendung emissionsrelevanter Mengen an ozonschichtschädigenden und klimawirksamen Stoffen 2002 bis 2003, gegliedert nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig- gliederung (WZ 2003)	metrische Tonnen				ODP-gewichtete Tonnen			
	2002	2003	Veränderung	Veränd. in %	2002	2003	Veränderung	Veränd. in %
Insgesamt	9 341	9 023	- 318	- 3,4	622	305	- 316	- 50,9
WZ 24								
Chemische Industrie	1 840	1 210	- 630	- 34,2	407	79	- 329	- 80,7
WZ 29								
Maschinenbau	2 140	2 303	163	7,6	52	55	2	4,6
WZ 34 H. v. Kraftwagen- u. Kraftwagenteilen	3 185	3 299	114	3,6	4	3	- 1	- 25
WZ 45								
Baugewerbe	819	874	55	6,7	19	21	2	10,2
Sonstige WZ	1 357	1 338	- 19	- 1,4	139	148	9	6,5

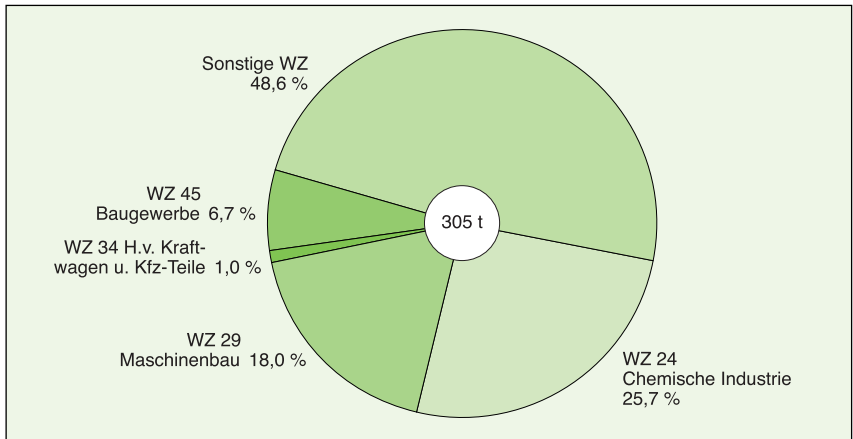
wurden im Jahr 2003 rund 305 Tonnen verwendet, gegenüber 622 Tonnen im Jahr 2002 (s. Tab. 3). Bei einer möglichen Freisetzung dieser Stoffe hätte sich gegenüber dem Vorjahr nahezu eine Halbierung der ozonschichtschädigenden Wirkung ergeben.

Abb. 5: Anteil an der Gesamtmenge in ODP-gewichteten Tonnen 2002 nach Wirtschaftszweigen¹



1 Wirtschaftsklassifikation 2003.

Abb. 6: Anteil an der Gesamtmenge in ODP-gewichteten Tonnen 2003 nach Wirtschaftszweigen¹



1 Wirtschaftsklassifikation 2003.

Die hohe Abnahme der Stoffe in ODP-gewichteten Tonnen erklärt sich durch den verstärkten Einsatz von Ersatzstoffen und Blends, die kein oder ein wesentlich geringeres Ozonzerstörungspotenzial aufweisen und zumeist auch weniger klimawirksam sind. So ging zum Beispiel der Einsatz des ozonschichtschädigenden Stoffes R 12 (Dichlordifluormethan), der hauptsächlich in Sprays als Treibmittel Verwendung findet um 91 % zurück, während der Einsatz des verwendeten Ersatzstoffes R 134a (1,1,1,2-Tetrafluorethan) im Vergleich zum Vorjahr um 58 % stieg.

Die Verteilung der verwendeten emissionsrelevanten Mengen nach Wirtschaftszweigen (WZ) zeigt deutliche Schwerpunkte. Bezogen auf die eingesetzte Gesamtmenge entfielen 2003 auf den WZ 34 »Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagen teilen« knapp 37 %, das ist eine leichte Steigerung von 3,6 % zu 2002. Etwa 26 % stammen aus dem Wirtschaftsbereich »Maschinenbau«, der ebenfalls einen Anstieg von 7,6 % im Jahr 2003 aufzeigt. Der Anteil der »Chemischen Industrie« liegt 2003 bei rund 13 % und weist einen klaren Rückgang von 34,2 % zu 2002 auf. Wird wiederum der Gesamtanteil der WZ nach ODP-gewichteten Tonnen betrachtet, nimmt der Bereich »Sonstige Wirtschaftszweige« gut 49 % im Jahr 2003 ein, das ist eine Steigerung von 6,5 %. Zurückzuführen ist dies auf den WZ 35 »Sonstiger Fahrzeugbau«, der alleine 44 % an der Gesamtmenge der »Sonstigen Wirtschaftszweige« ausmacht.

In der »Chemischen Industrie« ist 2003 ein deutlicher Rückgang der anteiligen Gesamtmenge nach ODP-gewichteten Tonnen zu verzeichnen. 2002 nahm dieser Bereich rund 66 % der Gesamtmenge ein und sank 2003 auf fast 26 % ab.

19.2.3 Abfall

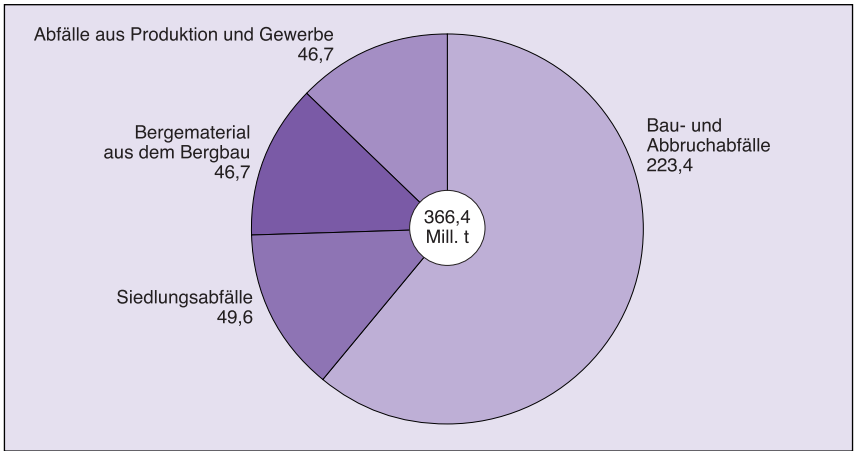
Abfallaufkommen

Das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz fordert in erster Linie die Vermeidung von Abfällen. In zweiter Linie ist die stoffliche oder energetische Verwertung der Beseitigung von Abfällen immer vorzuziehen.

Um die Effektivität dieser umweltpolitischen Strategie bemessen zu können, wird, basierend auf den durchgeführten Abfallstatistiken, ein Gesamtaufkommen aller entsorgten Abfälle in Deutschland berechnet. Die Abfallgruppen Siedlungsabfälle, Bau- und Abbruchabfälle, Bergematerial aus dem Bergbau, Abfälle aus Produktion und Gewerbe und die besonders überwachungsbedürftigen Abfälle wurden als Eckpfeiler des Gesamtaufkommens definiert.

Im Jahr 2003 wurden 366,4 Mill. Tonnen Abfälle an Entsorgungsanlagen angeliefert. Wie in Abbildung 7 zu sehen ist, macht die Menge der Bauabfälle mit 61 % fast zwei Drittel des Abfallaufkommens in Deutschland aus. Wurden im Jahr 2001 noch 251,3 Mill. Tonnen Bau- und Abbruchabfälle an Entsorgungsanlagen angeliefert, waren es im Folgejahr nur rund 241 Mill. Tonnen. Im Jahr 2003 sank die Menge weiter auf 223,4 Mill. Tonnen. Der rückläufige Trend bei der entsorgten Abfallmenge hängt hauptsächlich mit der sinkenden Bautätigkeit und dem damit verbundenen Rückgang der Bau- und Abbruchabfälle zusammen.

Abb 7: Zusammensetzung des Abfallaufkommens im Jahr 2003

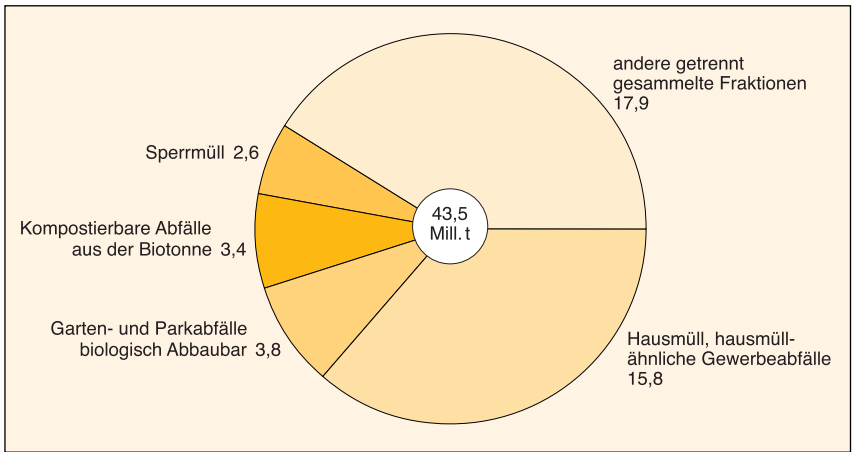


Siedlungsabfälle

Die Siedlungsabfälle, die mit einer Summe von 49,6 Mill. Tonnen im Jahr 2003 immerhin 13,5 % des Aufkommens bilden, beinhalten die Abfallmengen aus Haushalten (s. Abb. 8) und die anderen Siedlungsabfälle.

Im Jahr 2003 betrugen die Haushaltsabfälle rund 43,7 Mill. Tonnen. An der mengenmäßigen Entwicklung der Haushaltsabfälle können Veränderungen im Verhalten der privaten Endverbraucher festgestellt werden. Haushaltsabfälle sind zum Beispiel

Abb. 8: Haushaltsabfälle (ungefährlich) 2003



hausmüll- und hausmüllähnliche Gewerbeabfälle, die über die öffentliche Müllabfuhr eingesammelt werden, Sperrmüll, kompostierbare Abfälle aus der Biotonne und getrennt gesammelte Fraktionen. In den Jahren 1999 bis 2003 nimmt die entsorgte Menge der getrennt gesammelten Abfallfraktionen immer mehr zu von 12,8 Mill. Tonnen im Jahr 1999 auf 17,9 Mill. Tonnen in 2003, dass sind 41 % der gesamten Haushaltsabfälle. Daraus kann geschlossen werden, dass sich das Bewusstsein der Bevölkerung im Hinblick auf die Wiederverwertbarkeit der Abfälle geschärft hat und der Trend zur verstärkten Abfalltrennung der Haushaltsabfälle geht.

Im Jahr 2003 wurden in Deutschland 529 kg Haushaltsabfälle pro Einwohner an Abfallanlagen angeliefert. Im Vergleich zu den Vorjahren ist der über die öffentliche Müllabfuhr eingesammelte Hausmüll von 209 kg pro Einwohner im Jahr 1999 auf 192 kg pro Einwohner im Jahr 2003 zurückgegangen. Die entsorgte Menge an Sperrmüll ist seit 1999 relativ konstant mit durchschnittlich 34 kg pro Einwohner und Jahr.

Tab. 4: Siedlungsabfallaufkommen
Kilogramm je Einwohner

	1999	2000	2001	2002	2003
Siedlungsabfälle	604	609	599	636	601
darunter Haushaltsabfälle zusammen (ungefährlich)	441	457	440	562	529
davon					
Haushmüll, hausmüllähnliche Gewerbeabfälle über die öffentliche Müllabfuhr eingesammelt	209	219	200	207	192
Sperrmüll	37	31	32	36	32
Kompostierbare Abfälle aus der Biotonne	39	43	46	42	42
Garten- und Parkabfälle biologisch abbaubar	.	.	.	50	47
Andere getrennt gesammelte Fraktionen zusammen	156	164	162	227	217
nachrichtlich: Einwohner zum Jahresende (1 000)	82 163	82 260	82 440	82 537	82 532

1 Daten teilweise mit Hamburg 1999.

2 Für 2002 erfolgten Verschiebungen durch die Einführung des Europäischen Abfallverzeichnisses insbesondere innerhalb der Siedlungsabfälle.

. Zahlenwert unbekannt.

Die anderen Siedlungsabfälle mit 5,7 Mill. Tonnen im Jahr 2003 sind zum größten Teil hausmüllähnliche Gewerbeabfälle, die nicht über die öffentliche Müllabfuhr eingesammelt werden, kleine Mengen an nicht biologisch abbaubaren Garten- und Parkabfällen sowie Straßenreinigungs- und Marktabfälle.

Einsammlung von Verpackungen

Die eingesammelten Verpackungen sind ein Teil des oben genannten, an Entsorgungsanlagen gelieferten Abfallaufkommens. Es wird unterschieden zwischen

Tab. 5: Einsammlung von Verpackungen von 1996 bis 2004
in 1 000 Tonnen

Jahr Verpackungsarten	eingesammelte Menge insgesamt	Verbleib		
		bei Sortier- anlagen	bei Verwerter- betrieben	sonstiger Verbleib
	1 000 t			
Insgesamt 1996	9 265	6 114	3 095	56
Insgesamt 1997	9 878	6 542	3 319	17
Insgesamt 1998	10 303	6 668	3 620	15
Insgesamt 1999	10 822	7 081	3 720	21
Insgesamt 2000	11 313	7 511	3 792	10
Insgesamt 2001	11 111	7 313	3 792	6
Insgesamt 2002	11 128	7 550	3 573	5
Insgesamt 2003	10 812	7 123	3 681	8
Insgesamt 2004 ¹	10 622	6 853	3 769	–
Transport-, Um- und Verkaufsverpackungen, bei Gewerbe und Industrie eingesammelt 2004				
Zusammen	4 655	2 143	2 512	–
für nicht schadstoff- haltige Füllgüter	4 650	2 142	2 508	–
Glas	96	37	60	–
Papier, Pappe, Karton	3 076	1 312	1 763	–
Metalle	128	23	105	–
Kunststoffe	243	99	144	–
Holz	412	143	269	–
Verbunde	38	8	30	–
sonstige Materialien	657	520	137	–
für schadstoffhaltige Füllgüter	5	1	4	–
Verkaufsverpackungen, bei privaten Endverbrauchern eingesammelt 2004				
Zusammen	5 967	4 710	1 257	–
davon:				
Leichtstoff-Fractionen	2 197	2 197	x	–
Papier, Pappe, Karton	1 451	1 237	214	–
Glas	2 234	1 240	994	–
Kunststoffe	33	15	18	–
Metalle	44	17	26	–
Verbunde	8	5	4	–

1 Vorläufiges Ergebnis.

den bei den privaten Endverbrauchern eingesammelten Verkaufsverpackungen, die gleichzeitig zu den genannten, getrennt eingesammelten Fraktionen der Haushaltsabfälle zählen, und den Transport- und Umverpackungen, die den Abfällen aus Produktion und Gewerbe zugeschlagen werden.

In Tabelle 5 wird die getrennte Einsammlung von Verpackungen dargestellt. Verpackungen belasten die Umwelt bei der Produktion, beim Transport und anschließend bei ihrer Entsorgung. Mit der vorgeschriebenen getrennten Einsammlung von Verpackungen soll die weitgehende Wiederverwertung der Verpackungsmateria-

lien sichergestellt werden. Dadurch werden einerseits Rohstoffe und Energie eingespart, andererseits gehen die Haus- und Gewerbemüllmengen zurück. Der größte Teil (65 % im Jahr 2004) der getrennt eingesammelten Verpackungen wird in Sortieranlagen sortiert, um anschließend verwertet werden zu können. Das ist insbesondere bei den im Dualen System durch Gelbe Säcke oder Container gesammelten Gemischen von verschiedenen Verpackungsmaterialien (diese stellen den überwiegenden Teil der Leichtstoff-Fraktionen) erforderlich, um eine sinnvolle Verwertung zu ermöglichen. Aber auch bereits getrennt eingesammelte Materialien, wie zum Beispiel Altglas, werden in speziellen Verfahren nachsortiert. Immerhin 35 % der im Jahr 2004 eingesammelten Verpackungen konnten ohne weitere Sortierung an Verwerterbetriebe geliefert werden.

In den letzten vier Jahren bis 2004 ist das Gesamtgewicht der eingesammelten Verpackungen leicht rückläufig. Ursache für den Rückgang ist insbesondere ein zunehmender Wechsel von schweren Glasverpackungen hin zu leichten Kunststoffverpackungen, sowie eine ab 2004 angepasste Berechnungsgrundlage der Anteile an Verpackungen aus Papier und Pappe, die in den Depotcontainern enthalten sind.

19.2.4 Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen

Die Erhebung umfasst Unfälle beim Umgang und bei der Beförderung wassergefährdender Stoffe. Unter Umgang ist das Lagern, Abfüllen, Umschlagen, Herstellen, Behandeln und Verwenden einschließlich des innerbetrieblichen Transports zu verstehen. Im Jahr 2004 ereigneten sich in Deutschland 2340 Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen. Dabei wurde ein Volumen von 5518 Kubikmeter freigesetzt, wovon 3754 Kubikmeter nicht wiedergewonnen werden konnten, d.h. in der Umwelt verblieben. In der Mehrzahl der Unfälle (70 %) waren Stoffe der Wassergefährdungsklasse 2 betroffen. Dazu gehören zum Beispiel Heizöl, Benzin und Dieselmotortreibstoff. Sie bildeten jedoch nur 22 % des freigesetzten Volumens. Stark wassergefährdende Stoffe mit Wassergefährdungsklasse 3 wie Altöle, Rohbenzin und Quecksilber wurden bei 11 % der Unfälle freigesetzt. Der Anteil der schwach wassergefährdenden Stoffe (Wassergefährdungsklasse 1) wie schweres Heizöl, Methanol und schweflige Säure betrug 8 %. Einen Anteil von 49 % am freigesetzten Volumen, aber nur 11 %

Tab. 6: Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen
(Freigesetztes und nicht wiedergewonnenes Volumen)

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
<i>Anzahl</i>						
Unfälle	2630	2620	2514	2357	2023	2340
<i>m³</i>						
Freigesetztes Volumen	6980	6829	5026	4705	5733	5518
Nicht wiedergewonnenes Volumen	4589	2516	2571	3323	4261	3754
Prozent	66	37	51	71	74	68

der Unfälle bildeten Stoffe mit unbekannter Wassergefährdungsklasse. Hierin sind mehrere Unfälle mit größeren Mengen Gülle, Jauche oder Silagesickersaft enthalten, die nicht in Wassergefährdungsklassen eingestuft werden. Insgesamt beliefen sich die Kosten der Maßnahmen zur Schadensbegrenzung auf 12,6 Mill. Euro.

19.3 Umweltzustand

Eine besonders schwierige Aufgabe ist es, die durch umweltbelastende Aktivitäten verursachten Umweltveränderungen statistisch zu erfassen. Zwar liegen vielfältige Einzelinformationen aus Messnetzen, Verwaltungsunterlagen und Forschungsprojekten vor, aber gleichzeitig fehlen in der Regel bundesweit einheitlich erfasste und aussagekräftige Daten für diesen Bereich. Daher wurden Methoden für eine systematische Umweltbeobachtung in ausgewählten Regionen bzw. durch repräsentative Stichprobenerhebungen erarbeitet. Hierzu zählt u.a. das vom Statistischen Bundesamt entwickelte Konzept einer »Ökologischen Flächenstichprobe«, mit deren Hilfe für das gesamte Bundesgebiet Zustand und Entwicklung der Qualität von Landschaft und Ökosystemen – insbesondere auch hinsichtlich der Biodiversität – ermittelt werden können. Allerdings konnten diese Konzepte bisher noch nicht eingesetzt werden, sodass entsprechende Informationen zum Umweltzustand in Deutschland weiterhin nicht im erwünschten Maße vorhanden sind. Die nachfolgenden Kapitel beleuchten insofern nur einzelne Aspekte von Zustandsveränderungen hinsichtlich spezieller Fragestellungen, die zu Beginn der 1980er-Jahre besonders dringlich erschienen und deren statistische Erfassung daher frühzeitig in Angriff genommen wurde.

19.3.1 Waldschäden

Seit Ende der 1970er-Jahre wurden in Deutschland zunehmend flächenhafte Waldschäden registriert, die sich nicht mehr ausschließlich auf natürliche Ursachen wie Schädlingsbefall, Windwurf, Schneebruch, Wildschäden und sonstige bekannte Ursachen zurückführen ließen.

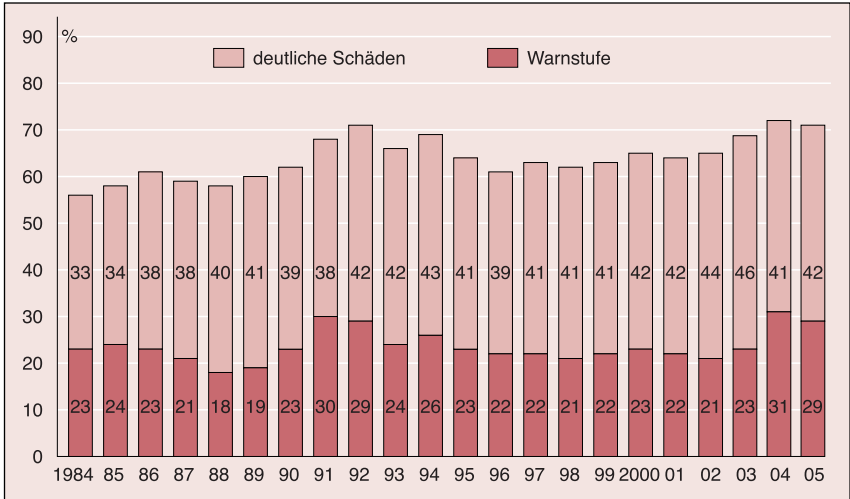
Zur Beurteilung des Zustandes der Wälder werden seit 1984 jährlich Waldschadenserhebungen durch die Landesforstverwaltungen durchgeführt. Um die Schadensentwicklung über lange Zeiträume beobachten und den Umfang der Schäden vergleichen zu können, sind die Abgrenzungen nach verschiedenen Schadensklassen bis heute beibehalten worden, wenngleich die einzelnen Schadstufen nach der Entlaubung/Entnadelung bzw. Vergilbung inzwischen differenzierter betrachtet werden.

Nach den jährlichen Waldzustandsberichten der Bundesregierung sind die Ursachen für diese Schäden vielschichtig. Neben den Dauerbelastungen durch Luftschadstoffe und aufgrund von Standortfaktoren beeinflussen auch andere Faktoren, etwa Witterungsextreme wie Trockenperioden oder Temperaturstürze sowie unterschiedlicher Befall mit Schadorganismen den jeweiligen Kronenzustand der Waldbäume.

In den letzten 20 Jahren hat sich das Wissen über die Waldökosysteme und über das Ausmaß ihrer Belastung sowie über die Auswirkungen der Luftverunreinigung auf unsere Wälder deutlich erweitert. Zahlreiche Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität führten zu gesünderen Wäldern. Jedoch sind 20 Jahre für das Leben des Waldes eine relativ geringe Zeitspanne und die erfolgreiche Schadstoffreduzierung in der Luft bedeutet nicht gleichzeitig auch eine Reduzierung der über viele Jahrzehnte angesammelten Schadstoffeinträge in die Böden. Damit die Wälder angesichts der sich ändernden Klimabedingungen mit immer häufiger werdenden Extremwetterbedingungen wie Orkane, Hochwasser wie im Sommer 2002, oder Trockenheit wie im Sommer 2003 ohne größere Schäden überstehen können, müssen weitere Anstrengungen unternommen werden, um die Wälder gesünder und damit widerstandsfähiger zu machen.

Unbesehen aller regionalen und baumartenspezifischen Unterschiede zeigen die Ergebnisse der Waldschadenserhebung der letzten Jahre, dass sich die seit 1991 zu beobachtende allmähliche Verbesserung des Kronenzustandes nicht weiter fortsetzen konnte. Die deutlichen Schäden sind von 30 % im Jahr 1991 auf 21 % im Jahr 1998 zurückgegangen. Eine weitere Reduzierung konnte seitdem nicht erreicht werden, im Jahr 2005 lag der Anteil bei 29 %. 42 % der Waldfläche war 2005 schwach geschädigt (Warnstufe), ohne erkennbare Schadmerkmale waren 29 %. Die Waldschadenserhebung belegt zudem, dass ältere Bäume von Kronenverlichtungen wesentlich stärker betroffen sind als junge.

Abb. 9: Flächenanteil der Waldschadensstufen 1984–2005¹



1 Ergebnis der Waldschadenserhebung (Ermittlung der Landesforstverwaltungen). Der Gesundheitszustand wird durch Beobachtung der Baumkronen während der Vegetationszeit ermittelt.

Quelle: Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft.

Für einzelne Baumarten stellen sich die Schadmerkmale recht unterschiedlich dar: Nach einer anfänglichen Verschlechterung des Zustandes Anfang der 1990er-Jahre (1992: 30 %) und einer darauf folgenden Verbesserung (1996: 22 %), stagnierten die deutlichen Schäden bei der *Fichte* in den Folgejahren (bis 2003) auf einem Niveau um 25 % und erreichten 2004 mit 35 % ihren bisher höchsten Wert. Im Jahr 2005 hat sich der Flächenanteil um vier Prozentpunkte verringert und liegt nun bei 31 %.

Bei der *Kiefer* hat der Anteil der deutlichen Schäden von 1991 bis 1998 kontinuierlich abgenommen und mit 10 % das niedrigste Niveau aller Baumarten erreicht. Aber auch hier konnte sich die Entwicklung nicht fortsetzen. Der Anteil der Kiefernfläche mit deutlichen Schäden hat gegenüber dem Vorjahr um zwei Prozentpunkte auf 19 % im Jahr 2005 zugenommen. Die Kiefer bleibt aber die Baumart mit dem geringsten Schädigungsanteil in den Schadstufen 2–4.

Die *Buche* ist mit 15 % Anteil an der Waldfläche die am weitesten verbreitete Laubbaumart in Deutschland. Nachdem der Anteil deutlich geschädigter Bäume über einen längeren Zeitraum (bis 2003) um 30 % lag, stieg er im Jahr 2004 auf 55 % und ging jetzt wieder auf 44 % (2005) zurück.

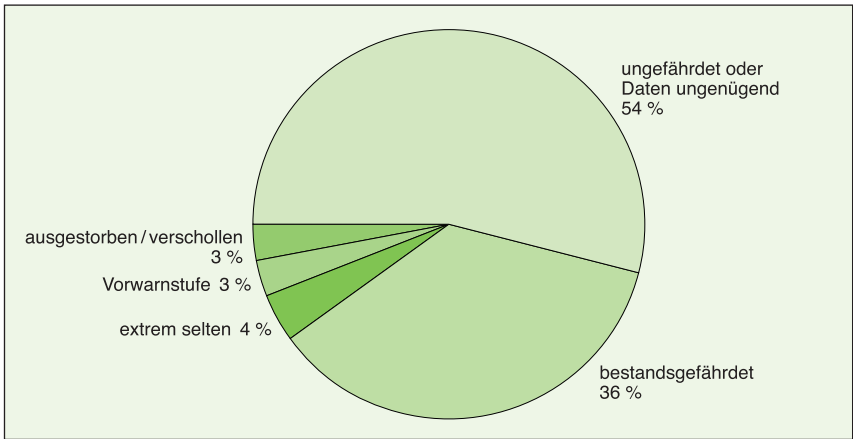
Von wenigen Ausnahmen abgesehen hat die Kronenverlichtung bei der *Eiche* bis zum Jahr 1996 (47 %) ständig zugenommen (1984: 9 %). Die Eiche entwickelte sich zu der am meisten geschädigten Baumart. Seit dem Jahr 1997 war eine kontinuierliche Verbesserung des Kronenzustandes der Eichen zu vermerken (2002: 29 %). Auch hier ist jedoch in den Folgejahren wieder eine deutliche Verschlechterung eingetreten. Der Anteil der Eichen mit deutlichen Schäden stieg über 39 % (2003) und 45 % (2004) auf einen neuen Höchststand von 51 % im Jahr 2005.

19.3.2 Gefährdete Tiere und Pflanzen

Artengefährdung und -vernichtung resultieren meist aus der Veränderung oder Zerstörung der natürlichen Lebensräume. Besonders bedroht sind Gebiete, die aufgrund ihrer besonderen Standortbedingungen ohnehin einen geringen Raum einnehmen (beispielsweise Feuchtgebiete und Trockenrasen). Während die Landwirtschaft in früheren Jahrhunderten wesentlich zur Entstehung und Pflege einer hohen Artenvielfalt beigetragen hat, wurde sie in den letzten 40 Jahren zu einem Hauptverursacher der Artenverarmung. Die Gründe liegen in der Veränderung nährstoffarmer, trockener oder nasser Standorte hin zu für die Landwirtschaft besser geeigneten mittleren Standorteigenschaften, in Flurbereinigungsmaßnahmen und in der Nutzungsintensivierung durch Düngung oder den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln. Des Weiteren werden naturnahe Lebensräume und wildlebende Arten durch Straßenbau und Verkehr, durch Siedlungsbau, den Tourismus oder durch Landschaftseingriffe bei der Rohstoffgewinnung gefährdet und dezimiert.

Der aktuelle Gefährdungsgrad von Lebensräumen, von Tieren, Pflanzen, Pilzen oder Flechten wird in Deutschland seit mehr als 20 Jahren durch so genannte »Rote Listen« dokumentiert, die in größeren Abständen (etwa alle 10 Jahre) vom Bundesamt für

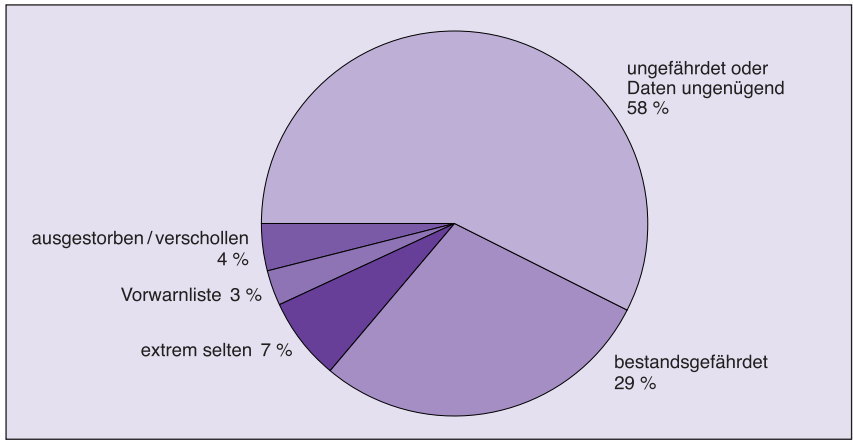
Abb. 10: Gefährdung von Tierarten



Naturschutz bearbeitet und veröffentlicht werden. Als Bezug und Vergleichsmaßstab für die Bewertung der aktuellen Gefährdung dienen die Artenvorkommen aus der Mitte des 19. Jahrhunderts. Die Listen basieren vor allem auf der Einschätzung vieler, meist ehrenamtlicher Experten für die verschiedenen Lebensraumtypen, Regionen und Artengruppen, also nicht auf einer standardisierten Erhebung des Statistischen Bundesamtes.

Global gesehen zählt Deutschland aufgrund seiner naturräumlichen Bedingungen zu den artenärmeren Gebieten.

Abb. 11: Gefährdung von Pflanzenarten



Für die Aufstellung der Roten Liste der Pflanzen (letzter Stand 1996) wurden 13 907 Arten und damit etwa die Hälfte der 28 000 heimischen Pflanzenarten bewertet. Tabelle 7 zeigt den Gefährdungsgrad einiger Artengruppen. Von den Farn- und Blütenpflanzen gelten 27 % als bestandsgefährdet, von den Moosen und den Algen (insgesamt 2 653 untersuchte Algenarten) 35 % (mit einer besonders hohen Bestandsgefährdung von 73 % bei den Armleuchteralgen). Flechtenarten sind zu 44 % im Bestand gefährdet. In der Roten Liste der Tiere wurden von geschätzten 49 000 heimischen Tierarten (inkl. Einzeller) rund 15 850 Arten hinsichtlich ihrer Gefährdung bewertet (Stand 1998). Mit

Tab. 7: Tier- und Pflanzenarten nach dem Grad ihrer Gefährdung

Systematische Gruppe	Daten-stand	Unter-suchte Arten (Arten-zahl)	Gefährdung		extrem selten	Vor-warn-liste	Ungefährdet oder Daten ungenügend
			ausge-storben/ver-schollen	be-stands-gefähr-det ¹			
			in %				
Pflanzen und Pilze insg. darunter	1996	13907	4	29	7	3	58
Farn- und Blütenpflanzen		3001	2	27	3	6	63
Moose		1121	5	35	6	15	40
Flechten		1691	11	44	6	–	39
Armlauchteralgen		40	13	73	5	–	10
Großpilze		4385	1	23	9	–	68
Tiere	1998	15850	3	36	4	3	54
Säugetiere		100	13	33	5	8	41
Brutvögel		256	6	27	11	7	49
Kriechtiere		14	0	79	0	0	21
Lurche		21	0	62	5	10	24
Fische/Rundmäuler (Meerwasser)		207	2	19	6	0	73
Fische/Rundmäuler (Süßwasser)		70	6	64	4	0	26
Großschmetterlinge		1450	2	31	5	10	51
Käfer ²		5984	4	41	1	0,3	54

1 Beinhaltet die Gefährdungskategorien: Vom Aussterben bedroht, stark gefährdet, gefährdet, Gefährdung anzunehmen.

2 Ohne Lauf- und Sandlaufkäfer.

Quelle: Nach Bundesamt für Naturschutz (BfN): Daten zur Natur 2004.

54 % gelten etwas mehr als die Hälfte der untersuchten Gruppen als ungefährdet (bzw. es liegen keine ausreichenden Daten zur Bewertung vor). 3 % sind ausgestorben oder verschollen, 36 % gelten als (nach unterschiedlichen Kategorien) gefährdet und 3 % stehen in einer Vorwarnliste. Weitere 4 % sind generell sehr selten anzutreffen. Weitere Differenzierungen nach Tierartengruppen sind der Tabelle 7 zu entnehmen. Besonders gefährdet sind Kriechtiere und Lurche, aber auch Süßwasserfische.

Obwohl bei der Bestandssicherung bedrohter Pflanzen- und Tierarten in Einzelfällen Erfolge verzeichnet werden konnten, ist eine generelle Trendwende nicht in Sicht. Von den 21 Themen der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung für Deutschland befasst sich auch einer der Indikatoren mit der Artenvielfalt. Er stützt sich auf die Bestandsentwicklung von 51 Vogelarten, die stellvertretend für den Zustand in der gesamten Landschaft genommen werden. Bezogen auf die Situation zu Anfang der 1970er Jahre (Index 100) sank die Vielfalt danach bis zum Jahr 2002 um 28 %, wobei der größte Rückgang bereits bis zum Jahr 1990 stattgefunden hat (Bundesregierung 2005: Wegweiser Nachhaltigkeit 2005). Es besteht das politische Ziel, bis zum Jahr 2015 wieder den Wert der 1970er-Jahre zu erreichen.

19.3.3 Gesundheitsbeeinträchtigungen der Bevölkerung

Die Zusammenhänge zwischen Umweltfaktoren und der Gesundheit und Lebensqualität sind komplex und werden maßgeblich durch eine Vielzahl von weiteren Faktoren wie der sozialen Lage und dem individuellen Lebensstil beeinflusst. Eindeutige Nachweise von ursächlichen Zusammenhängen zwischen Umweltbelastungen und spezifischen Gesundheitsbeeinträchtigungen sind daher selten. Zudem lassen sich die Wechselwirkungen verschiedener umweltbedingter Risikomerkmale und ihr Einfluss auf die gesundheitliche Lage mit den derzeit verfügbaren Methoden nicht angemessen erfassen.

Im Folgenden soll daher vorwiegend auf umweltbedingte Gesundheitsrisiken eingegangen werden, über die gesicherte Erkenntnisse vorliegen.

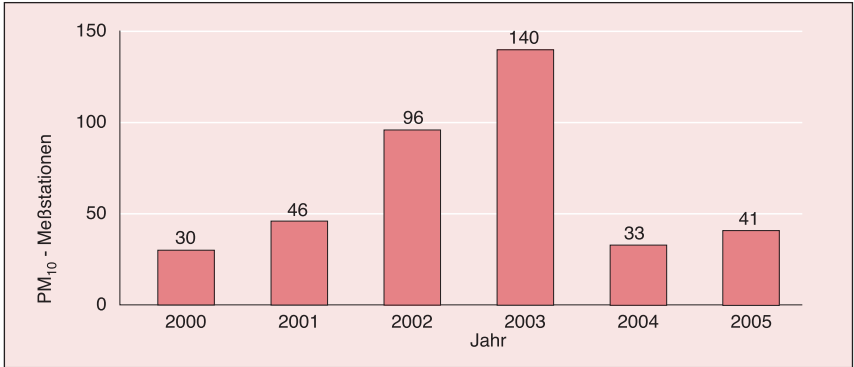
Der Gesundheitsbericht für Deutschland, der 2006 vom Robert Koch-Institut herausgegeben wird, nennt hierzu vor allem Belastungen von Außen- und Innenraumlufte, Lärm, Strahlung und die Schadstoffbelastung.

Luftqualität

Im Hinblick auf die menschliche Gesundheit ist die Belastung der Außenluft mit Schadstoffen wie Feinstaub und Ozon von besonderem Interesse. Epidemiologische Studien haben insbesondere für den Feinstaub (PM₁₀, Schwebstaubpartikel mit einem Durchmesser unter 10 µm) gesundheitsschädliche Wirkungen nachweisen können. Besonders bei alten Menschen und Personen mit Atemwegs- oder Herz-Kreislaufkrankungen kann Feinstaub zu einer Zunahme der Beschwerden und einer erhöhten Sterblichkeit führen. Bedingt durch Verbesserungen in der Verbrennungs- und Filtertechnik ist die Belastung mit Schwebstaub insgesamt im letzten Jahrzehnt zurückgegangen. Der relative Anteil der gesundheitsrelevanten Staubanteile am gesamten Schwebstaub hat sich dadurch jedoch erhöht. Der seit 2005 bundesweit gültige Grenzwert von 40 µg/m³ PM₁₀ im Jahresmittel und der Grenzwert von 50 µg/m³ im Tagesmittel, der maximal an 35 Tagen pro Jahr überschritten werden darf, kann momentan in vielen Ballungsgebieten noch nicht eingehalten werden.

Zu den wichtigsten Schadstoffen der Innenraumlufte gehören Tabakrauch, natürliche Allergene wie Schimmelpilzsporen und Hausstaubmilbenexkremente sowie Stoffe, die

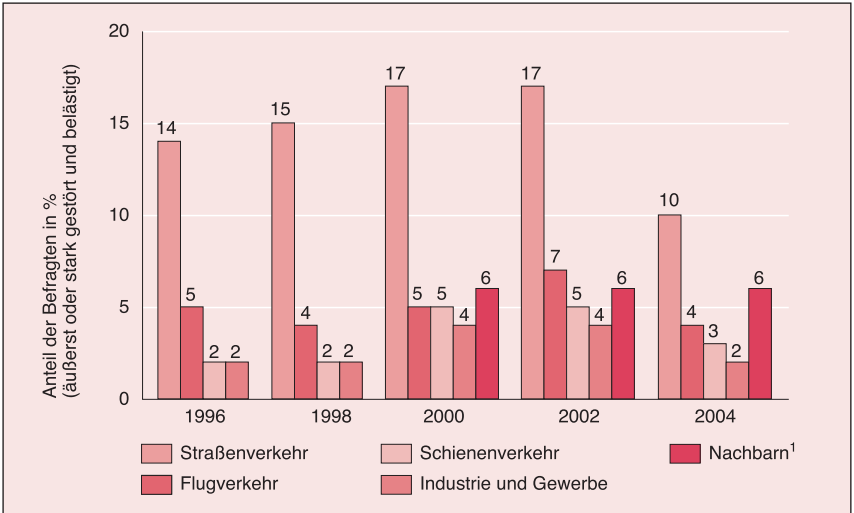
Abb. 12: Anzahl der PM₁₀-Messstationen, an denen der seit 1. 1. 2005 geltende Tagesmittelwert von 50 µg/m³ PM₁₀ an mehr als 35 Tagen überschritten wurde



Quelle: Umweltbundesamt, 2006 (<http://www.env-it.de/luftdaten/start.fwd>).

beispielsweise aus Bauprodukten oder Einrichtungsgegenständen freigesetzt werden. Insbesondere Kinder sollten vor der Belastung mit Tabakrauch in Innenräumen geschützt werden. Den Ergebnissen des Umweltsurveys 1998 zufolge leben ca. 50 % der Kinder in Deutschland in Haushalten, in denen mindestens eine Person raucht.

Abb. 13: Lärmbelästigung durch verschiedene Lärmquellen



1 Änderung des Befragungsinstrumentes zwischen 1998 und 2000.

Daneben ist in einigen Regionen Deutschlands die Innenraumluft mit radioaktivem Radon belastet, was erhebliche Folgen haben kann. So stellt Radon in Innenräumen nach dem Zigarettenrauch die zweithäufigste Ursache für Lungenkrebs in Europa dar.

Lärm

Der Lärm von Autos, Eisenbahnen und Flugzeugen schränkt die Lebensqualität vieler Menschen erheblich ein. Hohe Lärmbelastungen können aber auch ein Risiko für die Gesundheit darstellen. Der Verkehrslärm gehört mittlerweile zu den größten Umweltproblemen in unserem dicht besiedelten und verkehrsreichen Land. Jeder zehnte Deutsche fühlt sich durch Verkehrslärm belastigt. Erhöhte Lärmpegel können beispielsweise zu Schlafstörungen, Stress und Konzentrationsschwächen führen. Darüber hinaus kann eine lang andauernde Lärmbelastung das Risiko für Herz-Kreislauf-erkrankungen erhöhen.

Strahlung

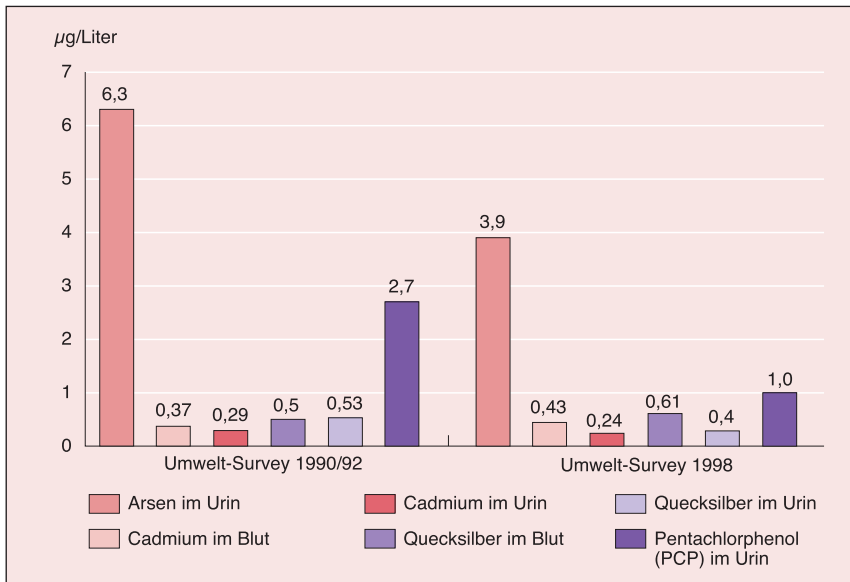
Die Belastung der Bevölkerung mit UV-Strahlung hat sich durch vermehrtes Sonnenbaden und die zunehmende Nutzung von Solarien kontinuierlich erhöht. Dies hat mit zur Steigerung der Hautkrebsrate beigetragen. Wahrscheinlich ist auch die verbesserte Erfassung neuer Hautkrebsfälle in den Krebsregistern für einen Teil des beobachteten Anstiegs verantwortlich.

Sowohl durch natürliche Strahlung (kosmische Strahlung, radioaktive Stoffe in der Erdkruste, Anteile des UV-Lichts) als auch zivilisatorisch bedingte bzw. zivilisatorisch veränderte Strahlenquellen (medizinische und technische Anwendungen) ist jeder Mensch ständig einer bestimmten Dosis hoch energetischer (ionisierender) Strahlung ausgesetzt. Ionisierende Strahlen können Schäden am Erbgut der Zellen verursachen und sind potenziell Krebs erregend. Die mittlere effektive Dosis beträgt für die natürliche wie zivilisatorisch bedingte bzw. veränderte Strahlung jeweils etwa die Äquivalentdosis von zwei milli-Sievert (mSv) pro Jahr und blieb somit gegenüber dem Vorjahr unverändert. Insgesamt machte die Strahlenbelastung durch Röntgendiagnostik und Nuklearmedizin mit 1,9 mSv den Hauptteil der zivilisatorisch bedingten Dosis aus. Die Beiträge anderer zivilisatorischer Strahlenquellen sind sehr gering.

Schadstoffbelastung der Bevölkerung

Über die Nahrung, die Atemluft oder direkten Kontakt gelangt täglich eine Vielzahl unterschiedlichster Chemikalien in den Organismus. Die gesundheitlichen Wirkungen eines Großteils der heute verwendeten chemischen Substanzen sind allerdings nur wenig erforscht. Betrachtet man jene Chemikalien und Schwermetalle, deren potenziell schädliche Wirkung hinreichend erforscht ist, so ist bei etwa 99 Prozent der Bevölkerung derzeit kein Gesundheitsrisiko zu befürchten, ausgenommen sind krebs-erregende Substanzen. Bei verschiedensten weiteren Chemikalien (z.B. hormonell wirksame Substanzen, bestimmte Krebs erregende Stoffe) sind die Effekte allerdings noch nicht genügend bekannt, um eine Bewertung vorzunehmen. Die körperliche Schadstoffbelastung der Bevölkerung mit Blei, Cadmium, Quecksilber und Penta-chlorphenol (PCP) hat in den letzten zehn bis zwanzig Jahren deutlich abgenommen.

Abb. 14: Korporale Belastung mit Arsen, Cadmium und Quecksilber ($\mu\text{g/l}$) der deutschen 25–69-jährigen Bevölkerung der Jahre 1990/92 und 1998



Quelle: Umweltbundesamt.

19.4 Umweltschutz

19.4.1 Internationales Umweltrecht

Die Bedrohung der natürlichen Lebensgrundlagen durch Umweltverschmutzung macht vor Ländergrenzen nicht Halt und ist ein internationales Problem. Deshalb bleibt auch der Erfolg räumlich begrenzter Umweltschutzmaßnahmen beschränkt. Die Europäische Union trug diesem Tatbestand Rechnung, indem sie auf der Grundlage von mittlerweile sechs Umweltaktionsprogrammen eine Vielzahl bedeutsamer Umweltschutzrichtlinien erließ. Alle Mitgliedstaaten sind verpflichtet, diese Richtlinien, die Mindestanforderungen festlegen, in nationales Recht umzusetzen. Neben diesen Regelungen auf EU-Ebene treten eine Reihe weiterer internationaler Abkommen, die sich vornehmlich auf Fragen der Luftreinhaltung und des Klimaschutzes beziehen.

Nicht zuletzt die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro sowie nachfolgende Klimakonferenzen – zuletzt in Montreal 2005 – haben gezeigt, wie schwer internationale Vereinbarungen im Umweltschutz und -recht, gerade im Hinblick auf den sich verschärfenden Nord-Süd-Konflikt,

erreicht werden können. Das Abkommen von Kyoto, nach dem die sechs maßgeblichen Treibhausgase in der Periode 2008 bis 2012 insgesamt um 5,2 % (Basis 1990) verringert werden sollen, muss durch die konkrete Ausgestaltung dauerhaft gesichert werden. Durch die Einführung des Emissionshandels ist hierfür ein wichtiger Schritt getan.

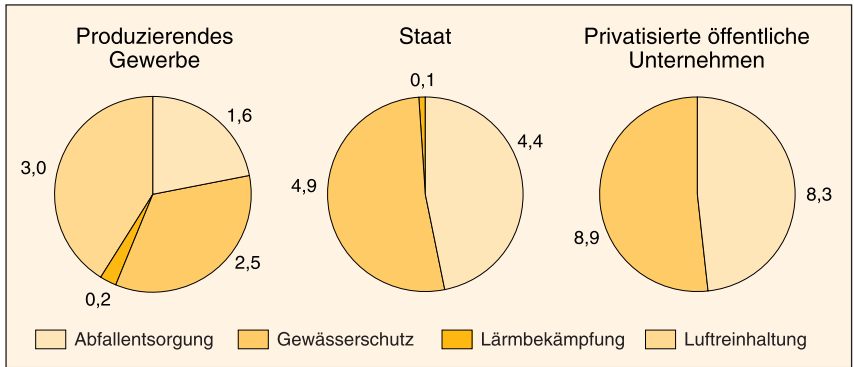
19.4.2 Ausgaben für Umweltschutz

Ein wichtiger Ansatzpunkt für die statistische Beschreibung von Umweltschutzmaßnahmen sind monetäre Größen, wie die Ausgaben für Umweltschutzeinrichtungen. Die folgenden Daten über Ausgaben für Umweltschutz – das ist die Summe aus Investitionen und laufenden Ausgaben für den Betrieb von Umweltschutzeinrichtungen – beschränken sich auf die Bereiche Abfallbeseitigung, Gewässerschutz, Lärmbekämpfung sowie Luftreinhaltung. Dabei wird auch über Umweltschutzausgaben der immer bedeutsameren privatisierten öffentlichen Entsorgungsunternehmen berichtet.

Im Jahr 2002 wurden insgesamt fast 34 Mrd. Euro an Umweltschutzausgaben getätigt, das sind 1,6 % des Bruttoinlandprodukts. Davon entfielen 7,2 Mrd. Euro auf das Produzierende Gewerbe, 9,5 Mrd. Euro auf die öffentlichen Haushalte (Staat) und 17,3 Mrd. Euro auf die privatisierten öffentlichen Unternehmen. In allen Umweltbereichen waren jeweils rund ein Viertel investive Umweltschutzausgaben, es überwogen eindeutig die laufenden Ausgaben für den Betrieb der Umweltschutzeinrichtungen mit rund 75 %.

Die Analyse der Ausgabenströme nach Umweltbereichen macht die Dominanz des Gewässerschutzes und der Abfallbeseitigung deutlich, die beide in erster Linie beim Staat bzw. den öffentlichen Unternehmen angesiedelt sind. Auf diese beiden Umweltschutzbereiche entfielen im Jahr 2002 rund 90 % der gesamten Umweltschutz-

Abb. 15: Umweltschutzausgaben¹ nach Umweltschutzbereichen 2002
Mrd. Euro in jeweiligen Preisen



1 Ohne Ausgaben für integrierte Umweltschutzmaßnahmen.

ausgaben. Die Maßnahmen für die Luftreinhaltung, die sich fast ausschließlich im Produzierenden Gewerbe finden, erreichten einen Ausgabenanteil von 9 %. Lärmschutzausgaben stellen knapp 1 % der Gesamtausgaben dar.

Während von 1994 bis 1996 von Jahr zu Jahr mehr für den Umweltschutz gezahlt wurde, sind die Ausgaben im Beobachtungszeitraum 1997 bis 2000 gesunken und danach wieder leicht angestiegen. Dies ist auf einen deutlichen Rückgang der Investitionen für Umweltschutz des Staates und des Produzierenden Gewerbes zurückzuführen. Beim Produzierenden Gewerbe haben die Investitionen zwischen 1994 und 2001 stark abgenommen. Von 2001 auf 2002 ist eine leichte Zunahme zu verzeichnen. Hier spielen mehrere Gründe eine Rolle. Zum einen dürften die vorliegenden Daten die Entwicklung unterzeichnen, weil die in der Darstellung nicht erfassten integrierten Umweltschutzmaßnahmen an Bedeutung gewinnen. Gleichzeitig sind die Einsatzfelder für kostenintensive, dem Produktionsprozess in der Regel nachgeschaltete Umweltschutzanlagen, so genannte End-of-pipe-Anlagen, zu einem großen Teil bereits ausgeschöpft. Im Staatssektor sind die Investitionen in diesem Zeitraum um 65 % zurückgegangen, bei den öffentlichen Entsorgungsunternehmen lag der Rückgang bei rund 16 %.

19.4.3 Umweltsteuern

In der Diskussion über Maßnahmen zum Umweltschutz sind neben den Umweltschutzausgaben die umweltbezogenen Steuern von besonderem Interesse. Sie gehören zu den wirtschaftlichen Instrumenten in der Umweltpolitik und setzen zur Realisierung des Umweltschutzes stärker auf die Kräfte des Marktes im Unterschied zu Gesetzen und Verordnungen, die in der Vergangenheit die Umweltpolitik hauptsächlich bestimmten. Zu den Umweltsteuern rechnen in Deutschland die Mineralölsteuer, die Kraftfahrzeugsteuer und die Stromsteuer. Die »Ökosteuer« wurde in Deutschland zum 1. April 1999 eingeführt. Sie zielt auf eine schrittweise Erhöhung der Energiebesteuerung durch Anhebung der Mineralölsteuersätze und durch Einführung der Stromsteuer. Bereits zuvor war die Mineralölsteuer im Laufe der 1990er-Jahre mehrfach angehoben und die Kraftfahrzeugsteuer auf eine andere Basis gestellt worden.

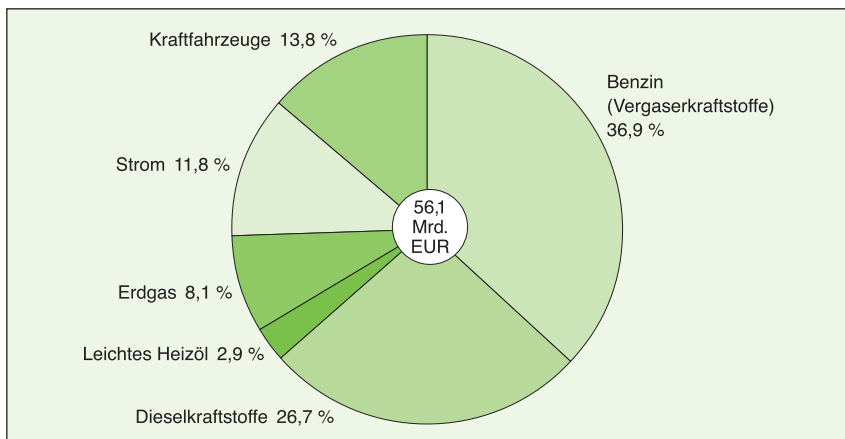
Wichtige Problemfelder, die mit den hier präsentierten Daten untersucht werden können, sind zum einen Fragen nach der Entwicklung der Steuereinnahmen selbst, nach dem Einfluss von Steuererhöhungen auf den Verbrauch und damit nach der Effizienz des Umgangs mit den besteuerten Rohstoffen, zum anderen aber auch nach Relationen zu gesamtwirtschaftlichen Größen, beispielsweise zu den Steuereinnahmen insgesamt oder zu nationalen Umweltschutzausgaben.

Im Jahr 2002 beliefen sich die umweltbezogenen Steuereinnahmen auf rund 56 Mrd. Euro. Davon entfielen knapp 42 Mrd. Euro auf die Mineralölsteuer, 7,7 Mrd. Euro auf die Kraftfahrzeugsteuer und 6,6 Mrd. Euro auf die Stromsteuer. Von 1991 bis 2004 hat sich das Aufkommen an umweltbezogenen Steuern um 88 % erhöht. Dabei stiegen die Einnahmen aus der Mineralölsteuer um 73 %, die Einnahmen aus der Kraftfahrzeugsteuer erhöhten sich im gleichen Zeitraum um 37 %. Die Einnahmen aus der Stromsteuer, die

erst 1999 eingeführt wurde, haben sich seither mehr als verdreifacht. Die gesamten Steuereinnahmen der öffentlichen Haushalte sind von 1991 bis 2004 um rund 42 % gestiegen. Der Anteil umweltbezogener Steuern am gesamten Steueraufkommen in Deutschland lag 2004 bei 11,7 % und damit deutlich höher als 1991 (8,8 %), aber auch höher als in den Jahren 1992 bis 2000, als ihr Anteil zwischen 9,2 % und 9,9 % schwankte. Gegenüber dem Vorjahr sind die umweltbezogenen Steuern erstmals seit 1997 zurückgegangen, und zwar um 937 Mill. Euro (–1,6 %).

Der weit überwiegende Teil der umweltbezogenen Steuereinnahmen steht mit dem Verkehrsbereich, insbesondere mit dem Straßenverkehr, im Zusammenhang. Die Steuern auf Vergaser- und Dieselmotorkraftstoffe beliefen sich im Jahr 2004 auf rund 42 Mrd. Euro. Zusammen mit den Einnahmen aus der Kraftfahrzeugsteuer lagen die Einnahmen aus verkehrsbezogenen Steuern bei rund 50 Mrd. Euro und damit bei 88 % der Umweltsteuern.

Abb. 16: Umweltbezogene Steuereinnahmen 2004



19.4.4 Natur- und Landschaftsschutz

Bisher haben sich die Naturschutzbemühungen stark auf die Ausweisung von Schutzgebieten konzentriert. Diese Praxis hat jedoch gezeigt, dass ein System voneinander isolierter Schutzgebiete inmitten eines dicht genutzten und besiedelten Landes Probleme wie anhaltende Artenverluste, Destabilisierung von Ökosystemen und Landschaftsverbrauch nicht aufhalten kann. Vor diesem Hintergrund wurde das Jahr 1995 vom Europarat – zum zweiten Mal seit 1970 – zum »Europäischen Naturschutzjahr« erklärt und die Mitgliedsländer wurden aufgerufen, den Naturschutz nicht auf die Ausweisung und Pflege von Schutzgebieten zu beschränken.

Vielmehr soll »Naturschutz auf der ganzen Fläche« angewendet werden, weil das gesamte System nur intakt zu halten ist, wenn Naturschutzbelange bei allen Flächen-

nutzungen Berücksichtigung finden. Inwieweit dieser nachhaltige und »moderne Naturschutz« als Basis in Zukunft realisiert werden kann, erscheint offen. Im vorliegenden Report kann bislang nur über den Flächenbestand an Schutzgebieten verschiedener Kategorien berichtet werden, ohne dass Angaben über die Qualität von Natur und Landschaft – sowohl innerhalb als auch außerhalb dieser Gebiete – möglich sind.

Mit der Fauna-Flora-Habitat (FFH)-Richtlinie der EU von 1992 wurde erstmals für Europa ein einheitliches Auswahl- und Bewertungsverfahren zur Einrichtung von »Gebieten gemeinschaftlicher Bedeutung« bzw. *FFH-Gebieten* vorgegeben. Für die Länder der EU besteht damit eine rechtliche Verpflichtung zur Einrichtung entsprechender Gebiete für das Schutzgebietssystem »Natura 2000«, wobei der Schutz bestimmter Lebensraumtypen sowie Arten nach den biogeographischen Regionen des Landes zu gewährleisten ist. Mit Stand Januar 2005 wurden von Deutschland 4 596 FFH-Gebiete mit einer terrestrischen Fläche von 3 309 000 Hektar und einer marinen Fläche von 2 002 000 Hektar an die EU gemeldet (Bundesamt für Naturschutz). Der terrestrische Anteil beträgt 9,3 % der Bundesfläche. Nach einer formalen Ausweisung und Unterschutzstellung kommt den Gebieten ein strenger Schutzstatus zu, der dem Status der Naturschutzgebiete mindestens vergleichbar ist.

Die strengste Schutzgebietskategorie nach dem Bundesnaturschutzgesetz stellen die *Naturschutzgebiete* und die *Nationalparks* dar. Sie sollen einen besonderen Schutz von Natur und Landschaft für Lebensgemeinschaften oder Lebensstätten, aus wissenschaftlichen, naturgeschichtlichen oder landeskundlichen Gründen oder wegen ihrer Seltenheit, besonderen Eigenart oder Schönheit gewährleisten. Teilweise sind innerhalb von Naturschutzgebieten andere Nutzungen (wie Land- u. Forstwirtschaft, Freizeit u.a.) zugelassen. Ende 2003 gab es im Bundesgebiet 7 278 Naturschutzgebiete mit 10 474 Quadratkilometern Fläche. Die Naturschutzgebietsfläche schwankt in den Bundesländern zwischen 1,8 % (Rheinland-Pfalz) und 7,3 % (Hamburg); der Durchschnitt für das Bundesgebiet beträgt 2,9 %. In welchem Maße ein Schutz gewährleistet werden kann, wird auch von der Flächengröße eines Schutzgebietes beeinflusst. Die Naturschutzgebiete in Deutschland sind relativ klein, knapp zwei Drittel sind kleiner als 50 Hektar und nur 14 % umfassen eine Fläche von 200 Hektar und mehr.

Die Schutzkategorie der *Nationalparks* umfasst großräumige Ausschnitte charakteristischer natürlicher Großlandschaften, die überwiegend die Voraussetzung von Naturschutzgebieten erfüllen. Sie sollen sich in einem vom Menschen nicht oder wenig beeinflussten Zustand befinden und insbesondere der Erhaltung eines möglichst artenreichen heimischen Pflanzen- und Tierbestandes dienen. In der Bundesrepublik Deutschland existieren gegenwärtig 15 Nationalparks mit einer Fläche von insgesamt 9 620 Quadratkilometern. Nationalparks können, da großräumig ausgewiesen, in ihren »Kernzonen« den Schutzgebietsstatus von Naturschutzgebieten übertreffen, aber in Teilbereichen durch starken Tourismus und andere menschliche Nutzungen entwertet werden.

Biosphärenreservate sind Gebiete, die im Rahmen des UNESCO-Umweltprogramms »Der Mensch und die Biosphäre« geschaffen wurden. Das weltweite Netzwerk soll alle

wichtigen Hauptökosystemtypen der Erde erfassen. In Biosphärenreservaten sollen die Natur geschützt, Ökosystemforschung betrieben sowie naturferne in naturnahe und natürliche Lebensgemeinschaften und Lebensräume überführt werden. Die traditionelle und langfristig tragfähige Wirtschaftsweise der einheimischen Bevölkerung wird ausdrücklich in das Konzept einbezogen. Biosphärenreservate sind in Schutz-zonen untergliedert. Diese sind durch die im Bundesnaturschutzgesetz festgelegten Schutzgebietskategorien für den Naturschutz unterschiedlich stark geschützt. 4,5 % oder rund 16000 Hektar der Fläche Deutschlands sind derzeit als Biosphärenreser-vate ausgewiesen.

Die 93 *Naturparks* weisen eine Gesamtfläche von 80968 Quadratkilometern auf. Naturparks sind großräumige Landschaftsausschnitte, die nach den Grundsätzen und Zielen der Raumordnung und Landesplanung für die Erholung oder den Fremden-verkehr vorgesehen sind. Sie sind daher weniger als Schutzkategorie, sondern eher als Planungskategorie im raumordnerischen Sinne zur Sicherung und Entwicklung einer landschaftsbezogenen Erholung anzusehen. Der Flächenanteil der Naturparks ist meist als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen. In den Landschaftsschutzgeset-zen der neuen Bundesländer ist dem Naturschutz in den Naturparks ein höherer Stel-lenwert eingeräumt worden.

Landschaftsschutzgebiete sind trotz hohen Anspruchs nach dem Bundesnaturschutz-gesetz als schwächste Schutzkategorie einzuordnen. Ihr Ziel ist der Schutz und der Erhalt von Natur und Landschaft zur Erhaltung und Wiederherstellung der Leistungs-fähigkeit des Naturhaushaltes oder der Nutzungsfähigkeit der Naturgüter wegen der Vielfalt, Eigenart oder Schönheit des Landschaftsbildes oder wegen der Erholungs-bedeutung. Auf dem Gebiet der Bundesrepublik bestanden Ende 2003 insgesamt 7181 Landschaftsschutzgebiete mit einer Fläche von 106010 Quadratkilometern.

Naturwaldreservate wurden in den vergangenen Jahren in den Bundesländern ver-stärkt auf der Grundlage der novellierten Landeswaldgesetze ausgewiesen. Unter verschiedenen Bezeichnungen gibt es zurzeit 824 solcher Reservate mit zusammen 30587 Hektar, also einer durchschnittlichen Größe von knapp 37 Hektar. In der Praxis gibt es zwei Kategorien solcher Waldschutzgebiete: In Baden-Württemberg beispiels-weise die »Bannwälder« als Totalreservate, in denen jede Waldbewirtschaftung grund-sätzlich untersagt ist (auch Totholz bleibt in der Fläche), und die »Schonwälder«, in denen durch gezielte forstliche Maßnahmen bestimmte Waldformen mit den für sie typischen Pflanzen- und Tierarten erhalten werden. Letztere sind in Tabelle 8 nicht enthalten. Aufgrund der fehlenden oder nur sehr extensiven Bewirtschaftung haben diese Waldschutzgebiete als Flächen für den Biotop- und Artenschutz einen beson-ders hohen Wert. Einige Waldschutzgebiete sind deshalb gleichzeitig Naturschutz-gebiete, in denen verstärkt Waldökosystemforschung betrieben wird.

Die *Feuchtgebiete von internationaler Bedeutung für Watt- und Wasservögel* umfas-sen Gewässer und andere wasserbeeinflusste Landschaftsteile, die wichtigsten Le-bensstätten charakteristischer Tier- und Pflanzengemeinschaften, landschaftliche Besonderheiten oder für die Landschaft charakteristische Ausschnitte. Es sind 32 Feuchtgebiete internationaler Bedeutung mit 8410 Quadratkilometern oder 2,3 %

Flächenanteil ausgewiesen. Es wird angestrebt, diese Feuchtgebiete mit der Zeit alle nach den Naturschutzgesetzen rechtlich zu sichern.

International bedeutsame Lebensräume für Watt- und Wasservögel können das Prädikat »Europareservat« vom Internationalen Rat für Vogelschutz verliehen bekommen. Hier müssen Kernbereiche als Naturschutzgebiete gesichert sein, die Jagd teilweise verboten und andere Beunruhigungen, beispielsweise durch Wassersport und Sportfischerei, ausgeschlossen sein. Es gibt derzeit 20 Europareservate mit einem Flächenanteil von 0,8 %.

Die Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes schreibt in § 3 die Einrichtung eines *Biotopverbundsystems* vor, das bundesweit im Minimum 10 % der Landesfläche umfassen muss. Hier sollen u.a. bestehende Schutzgebiete wie Nationalparke, besonders geschützte Biotoptypen nach § 30 des Bundesnaturschutzgesetzes, Naturschutzgebiete und Biosphärenreservate eingehen.

Im gesamten Bundesgebiet führen Mehrfachzuordnungen von nationalen und internationalen Schutzgebietskategorien mit und ohne Rechtsverbindlichkeit zu Schutzgebietsüberlagerungen. Daher ist es nicht zulässig, die Schutzgebietsflächen in Tabelle 8 zu summieren.

Tab. 8: Schutzgebiete in der Bundesrepublik Deutschland

Typ	Anzahl	Fläche	Anteil an der Staatsfläche	Bemerkung
		km ²	%	
Nationalparks (Stand: Jan. 2005)	15	9620	2,7	Davon ca. 80 % Watt- und Wasserflächen an der Nord- und Ostsee
Biosphärenreservate (Stand: Feb. 2004)	14	15798	4,2	Davon ca. 43 % Watt- und Wasserflächen an der Nord- und Ostsee
Naturschutzgebiete (Stand: Dez. 2003)	7278	10474	2,9	Ohne Wasserflächen der Nord- und Ostsee
Naturparks (Stand: Jan. 2005)	93	80968	22,7	
Landschaftsschutzgebiete (Stand: Dez. 2003)	7181	106010	29,7	
Naturwaldreservate (Stand: Dez. 2001)	824	306	0,1	0,2 % an der Waldfläche
Feuchtgebiete internationaler Bedeutung (Stand: Jan. 2004)	32	8410	2,3	Inkl. Schleswig-Holsteinischem Wattenmeer
Europareservate (Stand: Feb. 2004)	20	2684	0,8	Vogelschutzgebiete für Watt- und Wasservögel; überwiegend Naturschutzgebiete

Quelle: Bundesamt für Naturschutz. Neben inhaltlichen Unterschieden ist darauf hinzuweisen, dass eine Addition der Schutzgebietstypen nicht möglich ist, da sie sich in erheblichem Umfang überschneiden.

20 Deutschland und die Europäische Union

20.1 Einführung

Die Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union entspricht dem in der Präambel des Grundgesetzes enthaltenen Auftrag »als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen« und ist nach der Wiedervereinigung im neuen Europa-Artikel des Grundgesetzes (Art. 23) konkretisiert worden. Aber auch die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verflechtungen mit den Partnerstaaten der Europäischen Union sind so wichtig, dass in diesem Kapitel die Europäische Union gesondert betrachtet wird.

Zu zentralen Themenbereichen wie Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, EU-Finanzierung, Erweiterung, Bevölkerung und Arbeitsmarkt, allgemeine Wirtschaftsentwicklung und außenwirtschaftliche Beziehungen sowie zu den Lebensverhältnissen in den EU-Staaten werden in diesem Abschnitt Vergleichstabellen kommentiert.

Neben den 25 EU-Mitgliedstaaten werden auch die Beitrittskandidaten Bulgarien, Kroatien, Rumänien und die Türkei betrachtet. Damit wird nach der Erweiterung im Jahr 2004 auch der in den nächsten Jahren zu erwartenden Aufnahme neuer Mitgliedstaaten Rechnung getragen. Gesamtergebnisse werden sowohl für alle 25 EU-Staaten (»EU-25«) als auch für die 15 EU-Staaten vor der Erweiterung (»EU-15«) sowie für die so genannte Eurozone, d.h. für die 12 Mitgliedsländer der Europäischen Währungsunion, dargestellt.

Die Werte in den Tabellen stammen vor allem aus den Veröffentlichungen und Datenbanken des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) in Luxemburg sowie aus verschiedenen Quellen internationaler Organisationen. Die Zahlen für Deutschland können aus diesem Grunde von den Angaben in anderen Kapiteln, die weitgehend auf bundesstatistischen Ergebnissen basieren, abweichen. Unterschiede der statistischen Begriffe, der Erhebungsverfahren sowie der Bearbeitungsmethoden beeinträchtigen trotz weitgehender Harmonisierung der Angaben deren Vergleichbarkeit in Einzelfällen.

20.2 Entstehung, Entwicklung und Ziele der Europäischen Union

Der Europäische Integrationsprozess begann mit der Unterzeichnung des Vertrages über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion) im April 1951 durch Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande. Diese sechs Staaten gründeten 1958 die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) sowie die Europäische Atomgemeinschaft

(Euratom). Aus diesen drei Gemeinschaften entstanden 1967 die Europäischen Gemeinschaften (EG). Ziel der EG ist die politische und wirtschaftliche Einigung Europas. Die ersten Schritte bestanden in dem Abbau der zwischenstaatlichen Zollschränken und der Einführung eines gemeinsamen Außenzolltarifsystems.

Am 1. Januar 1973 kam es mit dem Beitritt Dänemarks, Irlands sowie des Vereinigten Königreichs zur ersten Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften. Am 1. Januar 1981 folgte Griechenland. 1986 fand mit dem Beitritt Portugals und Spaniens die sog. Süderweiterung statt. Zum 1. Januar 1995 wurden die Staaten Finnland, Österreich und Schweden als neue Vollmitglieder in die Europäische Union aufgenommen.

Durch die Schaffung des EG-Binnenmarktes 1993 wurde neben der Liberalisierung des Güteraustausches auch der Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr zwischen den Mitgliedstaaten freigegeben.

Mit dem in Maastricht geschlossenen »Vertrag über die Europäische Union (EU)« vom 7. Februar 1992, der am 1. November 1993 in Kraft trat, vereinbarten die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaften einen Stufenplan zur Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion bis zum Jahr 1999, deren dritte Stufe die Einführung der einheitlichen Währung »Euro« darstellte. Zugleich wurden Schritte zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Zusammenarbeit in der Innen- und Rechtspolitik beschlossen.

Der »Vertrag von Amsterdam« vom 2. Oktober 1997 setzte den Integrationsprozess mit Blick auf die (Ost-)Erweiterung der EU fort. Von 13 Bewerberstaaten, die eine Mitgliedschaft in der EU beantragt hatten, wurden nach erfolgreichem Abschluss der Beitrittsverhandlungen die Länder Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik, Ungarn und Zypern zum Mai 2004 in die Europäische Union aufgenommen.

Der Beitritt von Bulgarien und Rumänien ist für 2007 vorgesehen; mit Kroatien und der Türkei wurden 2005 die Beitrittsverhandlungen aufgenommen.

Ziel der Beitrittsverhandlungen ist u.a. die Übernahme des so genannten »acquis communautaire« der EU durch die Beitrittsländer. Dies sind die gemeinsamen Rechtsgrundlagen der Europäischen Union auf der Basis der Verträge von Rom, Maastricht und Amsterdam. Regelmäßige Berichte der EU-Kommission informieren über den Stand der Verhandlungen.

20.3 Konvergenz und Europäische Wirtschafts- und Währungsunion

Ein wichtiges Eckdatum der Europäischen Union bildete die Einführung der gemeinsamen Währung, des Euro, zum 1. Januar 1999 in Vollzug der dritten Stufe der im »Vertrag von Maastricht« vereinbarten Schaffung einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU). Auf dem Weg zur Einführung des Euro galt es, mehrere geld-, währungs- und haushaltspolitische Voraussetzungen zu erfüllen, um die Sta-

bilität des Euro von Anfang an zu garantieren. Die zentralen Kennziffern wurden als »Maastricht-Kriterien« bzw. »Konvergenzkriterien« bezeichnet. Nur diejenigen Staaten, die hinsichtlich dieser Kriterien vorgegebene Schwellenwerte unterschritten bzw. die Tendenz einer deutlichen Verbesserung aufwiesen und sich zu einer Teilnahme entschieden, sollten Mitglieder der Währungsunion werden.

Auf dieser Grundlage und auf Empfehlung der am 24. bzw. 25. März 1998 vom Europäischen Währungsinstitut (EWI) und von der EU-Kommission gleichzeitig vor-

Tab. 1: Konvergenz- bzw. Stabilitätskriterien 2004

Land	Harmonisierter Verbraucher- preisindex Veränderung zu 2003 in %	Langfristiger Zinssatz ¹ %	Defizit des Staates	Verschuldung des Staates
			% des Bruttoinlandsprodukts	
Belgien	+ 1,9	4,2	0,0	95,7
Dänemark	+ 0,9	4,3	- 2,3 ²	43,2
Deutschland	+ 1,8	4,0	3,7	66,4
Estland	+ 3,0	4,4	- 1,7 ²	5,5
Finnland	+ 0,1	4,1	- 2,1 ²	45,1
Frankreich	+ 2,3	4,1	3,6	65,1
Griechenland	+ 3,0	4,3	6,6	109,3
Irland	+ 2,3	4,1	- 1,4 ²	29,8
Italien	+ 2,3	4,3	3,2	106,5
Lettland	+ 6,2	4,9	0,9	14,7
Litauen	+ 1,2	4,5	1,4	19,6
Luxemburg	+ 3,2	4,2	0,6	6,6
Malta	+ 2,7	4,7	5,1	75,9
Niederlande	+ 1,4	4,1	2,1	53,1
Österreich	+ 2,0	4,2	1,0	64,3
Polen	+ 3,6	6,9	3,9	43,6
Portugal	+ 2,5	4,1	3,0	59,4
Schweden	+ 1,0	4,4	- 1,6 ²	51,1
Slowakei	+ 7,5	5,0	3,1	42,5
Slowenien	+ 3,6	4,7	2,1	29,8
Spanien	+ 3,1	4,1	0,1	46,9
Tschechische Republik	+ 2,6	4,8	3,0	36,8
Ungarn	+ 6,8	8,2	5,4	57,4
Vereinigtes Königreich	+ 1,3	4,9	3,1	41,5
Zypern	+ 1,9	5,8	4,1	72,0
Europäische Union (EU-25)	+ 2,1	4,4	2,6	63,4
Europäische Union (EU-15)	+ 2,0	4,3	2,6	64,3
Eurozone	+ 2,1	4,1	2,7	70,8
Beitrittskandidaten				
Bulgarien	+ 6,1 ³	5,3	- 1,3 ²	38,8
Kroatien	.	4,1	5,2	44,2
Rumänien	+ 11,9 ³	18,8	1,4	18,5
Türkei	+ 10,1 ³	21,8	3,9	80,1

1 Harmonisierte langfristige Zinssätze: Renditen von Zehn-Jahres-Staatsanleihen.

Kroatien, Rumänien und Türkei: Tagesgeldzinssätze für Kredite am Geldmarkt mit einer Fälligkeit von einem Werktag.

2 Überschuss.

3 Nicht vollständig harmonisierte Verbraucherpreisindizes.

gelegten Konvergenzberichte beschloss der Europäische Rat am 2. Mai 1998 termingerecht den Start der Europäischen Währungsunion zum 1. Januar 1999 mit den elf Teilnehmerstaaten Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Österreich, Portugal und Spanien. Griechenland trat am 1. Januar 2001 als zwölftes Mitglied der Europäischen Währungsunion bei. Diese Staaten werden als »Eurozone« bezeichnet. Dänemark, Schweden sowie das Vereinigte Königreich nehmen an der Europäischen Währungsunion nicht teil und haben den Euro nicht eingeführt.

Für die neu hinzugekommenen Mitgliedstaaten ist die Aufnahme in die Europäische Union nicht automatisch mit der Einführung des Euro verbunden. Neue Mitgliedstaaten müssen sich zunächst dem revidierten Europäischen Währungssystem (EWS II) anschließen. Dazu gehört u. a., dass ihre Währungen nur in einer bestimmten Spanne ($\pm 15\%$) zum festgesetzten Euro-Leitkurs schwanken dürfen. Für einen Beitritt zur Eurozone und damit für die Einführung des »Euro« muss jedes Land die im Maastricht-Vertrag festgelegten Konvergenzkriterien hinsichtlich Inflation, langfristigem Zinsniveau, Haushaltsdefizit und -verschuldung erfüllen. Außerdem schreiben die Konvergenzkriterien eine zweijährige abwertungsfreie Teilnahme am EWS vor.

Die verfügbaren Werte für die Konvergenz- und Stabilitätskriterien im Jahr 2004 (siehe Tab. 1) zeigen, dass einige Länder bei der Inflationsbekämpfung noch Anstrengungen unternehmen müssen (Slowakei, Ungarn, Lettland), während andere besonderes Augenmerk auf die Reduzierung des Staatsdefizits richten sollten (Griechenland, Ungarn, Malta, Zypern, Polen, Deutschland, Frankreich) bzw. auf die Eindämmung der Staatsverschuldung (Griechenland, Italien, Belgien).

Zum Stichtag 1. Januar 1999 wurden die Wechselkurse der nationalen Währungen der (zunächst) elf Mitgliedstaaten der Europäischen Währungsunion gegenüber dem Euro unwiderruflich festgeschrieben (siehe nachfolgende Übersicht). Bis zum Jahresende 2001 fand die neue gemeinsame Währung nur für bargeldlose Transaktionen Verwen-

Wechselkurse gegenüber dem Euro ab 1. 1. 1999

Land	1 Euro = ... Währungseinheiten
Belgien	40,3399 bfr
Deutschland	1,95583 DM
Finnland	5,94573 Fmk
Frankreich	6,55957 FF
Griechenland ¹	340,750 Dr.
Irland	0,787564 Ir£
Italien	1 936,27 Lit
Luxemburg	40,3399 lfr
Niederlande	2,20371 hfl
Österreich	13,7603 S
Portugal	200,482 Esc
Spanien	166,386 Pta

1 Wechselkurs seit 31. 12. 2000.

dung. Seit dem 1. Januar 2002 ist der Euro das einzig gültige gesetzliche Zahlungsmittel innerhalb der Eurozone; die früheren Landeswährungen der Eurozone-Staaten behielten lediglich für kurze Übergangsfristen Gültigkeit.

Wichtigstes Organ der Europäischen Währungsunion, das im Zusammenwirken mit den nationalen Zentralbanken der Mitgliedstaaten über die Stabilität des Euro wacht, ist die Europäische Zentralbank. Sie ist aus dem Europäischen Währungsinstitut hervorgegangen und hat unmittelbar nach dem Beschluss des Europäischen Rates über die Teilnehmer an der Währungsunion ihre Arbeit in Frankfurt/Main aufgenommen.

20.4 Die Finanzierung der Europäischen Union

Die Finanzierung des EU-Haushalts erfolgt im Wesentlichen durch direkte Abgaben bzw. Transfers der Mitgliedstaaten, insbesondere von Anteilen ihres Mehrwertsteueraufkommens (MWSt-Eigenmittel) und einer nach dem jeweiligen Bruttonationaleinkommen (Bruttosozialprodukt) der einzelnen EU-Länder bemessenen Abgabe (BNE-Eigenmittel). Darüber hinaus sind für die Einnahmenseite des EU-Haushalts Zölle, Agrarabschöpfungen auf die Importe aus Drittstaaten sowie Zucker- und Isoglukoseabgaben von Bedeutung.

Betrachtet man die direkt von den Mitgliedstaaten stammenden Einnahmen des EU-Haushalts, dann zeigt sich, dass Deutschland im Jahr 2003 mit 19,203 Mrd. Euro bzw. 23,0 % der Gesamteinnahmen des EU-Haushalts in Höhe von 83,633 Mrd. Euro

Tab. 2: Einnahmen und Zahlungen der EU nach Mitgliedstaaten 2003

Land	Einnahmen von den Mitgliedstaaten		Zahlungen an die Mitgliedstaaten	
	Mill. EUR	% ¹	Mill. EUR	% ¹
Belgien	3 486,0	4,2	1 687,6	1,9
Dänemark	1 777,7	2,1	1 449,1	1,6
Deutschland	19 202,6	23,0	10 371,8	11,5
Finnland	1 337,9	1,6	1 303,9	1,4
Frankreich	15 153,7	18,1	13 039,8	14,4
Griechenland	1 533,7	1,8	4 801,0	5,3
Irland	1 127,5	1,3	2 645,7	2,9
Italien	11 758,5	14,1	10 438,6	11,5
Luxemburg	204,5	0,2	119,1	0,1
Niederlande	4 919,5	5,9	1 919,4	2,1
Österreich	1 935,9	2,3	1 555,3	1,7
Portugal	1 292,9	1,5	4 744,1	5,2
Schweden	2 501,3	3,0	1 414,8	1,6
Spanien	7 429,4	8,9	15 814,1	17,5
Vereinigtes Königreich	9 971,2	11,9	6 008,5	6,6
Europäische Union (EU-15)	83 632,5	100	90 557,5²	100

1 Anteil an EU-Staaten insgesamt.

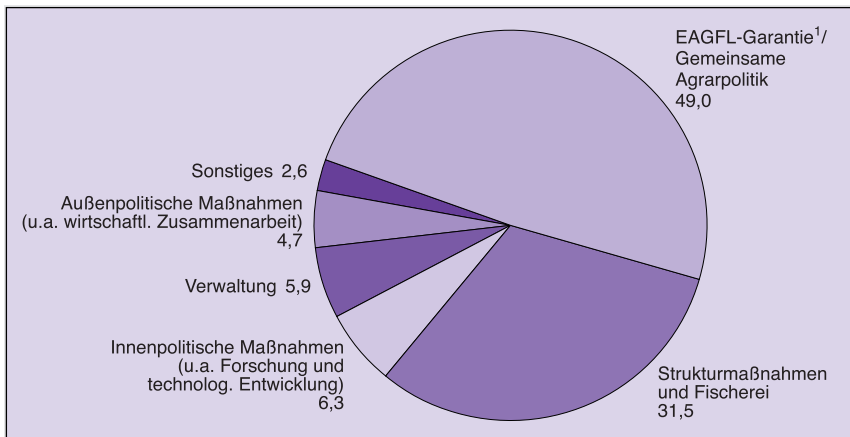
2 Einschl. nicht aufteilbarer Zahlungen sowie Ausgaben für Verwaltung.

der größte Zahler unter den EU-Ländern war. Mit deutlichem Abstand folgten Frankreich mit 15,154 Mrd. Euro (18,1 %) sowie Italien mit 11,759 Mrd. Euro (14,1 %).

Bei den Zahlungen an die Mitgliedstaaten bzw. den Einnahmen der Mitgliedstaaten aus dem EU-Haushalt von insgesamt 90,558 Mrd. Euro lagen 2003 Spanien und Frankreich mit 15,814 bzw. 13,040 Mrd. Euro und Anteilen von 17,5 % bzw. 14,4 % an der Spitze. Es folgten Italien mit 10,439 Mrd. Euro (11,5 %) und Deutschland mit 10,372 Mrd. Euro (11,5 %). Den größten Netto-Finanztransfer erhielt Spanien mit 8,385 Mrd. Euro.

Die Verwendung der Haushaltsausgaben der EU zeigt, dass auf die Gemeinsame Agrarpolitik (Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft/ EAGFL) 2003 etwa die Hälfte (49,0 %) der Gesamtausgaben entfielen, auf Strukturmaßnahmen und Fischerei 31,5 %. Die übrigen Ausgaben verteilen sich hauptsächlich auf innenpolitische Maßnahmen (6,3 %; vor allem für Forschung und technologische Entwicklung), Verwaltung (5,9 %) sowie außenpolitische Maßnahmen (4,7 %; vor allem wirtschaftliche Zusammenarbeit und Nahrungsmittelhilfe).

Abb. 1: Ausgaben der EU nach Bereichen 2003 in Prozent



1 Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie, Brüssel.

20.5 Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Im Jahr 2003 lebten nach vorläufigen Angaben des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) in den 25 EU-Staaten (EU-25) annähernd 456 Mill. Einwohner auf einer Fläche von 3,959 Mill. Quadratkilometern. Allein 307,8 Mill. bzw. mehr als zwei Drittel aller EU-Bürger lebten zu diesem Zeitpunkt in einem der Länder der Eurozone. Bevölkerungsreichstes Mitglied der Europäischen Union war Deutschland mit 82,5 Mill. Einwohnern und einem Anteil von rund 18 %.

Tab. 3: Fläche, Bevölkerung, natürliche und räumliche Bevölkerungsbewegung 2003¹

Land	Fläche 1000 km ²	Bevölkerung		Lebend-gebo-rene	Gestor-bene	Natür-liche Bevölke-rungsbe-wegung	Wanderungs-saldo	
		ins-gesamt	Einwoh-ner je km ²					
		1000	Anzahl				1000	je 1000 Einwoh-ner
Belgien	31	10 376	340	10,8	10,3	0,5	35,5	3,4
Dänemark	43	5 391	125	12,0	10,7	1,3	7,0	1,3
Deutschland	357	82 534	231	8,6	10,3	- 1,8	142,2	1,7
Estland	45	1 354	31	9,6	13,4	- 3,8	0,1	0,1
Finnland	338	5 213	17	10,9	9,4	1,5	5,8	1,1
Frankreich	544	59 768	110	12,7	9,2	3,5	132,7	2,2
Griechenland	132	11 024	84	9,5	9,6	- 0,1	35,4	3,2
Irland	70	3 996	58	15,4	7,2	8,2	31,4	7,9
Italien	301	57 605	191	9,4	10,2	- 0,7	609,6	10,6
Lettland	65	2 325	37	9,0	13,9	- 4,9	- 0,8	- 0,4
Litauen	63	3 454	53	8,9	11,9	- 3,0	- 6,3	- 1,8
Luxemburg	3	450	174	11,8	9,0	2,8	2,1	4,6
Malta	0,3	399	1 263	10,1	7,9	2,2	1,7	4,3
Niederlande	42	16 225	480	12,3	8,7	3,6	7,1	0,4
Österreich	84	8 121	97	9,5	9,5	0,0	38,2	4,7
Polen	313	38 205	122	9,2	9,6	- 0,4	- 13,8	- 0,4
Portugal	92	10 441	114	10,8	10,4	0,4	63,5	6,1
Schweden	441	8 958	22	11,1	10,4	0,7	28,7	3,2
Slowakei	49	5 380	110	9,6	9,7	- 0,1	1,4	0,3
Slowenien	20	1 996	99	8,7	9,7	- 1,1	3,5	1,8
Spanien	506	42 005	83	10,5	9,1	1,3	625,5	14,9
Tschechische Rep.	79	10 207	132	9,2	10,9	- 1,7	- 25,8	2,5
Ungarn	93	10 130	109	9,3	13,4	- 4,1	15,6	1,5
Vereinigtes Königreich	244	59 569	244	11,7	10,3	1,4	151,0	2,5
Zypern ²	6	723	127	11,2	7,2	4,0	12,3	17,1
Europ. Union (EU-25)	3 959	455 846	117	10,4	10,0	0,4	1 955,1	4,3
Europ. Union (EU-15)	3 227	381 675	121	10,6	9,8	0,7	1 915,6	5,0
Eurozone	2 498	307 757	125	10,3	9,7	0,6	1 728,9	5,6
Beitrittskandidaten								
Bulgarien	111	7 824	70	8,6	14,3	- 5,7	0,0	0,0
Kroatien	57	4 442	78	8,9	11,8	- 2,9	12,0	2,7
Rumänien	238	21 742	91	9,8	12,3	- 2,5	- 7,4	- 0,3
Türkei	784	70 713	90	19,4	6,2	13,2	156,6	2,2

1 Teilweise vorläufige oder geschätzte Angaben.

2 Griechisch-zypriotischer Teil.

Die Besiedlungsdichte ist innerhalb der EU sehr unterschiedlich. Im EU-Durchschnitt liegt die Bevölkerungsdichte bei 117 Einwohnern je Quadratkilometer, wobei die Bandbreite von 17 bzw. 22 Einwohnern je Quadratkilometer in Finnland und Schweden bis zu 480 Einwohnern je Quadratkilometer in den Niederlanden bzw. 1 263 Einwohnern in Malta reicht. Deutschland liegt mit einer Bevölkerungsdichte von 231 Einwohnern

je Quadratkilometer deutlich über dem Durchschnitt. Die neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind generell dünner besiedelt und liegen, abgesehen von Malta, der Tschechischen Republik und Polen, unter dem EU-Durchschnitt.

Bei den Geburtenzahlen weisen die meisten neuen EU-Mitglieder Werte unter dem EU-Durchschnitt auf. Die Fruchtbarkeit bei den neuen EU-Ländern lag im Jahr 2003, außer in Zypern, durchweg unter dem EU-Durchschnitt von 10,4 Lebendgeborenen je 1 000 Einwohner. In den früheren EU-Staaten wurden teilweise deutlich höhere Geburtenziffern erreicht (Irland 15,4; Frankreich 12,7; Niederlande 12,3). Gleichzeitig weisen einige neue EU-Länder auch über dem EU-Durchschnitt liegende Sterbeziffern auf, weshalb das natürliche Bevölkerungswachstum vor allem in den baltischen Staaten sowie in Ungarn negativ ist, d.h. es sterben jährlich mehr Menschen als geboren werden. Ein Rückgang in der Bevölkerungszahl ist aber auch in den Ländern Deutschland, Griechenland, Italien, Polen, in der Slowakei, in Slowenien und in der Tschechischen Republik festzustellen.

In vielen EU-Ländern sind grenzüberschreitende Wanderungsbewegungen für die Bevölkerungsentwicklung ähnlich wichtig wie die Entwicklung der Geburten und Sterbefälle. Die Nettozuwanderung in die EU-15-Staaten betrug im Jahr 2003 nach vorläufigen Angaben von Eurostat 1,916 Mill. Menschen. Den höchsten Wanderungszuwachs verbuchte Spanien mit 625 500 Nettozuwanderern vor Italien (609 600). Bezogen auf die Gesamteinwohnerzahl (Wanderungssaldo je 1 000 Einw.) registrierten die Länder Zypern, Spanien, Italien und Irland die höchste Zuwanderung. Einige der neuen EU-Staaten (Lettland, Litauen und Polen) verzeichneten demgegenüber sogar eine Netto-Abwanderung.

Der Anteil der Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft (einschl. Fischerei) betrug 2004 in der alten EU (EU-15) 3,8 %, in der EU nach der Erweiterung (EU-25) jedoch 5,0 %, bedingt durch den relativ hohen Anteil der im Agrarsektor Tätigen in vielen neuen EU-Mitgliedstaaten, u.a. in Polen, Lettland und Litauen. Gleichzeitig hat sich der Anteil des Dienstleistungssektors mit dem Beitritt der zehn neuen Staaten im Jahr 2004 auf 67,1 % reduziert (EU-15: 69,1 %). Der Erwerbstätigenanteil des Produzierenden Gewerbes liegt in der EU durchschnittlich bei 27,9 %.

Das Ausmaß der Erwerbslosigkeit in der Europäischen Union zeigt sich an der Gesamtzahl von 19,5 Mill. Betroffenen im Jahr 2004 (EU-15: 14,7 Mill.). Die Arbeitslosenquote belief sich im Schnitt auf 9,0 % (EU-15: 8,1 %).

Im zwischenstaatlichen Vergleich bestehen allerdings erhebliche Disparitäten im Niveau der Arbeitslosigkeit. Während sich die Arbeitslosenquote in den 15 alten Mitgliedsländern zwischen 4,5 % (Irland) und 11,0 % (Spanien) erstreckte (im Vergleich: Deutschland 9,5 %), gab es einige neue Mitgliedstaaten mit teilweise erheblich darüber liegenden Werten, u.a. Polen mit 18,8 % sowie die Slowakei mit 18,2 %.

Als noch schwerwiegender als die allgemeine Arbeitslosigkeit wird das Problem der Jugendarbeitslosigkeit in der Europäischen Union angesehen. Durchschnittlich 18,7 % der Erwerbspersonen unter 25 Jahren besaßen in der EU im Jahr 2004 keinen Arbeitsplatz. Am gravierendsten stellte sich die Jugendarbeitslosigkeit unter

den alten EU-Staaten in Italien, Griechenland, Spanien, Finnland, Belgien und Frankreich dar (jeweils über 20 %), während sie in Deutschland bei 15,1 % lag. In den neuen EU-Staaten haben vor allem Polen (40,0 %) und die Slowakei (32,7 %) schwer

Tab. 4: Erwerbstätige, Erwerbslose und Erwerbslosenquoten 2004¹

Land	Erwerbstätige				Erwerbslose	Erwerbslosenquoten	
	insgesamt ²	Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsgewerbe	insgesamt	insgesamt	unter 25 Jahren
	1 000	% der Erwerbstätigen			1 000	%	
Belgien	4 114	2,2	24,9	72,9	355	7,9	20,4
Dänemark	2 693	3,3	23,7	73,0	156	5,4	8,4
Deutschland	35 413	2,4	31,3	66,4	3 931	9,5	15,1
Estland	573	5,4	35,1	59,5	61	9,2	21,3
Finnland	2 345	5,0	26,1	68,9	229	8,8	20,7
Frankreich	24 277	3,8	24,9	71,3	2 636	9,6	21,8
Griechenland	4 235	12,6	22,5	64,9	506	10,5	26,9
Irland	1 830	6,4	27,6	66,0	88	4,5	8,4
Italien	22 060	4,2	30,8	65,0	1 960	8,0	23,6
Lettland	988	13,3	27,2	59,5	111	9,8	19,2
Litauen	1 413	16,3	28,3	55,4	176	10,9	20,8
Luxemburg	186	2,2	19,9	78,0	9	4,8	18,1
Malta	147	2,1	29,5	68,5	12	7,7	19,0
Niederlande	8 014	3,3	20,1	76,6	387	4,6	8,0
Österreich	3 716	5,0	28,2	66,8	191	4,8	9,5
Polen	13 504	17,6	29,0	53,4	3 184	18,8	40,0
Portugal	4 806	12,1	31,2	56,7	367	6,7	15,4
Schweden	4 220	2,5	22,4	75,1	296	6,3	16,3
Slowakei	2 160	5,1	39,2	55,7	481	18,2	32,7
Slowenien	917	9,7	36,3	53,8	60	6,0	14,4
Spanien	17 861	5,5	30,4	64,1	2 211	11,0	22,1
Tschechische Republik	4 639	4,4	39,3	56,3	426	8,3	21,1
Ungarn	3 875	5,3	32,9	61,8	248	6,0	15,4
Vereinigtes Königreich	27 485	1,3	22,3	76,5	1 372	4,7	12,1
Zypern	330	5,1	23,5	71,7	18	5,2	11,3
Europ. Union (EU-25)	191 800	5,0	27,9	67,1	19 469	9,0	18,7
Europ. Union (EU-15)	163 254	3,8	27,1	69,1	14 693	8,1	16,6
Eurozone	128 856	4,4	28,4	67,2	12 869	8,8	17,7
Beitrittskandidaten							
Bulgarien	2 877	10,8	32,9	56,3	393	11,7	24,5
Kroatien	1 505	16,9	29,6	53,4	251	13,6	.
Rumänien	8 635	32,6	31,1	36,4	767	7,6	23,2
Türkei	21 014	34,9	24,6	40,5	2 479	10,3	19,6

¹ Bzw. letztverfügbarer Wert.

² Einschl. Erwerbstätiger, deren Zuordnung zu Wirtschaftsbereichen nicht eindeutig bestimmt ist.

mit diesem Problem zu kämpfen, aber auch in Estland (21,3 %), der Tschechischen Republik (21,1 %) und Litauen (20,8 %) ist über ein Fünftel dieser Altersgruppe davon betroffen.

20.6 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Europäischen Union

Im Jahr 2004 erwirtschafteten die EU-Staaten ein Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) von 10364 Mrd. Euro. Allein Deutschland trug mit 2216 Mrd. Euro rund 21,4 % dazu bei, gefolgt vom Vereinigten Königreich mit 1715 Mrd. Euro (16,5 %) sowie Frankreich mit 1648 Mrd. Euro (15,9 %) und Italien mit 1351 Mrd. Euro (13,0 %). Die Eurozone vereinigte 2004 eine Wirtschaftskraft von 7696 Mrd. Euro auf sich. Die zehn neuen Mitgliedstaaten erhöhten das Bruttoinlandsprodukt der al-

Tab. 5: Bruttoinlandsprodukt 2004

Land	Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen		
	in jeweiligen Preisen	je Einwohner nach Kaufkraft	Veränderung gegenüber 2003 ¹
	Mrd. EUR	EU-25 = 100	%
Belgien	283,8	118	+ 2,9
Dänemark	196,3	123	+ 2,1
Deutschland	2215,7	109	+ 1,6
Estland	9,0	51	+ 7,8
Finnland	149,7	114	+ 3,6
Frankreich	1648,4	110	+ 2,3
Griechenland	167,2	82	+ 4,7
Irland	148,6	140	+ 4,5
Italien	1351,3	105	+ 1,2
Lettland	11,0	43	+ 8,3
Litauen	17,9	48	+ 7,0
Luxemburg	25,7	222	+ 4,5
Malta	4,3	71	+ 0,4
Niederlande	488,7	125	+ 1,7
Österreich	237,0	122	+ 2,4
Polen	195,2	47	+ 5,3
Portugal	142,4	76	+ 1,2
Schweden	279,0	116	+ 3,6
Slowakei	33,1	52	+ 5,5
Slowenien	26,1	79	+ 4,2
Spanien	837,6	98	+ 3,1
Tschechische Republik	86,8	70	+ 4,4
Ungarn	81,1	61	+ 4,6
Vereinigtes Königreich	1715,1	119	+ 3,2
Zypern	12,5	82	+ 3,8
Europäische Union (EU-25)	10363,5	100	+ 2,4
Europäische Union (EU-15)	9886,5	109	+ 2,3
Eurozone	7696,1	107	+ 2,1
Beitrittskandidaten			
Bulgarien	19,5	30	+ 5,6
Kroatien	27,6	46	+ 3,7
Rumänien	58,9	32	+ 8,3
Türkei	239,9	29	+ 7,7

1 Errechnet aus Angaben in Landeswährung und in konstanten Preisen.

ten EU-15 um rund 5 %, wobei Polen als größtes neues Mitglied für über 40 % des Zuwachses an wirtschaftlicher Leistung verantwortlich war.

Das BIP je Einwohner lag 2004 in den meisten neuen Mitgliedstaaten mit Ausnahme Zyperns und Sloweniens noch unter 75 % des EU-25-Durchschnitts und damit deut-

Tab. 6: Verwendungsstruktur des Bruttoinlandsprodukts 2004

Land	Konsumausgaben		Brutto-investi-tionen	Außen-beitrag	Exporte	Importe
	Private Haushalte ¹	Staat			von Waren und Dienstleistungen	
	% des Bruttoinlandsprodukts					
Belgien	54,0	22,6	20,4	+ 2,9	83,7	80,8
Dänemark	48,1	26,7	20,2	+ 5,1	43,5	38,4
Deutschland	59,1	18,7	17,3	+ 4,9	38,0	33,1
Estland ²	56,3	19,0	31,3	– 7,4	79,7	87,1
Finnland ²	51,7	22,4	19,4	+ 5,6	37,1	31,5
Frankreich ²	56,1	23,9	19,7	+ 0,3	26,0	25,7
Griechenland	66,0	17,1	25,5	– 8,6	20,9	29,5
Irland ²	43,9	16,0	24,5	+ 15,7	80,4	64,7
Italien	60,1	19,2	19,8	+ 0,8	26,6	25,8
Lettland	62,5	20,9	32,3	– 15,8	43,8	59,5
Litauen	65,3	17,8	23,2	– 6,3	52,7	59,0
Luxemburg	40,5	18,3	19,5	+ 21,6	146,2	124,6
Malta	63,6	22,0	22,1	– 7,7	75,8	83,5
Niederlande	48,8	25,3	20,5	+ 5,4	65,4	60,0
Österreich ²	55,8	17,8	21,7	+ 4,8	51,0	46,2
Polen	64,9	16,9	20,0	– 1,8	39,1	40,9
Portugal	62,8	21,3	23,5	– 7,6	30,9	38,5
Schweden	48,1	27,7	16,1	+ 8,0	46,3	38,2
Slowakei ²	56,6	19,4	26,3	– 2,7	76,8	79,5
Slowenien	54,0	19,8	26,8	– 0,6	59,9	60,5
Spanien	57,7	17,7	28,3	– 3,6	25,7	29,3
Tschechische Republik	50,1	22,7	27,6	– 0,3	71,7	72,1
Ungarn	55,0	23,7	24,2	– 3,0	65,1	68,0
Vereinigtes Königreich ²	65,1	21,3	17,0	– 3,3	24,7	28,0
Zypern	64,8	18,3	20,7	– 3,8	46,9	50,8
Europ. Union (EU-25)	58,4	20,6	20,2	+ 0,8	36,2	35,4
Europ. Union (EU-15)	58,3	20,7	19,9	+ 1,0	34,4	33,4
Eurozone	57,4	20,3	20,6	+ 1,7	36,0	34,3
Beitrittskandidaten						
Bulgarien ²	68,1	19,3	23,5	– 10,3	58,4	68,7
Kroatien	58,1	19,9	30,2	– 8,2	47,5	55,7
Rumänien ²	69,8	14,1	24,6	– 9,5	37,0	46,5
Türkei ²	68,4	12,5	25,4	– 5,7	29,1	34,8

1 Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

2 Einschl. einer statistischen Differenz.

lich unter dem der 15 alten EU-Staaten von 109 %. Die niedrigsten Werte unter den neuen EU-Mitgliedern verzeichneten die baltischen Staaten Lettland und Litauen sowie Polen mit unter 50 %, während Slowenien und Zypern 79 % bzw. 82 % des durchschnittlichen BIP je Einwohner in der EU erreichten.

Tab. 7: Wirtschaftsdaten des Produzierenden Gewerbes

Land	Index der Produktion für das Pro- duzierende Gewerbe ²	Produktion ¹			
		Steinkohle	Rohstahl	Elektrizität, brutto	Pkw ³
	2000 = 100	1000 t	Mill. kWh je 100 000 Einwohner	1000	
Belgien	103,4	–	11 135	813	792
Dänemark	101,3	–	392 ⁴	853	–
Deutschland	100,8	27 053	44 809	719	5 121
Estland	144,2	–	1	751	–
Finnland	110,5	–	4 766	1 608	19
Frankreich	102,4	1 174	19 758	951	3 220
Griechenland	103,1	–	1 701	529	–
Irland	124,3	–	–	631	–
Italien	99,9	–	26 832	508	1 026
Lettland	136,0	–	520	170 ⁴	–
Litauen	157,4	–	–	511 ⁴	–
Luxemburg	114,7	–	2 675	853	–
Malta	.	–	–	518 ⁴	–
Niederlande	99,0	–	6 571	596	163
Österreich	114,0	–	6 261	740	119
Polen	116,4	102 497	9 107	397	334
Portugal	97,9	–	730	447	166
Schweden	105,4	–	5 707	1 479	409 ⁴
Slowakei	123,9	–	4 588	587	281
Slowenien	111,8	–	541	702	111
Spanien	106,8	13 194 ⁵	16 472	627	2 399
Tschechische Republik	133,1	13 645	6 783	815	436
Ungarn	122,6	689	1 984	337	122
Vereinigtes Königreich	99,3	29 422	13 268	664	1 658
Zypern	113,1	–	–	534 ⁴	–
Europ. Union (EU-25)	103,1	187 674	.	.	.
Europ. Union (EU-15)	102,2	70 843	.	721	.
Eurozone	102,7	41 421	141 710	707	13 025
Beitrittskandidaten					
Bulgarien	158,9 ⁶	20	2 317	542 ⁴	–
Kroatien	121,2 ⁶	–	41	298	–
Rumänien	128,5 ⁶	3 326	5 691	252 ⁴	76
Türkei	120,9 ⁶	3 014	18 298	198	294

1 2003.

2 Einschl. Baugewerbe. Arbeitstäglich bereinigte Daten für 2004. Teilweise vorläufige oder geschätzte Angaben.

3 Einschl. Montage eingeführter zerlegter Fahrzeuge.

4 2002.

5 Geförderte »Lignito negro« gilt als Steinkohle.

6 Verarbeitendes Gewerbe.

Doch selbst innerhalb der EU-15 existieren noch große Unterschiede in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit pro Kopf. Während in Luxemburg das BIP je Einwohner das EU-Niveau um das Doppelte deutlich übertraf (222 %), wiesen Portugal und Griechen-

land nur 76 % bzw. 82 % auf. Der Wert des BIP pro Kopf lag für Deutschland bei 109 % und entsprach damit exakt dem EU-15-Mittelwert.

Mit 2,4 % ist das Wirtschaftswachstum in der Europäischen Union im Jahr 2004 erstmals wieder merklich höher ausgefallen als in den beiden Vorjahren. Im EU-15-Durchschnitt und in der Eurozone nahm das BIP real um 2,3 % bzw. 2,1 % zu. Höhere Steigerungsraten hatten vor allem Griechenland (4,7 %) sowie Irland und Luxemburg (jeweils 4,5 %) zu verzeichnen sowie alle neuen osteuropäischen Mitgliedstaaten, deren Wirtschaftsleistung durchweg um über 4 Prozent anstieg, im Falle der baltischen Länder sogar um über 7 Prozent.

Von großer Bedeutung für wirtschaftlichen Erfolg und Innovationsfähigkeit eines Landes ist die inländische Investitionstätigkeit. Einen hohen Anteil an Bruttoinvestitionen (gemessen am Bruttoinlandsprodukt) in der EU wiesen 2004 einige der neuen EU-Mitglieder auf (u. a. Lettland 32,3 %, Estland 31,3 %), aber auch Spanien (28,3 %), Griechenland (25,5 %), Irland (24,5 %) und Portugal (23,5 %), während Schweden, das Vereinigte Königreich, Deutschland, Finnland, Luxemburg, Frankreich und Italien allesamt unterhalb des EU-25-Mittels von 20,2 % lagen. In der Eurozone machten die Bruttoinvestitionen durchschnittlich 20,6 % des BIP aus.

Die Entwicklung der Industrie in der Europäischen Union zeigt der Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe in Tab. 7. Der Index lässt einen leichten Rückgang der Produktion seit 2000 in den westeuropäischen Industriestaaten Italien, Niederlande, Portugal und Vereinigtes Königreich erkennen. Dagegen erreichten die neuen EU-Mitgliedstaaten zumeist Zuwächse in der Produktion. Besonders große Wachstumsraten seit 2000 erzielten dabei die baltischen Länder Litauen (57,4 %), Estland (44,2 %) und Lettland (36,0 %), aber auch die Tschechische Republik (33,1 %), Irland (24,3 %), die Slowakei (23,9 %) und Ungarn (22,6 %) wiesen bemerkenswerte Industriezuwächse auf.

20.7 Die außenwirtschaftlichen Beziehungen der Europäischen Union

Der Außenhandel besitzt für alle EU-Staaten eine große Bedeutung. Mehr als 40 % des globalen Warenhandels entfallen auf die Europäische Union, die damit weltweit den wichtigsten Handelsblock darstellt. Wie Tab. 8 zeigt, betrug die Summe der Importe der EU-Länder im Jahr 2004 (einschl. Intra-EU-Handel, d. h. einschl. der »Eingänge« aus anderen EU-Ländern) insgesamt 2 959 Mrd. Euro, allein 2 208 Mrd. Euro bzw. 75 % davon entfielen auf die 12 Staaten der Eurozone. Dem standen Gesamtexporte (»Ausfuhren und Versendungen«) der EU-Staaten von 2 988 Mrd. Euro gegenüber. Mit 2 335 Mrd. Euro lag der Anteil der Eurozone hier bei 78 %. Per Saldo ergab sich ein Ausfuhrüberschuss der EU-25-Staaten von 29,1 Mrd. Euro und ein Ausfuhrüberschuss der Eurozone-Staaten von 127,0 Mrd. Euro. Aufgrund der durchweg negativen Handelsbilanzen der neuen Mitgliedstaaten fällt der Saldo für die EU-25-Staaten deut-

lich geringer aus als der Saldo der EU-15-Staaten bzw. Eurozone-Staaten. Deutschlands Exportüberschuss belief sich auf 157,0 Mrd. Euro. Das Vereinigte Königreich war hingegen das Land mit dem höchsten Importüberschuss von 93,7 Mrd. Euro.

Der so genannte Intra-EU-Handel, d. h. der Warenaustausch zwischen den EU-Ländern, machte für die Staaten der Europäischen Union (EU-25) im Jahr 2004 zwei Drittel ihres gesamten Außenhandels aus. Am stärksten ist die Handelsverflechtung mit Partnerländern innerhalb der Europäischen Union im Falle von Belgien, Estland, Lettland, Luxemburg, Österreich, Polen, Portugal, der Slowakei, Slowenien, der Tschechischen

Tab. 8: Außenhandel 2004

Land	Einfuhr und Eingänge		Ausfuhr und Versendungen		Saldo		Anteil des Intra-EU-25-Handels
	ins-gesamt	je Einwohner	ins-gesamt	je Einwohner	ins-gesamt	je Einwohner	
	Mill. EUR	EUR	Mill. EUR	EUR	Mill. EUR	EUR	%
Belgien	229 168	22 013	246 324	23 661	+ 17 156	+ 1 648	74,8
Dänemark	54 546	10 093	62 074	11 486	+ 7 528	+ 1 393	70,7
Deutschland	576 353	6 986	733 387	8 889	+ 157 034	+ 1 903	64,4
Estland	6 750	5 006	4 795	3 556	- 1 955	- 1 450	76,5
Finnland	41 356	7 913	49 458	9 464	+ 8 102	+ 1 550	62,2
Frankreich	374 312	6 234	360 767	6 009	- 13 545	- 226	67,1
Griechenland	42 284	3 823	12 225	1 105	- 30 059	- 2 717	57,3
Irland	48 759	12 032	83 834	20 687	+ 35 075	+ 8 655	63,5
Italien	282 205	4 862	280 692	4 836	- 1 513	- 26	59,6
Lettland	5 704	2 467	3 223	1 394	- 2 481	- 1 073	76,1
Litauen	9 879	2 874	7 452	2 168	- 2 427	- 706	64,5
Luxemburg	16 116	35 515	13 063	28 787	- 3 053	- 6 728	82,3
Malta	2 950	7 340	2 003	4 984	- 947	- 2 356	63,6
Niederlande	256 717	15 755	287 955	17 672	+ 31 238	+ 1 917	67,1
Österreich	96 394	11 861	95 165	11 710	- 1 229	- 151	76,6
Polen	72 166	1 891	60 272	1 579	- 11 894	- 312	76,6
Portugal	44 174	4 207	28 770	2 740	- 15 404	- 1 467	78,1
Schweden	80 314	8 931	98 952	11 003	+ 18 638	+ 2 073	64,6
Slowakei	23 693	4 406	22 146	4 118	- 1 547	- 288	81,9
Slowenien	13 826	6 920	12 727	6 370	- 1 099	- 550	72,0
Spanien	200 424	4 701	143 586	3 368	- 56 838	- 1 333	69,4
Tschechische Republik	55 881	5 476	55 195	5 409	- 686	- 67	82,8
Ungarn	47 698	4 720	44 101	4 364	- 3 597	- 356	72,8
Vereinigtes Königreich	372 563	6 234	278 857	4 666	- 93 706	- 1 568	56,4
Zypern	4 423	6 020	762	1 037	- 3 661	- 4 983	67,6
Europ. Union (EU-25)	2 958 655	6 466	2 987 785	6 529	+ 29 130	+ 64	66,4
Europ. Union (EU-15)	2 715 685	7 081	2 775 109	7 236	+ 59 424	+ 155	65,5
Eurozone	2 208 262	7 139	2 335 226	7 549	+ 126 964	+ 410	66,7
Beitrittskandidaten ¹							
Bulgarien	11 577	1 490	7 708	992	- 3 869	- 498	56,7
Kroatien	13 241	2 998	6 218	1 408	- 7 023	- 1 590	69,2
Rumänien	26 235	1 210	18 754	865	- 7 481	- 345	68,5
Türkei	78 160	1 089	50 335	701	- 27 825	- 388	49,9

1 Für die Beitrittskandidaten: Anteil des Außenhandels mit den EU-Staaten (EU-25).

Tab. 9: Wirtschaftliche Transaktionen zwischen In- und Ausländern 2004
in Mill. US-Dollar

Land	Saldo der Leistungsbilanz	Jährliche Direktinvestitionen (Netto)	
		im Ausland	des Auslands im Land
Belgien	+ 11 915	18 334	42 337
Dänemark	+ 5 941	– 9 930	– 8 804
Deutschland	+ 103 770	– 810	– 34 900
Estland	– 1 432	268	1 049
Finnland	+ 9 698	– 1 539	3 075
Frankreich	+ 8 380	47 710	24 520
Griechenland	– 13 148	606	1 355
Irland	– 1 423	15 816	11 040
Italien	– 15 137	19 144	16 772
Lettland	– 1 766	103	699
Litauen	– 1 724	263	773
Luxemburg	+ 3 562	82 943	78 678
Malta	– 563	9	407
Niederlande	+ 54 414	17 293	377
Österreich	+ 765	7 427	4 022
Polen	– 10 357	787	12 613
Portugal	– 13 158	6 121	825
Schweden	+ 27 485	15 369	– 588
Slowakei	– 282 ¹	– 155	1 122
Slowenien	– 670	551	827
Spanien	– 55 380	50 211	16 594
Tschechische Republik	– 5 595	572	4 454
Ungarn	– 8 842	1 071	4 608
Vereinigtes Königreich	– 41 880	80 240	72 560
Zypern	– 923	633	1 108
Europäische Union (EU-25)	+ 36 890	353 037	255 523
Europäische Union (EU-15)	+ 69 044	348 935	227 863
Eurozone	+ 77 498	263 256	164 695
Beitrittskandidaten			
Bulgarien	– 2 053	– 221	2 005
Kroatien	– 1 641	345	1 243
Rumänien	– 5 589	70	5 440
Türkei	– 15 543	858	1 733

1 Stand: 2003.

Republik und Ungarn, die allesamt über 70 % ihres gesamten grenzüberschreitenden Güterhandels mit anderen EU-Staaten abwickeln. Am niedrigsten ist der Anteil des Intrahandels in Griechenland, Italien und dem Vereinigten Königreich. Dort machte der Anteil des Warenaustausches mit anderen EU-Mitgliedstaaten jeweils unter 60 % des Gesamthandelsumsatzes aus.

Ein umfassendes Bild über die externen Wirtschaftsverflechtungen bietet die Leistungsbilanz, d. h. die Summe aller grenzüberschreitenden Güter- und Dienstleistungstransaktionen sowie der Übertragungen. Die Europäische Union als Ganzes (EU-25) verbuchte 2004 einen positiven Leistungsbilanzsaldo in Höhe von 36,9 Mrd. US-

Dollar. Die Länder der Eurozone kamen auf einen Leistungsbilanzüberschuss von 77,5 Mrd. US-Dollar.

Im Ländervergleich erweisen sich die Leistungsbilanzergebnisse als sehr unterschiedlich. Den höchsten Leistungsbilanzüberschuss wies Deutschland mit 103,8 Mrd. US-Dollar auf vor den Niederlanden mit 54,4 Mrd. US-Dollar. Spanien und das Vereinigte Königreich hatten vornehmlich aufgrund ihrer stark negativen Handelsbilanz auch das größte Leistungsbilanzdefizit zu verzeichnen. Leistungsbilanzdefizite traten außerdem in allen neuen EU-Mitgliedstaaten wegen negativer Handelsbilanzen auf.

Ein Gradmesser für die weltwirtschaftliche Verflechtung einzelner Volkswirtschaften sind die im Ausland getätigten Direktinvestitionen bzw. deren Zufluss. Unternehmen aus der Europäischen Union (EU-25) investierten 2004 über 353 Mrd. US-Dollar im Ausland (Eurozone: 263 Mrd. US-Dollar). In die Europäische Union flossen aus anderen Ländern Direktinvestitionen in Höhe von rund 256 Mrd. US-Dollar (Eurozone: 165 Mrd. US-Dollar). Werden die Direktinvestitionsflüsse ins Ausland mit den Direktinvestitionen aus dem Ausland verrechnet, so ergeben sich daraus für 2004 Nettoabflüsse aus der EU in Höhe von 98 Mrd. US-Dollar.

Am regsten war im Jahr 2004 die Investitionstätigkeit Luxemburgs, das 83 Mrd. US-Dollar ins Ausland transferierte, gefolgt vom Vereinigten Königreich mit 80 Mrd. US-Dollar. Umgekehrt verzeichneten auch Luxemburg und das Vereinigte Königreich mit rund 79 Mrd. US-Dollar bzw. 73 Mrd. US-Dollar die größten Zuflüsse an ausländischen Direktinvestitionen in der EU.

20.8 Die Lebensverhältnisse in der Europäischen Union

Trotz erheblicher Nettofinanztransfers in die ärmeren EU-Länder in den zurückliegenden Jahren kann noch nicht von einer EU-weiten Angleichung der Lebensverhältnisse gesprochen werden, wie Tab. 10 belegt.

Am weitesten vorangekommen ist die Angleichung im Hinblick auf die Lebenserwartung. Bei den Männern lag 2003 die Bandbreite der Lebenserwartung bei Geburt in den 15 alten EU-Staaten zwischen 77,9 Jahren in Schweden und 74,2 Jahren in Portugal (Deutschland: 75,7 Jahre). Bei den Frauen reichte die Spanne von 83,6 Jahren im Falle Spaniens bis 79,9 Jahre im Falle Dänemarks (Deutschland: 81,4 Jahre). Im Vergleich mit den neuen EU-Staaten fällt auf, dass nur die Lebenserwartung in den beiden mediterranen Staaten Malta und Zypern dem EU-15-Schnitt entspricht. In den ost-europäischen Staaten, die der EU beigetreten sind, lag im Jahr 2003 die Lebenserwartung sowohl bei Männern als auch bei Frauen im Schnitt jeweils einige Jahre unter dem Niveau der alten EU-Staaten (EU-15).

Besonders ausgeprägt sind die Unterschiede im Lebensstandard bei einem Vergleich der durchschnittlichen Bruttojahresverdienste. Auffallend ist hier ein Nord-Süd-Gefälle, mit dem höchsten Verdienst in Dänemark und weit geringeren Verdiensten in den

Tab. 10: Lebensverhältnisse

Land	Lebenserwartung bei Geburt ¹		Durchschnittlicher Bruttojahresverdienst ²	Primär-energieverbr. ³	Pkw ⁴	Inter-net-Nutzer ^{3,5}	Mobil-telefone ³
	Männer	Frauen		je Einwohner	je 1000 Einwohner		
	Jahre		EUR	t RÖE ⁶	Anzahl		
Belgien	75,9	81,7	34 643	6,46 ⁷	459	406	876
Dänemark	75,1	79,9	44 692	3,40	351	700	956
Deutschland	75,7	81,4	40 375	4,00	546	500	864
Estland	66,0	76,9	5 278 ⁸	.	321	512	931
Finnland	75,1	81,8	30 996	5,47	436	630	954
Frankreich	75,9	82,9	28 847	4,35	493	414	738
Griechenland	76,5	81,3	16 739	2,96	352	178	999
Irland	75,8	80,7	.	3,51	374	270	929
Italien	76,8	82,5	21 494 ⁸	3,16	593	498	1 079
Lettland	65,7	75,9	3 515 ⁸	.	280	354	664
Litauen	66,5	77,7	4 195 ⁸	2,62	365	281	996
Luxemburg	75,0	81,0	39 587	⁹	650 ¹⁰	590	1 189
Malta	76,7	80,7	13 603	.	506	760	723
Niederlande	76,2	80,9	36 600	5,85	423 ¹¹	616	910
Österreich	75,9	81,6	28 808 ⁸	4,04	498 ¹⁰	475	978
Polen	70,5	78,8	6 434	2,40	294	234	605
Portugal	74,2	80,5	13 450 ¹	2,38	379	293	981
Schweden	77,9	82,5	32 177	5,38	454	755	1 034
Slowakei	69,9	77,8	4 945	3,46	252	421	794
Slowenien	72,6	80,4	11 932 ⁸	.	446	480	871
Spanien	76,9	83,6	19 220	3,41	443	349	905
Tschechische Republik	72,1	78,7	6 130 ⁸	4,36	363 ¹⁰	469	1 054
Ungarn	68,4	76,7	6 196	2,34	275	275	863
Vereinigtes Königreich	76,2	80,7	38 793	3,79	501	633	1 021
Zypern	77,0	81,4	18 406	.	414	369	866
Europ. Union (EU-25)	74,9	81,3	.	.	.	454	897
Europ. Union (EU-15)	75,9	81,8	.	3,94	.	482	925
Eurozone	75,9	81,9	.	3,94	.	442	903
Beitrittskandidaten							
Bulgarien	68,9	75,9	1 678	2,43	296	281	608
Kroatien	71,4	78,4	.	.	291	295	575
Rumänien	67,8	75,3	2 142 ⁸	1,81	142	202	471
Türkei	68,6	70,9	.	1,20	66	141	488

1 2003.

2 Vollzeitbeschäftigte im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor. Stand: 2003.

3 2004.

4 Ohne Kombinationskraftwagen. Stand: Jahresende 2003.

5 Größtenteils Schätzungen, die als Näherungswert betrachtet werden sollten.

6 1 Tonne Rohöleinheit (t RÖE) = 41 860 kJ Hu/kg (unterer Heizwert/kg).

7 Einschl. der Angaben für Luxemburg.

8 Vollzeitäquivalente.

9 Die Angaben für Luxemburg sind bei Belgien einbezogen.

10 Einschl. Kombinationskraftwagen.

11 2002.

südeuropäischen EU-Mitgliedsländern wie Portugal, Griechenland oder Spanien. Alle neuen Mitgliedstaaten, außer Zypern und Malta, liegen jedoch noch (zum Teil weit) unter dem Gehaltsniveau der angesprochenen südeuropäischen Staaten.

Auch bei der Ausstattung mit Personenkraftwagen bestanden zum Jahresende 2003 noch deutliche Unterschiede. Länder wie Luxemburg (650 Pkw je 1 000 Einwohner) oder Italien (593 Pkw je 1 000 Einwohner) übertrafen deutlich den EU-Durchschnitt, der Wert für Deutschland lag bei 546 Pkw. In allen neuen osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten erreichte die Pkw-Dichte dagegen noch bei weitem nicht das EU-Niveau.

Bei der Betrachtung der Kommunikationsindikatoren fällt der hohe Verbreitungsgrad des Internets im Jahr 2004 in den skandinavischen Ländern auf (Schweden: 755 Nutzer je 1 000 Einwohner, Dänemark 700 Nutzer je 1 000 Einwohner). Auch in Deutschland (2004: 500 Nutzer je 1 000 Einwohner) liegt die Internet-Verbreitung auf einem höheren Niveau als im EU-Durchschnitt (EU-25: 454 Nutzer je 1 000 Einwohner). Die Verbreitung des Internets ist in den osteuropäischen Mitgliedstaaten, außer in Slowenien, der Tschechischen Republik und in Estland, zumeist noch unterentwickelt.

Der Verbreitungsgrad von Mobiltelefonen liegt in allen Ländern über dem des Internets. Außerordentlich hoch ist dabei die Zahl von Mobiltelefon-Nutzern in Luxemburg (2004: 1 189 Mobil-Telefone je 1 000 Einwohner).

Weitere Informationen zu Deutschland und Europa siehe auch Teil II, Kap. 22.

Teil II

Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden im vereinten Deutschland

Herausgegeben von

ROLAND HABICH

Zentrales Datenmanagement

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)

HEINZ-HERBERT NOLL

Abteilung Soziale Indikatoren

Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim (ZUMA)

Die Herausgeber danken Christa Hartwig und insbesondere Stefan Bleihauer (beide WZB) für die zuverlässige Mithilfe und Unterstützung bei den redaktionellen Arbeiten. Die Redaktionsarbeiten wurden im WZB durchgeführt. Die graphischen Darstellungen in diesem Teil wurden von Roland Habich und Stefan Bleihauer entworfen und erstellt.

Die Autoren

Die Autoren des Teils II, deren Namen an den jeweiligen Kapitelenden stehen, sind oder waren an den unten aufgeführten Instituten beschäftigt.

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Dr. Roland Habich ist Leiter des Zentralen Datenmanagements, Wolfgang Keck und Dr. Ulrich Kohler sind wissenschaftliche Mitarbeiter der Abteilung »Ungleichheit und soziale Integration« im Forschungsschwerpunkt »Arbeit, Sozialstruktur und Sozialstaat« des WZB. (Ansprechpartner: rhabich@wz-berlin.de). – PD Dr. Bernhard Weßels ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung »Demokratie: Strukturen, Leistungsprofil und Herausforderungen« im Forschungsschwerpunkt »Zivilgesellschaft, Konflikte und Demokratie« des WZB. (Ansprechpartner: wessels@wz-berlin.de)

Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA), Mannheim:

Dr. Heinz-Herbert Noll ist Leiter der Abteilung »Soziale Indikatoren« des ZUMA. Dr. Jörg Dittmann, Dr. Stefan Weick und Dr. Angelika Scheuer sind wissenschaftliche Mitarbeiter in dieser Abteilung. Michael Blohm, Alexander Haarmann und Martina Wasmer sind wissenschaftliche MitarbeiterInnen der Abteilung »ALLBUS«. (Ansprechpartner: noll@zuma.mannheim.de)

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin:

Prof. Dr. Jürgen Schupp ist Honorarprofessor für Soziologie an der FU Berlin und stellvertretender Leiter der Längsschnittstudie »Das Sozio-ökonomische Panel« am DIW. Dr. Joachim R. Frick ist ebenfalls stellvertretender Leiter, Patrick J. Dross ist wissenschaftliche Hilfskraft, Jan Göbel, Dr. Markus Grabka, Dr. Elke Holst, Bettina Isengard und Dr. Peter Krause sind wissenschaftliche MitarbeiterInnen in dieser Abteilung. (Ansprechpartner: soepmail@diw-berlin.de)

Weitere Autoren:

Dr. Hanfried Andersen arbeitet an der Technischen Universität Berlin, Fachbereich Wirtschaft und Management, Fachgebiet Finanzwirtschaft und Gesundheitsökonomie. Prof. Dr. Rolf Becker ist Professor für Soziologie am Institut für Pädagogik und Schulpädagogik, Abt. Bildungssoziologie, an der Universität Bern. Regina Berger-Schmitt arbeitet im Landratsamt Rhein-Neckarkreis, Gesundheitsamt, Heidelberg. Bernhard Christoph ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg. Prof. Dr. Dieter Fuchs ist Professor für Politikwissenschaft, Bereich Politische Theorie und Politikfeldanalyse, an der Universität Stuttgart. Reinhard Pollak ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Methoden der empirischen Sozialforschung und angewandte Soziologie der Universität Mannheim. Prof. Dr. Edeltraud Roller ist Professorin für Vergleichende Politikwissenschaft an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Thorsten Schneider ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Prof. Dr. Johannes Schwarze ist Professor für Volkswirtschaftslehre, Fachgebiet Sozialpolitik, an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Jun.-Prof. Dr. Annette Spellerberg ist Professorin für Stadtsoziologie an der Technischen Universität Kaiserslautern.

A Einleitung

1 Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden im vereinten Deutschland: Konzepte und Daten der Sozialberichterstattung

Ziel einer regelmäßigen und umfassenden Sozialberichterstattung, wie sie der Datenreport verfolgt, ist die kontinuierliche Wohlfahrtsmessung und Dauerbeobachtung des sozialen Wandels. Für die verschiedenen Aspekte der objektiven Lebensbedingungen sowie die darauf bezogenen subjektiven Perzeptionen und Bewertungen sollen zuverlässige Daten bereitgestellt werden, die es erlauben, den aktuellen Zustand und die Entwicklung der deutschen Gesellschaft zu beurteilen. Darüber hinaus zielt die Berichterstattung auch darauf ab, signifikante Trends des gesellschaftlichen Wandels – auf der Ebene sozialer Strukturen, aber auch individueller Einstellungen und Verhaltensweisen – aufzuspüren und empirisch zu beschreiben.

Obwohl seit der deutschen Vereinigung inzwischen mehr als eineinhalb Jahrzehnte vergangen sind, verdient die Beobachtung des Zusammenwachsens und der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Ost und West immer noch eine besondere Beachtung, steht aber nicht mehr so sehr im Mittelpunkt der Betrachtung, wie das in früheren Ausgaben der Fall war. Trotz der nach wie vor bestehenden Disparitäten zwischen Ost- und Westdeutschland in manchen Bereichen und teilweise verbliebenen Unterschieden in Verhaltensweisen und Wertorientierungen sind mittlerweile andere Probleme der gesellschaftlichen Entwicklung in den Vordergrund getreten. Dazu gehören neben der anhaltenden Wachstumsschwäche der Wirtschaft und den unzureichenden Beschäftigungsmöglichkeiten auch die ungelösten Probleme der sozialen Sicherungssysteme, die zutage getretenen Defizite des Bildungswesens und nicht zuletzt Fragen der Integration von Migranten und des gesellschaftlichen Zusammenhalts im Allgemeinen. Darüber hinaus wurde in den letzten Jahren mit zunehmender Sorge betrachtet, wie sich Deutschland im internationalen Wettbewerb behaupten kann. Um der gestiegenen Bedeutung einer international vergleichenden Perspektive und den Prozessen der europäischen Integration Rechnung zu tragen, enthält der Datenreport 2006 in diesem Teil wieder einen Beitrag, in dem der Vergleich verschiedener europäischer Gesellschaften im Vordergrund steht und die Situation in Deutschland im europäischen Kontext betrachtet wird.

Bei einem »social monitoring« der gesellschaftlichen Entwicklung, wie es dem Datenreport zugrunde liegt, geht es auch darum, den Entscheidungsträgern in Politik und Wirtschaft handlungsrelevante Informationen zur Verfügung zu stellen, aber mehr noch stellt sich der Datenreport die Aufgabe, dem Informationsbedürfnis einer interessierten Öffentlichkeit gerecht zu werden. Der Teil II dieses Datenreports erweitert das Informationsangebot der amtlichen Statistik um die Perspektive einer nichtamtlichen, sozialwissenschaftlichen Sozialberichterstattung. In den Beiträgen dieses Teils kommt daher nicht nur eine in stärkerem Maße analytische, durch sozialwissenschaftliche Theorieansätze strukturierte Betrachtungsweise zur Geltung; die Beiträge dieses Teils stützen sich auch auf eine nichtamtliche, spezifisch sozialwissenschaftliche Datenbasis. Die Zusammenarbeit von amtlicher Statistik und wissenschaftlicher Sozialberichterstattung hat sich erstmals in dem Datenreport von 1985 niedergeschlagen. Die spezifische Arbeitsteilung, die dabei gefunden wurde, hat sich – das zeigen die seither erschienenen Ausgaben und die Reaktionen der Leser/innen und Nutzer/innen – bewährt.

Die einzelnen Beiträge entsprechen thematisch zu einem großen Teil denen des Teils I. Sie sind darauf ausgerichtet, einerseits die verschiedenen Lebenslagen und andererseits subjektive Wahrnehmungen, Erwartungen und Präferenzen sowie Einstellungen und das subjektive Wohlbefinden der Bundesbürger zu beschreiben und zu analysieren. Dabei finden objektive Aspekte der Lebensbedingungen und subjektive Situationseinschätzungen mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen Berücksichtigung. Die Beiträge sind zudem darauf ausgerichtet, Veränderungen über die Zeit – teilweise auch auf der Basis individueller Längsschnittdaten – zu erfassen und zu analysieren. Gegenstand der Sozialberichterstattungsperspektive dieses Teils des Datenreports sind daher nicht nur die verschiedenen Aspekte der Wohlfahrtsentwicklung, das heißt Veränderungen der individuellen und gesellschaftlichen Lebensqualität, sondern auch zentrale Dimensionen des fortdauernden Struktur- und Einstellungswandels in der deutschen Gesellschaft.

Obwohl die amtliche Statistik nach wie vor der wichtigste Anbieter von Informationen über die Lebensverhältnisse und die Entwicklung der deutschen Gesellschaft ist, hat die Erfahrung gezeigt, dass eine leistungsfähige sozialwissenschaftliche Umfrageforschung für eine aktuelle, differenzierte und anspruchsvolle Sozialberichterstattung unverzichtbar ist. Die sozialwissenschaftliche Umfrageforschung stellt nicht nur Informationen zu Themen und Fragestellungen bereit, die außerhalb des gesetzlich festgelegten Erhebungsprogrammes der amtlichen Statistik liegen, wie zum Beispiel Informationen zu Einstellungen und subjektiven Perzeptionen und Bewertungen. Darüber hinaus ergänzt sie das System der Informationsgewinnung auch in methodischer Hinsicht. Die sozialwissenschaftliche Umfrageforschung verfügt nicht über die umfangreichen Stichproben der amtlichen Statistik. Sie kann aber mit ihrem Instrumentarium vielfach schneller und flexibler auf veränderte Bedingungen und Informationsanforderungen reagieren und ihr Erhebungsprogramm den spezifischen Umständen und Erfordernissen leichter anpassen. Sozialwissenschaftliche Repräsentativbefragungen, wie sie diesem Teil des Datenreports zugrunde liegen, leisten einen

wesentlichen Beitrag zur Dateninfrastruktur, indem sie die gesellschaftliche Wirklichkeit z.T. auch aus anderen Perspektiven beleuchten als die amtliche Statistik und damit nicht nur offensichtlich vorhandene Informationslücken schließen, sondern das Informationsangebot insgesamt wesentlich bereichern. Ihre Informationen unterscheiden sich daher in Art und Inhalt von denen der amtlichen Statistik, ohne aber weniger solide und zuverlässig zu sein.

Für eine wissenschaftsbasierte Sozialberichterstattung stehen in Deutschland Daten aus verschiedenen kontinuierlich angelegten Erhebungsprogrammen der empirischen Sozialforschung zur Verfügung, die speziell für die gesellschaftliche Dauerbeobachtung konzipiert worden sind: das Sozio-oekonomische Panel (SOEP), der Wohlfahrtssurvey und die daran anschließenden Erhebungen »Wohlfahrtssurvey-Trend« sowie die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS). Darüber hinaus werden von Fall zu Fall auch andere Datensätze verwendet: das International Social Survey Programme (http://www.gesis.org/en/social_monitoring/issp/index.htm, 24.04.06), die Eurobarometer-Umfragen (http://europa.eu.int/comm/public_opinion, 24.04.06) sowie der European Social Survey (<http://www.europeansocialsurvey.org/>, 24.04.06), der in einer ersten Runde in den Jahren 2002/2003 in 22 europäischen Ländern und dann in der zweiten Runde im Jahr 2005 in insgesamt 24 Ländern erhoben worden ist.

Die Mehrzahl der Beiträge im Teil II dieses Datenreports beruht auf den Daten des Sozio-oekonomischen Panels – SOEP (<http://www.diw.de/deutsch/sop/>, 24.04.06). Das Sozio-oekonomische Panel ist eine repräsentative Längsschnitterhebung zur empirischen Beobachtung des sozialen Wandels, in der seit 1984 zwei Ausgangsstichproben (Deutsche und Ausländer) von 5921 Haushalten, in denen mehr als 15 000 Personen leben, in der früheren Bundesrepublik und West-Berlin jährlich befragt werden. Das Sozio-oekonomische Panel wurde ursprünglich im Rahmen des durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) finanzierten Sonderforschungsbereichs 3 »Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik« der Universitäten Frankfurt am Main und Mannheim konzipiert und wird vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin durchgeführt. Als eine Längsschnitterhebung zielt das SOEP primär darauf ab, Informationen über Veränderungen im Zeitablauf auf der Mikroebene von Individuen und Haushalten bereitzustellen. Die thematischen Schwerpunkte des SOEP liegen in den Bereichen des Einkommens und der Erwerbstätigkeit, aber es werden – im Rahmen variierender thematischer Vertiefungen – auch zu anderen Aspekten der sozioökonomischen Lebensverhältnisse, wie zum Beispiel Bildung und Weiterbildung, Soziale Sicherung und Armut, soziale Netzwerke und in begrenztem Umfang auch zu subjektiven Perzeptionen, Bewertungen und Einstellungen, Längsschnittinformationen erhoben. Noch vor In-Kraft-Treten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion wurde auf dem Gebiet der ehemaligen DDR im Juni 1990 eine Basisbefragung des Sozio-oekonomischen Panels mit der Zielsetzung durchgeführt, eine Längsschnittdatenbasis als Grundlage für die Beobachtung der Transformationsprozesse in den neuen Bundesländern zu schaffen. Die Stichprobe der Basisbefragung des SOEP-Ost umfasste 2 179 Haushalte, in denen über 6 000 Personen lebten.

Die weiteren Wellen des SOEP-Ost wurden parallel mit den Wellen des SOEP-West durchgeführt. Das SOEP wurde 1994/95 durch eine Zuwanderungs- (536 Haushalte) sowie 1998 durch eine Erneuerungsstichprobe (1 060 Haushalte) ergänzt. In den Jahren 2000 und 2002 wurde der Stichprobenumfang des SOEP nochmals erheblich auf nunmehr fast 24 000 Befragte in mehr als 12 000 Haushalten erweitert.

Die allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften – ALLBUS (<http://www.gesis.org/Dauerbeobachtung/Allbus/index.htm>, 24.04.06) ist eine Repräsentativbefragung, die in der Bundesrepublik seit 1980 in zweijährigem Turnus durchgeführt wird. Verantwortlich für die Konzeption und Durchführung der ALLBUS-Erhebung ist das Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) in Mannheim. Die Datenaufbereitung, Archivierung und Weitergabe der Daten erfolgt über das Zentralarchiv für empirische Sozialforschung (ZA) in Köln. Mit wechselnden inhaltlichen Themenschwerpunkten und der teilweisen Replikation von Fragen stellt der ALLBUS eine der meistgenutzten Datenquellen für die sozialwissenschaftliche Forschung und Lehre in Deutschland dar. Orientiert an den Zielsetzungen der deskriptiven Sozialberichterstattung, der Untersuchung des sozialen Wandels und der international vergleichenden Analyse werden regelmäßig Informationen zu den Bereichen Sozialstruktur und Sozialbeziehungen, Wertorientierungen und Grundeinstellungen sowie der Legitimität der sozialen und politischen Ordnung erhoben.

Zu den thematischen Schwerpunkten des ALLBUS 2004 gehörten u. a. »Freizeitaktivitäten und Mediennutzung«. Seit der Erhebung von 2000 wird der ALLBUS in der Form von computergestützten persönlichen Interviews (CAPI) durchgeführt. Die Grundgesamtheit der ALLBUS-Umfragen bestand bis einschließlich 1990 aus den wahlberechtigten Personen in der früheren Bundesrepublik und West-Berlin, die in Privathaushalten leben. Seit 1991 besteht die Grundgesamtheit aus der erwachsenen Wohnbevölkerung – Deutschen und Ausländern – in Deutschland. Die Stichprobengröße betrug bis 1991 rund 3 000 Befragte. Seit 1992 beträgt die Nettototalzahl 2 400 Befragte in den alten und 1 100 Befragte in den neuen Bundesländern.

Weitergehende Informationen, darunter auch detaillierte Angaben zu den jeweiligen Stichproben und Erhebungsverfahren, finden sich für alle hier verwendeten Datensätze im Internet. Über die Internetadresse des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (<http://www.diw.de>, 24.04.06) findet sich eine Vielzahl von Informationen zum SOEP sowie zu Publikationen, die auf diesem Datensatz beruhen. Das ZUMA bietet über seine Internetadresse Informationen sowohl zum ALLBUS als auch zu den Wohlfahrtssurveys an (<http://www.gesis.org/Dauerbeobachtung/index.htm>, 24.04.06). Über das Internetangebot der Abteilung Soziale Indikatoren von ZUMA (<http://www.gesis.org/Dauerbeobachtung/Sozialindikatoren/index.htm>, 24.04.06) wird mit »Wohlfahrtssurvey-Online« auch die Möglichkeit geboten, auf die Daten der Wohlfahrtssurveys 1978–1998 online zuzugreifen, das heißt die Daten beispielsweise für die Erstellung von Tabellen oder andere Auswertungsformen zu nutzen. Zudem wird dort auch ein umfangreiches Kompendium zur Wohlfahrtsentwicklung in Deutschland 1978 bis 1998 auf der Basis der Wohlfahrtssurveys angeboten. Darüber hinaus informiert der »Informationsdienst Soziale Indikatoren« (ISI), der

ebenfalls über das Internet verfügbar ist, über aktuelle Trends der Wohlfahrtsentwicklung und des sozialstrukturellen Wandels aus der Perspektive der Sozialberichterstattung. Über die Internetadresse des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) schließlich werden Informationen und neuere Publikationen sowohl zu den Wohlfahrtssurveys als auch zu europäisch vergleichenden Umfragen (Euromodul) zur Verfügung gestellt (http://www.wz-berlin.de/wzb/projekte_habich/datenmanagement.de.htm, 24.04.06).

Die in den folgenden Beiträgen präsentierten Daten und Analysen vermitteln ein Bild der Lebensverhältnisse sowie der erkennbaren Tendenzen des Wandels sozialer Strukturen und individueller Einstellungen in Deutschland, wie es sich aus einer Perspektive der Wohlfahrtsforschung und Sozialberichterstattung – gestützt auf repräsentative empirische Daten der gesellschaftlichen Dauerbeobachtung – gegenwärtig darstellt. Zusammen mit den Daten der amtlichen Statistik in Teil I dieses Datenreports wird damit zugleich ein wesentlicher Ausschnitt der verfügbaren quantitativen Informationen zum Zustand und Wandel der deutschen Gesellschaft, ihrer »inneren Einheit« und der Lebensqualität ihrer Bürgerinnen und Bürger auch im europäischen Vergleich in einer spezifischen Form aufbereitet und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

(Heinz-Herbert Noll / Roland Habich)

B Subjektives Wohlbefinden

2 Zufriedenheit in Lebensbereichen

Die Lebensqualität in einem Land lässt sich nur zum Teil mit Hilfe der objektiven Lebensbedingungen beschreiben. Dies liegt insbesondere daran, dass die Bürger identische objektive Bedingungen in Abhängigkeit von ihren eigenen Ansprüchen und Erwartungen durchaus unterschiedlich bewerten können. Resultat derartiger Bewertungsprozesse ist die subjektive Zufriedenheit einer Person, die zwar auf ihre tatsächlichen Lebensumstände bezogen ist, aber in ansonsten vergleichbaren Situationen dennoch recht unterschiedlich ausfallen kann.

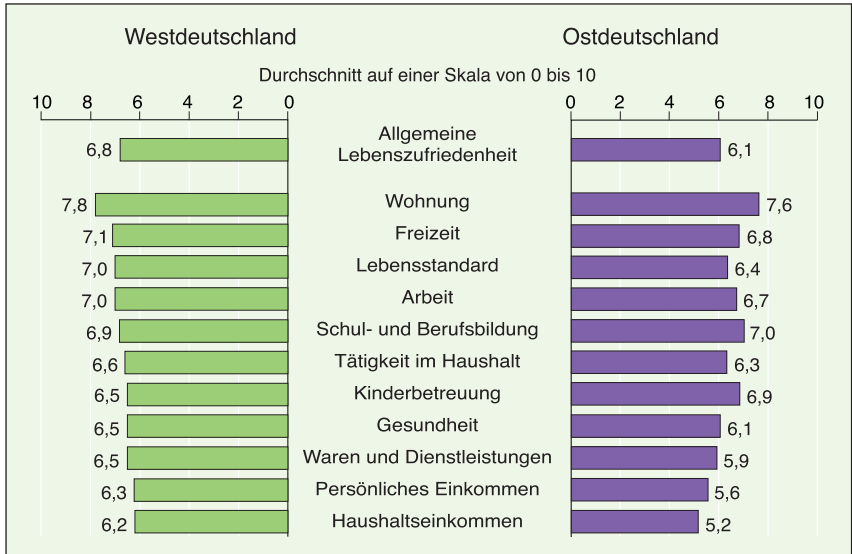
Um sich ein vollständiges Bild von der Lebensqualität in der Bundesrepublik Deutschland zu machen, ist es also erforderlich, neben den objektiven Lebensumständen auch die darauf bezogenen Zufriedenheiten der Bürger zu untersuchen. Da zudem in manchen Bereichen auch heute noch deutliche Unterschiede zwischen den beiden Landesteilen existieren, steht neben einer gesamtdeutschen Perspektive auch eine getrennte Betrachtung der Lage in Ost- und Westdeutschland im Mittelpunkt dieses Beitrags. Neben der aktuellen Situation werden dabei insbesondere die langfristigen Entwicklungstendenzen in beiden Teilen der Republik eine Rolle spielen. Den im Folgenden dargestellten Ergebnissen liegen dabei Daten zugrunde, welche die Zufriedenheit der Befragten in den einzelnen Bereichen auf einer Skala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden) erfassen.

2.1 Zufriedenheit in einzelnen Lebensbereichen

Auch noch im Jahr 2004 lassen sich nicht unwesentliche Zufriedenheitsdifferenzen zwischen Ost- und Westdeutschland feststellen. Dies zeigt sich zunächst an der allgemeinen Lebenszufriedenheit, die ein zusammenfassendes Maß für das subjektive Wohlbefinden darstellt. Wie die Ergebnisse in Abbildung 1 verdeutlichen, liegt in diesem Jahr die allgemeine Lebenszufriedenheit der Befragten im Osten des Landes mit einem Abstand von 0,7 Skaleneinheiten erheblich unter derjenigen der Westdeutschen.

Dieser allgemeine Befund muss jedoch insofern eingeschränkt werden, als die Unterschiede in den einzelnen Lebensbereichen durchaus variieren können und auch die Rangfolge der einzelnen Bereichszufriedenheiten in beiden Landesteilen anders ausfällt.

Abb. 1: Zufriedenheit in Lebensbereichen und allgemeine Lebenszufriedenheit



1 Zufriedenheit mit der Arbeit und Zufriedenheit mit dem persönlichen Einkommen: nur Erwerbstätige; Zufriedenheit mit der Kinderbetreuung; nur Befragte mit Kindern bis 6 Jahren im Haushalt.

Datenbasis: SOEP 2004.

Die Bürger in beiden Teilen des Landes sind, wie auch schon in den Vorjahren, mit dem Bereich Wohnung am zufriedensten. Und auch über die Bereiche mit der geringsten Zufriedenheit herrscht Einigkeit zwischen Ost und West: Das persönliche Einkommen und das Haushaltseinkommen rangieren klar am Ende der Skala. Diese die Rangfolge betreffende Einigkeit ändert jedoch nichts daran, dass sich in den beiden letztgenannten Bereichen mit einem Abstand von 0,7 (beim persönlichen Einkommen) bzw. 1,0 Skalenpunkten (beim Haushaltseinkommen) die ausgeprägteste Differenz zwischen den beiden Teilen des Landes feststellen lässt.

Was die übrigen Lebensbereiche angeht, so sind die Westdeutschen vor allem mit ihrem Lebensstandard (0,6 Skalenpunkte), ihrer Gesundheit (0,4 Skalenpunkte) und ihrer Arbeit (0,3 Skalenpunkte) zufriedener als die Ostdeutschen. Diese weisen lediglich was ihre Schul- und Berufsausbildung (mit einer Differenz von 0,1 Skalenpunkten) sowie die Kinderbetreuung (0,4 Skalenpunkte) angeht eine höhere Zufriedenheit auf als die Menschen in den alten Bundesländern. Bei der Kinderbetreuung hat sich dieser Unterschied aufgrund der traditionell besseren Infrastruktur in den östlichen Bundesländern bereits in den Vorjahren gezeigt.

Anhand des längerfristigen Vergleichs in Tabelle 1, die neben den Mittelwerten zusätzlich den Anteil »eher zufriedener« und »eher unzufriedener« Befragter darstellt, wird außerdem klar, dass die Tendenz einer höheren Zufriedenheit mit diesen beiden

Tab. 1a: Anteile eher Zufriedener und eher Unzufriedener
in Lebensbereichen, 2000–2004

	Jahr	Zufriedenheit in Lebensbereichen ¹							
		Anteil »eher unzufrieden«		Anteil »eher zufrieden«		Darunter »ganz und gar zufrieden«		Mittelwert	
		Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West
		in %						Ø	
Gesundheit	2000	19	16	64	70	8	11	6,4	6,7
	2001	19	16	65	71	7	10	6,4	6,7
	2002	19	16	65	70	6	8	6,3	6,6
	2003	18	17	65	69	5	7	6,3	6,6
	2004	23	18	61	67	5	8	6,1	6,5
Arbeit ³	2000	11	10	76	81	11	12	7,0	7,2
	2001	11	10	77	80	9	10	7,0	7,2
	2002	12	11	76	79	7	10	6,9	7,1
	2003	13	12	73	78	5	9	6,8	7,0
	2004	13	12	73	77	5	8	6,7	7,0
Haushaltseinkommen	2000	28	16	54	69	5	10	5,7	6,6
	2001	27	15	55	71	5	9	5,8	6,7
	2002	30	18	52	68	3	7	5,6	6,5
	2003	32	19	48	66	3	7	5,4	6,3
	2004	34	21	46	64	3	6	5,2	6,2
Lebensstandard	2000	11	7	74	83	5	11	6,7	7,3
	2001	11	7	74	83	5	10	6,7	7,3
	2002	13	9	72	80	3	7	6,5	7,1
	2003	15	9	69	80	3	8	6,4	7,1
	2004	15	9	69	80	3	7	6,4	7,0
Freizeit	2000	16	13	70	77	12	18	6,7	7,2
	2001	14	13	73	77	12	17	6,9	7,2
	2002	14	13	74	76	12	15	6,9	7,1
	2003	14	13	72	76	10	15	6,8	7,1
	2004	14	14	74	76	10	14	6,8	7,1
Wohnung	2000	9	7	81	85	16	23	7,4	7,8
	2001	7	7	83	85	17	21	7,6	7,8
	2002	8	7	83	85	14	19	7,5	7,7
	2003	8	8	82	85	14	19	7,4	7,7
	2004	7	7	85	86	17	20	7,6	7,8
Angebot von Waren, Dienstleistungen	2000	25	18	63	72	8	13	6,1	6,7
	2001	–	17	63	73	7	12	6,1	6,7
	2002	26	–	–	–	–	–	–	–
	2003	26	18	61	72	7	10	6,0	6,6
	2004	25	20	61	69	6	9	5,9	6,5
Umweltzustand	2000	16	12	64	74	3	6	6,2	6,7
	2001	14	10	69	76	3	7	6,4	6,8
	2002	17	15	63	69	2	4	6,1	6,4
	2003	16	11	68	76	2	6	6,3	6,7
Anmerkungen s. S. 444	2004	–	–	–	–	–	–	–	–

Datenbasis: SOEP 2000–2004.

Tab. 1b: Anteile eher Zufriedener und eher Unzufriedener
in Lebensbereichen, 2000–2004

	Jahr	Zufriedenheit in Lebensbereichen ¹							
		Anteil »eher unzufrieden«		Anteil »eher zufrieden«		Darunter »ganz und gar zufrieden«		Mittelwert	
		Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West
		in %						Ø	
Tätigkeit im Haushalt	2000	14	14	65	67	8	9	6,5	6,6
	2001	13	14	67	68	8	9	6,5	6,6
	2002	16	14	65	68	5	7	6,4	6,5
	2003	14	14	67	68	6	7	6,5	6,5
	2004	15	13	64	68	5	7	6,3	6,6
Kinder-Betreuung ²	2000	14	19	76	69	15	13	7,1	6,6
	2001	13	17	75	70	16	13	7,1	6,8
	2002	9	19	84	67	15	11	7,3	6,5
	2003	11	20	76	64	18	9	7,2	6,4
	2004	17	17	73	69	14	9	6,9	6,5
Schul- und Berufs- bildung	2000	8	11	78	76	12	13	7,2	7,1
	2004	9	12	77	74	10	10	7,0	6,9
Persönliches Einkommen ³	2004	30	19	53	66	2	5	5,6	6,3
Soziale Sicherung	2002	34	26	43	54	2	3	5,2	5,7

1 Zufriedenheitsskala von 0 bis 10; 0 = »Ganz und gar unzufrieden«, 10 = »Ganz und gar zufrieden«;
Kategorien: »Eher unzufrieden« (0 bis 4), »Eher zufrieden« (6 bis 10).

2 Nur Befragte mit Kindern bis 6 Jahre im Haushalt.

3 Nur Erwerbstätige (Voll- und Teilzeit).

Fehlende Jahre: Indikator nicht erhoben.

Datenbasis: SOEP 2000–2004.

Lebensaspekten im Osten auch über die Zeit stabil ist, selbst wenn bei der Kinderbetreuung die exakte Höhe der Differenz über die Zeit schwankt.

Darüber hinaus lassen sich anhand der Angaben in Tabelle 1 auch weitere Entwicklungen über die Zeit sowie dauerhafte Problembereiche identifizieren. Als besonders prekär scheint das Haushaltseinkommen wahrgenommen zu werden: Sowohl im Jahr 2004 als auch in den Vorjahren ist dies der Aspekt der Lebensverhältnisse, mit dem die Menschen am wenigsten zufrieden sind. Seit ihrem höchsten Stand im Jahre 2001 sind die entsprechenden Zufriedenheitswerte zudem nicht unwesentlich zurückgegangen. Dabei hat die Zufriedenheit im Westen um 0,5 und im Osten um 0,6 Skaleneinheiten abgenommen, sodass inzwischen über 20 % der Westdeutschen sowie ein gutes Drittel der Ostdeutschen eher unzufrieden mit ihrem Haushaltseinkommen sind. Zweifelsohne spiegelt sich in diesen Ergebnissen die allgemein eher angespannte wirtschaftliche Lage seit Anfang der 2000er-Jahre wieder. Diese Vermutung wird auch durch die bei der Zufriedenheit mit der Arbeit zu beobachtenden Werte gestützt, wo es über den gleichen Zeitraum zu einer ähnlichen Entwicklung kam – wenn auch mit einem vergleichsweise gering ausgeprägten Rückgang von 0,2 (West) bzw. 0,3 (Ost) Skaleneinheiten und auf einem insgesamt höheren Zufriedenheitsniveau.

2.2 Zufriedenheit in einzelnen Bevölkerungsgruppen

Betrachtet man die Zufriedenheit einzelner Bevölkerungsgruppen, dann zeigen sich in den meisten Teilpopulationen ähnliche Ost-West-Unterschiede wie bei der globalen Differenzierung zwischen den Landesteilen: Mit Ausnahme der Kinderbetreuung und der Schul- und Berufsbildung sind die Westdeutschen in nahezu allen Bereichen zufriedener als die Ostdeutschen.

Interessanter sind hingegen die Unterschiede zwischen einzelnen Gruppen innerhalb der beiden Landesteile (vgl. Tab. 2a und Tab. 2b). Dabei sind die Differenzen zwischen Männern und Frauen in den meisten Fällen eher schwach ausgeprägt – wo-

Tab. 2a: Zufriedenheit in Lebensbereichen nach Bevölkerungsgruppen, 2004

Zufriedenheit mit ... ¹		Geschlecht		Alter			Bildung		
		Männer	Frauen	18–34 Jahre	35–59 Jahre	60+ Jahre	Haupt-schulab-schluss	Mittlere Reife	Abitur
		Ø							
Gesundheit	West	6,6	6,4	7,6	6,6	5,6	6,1	6,7	6,9
	Ost	6,2	6,0	7,2	6,1	5,1	5,3	6,3	6,7
Arbeit ³	West	7,0	7,0	7,1	6,9	7,3	7,0	7,0	7,0
	Ost	6,7	6,7	7,1	6,6	6,9	6,4	6,6	7,1
Tätigkeit im Haushalt	West	6,5	6,6	6,7	6,5	6,6	6,6	6,5	6,4
	Ost	6,3	6,4	6,5	6,3	6,3	6,3	6,4	6,4
Haushalts-einkommen	West	6,2	6,2	6,0	6,2	6,5	6,0	6,3	6,7
	Ost	5,2	5,2	5,1	4,9	5,7	5,2	4,9	6,0
Wohnung	West	7,7	7,8	7,5	7,7	8,1	7,8	7,8	7,8
	Ost	7,6	7,7	7,5	7,5	7,8	7,6	7,6	7,9
Freizeit	West	7,0	7,1	6,8	6,5	7,9	7,4	6,9	6,7
	Ost	6,9	6,8	6,7	6,3	7,5	7,3	6,5	6,6
Kinder-betreuung ²	West	6,7	6,4	6,9	6,3	()	6,9	6,3	6,4
	Ost	6,6	7,1	6,6	7,2	()	()	6,7	7,4
Persönliches Einkommen ³	West	6,4	6,1	6,2	6,3	6,7	6,1	6,2	6,6
	Ost	5,6	5,5	5,8	5,4	6,2	5,1	5,4	6,4
Schul- und Berufsbildung	West	7,0	6,8	7,1	6,8	6,8	6,2	7,1	8,0
	Ost	7,1	7,0	7,1	7,0	7,0	6,5	7,1	8,1
Lebens-standards	West	7,0	7,1	7,1	6,9	7,1	6,8	7,2	7,4
	Ost	6,4	6,5	6,7	6,2	6,5	6,1	6,3	7,0
Soziale Sicherung ⁴	West	5,7	5,7	5,6	5,4	6,1	5,7	5,5	5,7
	Ost	5,1	5,2	5,2	4,9	5,5	5,4	4,9	5,3

1 Zufriedenheitsskala von 0 bis 10; 0 = »Ganz und gar unzufrieden«, 10 = »Ganz und gar zufrieden«; Kategorien: »Eher unzufrieden« (0 bis 4), »Eher zufrieden« (6 bis 10).

2 Nur Befragte mit Kindern bis 6 Jahren im Haushalt.

3 Nur Erwerbstätige (Voll- und Teilzeit).

4 Daten für 2002.

() Ergebnisse nicht ausgewiesen, da Zellenbesetzung < 30.

Datenbasis: SOEP 2002, 2004.

bei eigentlich nur die Kinderbetreuung in Ostdeutschland eine Ausnahme darstellt. Die Unterschiede zwischen den Altersgruppen fallen hingegen stärker aus. Allerdings sind letztere in den meisten Fällen auch insofern nahe liegend, als sie relativ klar mit Ungleichheiten in den objektiven Lebensumständen korrespondieren. So mag zum Beispiel die sich mit zunehmendem Alter verschlechternde Bewertung des eigenen Gesundheitszustandes wenig überraschen. Und auch die vergleichsweise positive Bewertung der Freizeit durch die – sich in den meisten Fällen wohl im Ruhestand befindlichen – Mitglieder der ältesten Kohorte erscheint durchaus folgerichtig.

Auffällig ist hingegen, dass die Zufriedenheit der Älteren auch in den meisten materiellen Lebensbereichen, das heißt beim persönlichen und beim Haushaltseinkommen sowie bei der Wohnung, am höchsten ist. Lediglich im Fall des Lebensstandards weist die jüngste Altersgruppe eine vergleichbare Zufriedenheit auf.

Betrachtet man die Differenzen zwischen den einzelnen Bildungsgruppen, so ist es plausibel, dass Personen mit höherer Bildung (Fachhochschulreife oder Abitur) auch zufriedener mit ihrer Schul- und Berufsausbildung sind als die übrigen Befragten, wobei der größte Abstand zwischen der Gruppe mit der höchsten und der niedrigsten Bildung in Westdeutschland 1,8 Skalenpunkte beträgt. Auch die höhere Zufriedenheit mit den materiellen Lebensumständen (Einkommen und Lebensstandard) unter den besser Gebildeten dürfte durch das höhere Erwerbspotential dieser Gruppe zu erklären sein. Ein vergleichsweise großer Abstand findet sich bei der Zufriedenheit mit der Gesundheit, die von Personen mit höherer oder mittlerer Bildung positiver bewertet wird als von Personen mit einem Hauptschul- oder gar keinem Abschluss. Dafür ist die letztgenannte Gruppe erheblich zufriedener mit ihrer Freizeit als Befragte mit höherer Bildung. Bei den hier ausgewiesenen Mittelwertunterschieden ist allerdings zu beachten, dass sich diese Werte zumindest teilweise durch die Altersstruktur der einzelnen Bildungsgruppen erklären lassen. Denn einerseits weisen Personen mit Hauptschul- oder ohne Schulabschluss im Westen ein um gut zehn und im Osten ein um über 15 Jahre höheres Durchschnittsalter auf und andererseits konnten für die höchste Altersgruppe ganz ähnliche Tendenzen wie für Personen mit niedriger Bildung festgestellt werden.

Auch bei der Unterscheidung nach dem Erwerbsstatus lassen sich Muster erkennen, die partiell auf einen Alterseffekt zurückzuführen sind: Die Zufriedenheit der Rentner mit ihrer Gesundheit ist niedriger und ihre Freizeitzufriedenheit ist höher als bei Erwerbstätigen oder Arbeitslosen. In den anderen Lebensbereichen sind zumeist die Arbeitslosen unzufriedener als die übrigen Gruppen, was entweder – wie bei der Zufriedenheit mit Lebensstandard, Haushaltseinkommen oder Wohnung – auf ihre durch die Arbeitslosigkeit verursachte schlechtere materielle Lage zurückzuführen sein dürfte oder aber – wie im Falle der Schul- und Berufsbildung – mit den möglichen Ursachen ihrer Arbeitslosigkeit in Zusammenhang steht. Die einzige Ausnahme stellt hier die Kinderbetreuung dar, mit der zumindest im Westen die Arbeitslosen zufriedener sind als die Erwerbstätigen, wobei allerdings auch anzunehmen ist, dass erstere in geringerem Maß auf die Verfügbarkeit von Kinderbetreuung angewiesen sein dürften als berufstätige Befragte.

Tab. 2b: Zufriedenheit in Lebensbereichen nach Bevölkerungsgruppen, 2004

Zufriedenheit mit ... ¹		Erwerbsstatus			Einkommen ²	
		Erwerbs- tätig	Arbeitslos	Rentner	Unteres Quintil	Oberes Quintil
		Ø				
Gesundheit	West	6,9	6,3	5,4	6,4	6,8
	Ost	6,6	6,1	4,9	6,1	6,3
Arbeit ³	West	7,0	–	–	7,1	7,1
	Ost	6,7	–	–	6,4	6,9
Tätigkeit im Haushalt	West	6,6	6,2	6,6	6,5	6,7
	Ost	6,6	6,1	6,2	6,1	6,5
Haushaltseinkommen	West	6,4	4,0	6,4	4,8	7,4
	Ost	5,5	3,3	5,7	3,4	6,7
Wohnung	West	7,7	6,9	8,1	7,2	8,1
	Ost	7,7	7,2	7,8	7,0	7,9
Freizeit	West	6,5	7,2	8,0	7,0	7,1
	Ost	6,2	7,1	7,5	6,7	6,7
Kinderbetreuung ⁴	West	6,6	7,1	()	6,9	5,9
	Ost	7,2	7,2	()	5,9	7,4
Persönliches Einkommen ³	West	6,3	–	–	5,4	7,1
	Ost	5,6	–	–	4,1	6,5
Schul- und Berufsbildung	West	7,2	5,6	6,8	6,0	7,6
	Ost	7,3	6,3	6,9	6,6	7,7
Lebensstandard	West	7,2	5,5	7,1	6,1	7,8
	Ost	6,7	5,1	6,5	5,3	7,3
Soziale Sicherung ⁵	West	5,5	5,3	6,1	5,5	5,8
	Ost	5,0	4,7	5,5	4,9	5,3

1 Zufriedenheitsskala von 0 bis 10; 0 = »Ganz und gar unzufrieden«, 10 = »Ganz und gar zufrieden«; Kategorien: »Eher unzufrieden« (0 bis 4), »Eher zufrieden« (6 bis 10).

2 Bedarfsgewichtetes Haushaltseinkommen, Bedarfsgewichtung nach alter OECD-Skala; separate Einkommensverteilung für Ost- und Westdeutschland.

3 Nur Erwerbstätige (Voll- und Teilzeit).

4 Nur Befragte mit Kindern bis 6 Jahren im Haushalt.

5 Daten für 2002.

() Ergebnisse nicht ausgewiesen, da Zellenbesetzung < 30.

– Trifft nicht zu.

Datenbasis: SOEP 2002, 2004.

Das Zufriedenheitsniveau im obersten und untersten Einkommensquintil unterscheidet sich insbesondere in Hinblick auf die materiellen Lebensumstände beträchtlich: Bei der Wohnung liegt die Differenz bei knapp einem, bei Lebensstandard und persönlichem Einkommen um die zwei und im Fall des Haushaltseinkommens im Westen bei 2,6 und im Osten sogar bei 3,3 Skalenpunkten. Mit Ausnahme der Zufriedenheit mit der Wohnung sind die entsprechenden Abstände zudem im Osten ausgeprägter als in Westdeutschland. In den anderen Lebensbereichen sind die Unterschiede hingegen eher gering. Lediglich bei der Bildung und der Kinderbetreuung zeigen sich nennenswerte Abweichungen. Dabei dürfte im ersten Fall die höhere Zufriedenheit der Ein-

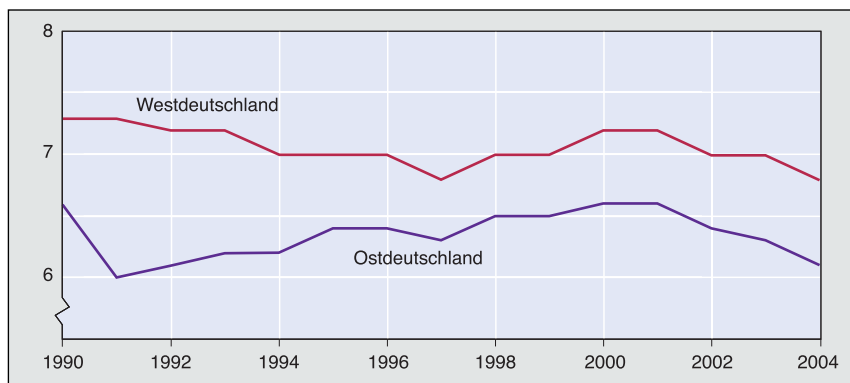
kommensstärkeren nicht weiter verwundern, da eine höhere Bildung in der Regel ja auch das Einkommenspotential der Betroffenen verbessert. Weniger klar sind hingegen die Ergebnisse im Fall der Kinderbetreuung. In den ostdeutschen Ländern sind Personen mit höherem Haushaltseinkommen diesbezüglich deutlich zufriedener als Befragte im untersten Einkommensbereich. Im Westen ist die Zufriedenheit mit der Kinderbetreuung unter den wohlhabenderen Befragten hingegen geringer. Hier dürften insbesondere subjektive Faktoren wie ein höheres Anspruchsniveau aber auch ein höherer Betreuungsbedarf, beispielsweise wegen längerer Arbeitszeiten oder einer im Vergleich stärkeren Bedeutung von Doppelerwerbstätigkeit, eine Rolle spielen.

2.3 Entwicklung der Zufriedenheit in ausgewählten Lebensbereichen im vereinigten Deutschland

Eine Stärke der hier verwendeten Daten liegt darin, dass sich gesellschaftliche Entwicklungen langfristig nachvollziehen lassen. Seit 1990 wurde die ost- und die westdeutsche Bevölkerung insgesamt 15-mal befragt, was für die meisten der untersuchten Lebensbereiche eine sehr detaillierte Beschreibung der langfristigen Entwicklung der Zufriedenheit im vereinigten Deutschland ermöglicht.

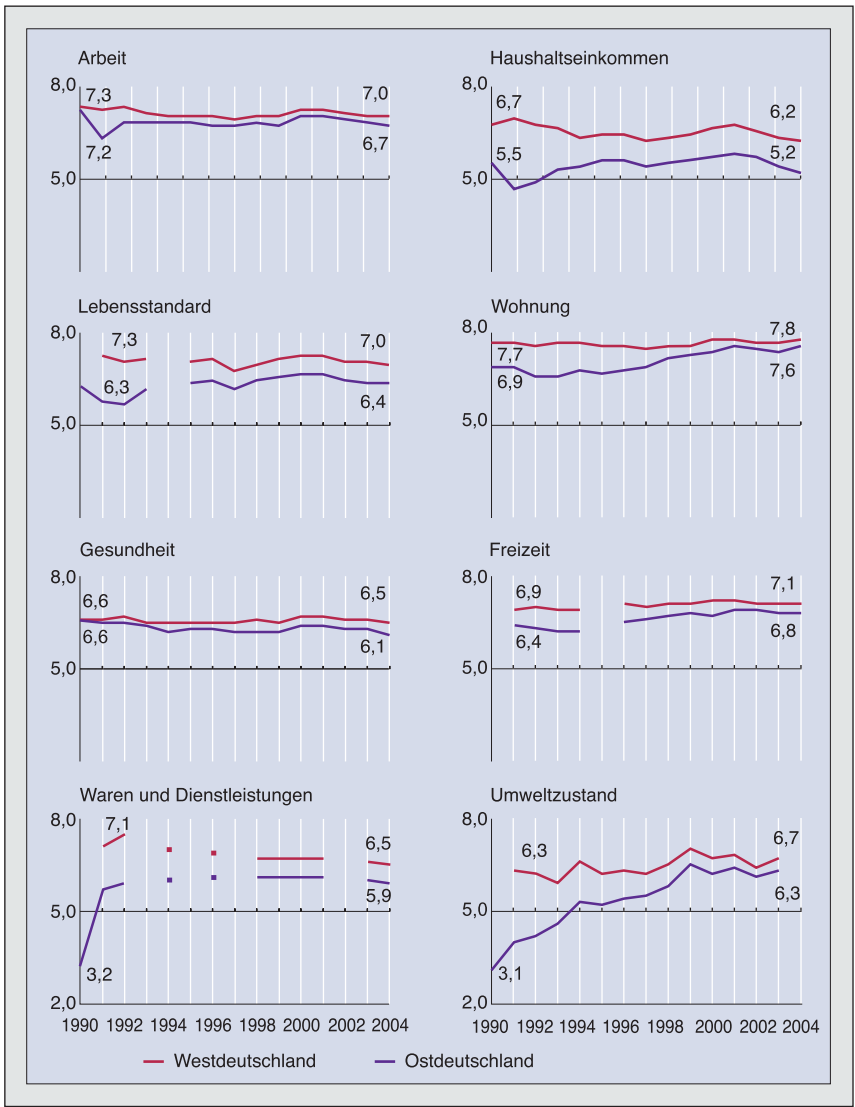
Bei der in Abbildung 2 dargestellten Entwicklung der allgemeinen Lebenszufriedenheit zeigt sich, dass die Werte in Ostdeutschland nach der deutschen Vereinigung zunächst deutlich zurückgegangen waren, bevor bis in die zweite Hälfte der 1990er-Jahre eine Annäherung der Zufriedenheit in beiden Landesteilen stattfand. Wie bereits

Abb. 2: Entwicklung der allgemeinen Lebenszufriedenheit in Ost- und Westdeutschland, 1990–2004



Datenbasis: SOEP 1990–2004.

Abb. 3: Veränderungen der Zufriedenheit in Lebensbereichen, 1990–2004



1 Zufriedenheit mit der Arbeit: nur Erwerbstätige (Voll- und Teilzeit), 1992–1995 einschl. der separat ausgewiesenen Personen in Kurzarbeit.

Fehlende Jahre: Indikator nicht erhoben.

Datenbasis: SOEP 1990–2004.

frühere Untersuchungen gezeigt haben, erfolgte diese Annäherung jedoch nicht in der ursprünglich erhofften Weise einer Angleichung an das konstant hohe westdeutsche Niveau, sondern wurde zumindest teilweise auch durch einen Rückgang der Zufriedenheit in den alten Bundesländern getragen. Seitdem ist es zu einer Verfestigung der noch bestehenden Unterschiede gekommen, wobei sich allerdings sowohl bei der allgemeinen Lebenszufriedenheit als auch bei einzelnen Bereichszufriedenheiten spezifische Entwicklungsmuster andeuten, die auf eine langfristige Angleichung oder aber auch auf eine erneute Auseinanderentwicklung hinweisen könnten. So zeigt sich beispielsweise bei der allgemeinen Lebenszufriedenheit im Vergleich zu den Jahren 1997 bis 1999, in denen der Ost-West-Unterschied mit 0,5 Skalenpunkten am geringsten ausfiel, seitdem eine leichte Zunahme der Differenz, die bis 2004 wieder auf 0,7 Skalenpunkte angewachsen ist.

Wie Abbildung 3 verdeutlicht, lässt sich dieses Verlaufsmuster allerdings nicht einfach auf die Zufriedenheit in den einzelnen Lebensbereichen übertragen. Vielmehr kann man anhand der bereichsspezifischen Entwicklung der Zufriedenheit mindestens drei unterschiedliche Verlaufstypen identifizieren.

Der erste Verlaufstyp entspricht dem der allgemeinen Lebenszufriedenheit: Zunächst kommt es in Ostdeutschland Anfang der 1990er-Jahre zu einem Rückgang der Zufriedenheit. Bis spätestens zur Mitte des Jahrzehnts erfolgt dann eine Annäherung an die westdeutschen Werte, bevor sich eine Phase mit einer parallelen Entwicklung und mehr oder minder stabilen Unterschieden zwischen den beiden Landesteilen anschließt. Im Laufe dieser Entwicklung geht die Zufriedenheit in Westdeutschland über den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg zurück. Dieser Verlaufstyp findet sich in dreien der vier Bereiche, die sich den materiellen Lebensbedingungen zuordnen lassen: der Zufriedenheit mit der Arbeit, dem Haushaltseinkommen und dem Lebensstandard. Bei der Zufriedenheit mit der Wohnung wird hingegen in den letzten Jahren immer offensichtlicher, dass sie trotz einiger Ähnlichkeiten nicht dem ersten Verlaufstyp zuzurechnen ist. Zwar findet sich auch hier ein Rückgang der Zufriedenheit zu Anfang der 1990er-Jahre, die anschließende Angleichung ist hingegen über den gesamten Zeitraum kontinuierlich verlaufen. Die Differenz zwischen den Landesteilen hat sich erst seit Anfang der 2000er-Jahre auf einem Niveau von etwa 0,2 Skalenpunkten stabilisiert, wobei sich für die Zukunft nicht ausschließen lässt, dass es zu einer vollständigen Angleichung kommt. Zudem hat sich die Zufriedenheit in Westdeutschland bis auf geringfügige Schwankungen praktisch nicht verändert. Insgesamt scheint die Zufriedenheit mit der Wohnung eher eine Mischform zwischen dem ersten und dem im Folgenden präsentierten zweiten Verlaufstyp darzustellen.

Eine hohe Stabilität der Zufriedenheit und eine über weite Strecken parallele Entwicklung mit bestenfalls langfristig stattfindenden Veränderungen sind Kennzeichen des zweiten Verlaufstyps. Darüber hinaus waren hier bereits in den frühen 1990er-Jahren die Unterschiede zwischen den Landesteilen eher gering. Unter diesen Verlaufstyp fallen die Zufriedenheiten mit den nicht materiellen Aspekten der privaten Lebensführung, also die Zufriedenheit mit der Gesundheit, die Zufriedenheit mit der Freizeit sowie die (hier nicht dargestellte) Zufriedenheit mit der Tätigkeit im Haushalt. Allen-

falls bei der Zufriedenheit mit der Gesundheit ist einschränkend festzustellen, dass in diesem Fall im längerfristigen Zeitverlauf ein Ost-West-Unterschied (von 0,4 Skalenpunkten) entstanden ist, der zu Anfang des Beobachtungszeitraums noch nicht existierte.

Besonders bemerkenswert ist allerdings der dritte Verlaufstyp, da er am ehesten der ursprünglichen Vorstellung einer zügigen Angleichung der ostdeutschen Lebensumstände an das höhere Westniveau entspricht. Kennzeichnend für diesen Verlaufstyp ist die niedrige ostdeutsche Ausgangsbasis im Jahr 1990 sowie eine zwar unterschiedlich schnelle, aber in beiden Fällen beträchtliche Annäherung an die Werte in Westdeutschland, ohne diese jedoch vollständig zu erreichen. Dieser Verlaufstyp findet sich bei der Zufriedenheit mit dem Angebot an Waren und Dienstleistungen und der Zufriedenheit mit dem Zustand der Umwelt und betrifft damit genau diejenigen Aspekte des Lebensumfelds der Befragten, die sich in den ostdeutschen Bundesländern seit der Vereinigung tatsächlich erheblich verändert haben. Das Tempo der Angleichung der Zufriedenheit scheint dabei auch das Tempo der tatsächlichen Veränderungen in diesen beiden Lebensbereichen widerzuspiegeln. In dem Maße, wie sich das Warenangebot in Ostdeutschland im Anschluss an die Wiedervereinigung schlagartig erweiterte, steigt auch die Zufriedenheit mit Waren und Dienstleistungen innerhalb nur eines Jahres zwischen 1990 und 1991 um ganze 2,5 Skalenpunkte. Der Zustand der Umwelt in Ostdeutschland verbesserte sich dagegen im Verlauf der ersten Hälfte der 1990er-Jahre kontinuierlich, wobei hier allerdings auch negativ zu bewertende Aspekte wie der Zusammenbruch großer Teile der ostdeutschen Industrie eine weniger rühmliche Rolle spielten. In beiden Fällen schließt sich an die Phase des schnellen Zufriedenheitszuwachses eine Periode mit einer erheblich langsamer verlaufenden Annäherung an, bevor spätestens seit Anfang des neuen Jahrhunderts eine in beiden Teilen des Landes weitgehend parallele Entwicklung mit einer sich offenbar verfestigenden Zufriedenheitsdifferenz folgt.

2.4 Zusammenfassung

Insgesamt lassen sich die dargestellten Befunde so zusammenfassen, dass auch im Jahr 2004 in den meisten untersuchten Lebensbereichen noch mehr oder minder klar ausgeprägte Differenzen zwischen dem westlichen und dem östlichen Landesteil Deutschlands existieren. Konzentriert man den Blick jedoch auf die längerfristigen Entwicklungen, so ist es in den meisten Fällen zu einer deutlichen Annäherung zwischen der Zufriedenheit im Westen und im Osten der Bundesrepublik gekommen. Der Verlauf dieser Annäherung wich jedoch für verschiedene Gruppen von Lebensbereichen recht deutlich voneinander ab. Während sich in den beiden Bereichen mit relativ rapiden Verbesserungen der objektiven Lebensbedingungen – dem Waren- und Dienstleistungsangebot sowie der Umwelt – auch die Zufriedenheit der Ostdeutschen relativ schnell verbesserte, kam es im Bereich der materiellen Lebensbedingungen zu einem vergleichsweise unerfreulichen Modus der Angleichung, der zumindest

teilweise auch von einem Zufriedenheitsrückgang in Westdeutschland getragen wurde. Ein dritter Verlaufstyp lässt sich im Bereich der privaten Lebensführung identifizieren, der – wenn überhaupt – durch relativ langfristig verlaufende Veränderungen und einen schon zu Beginn des Beobachtungszeitraums vergleichsweise geringen Ost-West Unterschied gekennzeichnet ist. Allen drei Verlaufstypen ist dabei gemeinsam, dass zumindest kurzfristig eine weitere Annäherung der Lebensverhältnisse aus heutiger Sicht eher unwahrscheinlich wäre. Eine Ausnahmestellung scheint die Zufriedenheit mit der Wohnung einzunehmen. Nicht nur, dass sie sich keinem der hier diskutierten Verlaufstypen klar zuordnen lässt. Darüber hinaus handelt es sich hier um den einzigen Lebensbereich, in dem eine vollständige Angleichung der Zufriedenheit von Ost- und Westdeutschen innerhalb der nächsten Jahre denkbar erscheint.

(Bernhard Christoph)

3 Wertorientierungen, Ansprüche und Erwartungen

Für das subjektive Wohlbefinden sind die persönlichen Wertorientierungen, Ansprüche und Erwartungen von großer Bedeutung. Sie definieren den Bezugsrahmen, innerhalb dessen die bestehenden Lebensumstände und -bedingungen beurteilt werden. Wertorientierungen und individuelle Erwartungen sind keine unveränderlichen Größen, sondern unterliegen dem demographischen und gesellschaftlichen Wandel. In diesem Kapitel soll untersucht werden, wie sich die Wertorientierungen, Ansprüche und Zukunftserwartungen der Deutschen in Ost und West seit 1990 verändert haben. Im Vordergrund steht dabei die Wichtigkeit verschiedener Ziele der persönlichen Entwicklung sowie des privaten und gesellschaftlichen Lebens. Parallel wird betrachtet, wie sich die Wahrnehmung der Rahmenbedingungen im gleichen Zeitraum verändert hat. Die Gegenüberstellung beider Perspektiven erlaubt einen Einblick in die Haltung, mit der die Deutschen den wahrgenommenen Bedingungen begegnen und welche Zukunftschancen sie dabei erwarten.

3.1 Wichtigkeit verschiedener Dinge im Leben

Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) erhebt in unregelmäßigen Zeitabständen die Wichtigkeit, die die Befragten der Erfüllung unterschiedlicher Ziele im Leben zusprechen. Diese Ziele lassen sich verschiedenen Lebensbereichen zuordnen. Im Bereich der persönlichen Entwicklung liegen die Ziele »sich etwas leisten können«, »sich selbst verwirklichen«, »Erfolg im Beruf haben« und »die Welt sehen, viele Reisen machen«. Den Bereich des Privatlebens betreffen die Ziele »eine glückliche Ehe/Partnerschaft haben«, »Kinder haben« und »ein eigenes Haus haben«. Zwei weitere Ziele gehören in den Bereich des gesellschaftlichen Lebens, nämlich »sich politisch, gesellschaftlich einsetzen« und »für andere da sein«. Die Wichtigkeit der Erfüllung dieser Ziele wurde 1990 für Westdeutschland sowie 1992, 1995 und 2004 für Gesamtdeutschland erfragt. Damit können Entwicklungen in der Wichtigkeit der Ziele der Deutschen für die Zeit seit der Wiedervereinigung beobachtet werden. Aufgrund des unterschiedlichen Erfahrungshintergrunds ist zu erwarten, dass die Deutschen in Ost und West nach wie vor deutliche Unterschiede in ihren Wertorientierungen aufweisen, auch wenn mit Angleichungstendenzen zu rechnen ist.

Von den Erwartungen an die persönliche Entwicklung steht das Ziel »sich etwas leisten können« klar im Vordergrund (vgl. Tab. 1). Danach folgen »Erfolg im Beruf haben« und »sich selbst verwirklichen«. »Die Welt sehen, viele Reisen machen« wird seltener genannt, gehört aber bei knapp der Hälfte der Deutschen in Ost und West zu den wich-

Tab. 1: Wichtigkeit von verschiedenen Zielen im Leben

	Westdeutschland				Ostdeutschland		
	1990	1992	1995	2004	1992	1995	2004
	wichtig/sehr wichtig in %						
Persönliche Entwicklung							
Sich etwas leisten können	79	82	81	82	86	86	85
Erfolg im Beruf haben	70	69	71	71	75	77	76
Sich selbst verwirklichen	70	68	70	68	73	76	73
Die Welt sehen, viel reisen	50	51	47	45	52	45	42
Privatleben							
Glückliche Ehe/Partnerschaft haben	90	91	91	91	89	89	90
Kinder haben	77	77	77	77	82	83	80
Ein eigenes Haus haben	51	53	54	56	41	49	44
Gesellschaftliches Leben							
Für andere da sein	89	88	91	91	89	90	91
Sich politisch/gesellschaftlich einsetzen	24	17	18	27	14	13	23

Datenbasis: SOEP 1990, 1992, 1995 und 2004.

tigen Dingen im Leben. Die Deutschen in Ost und West unterscheiden sich leicht in der Höhe der Erwartungen an die persönliche Entwicklung. Die Ziele »sich etwas leisten können«, »Erfolg im Beruf haben« und »sich selbst verwirklichen« werden von Ostdeutschen etwas häufiger genannt als von Westdeutschen. Lediglich die Wichtigkeit des Ziels »die Welt sehen, viele Reisen machen« ist im Osten marginal schwächer ausgeprägt als im Westen. Betrachtet man die Entwicklung der Wichtigkeit von Zielen persönlicher Entwicklung im Zeitverlauf, so zeigt sich eine Konzentration auf das Notwendige. Während das Reisen und die Selbstverwirklichung in Ost und West heute seltener genannt werden als vor zehn Jahren, sind finanzielle Freiheit und beruflicher Erfolg von gleich bleibender Bedeutung.

Die Ziele im Bereich des Privatlebens haben eine klare Hierarchie. An erster Stelle steht »eine glückliche Ehe/Partnerschaft haben«. Rund 90 % der Bürger in Ost und West erachten dies als wichtig in ihrem Leben. Darauf folgt das Ziel »Kinder haben« (ca. 80 %) sowie »ein eigenes Haus haben« (ca. 50 %). Hinsichtlich der Wichtigkeit einer glücklichen Partnerschaft gibt es keine Unterschiede zwischen Ost und West. Anders sieht dies beim Wunsch nach Kindern aus. Während die Wichtigkeit von Kindern in Westdeutschland über die Zeit konstant bleibt, geht sie im Osten langsam zurück, bleibt aber weiterhin leicht über dem westdeutschen Niveau. Der Wunsch nach einem eigenen Haus schließlich ist insgesamt im Westen stärker ausgeprägt und steigt im Zeitverlauf stetig an. In Ostdeutschland wird dieses Ziel etwas seltener genannt, und der Trend über die Zeit ist uneinheitlich.

Der Bereich des gesellschaftlichen Lebens wird hier mit zwei recht unterschiedlichen Zielen erfasst. »Für andere da sein« hat für die Deutschen in Ost und West einen sehr hohen Stellenwert, vergleichbar dem einer glücklichen Ehe oder Partnerschaft. Dieses

Ergebnis mag der sozialen Erwünschtheit ebenso entsprechen wie dem Grundbedürfnis nach Einbindung in die menschliche Gemeinschaft. Im Zeitverlauf zeigt sich sogar eine leichte Zunahme der Wichtigkeit dieses Ziels. Ganz anders ist die Situation bei dem Ziel »sich politisch, gesellschaftlich einsetzen«. Nicht nur wird dies in Ost und West von höchstens einem Viertel der Befragten als wichtig bezeichnet, die Anteile unterliegen zudem Schwankungen, die möglicherweise durch die Themen der politischen Agenda bedingt sind. So wichtig die Einbindung des Individuums im kleinräumigen Umfeld ist, so wenig relevant erscheint das gesellschaftliche oder politische Engagement des Einzelnen.

Betrachtet man die Wichtigkeit der Ziele für verschiedene Bevölkerungsgruppen, so lassen sich einige Profile erkennen (vgl. Tab. 2a und 2b). Männer und Frauen zeigen vor allem in den Bereichen Unterschiede, in denen sich die klassischen Rollenvorstellungen widerspiegeln. Männer halten deutlich häufiger den Erfolg im Beruf für wichtig, während Frauen häufiger »Kinder haben« oder »für andere da sein« als wichtiges Ziel nennen. Die Altersgruppen zeigen zumeist ein typisches Muster: Je jünger die Menschen, desto wichtiger sind die meisten Ziele. Mit dem Alter nimmt insbesondere die Bedeutung von Zielen der persönlichen Entwicklung (wie Erfolg im

Tab. 2a: Wichtigkeit einzelner Bereiche in verschiedenen Bevölkerungsgruppen Ost- und Westdeutschlands 1

	Sich etwas leisten können		Erfolg im Beruf haben		Sich selbst verwirklichen		Die Welt sehen, viele Reisen machen		Glückliche Ehe/Partnerschaft haben	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	wichtig/sehr wichtig in %									
Gesamt	82	85	71	76	68	73	45	42	91	90
Geschlecht										
Männer	83	86	79	80	71	75	46	43	93	92
Frauen	81	84	64	72	66	72	45	41	89	89
Alter										
18–34 Jahre	89	89	87	91	85	87	55	52	93	93
35–49 Jahre	84	87	79	86	73	77	42	39	95	95
50–65 Jahre	81	84	65	72	61	68	46	41	91	90
66 Jahre und älter	72	76	38	35	46	54	37	35	82	80
Erwerbsstatus										
Erwerbstätig	87	88	85	90	75	78	48	46	93	96
Schüler/Student	86	90	92	95	90	91	64	60	87	88
Rentner	75	79	40	39	51	56	40	37	84	83
Arbeitslos	83	85	78	81	75	77	44	28	90	93
Hausfrau/-mann	78	76	47	72	59	76	38	31	97	91
Familienstand										
Ledig	86	88	86	89	84	85	57	51	84	86
Verheiratet	82	84	68	74	63	69	41	39	99	99
Verwitwet	73	74	37	35	50	51	34	36	70	64
Geschieden	83	85	74	75	71	76	52	40	79	79

Datenbasis: SOEP 2004.

Tab. 2b: Wichtigkeit einzelner Bereiche in verschiedenen Bevölkerungsgruppen Ost- und Westdeutschlands 2

	Kinder haben		Ein eigenes Haus haben		Für andere da sein		Sich politisch, gesellschaftlich einsetzen	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	wichtig/sehr wichtig in %							
Gesamt	77	80	56	44	91	91	27	23
Geschlecht								
Männer	73	75	58	46	87	89	29	26
Frauen	81	85	54	43	93	93	24	20
Alter								
18–34 Jahre	69	73	51	43	92	93	26	24
35–49 Jahre	77	83	55	49	91	89	28	20
50–65 Jahre	81	85	60	46	91	92	28	24
66 Jahre und älter	85	84	57	37	89	89	25	23
Erwerbsstatus								
Erwerbstätig	74	84	56	51	91	91	28	23
Schüler/Student	57	63	52	39	89	93	30	23
Rentner	83	83	57	39	89	90	25	22
Arbeitslos	71	78	42	40	89	91	21	21
Hausfrau/-mann	92	85	68	46	94	95	23	21
Familienstand								
Ledig	52	62	44	38	90	90	28	24
Verheiratet	88	92	66	54	92	92	27	21
Verwitwet	84	81	50	28	90	89	23	19
Geschieden	72	75	34	28	88	88	26	27

Datenbasis: SOEP 2004.

Beruf und Selbstverwirklichung) ab. Eine Ausnahme ist hier das Ziel Kinder zu haben, das von der ältesten Gruppe am stärksten und der jüngsten Gruppe am wenigsten betont wird. Hier deutet sich ein Mentalitätswandel zwischen den Generationen an. Die beobachtbaren Unterschiede zwischen den Erwerbsgruppen lassen sich häufig mit dem Alter erklären. Während für Studenten Ziele der eigenen Entwicklung sehr wichtig sind, haben diese für Rentner zumeist an Bedeutung verloren. Für Nichterwerbstätige (Arbeitslose, Rentner und Hausfrauen) sind Ziele des Privatlebens (glückliche Ehe/Partnerschaft und Kinder) mindestens so wichtig wie für Erwerbstätige. Ähnliche Regelmäßigkeiten gelten für den Familienstand: Ledige nennen Ziele der persönlichen Entwicklung am häufigsten, Verwitwete am seltensten; Verheiratete und Geschiedene liegen dazwischen etwa gleichauf. Die Ziele des Privatlebens werden von Verheirateten deutlich häufiger genannt als von Ledigen, Verwitweten oder Geschiedenen.

Ziele der persönlichen Entwicklung werden in jüngerer Zeit seltener als wichtig erachtet. Dies lässt vermuten, dass die wahrgenommene Wahrscheinlichkeit, diese Ziele zu erreichen, abgenommen hat. Daher soll im Folgenden die Wahrnehmung der Rahmenbedingungen und der Zukunftschancen behandelt werden.

3.2 Ansprüche an den Lebensstandard und ihre Erfüllung

Die Zufriedenheit der Bürger mit ihrer Gesellschaft hängt unter anderem auch davon ab, ob sie meinen, im Großen und Ganzen ihren »gerechten Anteil« am Wohlstand zu erhalten. Das Thema der sozialen Gerechtigkeit hat in der jüngsten politischen Debatte eine erhebliche Rolle gespielt und die Bedeutung gerechter Lebenschancen deutlich gemacht. Der Eindruck von Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit ergibt sich aus dem Vergleich des eigenen Anteils mit dem der anderen. In der Vergangenheit ließen sich deutliche Unterschiede in den Urteilen beobachten, die durch die unterschiedlichen Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland erklärbar sind. Die Frage ist nun, ob bei diesen Unterschieden eine Angleichung zwischen Ost und West zu beobachten ist.

Wie aus Abbildung 1 ersichtlich ist, hat sich der Anteil derjenigen Ostdeutschen, die ihren Anteil am Wohlstand als gerecht empfinden, im beobachteten Zeitraum deutlich verändert und im Vergleich von 1992 bis 2004 fast verdoppelt (von 19 auf 32 %). Im gleichen Zeitraum hat sich der Anteil der Westdeutschen, die ihren Anteil als gerecht empfinden, leicht reduziert (von 65 auf 61 %). Insgesamt ist in Ostdeutschland der

Tab. 3: Gerechtigkeitsbewertung¹ des »eigenen Anteils« am Wohlstand in Deutschland

	Sehr viel weniger/etwas weniger als den gerechten Anteil						Gerechten Anteil/mehr als gerechten Anteil					
	West			Ost			West			Ost		
	1992	2002	2004	1992	2002	2004	1992	2002	2004	1992	2002	2004
Geschlecht												
Männer	32	32	38	81	60	66	67	68	62	19	40	34
Frauen	38	33	39	82	59	70	63	67	61	18	41	30
Alter												
18–34 Jahre	35	30	40	81	52	63	64	70	60	19	48	37
35–49 Jahre	35	35	39	84	61	70	65	65	61	16	39	30
50–65 Jahre	34	32	37	82	67	72	65	68	63	18	33	28
66 Jahre und älter	36	30	39	76	57	64	64	70	61	24	43	36
Erwerbsstatus												
Erwerbstätig	32	33	37	80	56	67	68	67	63	20	44	33
Schüler/Student	19	11	22	–	–	31	79	89	78	–	–	69
Rentner	37	31	40	37	75	66	63	69	60	22	37	34
Arbeitslos	54	65	60	55	74	87	45	35	40	10	25	13
Hausfrau/-mann	40	32	39	–	–	–	61	68	61	–	–	–
Familienstand												
Ledig	34	32	39	80	51	67	66	68	61	20	49	33
Verheiratet	32	30	37	82	62	67	67	70	63	18	38	33
Verwitwet	42	39	42	78	59	61	58	61	58	22	41	39
Geschieden	47	50	53	86	69	80	49	50	47	14	31	20

1 Frage: im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland leben: »Glauben Sie, dass Sie Ihren gerechten Anteil erhalten, mehr als Ihren gerechten Anteil, etwas weniger oder viel weniger?«

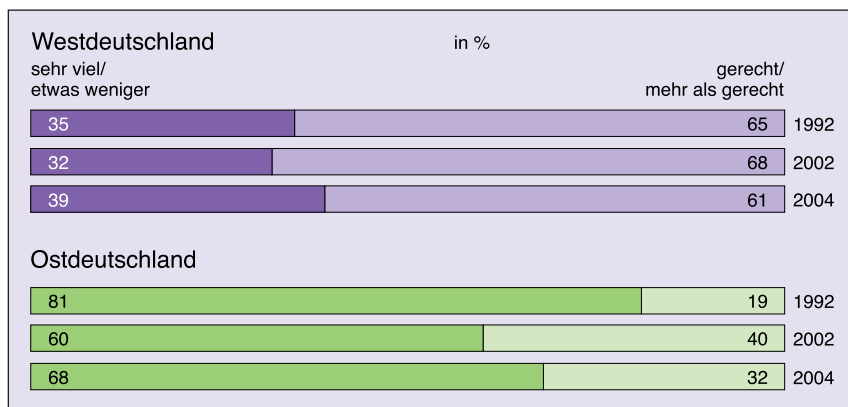
– Fallzahl zu gering.

Datenbasis: ALLBUS 1992, 2002, 2004.

Anteil derjenigen gestiegen, die glauben, ihren gerechten Anteil zu erhalten, während er in Westdeutschland geschrumpft ist. Nach wie vor empfinden jedoch mehr Bürger im Osten als im Westen ihren Anteil am Wohlstand als nicht gerecht.

Das Gefühl, weniger als den gerechten Anteil zu erhalten, hat sich in Westdeutschland zwischen 2002 und 2004 vor allem bei der jüngsten und der ältesten Altersgruppe (und entsprechend bei den Studenten und Rentnern) verstärkt, während es bei den Arbeitslosen zurückgegangen ist (vgl. Tab. 3). In Ostdeutschland zeigen sich ähnliche Tendenzen in den Altersgruppen, doch fühlten sich hier die Rentner 2002 gerechter behandelt als 2004, während die Arbeitslosen in zunehmendem Maße das Gefühl haben, nicht ihren gerechten Anteil am Wohlstand zu erhalten.

Abb. 1: Gerechtigkeitsbewertung – »eigener Anteil« an Verteilung des Wohlstands



Datenbasis: ALLBUS 1992, 1996, 1998, 2000, 2002, 2004.

3.3 Zukunftserwartungen

Parallel zur wachsenden Unzufriedenheit mit dem eigenen Anteil am Wohlstand wächst auch die Befürchtung, dass »eine Verschlechterung der Lebensbedingungen für die einfachen Leute« zu erwarten sei (vgl. Tab. 4). Dieser Aussage stimmen im Jahr 2004 fast alle Befragten in Ostdeutschland (94 %) und eine breite Mehrheit in Westdeutschland (87 %) zu. Im Zeitverlauf zeigt sich, dass sich die negativen Erwartungen für einfache Leute in Ostdeutschland schrittweise verstärkt haben, während sie in Westdeutschland vor allem zwischen den Jahren 2000 und 2004 zugenommen haben. Zwischen den Erwerbsgruppen sind kaum nennenswerte Unterschiede zu beobachten. Am stärksten ist die pessimistische Stimmung jedoch bei den Arbeitslosen und den Rentnern ausgeprägt.

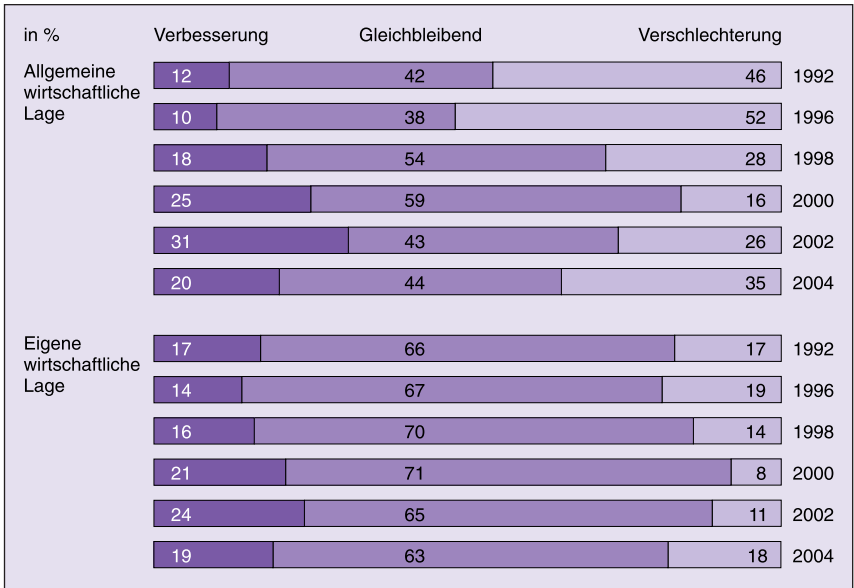
Tab. 4: Zukunftserwartungen der wirtschaftlichen Lage
in verschiedenen Bevölkerungsgruppen, 1992–2004

		1992	2000	2004
		in %		
Verschlechterung für die einfachen Leute ist zu erwarten: Bin derselben Meinung				
Gesamt	West	71	71	87
	Ost	66	81	94
Erwerbstätig	West	72	69	87
	Ost	63	80	92
Rentner	West	66	69	88
	Ost	69	82	96
Arbeitslos	West	81	81	88
	Ost	74	89	98
Auszubildend	West	61	57	82
	Ost	–	–	85
Hausfrau/-mann	West	61	57	82
	Ost	–	–	85

– Fallzahl zu gering.

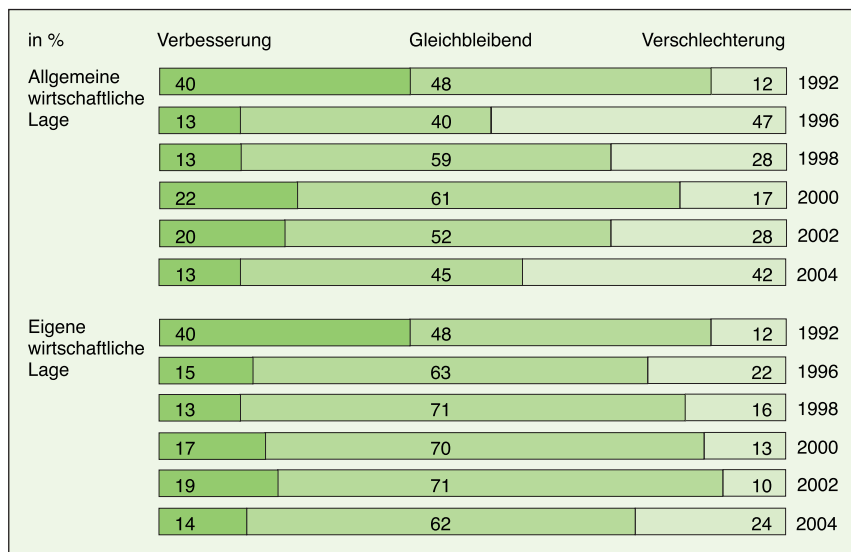
Datenbasis: ALLBUS 1992, 2000, 2004.

Abb. 2: Zukunftserwartungen der wirtschaftlichen Lage 1992–2004
– Westdeutschland



Datenbasis: ALLBUS 1992, 1996, 1998, 2000, 2002, 2004.

Abb. 3: Zukunftserwartungen der wirtschaftlichen Lage 1992–2004
– Ostdeutschland



Datenbasis: ALLBUS 1992, 1996, 1998, 2000, 2002, 2004.

Die sich eintrübende Stimmung kann man auch an der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage ablesen. Der Anteil der Befragten, der eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands in einem Jahr erwartet, ist in Ost- und Westdeutschland seit dem Jahr 2000 kontinuierlich gestiegen (vgl. Abb. 2 und 3). Zugleich ist der Anteil derjenigen, die in einem Jahr eine Verbesserung erwarten, zwischen 2002 und 2004 zurückgegangen. Die Erwartung hinsichtlich der eigenen wirtschaftlichen Lage ist demgegenüber in beiden Teilen Deutschlands bis 2002 zunehmend optimistisch ausgefallen, im Jahr 2004 jedoch macht sich auch hier eher Pessimismus breit.

Die negativen Erwartungen hinsichtlich der allgemeinen wirtschaftlichen Lage im Vergleich zu früheren Zeitpunkten sind in Ostdeutschland besonders ausgeprägt, und zwar sowohl bei den Erwerbstätigen als auch bei den Rentnern und Arbeitslosen (vgl. Tab. 5). Der Optimismus der Ostdeutschen in den frühen 1990er-Jahren hat sich bis zum Jahr 2000 abgeschwächt und ist seitdem einem ausgeprägten Pessimismus gewichen, der kaum Hoffnung auf Besserung zulässt. In Westdeutschland hingegen überwogen im Jahr 1992 die negativen Erwartungen, während die Erwartungen zur allgemeinen wirtschaftlichen Lage im Jahr 2000 deutlich positiver waren. Diese Hoffnungen sind im Jahr 2004 gedämpft, doch sind die Erwartungen in Westdeutschland bei weitem nicht so pessimistisch wie in Ostdeutschland.

Die Erwartungen zur persönlichen wirtschaftlichen Lage sind üblicherweise günstiger als die zur wirtschaftlichen Lage des Landes. Dies ist auch hier wieder zu beobachten.

Die Erwartungen zur persönlichen wirtschaftlichen Lage sind vergleichsweise stabil – immerhin zwei Drittel erwarten in Ost und West gleich bleibende Verhältnisse –, doch zeigt sich zumindest in Ostdeutschland im Zeitverlauf eine gewisse Ernüchterung, weil die anfänglich große Hoffnung auf Verbesserung der persönlichen Verhältnisse deutlich zurückgegangen ist. Bemerkenswert ist, dass die Erwerbsgruppen unterschiedliche Veränderungen aufweisen. Rentner erwarten in beiden Landesteilen häufiger eine Verschlechterung der persönlichen wirtschaftlichen Situation. Die Entwicklung bei den Arbeitslosen geht hingegen in Ost und West auseinander: Während sie in Westdeutschland ihren Optimismus nicht verloren haben, fürchten viele Arbeitslose in Ostdeutschland um ihre persönliche Situation in einem Jahr.

Tab. 5: Zukunftserwartungen der wirtschaftlichen Lage
in verschiedenen Bevölkerungsgruppen, 1992–2004

		1992		2000		2004	
		Ver- bessern	Ver- schlech- tern	Ver- bessern	Ver- schlech- tern	Ver- bessern	Ver- schlech- tern
		in %					
Wirtschaftliche Lage in Deutschland in einem Jahr							
Gesamt	West	12	46	25	16	20	35
	Ost	40	12	22	17	13	42
Erwerbstätig	West	11	47	27	16	21	35
	Ost	41	12	21	18	14	42
Rentner	West	13	41	24	16	19	38
	Ost	38	13	25	15	13	40
Arbeitslos	West	21	46	24	23	23	40
	Ost	39	11	22	18	9	54
Auszubildend	West	15	46	43	4	23	23
	Ost	–	–	–	–	14	35
Hausfrau/-mann	West	9	50	13	22	14	38
	Ost	–	–	–	–	–	–
Eigene wirtschaftliche Lage in einem Jahr							
Gesamt	West	16	17	21	8	19	18
	Ost	40	12	17	13	14	24
Erwerbstätig	West	20	15	26	7	23	15
	Ost	43	10	21	12	17	18
Rentner	West	4	20	5	9	4	27
	Ost	31	16	3	10	2	29
Arbeitslos	West	39	25	43	11	37	15
	Ost	43	13	25	21	19	42
Auszubildend	West	33	9	52	5	40	7
	Ost	–	–	–	–	33	10
Hausfrau/-mann	West	12	18	14	10	17	16
	Ost	–	–	–	–	–	–

– Fallzahl zu gering.

Datenbasis: ALLBUS 1992, 2000, 2004.

Die Betrachtung der Erwartungen zur wirtschaftlichen Entwicklung macht deutlich, dass sich in beiden Teilen Deutschlands zwischen 2002 und 2004 eine pessimistische Grundhaltung hinsichtlich der allgemeinen wirtschaftlichen Lage durchgesetzt hat; bezüglich der persönlichen wirtschaftlichen Lage geschieht dies in nennenswertem Ausmaß nur in Ostdeutschland. Der insgesamt größere Pessimismus in Ostdeutschland ist bei den Arbeitslosen am stärksten ausgeprägt. Diese Gemütslage könnte die Grundlage für politische Protestbewegungen im Jahr 2004 in Ostdeutschland gewesen sein.

3.4 Zusammenfassung

Zu Beginn dieses Beitrags wurde dargestellt, dass Verschiebungen in der Wichtigkeit verschiedener Ziele im Leben beobachtbar sind, die vor allem auf zurückgestellte Erwartungen im Bereich der persönlichen Entwicklungen hindeuten. Die nach wie vor höheren Erwartungen der Ostdeutschen lassen auf einen weiter fortbestehenden Nachholbedarf schließen. Diesen Erwartungen steht eine zunehmend negative Beurteilung des eigenen Anteils am Wohlstand, der Chancen einfacher Leute und der wirtschaftlichen Entwicklung gegenüber. Während die Bürger beider Landesteile für das folgende Jahr eine klare Verschlechterung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage erwarten, sind die Ostdeutschen auch hinsichtlich ihrer persönlichen wirtschaftlichen Lage pessimistisch. Die negative Grundstimmung, die in diesen Daten zum Ausdruck kommt, stellt in ihrer Ausprägung – jenseits der objektiven Problemlagen – möglicherweise bereits eine eigene Problematik dar.

(Angelika Scheuer)

C Lebensbedingungen und ihre Bewertung

4 Gesundheit

Der nachhaltige Umbau der Systeme der sozialen Sicherung in Deutschland steht weiterhin auf der Agenda der politischen Entscheidungen. Insbesondere die demographische Entwicklung ist nicht nur eine Herausforderung für die finanzielle Absicherung im Alter, sondern auch für die Absicherung im Krankheitsfall. Und wenn es angesichts der wirtschaftlichen Situation und den zunehmenden finanziellen Problemen der Gesetzlichen Krankenversicherung weiterhin Prinzip der deutschen Gesundheitspolitik sein soll, für alle Schichten und Gruppen der Bevölkerung gleichermaßen eine umfassende Versorgung mit medizinischen Leistungen sicherzustellen, dann bedarf es weiterer Reformen, um gleichen Zugang zu den verschiedenen Einrichtungen des gesundheitlichen Versorgungssystems zu gewährleisten – unabhängig von Alter und Geschlecht, von Ausbildung, Einkommen oder Wohnort.

Im Herbst 2003 wurden zwar die gesundheitspolitischen Weichen gestellt, aber – darin sind sich die Experten und die politischen Entscheidungsträger einig – der Reformprozess hat erst begonnen. Umso wichtiger werden angesichts dieser Umbruchsituation die dauerhafte und detaillierte Beobachtung der Indikatoren der Inanspruchnahme des Versorgungssystems und die Erfassung der individuellen Präferenzen von Versicherten und Patienten. Denn die Berücksichtigung ihrer Wünsche und Interessen ist eine entscheidende Bedingung für die Umsetzung der notwendigen Reformen.

4.1 Einschätzungen des Gesundheitszustandes und der Gesundheitszufriedenheit

Angaben zur Beschreibung des Gesundheitszustandes und zur Gesundheitszufriedenheit unterscheiden sich durch den Grad der subjektiven Prägung. Die Einschätzung des Gesundheitszustandes bildet stärker die »objektive« Bewertung ab, die Aussagen zur Zufriedenheit das »subjektive« Moment. Die Zufriedenheit mit der Gesundheit ist zwar zunächst vom tatsächlichen Krankheitsgeschehen abhängig, sie ist aber auch abhängig vom jeweiligen Anspruch an das gesundheitliche Wohlbefinden. Wenn die Zufriedenheit sinkt, kann dies auf eine tatsächliche Verschlechterung des

Gesundheitszustandes oder auf ein gestiegenes Anspruchsniveau zurückzuführen sein. Dies erklärt zum Beispiel den Befund, dass bei vergleichbarem gesundheitlichem Status die Zufriedenheit älterer Menschen höher ist als die jüngerer. Diese Differenzierung wird noch deutlicher, wenn die Veränderungen der beiden Indikatoren nicht gleichförmig verlaufen; wenn also mit einer Verbesserung der Gesundheitszustandsbeschreibung eine Verschlechterung der Zufriedenheit verbunden ist.

In Tabelle 1 wird die Einschätzung des Gesundheitszustandes in den Jahren 2000, 2002 und 2004 gezeigt, aufgeschlüsselt nach sozialen Merkmalen. Insbesondere die Werte für die Altersgruppen bestätigen den Zusammenhang zwischen dem tatsächlichen Gesundheitszustand und der Einschätzung durch die Befragten. Denn mit höherem Alter nimmt die Wahrscheinlichkeit zu, an einer oder an mehreren Krankheiten zu leiden. Mit steigendem Bildungsniveau und höherem Einkommen wird der Ge-

Tab. 1: Bewertung des Gesundheitszustandes
nach sozio-demographischen Merkmalen, 2002–2004

	Bewertung des Gesundheitszustandes								
	Gut			Zufriedenstellend			Schlecht		
	2000	2002	2004	2000	2002	2004	2000	2002	2004
	in %								
Insgesamt	49	48	48	33	34	32	18	18	20
Geschlecht									
Männer	52	51	50	32	33	32	15	16	18
Frauen	46	45	45	34	35	33	20	20	22
Alter									
Unter 40 Jahre	71	69	71	22	24	21	7	7	8
40–59 Jahre	46	47	46	36	36	35	18	17	19
60 Jahre und älter	23	23	24	45	45	42	32	32	35
Berufsausbildung									
Ohne Abschluss	45	46	48	33	32	29	23	22	23
Mittlerer Abschluss	48	46	46	35	36	34	17	18	20
Fachhoch-, Hochschule	58	54	53	30	33	31	11	13	16
Erwerbstätigkeit									
Voll erwerbstätig	61	60	59	29	30	29	10	9	12
Teilzeit beschäftigt	54	50	53	34	39	33	12	12	14
Nicht erwerbstätig	37	36	38	37	37	35	26	27	28
Verfügbares Haushalts- nettoeinkommen ¹									
Keine Angabe	55	53	53	30	33	29	15	14	17
Unterste Gruppe	39	36	36	32	34	32	29	30	32
Zweite Gruppe	41	41	40	37	37	35	22	22	25
Dritte Gruppe	52	49	51	32	35	32	16	16	17
Höchste Gruppe	58	59	57	31	31	30	11	10	13
Region									
Westdeutschland	49	48	48	33	34	32	18	18	20
Ostdeutschland	46	46	45	35	35	34	18	18	21

¹ Die Einkommensgrenzen für die Bildung der Gruppen sind: bis 1 000 EUR, bis 2 000 EUR, bis 3 000 EUR, über 3 000 EUR.

Datenbasis: SOEP 2000, 2002, 2004.

Tab. 2: Zufriedenheit mit der Gesundheit, 2000–2004

	Zufriedenheit ¹ mit der Gesundheit			Veränderung ² der Zufriedenheit 2000/2002			Veränderung ² der Zufriedenheit 2002/2004		
	2000	2002	2004	Zufriedener	Etwa gleich	Unzufriedener	Zufriedener	Etwa gleich	Unzufriedener
	Mittelwert			in %					
Insgesamt	6,6	6,6	6,4	16	64	20	14	64	22
Geschlecht									
Männer	6,8	6,7	6,5	15	65	20	13	67	20
Frauen	6,6	6,5	6,3	17	62	21	16	62	23
Alter									
Unter 40 Jahre	7,5	7,5	7,4	14	67	19	15	66	19
40–59 Jahre	6,5	6,5	6,3	16	64	20	15	64	21
60 Jahre und älter	5,6	5,7	5,5	18	60	22	14	61	25
Berufsausbildung									
Ohne Abschluss	6,4	6,5	6,4	18	62	20	15	62	23
Mittlerer Abschluss	6,7	6,6	6,4	16	63	21	15	64	22
Fachhoch-, Hochschule	7,0	6,9	6,7	13	68	18	13	68	19
Erwerbstätigkeit									
Voll erwerbstätig	7,2	7,1	6,9	14	66	20	13	67	19
Teilzeit beschäftigt	7,0	6,9	6,7	16	63	21	16	62	22
Nicht erwerbstätig	6,1	6,1	6,0	18	61	21	15	61	23
Verfügbares Haushaltseinkommen ³									
Keine Angabe	7,0	6,7	6,6	13	64	24	13	64	22
Unterste Gruppe	6,0	6,0	5,7	19	61	20	17	59	25
Zweite Gruppe	6,3	6,3	6,1	17	62	21	15	62	23
Dritte Gruppe	6,8	6,7	6,6	16	64	21	14	65	21
Höchste Gruppe	7,1	7,1	6,9	15	67	19	14	68	19
Region									
Westdeutschland	6,7	6,7	6,5	16	64	20	14	64	21
Ostdeutschland	6,4	6,3	6,1	16	62	21	15	63	22

1 Mittelwert auf der Zufriedenheitsskala von 0 bis 10; 0 = »Ganz und gar unzufrieden«, 10 = »Ganz und gar zufrieden«; Kategorien: »Eher unzufrieden« (0 bis 4), »Eher zufrieden« (6 bis 10).

2 Veränderungen um mindestens zwei Skalenwerte auf der Skala von 0 bis 10.

3 Die Einkommensgrenzen für die Bildung der Gruppen sind: bis 1000 EUR, bis 2000 EUR, bis 3000 EUR, über 3000 EUR.

Datenbasis: SOEP 2000, 2002, 2004.

sundheitszustand besser beurteilt. Auch wenn es einen Zusammenhang zwischen Alter einerseits und Einkommen und Berufsbildung andererseits gibt: Zulässig ist die Schlussfolgerung, dass Bevölkerungsgruppen mit weniger qualifizierten Berufsabschlüssen und niedrigerem Einkommen einen schlechteren Gesundheitszustand haben.

Daneben finden sich auch geschlechtsspezifische Unterschiede: Frauen beurteilen ihren Gesundheitszustand kritischer als Männer. Diese Unterschiede spiegeln allerdings keine realen Morbiditätsdifferenzen wider. Bisher gibt es für diese Differenzen noch keine umfassenden und allgemein akzeptierten Erklärungen. Weitgehend an-

geglichen haben sich die Einschätzungen in den beiden Landesteilen Deutschlands, die beobachtbaren Differenzen sind nur noch marginal.

Von 2002 auf 2004 hat sich die Beurteilung des Gesundheitszustandes insgesamt etwas verschlechtert. Für alle hier aufgeführten Gruppen gilt, dass die Anteile derer, die ihren Gesundheitszustand eher schlecht beurteilen, gestiegen sind. Und da zwischen der Einschätzung des Gesundheitszustandes und der Gesundheitszufriedenheit ein enger Zusammenhang besteht, überrascht es nicht, dass in diesem Zeitraum auch die Gesundheitszufriedenheit für die einzelnen Gruppen insgesamt etwas zurückgegangen ist (vgl. Tab. 2).

4.2 Inanspruchnahme von ambulanten Gesundheitsleistungen

In Indikatoren zur Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen dokumentiert sich zunächst das Krankheitsgeschehen der Bevölkerung; darüber hinaus stellen sie aber auch eine wichtige Basis zur Einschätzung der Versorgungssituation dar. Struktur und Entwicklung der Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen geben zudem auch Hinweise für die Beurteilung der Kosten im Gesundheitswesen sowie auf Versorgungsdefizite, Überkapazitäten und Ineffizienzen. Diese Indikatoren stellen damit auch eine empirische Basis zur Beurteilung der Bedarfsgerechtigkeit dar und sie bieten Hinweise auf Tendenzen zur Über-, Fehl- oder zur Unterversorgung.

Die ambulante Inanspruchnahme wird hier mit zwei Indikatoren beschrieben. Die so genannte »Quartalsinanspruchnahme« bezieht sich auf den Anteil derjenigen Personen, die in den letzten drei Monaten vor der Befragung mindestens einmal einen Arzt aufgesucht haben. Als zweite Kennziffer wird die Kontakthäufigkeit pro Patient im letzten Quartal genutzt. Dieser Indikator bezieht sich stärker auf einzelne Krankheitsepisoden und sagt auch etwas aus über die Entscheidungen der Ärzte und ihr therapeutisches Handeln. Die Kontakthäufigkeiten innerhalb der Krankheitsepisoden werden deshalb auch durch das Überweisungs- bzw. Wiederbestellverhalten der jeweiligen Ärzte bestimmt.

Tabelle 3 zeigt, dass etwa 70 % der Bevölkerung mindestens einmal im Quartal zum Arzt gehen. Dieser Anteil hat sich in den letzten Jahren kaum verändert. Auch die Unterschiede zwischen Frauen und Männern sowie zwischen den einzelnen Altersgruppen sind im Vergleich der Jahre ähnlich. Stets gilt, dass Frauen häufiger zum Arzt gehen als Männer. Je schlechter die Einschätzung des Gesundheitszustandes, desto größer der Wert der Quartalsinanspruchnahme. Dieser Zusammenhang gilt auch für die Häufigkeit der Arztkontakte. Bemerkenswert ist hier jedoch die rückläufige Entwicklung seit 1995. Dazu dürften auch die Veränderungen im Honorierungssystem der ambulanten Versorgung beigetragen haben.

Die Einführung der Praxisgebühren hat zu einer Verringerung der Arztkontakte geführt. Dies lässt sich daran erkennen, dass von 2002 auf 2004 die durchschnittliche

Tab. 3: Arztbesuche und durchschnittliche Anzahl der Arztbesuche pro Patient im letzten Quartal, 2000–2004

	Mindestens ein Arztbesuch pro Patient im letzten Quartal			Durchschnittliche Anzahl der Arztbesuche pro Patient im letzten Quartal		
	2000	2002	2004	2000	2002	2004
	Anteil in %			Mittelwert		
Insgesamt	69	69	69	4,0	3,9	3,6
Geschlecht						
Männer	61	61	61	3,8	3,7	3,4
Frauen	75	75	76	4,2	4,0	3,8
Alter						
Unter 40 Jahre	59	59	58	3,3	3,3	2,9
40–59 Jahre	66	64	64	3,9	3,8	3,6
60 Jahre und älter	84	84	86	4,7	4,5	4,2
Berufsausbildung						
Ohne Abschluss	69	67	67	4,3	3,9	3,6
Mittlerer Abschluss	69	70	70	4,0	4,0	3,7
Fachhoch-, Hochschule	67	69	69	3,5	3,6	3,4
Erwerbstätigkeit						
Voll erwerbstätig	60	60	59	3,3	3,3	3,1
Teilzeit beschäftigt	68	71	71	3,6	3,3	3,2
Nicht erwerbstätig	76	76	76	4,6	4,4	4,1
Verfügbares Haushaltsnettoeinkommen ¹						
Keine Angabe	63	62	63	3,4	3,4	3,2
Unterste Gruppe	74	73	72	4,8	4,7	4,0
Zweite Gruppe	72	72	73	4,3	4,0	3,9
Dritte Gruppe	67	66	67	3,8	4,1	3,7
Höchste Gruppe	64	67	66	3,5	3,3	3,1
Region						
Westdeutschland	68	68	68	4,1	4,0	3,7
Ostdeutschland	71	72	72	3,5	3,5	3,3
Gesundheitszustand						
Sehr gut	44	42	45	2,1	2,4	1,9
Gut	58	57	58	2,6	2,6	2,5
Zufrieden stellend	76	76	75	3,7	3,5	3,3
Weniger gut	90	92	89	6,1	5,7	5,2
Schlecht	97	94	96	9,9	9,9	8,0

1 Die Einkommensgrenzen für die Bildung der Gruppen sind: bis 1 000 EUR, bis 2 000 EUR, bis 3 000 EUR, über 3 000 EUR.

Datenbasis: SOEP 2000, 2002, 2004.

Anzahl an Arztkontakten stärker als in den Jahren vorher rückläufig ist. Da der Rückgang in der untersten Einkommensgruppe und bei Personen mit schlechtem Gesundheitszustand am stärksten ist, mag eingetreten sein, was Kritiker befürchtet haben: Die Praxisgebühr belastet vor allem einkommensschwächere Schichten und chronisch Kranke. Es kann aber auch vermutet werden, dass durch die gleichzeitige Einführung von Überweisungsscheinen bisher »unnötige« Mehrfachuntersuchungen unterbleiben.

4.3. Stationäre Inanspruchnahme – Krankenhausaufenthalte

Auch die stationäre Inanspruchnahme wird durch zwei Indikatoren abgebildet. Die erste Kennziffer erfasst den Anteil derjenigen Personen, die im letzten Jahr mindestens eine Nacht als Patient im Krankenhaus verbracht haben. Die zweite Kennziffer ist die Gesamtzahl der im letzten Jahr verbrachten Nächte im Krankenhaus pro Patient. Da die niedergelassenen Ärzte über die stationäre Einweisung entscheiden, ist die Höhe des Anteils derer, die mindestens einmal im Jahr im Krankenhaus waren, auch von dem Verhalten der Ärzte abhängig. Die Gesamtzahl der im Krankenhaus verbrachten Nächte – die Verweildauer – ist ein zentraler Indikator für die stationäre Versorgung. Von der Verringerung der Verweildauer verspricht man sich

Tab. 4: Krankenhausaufenthalt im letzten Jahr und Dauer des Aufenthalts,
2000–2004

	Krankenhausaufenthalt			Durchschnittliche Anzahl der Nächte		
	2000	2002	2004	2000	2002	2004
	Anteil in %			Mittelwert		
Insgesamt	12	13	13	16	15	15
Geschlecht						
Männer	11	11	11	16	16	16
Frauen	13	14	14	15	14	13
Alter						
Unter 40 Jahre	10	10	9	11	9	10
40–59 Jahre	10	10	10	14	14	15
60 Jahre und älter	18	19	20	21	18	17
Berufsausbildung						
Ohne Abschluss	13	13	12	17	15	17
Mittlerer Abschluss	13	13	14	16	15	15
Fachhoch-, Hochschule	10	11	12	13	12	11
Erwerbstätigkeit						
Voll erwerbstätig	10	10	10	11	10	10
Teilzeit beschäftigt	8	9	9	10	12	8
Nicht erwerbstätig	15	16	16	19	18	17
Verfügbares Haushalts- nettoeinkommen ¹						
Keine Angabe	12	13	12	21	12	14
Unterste Gruppe	15	15	16	20	17	20
Zweite Gruppe	14	14	14	17	17	16
Dritte Gruppe	12	11	13	15	14	14
Höchste Gruppe	10	11	10	11	12	11
Region						
Westdeutschland	12	13	13	16	14	14
Ostdeutschland	12	13	13	15	17	16

¹ Die Einkommensgrenzen für die Bildung der Gruppen sind: bis 1000 EUR, bis 2000 EUR, bis 3000 EUR, über 3000 EUR.

Datenbasis: SOEP 2000, 2002, 2004.

eine deutliche Senkung der Ausgaben für das Gesundheitswesen. Denn die Ausgaben für die stationäre Versorgung machen ein Drittel der gesamten Gesundheitsausgaben aus.

Bemerkenswert ist die unterschiedliche Entwicklung der beiden Indikatoren zur stationären Inanspruchnahme. Während die Häufigkeit der stationären Einweisungen insgesamt leicht gestiegen ist, bleibt die Zahl der im Krankenhaus verbrachten Nächte etwa gleich. Zu beachten ist, dass die Verweildauer sich hier auf die Zahl der Nächte pro Jahr bezieht. Wenn also bei steigenden Einweisungen die Zahl der Nächte etwa gleich bleibt, dann sinkt die Verweildauer pro Fall. Diese Zahlen könnten ein Hinweis auf den befürchteten »Drehtüreffekt« sein: Die Patienten werden zwar im Durchschnitt früher wieder entlassen, dafür steigt aber die Wahrscheinlichkeit, dass sie bald wieder eingewiesen werden müssen.

4.4. Fehlzeiten

Während in der offiziellen Krankenstandsstatistik lediglich die vom Arzt vorgenommene Krankschreibung berücksichtigt wird, sind in den Angaben zu den Fehlzeiten alle Tage erfasst, die die Erwerbstätigen nach eigenen Angaben im Lauf des letzten Jahres krankheitsbedingt nicht gearbeitet haben. Ausgewiesen in der Tabelle 5 werden die Anteile derer, die mindestens einen Tag wegen Krankheit nicht gearbeitet haben, und die durchschnittliche Zahl von Krankheitstagen.

Der in den letzten Jahren kontinuierlich gesunkene Krankenstand spiegelt sich in den Fehlzeiten der Jahre 2000 bis 2004 nicht wider. Denn sowohl die Anteile derjenigen, die mindestens an einem Tage krankheitshalber nicht gearbeitet haben, als auch die durchschnittliche Zahl der nicht gearbeiteten Tage sind weitgehend gleich geblieben. Vor dem Hintergrund des aber tatsächlich gesunkenen Krankenstands heißt dies, dass die Fälle kurzen, krankheitsbedingten Absentismus zugenommen haben müssen.

Der statistische Zusammenhang zwischen Krankenstand und Arbeitslosigkeit beziehungsweise konjunktureller Entwicklung war schon immer Gegenstand kontroverser Interpretationen. Während Arbeitgeber dazu neigen, niedrigere Krankenstandsziffern als Eindämmung des »Krankfeierns« zu interpretieren, sehen Gewerkschaften darin eher ein Zeichen dafür, dass die Beschäftigten aus Furcht vor Arbeitslosigkeit auch bei gesundheitlichen Beeinträchtigungen zur Arbeit gehen. Die für Ostdeutschland gefundenen Ergebnisse scheinen diese Argumentation zu bestätigen, da der Absentismus im Osten Deutschlands deutlich geringer ausfällt.

Dass sowohl soziale Kontrolle als auch Furcht vor Arbeitsplatzverlust durch Absentismus einen Einfluss auf die Fehlzeiten haben, zeigen die Daten zu den unterschiedlichen Betriebsgrößen und der Zugehörigkeit zum öffentlichen Dienst. Denn mit steigender Betriebsgröße steigt die Wahrscheinlichkeit massiv an, mindestens einen Tag krankheitshalber zu fehlen. Auch die durchschnittliche Zahl der wegen Krankheit nicht

Tab. 5: Fehlzeiten – Anteile und durchschnittliche Zahl der wegen Krankheit nicht gearbeiteten Tage im letzten Jahr, 2000–2004

	Anteil der wegen Krankheit nicht gearbeiteten Tage im letzten Jahr			Durchschnittliche Zahl der wegen Krankheit nicht gearbeiteten Tage im letzten Jahr		
	2000	2002	2004	2000	2002	2004
	In %			Mittelwert		
Insgesamt	50	49	49	9	9	9
Geschlecht						
Männer	49	48	48	10	9	8
Frauen	50	50	50	9	10	10
Alter						
Unter 35 Jahre	54	52	52	8	7	6
35–50 Jahre	48	48	49	8	9	9
50–60 Jahre	48	47	46	15	13	12
Berufsausbildung						
Ohne Abschluss	50	47	44	13	12	8
Mittlerer Abschluss	50	49	50	10	10	10
Fachhoch-, Hochschule	47	49	49	6	6	7
Erwerbstätigkeit						
Voll erwerbstätig	51	51	51	9	9	8
Teilzeit beschäftigt	48	47	50	8	8	9
Nicht mehr erwerbstätig	39	35	35	16	16	12
Verfügbares Haushaltsnettoeinkommen ¹						
Keine Angabe	38	40	36	7	9	5
Unterste Gruppe	39	41	39	9	10	8
Zweite Gruppe	51	50	51	12	11	11
Dritte Gruppe	51	49	49	9	9	9
Höchste Gruppe	50	51	51	8	8	8
Region						
Westdeutschland	50	49	50	9	9	9
Ostdeutschland	45	45	42	10	9	9
Betriebsgröße						
Selbständig ohne Mitarbeiter	24	24	28	4	4	5
Unter 5 Mitarbeiter	34	32	32	5	5	5
5–200 Mitarbeiter	49	48	48	8	8	8
Über 200 Mitarbeiter	57	58	58	10	10	10
Öffentlicher Dienst						
Ja	60	58	60	10	10	10
Nein	46	46	45	8	8	7

¹ Die Einkommensgrenzen für die Bildung der Gruppen sind: bis 1 000 EUR, bis 2 000 EUR, bis 3 000 EUR, über 3 000 EUR.

Datenbasis: SOEP 2000, 2002, 2004.

gearbeiteten Tage ist in Betrieben mit mehr als 200 Beschäftigten im Vergleich zu den Kleinstbetrieben bis fünf Mitarbeitern etwa doppelt so hoch. Im öffentlichen Dienst, einem Bereich mit vergleichsweise hoher Beschäftigungssicherheit, liegen die krankheitsbedingten Fehlzeiten deutlich über denen anderer Bereiche.

Tab. 6: Versicherte der Gesetzlichen Krankenversicherung mit einer privaten Zusatzversicherung, 2000–2004

	2000	2002	2004
	Anteil in %		
Versicherte der GKV mit einer privaten Zusatzversicherung	10	11	12
Leistungsumfang ¹			
Krankenhausbehandlung	7	8	9
Zahnersatz	4	5	6
Heil- und Hilfsmittel	3	4	4
Auslandsaufenthalt	3	4	4
Sonstiges	1	2	2
Geschlecht			
Männer	9	11	12
Frauen	10	11	12
Alter			
Unter 40 Jahre	9	11	12
40–59 Jahre	11	12	13
60 Jahre und älter	9	11	11
Berufsbildung			
Ohne Abschluss	6	6	7
Mittlerer Abschluss	10	12	13
Fachhoch-, Hochschule	17	18	20
Erwerbstätigkeit			
Voll erwerbstätig	11	14	15
Teilzeit beschäftigt	11	13	16
Nicht erwerbstätig	8	9	9
Verfügbares Haushaltsnettoeinkommen ²			
Keine Angabe	15	17	19
Unterste Gruppe	6	5	5
Zweite Gruppe	6	7	9
Dritte Gruppe	9	11	12
Höchste Gruppe	17	21	22
Kassenwechsler (nur GKV)			
Nein	10	11	12
Ja	12	14	15
Region			
Westdeutschland	11	13	13
Ostdeutschland	4	5	6
Gesundheitszustand			
Sehr gut	10	12	14
Gut	11	13	12
Zufrieden stellend	9	11	13
Weniger gut	8	8	11
Schlecht	6	6	7

¹ Mehrfachnennungen möglich.

² Die Einkommensgrenzen für die Bildung der Gruppen sind: bis 1 000 EUR, bis 2 000 EUR, bis 3 000 EUR, über 3 000 EUR.

Datenbasis: SOEP 2000, 2002, 2004.

4.5 Private Krankenzusatzversicherungen

Ein Hinweis auf Veränderungen im System der gesetzlichen Krankenversicherung ist die zunehmende Zahl der privaten Krankenzusatzversicherungen, die von den gesetzlichen Kassen in Kooperation mit privaten Krankenkassen angeboten werden. Gründe für den wachsenden Markt lassen sich an den Leistungsmerkmalen erkennen, die auch Hinweise auf die Motive geben, derartige Policen abzuschließen (siehe Tab. 6 auf S. 471).

Die Differenzierung nach Einkommensgruppen zeigt, dass mit höheren Einkommen auch der Anteil an Versicherten mit Zusatzpolicen ansteigt. Versicherte, die die Kasse gewechselt haben, haben im Durchschnitt erheblich mehr Zusatzversicherungen als andere Nichtwechsler. Dies ist ein Hinweis darauf, dass diese Angebote auch ein Anreiz für den Wechsel gewesen sein dürften.

Die Zahlen zur Struktur der privaten Krankenzusatzversicherung sind auch Ausdruck eines verstärkten, politisch gewünschten Wettbewerbs zwischen den gesetzlichen Kassen. Sie zeigen, dass Versicherte und Patienten nicht mehr allein die Höhe des Beitragssatzes als Wechselmotiv ansehen, sondern dass dabei auch Leistungsumfang und Leistungsqualität zunehmend an Bedeutung gewinnen.

4.6 Zusammenfassung

Internationale Vergleichsstudien zeigen, dass in Deutschland die Kosten für die Gesundheitsversorgung gemessen am Bruttoinlandsprodukt nach den USA und der Schweiz am höchsten sind. Gleichwohl nimmt Deutschland im Vergleich der Qualität der Gesundheitsversorgung in einzelnen Bereichen keinen vorderen Rangplatz ein. Dennoch kann die Gesundheitsversorgung insgesamt als durchaus zufriedenstellend eingeschätzt werden. Hervorzuheben ist insbesondere die bisher im internationalen Vergleich breite Abdeckung gesundheitlicher Risiken durch das deutsche Krankenversicherungssystem. Allerdings wird sich im Zuge des nachhaltigen Umbaus der Umfang der Abdeckung gesundheitlicher Risiken ebenso ändern wie die finanzielle Belastung für die Versicherten und Patienten. Die zusätzliche private Versicherung des Zahnersatzes sowie die Einführung von Praxisgebühren sind als erste Schritte zu sehen.

(Hanfried Andersen / Markus Grabka / Johannes Schwarze)

Weitere Informationen zum Thema Gesundheit siehe Teil I, Kap. 8, zum Thema Gesetzliche Krankenversicherung Teil I, Kap. 9.5.

5 Bildung

In der aktuellen Bildungsdebatte werden ethnische Differenzierung im Bildungssystem und Anbindung von Bildungschancen an den Migrationsstatus als zunehmend wichtige Ungleichheitsdimensionen angesehen. Trotz vielfältiger bildungs- und schulpolitischer Bemühungen und auch angesichts gestiegener Bildungsbeteiligung und einiger Bildungserfolge bestehen immer noch deutliche und weiterhin zunehmende Bildungsungleichheiten zu Ungunsten der Migrantenkinder. Nicht zuletzt haben Ergebnisse von PISA 2000 für Deutschland wieder in Erinnerung gerufen, dass sowohl Kinder aus jüngst zugewanderten Migrantengruppen als auch Kinder von Migranten aus der zweiten und dritten Generation in der Regel nicht nur schlechtere Lesekompetenzen als einheimische Jugendliche aufweisen, sondern auch – mit großen Variationen zwischen den fremdsprachigen Ausländern – im bundesdeutschen Bildungssystem benachteiligt sind. Die Geburt in Deutschland ist kein Garant für vorteilhafte Schulbildung.

Im vorliegenden Kapitel werden ausgewählte sozialstrukturelle Verteilungen von Bildungschancen – Chancen der Bildungsbeteiligung und des Erwerbs von Bildungsabschlüssen – in der Logik des Lebensverlaufs beschrieben. Hierbei steht der Vergleich von Migranten und Einheimischen im Vordergrund. Für die empirischen Auswertungen werden Quer- und Längsschnittdaten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) herangezogen. Das SOEP bietet aufgrund der überproportionalen Ausländerstichprobe und der Zuwanderererstichprobe die Möglichkeit, Bildungschancen von Migranten differenziert zu untersuchen.

5.1 Chancenungleichheit vor Eintritt in die Schule

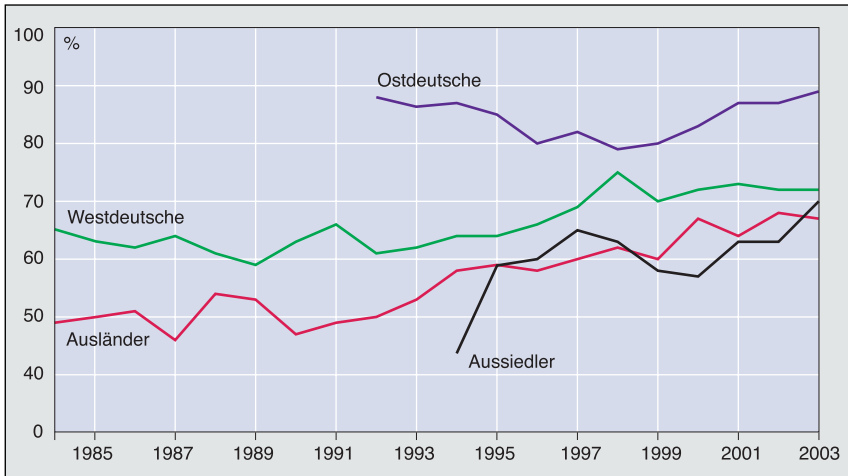
In den bildungspolitischen Debatten wird angesichts der Befunde von PIRLS und PISA über den engen Zusammenhang von Schichtzugehörigkeit, Migrationshintergrund und schulischen Leistungen auch davon ausgegangen, dass vorschulische Bildung zum Abbau der schichtspezifischen Bildungsungleichheiten beitragen kann. Insbesondere wird die Ansicht geteilt, dass sich für Migrantenkinder der Besuch von vorschulischen Einrichtungen günstig auf ihre späteren Bildungschancen auswirkt.

In Abbildung 1 wird die Beteiligung verschiedener Gruppen im Vorschulbereich dargestellt. Die Teilnahmequoten von Migrantenkindern an vorschulischen Einrichtungen, insbesondere den Kindergärten, liegen im Zeitraum von 1984 bis 2003 zwischen 49 und 67 %. Allenfalls zwei Drittel der Ausländerkinder im Alter zwischen drei und sieben Jahre besuchen vorschulische Einrichtungen, während fast drei Viertel der westdeutschen Kinder und mehr als 80 % der ostdeutschen Kinder in diesem Lebensalter in

vorschulischen Einrichtungen betreut werden. Auch die zunehmende Beteiligung der Kinder von Aus- und Spätaussiedlern in diesem Zeitraum von 44 auf 70 % ähnelt der Entwicklung für die Migrantenkinder. Gemessen an der Partizipation ist bei den deutschen Kindern – im Unterschied zu den Migranten- und Immigrantenkindern – der Kindergarten zur »Regel-Einrichtung« geworden.

Der Besuch vorschulischer Bildungseinrichtungen differiert nach dem Alter der Kinder: Mit zunehmendem Alter und dem Näherrücken der Einschulung wird der Besuch von Kindergarten und Vorschule immer wahrscheinlicher (siehe Tab. 1). Diese Entwicklungen sind für die einzelnen Subpopulationen unterschiedlich. In Ostdeutschland führt neben der fortgesetzten Tradition aus DDR-Zeiten das strukturelle Angebot an vorschulischer Kinderbetreuung auch zur entsprechenden Nutzung, die durch

Abb. 1: Besuch von vorschulischen Betreuungseinrichtungen –
3- bis 7-jährige Kinder vor ihrer Einschulung, 1984–2003



Datenbasis: SOEP 1984–2003.

die starke Erwerbsorientierung ostdeutscher Mütter zusätzlich gefördert wird. Neben Alternativen zur institutionellen Kinderbetreuung ist die soziokulturelle Distanz zu Bildungsinstitutionen in Deutschland möglicherweise der entscheidende Grund für die vergleichsweise niedrigen Besuchsquoten bei den Migranten und Immigranten.

Analysen zum sozialstrukturellen Hintergrund der Kinder vor ihrer Einschulung weisen darauf hin, dass die Verfügbarkeit des Elternhauses über ökonomisches, kulturelles und soziales Kapital einen Einfluss auf die vorschulische Betreuung ihrer Kinder hat. Verfügen Haushalte über höhere Einkommen, dann besuchen Kinder vorschulische Einrichtungen häufiger als Kinder in Haushalten mit geringerem Einkommen. Je größer der Haushalt ist, desto seltener besuchen Kinder vorschulische Einrichtungen. Von der

Tab. 1: Besuch einer vorschulischen Bildungseinrichtung in Deutschland nach Alter, 1984–2003

	Westdeutsche	Kinder mit Migrationshinter- grund (West)	Aussiedler (West)	Ostdeutsche
	in %			
Alter				
Drei Jahre	16	9	14	66
Vier Jahre	57	45	55	86
Fünf Jahre	88	67	75	91
Sechs Jahre	93	74	83	92
Sieben Jahre	88	73	81	92
Insgesamt	66	51	60	85

Datenbasis: SOEP 1984–2003.

Möglichkeit der kostengünstigeren Kinderbetreuung im eigenen Haushalt machen vor allem Migranten Gebrauch. Je niedriger das Bildungsniveau der Eltern ist, desto seltener besuchen Kinder vorschulische Bildungseinrichtungen; dies ist vor allem bei den Migranten der Fall. Bei den Ostdeutschen kommt eine solche Selektivität durch das Bildungsniveau der Eltern im Unterschied zu Westdeutschen nicht vor.

Weiterhin kann gezeigt werden, dass mit höherem sozioökonomischem Status des Elternhauses eine häufigere außerhäusliche Kinderbetreuung in vorschulischen Einrichtungen einhergeht. Auch die Erwerbstätigkeit der Mutter führt zu einer stärkeren vorschulischen Betreuung der Kinder. Die dabei auftretende strukturelle Notwendigkeit, die Kinder außerhäuslich betreuen zu lassen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu sichern, verliert dann an Trivialität, wenn berücksichtigt wird, dass dieser Zusammenhang vor allem bei Migranten auftritt, die die besten Alternativen zur institutionellen außerhäuslichen Betreuung aufweisen.

Insgesamt zeigt sich bei den Migranten, dass berufliche Integration, kulturelle Assimilation und verfügbares Kulturkapital die wichtigsten Mechanismen für die Teilnahme der Kinder in den vorschulischen Betreuungseinrichtungen darstellen. Für die einheimischen Kinder dagegen hängen die Partizipationschancen vornehmlich von den vorteilhaften sozioökonomischen Ressourcen des Elternhauses ab.

Bei der Gruppe der Migranten könnte es auch Unterschiede zwischen den einzelnen Nationalitäten geben, die dazu führen, dass es *die* Gruppe der benachteiligten Kinder von Migranten im vorschulischen und schulischen Bildungssystem so allgemein nicht gibt. Wird nur die Nationalität des Haushaltsvorstandes berücksichtigt, dann scheinen türkische Kinder die geringste Chance auf vorschulische Bildung zu haben. Allerdings sind solche nationalen Unterschiede nicht mehr wesentlich, wenn zudem die Ressourcen des Elternhauses in Betracht gezogen werden. Dann zeigt sich, dass eben nicht die nationale Herkunft oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten Nationalität die frühen Bildungschancen determinieren, sondern die Verfügbarkeit über Ressourcen, die für die Bildung und Ausbildung der Kinder mobilisiert werden können.

5.2 Chancenungleichheit in der Schule

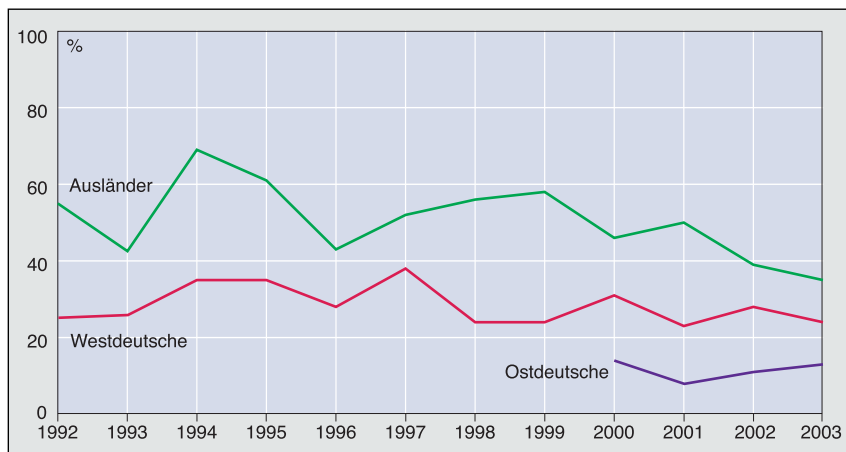
Die ungleiche Partizipation an Bildung findet ihre Fortsetzung in den weiterführenden Schulen in der Sekundarstufe I (vgl. Abb. 2). Mehr als zehn Prozent der ostdeutschen und rund ein Viertel der westdeutschen Jugendlichen besuchen im Alter von 14 Jahren die Hauptschule.

Der Anteil der Migranten, der die Hauptschule besucht, liegt 2003 dagegen bei etwa einem Drittel und hatte Mitte der 1990er-Jahre sogar noch rund zwei Drittel betragen. Insofern haben sich relative Bildungserfolge für diese Jugendlichen ergeben, die zu einem wachsenden Anteil auf die Real- oder Gesamtschulen sowie auf das Gymnasium gewechselt sind. Allerdings haben im Jahr 2003 Migranten immerhin noch ein 3,6-mal höheres Risiko als Ostdeutsche und ein 1,7-mal höheres Risiko als Westdeutsche, nach der Grundschule die Hauptschule zu besuchen.

Die Bildungschancen unter den Migranten sind sehr heterogen. So kann vermutet werden, dass Migranten *mit* vorschulischer Bildung eher höhere Schullaufbahnen einschlagen, als die Hauptschule zu besuchen. Solche positiven Bildungseffekte der vorschulischen Kinderbetreuung sind für Migranten deswegen zu erwarten, weil sie im Umgang mit einheimischen Kindern soziale Kompetenzen erwerben, die später in der Schule nachgefragt werden, und über Kontakte mit anderen Kindern in die deutsche Sprache eingeübt werden.

Weitergehende Analysen machen darauf aufmerksam, dass bei Berücksichtigung des sozial selektiven Besuchs von Kindergarten oder Vorschule sowie der sozialen Herkunft und Nationalität für den Zeitraum von 1992 bis 2003 Migranten mit vorschulischer Bildung eine rund zweimal höhere Chance haben, auf das Gymnasium zu

Abb. 2: Entwicklung der Bildungsbeteiligung – Hauptschulquoten, 1992–2003



Datenbasis: SOEP 1992–2003.

Tab. 2: Bildungsbeteiligung von 14-Jährigen nach Nationalität und Besuch vorschulischer Bildungseinrichtung, 1992–2003

Besuch vorschulischer Bildungseinrichtung	Ja	Nein	Insgesamt
	in %		
Westdeutsche			
Hauptschule	27	51	29
Realschule	31	24	31
Gymnasium	42	25	41
Kinder mit Migrationshintergrund (West)			
Hauptschule	49	59	52
Realschule	29	34	31
Gymnasium	22	7	18
Ostdeutsche			
Hauptschule	12	6	11
Realschule	46	71	48
Gymnasium	42	24	40

Datenbasis: SOEP 1992–2003.

wechseln, als die altersgleichen Migranten ohne Vorschule. Für einheimische Jugendliche, die vor ihrer Einschulung mindestens ein Jahr den Kindergarten oder die Vorschule besuchten, fallen entsprechende Effekte geringer aus. Berücksichtigt man zudem die Nationalität der Jugendlichen, dann haben Migrantenkinder aus Griechenland bessere und diejenigen aus Italien geringere Chancen, auf die Realschule oder gar auf das Gymnasium zu wechseln, als Jugendliche aus Spanien, Ex-Jugoslawien und der Türkei. In Deutschland haben Griechen deutlich bessere Bildungschancen als die größte Ausländergruppe in Deutschland, die Türken. Die Italiener weisen sogar noch schlechtere Bildungserfolge als die Türken auf, was gegen die These eines kulturellen Defizits an Kenntnissen und Verhaltensweisen, die in der Schule nachgefragt werden, bei den ausländischen Kindern spricht.

Trotzdem sollten die Bildungseffekte vorschulischer Bildung bei den Migranten nicht überschätzt werden, wie ein Vergleich mit den Bildungschancen einheimischer Jugendlicher zeigt. Ohne Betrachtung der sozialen Selektivität der vorschulischen Bildung haben westdeutsche Schulkinder mit Kindergarten- und Vorschulbesuch eine doppelt so hohe Chance, auf das Gymnasium zu wechseln, wie diejenigen ohne vorschulische Betreuung (vgl. Tab. 2). Ähnliche Chancenrelationen bestehen bei den ostdeutschen Schulkindern, wobei diejenigen ohne vorschulische Bildung bessere Chancen als Westdeutsche haben, mindestens auf die Realschule zu wechseln. Ohne Kindergarten- und Vorschulbesuch haben westdeutsche Schulkinder ein 2,7-mal größeres Risiko, in die Hauptschule zu gelangen, als Westdeutsche mit Kindergarten- und Vorschulbesuch.

Im Vergleich dazu verfügen Kinder von Migranten – unabhängig davon, ob sie Kindergärten bzw. Vorschulen besucht haben oder nicht – über deutlich ungünstigere Bildungschancen als deutsche Jugendliche. So haben deutsche Jugendliche rund dreimal bessere Chancen, von der Grundschule auf das Gymnasium zu wechseln,

während Migrantenkinder ein fast neunmal höheres Risiko haben, in die Hauptschule zu wechseln. Besuchen sie vorschulische Einrichtungen, dann haben Migrantenkinder jedoch 3,4-mal bessere Chancen, auf das Gymnasium zu wechseln, als ihre Landsleute ohne Kindergarten- oder Vorschulbesuch. Verglichen mit den einheimischen Schulkindern, die ebenfalls vorschulische Betreuungseinrichtungen besucht haben, sind die Migranten jedoch auch in dem Fall des Übergangs in die Sekundarstufe I immer noch deutlich benachteiligt. Einheimische mit vorschulischer Bildung haben 2,5-mal bessere Chancen, auf das Gymnasium zu wechseln, als Migrantenkinder *mit* vorschulischer Bildung. Lässt man die Differenzen zwischen den Nationalitäten unberücksichtigt, dann entsprechen die Bildungschancen von Migranten etwa denen der westdeutschen Arbeiterkinder (vgl. Tab. 3).

Tab. 3: Bildungsbeteiligung von 14-jährigen Schulkindern mit Vorschulbildung nach sozialer Herkunft, 1992–2003

	Hauptschule	Realschule	Gymnasium
	in %		
Westdeutsche Kinder			
Arbeiterkinder			
Mit Kindergartenbesuch	39	35	27
Ohne Kindergartenbesuch	71	23	7
Kinder un- und angelernter Arbeiter			
Mit Kindergartenbesuch	53	28	18
Ohne Kindergartenbesuch	71	18	12
Kinder aus der oberen und unteren Dienstklasse			
Mit Kindergartenbesuch	13	27	61
Ohne Kindergartenbesuch	0	36	64
Kinder mit Migrationshintergrund (West)			
Arbeiterkinder			
Mit Kindergartenbesuch	53	32	16
Ohne Kindergartenbesuch	61	31	8
Kinder un- und angelernter Arbeiter			
Mit Kindergartenbesuch	55	29	17
Ohne Kindergartenbesuch	69	27	4
Kinder aus der oberen und unteren Dienstklasse			
Mit Kindergartenbesuch	10	24	67
Ohne Kindergartenbesuch	33	67	0
Ostdeutsche Kinder			
Arbeiterkinder			
Mit Kindergartenbesuch	16	49	35
Ohne Kindergartenbesuch	0	75	25

Lesehilfe: Von allen Arbeiterkindern (Westdeutschland) die einen Kindergarten besucht hatten, befanden sich im Alter von 14 Jahren 39 % an der Hauptschule, 35 % an der Realschule und 27 % am Gymnasium.

Datenbasis: SOEP 1992–2003.

Aber offensichtlich trägt vorschulische Bildung zur Verringerung von Bildungsungleichheiten zwischen Sozialschichten bei. So haben westdeutsche Arbeiterkinder eine 4,9-mal bessere Chance, auf das Gymnasium zu wechseln, wenn sie in der Zeit vor ihrer Einschulung Kindergarten oder Vorschule besucht haben. Geringer sind die Chancenunterschiede bei den ostdeutschen Arbeiterkindern, die aber mehr von Kindergarten und Vorschule profitieren als die westdeutschen Arbeiterkinder. Im Vergleich zu den Kindern aus der oberen und unteren Dienstklasse bleiben sowohl einheimische als auch ausländische Arbeiterkinder in ihren Bildungschancen benachteiligt, auch wenn sie Kindergarten und Vorschule besuchen. Partizipieren die Kinder aus den höheren Sozialschichten an vorschulischer Bildung, dann bleiben die Unterschiede in den Bildungschancen bestehen.

Zudem zeigen weiterführende Analysen auch für Arbeiterkinder, dass sich der Bildungseffekt vorschulischer Bildung relativiert, wenn Ressourcen des Elternhauses mit einbezogen werden. Hierbei wird deutlich, dass sich die Bildungseffekte vorschulischer Betreuung nur für Kinder qualifizierter Arbeiter («wohlhabende Arbeiter», wie etwa Facharbeiter, Meister und Poliere sowie Industriewerkmeister) ergeben, während Kinder un- und angelernter Arbeiter in ihren Bildungschancen weiterhin besonders benachteiligt sind. Ihre Benachteiligung kann gegenwärtig auch durch entsprechende Maßnahmen der vorschulischen Einrichtungen kaum ausgeglichen werden. Insgesamt liegen positive Bildungseffekte für Migranten und Arbeiterkinder in Deutschland und hierbei besonders im Westen Deutschlands vor, aber keine Angleichung von Bildungschancen sowie kein Ausgleich der Bildungsdefizite durch vorschulische Bildung.

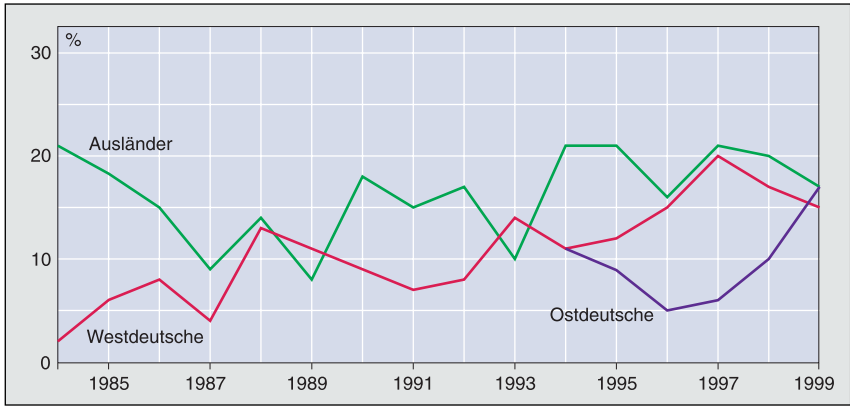
5.3 Chancenungleichheit in der Berufsausbildung

Nach der Sekundarstufe I erfolgt entweder eine Fortsetzung der allgemeinbildenden Schulbildung oder der Wechsel in die duale Berufsausbildung. Voraussetzung für eine Berufsausbildung ist in der Regel der erfolgreiche Abschluss der Schulbildung mit einem qualifizierten Abschlusszeugnis.

Jedoch verlassen gerade Migranten das Schulsystem ohne Schulabschluss. Im Jahr 1984 verfügten noch rund 21 % der nichtdeutschen Männer und Frauen im Alter von 21 Jahren über keinen Schulabschluss. Bis Ende der 1990er-Jahre waren dies immer noch 17 % (vgl. Abb. 3). Würde man die zugewanderten Migranten berücksichtigen, die bereits im Herkunftsland ihre Schulbildung beendet haben, dann wäre der Anteil von Migranten ohne Schulabschluss noch höher. Im gleichen Zeitraum ist aber auch für Westdeutsche der Anteil ohne Abschluss um das sechsfache angestiegen. Auch unter den ostdeutschen Schulabgängern nimmt der Anteil ohne Abschluss von 11 auf 17 % zu.

Das hohe Arbeitslosigkeitsrisiko unter den Migranten und Aussiedlern im deutschen Arbeitsmarkt steht in engem Zusammenhang mit dem Erlangen beruflicher Bildungsabschlüsse. Im Jahre 1984 verfügten noch 62 % der Migranten im Alter zwischen 20

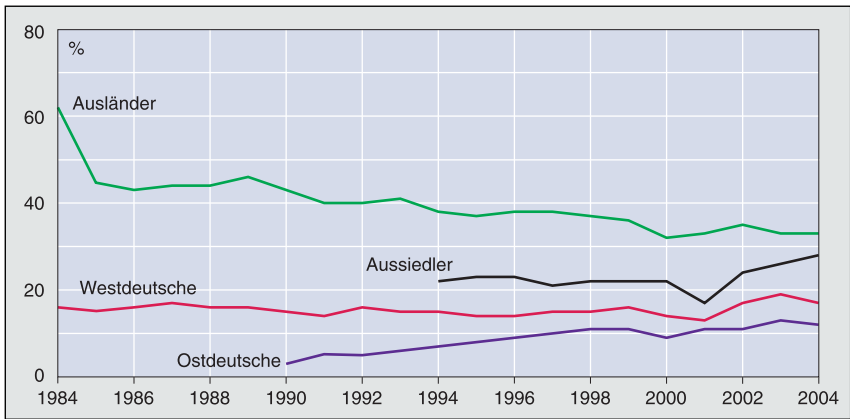
Abb. 3: Ohne Abschluss in die Berufswelt? –
Relative Anteile von 21-Jährigen ohne Schulabschluss



Datenbasis: SOEP 1984 – 1999.

und 29 Jahren im Vergleich zu rund 16 % der westdeutschen Frauen und Männer über keinen Berufsabschluss (vgl. Abb. 4). Bis zum Jahr 2004 sank zwar der Anteil bei den Migranten auf 33 %, aber sie hatten immer noch ein 2,4-mal höheres Risiko, ohne Berufsabschluss zu bleiben, als die altersgleichen Westdeutschen. Auch die Aus-siedler haben ein höheres Risiko als die West- oder Ostdeutschen, keinen Berufs-abschluss zu erwerben. Allerdings ist in Ostdeutschland im Zeitraum von 1990–2004

Abb. 4: Ohne Berufsausbildung in den Arbeitsmarkt? –
Relative Anteile von 20- bis 29-Jährigen ohne Berufsabschluss



Datenbasis: SOEP 1984 – 2004.

unter den 20- bis 29-Jährigen der Anteil von Personen ohne Berufsausbildung deutlich von 3 auf 12 % angestiegen.

5.4 Fazit

Das Bildungssystem hat durch die Vermittlung von Wissen und die Vergabe von Zertifikaten einen entscheidenden Einfluss auf die soziale Platzierung seiner Absolventen und daran geknüpfte Lebenschancen: Je höher der erreichte Abschluss, desto größer die Chancen auf den gewünschten Ausbildungs- oder Studienplatz und damit im Allgemeinen auch auf die spätere berufliche Position. Mit dem Einschlagen bestimmter Schul- und Ausbildungswege sind klare Unterschiede im Hinblick auf Einkommenschancen, Aufstiegsmöglichkeiten und Beschäftigungssicherheit im weiteren Berufsleben verbunden. Migranten und Immigranten in Deutschland können in geringerem Maße an diesen Chancen teilhaben als Einheimische.

Die dargestellten Befunde belegen die eklatante Schlechterstellung von Migranten und Immigranten sowie von deutschen Kindern nach sozialer Herkunft bei der Bildungsbeteiligung und beim Erwerb von Bildungszertifikaten. Migrantenkinder erfahren gegenüber deutschen Kindern weniger vorschulische Betreuung, und die Lernvoraussetzungen vor der Einschulung weisen Disparitäten zwischen Migrantenkindern und einheimischen Kindern auf, die sich dann in der Primarstufe verstärken. Des Weiteren erhalten Migrantenkinder häufiger eine Bildungsempfehlung für Haupt- und Sonderschulen, wechseln deutlich häufiger als einheimische Kinder von der Primarschule in die unteren Schullaufbahnen in der Sekundarstufe I. Ausländische Jugendliche besuchen überdurchschnittlich häufig die Hauptschule und verlassen diese häufiger vorzeitig ohne Schulabschluss mit vergleichsweise geringen Anschlussmöglichkeiten beim Übergang in die Berufsausbildung. Migrantenkinder wechseln seltener auf die höheren Schullaufbahnen in der Sekundarstufe II über und nehmen seltener als einheimische Jugendliche ein Studium auf.

Diese Befunde verdeutlichen, dass trotz einiger Teilerfolge im deutschen Bildungssystem die Benachteiligungen von Kindern und Jugendlichen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit immer noch augenfällig sind. Diese Tatsache wiegt aus bildungs- und gesellschaftspolitischer Sicht vor allem deshalb schwer, weil Bildung eine wichtige Voraussetzung für die soziale Integration von Migranten und Immigranten auf annähernd allen relevanten Dimensionen des Lebens in Deutschland darstellt. Nicht zuletzt ist Bildung eine relevante Ressource, bei der ein kleiner Niveauunterschied am Anfang des Bildungsverlaufs in großen Ungleichheiten im weiteren Verlauf des Lebens enden kann.

(Rolf Becker)

Weitere Informationen zum Thema Bildung siehe Teil I, Kap. 2, zum Thema Berufliche Bildung Teil I, Kap. 3.6 und 3.10.

6 Situation und Erwartungen auf dem Arbeitsmarkt

Immer mehr Menschen in Deutschland möchten einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Dies spiegelt sich in den Erwartungen von Erwerbstätigen und Plänen von Nicht-erwerbstätigen für ihre berufliche Zukunft wider. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt ist jedoch nach wie vor schwierig. Von den bestehenden Problemen sind aber nicht alle Personen gleichermaßen betroffen. Dieses Kapitel untersucht die Lage auf dem Arbeitsmarkt aus der unterschiedlichen Sicht von Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen im Vergleich der Jahre 1994, 1999 und 2004 in West- und Ostdeutschland. Zu beachten ist, dass nachfolgend entsprechend internationaler Abgrenzungen Nicht-erwerbstätige, die eine Nebentätigkeit ausüben (zum Beispiel auch Arbeitslose und Studierende), als Erwerbstätige ausgewiesen werden. Dies ist in Berichten der nationalen amtlichen Arbeitsmarktstatistik gewöhnlich nicht der Fall, wird allerdings in jüngerer Zeit auch durch die so genannte Arbeitsmarkterhebung des Statistischen Bundesamtes berücksichtigt (vgl. Teil I, Kap. 3.1).

6.1 Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt

Die Erwerbsorientierung von Personen hängt in hohem Maße vom Alter ab. Ein großer Anteil der Jüngeren (16- bis 34-Jährige) ist häufig noch in der Ausbildung und tritt erst danach in das Erwerbsleben ein. Personen mittleren Alters (35- bis 55-Jährige) stehen in der Haupterwerbsphase ihres beruflichen Lebens. Die Familiengründung ist häufig bereits abgeschlossen, die Kosten für den Lebensunterhalt des Haushalts steigen, Familienarbeit spielt eine wichtige Rolle. Für Frauen und Männer haben diese Entwicklungen aufgrund der traditionellen Aufgabenteilung im Haushalt meist unterschiedliche berufliche Auswirkungen. Bei den älteren Erwerbstätigen (56- bis 65-Jährige) wird dann der allmählich beginnende Übergang in den Ruhestand zum Thema. Die individuellen Verhaltensänderungen in den verschiedenen Lebensphasen beeinflussen somit das Angebot auf dem Arbeitsmarkt erheblich.

Zwischen 1994 und 1999 war in Westdeutschland ein starker Zugang von Frauen mittleren Alters auf dem Arbeitsmarkt zu verzeichnen (vgl. Tab. 1 a und 1 b). Dieses waren insbesondere verheiratete Frauen und Mütter, die über die Aufnahme einer Teilzeitarbeit/geringfügigen Beschäftigung Familie und Beruf vereinbaren wollten. Im Zuge dieser Entwicklung wurden neue Arbeitsplätze geschaffen, zum Teil aber auch ehemals von Vollzeitbeschäftigten ausgeübte Tätigkeiten in Arbeitsplätze mit reduzierter Stundenzahl umgewandelt. Eine eigenständige Existenzsicherung ist mit Teilzeitarbeit/geringfügiger Beschäftigung gewöhnlich nicht möglich. Diese Beschäftigungsformen werden daher eher gewählt, wenn bereits eine weitere finansi-

Tab. 1 a: Arbeitsmarktbeteiligung in West- und Ostdeutschland 1994–2004, Frauen

Frauen nach Altersgruppen	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	1994	1999	2004	1994	1999	2004
	in %					
16 bis 34 Jahre						
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
Erwerbstätig ¹	60	63	65	61	59	56
Vollzeit beschäftigt	42	39	35	39	36	28
Teilzeit/geringfügig beschäftigt	11	17	21	10	13	17
In Berufsausbildung (Lehre)	7	7	9	13	9	12
Nicht erwerbstätig	41	37	35	39	42	44
Mutterschutz/Elternzeit (Erziehungsurlaub)	7	10	8	9	10	9
In Ausbildung	10	11	12	10	13	21
Arbeitslos gemeldet ²	6	3	5	17	13	8
Nicht erwerbstätig, arbeitsmarktorientiert	10	7	8	3	5	5
Nicht erwerbstätig, ohne Arbeitsmarktnähe	7	6	3	–	–	–
35 bis 55 Jahre						
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
Erwerbstätig ¹	63	71	72	74	76	74
Vollzeit beschäftigt	35	37	33	61	55	48
Teilzeit/geringfügig beschäftigt	27	33	38	13	21	26
In Berufsausbildung (Lehre)	–	–	–	–	–	–
Nicht erwerbstätig	37	29	28	26	24	26
Mutterschutz/Elternzeit (Erziehungsurlaub)	–	2	3	–	–	2
In Ausbildung	–	–	–	–	–	–
Arbeitslos gemeldet ²	5	5	7	20	15	18
Nicht erwerbstätig, arbeitsmarktorientiert	6	5	5	2	3	1
Nicht erwerbstätig, ohne Arbeitsmarktnähe	25	17	13	4	6	5
56 bis 65 Jahre						
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
Erwerbstätig ¹	32	35	45	12	22	34
Vollzeit beschäftigt	18	17	19	11	16	19
Teilzeit/geringfügig beschäftigt	14	17	25	–	6	15
In Berufsausbildung (Lehre)	–	–	–	–	–	–
Nicht erwerbstätig	68	65	56	88	78	66
Mutterschutz/Elternzeit (Erziehungsurlaub)	–	–	–	–	–	–
In Ausbildung	–	–	–	–	–	–
Arbeitslos gemeldet ²	6	8	7	17	18	11
Nicht erwerbstätig, arbeitsmarktorientiert	–	–	–	–	–	–
Nicht erwerbstätig, ohne Arbeitsmarktnähe	62	56	47	69	59	54

1 Nichterwerbstätige (d.h. auch Arbeitslose) mit Nebenerwerbstätigkeit werden als Erwerbstätige ausgewiesen.

2 Arbeitslose ohne jegliche Arbeitsmarktbeteiligung.

Datenbasis: SOEP 1994, 1999, 2004.

elle Absicherung besteht – sei es durch das Einkommen eines Partners, der Eltern oder auch durch den Bezug von Transfers. Ein Anstieg von Teilzeitarbeit/geringfügiger Beschäftigung hat sich zwischen 1994 und 2004 – wenn auch nur in gerin-

gerem Umfang – auch bei den jüngeren und älteren Frauen vollzogen. Männer waren 2004 häufiger in Tätigkeiten mit eingeschränkter Stundenzahl beschäftigt als 1994, jedoch nach wie vor eher selten.

Tab. 1 b: Arbeitsmarktbeteiligung in West- und Ostdeutschland 1994–2004, Männer

Männer nach Altersgruppen	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	1994	1999	2004	1994	1999	2004
	in %					
16 bis 34 Jahre						
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
Erwerbstätig ¹	76	80	70	81	75	68
Vollzeit beschäftigt	66	61	54	67	56	43
Teilzeit/geringfügig beschäftigt	2	9	8	–	3	10
In Berufsausbildung (Lehre)	9	10	9	14	16	15
Nicht erwerbstätig	24	20	30	19	26	32
Elternzeit (Erziehungsurlaub)	–	–	–	–	–	–
In Ausbildung	10	10	15	8	10	13
Arbeitslos gemeldet ²	9	6	9	9	12	14
Nicht erwerbstätig, arbeitsmarktorientiert	5	4	6	2	3	5
Nicht erwerbstätig, ohne Arbeitsmarktnähe	1	1	1	–	–	–
35 bis 55 Jahre						
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
Erwerbstätig ¹	90	92	89	83	84	80
Vollzeit beschäftigt	89	90	85	81	82	76
Teilzeit/geringfügig beschäftigt	1	3	4	–	–	4
In Berufsausbildung (Lehre)	–	–	–	–	–	–
Nicht erwerbstätig	10	8	11	17	16	20
Elternzeit (Erziehungsurlaub)	–	–	–	–	–	–
In Ausbildung	–	–	–	–	–	–
Arbeitslos gemeldet ²	6	4	8	14	12	17
Nicht erwerbstätig, arbeitsmarktorientiert	1	1	1	–	–	–
Nicht erwerbstätig, ohne Arbeitsmarktnähe	3	2	2	–	4	2
56 bis 65 Jahre						
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
Erwerbstätig ¹	54	50	57	27	39	44
Vollzeit beschäftigt	52	46	48	26	35	37
Teilzeit/geringfügig beschäftigt	–	4	10	–	–	7
In Berufsausbildung (Lehre)	–	–	–	–	–	–
Nicht erwerbstätig	46	50	43	73	61	56
Elternzeit (Erziehungsurlaub)	–	–	–	–	–	–
In Ausbildung	–	–	–	–	–	–
Arbeitslos gemeldet ²	10	11	10	28	22	15
Nicht erwerbstätig, arbeitsmarktorientiert	–	–	2	–	–	–
Nicht erwerbstätig, ohne Arbeitsmarktnähe	36	38	31	43	39	42

1 Nichterwerbstätige (d. h. auch Arbeitslose) mit Nebenerwerbstätigkeit werden als Erwerbstätige ausgewiesen.

2 Arbeitslose ohne jegliche Arbeitsmarktbeteiligung.

Datenbasis: SOEP 1994, 1999, 2004.

Die Arbeitsmarktbinding von Frauen in Ostdeutschland verharrt auch nach mehr als 15 Jahren deutscher Einheit auf hohem Niveau. Zwar stieg die Teilzeitquote unter den erwerbstätigen Frauen, sie liegt aber nach wie vor deutlich unter der Quote von Frauen in Westdeutschland. Eine Angleichung an die (früheren) westdeutschen Verhältnisse mit niedrigen Erwerbsquoten von Frauen ist kaum zu erwarten. Vollzeitarbeit ist nach wie vor bei den ostdeutschen Frauen weit häufiger anzutreffen als in den alten Bundesländern. Die gesunkene Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland ging zudem mit einer hohen Betroffenheit von Arbeitslosigkeit einher. In der mittleren Altersgruppe lag der Anteil arbeitsloser Frauen im Jahr 2004 mit 18 % weitaus höher als in Westdeutschland (7 %). Der Rückzug vom Arbeitsmarkt aufgrund der dort schwierigen Lage ist für diese Frauen praktisch keine Alternative. Bei den jüngeren Frauen in Ostdeutschland fällt zudem der starke Anstieg der Bildungsbeteiligung auf. Offenbar »reagieren« diese Personen dadurch auf die Arbeitsmarktprobleme, dass sie durch eine Verbesserung ihrer Qualifikation versuchen ihre Erwerbschancen zu erhöhen. Bei den jüngeren Männern in Ostdeutschland ist dies so nicht zu beobachten. Sie weisen geringere Anteile bei der schulischen Bildung auf. Viele Jüngere fanden im Beobachtungszeitraum keinen Arbeitsplatz. Dadurch stieg bei den Männern in Ostdeutschland die Arbeitslosenquote an, wohingegen sie sich bei den jüngeren Frauen im Beobachtungszeitraum halbiert hat. Diese Entwicklung ist im Zusammenhang mit der Abwanderung von jüngeren Frauen nach Westdeutschland zu sehen, wo die Arbeitsmarktlage insgesamt etwas besser war.

Auffallend ist, dass immer mehr Ältere seit 1994 im Arbeitsmarkt verbleiben. In Ostdeutschland ging diese Entwicklung vor allem mit einem Anstieg der Vollzeitbeschäftigten einher, in Westdeutschland dagegen mit einer Zunahme von Beschäftigten mit reduziertem Erwerbsumfang, was möglicherweise auf die stärkere Inanspruchnahme von Altersteilzeitangeboten zurückzuführen ist. In Ostdeutschland reduzierte sich die Arbeitslosigkeit Älterer im Beobachtungszeitraum erheblich, in Westdeutschland verharrte sie mit zehn Prozent im Jahr 2004 auf dem Niveau von 1994.

6.2 Erwerbsorientierung von Müttern

Für die Kinderbetreuung sind in Deutschland wie in anderen Ländern in erster Linie die Mütter zuständig. Trotz des allgemeinen Trends zu immer späteren Geburten (vgl. Teil I, Kap. 1.5), gebären die meisten Frauen ihre Kinder vor dem 35. Lebensjahr. Entsprechend wird bis zu diesem Alter Elternzeit bzw. Erziehungsurlaub/Mutterschutz besonders häufig in Anspruch genommen (Tab. 1 a). Insgesamt waren 2004 etwa 60 % aller Mütter mit Kleinkindern (bis drei Jahre) im Mutterschutz oder in Elternzeit (vgl. Tab. 2). Sie gingen nebenher meist keiner Beschäftigung nach. In Ostdeutschland war ein Drittel der Mütter mit Kleinkindern statt in Elternzeit berufstätig, in Westdeutschland traf dies für ein Fünftel zu. Nach Ablauf der Elternzeit sind die Kinder schon etwas älter und benötigen weniger Betreuung von den Eltern. Viele Mütter kehren daher auf den Arbeitsmarkt zurück. Im Jahr 2004 waren gut zwei Drittel

der Mütter mit Kindern zwischen vier und elf Jahren erwerbstätig. Insbesondere in Ostdeutschland fanden viele Mütter nach der Elternzeit jedoch keine Erwerbsarbeit und wurden arbeitslos (27 %, Westdeutschland 8 %). Die Situation stellte sich nur leicht verbessert für Frauen mit älteren Kindern zwischen 12 und 16 Jahren dar. Insgesamt gesehen ziehen sich Mütter kaum noch vollständig vom Arbeitsmarkt zurück. Das traditionelle Modell der reinen Hausfrauen-Ehe hat damit selbst bei Frauen mit Kindern keinen Rückhalt mehr.

Tab. 2: Mütter mit Kindern (im Haushalt) nach Erwerbsbeteiligung im Jahr 2004

	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	Alter des jüngsten Kindes im Haushalt					
	Unter 4 Jahren	4–11 Jahre	12–16 Jahre	Unter 4 Jahren	4–11 Jahre	12–16 Jahre
	in %					
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
Erwerbstätig (nicht in Mutterschutz oder Elternzeit)	19	67	72	33	67	74
In Mutterschutz oder Elternzeit	59	2	1	60	1	–
Davon:						
mit geringfügiger Beschäftigung	9	–	–	–	–	–
mit sonstiger Beschäftigung	8	–	–	–	–	–
ohne aktuelle Beschäftigung	42	–	–	47	–	–
Arbeitslos gemeldet ¹	2	8	7	–	27	19
Stille Reserve: stark arbeitsmarktorientiert	4	7	6	–	–	–
Stille Reserve: gemäßigt arbeitsmarktorientiert	6	4	3	–	–	–
Nichterwerbstätige ohne Arbeitsmarktnähe	10	12	12	–	–	–

Alle Angaben sind gewichtet.
 1 Nichterwerbstätige, die angeben arbeitslos gemeldet zu sein.
 Datenbasis: SOEP 2004.

6.3 Nichterwerbstätige und Erwerbsaufnahme

Dem verbreiteten Wunsch nach Erwerbstätigkeit stehen zum Teil erhebliche Barrieren auf dem Arbeitsmarkt gegenüber. Gemessen am Indikator, ob es »leicht, schwierig oder praktisch unmöglich sei, eine geeignete Stelle zu finden«, stellte sich im Beobachtungszeitraum die Beschäftigungssituation aus Sicht der erwerbsorientierten Nichterwerbstätigen im Alter zwischen 16 und 64 Jahren als schwierig dar, wobei in Ostdeutschland erwartungsgemäß die Probleme noch etwas größer als in Westdeutschland empfunden wurden (vgl. Tab. 3). Insgesamt verbesserte sich aus Sicht der Nichterwerbstätigen die Lage im Zeitverlauf. So ging der Anteil derer zurück, die meinten, es sei praktisch unmöglich eine Stelle zu finden (bei den Frauen stärker als bei den Männern). Die meisten Nichterwerbstätigen waren im Jahr 2004 davon überzeugt, dass es schwierig oder gar unmöglich wäre, eine geeignete Arbeitsstelle zu finden.

Tab. 3: Subjektive Arbeitsmarktchancen von Nichterwerbstätigen¹

	Eine geeignete Stelle zu finden wäre... ²		
	leicht	schwierig	praktisch unmöglich
	in %		
Westdeutschland			
Männer			
1994	14	59	27
1999	17	50	33
2004	12	64	24
Frauen			
1994	13	48	40
1999	14	52	35
2004	16	64	21
Ostdeutschland			
Männer			
1994	8	54	39
1999	7	60	33
2004	5	61	34
Frauen			
1994	2	56	42
1999	4	59	37
2004	6	64	30

1 Nichterwerbstätige im Alter von 16 bis 64 Jahren.

2 Frage: »Wenn Sie jetzt eine Arbeit suchen würden: Ist oder wäre es für Sie leicht, schwierig oder praktisch unmöglich, eine geeignete Stelle zu finden?«.

Datenbasis: SOEP 1994, 1999, 2004.

6.4 Bereitschaft zur Teilzeitarbeit

Vor dem Hintergrund der bestehenden Arbeitsmarktprobleme ist es immer häufiger notwendig eine Erwerbsarbeit anzunehmen, die nicht unbedingt den eigenen Vorstellungen voll und ganz entspricht. Arbeitskräfte sehen sich zudem zunehmend Flexibilitätsansprüchen auf dem Arbeitsmarkt gegenübergestellt. Die meisten nicht-erwerbstätigen Männer sind zwar an einer Vollzeittätigkeit interessiert, doch der Trend zur Teilzeitarbeit geht auch an ihnen nicht spurlos vorüber (vgl. Tab. 4). Für immerhin ein Viertel der nichterwerbstätigen Männer in Westdeutschland kam Teilzeitarbeit 2004 als Beschäftigungsform infrage, 1994 waren es erst zwölf Prozent gewesen. Meistens sind es jedoch die Frauen, die eine Erwerbsarbeit mit reduzierter Stundenzahl entweder anstreben oder akzeptieren würden, dies vor allem in Westdeutschland. In Ostdeutschland äußerten im Jahr 2005 dagegen 44 % (1994 51 %) der nichterwerbstätigen Frauen den Wunsch nach einer Vollzeitstelle, in Westdeutschland waren das lediglich 29 % der Frauen (1994 29 %).

Tab. 4: Nichterwerbstätige¹ und ihr Interesse an Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigung

	Interesse an ... ²			
	Vollzeit- beschäftigung	Teilzeit- beschäftigung	Beides recht	Weiß noch nicht
	in %			
Westdeutschland				
Männer				
1994	81	2	10	7
1999	70	4	16	11
2004	71	9	16	5
Frauen				
1994	29	47	9	14
1999	29	48	13	10
2004	29	47	16	9
Ostdeutschland				
Männer				
1994	79	4	12	4
1999	78	6	14	3
2004	73	5	17	6
Frauen				
1994	51	16	27	5
1999	46	22	23	9
2004	44	23	25	8

1 Nichterwerbstätige im Alter von 16 bis 64 Jahren.

2 Frage: »Wären Sie an einer Vollzeit- oder einer Teilzeitbeschäftigung interessiert, oder wäre Ihnen beides recht?«

Datenbasis: SOEP 1994, 1999, 2004.

6.5 Erwerbstätige und ihre Erwartungen auf dem Arbeitsmarkt

Für Beschäftigte ist ein Arbeitsplatzwechsel dann attraktiv, wenn hierdurch Verbesserungen zum Beispiel bei den Beschäftigungsbedingungen oder bei der Bezahlung zu erwarten sind. Wird der Arbeitsplatz unfreiwillig verloren, ist die Wiederbeschäftigung zu gleichen Konditionen häufig ein Problem. Weibliche Erwerbstätige schätzen ihre Chancen, nach einem Arbeitsplatzverlust eine mindestens gleichwertige Stelle zu finden, im Jahr 2004 in Westdeutschland zu über 80 % und in Ostdeutschland zu über 90 % als schwierig oder sogar praktisch unmöglich ein (vgl. Tab. 5 a und 5 b). Bei den Männern lagen die Anteile sogar noch höher. Als leicht wurde die Suche nach einer adäquaten Stelle am häufigsten von Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung bewertet. Am schwierigsten schätzten Akademiker/innen ihre Chancen ein. Unabhängig von der Qualifikation schätzten Männer ihre Wiederbeschäftigungschancen etwas häufiger als praktisch unmöglich ein. Dies hängt auch damit zusammen, dass

Frauen häufiger als Männer bereit sind, geringer qualifizierte und damit auch schlechter bezahlte Tätigkeiten anzunehmen, insbesondere dann, wenn sie »nur« einen Zuverdienst im Haushalt erzielen. Im Vergleich zu 1994 stellte sich im Jahr 2004 die Lage aus Sicht der Befragten, nach einer leichten Verbesserung im Jahr 1999, wieder etwas pessimistischer dar.

Tab. 5a: Subjektive Arbeitsmarktchancen von Erwerbstätigen, Frauen

Frauen	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	Stelle zu finden, wäre ... ¹					
	leicht	schwierig	praktisch unmöglich	leicht	schwierig	praktisch unmöglich
	in %					
1994						
Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	21	56	23	10	77	13
Abgeschlossene Berufsausbildung ²	28	55	17	9	63	28
Hochschule, Universität ³	23	49	28	9	57	34
1999						
Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	31	51	18	19	70	11
Abgeschlossene Berufsausbildung ²	25	59	17	8	69	22
Hochschule, Universität ³	17	61	22	5	71	24
2004						
Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	25	59	16	19	64	17
Abgeschlossene Berufsausbildung ²	18	60	22	7	66	27
Hochschule, Universität ³	19	60	21	9	56	36

1 Frage: »Wenn Sie Ihre jetzige Stelle verlieren würden, wäre es für Sie dann leicht, schwierig oder praktisch unmöglich, wieder eine mindestens gleichwertige Stelle zu finden?«

2 Lehre, Berufsfachschule, Handelsschule, Schule des Gesundheitswesens, Fachschule, Beamtenausbildung oder »sonstiger (beruflicher) Bildungsabschluss«.

3 Fachhochschule/Ingenieurschule oder Universität/Hochschule.

Datenbasis: SOEP 1994, 1999, 2004.

6.6 Ausblick

Die Entwicklung am Arbeitsmarkt war in den letzten zehn Jahren durch große Probleme gekennzeichnet. Dennoch haben die Erwerbswünsche in allen Altersklassen zugenommen. Besonders häufig wurden Frauen im mittleren Alter in Westdeutschland erwerbstätig. Bei den Jüngeren und Älteren verlief der Trend gegenläufig: Immer mehr Ältere verblieben im Erwerbsleben, immer weniger Jüngere übten eine Erwerbstätigkeit aus

(Ausnahme: Frauen in Westdeutschland). Diese Entwicklung ist weniger auf eine gesunkene Erwerbsorientierung, sondern eher auf einen Mangel an Beschäftigungsmöglichkeiten beim Berufseinstieg zurückzuführen. Jüngere sind seit 1994 zunehmend von Arbeitslosigkeit betroffen. In dieser Situation versuchen viele ihre Arbeitsmarktchancen durch eine Ausbildung zu verbessern, insbesondere Frauen. Praktisch alle nicht er-

Tab. 5.b: Subjektive Arbeitsmarktchancen von Erwerbstätigen, Männer

Männer	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	Stelle zu finden, wäre ... ¹					
	leicht	schwierig	praktisch unmöglich	leicht	schwierig	praktisch unmöglich
	in %					
1994						
Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	25	56	19	21	65	14
Abgeschlossene Berufsausbildung ²	20	56	24	24	58	17
Hochschule, Universität ³	18	53	28	14	59	27
1999						
Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	26	59	15	21	68	11
Abgeschlossene Berufsausbildung ²	22	56	23	13	70	17
Hochschule, Universität ³	26	50	24	14	58	28
2004						
Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	20	56	24	12	72	16
Abgeschlossene Berufsausbildung ²	14	61	26	11	63	27
Hochschule, Universität ³	18	57	25	9	54	37

1 Frage: »Wenn Sie Ihre jetzige Stelle verlieren würden, wäre es für Sie dann leicht, schwierig oder praktisch unmöglich, wieder eine mindestens gleichwertige Stelle zu finden?«

2 Lehre, Berufsfachschule, Handelsschule, Schule des Gesundheitswesens, Fachschule, Beamtenausbildung oder »sonstiger (beruflicher) Bildungsabschluss«.

3 Fachhochschule/Ingenieurschule oder Universität/Hochschule.

Datenbasis: SOEP 1994, 1999, 2004.

werbstätigen jüngeren Frauen und Männer wollen in Zukunft eine Erwerbstätigkeit ausüben. Einen vollständigen Rückzug vom Arbeitsmarkt planen in nennenswertem Umfang erwartungsgemäß lediglich Ältere, aber auch hier mit sinkender Tendenz. Das Arbeitsangebot Älterer wird sich mit dem Rückgang von Anreizen für die Inanspruchnahme von speziellen Vorruhestands- und Altersteilzeitangeboten noch weiter erhöhen. Auch eine Ausweitung des Alters beim Rentenzugang hat diesen Effekt. Insgesamt verharren die Erwerbswünsche in Ostdeutschland auf hohem Niveau, in Westdeutschland nehmen sie nach wie vor zu. Nichterwerbstätige und Erwerbstätige schätzten daher ihre beruflichen Chancen auch eher zurückhaltend ein.

In den kommenden Jahren wird sich in Deutschland der demographische Wandel infolge rückläufiger Geburtenraten und längerer Lebenserwartung weiter fortsetzen. In einzelnen Regionen sind die Konsequenzen bereits sichtbar. Nach 2020 wird sich die Abnahme von Personen im erwerbsfähigen Alter (15–64 Jahre) noch einmal rasant beschleunigen. Für den Arbeitsmarkt hat dies erhebliche Konsequenzen. Vor allem wird die Nachfrage nach hoch qualifizierten Arbeitskräften zunehmen. Gut ausgebildete Frauen werden noch stärker in den Arbeitsmarkt integriert sein als heute. Auch wird sich der Trend zur stärkeren Erwerbsbeteiligung Älterer fortsetzen, wenn das reguläre Renteneintrittsalter schrittweise erhöht wird.

Derartige Veränderungen machen ein Umdenken in der Organisation von Arbeit in den Betrieben notwendig. Ältere Beschäftigte sind zudem gefordert, sich verstärkt weiterzuqualifizieren. Jüngere müssen sich auf ein lebenslanges Lernen einstellen. Bei einigen Gruppen dürfte auch eine Aufnahme von Zweit- oder Dritttätigkeiten nicht auszuschließen sein. Die stärkere Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt macht es zudem notwendig, dass Väter in größerem Maße Aufgaben in der Familie übernehmen. Damit sind auch sie auf die Möglichkeit flexibler Erwerbszeiten angewiesen. Somit stehen die Tarifparteien und insbesondere die Privatwirtschaft vor der Herausforderung, entsprechende Möglichkeiten für beide Elternteile bereitzuhalten. Derartige Veränderungen in der Organisation von Arbeit sind zur eigenen Daseinsvorsorge notwendig und eine Voraussetzung zur Sicherung künftigen gesellschaftlichen Wohlstands.

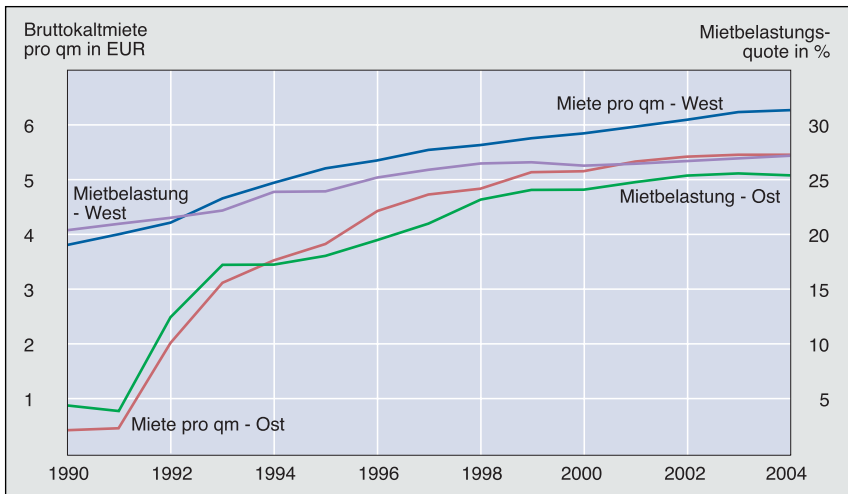
(Elke Holst/Jürgen Schupp)

Weitere Informationen zum Thema Erwerbstätigkeit siehe Teil I, Kap. 3, zum Thema Elternzeit und Beschäftigung Teil I, Kap. 9.9.

7 Wohnverhältnisse und Wohnkosten

Massive private Investitionen und hohe staatliche Subventionen in den Wohnungsmarkt haben zu einer merklichen Annäherung der Wohnverhältnisse zwischen Ost- und Westdeutschland geführt. Dennoch sind in einigen Bereichen auch heute noch deutliche Unterschiede zu finden. So ist insbesondere die Wohneigentumsquote in den neuen Ländern deutlich niedriger als im Westen. Aufgrund großflächigerer Bauweise und gleichzeitig rückläufiger Bevölkerungsentwicklung hat sich die Versorgung mit Wohnraum in Ostdeutschland zwar verbessert; die durchschnittliche Wohnfläche je Haushaltsmitglied liegt aber immer noch unter der in den alten Ländern. Die Mieten in ganz Deutschland haben sich in den letzten Jahren nur moderat erhöht, dabei ist der Abstand der Miete je Quadratmeter Wohnfläche zwischen Ost- und Westdeutschland stabil geblieben und betrug im Jahr 2004 rund 13 % bzw. etwa 80 Cent. Aufgrund der nach wie vor niedrigeren Haushaltseinkommen in den neuen Ländern haben sich hingegen die Unterschiede in der Mietbelastungsquote (Anteil der Bruttokaltmiete am Haushaltsnettoeinkommen) von Hauptmietern in Ost- und Westdeutschland inzwischen auf lediglich zwei Prozentpunkte (25 bzw. 27 %) reduziert (vgl. Abb. 1). Die erste Hälfte der 1990er-Jahre war in Ostdeutschland durch die sprunghaften jährlichen Mieterhöhungen und die erste Modernisierungsphase geprägt. Fortschreitende

Abb. 1: Entwicklung von Miete und Mietbelastung in Ost- und Westdeutschland, 1990–2004



Datenbasis: SOEP 1990–2004.

Verbesserungen der Wohn- und Wohnumfeldsituation haben sich auch in der Bewertung der eigenen Wohnverhältnisse niedergeschlagen.

7.1 Wohneigentum

In Ostdeutschland kam es nach 1990 zu einem deutlichen Anstieg der Eigentümerquote. Durch diverse Maßnahmen zur Wohneigentumsförderung ist der Anteil von sehr niedrigen 24 % im Jahr 1994 auf immerhin 33 % im Jahr 2004 gestiegen. Dennoch ist die Eigentümerquote in den neuen Bundesländern niedriger als in den alten Bundesländern (vgl. Tab. 1). Im internationalen Vergleich liegt Deutschland trotz der positiven Entwicklung weit hinter europäischen Spitzenreitern wie z. B. Irland mit einer Eigentümerquote von rund 80 %.

Tab. 1: Eigentumsquote¹ privater Haushalte in Deutschland, 1994–2004

Haushaltsmerkmal	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	1994	1999	2004	1994	1999	2004
	in %					
Insgesamt	39,5	40,8	43,4	24,4	29,8	32,9
Ausgewählte Haushaltstypen						
Allein stehend, Mann	19,5	18,7	25,1	10,8	20,7	17,1
Allein stehend, Frau bis 64 Jahre	16,2	16,9	20,8	5,6	15,6	13,3
Allein stehend, Frau ab 65 Jahre	31,6	34,5	43,0	15,0	13,6	15,7
(Ehe-)Paare ohne Kinder	45,3	47,5	52,2	29,5	33,4	39,5
(Ehe-)Paare mit Kindern bis 16 Jahre	48,2	52,4	50,2	28,6	36,6	47,9
(Ehe-)Paare mit Kindern ab 17 Jahre	65,0	61,1	69,7	38,0	54,2	63,8
Allein Erziehende	28,0	29,6	24,2	16,9	8,2	16,5
Alter des Haushaltsvorstandes						
Bis 40 Jahre	23,5	25,3	22,2	18,4	22,5	23,5
41–65 Jahre	49,8	49,5	51,1	29,8	37,9	40,3
66 Jahre und älter	43,2	45,7	54,8	23,3	23,7	30,3
Einkommensquintil²						
Unterstes Quintil	28,2	25,2	26,2	21,8	21,8	21,1
Zweites Quintil	34,6	34,9	36,2	28,7	29,2	32,6
Mittleres Quintil	38,6	38,7	46,5	25,9	30,6	37,7
Viertes Quintil	41,3	46,8	47,6	22,4	36,5	37,5
Oberstes Quintil	50,8	54,8	55,4	18,0	39,7	51,1
Haushalte mit Arbeitslosen	28,2	27,6	26,7	24,7	32,2	32,8

1 Anteil der Haushalte in selbst genutztem Wohneigentum an allen privaten Haushalten.

2 Jedes Quintil umfasst 20 % aller nach dem bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen geordneten Haushalte.

Datenbasis: SOEP 1994, 1999 und 2004.

Die Differenzierung nach dem Alter des Haushaltsvorstandes und nach den Haushaltstypen verweist auf einen eindeutigen Zusammenhang zwischen Eigentümerstatus und Lebenszyklus. Im Durchschnitt aller Haushalte gibt es nach wie vor Unterschiede zwischen Ost und West, bei jüngeren Haushalten aber nicht mehr. In Westdeutschland war für diese Haushalte in den letzten Jahren sogar ein leichter Rückgang der Eigentümerquote von 25 % (1999) auf 22 % (2004) festzustellen. Ebenso hat sich der Eigentümeranteil unter ostdeutschen Haushalten mit Kindern unter 16 Jahren bis zum Jahr 2004 dem Niveau in Westdeutschland weitgehend angeglichen. Sicherlich haben spezifische Anreizstrukturen (z. B. Wohneigentumsförderung und Baukindergeld) und die Stadt-Umland-Wanderungen im Falle von Berlin diese Entwicklung begünstigt. Die derzeit noch bestehenden Unterschiede sind insbesondere bei Haushalten von älteren Singles bzw. (Ehe-)Paaren in der nachelterlichen Phase zu finden – Haushalte, in denen üblicherweise auch kein Wohneigentum mehr erworben wird.

Mittlerweile ist auch in Ostdeutschland der klare Zusammenhang zwischen Wohneigentumsbildung und Einkommen zu erkennen. Der Unterschied in der Eigentümerquote zwischen dem untersten und obersten Einkommens-Fünftel der Bevölkerung liegt im Jahr 2004 bereits bei rund 30 Prozentpunkten. Dies entspricht, wenn auch auf etwas niedrigerem Niveau, der westdeutschen Struktur (21 bzw. 51 % im Osten im Vergleich zu 26 bzw. 55 % im Westen).

7.2 Wohnsituation

Auch der Zustand der Wohngebäude in Ostdeutschland hat sich nach Auskunft der Bewohner deutlich verbessert (vgl. Tab. 2). Bei Betrachtung des gesamten bewohnten Bestandes zeigen sich im Jahre 2004 nur noch geringe Ost-West-Unterschiede. Der Anteil aller Haushalte in den neuen Ländern, der den Zustand des von ihnen bewohnten Gebäudes als »gut« bewertet, hat sich innerhalb von 10 Jahren von 31 auf 68 % mehr als verdoppelt. Nur noch 5 % bewerten den Zustand als »ganz renovierungsbedürftig«. Die entsprechenden Werte für die alten Länder liegen bei 70 % (»gut«) bzw. 2 % (»ganz renovierungsbedürftig«).

Erwartungsgemäß bestehen allerdings deutliche Unterschiede zwischen Mietern und Eigentümern. Wohnen nimmt bei Eigentümern oft einen höheren Stellenwert ein, und sie haben eine höhere Bindung an das Eigentum, was insgesamt zu mehr Investitionen in Substanzerhalt und -verbesserung führt. Eventuelle Unterschiede zwischen west- und ostdeutschen Eigentümern sind zudem dem niedrigeren Haushaltsnettoeinkommen in den neuen Ländern geschuldet, wodurch weitere Renovierungs- und Modernisierungsmaßnahmen noch zurückgestellt werden.

In Westdeutschland veränderte sich die Beurteilung des Gebäudezustands durch die Bewohner kaum. Eigentümer schätzen ihr Gebäude zu rund 80 % als »gut« und zu

etwa 20 % als »teilweise renovierungsbedürftig« ein; bei den Mietern sind dies rund 60 % bzw. gut ein Drittel.

In Ostdeutschland hat sich die Qualität der Wohnungen dank massiver Investitionen in den Wohnungsbau erheblich verbessert, die Beurteilung des Gebäudezustands fiel entsprechend zunehmend positiv aus. Vor allem der Anteil der Mieterhaushalte, die den Gebäudezustand als »gut« bewerteten, war mit 68 % (2004) fast dreimal so hoch wie noch 1994 und lag damit sogar sechs Prozentpunkte über dem Wert in Westdeutschland (62 %). Nur noch 26 % der ostdeutschen Mieter schätzten den Gebäudezustand im Jahr 2004 als »teilweise renovierungsbedürftig« ein, dieser Anteil hat sich seit 1994 mehr als halbiert. Um fast zwei Drittel ist der Anteil derer zurück-

Tab. 2: Zustand der Wohngebäude in Deutschland, 1994–2004

Beurteilung des Gebäudezustandes durch den Haushaltsvorstand	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	1994	1999	2004	1994	1999	2004
	in %					
Insgesamt						
Gut	67	67	70	31	56	68
Teilweise renovierungsbedürftig	29	30	28	52	36	26
Ganz renovierungsbedürftig oder abbruchreif	3	2	2	17	8	5
Eigentümer						
Gut	76	79	79	54	67	69
Teilweise renovierungsbedürftig	23	20	20	40	31	27
Ganz renovierungsbedürftig oder abbruchreif	1	1	1	6	2	3
Hauptmieter						
Gut	62	59	62	23	51	68
Teilweise renovierungsbedürftig	33	38	34	56	38	26
Ganz renovierungsbedürftig oder abbruchreif	5	4	3	21	11	7

Datenbasis: SOEP 1994, 1999 und 2004.

gegangen, die den Gebäudezustand als »ganz renovierungsbedürftig oder abbruchreif« bewerteten; das waren 2004 nur noch 7 %. Diese Veränderungen sind zum Teil auf den Auszug aus baufälligen Gebäuden zurückzuführen, die nun häufig leer stehen bzw. abgerissen worden sind, sowie auf die Abriss- und Rückbaumaßnahmen im Rahmen des Programms »Stadtumbau Ost«. Bei den ostdeutschen Eigentümern verlief die Entwicklung ähnlich, jedoch lag das Ausgangsniveau 1994 mit 54 % als »gut« eingestuft. Gebäuden bereits deutlich höher. Insgesamt betrachtet, bewerten ostdeutsche Eigentümer ihre Gebäude derzeit schlechter als vergleichbare Haushalte in Westdeutschland, während die Qualität der Mietwohnungen erheblich zugenommen hat und sich in der subjektiven Beurteilung durch den Haushaltsvorstand auf westlichem Niveau befindet.

7.3 Wohnraumversorgung

Bezüglich der Wohnraumversorgung bestehen trotz bemerkenswerter Fortschritte auch weiterhin Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Großzügiger dimensionierte Wohnflächen bei Neubauten seit Beginn der 1990er-Jahre haben dazu beigetragen, dass in Ostdeutschland die durchschnittliche Wohnungsgröße pro Kopf inzwischen 43 qm beträgt, rund 9 qm mehr als noch 1994 (vgl. Tab. 3). Die Ausstattung mit Wohnraum in den alten Bundesländern liegt jedoch immer noch 9 qm über dem Ost-Niveau. Die durchschnittliche Wohnfläche von Hauptmietern in Westdeutschland ist im Jahre 2004 mit 77 qm sogar rund 12 qm größer als im Osten (vgl. Tab. 4). Haushalten in selbstgenutztem Wohneigentum steht in Ost- wie Westdeutschland durchschnittlich 22 bzw. 28 % mehr Wohnfläche zur Verfügung als Mietern.

Tab. 3: Wohnraumversorgung privater Haushalte in Deutschland, 1994–2004

Haushaltsmerkmal	Wohnfläche je Haushaltsmitglied				Anteil der Haushalte mit Wohnraum-Unterversorgung ¹			
	West-Deutschland		Ost-Deutschland		West-Deutschland		Ost-Deutschland	
	1994	2004	1994	2004	1994	2004	1994	2004
	Mittelwert in qm				in %			
Insgesamt	48,0	52,2	34,1	43,4	8,0	4,7	12,1	4,4
Wohnstatus								
Eigentümer	53	59	39	49	5	2	9	3
Hauptmieter	44	46	32	40	10	7	13	5
Ausgewählte Haushaltstypen								
Allein stehend, Mann	65	67	51	57	0	0	0	0
Allein stehend, Frau bis 64 Jahre	67	68	55	60	0	0	0	0
Allein stehend, Frau ab 65 Jahre	70	78	45	58	0	0	0	0
(Ehe-)Paare ohne Kinder	45	50	33	40	2	1	2	1
(Ehe-)Paare mit Kindern bis 16 Jahre	29	31	22	31	28	17	38	17
(Ehe-)Paare mit Kindern ab 17 Jahre	34	37	25	31	10	4	11	7
Allein Erziehende	39	39	30	32	3	3	4	4
Alter des Haushaltsvorstandes								
Bis 40 Jahre	41	44	30	41	13	9	26	10
41–65 Jahre	47	51	34	42	9	4	6	3
66 Jahre und älter	60	65	41	49	0	1	1	0
Einkommensquintil ²								
Unterstes Quintil	44	44	35	40	11	10	14	9
Zweites Quintil	42	47	33	43	14	8	13	2
Mittleres Quintil	45	48	33	43	10	5	11	4
Viertes Quintil	48	53	34	46	5	2	10	1
Oberstes Quintil	57	64	39	55	3	0	5	2

1 Unterversorgung liegt vor, falls die Zahl der Haushaltsmitglieder die Zahl der Wohnräume (über 6 qm, ohne Küche und Bad) übersteigt.

2 Jedes Quintil umfasst 20 % aller nach dem bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen geordneten Haushalte.

Datenbasis: SOEP 1994, 1999 und 2004.

Tab. 4: Wohnungsmieten der Hauptmieter in Deutschland, 1994–2004

	Westdeutschland				Ostdeutschland				Ost in % von West ⁴
	Brutto-Kaltmiete in €/qm ²			Index ³	Brutto-Kaltmiete in €/qm ²			Index ³	
	1994	1999	2004		2004	1994	1999		
	Mittelwert				Mittelwert				%
Insgesamt	4,94	5,78	6,30	100	3,55	5,16	5,48	100	87
Gebäudezustand ¹									
Gut	5,08	5,98	6,49	103	3,93	5,83	5,79	106	89
Teilw. renovierungsbedürftig	4,75	5,54	6,03	96	3,55	4,55	4,93	90	82
Ganz renovierungsbedürftig	4,54	5,20	5,57	88	3,14	4,17	4,38	80	79
Baujahr									
Vor 1949	4,47	5,20	5,76	91	3,29	4,58	5,23	95	91
1949 bis 1971	4,82	5,69	6,17	98	3,69	5,25	5,56	101	90
1972 bis 1980	5,56	6,08	6,52	103	3,80	5,17	5,32	97	82
1981 bis 1990									
(für 1994: ab 1981)	6,16	6,54	6,87	109	3,74	4,92	5,30	97	77
1991 und später	–	6,82	7,29	116	–	6,89	6,56	120	90
Wohndauer									
Bis 4 Jahre	5,47	6,14	6,57	104	3,61	5,50	5,74	105	87
5 bis 11 Jahre	4,87	5,78	6,30	100	3,64	5,10	5,60	102	89
12 und mehr Jahre	4,50	5,29	5,86	93	3,46	4,76	5,05	92	86
Gemeindegröße									
Bis unter 20000 Einw.	4,65	5,18	5,58	89	3,68	5,34	5,14	94	92
20000 bis 100000 Einw.	4,69	5,63	6,20	98	3,52	4,89	5,34	97	86
100000 bis 500000 Einw.	4,86	5,68	6,25	99	3,47	5,14	5,78	105	92
500000 Einw. und mehr	5,37	6,47	7,05	112	3,49	5,27	5,75	105	82
Gebäudetyp									
Ein-/Zweifamilienhaus, freistehend	4,29	5,05	5,22	83	4,06	6,15	4,56	83	87
Ein-/Zweifamilien-Reihenhaus	4,32	5,16	6,09	97	3,32	5,50	5,26	96	86
Wohnhaus mit 3 bis 4 Whg.	4,71	5,54	5,96	95	3,46	4,56	5,27	96	88
Wohnhaus mit 5 bis 8 Whg.	5,00	5,78	6,52	103	3,45	4,91	5,52	101	85
Wohnhaus mit 9 u.m. Whg.	5,53	6,63	7,03	112	3,59	5,34	5,56	101	79
Hochhaus	5,91	6,46	6,86	109	3,87	5,44	5,97	109	87
Ausstattung mit modernem Heizsystem									
Ja	5,12	5,87	6,39	101	3,74	5,30	5,58	102	87
Nein	3,82	4,73	5,17	82	3,37	4,48	4,60	84	89
Eigentümer der Wohnung									
Kommunale Wohnung	4,54	5,55	5,80	92	3,54	4,88	5,27	96	91
Genossenschaftliche Whg.	4,67	5,59	5,95	94	3,51	4,93	5,40	99	91
Betriebs-, Werkswohnung	4,30	5,00	5,85	93	3,13	3,68	4,81	88	82
Privater Eigentümer	5,11	5,87	6,38	101	3,58	5,70	5,79	106	91
Nachrichtlich:									
Bruttokaltmiete in €/Whg.	340	405	456	–	197	321	342	–	75
Wohnfläche in qm	71	73	77	–	59	64	65	–	84

1 Beurteilung durch den Haushaltsvorstand.

2 Mietangaben im SOEP bis 2001 wurden ursprünglich in DM erhoben. Entsprechend wurden alle hier ausgewiesenen Berechnungen ggf. auf der Basis von DM durchgeführt und nachträglich in Euro umgerechnet.

3 Durchschnittliche Brutto-Kaltmiete pro qm = 100.

4 Durchschnittliche Brutto-Kaltmiete pro qm in Westdeutschland 2004 = 100.

Datenbasis: SOEP 1994, 1999 und 2004.

Erwartungsgemäß leben Mehrpersonenhaushalte (insbesondere solche mit Kindern) in deutlich beengteren Verhältnissen. Analog zu den Befunden zur Eigentümerquote steigt auch die verfügbare Wohnfläche je Haushaltsmitglied mit zunehmendem Alter des Haushaltsvorstandes. Auch hier zeigt sich bei der Wohnraumversorgung junger Haushalte (Bezugsperson bis 40 Jahre) mit 44 qm in den alten Ländern und 41 qm in den neuen Ländern eine weitgehende Übereinstimmung, während diese Differenz bei älteren Haushalte noch rund 15 qm beträgt (65 qm gegenüber 49 qm).

Ein alternativer Indikator zur Wohnraumversorgung ist das Maß »Wohnräume pro Kopf« (Wohnräume ohne Bad und Küche sowie Kammern mit weniger als 6 qm Fläche). Im Zeitverlauf 1994 bis 2004 ist hier in West- und in Ostdeutschland eine deutliche Verbesserung zu beobachten. Gegenwärtig steht in lediglich noch 5 bzw. 4 % aller Haushalte weniger als ein Wohnraum pro Kopf zur Verfügung. Vor allem in ostdeutschen Haushalten mit Kindern unter 16 Jahren bzw. Haushalten mit jungen Haushaltsvorständen hat sich dieser Anteil der »Wohnraum-Unterversorgung« mehr als halbiert. Hier ist allerdings zu beachten, dass die durchschnittliche Zahl der Haushaltsmitglieder in Ostdeutschland nach der Wende aufgrund des Geburtenrückgangs stärker gesunken ist als im Westen. Die durchschnittliche Haushaltsgröße verringerte sich zwischen 1994 und 2004 im Osten von 2,30 auf 2,05 Personen pro Haushalt, in Westdeutschland hingegen lediglich von 2,21 auf 2,13 (siehe auch Teil I, Kapitel 1.6).

7.4 Wohnungsmieten

Die Entwicklung der Wohnungsmieten in Ostdeutschland ist bis zum Jahre 2004 durch einen deutlichen Anstieg des Mietenniveaus gekennzeichnet. Mit 5,48 Euro pro Quadratmeter lag im Jahr 2004 hier die durchschnittliche Bruttokaltmiete um 54 % höher als 1994 (vgl. Tab. 4). Die Mietsteigerung hat sich jedoch in den letzten Jahren abgeschwächt. Im Zeitraum von 1999 bis 2004 stieg die durchschnittliche Quadratmeter-Miete in den neuen Ländern um 6 %, in den alten Ländern um 9 %. Nachdem das ostdeutsche Mietniveau 1999 bereits 89 % des westdeutschen Vergleichswertes erreicht hatte, waren es aufgrund der beschriebenen Entwicklung in 2004 nur noch 87 %. Pro Wohnung hatten ostdeutsche Mieter 2004 im Schnitt 25 % weniger zu bezahlen als westdeutsche Mieter bzw. 342 Euro im Vergleich zu 456 Euro. Dieser beträchtliche Unterschied ergibt sich auch daraus, dass Mietwohnungen in Ostdeutschland kleiner sind als in Westdeutschland.

Wohnungsmieten variieren im Allgemeinen aufgrund von wohnungsbezogenen Kriterien wie Lage, Ausstattung und Qualität des bewohnten Gebäudes sowie der Wohndauer. Erwartungsgemäß sind die Mieten in Neubauten nach 1990 in Ost- und Westdeutschland jeweils am höchsten. Während jedoch die Mieten in älteren Gebäuden in den alten Ländern klar nach Altersstufen strukturiert sind, fällt in Ostdeutschland der Renovierungszustand als entscheidendes Strukturmerkmal auf. Auch dieser Effekt ergibt sich aus der Situation der DDR-Bestände, welche überwiegend bautechnische

Mängel aufwiesen und sich daher heute vornehmlich nach dem Grad der inzwischen erfolgten Modernisierung differenzieren. Die Mietenstruktur in Abhängigkeit von der Wohndauer weist zwischen West und Ost inzwischen jedoch kaum noch Unterschiede auf. Die Ausstattung der Mietwohnungen mit vollständigen Sanitäranlagen und einem modernen Heizsystem ist im Jahr 2004 auch in Ostdeutschland sehr weit fortgeschritten. Das Fehlen einer solchen Ausstattung führt in West wie Ost zu Mietabschlägen von rund einem Fünftel gegenüber dem Durchschnitt. Die Spreizung der Mieten zwischen kleineren Gemeinden und Großstädten hat im Laufe der 1990er-Jahre in Westdeutschland weiter zugenommen, ist in Ostdeutschland inzwischen zwar ähnlich strukturiert, jedoch noch deutlich geringer ausgeprägt. In beiden Landesteilen sind die Wohnungsmieten in Gebäuden privater Eigentümer jeweils überdurchschnittlich hoch, was wohl durch steuerrechtliche Maßnahmen wie die Abzugsfähigkeit der entsprechenden Investitionen begünstigt wird.

7.5 Mietbelastung und Wohngeldbezug

Die Wohnkostenbelastung von Mieter-Haushalten wird neben anderem definitionsgemäß auch von der Einkommenssituation bestimmt (siehe Teil II, Kapitel 18). Diese ist in den neuen Ländern von Einkommensverlusten durch Arbeitslosigkeit geprägt. Dennoch lag im Jahr 2004 die Mietbelastungsquote in Ostdeutschland – also der Teil des Haushaltseinkommens, der für die Bruttokaltmiete aufzubringen war – mit rund 25 % noch zwei Prozentpunkte unter der Mietbelastung in den alten Ländern (vgl. Tab. 5).

Dabei gibt es deutliche Unterschiede zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen. So liegen die durchschnittlichen Belastungsquoten von (Ehe-)Paaren ohne Kinder (oft auch Personen in der nach-elterlichen Phase) weit unter dem Durchschnitt. Dies gilt aufgrund der häufig hohen Erwerbsbeteiligung auch für vollständige Familien mit erwachsenen Kindern. Paare mit minderjährigen Kindern weisen indes durchschnittliche Wohnkostenbelastungsquoten auf.

Augenfällig ist die hohe Abhängigkeit von Wohngeld bei Haushalten von Alleinerziehenden sowie bei Haushalten mit Arbeitslosen in West- wie in Ostdeutschland. Im Jahr 2004 mussten diese rund ein Drittel ihres Haushaltseinkommens für die Miete inklusive »kalter« Betriebskosten aufwenden. Für diese einkommensschwachen Haushalte wird als sozialstaatlicher Ausgleich auf Antrag Wohngeld gewährt, um die Kosten für angemessenen und familiengerechten Wohnraum tragen zu können. Entsprechend konzentriert sich der Bezug dieser Transferleistung (vgl. rechte Spalten von Tab. 5) auf Haushalte im untersten Einkommensquintil. In den alten Ländern bezieht in dieser Gruppe etwa jeder vierte Haushalt Wohngeld, in den neuen Ländern sogar mehr als jeder Dritte. Trotzdem wenden Mieterhaushalte mit Wohngeldbezug rund 39 % (West) bzw. 36 % (Ost) ihres monatlichen Einkommens für die Bruttokaltmiete auf. Die Mietbelastungsquoten von Haushalten im obersten Einkommensquin-

Tab. 5: Mietbelastung und Wohngeldbezug von Hauptmietern, 1994–2004

Haushaltsmerkmal	Mietbelastungsquote in % des Haushaltsnettoeinkommens						Anteil der Haus- halte mit Bezug von Wohngeld in % aller Haushalte	
	Westdeutschland			Ostdeutschland			West	Ost
	1994	1999	2004	1994	1999	2004	2004	
	in %							
Insgesamt	24,0	26,6	27,2	17,3	24,1	25,5	6,6	13,0
Ausgewählte Haushaltstypen								
Allein stehend, Mann	23,5	27,1	27,7	19,4	28,1	28,5	5,0	17,8
Allein stehend, Frau bis 64 Jahre	29,8	31,4	32,4	27,2	33,0	33,0	5,3	19,3
Allein stehend, Frau ab 65 Jahre	29,8	32,8	32,5	22,2	28,5	26,8	7,1	7,1
(Ehe-)Paare ohne Kinder	19,4	21,7	22,5	14,5	20,2	19,8	3,0	3,0
(Ehe-)Paare mit Kindern bis 16 Jahre	22,2	24,0	25,1	13,5	19,7	24,8	10,2	15,0
(Ehe-)Paare mit Kindern ab 17 Jahre	19,7	21,0	21,3	11,5	17,2	18,3	1,7	6,5
Allein Erziehende	29,8	36,3	32,9	23,4	27,5	30,4	21,0	32,3
Alter des Haushaltsvorstandes								
Bis 40 Jahre	24,1	27,0	26,5	16,2	23,9	27,8	7,7	19,0
41–65 Jahre	22,1	25,1	26,9	17,0	23,3	24,9	5,5	14,4
66 Jahre und älter	26,9	28,5	29,5	19,9	25,6	23,5	6,6	3,7
Einkommensquintil ¹								
Unterstes Quintil	37,1	39,0	41,0	26,1	34,3	34,0	25,4	37,1
Zweites Quintil	24,8	27,4	28,5	16,1	22,8	24,6	3,7	2,3
Mittleres Quintil	22,2	24,3	23,4	12,7	19,4	20,0	1,2	0,2
Viertes Quintil	19,8	21,2	22,2	10,4	16,1	19,0	0,3	0,0
Oberstes Quintil	16,4	19,0	17,9	8,3	17,2	14,1	0,0	0,0
Haushalte mit Arbeitslosen	29,8	31,2	35,1	19,5	27,0	30,0	22,3	31,1
Haushalte mit Wohngeldbezug	–	42,1	39,2	–	40,0	36,4	100,0	100,0

1 Jedes Quintil umfasst 20 % aller nach dem bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen geordneten Haushalte.

Datenbasis: SOEP 1994, 1999 und 2004.

til sind in Ost- und in Westdeutschland dagegen mit lediglich 14 bzw. 18 % weniger als halb so hoch.

Der Anteil der Haushalte, die Wohngeld beziehen, ist 2004 mit knapp 7 % in Westdeutschland etwa halb so hoch wie in den neuen Ländern (13 %). Insgesamt kommt hier zum Ausdruck, dass in den neuen Ländern der subjektbezogenen Förderung durch Wohngeld höhere Bedeutung als wohnungspolitisches Instrument beigemessen wird als in den alten Ländern, wo eher (noch) der soziale Wohnungsbau dominiert.

7.6 Wohnumfeld

Umwelteinflüsse wie Lärm, Luftverschmutzung und Mangel an Grünflächen, aber auch erhöhte Kriminalität im direkten Wohnumfeld stellen relevante Faktoren der Wohnortqualität dar. Dabei kommt es nicht nur auf objektiv messbare Zustände wie z. B. die

Kohlendioxidbelastung an, sondern auch auf die subjektive Wahrnehmung solcher Faktoren durch die Bewohner.

Bezüglich der Luftverschmutzung sind in Ostdeutschland positive Effekte aufgrund des massiven Rückgangs der Schwerindustrie und des Einbaus von Filteranlagen in Industrieanlagen einerseits sowie der verbesserten Heiztechnik, besserer Isolierung und der großflächigen Umstellung des Heizenergieträgers von Kohle auf Gas

Tab. 6: Einschätzung der Beeinträchtigung durch Umwelteinflüsse und Kriminalität, 1994–2004

Beurteilung der Beeinträchtigung durch den Haushaltsvorstand	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	1994	1999	2004	1994	1999	2004
	in %					
Lärmbelästigung						
Gar nicht	33,1	36,3	40,7	19,8	24,1	35,5
Gering	38,8	40,6	38,0	36,2	48,1	42,1
Erträglich	18,6	16,4	14,2	27,0	18,1	14,8
Stark/sehr stark	9,6	6,7	7,1	17,0	9,7	7,6
Luftverschmutzung						
Gar nicht	28,4	38,1	46,1	15,7	28,4	42,4
Gering	42,0	40,1	38,8	38,9	47,4	42,7
Erträglich	20,7	15,8	10,5	27,1	16,7	11,1
Stark/sehr stark	8,9	6,0	4,5	18,4	7,6	3,8
Mangel an Grünflächen						
Gar nicht	69,2	71,3	70,1	56,2	63,0	66,8
Gering	20,3	19,4	21,5	22,8	24,4	23,6
Erträglich	7,3	6,8	6,1	10,8	9,3	6,0
Stark/sehr stark	3,2	2,6	2,3	10,2	3,3	3,5
Kriminalität im Wohngebiet						
Fühle mich sehr sicher	–	–	16,8	–	–	12,1
Fühle mich ziemlich sicher	–	–	71,5	–	–	77,5
Fühle mich ziemlich unsicher/sehr unsicher	–	–	11,7	–	–	10,4
»Fühle mich ziemlich unsicher/ sehr unsicher« nach Gemeindegröße						
Unter 20 000 Einwohner	–	–	5,7	–	–	7,1
20 000 bis < 100 000 Einwohner	–	–	10,2	–	–	13,8
100 000 bis < 500 000 Einwohner	–	–	14,8	–	–	13,8
500 000 Einwohner und mehr	–	–	21,4	–	–	13,6

Datenbasis: SOEP 1994, 1999 und 2004.

und Öl andererseits erwartbar. Dies schlägt sich in der Einschätzung der Luftqualität entsprechend nieder. So fühlen sich im Osten nur noch 4 % stark oder sehr stark von Luftverschmutzung beeinträchtigt, dieser Wert betrug 1994 noch über 18 % (vgl. Tab. 6). Auch im Westen ist eine Verbesserung zu konstatieren; diese fällt jedoch geringer aus, da die Situation schon früher besser eingeschätzt wurde. Ein ähnlicher Befund gilt für die Lärmbelästigung. Während sich hier der Anteil der (sehr) stark

Beeinträchtigten in Ostdeutschland im Untersuchungszeitraum von anfänglich 17 % mehr als halbiert hat, sank dieser Wert im Westen um 3 Prozentpunkte auf ebenfalls nur noch 7 %.

Aufgrund von Kriminalität im Wohngebiet fühlen sich in West wie Ost etwas mehr als 10 % der Bewohner »ziemlich unsicher« bzw. sogar »sehr unsicher«. Dabei gibt es in den alten Ländern eine Abhängigkeit dieses Unsicherheitsgefühls von der Gemeindegröße: Der Anteil derjenigen, die angeben sich »(sehr) unsicher« zu fühlen, steigt von knapp 6 % in ländlichen Regionen über 10 bis 15 % in Klein- bzw. mittelgroßen Städten und erreicht in Großstädten rund 21 %. In Ostdeutschland ist die kriminalitätsbedingt empfundene Unsicherheit auf dem Lande zwar ebenfalls am niedrigsten, jedoch gibt es keine weiteren Unterschiede nach Gemeindegröße (vgl. auch Teil II, Kapitel 11).

Zusammenfassend ist im Zeitraum 1994 bis 2004 in Ost- und Westdeutschland eine Verbesserung der Bewertung des Wohnumfeldes durch die Bewohner festzustellen. Da dieser Prozess in den neuen Ländern schneller vorangeschritten ist als im Westen, haben sich Niveau und Struktur der Wohnumfeld-Bewertung in beiden Landesteilen weitgehend angenähert.

7.7 Wohnzufriedenheit

Eine umfassende Beurteilung der Wohnsituation durch die privaten Haushalte ergibt sich aus dem Indikator »Wohnzufriedenheit«. Allgemein sind selbst nutzende Eigentümer, die dem Lebensbereich »Wohnen« oft eine höhere Bedeutung beimessen als Mieter, auch überdurchschnittlich zufrieden mit ihrer Wohnsituation (vgl. Tab. 7). In beiden Teilen Deutschlands hat sich die Wohnzufriedenheit bei Eigentümern seit 1994 kaum verändert; gemessen auf der 10-stufigen Zufriedenheitsskala liegt diese 2004 in den alten Ländern bei 8,3 Punkten und in den neuen Ländern bei 8,1 Punkten. Mieter-Haushalte erreichen im Durchschnitt in Ost- und in Westdeutschland jeweils 7,3 Punkte. Im Gegensatz zur stabilen Entwicklung im Zeitraum von 1994 bis 2004 bei westdeutschen Mietern hat sich die durchschnittliche Wohnzufriedenheit ostdeutscher Mieter seit dem Jahr 1994 um 0,9 Punkte verbessert. Weitere Analysen belegen, dass dies mit den Qualitätsverbesserungen im Wohngebäudebestand durch Modernisierungsarbeiten und Neubauten zusammenhängt. Darüber hinaus ist die Versorgung mit Wohnraum eine zentrale Determinante der Wohnzufriedenheit: Bei Unterversorgung sinkt die durchschnittliche Wohnzufriedenheit in West wie Ost auf lediglich 6,4 bzw. 6,1 Punkte ab.

Auch Wohnumfeldfaktoren wie die Wahrnehmung von Umweltbelastung und Kriminalität im Wohngebiet beeinflussen die Wohnzufriedenheit. Insgesamt zeigt sich hier der erwartete Zusammenhang: Je geringer die Beeinträchtigung durch schlechte Umweltzustände bzw. je stärker das Sicherheitsgefühl im Wohngebiet, desto höher ist die Wohnzufriedenheit. Im Westen ist dieser Zusammenhang im Zeitverlauf sta-

Tab. 7: Wohnzufriedenheit¹ nach objektiven Merkmalen in Deutschland, 1994–2004

Haushaltsmerkmal	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	1994	1999	2004	1994	1999	2004
	Mittelwert					
Insgesamt	7,6	7,6	7,7	6,8	7,3	7,6
Wohnstatus						
Selbst nutzende Eigentümer	8,4	8,4	8,3	8,0	8,1	8,1
darunter: Gebäudezustand ²						
Gut	8,6	8,6	8,6	8,6	8,5	8,6
Teilweise renovierungsbedürftig	7,7	7,7	7,5	7,5	7,5	7,2
Ganz renovierungsbedürftig	6,0	6,7	5,9	6,2	6,3	4,9
Mieter	7,2	7,2	7,3	6,4	7,0	7,3
darunter: Gebäudezustand ²						
Gut	7,8	7,7	7,8	8,0	7,7	7,8
Teilweise renovierungsbedürftig	6,4	6,5	6,5	6,4	6,6	6,5
Ganz renovierungsbedürftig	4,5	4,7	4,8	4,6	5,1	5,1
Ausgewählte Haushaltstypen						
Allein stehend, Mann	7,3	6,9	7,2	6,3	7,0	7,1
Allein stehend, Frau bis 64 Jahre	7,0	7,4	7,6	7,0	7,6	7,6
Allein stehend, Frau ab 65 Jahre	8,3	8,1	8,1	7,5	7,6	7,9
(Ehe-)Paare ohne Kinder	7,9	7,9	8,0	7,3	7,5	7,8
(Ehe-)Paare mit Kindern bis 16 Jahre	7,3	7,6	7,6	6,3	7,0	7,7
(Ehe-)Paare mit Kindern ab 17 Jahre	7,9	7,9	8,0	6,6	7,6	7,7
Allein Erziehende	7,2	6,9	7,0	5,9	6,8	7,3
Alter des Haushaltsvorstandes						
Bis 40 Jahre	7,1	7,3	7,4	6,1	7,0	7,5
41–65 Jahre	7,6	7,7	7,6	7,0	7,4	7,5
66 Jahre und älter	8,3	8,0	8,2	7,5	7,6	7,9
Einkommensquintil ³						
Unterstes Quintil	7,2	7,0	7,2	6,8	7,2	7,1
Zweites Quintil	7,6	7,4	7,7	6,9	7,4	7,7
Mittleres Quintil	7,7	7,9	7,8	6,9	7,4	7,9
Viertes Quintil	7,8	7,7	7,8	6,8	7,7	7,9
Oberstes Quintil	7,9	8,1	8,1	6,2	7,2	8,1
Wohnraumversorgung						
Unterversorgung ⁴	6,5	6,3	6,4	5,6	6,2	6,1
Wohnraumgleichgewicht	7,0	7,1	7,1	6,6	7,0	7,4
Gut versorgt ⁵	8,0	7,8	7,9	7,2	7,5	7,8

1 Mittelwert der Angaben des Haushaltsvorstandes auf einer Skala von 0 (= »ganz und gar unzufrieden«) bis 10 (= »ganz und gar zufrieden«).

2 Beurteilung durch den Haushaltsvorstand.

3 Jedes Quintil umfasst 20 % aller nach dem bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen geordneten Haushalte.

4 Weniger als ein Wohnraum (über sechs Quadratmeter, ohne Küche und Bad) pro Haushaltsmitglied.

5 Mehr als ein Wohnraum pro Haushaltsmitglied.

Datenbasis: SOEP 1994, 1999 und 2004.

Tab. 8: Wohnzufriedenheit¹ nach subjektiven Merkmalen in Deutschland, 1994–2004

Haushaltsmerkmal	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	1994	1999	2004	1994	1999	2004
	Mittelwert					
Beeinträchtigung durch Lärm- belästigung						
Gar nicht	8,1	8,1	8,2	7,4	7,9	8,1
Gering	7,7	7,6	7,6	6,9	7,5	7,6
Erträglich	7,2	7,2	7,3	6,6	6,6	7,0
Stark/sehr stark	6,6	6,1	6,5	6,2	6,4	6,7
Beeinträchtigung durch Luft- verschmutzung						
Gar nicht	8,2	8,1	8,1	7,6	7,8	8,0
Gering	7,8	7,6	7,6	7,0	7,5	7,5
Erträglich	7,2	7,0	7,1	6,3	6,5	6,8
Stark/sehr stark	6,2	6,2	6,6	6,3	6,4	6,6
Beeinträchtigung durch Mangel an Grünflächen						
Gar nicht	8,0	7,9	8,0	7,2	7,7	7,9
Gering	7,0	7,1	7,4	6,5	7,0	7,3
Erträglich	6,8	6,8	6,6	6,0	6,2	6,5
Stark/sehr stark	5,6	5,8	6,4	5,8	5,4	7,7
Kriminalität im Wohngebiet						
Fühle mich sehr sicher	–	–	8,3	–	–	8,1
Fühle mich ziemlich sicher	–	–	7,7	–	–	7,6
Fühle mich ziemlich unsicher/ sehr unsicher	–	–	7,0	–	–	6,9

1 Mittelwert der Angaben des Haushaltsvorstandes auf einer Skala von 0 (= »ganz und gar unzufrieden«) bis 10 (= »ganz und gar zufrieden«).

Datenbasis: SOEP 1994, 1999 und 2004.

bil; im Osten zeigt sich zwischen 1994 und 2004 eine kontinuierliche Verbesserung der Wohnzufriedenheit. Diese ist, wie bereits oben gezeigt, stark von weiteren Wohnwertverbesserungen bei Wohnstatus, Gebäudequalität oder Wohnflächenversorgung bedingt.

7.8 Zusammenfassung

Die Entwicklung objektiver und subjektiver Indikatoren zur Wohnsituation in Ost- und Westdeutschland zeigt im Untersuchungszeitraum ein insgesamt positives Bild. Im Gegensatz z. B. zur Arbeitsmarktentwicklung (siehe Teil II, Kapitel 6.1) wurde hier inzwischen eine weitgehende Angleichung der Lebensverhältnisse in beiden Landes- teilen erreicht. Der in Ostdeutschland deutlich gestiegene Wohnstandard geht gemäß

marktwirtschaftlicher Prinzipien mit entsprechend gestiegenen Kosten einher, dennoch ist die durchschnittliche Wohnzufriedenheit in Ost wie West inzwischen vergleichbar. Markant bleibt der Unterschied im Wohneigentum von rund 10 Prozentpunkten und damit zusammenhängend in der Wohnflächenversorgung. Von zentraler Bedeutung im weiteren Angleichungsprozess sind daher neben der Entwicklung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte auch Veränderungen der institutionellen Rahmenbedingungen, wie z. B. die Abschaffung der Wohneigentumsförderung ab 2006.

(Joachim R. Frick / Patrick J. Dross)

Weitere Informationen zum Thema Wohnen siehe Teil I, Kap. 5, zum Thema Ausgaben für Wohnen Teil I, Kap. 4.5 und 5.5, zum Thema Wohngeld Teil I, Kap. 9.10.

8 Familie und Lebensformen

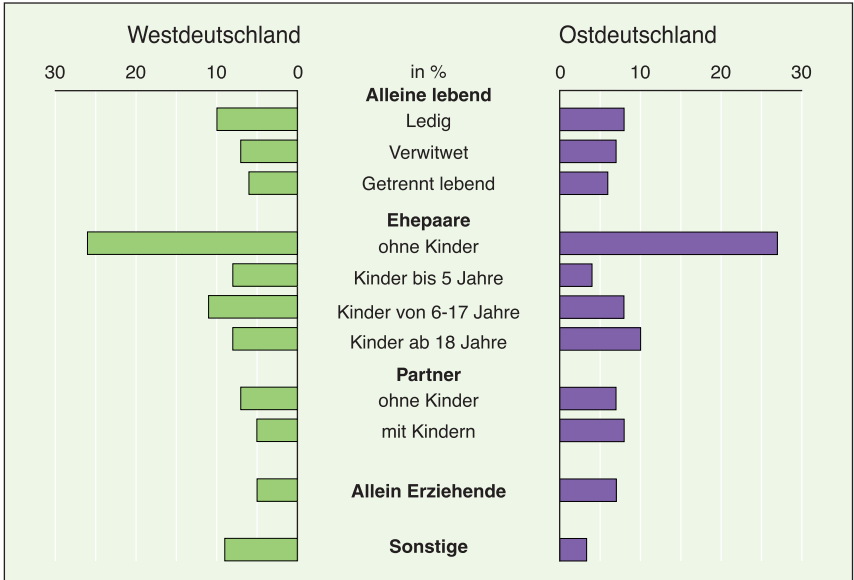
In der Politik und den Medien werden im Zusammenhang mit der Familie eine Reihe von Problemfeldern zum Teil kontrovers diskutiert. Die Familienfreundlichkeit von Arbeitswelt, Kinderbetreuungseinrichtungen und Schule wird in Frage gestellt. Die Verbindung von Erwerbstätigkeit und der Erziehung von Kleinkindern erweist sich für viele Frauen als schwer vereinbar. Weiterhin wirft der steigende Anteil alter Menschen erhebliche Probleme für das System der sozialen Sicherung auf und bringt auch hohe Anforderungen in Form von Hilfeleistungen und Unterstützung für alte Familienmitglieder in den privaten Haushalten mit sich. Aus der zunehmenden Verbreitung nichtehelicher Lebensformen, bei rückläufigen Geburtenraten und hohen Scheidungszahlen wird auch auf einen Bedeutungsverlust der Familie in der Bevölkerung geschlossen. Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden dargestellt, welche Lebens- und Familienformen in der Bundesrepublik vorherrschen, wie sich die Familiengründung und die Ehestabilität in der Folge von Geburtsjahrgangskohorten verändert haben, aber auch welche Einschätzungen in der Bevölkerung zu beobachten sind. Ergänzt wird die Darstellung durch die Untersuchung des Zusammenhangs von Lebensformen mit Indikatoren des subjektiven Wohlbefindens.

8.1 Lebens- und Familienformen

In Deutschland lebt mehr als ein Viertel der Bevölkerung in einer Kernfamilie, das heißt zusammen mit einem Ehepartner und mindestens einem Kind. Während in Ostdeutschland ein etwas höherer Anteil von Ehepaaren mit erwachsenen Kindern zusammenlebt als in Westdeutschland, ist der Anteil von Personen mit minderjährigen Kindern in den neuen Bundesländern kleiner. Dies ist nicht zuletzt auf den Rückgang der Heirats- und Geburtenzahl seit dem Ende der früheren DDR zurückzuführen. Im Alter endet der Familienzyklus mit dem Tod eines Ehepartners: Sieben Prozent aller Männer und Frauen in Deutschland sind verwitwet und leben allein in einem Haushalt. Da Frauen eine höhere Lebenserwartung haben als Männer und Ehefrauen meistens jünger sind als ihre Ehemänner, überwiegen ältere Frauen in dieser Lebensform. Auch Scheidungen schlagen sich in der Verteilung der Lebensformen nieder. Bei den Anteilen der Geschiedenen oder getrennt Alleinlebenden sind keine Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland (6 %) festzustellen (vgl. Abb. 1). Durch neue Partnerschaften und Wiederverheiratung bleibt der Umfang dieser Lebensform begrenzt.

In den Medien wird im Zusammenhang mit der Ausbreitung so genannter »alternativer Lebensformen« über eine Krise der Familie diskutiert. Die größte Gruppe stellen in diesem Zusammenhang »Singles« dar. So leben in den alten Bundesländern

Abb. 1: Lebens- und Familienformen in Ost- und Westdeutschland



Datenbasis: SOEP 2004.

zehn Prozent der Befragten und in den neuen Bundesländern acht Prozent ledig und allein in einem Haushalt. Seit dem Ende der DDR hat sich auch in Ostdeutschland diese Lebensform weiter ausgebreitet. Der Anteil von unverheirateten Paaren ohne Kinder unterscheidet sich nicht wesentlich zwischen West- und Ostdeutschland, während in den neuen Bundesländern unverheiratete Paare mit Kindern einen höheren Anteil ausmachen als in den alten Bundesländern.

Eine gesunkene Heiratsquote bedeutet nicht, dass ledige Männer und Frauen auf eine dauerhafte Partnerschaft verzichten. So haben in den alten und in den neuen Bundesländern jeweils ca. 40 % der Personen, die nicht mit einem Ehepartner zusammen-

Tab. 1: Lebenspartnerschaften 2004

	Altersgruppen							
	16–30 Jahre		31–45 Jahre		46–60 Jahre		61 Jahre und älter	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	in %							
Derzeit feste Partnerschaft	47	54	57	54	39	41	14	19
Davon: Partner wohnt im Haushalt	40	46	65	70	54	68	46	58

Datenbasis: SOEP 2004.

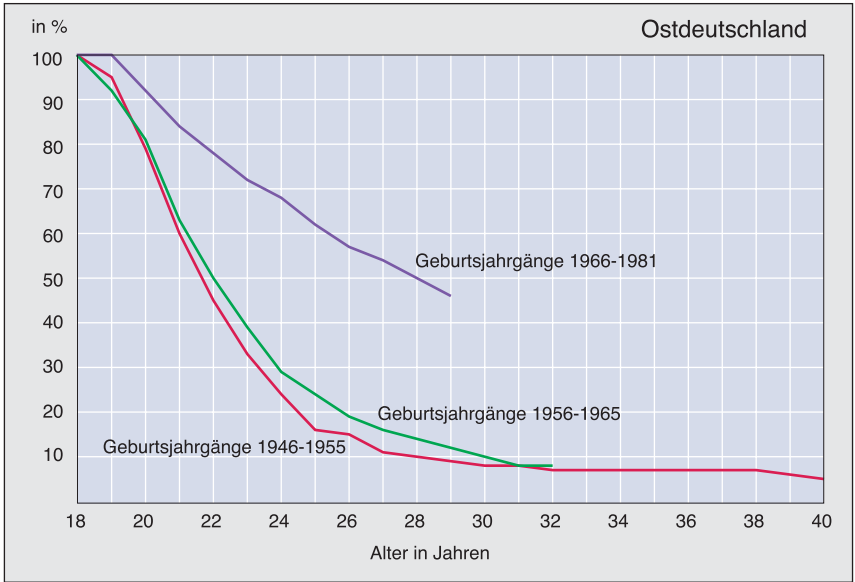
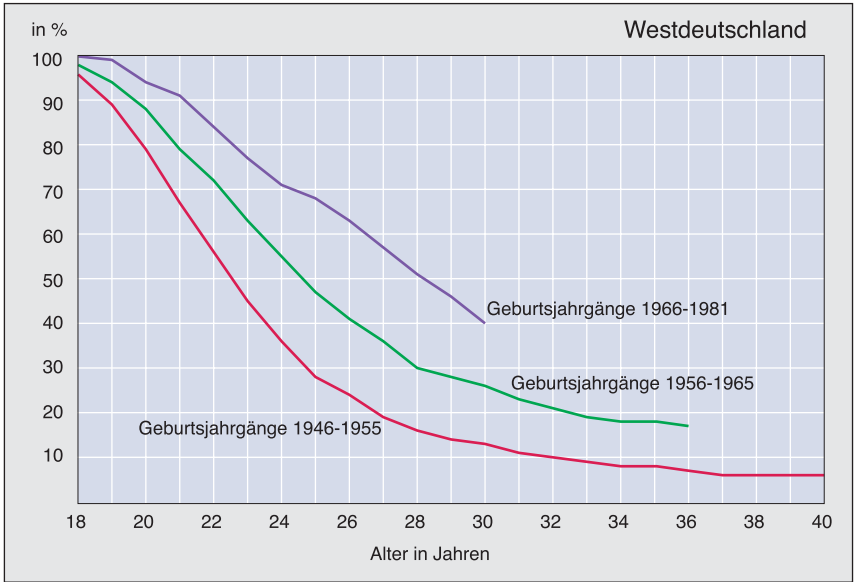
leben, dennoch einen festen Lebenspartner. In den beiden mittleren Altersgruppen zwischen 30 und 60 Jahren leben auch unverheiratete Partner überwiegend in einem gemeinsamen Haushalt (vgl. Tab. 1). Dagegen haben Lebenspartner unter 30 Jahren vorwiegend getrennte Haushalte. Auch unverheiratete Lebenspartner über 60 Jahre leben in den alten Bundesländern meist nicht in gemeinsamen Haushalten.

8.2 Heiratsalter und Ehedauer

Der sozialstrukturelle Wandel im Bereich der Familie ist letztlich auf Verhaltensänderungen zurückzuführen. Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang, ob und in welchem Alter Männer und Frauen heiraten und auch wie stabil die Ehen sind. Ein Wandel in der Heiratsneigung lässt sich anhand der Quote von bisher Unverheirateten im Alter von 18 bis 40 Jahren anschaulich darstellen. Abbildung 2 zeigt, welcher Anteil einer Kohorte von Geburtsjahrgängen zu bestimmten Lebensjahren noch keine Ehe geschlossen hat. Der Verlauf der Kurve unterscheidet sich deutlich zwischen den verschiedenen Geburtskohorten in den alten Bundesländern. Seit den Geburtsjahrgängen der frühen 1950er-Jahre bleiben in der jeweils jüngeren Kohorte immer mehr junge Frauen länger ledig, und die Kurven zeigen dementsprechend einen flacheren Verlauf. Während in der ältesten Kohorte nahezu 80 % bereits mit 26 Jahren verheiratet waren, trifft das nur für 60 % der nächst jüngeren Kohorte (1956–1965) zu. Bei der jüngsten Kohorte verläuft der Heiratsprozess noch langsamer, das heißt es wird noch später eine Ehe geschlossen. Von dieser Geburtskohorte haben auch mit dem Ende des dritten Lebensjahrzehntes erst 60 % eine Ehe geschlossen. Dieser Anstieg des Heiratsalters fand zeitgleich mit der Bildungsexpansion statt. Allein durch die längere Ausbildungsdauer der davon profitierenden Kohorten ist ein Aufschub bei der Erstheirat zu erwarten, da meist erst nach dem Abschluss der schulischen und beruflichen Ausbildung geheiratet wird. Diskutiert wird auch, ob durch die höhere Bildung und die verbesserten beruflichen Möglichkeiten für Frauen die Attraktivität einer Heirat gesunken ist und damit nicht nur ein Aufschub der Heirat, sondern auch dauerhaft höhere Ledigenquoten einhergehen. Wenn auch für die allerjüngsten Jahrgänge nur Prognosen möglich sind, so sind weniger als 20 % der westdeutschen Frauen, die zwischen 1956 und 1965 geboren sind, bis zum 40. Lebensjahr unverheiratet geblieben.

In Ostdeutschland ist eine andere Entwicklung zu beobachten als in Westdeutschland. Die weitgehende Eingliederung der Frauen in die berufliche Ausbildung und das Berufsleben hatte sich in der damaligen DDR nicht in einem höheren Heiratsalter niederschlagen. Allerdings waren auch die Wahlmöglichkeiten geringer und ein Leben außerhalb der elterlichen Wohnung wurde für junge Männer und Frauen in der Regel nur über eine Heirat oder Elternschaft ermöglicht. In den beiden älteren Kohorten in Ostdeutschland wurde der überwiegende Teil der Ehen innerhalb einer kurzen Altersspanne geschlossen: Bereits bis zum Ende des 25. Lebensjahres waren nahezu 80 % der Frauen verheiratet. Erst in der jüngsten Kohorte, den Geburtsjahrgängen ab 1966,

Abb. 2: Der Anteil unverheirateter Frauen nach Altersgruppen



Datenbasis: ALLBUS 1980–2000 (Kumuliert).

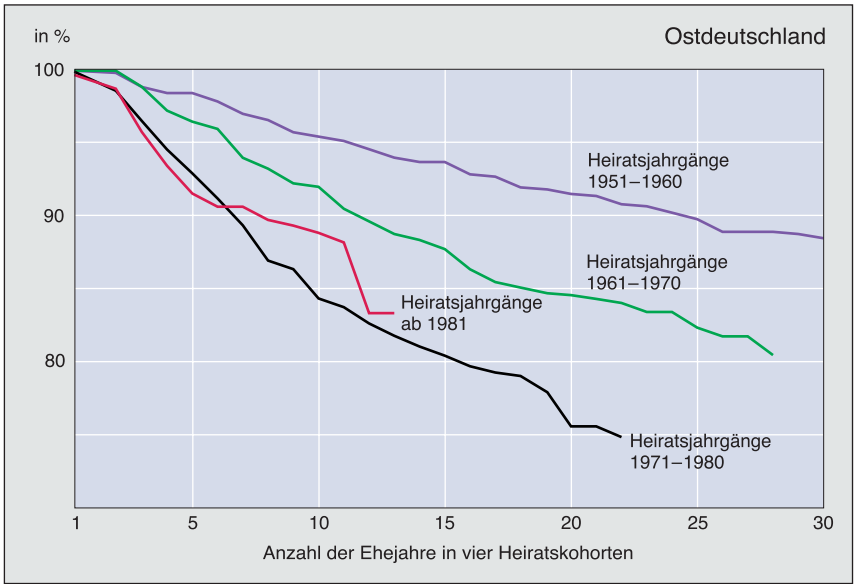
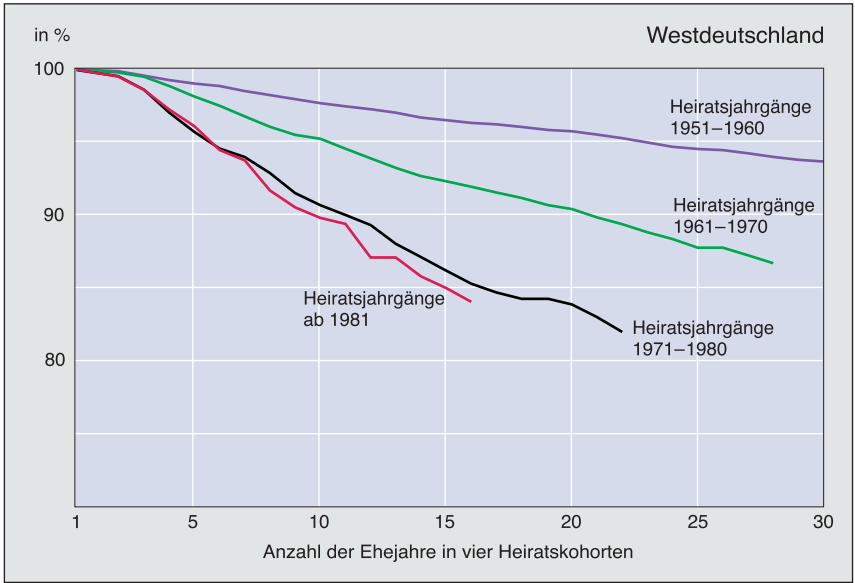
ist eine erhebliche Veränderung festzustellen. Es wird nun auch in den neuen Bundesländern deutlich später geheiratet. Hier zeigt sich aus der Kohortenperspektive der drastische Rückgang in der Heiratsneigung nach dem Ende der damaligen DDR. In den neuen Bundesländern fand damit eine rasche Annäherung an die alten Bundesländer in Richtung eines deutlich gestiegenen Heiratsalters und höherer Ledigenquoten statt. Zunehmende Wahlmöglichkeiten, aber auch wirtschaftliche und soziale Unsicherheiten, die mit dem sozialen Transformationsprozess auftraten, haben wohl maßgeblich zu dieser raschen Veränderung des Verhaltens beigetragen.

In der Diskussion um Auflösungstendenzen der Ehe wird vielfach auf gestiegene Scheidungszahlen verwiesen. Im Vergleich zur amtlichen Ehescheidungsstatistik ist zu berücksichtigen, dass das Scheidungsrisiko auf der Basis von Bevölkerungstichproben geringer ausfällt. Dennoch kann man davon ausgehen, dass Zusammenhänge sozialstruktureller Merkmale mit dem Scheidungsrisiko deshalb nicht verzerrt werden. Ehen werden in den jüngeren Geburtsjahrgängen häufiger geschieden als in den älteren. So steigen bei den jeweils jüngeren Kohorten in Westdeutschland die Anteile derjenigen deutlich, die nach fünf, zehn oder 15 Ehejahren geschieden wurden (vgl. Abb. 3). Allerdings ist bei der jüngsten Heiratskohorte, deren Ehen zwischen 1981 und 2000 geschlossen wurden, keine wesentliche Zunahme der Scheidungshäufigkeit mehr zu erkennen. Während Frauen mit hoher beruflicher Qualifikation bereits in den älteren Geburtsjahrgängen ein höheres Scheidungsrisiko aufwiesen, ist in den jüngeren Kohorten auch das Scheidungsrisiko bei Frauen mit niedriger beruflicher Qualifikation angestiegen. Damit hat eine Angleichung des Scheidungsverhaltens zwischen den Bildungsgruppen stattgefunden.

Früher als in den alten Bundesländern ist in Ostdeutschland bereits für die zwischen 1961 und 1970 geschlossenen Ehen ein Anstieg des Scheidungsrisikos zu verzeichnen. Zu berücksichtigen ist dabei, dass eine Scheidung in der damaligen DDR aufgrund der rechtlichen Lage in Bezug auf Unterhaltsverpflichtungen und Versorgungsausgleich sowie der überwiegenden Vollerwerbstätigkeit von Männern und Frauen nur geringe Folgen hatte. Dementsprechend waren die Hürden einer Scheidung auch niedriger als in Westdeutschland. In der jüngeren Heiratskohorte 1971–1980 war nach 15 Ehejahren etwa jede fünfte Ehe geschieden. Wie in Westdeutschland ist bei den Heiratsjahrgängen ab 1981 kein Trend zu einer weiteren Abnahme der Ehestabilität mehr zu erkennen. Das Leben in Großstädten geht in den alten und neuen Bundesländern mit einem erhöhten Scheidungsrisiko einher.

Ehen werden sowohl durch Scheidung als auch Verwitwung aufgelöst und Betroffene können erneut eine Ehe schließen. Die älteren Geburtsjahrgänge waren durch die Auswirkungen des Zweiten Weltkriegs häufig auch in jüngeren Jahren von Verwitwung betroffen, bei den jüngeren Jahrgängen hat das gestiegene Scheidungsrisiko vermehrt zu Eheauflösungen geführt. Männer schließen häufiger eine erneute Ehe als Frauen (vgl. Abb. 4). Bei Wiederverheiratungen spielt die höhere Mortalität von Männern eine erhebliche Rolle, da sich dadurch Ungleichgewichte auf dem Heiratsmarkt ergeben, die sich auf die Chancen einer erneuten Heirat auswirken. Mit zunehmendem Alter, aber auch mit der Dauer der Erstehe, sinkt die Wiederverheiratungsrate. Neben

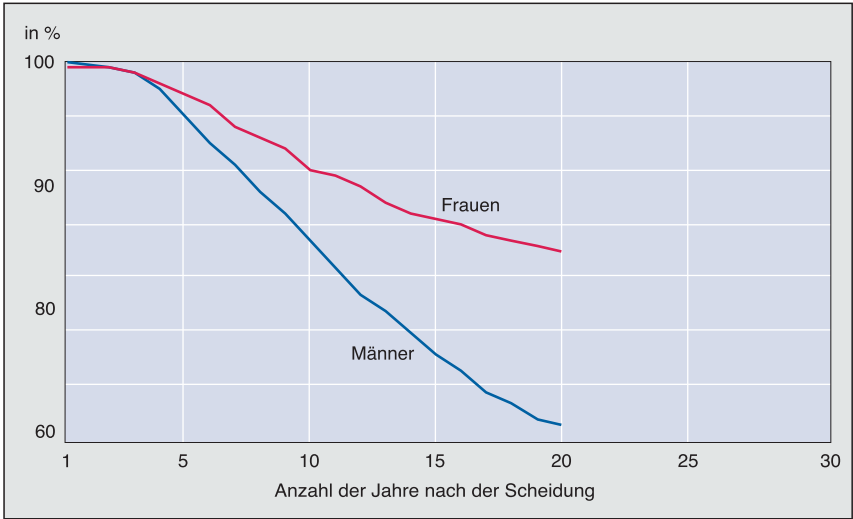
Abb. 3: Ehedauer bis zur Scheidung (1. Ehen)



Datenbasis: ALLBUS 1980–2000 (Kumuliert).

emotionalen Aspekten können hier auch Versorgungsansprüche, die im Laufe einer langjährigen Ehe erworben wurden, einer erneuten Heirat entgegenstehen. Dies trifft in besonderem Maße für Frauen zu. Auch die Art der Eheauflösung ist nicht unwesentlich für die Wahrscheinlichkeit einer erneuten Heirat. Da Scheidungen meist früher im Verlauf einer Ehe auftreten als der Tod des Partners, ist bei Geschiedenen schon deshalb eine stärkere Neigung zur erneuten Heirat zu beobachten als bei Verwitweten.

Abb. 4: Scheidung und Wiederverheiratung: Anteil der Geschiedenen nach Anzahl der vergangenen Jahre nach der Scheidung



Datenbasis: ALLBUS 1980–2000 (Kumuliert).

8.3 Stellenwert von Ehe und Familie

Sinkende Heiratsneigung und Ehestabilität werden häufig als Ergebnis einer abnehmenden subjektiven Bedeutung der Familie in der Bevölkerung gewertet. Es stellt sich daher die Frage, welche subjektive Bedeutung der Familie in Ost und West zugeschrieben wird. Zwischenmenschliche Beziehungen im privaten Bereich haben in Ost und West einen besonders hohen Stellenwert. Eine glückliche Ehe (bzw. Partnerschaft) steht in der Wichtigkeitsrangfolge sowohl bei der westdeutschen als auch bei der ostdeutschen Bevölkerung an erster Stelle (vgl. Tab. 2). Andere Bereiche wie Beruf und Lebensstandard werden zwar auch überwiegend als »wichtig« eingestuft, aber seltener als »sehr wichtig«. Die überwiegende Mehrheit der Befragten, das heißt jeweils etwa 90 % in Ost- und Westdeutschland beurteilen eine glückliche

Ehe oder Partnerschaft mindestens als »wichtig« für ihr Leben, etwa zwei Drittel sogar als »sehr wichtig«. In den Altersgruppen der über 60- und unter 30-Jährigen wird einer glücklichen Ehe und Partnerschaft eine etwas geringere Bedeutung zugemessen. Eine ausgesprochene Familienorientierung mit Kindern als zentralem Bestandteil hat insgesamt keine so hohe Priorität wie Ehe und Partnerschaft. Dabei sind sowohl alters- als auch geschlechtsspezifische Unterschiede zu identifizieren. So ge-

Tab. 2: Wichtigkeit von glücklicher Ehe, Partnerschaft und Kindern, 2004

	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	Sehr wichtig	Wichtig	Sehr wichtig	Wichtig
	in %			
Wichtigkeit ausgewählter Lebensbereiche				
Für andere da sein im Leben	26	65	25	66
Erfolg im Beruf	21	50	23	52
Eigenes Haus im Leben	23	33	18	27
Sich selbst verwirklichen	18	51	18	55
Sich etwas leisten können	19	64	20	65
Reisen im Leben wichtig	10	35	9	33
Politischer, gesellschaftlicher Einsatz	3	24	2	21
Glückliche Ehe, Partnerschaft				
Insgesamt	64	27	61	29
Männer	64	29	60	32
Frauen	64	25	62	27
Altersgruppen				
16–30 Jahre	62	29	56	35
31–45 Jahre	72	23	66	30
46–60 Jahre	65	27	64	29
61 Jahre und älter	57	28	58	26
Kinder haben im Leben				
Insgesamt	41	36	44	37
Männer	36	38	36	40
Frauen	47	34	51	34
Altersgruppen				
16–30 Jahre	28	36	27	38
31–45 Jahre	48	30	52	30
46–60 Jahre	45	33	47	39
61 Jahre und älter	41	43	44	40

Datenbasis: SOEP 2004.

ben 36 % der Männer und 47 % der Frauen in Westdeutschland an, dass Kinder zu haben »sehr wichtig« für ihr Leben ist (Ostdeutschland: 36 und 51 %). Immerhin erachten etwa drei Viertel der Westdeutschen und etwa 80 % der Ostdeutschen Kinder mindestens als »wichtig« für ihr Leben. In der Altersgruppe von 31 bis 45 Jahren haben Kinder einen besonders hohen Stellenwert, in der jüngsten Altersgruppe von 16 bis 30 Jahren den geringsten. Insgesamt zeigen Männer eine stärkere berufliche Orientierung und eine geringere Familienorientierung als Frauen. Neben Ehe

und Partnerschaft haben auch Kinder, trotz gesunkener Heiratsneigung und zunehmender Kinderlosigkeit, immer noch einen zentralen Platz in der subjektiven Prioritätenliste über verschiedene Lebensbereiche.

8.4 Familie, Partnerschaft und subjektives Wohlbefinden

Das subjektive Wohlbefinden ist nicht unabhängig von der Lebensform der Menschen. Die allgemeine Lebenszufriedenheit, gemessen auf der Skala von 0 »ganz und gar unzufrieden« bis 10 »ganz und gar zufrieden«, ist in den neuen Bundesländern mit einem Wert von 6,1 im Durchschnitt geringer als in den alten Bundesländern mit 6,8. Differenzen zeigen sich auch zwischen den einzelnen Familien- und Lebensformen. Die niedrigste Lebenszufriedenheit äußern sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern geschiedene oder vom Partner getrennt lebende Befragte in Einpersonenhaushalten: Deren durchschnittliche Zufriedenheit mit dem Leben beträgt 6,0 im Westen und 5,5 im Osten. Alleinerziehende in den neuen Bundesländern liegen mit durchschnittlich 6,0 nur knapp unter dem ostdeutschen Durchschnitt, Alleinerziehende in den alten Bundesländern mit einem Wert von 6,1 deutlich unter dem westdeutschen Niveau. Neben der Einschätzung der Gegenwart sind auch die Erwartungen zu Verbesserungen oder Verschlechterungen der Lebensbedingungen im Hinblick

Tab. 3: Zufriedenheit mit der Tätigkeit im Haushalt und dem Leben gegenwärtig und in 5 Jahren, 2004

	Zufriedenheit mit					
	Leben, gegenwärtig		Leben, in 5 Jahren		Tätigkeit im Haushalt	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	Mittelwert					
Insgesamt	6,8	6,1	6,8	5,9	6,6	6,3
Allein lebend						
ledig	6,6	6,1	7,1	6,4	6,5	6,1
verwitwet	6,6	5,8	6,1	5,0	6,6	5,8
getrennt lebend	6,0	5,5	6,1	5,5	6,5	6,5
Ehepaare						
ohne Kinder	6,9	6,2	6,5	5,4	6,7	6,4
Kinder bis 5 Jahre	7,1	6,9	7,5	7,0	6,6	6,7
Kinder von 6–17 Jahre	6,9	6,0	7,1	6,0	6,5	6,5
Kinder ab 18 Jahre	6,8	6,0	6,6	5,6	6,7	6,4
Partner						
ohne Kinder	6,7	6,2	7,1	6,1	6,7	6,4
mit Kindern	6,8	6,2	7,3	6,8	6,4	6,6
Alleinerziehende	6,1	6,0	6,7	6,3	6,0	6,1
Sonstige	7,0	6,4	7,3	6,6	6,5	6,2

Datenbasis: SOEP 2004

auf das subjektive Wohlbefinden von Bedeutung. Alleinerziehende äußern sich vergleichsweise optimistisch über ihre zukünftig erwartete Lebenszufriedenheit. Ostdeutsche Alleinerziehende erwarten in fünf Jahren eine Erhöhung ihrer Lebenszufriedenheit um durchschnittlich 0,3, westdeutsche sogar um 0,6 Skalenpunkte (vgl. Tab. 3). Die derzeitige Lebenslage wird offensichtlich nicht als statisch, sondern eher als eine vorübergehende Phase im Lebensverlauf wahrgenommen. Verwitwete Menschen, die allein leben, erwarten dagegen in der Zukunft eine Abnahme ihrer Lebenszufriedenheit. Der Verlust des Ehepartners und zunehmende gesundheitliche Einschränkungen geben Anlass für einen skeptischen Blick in die Zukunft. Die höchste Lebenszufriedenheit verbunden mit durchaus optimistischer Sicht in die Zukunft äußern dagegen Ehepartner mit kleinen Kindern.

Tätigkeiten im Haushalt stellen zwar einen eher speziellen Aspekt der Lebensbedingungen dar, könnten aber dennoch in spezifischen Lebensformen eine erhebliche Belastung darstellen, insbesondere wenn die Versorgung kleiner Kinder zu gewährleisten ist. Die Zufriedenheit mit der Tätigkeit im Haushalt liegt in den alten Bundesländern 0,2 Skalenpunkte unter und in den neuen 0,2 Skalenpunkte über der jeweiligen Lebenszufriedenheit (vgl. Tab. 3). Auffallend ist das niedrige Zufriedenheitsniveau der Alleinerziehenden in Westdeutschland und der Verwitweten in Ostdeutschland. Eine hohe Zufriedenheit mit der Tätigkeit im Haushalt wird überraschenderweise auch von Ehe- und Lebenspartnern mit Kindern geäußert, bei denen viel Hausarbeit anfällt. Zu einem objektiv hohen Umfang an Hausarbeit müssen offensichtlich weitere belastende Faktoren hinzukommen, damit dieser Aspekt des Lebens negativ bewertet wird. Insgesamt unterstreichen die dargestellten Zusammenhänge die Bedeutung von Familie und insbesondere von Partnerschaft für das subjektive Wohlbefinden.

(Stefan Weick)

Weitere Informationen zum Thema Haushalts- und Lebensformen siehe Teil I, Kap. 1.6, zum Thema Heirat und Scheidungen Teil I, Kap. 1.7.

9 Einstellungen zur Rolle der Frau

Die Rolle der Frau in Familie und Beruf hat sich in den letzten Jahrzehnten deutlich verändert: Die Zahl der Ehescheidungen nimmt zu, die Geburtenrate sinkt und die Erwerbsquote der Frauen steigt. Im Folgenden wird untersucht, wie sich verschiedene Einstellungen zur Rolle der Frau verändert haben, die wichtige Indikatoren für das gesellschaftliche Klima bezüglich der Gleichstellung von Mann und Frau darstellen. Für Westdeutschland liegen Daten vor, die bis 1982 zurückreichen. Für Ostdeutschland kann die Entwicklung seit 1991 nachgezeichnet werden. In einem ersten Schritt werden einige Einstellungen zur Rolle der Frau im Zeitvergleich zusammenfassend dargestellt. In einem zweiten Schritt werden einzelne Ergebnisse zu zentralen Fragen präsentiert.

9.1 Die Einstellungen zur Rollenverteilung zwischen Mann und Frau und zu den Konsequenzen der Frauenerwerbstätigkeit im Zeitvergleich

Hinsichtlich der Einstellungen zur Rolle der Frau können zwei Dimensionen unterschieden werden: die Vorstellungen zur Rollenverteilung zwischen Mann und Frau und die Einstellungen zu den Konsequenzen der Frauenerwerbstätigkeit. Erstere bezieht sich auf Vorstellungen über die Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau sowie den Stellenwert der Berufstätigkeit der Frau. Letztere betrifft die Einstellungen über die Konsequenzen ihrer Berufstätigkeit, z.B. für die Erziehung der Kinder. In Tabelle 1 ist dargestellt, anhand welcher Frageformulierungen diese beiden inhaltlichen Dimensionen erhoben werden.

Die vorliegende Analyse unterscheidet zwischen einem »traditionellen« und einem »modernen« Verständnis der Frauenrolle. Als »traditionell« wird ein Rollenverständnis dann bezeichnet, wenn eine Frau primär zu Hause bleibt, sich um die Erziehung der Kinder und den Haushalt kümmert und ihre eigene berufliche Karriere einen nur geringen Stellenwert hat. Geht die Frau hingegen einer Erwerbstätigkeit nach, soll ihre Rolle als »modern« bezeichnet werden. Einstellungen werden ebenfalls als modern gewertet, wenn die Konsequenzen der Erwerbstätigkeit der Frau für deren Kinder positiv eingeschätzt werden.

Den Tabellen 2 und 3 ist zu entnehmen, dass der Anteil von – in diesem Sinne – modernen Einstellungen über die Jahre hinweg in West- und Ostdeutschland immer größer wird. Für die Einstellungen zur Rollenverteilung zwischen Mann und Frau ist für beide Landesteile, nach nur geringen Veränderungen in den 1990er-Jahren, zwischen 2000 und 2004 eine starke Zunahme moderner Einstellungen festzustellen.

Dabei zeigt sich, dass sich die Ostdeutschen im Hinblick auf die Vorstellungen zur Rollenverteilung zwischen Mann und Frau und die Konsequenzen der Berufstätigkeit der Frau deutlich moderner äußern als Westdeutsche, wobei diese Unterschiede bei der Einschätzung der Konsequenzen der Berufstätigkeit der Frau größer sind als bei den Fragen zur Rollenverteilung. Dieser Befund ist nicht zuletzt auf die unterschiedlichen sozialen und ökonomischen Kontextbedingungen zurückzuführen, die in den neuen Bundesländern eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit ermöglichen bzw. notwendig machen.

Tab. 1: Einstellungen zur Rolle der Frau:
Frageformulierungen und deren Zuordnung zu inhaltlichen
Dimensionen sowie die Klassifikation der Antworten

Dimension	Frageformulierung	Zuordnung der Antworten zu einem traditionellen oder modernen Rollenverständnis	
		Zustimmung	Ablehnung
Vorstellungen zur Rollenverteilung zwischen Mann und Frau	»Es ist für alle Beteiligten viel besser, wenn der Mann voll im Berufsleben steht und die Frau zu Hause bleibt und sich um den Haushalt und die Kinder kümmert.«	traditionell	modern
	»Für eine Frau ist es wichtiger, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen.«	traditionell	modern
	»Eine verheiratete Frau sollte auf eine Berufstätigkeit verzichten, wenn es nur eine begrenzte Anzahl von Arbeitsplätzen gibt und wenn ihr Mann in der Lage ist, für den Unterhalt der Familie zu sorgen.«	traditionell	modern
Konsequenzen der Erwerbstätigkeit der Frau	»Ein Kleinkind wird sicherlich darunter leiden, wenn seine Mutter berufstätig ist.«	traditionell	modern
	»Eine berufstätige Mutter kann ein genauso herzliches und vertrauensvolles Verhältnis zu ihren Kindern finden wie eine Mutter, die nicht berufstätig ist.«	modern	traditionell
	»Es ist für ein Kind sogar gut, wenn seine Mutter berufstätig ist und sich nicht nur auf den Haushalt konzentriert.«	modern	traditionell

Da sich die Erwerbsquoten der Frauen und die Kinderbetreuungsmöglichkeiten in West und Ost im Trend angleichen (aber noch deutlich unterscheiden), hätte man erwarten können, dass sich auch die Einstellungen der West- und Ostdeutschen bezüglich der Konsequenzen der Erwerbstätigkeit der Frau angleichen werden. Wie aus Tabelle 3 jedoch ersichtlich ist, gleichen sich die Einstellungen beider Gruppen nicht an, sondern werden gleichermaßen moderner, allerdings auf unterschiedlich hohem Niveau.

Tab. 2: Vorstellungen zur Rollenverteilung zwischen Mann und Frau
Anteil moderner Äußerungen

	Ost				West				
	1991	1996	2000	2004	1982	1991	1996	2000	2004
	in %								
Insgesamt ¹	67	74	75	86	32	56	58	61	68
Geschlecht									
Männer	65	75	74	86	32	56	55	59	67
Frauen	70	74	77	86	32	56	61	62	70
Alter									
18–30 Jahre	83	86	82	92	57	73	81	80	84
31–45 Jahre	76	84	82	89	37	66	72	74	84
46–65 Jahre	62	67	73	86	21	47	45	55	63
über 65 Jahre	34	59	59	74	10	25	22	28	33

1 Befragte mit deutscher Staatsangehörigkeit.

Datenbasis: ALLBUS 1982, 1991, 1996, 2000, 2004.

Männer und Frauen unterscheiden sich kaum im Hinblick auf die Vorstellungen zur Rollenverteilung zwischen Mann und Frau (vgl. Tab. 2); dies gilt für West- und für Ostdeutschland. Frauen schätzen aber in beiden Landesteilen die Konsequenzen ihrer Erwerbstätigkeit für die Kinder weniger negativ ein als die Männer. Dieser Unterschied ist im Westen stärker ausgeprägt als im Osten. Auch dies kann wieder mit der Erfahrung ostdeutscher Familien mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf erklärt werden: In Ostdeutschland konnten und können mehr Männer die Erfahrung machen, dass die Erwerbstätigkeit der Frau nicht zu negativen Konsequenzen führt, so wie es westdeutsche Männer offensichtlich befürchten.

Den stärksten Einfluss auf die Einstellungen zur Rolle der Frau hat das Alter der Befragten. Im Großen und Ganzen sind jüngere Menschen moderner eingestellt als

Tab. 3: Konsequenzen der Erwerbstätigkeit der Frau
Anteil moderner Äußerungen

	Ost				West				
	1991	1996	2000	2004	1982	1991	1996	2000	2004
	in %								
Insgesamt ¹	74	80	83	88	29	43	46	53	59
Geschlecht									
Männer	70	76	81	85	25	37	40	46	50
Frauen	77	84	85	92	32	49	52	60	67
Alter									
18–30 Jahre	79	78	84	85	37	50	55	65	61
31–45 Jahre	78	82	87	90	34	53	53	57	70
46–65 Jahre	70	79	80	90	24	36	42	50	55
über 65 Jahre	64	80	82	87	16	28	26	41	40

1 Befragte mit deutscher Staatsangehörigkeit.

Datenbasis: ALLBUS 1982, 1991, 1996, 2000, 2004.

ältere. Dies gilt für beide untersuchten Dimensionen und trifft auf West- und Ostdeutschland gleichermaßen zu.

Aus Tabelle 2 ist ersichtlich, dass sich in Ostdeutschland die Einstellungen der unterschiedlichen Altersgruppen zur traditionellen Rollenverteilung zwischen 1991 und 2004 angenähert haben. Betrug die Differenz bei der Zustimmung 1991 noch ca. 50 Prozentpunkte, so hat sich diese bis 2004 auf ca. 22 Prozentpunkte verringert. Im Gegensatz dazu näherten sich die Einstellungen der einzelnen Altersgruppen im Westen für den Zeitraum 1982–2004 nicht an, sondern vergrößerten sich sogar. Bemerkenswert ist eine Trendwende bei den 18 bis 30- sowie 31 bis 45-Jährigen in West- und Ostdeutschland hinsichtlich der Vorstellungen zur Rollenverteilung. Während zwischen 1996 und 2000 eine Stagnation bzw. sogar ein leichter Rückgang moderner Werte festzustellen war, nimmt der Anteil moderner Einstellungen 2004 wieder zu. Der Trend zu modernen Werten bei den älteren Generationen ist dagegen im Westen und im Osten über die Zeit ungebrochen.

Für die Einschätzung der Konsequenzen der Erwerbstätigkeit der Frau ist festzustellen, dass die Unterschiede zwischen den Altersgruppen im Westen und im Osten über die Zeit relativ stabil bleiben (vgl. Tab. 3). Im Osten finden sich dabei nur geringe Unterschiede zwischen den Altersgruppen, während im Westen die jüngeren Gruppen deutlich seltener als die älteren Gruppen negative Konsequenzen für die Erziehung der Kinder erwarten, wenn die Frau auch erwerbstätig ist.

Im Folgenden werden nun drei ausgewählte Fragen zur Rolle der Frau etwas genauer betrachtet. Diese beziehen sich auf die traditionelle Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau, auf den Stellenwert der Berufstätigkeit der Frau und auf die Konsequenzen der Erwerbstätigkeit der Frau für ihre Kinder.

9.2 Traditionelle Arbeitsteilung

Im Verlauf von mehr als zwei Jahrzehnten ist die Zustimmung zur traditionellen Arbeitsteilung von 1982 bis 2004 in Westdeutschland stark zurückgegangen (vgl. Tab. 4). Nach einer Stagnation in den 1990er-Jahren ist für alle hier untersuchten Gruppen in nahezu gleicher Weise eine starke Abnahme traditioneller Einstellungen zur Arbeitsteilung zu verzeichnen. Waren im Jahr 2000 noch insgesamt ca. 50 % der Befragten im Westen der Ansicht, dass »es für alle Beteiligten viel besser sei, wenn der Mann voll im Berufsleben steht und die Frau zu Hause bleibt«, so sind es 2004 nur ca. 40 % der Befragten. Junge Menschen sind bezüglich der Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau weitaus moderner eingestellt als die älteren. So stimmen im Jahre 2004 beispielsweise nur 22 % der unter 30-Jährigen einer traditionellen Arbeitsteilung zu, während dies bei 71 % der über 65-Jährigen der Fall ist. Für verheiratete Frauen lässt sich auch ein deutlicher Einfluss ihres Erwerbsstatus feststellen: Ca. 53 % der nicht berufstätigen, aber nur 21 % der berufstätigen Frauen stimmen den traditionellen Vorstellungen zu. Im Hinblick auf den Bildungs-

abschluss zeigt sich, dass mit steigender Bildung die Zustimmung zur traditionellen Arbeitsteilung sinkt.

In Ostdeutschland ist die »Wiederbelebung« traditioneller Werte, die bei allen untersuchten Gruppen im Osten zwischen 1996 und 2000 zu beobachten war, nicht mehr festzustellen. Ihr folgt im Jahr 2004 eine umso stärkere Hinwendung zu einer modernen Arbeitsteilung.

Tab. 4: Traditionelle Arbeitsteilung

	»Es ist für alle Beteiligten viel besser, wenn der Mann voll im Berufsleben steht und die Frau zu Hause bleibt und sich um den Haushalt und die Kinder kümmert« «Stimme voll und ganz zu!» bzw. »Stimme eher zu!«									
	Ost					West				
	1991	1996	2000	2004	1982	1991	1996	2000	2004	
	in %									
Insgesamt ¹	33	26	31	17	70	50	50	49	40	
Geschlecht										
Männer	35	27	35	19	71	51	53	51	40	
Frauen	30	26	27	16	70	49	47	47	40	
Verheiratete Frauen ²										
berufstätig	23	18	19	6	54	31	30	30	21	
nicht berufstätig	37	30	36	21	85	58	65	62	53	
Alter										
18–30 Jahre	22	18	21	10	48	33	30	29	22	
31–45 Jahre	26	18	25	13	65	39	35	38	25	
46–65 Jahre	37	31	34	18	79	60	62	54	47	
über 65 Jahre	53	38	46	29	90	77	80	78	71	
Bildung										
Hauptschulabschluss	45	38	46	29	80	64	66	61	56	
mittlere Reife/poly-technische Oberschule	27	19	25	15	62	43	43	41	30	
Abitur/Fachabitur	19	16	17	5	44	27	25	33	20	

1 Befragte mit deutscher Staatsangehörigkeit.
 2 Verheiratet und mit dem Partner zusammenlebend.
 Datenbasis: ALLBUS 1982, 1991, 1996, 2000, 2004.

9.3 Stellenwert der Berufstätigkeit der Frau

Im Jahr 1982 waren in Westdeutschland 52 % der Befragten der Ansicht, dass es für eine Frau wichtiger sei, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen. 2004 wird diese Einstellung nur noch von ca. 24 % der Befragten geteilt (vgl. Tab. 5). Im Osten reduziert sich der bereits 1991 geringe Anteil von 30 % auf nur noch 13 % im Jahr 2004.

Insgesamt findet sich bei der Einschätzung des Stellenwerts der Berufstätigkeit der Frau ein ähnliches Muster wie bei der Zustimmung zur Frage traditioneller Arbeits-

teilung. Frauen sind darauf bezogen moderner eingestellt als Männer, berufstätige Frauen äußern sich moderner als nicht berufstätige Frauen, junge Menschen moderner als ältere und Menschen mit einem hohen Bildungsabschluss moderner als Menschen mit einem niedrigeren Bildungsabschluss. Auf die Annäherung zwischen den Einstellungen in West und Ost in den 1990er-Jahren folgen 2004 größere Unterschiede zwischen den Landesteilen. Dabei sind die Unterschiede zwischen West und Ost bei den nicht erwerbstätigen Frauen, den über 65-Jährigen und Personen mit Hauptschulabschluss am größten.

Tab. 5: Stellenwert der Berufstätigkeit der Frau

	»Für eine Frau ist es wichtiger, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen.« »Stimme voll und ganz zu« bzw. »Stimme eher zu«									
	Ost					West				
	1991	1996	2000	2004	1982	1991	1996	2000	2004	
	in %									
Insgesamt ¹	30	25	28	13	52	32	34	32	24	
Geschlecht										
Männer	30	23	30	14	50	30	34	33	24	
Frauen	31	27	27	13	54	34	35	32	24	
Verheiratete Frauen ²										
berufstätig	20	19	20	6	47	25	23	22	15	
nicht berufstätig	41	33	40	17	53	41	48	41	33	
Alter										
18–30 Jahre	19	15	22	8	31	20	16	16	13	
31–45 Jahre	23	16	23	11	47	20	22	21	12	
46–65 Jahre	35	32	31	12	60	43	44	38	27	
über 65 Jahre	54	37	41	24	75	54	66	59	53	
Bildung										
Hauptschulabschluss	46	40	39	22	61	42	47	45	37	
mittlere Reife/polytechnische Oberschule	22	15	24	11	42	30	26	25	17	
Abitur/Fachabitur	16	12	16	4	29	16	18	16	10	

1 Befragte mit deutscher Staatsangehörigkeit.

2 Verheiratet und mit dem Partner zusammenlebend.

Datenbasis: ALLBUS 1982, 1991, 1996, 2000, 2004.

9.4 Konsequenzen der Erwerbstätigkeit der Frau für die Kinder

Hinsichtlich der Einschätzung der Konsequenzen der Frauenerwerbstätigkeit für die Kinder zeigen sich größere Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschen als bei den beiden vorherigen »normativen« Fragestellungen. Sind beispielsweise im Jahr 2004 63 % der Westdeutschen der Ansicht, dass ein Kleinkind darunter leidet, wenn seine Mutter berufstätig ist, so sind im Osten nur 29 % dieser Ansicht (vgl.

Tab. 6). Interessanterweise ist im Osten zwischen 1991 und 2004 für alle Gruppen eine starke Zunahme moderner Einstellungen festzustellen, im Westen hingegen nur bei den erwerbstätigen verheirateten Frauen.

Insgesamt sind die Unterschiede zwischen den Alters- und den Bildungsgruppen sowie zwischen den erwerbstätigen und nicht erwerbstätigen verheirateten Frauen bezogen auf die Einstellungen zu den Konsequenzen der Erwerbstätigkeit der Frau im Osten durchweg niedriger als im Westen Deutschlands. Dies ist möglicherweise eine Folge der im Osten weitverbreiteten auch Generationen übergreifenden Erfahrung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Tab. 6: Konsequenzen der Erwerbstätigkeit

	»Ein Kleinkind wird sicherlich darunter leiden, wenn seine Mutter berufstätig ist« »Stimme voll und ganz zu« bzw. »Stimme eher zu«									
	Ost					West				
	1991	1996	2000	2004	1982	1991	1996	2000	2004	
	in %									
Insgesamt ¹	58	49	41	29	88	76	76	71	63	
Geschlecht										
Männer	59	49	43	35	88	79	80	77	70	
Frauen	57	49	39	23	87	73	72	66	56	
Verheiratete Frauen ²										
berufstätig	54	46	30	19	77	71	64	52	42	
nicht berufstätig	61	52	41	23	93	75	77	78	68	
Alter										
18–30 Jahre	47	45	42	33	82	68	67	58	57	
31–45 Jahre	55	43	39	27	87	70	69	66	53	
46–65 Jahre	64	54	40	27	90	83	81	76	65	
über 65 Jahre	63	54	47	30	93	85	88	84	80	
Bildung										
Hauptschulabschluss	63	52	45	29	88	81	82	76	73	
mittlere Reife/poly- technische Oberschule	53	46	42	30	88	75	74	66	56	
Abitur/Fachabitur	56	48	32	23	84	65	64	64	51	

1 Befragte mit deutscher Staatsangehörigkeit.
 2 Verheiratet und mit dem Partner zusammenlebend.
 Datenbasis: ALLBUS 1982, 1991, 1996, 2000, 2004.

9.5 Zusammenfassung

In Ostdeutschland findet sich sowohl im Hinblick auf die Vorstellungen zur Rollenverteilung zwischen Mann und Frau als auch im Hinblick auf die Konsequenzen der Frauenerwerbstätigkeit eine größere Zustimmung zu modernen Werten als in Westdeutschland. Die Einstellungen zur Rolle der Frau näherten sich in West und Ost in

den letzten Jahren nicht an, vielmehr vergrößerten sich die Unterschiede im Zeitraum 1991 bis 2004, da im Osten die modernen Einstellungen stärker zunahmen als im Westen. West- und Ostdeutsche unterscheiden sich in Bezug auf ihre Einschätzung der Konsequenzen der Frauenerwerbsbeteiligung deutlich stärker als in Bezug auf ihre Vorstellungen zur Rollenverteilung zwischen Mann und Frau. Die höhere Zustimmung zu modernen Werten darf aber nicht mit der Forderung nach gleichen Erwerbschancen oder nach weiblicher Selbstentfaltung gleichgesetzt werden. Vielmehr war und ist die Erwerbsbeteiligung der Frau im Osten aufgrund ökonomischer Zwänge und unterschiedlicher struktureller Rahmenbedingungen weiter verbreitet als im Westen. Diese Erfahrung beeinflusst offenbar die Bewertung der Konsequenzen der Frauenerwerbsbeteiligung nachhaltig.

(Michael Blohm)

10 Freizeitaktivitäten und Mediennutzung

Nach den Ergebnissen der Zeitbudgetstudie des Statistischen Bundesamtes von 2001/2002 (vgl. Teil I, Kap. 6.1) verwenden die Menschen in Deutschland durchschnittlich gut sechs Stunden pro Tag für Freizeitaktivitäten wie Fernsehen, Sport, Hobbys und Spiele sowie für das soziale Leben – etwa genauso viel wie für Erwerbstätigkeit/Ausbildung und unbezahlte Arbeit in Haushalt, Familie und Ehrenämtern zusammengekommen. Die übrige Zeit nehmen persönliche Verrichtungen wie Essen, Körperpflege und Schlafen in Anspruch.

Während in Erwerbsarbeit und Ausbildung die individuellen Wahl- und Gestaltungsmöglichkeiten zumeist stark eingeschränkt und in anderen Bereichen, etwa in der Haus- und Familienarbeit, die Grenzen zwischen freier Verfügung und Verpflichtung häufig fließend sind, zeichnet sich die Freizeit durch ein besonders hohes Maß an Selbstbestimmtheit aus.

In der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) wurden 1998 und 2004 verschiedene Freizeittätigkeiten erfasst: Computer- und Mediennutzung, Freizeitaktivitäten wie Sport oder künstlerische Betätigungen, Außer-Haus-Aktivitäten wie Veranstaltungsbesuche und soziale Kontakte zu Familie und Freunden. Anhand dieser Daten soll im Folgenden dargestellt werden, wie die Menschen in Deutschland die im Hinblick auf die Gestaltung der Freizeit gegebenen Spielräume nutzen.

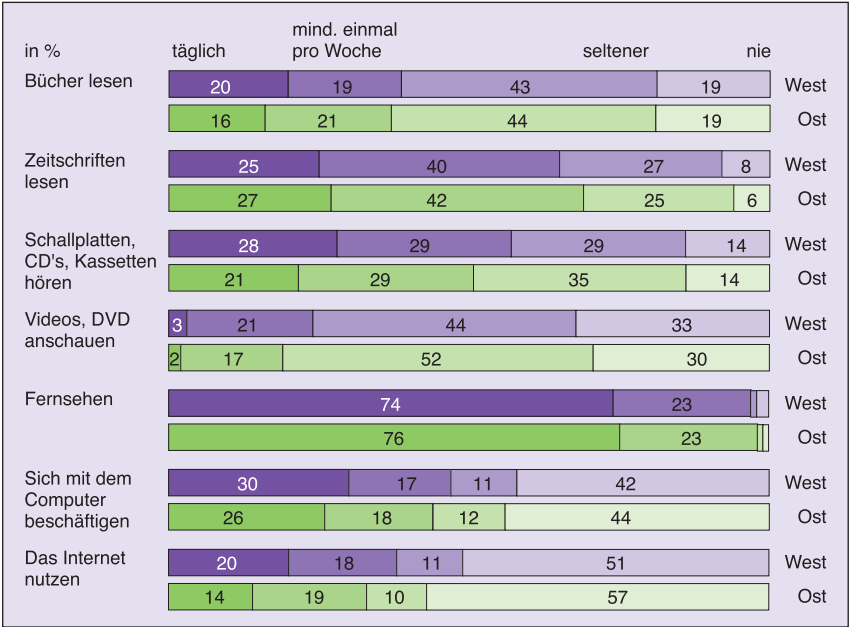
10.1 Mediennutzung

Einen großen Teil ihrer Freizeit verwenden die Menschen in Deutschland für die Mediennutzung. Was die Häufigkeit angeht, mit der die verschiedenen traditionellen und neuen Medien genutzt werden, sind dabei kaum Unterschiede zwischen West und Ost auszumachen (vgl. Abb. 1). Lediglich mit dem Internet beschäftigen sich die Westdeutschen etwas häufiger.

Zu den Medien, die von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung zumindest hin und wieder genutzt werden, gehören Schallplatten/CDs, die Printmedien »Buch« und »Zeitschriften« und vor allem das Fernsehen, das jeweils drei Viertel der Befragten in West und Ost täglich einschalten. Von den Personen ab 60 Jahre tun dies 2004 sogar 89 % gegenüber »nur« 61 % der unter 35-Jährigen (vgl. Tab. 1). Tonträger (CDs etc.) und Bildträger (Videokassetten, DVDs etc.) finden dagegen bei den jüngeren Altersgruppen mehr Anklang.

Die Mediennutzung ist jedoch nicht nur eine Frage des Alters, sondern variiert auch zwischen Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlichem Niveau der formalen Bildung.

Abb. 1: Medien- und Computernutzung, 2004



Datenbasis: ALLBUS 2004.

Vor allem das traditionelle Medium »Buch« wird von den Höhergebildeten stärker genutzt. So nehmen von den unter 60-Jährigen in der höchsten Bildungsgruppe (vgl. Tab. 1) zwei Drittel mindestens einmal in der Woche ein Buch zur Hand, in der nied-

Tab. 1: Mediennutzung nach Alter und Bildung, 2004

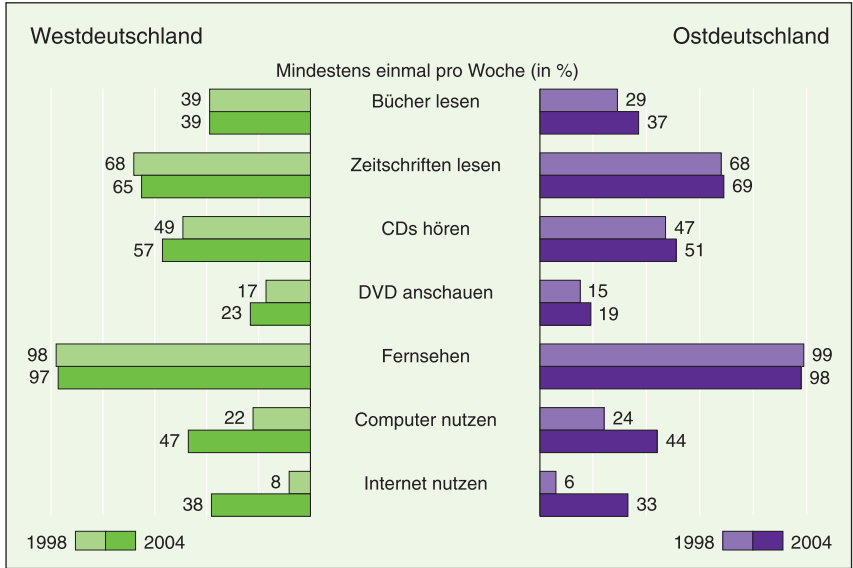
	Bücher	Zeit-schriften	CD	DVD	Fernsehen	
	% Mindestens einmal pro Woche				% täglich	
Insgesamt	38	66	56	22	97	75
Alter						
18-34 Jahre	41	62	83	44	96	61
35-59 Jahre	38	69	58	20	97	73
60 Jahre und älter	38	65	28	8	98	89
Unter 60-Jährige:						
Schulabschluss						
< 60 Jahre – Hauptschule	25	61	62	29	98	77
< 60 Jahre – Mittlere Reife	36	69	66	28	97	69
< 60 Jahre – Fachhoch-schul-/Hochschulreife	67	71	72	27	95	58

Datenbasis: ALLBUS 2004.

rigsten Bildungsgruppe verbringt nur jeder Vierte so häufig seine Freizeit mit Lesen. Demgegenüber wird Fernsehen als täglich ausgeübte Freizeitaktivität von den Befragten mit niedrigerer Bildung deutlich häufiger genannt.

Die auffälligsten Veränderungen in der Freizeitgestaltung seit 1998 (vgl. Abb. 2) betreffen eindeutig die Nutzung von Computer und Internet. Vor allem beim Internet ist eine rasante Entwicklung zu verzeichnen. Während 1998 erst acht Prozent (West) beziehungsweise sechs Prozent (Ost) der Befragten angaben, mindestens einmal pro Woche das Internet in der Freizeit zu nutzen, sind es 2004 über 38 % im Westen und 33 % im Osten. Der Zuwachs bei der Nutzung von Computer und Internet in der

Abb. 2: Medien- und Computernutzung, 1998 und 2004



Datenbasis: ALLBUS 1998, 2004.

Freizeit ging jedoch nicht auf Kosten der Nutzung der anderen Medien. Bild- und Tonträger, also CDs, DVDs etc., spielen 2004 in West und Ost eine etwas wichtigere Rolle als 1998, und sogar beim Fernsehen, dessen Nutzung schon 1998 auf einem sehr hohen Niveau war, hat der Anteil derjenigen, die das Fernsehen täglich einschalten, im Westen noch einmal von 65 auf 74 % (und damit auf das Ostniveau) zugenommen (nicht ausgewiesen in Abb. 2). Auch die Printmedien haben unter dem Boom der neuen Medien nicht erkennbar gelitten. In Ostdeutschland greifen die Befragten 2004 sogar häufiger zum Buch als 1998.

Der Trend zu Computer und Internet hat jedoch noch lange nicht alle Bevölkerungsgruppen erfasst (vgl. Tab. 2). So nutzen zwar 82 % der 18- bis 34-Jährigen und 68 %

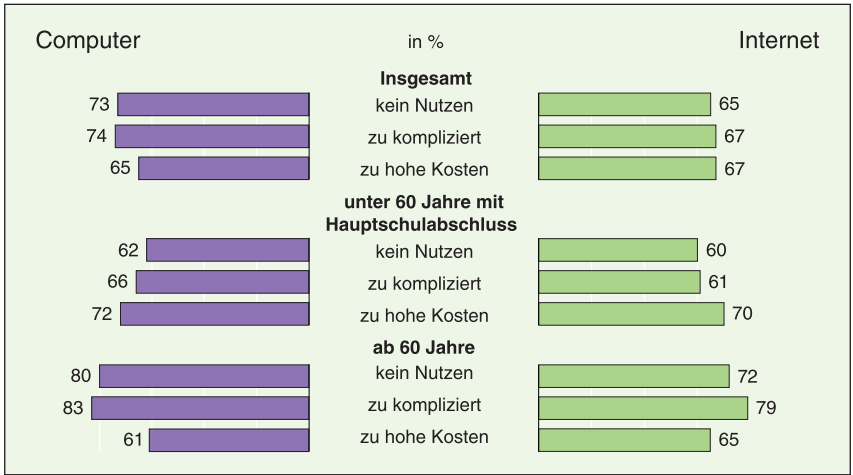
Tab. 2: Computer- und Internetnutzung nach Alter und Bildung, 2004

	Computer			Internet		
	Min. einmal pro Woche	Seltener	Nie	Min. einmal pro Woche	Seltener	Nie
Insgesamt	46	11	43	37	11	53
Alter						
18–34 Jahre	69	13	18	59	16	25
35–59 Jahre	54	14	32	43	13	44
60 Jahre und älter	15	5	81	10	3	87
Unter 60-Jährige:						
Schulabschluss						
< 60 Jahre – Hauptschule	38	14	48	26	12	62
< 60 Jahre – Mittlere Reife	61	17	23	49	17	34
< 60 Jahre – Fachhochschul-/Hochschulreife	80	10	10	71	14	16

Datenbasis: ALLBUS 2004.

der 35- bis 59-Jährigen zumindest gelegentlich einen Computer, aber nur 20 % der über 60-Jährigen. Für das Internet sieht es ähnlich aus: 75 % der jüngsten, immerhin 56 % der mittleren, aber nur 13 % der älteren Alterskategorie geben an, wenigstens gelegentlich ins Internet »zu gehen«. Die Nutzung hat entscheidend auch mit dem Bildungsniveau zu tun: Fast die Hälfte der Befragten unter 60 Jahren mit höchstens Hauptschulabschluss beschäftigt sich in der Freizeit nie mit dem Computer und sogar 62 % dieser Gruppe gehen nie online. Bei den unter 60-jährigen Personen mit

Abb. 3: Gründe für die Nichtnutzung von Computer und Internet



Datenbasis: ALLBUS 2004.

(Fach-)Hochschulreife nutzt dagegen nur jeder Zehnte nie einen Computer in seiner Freizeit und nur 16 % nutzen nie das Internet. Die Problematik der »digitalen Spaltung« zwischen den Generationen und zwischen verschiedenen Bildungsgruppen besteht also nach wie vor.

Die Gründe für die Nichtnutzung von Computer und Internet (vgl. Abb. 3) sind vielfältig; so geben etwa zwei Drittel der Befragten an, dass ihnen die Kosten zu hoch seien. Jeweils etwa genauso viele glauben nicht, dass das Internet für sie von Nutzen wäre, oder befürchten, dass es zu kompliziert für sie sei. Diese beiden Gründe werden für den Computer sogar noch etwas häufiger genannt. Auffällig ist, dass von den älteren Mitbürgern der für sie nicht erkennbare Nutzen und vor allem die komplizierte Bedienung besonders häufig als Grund für die Nichtnutzung angeführt werden, während bei den Befragten unter 60 Jahren mit höchstens Hauptschulabschluss die Kosten eine wichtigere Rolle bei ihrer Entscheidung gegen Computer bzw. Internet zu spielen scheinen.

10.2 Sport, Hobbys und Geselligkeit

Die Mediennutzung erfolgt nicht selten isoliert und passiv konsumierend. Dagegen sollen nun aktive und gesellige Formen der Freizeitgestaltung näher betrachtet werden (vgl. Abb. 4). Hierzu zählen Freizeitaktivitäten, die zu den am häufigsten ausgeübten überhaupt gehören, wie Heimwerken/Autobasteleien/Gartenarbeit, Spazierengehen/Wandern und gegenseitige Besuche in der Familie/Verwandtschaft und im Freundeskreis. Was sportliche Betätigung in der Freizeit angeht, gibt es zwar auf der einen Seite immerhin 44 % (West) beziehungsweise 32 % (Ost) sportlich Aktive, die angeben, mindestens einmal wöchentlich Sport zu treiben, aber andererseits auch 32 % (West) beziehungsweise 45 % (Ost) »Sportmuffel«, die nie Sport treiben. Karten- oder Gesellschaftsspiele im Familienkreis und künstlerische Aktivitäten schließlich spielen als Freizeitbeschäftigungen nur für eine Minderheit eine wichtige Rolle.

Bei allen hier betrachteten Aktivitäten findet sich der größte Anteil an Personen, die dies gar nicht tun, jeweils in der ältesten Altersgruppe. Hier mögen gesundheitliche Beeinträchtigungen, aber auch – etwa bei den Gesellschaftsspielen – der Haushaltskontext eine Rolle spielen. Andererseits finden sich die eifrigsten Heimwerker/Gärtner und Spaziergänger/Wanderer unter den ab 60-Jährigen (vgl. Tab. 3). Alle anderen Aktivitäten werden jedoch von den Jüngeren häufiger ausgeübt. Das gilt besonders für die aktive sportliche Betätigung.

Unterschiede zwischen Männern und Frauen bestehen beim Spazierengehen/Wandern, das Frauen bevorzugen, und der aktiven sportlichen Betätigung, die bei Männern häufiger ist.

Um einen Anhaltspunkt dafür zu haben, welche Rolle der tatsächlich zur Verfügung stehenden freien Zeit für die Ausübung der betrachteten Freizeitaktivitäten zukommt, werden in Tabelle 3 auch Gruppen verglichen, die sich nach den Merkmalen »Voll-

Abb. 4: Sport, Hobbys und Geselligkeit, 2004

in %	mind. einmal pro Woche		mind. einmal pro Monat		seltener		nie		
Aktive sportliche Betätigung	44		8	16	32				West
	32	6	17	45					Ost
Spazieren gehen, Wandern	61			14	19	6			West
	61			14	19	6			Ost
Heimwerken (Haus, Garten, Auto)	48		21	16	15				West
	53		21	13	13				Ost
Künstlerische Tätigkeiten	14	12	26	48					West
	9	10	25	56					Ost
Karten und Gesell- schaftsspiele im Familienkreis	18	15	33	34					West
	11	18	36	34					Ost
Gegenseitige Besuche von Familie und Verwandten	52		28	17	3				West
	49		33	16	2				Ost
Gegenseitige Besuche von Nachbarn, Freun- den und Bekannten	56		28	13	3				West
	50		32	15	2				Ost

Datenbasis: ALLBUS 2004.

Tab 3: Sport und Hobbys in verschiedenen Gruppen, 2004

	Sport	Wandern	Heimwerken/ Gärtnern	Künstlerische Aktivitäten	Spiele
	% Mindestens einmal pro Woche				
Insgesamt	41	61	49	13	17
Alter					
18–34 Jahre	57	53	35	17	18
35–59 Jahre	43	60	53	12	18
60 Jahre und älter	27	70	54	10	14
Geschlecht					
Männer	53	56	42	12	16
Frauen	45	66	43	14	18
< 50 Jahre – Vollerwerbstätig – Kind unter 15	43	60	53	9	26
< 50 Jahre – Vollerwerbstätig – kein Kind	56	47	38	15	9
< 50 Jahre – Nicht vollerw. – Kind unter 15	45	69	52	16	31
< 50 Jahre – Nicht vollerw. kein Kind	62	52	30	22	14

Datenbasis: ALLBUS 2004.

zeiterwerbstätigkeit« und »Vorhandensein von Kindern unter 15 Jahren im Haushalt« unterscheiden. Das Bild, das sich dabei ergibt, ist uneinheitlich:

Do-it-yourself-Aktivitäten werden von ganztags Erwerbstätigen und Personen mit Kindern im Haushalt trotz ihrer vermutlich relativ knapp bemessenen Freizeit besonders häufig ausgeübt. Man könnte vermuten, dass dies mit dem höheren Männeranteil bei den Vollzeitbeschäftigten zusammenhängt. Allerdings ist das gleiche Muster auch zu beobachten, wenn man nur die Männer betrachtet.

Für Wandern/Spaziergehen und Gesellschaftsspiele scheint – nicht sehr überraschend – das Vorhandensein von Kindern im Haushalt förderlich zu sein. Vermutlich handelt es sich hier, insbesondere beim Spielen, um Tätigkeiten, die gemeinsam mit den Kindern ausgeübt werden. Dagegen scheint eine ganztägige Berufstätigkeit diesen Freizeitaktivitäten doch eher im Wege zu stehen.

Sport und künstlerische Tätigkeiten schließlich werden häufiger von Personen ausgeübt, die auch über mehr Freizeit verfügen, also von Personen, die keiner ganztägigen Erwerbsarbeit nachgehen, und von Personen ohne Kinder im Haushalt. Beim Sport sind die Unterschiede nur sehr gering. Dies liegt an gegenläufigen geschlechtsspezifischen Effekten. Bei den Männern tritt das beschriebene Zeitmangelmuster relativ klar zu Tage, bei den Frauen hingegen nicht. Erwerbstätige Frauen mit Kind im Haushalt treiben sogar häufiger Sport (52 % mindestens einmal pro Woche) als Nichterwerbstätige mit Kind (45 %).

2004 berichten die Befragten von häufigeren Besuchen bei oder von Verwandten und Freunden als 1998 (vgl. Tab. 4). Dabei haben sich die Menschen in Ostdeutschland, insbesondere was die sozialen Kontakte zu Freunden angeht, dem ursprünglich deutlich höheren westdeutschen Niveau angenähert. Gleichzeitig gingen im Osten auch die Anteile derjenigen, die kaum soziale Kontakte pflegen und seltener als einmal im Monat jemanden besuchen oder besucht werden, zurück.

Der zweite Bereich mit bemerkenswerten Zuwachsraten ist der Sport. Der Anteil derjenigen, die kaum einmal Sport treiben, ist gesunken und der Anteil der mindestens

Tab. 4: Soziale Kontakte und Sport 1998 und 2004

	West		Ost	
	1998	2004	1998	2004
	in %			
Besuche Freunde				
Mindestens einmal pro Woche	49	56	31	50
Seltener als einmal pro Monat	6	6	23	18
Besuche Familie				
Mindestens einmal pro Woche	40	52	31	49
Seltener als einmal pro Monat	14	11	24	18
Sport				
Mindestens einmal pro Woche	31	44	21	32
Seltener als einmal pro Monat	57	48	68	61

Datenbasis: ALLBUS 1998, 2004.

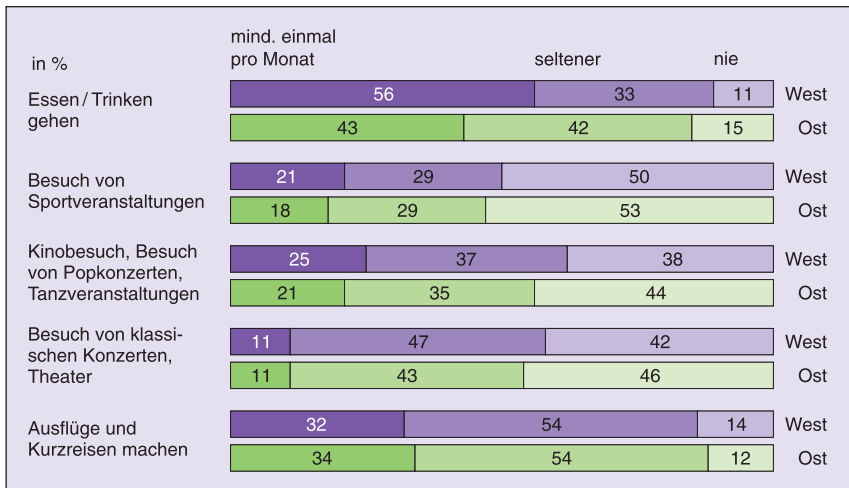
einmal wöchentlich sportlich Aktiven ist in beiden Landesteilen seit 1998 um mehr als zehn Prozentpunkte gestiegen – Veränderungen, die man als erfreuliche Ansätze zu einem gesundheitsbewussteren Freizeitverhalten werten kann.

10.3 Ausgehen

Die bisher betrachteten Freizeitaktivitäten sind gewissermaßen alltägliche Tätigkeiten. Die im Folgenden betrachteten Außer-Haus-Aktivitäten – Essen-/Trinkengehen, Ausflüge/Kurzreisen und der Besuch von Hochkultur-, Populärkultur- und Sportveranstaltungen – sind dagegen eher besondere Ereignisse, die entsprechend seltener vorkommen (vgl. Abb. 5). Einen Ausflug unternehmen oder etwas Essen oder Trinken gehen, tun zwar die meisten hin und wieder, aber zwischen 38 (Kino etc.) und 53 % (Sportveranstaltungen) der Befragten geben an, nie eine Veranstaltung zu besuchen.

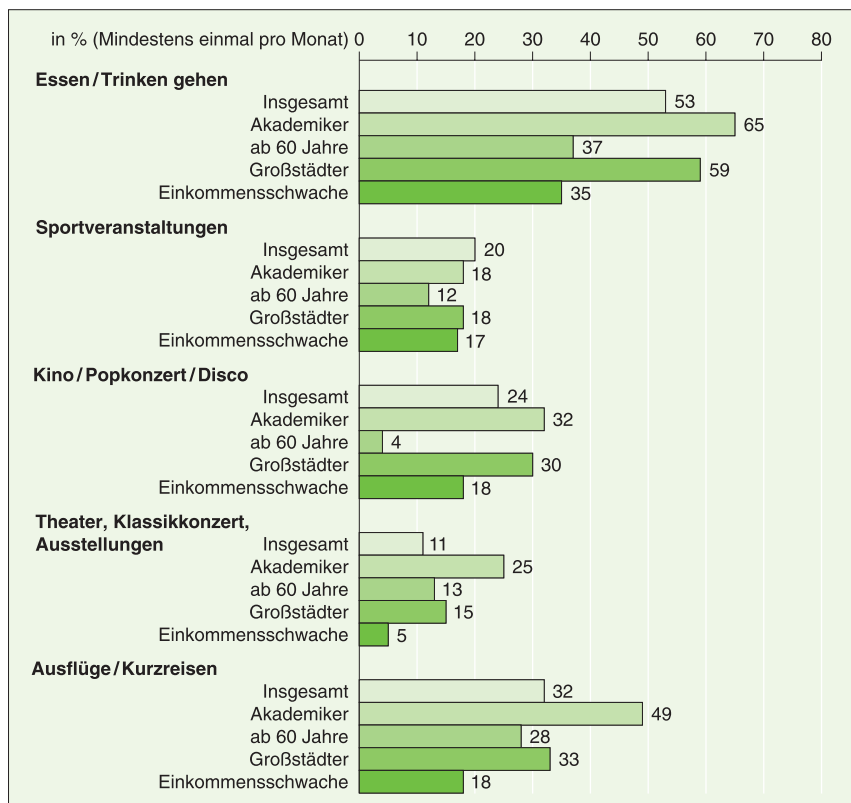
Zudem werden die Freizeitaktivitäten dieses Blocks – mit Ausnahme des Besuchs von Kino und Popkonzerten – im Unterschied zu den bisher betrachteten Tätigkeiten insgesamt 2004 noch ein wenig seltener als 1998 ausgeübt, was eventuell mit der allgemeinen Konsumzurückhaltung aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung zusammenhängen könnte. Vor allem die Westdeutschen widmen sich den hier betrachteten Außer-Haus-Aktivitäten 2004 seltener, mit dem deutlichsten Rückgang bei Ausflügen und Kurzreisen (1998: 40 % mindestens einmal im Monat, 2004: 32 %).

Abb. 5: »Ausgehen«, 2004



Datenbasis: ALLBUS 2004.

Abb. 6: »Ausgehen« in ausgewählten Gruppen, 2004



Datenbasis: ALLBUS 2004.

»Ausgehen«, also eine Gaststätte oder ein Restaurant oder eine Veranstaltung besuchen, oder Ausflüge unternehmen, das gehört nicht für alle gleichermaßen zur Freizeitgestaltung dazu. In Abbildung 6 ist für einige ausgewählte Bevölkerungsgruppen dargestellt, wie stark sie sich diesbezüglich jeweils vom Bevölkerungsdurchschnitt unterscheiden.

Ältere Befragte ab 60 Jahre sind im Hinblick auf solche Tätigkeiten generell weniger aktiv. Lediglich zu einem klassischen Konzert oder ins Theater gehen sie sogar etwas häufiger. Wenig überraschend angesichts der im Alltag für jedermann erfahrbaren Lebensstilunterschiede ist, dass Ältere besonders selten im Kino oder bei Popkonzerten anzutreffen sind.

Mit Ausnahme des Besuchs von Sportveranstaltungen üben Akademiker die hier betrachteten Außer-Haus-Aktivitäten häufiger aus als der Bevölkerungsdurchschnitt.

Besonders groß fällt der Unterschied aus, wenn es um den Besuch von Theater, Klassikkonzert und Ausstellungen geht.

Bewohner von Großstädten mit mehr als 100 000 Einwohnern besuchen zwar Sportveranstaltungen etwas seltener, andere Veranstaltungen und Restaurants jedoch überdurchschnittlich häufig. Hier spielt sicherlich die Gelegenheitsstruktur, das Angebot an Veranstaltungen und Lokalen am Wohnort eine große Rolle.

Personen aus einkommensschwachen Haushalten schließlich, hier definiert als das Fünftel der Befragten mit dem niedrigsten bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen, können sich anscheinend alle hier betrachteten Freizeitaktivitäten weniger oft leisten als der Durchschnittsbürger.

10.4 Fazit

Was das Freizeitverhalten angeht, gibt es nur wenige Unterschiede zwischen den Menschen in West- und Ostdeutschland. Zwar werden viele Freizeitaktivitäten im Westen etwas häufiger ausgeübt, aber im Großen und Ganzen ist das Bild in beiden Landesteilen identisch: Die Menschen verbringen ihre Freizeit gern unter Freunden und Verwandten, sie nutzen eifrig die verschiedenen Medien und widmen sich auch häufig aktiveren Hobbys wie Sport oder wenigstens Spaziergehen/Wandern. Andere Aktivitäten, wie künstlerisch-expressive Tätigkeiten und der Besuch von Sport- oder Hochkulturveranstaltungen sind eher etwas für eine kleine Minderheit.

Wenn überhaupt ein Wandel im Freizeitverhalten zu beobachten ist, dann zumeist dergestalt, dass bestimmte Tätigkeiten 2004 häufiger als 1998 ausgeübt werden: Das gilt etwa für soziale Kontakte und Sport, vor allem aber für die Nutzung von Computer und Internet in der Freizeit. Diese Veränderungen gehen in beiden Landesteilen in die gleiche Richtung und fallen dort im Allgemeinen auch ähnlich stark aus, sodass generell weder eine Angleichung noch ein Auseinanderdriften in der Freizeitgestaltung in West und Ost zu konstatieren sind.

Deutliche Unterschiede findet man jedoch, wenn man einzelne Bevölkerungsgruppen betrachtet. Hier kommt zum Ausdruck, dass gerade im Bereich Freizeit individuelle Wahl- und Gestaltungsspielräume gegeben sind, sodass sich hier differenzierte Lebensstile entfalten können. Gleichzeitig deuten einige Ergebnisse jedoch auch darauf hin, dass äußere Restriktionen, etwa was finanzielle und zeitliche Ressourcen angeht, diesen Gestaltungsspielraum einschränken können.

(Martina Wasmer / Alexander Haarmann)

Weitere Informationen zum Thema Zeit siehe Teil I, Kap. 6, zum Thema Mediennutzung Teil I, Kap. 4.6.

11 Öffentliche Sicherheit und Kriminalitätsbedrohung

Das Bedürfnis nach öffentlicher Sicherheit gehört zu den wenigen Grundbedürfnissen, über die es einen allgemeinen Konsens in der Gesellschaft gibt. Die Garantie der öffentlichen Sicherheit, namentlich die Unversehrtheit der Rechtsordnung und der grundlegenden Einrichtungen des Staates sowie von Gesundheit, Ehre, Freiheit und Vermögen seiner Bürger macht daher eine wesentliche Komponente der individuellen Wohlfahrt und der gesellschaftlichen Lebensqualität aus.

Für die Beurteilung der öffentlichen Sicherheit werden primär die faktische Kriminalitätsbelastung und die objektiven Risiken, Opfer einer Straftat zu werden, herangezogen. Aber auch das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürger, das heißt Kriminalitätsängste und Besorgnisse gewinnen als Maßstab für die Gewährleistung oder Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit an Bedeutung.

In den politischen Programmen und praktischen Maßnahmen der Kriminalprävention – etwa bei der Gestaltung öffentlicher Räume – wird das Sicherheitsempfinden der Bürger ebenfalls zunehmend berücksichtigt. Dabei sind die Zusammenhänge zwischen objektiver Kriminalitätsbelastung und subjektivem Sicherheitsempfinden vielschichtig.

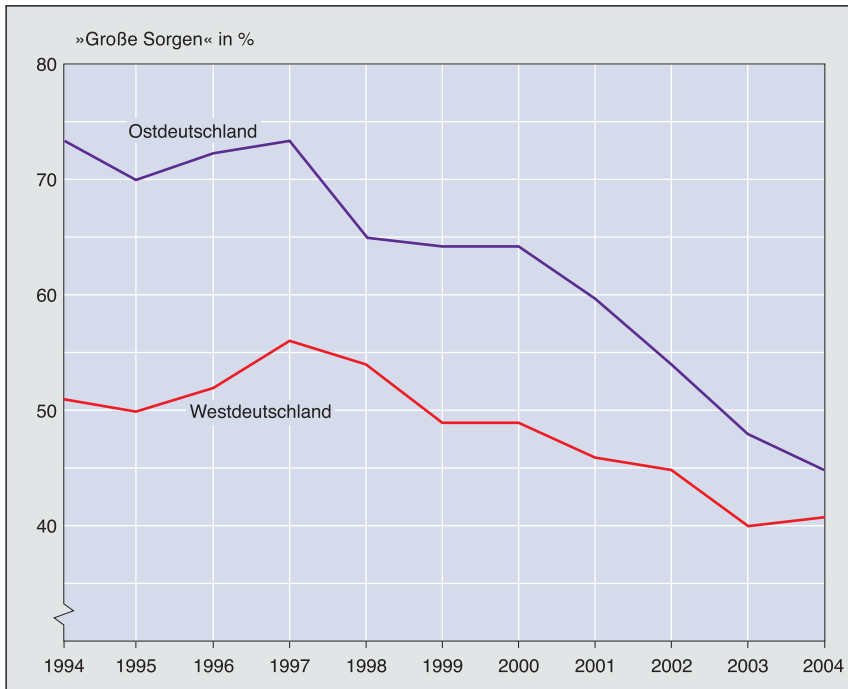
Neben tatsächlichen Kriminalitätsrisiken sowie eigenen Opfererlebnissen oder Opfererfahrungen von Angehörigen beeinflussen eine Reihe zusätzlicher Faktoren die subjektive Wahrnehmung und Bewertung der öffentlichen Sicherheit. Dazu gehören gesellschaftliche Aspekte wie die Berichterstattung in den Medien, lokale Maßnahmen der Kriminalprävention (zum Beispiel Polizeistreifen im Wohngebiet) sowie das Erscheinungsbild des Wohnumfeldes (wie der Verfall der Wohnviertel). Für die Einschätzung der öffentlichen Sicherheit sind zudem individuelle Merkmale von Bedeutung, insbesondere Sicherheitsansprüche und Toleranzniveau gegenüber Kriminalität, Ängstlichkeit und Verletzbarkeit und die Einschätzung der Möglichkeiten, sich selbst zu schützen und Risiken vorzubeugen. Zudem kann – wie die Umbruchsphase in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung belegt – eine allgemeine gesellschaftliche Verunsicherung die Furcht vor Kriminalität erhöhen.

Anhand verschiedener Indikatoren wird im Folgenden untersucht, wie groß die Kriminalitätsbetroffenheit ist und wie die öffentliche Sicherheit aus der Sicht der Bürger subjektiv wahrgenommen wird. Das Interesse liegt dabei nicht allein auf Ausmaß, Veränderung und Unterschieden innerhalb Deutschlands, sondern schließt die Betrachtung von Kriminalitätsfurcht und Kriminalitätsbetroffenheit im europäischen Vergleich ein.

11.1 Wahrnehmung der Kriminalität im Zeitverlauf

Die Wahrnehmung der öffentlichen Sicherheit hat sich in Deutschland in den letzten Jahren nennenswert verändert. Im Vergleich zu Mitte der 1990er-Jahre ist die Furcht vor Kriminalität und die Einschätzung, Opfer einer Straftat zu werden, zurückgegangen. Auch wird Kriminalität weniger als gesellschaftliches Problem wahrgenommen. So sind die Sorgen über die Kriminalitätsentwicklung im eigenen Land seit Ende der 1990er-Jahre eindeutig rückläufig (vgl. Abb. 1). Die Unterschiede im Kriminalitäts-

Abb. 1: Kriminalitätssorgen, 1994–2004



Datenbasis: SOEP 1994–2004.

empfinden zwischen Ost- und Westdeutschland sind dabei deutlich geringer geworden. Mit 73 % lag das Besorgnisniveau im Jahr 1994 bei den Ostdeutschen mehr als 20 Prozentpunkte über den Kriminalitätssorgen der Westdeutschen. Diese Unterschiede sind durch den stärkeren Rückgang in den neuen Bundesländern zunehmend geringer geworden. Mit 45 % liegt der Anteil der Ostdeutschen, die sich im Jahr 2004 große Sorgen über die Kriminalitätsentwicklung in Deutschland machen, vier Prozentpunkte über dem Niveau in den alten Bundesländern.

11.2 Unterschiedliche Erfahrungen und Einschätzungen der öffentlichen Sicherheit in der Bevölkerung

Die öffentliche Sicherheit wird von den Bürgern unterschiedlich erlebt und wahrgenommen. Was die Betroffenheit von Kriminalität anbelangt, so zeigt sich, dass ältere Menschen und Frauen seltener von Erfahrungen als Opfer berichten als andere Bevölkerungsgruppen. Im European Social Survey des Jahres 2004/05 (ESS 2004/05) nannten in Deutschland neun Prozent der befragten Personen ab 60 Jahre und zehn Prozent der befragten Frauen, dass sie oder der Haushalt in dem sie leben, in den letzten fünf Jahren von Einbruchsdelikten betroffen waren oder überfallen wurden (vgl. Tab. 1). Im Vergleich dazu waren 11 Prozent der in Westdeutschland und 14 % der in Ostdeutschland lebenden Männer im gleichen Zeitraum davon betroffen.

Obwohl Frauen und ältere Menschen seltener von Kriminalität betroffen sind, fürchten sie sich mehr vor Kriminalität als Jüngere und Männer. Im ESS 2004/05 gaben 39 % der Westdeutschen über 60 Jahre und 42 % der Ostdeutschen der gleichen Altersgruppe an, dass sie sich ziemlich oder sehr unsicher fühlen, wenn sie nachts allein in ihrer Wohngegend unterwegs sind (vgl. Tab. 2). Dagegen fürchten sich unter den 18- bis 34-Jährigen lediglich 17 % der West- und 25 % der Ostdeutschen vor Kriminalität.

Die höhere Furcht bei Frauen und älteren Menschen erklärt sich im Wesentlichen dadurch, dass sich beide Personengruppen im Falle einer Opferwerdung verletzbarer fühlen und ihre Möglichkeiten zur Bewältigung von Gefahren als gering einschätzen. Die Kriminalitätsfurcht steigt jedoch nicht linear mit dem Alter. Im ESS 2004/05

Tab. 1: Opfer eines Einbruchs oder Überfalls im Haushalt in den letzten 5 Jahren

	»Sind Sie oder ein Mitglied Ihres Haushalts in den letzten fünf Jahren Opfer eines Einbruchs oder Überfalls geworden?«	
	Westdeutschland	Ostdeutschland
	in %	
Insgesamt	10,7	11,7
Geschlecht		
Männer	11,1	13,7
Frauen	10,3	9,6
Alter		
18–34 Jahre	11,0	11,0
35–44 Jahre	12,3	10,1
45–59 Jahre	10,8	13,5
60 Jahre und älter	8,6	9,1
Wohnumfeld		
Großstadt	15,8	11,5
großstädtisches Randgebiet	15,2	13,5
Kleinstadt	9,1	11,3
Land	6,5	11,7

1 Antwortkategorien: Ja/Nein. Dargestellt: Prozentanteil ja.

Datenbasis: ESS 2004/05.

Tab. 2: Kriminalitätsfurcht

	»Wie sicher fühlen Sie sich – oder würden Sie sich fühlen –, wenn Sie nach Einbruch der Dunkelheit allein zu Fuß in Ihrer Wohngegend unterwegs sind oder wären?« ¹	
	Westdeutschland	Ostdeutschland
	in %	
Insgesamt	23,9	28,6
Geschlecht		
Männer	10,4	19,5
Frauen	35,7	38,4
Alter		
18–34 Jahre	16,5	25,0
35–44 Jahre	21,4	20,8
45–59 Jahre	22,1	23,3
60 Jahre und älter	38,5	41,7
Wohnumfeld		
Großstadt	30,0	33,1
größtstädtisches Randgebiet	26,8	26,0
Kleinstadt	23,9	37,4
Land	17,7	13,6

1 Antwortkategorien: sehr sicher, sicher, unsicher, sehr unsicher. Dargestellt: Prozentanteil unsicher und sehr unsicher.

Datenbasis: ESS 2004/05.

liegt für Ostdeutschland der Anteil der Personen mit Kriminalitätsfurcht bei den 18- bis 34-Jährigen sogar um vier Prozent höher als bei den 35- bis 44-Jährigen.

Eine regionale Differenzierung Deutschlands zeigt nicht nur, dass die Kriminalitätsfurcht in Ostdeutschland derzeit noch in leichtem Maße höher ist. Zudem wird deutlich, dass sich Großstädter mehr vor Kriminalität fürchten als Personen, die auf dem Land leben. Allerdings steigt die Kriminalitätsfurcht auch hier nicht linear mit dem Urbanisierungsgrad. In Ostdeutschland ist die Kriminalitätsfurcht in den kleinstädtischen Gebieten sogar höher als die Furcht der Großstädter (vgl. Tab. 2).

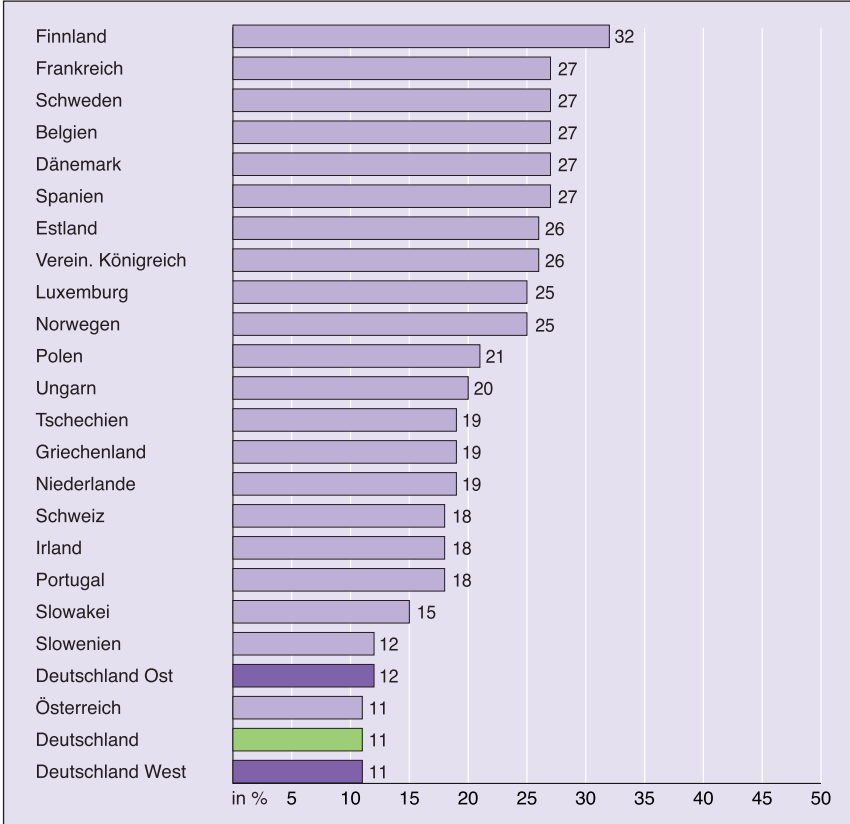
11.3 Kriminalitätsfurcht und Kriminalitätsbetroffenheit im europäischen Vergleich

Wie wird die öffentliche Sicherheit in Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Ländern erlebt und wahrgenommen? Was die Kriminalitätsbetroffenheit, speziell die Opferwerdung im Bereich Einbruch und Überfall in den letzten fünf Jahren anbelangt, so liegt die Opferrate in Deutschland mit elf Prozent deutlich unter dem europäischen Durchschnitt (vgl. Abb. 2). Von den 24 untersuchten Ländern des ESS 2004/05 ist die Opferrate in Deutschland am niedrigsten. Am höchsten sind die Opferraten in Finnland (32 %), in den skandinavischen Ländern Schweden (27 %)

und Dänemark (27 %) sowie in Frankreich (27 %). Mit leichtem Abstand folgen Spanien und Estland.

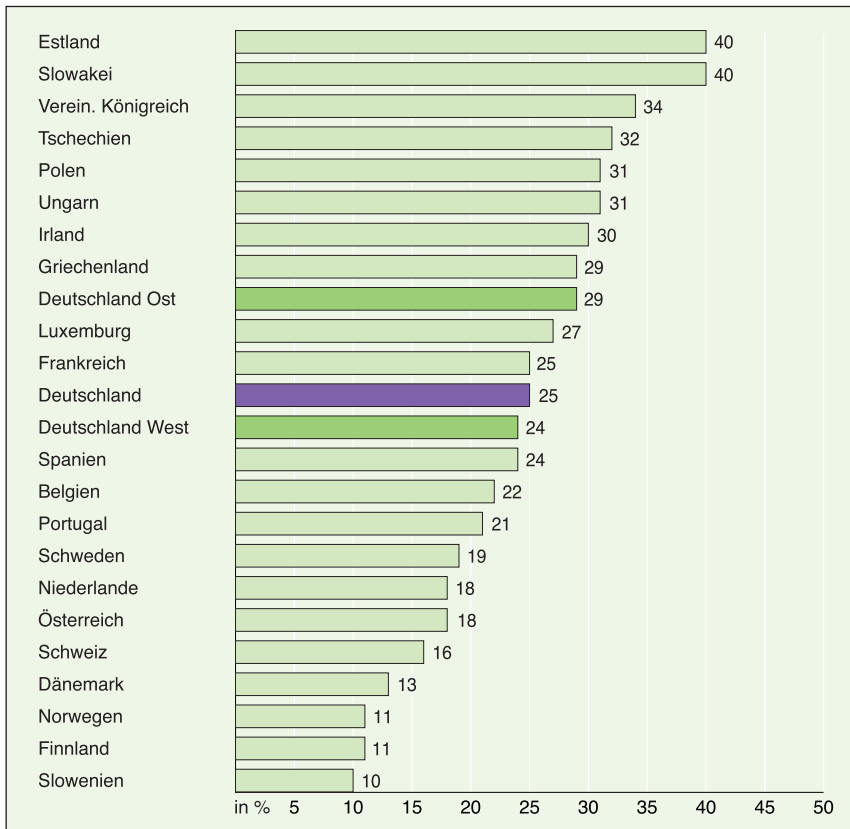
Das Ausmaß der Kriminalitätsbetroffenheit deckt sich keineswegs mit dem Sicherheitsempfinden in den untersuchten Ländern. Während die Kriminalitätsbetroffenheit in Deutschland deutlich unter dem Durchschnitt der untersuchten Länder liegt, ist die Kriminalitätsfurcht leicht über dem europäischen Durchschnitt (vgl. Abb. 3). Die Furcht vor Kriminalität ist in den osteuropäischen Ländern, das heißt in Polen, der Slowakei, Tschechien und Estland sowie im Vereinigten Königreich am stärksten ausgeprägt. Bemerkenswert ist das Ergebnis, dass die Kriminalitätsfurcht in Skandinavien und Finnland mit am geringsten ist, obwohl die Befragten in diesen Ländern die höchste Kriminalitätsbetroffenheit im Bereich Einbruch und Überfall angeben.

Abb. 2: Opfer eines Einbruchs oder Überfalls in den letzten 5 Jahren



Datenbasis: ESS 2004/05.

Abb. 3: Kriminalitätsfurcht im europäischen Vergleich



Datenbasis: ESS 2004/05.

11.4 Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit

Einen weiteren wichtigen subjektiven Indikator der öffentlichen Sicherheit bildet die Zufriedenheit und das Vertrauen der Bürger in die Institutionen, die von staatlicher Seite mit der Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit betraut sind. Parallel zum Rückgang in der wahrgenommenen persönlichen Kriminalitätsbedrohung und der abnehmenden Besorgnis über die nationale Kriminalitätsentwicklung ist die Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit und der Kriminalitätsbekämpfung in Deutschland gestiegen. Im Wohlfahrtssurvey des Jahres 2001 waren 70 % der Westdeutschen mit

Tab 3: Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit

	»Wie zufrieden sind sie – alles in allem – mit der öffentlichen Sicherheit und der Bekämpfung der Kriminalität?« ¹		
	1993	1998	2001
	In %		
Westdeutschland	43	58	70
Ostdeutschland	22	41	55

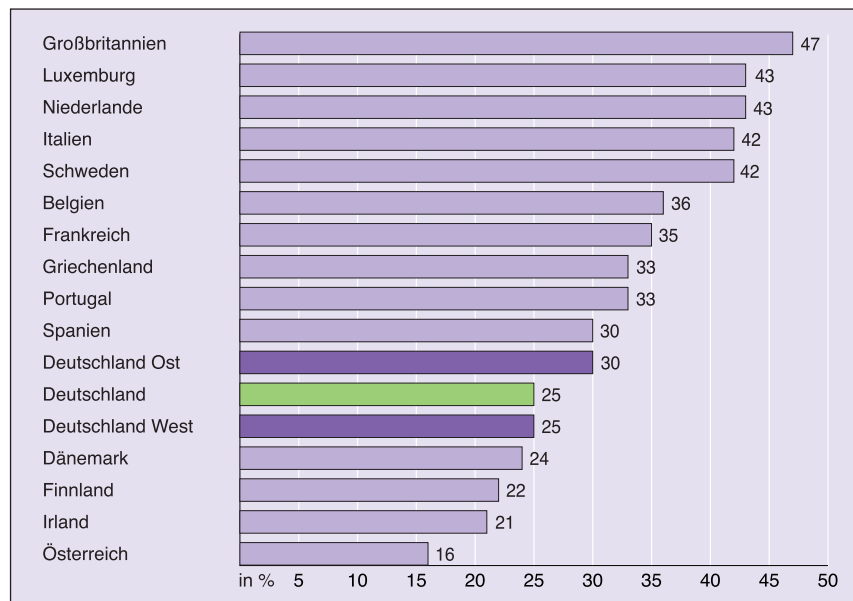
1 Antwortkategorien: Skala 0–10, 0 bedeutet ganz und gar unzufrieden, der Wert 10 bedeutet ganz und gar zufrieden. Dargestellt: Prozentanteil der Befragten in den Kategorien 6–10.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1993, 1998, 2001.

der öffentlichen Sicherheit zufrieden. 1993 lag der entsprechende Anteil noch bei 43 % (vgl. Tab. 3). Zwar unterscheidet sich das Ausmaß der Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit noch deutlich zwischen Ost und West. Aber auch in den neuen Bundesländern sind die Bürger zunehmend mit der öffentlichen Sicherheit zufrieden. Zwischen 1998 und 2001 stieg der Anteil der Zufriedenen in diesem Bereich von 41 auf 55 %.

Im internationalen Vergleich sind die Deutschen überdurchschnittlich mit der öffentlichen Sicherheit zufrieden. So waren in Deutschland im Jahre 2002 gerade einmal

Abb. 4: Unzufriedenheit mit der lokalen Polizeiarbeit im EU-15-Vergleich



Datenbasis: Eurobarometer 58.0 (2002).

25 % der Befragten unzufrieden mit der Arbeit der lokalen Polizei (vgl. Abb. 4). Damit liegt Deutschland über dem Durchschnitt der damaligen 15 EU-Mitgliedsstaaten. Insgesamt schwankt die Unzufriedenheit mit der Polizei zwischen 47 % im Vereinigten Königreich (Großbritannien und Nordirland) und 16 % in Österreich sehr deutlich.

11.5 Zusammenfassung

Die Deutschen fühlen sich zunehmend weniger von Kriminalität bedroht und sorgen sich weniger über die Kriminalitätsentwicklung im eigenen Land als noch vor einem Jahrzehnt. Gleichzeitig ist die Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit gestiegen.

Zwar ist die Kriminalitätsfurcht in Ostdeutschland weiterhin etwas stärker ausgeprägt als in Westdeutschland, aber die Unterschiede haben sich seit Mitte der 1990er-Jahre deutlich verringert. Ältere Menschen und Frauen bilden weiterhin die Bevölkerungsgruppen mit der höchsten Kriminalitätsfurcht, obwohl sie faktisch seltener Opfer von Kriminalität werden. Im internationalen Vergleich liegt die Furcht vor Kriminalität in Deutschland knapp über dem Durchschnitt der untersuchten europäischen Länder. Hinsichtlich der tatsächlichen Kriminalitätsbetroffenheit steht Deutschland dagegen deutlich besser da. Die Opferrate für Einbruchs- und Überfallsdelikte ist hierzulande im Vergleich zu 17 europäischen Ländern mit am niedrigsten.

Als Fazit lässt sich festhalten, dass alle hier betrachteten objektiven und subjektiven Indikatoren darauf hindeuten, dass die Deutschen der öffentlichen Sicherheit gegenwärtig ein besseres Zeugnis ausstellen als vor zehn Jahren.

(Jörg Dittmann)

12 Lebenssituation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen

In diesem Kapitel werden ausgewählte Lebensbedingungen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Ost- und Westdeutschland vergleichend untersucht. Dazu werden zunächst objektive Indikatoren wie die Wohnform, der Erwerbsstatus und die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit dargelegt. Danach werden ausgewählte Freizeitaktivitäten untersucht, da die Freizeitgestaltung ein zentrales Element der Jugendphase ist. Durch sie grenzen sich Jugendliche gegenüber der Erwachsenenwelt und auch untereinander ab. Schließlich werden Veränderungen im Bereich subjektiver Indikatoren dargestellt – hier wird die Zufriedenheit mit der Freizeit, mit dem Lebensstandard und mit dem Leben insgesamt betrachtet. Die wahrgenommenen Belastungen der jungen Erwachsenen werden durch die Frage nach Sorgen im wirtschaftlichen Bereich berücksichtigt.

Untersucht wird die Lebenssituation Jugendlicher und junger Erwachsener im Alter von 17 bis 25 Jahren. Die Betrachtung der Lebensverhältnisse beschränkt sich aber nicht nur auf Unterschiede zwischen Ost und West, sondern auch auf die zwischen deutschen und ausländischen Jugendlichen (in Westdeutschland). Einzelne Aspekte werden zudem nach Geschlecht und im Vergleich zur Bevölkerung, die älter als 25 Jahre ist, betrachtet.

12.1 Bildung und Erwerbsstatus

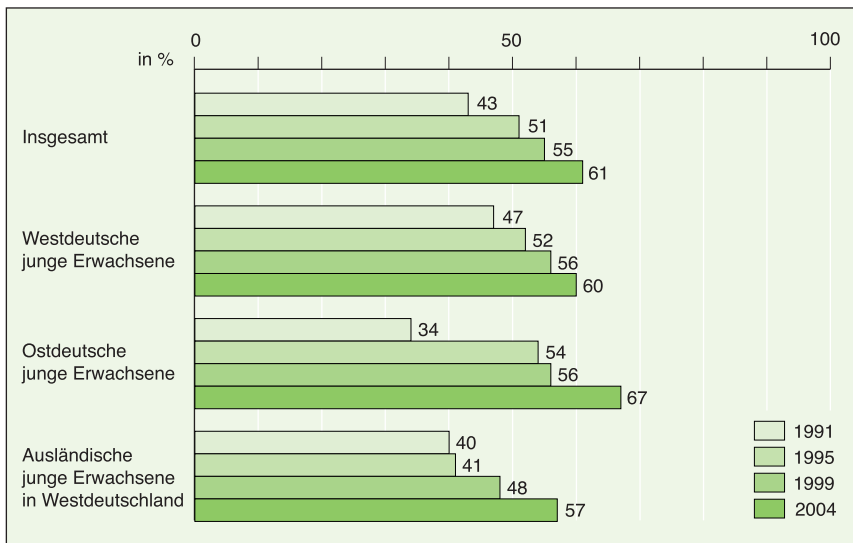
Mit dem Prozess des Übergangs von der Jugendphase in das Erwachsenenendasein sind der Eintritt in das Erwerbssystem und die Loslösung vom Elternhaus verbunden. So führen der Austritt aus dem (Aus-)Bildungssystem und der Eintritt in die Erwerbstätigkeit zu ökonomischer Selbstständigkeit. Da Arbeitslosigkeitsphasen in jungen Jahren aber keine Seltenheit sind, können sie den Prozess des Selbstständigwerdens hinauszögern. Auszüge aus dem Elternhaus erfordern zwar eine eigenständige Haushaltsführung, bedeuten aber nicht zwangsläufig die ökonomische Unabhängigkeit von den Eltern. Einen deutlichen Einschnitt im Leben junger Erwachsener stellt die Gründung einer eigenen Familie dar.

Abbildung 1 gibt die Anteile der Jugendlichen wieder, die sich noch in schulischer oder beruflicher Ausbildung befinden. Der Anteil der jungen Erwachsenen im Bildungssystem hat seit Anfang der 1990er-Jahre kontinuierlich zugenommen. Während 1991 nur 43 % der Jugendlichen noch in schulischer oder beruflicher Ausbildung waren, sind es 1995 bereits 51 und 55 % Ende der 1990er-Jahre. 2004 ist ihr Anteil noch einmal angestiegen, und zwar auf 61 %. Die Entwicklung bei den westdeutschen Jugend-

lichen steht in Übereinstimmung mit dem Gesamttrend, was dem zahlenmäßigen Übergewicht westdeutscher Jugendlicher im Vergleich zu den ostdeutschen und ausländischen Jugendlichen geschuldet ist. Bei den jungen Ostdeutschen lässt sich eine überdurchschnittliche Zunahme der Bildungsbeteiligung seit Mitte der 1990er-Jahre feststellen. 1991 waren nur 34 % der ostdeutschen Jugendlichen noch im Bildungssystem, aber 47 % der westdeutschen. Ab Mitte der 1990er-Jahre liegen sie gleich auf. 2004 ist der entsprechende Anteil der Jugendlichen in Ostdeutschland mit 67 % bereits höher als der von westdeutschen Jugendlichen (60 %).

Junge Ausländer/innen weisen in ihrer Bildungsbeteiligung in allen Jahren Werte auf, die deutlich unter denen deutscher Jugendlicher in Westdeutschland liegen. Seit

Abb. 1: Anteil der jungen Erwachsenen in Ausbildung



Datenbasis: SOEP 1991, 1995, 1999, 2004.

Mitte der 1990er-Jahre fällt ihre Bildungsbeteiligung auch geringer aus als die der ostdeutschen Jugendlichen.

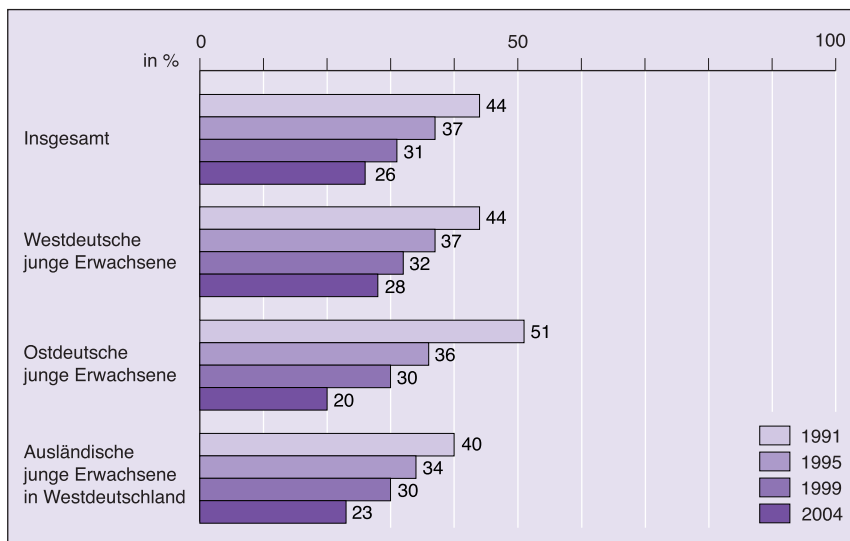
Komplementär dazu verlaufen die Anteile der Jugendlichen, die Vollzeit oder Teilzeit erwerbstätig sind (vgl. Abb. 2). Hier ist ein deutlicher Rückgang von 44 % im Jahre 1991 auf 26 % im Jahr 2004 zu verzeichnen. Am ausgeprägtesten ist der Rückgang der Erwerbstätigkeit bei den ostdeutschen Jugendlichen (von 51 % im Jahre 1991 auf 20 % in 2004).

Die Altersgruppe der 17- bis 25-Jährigen ist auch durch Arbeitslosigkeit betroffen. Jugendliche werden neben Älteren, Frauen sowie Ausländer/innen zu den Problem-

gruppen des Arbeitsmarktes gezählt (vgl. Teil I, Kap. 3.9). Arbeits- und Ausbildungslosigkeit junger Menschen sind deshalb ein Problem, weil sie langfristige Folgen für die Berufskarriere haben und sich darüber hinaus auch ungünstig auf die Partnerschaftsbindung und den Beginn der Elternschaft auswirken können.

Die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit lässt sich auf verschiedene Arten messen. Am gängigsten ist die Betrachtung von Personen, die bei der Bundesagentur für Arbeit offiziell als arbeitslos registriert sind. Jugendliche haben aber oftmals keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld, da sie entweder gar nicht oder nur kurzzeitig Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gezahlt haben. Ein Teil der Jugendlichen meldet sich aus diesem Grund nicht arbeitslos, sodass sie in der offiziellen Statistik nicht erfasst sind. Deswegen werden hier zusätzlich Quoten dargestellt, die sich auf die Defini-

Abb. 2: Anteil der jungen Erwachsenen in Erwerbstätigkeit



Datenbasis: SOEP 1991, 1995, 1999, 2004.

tion des Internationalen Arbeitsamtes (International Labour Office, ILO) beziehen und denen das Konzept der Erwerbslosigkeit zugrunde liegt (vgl. auch Teil I, Kap. 3.1). Hiernach gilt als erwerbslos, wer (1) zum Zeitpunkt der Erhebung nicht erwerbstätig ist, (2) gegenwärtig verfügbar ist, das heißt, innerhalb von zwei Wochen bereit ist, eine Arbeit aufzunehmen, und (3) sich aktiv um eine neue Stelle kümmert. Die aktive Arbeitssuche umfasst dabei jede Form der Suche wie zum Beispiel über Freunde oder das Internet.

Die Arbeitslosen- bzw. Erwerbslosenquoten werden nach den beiden oben erläuterten Definitionen für die Jahre 1991 (nur für registrierte Arbeitslose), 1995, 1999 und

2004 in Tabelle 1 ausgewiesen. Ostdeutsche und in noch stärkerem Maße ausländische Jugendliche in Westdeutschland weisen in allen hier betrachteten Jahren die höchsten Arbeitslosenquoten auf. Deutlich wird, dass das Problem Jugendarbeitslosigkeit zum Teil untererfasst wird, wenn als Abgrenzungskriterium der Status der offiziellen Registrierung (die Arbeitslosenquote) herangezogen wird. Bei der Betrachtung von Erwerbslosenquoten zeigen sich aber deutliche Differenzen dahingehend, dass Jugendliche in den Jahren 1999 und 2004 stärker von Erwerbslosigkeit betroffen sind.

Mit dem Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit seit Anfang der 1990er-Jahre geht eine Zunahme der Bildungsbeteiligung einher, die insbesondere bei ostdeutschen Jugend-

Tab. 1: Betroffenheit von Arbeitslosigkeit bzw. Erwerbslosigkeit

	Registrierte Arbeitslose				Erwerbslose nach der ILO-Klassifikation		
	1991	1995	1999	2004	1995	1999	2004
	in %						
Jugendliche (17–25), insgesamt	5	8	7	10	8	10	12
Westdeutsche	3	6	6	9	6	7	11
Ostdeutsche	12	8	9	11	8	10	14
Ausländer/-innen (West)	4	17	15	17	17	21	23
Erwachsene (26–60)	5	9	8	9	5	6	8

1 Keine Werte für 1991, da erst ab 1994 alle notwendigen Informationen zur Bestimmung der Erwerbslosenquote nach der International Labour Organization (ILO) im SOEP erhoben werden.

Datenbasis: SOEP 1991, 1995, 1999, 2004.

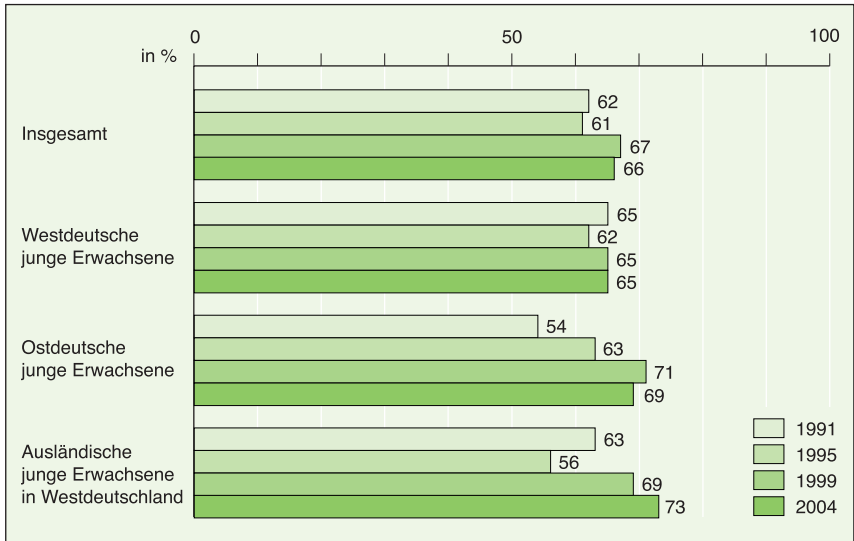
lichen auffällig ist. Die mit 67 % hohe Bildungsbeteiligung der Jugendlichen in Ostdeutschland im Jahre 2004 ist vermutlich auch eine individuelle Reaktion auf die schlechte Arbeitsmarktlage in den neuen Bundesländern. Das Bildungssystem übernimmt in diesen Fällen die Funktion einer so genannten Warteschleife.

Besonders stark von Arbeitslosigkeit betroffen sind die ausländischen Jugendlichen in Westdeutschland. Bei ihnen hängt die hohe Betroffenheit von Ausbildungs- und Arbeitslosigkeit auch mit den geringeren schulischen und beruflichen Qualifikationen zusammen (vgl. Teil I, Kap. 2.3.1).

12.2 Lebens- und Wohnformen

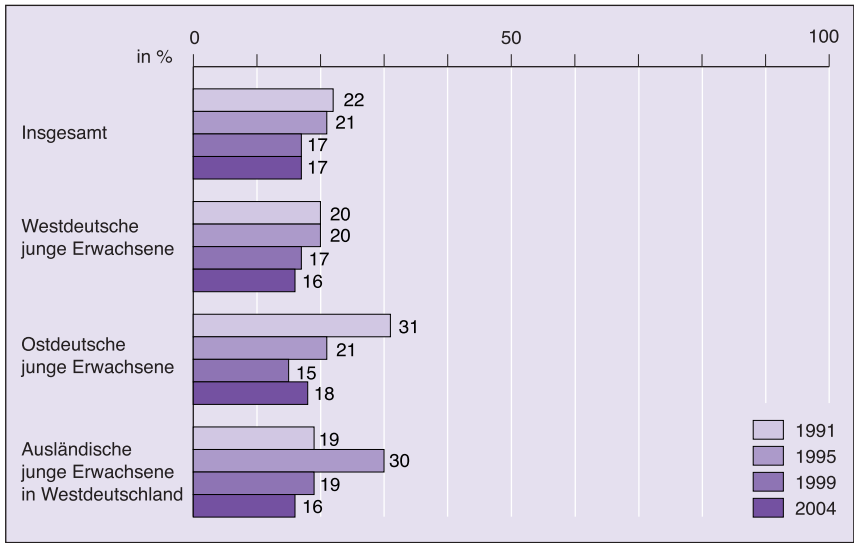
Zwei Lebens- und Wohnformen sind für Jugendliche und junge Erwachsene besonders relevant: (1) Wohnen im Elternhaus oder (2) in der eigenen Familie mit Partner und/oder Kind(ern). Der gemeinsame Haushalt mit den Eltern ist über die Jahre hinweg die häufigste Wohnform (vgl. Abb. 3). Zwei Drittel der Jugendlichen leben noch in einem Zweigenerationenhaushalt mit mindestens einem Elternteil. Seit Beginn der

Abb. 3: Anteil der jungen Erwachsenen, der noch bei den Eltern wohnt



Datenbasis: SOEP 1991, 1995, 1999, 2004.

Abb. 4: Anteil der jungen Erwachsenen, der in einer eigenen Familie lebt

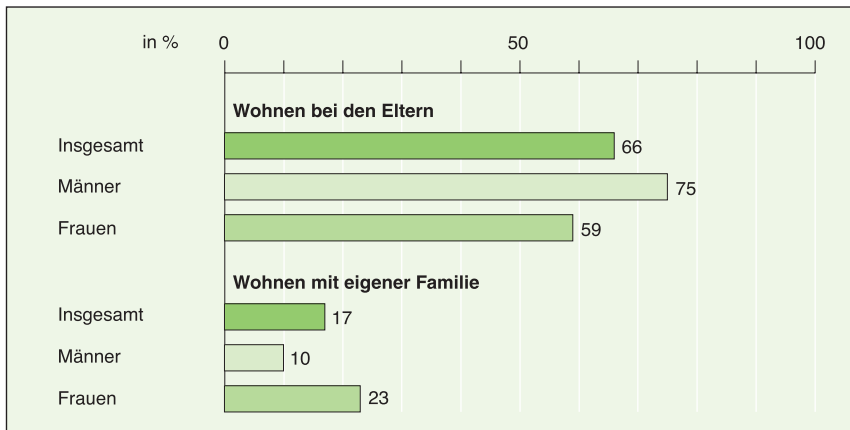


Datenbasis: SOEP 1991, 1995, 1999, 2004.

1990er-Jahre hat dies sogar zugenommen. Während die Anteile für westdeutsche Jugendliche über die Jahre hinweg relativ konstant sind, ist bei den ostdeutschen jungen Erwachsenen hingegen ein deutlicher Anstieg beobachtbar. Wohnte dort 1991 nur jeder zweite Jugendliche noch bei den Eltern, sind es 2004 deutlich über zwei Drittel. Dies hängt zum einen mit dem längeren Verweilen im Ausbildungssystem, zum anderen mit der verzögerten Familiengründung zusammen. Auch die ausländischen Jugendlichen ziehen 2004 deutlich später aus, als noch zu Beginn der 1990er-Jahre. Waren es 1991 knapp zwei Drittel, die noch bei den Eltern lebten, sind es 2004 fast drei Viertel.

Ein gegenläufiger Trend zeigt sich bei den jungen Erwachsenen, die bereits eine eigene Familie gegründet haben (vgl. Abb. 4). Hier ist in der beobachteten Altersgruppe ein Rückgang seit Anfang der 1990er-Jahre festzustellen, am deutlichsten in Ost-

Abb. 5: Wohnformen der jungen Erwachsenen nach Geschlecht



Datenbasis: SOEP 2004.

deutschland. Lebte 1991 noch knapp ein Drittel dieser Altersgruppe mit einem Partner und/oder Kind(ern), ist es 2004 nur noch ein Sechstel. In diesen Zahlen dokumentieren sich die verzögerte Familienbildung und der dramatische Geburtenrückgang in Ostdeutschland nach der Wende (vgl. Teil I, Kap. 1.5). Beide Prozesse sind Folge der sozialpolitischen Veränderungen und ökonomischen Unsicherheiten nach dem Zusammenbruch der DDR. Bei ausländischen Jugendlichen sind Mitte der 1990er-Jahre deutliche Schwankungen zu verzeichnen.

In den Lebens- und Wohnformen zeigen sich auch erhebliche geschlechtsspezifische Unterschiede (vgl. Abb. 5). So bleiben männliche Jugendliche deutlich länger im elterlichen Haushalt als weibliche Jugendliche. Die Differenz betrug 2004 16 Prozentpunkte. Junge Frauen gründen dagegen früher eine eigene Familie (23 %). Ihr Anteil ist mehr als doppelt so hoch wie der der jungen Männer.

12.3 Freizeitaktivitäten

Bei der Betrachtung der Freizeitgestaltung wird hier zwischen zwei Typen unterschieden: (1) die sozialen und die (2) konsumtiven Freizeitaktivitäten. Zu den Ersteren gehört die gesellschaftliche Beteiligung in Gruppen und Institutionen, die eine integrative Funktion innerhalb der Gesellschaft erfüllt. Die konsumtiven Freizeitaktivitäten, allein oder in der Gruppe, dienen dagegen stärker der Erholung und dem Spaß.

Die aktive Teilnahme am religiösen Leben wird durch die Häufigkeit des Kirchgangs oder den Besuch anderer religiöser Veranstaltungen erfasst. In Deutschland besuchte

Tab. 2: Regelmäßige Freizeitaktivitäten (mindestens einmal pro Monat)

	1990	1995	1999	2003	1990	1995	1999	2003
	in %							
	Kirchliche Aktivitäten ¹				Ehrenamtliche Tätigkeiten ²			
Jugendliche (17–25), insg.	16	15	10	11	14	13	14	14
Westdeutsche	18	16	10	11	15	16	16	16
Ostdeutsche	8	5	7	7	11	9	11	12
Ausländer/-innen (West)	22	21	15	23	3	5	10	6
Jungen	15	15	9	11	17	16	16	16
Mädchen	18	14	12	11	10	11	12	13
Erwachsene (26 u. ä.)	24	22	19	20	16	14	14	16
	Aktiver Sport ³				Kino ⁴			
Jugendliche (17–25), insg.	53	58	53	54	65	69	73	69
Westdeutsche	60	63	55	57	67	72	73	70
Ostdeutsche	28	47	48	46	65	70	79	66
Ausländer/-innen (West)	46	50	51	52	50	54	64	62
Jungen	58	66	62	59	71	74	78	70
Mädchen	48	51	44	49	60	64	67	67
Erwachsene (26 u. ä.)	30	32	29	31	11	13	19	16

1 Kirchgang, Besuch religiöser Veranstaltungen.

2 Ehrenamtliche Tätigkeiten in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten.

3 Werte für 2001 statt 2003.

4 Kinobesuch, Besuch von Popkonzerten, Tanzveranstaltungen, Diskos.

Datenbasis: SOEP 1990, 1995, 1999, 2001, 2003.

im Jahr 2003 knapp jeder neunte Jugendliche oder junge Erwachsene mindestens einmal pro Monat die Kirche (vgl. Tab. 2). Dabei lässt sich seit 1991 ein Rückgang feststellen. Insbesondere bei den westdeutschen Jugendlichen nimmt im Zeitverlauf die Bindung an die Kirche ab. Besuchten zu Beginn der 1990er-Jahre noch 18 % mindestens einmal pro Monat Gottesdienste, waren es 2003 lediglich noch 11 %. Am stärksten ist die Bindung an religiöse Institutionen bei den Nichtdeutschen, sie bleibt über die Jahre relativ konstant. Am geringsten ist der Anteil der Kirchgänger unter den jungen Erwachsenen in Ostdeutschland mit Werten von fünf bis acht Prozent. Bei der Bevölkerung über 25 Jahre lässt sich ebenfalls ein abnehmender Trend

der Teilnahme an kirchlichen Aktivitäten beobachten; der Anteil ist 2003 mit 20 % dennoch doppelt so hoch wie bei den jungen Erwachsenen.

2003 übten 14 % der Jugendlichen oder jungen Erwachsenen in ihrer Freizeit regelmäßig eine ehrenamtliche Aktivität aus. Dabei zeigen sich klare Unterschiede zwischen Ost und West. Unter den westdeutschen Jugendlichen ist jeder Sechste in seiner Freizeit in einem Ehrenamt tätig, jedoch nur jeder achte ostdeutsche Jugendliche. Ausländische Jugendliche in Westdeutschland sind noch seltener ehrenamtlich aktiv. Darüber hinaus zeigen sich geschlechtsspezifische Unterschiede. Männliche Jugendliche sind häufiger ehrenamtlich aktiv als weibliche, wobei eine Tendenz zur Angleichung im Zeitverlauf zu beobachten ist.

Im Vergleich zu den sozialen Freizeitaktivitäten nehmen die konsumtiven bei den Jugendlichen mehr Raum ein. Mehr als jeder zweite Jugendliche treibt in der Freizeit Sport, wobei deutsche Jugendliche im Westen aktiver als ausländische und vor allem als ostdeutsche sind. Allerdings ist der Anteil der ostdeutschen Jugendlichen seit Beginn der 1990er-Jahre deutlich angestiegen (von 28 auf 46 %). Männliche Jugendliche sind sportlich aktiver als weibliche (59 gegenüber 49 %).

Auch Kino, Popkonzerte, Diskotheken oder Sportveranstaltungen werden überdurchschnittlich häufig von Jugendlichen und jungen Erwachsenen besucht. 2003 besuchten 69 % der jungen Erwachsenen regelmäßig eine dieser Veranstaltungen gegenüber lediglich 16 % der Personen über 25 Jahre. Insgesamt sind kaum noch Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen in den Beteiligungsquoten zu finden.

12.4 Subjektives Wohlbefinden und Sorgen

Die Zufriedenheit mit einzelnen Lebensbereichen gibt Auskunft darüber, wie Menschen ihre Lebensverhältnisse wahrnehmen und bewerten. Sie sind eine positive Komponente des subjektiven Wohlbefindens, während Besorgnis- und Anomiesymptome negative Aspekte darstellen (vgl. Teil II, Kap. 2).

Die Frage nach der Zufriedenheit mit der Freizeit macht deutlich, dass im Jahr 2004 insgesamt 77 % der jungen Erwachsenen mit diesem Lebensbereich eher zufrieden oder zufrieden sind (vgl. Tab. 3). Dabei zeigt sich in den 1990er-Jahren insgesamt ein ansteigender Trend, der insbesondere in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre bei den ostdeutschen Jugendlichen zu erkennen ist.

Die Zufriedenheit mit dem Lebensstandard zielt auf die subjektive Bewertung der materiellen Lebenssituation ab (vgl. Tab. 3). 2004 waren 81 % der Jugendlichen und jungen Erwachsenen eher zufrieden oder zufrieden mit ihrem Lebensstandard. Die höchsten Anteile an der Zufriedenheit weisen deutsche Jugendliche in Westdeutschland auf. Während sie ihren Lebensstandard über die Jahre hinweg kontinuierlich hoch bewerten, zeigt sich für ostdeutsche Jugendliche ein deutlicher Anstieg der Zufriedenheit seit der Wiedervereinigung, die jedoch seit 1999 wieder leicht zurückgegangen ist.

Tab. 3: Zufriedenheit mit ausgewählten Lebensbereichen

	Eher unzufrieden				Eher zufrieden			
	1991	1995	1999	2004	1991	1995	1999	2004
	in %							
Zufriedenheit mit Freizeit								
Jugendliche (17–25), insg.	16	15 ¹	11	12	71	75 ¹	79	77
Westdeutsche	15	13 ¹	12	12	72	72 ¹	80	78
Ostdeutsche	22	17 ¹	10	10	65	67 ¹	76	77
Ausländer/-innen (West)	13	17 ¹	10	15	73	69 ¹	77	73
Erwachsene (26 u. ä.)	18	18 ¹	15	14	70	70 ¹	74	75
Zufriedenheit mit Lebensstandard								
Jugendliche (17–25), insg.	10	10	9	9	78	79	81	81
Westdeutsche	8	8	8	8	82	83	83	84
Ostdeutsche	21	15	9	9	61	72	77	75
Ausländer/-innen (West)	9	16	17	17	80	69	76	74
Erwachsene (26 u. ä.)	10	10	10	10	76	77	79	77
Allgemeine Lebenszufriedenheit								
Jugendliche (17–25), insg.	7	7	6	8	85	83	87	80
Westdeutsche	6	6	6	7	89	85	88	83
Ostdeutsche	14	8	6	14	67	79	84	71
Ausländer/-innen (West)	5	8	7	8	83	81	84	81
Erwachsene (26 u. ä.)	8	10	10	12	79	75	77	73

1 Werte für 1994.

Datenbasis: SOEP 1991, 1994, 1995, 1999, 2004.

Am deutlichsten sind die Unterschiede bei der allgemeinen Zufriedenheit mit dem Leben. Die jungen Erwachsenen äußern sich 2004 häufiger zufrieden als die ältere Bevölkerung (80 gegenüber 73 %). Bei fast allen hier betrachteten Gruppen waren die Anteile in den 1990er-Jahren relativ konstant, außer bei den ostdeutschen Jugendlichen. Für sie lässt sich, wie auch schon bei der Zufriedenheit mit der Freizeitgestaltung und dem Lebensstandard, eine starke Zunahme der Lebenszufriedenheit in den Nachwendejahren erkennen. Waren Anfang der 1990er-Jahre 67 % eher oder sogar sehr zufrieden, sind es fast zehn Jahre später 84 %. Im Jahr 2004 fällt die Bewertung in allen betrachteten Gruppen wieder deutlich niedriger aus. Dies ist insbesondere bei den ostdeutschen Jugendlichen zu beobachten, bei denen der Anteil der Zufriedenen um 13 Prozentpunkte gesunken ist. Das Niveau der allgemeinen Lebenszufriedenheit ist damit fast so niedrig wie im Jahr eins nach der Wiedervereinigung.

Neben der Zufriedenheit sind die Sorgen um politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen ergänzende Indikatoren für das subjektive Wohlbefinden. Hier werden Sorgen betrachtet, die die allgemeine und die eigene wirtschaftliche Entwicklung sowie die Arbeitsplatzsicherheit betreffen (vgl. Tab. 4). Während sich der Großteil der Jugendlichen 2004 um die allgemeine und die eigene wirtschaftliche Entwicklung sorgte (91 beziehungsweise 82 %), waren die Sorgen um die Arbeitsplatzsicherheit deutlich schwächer ausgeprägt (63 %), wobei auch hier seit Beginn der

1990er-Jahre ein ansteigender Trend zu beobachten ist. Daneben sind nach wie vor Unterschiede zwischen west- und ostdeutschen Jugendlichen zu beobachten. Ostdeutsche Jugendliche sorgen sich 2004 um die eigene wirtschaftliche Situation und die Arbeitsplatzsicherheit am häufigsten (74 %). Bezüglich der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung äußern westdeutsche Jugendliche am häufigsten Sorgen (92 %). Ein differenzierter Blick zeigt, dass der Anteil der ostdeutschen Jugendlichen mit ausgeprägten Sorgen zu Beginn der 1990er-Jahre gesunken, in den letzten Jahren aber wieder angestiegen ist. Dagegen sind die Sorgen bei den westdeutschen und ausländischen Jugendlichen und auch bei Personen über 25 Jahre in den 1990er-Jahren kontinuierlich größer geworden.

Tab. 4: Anteil der Jugendlichen, die sich im ökonomischen Bereich Sorgen machen

	Allgemeine wirtschaftliche Entwicklung				Eigene wirtschaftliche Entwicklung				Arbeitsplatzsicherheit ¹			
	1991	1995	1999	2004	1991	1995	1999	2004	1991	1995	1999	2004
	in %											
Jugendliche (17–25), insg.	80	82	83	91	68	77	76	82	39	53	61	63
Westdeutsche	76	81	84	92	62	74	71	80	30	51	55	59
Ostdeutsche	96	86	86	89	92	86	87	90	78	61	73	74
Ausländer/-innen (West)	75	81	77	82	69	82	85	84	45	55	78	70
Erwachsene (26 u. ä.)	81	89	90	95	59	66	67	77	40	48	53	60

1 Frage wurde nur von Erwerbstätigen beantwortet.

Datenbasis: SOEP 1991, 1995, 1999, 2004.

12.5 Zusammenfassung

Die objektive Lebenssituation der Jugendlichen bei der Bildungs- und Erwerbsbeteiligung einerseits und der Familienloslösung und -gründung andererseits hat sich in den letzten Jahren im vereinten Deutschland weitgehend angeglichen. Waren ostdeutsche Jugendliche und junge Erwachsene zu Beginn der 1990er-Jahre noch häufiger erwerbstätig und seltener im Bildungssystem als ihre westdeutschen Altersgenossen, lassen sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts keine Unterschiede mehr feststellen beziehungsweise 2004 hat sich der Trend teilweise umgekehrt. Dagegen variiert das Risiko der Arbeitslosigkeit nach wie vor sehr stark. Ostdeutsche Jugendliche sind ebenso wie ausländische Jugendliche deutlich häufiger von diesem Problem betroffen als ihre westdeutschen Altersgenossen.

Bei den Lebens- und Wohnformen sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede stärker ausgeprägt als die zwischen ost- und westdeutschen Jugendlichen. Junge

Frauen ziehen eher aus dem elterlichen Haushalt aus als junge Männer und leben deutlich früher in einem eigenen Haushalt mit Partner und/oder Kind(ern).

Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschland lassen sich auch 2004 noch bei der Freizeitgestaltung erkennen. Die höchsten Anteile derjenigen, die in die Kirche gehen, sich ehrenamtlich in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten engagieren und sportlich aktiv sind, sind bei westdeutschen Jugendlichen zu finden. Beim Besuch von Kino, Popkonzerten, Diskotheken oder Tanzveranstaltungen gibt es hingegen kaum Unterschiede zwischen Ost und West. Gerade in diesem Bereich sind die Unterschiede zur älteren Bevölkerung besonders ausgeprägt.

Mit der Annäherung der objektiven Lebensbedingungen und der Freizeitgestaltung findet auch eine Angleichung in der Zufriedenheitsbewertung der Lebensbedingungen statt. Demgegenüber sind bei den Sorgen weiterhin Differenzen erkennbar. Dies kann mit den regional variierenden Arbeitsmarktperspektiven und den individuellen Arbeitslosigkeitsrisiken zusammenhängen. Besonders ausgeprägte Sorgen finden sich in den Bereichen der eigenen wirtschaftlichen Entwicklung und der Arbeitsplatzsicherheit bei den Jugendlichen in Ostdeutschland.

(Bettina Isengard / Thorsten Schneider)

13 Lebenssituation von Älteren

Die Lebensbedingungen und die Lebensqualität der älteren Bevölkerung rücken um so stärker in den Mittelpunkt des Interesses, je größer der Anteil der Bevölkerung ist, der sich in dieser Phase des Lebenszyklus befindet, und desto mehr Lebenszeit jeder Einzelne in der Phase des Ruhestands und des Lebensabends verbringt. Im Vergleich zu 1970 hat sich die weitere mittlere Lebenserwartung eines bzw. einer 60-Jährigen in Westdeutschland mittlerweile um rund fünf Jahre auf 24 Jahre bei den Frauen bzw. 20 Jahre bei den Männern verlängert. In Ostdeutschland ist die Lebenserwartung ebenfalls deutlich gestiegen und hat sich den westdeutschen Werten zunehmend angenähert. Informationen zur Qualität des Lebens im Alter im Allgemeinen sowie der Qualität der zusätzlich gewonnenen Jahre im Besonderen sind daher gerade auch für die Gesellschaftspolitik von wachsender Bedeutung. Gestützt auf ausgewählte Indikatoren wird im vorliegenden Beitrag untersucht, wie sich Lebenssituation und Lebensqualität im Alter im Vergleich zu der jüngeren Erwachsenenpopulation darstellen und über die Zeit verändern. Von besonderem Interesse ist zudem, wie sich Lebenssituation und Lebensqualität von jüngeren und älteren Alten unterscheiden. Der Fokus der Betrachtung richtet sich auf verschiedene Aspekte von Haushalt und Partnerschaft, Lebensstandard und Mobilität, den Gesundheitszustand sowie das subjektive Wohlbefinden.

In diesem Beitrag wird für die auf das Jahr 2004 bezogenen Analysen eine Altersklassifizierung verwendet, die innerhalb der Bevölkerung von 60 und mehr Jahren fünf Altersgruppen von jüngeren Alten, älteren Alten und Hochbetagten unterscheidet sowie die unter 60-Jährigen als Vergleichsgruppe umfasst. Aufgrund der geringeren Stichprobengröße bei früheren SOEP-Wellen muss für Zeitvergleiche eine weniger differenzierte, lediglich zwei Gruppen von Alten unterscheidende Altersklassifikation (60 bis 74 und 75 bis 99 Jahre) verwendet werden.

13.1 Familien- und Haushaltssituation

Partnerschaft und Haushaltskonstellation sind zweifellos Faktoren, die das Leben im Alter entscheidend prägen und mit zunehmendem Alter drastischen Veränderungen unterworfen sind. Während rund 70 % der 60- bis 64-Jährigen mit einem Ehepartner zusammenleben, ist das bei den 75- bis 79-Jährigen nur noch bei knapp 50 % und bei den 80-Jährigen und Älteren gar nur noch bei 30 % in Westdeutschland und jedem Vierten in Ostdeutschland der Fall. Entsprechend nimmt der Anteil der Verwitweten mit steigendem Alter schnell zu (vgl. Tab. 1). Der Anteil der Geschiedenen ist in der älteren Bevölkerung derzeit noch vergleichsweise gering, weist aber eine steigende Tendenz auf. Nur sehr geringe Anteile der alten Bevölkerung leben offen-

Tab. 1: Familienstand, Partnerschaft und Haushaltsgröße nach Altersgruppen

	Altersgruppen					
	17–59 Jahre	60–64 Jahre	65–69 Jahre	70–74 Jahre	75–79 Jahre	80–99 Jahre
	in %					
Westdeutschland						
Familienstand						
Ledig	36	6	7	3	5	6
Verheiratet, zusammenlebend	52	70	67	64	50	30
Geschieden	12	14	11	7	7	7
Verwitwet	1	11	16	26	39	58
Lebenspartner vorhanden						
Lebenspartner wohnt im gleichen Haushalt	64	73	70	66	53	31
Lebenspartner wohnt nicht im gleichen Haushalt	11	4	4	3	3	2
Haushaltsgröße						
1-Personen-Haushalte	17	24	28	32	44	61
2-Personen-Haushalte	27	59	64	63	50	34
3- und Mehr-Personen-Haushalte	56	17	8	6	6	5
Ostdeutschland						
Familienstand						
Ledig	40	4	2	2	1	6
Verheiratet, zusammenlebend	43	74	72	66	53	24
Geschieden	16	13	10	9	8	11
Verwitwet	1	10	16	22	38	60
Lebenspartner vorhanden						
Lebenspartner wohnt im gleichen Haushalt	60	81	75	70	58	29
Lebenspartner wohnt nicht im gleichen Haushalt	13	1	4	5	0	5
Haushaltsgröße						
1-Personen-Haushalte	16	18	25	30	39	65
2-Personen-Haushalte	27	70	70	68	59	32
3- und Mehr-Personen-Haushalte	57	12	5	3	2	3

Datenbasis: SOEP 2004.

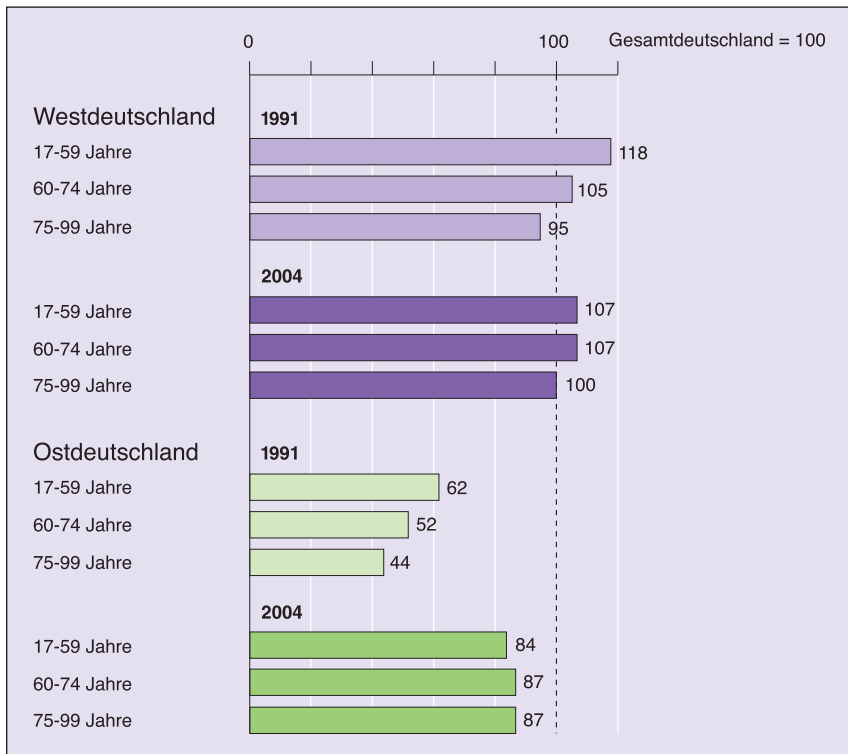
bar mit einem Partner unverheiratet zusammen. Die Anteile derjenigen, die unabhängig von einer Eheschließung mit einem Partner zusammenleben, sind kaum größer als die der verheiratet Zusammenlebenden.

Die alterstypischen Veränderungen des Familienstandes und der Partnerschaftssituation manifestieren sich auch in der Größe der Haushalte und deren Veränderung mit steigendem Alter: Während sich der Anteil der Ein-Personen-Haushalte bei den 60- bis 64-Jährigen mit 24 % noch nicht wesentlich vom Durchschnitt der jüngeren Bevölkerung unterscheidet, steigt dieser Anteil auf über 44 % (Ost: 39 %) bei den 75- bis 79-Jährigen sowie auf nahezu zwei Drittel bei den über 80-Jährigen. Drei- und Mehr-Personen-Haushalte bilden heute – bei abnehmender Tendenz – nur noch für eine Minderheit der alten Bevölkerung den Lebenskontext und spielen im höheren Lebensalter kaum noch eine Rolle.

13.2 Lebensstandard und Mobilität

Verwendet man die relative Einkommensposition, ein Maß, welches das eigene Einkommen – berechnet als Haushaltsäquivalenzeinkommen – in Prozent des Durchschnittseinkommens der Bevölkerung zum Ausdruck bringt, als zusammenfassenden Indikator für den Lebensstandard, ergibt sich für die ältere Bevölkerung eine vergleichsweise günstige Situation (vgl. Tab. 2): Bezogen auf den Einkommensdurchschnitt der Bevölkerung in Gesamtdeutschland nehmen die 60- bis 64-jährigen Westdeutschen mit einem Wert von 115 % die günstigste Position ein. Für die ältere Bevölkerung verschlechtert sich die relative Einkommensposition mit zunehmendem Alter nur geringfügig bis auf 99 % bei den 80- bis 99-Jährigen, was wenigstens zum Teil auf die geringeren Versorgungsansprüche von verwitweten Frauen zurückzuführen sein dürfte. In Ostdeutschland verfügen die 60-Jährigen und Älteren dagegen über 84 bis 89 % des gesamtdeutschen durchschnittlichen Äquivalenzein-

Abb. 1: Relative Einkommenspositionen verschiedener Altersgruppen



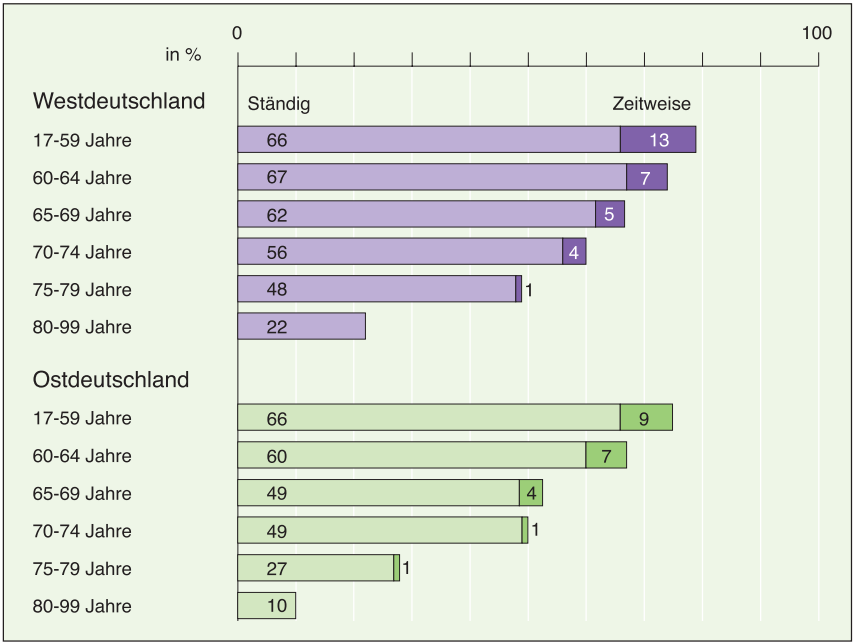
Datenbasis: SOEP 1991, 2004.

kommens. Ihre Einkommensposition ist damit sogar etwas besser als die der Erwachsenenbevölkerung der unter 60-Jährigen.

Die vorteilhafte Einkommenssituation der älteren Bevölkerung in Ostdeutschland kommt noch deutlicher zum Ausdruck, wenn man ihre relative Einkommenssituation am Durchschnittseinkommen der ostdeutschen Bevölkerung bemisst. Relativ zum ostdeutschen Durchschnitt erreicht das Einkommen der 60-Jährigen und Älteren sogar einen Wert von 104 % (tabellarisch nicht ausgewiesen). Eindeutig als Gewinner der Transformationsprozesse nach der deutschen Wiedervereinigung erweist sich die ältere ostdeutsche Bevölkerung, wenn man die relative Einkommensposition im Vergleich mit 1991 betrachtet (vgl. Abb. 1).

Damals erreichten die 60- bis 74-Jährigen 89 % und die 75- bis 99-Jährigen lediglich 73 % des durchschnittlichen ostdeutschen Äquivalenzeinkommens. Gemessen am gesamtdeutschen Durchschnittseinkommen haben sich die 60- bis 74-Jährigen Ostdeutschen sogar von 52 auf 87 % und die 75- bis 99-Jährigen von 44 auf ebenfalls 87 % verbessert. Aber auch in Westdeutschland hat die ältere Bevölkerung ihre relative Einkommensposition im Vergleich zu den jüngeren Altersgruppen im Verlauf der vergangenen Dekade leicht verbessern können.

Abb. 2: Verfügbarkeit über Pkw in verschiedenen Altersgruppen



Datenbasis: SOEP 2003.

Die alltägliche Mobilität steht und fällt in hohem Maße – insbesondere außerhalb der Großstädte – mit der Verfügbarkeit über einen PKW. Wie aus Abbildung 2 hervorgeht, nimmt der Anteil derjenigen, die ständig über einen eigenen PKW verfügen und insofern in ihren Mobilitätsmöglichkeiten nicht eingeschränkt sind, erwartungsgemäß mit steigendem Alter kontinuierlich ab, in Westdeutschland von 62 % (Ostdeutschland 49 %) bei den 65- bis 69-Jährigen auf etwa 48 % (Ostdeutschland 27 %) bei den 75- bis 79-Jährigen und nur noch 22 % (Ostdeutschland 10 %) bei den 80-Jährigen und Älteren.

Tab. 2: Relative Einkommensposition nach Altersgruppen

	Altersgruppen					
	17–59 Jahre	60–64 Jahre	65–69 Jahre	70–74 Jahre	75–79 Jahre	80–99 Jahre
	in %					
Westdeutschland	107	115	105	100	100	99
Ostdeutschland	84	85	89	85	88	87

Arithmetisches Mittel Gesamtdeutschland = 100.

Datenbasis: SOEP 2004.

13.3 Gesundheitszustand und Inanspruchnahme von medizinischen Leistungen

Mehr als in jeder anderen Phase des Lebenszyklus wird die Lebensqualität im Alter vom individuellen Gesundheitszustand und von den aus physischen und psychischen Krankheiten resultierenden Beeinträchtigungen des Aktivitätspotentials und des subjektiven Wohlbefindens bestimmt. Dementsprechend messen ältere Menschen der Gesundheit auch subjektiv eine herausragende Bedeutung bei. Körperliche Gebrechen und dauerhafte Behinderungen, aber auch psychische Symptome nehmen in der Regel mit dem Alter zu und führen, vor allem bei den Hochbetagten, zu nachhaltigen Verschlechterungen der Lebenssituation bis hin zur Pflegebedürftigkeit, von der ca. 30 % der über 80-Jährigen betroffen sind.

Vor allem gesundheitsbedingte Beeinträchtigungen von Alltagsaktivitäten resultieren vielfach in unmittelbaren Lebensqualitätseinbußen (vgl. Tab. 3 a und 3 b). Während sich beispielsweise in Westdeutschland fast drei Viertel aller 17- bis 59-Jährigen (Ostdeutschland 66 %) durch ihren Gesundheitszustand beim Treppensteigen gar nicht beeinträchtigt fühlen, sinkt dieser Anteil bereits auf 43 % bei den 60- bis 64-Jährigen (Ostdeutschland 29 %) und sogar bis auf lediglich 9 % (Ostdeutschland ebenfalls 9 %) bei den über 80-Jährigen, von denen mehr als jeder Zweite angibt, beim Treppensteigen sehr stark beeinträchtigt zu sein. Ganz ähnlich nimmt auch der Anteil derjenigen, die angeben bei anstrengenden Tätigkeiten durch ihren Gesundheitszustand nicht beeinträchtigt zu sein, mit steigendem Alter rasch ab. Gesundheits-

bedingte Einschränkungen sozialer Kontakte treten in relevantem Umfang erst im höheren Alter auf, in Westdeutschland bei 13 % (Ostdeutschland 21 %) der 75- bis 79-Jährigen sowie bei 23 % (Ostdeutschland 23 %) der 80- bis 99-Jährigen.

Darüber hinaus kann die Lebensqualität aber auch durch Symptome körperlicher und psychischer Krankheiten stark beeinträchtigt werden, die ebenfalls mit steigendem Alter zunehmen (vgl. Tab. 3a und 3b): Niedergeschlagenheit ist eine Beeinträchtigung des Wohlbefindens, von der im höheren Alter bis zu einem knappen Viertel der Befragten betroffen ist, die aber auch in der jüngeren Bevölkerung in nennenswertem Umfang (17 %) verbreitet ist und hier sogar geringfügig häufiger vorkommt als bei den jüngeren Alten. Dagegen ist das Erleiden starker körperlicher Schmerzen, das von etwa einem Drittel der über 80-Jährigen berichtet wird, ein Symptom, das in West- und Ostdeutschland mit zunehmendem Alter gleichermaßen an Verbreitung gewinnt.

Tab. 3a: Gesundheitszustand, gesundheitliche Beeinträchtigungen und Inanspruchnahme von medizinischen Leistungen nach Altersgruppen in Westdeutschland

Westdeutschland	Altersgruppen					
	17-59 Jahre	60-64 Jahre	65-69 Jahre	70-74 Jahre	75-79 Jahre	80-99 Jahre
	in %					
Gesundheitszustand gegenwärtig						
Sehr gut	14	4	3	2	2	2
Gut	44	29	25	19	15	9
Zufrieden stellend	28	42	42	46	39	38
Weniger gut	11	20	21	24	32	31
Schlecht	2	6	9	9	12	20
Gesundheitszustand beim Treppensteigen						
Stark beeinträchtigt	5	18	20	26	37	55
Ein wenig beeinträchtigt	24	39	46	52	46	36
Gar nicht beeinträchtigt	71	43	34	22	17	9
Gesundheitszustand bei anstrengenden Tätigkeiten						
Stark beeinträchtigt	8	23	26	31	43	60
Ein wenig beeinträchtigt	30	45	51	54	44	33
Gar nicht beeinträchtigt	62	32	24	14	13	7
Niedergeschlagen in den letzten 4 Wochen						
	17	14	13	14	16	23
Körperliche Schmerzen in den letzten 4 Wochen						
	9	21	24	20	28	37
Einschränkung sozialer Kontakte wg. gesundheitlicher Beeinträchtigungen						
	6	7	7	10	13	23
Arztbesuche in den letzten 3 Monaten						
	60	77	83	85	89	88
Krankenhausaufenthalt im letzten Jahr						
	9	12	21	18	27	28

Datenbasis: SOEP 2004.

Tab. 3b: Gesundheitszustand, gesundheitliche Beeinträchtigungen und Inanspruchnahme von medizinischen Leistungen nach Altersgruppen in Ostdeutschland

Ostdeutschland	Altersgruppen					
	17–59 Jahre	60–64 Jahre	65–69 Jahre	70–74 Jahre	75–79 Jahre	80–99 Jahre
	in %					
Gesundheitszustand gegenwärtig						
Sehr gut	9	1	1	3	0	1
Gut	48	28	23	12	15	7
Zufrieden stellend	30	44	42	49	44	36
Weniger gut	11	21	28	24	26	37
Schlecht	3	5	7	11	15	19
Gesundheitszustand beim Treppensteigen						
Stark beeinträchtigt	5	17	21	33	43	56
Ein wenig beeinträchtigt	29	54	50	48	43	36
Gar nicht beeinträchtigt	66	29	29	19	14	9
Gesundheitszustand bei anstrengenden Tätigkeiten						
Stark beeinträchtigt	8	25	26	35	46	60
Ein wenig beeinträchtigt	35	51	58	48	46	36
Gar nicht beeinträchtigt	57	24	16	17	7	3
Niedergeschlagen in den letzten vier Wochen						
Körperliche Schmerzen in den letzten vier Wochen	18	15	15	18	22	24
Einschränkung sozialer Kontakte wg. gesundheitlicher Beeinträchtigungen	10	21	23	21	33	44
Arztbesuche in den letzten 3 Monaten	6	8	8	12	21	23
Krankenhausaufenthalt im letzten Jahr	62	85	92	91	98	89
	10	14	15	21	20	24

Datenbasis: SOEP 2004.

Dass sich der Gesundheitszustand mit steigendem Alter im Allgemeinen verschlechtert, wird durch eine Vielzahl von Indikatoren belegt (vgl. auch Teil II, Kapitel 4). Dagegen finden sich Hinweise darauf, dass der durch das Alter bedingte Anstieg der Gesundheitskosten offenbar geringer ist, als vielfach angenommen und behauptet wurde. Beide hier verwendeten Indikatoren der Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen steigen mit dem Alter jedoch deutlich an (vgl. Tabelle 3a und 3b): Der Anteil derjenigen, die angeben in den letzten drei Monaten einen Arzt aufgesucht zu haben, steigt in Westdeutschland von 77 % (Ostdeutschland 85 %) bei den 60- bis 64-Jährigen auf 88 % (Ostdeutschland 89 %) bei den 80- bis 99-Jährigen, beträgt aber lediglich 60 % (Ostdeutschland 62 %) in der Vergleichsgruppe der jüngeren Bevölkerung. Ein ähnlicher Zusammenhang mit dem Alter ist festzustellen, wenn man die »Krankenhausaufenthalte im letzten Jahr« betrachtet, die auf etwa jeden

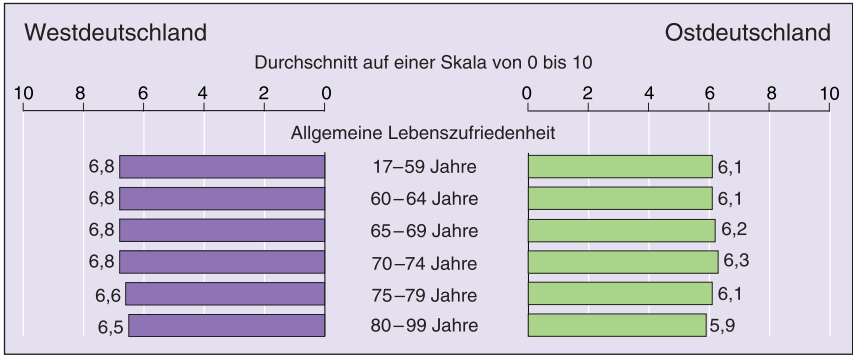
vierten 80-Jährigen und Älteren zutreffen gegenüber etwa jedem Achten im Alter von 60 bis 69 Jahren und lediglich jedem zehnten 17- bis 59-Jährigen.

13.4 Subjektives Wohlbefinden

Die mit dem Alterungsprozess einhergehenden Gesundheitsbeeinträchtigungen manifestieren sich nicht zuletzt auch in der subjektiven Beurteilung des eigenen Gesundheitszustandes und in der Zufriedenheit mit der Gesundheit: Während in West- wie in Ostdeutschland lediglich 13 % der 17- bis 59-Jährigen ihren Gesundheitszustand als »weniger gut« oder »schlecht« bezeichnen, gilt das für 40 % der 75- bis 79-Jährigen sowie für mehr als die Hälfte der über 80-Jährigen (vgl. Tab. 3 a und 3 b). Auch die Zufriedenheit mit der Gesundheit nimmt mit steigendem Alter deutlich ab: In Westdeutschland erreicht sie bei den 60- bis 64-Jährigen einen Wert von 6,0 auf der von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden) reichenden Zufriedenheitsskala gegenüber einem Wert von 6,9 bei den 17- bis 59-Jährigen und geht bei den über 80-Jährigen bis auf 4,8 zurück. Die Differenz in der Gesundheitszufriedenheit zwischen den beiden Gruppen beträgt hier somit über zwei Skalenpunkte. Solche Differenzen sind auch in Ostdeutschland zwischen den Altersgruppen der über 80-Jährigen (4,2) und dem Durchschnitt der 17- bis 59-Jährigen (6,5) zu finden (vgl. Abb. 3).

Die Zufriedenheit mit der Gesundheit ist gerade für ältere Menschen ein Aspekt, der das subjektive Wohlbefinden wesentlich mitbestimmt, stellt dabei aber dennoch lediglich eine Komponente neben anderen dar. Deutlich zufriedener als mit ihrer Gesundheit sind ältere Menschen mit ihrem Haushaltseinkommen. Das entspricht ihrer – bereits festgestellten – vergleichsweise günstigen faktischen Einkommenssituation und materiellen Lage. Die Population der 60-Jährigen und Älteren ist mit ihrem Haus-

Abb. 3: Allgemeine Lebenszufriedenheit nach Altersgruppen



1 2002 statt 2004.

Datenbasis: SOEP 2002, 2004.

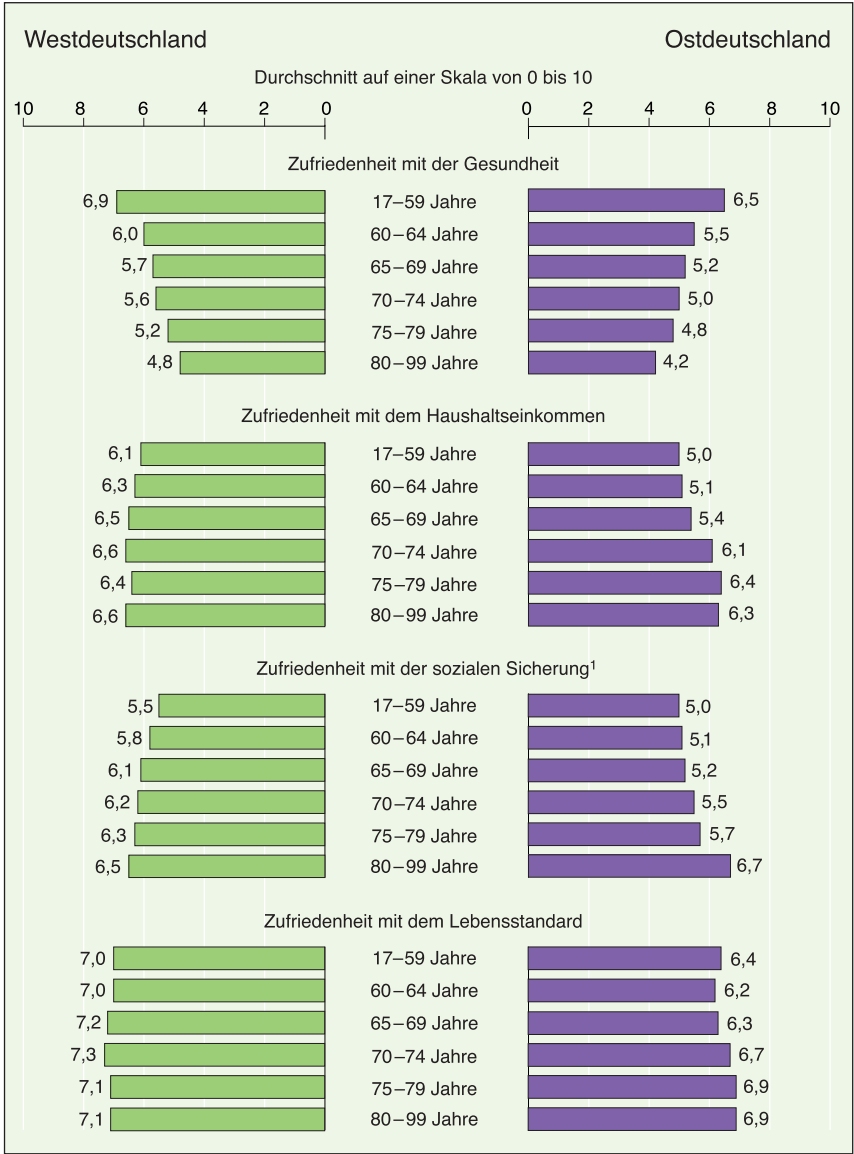
haltseinkommen im Vergleich mit der jüngeren Bevölkerung überdurchschnittlich zufrieden (vgl. Abb. 3). Am zufriedensten sind in Westdeutschland die 70- bis 74-Jährigen sowie die über 80-Jährigen mit einem Wert von 6,6 auf der von 0 bis 10 reichenden Skala gegenüber 6,3 bei den 60- bis 64-Jährigen. In Ostdeutschland – wo die Differenzen zwischen den Altersgruppen besonders ausgeprägt sind – äußern sich die 75- bis 79-Jährigen am zufriedensten (6,4), dagegen liegt das Zufriedenheitsniveau bei den 60- bis 64-Jährigen bei einem Wert von nur 5,1. Während die Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen in Westdeutschland im Vergleich zu 1991 in allen unterschiedlichen Altersgruppen um mehr als 0,5 Skalenpunkte abgenommen hat, ist in Ostdeutschland in diesem Zeitraum ein deutlicher Anstieg zu beobachten, der sich in der ältesten Altersgruppe auf fast einen Skalenpunkt beläuft (vgl. Tab. 4). Die für die alte Bevölkerung besonders ausgeprägten absoluten und relativen Einkommensverbesserungen schlagen sich auch in deutlichen Zufriedenheitsgewinnen nieder. Die Zufriedenheit mit dem Lebensstandard ist über fast alle Altersgruppen hinweg – in West- und Ostdeutschland – höher als die mit dem Einkommen. In Westdeutschland finden sich hier auch nur geringe Unterschiede zwischen den Altersgruppen und kaum Veränderungen über die Zeit. Auch in Ostdeutschland sind die Unterschiede zwischen den Altersgruppen nicht sehr ausgeprägt. Allerdings hat in Ostdeutschland auch die Zufriedenheit mit dem Lebensstandard zwischen 1992 und 2004, mit Ausnahme der 75-Jährigen und Älteren, zugenommen (vgl. Tab. 4).

Mit der sozialen Sicherung sind ältere Menschen in West- und in Ostdeutschland überdurchschnittlich zufrieden, wobei das diesbezügliche Zufriedenheitsniveau für alle Altersgruppen aber deutlich unter den für den Lebensstandard und das Haushaltseinkommen zu beobachtenden Zufriedenheitsniveaus liegt. Die für die jüngeren Altersgruppen – im Vergleich zu den derzeitigen Rentnergenerationen – absehbare Verschlechterung der sozialen Sicherung schlägt sich auch in ihrer Zufriedenheit nieder: Das Niveau der Zufriedenheit mit der sozialen Sicherung liegt in der Gruppe der 80- bis 99-Jährigen mit einem Wert von 6,5 in Westdeutschland um einen vollen Skalenpunkt höher als in der Population der 17- bis 59-Jährigen; in Ostdeutschland ist die Differenz mit 1,7 Skalenpunkten sogar noch ausgeprägter (vgl. Abb. 4).

Die Zufriedenheit mit dem Leben insgesamt wird vielfach als ein globaler, viele einzelne Aspekte und Facetten der Lebensumstände und des Lebensverlaufs zusammenfassend bilanzierender Indikator für das subjektive Wohlbefinden verwendet. Wie Abbildung 4 zu entnehmen ist, unterscheidet sich die Lebenszufriedenheit der älteren Bevölkerung entgegen der allgemeinen Erwartung kaum von jüngeren Altersgruppen. Eine geringfügig unter dem durchschnittlichen Niveau liegende Zufriedenheit lässt sich allenfalls bei den Hochbetagten benennen. Im Zeitverlauf ist für Westdeutschland ein leichter Rückgang der Lebenszufriedenheit für sämtliche Altersgruppen zu beobachten, in Ostdeutschland ein leichter Rückgang in der älteren Bevölkerung sowie ein geringer Anstieg bei den 17- bis 59-Jährigen (vgl. Tab. 4).

Weiter gehende Analysen zu den Wirkungen und Einflussstärken ausgewählter Merkmale der Lebensumstände auf die Lebenszufriedenheit führen zu einigen bemerkenswerten Einsichten: Zunächst bestätigt sich die Erwartung, dass sich der Gesund-

Abb. 4: Zufriedenheit mit ausgewählten Lebensbereichen nach Altersgruppen



¹ 2002 statt 2004.

Datenbasis: SOEP 2004.

heitszustand – gemessen über dessen subjektive Einschätzung – massiv auf die Lebenszufriedenheit auswirkt und die Stärke dieses Einflusses mit dem Lebensalter noch zunimmt. Daraus folgt gleichzeitig auch, dass die Zufriedenheit mit dem Leben unter ansonsten gleichen Bedingungen mit dem Alter sogar zunimmt, wenn Verschlechterungen des Gesundheitszustandes kontrolliert werden. Wie nicht anders zu erwarten, mindert auch die Tatsache der Pflegebedürftigkeit – von der weit überwiegend ältere Alte betroffen sind – die Lebenszufriedenheit nachhaltig. Die Bedeu-

Tab. 4: Zufriedenheit mit ausgewählten Lebensaspekten nach Altersgruppen und im Zeitvergleich

Westdeutschland	1984			1991			2004		
	Altersgruppen								
	17–59 Jahre	60–74 Jahre	75–99 Jahre	17–59 Jahre	60–74 Jahre	75–99 Jahre	17–59 Jahre	60–74 Jahre	75–99 Jahre
	Mittelwert								
Zufriedenheiten mit ...									
Gesundheit	7,3	5,6	5,1	6,9	5,8	5,3	6,9	5,8	5,0
HH-Einkommen	6,3	6,8	6,8	6,8	7,1	7,4	6,1	6,4	6,5
Sozialer Sicherung ¹	–	–	–	–	–	–	5,5	6,0	6,4
Lebensstandard ²	–	–	–	7,2	7,4	7,4	7,0	7,2	7,1
Lebenszufriedenheit	7,4	7,5	7,2	7,3	7,5	7,1	6,8	6,8	6,6

Ostdeutschland	1992			2004		
	Altersgruppen					
	17–59 Jahre	60–74 Jahre	75–99 Jahre	17–59 Jahre	60–74 Jahre	75–99 Jahre
	Mittelwert					
Zufriedenheiten mit ...						
Gesundheit	6,9	5,5	4,5	6,5	5,3	4,5
HH-Einkommen	4,6	5,1	5,5	5,0	5,5	6,4
Sozialer Sicherung ¹	–	–	–	5,0	5,3	6,2
Lebensstandard	5,8	5,9	6,3	6,4	6,4	6,9
Lebenszufriedenheit	5,9	6,4	6,5	6,1	6,2	6,0

1 2002 statt 2004.

2 1992 statt 1991.

– Indikator nicht erhoben.

Datenbasis: SOEP 1984, 1991, 1992, 2002, 2004.

tung des Einkommens – hier gemessen als relative Einkommensposition – für die Lebenszufriedenheit ist für die jüngere Bevölkerung beachtlich, nimmt aber mit zunehmendem Alter kontinuierlich ab und erweist sich in den höchsten Altersgruppen als nicht mehr signifikant; und anders als in den anderen Altersgruppen wirkt sich bei den über 80-Jährigen auch die West-Ost-Zugehörigkeit nicht auf die Lebenszufriedenheit aus. Überraschend ist vor allem der Befund, dass das Zusammenleben mit einem Ehe- oder sonstigen Partner – anders als üblicherweise angenommen – nur in der jüngeren

Bevölkerung sowie bei den jüngeren Alten einen – wenn auch nur leichten – positiven Einfluss auf die Lebenszufriedenheit ausübt; in der Gruppe der über 70-Jährigen ist jedoch kein signifikanter Einfluss des Zusammenlebens mit einem Partner – weder positiv noch negativ – festzustellen.

13.5 Zusammenfassung

Alles in allem machen die Ergebnisse deutlich, dass sich ältere Menschen in ihrer Lebensqualität in vielfacher Hinsicht – wenn auch nicht durchgängig und nicht nur negativ – von jüngeren unterscheiden. Insbesondere hinsichtlich ihres Einkommens und ihrer materiellen Verhältnisse geht es der älteren Bevölkerung in Deutschland derzeit vergleichsweise gut. Deutliche Verbesserungen ihrer absoluten und relativen Einkommensposition haben insbesondere die höheren Altersgruppen in den östlichen Bundesländern erfahren, was sich auch in ihrem subjektiven Wohlbefinden niederschlägt. Die aus gesellschaftspolitischer Sicht besonders interessierenden Defizite in der Lebensqualität älterer Menschen im Vergleich zu jüngeren Bevölkerungsgruppen betreffen vor allem die immateriellen Aspekte des Lebens. Deutliche Einbußen in der Lebensqualität stellen sich insbesondere bei den älteren Alten, das heißt den Altersgruppen ab 70 Jahren ein, die sich von den jüngeren Alten hinsichtlich einer Vielzahl der verwendeten Indikatoren negativ unterscheiden.

Für manche Beobachter überraschend ist die auch im hohen Lebensalter nur unwesentlich sinkende Zufriedenheit mit dem Leben insgesamt. In der Gesamtbilanz der Lebenszufriedenheit werden die im höheren Lebensalter negativ zu Buche schlagenden Aspekte – wie beispielsweise Beeinträchtigungen der Gesundheit – offenbar durch positiv bewertete Wohlfahrtskomponenten – wie z.B. eine im Durchschnitt vergleichsweise günstige materielle Lage – wenigstens teilweise kompensiert. Dass es älteren Menschen in der Regel anscheinend gelingt, das Niveau ihres subjektiven Wohlbefindens weitgehend aufrechtzuerhalten, mag darüber hinaus jedoch auch auf Prozesse der Anpassung und der Revision von Wertorientierungen, das heißt der Reduzierung von Erwartungen und der Abwertung von in früheren Phasen des Lebenszyklus wichtigeren und der Höherbewertung von in früheren Lebensphasen weniger wichtigen Aspekten zusammenhängen. Auch wenn die vielfach gestellte Frage, ob die durch eine steigende Lebenserwartung gewonnenen Jahre lebenswert seien, pauschal kaum beantwortet werden kann, ist offensichtlich, dass ihre Qualität mit dem Gesundheitsstatus steht und fällt.

(Heinz-Herbert Noll/Stefan Weick)

Weitere Informationen zum Thema Altersaufbau siehe Teil I, Kap. 1.4, zum Thema Alter und Gesundheit Teil I, Kap. 8.4.

14 Zuwanderer und Ausländer in Deutschland

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist die Bevölkerungsentwicklung der Bundesrepublik Deutschland durch Wanderungsbewegungen geprägt. In den letzten 50 Jahren wurden rund 54 Millionen Zu- und Fortzüge verzeichnet. Dabei wanderten 9 Millionen Menschen mehr in die Bundesrepublik ein als aus. Ein Teil der Zuwanderer hat die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen und gilt in der amtlichen Statistik als Deutsche. Die Zahl der Personen mit Migrationshintergrund liegt deshalb deutlich höher als die Anzahl der Ausländer von 7,3 Millionen (vgl. auch Teil I, Kap. 1.8). Die größten Zuwanderergruppen stammen aus den früheren Anwerbestaaten für so genannte Gastarbeiter: aus der Türkei, Italien, Spanien, Griechenland, Portugal und dem damaligen Jugoslawien. Seit 1989, dem Ende der Ost-West-Konfrontation, gab es neue Zuwanderungsbewegungen, vor allem immigrierten Flüchtlinge und Asylsuchende aus den Krisengebieten des Balkans und Spätaussiedler aus Polen, Rumänien und dem Gebiet der GUS-Staaten. Es gibt mehr und mehr Menschen, die keinen dauerhaften Lebensmittelpunkt in einem Land mehr haben, sondern zwischen den Staaten pendeln. Solche Prozesse der transnationalen Migration sind nur schwer zu dokumentieren. Dies gilt ebenso für die Situation der illegalen Zuwanderer, deren Zahl in der Bundesrepublik Deutschland auf 0,5 bis 1,5 Millionen geschätzt wird.

Für alle Zuwanderer ist die Entscheidung, in ein anderes Land einzuwandern, von großen Umbrüchen begleitet. Diese Eingliederung in die Aufnahmegesellschaft wird als Integration bezeichnet. Sie stellt sowohl die Zuwanderer als auch die ansässige Bevölkerung und deren Institutionen vor Herausforderungen.

Im Folgenden wird auf Grundlage der Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) die Lebenssituation der größten Zuwanderergruppen in Deutschland dargestellt: der Zuwanderer aus der Türkei, aus den EU-Staaten: Griechenland, Italien, Portugal und Spanien (hier als Südwest-Europa bezeichnet), aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens und Aussiedler. Dabei geht es um die folgenden Bereiche: Lebensbedingungen, Bildungssituation, Beschäftigung und soziale Integration. Alle Analysen beziehen sich auf die alten Bundesländer, da die große Mehrheit der Zuwanderer dort lebt.

14.1 Lebensbedingungen im Vergleich

In Tabelle 1 sind wichtige Indikatoren der Lebensbedingungen dargestellt. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer verweist auf die unterschiedlichen Zuwanderungsphasen. Zuwanderer aus den vier südwest-europäischen Staaten leben mit 32 Jahren im Schnitt am längsten in Deutschland, während (Spät-)Aussiedler hauptsächlich erst

nach dem Fall des Eisernen Vorhangs 1989 nach Deutschland immigriert sind. Dem entsprechend unterscheidet sich auch der Anteil der 2. Generation zwischen den Zuwanderergruppen, also derjenigen, die in Deutschland geboren wurden oder als Kinder nach Deutschland gekommen sind. Ein Vergleich der Daten von Haushaltsgröße und Familienstand verdeutlicht die stabile, traditionale Familienorientierung vor allem der türkischen Zuwanderergruppe. Mehrgenerationenfamilien mit mehr als einem Kind sind immer noch typisch, auch wenn sich die Geburtenrate der zugewanderten Frauen allmählich an die der deutschen Frauen angleicht.

Tab. 1: Lebenssituation von Deutschen und Zuwanderern
in den alten Bundesländern

	Deutsche		Zuwanderer aus ...						Aussiedler	
			der Türkei		Südwest-europa		dem ehemal. Jugoslawien			
	1996	2004	1996	2004	1996	2004	1996	2004	1996	2004
	in %									
Familienstand										
Verheiratet	55	53	75	79	66	63	70	65	67	58
In Partnerschaft	18	19	7	6	15	13	11	9	12	16
Ledig	12	14	15	12	13	16	13	20	12	17
Geschieden	5	5	2	2	3	3	2	4	2	3
Verwitwet	10	8	1	0	3	5	4	2	7	6
In Deutschland geboren	–	–	15	18	17	22	9	13	0	0
Armutsgefährdungsquote (60 % des Median- einkommens)	12	15	39	35	15	13	30	37	20	27
	Mittelwert									
Aufenthaltsdauer in Deutschland (in Jahren)	–	–	19	23	24	32	18	21	10	15
Monatliches Haushalts- äquivalenzeinkommen (€)	1 140	1 360	630	850	870	1 110	750	870	810	940
Haushaltsgröße, Personen	2,5	2,5	3,8	3,8	3,4	3,2	3,2	3,0	3,3	3,3
Wohnfläche pro Person (qm)	46	49	22	24	27	32	26	31	28	33

Datenbasis: SOEP 1996 und 2004.

Die Ergebnisse zur Wohnfläche pro Person und zum monatlichen Haushaltsäquivalenzeinkommen zeigen deutliche Unterschiede in den materiellen Lebensbedingungen. Deutsche verfügen im Vergleich zu den Zuwanderern über ein deutlich höheres Einkommen und über mehr Wohnraum pro Person. Unter den im Durchschnitt schlechtesten Lebensbedingungen leben Zuwanderer aus der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien. Mehr als ein Drittel der Zuwanderer aus diesen Regionen leben in einkommensarmen Haushalten. Zwischen 1996 und 2004 verbesserte sich die Einkommenslage bei den türkischen Zuwanderern und den Migrantinnen aus den vier südwest-europäischen Staaten deutlich, während sie sich für Aussiedler und Zuwanderer aus dem ehemaligen Jugoslawien eher verschlechterte. Besonders der Anstieg an einkommensarmen Haushalten ist bemerkenswert. Die im Schnitt deut-

lich niedrigere Wohnfläche bei allen Zuwanderergruppen im Vergleich zur Gruppe der Deutschen erklärt sich allerdings auch aus dem hohen Anteil von Zuwanderern, die in städtischen Mietwohnungen leben.

14.2 Bildung und Ausbildung

Eine gute schulische und berufliche Bildung eröffnet eine Reihe von Wahlmöglichkeiten für die zukünftige Lebensgestaltung. In einer mehr und mehr wissensbasierten Gesellschaft ist eine entsprechend qualifizierte Schul- und Ausbildung zentral für die Integration in den Arbeitsmarkt und die beruflichen Chancen. Dazu gehören in der Regel auch gute deutsche Sprach- und Schreibkenntnisse. Bei den Aussiedlern schätzen knapp 80 % ihre deutschen Sprachkenntnisse als gut ein und immerhin noch 60 % beurteilen ihre Schreibfähigkeit im Deutschen als gut. Hingegen liegen die Quoten bei Zuwanderern aus der Türkei und den südwest-europäischen Staaten um 20 bis 30 Prozentpunkte niedriger. Bis auf die Gruppe der Zuwanderer aus der Türkei ergibt sich im Querschnittsvergleich zwischen 1996 und 2001 eine Verbesserung der Sprach- und Schreibkenntnisse. Besonders deutlich ist diese Entwicklung bei der Gruppe der Aussiedler und Zuwanderer aus dem früherem Jugoslawien (vgl. Tab. 2).

Bei der Schulbildung bestehen weiterhin starke Unterschiede zwischen der deutschen Bevölkerung und den einzelnen Zuwanderergruppen. Wiederum sind es Zuwanderer aus der Türkei, die den höchsten Anteil an Personen ohne Schulabschluss aufweisen. Bei den höheren Schulabschlüssen sind sowohl türkische Zuwanderer als auch Zuwanderer aus Südwest-Europa unterrepräsentiert. Allerdings zeigt sich, dass die 2. Generation deutlich höhere Schulabschlüsse erreicht. Somit ist ein Teil der Unterschiede durch die Wanderungsgeschichte bedingt, da vor allem niedrig qualifizierte Arbeiter angeworben wurden und es bis Ende der 1970er-Jahre keine bildungspolitischen Integrationsmaßnahmen gab. Für dieses Ergebnis sprechen auch Befunde, die nachweisen, dass sich seit den 1980er-Jahren der Bildungsabstand zwischen Deutschen und Zuwanderergruppen, die seit längerer Zeit in Deutschland leben, zunehmend verringert hat.

Der enge Zusammenhang zwischen Schulbildung und Ausbildung zeigt sich in Tabelle 2. Der Anteil der Zuwanderer ohne Berufsausbildung liegt zwischen 28 % bei den Aussiedlern und 58 % bei den Zuwanderern aus der Türkei und damit weit über dem entsprechenden Anteil bei den Deutschen. Bemerkenswert ist, dass Zuwanderer aus dem ehemaligen Jugoslawien gleich oft und Aussiedler sogar öfter über eine akademische Ausbildung verfügen als Deutsche. Wie bei der Schulbildung, so zeigt sich auch bei der beruflichen Ausbildung die Tendenz, dass die zweite Generation im Vergleich zur jeweiligen Gesamtgruppe höhere Berufsabschlüsse erreicht. Insgesamt ist innerhalb der acht Jahre ein Trend zu höheren Ausbildungsabschlüssen zu beobachten. Diese zunehmende Qualifizierung wird besonders bei Frauen deutlich. Im

Tab. 2: Sprachkenntnisse und Bildung von Deutschen und Zuwanderern in Westdeutschland

	Deutsche		Zuwanderer aus ...						Aussiedler	
			der Türkei		Südwest-europa		dem ehemal. Jugoslawien.			
	1996	2004	1996	2004	1996	2004	1996	2004	1996	2004
	in %									
Gute deutsche Sprachkenntnisse	–	–	55	54	57	64	61	67	69	80
Gute Schreibfähigkeiten in Deutsch	–	–	41	43	36	44	35	50	55	69
<i>Schulbildung</i>										
Kein Schulabschluss	3	2	28	21	28	16	23	17	7	7
Frauen	3	1	34	27	31	17	29	24	7	8
2. Generation	–	–	21	3	9	8	13	2	19	1
Haupt-/Pflichtschule	52	44	44	49	50	59	54	48	47	47
Frauen	53	44	43	44	45	52	46	43	45	44
2. Generation	–	–	43	54	60	51	44	38	35	32
Realschule	25	27	24	20	14	14	18	29	31	35
Frauen	28	31	20	18	16	19	19	27	35	37
2. Generation	–	–	27	24	16	23	27	45	34	41
Abitur	21	27	4	10	8	10	5	6	14	12
Frauen	16	24	3	11	7	12	7	6	13	11
2. Generation	–	–	8	19	15	18	16	16	12	27
<i>Ausbildung</i>										
Keine Ausbildung	24	20	67	58	64	56	52	40	34	28
Frauen	32	25	74	75	66	68	63	45	39	31
2. Generation	–	–	57	47	48	34	43	28	52	36
Berufsausbildung	64	63	29	33	30	34	41	44	49	46
Frauen	59	62	23	19	28	22	32	42	46	40
2. Generation	–	–	41	50	47	57	51	62	45	53
Akademischer Abschluss	13	17	4	9	6	10	7	17	18	26
Frauen	9	13	2	6	6	10	6	13	15	29
2. Generation	–	–	3	3	5	9	6	11	3	10

Datenbasis: SOEP 1996 und 2004.

Vergleich zu Männern verbessern sich ihre Bildungsabschlüsse überproportional. Allerdings darf dies nicht über die weiterhin bestehende Ungleichheit hinwegtäuschen. Über 70 % der Frauen aus der Türkei haben keinen Berufsabschluss. Bei den Gruppen aus den südwest-europäischen Staaten sind es knapp 70 %.

14.3 Erwerbstätigkeit und Einkommen

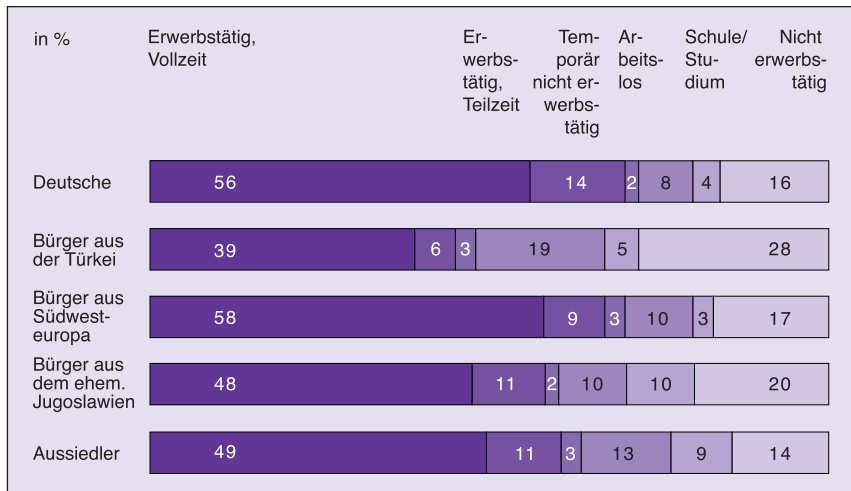
Die Teilnahme am Erwerbsleben ist in den einzelnen Zuwanderergruppen sehr unterschiedlich. Abbildung 1 zeigt, dass fast jeder dritte Zuwanderer aus der Türkei nicht am Erwerbsleben teilnimmt. Dies betrifft vor allem türkische Frauen, die in der Mehr-

zahl nicht berufstätig sind. Auch tragen rechtliche Beschränkungen bei der Arbeitsaufnahme für Nicht-EU-Bürger dazu bei, dass die Erwerbsbeteiligung von Zuwanderern aus der Türkei und Staatsbürgern der Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens geringer ist als bei Zuwanderern aus EU-Ländern und Aussiedlern mit deutscher Staatsbürgerschaft.

Auch bei der Stellung innerhalb des Erwerbssystems zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen. Während bei den Deutschen und den Zuwanderern aus Südwest-Europa weit über 60 % einer Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigung nachgehen, sind dies bei den Aussiedlern und Zuwanderern aus dem ehemaligen Jugoslawien knapp 60 % und bei den Zuwanderern aus der Türkei nur rund 45 %. Teilzeitarbeit wird dabei weitgehend von Frauen ausgeübt. Große Unterschiede zeigen sich in den Arbeitslosenzahlen. Hier weisen Zuwanderer aus der Türkei die höchste Quote auf. Insgesamt hat sich das Arbeitslosigkeitsrisiko für Zuwanderer in den 1990er-Jahren stark erhöht und liegt deutlich über dem der deutschen Bevölkerung.

Die berufliche Stellung der Beschäftigten geht mit einer spezifischen Verteilung nach Wirtschaftssektoren einher. Die Mehrzahl der beschäftigten Zuwanderer ist als ungelernete und angelernte Arbeiter vorwiegend im industriellen Sektor tätig (vgl. Tab. 3). Die berufliche Mobilität vor allem bei den als so genannte Gastarbeiter nach Deutschland immigrierten Zuwanderern ist gering. Sie haben den wirtschaftlichen Strukturwandel seit den 1970er-Jahren nur unzureichend und verzögert vollziehen können. Dies wiederum ist ein wichtiger Grund für die hohen Arbeitslosigkeitsquoten. Nur

Abb. 1: Erwerbsstatus von Deutschen und in Deutschland lebenden Ausländern



Datenbasis: SOEP 2004.

Zuwanderer aus Südwest-Europa arbeiten häufiger als qualifizierte Facharbeiter und weisen auch im Vergleich zu den anderen Zuwanderergruppen den höchsten Anteil höherer Angestellter auf. Der Abstand zu den deutschen Beschäftigten, die in der Mehrzahl als Angestellte tätig sind, verringert sich zwar zwischen 1996 und 2004, bleibt jedoch groß. Dieser Befund dokumentiert sich auch an den durchschnittlichen Berufsprestigewerten, die für Deutsche deutlich höher sind als für die Zuwanderergruppen.

Tab. 3: Beschäftigungsstruktur von Deutschen und Zuwanderern in Westdeutschland

	Deutsche		Zuwanderer aus ...						Aussiedler	
			der Türkei		Südwest-europa (bis 2003)		dem ehemal. Jugoslawien			
	1996	2004	1996	2004	1996	2004	1996	2004	1996	2004
	in %									
Berufliche Stellung										
Arbeiter	12	12	48	46	45	31	56	42	40	36
Facharbeiter/Meister	18	14	31	20	29	33	25	18	34	25
Einfache Angestellte	4	5	4	3	3	6	4	5	5	4
Mittlere Angestellte	20	23	24	24	19	20	29	25	31	29
Höhere Angestellte	7	8	0	0	1	4	0	1	1	1
Selbstständige	20	23	24	24	19	20	29	25	31	29
Niedrigeinkommen (50 % des Durchschnitts)	20	23	24	24	19	20	29	25	31	29
Hoheinkommen (200 % des Durchschnitts)	7	8	0	0	1	4	0	1	1	1
	Mittelwert									
Nettoarbeitseinkommen (Euro, nominal)	1390	1560	1100	1350	1120	1470	1050	1230	1060	1200
Berufsprestige (0=niedrig, 100=hoch)	64	72	45	45	48	50	43	49	47	58

Datenbasis: SOEP 1996 und 2004.

Die Unterschiede in der beruflichen Qualifikation manifestieren sich auch in den Arbeitseinkommen. Zuwanderer aus dem ehemaligen Jugoslawien und Aussiedler beziehen die niedrigsten Einkommen und konnten nur von einer geringen nominalen Einkommenssteigerung zwischen 1996 und 2004 profitieren. Die Einkommensunterschiede zwischen den Gruppen werden weniger durch Niedrigeinkommen geprägt, sondern vor allem durch die unterschiedlichen Anteile bei den Hoheinkommensbeziehern. Zuwanderer aus Südwest-Europa finden sich weniger häufig im Niedrigeinkommensbereich als deutsche Erwerbstätige. Dafür gibt es in der Gruppe der Deutschen acht Prozent, die mehr als das Doppelte des Durchschnittsverdienstes erhalten, ein Anteil der von keiner Zuwanderergruppe erreicht wird. Daran wird erneut deutlich, dass höhere Berufspositionen nur selten von Zuwanderern eingenommen werden.

14.4 Soziale Integration

Die Daten des SOEP bieten durch die jährliche Befragung derselben Personen auch die Möglichkeit, Prozesse der sozialen Integration im Längsschnitt zu betrachten und zu dokumentieren. Für diese Prozesse liegen verschiedene Fragen und Indikatoren vor – etwa die Bleibeabsicht in Deutschland, die Beherrschung des Deutschen als Umgangssprache, die Kontakte zu Deutschen und auch die Wahrnehmung von Benachteiligungen aufgrund der Herkunft. Die diesbezüglichen Ergebnisse (vgl. Tab. 4) zeichnen ein heterogenes Bild. Erwartungsgemäß weisen Aussiedler die höchste Bleibeabsicht auf und sie sprechen in der Mehrzahl auch Deutsch als Umgangssprache. Zudem erfahren sie aufgrund ihrer Herkunft selten Benachteiligungen.

Dagegen wollen auch rund 68 % der Zuwanderer aus der Türkei zwar dauerhaft in Deutschland bleiben, allerdings spricht nur ein Fünftel der türkischen Zuwanderer Deutsch als Umgangssprache. Im Zeitverlauf zwischen 1996 und 2003 hat dieser Anteil sogar abgenommen. Zu beiden Zeitpunkten gab es bei einem Fünftel weder Besuch von noch bei Deutschen, und immerhin 15 % fühlten sich aufgrund ihrer Herkunft oft benachteiligt. Diese Angaben verdeutlichen auf der einen Seite einige der Schwierigkeiten bei der Integration türkischer Zuwanderer. Auf der anderen Seite hat ein beachtlicher Teil zwischen 1996 und 2004 die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen, was unter anderem mit der Nivellierung des Staatsbürgerschaftsrechts im Jahre 1999 zusammenhängen dürfte. Im zeitlichen Vergleich reduziert sich auch bei allen Zuwanderergruppen die wahrgenommene Diskriminierung aufgrund der Herkunft. Der Kontakt zur einheimischen Bevölkerung im Alltag durch Besuche von oder bei Deutschen stagniert zwischen 1996 und 2004. Dennoch weisen die entsprechenden Anteile zwischen 80 und 90 % keinesfalls auf Prozesse der Segregation hin. Abgesehen von der Gruppe der Aussiedler sprechen weniger als die Hälfte aller Zuwanderer Deutsch als Umgangssprache, und im Trend nimmt dieser Anteil nur für die Gruppe der Zuwanderer aus Südwest-Europa und die Aussiedler zu.

Tab. 4: Determinanten sozialer Integration von Zuwanderergruppen in Westdeutschland

	Zuwanderer aus ...						Aussiedler	
	der Türkei		Südwesteuropa (bis 2003)		dem ehemal. Jugoslawien			
	1996	2004	1996	2004	1996	2004	1996	2004
	in %							
Besuch von/bei Deutschen ¹	82	78	91	87	93	87	–	–
Umgangssprache Deutsch ²	23	21	30	38	35	38	52	81
Deutsche Staatsbürgerschaft	1	19	0	2	6	12	98	99
Dauerhafte Bleibeabsicht	54	68	43	58	56	62	99	98
Benachteiligung aufgrund der Herkunft	22	15	4	1	9	4	7	11

1 Angaben aus 1997 und 2003.

2 Angaben aus 1996 und 2003.

Datenbasis: SOEP 1996, 1997, 2003 und 2004.

14.5 Fazit

In der Debatte um die Folgen der Alterung der Gesellschaft wird Zuwanderung als eine Möglichkeit genannt, mit der die Probleme der demographischen Veränderungen in den nächsten Jahrzehnten abgemildert werden könnte. Gleichzeitig wird auf die Probleme der Integration von Zuwanderern verwiesen und die Behebung der Integrationsdefizite bei den bisher zugewanderten Personen angemahnt. Die getrennte Betrachtung der Zuwanderergruppen hat gezeigt, dass sich die Lebensbedingungen von Zuwanderern je nach Herkunftsregion unterscheiden. Zwar ist in fast allen untersuchten Bereichen die Lebenssituation von Deutschen besser als die von Zuwanderern, jedoch zeigt sich über die Zeit hinweg eine Tendenz zur Angleichung. Die soziale Integration dieser Gruppen ist in vielen Fällen ein Prozess, der sich langsam vollzieht. Die Integrationsprozesse zeigen aber auch, dass Zuwanderer und ihre Nachkommen sehr unterschiedliche Voraussetzungen mitbringen und ihnen die Gesellschaft im Laufe der Jahrzehnte sehr unterschiedliche Möglichkeiten bietet, in Deutschland »anzukommen«. Aussiedler und Zuwanderer aus Griechenland, Italien, Portugal oder Spanien sind häufig höher qualifiziert und besser in den Arbeitsmarkt integriert als Zuwanderer aus der Türkei. Dies mag auch ein Grund sein, warum Prozesse der sozialen Integration bei türkischen Zuwanderern weniger voranschreiten und empfundene Benachteiligung wesentlich häufiger ist als bei den anderen Zuwanderergruppen. Die Unterschiede zwischen den Gruppen machen auch deutlich, dass gegenwärtige Zuwanderungen nicht mit den Erfahrungen früherer Zuwanderergruppen gleichgesetzt werden können. Sie vollziehen sich unter anderen sozialen Voraussetzungen.

(Wolfgang Keck)

Weitere Informationen zum Thema Ausländische Bevölkerung siehe Teil I, Kap. 1.8, zum Thema Ausländer und Bildung Teil I, Kap. 2.3 und 2.4, zum Thema Ausländer und Arbeitslosigkeit Teil I, Kap. 3.9.

15 Lebensbedingungen im regionalen Vergleich

Ökonomische und demographische Prozesse tragen zu einer stärkeren Auseinanderentwicklung der unterschiedlichen Räume in Deutschland bei. Die wirtschafts-stärksten Agglomerationen sind zu Metropolregionen avanciert und erhalten verstärkte Aufmerksamkeit. Abwanderung, Alterung und periphere Lage sind dagegen Merkmale problematischer Wirtschafts- und Lebensräume. In einigen strukturschwachen Regionen geraten bereits heute technische und kulturelle Infrastrukturen an die Tragfähigkeitsgrenzen, und grundlegende Dienstleistungen sind kaum noch aufrechtzuerhalten. Wachsende regionale Ungleichheiten beinhalten die Gefahr, Räume zu schaffen, in denen die Menschen schlechtere Lebenschancen vorfinden und von der allgemeinen Entwicklung abgekoppelt werden.

Auf EU-Ebene und auf Bundesebene wurde bislang mit enormen Ausgleichszahlungen und Förderungen schrittweise eine wirtschaftliche und soziale Annäherung von Staaten und Regionen erreicht. Die auf »Gleichwertigkeit« ausgelegten Mechanismen der Regulierung auf der Nationalstaatenebene und auf europäischer Ebene können Disparitäten jedoch nur in bedingtem Maße und zunehmend schlechter ausgleichen. Unter dem Motto »Stärken stärken« werden zukünftig Fördermittel vorrangig in Metropolregionen gelenkt. Diese Regionen sollen mit ihrer Kraft auch die weniger starken ankurbeln und zu weiterer Entwicklung befähigen. In der raumordnerischen Diskussion steht infolgedessen das verfassungsmäßig verankerte Leitbild der gleichwertigen Lebensbedingungen in den Regionen in Frage, und Mindeststandards einer ausreichenden Daseinsvorsorge werden in den Mittelpunkt gerückt.

Regionen versuchen sich unter den veränderten Rahmenbedingungen neu aufzustellen, endogene Potentiale zu ermitteln, diese gezielt zu fördern und eine zukunftsfähige Entwicklung anzustoßen. Die Akteure aus der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik orientieren sich an einer Stärkung regionaler Cluster, der Koppelung von Forschung, Existenzgründung und Verwertungsketten oder Regionalmarketing. Vorhandenes Humanvermögen, Infrastruktur und politische Akteure beeinflussen maßgeblich die regionalen Entwicklungen. Für die Sicherung von Lebensstandard und Lebensqualität spielen Regionen als Dimension sozialer Ungleichheit damit eine zunehmende Rolle. Regionen werden unterschiedlich definiert. Sie beziehen sich in verwaltungspolitischer Hinsicht auf eine mittlere Ebene zwischen der Gemeinde und dem Staat, das heißt auf Länder, Bezirke und Kreise. Zugleich wird mit Region ein Verflechtungsraum bezeichnet, der wirtschaftlich, geographisch und kulturell bestimmt ist. Bislang liegen nur für verwaltungsmäßig abgegrenzte Raumeinheiten ausreichend statistische Informationen zu Lebensbedingungen und Lebensqualität vor.

Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) ermittelt über Verwaltungsgrenzen hinausgehende Typen: Zentral-, Zwischen- und Peripherieraum. Daneben wird zwischen den siedlungsstrukturellen Typen Agglomeration, verstädterter und

ländlicher Raum unterschieden, die in einem zweiten Schritt tiefer gegliedert werden: Agglomerationen werden unterteilt in Kernstädte, hochverdichtete Kreise, verdichtete Kreise und ländliche Kreise, die durchaus in großer Nähe zu Agglomerationen existieren (z. B. rund um Berlin oder auch Braunschweig). Die verstädterten Räume werden unterteilt in Kernstädte mit mehr als 100 000 Einwohnern, verdichtete Kreise und ländliche Kreise. Im ländlichen Raum gibt es Kreise höherer (zwischen 100 und 150 Einwohner/km²) und geringerer Dichte (unter 100 Einwohner/km²).

Um die Lebensqualität in den Regionen zu ermitteln, werden im Folgenden Bevölkerung- und Bevölkerungsentwicklung, Wirtschaftskraft, Haushaltseinkommen und Wohnen ausgewiesen. Ein Ziel der empirisch orientierten Bestandsaufnahme regionaler Disparitäten besteht darin zu überprüfen, inwieweit sich die Lebensbedingungen in den Regionen West- und Ostdeutschlands voneinander unterscheiden und in welcher Hinsicht problematische Situationen erkennbar werden.

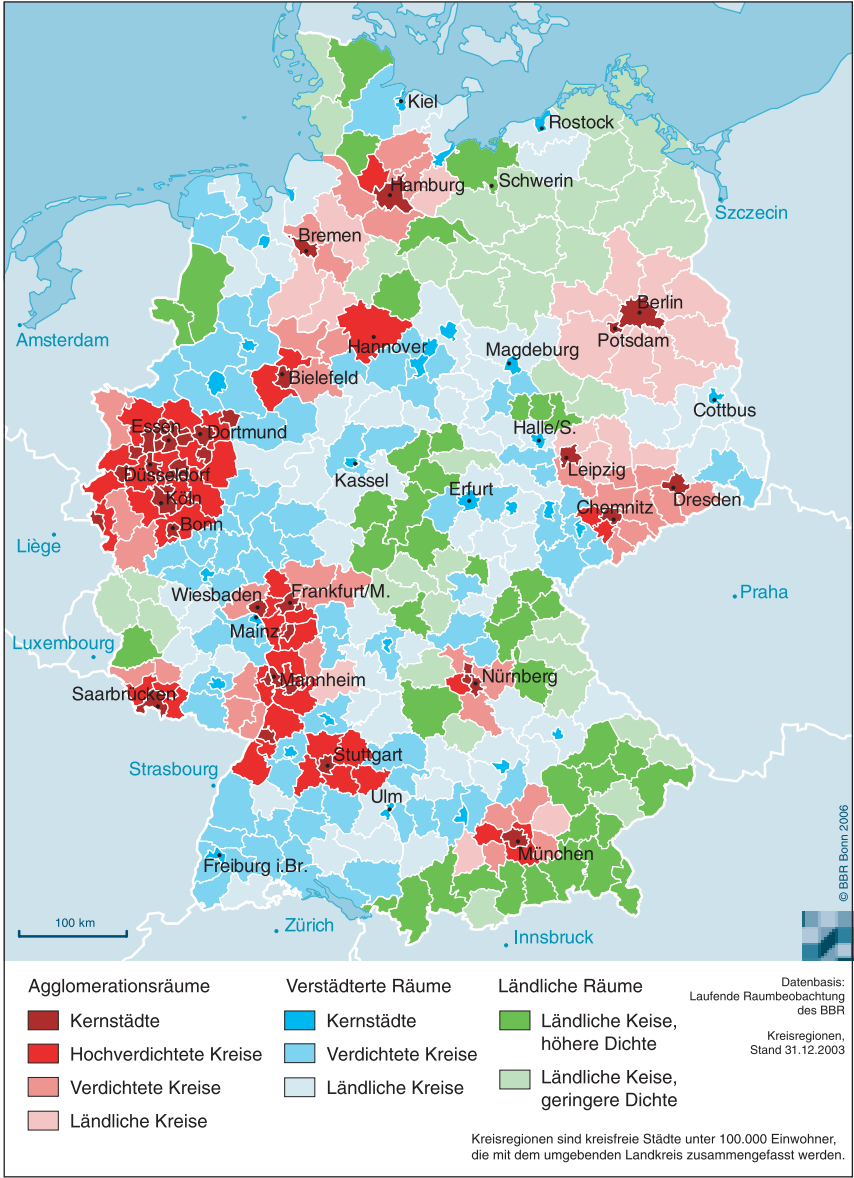
15.1 Bevölkerungsdichte und Siedlungsstruktur

In Deutschland wohnt die Bevölkerung auf unterschiedlich dicht besiedeltem Gebiet (vgl. Abb. 1). Der ostdeutsche Norden und Teile Niedersachsens weisen eine Bevölkerungsdichte von weniger als 50 Einwohner/km² auf (Kreise Müritz, Mecklenburg-Strelitz, Lüchow-Dannenberg, Altmarkkreis, Prignitz, Salzwedel, Ostprignitz-Ruppin, Demmin, Parchim, Uckermark und Uecker-Randow). Am dichtesten besiedelt sind die Städte Berlin, München und Herne mit mehr als 3000 Einwohner/km².

Eine dünne Besiedlung ist neben einem durch Land- und Forstwirtschaft geprägten Siedlungs- und Landschaftsraum der verbliebene Indikator für ländliche Regionen. Der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten ist dabei sehr gering (1,8 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten) und betrifft auch in den am dünnsten besiedelten Gebieten lediglich jeden zehnten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Ostdeutsche Länder haben mit Ausnahme von Sachsen einen vergleichsweise hohen Anteil an ländlichen Regionen (vgl. Abb. 1). In westdeutschen Bundesländern weisen Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein einen beachtenswerten Anteil ländlicher Gebiete auf.

Die Erreichbarkeit ländlicher Räume in Deutschland ist im EU-Vergleich kein drängendes Problem, im innerdeutschen Maßstab zeigt sich jedoch, dass überdurchschnittliche Distanzen zum nächsten Oberzentrum oder zur nächsten Autobahn teilweise wirtschaftliche Ansiedlungen, Absatzmärkte und Zugangschancen der Bevölkerung zu Infrastrukturen behindern. Die periphere Lage eines Kreises wird an der durchschnittlichen Pkw-Fahrzeit vom Kreis zum nächsten Oberzentrum gemessen. In ländlichen Räumen hat der Pkw eine höhere Bedeutung, um die Einrichtungen von Oberzentren (zum Beispiel Theater, Museen, Fachkliniken, Hochschulen oder Regionalbehörden) zu erreichen als in dichter besiedelten Regionen, in denen der öffentliche Nahverkehr ausgebaut ist und zudem kurze Taktzeiten aufweist.

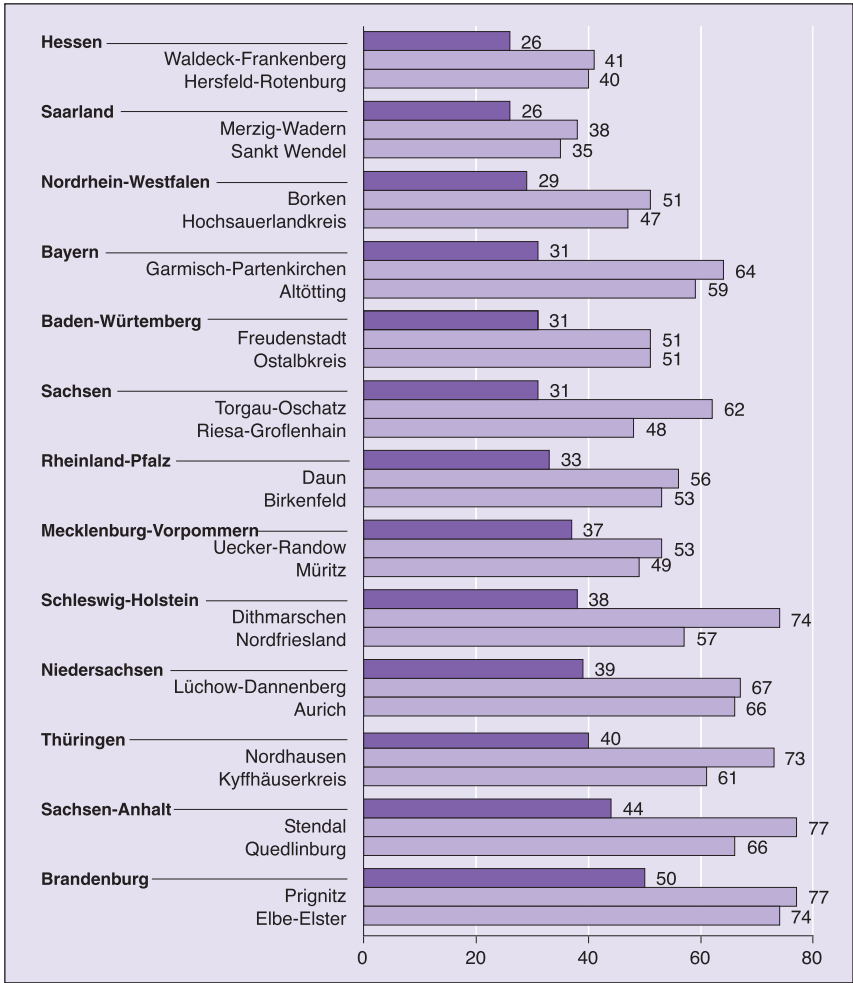
Abb. 1: Siedlungsstrukturelle Kreistypen



Datenbasis: INKAR 2005.

In Abbildung 2 sind in jedem Bundesland die Kreise mit den längsten Fahrzeiten zum nächsten Oberzentrum aufgeführt. Dünne Besiedlung und landschaftliche Besonderheiten (Mittelgebirge, Alpen) erhöhen die Fahrzeiten. In ostdeutschen ländlichen Kreisen ist die Distanz zu einem Oberzentrum im Mittel höher als in ländlichen Kreisen Westdeutschlands. Die Länder sind in der durchschnittlichen Fahrzeit von einem Kreis

Abb. 2: Durchschnittliche Pkw-Fahrzeit vom Kreis zum nächsten Oberzentrum in Minuten nach Kreisen mit höchsten Werten und Bundesländern



Datenbasis: INKAR 2005.

zum nächsten Oberzentrum angeordnet. Die Flächenländer Hessen und Bayern weisen mit ihren Agglomerationen eine gute Erreichbarkeit auf, während Thüringen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg im Mittel lange Fahrzeiten haben. In den Kreisen Prignitz, Stendal, Dithmarschen, Elbe-Elster und Nordhausen werden etwa 1 1/4 Stunde zum Oberzentrum benötigt.

Trotz neuer Kommunikationsmittel (Internet, Funk) und verbesserter technischer Infrastruktur sind entlegene Kreise vor allem in Norddeutschland und Teilen Ostdeutschlands nur aufwändig zu erreichen. Die Wirtschaftskraft, gemessen am Bruttoinlandsprodukt 2003 (BIP; vgl. auch Teil I, Kap. 12) ist in 20 der 26 genannten Kreise niedriger als im jeweiligen Landesdurchschnitt. In den vier Bundesländern mit guter Erreichbarkeit liegt auch das BIP der vergleichsweise entfernten Kreise nicht unter dem Durchschnitt (33,6 Tsd. €/Einw. in Altötting). Ein wachsendes Problem ist der Ärztemangel, da in ländlichen Kreisen geringerer Dichte etwa 780 Einwohner pro Arzt versorgt werden müssen. Die Einwohnerdichte beträgt dabei in Ostdeutschland nur 58 Personen/km² (83 in Westdeutschland), und die Anzahl der Allgemeinärzte sank von 1995–2003 stärker als in anderen Regionen (–9 % Ost, –1 % West).

15.2 Bevölkerungsentwicklung

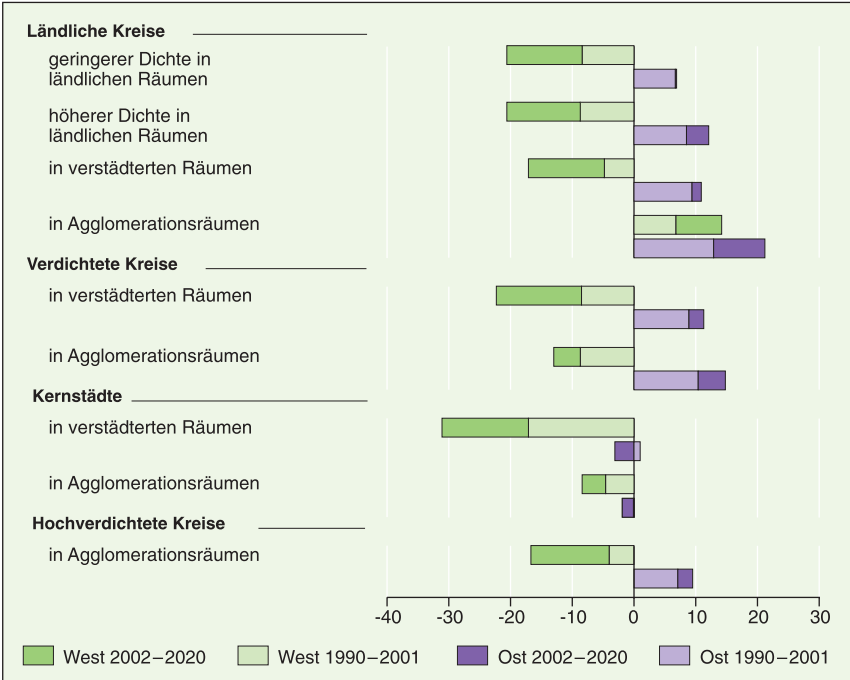
Die Bevölkerungsentwicklung verlief in den verschiedenen regionalen Typen im letzten Jahrzehnt unterschiedlich. In Ostdeutschland ist durch die geringe Geburtenrate (vgl. Teil I, Kap. 1.5) und die fortwährende Ost-West-Wanderung ein Bevölkerungsverlust in nur acht Jahren (1995–2003) von durchschnittlich 4,3 % zu konstatieren, der alle Kreistypen betrifft, mit Ausnahme der ländlichen Kreise in Agglomerationsräumen. Diese Kreise liegen rund um Berlin, im Norden Leipzigs und in der Nähe Hamburgs und profitieren von der Suburbanisierung dieser Städte.

Die Schrumpfung betrifft vor allem die Kernstädte in verstädterten Räumen; beispielsweise in den Jahren 1995–2003: Cottbus –18 %, Halle –15 %, Gera –14 %, Magdeburg –12 % und Zwickau –10 %. Bevölkerungsverluste verzeichnen auch die ohnehin sehr dünn besiedelten ländlichen Räume im Norden sowie im Westen Thüringens und entlang der Elbe in Sachsen-Anhalt. Die verdichteten Kreise in verstädterten Räumen weisen mit –6,7 % ebenfalls einen hohen Bevölkerungsverlust auf. Dies gilt insbesondere für Thüringen, Sachsen-Anhalt und das östliche Sachsen (Altenburger Land, Vogtland Kreis, Greiz, Weimarer Land, Gotha, Weißenfels, Eisleben, Quedlinburg, Kamenz, Bautzen oder Löbau-Zittau).

In Westdeutschland ist großteils eine gegenläufige Entwicklung zu beobachten. Hier wachsen die ländlichen Kreise sowohl in Agglomerationsnähe als auch in peripheren Lagen und auch die (hoch-)verdichteten Kreise gewinnen Bevölkerung hinzu. Einzige Kernstädte sind wegen der Suburbanisierungsprozesse nicht gewachsen. In Abbildung 3 ist die Bevölkerungsentwicklung von 1990 bis 2001 und weiterführend als Prognose von 2002 bis 2020 dargestellt.

Die demographischen Prozesse, die sich bis 2020 zuverlässig berechnen lassen, bewirken eine dynamische Fortsetzung der Trends und damit eine sich beschleunigende Auseinanderentwicklung von West- und Ostdeutschland. Die Prognosen für die verschiedenen Arten ländlicher Räume in Ostdeutschland gehen von einem weiteren Bevölkerungsverlust von 12 % aus, mit Ausnahme der agglomerationsnahen ländlichen Kreise um Berlin und Leipzig, die auch weiterhin wachsen werden (um 7,4 %). Zudem müssen auch die Kernstädte verdichteter Regionen mit einem deutlichen

Abb. 3: Bevölkerungsentwicklung in west- und ostdeutschen Kreistypen 1990–2001 und 2002 bis 2020 (Prognose)



Datenbasis: BBR: INKAR 2003 und 2005.

Rückgang der Einwohnerzahl rechnen. Setzt sich dieser Trend fort, verlieren sie pro Jahr ein Prozent, das heißt von 1990 bis 2020 knapp ein Drittel ihrer Bevölkerung. Anpassungsleistungen an technischer Infrastruktur, öffentlichen Diensten, sozialer und kultureller Infrastruktur sind erforderlich und müssen auch bei sinkenden Einnahmen bewältigt werden. Die Auswirkungen beispielsweise auf den Immobilienmarkt mit erheblichen Leerständen sind tiefgreifend. Die Attraktivität schrumpfender Städte und Regionen wird weiter leiden, sodass es schwierig sein wird, junge Men-

schen langfristig zu binden. Auch lassen sich Migranten in wirtschaftsstarken städtischen Regionen Westdeutschlands nieder, sodass keine Entlastung ostdeutscher schrumpfender Räume durch Zuwanderer und durch deren höhere Geburtenraten zu erwarten ist.

Vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung wird vorhergesagt, dass die Altersgruppe der Personen zwischen 16 und 26 Jahren wegen des Geburtenrückgangs Anfang der 90er-Jahre und der Wanderungsverluste in allen ostdeutschen Kreistypen nur noch etwa halb so groß sein wird wie im Jahr 2002; Ausnahmen sind Kernstädte und ländliche Kreise in Agglomerationen, in denen diese Altersgruppe lediglich um etwa 30 % abnehmen wird. Diese Altersgruppe gilt als Innovations- und Hoffnungsträger, da sie sich in der Ausbildung befindet und neu erworbenes Humanvermögen bereithält. Als zukünftige Familiengründer und Konsumenten werden sie von den Kommunen umworben, in Ostdeutschland wird der entsprechende Anteil jedoch erheblich niedriger sein.

Auch in Westdeutschland setzen sich die Trends der letzten Jahre fort, die Veränderungen werden sich jedoch eher langsamer vollziehen. Von deutlicher Schrumpfung sind Städte des Ruhrgebiets und der Nordosten des Saarlandes betroffen, die beide einen ökonomischen Strukturwandel vor allem im Bereich der Montanindustrie durchlaufen. In der peripheren Westpfalz brach die Schuhindustrie weg und amerikanische Streitkräfte zogen ab, sodass auch hier mit weiteren Bevölkerungsverlusten von etwa 10 % zu rechnen ist. Des Weiteren sind die Regionen entlang der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze, bei denen seit 1990 Subventionen und damit Arbeitsplätze entfielen, von Schrumpfung betroffen.

Die Prognosen gehen insgesamt von einem weiteren Bevölkerungszuwachs vor allem in Agglomerationsnähe aus. Die Anzahl schrumpfender Gemeinden und Kreise, in denen jedoch ein geringerer Bevölkerungsanteil wohnt, wird dabei in beiden Landesteilen zunehmen. Die Siedlungsstruktur wird sich weiter auseinander entwickeln.

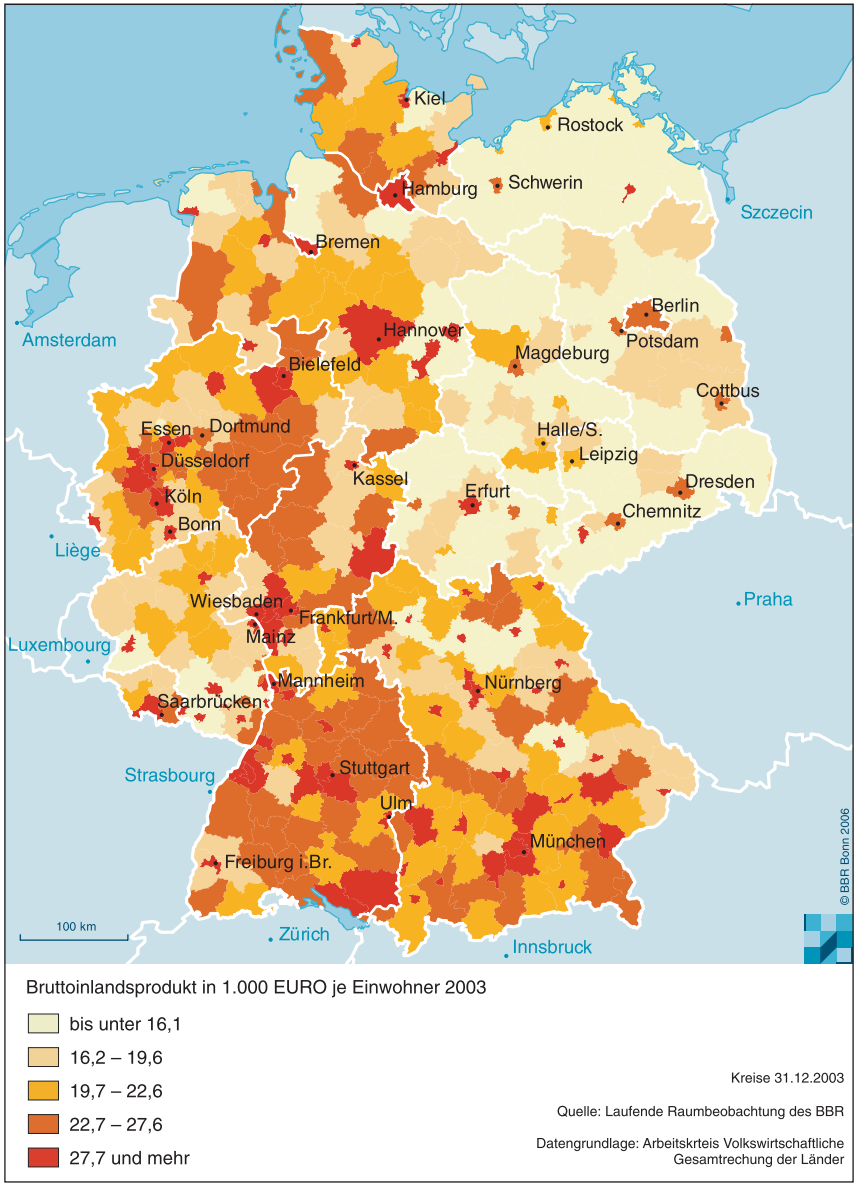
15.3 Wirtschaftskraft und Beschäftigung

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP), die Beschäftigungsquote und Arbeitslosigkeit geben Auskunft über die Wirtschaftskraft und bilden damit auch einen Indikator für die Lebensqualität einer Region.

Die Deindustrialisierung Ostdeutschlands und der ökonomische Rückstand mit erforderlichen Anpassungsleistungen drücken sich nach wie vor auch in einem niedrigeren Bruttoinlandsprodukt aus (BIP: 27,7 Tsd. €/Einw. in Westdeutschland und 18,6 Tsd. €/Einw. in Ostdeutschland im Jahr 2003). In Abbildung 4 ist das BIP für die Kreise dargestellt.

Hessen, Bayern und Baden-Württemberg sind die Länder mit dem höchsten Wohlstand, gemessen am BIP, in kleinräumiger Betrachtung weisen die westdeutschen

Abb. 4: Bruttoinlandsprodukt 2003



Datenbasis: INKAR 2005.

Kernstädte München (77,9 Tsd. €/Einw.), Frankfurt am Main (72,7 Tsd. €/Einw.), Wolfsburg (68,8 Tsd. €/Einw.) und Düsseldorf (63,9 Tsd. €/Einw.) das höchste BIP auf. Die wirtschaftsschwächsten Landkreise sind die Südwestpfalz (11,3 Tsd. €/Einw.), Nordwestmecklenburg (11,8 Tsd. €/Einw.), Zwickauer Land (11,8 Tsd. €/Einw.) und Nordvorpommern (11,9 Tsd. €/Einw.).

Folgende Indikatoren geben Auskunft über die Lage auf dem Arbeitsmarkt und die Beschäftigtenstruktur: die Beschäftigtenquote (Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter je 100 Einwohner im erwerbsfähigen Alter), weibliche Beschäftigte, Arbeitslosigkeit (Anteil Arbeitsloser an Einwohnern im erwerbsfähigen Alter) und der Anteil hoch qualifiziert Beschäftigter (Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit höherer Fachschul- oder Hochschulausbildung an SV-Beschäftigten). Im Unterschied zur Erwerbsquote, die geringfügig Beschäftigte, Beamte, Selbständige und Arbeitslose einschließt, werden hier die Werte für Beschäftigung herangezogen, weil sie direkter auf das Arbeitsplatzangebot im betrachteten Gebiet abzielen. Auf dieser Basis werden intraregionale Differenzen deutlich.

In den Ländern mit hohem Bruttoinlandsprodukt ist die Arbeitslosigkeit deutlich niedriger als in den Ländern mit niedrigerem, das heißt in Ostdeutschland ist die Arbeitslosigkeit deutlich höher als im Westen und im Norden etwas höher als im Süden. Während in Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz die Arbeitslosenquoten unter 8 % liegen, betragen sie in den ostdeutschen Ländern um die 20 %. In Sachsen-Anhalt liegt die Rate mit 22,4 % am höchsten.

In allen ostdeutschen Ländern und in Berlin ist von 1995 bis 2003 die Beschäftigtenquote um mehr als 15 Prozentpunkte gefallen, während sie in Bayern und Baden-Württemberg leicht gestiegen ist (1,9 bzw. 1,3 %). Die westdeutschen Länder weisen jeweils ein breites Spektrum an Kreisen mit Beschäftigtenzu- und -abnahme auf, es zeigt sich ein kleinräumiges Muster. In Niedersachsen sind beispielsweise Wolfsburg, Cloppenburg und Vechta-Kreis mit einem Beschäftigungszuwachs (24 %, 13 % und 18 %), während Goslar, Osterode und Holzminden einen Rückgang verzeichnen (–16 %, –14 % und –12 %). In Nordrhein-Westfalen sind vor allem Ruhrgebietsstädte negativ betroffen (Remscheid –16 %, Gelsenkirchen –16 %, Recklinghausen –15 %), während Münster und Paderborn zusätzliche Arbeitsplätze zählen (jeweils 10 %).

In Ostdeutschland zeigt sich ein ganz anderes Bild als in Westdeutschland, da insgesamt nur zwei Kreise ohne Beschäftigungsabbau existieren: Bad Doberan nahe der Ostsee (1,3 %) und Potsdam-Mittelmark in der Nähe Berlins (0,2 %). Der Beschäftigungsabbau ist teilweise dramatisch. Im Berichtszeitraum von 1995–2003 haben insgesamt 27 Kreise mehr als jeden vierten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten verloren, einige liegen bei –40 % (Bitterfeld –41 %, Hoyerswerda –39 %, Oberspreewald –40 %).

Im Hinblick auf die Beschäftigtenquoten zeigt sich, dass in Westdeutschland Kernstädte mit deutlichem Abstand vor den anderen Kreistypen liegen (vgl. Tab. 1). Die niedrigsten Werte mit unter 40 % weisen ländliche und verdichtete Kreise in Agglomerationsräumen auf. In Ostdeutschland ist die Beschäftigtenquote ebenfalls in Kern-

städten in verdichteten Räumen am höchsten (60,3 %). Die übrigen Regionstypen liegen etwa 20 Prozentpunkte niedriger. Die Quote für Frauen schwankt in Westdeutschland nicht stark nach Kreistypen und liegt zwischen 42 und 46 %. In Ostdeutschland ist Frauenerwerbstätigkeit noch weiter verbreitet als im Westen, sodass hier die Werte höher liegen (zwischen 53 in Kernstädten und 47 % in ländlichen Kreisen verdichteter Räume).

Tab. 1: Entwicklung der Beschäftigtenquoten in den Bundesländern, 1995–2003

Bundesland	Durchschnitt	Kreise mit niedrigsten Werten	Kreise mit höchsten Werten
		in %	
Bayern	1,9	Hof – 19,1 Wunsiedel im Fichtelgeb. – 18,9	Freising 26,6 München 21,9
Baden-Württemberg	1,3	Pforzheim – 14 Zollernalbkreis – 10,1	Heilbronn. 14,5 Böblingen 10,3
Hessen	0,5	Werra-Meißner-Kreis – 15,3 Vogelsbergkreis – 10,3	Main-Taunus-Kreis 15,5 Hochtaunuskreis 7,7
Saarland	0,5	Saarbrücken – 3,2 Neunkirchen – 2,9	Sankt Wendel 5,7 Saarlouis 5,4
Rheinland-Pfalz	0	Pirmasens – 12 Südwestpfalz – 11,6	Alzey-Worms 22,8 Kaiserslautern 15,9
Hamburg	– 0,6		
Niedersachsen	– 0,9	Goslar – 15,5 Osterode am Harz – 13,5	Wolfsburg 23,7 Vechta 17,9
Nordrhein-Westfalen	– 1,9	Remscheid – 15,7 Gelsenkirchen – 15,5	Münster 10,2 Herne 9,5
Schleswig-Holstein	– 3,1	Neumünster – 9,9 Dithmarschen – 6,7	Stormarn – 0,2 Schleswig-Flensburg – 0,6
Bremen	– 4,4	Bremerhaven – 11,8	Bremen – 2,9
Berlin	– 15		
Thüringen	– 16,7	Suhl – 27,8 Weimar – 27,4	Wartburgkreis – 3,7 Jena – 6,6
Sachsen	– 17,3	Hoyerswerda – 39,4 Leipziger Land – 36,5	Kamenz – 1,1 Zwickau – 7,7
Mecklenburg-Vorpommern	– 18,5	Mecklenburg-Strelitz – 30,8 Uecker-Randow – 30,2	Bad Doberan 1,3 Rügen – 6,1
Brandenburg	– 19,6	Oberspreewald – 40,3 Elbe-Elster – 28,6	Potsdam-Mittelmark 0,2 Teltow-Fläming – 0,2
Sachsen-Anhalt	– 21,1	Bitterfeld – 40,7 Köthen – 30,3	Ohrekreis – 0,1 Weißenfels – 5,5

Datenbasis: Indikatoren und Karten zur Raumentwicklung (INKAR) 2005. Eigene Berechnungen.

In den neuen Ländern ist zugleich ein höherer Anteil Beschäftigter mit hoher Schulbildung anzutreffen (11 % im Vergleich zu 9 % im Westen). Erwartungsgemäß sind diese vor allem in Kernstädten angestellt, in ländlichen Kreisen geht ihr Anteil zurück. Ländliche Räume vor allem in Ostdeutschland bieten den Menschen damit vergleichsweise geringere Arbeitsmarktchancen.

Tab. 2: Arbeitsmarktindikatoren im interregionalen Vergleich, 2003

	Beschäftigten- quote		Anteil weiblicher Beschäftigter		Anteil hochqualifizierter Beschäftigter	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	in %					
Agglomerationsräume						
Kernstädte	66	49	44	51	13	15
Hochverdichtete Kreise	44	41	42	47	9	10
Verdichtete Kreise	40	41	45	47	6	10
Verstädterte Räume						
Kernstädte	72	60	46	53	10	14
Verdichtete Kreise	44	41	44	49	6	9
Ländliche Kreise						
in Agglomerationsräumen	37	38	46	48	5	9
in verstädterten Räumen	41	39	44	47	5	8
höherer Dichte in ländlichen Räumen	46	44	45	49	5	9
geringerer Dichte in ländlichen Räumen	44	40	44	50	4	7
Insgesamt	50	44	44	50	9	11

Datenbasis: Indikatoren und Karten zur Raumentwicklung (INKAR) 2005. Eigene Berechnungen.

15.4 Lebensstandard

Für den Lebensstandard werden die Indikatoren Haushaltseinkommen, Arbeitnehmerentgelte, die Wohnfläche pro Person und der Anteil an Ein- und Zweifamilienhäuser – als Annäherung an die Eigentümerquote – herangezogen (vgl. Tab. 3). Die Haushaltseinkommen und Arbeitsentgelte liegen in Hessen, Baden-Württemberg und Bayern über denjenigen in den norddeutschen Ländern. Die Arbeitnehmerentgelte (Bruttolöhne und -gehälter sowie Sozialbeiträge der Arbeitgeber) differieren um etwa 400 € zwischen Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg (2570 € und 2940 €). In Ostdeutschland sind keine länderspezifischen Unterschiede festzustellen, mit Ausnahme des durch die Nähe zu Berlin bedingten höheren Wertes in Brandenburg (2240 € im Vergleich zu 2150 € in den übrigen ostdeutschen Ländern ohne Berlin mit 2720 €). Nach wie vor besteht ein ausgeprägtes Einkommensgefälle zwischen West- und Ostdeutschland.

Die Haushaltseinkommen in Deutschland differieren am stärksten zwischen den Speckgürteln in Agglomerationen (1 514 € im Westen und 1 223 € in Ostdeutschland) und dünn besiedelten ländlichen Kreisen (1 281 € bzw. 1 128 €). Angesichts geringerer Lebenshaltungskosten auf dem Land bedeuten die nominellen Unterschiede jedoch keine gleichartige Reduktion der Kaufkraft. Die Arbeitnehmerentgelte unterscheiden sich entsprechend. Der Unterschied zwischen West- und Ostdeutschland

tritt dabei in den jeweiligen Kreistypen jedoch deutlich stärker hervor als beim Haushaltseinkommen, das auch Transferzahlungen berücksichtigt.

Beim Wohnstandard haben die ostdeutschen Regionen deutlich aufgeholt (vgl. auch Teil II, Kap. 7), wobei die regionsspezifischen Unterschiede nicht sehr ausgeprägt sind (Werte zwischen 35,4 m² pro Person und 38,9 m²). Westdeutsche verfügen über 41 m² im Durchschnitt, wobei in Kernstädten der Agglomerationen 37,8 m² erreicht werden und 46 m² in dünn besiedelten ländlichen Regionen. Die Gebäudestruktur besteht mehrheitlich in allen Kreistypen in beiden Teilen Deutschlands aus kleinen Häusern, wobei selbstverständlich die Raten für Ein- und Zweifamilienhäusern entsprechend der Siedlungsdichte schwanken.

Tab. 3: Haushaltseinkommen, Arbeitnehmereinkommen und Wohnstandard nach Kreistypen, 2002

	Haushalts-einkommen		Arbeitnehmer-entgelte		Wohnfläche pro Person		Ein- und Zwei-familienhäuser ¹	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	in Euro				in qm			
Agglomerationsräume								
Kernstädte	1 485	1 214	3 084	2 578	37,8	38,9	62,4	52,3
Hochverdichtete Kreise	1 514	1 223	2 851	1 985	40,4	36,2	83,5	71,8
Verdichtete Kreise	1 477	1 193	2 661	2 067	42,2	35,4	90	76,8
Verstädterte Räume								
Kernstädte	1 405	1 219	2 952	2 292	39,8	38,2	69,8	56,7
Verdichtete Kreise	1 392	1 166	2 670	2 107	42,3	37,3	88,3	79,3
Ländliche Kreise								
in Agglomerationsräumen	1 354	1 244	2 505	2 206	42,6	37,1	92,4	85,8
in verstärkten Räumen	1 324	1 146	2 556	2 128	44,1	37,9	92	84,8
höherer Dichte in ländlichen Räumen	1 318	1 176	2 623	2 181	43,6	37,4	88,5	83,2
geringerer Dichte in ländlichen Räumen	1 281	1 128	2 538	2 110	46,0	37,8	91,9	84,9
Insgesamt	1 429	1 189	2 827	2 291	41,1	37,8	83,7	76,9

1 Werte für 2003.

Datenbasis: INKAR 2005. Eigene Berechnungen.

Der objektive Lebensstandard kommt auch in der Zufriedenheit der Bürger mit seinen Lebensbedingungen zum Ausdruck (vgl. Teil II, Kap. 2). So findet auch das Gefälle in den hier vorgestellten Regionstypen seinen Niederschlag im subjektiven Wohlbefinden. Die Regionen in Deutschland unterscheiden sich deshalb nicht nur hinsichtlich objektiver Aspekte, sie bieten ihren Bürgern damit auch ein unterschiedliches Ausmaß an Lebensqualität.

(Annette Spellerberg)

D Sozialstruktur

16 Soziale Schichtung und soziale Lagen

Probleme der sozialen Ungleichheit und der Verteilung finden gegenwärtig nicht im Zusammenhang mit den Folgen der deutschen Wiedervereinigung Aufmerksamkeit sondern vor allem auch im Kontext der Reformen der Sozialsysteme sowie der durch den globalen Wettbewerb veränderten wirtschaftlichen Situation. Mit den veränderten Rahmenbedingungen sind Verteilungsdiskussionen und -konflikte verbunden, aber auch unmittelbare Konsequenzen für die Verteilung des Wohlstands sowie die soziale Lage und Stellung verschiedener Bevölkerungsgruppen in der gesellschaftlichen Statushierarchie.

Begriffe wie soziale Schichtung, Klassenlagen oder soziale Lagen beziehen sich auf die vertikale Gliederung der Gesellschaft und auf die Position von Personen in einer Statushierarchie. Soziale Schichtung bezeichnet generell eine strukturelle Ungleichheit zwischen sozialen Positionen, die sich z. B. in Einkommens-, Prestige- und Einflussdifferenzen ausdrückt. Die Klassenlage von Personen und Haushalten ist demgegenüber spezifischer und verweist auf Positionen in der vertikalen Statushierarchie, die mit typischen Erwerbs- und Lebenschancen verbunden sind. Begriffe wie »soziale Lagen« nehmen daneben auch auf so genannte neue soziale Ungleichheiten Bezug, die alte, durch soziale Schichtung determinierte Ungleichheiten überlagern, verstärken oder abschwächen. In Dimensionen »neuer« sozialer Ungleichheiten treten neben objektiven Merkmalen der Benachteiligung auch subjektive Merkmale in den Mittelpunkt der Betrachtung.

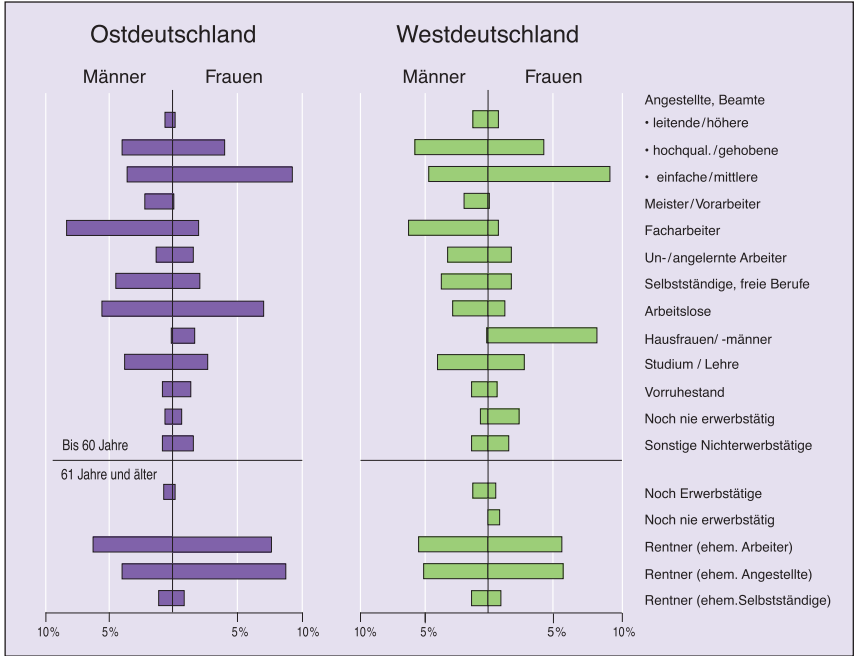
16.1 Soziale Lagen in Deutschland

Im Folgenden wird ein Gesamtbild der Sozialstruktur der Bundesrepublik präsentiert, das einzelne Elemente der sozialen Schichtung aufnimmt (vgl. Abb. 1). Die erwachsene Bevölkerung wird hier für West und Ost getrennt nach Männern und Frauen, unter und über 60-Jährigen und nach insgesamt 20 Lagen der Erwerbstätigen und der Nichterwerbstätigen aufgegliedert. Im Blickpunkt steht die Sozialstruktur 2004. Durch die Vergleichswerte (Tab. 1) zum Jahr 1990 in Ostdeutschland bzw. 1988 in Westdeutschland werden darüber hinaus die Richtung des sozialen Wandels und insbesondere die sozialstrukturellen Veränderungen in Ostdeutschland dokumen-

tiert. In Tabelle 2 wird dann aufgezeigt, dass und inwieweit mit den einzelnen sozialen Lagen auch unterschiedliche objektive Lebensbedingungen einhergehen sowie in Tabelle 3 außerdem belegt, welche Unterschiede in Dimensionen der subjektiven Wahrnehmung und Bewertung mit den verschiedenen sozialen Lagen verbunden sind.

Die massivsten Veränderungen der Sozialstruktur hat es nach 1990 auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt gegeben. Aus einer ursprünglich vollbeschäftigten Arbeitsgesellschaft hat sich eine zunächst zerklüftete Beschäftigungsstruktur entwickelt, die sich dann im Zeitverlauf zunehmend an die westdeutschen Strukturen angepasst hat. Ar-

Abb. 1: Soziale Lage in Ost- und Westdeutschland, 2004



Datenbasis: Allbus 2004.

beitslosigkeit, Vorruhestand und Hausfrauenrolle sind für einen erheblichen Teil der ehemals Erwerbstätigen in der DDR im Verlauf des Transformationsprozesses zumeist ungewollte neue Lebensformen geworden. In der westdeutschen Sozialstruktur fällt in vergleichbaren Größenordnungen lediglich die Abnahme des Anteils der bisher Nichterwerbstätigen auf, das heißt vorwiegend der Anteil von Hausfrauen und damit einhergehend die Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit. Dabei ist ein bemerkenswerter Anstieg von qualifizierten Angestelltenpositionen festzustellen.

In Westdeutschland dominieren unter den Erwerbstätigen die Angestellten und Beamten. Während die alte Bundesrepublik nach wie vor als eine »Angestelltengesellschaft« bezeichnet werden kann, hat sich die ausgeprägte »Facharbeitergesellschaft« der damaligen DDR mittlerweile weitgehend aufgelöst, trotz eines allerdings nach wie vor wesentlich höheren Anteils an Arbeiterpositionen vor allem bei den Männern. Die

Tab. 1: Soziale Lagen in Ost- und Westdeutschland, 1988/90–2004

	Soziale Lagen 1988/1990				Soziale Lagen 2004			
	Ost		West		Ost		West	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	1990		1988		2004			
	in %							
Bis 60 Jahre								
Leit. Ang./Höhere Beamte	2,1	0,4	2,1	0,2	0,6	0,2	1,2	0,8
Hochqual. Ang./Geh. Beamte	8,1	5,7	6,5	2,1	4,0	4,0	5,8	4,3
Qual. Ang./Mittl. Beamte ¹	4,1	8,4	6,1	4,9				
Einf. Ang./Beamte ¹	1,4	4,4	1,0	2,4	3,6	9,2	4,7	9,4
Meister/Vorarbeiter	1,5	0,3	1,6	0,1	2,2	0,1	1,9	0,1
Facharbeiter	15,1	5,8	5,4	0,5	8,4	2,0	6,3	0,8
Un-, angelernte Arbeiter	2,4	3,0	2,6	2,3	1,3	1,6	3,2	1,8
Selbstständige, freie Berufe	0,8	0,5	3,1	1,4	4,5	2,1	3,7	1,8
Arbeitslose	2,1	3,6	1,9	1,5	5,6	7,0	2,8	1,3
Berufs-, Erwerbsunfähige	0,5	1,1	0,6	0,5	/	/	/	/
Hausfrauen/-männer	0	1,6	0	1,6	0,1	1,7	0,1	8,4
Studium, Lehre	0,5	1,4	4,8	3,8	3,8	2,7	4,0	2,8
Vorruhestand	/	/	/	/	0,8	1,4	1,3	0,7
Noch nie erwerbstätig	0,1	0	0,2	2,7	0,6	0,7	0,6	2,4
Sonstige Nichterwerbstätige	0,1	2,5	0,4	0,1	0,8	1,6	1,3	1,6
61 Jahre und älter								
Noch erwerbstätig	0,6	0	0,9	0,4	0,7	0,2	1,2	0,6
Noch nie erwerbstätig	0	0,6	0	4,5	0	0	0	0,9
Rentner (ehem. Arbeiter)	4,6	6,5	3,7	3,7	6,3	7,6	5,5	5,7
Rentner (ehem. Angestellte)	2,6	7,2	3,8	6,0	4,0	8,7	5,1	5,8
Rentner (ehem. Selbstständige)	0	0,4	0,7	1,3	1,1	0,9	1,3	1,0
	100		100		100		100	

1 2004: einfache und mittlere Angestellte/Beamte zusammengefasst.

/ Nicht ausweisbar.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988, 1990-Ost, Allbus 2004.

große, aber abnehmende Gruppe der Hausfrauen ist ein westdeutsches Phänomen, ebenso wie die Gruppe derjenigen Frauen, die noch nie erwerbstätig waren.

Beim Zeitvergleich West 1988–2004 und Ost 1990–2004 erkennt man den deutlichen Unterschied zwischen den Umbrüchen während der Transformation im Osten und der relativ undramatischen Entwicklung im Westen. Im Osten finden sich markante Veränderungen in fast allen sozialen Lagen. Nach wie vor manifestieren sich die Probleme

des Arbeitsplatzabbaus in einem hohen Bestand an Arbeitslosen, insbesondere bei den Frauen, sowie in den vergleichsweise hohen Anteilen der Rentner. Positiv entwickelten sich dagegen die Anteile der selbständigen Männer und Frauen, die nach diesen Daten im Jahr 2004 das westdeutsche Niveau überschritten haben.

Die Erwerbsquoten in Ostdeutschland entsprechen in etwa den Erwerbsquoten in Westdeutschland, beschreiben aber insofern eine andere Realität, als in der DDR

Tab. 2: Indikatoren der objektiven Lebensbedingungen in Ost- und Westdeutschland nach sozialen Lagen, 2004

Soziale Lagen	Quintile des Haushaltseinkommens pro Kopf ¹						Wohneigen- tum ²		Eigene wirt- schaftliche Lage ist sehr gut/gut	
	West			Ost			West	Ost	West	Ost
	Unters- tes	Mittle- res	Obers- tes	Unters- tes	Mittle- res	Obers- tes				
	in %									
Bis 60 Jahre										
Leit. Ang./Höh.Beamte	3	0	69	–	–	–	66	–	82	–
Qual. Ang./Geh. Beamte	1	14	54	0	14	38	59	54	65	53
Einf., Mittl. Ang./Beamte	6	21	30	14	29	19	55	51	47	43
Meister/Vorarbeiter	3	27	21	–	–	–	64	–	49	–
Facharbeiter	7	30	11	11	29	9	48	55	32	31
Un-, angelernte Arbeiter	25	17	13	–	–	–	25	–	21	–
Selbstständige, freie										
Berufe	7	17	48	12	14	31	69	67	36	35
Arbeitslose	58	9	6	59	11	1	38	39	10	5
Hausfrauen/-männer	25	15	19	–	–	–	58	–	34	–
Studium/Lehre	27	19	20	18	25	15	52	56	44	44
Noch nie erwerbstätig	47	19	6	–	–	–	29	–	30	–
61 Jahre und älter										
Rentner (ehem. Arbeiter)	65	41	6	32	45	1	61	48	41	34
Rentner (ehem. Angestellte, Beamte)	10	25	25	14	39	6	66	49	54	56

1 Bedarfsgewichtetes Haushaltseinkommen pro Kopf.

2 Anteil der Personen, die angeben, dass sie im eigenem Haus/in der eigenen Wohnung (auch Familienbesitz) wohnen.

– Fallzahl zu gering.

Datenbasis: Allbus 2004.

die Erwerbstätigkeit von Männern und Frauen die Norm war. Die auch heute noch zu beobachtende ausgeprägte Arbeitsorientierung (vgl. Teil II, Kap. 6) ist dafür ein wichtiges Indiz. Deshalb kommt dem erzwungenen Ausschluss aus der Erwerbstätigkeit auch eine andere Bedeutung zu. In einer Gesamtbetrachtung der sozialen Lagen in West und Ost dominiert erwartungsgemäß die westdeutsche Struktur, zumal nahezu alle ostdeutschen Veränderungen der letzten Jahre als Angleichung an westdeutsche Strukturen interpretiert werden können.

Soziale Lagen sind auch als Handlungskontexte von Bedeutung, die unterschiedliche Chancen der Lebensgestaltung bieten. Die Ungleichheit in objektiven Lebensbedingungen, die mit der Zugehörigkeit zu den hier unterschiedenen sozialen Lagen verbunden ist, äußert sich beispielsweise in deutlichen Einkommensunterschieden, im über das Wohneigentum gemessenen Lebensstandard sowie in der Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage (vgl. Tab. 2). Ganz allgemein lässt sich festhalten, dass mit einer höheren Position in der hierarchischen Struktur der Gesellschaft auch eine vorteilhaftere finanzielle Situation verbunden ist. Selbstständige, freie Berufe sowie hoch qualifizierte Angestellte und Beamte befinden sich vorwiegend im obersten Segment der Einkommensverteilung, während Arbeiterpositionen eher mit einem mittleren oder niedrigeren Einkommen verbunden sind. Vergleicht man die finanzielle Situation der verschiedenen sozialen Lagen in Ost- und Westdeutschland, dann liegt dabei die Gruppe der (Fach-)Arbeiter und der einfachen Angestellten näher am westdeutschen Niveau, als das für höher qualifizierte Gruppen der Fall ist.

Weitere Analysen machen deutlich, dass mit den unterschiedlichen Einkommensgruppen in den einzelnen sozialen Lagen auch Unterschiede in den Formen der Einkommenserzielung und -quellen verbunden sind. Lediglich 28 % aller Haushalte sind ausschließlich auf ein einzelnes Erwerbseinkommen angewiesen und haben weder zusätzliche Einkünfte aus Vermögen (Sparguthaben bis Vermietung/Verpachtung), noch fließen ihnen staatliche Transfereinkommen zu. Bei weiteren 22 % der ost- und 27 % der westdeutschen Haushalte wird die finanzielle Lage ausschließlich durch Rentenbezug bestimmt. Obwohl die individuelle Rentenhöhe in Ostdeutschland über dem westdeutschen Niveau liegt, stellt sich vielfach die Einkommenssituation der Rentnerhaushalte in Westdeutschland durch zusätzliche Einkünfte aus anderen Quellen alles in allem besser dar. Insgesamt verfügen etwa 40 % aller Haushalte neben dem Erwerbseinkommen oder Rentenbezug über mindestens eine Transferzahlung, wobei allerdings lediglich zehn Prozent der Haushalte mehr als eine Transferzahlung erhalten. Je niedriger dabei die soziale Lage, um so mehr ist ein Haushalt auf mehrere Einkommensarten angewiesen, um sein dennoch vergleichsweise niedriges Einkommensniveau zu erzielen.

Während die hier betrachteten Daten zur Einkommenssituation über das Niveau der auf dem Arbeitsmarkt oder durch das Transfersystem erzielten Einkünfte und deren Verteilung informieren, verweisen die Daten zum Wohneigentum auch auf Möglichkeiten und Defizite der Ressourcenverwendung. Eine Betrachtung dieses Lebensstandardindikators macht deutlich, dass mit den einzelnen sozialen Lagen Unterschiede in der materiellen Lebenslage einhergehen können. In Ost- und Westdeutschland finden sich vor allem bei unteren Berufsgruppen unterdurchschnittliche Eigentumsquoten.

Inwieweit die mit den sozialen Lagen verbundene materielle Versorgung auch unterschiedlich bewertet wird, zeigt die subjektive Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Situation. Während Personen in privilegierten sozialen Lagen ihre wirtschaftliche Situation mit entsprechend hohen Anteilen auch als »sehr gut« oder »gut« bewerten, ist die Bewertung von Personen in niedrigen sozialen Lagen erwartungsgemäß wenig günstig.

Auch subjektive Wahrnehmungen über das »bisher im Leben Erreichte«, über den angemessenen Lebensstandard in Deutschland und dessen gerechte Verteilung streuen zwischen den einzelnen sozialen Lagen in Ost und West. Betrachtet man die ausgewiesenen Aspekte (vgl. Tab. 3), kann man Rückschlüsse auf die Bewertung des immer noch bestehenden Wohlfahrtsgefälles zwischen West und Ost ziehen.

Tab. 3: Indikatoren der subjektiven Wohlfahrt in Ost- und Westdeutschland nach sozialen Lagen, 2004

Soziale Lagen	Lebens- vorstellungen realisiert ¹		In einer Gesell- schaft wie Deutschland kann man sehr gut leben		Gerechter Anteil am Lebens- standard		Einstufung auf der Unten- Oben-Skala ²	
	Anteil »mehr als erfüllt/erfüllt«		Anteil »stimme voll und ganz zu«		Anteil »gerecht/ mehr als gerecht«			
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	in %						Ø	
Bis 60 Jahre								
Leit. Ang./Höhere Beamte	82	–	63	–	83	–	6,8	–
Qual. Ang./Geh. Beamte	66	61	44	24	71	42	6,5	6,1
Einf., Mittl. Ang./Beamte	53	46	39	14	63	34	5,9	5,4
Meister/Vorarbeiter	56	–	31	–	71	–	5,6	–
Facharbeiter	43	29	36	12	52	24	5,4	4,9
Un-, angelernte Arbeiter	29	–	34	–	43	–	4,5	–
Selbstständige, freie Berufe	61	39	44	14	65	47	6,2	5,6
Arbeitslose	25	16	39	5	38	12	4,7	4,3
Hausfrauen/-männer	50	–	40	–	63	–	5,7	–
Studium, Lehre	61	70	42	26	74	63	6,1	5,8
Noch nie erwerbstätig	35	–	37	–	47	–	5,1	–
61 Jahre und älter								
Rentner (ehem. Arbeiter)	63	55	44	12	53	31	5,1	4,6
Rentner (ehem. Angestellte, Beamte)	72	71	46	18	69	42	6,1	5,1

1 Vorstellungen über das, was man im Leben erreichen wollte, haben sich »mehr als erfüllt, erfüllt«.

2 Mittelwerte auf der Oben-Unten-Skala von 1 bis 10.

– Fallzahl zu gering

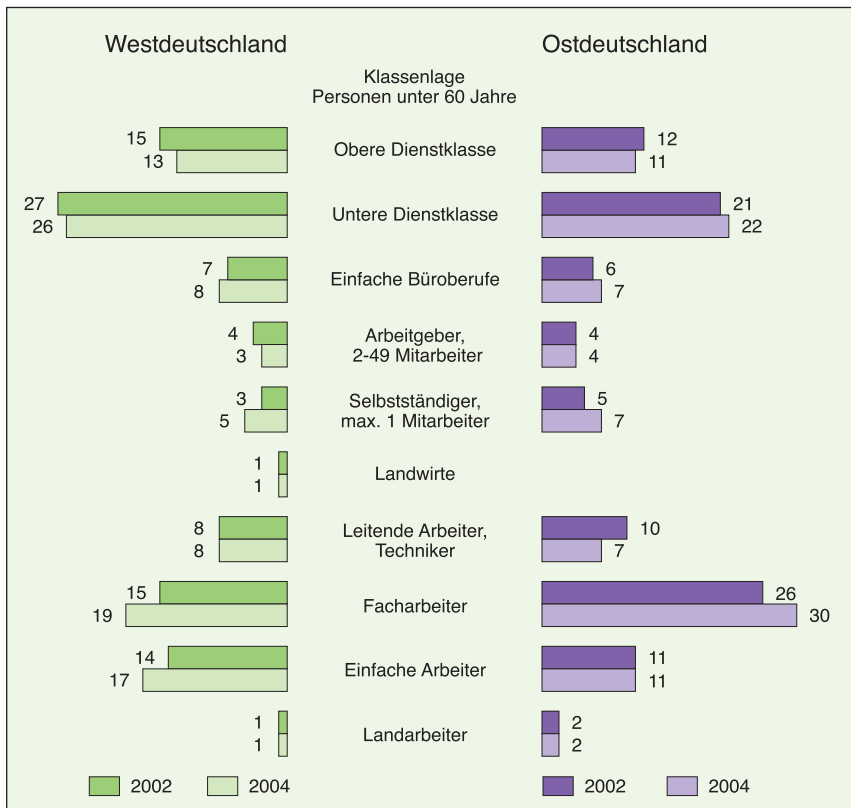
Datenbasis: Allbus 2004.

Die einzelnen sozialen Lagen repräsentieren auch unterschiedliche soziale Positionen in der vertikalen Gliederung der Gesellschaft. Dies kann daran abgelesen werden, wie sich die jeweiligen Gruppen auf der vertikalen Unten-oben-Skala (1 bis 10) verankern. An der Spitze ordnen sich erwartungsgemäß statushöhere Berufsgruppen ein, am unteren Ende statusniedrigere Berufsgruppen oder auch die Gruppe der Arbeitslosen. Erwähnenswert ist der Befund, dass sich die Ostdeutschen 2004 durchgängig über alle sozialen Lagen hinweg niedriger einstufen als die Westdeutschen.

16.2 Klassenlagen

Die Darstellung von sozialen Lagen ist eine von mehreren Möglichkeiten, die Sozialstruktur einer Gesellschaft abzubilden. Eine andere Vorgehensweise, die ebenfalls vom die Lebenschancen prägenden Einfluss der Erwerbsarbeit ausgeht, ist das Konzept der »Klassenlagen«. Das Konzept an sich geht auf den soziologischen Klassiker Max Weber zurück und wurde in den beiden letzten Jahrzehnten entsprechend operationalisiert, um die Sozialstrukturen fortgeschrittener Industriegesellschaften und vor allem deren Veränderung vergleichend analysieren zu können. Daneben spielt dieses Konzept auch bei der Analyse von sozialer Mobilität (vgl. Teil II, Kap. 17) oder bei der Frage nach dem Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg (vgl. Teil II, Kap. 5) eine wichtige Rolle.

Abb. 2: Klassenlagen in West- und Ostdeutschland, 2002 und 2004



Datenbasis: Allbus 2002, 2004.

Die Beschreibung der Verteilung der Klassenlagen in Ost- und Westdeutschland geht insofern über die vorherige Darstellung der sozialen Lagen hinaus, als hier allen, und nicht nur den gegenwärtig erwerbstätigen Personen, eine über das Erwerbssystem vermittelte Klassenlage zugewiesen wird. Dahinter steht die theoretische Annahme der Zentralität des Erwerbssystems, wonach die auf dem Arbeitsmarkt erworbenen Ressourcen und Lebenschancen die Lebenslage aller Gesellschaftsmitglieder prägen. Die Zuweisung der Klassenlage geschieht technisch gesehen entweder über die eigene (jetzige oder frühere) berufliche Tätigkeit, über die berufliche Tätigkeit des Partners/der Partnerin oder über die berufliche Tätigkeit der Herkunftsfamilie.

Betrachtet man die so zugewiesenen Klassenlagen in Ost- und Westdeutschland (vgl. Abb. 2) für Personen unter 60 Jahren, dann ist auf der einen Seite der Eindruck einer in Teilen noch getrennten Sozialstruktur nicht von der Hand zu weisen. Auf der anderen Seite sind beispielsweise in den Klassenlagen der Selbständigen, vor allem bei den »kleinen« Selbständigen, keine Unterschiede mehr festzustellen. Die so genannten Dienstklassen sind in Westdeutschland stärker als in Ostdeutschland besetzt, während die oben beschriebene Arbeitergesellschaft der damaligen DDR auch heute noch sozialstrukturelle Auswirkungen in den Klassenlagen der Arbeiter aufweist. Knapp die Hälfte aller Befragten in Ostdeutschland ist in den Arbeiterklassenlagen zu finden, wobei die Klassenlage der Facharbeiter mit 30 % die Mehrheit bildet.

Durch die jeweiligen Klassenlagen werden Positionen in der vertikalen Struktur der Gesellschaft beschrieben, mit denen mehr oder weniger vorteilhafte Lebenslagen einhergehen. Je »höher« die Klassenlage, desto höher das Einkommen, der Lebensstandard, aber auch die Verankerung der eigenen Position in der gesellschaftlichen Statushierarchie. Von besonderer Bedeutung sind hier aber auch die erkennbaren Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern. Zwar gilt auch in Ostdeutschland, dass mit höherer Klassenlage bessere Lebenslagen verbunden sind, aber die ostdeutsche höhere oder niedrige Klassenlage unterscheidet sich zum Teil immer noch vom westdeutschen Pendant (vgl. Tab. 4). Deutlich kommt dies bei der materiellen Versorgung, gemessen am durchschnittlichen Haushaltseinkommen pro Kopf, zum Ausdruck. Lediglich bei der Klassenlage der Arbeiterelite und bei den einfachen Arbeitern unterscheidet sich die finanzielle Ausstattung der Haushalte mit einer Differenz von 10 bzw. 30 Euro nicht; diese Einkommenslücke vergrößert sich jedoch mit steigender Position auf rund 400 Euro bei der oberen Dienstklasse und bis zu 570 Euro bei Arbeitgeberpositionen. Dabei sind im Vergleich zum Jahr 2002 Prozesse der Reduzierung von Ungleichheit in niedrigeren Rängen, aber auch der Spreizung in höheren Klassenlagen erkennbar.

Der Umstand, dass mit der jeweiligen gleichen Klassenlage in West- und Ostdeutschland unterschiedliche materielle Lebensbedingungen verbunden sind, dokumentiert sich im Wesentlichen auch in der Einschätzung der eigenen Position auf der Oben-unten-Skala. Die ostdeutschen Klassenlagen liegen alle, zum Teil erheblich unten den entsprechenden Werten in Westdeutschland, wobei zwischen 2002 und 2004 in beiden Landesteilen im Durchschnitt eine niedrigere Bewertung der eigenen sozialen Position zu beobachten ist. Man kann davon ausgehen, dass die ostdeutsche

Tab. 4: Klassenlagen in Ost- und Westdeutschland und Indikatoren der Lebenslage

	Einkommenslücke ¹ zwischen West und Ost		Einstufung auf der Unten- oben-Skala ²				Ungerechter Anteil am Lebensstandard ³			
			West		Ost		West		Ost	
	2002	2004	2002	2004	2002	2004	2002	2004	2002	2004
	in Euro		Ø				%			
Obere Dienstklasse	260	410	7,2	6,8	6,8	5,8	15	23	44	50
Untere Dienstklasse	240	240	6,7	6,1	6,1	5,7	25	31	56	58
Einfache Büroberufe	220	190	6,1	5,8	5,8	5,0	33	34	56	60
Arbeitgeber, 2–49 Mitarbeiter	400	570	6,9	6,2	6,9	5,8	23	25	42	50
Selbstständige, max. 1 Mitarbeiter	180	80	6,8	5,8	6,0	5,1	31	36	52	64
Leitende Arbeiter (Arbeiterelite)	110	10	6,2	6,0	6,1	4,9	31	39	57	72
Facharbeiter	70	100	5,9	5,3	5,5	4,8	43	40	69	74
Einfache Arbeiter	150	30	5,5	4,5	5,2	4,4	55	61	78	83
Landarbeiter	110	160	5,2	5,5	5,4	4,2	46	44	69	80

1 Differenz zwischen Haushaltsnettoeinkommen pro Kopf.

2 Mittelwerte auf der Oben-unten-Skala von 1 bis 10.

3 Vgl. Tabelle 3. Ausgewiesen wird der Anteil der angibt, etwas weniger oder sehr viel weniger zu erhalten.

Datenbasis: Allbus 2002, 2004.

Bevölkerung sich deshalb innerhalb des Schichtungsgefüges insgesamt niedriger einstuft, weil sie sich aus einer Perspektive der Unterprivilegierung und relativen Deprivation mit der westdeutschen Bevölkerung vergleicht. Beide Befunde der geringeren und zunehmend niedrigeren Einschätzung werden durch den Indikator unterstützt, ob man seinen »gerechten« Anteil am Wohlstand erhält (siehe oben und vgl. auch Teil II, Kap. 3). Die Anteile derjenigen Personen, die angeben, sie erhalten »weniger« oder »sehr viel weniger«, sind in allen Klassenlagen in Ostdeutschland durchweg sehr ausgeprägt. Selbst bei der oberen Dienstklasse geben 50 % in Ostdeutschland, aber nur 23 % in Westdeutschland an, sie hätten keinen gerechten Anteil am gesamten Wohlstand der deutschen Gesellschaft.

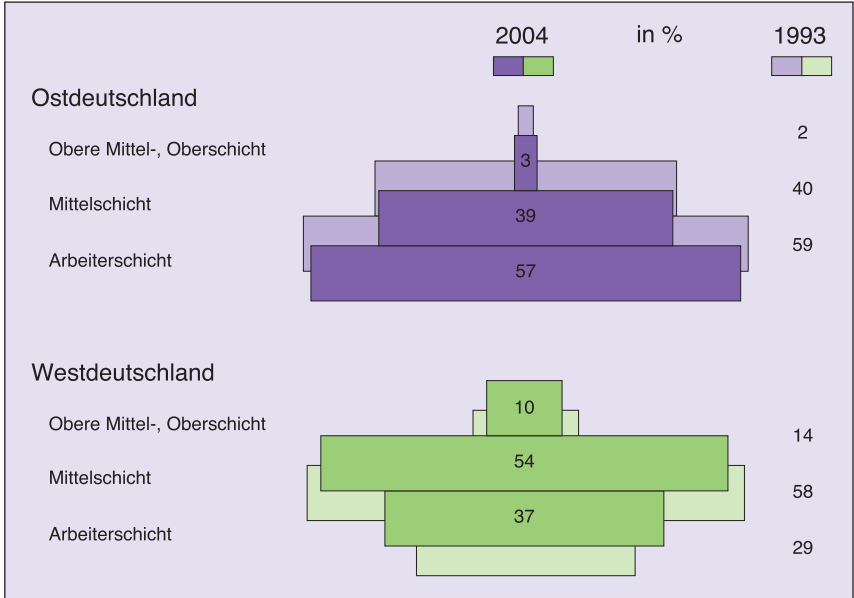
16.3 Subjektive Schichtzugehörigkeit

Eine wesentliche Ergänzung des objektiven Bildes der Lebenslagen und Klassenstruktur liefern Informationen über die subjektive Schichteinstufung. Angaben darüber, wie sich Personen in eine vorgegebene Rangordnung sozialer Schichten einstufen, bieten vor allem Aufschlüsse darüber, wie verschiedene Bevölkerungsgruppen innerhalb der Gesellschaft ihren eigenen Status im Vergleich zu anderen wahrnehmen und bewer-

ten, welchem sozialen Milieu sie sich zuordnen und aus welcher Perspektive sie am gesellschaftlichen Leben partizipieren – Fragen, die auch im Jahr 2004 im Vergleich von Ost- und Westdeutschland immer noch von Interesse sind.

Die Unterschiede in der Struktur der sozialen Schichtung, die sich auf der Basis der subjektiven Einstufung der Befragten im Vergleich der alten und neuen Bundesländer ergeben, waren bis in die späten 1990er-Jahre eklatant: Während sich für die neuen Bundesländer bis dahin eine pyramidenförmige Schichtstruktur mit einer breiten Basis ergab, wie sie für Arbeitergesellschaften charakteristisch ist, wies die Verteilung in den alten Bundesländern die typische Zwiebelform einer Mittelschicht-

Abb. 3: Subjektive Schichteinstufung, 1993 und 2004



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1993, Allbus 2004.

gesellschaft auf (vgl. Abb. 3). Im Zeitvergleich wird darüber hinaus deutlich, dass sich diese Unterschiede in Ostdeutschland trotz aller objektiven Veränderungen im Zeitverlauf nur wenig verringert haben. Aber auch in Westdeutschland hat sich die subjektive Schichteinstufung über lange Zeiträume als erstaunlich stabil erwiesen (vgl. Tab. 5).

Im Zeitverlauf hat sich in Ostdeutschland der Anteil derjenigen, die sich der Arbeiterschicht zugehörig fühlen, leicht verringert, ohne allerdings dem westdeutschen Niveau zu entsprechen. Dieser Anteil nimmt im Jahr 2004 allerdings wieder etwas zu. Im Jahr 2000 identifizierte sich noch etwas mehr als die Hälfte der Ostdeutschen mit

der Unter- und Arbeiterschicht, im Jahr 2004 steigt dieser Anteil dann aber deutlich auf 58 % und liegt wieder nah an den Werten zu Beginn der Transformation. Der Anteil derjenigen, die sich der Mittelschicht zurechnen, steigt zunächst entsprechend auf 45 % im Jahr 2000 an, um im Jahr 2004 wieder auf 40 % zu fallen.

In Westdeutschland sind bis 2004 insgesamt wenige Veränderungen erkennbar. Der langfristige Trend hin zur Mittelschichtgesellschaft schien in Westdeutschland Mitte der 1990er-Jahre erreicht zu sein, als sich nur noch etwa jeder vierte Bürger als der

Tab. 5: Subjektive Schichtzugehörigkeit in Deutschland, 1978–2004

	Unter- schicht	Arbeiter- schicht	Mittel- schicht	Obere Mittel-, Oberschicht
	in %			
Westdeutschland				
1980	1	30	59	10
1982	1	35	55	10
1984	1	33	55	11
1986	1	27	62	11
1988	2	32	57	10
1990	2	27	60	12
1992	2	26	60	12
1994	1	29	58	12
1996	2	30	58	11
1998	2	30	57	12
2000	1	28	61	10
2004	2	33	55	10
Ostdeutschland				
1992	3	52	42	2
1994	2	56	39	3
1996	5	55	39	1
1998	6	52	40	2
2000	2	50	45	3
2004	4	54	40	3

Datenbasis: Allbus 2002, 2004, ohne Ausländer.

Arbeiterschicht zugehörig betrachtete, und sich sechs von zehn Bürgern mit der Mittelschicht identifizierten. Bis zum Jahr 2004 sind dann Schwankungen und leichte Richtungswechsel erkennbar. Nun ordnet sich wieder jeder dritte Westdeutsche in die Arbeiterschicht ein und nur noch etwas mehr als die Hälfte fühlt sich der Mittelschicht zugehörig.

Demgegenüber bleibt der Anteil derjenigen, die sich der oberen Mittelschicht und der Oberschicht zugehörig betrachten, im Westen mit zehn Prozent im langfristigen Trend und ist noch deutlich größer als im Osten, wo sich lediglich eine Minderheit von drei Prozent der gesellschaftlichen »Elite« zurechnet. Die Anteile der Bürger, die sich keiner dieser Schichten zuzuordnen vermögen oder eine Einstu-

fung ablehnen, sind verschwindend gering und unterscheiden sich in West- und Ostdeutschland nur unwesentlich.

Die vorgestellten Befunde zur subjektiven Schichteinstufung markieren eine Situation, die im Wesentlichen den Ergebnissen der subjektiven Einordnung in die Oben-unten-Skala ähnelt. In beiden Dimensionen sind trotz positiver Entwicklungen in den objektiven Lebensbedingungen eher Abwärts- als Aufwärtsbewegungen des gesamten Positionsgefüges vorzufinden. Angesichts des Umstandes, dass die eher »objektiven« Klassenlagen im gleichen Zeitraum stabil bleiben, könnte es sich in den hier skizzierten Entwicklungen um den Ausdruck einer wahrgenommenen sozialen Degradierung handeln. Das Thema soziale Schichtung und soziale Ungleichheit bleibt somit auf der gesellschaftlichen Tagesordnung.

(Roland Habich / Heinz-Herbert Noll)

17 Soziale Mobilität

Die berufliche Position bzw. die Stellung einer Person im Erwerbsleben prägt nach wie vor in hohem Ausmaß das Leben der Menschen in Deutschland (vgl. Teil II, Kap. 16). Mehr als in anderen Ländern wird der Zugang zu diesen beruflichen Positionen von allgemein bildenden und vor allem von berufsbildenden Abschlüssen bestimmt. Die Chancen, einen guten Ausbildungsabschluss zu erwerben, sind jedoch in der Bevölkerung ungleich verteilt. Der jeweilige Ausbildungsabschluss hängt vielmehr zu einem großen Teil von der sozialen Herkunft (vgl. Teil II, Kap. 5), d.h. vom Elternhaus einer Person ab: Eltern, die eine vorteilhafte berufliche Position innehaben und somit über mehr Ressourcen wie Einkommen, kulturelles oder soziales Kapital verfügen, können ihren Kindern eine bessere Ausbildung mit auf den Weg geben als Eltern mit weniger vorteilhaften beruflichen Positionen. Eine bessere Ausbildung wiederum verschafft Kindern später mit hoher Wahrscheinlichkeit einen Zugang zu vorteilhaften Positionen. Vor allem auf diese Weise werden berufliche Positionen von einer Generation zur nächsten »vererbt« und es kommt nur in begrenztem Umfang zu sozialen Auf- oder Abstiegen zwischen den Generationen.

Auf- bzw. Abstiege zwischen den Generationen sind Ausdruck der (intergenerationalen) sozialen Mobilität in einer Gesellschaft: Soziale Mobilität beschreibt das Ausmaß, in dem sich Kindergenerationen in einer anderen beruflichen Position befinden als ihre Elterngeneration, d.h., es wird untersucht, wie gut es Kindern aus weniger vorteilhaften Herkunftspositionen gelingt, vorteilhafte Berufspositionen zu erreichen. Der Umfang der sozialen Mobilität kann somit auch als Maß für die Chancengleichheiten für Auf- und Abstiege in einer Gesellschaft interpretiert werden.

Im Folgenden werden vier Aspekte der sozialen Mobilität in Deutschland näher untersucht: Hatten bereits die Eltern die gleiche berufliche Position, die ihre Kinder heute einnehmen? In welchem Ausmaß werden Positionen der Eltern direkt an ihre Kinder weitervererbt? Wie hoch ist das Ausmaß der Auf- und Abstiege in Deutschland? Und wie ist es generell um die Chancengleichheit in der deutschen Gesellschaft bestellt? Bei der Beantwortung dieser Fragen wird ein besonderes Augenmerk auf die zeitliche Entwicklung der sozialen Mobilität, auf den Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland und auf die Unterschiede zwischen Männern und Frauen gerichtet.

17.1 Besetzung von Berufspositionen nach sozialer Herkunft

Für die folgenden Untersuchungen wurden verschiedene Bevölkerungsumfragen aus den Jahren 1976 bis 2004 zusammengefasst. Die betrachteten Personen waren zwischen 20 und 64 Jahre alt, hatten aus Vergleichsgründen alle die deutsche Staats-

angehörigkeit und waren zum Zeitpunkt der Befragung entweder berufstätig oder arbeitssuchend. Für Ostdeutschland werden Bevölkerungsumfragen ab 1991 berücksichtigt. Als Maß für die soziale Herkunft wird die berufliche Stellung des Vaters zu dem Zeitpunkt herangezogen, als die jeweiligen Befragten 15 Jahre alt waren. Wenn möglich, werden im Folgenden die Analysen nach Jahrzehnten aufgeführt. Falls die Fallzahlen für manche Analysen zu gering sind, werden die letzten beiden Jahrzehnte zusammengefasst.

Tabelle 1 beschreibt den Grad der Selbstrekrutierung bestimmter beruflicher Positionen, d.h. den Anteil der Befragten, deren Väter bereits eine identische berufliche Position innehatten. Am anschaulichsten sind diese Selbstrekrutierungsraten bei der Betrachtung der Landwirte (Männer) in Westdeutschland: Ca. 90 % der heutigen Landwirte haben einen Vater, der ebenfalls Landwirt war, d. h. fast alle heutigen Landwirte kommen aus einer Bauernfamilie. Auch bei Arbeiterpositionen findet man eine beachtliche Selbstrekrutierungsquote. Über die Hälfte der heutigen Facharbeiter in Westdeutschland (52 %) hat auch einen Facharbeiter zum Vater. Dieser Anteil ist in den vergangenen Jahrzehnten stetig angewachsen, d.h. die Gruppe der heutigen

Tab. 1: Selbstrekrutierungsraten – Anteil von Männern und Frauen, deren Väter eine identische berufliche Position innehatten

	Westdeutschland			Ostdeutschland	
	1976–1980	1981–1990	1991–2004	1991–1992	2000–2004
	in %				
<i>Männer</i>					
Leitende Angestellte, höhere Beamte, freie Berufe	20	20	20	–	–
Qualifizierte Angestellte, gehobene Beamte	20	17	17	22	37
Einfache, mittlere Angestellte und Beamte	25	25	26	26	23
Selbstständige	36	40	23	–	17
Landwirte	93	95	89	–	–
Facharbeiter, Meister	45	48	52	57	66
Un-/angelernte Arbeiter	37	36	37	–	–
<i>Frauen</i>					
Leitende Angestellte, höhere Beamte, freie Berufe	27	28	23	–	–
Qualifizierte Angestellte, gehobene Beamte	19	19	20	26	28
Einfache, mittlere Angestellte und Beamte	21	21	23	17	17
Selbstständige	28	24	24	–	–
Landwirte	82	67	70	–	–
Facharbeiter, Meister	43	44	44	47	67
Un-/angelernte Arbeiter	31	35	33	–	–

– Fallzahlen zu gering.

Datenbasis: ALLBUS, SOEP, ZUMA-Standarddemografie, 1976–2004.

Facharbeiter ist bezüglich ihrer sozialen Herkunft homogener geworden, und dieser Trend setzt sich auch im neuen Jahrhundert weiter fort. Die Gruppe der Selbstständigen ist dagegen im Laufe des letzten Jahrzehnts deutlich heterogener geworden: Hatten die Selbstständigen in den 70er- und 80er-Jahren noch Selbstrekrutierungs-raten von knapp 40 %, so ist der Anteil im letzten Jahrzehnt fast bis auf 20 % gesunken. Bei der Gruppe der qualifizierten Angestellten und Beamten (z. B. Lehrer oder Ingenieure) zeigt sich ein leichter Rückgang der Selbstrekrutierung über die Zeit. Für Frauen in Westdeutschland findet man hohe Selbstrekrutierungs-raten unter den Land-wirtinnen und bei Arbeiterinnen. Diese fallen jedoch etwas geringer aus als bei west-deutschen Männern. Bei den einzelnen beruflichen Positionen ergeben sich keine deutlichen Veränderungen über die Zeit. Lediglich bei leitenden Positionen ist ein Trend zu einer geringeren Selbstrekrutierungsrate festzustellen.

Die Ergebnisse für Ostdeutschland sind aufgrund der Fallzahlen und der besonderen Umbruchsituation in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung mit Vorsicht zu interpretieren. Es werden daher in den Tabellen nur solche Werte dargestellt, die auf einer ausreichenden Fallzahl basieren. Bei den Männern findet man bei qualifizierten Angestelltenpositionen eine deutliche Zunahme der Selbstrekrutierungsrate: Während kurz nach der Wende nur knapp jeder fünfte qualifizierte Angestellte aus einem solchen Elternhaus kam, waren es im neuen Jahrtausend bereits 37 %. Ein ähnlicher Befund zeigt sich bei den Facharbeitern. Auch diese Gruppe wird zunehmend ho-mogener in Bezug auf ihre Herkunft, sodass heute in Ostdeutschland zwei von drei Facharbeitern bereits einen Facharbeiter als Vater hatten. Generell gibt es in diesen beiden Gruppen einen merklichen Trend zur Homogenisierung, der weit über dem Niveau der westdeutschen Männer liegt. Bei den Frauen in Ostdeutschland findet man lediglich bei den Facharbeiterinnen eine deutliche Zunahme der Selbstrekrutierungs-rate bis auf das Niveau der ostdeutschen Männer. Dagegen liegen für ostdeutsche Frauen die Selbstrekrutierungs-raten bei qualifizierten und einfachen Angestellten merklich unter den Werten der ostdeutschen Männer, und diese Werte verändern sich auch kaum über die Zeit. Insgesamt zeigt sich bei der Selbstrekrutierung im Westen generell ein eher uneinheitlicher Trend, in Ostdeutschland hingegen stagnieren die Werte oder die Gruppen werden homogener.

Ange-sichts der weiterhin sehr angespannten Situation auf dem ostdeutschen Ar-beitsmarkt ist es unerlässlich zu prüfen, aus welchen Herkunftsgruppen sich die große Zahl der Arbeitslosen in Ostdeutschland zusammensetzt. Entsprechende Analysen, die hier nicht ausgewiesen werden, zeigen Folgendes: Von den arbeitslosen Män-nern haben heute gut zwei Drittel einen Vater aus einer der beiden Arbeiterposi-tionen. Dabei ist insbesondere der Anteil der arbeitslosen Facharbeitersöhne seit der Wiedervereinigung um 14 Prozentpunkte deutlich angestiegen. Bei den Frauen ist der gleiche Trend zu beobachten. Während der Anteil der arbeitslosen Arbeitertöchter nach der Wende bei ca. 50 % lag, hat deren Anteil binnen eines Jahrzehnts wie bei den Männern auf knapp 70 % zugenommen. Die Gruppe der arbeitslosen Männer und Frauen rekrutiert sich damit heute überproportional stark aus den Arbeiterpo-sitionen. Diese Entwicklung kann man in Westdeutschland bereits seit den 1970er-Jahren beobachten.

17.2 Vererbung von Berufspositionen nach sozialer Herkunft

In Tabelle 2 wird die Vererbung einer Berufsposition vom Vater auf den Sohn bzw. die Tochter dargestellt, das heißt die Zahlen geben an, wie groß der Anteil der Kinder von z. B. leitenden Angestellten ist, die wiederum leitende Angestellte werden. Aus dieser Perspektive stellt nicht mehr die Berufsposition der Befragten die Prozentuierungsgrundlage dar, sondern die Position des Vaters. Deutlich wird dies wieder bei den Landwirten: In Westdeutschland werden 20 % aller Bauernsöhne ebenfalls Landwirte. Ähnliche Vererbungsraten findet man bei Selbstständigen und ungelernten Arbeitern. Ungefähr ein Drittel aller Söhne aus leitenden, gehobenen oder einfachen Angestelltenpositionen nimmt heute die gleiche Position ein wie ihre Väter. Dabei zeigt sich, dass die Vererbungsrate bei Söhnen von qualifizierten Angestellten und Beamten über die Zeit deutlich von 43 % auf 36 % abnimmt. Eine leichte Abnahme findet man auch bei Facharbeitersöhnen, die mit 41 % jedoch immer noch die Gruppe mit der höchsten Vererbungsrate darstellen.

Da es nach wie vor viele Berufsfelder gibt, die eher von Männern oder eher von Frauen besetzt werden, sind die Vererbungsraten von Vätern auf ihre Töchter generell niedriger als die Vererbungsraten von Vätern auf ihre Söhne. Ausnahme hierbei sind einfache Angestelltentätigkeiten und unqualifizierte Arbeiterpositionen. Generell findet man bei westdeutschen Frauen deutliche Veränderungen über die Zeit. Ungelernte Arbeiterpositionen werden heute viel seltener vererbt, die Rate sinkt von 38 % auf 28 %. Auch bei Landwirten und Facharbeitern sinken die Vererbungsraten leicht. Dagegen steigt die Weitergabe der väterlichen Berufsposition auf die Tochter bei qualifizierten und bei leitenden Angestelltenpositionen merklich an. Während in den 1970er-Jahren ein knappes Viertel aller Töchter von qualifizierten Angestellten dem Weg ihres Vaters folgte, ist es heute bereits ein knappes Drittel, so dass die Vererbungsrate ähnlich hoch ist wie bei Männern. Bei den leitenden Positionen gab es ebenfalls einen starken Anstieg der Vererbungsrate. Heute nehmen 21 % der Frauen die gleiche Position wie ihre Väter ein. In den 1970er-Jahren waren es nur 12 %. Insgesamt übernehmen die westdeutschen Frauen in zunehmendem Ausmaß die guten Positionen der Väter. Wenig vorteilhafte Positionen dagegen werden zunehmend seltener auf die Töchter übertragen.

Bei ostdeutschen Männern gibt es für Angestellte und Beamte kaum Veränderungen in den Vererbungsraten. Bei den Facharbeitern dagegen findet man eine sinkende Vererbungsrate, sie nimmt um acht Prozentpunkte auf 51 % ab. Jeder zweite Facharbeitersohn nimmt damit heute auch eine Facharbeiterposition ein. Diese abnehmende Vererbungsrate für Männer bei zunehmender Homogenisierung der Facharbeiterschaft deutet auf ein generelles Schrumpfen solcher Positionen in Ostdeutschland hin. Bei ostdeutschen Frauen ist innerhalb der ausgewiesenen stark besetzten Berufspositionsgruppen kaum ein Trend zu erkennen. Interessanterweise hat sich in dem betreffenden Zeitraum die Berufsstruktur für ostdeutsche Frauen – anders als bei ostdeutschen Männern – nur unwesentlich geändert. Dabei ist auffällig, dass

Tab. 2: Vererbungsraten – Anteil von Männern und Frauen, die die gleiche berufliche Position einnehmen wie ihre Väter, nach sozialer Herkunft

	Westdeutschland			Ostdeutschland	
	1976–1980	1981–1990	1991–2002	1991–1992	2000–2002
	in %				
Männer					
Leitende Angestellte, höhere Beamte, freie Berufe	31	32	30	–	–
Qualifizierte Angestellte, gehobene Beamte	43	38	36	38	39
Einfache, mittlere Angestellte und Beamte	34	33	31	28	29
Selbstständige	23	31	24	–	36
Landwirte	20	20	20	–	–
Facharbeiter, Meister	43	43	41	59	51
Un-/angelernte Arbeiter	24	22	23	–	–
Frauen					
Leitende Angestellte, höhere Beamte, freie Berufe	12	17	21	–	–
Qualifizierte Angestellte, gehobene Beamte	24	25	32	34	36
Einfache, mittlere Angestellte und Beamte	66	67	65	54	52
Selbstständige	15	13	16	–	–
Landwirte	10	8	7	–	–
Facharbeiter, Meister	7	6	5	18	18
Un-/angelernte Arbeiter	38	33	28	–	–

– Fallzahlen zu gering.

Datenbasis: ALLBUS, SOEP, ZUMA-Standarddemografie, 1976–2002.

der Anteil an Facharbeiterinnen in Ostdeutschland nach wie vor deutlich höher ist als in Westdeutschland.

Bei der bisherigen Betrachtung einzelner Berufspositionen fällt der zeitliche Wandel eher moderat aus. Bei westdeutschen Männern kommt es für qualifizierte Angestellte bzw. Beamte zu einer Verringerung der Vererbungsraten und somit zu mehr sozialer Mobilität für Kinder aus diesen Elternhäusern. Westdeutsche Frauen dagegen schaffen es in zunehmendem Maße, ihre vorteilhaften Herkunftsbedingungen in höhere Berufspositionen umzumünzen. Bei den Arbeiterpositionen kommt es hingegen sowohl bei westdeutschen Männern als auch bei ostdeutschen Männern und Frauen zu Homogenisierungstendenzen. Insgesamt gibt es bei dieser Betrachtungsweise wenig Hinweise auf eine umfassende Angleichung der Verhältnisse in Ost und West.

Im Folgenden sollen nicht einzelne Berufspositionen untersucht werden, sondern es wird versucht, ein Gesamtbild der sozialen Mobilität bzw. der Vererbung von Berufspositionen aufzuzeigen. Eine solche Gesamtbetrachtung lässt auch eine Aussage darüber zu, ob diejenigen, die nicht die Berufsposition ihrer Väter erben, eher vorteilhaftere oder eher weniger vorteilhafte Berufspositionen besetzen als ihre Väter.

17.3 Ausmaß von sozialen Auf- und Abstiegen

Um Auf- und Abstiege zu untersuchen, ist es erforderlich, die einzelnen Berufspositionen in einer Rangfolge anzuordnen. Dafür wird den leitenden Angestellten bzw. Beamten sowie den freien Berufen die vorteilhafteste Position zugeschrieben, gefolgt von den qualifizierten Angestellten bzw. Beamten. Am unteren Ende dieser Hierarchie befinden sich un- und angelernte Arbeiterpositionen. Die verbleibenden Gruppen der einfachen Angestellten, Facharbeiter, kleinen Selbstständigen und Landwirte sind nur sehr schwer hierarchisch zu differenzieren. Sie werden daher in einer einzigen – recht heterogenen – Gruppe zusammengefasst, sodass es insgesamt vier verschiedene Gruppen bzw. Hierarchiestufen gibt.

Die oberste Zeile in Tabelle 3 beschreibt das Ausmaß der Gesamtmobilität, das heißt wie groß der Anteil der Personen ist, die eine andere Position einnehmen als ihre Väter. Es fällt auf, dass Frauen aufgrund spezifischer Berufspräferenzen – im Vergleich zu ihren Vätern – generell eine höhere Gesamtmobilität aufweisen als Männer. Über die Zeit hinweg gibt es jedoch sowohl für Männer als auch für Frauen in Ost- und Westdeutschland nahezu keine Veränderung in der Gesamtmobilität. Die Rate ist im Westen seit Mitte der 1970er-Jahre, im Osten mindestens seit der Wiedervereinigung praktisch unverändert. Bei den Männern zeigt sich, dass die Mobilitätsrate in Ostdeutschland deutlich niedriger ist als in Westdeutschland, während sich die Gesamtmobilität bei Frauen in Ost und West nicht unterscheidet. Teilt man für Männer die Gesamtrate auf in vertikale Mobilität (Auf- und Abstiege) und in horizontale Mobilität (Mobilität auf der gleichen Hierarchieebene, zum Beispiel von Facharbeitern zu einfachen Angestellten), so zeigen sich jedoch deutliche Unterschiede über die Zeit. Bei den westdeutschen Männern steigt der Anteil an vertikaler Mobilität um fünf Prozentpunkte in den letzten 30 Jahren, während die horizontale Mobilität um fünf Prozentpunkte schrumpft. Somit erhöht sich das Verhältnis zwischen diesen beiden Größen von 1,7 auf 2,4 zu Gunsten der vertikalen Mobilität, d. h. vertikale Mobilität kommt heute 2,4-mal so häufig vor wie horizontale Mobilität. Im Osten dagegen sinkt dieses Verhältnis für Männer leicht von 2,0 auf 1,7 – in Ostdeutschland erfahren derzeit somit weniger Männer einen Auf- bzw. Abstieg im Vergleich zu ihren Vätern als noch zum Zeitpunkt unmittelbar nach der Wende. Bei den ostdeutschen Frauen ist dieser Trend noch stärker ausgeprägt. Das Ausmaß an vertikaler Mobilität sinkt um sechs Prozentpunkte, während die horizontale Mobilität um sechs Prozentpunkte steigt, sodass es heute ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen den beiden Größen gibt (Verhältniswert von 1,0). Bei westdeutschen Frauen deutet sich in den letzten Jahren ein Trend an: Während die Werte im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts ohne erkennbaren Trend schwankten, scheint es zu Beginn des neuen Jahrtausends etwas mehr vertikale Mobilität bei gleichzeitiger Abnahme von horizontaler Mobilität zu geben.

Die jeweils unteren Hälften der Teiltabellen zeigen an, ob es sich bei den vertikalen Bewegungen um Aufstiege oder um Abstiege gehandelt hat. Der zunehmende Anteil an vertikaler Mobilität für westdeutsche Männer ist in erster Linie auf eine stetige Zunahme von Abstiegen zurückzuführen. Zwar gab es bis zur Jahrtausendwende

auch vermehrt Aufstiege, doch dieser Trend scheint sich im neuen Jahrtausend nicht fortzusetzen, sodass insgesamt das Verhältnis zwischen Auf- und Abstiegen in den ersten fünf Jahren des neuen Jahrtausends leicht auf 1,9 sinkt. Vergleichsweise dramatisch dagegen fällt der Befund für die ostdeutschen Männer aus. Während es unmittelbar nach der Wiedervereinigung fast zweimal so viele Aufstiege wie Abstiege gab, hat sich das Verhältnis nun sogar umgekehrt: Auf einen Abstieg kommen nur noch 0,9 Aufstiege. Für Männer in Ostdeutschland ist das Risiko eines Abstiegs in schlechtere Berufspositionen damit größer als die Chance eines Aufstiegs im Vergleich zu den Berufspositionen ihrer Väter.

Tab. 3: Gesamtmobilität, vertikale und horizontale Mobilität, Auf- und Abstiegswerten

	Westdeutschland				Ostdeutschland	
	1976–1980	1981–1990	1991–2000	2001–2004	1991–1992	2000–2002
	in %					
<i>Männer</i>						
Gesamtmobilität	67	66	68	67	59	60
Gesamtmobilität umfasst:						
vertikale Mobilität	42	43	47	47	39	38
horizontale Mobilität	25	24	21	20	20	22
Verhältnis vertikale/horizontale Mobilität	1,7	1,8	2,3	2,4	2,0	1,7
Vertikale Mobilität umfasst:						
Aufwärtsmobilität	30	30	33	31	25	18
Abwärtsmobilität	12	13	14	16	14	20
Verhältnis Aufstiege/Abstiege	2,4	2,4	2,4	1,9	1,8	0,9
<i>Frauen</i>						
Gesamtmobilität	75	75	75	76	74	74
Gesamtmobilität umfasst:						
vertikale Mobilität	41	40	42	45	43	37
horizontale Mobilität	33	35	33	31	31	37
Verhältnis vertikale/horizontale Mobilität	1,2	1,1	1,3	1,5	1,4	1,0
Vertikale Mobilität umfasst:						
Aufwärtsmobilität	18	20	24	30	24	19
Abwärtsmobilität	23	20	19	16	19	18
Verhältnis Aufstiege/Abstiege	0,8	1,0	1,3	1,9	1,3	1,1

Datenbasis: ALLBUS, SOEP, ZUMA-Standarddemografie, 1976–2004.

Bei den ostdeutschen Frauen geht die Entwicklung in die gleiche Richtung, ist jedoch weniger ausgeprägt. Auch bei den Frauen nimmt der Anteil der Aufstiege merklich von 24 auf 19 % ab, aber das Ausmaß an Abstiegen bleibt konstant, sodass sich heute Auf- und Abstiege im Vergleich zur Vaterposition ungefähr die Waage halten und sich die Frauen in Ostdeutschland in einer ähnlichen Situation befinden wie die Männer. Im Westen haben die Frauen dagegen in den letzten 30 Jahren ihre Aussichten auf bessere Positionen steigern können. Es kam zu einer deutlichen Zunahme der Auf-

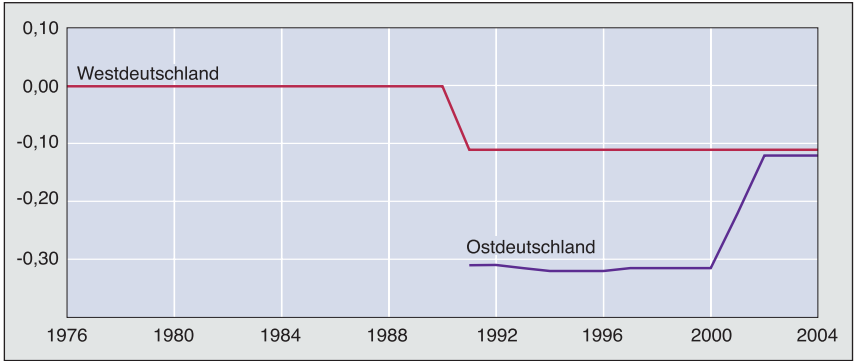
stiege bei einer gleichzeitigen Abnahme der Abstiege, sodass das Verhältnis zwischen Auf- und Abstiegen bis zur Jahrtausendwende zunächst von 0,8 auf 1,3 und danach weiter bis auf ein Verhältnis von 1,9 gestiegen ist. Westdeutsche Frauen haben somit heute durchschnittlich bessere Positionen als ihre Väter. Hält diese Entwicklung weiter an, ist die Angleichung der Aufstiegschancen der Frauen an die der Männer in Westdeutschland absehbar.

17.4 Chancengleichheit in der Gesellschaft

Die bisher dargestellten Ergebnisse geben die Mobilitätserfahrungen seit Mitte der 1970er-Jahre für Westdeutschland und seit der Wiedervereinigung für Ostdeutschland wieder. Ein wesentlicher Faktor für die soziale Mobilität in dieser Zeit waren die Veränderungen in der Beschäftigtenstruktur. Die Anzahl der Arbeiterpositionen ist gesunken, während im Angestellten- und Beamtenbereich zusätzliche Positionen geschaffen wurden. Diese so genannte strukturell bedingte Mobilität beeinflusst die Auf- und Abstiegsmöglichkeiten der einzelnen Personen. Jedoch ändern sich diese Bedingungen für alle gleich, es gibt heute mehr vorteilhafte Berufspositionen als früher. Hat daher heute ein Facharbeiterkind im Vergleich zu einem Kind eines qualifizierten Angestellten ähnlich gute Chancen, eine vorteilhafte Position zu erreichen? Nicht notwendigerweise, denn es ist denkbar, dass sich zwar alle ein bisschen besser stellen, dass sich aber die Chancen für einen Aufstieg für ein Kind eines qualifizierten Angestellten im gleichen Maße erhöhen wie die Aufstiegschancen für ein Facharbeiterkind. Daher werden abschließend die so genannten Chancenverhältnisse zwischen solchen Kindern untersucht, d.h. es wird gefragt, wie groß die Chance für ein Kind eines qualifizierten Angestellten im Vergleich zu einem Facharbeiterkind ist, später selbst qualifizierter Angestellter bzw. Facharbeiter zu werden. In den 1990er-Jahren betrug dieses Chancenverhältnis 6:1 zu Gunsten der Kinder qualifizierter Angestellter. Für die folgende Analyse wurden für sämtliche Kombinationen von beruflichen Positionen derartige Chancenverhältnisse berechnet und diese in einem Modell zusammengefasst. Die Ergebnisse sind in den Abbildungen 1 und 2 dargestellt.

Abbildung 1 zeigt für Männer die Entwicklung der Stärke des Zusammenhangs zwischen der sozialen Herkunft und der eigenen Berufsposition. Dabei werden drei Zeiträume unterschieden, wobei aufgrund der Fallzahlen die Jahre ab 2000 mit den 1990er-Jahren zusammengefasst werden. Die Stärke des Zusammenhangs ist auf der y-Achse dargestellt. Für die 1970er-Jahre wurde dieser Zusammenhang auf den Wert »0« als Ausgangsniveau festgesetzt. Die Abweichung zu diesem Wert gibt dann die prozentuale Veränderung an, wobei negative Werte bedeuten, dass der Zusammenhang schwächer wird. Man kann für Westdeutschland sehen, dass sich die Stärke des Zusammenhangs in den 1980er-Jahren nicht verändert hat, dann aber eine Abnahme um 11 % in den 1990er-Jahren zu beobachten ist. Für westdeutsche Männer hat sich somit der Einfluss der sozialen Herkunft auf die eigene Berufsposition abgeschwächt, d.h. die Chancengleichheit für diese Männer hat

Abb. 1: Relative Veränderung der Stärke des Zusammenhangs zwischen sozialer Herkunft und eigener Position – Männer in Ost- und Westdeutschland

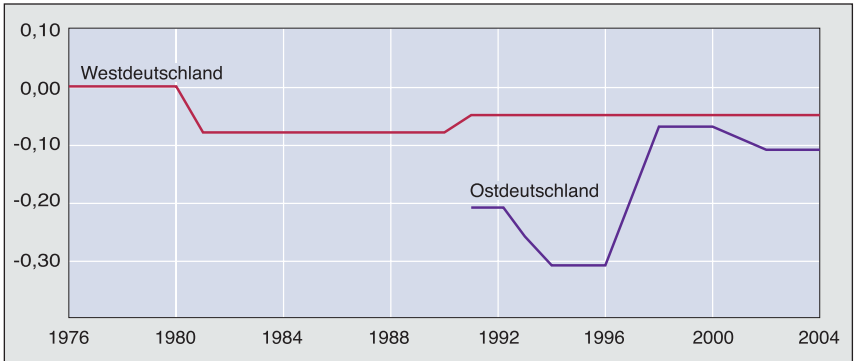


Datenbasis: ALLBUS, SOEP, ZUMA-Standarddemographie, 1976–2004.

sich im betreffenden Zeitraum erhöht. Für ostdeutsche Männer ist dagegen eine umgekehrte Entwicklung zu beobachten. Der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und eigener Berufsposition ist im Osten nach wie vor etwas schwächer ausgeprägt als im Westen; seit der Wiedervereinigung ist allerdings durch gegenläufige Entwicklungen eine Annäherung der Mobilitätschancen der Westdeutschen zu erkennen.

Bei den Frauen (Abb. 2) zeigten sich nach der Wiedervereinigung ebenfalls deutliche Unterschiede zwischen Ost und West. In Ostdeutschland ist der Zusammenhang

Abb. 2: Relative Veränderung der Stärke des Zusammenhangs zwischen sozialer Herkunft und eigener Position – Frauen in Ost- und Westdeutschland



Datenbasis: ALLBUS, SOEP, ZUMA-Standarddemographie, 1976–2004.

zwischen sozialer Herkunft und eigener Berufsposition klar schwächer ausgeprägt, doch auch hier findet man über die Zeit eine Angleichung der Stärke des Zusammenhangs zwischen sozialer Herkunft und eigener Position.

17.5 Zusammenfassung

Die soziale Herkunft hat trotz der Betonung von Chancengleichheit im Bildungswesen und der Hervorhebung des Leistungsgedankens in der Berufswelt nach wie vor einen starken Einfluss auf die spätere berufliche Position von Männern und Frauen in Deutschland. Für viele Berufspositionen ist eine zunehmende Homogenisierung der Zusammensetzung nach sozialer Herkunft zu konstatieren. Dies gilt insbesondere für Arbeiterpositionen in Ost- und Westdeutschland, die im Zeitverlauf zunehmend mit Arbeiterkindern besetzt werden. Ausnahmen hiervon bilden die Selbstständigen im Westen, deren Herkunftszusammensetzung heterogener wird. Bei der Vererbung von Berufspositionen zeigt sich für Westdeutschland eine Annäherung der Vererbungsraten von Männern und Frauen. Vor allem bei leitenden und bei qualifizierten Positionen gelingt es den Frauen zunehmend, diese vorteilhaften Positionen von ihren Vätern zu übernehmen. Bei der Gesamtbetrachtung von Auf- und Abstiegen zeigt sich mit Ausnahme der westdeutschen Frauen ein genereller Trend zu weniger Aufstiegsmobilität und zu mehr Abstiegsmobilität. Dabei gleichen sich die Geschlechter im Hinblick auf die Verhältnisse von Auf- und Abstiegen immer mehr an. Gleichzeitig bleiben jedoch die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland nach wie vor bestehen. Im Osten ist die Aufstiegsmobilität im Vergleich zur Position des Vaters deutlich schwächer ausgeprägt.

Die Betrachtung der tatsächlichen Chancengleichheit – bereinigt um strukturelle Einflüsse – zeigt für Westdeutschland einen leichten Wandel hin zu mehr Gleichheit. Im Osten dagegen hat sich der Einfluss der sozialen Herkunft im letzten Jahrzehnt spürbar vergrößert. Die ehemals deutlich höhere Chancengleichheit für Männer und Frauen in Ostdeutschland hat so stark abgenommen, dass mittlerweile bei beiden Geschlechtern fast das Westniveau erreicht wird. Es bleibt abzuwarten, ob sich diese gegenläufigen Trends auf einem gemeinsamen Niveau einpendeln werden oder ob die ungünstigeren Rahmenbedingungen in Ostdeutschland dazu führen, dass der Einfluss der sozialen Herkunft auf die eigene Berufsposition noch wichtiger wird als in Westdeutschland.

(Reinhard Pollak)

Weitere Informationen zum Thema Erwerbstätigkeit siehe Teil I, Kap. 3.

18 Einkommen – Verteilung, Angleichung, Armut und Dynamik

Die hier genutzten Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) beschreiben die langjährige Einkommensentwicklung in Deutschland. Neben dem Einkommensverlauf wird im Folgenden auch die Angleichung der Einkommensverhältnisse seit der deutschen Wiedervereinigung sowie die Einkommensverteilung und Einkommensungleichheit im zeitlichen Verlauf betrachtet. Ein besonderes Augenmerk gilt dem unteren Rand der Einkommensverteilung – der Betroffenheit von Niedrigeinkommen und Armut. Schließlich wird das Ausmaß der Einkommens- und Armutsdynamik in Deutschland dargestellt.

18.1 Daten und Methoden

Die Einkommen werden im SOEP im Rahmen der jährlichen Befragungen detailliert erfasst: Zum einen wird das monatliche Haushaltsnettoeinkommen erfragt, also die regelmäßigen Einkünfte nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben zuzüglich erhaltener Sozialtransfers; zum anderen werden jeweils für das zurückliegende Jahr alle individuellen (Brutto-)Einkommen aller aktuell im Haushalt befragten Personen erhoben. Diese individuellen Einkommenskomponenten werden über den Haushalt aufsummiert und liefern so, mithilfe einer Schätzung der Steuer- und Sozialabgaben, die Jahresnettoeinkommen des Vorjahres. Bei den Jahreseinkommen sind neben einmaligen Sonderzahlungen (13., 14. Monatsgehalt, Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld etc.) auf diese Weise auch Steuerrückzahlungen implizit berücksichtigt. Prinzipiell können im SOEP auch Einkommensvorteile aus selbst genutztem Wohneigentum eingerechnet werden; diese Komponente wurde hier allerdings nicht berücksichtigt.

Die erhobenen Monatseinkommen bilden die zum Interviewmonat aktuell verfügbaren ökonomischen Ressourcen für alle zu diesem Zeitpunkt im Haushalt lebenden Personen ab. Die Jahreseinkommen beschreiben demgegenüber die von jeder aktuell im Haushalt lebenden Person im Vorjahr erzielten Markt- und Nettoeinkünfte. Beide Einkommenskonzepte unterscheiden sich damit nicht nur hinsichtlich des zeitlichen Bezugsrahmens, sondern auch in ihrer Konzeption. Im Folgenden werden deshalb sowohl Daten über das direkt erfragte monatliche Haushaltsnettoeinkommen in seiner ursprünglichen Form (der Anteil der Haushalte ohne Angaben beträgt zwischen vier und sieben Prozent) als auch über das generierte Jahresnettoeinkommen der Haushalte (jeweils für das zurückliegende Jahr; fehlende Werte werden geschätzt [imputiert]) präsentiert.

Um die Einkommenssituation von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichbar zu machen, werden alle Haushaltseinkommen entspre-

chend dem inzwischen EU-weit standardisierten Vorgehen unter Verwendung der neuen (revidierten) OECD-Skala in so genannte »Äquivalenzeinkommen« – das sind unter Bedarfsgesichtspunkten modifizierte Pro-Kopf-Einkommen – umgerechnet. Alle Einkommensangaben werden in Euro ausgewiesen. Die Analysen erfolgen auf Personenebene und repräsentieren die in privaten Haushalten lebende gesamte Bevölkerung in Deutschland. Die Anstaltsbevölkerung (z.B. in Altersheimen) bleibt unberücksichtigt.

18.2 Einkommensentwicklung und Verteilung

Die verfügbaren durchschnittlichen Äquivalenzeinkommen (Mean, arithmetisches Mittel) der privaten Haushalte sind nach den Daten des SOEP bei der Bevölkerung in Deutschland nominal von monatlich 946 € im Jahr 1991 auf 1 407 € im Jahr 2004 und – nach vorläufigen Berechnungen – bis 2005 weiter auf 1 416 € gestiegen (vgl. Tab. 1). Die entsprechenden Jahreseinkommen liegen im Jahr 2004 bei 18 599 €. Bei dieser gesamtdeutschen Betrachtung sind allerdings die Unterschiede in den Preisniveaus im zeitlichen Verlauf sowie die, insbesondere unmittelbar nach der Vereinigung, bedeutsamen Kaufkraftunterschiede zwischen den alten und neuen Ländern noch nicht berücksichtigt. Die nachfolgenden Berechnungen werden deshalb auf der Basis von Realeinkommen zum Basisjahr 2000 durchgeführt, wobei die Einkommen der alten und neuen Länder bis 1997 jeweils getrennt an die entsprechende Preisentwicklung angepasst wurden (vgl. Tab. 1).

Tab. 1: Haushaltsnettoeinkommen der privaten Haushalte in Deutschland
Mittelwert in Euro

	1991	1994	1997	2000	2003	2004	2005
<i>Äquivalenzeinkommen im Monat¹</i>							
Nominal (Mean)	946	1 120	1 195	1 304	1 396	1 407	1 416
Real (Mean)	1 116	1 205	1 229	1 304	1 333	1 319	1 298
Steigerungsrate real (in %) ²		8,0	2,0	6,1	2,2	-1,1	-1,6
Real (Median)	991	1 098	1 110	1 176	1 194	1 173	1 154
<i>Äquivalenzeinkommen im Vorjahr</i>							
Nominal		14 875	15 756	17 223	18 468	18 599	
Real ³		16 390	16 502	17 464	17 840	17 762	
Steigerungsrate real (in %) ²			0,7	5,8	2,2	-0,4	
Real (Median)		14 630	14 671	15 427	15 927	15 869	
<i>Preisindizes⁴</i>							
Alte Bundesländer	83,7	92,6	97,1	100,0	103,4	106,2	108,3
Neue Bundesländer	70,4	91,5	97,2	100,0	103,4	106,2	108,3

1 Vorläufige Berechnungen für 2005.

2 Prozentuale Steigerungsrate gegenüber dem in der Vorspalte angegebenen Zeitpunkt;

Quelle: Destatis 2003.

3 Bei Jahresangaben sind die Preisindizes jeweils bezogen auf das Einkommensjahr (Vorjahr).

4 Quelle: Destatis 2006.

Datenbasis: SOEP 1991–2005.

Die auf den Realeinkommen basierenden Steigerungsraten zeigen seit Beginn der 1990er-Jahre ein insgesamt gesehen eher geringes Einkommenswachstum mit deutlichen konjunkturellen Schwankungen. In der ersten Hälfte der 1990er-Jahre sind infolge des Vereinigungsbooms sowie der hohen Einkommenszuwächse der neuen Länder (vgl. Abb. 1a und 1b) zunächst insgesamt positive Einkommenszuwächse zu beobachten, die sich mit Abflachen der Konjunktur in der Mitte der 1990er-Jahre verringern. Gegen Ende des Jahrzehnts erfolgt ein abermaliger kurzer Einkommensanstieg, der wiederum zu Beginn der 2000er-Jahre von einer anhaltenden Rezession gebremst wird. In den letzten Jahren sind die Einkommen der privaten Haushalte real gesunken.

Die Betrachtung von Mittelwerten allein sagt noch nichts darüber aus, wie gleich oder ungleich die Einkommen in der Bevölkerung verteilt sind. Ein allgemeiner Indikator zur Beschreibung der Einkommensverteilung sind die Einkommensanteile, die

Tab. 2: Einkommensungleichheit in Deutschland

	1991	1994	1997	2000	2003	2004	2005
<i>Äquivalenzeinkommen im Monat (real)¹</i>							
Einkommensanteile in der Bevölkerung							
Ärmste 20 %	9,7	9,9	10,1	10,0	9,4	9,5	9,4
Reichste 20 %	35,2	35,2	34,4	34,7	36,1	35,8	35,9
Gini	0,256	0,252	0,241	0,245	0,264	0,262	0,263
<i>Äquivalenzeinkommen im Vorjahr (real)</i>							
Gini (Markteinkommen und Renten im Haushalt)		0,337	0,350	0,347	0,362	0,368	
Gini (Haushaltsnettoeinkommen)		0,270	0,268	0,266	0,283	0,282	
Gini-Verminderung durch Umverteilung (in %)		19,9	23,4	23,3	21,8	23,4	

¹ Vorläufige Berechnungen für 2005.

Datenbasis: SOEP 1991–2005.

ein bestimmter Teil der nach der Einkommenshöhe geordneten Bevölkerung innehat (Tab. 2). Hier zeigt sich, dass die ärmsten 20 % der Bevölkerung (das unterste Quintil) langjährig über knapp 10 % des monatlichen Gesamteinkommens verfügen. Nach dem Jahr 2000 ging der Einkommensanteil des ärmsten Quintils auf teilweise unter 9,5 % zurück. Die reichsten 20 % (das oberste Quintil) haben demgegenüber langjährig etwa 35 % des monatlichen Gesamteinkommens zur Verfügung, seit 2003 waren es 36 %. Die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen im Haushalt hat sich damit deutlich erhöht. Dies geht auch aus dem Gini-Koeffizienten, einem zusammenfassenden Ungleichheitsmaß, hervor (Tab. 2). Bei gesamtdeutscher Betrachtung war unmittelbar nach der Vereinigung, als die Einkommen der alten und neuen Länder noch weiter voneinander entfernt lagen, der Gini-Koeffizient höher als bei alleiniger Betrachtung der westdeutschen Verteilung und ist im Zuge der Einkommensangleichung der neuen Länder im Verlauf der 1990er-Jahre zunächst gesunken. Am Ende der 1990er-Jahre hat sich die gesamtdeutsche Ungleichheit der Einkommen

wieder erhöht und ist nach dem Jahr 2000 noch weiter gestiegen. In den letzten Jahren stagniert das Ausmaß der Einkommensungleichheit auf einem höheren Niveau als zum Zeitpunkt der Vereinigung.

Die jahresbezogenen Einkommen sind im Allgemeinen etwas ungleicher verteilt als die enger gefassten monatlichen Nettoeinkommen der privaten Haushalte. Anhand des jahresbezogenen Einkommenskonzeptes lassen sich zudem auch Ungleichheitsziffern für die zugrunde liegenden Markteinkommen (brutto) und Rentenzahlungen errechnen, die sich vor Eingriff des Staates in Form von direkten Steuern und Sozialtransfers ergeben. Die relative Differenz beider Koeffizienten illustriert so die Reduktion an Ungleichheit, die durch staatliche Eingriffe erreicht wird. Anhand der Daten wird deutlich, dass die Ungleichheit der in den privaten Haushalten jeweils erwirtschafteten Markteinkommen und Renten erheblich gestiegen ist – der Gini-Koeffizient hat sich von 1994 bis 2004 von 0,34 auf 0,37 erhöht. Diese Zunahme an Ungleichheit der überwiegend aus Erwerbstätigkeit und Renten erzielten Markteinkommen hat auch bis Mitte der 1990er-Jahre zu einer Zunahme der Ungleichheit der daraus abgeleiteten Nettoeinkommen im Haushalt geführt. Die Ungleichheit der haushaltsbezogenen Markteinkommen wie auch der Nettoeinkommen stagniert seit den Jahren 2003/4 auf diesem erhöhten Niveau. Das Volumen der durch staatliche Eingriffe erzielten Reduktion an Ungleichheit blieb so seit Ende der 1990er-Jahre weitgehend konstant. Mit anderen Worten: Die langjährig zu beobachtende Zunahme an Ungleichheit geht in erster Linie auf eine zunehmende Spreizung der Markteinkommen zurück. Die durch staatliche Maßnahmen erfolgte Reduzierung an Ungleichheit hat sich in den letzten Jahren im Volumen nur wenig geändert, so dass infolgedessen auch die Nettoeinkommen der privaten Haushalte inzwischen ungleicher verteilt sind.

18.3 Einkommensschichtung und relative Armut

Die Zunahme der Ungleichheit geht mit einer Veränderung der Einkommensschichtung einher, die nachfolgend noch detaillierter beschrieben wird. Die Einkommensschichtung beruht auf der Generierung von Einkommensklassen in Relation zum jeweiligen Mittelwert. Die unterste Einkommensschicht mit weniger als der Hälfte der mittleren bedarfsgewichteten Einkommen in der Bevölkerung lebt in relativer Einkommensarmut, die höchsten Einkommensklassen indizieren den Bevölkerungsanteil mit materiellem Wohlstand.

Die relative Einkommensschichtung (vgl. Tab. 3) differenziert den bei der Einkommensungleichheit beschriebenen Trend. Der Bevölkerungsanteil in relativer Einkommensarmut hat sich in Deutschland im Verlauf der 1990er-Jahre zunächst vermindert, steigt dann aber wieder an. Die Bevölkerungsanteile im relativen und höheren Wohlstand weisen nach dem vereinigungsbedingten Rückgang zu Beginn der 1990er-Jahre wiederum höhere Werte in den 2000er-Jahren auf. Der Bevölkerungsumfang im mittleren Einkommensbereich ist nach einer kurzfristigen Zunahme gegen Ende der 1990er-Jahre wieder auf das langjährig weitgehend stabile Niveau zurückgefallen.

Der hier verwendete Armutsbegriff beruht auf einem so genannten relativen Armutskonzept und orientiert sich an der Definition der Europäischen Union. Gemäß den vom Statistischen Amt der EU (Eurostat) empfohlenen Schwellenwerten gilt demnach als arm, wer in einem Haushalt lebt, dessen Äquivalenzeinkommen weniger als 60 % des Medians der Einkommen in der gesamten Bevölkerung beträgt. Darüber hinaus werden in diesem Kapitel auch weitere, früher verwendete, auf dem arithmetischen Mittel basierende Schwellenwerte zur Abgrenzung von »Armut« (50 %-Schwelle) und Niedrigeinkommen, dem so genannten »prekären Wohlstand«, (75 %-Schwelle) ausgewiesen. Die auf den Median bezogenen Armutsgrenzen sind weniger anfällig für Extremwerte am oberen und unteren Rand der Verteilung und liefern damit robustere Ergebnisse als die aus dem arithmetischen Mittel abgeleiteten Schwellenwerte.

Die Berechnung aller Armutsgrenzen erfolgt ausschließlich auf Grundlage der gesamtdeutschen Einkommensverteilung anhand der Realeinkommen zu Preisen von 2000.

Tab. 3: Schichtung der Bevölkerung nach relativen Einkommenspositionen
Bevölkerungsanteile in Prozent

	Monatliches Haushaltsnettoeinkommen, äquivalenzgewichtet						
	1991	1994	1997	2000	2003	2004	2005
	in %						
Höherer Wohlstand (>200 %)	4,0	3,9	3,4	3,3	4,4	4,3	4,2
Relativer Wohlstand (150–200 %)	8,2	8,3	7,6	8,9	8,1	7,8	8,4
Gehobene Einkommenslage (125–150 %)	10,9	9,6	10,1	10,9	9,6	9,9	10,1
Mittlere bis gehobene Einkommenslage (100–125 %)	17,1	18,0	18,3	15,1	17,6	16,9	16,7
Untere bis mittlere Einkommenslage (75–100 %)	25,0	27,4	28,8	30,3	25,7	26,7	26,3
Prekärer Wohlstand (50–75 %)	25,4	24,6	23,9	22,7	23,7	23,7	23,8
Relative Armut (0–50 %)	9,3	8,3	7,9	8,8	10,8	10,6	10,6

Datenbasis: SOEP 1991–2005.

Die auf dem Median basierenden Armutsquoten werden anhand des so genannten FGT-Maßes (nach den Autoren Foster/Greer/Thorbecke) weiter differenziert: Neben der Armutsquote, die den Umfang der Armutspopulation in Prozent ausweist, werden in Tabelle 4 weitere Kennziffern der Armutsintensität ausgewiesen, die aus der Armutslücke abgeleitet sind.

Gemessen an der medianbasierten Armutsschwelle auf Grundlage der monatlichen Haushaltsnettoeinkommen lebten – nach vorläufigen Berechnungen – im Jahr 2005 13,2 % der gesamtdeutschen Bevölkerung in Armut (vgl. Tab. 4) und insgesamt 34,4 % im Niedrigeinkommensbereich (75 %-Schwelle). Die einfache Armutsintensität FGT(1) – diese misst den durchschnittlichen prozentualen Abstand zur Armutsschwelle im Mittel der gesamten Bevölkerung – beträgt 2,9 %. Die Indizes haben sich gegenüber dem Vorjahr 2004 kaum verändert, das Ausmaß an Niedrigeinkommen und Armut stagniert derzeit auf vergleichsweise hohem Niveau.

Tab. 4: Armut und Niedrigeinkommen
Bevölkerungsanteile in Prozent

	Niedrigeinkommen und Armut (Haushaltsnettoeinkommen, äquivalenzgewichtet)						
	1991	1994	1997	2000	2003	2004	2005 ¹
<i>Äquivalenzeinkommen im Monat (real)</i>							
75 %-Mittelwert (Niedrigeinkommen)	34,8	32,9	31,8	31,5	34,6	34,4	34,4
50 %-Mittelwert (Armut)	9,3	8,3	7,9	8,8	10,8	10,6	10,6
<i>Armutsquote 60 %-Median</i>							
FGT(0) (Armutsquote)	11,3	11,4	10,9	11,3	13,7	12,7	13,2
FGT(1) (Armutsintensität)	2,5	2,6	2,2	2,3	3,0	2,8	2,9
FGT(2) (Armutsintensität)	0,8	0,9	0,7	0,8	1,0	1,0	1,0
<i>Äquivalenzeinkommen im Vorjahr (real)</i>							
<i>Armutsquote 60 %-Median</i>							
FGT(0) (Armutsquote)		13,2	12,9	12,3	15,3	15,5	
FGT(1) (Armutsintensität)		3,7	3,9	3,5	4,4	4,5	
FGT(2) (Armutsintensität)		1,8	2,0	1,8	2,0	2,1	

1 Vorläufige Berechnungen.

Die Armutsücke (poverty-gap) ist ein Maß für den durchschnittlichen Einkommensabstand, der zur Überwindung der Armutsgrenze fehlt, die normalisierte Armutsücke gibt den prozentualen Abstand zur Armutsgrenze an. Das FGT(1)-Maß beschreibt die Armutsintensität als Produkt von Armutsquote und normalisierter Armutsücke. Das FGT(2)-Maß schließlich bezieht darüber hinausgehend die Ungleichheit innerhalb der Armutspopulation ein und bemisst die Armutsintensität, indem es diejenigen innerhalb der Armutspopulation am stärksten gewichtet, die am intensivsten von Armut betroffen sind.

Datenbasis: SOEP 1991–2005.

Legt man die jahresbezogene Einkommensberechnung zugrunde, so ergeben sich höhere Armutswerte: im Jahr 2004 lag die Armutsquote nach diesem Einkommenskonzept bei 15,5 %, die FGT(1)- und FGT(2)-Maße weisen eine Armutsintensität von 4,5 % bzw. 2,1 % aus. Auch hier zeigen alle Indikatoren in langjähriger Betrachtung deutlich erhöhte Armutswerte an. Übereinstimmend dokumentieren monatliche und jahresbezogene Einkommenskonzepte in den letzten Jahren bei der Armutsquote und bei der Armutsintensität einen stagnierenden Verlauf auf hohem Niveau.

18.4 Einkommen und Armut in regionaler Differenzierung

Bei der Betrachtung der gesamtdeutschen Einkommensverteilung sind auch heute noch erhebliche Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern zu beobachten. Daneben zeigen sich aber auch weitere regional unterschiedliche Entwicklungen.

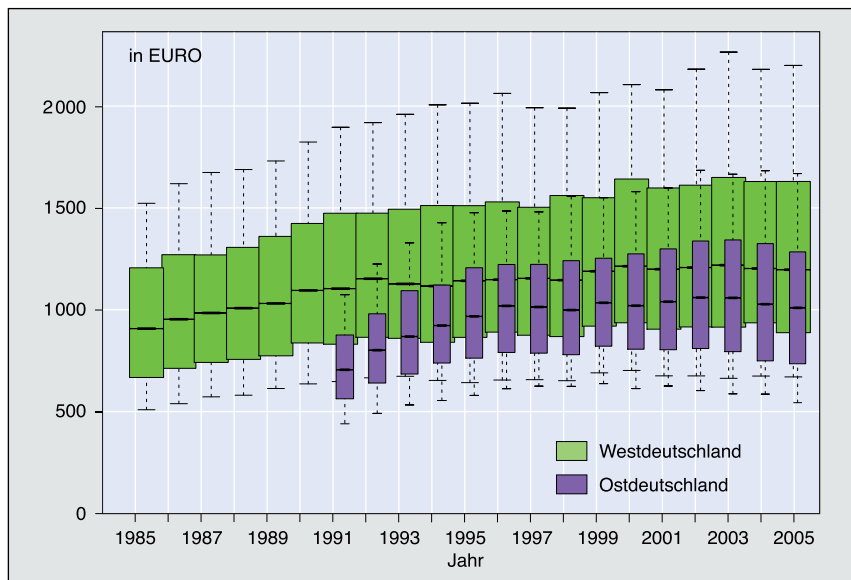
Die Angleichung der Einkommensverhältnisse zwischen neuen und alten Ländern lässt sich anschaulich anhand der Entwicklung der verschiedenen Einkommensschwellen dokumentieren. Bei dieser Darstellung werden Niveau und Verteilung der Einkommen gleichzeitig betrachtet: Die Breite der so genannten Boxplots (vgl.

Abb. 1a und b) zeigt den jeweiligen Bevölkerungsumfang an; die mittlere Linie der Blöcke stellt den jeweiligen Median dar, also den Einkommensschwennwert, der von jeweils der Hälfte der Bevölkerung unter- bzw. überschritten wird. In analoger Form geben die Ober- und Untergrenzen der Blöcke die Einkommensschwennen wieder, die zusammen 50 % der Bevölkerung mit mittlerem Einkommen umfassen; die äußeren Linien veranschaulichen schließlich die so genannten Dezilsschwennen, die die jeweils reichsten bzw. ärmsten 10 % der Bevölkerung abgrenzen; sie beschreiben also die Einkommensspanne, die das Wohlstandsniveau von 80 % der jeweiligen Bevölkerung ohne die jeweils reichsten und ärmsten 10 % umfasst.

Die Grafik zeigt anschaulich, wie sich die Verteilung der Realeinkommen in den neuen Ländern vor allem in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre schrittweise an die Entwicklung der Westeinkommen angeglichen hat. In den letzten Jahren ist jedoch wiederum eine zunehmende Diskrepanz zwischen West- und Osteinkommen zu beobachten. Die Realeinkommen in den alten Ländern wiesen in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre noch höhere Wachstumsraten auf, die sich seit Beginn der 1990er-Jahre deutlich abflachten. Vor allem im unteren und mittleren Einkommensbereich ist in den letzten Jahren sogar ein Rückgang an realer Kaufkraft zu beobachten.

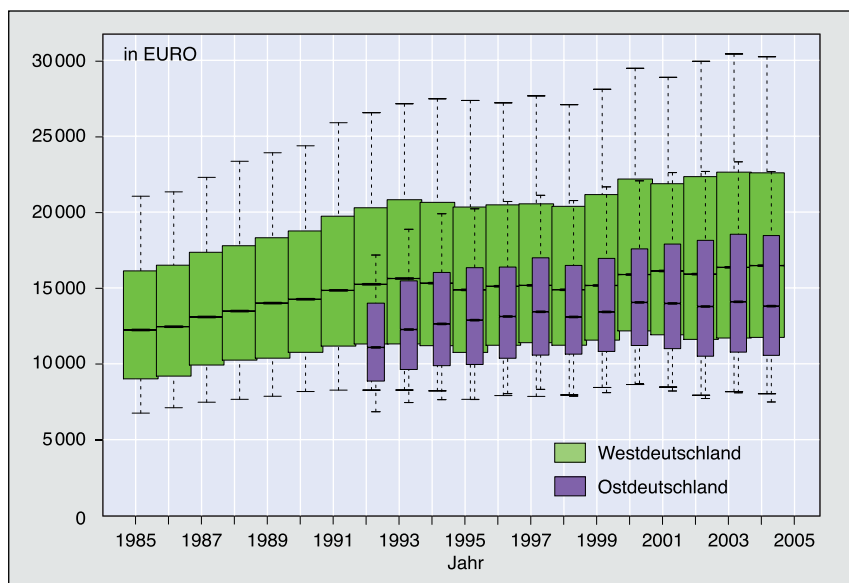
In den alten Ländern haben sich die Abstände zwischen unteren und höheren Einkommen langjährig stufenweise erhöht. In den neuen Ländern waren die Einkommen im Vergleich dazu von vornherein weit weniger ungleich verteilt. Zu Beginn der 1990er-

Abb. 1a: Entwicklung des monatlichen Haushaltsnettoäquivalenzeinkommens



Datenbasis: SOEP 1985–2005.

Abb. 1b: Entwicklung des jährlichen Haushaltsnettoäquivalenzeinkommens



Datenbasis: SOEP 1985–2005.

Jahre erfolgte hier ein Anstieg der Ungleichheit, der sich aber bald verlangsamte. In den letzten Jahren ist auch in den neuen Ländern ein neuerlicher Anstieg der Ungleichheit zu verzeichnen, ohne allerdings das höhere Ungleichheitsniveau der alten Länder zu erreichen. Die Grafik macht nicht nur deutlich, dass die Streuung der Einkommen in den neuen Ländern weit weniger ausgeprägt ist als in den alten Ländern, sondern zeigt auch, dass dies vor allem an der geringeren Differenzierung im oberen Einkommenssegment liegt. Im Jahr 2002 erreichen erstmalig mehr als 10 % der Bevölkerung in den neuen Ländern Einkommensverhältnisse, die oberhalb des mittleren Einkommensbereichs in den alten Ländern liegen. Der wesentliche Einkommensunterschied zwischen alten und neuen Ländern besteht demzufolge vor allem in der geringeren Spreizung der höheren Einkommen.

Bei einer differenzierteren Betrachtung der letzten 20 Jahre treten aber auch innerhalb der westdeutschen Einkommensentwicklung regionale Unterschiede zutage; insbesondere bei den Stadtstaaten zeichnet sich dabei eine prekäre Entwicklung ab. Dazu wurden die westlichen Bundesländer nach Nord (Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein) und Süd (Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland) unterteilt und die Stadtstaaten (Berlin, Hamburg, Bremen) als eigene Kategorie erfasst. Um ungeachtet der zum Teil hohen jährlichen Schwankungen robuste Ergebnisse zu erhalten, wurden für diese langjährige Betrachtung vier gleitende Durchschnitte über jeweils einen Zeitraum von fünf Jahren gebildet.

Die zusammengefassten Absolutwerte der mittleren Realeinkommen (Median) spiegeln die bereits aufgezeigte phasenweise Entwicklung der Einkommen wider: die Realeinkommen haben sich in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre in allen westlichen Landesteilen erhöht, in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre hatten vor allem die neuen Bundesländer hohe Einkommenszuwächse, in den letzten Jahren verzeichneten eher die süd-westlichen Länder positive Einkommensentwicklungen, die inzwischen auch – zusammen mit den nord-westlichen Ländern – über die höchsten mittleren Einkommen verfügen. Die mittleren Einkommen der Stadtstaaten lagen Ende der 1980er-Jahre noch deutlich über dem Durchschnitt. Seit Beginn der 1990er-Jahre haben sich die Einkommen in dieser Regionaleinheit jedoch im Mittel real kaum verändert und liegen inzwischen nur mehr knapp über dem gesamtdeutschen

Tab. 5: Haushaltsnettoeinkommen und Armut in regionaler Differenzierung
(Langfristige Trends in gleitenden Fünfjahresdurchschnitten)

	Deutschland Gesamt	Alte Bundes- länder Süd	Alte Bundes- länder Nord	Stadtstaaten	Neue Bun- desländer
<i>Median in €</i>					
1985–1989	979	964	967	1 083	
1991–1995	1 061	1 130	1 117	1 138	846
1996–2000	1 133	1 149	1 183	1 196	1 008
2001–2005	1 174	1 210	1 208	1 191	1 032
<i>Index p90¹</i>					
1985–1989	168,5	167,2	168,1	182,8	
1991–1995	174,4	180,9	186,2	185,1	119,7
1996–2000	173,8	177,1	181,1	182,4	134,1
2001–2005	179,4	184,6	187,2	178,4	141,4
<i>Index p50¹ (Median)</i>					
1985–1989	100	98,5	98,8	110,7	
1991–1995	100	106,7	105,4	107,3	79,5
1996–2000	100	101,4	104,4	105,7	89,0
2001–2005	100	103,1	102,9	101,5	88,0
<i>Index p10¹</i>					
1985–1989	57,5	57,1	56,7	61,1	
1991–1995	57,6	61,4	62,3	58,7	48,9
1996–2000	58,2	58,4	61,0	56,4	54,4
2001–2005	55,6	57,9	57,1	54,7	50,3
<i>Gini</i>					
1985–1989	0,25	0,26	0,25	0,25	
1991–1995	0,25	0,24	0,26	0,25	0,20
1996–2000	0,24	0,24	0,25	0,25	0,20
2001–2005	0,26	0,26	0,26	0,27	0,23
<i>Armutsquoten</i>					
1985–1989	11,7	11,6	12,1	9,2	
1991–1995	11,4	9,3	8,5	10,4	22,0
1996–2000	11,0	10,7	9,2	13,0	15,2
2001–2005	12,7	11,2	11,5	13,8	18,3

1 Indexwert gemessen am gesamtdeutschen Median (= 100), p10 = zehntes Percentil, p50 = Median, p90 = neunzigstes Percentil.

Datenbasis: SOEP 1985–2005.

Durchschnitt. Diese Entwicklung wird deutlicher, wenn anstelle der realen Einkommensbeträge Indexwerte des gesamtdeutschen Medians betrachtet werden. Daran gemessen liegen die mittleren Einkommen in den westlichen Flächenländern inzwischen über denen der Stadtstaaten. In den neuen Ländern stagniert der Angleichungsprozess, die mittleren Einkommen liegen hier seit der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre 11–12 % unter dem gesamtdeutschen Vergleichswert – tendenziell sinkend.

In der Tabelle 5 werden darüber hinaus weitere Kennziffern zur Ungleichheit im regionalen Vergleich dokumentiert: Der Index des Einkommensschwennwertes, der die ärmsten 10 % von den darüber liegenden Einkommen trennt (p10), informiert über die Spreizung der Einkommen im unteren Einkommenssegment; der Index des Schwellenwertes, der die reichsten 10 % der Bevölkerung abgrenzt (p90), über die Spreizung der höheren Einkommen. Die regionale Ungleichheit wird wiederum durch den Gini-Koeffizient abgebildet. Schließlich werden auch Armutsquoten ausgewiesen, wobei sich diese nicht nur nach der regionalen Einkommensspreizung richten, sondern auch vom gesamtdeutschen Durchschnitt beeinflusst werden, da dieser die Armutsgrenze bestimmt. Die regionale Armutsquote ist deshalb dort am höchsten, wo die meisten Menschen unterhalb des nationalen Durchschnitts leben.

18.5 Armut in verschiedenen Bevölkerungsgruppen

Im Folgenden wird gezeigt, welche Bevölkerungsgruppen, Familien- und Haushaltsformen über- oder unterdurchschnittlich von Armut betroffen sind (vgl. Tab. 6a–c). Dabei werden, neben dem Bevölkerungsanteil, die Armutsquote und der prozentuale Abstand zur Armutsgrenze (Armutsücke) ausgewiesen. Die Kennziffern beziehen sich auf die Verteilung des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens innerhalb der gesamten Bevölkerung der Jahre 1997 und 2004. Die nationale Armutsquote lag 1997 bei 10,9 % und 2004 bei 12,7 %, im Jahr 1997 lagen die Einkommen der Armen im Durchschnitt 20,1 % unter der Armutsgrenze, im Jahr 2004 waren es 21,9 %.

Frauen sind etwas mehr als Männer von Einkommensarmut betroffen, die Armutsücken unterscheiden sich jedoch nicht. Mit zunehmendem Alter sinkt die Betroffenheit von Armut. Am höchsten war die Armutsquote im Jahr 1997 in der Altersgruppe von 11–20 Jahren, im Jahr 2004 in der Altersgruppe von 21–30 Jahren. Unter den Jugendlichen und jungen Erwachsenen lebt derzeit jeder sechste in unzureichenden Einkommensverhältnissen. Die niedrigste Armutsquote war 1997 bei der Altersgruppe von 41–50 Jahren zu finden, sieben Jahre später bei der Altersgruppe der 61–70-Jährigen. Die Armutsücke ist aber inzwischen bei allen Altersgruppen – mit Ausnahme der Älteren über 70 Jahre – gleich hoch.

Ausländer sind durch vergleichsweise hohe Armutsquoten betroffen; daran hat sich gegenüber 1997 wenig geändert, auch wenn sich in dieser Gruppe die Intensität der Armut inzwischen im Durchschnitt gebessert hat.

Tab. 6a: Betroffenheit von Armut in Deutschland nach Bevölkerungsgruppen, 1997 und 2004

Armutschwelle: 60 % Median	Bevölkerung insgesamt					
	1997			2004		
	Bev.- Anteil	Armuts- Quote	Armuts- Lücke	Bev.- Anteil	Armuts- Quote	Armuts- Lücke
	in %					
Bevölkerung insgesamt:	100,0	10,9	20,1	100,0	12,7	21,9
Geschlecht	100,0			100,0		
Männlich	48,2	10,2	20,4	47,5	11,8	21,9
Weiblich	51,8	11,6	19,8	52,5	13,4	21,9
Alter	100,0			100,0		
Bis 10 Jahre	11,5	12,9	19,2	10,2	14,8	22,5
11–20 Jahre	11,0	16,2	19,7	11,0	18,4	21,4
21–30 Jahre	13,0	11,2	23,4	11,2	18,9	22,4
31–40 Jahre	16,2	8,7	18,6	15,2	10,7	22,1
41–50 Jahre	13,6	9,4	19,1	15,4	11,8	22,3
51–60 Jahre	13,8	10,8	20,5	12,5	9,8	23,2
61–70 Jahre	11,1	10,2	20,5	13,4	8,2	21,7
71 Jahre und älter	9,9	9,2	19,1	11,1	11,1	18,9
Nationalität	100,0			100,0		
Deutsch	91,8	9,8	19,3	–	12,0	22,0
Nicht deutsch	8,2	24,2	23,5	–	23,8	20,7
Region ¹	100,0			100,0		
Nord-West	42,4	8,8	19,7	42,7	11,2	20,3
Süd-West	33,1	11,0	21,6	33,8	10,5	25,2
Stadtstaaten	7,4	13,7	17,3	7,3	(18,3)	21,2
Ost	17,1	14,7	19,4	16,2	18,4	20,3

1 Nord-West: Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein;
Süd-West: Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland;
Stadtstaaten: Berlin, Bremen, Hamburg;
Ost: Brandenburg, Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern.

Datenbasis: SOEP 1997, 2004.

Verheiratet Zusammenlebende sind nach wie vor am geringsten von Armut betroffen, bei Ledigen hat sich indessen das Armutsrisiko deutlich erhöht. Für Personen ohne Bildungsabschluss bzw. mit geringer Bildung hat sich das 1997 bereits überproportionale Armutsrisiko noch weiter erhöht. Aber auch bei Personen mit hohem Bildungsstand ist das vormals sehr niedrige Armutsrisiko gestiegen. Die hohe Armutsintensität bei Personen in Ausbildung hat sich zwischenzeitlich – ungeachtet der weiterhin hohen Betroffenheit von Armut – jedoch etwas verringert.

Arbeitslose tragen ein überproportionales Armutsrisiko mit zugleich hoher Armutsintensität. Sie sind mit 42,1 % im Jahr 2004 die Bevölkerungsgruppe mit der höchsten Armutsbetroffenheit. Die niedrige Armutsquote bei Vollzeitwerbstätigen sowie die mittlere Armutsquote bei Nichterwerbstätigen hat sich gegenüber dem Jahr 1997 sogar noch tendenziell verringert; die seit 1997 erfolgte Erhöhung der Armutsziffern erfasste vor allem Teilzeitbeschäftigte und Arbeitslose.

Nach den Auszubildenden und Volontären finden sich innerhalb der beruflichen Statusgruppen die höchsten Armutsquoten unter den un- und angelernten Arbeitern. Bei beiden Gruppen hat sich das Armutsrisiko gegenüber 1997 weiter erhöht. Aber auch bei Facharbeitern, Selbständigen und einfachen Angestellten ist das Armutsrisiko gegenüber 1997 deutlich gestiegen, wogegen Beamte sowie qualifizierte und hochqualifizierte Angestellte unverändert ein sehr geringes Armutsrisiko tragen. Die in den letzten Jahren zunehmenden Armutsquoten haben demzufolge insbesondere gering Qualifizierte sowie Arbeiter und einfache Angestellte erfasst.

Tab. 6b: Betroffenheit von Armut in Deutschland nach Bildungs- und Beschäftigungsmerkmalen, 1997 und 2004

	Bevölkerung ab 17 Jahre					
	1997			2004		
	Bev.- Anteil	Armuts- Quote	Armuts- Lücke	Bev.- Anteil	Armuts- Quote	Armuts- Lücke
	in %					
Insgesamt:	100,0	10,5	20,1	100,0	11,9	21,8
Familienstand	100,0			100,0		
Verh./zusammenlebend	55,6	7,2	18,7	53,3	7,5	19,9
Verh./getrennt lebend	1,9	22,7	17,3	1,9	20,9	23,7
Ledig	23,8	13,1	21,9	26,6	17,5	23,5
Geschieden	8,7	19,0	21,1	9,5	21,0	22,3
Verwitwet	10,0	11,9	21,5	8,7	9,4	19,8
Bildungsabschluss	100,0			100,0		
Hauptschule, ohne Abschluss	15,8	18,4	21,5	12,1	23,5	24,0
RS, FHS, Gymn. ohne Abschluss	4,3	10,3	17,3	3,6	11,8	22,5
Hauptschule, mit Abschluss	31,7	10,0	18,9	27,6	10,4	21,8
Realschule, mit Abschluss	20,9	8,0	20,4	23,8	10,2	19,6
FHS, Gymn., mit Abschluss	7,0	6,7	20,4	9,0	10,8	21,3
Sonstiges	4,3	24,4	22,0	3,9	23,1	22,5
FH, Uni	14,2	2,3	16,6	17,8	5,2	20,7
In Lehre, Schule, Studium	1,9	20,0	23,0	2,3	16,8	16,9
Erwerbsstatus	100,0			100,0		
Erwerbstätig, Vollzeit	40,7	4,5	18,5	37,2	4,3	20,4
Erwerbstätig, Teilzeit	12,2	9,5	18,1	15,5	13,1	20,5
Arbeitslos	7,5	30,6	22,7	7,9	42,1	23,9
In Ausbildung	4,5	19,6	22,7	4,9	19,5	20,3
Nicht erwerbstätig	35,2	12,1	19,8	34,6	11,3	21,7
Berufliche Stellung	100,0			100,0		
Un-/angelernter Arbeiter	13,8	11,8	17,5	13,7	13,4	21,7
Facharbeiter, Meister	16,5	5,9	14,6	12,9	8,1	19,2
Selbstständige	10,2	7,3	25,7	11,4	9,3	24,9
Auszubildende, Volontäre	5,3	17,1	19,8	5,7	25,1	16,8
Einfache Angestellte	11,9	4,4	16,8	13,5	9,7	20,6
Qualifizierte Angestellte	21,5	2,2	17,4	22,5	2,2	21,8
Leitende Angestellte	13,5	1,8	14,6	13,2	1,2	16,5
Einfache/mittlere Beamte	2,6	3,4	21,0	2,1	0,1	37,8
Gehobene/höhere Beamte	4,7	0,2	30,7	5,1	1,7	15,0

Datenbasis: SOEP 1997, 2004.

Tab. 6c: Betroffenheit von Armut in Deutschland nach Haushaltsmerkmalen, 1997 und 2004

	Bevölkerung insgesamt					
	1997			2004		
	Bev.- Anteil	Armuts- Quote	Armuts- Lücke	Bev.- Anteil	Armuts- Quote	Armuts- Lücke
	in %					
Insgesamt:	100,0	10,9	20,1	100,0	12,7	21,9
Haushaltsgröße	100,0			100,0		
1-Pers.-Haushalt	16,8	16,0	22,0	18,1	16,6	22,2
2-Pers.-Haushalt	29,0	7,1	20,5	31,5	9,0	21,7
3-Pers.-Haushalt	20,7	10,4	18,9	19,4	12,8	22,8
4-Pers.-Haushalt	22,4	9,2	18,6	20,6	9,9	24,6
5- u.m. Pers.-Haushalt	11,1	18,1	19,9	10,5	22,2	18,4
Alter des Haushaltsvorstands	100,0			100,0		
Bis 45 Jahre	23,1	12,5	20,5	17,7	18,7	23,7
46-65 Jahre	44,2	10,1	19,0	48,5	12,3	21,1
66 Jahre und älter	32,7	11,0	21,1	33,9	9,9	21,4
Personengruppen	100,0			100,0		
Haushaltsvorstand	47,3	11,4	20,8	49,0	13,1	22,3
(Ehe-)Partner	24,6	7,3	18,7	24,7	8,4	20,1
Kind(er) bis 17 Jahre	18,4	14,0	18,7	18,0	16,2	21,7
Kind(er) ab 18 Jahre	7,4	12,0	20,3	7,5	14,7	23,5
Weitere Haushaltsmitglieder	2,3	12,6	26,0	0,8	22,8	22,0
Haushaltstypen	100,0			100,0		
Singlehaushalt	16,8	16,0	22,0	18,1	16,6	22,2
Paarhaushalt ohne Kinder	26,9	4,8	19,9	27,7	6,6	18,5
Paarhaushalt mit minderjährigen K.	38,8	10,0	18,3	37,1	12,8	20,6
Einelternhaushalt	4,2	37,2	19,2	5,0	35,8	24,7
Elternhaushalt mit erwachsenen K.	12,6	11,7	21,3	11,7	10,6	27,2
Sonstige Mehrpersonenhaushalte	0,8	12,0	35,3	0,5	10,2	17,8
Haushalts-/Lebenszyklus	100,0			100,0		
Haushaltsvorstand bis 45 Jahre						
Singlehaushalt	4,1	14,8	24,5	4,0	21,8	22,6
Paarhaushalt ohne Kinder	5,2	4,5	23,8	3,8	10,2	21,4
Haushaltsvorstand 46-65 Jahre						
Singlehaushalt	3,5	8,6	21,9	4,6	16,2	24,8
Paarhaushalt ohne Kinder	6,5	4,9	18,0	6,4	5,8	12,7
Paarhaushalt mit minderjährigen K.						
Mit 1 Kind	16,6	7,8	19,4	15,0	13,4	20,5
Mit 2 Kindern	15,9	9,7	17,2	15,1	8,9	21,5
Mit 3 und mehr Kindern	6,3	16,3	18,6	7,0	19,8	19,9
Einelternhaushalt						
Mit 1 Kind	2,5	33,9	17,7	2,8	31,7	27,2
Mit 2 und mehr Kindern	1,7	41,8	20,8	2,2	40,9	22,4
Elternhaushalt mit erwachsenen K.	12,6	11,7	21,3	11,7	10,6	27,2
Haushaltsvorstand 56 Jahre u. ä.						
Paarhaushalt ohne Kinder	15,3	4,8	19,5	17,5	6,2	19,4
Singlehaushalt männlich	1,6	28,9	24,6	2,4	15,9	27,1
Singlehaushalt weiblich	7,6	17,5	19,8	7,1	14,1	17,8
Gemeindegrößenklasse	100,0			100,0		
Unter 2000 Einwohner	7,9	11,6	21,4	9,5	15,6	20,9
2000 bis 20000 Einwohner	32,9	11,6	21,5	31,5	10,7	23,7
20000 bis 100000 Einwohner	26,2	10,8	18,5	26,2	13,2	20,6
100000 bis 500000 Einwohner	17,2	10,2	19,3	17,9	13,0	21,9
über 500000 Einwohner	15,8	10,3	19,4	14,9	13,4	21,9
Mieter-Status	100,0			100,0		
Eigentümerhaushalt	43,6	6,0	17,7	48,7	6,5	20,6
Mieterhaushalt	56,4	14,7	20,8	51,3	18,4	22,3

Datenbasis: SOEP 1997, 2004.

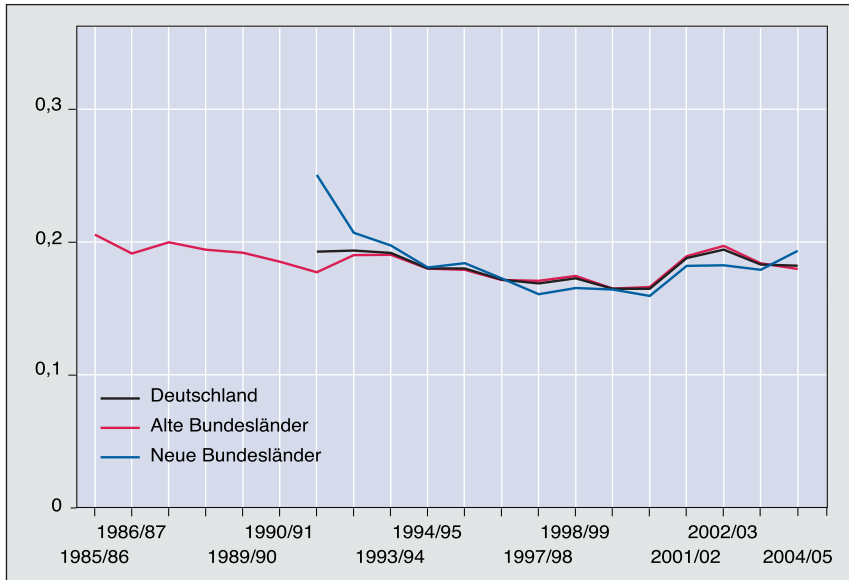
Betrachtet man einzelne Haushaltstypen, dann zeigt sich, dass insbesondere bei jungen Haushalten das Armutsrisiko gestiegen ist. Die niedrigsten Armutsquoten sind bei Paarhaushalten ohne Kinder, die höchsten hingegen bei Familien- sowie vor allem bei Einelternhaushalten zu finden. Ordnet man die unterschiedlichen Haushaltstypen nach dem Ablauf im Lebenszyklus, so fällt zuerst der starke Anstieg der Armutsquote bei jungen Alleinlebenden ins Auge; selbst junge Paarhaushalte ohne Kinder haben inzwischen ein nahezu durchschnittliches Armutsrisiko. Zudem hat sich die Armutsquote bei jungen Familien mit einem Kind erhöht, wogegen die Armutsquote bei Familien mit zwei Kindern gesunken ist. Höhere Armutsquoten finden sich wiederum bei Familien mit drei und mehr Kindern. Einelternhaushalte mit einem Kind und insbesondere mit zwei und mehr Kindern sind nach wie vor überproportional von Armut betroffen, ihr Risiko hat sich gegenüber 1997 jedoch nicht erhöht. Ältere Paarhaushalte ohne Kinder haben ein geringes Armutsrisiko. Bei Singlehaushalten im Alter von über 55 Jahren hat sich das Armutsrisiko 2004 gegenüber 1997 reduziert, liegt aber nach wie vor über dem Durchschnitt; hiervon sind in der Mehrheit Frauen betroffen. Ungeachtet der insgesamt rückläufigen Altersarmut gibt es offenkundig innerhalb dieser Population weiterhin Gruppen mit erhöhten Armutsrisiken.

Auf die Bedeutung der regionalen Differenzierung wurde bereits mit Blick auf die Armutsentwicklung in den neuen Ländern und die Zunahme der Armutsquoten in den Stadtstaaten hingewiesen. Allerdings waren nicht alle Metropolen von diesem Trend betroffen. Die höchsten Armutszuwächse sind gegenüber 1997 nicht in den Großstädten, sondern in den Landgemeinden erfolgt. Sicherlich sind hierbei noch regionale Differenzierungen nach Ost und West zu beachten.

18.6 Dynamik von Einkommen und Armut

Die Stabilität bzw. die Dynamik gibt Auskunft über die Chancen und Risiken der Einkommensverbesserung bzw. -verschlechterung in einer Gesellschaft. Deshalb ist die Veränderung von Einkommenspositionen im Zeitverlauf ein entscheidender Hinweis dafür, ob es Personen und Haushalten gelingt, defizitäre Positionen zu überwinden und welchem Risiko sie ausgesetzt sind, in unzureichende Einkommenslagen zu gelangen. Die hier angesprochene Mobilität zwischen verschiedenen Einkommenspositionen im zeitlichen Verlauf kann auf mehrere Arten berechnet und dargestellt werden. Bei so genannten Mobilitätsmatrizen wird berechnet, welcher Bevölkerungsanteil zu zwei Zeitpunkten in denselben Einkommensklassen (Quintilen) geblieben, beziehungsweise in höhere oder niedrigere Einkommensschichten gewechselt ist. Der hier verwendete Index ist ein zusammenfassendes Mobilitätsmaß, bei dem der Umfang der jährlichen Einkommensdynamik und auch Einkommensveränderungen innerhalb der Klassen berücksichtigt werden. Betrachtet man den Mobilitätsverlauf anhand dieses Mobilitätsmaßes für Ein-Jahres-Übergänge (vgl. Abb. 2), so zeigen sich in Deutschland bis zum Jahr 2000 tendenziell sinkende Mobilitätswerte; danach hat die Mobilität insgesamt wieder zugenommen.

Abb. 2: Fields-OK-1999-Mobilitätsindex für Ein-Jahres-Übergänge



Datenbasis: SOEP 1985–2005.

Neben dieser Betrachtung lohnt sich auch ein Blick auf längere Zeitabstände. Dazu werden der Verbleib und die Übergänge in/aus Einkommensquintilen in einem vierjährigen Abstand betrachtet (vgl. Tab. 7). Hier zeigt sich, dass sich das Risiko, im untersten Quintil zu verbleiben, über die Jahre hinweg erhöht hat. Der Übergang von der untersten in gehobene Einkommenslagen hat sich entsprechend verringert. In den letzten Jahren erhöhte sich auch der Verbleib im zweiten und dritten Quintil. Im zweiten Quintil geht dies mit einem Rückgang des Übergangs in niedrigere Einkommenslagen einher, im mittleren Einkommensbereich ist dies jedoch eher mit einem nachlassenden Aufstieg in höhere Einkommensschichten verbunden. Der Verbleib im obersten Einkommensquintil hat sich in den letzten Jahren ebenfalls deutlich erhöht; dabei haben sich vor allem Abstiege in das benachbarte vierte Quintil verringert – der Umfang an weiter entfernten Einkommensabstiegen ist jedoch ungefähr gleich geblieben.

Abschließend wird der Frage nachgegangen, in welchem Umfang die Bevölkerung in verschiedenen Einkommensschichten eines Jahres in den zurückliegenden vier Jahren Armut persönlich erfahren hat (vgl. Abb. 3a und 3b). Dabei bleibt unbeachtet, ob diese individuellen Armutserfahrungen zuvor im selben oder einem anderen Haushalt gemacht wurden. Die aktuelle Einkommensschichtung wird anhand der Relation zum arithmetischen Mittel abgebildet, die zurückliegende Armutserfahrung ist als kumulative Messung (n-mal von Armut betroffen) unterhalb der Armutsgrenze von 60 % des jeweils jahresspezifischen Medians operationalisiert. Die Grafik weist

die individuelle Armutserfahrung für die Ausgangsjahre 2000 und 2004 aus (vgl. Abb. 3a); für das Jahr 2004 wird diese zudem für die jüngste Altersgruppe bis 20 Jahre und für die Älteren ab 60 Jahre getrennt dargestellt (vgl. Abb. 3b).

Die Ergebnisse zeigen, dass gut 80 % der Personen, die im Jahr 2004 in der untersten Einkommensschicht und damit in relativer Einkommensarmut lebten, bereits in den vier Vorjahren zumindest einmal von Armut betroffen waren, darunter sind gut die Hälfte der Personen in diesem Zeitraum dauerhaft arm. Die unterste Einkommensschicht setzt sich im Jahr 2004 demnach in folgender Weise zusammen: 45 % aller Personen in dieser Einkommensschicht sind permanent arm, 37 % haben in dieser Periode einen Verlauf in die und aus der Armut erlebt und weitere 18 % sind meist erstmalig im prekären Einkommensbereich und haben zuvor keinerlei Armutserfah-

Tab. 7: Einkommensdynamik: Quintilsmatrizen im Zeitverlauf
Stabiler/Mobiler Bevölkerungsanteil gegenüber Ausgangszeitpunkt
in Prozent

Von der Bevölkerung im Ausgangsquintil (z.B. 1. Quintil) im Jahr A waren drei Jahre später, im Jahr B, xx, x % der Bevölkerung im Quintil (z.B. 2. Quintil)						
Ausgangs-quintil	Übergang in Quintil	1985–1988 ¹	1989–1992 ¹	1993–1996	1997–2000	2001–2004
		in %				
1. Quintil	1. Quintil	56,74	57,54	59,36	59,24	60,32
1. Quintil	2. Quintil	22,37	19,07	23,64	22,47	23,87
1. Quintil	3. Quintil	10,73	12,93	10,48	12,15	9,52
1. Quintil	4. Quintil	7,32	8,17	4,95	5,33	4,59
1. Quintil	5. Quintil	2,83	2,29	1,57	0,81	1,70
2. Quintil	1. Quintil	25,18	24,06	22,06	25,93	21,82
2. Quintil	2. Quintil	37,26	40,46	40,20	39,57	44,13
2. Quintil	3. Quintil	23,73	21,54	23,10	23,63	22,11
2. Quintil	4. Quintil	11,09	10,23	11,46	8,85	7,90
2. Quintil	5. Quintil	2,74	3,71	3,18	2,01	4,03
3. Quintil	1. Quintil	9,94	11,11	8,49	9,27	8,59
3. Quintil	2. Quintil	23,55	26,27	24,53	23,61	22,88
3. Quintil	3. Quintil	36,52	37,16	36,60	37,99	43,37
3. Quintil	4. Quintil	21,94	20,31	24,99	23,01	19,66
3. Quintil	5. Quintil	8,06	5,15	5,39	6,11	5,50
4. Quintil	1. Quintil	5,17	5,58	5,84	5,71	3,32
4. Quintil	2. Quintil	11,13	9,05	9,11	8,29	9,09
4. Quintil	3. Quintil	21,92	22,33	21,01	22,01	22,30
4. Quintil	4. Quintil	38,47	43,87	45,92	47,60	43,28
4. Quintil	5. Quintil	23,31	19,17	18,12	16,39	22,01
5. Quintil	1. Quintil	2,78	1,00	3,75	2,27	2,38
5. Quintil	2. Quintil	4,38	3,57	2,60	2,37	3,73
5. Quintil	3. Quintil	5,27	7,37	7,69	5,40	5,62
5. Quintil	4. Quintil	19,10	19,73	20,58	25,30	16,81
5. Quintil	5. Quintil	68,47	68,34	65,37	64,65	71,46

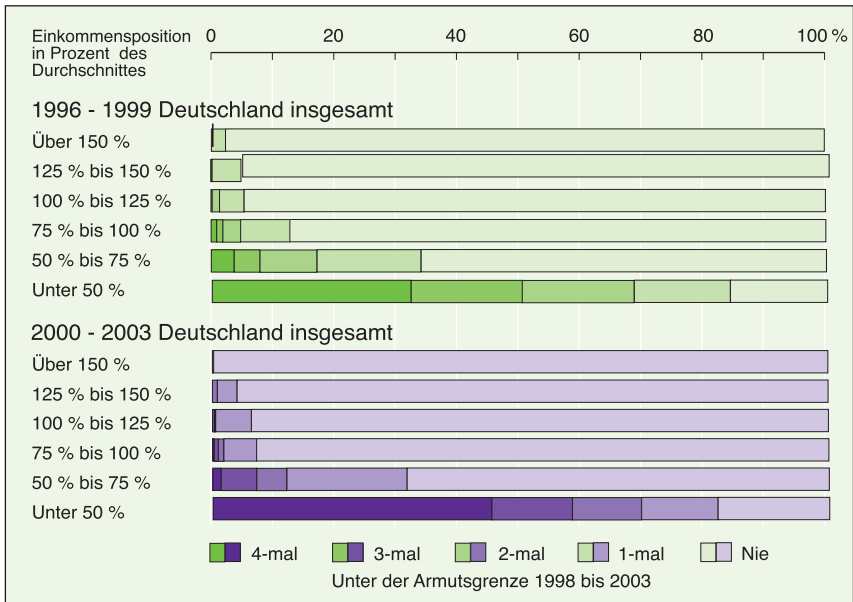
1 Nur Westdeutschland.

Quintil = 20 % der nach der Höhe des Einkommens geschichteten Bevölkerung; 1. Quintil = unterstes (ärmstes) Quintil; 5. Quintil = oberstes (reichstes) Quintil.

Datenbasis: SOEP 1985–2004.

rung gemacht. Im Vergleich dazu setzte sich die Einkommensschichtung im Jahr 2000 noch in folgender Weise zusammen: 33 % aller Personen in dieser Einkommensschicht waren permanent arm, 52 % hatten einen transitorischen Armutsverlauf und weitere 16 % hatten zuvor keinerlei Armutserfahrung. Der Anteil an Personen die im zurückliegenden Zeitraum von vier Jahren mindestens einmal unter der Armuts- grenze lagen, ist gleich geblieben, der Anteil mit dauerhaften Armutserfahrungen hat hingegen zugenommen.

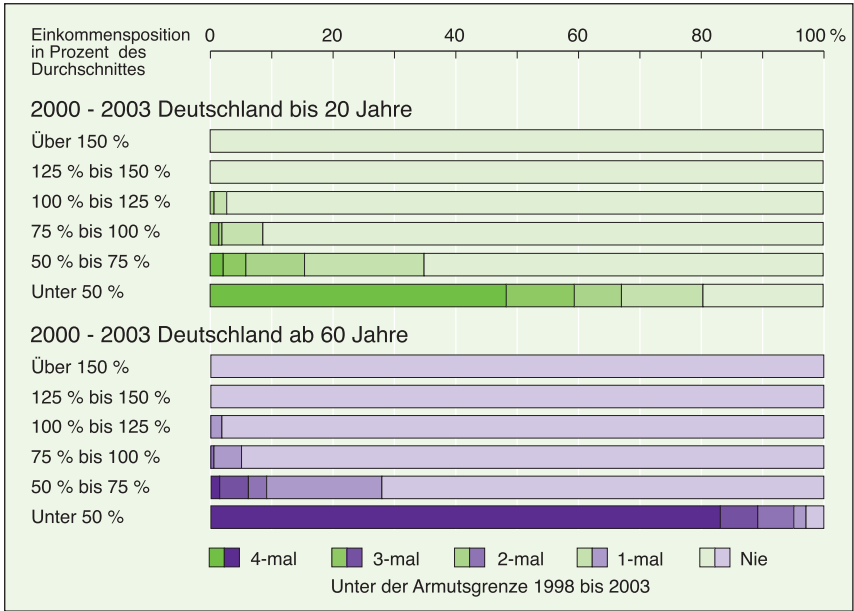
Abb. 3a: Betroffenheit von Armut im Zeitverlauf 1996–1999 nach der Einkommensposition 2000 und 2000–2003 nach der Einkommensposition 2004 – Bevölkerung insgesamt



Datenbasis: SOEP 1998–2004.

Mit zunehmender Höhe der Einkommen nimmt der Personenkreis mit Armutserfahrungen erwartungsgemäß ab. Im Bereich des prekären Wohlstands (50- bis 75 %-Schwelle) hat noch etwa knapp ein Drittel der Personen zumindest einmal innerhalb der zurückliegenden 4 Jahre unterhalb der Armutsgrenze gelebt, darunter etwa 7 % für längere Zeit (3–4 Jahre). Kurzfristige Armutserfahrungen reichen bis weit in die mittleren Einkommenslagen hinein. Selbst im Bereich überdurchschnittlicher Einkommen finden sich noch ca. 4 % an Personen, die zumindest über kurzfristige Armutserfahrungen verfügen. Insgesamt ist aber die Armutserfahrung der höheren Einkommensschichten gesunken. Vor allem Personen mit mehr als einmaligen

Abb. 3b: Betroffenheit von Armut im Zeitverlauf 2000–2003 nach der Einkommensposition 2004 – Bevölkerung unter 20 Jahre bzw. über 60 Jahre



Datenbasis: SOEP 1998–2004.

Armutsperioden sind in den mittleren und höheren Einkommenspositionen immer seltener zu finden.

Die Muster der Armutsdauer variieren mit dem Lebensalter. Kinder und Jugendliche befinden sich in der Querschnittsbetrachtung häufiger in Armut als erwerbsfähige Erwachsene. Hinsichtlich des Profils der zurückliegenden Armutserfahrung erscheint in dieser Altersgruppe insbesondere der hohe Anteil an dauerhaft Armen im untersten Einkommenssegment sowie der sehr geringe Anteil an Armutserfahrungen bei höheren Einkommenspositionen bemerkenswert; offenkundig fällt ein Herauswachsen aus Armut in mittlere oder höhere Einkommenspositionen in dieser Altersgruppe nicht leicht. Ältere weisen zwar insgesamt im Querschnitt keine überdurchschnittlichen Armutserfahrungen mehr auf, wer allerdings im Alter ab 60 Jahren im unteren Einkommensbereich angelangt ist, der hat derzeit offenkundig nur wenig Chancen, nochmals in höhere Einkommenspositionen zu gelangen.

(Jan Goebel/Roland Habich/Peter Krause)

Weitere Informationen zum Thema Einnahmen privater Haushalte siehe Teil I, Kap. 4.3.

19 Einstellungen zu sozialer Ungleichheit

Soziale Ungleichheit zwischen den Menschen wurde von Ralf Dahrendorf bereits in den 1960er-Jahren als »merkwürdige Tatsache« bezeichnet, die auch heute noch Bestand hat. Und noch immer ist die Frage nach ihren Ursachen nicht abschließend beantwortet. Man kann soziale Ungleichheit als Folge einer natürlichen Rangordnung sehen und würde sie dann als gegeben akzeptieren müssen. Man kann sie als Folge des Besitzes von Privateigentum sehen und würde dann zu dem Schluss kommen, dass sie durch Abschaffung von Privateigentum zu beseitigen wäre. Man kann sie aber auch als einen gesellschaftlichen Mechanismus zur Besetzung »schwieriger« Positionen mit den »besten Leuten« betrachten. Im Folgenden darauf bezogen soll dokumentiert werden, wie die heutigen Gesellschaftsmitglieder selber soziale Ungleichheit wahrnehmen und bewerten.

19.1 Einstellungen zur sozialen Ungleichheit in Ost und West

In Abbildung 1 werden die Antworten auf eine Reihe von Fragen zur sozialen Ungleichheit dargestellt. Die beiden ersten Aussagen »*Ich finde die sozialen Unterschiede in unserem Land im Großen und Ganzen gerecht*« und »*Selbst wenn man es wollte, könnte man die sozialen Ungleichheiten kaum geringer machen als bei uns in Deutschland*« erfassen allgemeine Überzeugungen zum Thema soziale Ungleichheit. Eine Zustimmung verweist auf eine legitimierende Haltung zur sozialen Ungleichheit, während Ablehnung eine eher kritische Haltung impliziert. In der Abbildung ist der Anteil mit einer legitimierenden Haltung zur sozialen Ungleichheit abgetragen.

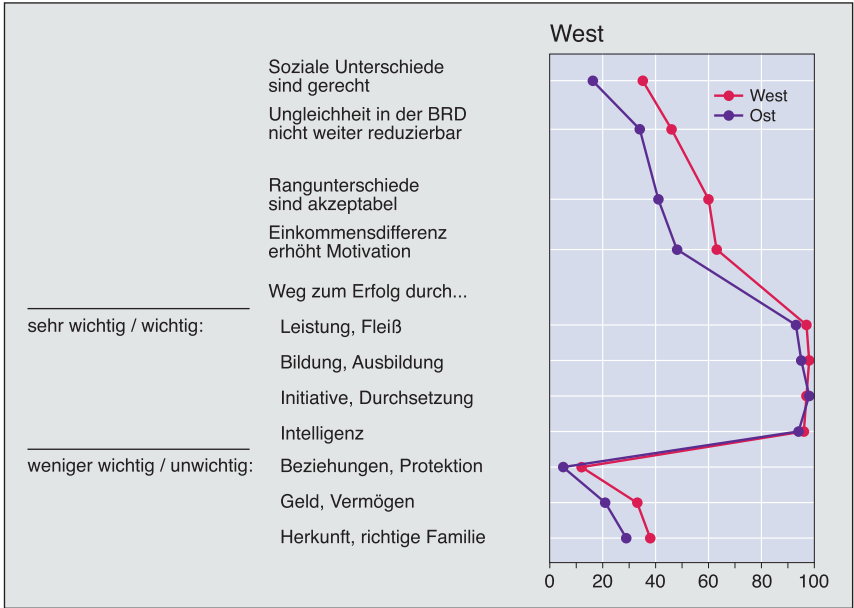
Nur eine Minderheit der Befragten glaubt, dass die sozialen Unterschiede in Deutschland gerecht sind. Etwas häufiger vertreten wird die Ansicht, dass die sozialen Unterschiede, so wie sie sind, nicht weiter reduzierbar wären – wobei die Personen mit dieser ungleichheitslegitimierenden Haltung immer noch knapp in der Minderheit sind. Generell zeigt sich auch, dass die ostdeutschen Befragten eine deutlich kritischere Haltung zur sozialen Ungleichheit einnehmen als die Westdeutschen. 35 % der Westdeutschen glauben, dass die sozialen Unterschiede in Deutschland gerecht seien, aber nur 16 % der Ostdeutschen. Für nicht weiter reduzierbar halten die Ungleichheit 46 % der Westdeutschen und nur 34 % der Ostdeutschen.

Eine mögliche Rechtfertigung für soziale Ungleichheit basiert auf der Annahme, dass alle Menschen die gleichen Chancen haben, vorteilhafte gesellschaftliche Positionen zu erlangen. Das Ausmaß an sozialer Ungleichheit spiegele danach die Leistungen und

Fähigkeiten der Menschen wider und sei notwendig, um die Bürger zu hohen Leistungen zu motivieren. Die Haltung der Bürger zu dieser Argumentation wurde durch die folgenden Fragen erfasst: »Die Rangunterschiede zwischen den Menschen sind akzeptabel, weil sie im Wesentlichen ausdrücken, was man aus den Chancen, die man hatte, gemacht hat« und »Nur wenn die Unterschiede im Einkommen groß genug sind, gibt es auch einen Anreiz für persönliche Leistungen«.

Eine Zustimmung zu diesen Aussagen verweist wiederum auf eine Haltung, die die Ungleichheit legitimiert (vgl. Abb. 1). Personen mit einer solchen Haltung sind im Os-

Abb. 1: Anteil von Personen mit legitimierender Haltung zur sozialen Ungleichheit



Datenbasis: Allbus 2004.

ten in der Minderheit (41 bzw. 47 %), im Westen dagegen in der Mehrheit (60 bzw. 64 %). Insofern bestätigt sich die kritischere Haltung zur sozialen Ungleichheit in Ost-deutschland.

Rangunterschiede können gerechtfertigt werden, wenn alle Menschen die gleichen Chancen haben, auf bevorzugte Positionen zu gelangen. Dies bedeutet zunächst, dass für den persönlichen Erfolg ausschließlich eigene Leistungen und Fähigkeiten ausschlaggebend sein sollten, nicht aber Beziehungen zu anderen, soziale Herkunft oder ererbtes Vermögen. Darauf bezogen sind die in der Bevölkerung verbreiteten

Ansichten relevant, welche »Eigenschaften und Umstände« dazu führen, dass man »in der Gesellschaft nach oben kommt«. Eine Reihe solcher Faktoren wurde erfasst und in Abbildung 1 wird der entsprechende Anteil von Befragten mit einer eher legitimierenden Ansicht dargestellt. Faktoren, die auf individuelle Eigenschaften verweisen, werden als ungleichheitslegitimierend, Faktoren wie Beziehungen, Vermögen oder soziale Herkunft als ungleichheitskritisierend verstanden.

Eine breite Mehrheit der Ost- und Westdeutschen glaubt, dass individuelle Leistungen und Fähigkeiten – Fleiß, Bildung, Eigeninitiative, Intelligenz – in Deutschland wichtig oder sehr wichtig sind um »nach oben« zu kommen. Die sehr hohe Zustimmung zu dieser Ansicht (92 bis 98 %) kann man als gesellschaftlichen Konsens in dieser Frage interpretieren. Dies heißt aber nicht, dass damit die Chancengleichheit als realisiert angesehen würde. Denn zugleich glaubt nur eine Minderheit daran, dass soziale Herkunft, Vermögen und Beziehungen keine Rolle spielen würden. Bei der Bedeutung nicht individueller Erfolgsfaktoren treten wieder unterschiedliche Ansichten von Ost- und Westdeutschen zu Tage. Während 12 % der Westdeutschen Beziehungen und Protektion als weniger wichtig für Erfolg ansehen, vertreten nur 5 % der Ostdeutschen diese Meinung. Ähnlich halten 33 % der Westdeutschen Vermögen und 38 % soziale Herkunft für weniger wichtig, während dies nur 21 bzw. 30 % der Ostdeutschen tun. Die insgesamt kritischere Einstellung der Ostdeutschen zur sozialen Ungleichheit könnte damit zusammenhängen, dass diese die Chancengleichheit nicht in gleichem Maße für erfüllt ansehen wie die Westdeutschen.

19.2 Einstellungen zur Ungleichheit nach Bevölkerungsgruppen

Für die Relevanz der Einstellungen zu sozialer Ungleichheit ist es auch wichtig zu erfahren, ob und wie sich gesellschaftliche Gruppen in ihren Ansichten unterscheiden. Große Unterschiede zwischen Bevölkerungsgruppen könnten Anzeichen für grundlegende Konfliktpotentiale darstellen.

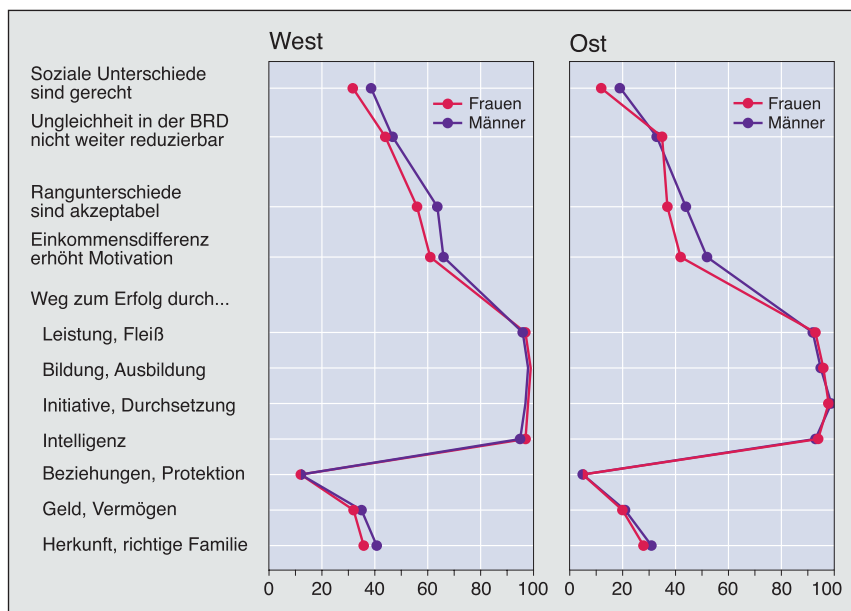
Männer und Frauen unterscheiden sich praktisch nicht in ihren Einstellungen zur sozialen Ungleichheit (Abb. 2a, 2b). Die größte Differenz zwischen den Geschlechtern findet man bei den Ostdeutschen hinsichtlich der Frage, ob Einkommensdifferenzen die Motivation erhöhen. Diese Meinung vertreten 52 % der ostdeutschen Männer, jedoch nur 42 % der ostdeutschen Frauen. Bei den übrigen Einstellungen zeigt sich keine durchgängig höhere Toleranz gegenüber der sozialen Ungleichheit von Männern, sodass zumindest hinsichtlich der Einstellungen zur sozialen Ungleichheit kein Konfliktpotential zwischen den Geschlechtern besteht.

Auffälliger sind dagegen die Meinungsunterschiede zwischen verschiedenen Altersgruppen. Zumindest in Westdeutschland zeigt sich, dass die über 65-Jährigen bei den allgemeinen Einstellungen zur Ungleichheit eine kritischere Haltung einnehmen als jüngere Altersgruppen. Am größten ist der Unterschied bei der Frage, ob

man die Rangunterschiede für akzeptabel hält, weil sie persönliche Leistungen reflektieren. Dieser Aussage stimmen 79 % der über 65-jährigen Westdeutschen zu, aber nur 56 % der 18- bis 29-jährigen. Bemerkenswert ist, dass Ältere diese tolerante Ansicht vertreten, obwohl sie seltener glauben, dass soziale Herkunft keine Rolle für den persönlichen Erfolg spielt (30 gegenüber 51 % bei der jüngsten Altersgruppe). Offenbar veranlasst diese kritischere Haltung bezüglich der Chancengleichheit die Älteren nicht dazu, eine auch insgesamt kritischere Haltung zur Ungleichheit einzunehmen.

Erwähnenswert ist, dass sich die Einstellungen in Ostdeutschland wenig zwischen den Altersgruppen unterscheiden. Lediglich die Einschätzung der Erfolgsbedingung

Abb. 2a: Anteil von Personen mit legitimierender Haltung zur sozialen Ungleichheit nach Geschlecht



Datenbasis: Allbus 2004.

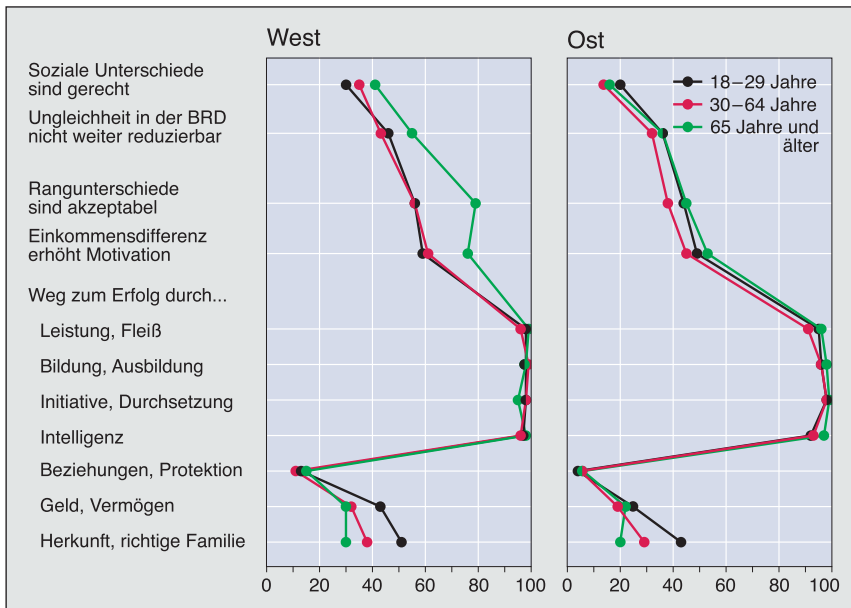
»soziale Herkunft« hat in Ost- und Westdeutschland die gleiche Struktur. Hier zeigt sich wieder der breite gesellschaftliche Konsens darüber, dass individuelle Leistungen und Fähigkeiten wichtige Erfolgsvoraussetzungen sind.

Von besonderem Interesse sind die Einstellungen unterschiedlicher Bildungs-, Erwerbs- und Einkommensgruppen. Denn Bildungsniveau, Erwerbsstatus und Einkommen sind Merkmale, die dem Einzelnen eine Position im Ungleichheitsgefüge der

Gesellschaft zuweisen. Es könnte sein, dass die Einstellungen zur sozialen Ungleichheit zur Legitimierung des Selbsterreichten dienen. In diesem Fall würde man eine kritischere Haltung bei Personen mit benachteiligter sozialer Lage erwarten, während Personen in privilegierten sozialen Lagen eine ungleichheitslegitimierende Haltung einnehmen sollten.

Auf den ersten Blick scheinen diese Bevölkerungsgruppen allerdings recht ähnliche Einstellungen zu haben (vgl. Abb. 3 a–c). Besonders hoch ist diese Übereinstimmung wieder bezüglich der Bedeutung der individuellen Leistungen und Fähigkeiten. Bei

Abb. 2b: Anteil von Personen mit legitimierender Haltung zur sozialen Ungleichheit nach Altersgruppen



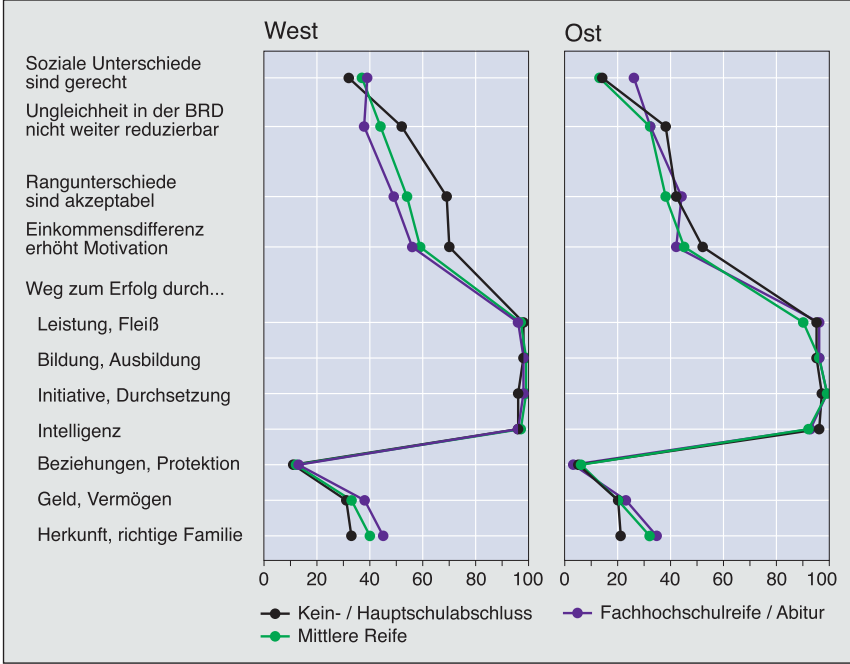
Datenbasis: Allbus 2004.

den anderen Fragen zeigen sich zwar einige Differenzierungen, das Ausmaß der Meinungsunterschiede liegt aber unter dem der Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland.

Einige Meinungsunterschiede in Ostdeutschland verdienen aber besondere Berücksichtigung. In Ostdeutschland sind die Arbeitslosen generell kritischer gegenüber der sozialen Ungleichheit als beispielsweise die Erwerbstätigen oder die Hausfrauen/-männer. Insbesondere glauben sie seltener, dass Rangunterschiede akzeptabel seien (30 gegenüber 51 % bei den Hausfrauen/-männern) und seltener das Vermögen

und die soziale Herkunft keine Rolle für den persönlichen Erfolg spielt (10 und 21 % gegenüber jeweils 37 % bei den Hausfrauen/-männern). Zumindest bei den Arbeitslosen in Ostdeutschland zeigt sich damit ein Muster, wie man es erwarten würde, wenn man »die gesellschaftlichen Verhältnisse« für seine eigene prekäre Lage verantwortlich macht. Hierin lässt sich ein gewisses Konfliktpotential erkennen. Dafür spricht auch, dass man in Ostdeutschland eine zwar geringfügige, dafür aber konsistent höhere Legitimierung sozialer Ungleichheit bei den höheren Einkommensschichten findet.

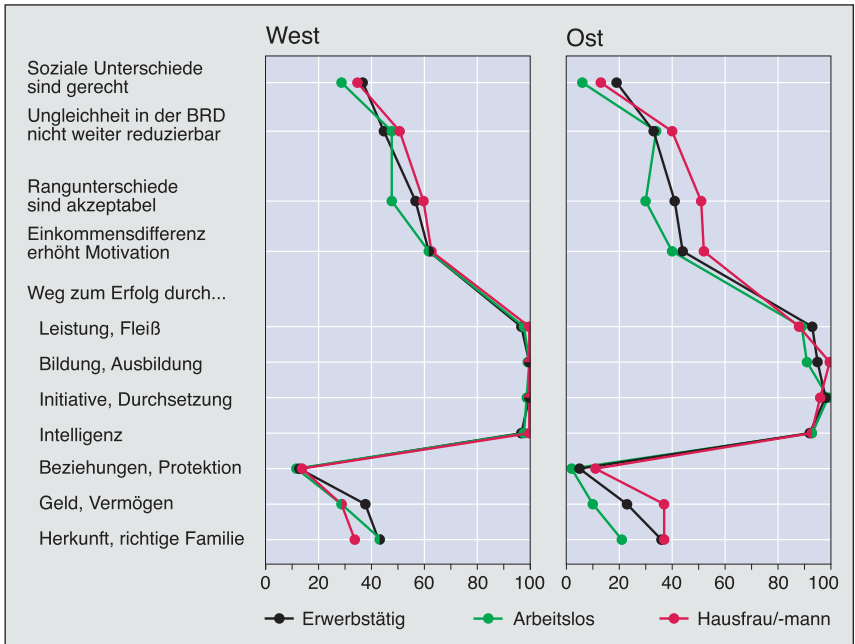
Abb. 3a: Anteil von Personen mit legitimierender Haltung zur sozialen Ungleichheit nach Bildung



Datenbasis: Allbus 2004.

In Westdeutschland neigen Personen ohne Schul- oder mit Hauptschulabschluss am stärksten dazu, die Ungleichheit als Resultat persönlicher Leistungen zu legitimieren. Jeweils fast 70 % der Befragten aus dieser Gruppe stimmen den beiden entsprechenden Aussagen zu, während dies nur 49 bzw. 55 % der Personen mit Abitur oder (Fach-)Hochschulabschluss tun. Entsprechend sind Personen mit niedrigerer Bildung seltener der Ansicht, dass die soziale Herkunft für den persönlichen Erfolg keine wichtige Rolle spielt.

Abb. 3b: Anteil von Personen mit legitimierender Haltung zur sozialen Ungleichheit nach Erwerbsstatus



Datenbasis: Allbus 2004.

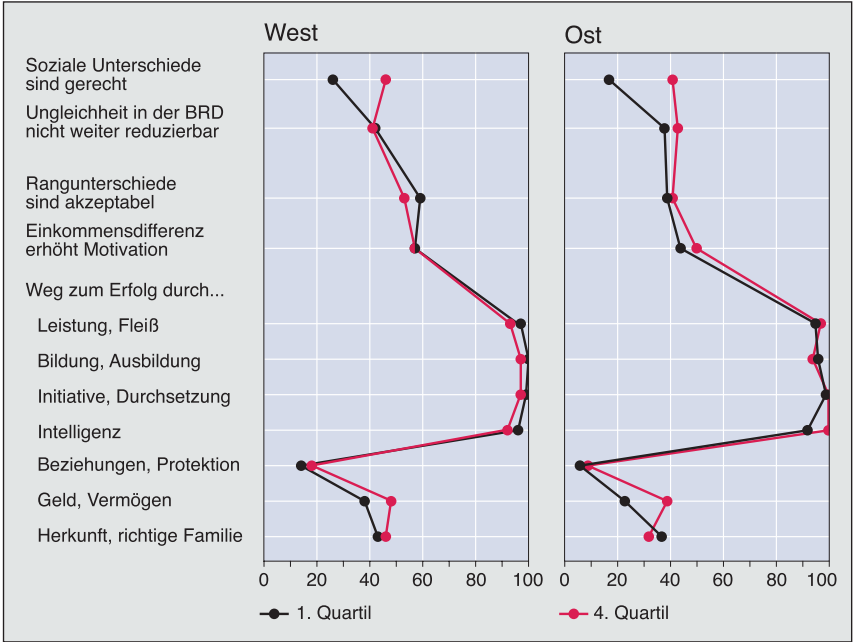
19.3 Entwicklung der Einstellungen zur Ungleichheit

Betrachtet man die Einstellungen zur sozialen Ungleichheit im Zeitverlauf (vgl. Abb. 4), dann fällt das hohe Beharrungsvermögen in Westdeutschland auf. Zwar unterscheiden sich die Anteile von Personen mit einer legitimierenden Haltung zur sozialen Ungleichheit in den einzelnen Jahren zum Teil deutlich, doch zeigen sich dabei keine systematischen Entwicklungen über die Zeit. So sind zum Beispiel die Ansichten gegenüber den nicht individuellen Erfolgsfaktoren im Jahr 1991 weniger kritisch als in den Jahren davor und danach. Bei einigen Fragen finden sich die am wenigsten legitimierenden Angaben im Jahr 2004, bei anderen im Jahr 1980. Von einer systematischen Veränderung der Einstellungen zur sozialen Ungleichheit über die Zeit kann nicht die Rede sein.

In Ostdeutschland sieht die Lage anders aus. Hier findet man überaus deutlich stärkere Legitimierung einzelner Aspekte der sozialen Ungleichheit für den Zeitpunkt kurz nach der Wende. 1991 glaubten noch 50 % der Ostdeutschen, dass die soziale Her-

kunft keine große Rolle für den »Weg nach oben« spielt. Inzwischen sind nur noch knapp 30 % dieser Meinung. Ebenso schätzten 1991 25 % die Rolle von Beziehungen und Protektion als gering ein, während dies heute nur noch 5 % tun. Darüber hinaus zeigt sich in Ostdeutschland heute auch bei fast allen anderen Fragen eine geringfügig kritischere Haltung als in der Nachwendezeit. Im Osten kann eine insgesamt zunehmende Ungleichheitskritik diagnostiziert werden.

Abb. 3c: Anteil von Personen mit legitimierender Haltung zur sozialen Ungleichheit nach Einkommensquartil

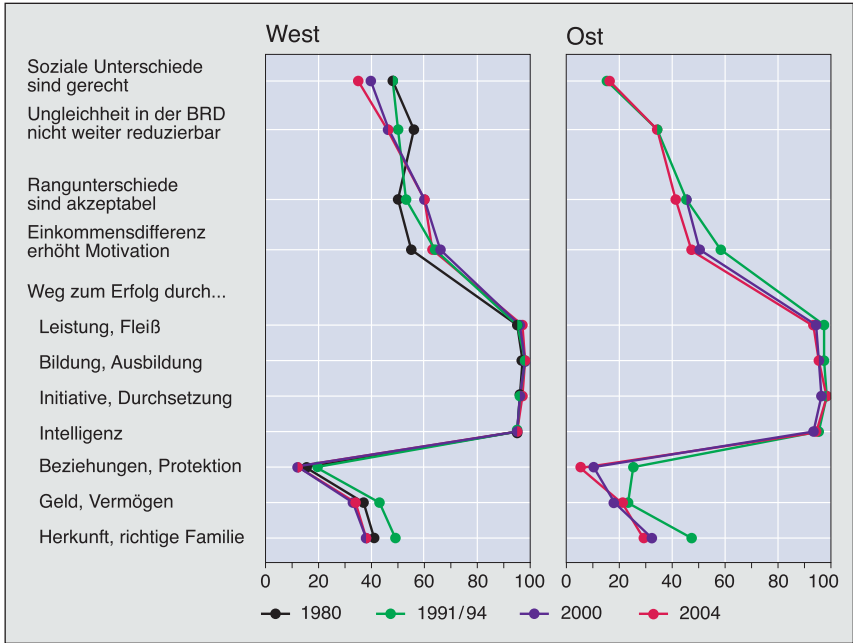


Datenbasis: Allbus 2004.

19.4 Zusammenfassung

Die Einstellungen zur sozialen Ungleichheit sind in Deutschland von einer gewissen Ambivalenz geprägt. Einerseits glaubt nur eine Minderheit, dass die sozialen Unterschiede in Deutschland gerecht und nicht weiter reduzierbar wären, andererseits stößt die Vorstellung, dass Ungleichheit motivierend und eine Folge von individuellen Leistungen sei, durchaus auf breite Zustimmung. Ein gesellschaftlicher Konsens besteht

Abb. 4: Anteil von Personen mit legitimierender Haltung zur sozialen Ungleichheit, 1980–2004



Datenbasis: Allbus 1980, 1991, 1994, 2000, 2004.

darüber, dass Faktoren wie Fleiß, Bildung, Intelligenz und Initiative eine zentrale Rolle für persönlichen Erfolg spielen. Gleichzeitig wird vom größten Teil der Bevölkerung aber auch gesehen, dass die soziale Herkunft, Beziehungen und Vermögen mindestens ebenso wichtig sind. Generell sind die Ostdeutschen gegenüber der sozialen Ungleichheit kritischer eingestellt als die Westdeutschen. Diese kritischere Haltung hat sich aber erst im zeitlichen Verlauf eingestellt. Darüber hinaus zeigt sich, dass in Westdeutschland größere Einigkeit in den Einstellungen zur Ungleichheit besteht. In Ostdeutschland ergeben sich Anzeichen dafür, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse für die eigene prekäre Soziallage verantwortlich gemacht werden.

(Ulrich Kohler)

E Gesellschaftspolitik

20 Politische Integration und politisches Engagement

Demokratie sichert den Bürgern das Recht auf politische Selbstbestimmung. Durch Wahlen bestimmen sie ihre politischen Repräsentanten, durch politische Beteiligung können sie Einfluss auf die Politik nehmen. In welchem Maße sich die Bürger engagieren und in welchem Ausmaß es einer Demokratie gelingt, Bürger in das politische Geschehen einzubeziehen, hat unmittelbare Auswirkungen auf die Funktionsweise einer Demokratie. In diesem Zusammenhang spricht man auch von politischer Integration. Unter politischer Integration versteht man den Prozess, in dessen Verlauf die Bürger durch ihre eigene politische Beteiligung in die politische Willensbildung einbezogen werden und dadurch sowohl die demokratischen »Spielregeln« anerkennen als auch Loyalitätsbeziehungen gegenüber den politischen Institutionen und Akteuren entwickeln. Die Frage, wie viel Bürgerbeteiligung eine Demokratie braucht, bleibt offen und ist letztlich nur normativ zu beantworten.

Man kann jedoch davon ausgehen, dass es ein Warnsignal für eine Demokratie ist, wenn eine Gesellschaft hinter ein bereits erreichtes Ausmaß politischer Integration der Bürger zurückfällt oder sich starke regionale oder soziale Unterschiede in der Beteiligung der Bürger an der Politik zeigen. Die Debatten über die »Mitgliederkrise« der Großorganisationen sowie über Politik- und Parteienverdrossenheit legen es nahe, danach zu fragen, ob sich die Bürger heute weniger politisch beteiligen als früher. Dies ist insbesondere im Hinblick auf die jüngeren Altersgruppen und ihr »Hineinwachsen« in die Demokratie von Interesse. Und, auch mehr als 15 Jahre nach der deutschen Vereinigung stellt sich noch die Frage, ob die Bürger in den neuen Bundesländern in vergleichbarer Weise wie die der alten Bundesländer politisch integriert sind und in ähnlicher Stärke Zugang zum politischen Willensbildungsprozess suchen.

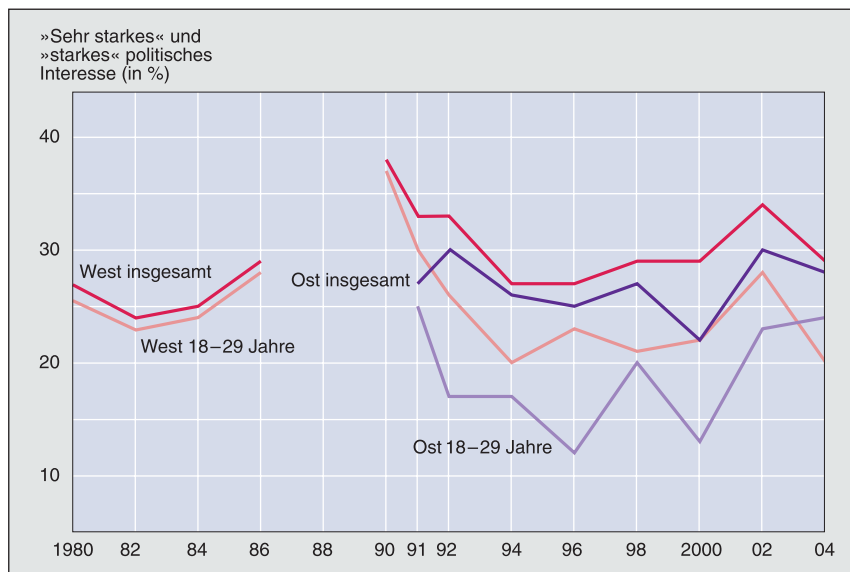
20.1 Politisches Interesse und politische Partizipation

Das Ausmaß, in dem sich die Bürger für Politik interessieren, ist ein wichtiger Gradmesser, inwieweit sie das politische Geschehen registrieren und an ihm teilnehmen. Das politische Interesse ist ein guter Indikator dafür, ob das politische Geschehen

von den Bürgern als etwas betrachtet wird, das für sie wichtig genug ist, um sich darüber zu informieren und sich gegebenenfalls auch dafür zu engagieren. Das politische Interesse der Bürger wird durch die einfache Frage »Wie stark interessieren Sie sich für Politik: sehr stark, stark, mittel, wenig oder überhaupt nicht?« bereits seit 1969 in repräsentativen Bevölkerungsumfragen erfasst.

In den letzten 20 Jahren hat sich der Anteil derjenigen, die sich stark oder sogar sehr stark für Politik interessieren, beständig und sehr dynamisch verändert. Im Zeitraum um die Vereinigung Deutschlands war er am höchsten. Zwischen 1980 und 2004 lag der Anteil derjenigen, die sich stark oder sogar sehr stark für Politik interessieren in

Abb. 1: Die Entwicklung des politischen Interesses, 1980–2004



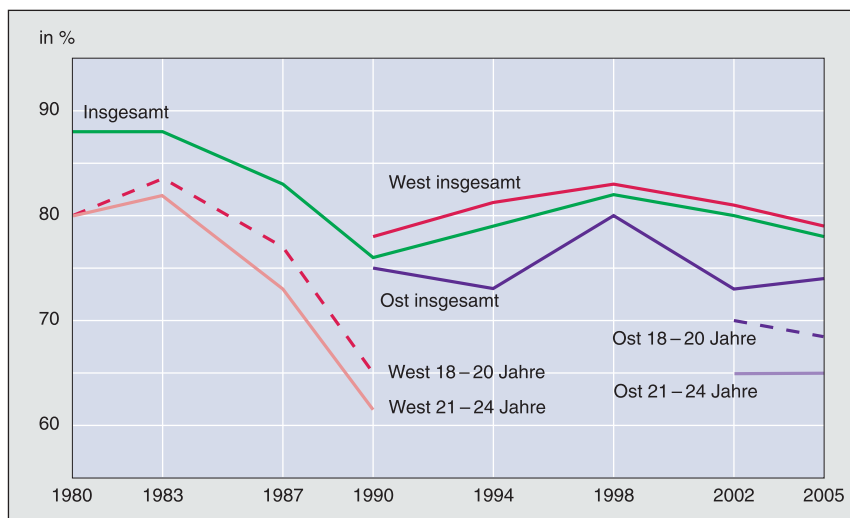
Datenbasis: ALLBUS 1980–2004.

Westdeutschland bei 30 %, 1969 waren es lediglich 18 %. Langfristig gesehen sind heute also mehr Bürger am politischen Geschehen interessiert als noch vor gut drei Jahrzehnten.

Allerdings hat das Interesse an der Politik nach dem Jahr der deutschen Vereinigung deutlich nachgelassen und war Mitte der 1990er-Jahre fast auf das Niveau der frühen 1980er-Jahre abgesunken. Zwischen 1994 und 2002 stieg das politische Interesse insbesondere in den alten Bundesländern wieder an, ist jedoch 2004 erneut gesunken. Dabei gibt es einen relativ stabilen Unterschied zwischen Ost und West, der im Durchschnitt eher gering, in Bezug auf die jüngeren Bevölkerungsgruppen aber nicht unbedeutend ist.

Die Entwicklung bei den jüngeren Bevölkerungsgruppen ist nicht nur wegen des Ost-West-Unterschiedes, sondern vor allem im Vergleich mit dem durchschnittlichen politischen Interesse der Bevölkerung insgesamt hervorzuheben. Seit 1991 liegt das Interesse an der Politik bei den 18- bis 29-Jährigen deutlich unter dem Bevölkerungsdurchschnitt und hat vergleichsweise stärker abgenommen. In Westdeutschland öffnete sich diese Schere sehr rasch zwischen 1991 und 1992. Im Durchschnitt der Bevölkerung liegt der Anteil der stark oder sehr stark Interessierten seitdem etwa sieben Prozentpunkte höher als bei den 18- bis 29-Jährigen. Eine ähnliche Entwicklung ist in Ostdeutschland zu konstatieren (vgl. Abb. 1). 2002 und 2004 hat sich der Abstand zwischen dem Bevölkerungsdurchschnitt und den jüngeren Bevölkerungs-

Abb. 2: Wahlbeteiligung nach der repräsentativen Wahlstatistik, 1980–2005



Datenbasis: ALLBUS 1980–2005.

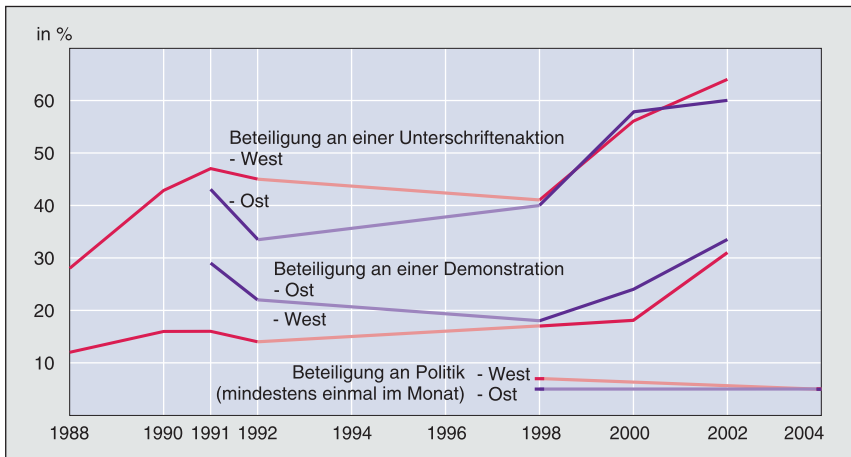
gruppen wieder verringert, 2004 haben die Jüngeren in Ostdeutschland sogar mehr Interesse an der Politik als der Durchschnitt. Ob sich diese Entwicklung fortsetzt, bleibt abzuwarten.

In Bezug auf die Wahlbeteiligung ist eine ähnliche Entwicklung festzustellen. Zum einen war die Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen von 1990 bis 2005 niedriger als bei allen Bundestagswahlen seit 1953. Bis 1983 betrug sie immer – zum Teil erheblich – mehr als 85 %. Bei den letzten fünf Bundestagswahlen seit 1990 lag die Wahlbeteiligung viermal unter 80 %, nur 1998 waren es 82,2 %. Zum anderen ist sie bei den Erst- (18–20 Jahre) und Jungwählern (21–25 Jahre) sogar stärker abgesunken als im Durchschnitt. Nur die hier als Jungwähler bezeichnete Altersgruppe lässt sich seit 1961 beobachten, da die Volljährigkeit und damit die Wahlberechtigung

mit 18 Jahren erst seit 1972 gelten. Die durchschnittliche Wahlbeteiligung der Jungwähler lag, mit kleineren Schwankungen zwischen 1961 und 1983 etwa 8,6 Prozentpunkte unter dem Gesamtdurchschnitt. 1987 lag sie bereits zehn Prozentpunkte darunter, seitdem immer deutlich mehr als zehn Prozentpunkte unter der Gesamtwahlbeteiligung (Abb. 2).

Beim politischen Interesse und noch stärker bei der Wahlbeteiligung hat sich eine Kluft zwischen den Jüngeren und Älteren aufgetan. Daneben existiert auch ein West-Ost-Gefälle in der Wahlbeteiligung, das allerdings nicht so groß ist wie das Gefälle zwischen jüngeren und älteren Bürgern. Die Wahlbeteiligung liegt in Ostdeutschland mit recht großen Schwankungen (zwischen minus 2,8 und minus 7,8 Prozentpunkten) im Durchschnitt 5,3 Prozentpunkte unter der in Westdeutschland. Sowohl das politische Interesse als auch die Wahlbeteiligung als zwei wichtigen Gradmessern politischer

Abb. 3: Politische Beteiligung, 1988–2004



Datenbasis: ALLBUS 1980–2004.

Integration liegen im Vergleich zu den 1980er-Jahren auf niedrigerem Niveau, haben sich allerdings auf diesem Niveau stabilisiert. Tendenzen weiterer Abnahme sind seit Mitte der 1990er-Jahre nicht mehr festzustellen.

Formen nicht institutionalisierter Beteiligung wie Unterschriftensammlungen, Demonstrationen, Proteste und Boykotts haben in Deutschland seit Ende der 1950er-Jahre kontinuierlich zugenommen. In diesem Zusammenhang ist von einer »partizipatorischen Revolution« gesprochen worden, mit der sich nicht nur in Deutschland, sondern in allen modernen Demokratien neue Formen der Beteiligung, insbesondere politische Proteste als Handlungsform etablierten.

Die Anteile derjenigen, die angeben, an den beiden häufigsten Formen der so genannten »unkonventionellen« politischen Beteiligung, der Beteiligung an Unterschrift-

tensammlungen und Demonstrationen, mitgewirkt zu haben, sind in den 1990er-Jahren recht stabil und steigen am Anfang des neuen Jahrtausends sogar an. Zwischen 40 und 50 % gaben in den 1990er-Jahren an, sich an einer Unterschriftensammlung beteiligt zu haben, 2002 waren es über 60 %. An Demonstrationen hatten in den 1990er-Jahren etwa 20 % der Bevölkerung teilgenommen, 2002 waren es über 30 % (vgl. Abb. 3).

Die Häufigkeit, mit der Bürger sich in der Politik beteiligten, lag 1998 und 2004 auf dem gleichen Niveau. Zwischen fünf und sieben Prozent der Bürger werden mindestens einmal im Monat politisch aktiv. Ein Unterschied zwischen Ost und West ist in der Häufigkeit der Beteiligung nicht festzustellen.

Die auf Altersgruppen bezogenen Unterschiede weisen bei den nicht institutionalisierten Formen der Beteiligung ein im Vergleich zum politischen Interesse oder zur Wahlbeteiligung umgekehrtes Gefälle auf: Es sind vor allem die Jüngeren, die sich dieser Formen der Partizipation bedienen. Die Altersgruppenunterschiede sind jedoch in den vergangenen Jahrzehnten immer geringer geworden. Das liegt nicht an einem generellen Rückgang, sondern daran, dass auch Bürger älterer Altersgruppen diese Beteiligungsformen für sich entdeckt haben. Die nicht institutionalisierten Formen politischer Aktivität haben inzwischen ihren Ruf, unkonventionell zu sein, verloren und sind für alle zu einer normalen Form der Artikulation geworden.

20.2 Bindung an Interessengruppen und politische Parteien

Die Mitgliedschaft in Interessengruppen und politischen Parteien ist ein weiterer Indikator für die Integration der Bürger in den politischen Prozess. Diese Organisationen sind meist durch gesellschaftliche Selbstorganisation entstanden und dienen dem Zweck der Vertretung gemeinsamer politischer, wirtschaftlicher, sozialer oder kultureller Interessen. Interessengruppen setzen sich auf verschiedenen Wegen für die Anliegen ihrer Mitglieder ein, zum Beispiel durch das Einwirken auf Parteien, Parlamente, Regierungen und Behörden oder die Öffentlichkeit im Allgemeinen. Politische Parteien sind unmittelbare Akteure des Regierungssystems. Da die Mitgliedschaft freiwillig ist, ist der Grad, zu dem Bürger sich in Interessengruppen und politischen Parteien organisieren, ein zentrales Merkmal der politischen Integration. Anders als die Wahlbeteiligung oder Formen nicht institutionalisierter Beteiligung, die für den Einzelnen singuläre Ereignisse bleiben können, zeichnen sich Mitgliedschaften in Interessengruppen und politischen Parteien dadurch aus, dass sie in der Regel langfristig sind. Verliert die Mitgliedschaft in Interessengruppen und politischen Parteien für den Einzelnen an Attraktivität, so ist dies zunächst ein Warnsignal für die jeweilige Organisation. Geschieht dies jedoch in großem Umfang, weist es darüber hinaus auch auf generelle Probleme der Interessenvermittlung in einem politischen Gemeinwesen hin.

Tab. 1: Mitgliedschaft in Organisationen, 1976–1998

	Westdeutschland					Ostdeutschland	
	1976	1980	1986	1992	1998	1992	1998
	in %						
<i>Arbeit und Wirtschaft:</i>							
Gewerkschaften (total)	16,7	16,1	15,2	15,8	13,1	27,4	15,3
– DGB	12,8	13,3	13,6	14,0	8,9	24,6	13,7
– DAG	3,7	2,8	1,5	1,8	4,1	2,7	1,4
– CGB	0,2	–	0,1	0,0	0,1	0,1	0,2
Beamtenbund	2,7	1,8	2,2	1,6	1,6	0,5	0,2
<i>Berufsverbände:</i>							
– Selbstständige, freiberuflich	–	–	1,2	0,8	1,4	0,9	1,5
– Andere	3,6	2,8	4,5	4,5	4,6	5,0	3,0
ULA, leitende Angestellte	–	–	0,1	0,3	0,5	0,0	0,0
Bauernverband	1,6	1,2	1,4	0,6	1,4	0,1	0,4
Gewerbeverband	1,8	1,3	1,5	1,3	2,0	2,4	2,2
Wirtschafts- und Arbeitg.-V.	1,0	0,8	0,2	0,4	0,6	0,2	0,4
<i>Politisch oder wertgebunden:</i>							
Bürgerinitiativen	1,3	1,0	0,7	1,0	1,6	0,4	0,9
Politische Parteien	6,1	4,5	3,6	4,1	2,7	3,2	1,8
Andere politische Vereinigung	–	0,2	0,2	0,5	1,8	0,1	0,9
Religiöse Organisationen	5,4	5,7	6,4	6,3	3,3	1,5	0,6
<i>Soziales:</i>							
Vertriebenenverband	1,8	1,0	1,0	0,7	1,2	0,3	0,6
Sozial- oder Wohlfahrts-Verb.	2,3	3,4	3,6	3,4	3,6	1,2	0,9
Jugendorganisation	1,8	1,0	0,6	0,9	1,1	0,6	0,2
<i>Freizeit:</i>							
Gesangverein	6,1	6,6	6,0	6,4	6,2	1,9	1,6
Sportverein	22,1	22,8	29,4	30,2	28,2	10,3	11,7
Heimat-Verein	6,8	6,1	6,4	5,0	5,8	0,7	1,3
Sonstige gesellige Vereine (Kegelclub usw.)	–	11,0	7,7	5,1	6,9	0,9	2,8
Andere Freizeitvereine	–	5,4	5,4	7,8	10,7	3,0	3,9
Andere Organisationen	10,6	10,3	12,8	10,8	6,4	8,1	6,1
Mitglieder insgesamt	54,3	59,4	63,0	63,0	59,0	52,8	40,8
Mitglieder in Interessengruppen	32,1	29,2	30,8	30,8	30,5	39,8	25,1
Mitglieder in Freizeitvereinen	29,2	38,7	42,1	42,7	43,2	16,0	19,7
Mitglieder <i>nur</i> in Freizeitvereinen	15,5	23,8	25,7	26,5	25,8	8,9	11,7
n = 100 Prozent	2036	2955	3070	2308	2070	1141	1012

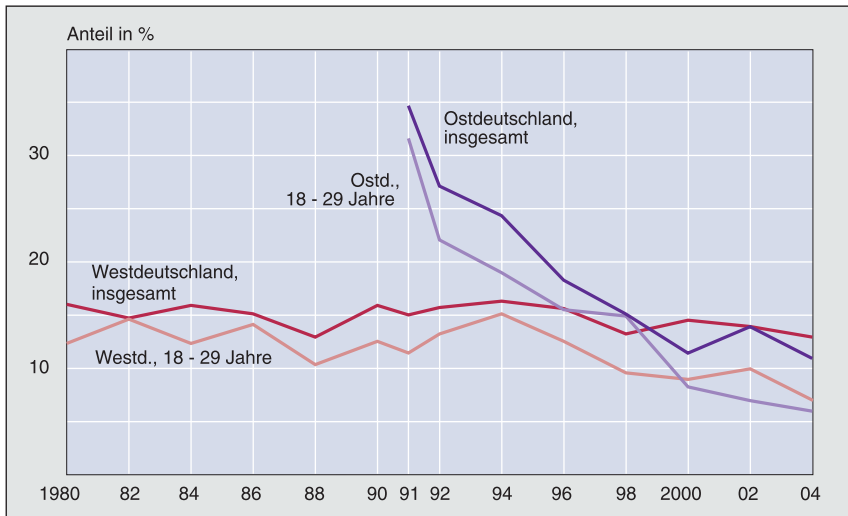
– Nicht gefragt.

»Andere politische Vereinigung«: ALLBUS 1980–1992 Nennungen »Menschenrechtsverein«, »Politischer Verein«, »Minderheitengruppe«, »Internationale Beziehungen« auf Nachfrage zu »Anderen Organisationen«, entsprechend bei »Andere Organisationen« abgezogen, ALLBUS 1998 Kategorie »Alternative politische Gruppe«. 1980–1992 Nennungen »Berufsverbände«, »Berufsvereine« auf Nachfrage zu »Anderen Organisationen« wurden der Kategorie »Berufsverbände, – andere« zugeordnet und entsprechend bei »Andere Organisationen« abgezogen.

Datenbasis: ZUMA-Bus 1 1976 (ungewichtet); 1980, 1986 und 1992 aus kumuliertem Allbus (bei Haushaltsstichproben transformationsgewichtet), Allbus 1998; jeweils erwachsene deutsche Wohnbevölkerung in Privathaushalten.

Im internationalen Vergleich zeichnet sich die alte Bundesrepublik durch einen mittleren Organisationsgrad von etwa 60 % aus, wenn alle Organisationen, sowohl Interessengruppen als auch Freizeitvereinigungen, betrachtet werden. In Westeuropa sind nur die Bürger der Niederlande und der skandinavischen Länder stärker organisiert. Der Anteil der Bürger, die Mitglieder in Interessengruppen im engeren Sinne waren, lag zwischen 1986 und 1998 in den alten Bundesländern relativ konstant bei etwa 30 %. Demgegenüber ist im selben Zeitraum der Anteil der Bevölkerung, der in Freizeitorganisationen, allen voran den Sportvereinen, organisiert ist, von 29 % auf 43 % gestiegen. Der Anteil derjenigen, die nur in Freizeitvereinigungen Mitglied sind, hat sich von knapp 16 auf 26 % erhöht (Tab. 1). Relativ gesehen haben sich also politik- und freizeitbezogene Mitgliedschaften auseinander entwickelt. Interessengruppen konnten an dem Aufwärtstrend der Mitgliedschaften generell nicht teilhaben.

Abb. 4: Die Entwicklung der Gewerkschaftsmitgliedschaften, 1980–2004



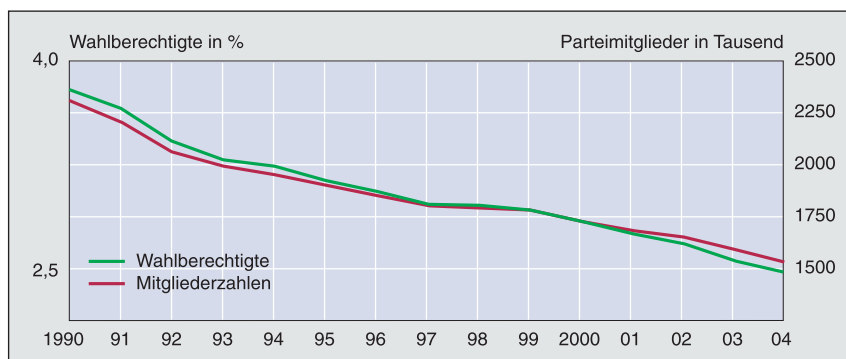
Datenbasis: ALLBUS 1980–2004.

1992 lag in den neuen Bundesländern der Anteil derjenigen, die in Interessengruppen organisiert waren, noch neun Prozentpunkte über dem Anteil in Westdeutschland, der Anteil der Mitglieder in Freizeitvereinigungen dagegen 26 Prozentpunkte unter dem westdeutschen Durchschnitt. Bezogen auf die Mitgliedschaft in Interessengruppen hat es in Ostdeutschland eine dramatische Entwicklung gegeben, die vor allem zu Lasten der Gewerkschaften gegangen ist. Zwischen 1992 und 1998 ist der Prozentsatz derjenigen, die in Interessengruppen organisiert waren, von knapp 40 auf 25 % zurückgegangen. Im Freizeitbereich lässt sich in Ostdeutschland eine kleine Steigerung der Mitgliederanteile um drei Prozentpunkte feststellen.

Nur für Gewerkschafts- und Parteimitgliedschaften kann die Entwicklung bis ins Jahr 2004 beobachtet werden, da für andere Mitgliederorganisationen kein über 1998 hinausreichendes Umfragematerial zur Verfügung steht. Für die Gewerkschaften zeigt sich, dass sich der Rückgang des Organisationsgrades in Ostdeutschland weiter fortgesetzt, möglicherweise aber die Talsohle erreicht hat. Er liegt nach einem massiven Rückgang in den Jahren 1992–1998 in den Jahren 2000, 2002 und 2004 relativ stabil bei etwa 12 %. In den jüngeren Altersgruppen setzt sich der negative Trend allerdings fort und die Lücke zum Bevölkerungsdurchschnitt hat sich weiter vergrößert. In Westdeutschland hat sich die Lücke zwischen jüngeren Altersgruppen und dem Bevölkerungsdurchschnitt nur leicht vergrößert, und insgesamt nehmen Gewerkschaftsmitgliedschaften auch nach 2000 weiterhin leicht ab (Abb. 4).

Bezogen auf die Entwicklung der Mitgliederzahlen in den politischen Parteien lässt sich aus dem Umfragematerial kein eindeutiger Trend ableiten. Das hat auch damit zu tun, dass bei repräsentativen Umfragen die Zahl der Parteimitglieder unter den Befragten naturgemäß sehr klein ist und damit die Messfehler recht groß sind. Anhand

Abb. 5: Die Entwicklung der Parteimitgliedschaften, 1990–2004



Datenbasis: ALLBUS 1990–2004.

der von den Parteien berichteten Mitgliederzahlen lässt sich aber eine ähnlich negative Entwicklung wie bei den Gewerkschaften beobachten. 1990 waren noch 3,8 % der Wahlberechtigten in politischen Parteien organisiert, 2004 waren es nicht einmal mehr 2,5 %. In absoluten Zahlen haben die Parteien zwischen 1990 und 2004 etwa 760 000 Mitglieder verloren. Das entspricht etwa einem Drittel der Mitgliedschaft des Jahres 1990 (Abb. 5).

Bei den Parteien hat – insbesondere bei der CDU/CSU und der SPD – der Anteil der jüngeren Altersgruppen unter den Mitgliedern abgenommen. Umfrageergebnisse deuten ebenfalls darauf hin, dass beim Ausmaß der Parteimitgliedschaften in ganz Deutschland eine Kluft zwischen der jüngeren (18–29 Jahre) und der älteren Bevölkerung existiert.

20.3 Zusammenfassung

Zusammengefasst verweisen die Ergebnisse einerseits darauf, dass der Grad politischer Integration bezogen auf die traditionellen, institutionalisierten Formen der Beteiligung in den vergangenen zwei Jahrzehnten deutlich zurückgegangen ist. Die Politik findet nicht mehr so viel Interesse bei den Bürgern wie noch 1990, Interessengruppen und Parteien verlieren zumindest im Vergleich zu Freizeitorganisationen an Mitgliederattraktivität. Andererseits haben nicht institutionalisierte Formen politischer Beteiligung nicht an Bedeutung verloren. Aus dieser Entwicklung kann zwar nicht der Schluss auf eine drohende politische Desintegration gezogen werden, dass die traditionellen Formen der Politik und der politischen Beteiligung an Attraktivität für die Bürger verlieren und sich das Ausmaß politischer Integration in die institutionalisierte Politik gerade bei den Jüngeren und den Bürgern Ostdeutschlands abgeschwächt hat, sollte jedoch als Warnsignal beachtet werden.

(Bernhard Weißels)

Weitere Informationen zum Thema Politische Beteiligung siehe Teil I, Kap. 7.

21 Demokratie und Sozialstaat

Eine der Grundlagen der Akzeptanz der Demokratie in Deutschland ist der Sozialstaat. Unter den Bedingungen der Globalisierung wird der Sozialstaat in Deutschland wie auch in allen anderen europäischen Demokratien eingeschränkt. Gleichzeitig gibt es in Deutschland noch das besondere Problem der »inneren Einheit«. Wie steht es damit einhalb Jahrzehnte nach der Vereinigung: Ist die politische Gemeinschaft der Deutschen inzwischen integriert oder immer noch gespalten?

21.1 Akzeptanz der Staatsform der Bundesrepublik Deutschland

Das wichtigste Merkmal einer politischen Gemeinschaft ist die Akzeptanz der Staatsform, die im eigenen Land existiert: Je größer diese Akzeptanz und je geringer die Differenzen zwischen Bevölkerungsgruppen, desto integrierter ist eine politische Gemeinschaft.

Noch im Jahr 2000 gab es beträchtliche Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschen. Im Osten war die Einschätzung der Demokratie in Deutschland deutlich schlechter als im Westen (vgl. Tab. 1). Diese Unterschiede haben sich 2005 weiter

Tab. 1: Demokratie als Staatsform, 2000–2005

	West		Ost	
	2000	2005	2000	2005
	in %			
»Die Demokratie in Deutschland ist die beste Staatsform.«	80	71	49	38
»Es gibt eine andere Staatsform, die besser ist.«	9	17	27	41
»Die Demokratie ist die beste Staatsform.«	92	85	78	64
»Es gibt eine andere Staatsform, die besser ist.«	3	6	8	22

Datenbasis: Konsolidierung der Demokratie in Mittel- und Osteuropa 2000; Bürger und Gesellschaft 2005.

verschärft. Es gibt im Osten inzwischen sogar eine relative Mehrheit von 41 %, die eine andere Staatsform als besser ansieht als die jetzige Demokratie in Deutschland. Diese Einschätzung hat sich offenbar auch auf die Einstellung zur Demokratie grundsätzlich ausgewirkt. Haben im Jahr 2000 nur acht Prozent der Befragten im Osten angegeben, dass eine andere Staatsform besser ist als die Demokratie, so sind das 2005 immerhin 22 %. Auch im Westen hat sich die Unterstützung der Demokratie in Deutschland und die der Demokratie grundsätzlich etwas verschlechtert, aber die

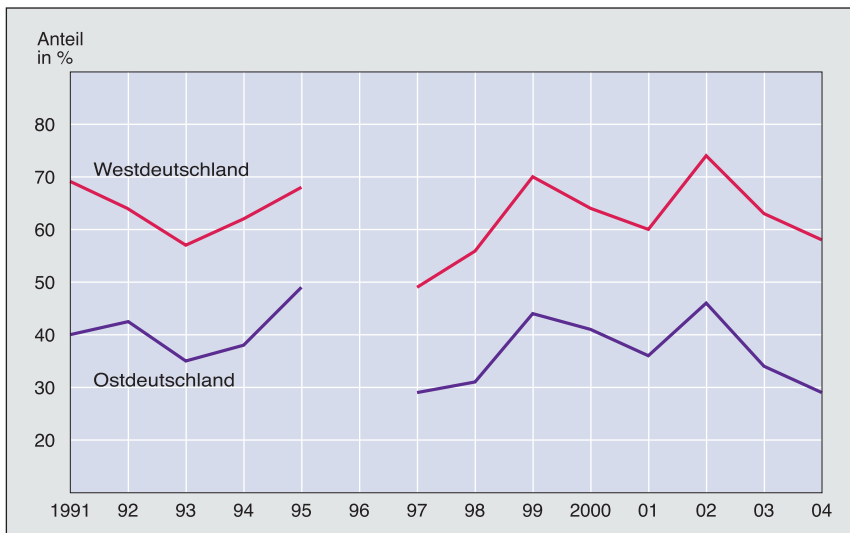
positiven Einstellungen überwiegen im Jahr 2005 immer noch deutlich: 71 % betrachten die jetzige Demokratie in Deutschland als die beste Staatsform und 85 % die Demokratie grundsätzlich als die beste Staatsform.

21.2 Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland

Die Frage nach der Akzeptanz der Staatsform bezieht sich vor allem auf das demokratische Regime, so wie es durch die Verfassung implementiert ist. Im Unterschied dazu richtet sich die Frage nach der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland auf die Wirklichkeit dieser Demokratie, so wie sie sich den Bürgern in der Wirkungsweise der demokratischen Institutionen und Verfahren einerseits und den Handlungen der politischen Akteure andererseits darstellt.

Bei der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland lässt sich über den gesamten Zeitraum von 1991 bis 2004 eine nahezu gleich bleibende Differenz zwischen West- und Ostdeutschen feststellen. Die Bürger aus dem Westen sind deutlich zufriedener als die aus dem Osten (vgl. Abb. 1). Über den gesamten Zeitraum hinweg sind durchschnittlich 63 % der Westdeutschen und durchschnittlich 38 % der Ostdeutschen mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden. Die Fluk-

Abb. 1: Die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie, 1991–2004



Datenbasis: Eurobarometer 1991–2004.

tuationen sind im Zeitverlauf nahezu identisch. Das heißt, dass die Bürger in beiden Teilen Deutschlands ganz ähnlich auf bestimmte Ereignisse reagierten – das aber auf unterschiedlichem Niveau. Hinsichtlich der Struktur der Fluktuationen ist bemerkenswert, dass die Zufriedenheit mit der Demokratie zu den Bundestagswahlen in der Regel ansteigt, aber danach wieder abfällt. Auch das gilt für beide Teile Deutschlands gleichermaßen.

21.3 Einstellung zum Sozialismus

Einer der Gründe für die kritische Haltung der Bürger der neuen Bundesländer gegenüber der Demokratie in Deutschland ist, dass viele ein anderes Demokratiemodell befürworten als jenes, welches in Deutschland realisiert ist. Das von ihnen präferierte Modell kann als eine sozialistische Demokratie bezeichnet werden. Es verbindet zentrale Vorstellungen einer liberalen Demokratie wie die Gewährleistung von Freiheitsrechten und kompetitive Wahlen mit Vorstellungen einer ausgeprägten sozialen Gleichheit und Sicherheit sowie direkter Bürgerbeteiligung.

Um die Einstellung zu diesem Modell zu erfassen und um Assoziationen mit dem realsozialistischen System der früheren DDR zu vermeiden, wird gefragt, ob der Sozialismus eine gute Idee sei, die nur schlecht ausgeführt worden ist (vgl. Tab. 2). Auch in diesem Falle zeigt sich eine Differenz zwischen West und Ost. Über das gesamte Jahrzehnt hinweg stimmen durchschnittlich 76 % der Bürger der neuen Bundesländer der Aussage zu, dass der Sozialismus eine gute Idee sei. In den alten Bundesländern sind es im Durchschnitt 45 %.

Tab. 2: Sozialismus, 1991–2005

	»Der Sozialismus ist im Grunde eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde.«					
	1991	1992	1994	1998	2000	2005
	in %					
West	40	43	44	43	51	46
Ost	76	73	81	76	76	74

Datenbasis: ALLBUS 1991, 1992, 1994, 1998, 2000; Bürger und Gesellschaft 2005.

21.4 Einstellungen zur Demokratie in verschiedenen Bevölkerungsgruppen

In Tabelle 3 werden die bereits diskutierten Einstellungen zur Demokratie nach Geschlecht, Alter, berufliche Stellung, ideologische Orientierung und Parteipräferenz aufgegliedert dargestellt. Im Westen sind die Unterschiede zwischen den verschiedenen

Bevölkerungsgruppen sowohl bei der Unterstützung der Demokratie in Deutschland als auch bei der Demokratie grundsätzlich nur gering. Lediglich die Arbeitslosen weisen unterdurchschnittliche Werte auf. Aber auch diese Gruppe unterstützt mehrheitlich die Demokratie in Deutschland und die Demokratie grundsätzlich. Außerdem finden sich erwartbare Unterschiede bei der Einstellung zum Sozialismus. Die Linksorientierten und die Anhänger des Bündnis 90/Die Grünen und – im geringeren Ausmaße – die der SPD weisen eine deutlich positivere Einschätzung des Sozialismus auf als die Rechtsorientierten und die Anhänger der FDP und der CDU/CSU.

Im Osten lassen sich demgegenüber einige deutlichere Unterschiede ausmachen, vor allem was die Unterstützung der Demokratie in Deutschland anbetrifft. Unter den Berufsgruppen weisen die Arbeitslosen die geringste Unterstützung auf und die Selbstständigen die größte. Aber im Unterschied zum Westen betrachten auch

Tab. 3: Einstellungen zur Demokratie verschiedener Bevölkerungsgruppen

	»Die Demokratie ist die beste Staatsform.«		»Die Demokratie in Deutschland ist die beste Staatsform.«		»Sozialismus ist eine gute Idee, die schlecht ausgeführt wurde.«		»Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland.«	
	2005		2005		2005		2004	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	in %							
Insgesamt	85	64	71	38	46	74	58	29
Geschlecht								
Männer	86	65	70	36	47	70	60	27
Frauen	85	64	71	39	45	77	55	30
Altersgruppen								
18–34 Jahre	85	66	68	38	44	64	48	29
35–59 Jahre	85	62	70	37	47	75	61	26
über 60 Jahre	87	69	75	40	46	81	61	30
Berufliche Stellung								
Selbstständige	87	74	66	42	45	43	–	–
Beamte	90	–	78	–	43	–	–	–
Angestellte	87	64	74	35	44	77	–	–
Arbeiter	84	67	66	39	47	58	–	–
Arbeitslose	74	60	59	31	51	80	–	–
Rentner/Pensionäre	86	68	72	40	46	81	–	–
Ideologische Orientierung								
Links	87	65	72	38	54	80	66	31
Mitte	85	65	68	36	43	67	60	30
Rechts	89	65	70	43	28	51	55	29
Parteipräferenz								
PDS	–	55	–	26	–	97	–	–
Bündnis 90/Die Grünen	85	71	60	55	61	62	–	–
SPD	93	79	80	50	50	71	–	–
FDP	86	79	72	28	28	67	–	–
CDU/CSU	89	67	76	42	33	47	–	–

Datenbasis: Eurobarometer 2004, Bürger und Gesellschaft 2005.

bei den Selbstständigen weniger als die Hälfte die Demokratie in Deutschland als die beste Staatsform. Hinsichtlich der Parteipräferenz zeigt sich bei den Anhängern der PDS und der FDP eine erheblich negativere Einschätzung als bei den anderen Parteianhängerschaften.

Neben diesen Unterschieden ist vor allem eine Ähnlichkeit bemerkenswert, und zwar die zwischen den Altersgruppen im Osten. Viele hatten erwartet, dass die Jüngeren von dem neueren demokratischen System geprägt seien und eine positivere Haltung zu diesem System einnehmen würden. Diese positiven Sozialisationseffekte sind aber auch 15 Jahre nach der deutschen Einheit noch nicht festzustellen. Weder die Demokratie in Deutschland noch die Demokratie grundsätzlich wird von den Jüngeren besser beurteilt als von den anderen Altersgruppen. Etwas anders sieht die Situation bei der Einstellung zum Sozialismus aus. Diese ist bei den Jüngeren weniger positiv als bei Älteren, allerdings sind auch in dieser Altersgruppe noch ca. zwei Drittel der Meinung, dass der Sozialismus eine gute Idee sei, die nur schlecht ausgeführt wurde.

21.5 Rolle des Staates in der Sozialpolitik

Der Sozialstaat ist eine der Quellen der Legitimität der Demokratie in Deutschland. Seit den 1990er-Jahren wird verstärkt über die Finanzierungsprobleme des Sozialstaats diskutiert und es wurden Kürzungen von Sozialleistungen verabschiedet. Die Frage ist, wie die Bürger auf diese Entwicklungen reagieren: Reduzieren sie ihre Ansprüche an den Sozialstaat oder halten sie weiterhin daran fest?

Als Kern des bundesrepublikanischen Sozialstaats wird die Absicherung der Bürger bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, im Alter und in Notsituationen bezeichnet. Die Frage, ob die Bürger eine staatliche Zuständigkeit in diesen Bereichen befürworten, kann deshalb als grundsätzliche Zustimmung zu diesem Sozialstaat gewertet werden (vgl. Tab. 4). In beiden Teilen Deutschlands ist diese Zustimmung sehr stark ausgeprägt; sie liegt im Westen bei durchschnittlich 86 % und wird vom Osten mit durchschnittlich 95 % sogar noch übertroffen. Zwischen 1991 und 2004 nimmt im Westen die Zustimmung zur staatlichen Zuständigkeit kontinuierlich von 90 auf 82 % und im Osten von 99 auf 92 % ab. Auf der Ebene der grundsätzlichen Zustimmung zum Sozialstaat gibt es danach zwar erste, aber nur sehr schwache Anzeichen für eine Anspruchsreduktion. Es zeichnet sich aber keine Annäherung zwischen Ost- und Westdeutschen ab, die Unterschiede sind relativ stabil.

Unter den Bevölkerungsgruppen weisen in West- und Ostdeutschland die Selbstständigen die skeptischste Haltung zum Sozialstaat auf. Deren distanzierte Haltung hat sich zwischen 2000 und 2004 noch verstärkt. Im Westen lässt sich im Jahr 2004 neben den Selbstständigen bei den Beamten und den FDP-Anhängern eine überdurchschnittliche Abkehr vom Staat verzeichnen. Trotz dieser Skepsis kann man aber immer noch von einem sozialstaatlichen Konsens sprechen, denn auch im Jahr 2004

Tab. 4: Zuständigkeit des Staates für soziale Absicherung

	»Der Staat muss dafür sorgen, dass man auch bei Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und im Alter ein gutes Auskommen hat.«							
	West				Ost			
	1991	1994	2000	2004	1991	1994	2000	2004
	in %							
Insgesamt	90	87	85	82	99	97	93	92
Geschlecht								
Männer	91	85	83	79	99	96	90	91
Frauen	90	89	86	85	99	97	95	94
Altersgruppen								
18–34 Jahre	94	92	91	87	100	97	93	92
35–59 Jahre	89	84	82	79	98	96	90	91
über 60 Jahre	88	87	85	81	98	99	96	94
Berufliche Stellung								
Selbstständige	83	74	75	66	98	83	83	77
Beamte	90	84	77	67	100	94	82	87
Angestellte	88	83	81	78	99	96	91	91
Arbeiter	96	92	89	88	98	100	90	91
Arbeitslose	96	93	91	87	99	99	96	96
Rentner/Pensionäre	87	89	86	83	98	98	96	95
Ideologische Orientierung								
Links	92	89	89	84	99	98	93	95
Mitte	90	88	84	81	99	96	92	92
Rechts	88	82	79	77	99	93	91	88
Parteipräferenz								
PDS	–	–	–	–	100	99	92	96
Bündnis 90/Die Grünen	90	89	86	83	99	98	91	91
SPD	93	91	87	85	98	96	94	92
FDP	85	80	77	72	98	92	86	86
CDU/CSU	87	83	80	77	100	97	89	88

Datenbasis: ALLBUS 1991, 1994, 2000, 2004.

spricht sich die überwiegende Mehrheit der Selbstständigen, Beamten und FDP-Anhänger für eine staatliche Zuständigkeit bei Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und im Alter aus.

21.6 Kürzung oder Ausweitung von Sozialleistungen

Bei der Frage nach der Kürzung oder Ausweitung von Sozialleistungen geht es nicht um eine grundsätzliche Zustimmung zum Sozialstaat, sondern in erster Linie um die Höhe der Sozialleistungen. Vor allem dieser Aspekt steht im Mittelpunkt der gegenwärtigen Diskussion zur Krise und Reform des Sozialstaats. Fragt man danach, ob die Sozialleistungen in Zukunft gekürzt werden sollen, ob sie so bleiben sollen wie bisher oder ob sie ausgeweitet werden sollen, dann spricht sich im Jahr 2004 die Mehrheit in Ost- und in Westdeutschland für die Beibehaltung des Status quo aus (vgl. Tab. 5). In

Tab. 5: Kürzung oder Ausweitung von Sozialleistungen, 1994–2005

	West			Ost		
	1994	2000	2004	1994	2000	2004
	in %					
»Sozialleistungen ausweiten.«	28	21	17	71	46	42
»Sozialleistungen wie bisher.«	60	55	57	28	46	48
»Sozialleistungen kürzen.«	12	24	26	1	8	10

Datenbasis: ALLBUS 1994, 2000, 2004.

Westdeutschland sind es 57 und in Ostdeutschland 48 %. Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland treten bei den beiden anderen Antwortalternativen – Ausweitung oder Kürzung von Sozialleistungen – zutage. In Ostdeutschland sprechen sich 42 % für eine Ausweitung und lediglich 10 % für eine Kürzung von Sozialleis-

Tab. 6: Kürzung oder Ausweitung von Sozialleistungen, 1994 und 2004

	Sozialleistungen							
	Ausweiten		Kürzen		Ausweiten		Kürzen	
	1994	2004	1994	2004	1994	2004	1994	2004
	West				Ost			
	in %							
Insgesamt	28	17	12	26	71	42	1	10
Geschlecht								
Männer	23	15	14	29	63	33	1	13
Frauen	34	20	10	24	79	50	0	8
Altersgruppen								
18–34 Jahre	35	20	10	28	74	41	0	18
35–59 Jahre	25	17	12	26	69	43	1	11
über 60 Jahre	24	14	15	25	75	41	1	4
Berufliche Stellung								
Selbstständige	8	11	29	47	49	23	6	29
Beamte	22	0	13	48	31	17	0	8
Angestellte	25	15	12	29	64	37	1	17
Arbeiter	29	21	9	15	72	34	0	7
Arbeitslose	56	24	3	11	85	66	0	3
Rentner/Pensionäre	23	16	15	22	78	44	0	3
Ideologische Orientierung								
Links	36	20	8	18	73	36	1	9
Mitte	27	15	11	27	72	46	1	11
Rechts	20	14	20	38	61	39	2	13
Parteipräferenz								
PDS	–	–	–	–	82	42	0	5
Bündnis 90/Die Grünen	38	15	5	18	68	29	1	9
SPD	30	18	8	19	74	27	1	12
FDP	25	15	15	44	68	38	0	24
CDU/CSU	18	12	18	35	55	39	2	18

Datenbasis: ALLBUS 1994, 2004.

tungen aus. In Westdeutschland ist das Verhältnis umgekehrt: 26 % der Befragten präferieren eine Kürzung und lediglich 17 % eine Ausweitung von Sozialleistungen. Zwischen 1994 und 2004 haben die Bundesbürger ihre Haltung zur Höhe der Sozialleistungen beträchtlich verändert. Im Westen hat sich der Anteil der Befragten, der einer Kürzung von Sozialleistungen zustimmt, von 12 auf 26 % mehr als verdoppelt. Gleichzeitig hat sich im Osten der Anteil derer, die sich für eine Ausweitung von Sozialleistungen aussprechen, von 71 auf 42 % deutlich reduziert. Ganz offenbar haben die Bundesbürger in den 1990er-Jahren ihre Ansprüche an die Höhe der Sozialleistungen reduziert. Diese Anspruchsreduktion stellt sich aber in beiden Landesteilen unterschiedlich dar. Im Westen sprechen sich mehr Bürger für eine Reduktion von Sozialleistungen aus, während im Osten vor allem der Anteil der Bürger sinkt, die eine Ausweitung von Sozialleistungen fordern.

Die Positionen der West- und Ostdeutschen haben sich bei der Höhe der Sozialleistungen zwischen 1994 und 2000 einander angenähert. Diese Annäherung hat sich danach aber nicht weiter fortgesetzt. Trotz der tendenziellen Annäherung sind die Anspruchshaltungen in Ostdeutschland immer noch ausgeprägter als in Westdeutschland.

Die Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen sind bei der Höhe der Sozialleistungen deutlich größer als bei der grundsätzlichen Zustimmung zum Sozialstaat. Das Muster ist allerdings ähnlich: In beiden Landesteilen sind es vor allem die Selbstständigen und die Anhänger der FDP, die sich überdurchschnittlich stark für eine Kürzung von Sozialleistungen aussprechen (Tab. 6). Außerdem lassen sich bei den Beamten unterdurchschnittliche und bei den Arbeitslosen überdurchschnittliche Ansprüche an die Höhe der Sozialleistungen ermitteln.

21.7 Bewertung sozialpolitischer Ergebnisse

Die Bewertung der persönlichen Alterssicherung oder Absicherung bei Invalidität und im Krankheitsfall zeigt, wie zufrieden die Bürger mit den Ergebnissen der Sozialpolitik sind (vgl. Tab. 7). Auch in dieser Hinsicht gibt es Unterschiede zwischen Ost und West. Im Jahr 2004 bewerteten 58 % im Westen, aber lediglich 48 % im Osten Deutschlands die Ergebnisse der Sozialpolitik positiv. Allerdings waren die Unterschiede in den vorangegangenen Jahren deutlich größer. Die Annäherung zwischen beiden Landesteilen kommt vor allem durch die negative Einschätzung der Westdeutschen im Jahr 2004 im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren zustande.

Obgleich seit Beginn der 1990er-Jahre relativ kontinuierlich Leistungskürzungen stattgefunden haben, ist erst seit dem Jahr 2000 sowohl in West- als auch in Ostdeutschland eine Verschlechterung der Urteile festzustellen.

Etwas anders stellt sich dies für die jüngeren Generationen dar. Die Rentenreform, die vor allem Leistungskürzungen für die jüngeren Generationen mit sich bringt, hat offenbar dazu geführt, dass in Ost- und Westdeutschland die 18- bis 34-Jährigen

zwischen 1994 und 2004 ihre soziale Absicherung kontinuierlich schlechter beurteilen. Bei der Bewertung der sozialpolitischen Ergebnisse existiert deshalb eine Kluft zwischen den Generationen. Diese Kluft zwischen den jüngeren und älteren Generationen ist in beiden Landesteilen ähnlich groß. Im Westen, wo durchschnittlich 47 % der 18- bis 34-Jährigen und 79 % der über 60-Jährigen mit ihrer Absicherung zufrieden sind, beträgt sie im Durchschnitt 32 Prozentpunkte, und im Osten, wo durchschnittlich 39 % der 18- bis 34-Jährigen und 68 % der über 60-Jährigen zu einem positiven Urteil kommen, beträgt die Kluft im Durchschnitt 29 Prozentpunkte. Neben den Angehörigen der jüngeren Generationen sind es auch noch die Arbeitslosen, die zu einer skeptischen Einschätzung ihrer Absicherung kommen. Diese Gruppe weist mit durchschnittlich 39 % im Westen und 32 % im Osten Deutschlands die niedrigsten Werte auf. Demgegenüber schätzen neben den Rentnern und Pensionären die Beamten ihre Absicherung positiv ein, im Westen im Durchschnitt 86 und im Osten 76 %.

Tab. 7: Bewertung sozialpolitischer Ergebnisse, 1994–2004

	»Ausreichend gesichert im Alter, vor Invalidität und im Krankheitsfall.«					
	West			Ost		
	1994	2000	2004	1994	2000	2004
	in %					
Insgesamt	67	69	58	47	55	48
Geschlecht						
Männer	70	71	60	50	55	50
Frauen	65	66	57	44	56	47
Altersgruppen						
18–34 Jahre	54	44	42	43	40	33
35–59 Jahre	71	71	58	44	49	44
über 60 Jahre	80	85	72	58	78	67
Berufliche Stellung						
Selbstständige	78	71	68	53	62	56
Beamte	93	80	84	69	71	87
Angestellte	68	67	61	47	51	49
Arbeiter	64	60	50	46	46	42
Arbeitslose	46	40	31	34	37	24
Rentner/Pensionäre	78	86	70	55	77	66
Ideologische Orientierung						
Links	62	62	53	44	53	47
Mitte	69	70	59	49	60	53
Rechts	74	78	66	51	50	46
Parteipräferenz						
PDS	–	–	–	37	42	48
Bündnis 90/Die Grünen	58	60	54	39	31	47
SPD	69	67	59	53	68	73
FDP	77	77	60	60	63	46
CDU/CSU	78	75	66	64	63	53

Datenbasis: ALLBUS 1994, 2000, 2004.

Die Analysen zu Demokratie und Sozialstaat führen zu gemischten Befunden. Die Bürger haben ihre Ansprüche an den Sozialstaat reduziert und bei der Einschätzung der Höhe der Sozialleistungen und der Bewertung sozialpolitischer Ergebnisse ist es in den letzten Jahren zu einer gewissen Annäherung der Sichtweisen von Ost- und Westdeutschen gekommen. Die Demokratie als Staatsform wird von der überwiegenden Mehrheit der west- und ostdeutschen Bürger befürwortet. Demgegenüber gibt es bei der Beurteilung der Demokratie in Deutschland eine beträchtliche Differenz zwischen West- und Ostdeutschen. Während die westdeutschen Bürger auch die Demokratie in Deutschland als die beste Staatsform ansehen, sagt dies bei den ostdeutschen nur eine Minderheit. Die Akzeptanz der Demokratie in Deutschland hat im Zeitverlauf sogar noch abgenommen. Im Hinblick auf die Unterstützung der Demokratie in Deutschland gibt es also immer noch eine gesplante Gemeinschaft.

(Dieter Fuchs/Edeltraud Roller)

Weitere Informationen zum Thema Sozialleistungen siehe Teil I, Kap. 9.

F Deutschland und Europa

22 Lebensbedingungen und Wohlbefinden in Europa

Die Verbesserung der Lebensbedingungen und die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in den verschiedenen Ländern stellt die Europäische Union (EU) – nicht zuletzt seit der Erweiterung von 15 auf 25 Mitgliedsstaaten im Jahr 2004 – vor große Aufgaben. Im vorliegenden Kapitel soll gezeigt werden, wie groß die Unterschiede zwischen den Mitgliedsländern sind und wie weit die EU von einheitlichen Lebensbedingungen entfernt ist. Hierzu werden aktuelle Daten zu verschiedenen Aspekten der objektiven Lebensbedingungen und des subjektiven Wohlbefindens für die Mitgliedsländer der EU vorgestellt und vergleichend analysiert.

22.1 Lebensstandard und Wohnen

Die Betrachtung unterschiedlicher Merkmale des Lebensstandards zeigt, dass noch immer ein erhebliches Wohlstandsgefälle in der EU vorhanden ist (vgl. Tab. 1). Innerhalb der Mitgliedsstaaten der EU-15, für die Daten dazu vorliegen, fallen die südeuropäischen Länder, insbesondere Griechenland und Portugal, gegenüber den übrigen Ländern weiterhin deutlich ab. Bei nahezu allen Indikatoren des Lebensstandards, ob es sich nun um den Besitz langlebiger Gebrauchsgüter, um Konsumgewohnheiten oder um subjektive Einschätzungen handelt, gehören Griechenland und Portugal zu den Schlusslichtern der EU-15. Besonders gravierende Unterschiede findet man beispielsweise im Hinblick auf die Frage, ob man sich eine einwöchige Urlaubsreise im Jahr leisten oder ob man abgenutzte Möbelstücke durch neue ersetzen kann. Nur 41 % der Haushalte in Portugal und 49 % in Griechenland geben an, es sich leisten zu können, einmal im Jahr für wenigstens eine Woche in den Urlaub zu fahren, gegenüber 89 % in Dänemark und 87 % in den Niederlanden. Mit 79 % liegt Deutschland über dem Durchschnitt der EU-15. Neue Möbel kann sich nur etwa ein Viertel der Haushalte in Griechenland und in Portugal leisten, während es in Irland, im Vereinigten Königreich, in Dänemark und den Niederlanden wenigstens vier Fünftel sind. Diese Unterschiede schlagen sich auch in der subjektiven Bewertung der Betroffenen nieder. So meinen nur neun Prozent der Portugiesen und der Griechen, aber fast zwei Drittel der Dänen und rund die Hälfte der Niederländer und der Schweden, dass sie bequem mit

Tab. 1: Ausgewählte Merkmale des Lebensstandards und der Wohnqualität
in europäischen Ländern¹

	A	B	D	DK	E	F	FIN	GR	I	IRL	L	NL	P	S	UK
	in %														
Haushalt besitzt ...															
Farbfernseher	98	98	98	99	99	97	96	97	98	99	98	94	97	98	98
Videorecorder	72	76	–	83	77	76	72	50	70	83	73	79	64	76	88
Geschirrspüler	60	43	–	53	30	47	50	26	32	39	65	39	31	44	29
PKW	77	81	74	72	73	85	70	63	81	76	–	70	70	73	–
PC	47	50	44	71	38	–	48	19	36	40	48	68	31	58	48
Haushalt kann sich leisten ...															
einwöchige Urlaubsreise	79	81	79	89	63	76	74	49	64	76	–	87	41	–	76
neue Möbel zu kaufen	60	78	76	82	60	76	74	24	43	86	–	82	28	–	83
neue Kleidung zu kaufen	90	93	–	96	93	95	92	73	88	96	–	91	62	–	94
mind. einmal im Monat ins Restaurant zu gehen	90	92	86	98	93	95	91	64	84	95	–	95	85	–	76
Merkmale der Wohnung															
Mindestens ein Raum (ohne Küche) pro Haushaltsmitglied	78	80	73	79	66	71	60	46	55	71	77	92	53	75	83
Bad vorhanden	98	98	99	99	100	98	99	96	99	99	99	100	92	99	99
Zentralheizung	87	83	92	100	44	93	98	64	86	86	100	91	13	–	93
Eigentümerquote	55	74	44	67	85	63	69	85	76	82	70	54	67	60	72
Einfamilienhaus	49	80	41	66	40	64	56	50	36	95	66	68	64	67	82
Balkon/Terrasse/Garten	82	91	85	93	78	67	91	97	89	97	83	96	79	89	94
Lebensstandard															
Armutsquote ²	8	7	7	6	34	13	14	45	29	25	1	12	52	12	13
Haushalt kann bequem mit seinem Einkommen leben ³	41	36	29	64	37	–	22	9	34	50	50	46	9	54	38
Persönliche finanzielle Situation gut/sehr gut ⁴	67	79	68	83	63	65	85	48	54	74	92	85	31	82	67

1 A: Österreich, B: Belgien, D: Deutschland, DK: Dänemark, E: Spanien, F: Frankreich, FIN: Finnland, GR: Griechenland, I: Italien, IRL: Irland, L: Luxemburg, NL: Niederlande, P: Portugal, S: Schweden, UK: Vereinigtes Königreich.

2 Anteil der Personen, deren Haushaltsäquivalenzeinkommen unter 60 % des Medianeinkommens aller EU-15-Länder liegt.

3 European Social Survey 2004/2005, Italien: 2003.

4 Eurobarometer 62.1 (2004).

– Daten liegen nicht vor.

Datenbasis: Europäisches Haushaltspanel 2001 (Vereinigtes Königreich, Deutschland, Luxemburg; nationale Haushaltspanels); European Social Survey 2003, 2004/2005; Eurobarometer 62.1 (2004).

ihrem gegenwärtigen Einkommen leben können. Bei weiteren Indikatoren des Lebensstandards, wie der Armutsquote und der Bewertung der persönlichen finanziellen Situation, zeigen sich ebenfalls entsprechende Differenzen. Trotz einer vergleichsweise geringen Armutsquote fällt die Bewertung des Lebensstandards in Deutschland schlechter aus als in den meisten anderen untersuchten europäischen Ländern.

Erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern der EU bestehen auch im Hinblick auf die Wohnqualität, obwohl den meisten Ländern eine gute Wohnqualität attestiert

werden kann. Die Ausstattung mit Bad ist in Portugal und Griechenland und die Ausstattung mit Zentralheizung in Portugal und Spanien am niedrigsten. Mit Balkon, Terrasse oder Garten sind die Wohnungen in Frankreich und Spanien am seltensten ausgestattet. Italien, Portugal und Griechenland weisen die höchste Belegungsdichte der Wohnungen auf. Was die genannten Wohnungsmerkmale anbelangt, liegt Deutschland im europäischen Vergleich auf einem durchschnittlichen Niveau, doch ist die Eigentümerquote die niedrigste in Europa. Entsprechend ist auch der Anteil der Haushalte, die in einem Einfamilienhaus wohnen, vergleichsweise gering.

22.2 Arbeitsmarktlage und Arbeitsbedingungen

Tab. 2a: Arbeitsmarkt und Arbeitsbedingungen 1

	Arbeitsmarkt- situation im Land (sehr) gut ¹	Zuversicht hinsichtlich Arbeitsplatz- sicherheit ¹	Beschäftigte mit befristetem Arbeitsvertrag ²	Schwierigkeit eine neue gleich- wertige Stelle zu finden ^{3, 4}
	in %			Mittelwert
Belgien	20	89	8,7	4,6
Dänemark	68	92	9,8	5,5
Deutschland	3	85	12,4	3,2
Estland	17	81	3,0	3,9
Finnland	37	92	17,1	4,9
Frankreich	8	78	12,9	4,6
Griechenland	8	78	12,4	3,0
Irland	82	93	3,4	5,6
Italien	18	78	11,9	4,2
Lettland	11	77	9,2	–
Litauen	22	61	6,6	–
Luxemburg	58	98	4,9	3,7
Malta	22	86	3,2	–
Niederlande	41	88	14,6	4,6
Österreich	41	89	9,4	4,0
Polen	2	70	22,6	3,2
Portugal	3	79	19,9	4,0
Schweden	37	90	15,7	5,2
Slowakei	4	53	5,5	3,9
Slowenien	18	88	18,0	4,0
Spanien	32	84	32,1	4,8
Tschechische Republik	11	88	9,5	3,3
Ungarn	9	70	16,9	3,0
Vereinigtes Königreich	65	91	5,7	5,9
Zypern	55	84	13,1	–

1 Eurobarometer 62.1 (2004).

2 Eurostat 2004.

3 European Social Survey 2003, 2004/2005; Italien: 2003.

4 Mittelwert auf einer Skala von 0 (= äußerst schwierig) bis 10 (= äußerst leicht).

– Daten liegen nicht vor.

Datenbasis: Eurostat; Eurobarometer 62.1 (2004); European Social Survey 2003, 2004/2005.

Die Situation am Arbeitsmarkt hat sich in den letzten zehn Jahren in einigen Ländern der EU merklich entspannt. Insbesondere in Irland, aber darüber hinaus auch in Spanien und Finnland ist ein erheblicher Rückgang der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Auch in mehreren anderen Ländern ist die Arbeitslosigkeit – trotz eines insgesamt leichten Anstiegs seit 2001 – gesunken. Nach dem Beitritt von zehn Ländern gestaltet sich der Arbeitsmarkt in der EU jedoch deutlich heterogener. Die mit Abstand höchsten Arbeitslosenquoten finden sich derzeit in den neuen Mitgliedsländern, namentlich in Polen, der Slowakei und den baltischen Staaten (Litauen, Estland und Lettland). Darauf folgen Spanien, Griechenland, Portugal und schließlich Deutschland (vgl. Teil I, Kapitel 3.12). In diesen Ländern fällt auch die Bewertung des Arbeitsmarktes im eigenen Land deutlich negativer aus (vgl. Tab. 2). Neben Polen, Portugal und der Slowakei ist insbesondere in Deutschland die Bewertung der gegenwärtigen Arbeitsmarktsituation besonders schlecht: Gerade einmal drei Prozent der Deutschen

Tab. 2b: Arbeitsmarkt und Arbeitsbedingungen 2

	Tatsächlich geleistete wöchentliche Arbeitszeit der Männer Stunden	Einfluss auf Arbeitsorganisation ¹ Mittelwert	Wegen Arbeit oft keine Zeit für Familie und Freunde	Gesundheit und Sicherheit durch Arbeit gefährdet
			in %	
Belgien	42	7,1	25	19
Dänemark	42	7,8	17	7
Deutschland	44	6,6	26	10
Estland	44	5,6	20	22
Finnland	44	7,7	27	13
Frankreich	43	7,1	28	28
Griechenland	46	6,1	24	23
Irland	44	6,0	11	9
Italien	48	6,3	–	–
Lettland	–	–	–	–
Litauen	–	–	–	–
Luxemburg	45	5,6	25	26
Malta	–	–	–	–
Niederlande	41	7,3	14	10
Österreich	44	6,8	18	12
Polen	49	5,8	33	35
Portugal	42	5,4	11	14
Schweden	43	8,1	18	17
Slowakei	42	5,6	31	37
Slowenien	42	5,2	20	27
Spanien	44	6,1	25	16
Tschechische Republik	46	4,4	16	27
Ungarn	47	5,9	26	22
Vereinigtes Königreich	43	7,1	27	15
Zypern	–	–	–	–

1 Mittelwert auf einer Skala von 0 (= kann ich nicht beeinflussen) bis 10 (= kann ich völlig eigenständig bestimmen).

– Daten liegen nicht vor.

Datenbasis: European Social Survey 2004/2005; Italien: 2003.

bewerten die momentane Arbeitsmarktsituation positiv. In den Ländern mit niedriger Arbeitslosigkeit wird die Arbeitsmarktsituation dagegen deutlich besser bewertet, beispielsweise in Irland, Dänemark und dem Vereinigten Königreich. Auch die Bewertung der eigenen Arbeitsplatzsicherheit entspricht der Arbeitsmarktsituation im jeweiligen Land. In den Ländern mit einer relativ hohen Arbeitslosenquote haben mehr Menschen Angst um ihren Arbeitsplatz als in Ländern mit geringer Arbeitslosigkeit. Das individuelle Arbeitslosigkeitsrisiko ist insbesondere bei Erwerbstätigen mit befristetem Arbeitsvertrag höher. Dies ist vor allem in Spanien bei mehr als einem Drittel und in Polen bei knapp einem Viertel der Erwerbstätigen der Fall.

Im Hinblick auf die Arbeitsbedingungen heben sich die nord- und westeuropäischen Länder klar von den süd- und osteuropäischen Ländern ab. In der ersten Gruppe ist der Einfluss auf die Arbeitsorganisation hoch und die gesundheitliche Gefährdung niedrig, während dies in der zweiten Gruppe umgekehrt ist. Insbesondere Dänemark setzt sich fast durchgehend positiv von den übrigen Ländern ab. Besonders negativ stellt sich die Situation in Polen dar: Hier findet man mit 49 Stunden die höchste tatsächlich geleistete Wochenarbeitszeit der Männer und die höchsten Anteile derjenigen, die über mangelnde Zeit mit Familie und Freunden klagen und die sich bei der Arbeit gesundheitlich gefährdet sehen. Deutschland nimmt bei den genannten Aspekten im europäischen Vergleich eine mittlere Position ein.

22.3 Öffentliche Bereiche

Die Lebensverhältnisse in Europa stellen sich auch in Bezug auf öffentliche Bereiche wie die Gesundheitsversorgung, die soziale Sicherung und die Umweltsituation disparat dar (vgl. Tab. 3). Folgt man den Beurteilungen der Bürger, so findet man eine Konzentration von Defiziten in den neu hinzugekommenen EU-Mitgliedsstaaten sowie in Portugal, während sich günstige Einschätzungen auf relativ viele Länder verteilen. Lettland, die Slowakei, Polen und Portugal sind die Länder, in denen der Wohlfahrtsstaat am schlechtesten bewertet wird. Mit etwa einem Zehntel beurteilt jeweils nur eine Minderheit der Bevölkerung die Wohlfahrtsleistungen ihres Landes als gut bis sehr gut. Was die Beurteilung des Gesundheitssystems anbelangt, sind die Bürger in Polen, Ungarn und Portugal besonders unzufrieden. So beträgt auf einer Zufriedenheitsskala von 0 »ganz und gar unzufrieden« bis 10 »ganz und gar zufrieden« der Durchschnittswert für Polen gerade einmal (3,1), für Ungarn (3,3) und für Portugal (3,6). Dagegen liegen die Skalenwerte in den meisten anderen untersuchten europäischen Ländern deutlich über 5 und in Belgien, Luxemburg und Finnland sogar um den Wert 7. Innerhalb der 21 untersuchten EU-Länder rangiert Deutschland in der Zufriedenheitsdimension lediglich an sechstletzter Stelle.

Die soziale Sicherung im Bereich der Alterssicherung wird dagegen in den meisten Ländern der EU mit Skepsis betrachtet. Bis auf Zypern, Finnland und Dänemark äußert in allen Ländern weniger als die Hälfte der Befragten Zuversicht in Bezug auf die Rentensicherheit. Die geringste Zuversicht herrscht im Vereinigten Königreich,

Tab. 3: Bewertung öffentlicher Bereiche, 2004

	Wohlfahrtsstaat des Landes (sehr) gut	Zuversicht hin- sichtlich Renten- sicherheit	Umweltsituation des Landes (sehr) gut	Bewertung des Gesundheits- systems ^{1,2}
	in %			Mittelwert
Belgien	79	33	51	7,2
Dänemark	83	52	76	6,4
Deutschland	52	17	64	4,7
Estland	17	40	56	4,3
Finnland	92	56	92	6,9
Frankreich	69	14	43	5,8
Griechenland	23	27	36	4,8
Irland	59	49	59	4,1
Italien	30	26	33	4,7
Lettland	9	31	52	–
Litauen	21	31	53	–
Luxemburg	86	45	72	7,1
Malta	60	25	23	–
Niederlande	57	47	58	5,6
Österreich	75	35	81	6,5
Polen	10	14	40	3,1
Portugal	10	22	15	3,6
Schweden	61	36	76	5,2
Slowakei	9	30	23	5,7
Slowenien	48	25	60	4,9
Spanien	46	45	42	5,8
Tschechische Republik	25	17	40	5,4
Ungarn	18	26	16	3,3
Vereinigtes Königreich	46	13	43	5,4
Zypern	65	65	60	–

1 European Social Survey 2004/2005; Italien: 2003.

2 Mittelwert auf einer Skala von 0 (= äußerst schlecht) bis 10 (= äußerst gut).

– Daten liegen nicht vor.

Datenbasis: Eurobarometer 62.1 (2004); European Social Survey 2003, 2004/2005.

in Polen und Frankreich mit 13 bzw. 14 %. Danach folgt bereits Deutschland mit einem Anteil von 17 %, der sich zuversichtlich zur Zukunft der Rente äußert.

Auch die Umweltsituation wird innerhalb der EU-25 höchst unterschiedlich eingeschätzt. Während in den skandinavischen Ländern und Österreich vier Fünftel der Befragten die Umweltsituation im Land positiv bewerten, liegen die Anteile in Portugal, Ungarn, der Slowakei und Malta bei unter einem Viertel. Zwei Drittel der Deutschen äußern sich positiv über die Umweltsituation.

22.4 Aspekte des sozialen Zusammenhalts

Die Lebensqualität in einer Gesellschaft bemisst sich nicht nur am Lebensstandard, den Merkmalen der Arbeitswelt und der Versorgung mit öffentlichen Gütern, sondern auch an der Qualität der sozialen Beziehungen, wie sie in der Pflege sozialer Kontakte

sowie im Vertrauen und in der Hilfsbereitschaft gegenüber anderen Menschen zum Ausdruck kommt. Die Stärkung dieser Aspekte des sozialen Zusammenhalts ist eines der erklärten Ziele der Europäischen Union. Wie Tabelle 4 zeigt, bestehen auch in den zwischenmenschlichen Beziehungen erhebliche Unterschiede zwischen den europä-

Tab. 4: Aspekte des sozialen Zusammenhalts, 2004

	Wöchentlich Treffen mit Freunden o. Verwandten	Möglichkeit Geld zu borgen	Vertrauen in andere ¹	Fairness anderer ²	Hilfs- bereitschaft anderer ³
	in %		Mittelwert		
Belgien	71	30	4,8	5,6	4,4
Dänemark	72	61	6,8	7,3	6,0
Deutschland	52	25	4,8	5,7	4,8
Estland	50	11	5,2	5,4	4,7
Finnland	71	37	6,5	6,8	5,7
Frankreich	67	24	4,5	5,6	4,5
Griechenland	30	13	3,8	3,7	3,2
Irland	69	47	5,8	6,1	6,2
Italien	63	34	4,5	4,6	4,1
Lettland	68	25	5,0	5,6	4,7
Litauen	73	30	5,8	6,2	5,4
Luxemburg	68	25	5,2	5,9	5,3
Malta	46	22	3,6	4,6	3,2
Niederlande	84	14	3,9	4,8	3,9
Österreich	69	58	6,1	6,5	5,9
Polen	65	11	4,0	4,5	3,7
Portugal	55	9	4,1	4,8	4,4
Schweden	77	27	4,9	5,2	4,2
Slowakei	44	13	4,3	5,2	4,2
Slowenien	36	16	4,1	4,5	4,0
Spanien	69	39	5,2	5,6	5,6
Tschechische Republik	71	30	4,8	5,6	4,4
Ungarn	72	61	6,8	7,3	6,0
Vereinigtes Königreich	52	25	4,8	5,7	4,8
Zypern	50	11	5,2	5,4	4,7

1 Mittelwert auf einer Skala von 0 (= man kann nicht vorsichtig genug sein) bis 10 (= den meisten Menschen kann man vertrauen).

2 Mittelwert auf einer Skala von 0 (= die meisten Menschen versuchen, mich auszunutzen) bis 10 (= die meisten Menschen versuchen, fair zu sein).

3 Mittelwert auf einer Skala von 0 (= die Menschen sind meistens auf den eigenen Vorteil bedacht) bis 10 (= die Menschen versuchen meistens, hilfsbereit zu sein).

Datenbasis: European Social Survey 2004/2005; Italien: 2003.

ischen Gesellschaften. Dabei lassen sich recht eindeutig sowohl Gesellschaften identifizieren, die sich durch eine ausgesprochen positive Situation auszeichnen, als auch Gesellschaften, in denen sich relative Schwächen häufen.

Zu den Ersteren gehören insbesondere die skandinavischen EU-Mitgliedsstaaten und – in geringerem Maße – Irland. Zu den Letzteren zählen in erster Linie Griechen-

land und Polen, gefolgt von Ungarn und Portugal. Insbesondere in Dänemark findet man intensive soziale Kontakte, eine große Hilfsbereitschaft im privaten Bereich sowie ein hohes Maß an Vertrauen in andere Menschen. So treffen sich fast drei Viertel der Dänen gegenüber nur 30 % der Griechen mindestens einmal in der Woche mit Freunden, Verwandten oder Kollegen. Darüber hinaus setzt man in keinem anderen Land der EU so viel Vertrauen in andere Menschen wie in Dänemark, während in Griechenland, Polen und auch in Portugal Misstrauen weit verbreitet ist. In Schweden ist, wie in Dänemark, eine hohe Bereitschaft zu Hilfeleistungen im privaten Kreis vorhanden, und man bringt – wie auch in Finnland – anderen Menschen relativ viel Vertrauen entgegen. Deutschland liegt sowohl hinsichtlich des Vertrauens in andere Menschen als auch hinsichtlich der Einschätzung der Hilfsbereitschaft anderer im EU-Durchschnitt.

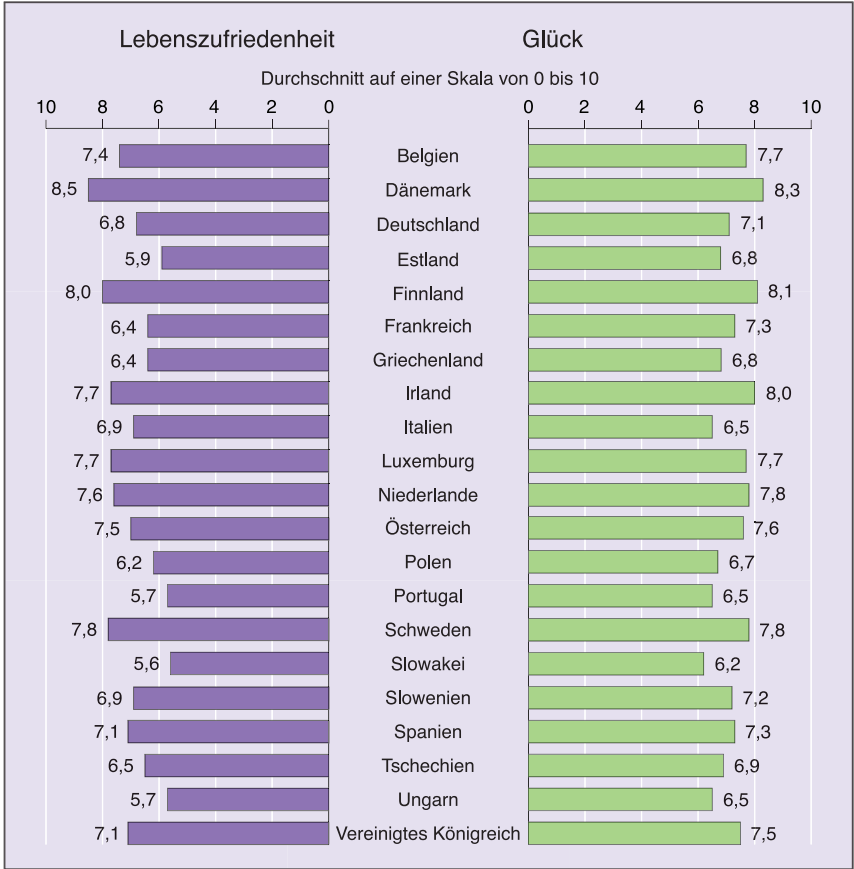
22.5 Subjektives Wohlbefinden

Neben einzelnen Bereichen und Aspekten spiegeln auch zusammenfassende Bewertungen der Lebenssituation die Unterschiedlichkeit der Lebensverhältnisse in Europa wider. Das allgemeine subjektive Wohlbefinden liegt, gemessen an Äußerungen darüber, wie zufrieden und glücklich man mit seinem Leben insgesamt ist, in der Slowakei, Ungarn, Portugal und Estland auf dem niedrigsten Niveau in der Europäischen Union, während die Menschen in Dänemark, Finnland, Schweden und Luxemburg sowie den Niederlanden insgesamt die günstigsten Bewertungen abgeben (vgl. Abb. 1). Die Slowaken weisen mit einem Durchschnittswert von 5,6 (auf einer Skala von 0 »ganz und gar unzufrieden« bis 10 »ganz und gar zufrieden«) die geringste allgemeine Lebenszufriedenheit auf, gefolgt von den Ungarn und den Portugiesen (5,7) sowie den Esten (5,9). Dem steht eine sehr hohe Lebenszufriedenheit in Dänemark (8,5), den übrigen skandinavischen Ländern sowie Luxemburg und den Niederlanden gegenüber. Fragt man nach dem persönlichen Glück, ergibt sich eine ähnliche Reihenfolge der Länder wie bei der Zufriedenheit mit der persönlichen Lebenssituation. Auch hier stehen die skandinavischen Länder, die Beneluxländer sowie Österreich an der Spitze der Rangfolge des subjektiven Wohlbefindens, während die osteuropäischen Länder zusammen mit Portugal, Italien und Griechenland am unteren Ende der Glücksskala rangieren. Deutschland liegt bei beiden Aspekten des subjektiven Wohlbefindens etwas unterhalb des europäischen Durchschnitts.

Während sich Lebenszufriedenheit und Glück vorwiegend auf das aktuelle subjektive Wohlbefinden beziehen, wird die Bewertung der gegenwärtigen persönlichen Situation im Vergleich zur Situation vor fünf Jahren und die Erwartung zur persönlichen Situation in den nächsten fünf Jahren durch die Veränderung der Lebensverhältnisse im Zeitverlauf geprägt. An der Spitze derjenigen, die ihre gegenwärtige persönliche Entwicklung im Vergleich zu vor fünf Jahren positiv einschätzen, liegen neben Schweden und Dänemark vor allem Irland und das Vereinigte Königreich.

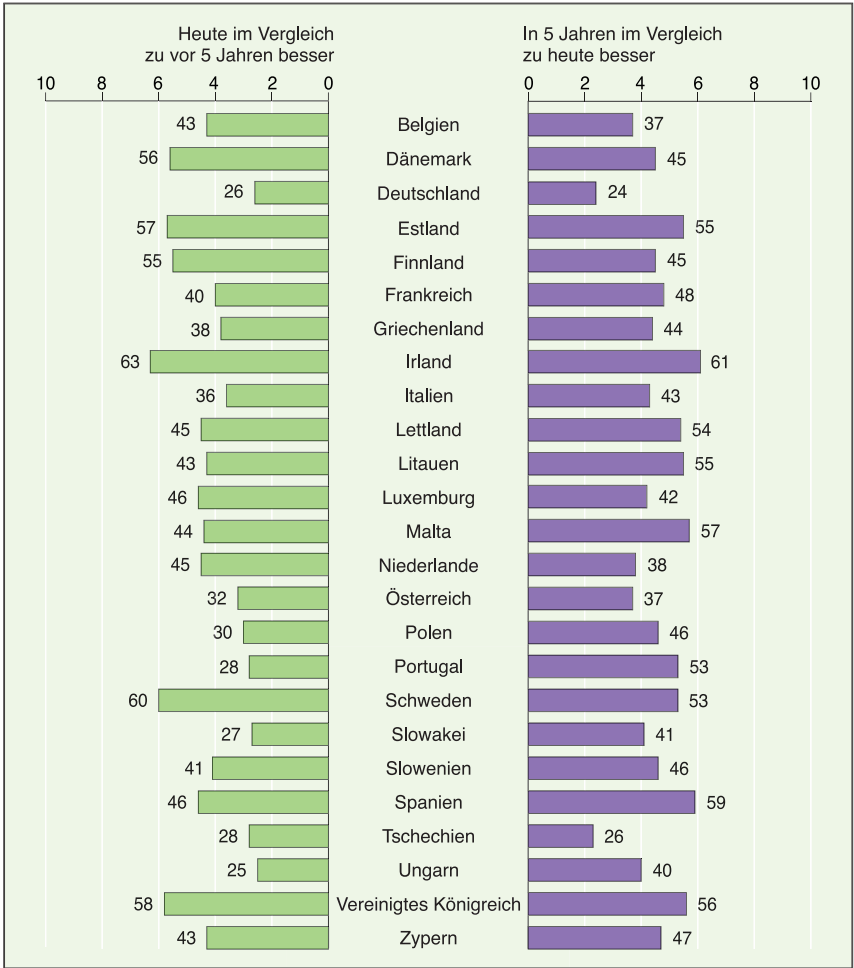
Auch in Estland hat sich das subjektive Wohlbefinden in den letzten fünf Jahren verbessert (vgl. Abb. 2). Die größte Hoffnung auf eine Verbesserung der persönlichen Situation in der Zukunft ist hingegen in Irland, Spanien, Malta und dem Vereinigten Königreich zu erkennen. In diesen Ländern zeigt die Mehrheit der Befragten diesbezüglich Optimismus. Aber auch in den baltischen Staaten glaubt mehr als die Hälfte der Befragten an eine verbesserte Lebenssituation. Deutschland liegt hinter Schlusslicht Ungarn bei der Beurteilung der persönlichen Situation im Vergleich zu vor fünf Jahren; im Hinblick auf die Erwartungen an eine verbesserte zukünftige Situation liegt Deutschland sogar an letzter Stelle. Gerade einmal ein Viertel der Deutschen glaubt an einen positiven Wandel seiner persönlichen Situation in den kommenden Jahren.

Abb. 1: Lebenszufriedenheit und Glück im europäischen Vergleich, 2004



Datenbasis: European Social Survey 2004/2005; Italien: 2003.

Abb. 2: Entwicklung der persönlichen Situation



Datenbasis: Eurobarometer 62.1 (2004).

22.6 Zusammenfassung

Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden fallen in der EU gegenwärtig recht unterschiedlich aus, wobei zwischen beiden deutliche Parallelen bestehen. Insgesamt bestehen die größten Unterschiede zwischen den EU-Ländern Nord-

und Osteuropas, sowohl was die faktischen Lebensverhältnisse als auch das subjektive Wohlbefinden anbelangt.

Die Beurteilung der Lebensverhältnisse wird in der Regel von den objektiven Rahmenbedingungen geprägt. Insbesondere in den meisten osteuropäischen EU-Ländern sowie in Portugal und Griechenland wird die Arbeitsmarktsituation deutlich schlechter bewertet als in Skandinavien. Zudem wird gerade in den osteuropäischen Ländern die persönliche finanzielle Lage weit weniger gut eingeschätzt als in der übrigen EU. In Deutschland fallen die Einschätzungen zur gegenwärtigen Arbeitsmarktsituation deutlich negativer aus als in den meisten anderen Mitgliedsstaaten.

Die Bewertungen der öffentlichen Bereiche (Wohlfahrtsstaat, Rente, Gesundheit) deuten ebenfalls auf sehr unterschiedliche Lebensverhältnisse in der EU hin, wobei auch hier die Beurteilung in den skandinavischen Ländern sowie in Österreich positiver ausfällt als in Osteuropa. Deutschland liegt hierbei meist im Durchschnitt der EU-25.

Auch der soziale Zusammenhalt in den einzelnen Ländern ist durch ein deutliches regionales Gefälle, insbesondere zwischen Nord- und Osteuropa, geprägt. Während der soziale Zusammenhalt in Skandinavien besonders stark ausgeprägt ist, gibt es große Defizite in den berücksichtigten neuen Mitgliedsländern und ganz besonders in Griechenland.

Schließlich ist das globale subjektive Wohlbefinden, gemessen an Äußerungen zu Lebenszufriedenheit und Glück, ebenfalls in den EU-Ländern Skandinaviens sowie in Irland und den Beneluxstaaten in besonderem Maße ausgeprägt. Dagegen herrscht wiederum in Osteuropa eine überdurchschnittliche Unzufriedenheit, und auch Deutschland zeichnet sich durch eine im EU-Vergleich negative Beurteilung der Lebenssituation aus.

Insgesamt hat die EU-Osterweiterung die Unterschiedlichkeit der Lebensverhältnisse in Europa deutlich erhöht. Neben einigen südeuropäischen Ländern zeigen vor allem die mittel- und osteuropäischen EU-Länder den höchsten Bedarf, aber auch die größte Hoffnung auf Verbesserung der Lebensverhältnisse. Deutschland nimmt im europäischen Vergleich bei den meisten Lebensbereichen eine mittlere Position ein. Bedingt durch eine leichte Verschlechterung der objektiven Bedingungen gehört Deutschland hinsichtlich der globalen Bewertungen des subjektiven Wohlbefindens gegenwärtig eher zu den Schlusslichtern unter den besser situierten Ländern der Europäischen Union.

(Angelika Scheuer / Jörg Dittmann / Regina Berger-Schmitt)

Weitere Informationen zum Thema Lebensverhältnisse in der Europäischen Union siehe Teil II, Kap. 20.8.

Stichwortverzeichnis

Halbfett gesetzte Seitenzahlen verweisen auf Kapitel (Überschriften)
Kursiv gesetzte Seitenzahlen beziehen sich auf Teil II.

- Abendschulen 55f.
- Abfallaufkommen, -beseitigung 394ff., 408
- Abgeordnete 157ff.
- Abtreibungen 188f.
- Akademiker 65ff.
- ALLBUS 437f.
- Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) 437f.
- Alleinerziehende 35ff.
- Alleinlebende 34, 39
- Ältere **553–564**
 - Einkommensposition 555
 - Familie 553
 - Gesundheit 557ff.
 - Haushaltsformen 553
 - Lebensbedingungen 553
 - Lebensstandard 555
- Altersaufbau, -struktur 30ff.
- Alters- und Hinterbliebenenversorgung 198
- Anbauflächen, landwirtschaftliche 263ff., 267f.
- Angestellte 93ff., 112ff., 237ff., 334ff.
- Ansprüche **453–462**
- Arbeiter/innen 93ff., 112ff., 237ff., 334ff.
- Arbeitgeberleistungen 191, 193, 195ff., 250f.
- Arbeitgeberverbände 167, 169ff.
- Arbeitnehmervereinigungen 167ff.
- Arbeitsbeschaffung 204
- Arbeitsförderung 196, 203f.
- Arbeitskämpfe 172
- Arbeitskosten 334–349
 - Kreditgewerbe 308
 - Produzierendes Gewerbe 346, 348
- Arbeitslose 96ff.
- Arbeitslosengeld, -hilfe 87f., 104f., 114, 203f.
- Arbeitslosenquote 97ff.
- Arbeitslosigkeit **85–108**, 479, 545, 579; *s. a. Europäische Union*
- Dauer 104
- finanzielle Absicherung 104f., 203f.
- im nationalen und internationalen Vergleich 106ff.
- regionale 105f.
- Struktur 101ff.
- Arbeitsmarkt **482–491**, 583, 656
 - Chancen 486, 489
 - Erwartungen Erwerbstätiger 488
 - Politik 100f.
 - Problemgruppen 101ff.
 - regionaler 583
- Arbeitsmarktbeteiligung 483ff.
- Arbeitsorientierungen 483
- Arbeitsplatzverlust 100f.
- Arbeitsproduktivität 244
- Arbeitsunfähigkeit 182f.
- Arbeitsunfälle 182f.
- Arbeitszeit 148f.
- Arbeitszufriedenheit 442, 449
- Armut **607–624**
 - Begriff 611
 - Bevölkerungsgruppen 617
 - relative 611
 - Zeitverlauf 623
- Armutsquote 616
- Ärzte, Arztbesuch 184ff., 467
- Asylbewerberleistungsgesetz 208f.
- Asylsuchende, -berechtigte 45f., 208f.
- Aufstiegsfortbildungsförderung (AFBG) 83f.
- Ausbaugewerbe 284ff.
- Ausbildung 50ff.; *s. a. Schul- und Berufsausbildung*
- Ausbildungsberufe 61ff.
- Ausbildungsförderung (BAföG) 81ff., 196
- Ausfuhr 252ff.
- Ausfuhrpreise 257f.
- Ausgaben
 - Bundesagentur für Arbeit 203
 - Erziehungsgeld 196
 - für Freizeit/-güter 149f.

- für Gesundheit 191 ff.
- für Kultur 149 f.
- für Sport und Erholung 150
- Kindergeld 196
- Krankenversicherung 200
- öffentlicher Haushalte 149 f., 196 ff., 227 ff., 424
- privater Haushalte 109 ff., 114 ff., 149 f., 191 ff., 196 f., 248 ff., 326 ff., 424
- Rentenversicherung 196, 198 ff.
- Sozialhilfe 196
- Ausgehen 531 ff.
- Ausländer 41 ff., **565–572**
 - Arbeitslose 103
 - Armut 617
 - Aufenthaltsdauer 43
 - Auszubildende 61 ff.
 - Bildung 473, 567
 - Bildungsniveau 79
 - Ehepartner 37 f.
 - Einkommen 568 f.
 - Erwerbstätigkeit 568 f.
 - Integration, soziale 571
 - junge Erwachsene 543
 - Kinder 43 f., 52, 56
 - regionale Verteilung 44 f.
 - Sozialhilfe 209 ff.
 - Studierende 72 ff.
 - Wohnen 566
 - Zu- und Fortzüge 24 f., 48 f.
- Außenhandel 252 ff.
- Außenhandelsbilanz 256 f.
- Außenhandelspreise 256 ff.
- Außenwirtschaft 252 ff.
- Aussiedler/Spätaussiedler 25 f., 480
 - Bildung 474
- Aussperrung 172
- Ausstattung der privaten Haushalte 124 ff.
- Auszubildende 57 ff.
- BAföG s. *Bundesausbildungsförderungsgesetz*
- Bahnverkehr s. *Eisenbahnverkehr*
- Banken 306 ff.
- Baufertigstellungen 143 ff.
- Baugenehmigungen 143 ff.
- Baugewerbe 143 ff., 245 ff., 251, 284 ff.
- Baukosten 147

- Bauland, Kaufwert 332 ff.
- Baupreisentwicklung 332 ff.
- Bausparkassen 309
- Bautätigkeit 143 ff.
- Beamte 93 ff., 112 ff., 237 ff.
- Beamtenbund, Deutscher 168
- Beherbergungsgewerbe 298 ff.
- Behinderte 189 ff.
- Bekleidung 327
- Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 278 ff., 378
- Berufe 92 ff.
- Berufliche Positionen 598 ff.
- Berufsausbildung 52 ff., 57 ff., 479 ff.
- Berufskrankheiten 182 f.
- Berufsschulen 52 ff., 57 ff.
- Berufsverbände 166 ff.
- Beschäftigte s. a. *Erwerbstätige*
 - Baugewerbe 285
 - Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 280 ff.
 - Energie- und Wasserversorgung 287 f.
 - Handel 292, 294
 - Handwerk 289 f.
 - Kreditgewerbe 308
 - Landwirtschaft 266 f.
 - öffentlicher Dienst 237 ff.
 - Verarbeitendes Gewerbe 280 ff.
 - Versicherungen 310 f.
- Beschäftigung 579 ff.
- Bestattungen, kirchliche 174 f.
- Beteiligung
 - politische 156 ff.
 - soziale 156 ff.
- Betriebe s. a. *Unternehmen*
 - forstwirtschaftliche 274
 - landwirtschaftliche 263 ff.
- Bevölkerung **23–49**; s. a. *Europäische Union*
- Bevölkerungsbewegung 46 ff.
- Bevölkerungsdichte 27 ff., 574 ff.
- Bevölkerungsentwicklung 24 ff., 577 ff.
- Bevölkerungsverteilung, räumliche 27 ff.
- Bibliotheken 153 f.
- Bildung **50–84, 473–481**
 - Ausländer 567
 - Beteiligung 477
 - Chancen 473, 476

- Klassenlage 478
- Mediennutzung 525ff.
- Migrationshintergrund 473
- Schicht 478
- soziale Herkunft 478
- System 473
- Bildungsabschluss 56ff.
- Bildungsausgaben, öffentliche 79ff.
- Bildungsbeteiligung 543
- Bildungschancen 481
- Bildungsniveau 76ff.
- Bildungssystem 51
- Binnenschiffahrt 353f., 358f.
- Bodennutzung 262f.
- Braunkohle 374ff.
- Brennstoffe (feste) 376ff.
- Bruttoinlandsprodukt 27, 242ff., 248ff., 382, 580ff.
- Bruttonationaleinkommen (Bruttosozialprodukt) 242f.
- Bruttowertschöpfung 242f., 245ff.
- Bücher 153f.
- Bundesagentur für Arbeit 96, 203
- Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) 81ff.
- Bundesländer 28f., 44, 156, 227ff., 234ff., 238, 301f.
- Bundesnaturschutzgesetz 411ff.
- Bundestag, Deutscher 157ff.
- Bundestagswahlen 156ff., 637
- Bundesverkehrswegeplan 354

- Chancengleichheit 473, 597, 604
- Chemische Industrie 279
- Chöre 154f.
- Computer (PC) 127ff.
- Computernutzung 525ff.

- Demokratie **644–653**
 - Einstellung 644, 646f.
 - Zufriedenheit 645
- Dienstleistungsbereich 91, **291–325**
- Dienstleistungsunternehmen 245ff., 251, 291ff., 312ff., 422
 - private und gewerbliche der Wirtschaftsabschnitte I und K 312ff., 315ff.
 - Wirtschaftsabschnitte M bis O 323ff.
- Duales System 57
- DVD-Player/-Recorder 126

- Ehe 39ff., 508ff., 512ff.
 - Stellenwert 512f.
- Ehelösungen/Ehescheidungen 39ff., 510
- Ehepaare, binationale 37f.
- Eheschließungen 39ff.
- Eierzeugung 272f.
- Eigentumswohnungen 134ff., 139f.
- Einfuhr 252ff.
- Einfuhrpreise 257f.
- Einkommen **607–624**
 - Ältere 555
 - Ausländer 568f.
 - aus unselbstständiger Arbeit 88ff., 111ff.
 - aus Unternehmertätigkeit und Vermögen 112ff., 252
 - der privaten Haushalte 109ff.
 - Dynamik 620ff.
 - Eigentumsquote (Wohnen) 493
 - regionale 612f.
 - verfügbares 110ff.
 - von Arbeitslosen 88, 104
- Einkommenspositionen 611, 632
- Einkommensschichtung 610f.
- Einkommensteuer 230ff.
- Einkommens- und Verbrauchsstichproben 109, 114
- Einkommensungleichheit 609
- Einkommensverteilung 110ff.
- Einnahmen
 - der öffentlichen Haushalte 230ff.
 - der privaten Haushalte 109ff.
- Einschulung 52f.
- Einrichtungsgegenstände (Verbraucherpreisindex) 327
- Einstellungen
 - Arbeitsteilung 519
 - Beruf 454
 - Demokratie 644, 646f.
 - Ehe/Partnerschaft 454, 512f.
 - Einkommen 626
 - Erwerbstätigkeit der Frau 518
 - Familie 512f.
 - Kinder 454, 513
 - Rangunterschiede 626
 - Rolle der Frau **516–523**
 - soziale Ungleichheit **625–633**
 - Sozialismus 646
- Einwohner 27ff.

- Einzelhandel 292 ff.
- Eisenbahnverkehr 351 f.
- Elternzeit 206 f.
- Emissionen 385 f., 389 ff.
- Endenergieverbrauch 370 ff., 376 ff.
- Energie **370–380**
- Energieausgaben 117 ff.
- Energiepreise 327, 370, 378 ff.
- Energieträger 370 f., 374 ff.
- Energie- und Wasserversorgung 287 ff.
- Energieverbrauch(er) 370 ff., 377, 381 ff., 390
- Energiewirtschaft 370
- Engagement, politisches 635
- Erdgas 370, 372 f., 375 ff., 379 f.
- Erdöl 370, 372 ff., 375 ff., 378 f.
- Erneuerbare Energien 370
- Ernteerträge, -mengen 268 ff.
- Erwartungen **453–462**
 - Zukunft 458
- Erwerbsbeteiligung 88 ff.
- Erwerbslose 85 ff.
- Erwerbslosigkeit 545
- Erwerbsorientierung 482, 485
- Erwerbsquote 89 ff.
- Erwerbstätige 85 ff.
- Erwerbstätigkeit **85–108**, 482, 486, 568 f.
 - Ausländer 568
 - junge Erwachsene 544
- Erziehungsgeld 196, 206 f.
- Europäische Union **414–431**, **654–664**
 - Arbeitslosigkeit 421 f.
 - Arbeitsmarkt 419 ff., 656
 - außenwirtschaftliche Beziehungen 426 ff.
 - Bevölkerung 419 ff.
 - binnenwirtschaftliche Beziehungen 252
 - Bruttoinlandsprodukt 423 f.
 - Finanzierung 226 f., 418 f.
 - Glück 661
 - Haushalt 258, 418 f.
 - Kernenergie 376
 - Konvergenz- bzw. Stabilitätskriterien 237, 415 ff.
 - Kriminalität 538
 - Lebenszufriedenheit 661
 - Lebensverhältnisse 429 ff.
 - Naturschutz 411
 - soziale Sicherung 658
 - Transeuropäisches Verkehrsnetz 355
 - Verkehr 355
 - Wirtschaftsentwicklung 423 ff.
 - Wirtschafts- und Währungsunion 415 ff.
 - Wohlbefinden 661, 654
- Europäisches Parlament (Wahlen) 156, 163 f.
- Evangelische Kirche 174 f.
- Export 252 ff.
- Exportquote 280 ff.
- Fachhochschulen 51
- Fachschulen 51
- Fahrräder 129 f., 357
- Fahrzeuge/Fahrzeugbestände 129 f., 355 ff.
- Familie 33 ff., **506–515**
 - Stellenwert 512 f.
- Familienarbeitskräfte 94 f., 112 ff., 266 f.
- Familienformen 506 ff.
- Familienleistungsausgleich 196 f., 204 ff.
- Familienstand 40
- Fehlzeiten 469 f.
- Fernsehen, -programm 151 ff.
- Fernwärme 376 f.
- Feuchtgebiete 412 f.
- Finanzausgleich s. *Länderfinanzausgleich*
- Finanzen, öffentliche 226 ff.
- Fischerei 245 ff., 251, 261
- Fleischerzeugung 272 f.
- Flugzeuge 359 f.
- Fonds »Deutsche Einheit« 226 ff.
- Förderung der Vermögensbildung 196
- Forstwirtschaft 274 ff.; s. a. *Land- und Forstwirtschaft*
- Frauen
 - Abgeordnete 161
 - akademische Laufbahn 70 ff.
 - Arbeitslose 99, 103
 - Arbeitsmarktbeteiligung 483
 - Auszubildende 61 f.
 - Bevölkerung 23

- Bildungsniveau 78
- Einstellungen zur Erwerbstätigkeit 518
- Einstellungen zur Rollenverteilung 516 ff.
- Erwerbsquoten 89 ff.
- Erwerbsorientierung 485
- Erwerbstätigkeit 89 ff., 94, 483
- Gewerkschaftsmitglieder 168
- im öffentlichen Dienst 239 f.
- Krankheit 180
- Parteimitglieder 165 f.
- Rente 198 f.
- Schwangerschaftsabbrüche 188 f.
- Sozialhilfe 209 ff.
- Stellung im Beruf 93 f.
- Straffälligkeit 223
- Studienabsichten 67
- Überschuss 30 ff.
- Verdienste 335 ff.
- Wahlbeteiligung 159 f.
- Freie Waldorfschulen 54 f.
- Freiheitsstrafen 224 f.
- Freizeit **148–155**
- Freizeitaktivitäten **524–533**, 548 f.
- Gas s. *Erdgas*
- Gastgewerbe 245 ff., 251, 298 f., 304 ff.
- Gaststudium 76
- Gebrauchsgüter 117 ff., 124 ff.
- Geburten 25 ff., 32 ff.
- Geburtenüberschuss/-defizit 25 ff., 32 ff., 50
- Geflügelproduktion 273
- Gehälter 250 ff., 334 ff.
- Geldstrafen 224
- Gemeinden 227 ff., 236, 238
- Gerechtigkeit 457
- Gerichte 217 ff.
- Gesamtschulen 51, 54 f.
- Gesamtwirtschaft **241–260**
- Gesellschaftliche Mitwirkung **156–178**
- Gesellschaftspolitik **635–653**
- Gesundheit **179–194**, **463–472**
 - Arztbesuch 467
 - Ausgaben 191 ff., 200, 327
 - Beeinträchtigung 404 ff.
 - Beurteilung 463

- Fehlzeiten 469 f.
- Krankenhausaufenthalt 181 f., 186 ff., 468 f.
- Leistungen 466
- Zufriedenheit mit 463, 465
- Zustand 464
- Gesundheitsberichterstattung des Bundes 179
- Gesundheitsbericht für Deutschland 404
- Getränke 117 ff., 327
- Gewässerschutz 408
- Gewerbesteuer 231
- Gewerkschaften 167 ff., 640
 - Mitgliedschaften 167 ff., 640 f.
- Gewerkschaftsbund, Deutscher 168
- Gewinne s. *Kostenstruktur*
- Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften 36
- Gottesdienstbesucher 174 f.
- Großhandel 292 ff.
- Großstädte 35
- Grundschulen 51, 55
- Güterverkehr 363 ff.
- Gymnasium 51, 54 f., 476 f.
 - Chancengleichheit 476
- Handel 245 ff., 251, 292 ff.
- Handwerk 288 ff.
- Handy 127 f.
- Hauptschulen 51, 54, 476
- Haushalte, öffentliche **226–240**
 - Ausgaben 191 ff., 196 ff., 227 ff., 424
 - Einnahmen 230 ff.
 - Personal 237 ff.
 - Schulden 236 ff.
- Haushalte, private 33 ff., **109–132**
 - Arbeitsteilung 519 f.
 - Ausgaben 109 ff., 114 ff., 149 ff., 191 ff., 196 f., 248 ff., 326 ff., 424
 - Ausstattung 124 ff.
 - Einkommen 109 ff., 584, 608
 - Einnahmen und Ausgaben **109–132**
 - Energiekosten/-verbrauch 378
 - Wohnen 493
 - Zusammensetzung 33 ff.
- (Haushalts-)Äquivalenzeinkommen 447, 493, 555, 566, 588, 608, 613 f.
- Haushaltsgeräte, elektrische 124 ff.

Haushaltsgröße 35 ff.
 Haushaltsnettoeinkommen 608
 Haushaltstypen 121 f.
 Heiratsalter 39 f., 508
 Heranwachsende 223 f.
 Herkunft, soziale 478
 Hinterbliebenenrente 198
 Hochschulabsolventen 65 ff.
 Hochschulen 51, 64 ff.
 – Personal 69 f., 240
 – finanzielle Ressourcen 69
 Hometrainer 129 f.
 Hörfunk/-Programm 151 f.

 Import 252 ff.
 Industrie 278 ff.
 Informations- und Kommunikations-
 technik 124, 127 ff.
 Insolvenzen 103, 130 ff., 285
 Integration *s. a. Ausländer*
 – politische 635
 – soziale 571
 Internetanschlüsse 127 ff.
 Internetnutzung 527
 Investitionen 248, 282 f., 424
 – für Umweltschutz 408 f.
 Islam 173

 Juden 173
 Jugendarbeitslosigkeit 101 f.
 Jugendhilfe 196, 214 ff.
 Jugendkriminalität/Jugendstrafen 224 f.
 Jugendliche
 – Bildung 542 ff.
 – Erwerbsstatus 542 ff.
 – Lebensbedingungen 542 ff.
 Justiz **217–225**

 Kapitalbilanz 258 ff.
 Katholische Kirche 173 f.
 Kernenergie 373, 375 ff.
 Kinder
 – Altersaufbau 30 ff.
 – Ausländer 43 f., 52, 56
 – Betreuung 475
 – Geburten 32 ff.
 – Haushaltsgröße 35 ff.
 – in unvollständigen Familien 35 ff.
 – Unfälle im Straßenverkehr 368

 Kindergärten 52, 55, 215, 474
 Kindergeld 196, 204 ff.
 Kindertageseinrichtung 216
 Kino 151
 Kirche(n) 172 ff.
 – evangelische 174 f.
 – katholische 173 ff.
 Klassenlagen 591 ff.
 – Bildungsbeteiligung 478
 – Einkommen 593
 – Lebensstandard 593
 Klimakonferenzen der UN 381, 407 f.
 Kohle 370, 372 ff.
 Kollegs 55 f.
 Kohlendioxid (CO₂) 381 ff., 385 ff., 390 ff.
 Kombiniertes Verkehr 354
 Kommunalwahlen 156
 Konfessionen 173 ff.
 Konsumausgaben 117 ff., 248, 424
 Konsumausgaben des Staates 248 ff.
 Kontakte, soziale 659 f.
 Körperschaftsteuer 230 ff.
 Kostenentwicklung im Gesundheits-
 wesen 191 f., 200
 Kostenstruktur *s. a. Arbeitskosten*
 – Baugewerbe 286
 – Bergbau und Gewinnung von Steinen
 und Erden 283 f.
 – Energie- und Wasserversorgung 288
 – Gastgewerbe 305
 – Handel 295 ff.
 – Verarbeitendes Gewerbe 283 f.
 Kraftfahrzeuge, Bestand 355 f.
 Kraftstoffe 376 f.
 Kranke 179 ff.
 Krankenhäuser 186 ff.
 Krankenhausaufenthalte 186 ff., 468
 Krankenhauspatienten 181 f.
 Krankenpflegepersonal 186 f.
 Krankenversicherung
 – gesetzliche 191 ff., 196, 200, 471
 – private 191, 193, 472
 Krankheit 179 ff.
 – Betroffenheit 536 f.
 – Europa 538
 – Furcht 537
 – Opfer 536
 – Sorgen 535
 – Wahrnehmung 501, 535

Kreditaufnahme öffentlicher Haushalte 236 ff.

Kreditgewerbe, -institute 305 ff.

Kriminalität, -bedrohung 221 ff.,

534–541

Kultur/Kultureinrichtungen **148–155**

Kurzarbeit/Kurzarbeitergeld 100 f., 204

Länderfinanzausgleich 234 ff.

Lärm/Lärmbekämpfung 405 f., 408, 500

Länder (der BRD) s. *Bundesländer*
ländliche Räume 575

Landtagswahlen 156, 162 f.

Land- und Forstwirtschaft 91, 245 ff., 251, **261–277**, 422

– Beschäftigte 265 ff.

– Betriebe 263 ff.

– genutzte Fläche 263 ff., 267 f.

– ökologischer Anbau 275 ff.

– Rechtsformen 265 ff.

Landschaftsschutz/-gebiete 410 ff.

Lastenausgleich 196

Lastkraftwagen 355 f.

Lebendgeborene s. *Geburten*

Lebensbedingungen **435–439**, **463–584**, 588, **654–664**

– Jugendliche **542–552**

– junge Erwachsene **542–552**

– regionale **573–584**

Lebensbereiche(n)

– Wichtigkeit von 454, 513

– Zufriedenheit mit **441–452**

Lebenserwartung 32

Lebensformen (-konzept) 33 ff., **506–515**, 545 ff.

Lebenspartnerschaften 507 f.

Lebensstandard 583 f., 654

– Ältere 555 ff.

– Anspruch 457

Lebensunterhalt 88

Lebensziele 454, 462

Lebenszufriedenheit, allgemeine 560;
s. a. *Zufriedenheit*

Lehrkräfte 58 f.

Lehrstellen/-Bilanz 60 ff.

Leistungsbilanz 258 ff.

Löhne 250 ff., 334 ff.

Lohnsteuer 230 ff.

Luftbelastung/-reinhaltung 389 ff., 404 f., 408, 500

Luftschadstoffe 385, 387

Luftverkehr 353, 359 f.

Mediennutzung **524–533**

Medizinische Versorgung 184 ff.

Mietbelastung 492, 499 f.

Mieten 117 ff., 137 ff., 327, 492, 497 ff.

Mietwohnungen 135 ff.

Migranten 565

– Bildung 473, 475, 479

– Arbeitslosigkeit 479

Mikrozensus 24, 33, 36, 109 f., 179 f.

Milcherzeugung 272 f.

Mineralölsteuer 231

Mitbestimmung 170

Mitgliedschaften

– Gewerkschaften 167 ff., 640 f.

– Interessengruppen 640

– Parteien 165 f., 640

– Vereine 154 f., 640

Mithelfende Familienangehörige 94 f., 112 ff.

Mobilität

– Einkommen 620

– soziale 597

– vertikal und horizontal 603

Mobiltelefon 127 f.

Motorisierungsgrad 129

Museen 151 f.

Musizieren 154 f.

Nachhaltigkeit (sustainability) 381, 384

Nachrichtenübermittlung 127 ff.

Nachrichtenübermittlung (Dienstleistungsabschnitt I) 313, 315

Nahrungs- und Genussmittel 117 ff., 327

Nationalparks 411 f.

Naturschutz/Naturschutzgebiete 410 ff.

Nettomonatsverdienst 345

Neubauwohnungen 148 f.

Nichteheliche Lebensgemeinschaften 35 ff.

Nichterwerbstätige 112 ff.

Niedrigeinkommen 612

Notare/Notarinnen 220

Öffentliche Sicherheit **534–541**

– Zufriedenheit mit 539f.

Öffentlicher Dienst 237 ff., 245 ff.

Ökologie s. *Umwelt*

Ökologischer Landbau 275 ff.

– Betriebe 275 ff.

– Flächennutzung 275 ff.

Offene Stellen 96 ff.

Ozon 392 ff.

Parteien 158 ff., 639

Parteimitgliedschaft 165 f., 639 ff.

Partizipation, politische 635

Partnerschaft 514 f., 554

Pensionäre/Pensionen 87 f., 114, 196, 198

Personal

– Gesundheitswesen 186 ff., 240

– Hochschulen 69 f.

– öffentlicher Dienst 237 ff.

Personalcomputer 127 ff.

Personenkraftwagen 129 f.

Personenverkehr 360 ff.

Pflanzen, gefährdete 401 ff.

Pflanzliche Produktion 267 ff.

Pflegedienste 202 f.

Pflegeheime 202 f.

Pflegeversicherung, soziale 191, 193, 196, 201 ff.

Politik

– Beteiligung 635, 638

– Engagement 635

– Integration 635

– Interesse 156, 635

– Partizipation 635

Preise **326–334**

Preisentwicklung, aktuelle

– Deutschland 328 ff.

– Europa 330 f.

Preisindizes 326 ff.

Primärenergie/Primärenergieverbrauch 370 ff., 375 ff., 386

– im Ländervergleich 372 f.

Privater Verbrauch/private Konsumausgaben 109 ff., 117 ff., 248 ff.

Problemgruppen des Arbeitsmarktes 101 ff.

Produktivität (Energie-, Rohstoff-) 384, 386 f.

Produzierendes Gewerbe 91, 245 ff., 251, **278–290**, 422, 425

Prüfungen

– Berufsausbildung 64

– Hochschulen 67 f.

Räume

– ländliche 574 ff.

– verstädterte 574 ff.

Rauchverhalten 180 f.

Realschulen 51, 54 f.

Rechtsanwälte/innen 220

Rechtspflege/Rechtsprechung 217 ff.

Regionale Lebensbedingungen **573–584**

Rehabilitation (med.)/(s)-Einrichtungen 186 f.

Reiseverhalten der Deutschen 298 ff.

Religion/religiöses Leben 172 ff.

Renten, Rentner/innen 87 f., 114, 198 ff.

Rentenversicherung, gesetzliche 191, 193, 196, 198 ff.

Richter/innen 220

Rinder 270

Rohstoffe (Energie-) 370 ff., 374

Rundfunk/-Programm 151 f.

Saisonarbeit/-skräfte 267, 294

Säuglingssterblichkeit 184

Schafe 270 ff.

Scheidungen 39 ff., 510 ff.

SchichtEinstufung 594

Schichtzugehörigkeit 593 ff.

Schienenfahrzeuge 357 f.

Schienennetz/Schienenverkehr 351 f.

Schiffbestand 358 f.

Schiffahrt 358 f.

Schlachtungen 272 f.

Schüler/innen 50 ff.

Schulden öffentlicher Haushalte 236 ff.

Schulen 50 ff., 240, 476

– Chancengleichheit 476

Schulpflicht 52

Schul- und Berufsausbildung 50 ff., 57 ff.

Schutzgebietskategorien 411 ff.

Schwangerschaftsabbrüche 188 f.

Schweine 270 ff.

Schwerbehinderte 189 ff.

– Arbeitslose 104

- Seeschiffe 358f.
 Selbstmordfälle 183
 Selbstständige 93 ff., 112 ff.
 Sicherheit, öffentliche 534 ff.
 Sicherung, soziale 463, 648, 658
 Siedlungsabfälle 395 ff.
 Siedlungsstruktur 574 ff.
 Siedlungs- und Verkehrsfläche 381 ff., 387 ff.
 Singles s. *Alleinlebende*
 Sonderschulen 51, 55
 Sorgen 548 ff.
 Sozialbeiträge (Arbeitgeber) 250 f., 348
 Sozialberichterstattung 435
 Sozialbudget 195 ff.
 Soziale Auf- und Abstiege 602 f.
 Soziale Herkunft 476, 481, 517 f.
 Soziale Integration 571
 Soziale Kontakte 530
 Soziale Lagen **585–596**
 Soziale Mobilität **597–606**
 Soziale Schichtung **585–596**
 Soziale Sicherung **195–216**, 227 ff., 240, 463, 648, 658
 – Beurteilung 648
 – Einstellungen 648
 Sozialer Wohnungsbau 145 f.
 Soziale Zusammenhalt 659
 Sozialhilfe 196, 207 ff.
 Sozialhilfeempfänger 114, 207 ff.
 Sozialleistungen 195 ff.
 Sozialleistungsquote 195
 Sozialpolitik 648 f.
 Sozialstaat **644–653**
 Sozialstruktur **585–596**
 Sozialversicherung 195 ff., 227 ff.
 Sozio-ökonomisches Panel (SOEP) 437
 Sport-/veranstaltungen 154 f., 528 ff.
 Sportgeräte 129 f.
 Sprachkenntnisse 568
 Staatsanwälte/innen 220
 Staatsausgabenquote 227 f.
 Staatsschulden 236 ff.
 Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) 414, 419
 Statistisches Bundesamt 19 f.
 Stellung im Beruf 93 ff., 111 ff.
 Steinkohle 374 ff.
 Sterbefälle, Sterblichkeit 25 ff., 32 ff.
 Steuereinnahmen 230 ff.
 Steuerpflichtige 232
 Steuerquote 231
 Stiftungen 176 ff.
 Straffälligkeit/Straftaten 221 ff.
 Strafverfolgung 222 ff.
 Strahlung (Belastung durch) 406
 Strafvollzug 225
 Straßenbahnen 358
 Straßennetz/Straßenverkehr 351 ff.
 Straßenverkehrsunfälle 366 ff.
 Streiks 172
 Strom/Stromerzeugung 371, 376 f.
 Studienabsichten 66 ff.
 Studienanfänger 65 ff.
 Studienfächer 66 f.
 Studierende 65 ff.
 Suizide 183
 Tabaksteuer 231
 Tabakwaren (Konsum) 117 ff., 327
 Tarifpartner 166 ff.
 Taufen 174 f.
 Teilzeitarbeit/Teilzeitbeschäftigte 294, 487 f.
 – Frauen 294
 – Gesundheitswesen 186
 – Handel 294
 – öffentlicher Dienst 238
 Telefone, mobile 127 f.
 Teuerung/Teuerungsraten 328 ff.
 Theater 150 f.
 Tiere, gefährdete 401 ff.
 Tierische Produktion 270 ff.
 Todesursachen 183 f.
 Tourismus/Tourismusgewerbe 298 ff.
 Transeuropäisches Verkehrsnetz 355
 Transferleistungen des Staates 195 ff.
 Trauungen, kirchliche 174 f.
 Treibhausgase 381 ff., 385 ff.
 Übernachtungen (Gastgewerbe) 300 ff.
 Umsätze
 – Banken 309
 – Baugewerbe 286
 – Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 280 ff.
 – Energie- und Wasserversorgung 287 f.
 – Gastgewerbe 305 f.

- Handel 295 ff.
- Handwerk 289
- Verarbeitendes Gewerbe 280 ff.
- Versicherungen 311 f.
- Umsatzsteuer 230 ff.
- Umwelt 350 f., **381–413**
- Ökonomie 381 ff.
- Schutz 407 ff.
- Umweltbelastungen 381 ff., 387 ff.
- Abfall 394 ff., 408
- Boden-/Flächennutzung 367 ff.
- Luftbelastungen 389 ff., 404 f., 408
- Verpackungen 396 ff.
- Umwelteinflüsse 501
- Umweltökonomische Gesamtrechnungen 381 ff.
- Umweltrecht, internationales 407 f.
- Umweltressourcen 382 ff., 386 f.
- Umweltschutz 407 ff.
- Umweltsteuern 409 f.
- Umweltzustand 399 ff.
- Unfälle 179 f., 183
- Verkehr 366 f.
- Unfallursachen (Straßenverkehr) 369
- Unfallverletzte, -getötete Personen 179 f., 366 ff.
- Unfallversicherung, gesetzliche 191, 193, 196
- Ungleichheit 614
- Einkommen 609
- soziale 625
- Universitäten 51, 64 ff.
- UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung 381, 407 f.
- Unterhaltung 150 ff.
- Unterhaltungselektronik 124, 126 ff.
- Unternehmen
- Baugewerbe 286
- Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 280 ff.
- Dienstleister 245
- Energie- und Wasserversorgung 287 f.
- Gastgewerbe 300 ff.
- Handel 292 ff.
- Handwerk 289 f.
- Kreditinstitute 307
- Verarbeitendes Gewerbe 280 ff.
- Versicherungen 310 f.
- Unternehmensdienstleister 245 ff., 251
- Urlaub/Urlaubstage 148
- Verarbeitendes Gewerbe 251, 278 ff., 378
- Verbrauch, privater 117 ff.
- Verbraucherinsolvenzen 130 ff.
- Verbraucherpreise 326 ff.
- Verbraucherpreisindex 326 ff.
- Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe 278 ff.
- Verdienste **334–344**
- Handel 335 ff.
- Handwerk 342 ff.
- Kreditgewerbe 335 ff.
- Nettomonatsverdienste 345
- Produzierendes Gewerbe 335 ff.
- Versicherungen 335 ff.
- verschiedene Berufe 341 f.
- Vereinsmitgliedschaft 154 f., 640
- Verfahren (gerichtliche) 220
- Verkehr **350–369**, 378
- Ausgaben des Bundes 353 f.
- Gewerbe 245
- Infrastruktur 351 f.
- Leistungen 360 ff.
- Unfälle 183, 366 ff.
- Wirtschaftsabschnitt I 313 ff.
- Vermögensbildung (Förderung) 196
- Verpackungen 396 ff.
- Versicherungen 310 ff.
- Vertriebene 24, 27
- Verurteilte 223 f.
- Verwendungsrechnung 248 ff.
- Videorecorder/Videokamera 126
- Viehbestand 270 ff.
- Volkseinkommen 242 f., 250 ff.
- Volkshochschulen 76
- Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 109, 112 ff., 195, 226, 241 f., 247 ff., 278
- Volkszählung 24
- Vorschule 474
- Wachstumsraten (Wirtschaft) 243 ff.
- Wahlberechtigte 157
- Wahlbeteiligung 157 ff., 635
- Wahlen 156 ff.
- Wahlstatistik 156 ff.

- Waldfläche 163, 274, 389
- Waldschäden 399 ff.
- Wanderungen (Migration) 46 ff.
 - Außenwanderung 48 f.
 - Binnenwanderung 46 ff.
- Wassergefährdende Stoffe 398 f.
- Wassergewinnung 382 f., 386
- Wasserkraft 372 f.
- Wasserstraßen 352 f.
- Weiterbildung 74 ff.
- Wertorientierungen **452–462**
- Wiederverheiraten 512
- Wirtschaft **241–260**
- Wirtschaftsbereiche 91 ff., 245 ff., 251
- Wirtschaftsordnung 241 ff.
- Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte 109 ff., 124 ff.
- Wohlbefinden, subjektives **435–439, 441–462, 453, 514, 549 ff., 560 f., 590, 654–664**
- Wohlstand 457 f., 611
- Wohnen **133–147, 492–505, 566, 654 ff.**
 - europäischer Vergleich 655
 - Versorgung mit Wohnraum 496 f.
- Wohngebäude
 - Beurteilung 494
 - Zustand 494
- Wohnformen 545 ff.
- Wohngeld 196
- Wohnraumversorgung 133 ff., 139 ff., 496 f.
- Wohnsituation 494 f.
- Wohnumfeld 500 ff.
- Wohnungen
 - Belegung 139 ff.
 - Bestand 133 ff.
 - Eigentum/Eigentümerquote 134 ff., 492 ff.
 - Größe 135 ff., 139 ff.
 - Heizungsart 136 f.
 - Mieten 117 ff., 137 ff., 492, 497 ff.
- Wohnungsbautätigkeit 143 ff.
- Wohnstandard 584
- Wohnzufriedenheit 502 ff.;
s. a. *Zufriedenheit*
- Zahlungsbilanz 258 ff.
- Zeitverwendung 524
- Zufriedenheit in Lebensbereichen **441–452**
 - Arbeit 442, 449
 - Bevölkerungsgruppen 445
 - Demokratie 645
 - Einkommen 442, 562
 - Entwicklung der Zufriedenheit 448 ff.
 - Freizeit 442, 449, 549
 - Gesundheit 442, 449, 463, 562
 - Haushalt 514
 - Haushaltseinkommen 442, 449
 - Kinderbetreuung 442
 - Lebensstandard 442, 449, 549, 562
 - Leben, allgemein 514, f., 549
 - öffentliche Sicherheit 539 f.
 - Schul- und Berufsbildung 442
 - soziale Sicherungen 444, 562
 - Tätigkeit im Haushalt 442
 - Umweltzustand 443, 449
 - Waren und Dienstleistungen 440, 442
 - Wohnen/Wohnung 442, 449, 502 ff.
- Zufriedenheitsmessung 441
- Zukunftserwartungen 458 ff.
- Zuwanderer **565–572**